Johannes Platz

Die Praxis der kritischen Theorie

Angewandte Sozialwissenschaft und Demokratie in der frühen Bundesrepublik 1950-1960

Trier 2012

Diese Arbeit lag dem Fachbereich III – Geschichte als Dissertation vor. Der Tag der mündlichen Prüfung war der 17.09.2008.

Erster Berichterstatter war Prof. Dr. Lutz Raphael, zweiter Berichterstatter war Prof. Dr. Andreas Gestrich.

Bildnachweis: Theodor W. Adorno und Gretel Adorno bei einer Zechenbesichtigung mit dem Betriebssoziologen der Mannesmann-AG Wolfgang Schneider und einem Zechendirektor auf der Zeche Consolidation, Gelsenkirchen, Frühjahr 1954, Theodor W. Adorno Archiv/Suhrkamp Verlag

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 7
1. Gegenstand 7
2. Fragestellung und Thesen 10
3. Forschungsstand 13
4. Methodischer Ansatz 30
5. Aufbau 33

1. Vom Exil zur Remigration – Sozialwissenschaftliche Kontinuitäten 37
1.1. Einleitung 37
1.2. Die ersten empirischen Studien in den 1930er und 1940er Jahren 37
1.3. Das Institut für Sozialforschung im Krieg: Studien zum Antisemitismus und zur *Authoritarian Personality* 50
1.4. Konzeptionelle Überlegungen und Pläne bei der Remigration nach Deutschland 62
1.5. Tagungen zur Vorbereitung des *Gruppenexperiments* – Kooperation als Mittel der Verbreitung der amerikanischen Ansätze 69
1.6. Die Durchführung und Auswertung des Gruppenexperiments 1950-55 80
Exkurs: Ein Umfrageskandal zur deutschen Vergangenheit 1953 87
1.7. Vorstellung und Rezeption der Befunde des *Gruppenexperiments* auf der Expertentagung im Mai 1953 89
1.8. Adornos Monographie zum Verhältnis von *Schuld und Abwehr* – das zentrale Untersuchungsergebnis 102
1.9. Die Rezeption der *Authoritarian Personality* und des *Gruppenexperiments* in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie –Leopold von Wieses Rezension und die Kontroverse zwischen Hofstätter und Adorno 115
1.10. Fazit 128

2. Der Konflikt um die *Authoritarian Personality* in der Bundeswehr 132
2.1 Einleitung 132
2.2. Forschungsstand 132
2.3. Die organisatorische Entwicklung des Amtes Blank bis zur Gründung des Verteidigungsministeriums 144
2.4 Personalpolitische Vorstellungen im Amt Blank 148
2.4.1. Die Forderungen der Himmeroder Konferenz im Oktober 1950 149
2.4.2. Personalpolitische Planungen für das Freiwilligenannahmeverfahren 151
2.4.2. Personalpolitische Vorstellungen des Personalgutachterausschusses 155
2.5. Kontaktaufnahmen des Amtes Blank zu wissenschaftlichen Experten 157
2.5.1. Erste Kontaktaufnahmen: Arnold Gehlen und Institut für Demoskopie 157
2.5.2. Der Kontakt des Studien-Bureaus zum Institut für Sozialforschung 163
2.4.3. Die Tagung „Wehrordnung und Wirtschaftsordnung" im Oktober 1954 173
2.5. Die Vorbereitung der „Psychologischen Studienkommission" und die Einbindung der Wehrpsychologen 175
2.6. Die „Psychologische Studienkommission" und das Studien-Bureau 177
2.6.1. Die erste Expertentagung in Frankfurt und die Vorschläge der Institute 177
2.6.2. Die Arbeit der Psychologischen Studienkommission – Gegensätze und Kompromisse 180
2.6.3. Erste praktische Erfahrungen mit den vorgeschlagenen Verfahren – Das Seminar der Professoren und die „Schulübung Annahmeverfahren" 188
2.6.4. Reaktionen und Erfahrungen im Umgang mit den Verfahren – Kompetenzstreitigkeiten, Unsicherheiten und der Ruf nach dem „Fachmann" 193
2.6.5. Auswertung der Erfahrungen 199
2.6.6. Die letzten Vorbereitungen für das Annahmeverfahren und eine Konzeption für eine zukünftige Bundeswehrpsychologie 201
2.7. Der Konflikt um die Anwendung des „qualitativen Interviews" im

Freiwilligenannahmeverfahren ... 208
2.7.1. Die Erstellung der „Richtlinien" für das Annahmeverfahren durch den Personalgutachterausschuss ... 209
2.7.2. Anti-Testauschuss ... 213
2.7.3. Die Intervention der Fachverbände ... 218
2.7.4. Abschaffung des Interviews und der Wiedereinzug der Wehrpsychologie ... 223
2.8. Fazit ... 230

3. Das politische Bewusstsein von Wehrmachtsveteranen – Eine soziologische Untersuchung im Verband der Heimkehrer 1956-1960 ... 237
3.1. Einleitung ... 237
3.2. Forschungsstand ... 237
3.2. Die Rezeption des Gruppenexperiments durch Experten der Bundeszentrale für Heimatdienst ... 240
3.3. Pläne für ein Gruppenexperiment im Verband der Heimkehrer ... 245
3.4. Die Durchführung der Studie ... 256
3.5. Die Forschungsergebnisse ... 278
3.6. Die Reaktion auf die Studie und der Konflikt um die Publikation ... 291
3.7. Fazit ... 307

4. Kritische Theorie im Unternehmen – Die Anfänge der kritischen Industriesoziologie am Institut für Sozialforschung ... 310
4.1. Einleitung ... 310
4.2. Forschungsstand ... 311
4.3. Die Entwicklung der Unternehmensmitbestimmung im Mannesmannkonzern bis zur Betriebsklimastudie des Frankfurter Instituts für Sozialforschung ... 314
4.4. Die Durchführung der Studie – konkrete Aushandlungen vor Ort ... 322
4.5. Die Ergebnisse der Betriebsklima-Studie im Rohbericht des Instituts ... 334
4.6. Der Konflikt innerhalb der Mannesmann AG um die Publikation der Ergebnisse ... 345
4.7. Folgekonflikte und Effekte der Betriebsklimastudie ... 365
4.8. Fazit ... 369

5. Führungsstile in der Diskussion. Fluktuationsstudien im deutschen Bergbau ... 373
5.1. Einleitung ... 373
5.2. Forschungsstand ... 374
5.3. Das *Bundesministerium für Arbeit* und die Projektanbahnung ... 375
5.4. Die Durchführung der Studie ... 398
5.5. Die Ergebnisse der Studie ... 407
5.6. Deutungskontroversen um Führungsstile und der Konflikt um die Publikation der Studie 413
5.7. Fazit ... 437

6. Ausblick ... 441

Schluss ... 447

Quellen- und Literaturverzeichnis ... 458
Quellen ... 458
Literatur ... 458

Danksagung ... 499

Einleitung

"A business man once stated that 'there is nothing as practical as a good theory.'" (Kurt Lewin)[1]

"But the mere conquest of our enemies is not enough. We must go on and do all our best to conquer the doubts and the fears, the ignorance and the greed, which made this horror possible.
Today we are faced with the pre-eminent fact, that if civilzation ist to survive, we must cultivate the science of human relationships – the ability of all peoples, of all kinds, to live together and work together, in the same world, in peace." (Franklin D. Roosevelt)[2]

1. Gegenstand

Thema der Dissertation ist das Verhältnis angewandter Sozialwissenschaften zur Demokratie, das anhand der Verwendung sozialwissenschaftlicher Expertise in ausgewählten Institutionen der frühen Bundesrepublik untersucht wird. Aus dem weiteren Feld der angewandten Sozialwissenschaft wurde als Untersuchungsgegenstand die Frankfurter Schule ausgewählt. Gegenstand der Untersuchung ist die mithin die "Praxis der kritischen Theorie". Mittels eines praxisgeschichtlichen Ansatzes wird besonders die Drittmittelforschung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung in den Jahren zwischen dem Erscheinen der noch im Exil erarbeiteten *Authoritarian Personality* (1950)[3] – dem Jahr, in das die institutionelle

[1] Kurt Lewin: Psychology and the process of group living, in: The Journal of Social Psychology 17, 1943, S. 113-131, hier S. 118.
[2] „Der bloße Sieg über unsere Feinde genügt nicht. Wir müssen vielmehr alles tun, was in unseren Kräften steht, um die Zweifel und die Ängste, die Ignoranz und die Gier zu besiegen, die diesen Horror möglich machten. Heute sind wir vor allem mit dem Sachverhalt konfrontiert, daß wir, soll die Zivilisation überleben, die Wissenschaft von den menschlichen Verhältnissen weiterentwickeln müssen – auf daß alle Menschen, so verschieden sie sein mögen, lernen, in ein und derselben Welt zusammen zu leben und zu arbeiten." Aus dem Manuskript seiner wegen seines Todes nicht mehr gehaltenen Jefferson Day Speech, zit. nach: The Public Papers and Adresses of Franklin D. Roosevelt (ed. S. J. Rosenman): 1944-1945. New York 1950, S. 615. Das Zitat war dem Sammelband über eine Tagung vorangestellt: Ernst Simmel (Hg.): Anti-Semitism. A Social Disease. New York/Boston 1946, die deutsche Übersetzung folgt der Ausgabe Ernst Simmel (Hg.): Antisemitismus. Deutsche Ausgabe hg. von Elisabeth Dahmer-Kloss. Frankfurt/Main 1993, S. [7].
[3] Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik, Nevitt Sanford u.a.: The Authoritarian Personality. New York 1950 (Studies in Prejudice; 1). Die Beiträge Theodor W. Adornos zu diesem Werk in deutscher Übersetzung finden sich in Theodor W. Adorno: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt/Main ³1999, erstmals erschienen im Jahr 1973. Allgemein zur Antisemitismus-Theorie des Frankfurter Instituts: Lars Rensmann: Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität. Hamburg 1998; Jochen Fahrenberg und John M. Steiner: Adorno und die autoritäre Persönlichkeit, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 56, 2004, S. 127-152, Detlef Oesterreich: Die Flucht in die Sicherheit. Zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion. Opladen 1996. Zur "Authoritarian Personality" aus der Sicht der Geschichtswissenschaft vgl. Ingrid Gilcher-Holtey: Plädoyer für eine dynamische Mentalitätsgeschichte, in: GG

Remigration nach Frankfurt fiel – und der Drittmittelforschung bis zum Beginn der sechziger Jahre in den zentralen Fokus der Arbeit gerückt. Nach 1960 ging die Drittmittelforschung am Institut merklich zurück, deshalb schließt diese Arbeit mit einem Ausblick auf ausgewählte Public Opinion Polls von der Wende der 1950er zu den 1960er Jahren, die in die Fortentwicklung einer an die f-scale der *Authoritarian Personality* angelehnten Autoritarismusskala durch Michaela von Freyhold einflossen.[4] Diese Jahre umfassen die erste Phase empirischer Forschung am wiedergegründeten Institut für Sozialforschung. In den Fokus der Arbeit fallen mithin die Studien zur Verankerung demokratischen Bewusstseins in der jungen Nachkriegsdemokratie, die industriesoziologischen Studien zur industriellen Mitbestimmung und zu Führungsstilen in der Montanindustrie wie auch die weniger bekannten Ausflüge in das Spannungsfeld von Sozialpsychologie und Militärsoziologie.

Die kritische Theorie gilt als kompliziert und praxisfern. Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist jedoch gerade die Praxis kritischer Theorie in der Bundesrepublik der 50er und 60er Jahre – sie will zeigen, dass die kritische Theorie eine beachtliche Praxisrelevanz hatte. Fachwissenschaftlich folgenreich trat die kritische Theorie in dreifacher Weise auf: zum einen 1950 mit dem Erscheinen der *Authoritarian Personality*, die erst 1970 in Auszügen in deutscher Übersetzung publiziert wurde, zum anderen als Vermittlerin von und Werberin für Methoden der empirischen Sozialforschung.[5] Drittens schließlich ist sie forschungspraktisch im Feld industrieller Beziehungen und in politikberatender Funktion zum Beispiel im Militär und in der politischen Bildung aufgetreten.[6] Max Horkheimer, Theodor W. Adorno und ihre Schüler trugen als Wissenschaftsmanager und akademische Lehrer zur Verbreitung von

---

24, 1998, S. 276-297 sowie Michael Werz: Untrennbarkeit von Material und Methode. Zur wechselvollen Rezeption der Authoritarian Personality, in: Hannoversche Schriften, Bd. 4: Philosophie und Empirie, 2001, S. 40-68; Mitchell G. Ash: Learning from Persecution. Emigre Jewish Social Scientists' Studies of Authoritarism and Antisemitism after 1933, in: Marion Caplan, Beate Meyer (Hg.): Jüdische Welten. Juden in Deutschland vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Göttingen 2005, S. 271-294, sowie ders.: Wissenschaftswandel und Zwangsauswanderung. Kurt Lewin und Else Frenkel-Brunswik nach 1933, in: TAJB 27,1998, S. 251-272.

[4] Michaela von Freyhold: Autoritarismus und politische Apathie: Analyse einer Skala zur Ermittlung autoritätsgebunder Verhaltensweisen. Frankfurt/Main 1971 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; 22). Mit diesem Band endete die erste Reihe des Instituts und dies markiert das Ende der direkt durch Theodor W. Adorno beeinflussten Arbeit am Institut zwei Jahre nach seinem Tod.

[5] So z.B. durch die Mitwirkung an der Ausrichtung der Tagung des Institutes zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten zur empirischen Sozialforschung in Weinheim vom 14.-16. Dezember 1951, vgl. Empirische Sozialforschung. Meinungs- und Marktforschung. Methoden und Probleme. Frankfurt/Main 1952 (Wissenschaftliche Schriftenreihe des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e. V.; 13). Vgl. dazu auch Christoph Weischer: Das Unternehmen empirische Sozialforschung. Strukturen, Praktiken und Leitbilder der Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland. München 2004 (Ordnungssysteme; 14), S. 4-18 und den Sammelband von Heinz Sahner (Hg.): Fünfzig Jahre nach Weinheim. Empirische Markt- und Sozialforschung gestern, heute, morgen. Baden-Baden 2002, S. 29-49.

[6] Vgl. Alex Demirovic: Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule. Frankfurt/Main 1999, S. 339-372; Johannes Platz: "Überlegt Euch das mal ganz gut: wir bestimmen mit. Schon das Wort allein." Entstehungsbedingungen und Wirkungen der Betriebsklimastudie des Frankfurter Instituts für Sozialforschung in Werken der Mannesmann AG 1954/1955, in: Christian Kleinschmidt; Jan-Otmar Hesse; Karl Lauschke (Hg.): Kulturalismus, Neue Institutionenökonomik oder Theorienvielfalt. Eine Zwischenbilanz der Unternehmensgeschichte. Essen 2002 (Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte; 9), S. 199-224.

Ideen der Demokratisierung bei.[7]

Die Vertreter der kritischen Theorie stehen als sozialwissenschaftliche Experten im Feld industrieller Großunternehmen sowie in öffentlichen Großorganisationen und Verbänden im Mittelpunkt der Dissertation. Sie untersucht das Wissenschaftshandeln des Frankfurter Instituts für Sozialforschung und die Deutungsmuster, zu deren Verbreitung das Frankfurter Institut beitrug. Die Dissertation setzt sich dabei ein doppeltes Ziel: nämlich erstens die unterschiedlichen Denkstile und Deutungshorizonte der wissenschaftlichen Akteure zu untersuchen, zweitens die Wirkung der Konzepte wissenschaftlicher Experten auf die jeweilige organisationsinterne Praxis zu analysieren. Dies geschieht anhand ausgewählter mikrohistorischer Fallstudien in Gewerkschaften, Großunternehmen, Verbänden und in der Bundeswehr.

Sozialpsychologen, Industrie-, Betriebs- und Militärsoziologen als sozialwissenschaftliche Experten für Human Relations und Organisation in Unternehmen, Verbänden und Behörden traten im Untersuchungszeitraum mit einer neuen Dynamik in Erscheinung. In der Nachkriegszeit positionierte sich eine junge Generation von Sozialwissenschaftlern im Feld der angewandten Humanwissenschaften, die den Blick der auf den Betrieb und die Organisation bezogenen Arbeits- und Betriebswissenschaften um ihre neuen Untersuchungsgegenstände, -methoden sowie um neue Antworten erweiterten. Durch Netzwerkbildung und Diskurskoalitionen trugen sie zur Verbreitung von Deutungsmustern bei, die nicht mehr von ”ganzheitlichen”**,** auf die ”Gemeinschaft” zielenden Ansätze der 20er und 30er Jahre geprägt, sondern auf Beziehungen, Gruppen, Rollen und Interessen hin orientiert waren. Blickt man auf die wissenschaftlichen Akteure, so lässt sich feststellen, dass deren institutionelle Einbindung bis etwa 1970 variierte. Während die Soziologen institutionell vor dem Werks- oder Kasernentor blieben, hatten Psychologen ihren Sitz in den Institutionen der Arbeitsverwaltung, in Behörden, in der Bundeswehr und im Betrieb bereits erkämpft. Gründe dafür waren erstens unterschiedliche professionspolitische Strategien der Fach- und Berufsverbände, zweitens der unterschiedliche Grad der Professionalisierung der Disziplinen sowie drittens die verschiedenen berufsbiographischen Strategien der Akteure.[8] Insgesamt lassen

[7] Zum Einfluss transatlantischer Mittler auf die kulturelle Demokratisierung Westdeutschlands vgl. Arnd Bauerkämper, Konrad Jarausch, Marcus M. Payk: Transatlantische Mittler und die kulturelle Demokratisierung Westdeutschlands 1945-1970, in: dies. (Hg.): Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970. Göttingen 2005, S. 11-37, darin auch Konrad Jarausch: Amerikanische Einflüsse und deutsche Einsichten. Kulturelle Aspekte der Demokratisierung Westdeutschlands, in: ebd., S. 57-81.

[8] Vgl. zur Lage der Psychologen Ulfried Geuter: Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus. Frankfurt/Main 1984 sowie den Sammelband von Mitchell G. Ash und Ulfried Geuter (Hg.): Geschichte der deutschen Psychologie im 20. Jahrhundert. Opladen 1985, S. 225-251; zur Militärpsychologie Stefan J. Petri: Eignungsprüfung, Charakteranalyse, Soldatentum. Veränderung der Wissenschafts- und Methodenauffassung in der Militärpsychologie des deutschen Reiches, Großbritanniens und der USA 1914-1945. Dortmund 2004; zur Betriebspsychologie: Johannes Platz, Lutz Raphael, Ruth Rosenberger: Anwendundungsorientierte Betriebspsychologie und Eignungsdiagnostik: Kontinutäten und Neuorientierungen (1930-1960), in: Rüdiger vom

sich Tendenzen zur Professionalisierung der akademischen Disziplinen der Soziologie und der Psychologie feststellen, also Bestrebungen, ein festes Berufsbild mit anerkannten Abschlüssen zu etablieren. Unterschiede zwischen den beiden Disziplinen gibt es jedoch bezüglich des Zeitpunktes der Professionalisierung, da die Psychologie die entscheidenden Schritte in der Zeit des Nationalsozialismus absolvierte und die Soziologie hinterherhinkte; ein zweiter Unterschied, der sich daraus ergibt, besteht im Grad der Professionalisierung, der bei der Psychologie höher war als bei der Soziologie.

2. Fragestellung und Thesen

Die Studie untersucht, inwiefern sich aus den unterschiedlichen wissenschaftlich normierten und eingeübten Denkstilen sowie den methodischen Verfahren Rückwirkungen auf die Praxis von Organisation und Partizipation sowie auf die praktizierten Führungsstile in Institutionen ergeben haben. Eine zentrale Rolle nehmen dabei die zeitgenössischen Diskussionen über den Zusammenhang zwischen technischer Entwicklung und Kooperationsformen ein.

Die Arbeit fragt nach den verschlungenen Pfaden der Rezeption der Ideen und Konzepte, die in der *Authoritarian Personality* und in den *Soziologischen Exkursen* entfaltet wurden, in der Praxis von Organisationen und Behörden.[9] Sie fragt nach der Wirkung und nach den Vermittlern dieser Ideen innerhalb der Behörden, im Betrieb und in den Gewerkschaften, welche als Kooperationspartner des Frankfurter Institutes auftraten.

Im einzelnen möchte die Dissertation folgende Thesen untersuchen:

Erstens: Hauptsächlich fragten die Kooperationspartner die Expertise des Frankfurter Instituts in Fragen des Demokratiebewusstseins der deutschen Bevölkerung nach. Es ist nicht übertrieben, zu behaupten, dass die Frankfurter Sozialphilosophen und Soziologen aufgrund ihrer transatlantischen Erfahrung, des amerikanisierten Hintergrundes und des Themenspektrums ihrer empirischen Studien bald als Experten der Demokratie galten. Das

---

Bruch und Brigitte Kaderas (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formation, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts in Berlin. Stuttgart 2002, S. 281-309; Ruth Rosenberger: Der schwierige Dialog. Betriebspsychologen und Unternehmenskommunikation in Westdeutschland, in: Moritz Föllmer: Sehnsucht nach Nähe. Interpersonale Kommunikation in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert. Stuttgart 2004, S. 175-195; Ruth Rosenberger, Ruth: Experten für Humankapital. Die Entdeckung des Personalmanagements in der Bundesrepublik Deutschland. München 2008 (Ordnungssysteme; Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit; 26); zur Industriesoziologie Gerhard Brandt: Zentrale Themen und gesellschaftliche Bedingungen der Industriesoziologie seit Mitte der 60er Jahre, in: ders.: Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung. Transformationsprozesse des modernen Kapitalismus. Aufsätze 1971-1987. Hg. v. Bieber, Daniel; Schumm, Wilhelm. Frankfurt/Main 1990, S. 52-65.

[9] Institut für Sozialforschung: Soziologische Exkurse. Nach Vorträgen und Diskussionen. Frankfurt/Main: Europäische Verlagsanstalt 1956 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; 4), hier entfalteten die Wissenschaftler des Instituts für Sozialforschung ihre Vorstellungen am deutlichsten in den Kapiteln über „Vorurteil“ und über „Ideologie“, vgl. ebd., S. 151-161 und S. 162-181.

Demokratieverständnis wird in dieser Arbeit entsprechend der in Frage kommenden Drittmittelstudien und der empirischen Arbeiten der dreißiger und vierziger Jahre weitgehend negativ in Abgrenzung zu antidemokratischen Einstellungen und Ideologien verstanden. Es ging den Frankfurter Experten nicht um die positive Bestimmung von Eigenschaften guter Demokratinnen und Demokraten, die sie entsprechend ihrem utopiekritischen Denken nicht im Einzelnen positiv festlegten, sondern um die Kritik und Ausschließung antidemokratischer Deutungsmuster in konkreten Kontexten. So lassen sich die Auftragsstudien der fünfziger Jahre, aber auch deren Vorläufer im amerikanischen Exil weniger als universalisierende Beschreibungen des faschistischen Bewusstseins denn als demokratische Expertise und kritische Interventionen in der Exil- und in der Remigrationsgesellschaft verstehen. Wenn man nach einer positiven Bestimmung fragt, wären sicherlich die Typen und Syndrome gefragt, die Theodor W. Adorno in dem gleichnamigen Kapitel der *Authoritarian Personality* beschrieb. Hier beschreibt er verschiedene Typen von vorurteilsfreien Probanden, darunter auch solche, deren psychologische Entwicklung noch nicht bis zum idealen Typus des Demokraten gediehen ist. Der „genuine Liberale" bezeichnet einen Typ, der durch einen „starken Sinn für Autonomie und Unabhängigkeit" gekennzeichnet ist, und deshalb „rückhaltlos offen [ist] in Reaktionen und Ansichten". Der genuin Liberale ist Ich-stark, ohne libidinöse Besetzung und darum sind sie selten narzisstisch. Dennoch sind sie dadurch gekennzeichnet, dass sie die Es-Tendenzen zugeben. Weitere Merkmale sind Zivilcourage, Opposition gegen Ungerechtigkeiten, er teilt mit den anderen Typen unter den Vorurteilsfreien Merkmale, doch ohne deren negative Beschränkungen.[10]

Dabei wurde die Expertise des Frankfurter *Instituts für Sozialforschung* vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die es im Exil mit demokratiebezogenen Studien und mit der Kombination von quantitativen und qualitativen Methoden der empirischen Sozialforschung gemacht hatte, in ganz unterschiedlichen Feldern nachgefragt: im Feld politischer Bildung, im Feld militärischer Organisation und, was den Umfang und die Anzahl der Drittmittelstudien betrifft**,** am ausgeprägtesten im Feld industrieller Beziehungen. Was die Gegenstandsbereiche und die Orte der Forschungen betrifft, konnte an Erfahrungen im Exil angeknüpft werden.

Die Industriesoziologie, innerhalb derer die kritische Theorie in den 50ern Fuß fasste, war in besonderem Maße in gesellschaftliche Konflikte einbezogen, weil sie sich einem Bereich gesellschaftlicher und ökonomischer Auseinandersetzung näherte, der im Laufe der 50er Jahre besonders umkämpft war: dem Bereich der montanindustriellen Mitbestimmung. In den Auseinandersetzungen um Mitbestimmung und Partizipation war Expertise im Kampf um Deutungsmacht gefragt. Die Industriesoziologie etablierte sich als eine praxisbezogene

[10] Theodor W. Adorno: Typen und Syndrome, in: ders.: Studien zum autoritären Charakter, S. 303-358, insbesondere S. 339-358.

Wissenschaft im Rahmen der Auseinandersetzungen um das Mitbestimmungsrecht und um die Institutionen der Unternehmensmitbestimmung. Die konkreten Verwendungsfelder waren einerseits der Arbeitsbereich der gewerkschaftsnahen Arbeitsdirektoren, andererseits konkurrierende Sparten der Unternehmensverwaltungen, die eher dem "klassischen" Management entsprachen. Eine These ist, dass die Industriesoziologie (von Arbeitnehmer- wie von Arbeitgeberseite) als Auftragsforschung strategisch eingesetzt wurde, um den Organisationswandel in Unternehmen im eigenen Sinne zu flankieren und voranzutreiben. Dies lässt sich am Beispiel der konkurrierenden Ansätze des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften und des Instituts für Sozialforschung im Auftrag der Mannesmann AG zeigen.[11]

Auch in den anderen Fällen der Rezeption und Anwendung der Forschung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung ging es um Demokratie und demokratische Werte.

Zweitens: Die Kritische Theorie wurde mit der "intellektuellen Gründung der Bundesrepublik" in Verbindung gebracht. Die vorliegende Arbeit versucht, diese prominente These zu differenzieren bzw. in Teilen zu widerlegen. Wie zu zeigen sein wird, konnten die Vertreter des Frankfurter Instituts mit ihren Forschungen und entwickelten Instrumenten nicht in dem Maße in der Praxis von Behörden und Institutionen der jungen Bundesrepublik Fuß fassen, wie dies Albrecht und andere annehmen.[12] Vielmehr stießen sie in prominenten Fällen, wie dem Engagement in der Bundeswehr, auf erbitterten Widerstand von militärischen Traditionalisten wie Reformern und erfuhren die organisierte Gegenwehr des psychologischen akademischen und beruflichen Feldes. Es ist zu klären, wie weit der Einfluss des Frankfurter Instituts bei verschiedenen Auftragsprojekten reichte. Aus der Beauftragung des Instituts und der großzügigen Unterstützung mit Drittmitteln und Forschungsgeldern zu schließen, das Frankfurter Institut habe den Diskurs prägen können oder auch nur die Praxis von Organisationen beeinflussen, greift zu kurz. Zu wenig etabliert war das Institut und zu wenig anerkannt seine Methoden.

Drittens: Eine weitere These, die in ihrer Reichweite zu überprüfen ist, ist die der Westernisierung der Bundesrepublik. Für ausgewählte Untersuchungsfelder hat die Tübinger Forschungsgruppe um Anselm Doering-Manteuffel aufzeigen können, inwiefern bestimmte Milieus von westernisierenden Einflüssen geprägt werden konnten. Hier seien nur der Einfluss von Remigranten in der SPD, das Feld der antikommunistischen Intellektuellen und der deutsche Protestantismus als Beispiele genannt.[13] Der Methodenwandel in den Wissen-

[11] Die ersten Ergebnisse hierzu, die auch in die Dissertation einfließen, in: Johannes Platz: "Überlegt Euch das mal ganz gut: wir bestimmen mit".

[12] Clemens Albrecht et. al.: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule. Frankfurt/Main 1999.

[13] Julia Angster: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB. München 2003, (Ordnungssysteme – Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit; 13); Michael Hochgeschwender: Freiheit in

schaften und der Generationenwechsel etwa in der akademischen Psychologie, aber auch in den Sozialwissenschaften werden in der Forschung als “Amerikanisierung” gedeutet. Mit Sicherheit kann die Adaption von Methoden der empirischen Sozialforschung, mithin der Methodenwandel von der älteren Sozialstatistik hin zu neuen Formen der Einstellungs- und Meinungsforschung, in der Praxis von Behörden und Institutionen als ein Indikator von fortschreitender Westernisierung gelesen werden. Doch wie steht es um Gegenbewegungen und Widerstände in den Institutionen oder in den untersuchten Feldern oder gar bezüglich der Forschungsobjekte? Hier kann das Ausmessen der Widerstände einen zuverlässigen Indikator für die Reichweite und die Grenzen der Westernisierung und auch Liberalisierung der jungen Bundesrepublik liefern, insofern ermessen werden kann, wie weit kritische Sozialforschung zu intervenieren vermochte und die Wirklichkeit beeinflussen konnte.

Viertens sind die Befunde hinsichtlich des Beitrags der Frankfurter Forscher zur Methodendifferenzierung und zum Leitbildwandel in der jungen Bundesrepublik zu untersuchen. Durch Netzwerkbildung und Diskurskoalitionen trug die jüngere Generation der Sozialwissenschaftler zur Durchsetzung von Deutungsmustern bei, in denen nicht mehr die ”ganzheitlichen” auf die ”Gemeinschaft” zielenden Ansätze der 20er und 30er Jahre den Diskurs beherrschten, sondern auf Beziehungen, Gruppen und Interessen orientierte Deutungsansätze sich durchsetzten. Dies ist Effekt eines tiefergehenden Leitbildwandels in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Am Beispiel des Militärs als Nachfrager sozialpsychologischer Expertise lässt sich dies illustrieren: Im Verlaufe der sechziger Jahre trat in der militärischen Großorganisation Bundeswehr neben die tradierten Modelle der ”Wehrpsychologie”, die auf psychotechnischen und eigenschaftstheoretischen Grundannahmen beruhten, eine neue Form der Expertise, die ausdrücklich an die sozialpsychologischen Modelle anknüpfte, die sich als Fortschreibung amerikanischer Gruppenforschung (Lewin, Homans, Bales) bzw. der Autoritarismus- und Dogmatismusforschung (Adorno, Rokeach) verstanden. Die weitgehende Technisierung der militärischen Organisation machte nach Ansicht der zeitgenössischen Experten einen Wandel des Führungsstils und des organisatorischen ”Gefüges” notwendig.

3. Forschungsstand

Nachdem die 50er Jahre jahrzehntelang als Zeit der Restauration galten, unterzog Anfang der 1990er Jahre ein richtungsweisender Sammelband mit Beiträgen zur Sozial- und

---

der Offensive. Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen. München 1998 (Ordnungssysteme – Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit; 1); Thomas Sauer: Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeiten des Kronberger Kreises. München 1999 (Ordnungssysteme – Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit; 2).

Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland in den 1950ern diese Sichtweise einer massiven Kritik. Die Anzeichen für eine "Modernisierung im Wiederaufbau" waren bei genauerem Hinsehen nicht zu bestreiten.[14] Auch für das Forschungsfeld, dem sich die vorliegende Studie zuwendet, dem Feld der Wissenschaftsgeschichte, lassen sich solche Modernisierungstendenzen bei allen Beharrungskräften, die im einzelnen im Feld der Soziologen und der Psychologen herrschten**,** nachweisen. Die vorliegenden Fallstudien verstehen sich jedoch auch als ein Versuch, diese Interpretation einer „Modernisierung im Wiederaufbau" ebenso wie Forschungen zu Westernisierung und Liberalisierung der Bundesrepublik einem kritischen Blick zu unterwerfen.[15] Die Rezeption der Methoden empirischer Sozialforschung und noch dazu kritisch-theoretisch orientierter empirischer Sozialforschung wird meist als eine modernisierungsoffene Tendenz in der jungen Bundesrepublik gelesen. Doch für die in der vorliegenden Studie behandelten Fälle gilt es auch kritisch zu ermessen, inwieweit empirische Sozialforschung in Feldern, die von konservativen Militärs, von Veteranenverbänden oder von Verbänden des organisierten Kapitals dominiert wurden, wirklich herrschafts-, traditions- und autoritätskritisches Wissen in den Diskurs von Behörden, Verbänden und Großorganisationen hereinzutragen vermochte.

Es existiert eine thematisch breite und nicht leicht zu ordnende Literatur zu Fragen der "Verwissenschaftlichung des Sozialen", die ich hier nur knapp anhand ihrer thematischen Orientierung bezogen auf mein Forschungsfeld darstellen möchte. Den konzeptionellen Ausgangspunkt bilden Arbeiten, die an Raphaels These von der "Verwissenschaftlichung des Sozialen" anschließen, der zufolge die andauernde Präsenz wissenschaftlicher Experten und ihrer Konzepte für den Untersuchungszeitraum der Zeitgeschichte in zunehmender Breite zu beobachten ist. In eine ähnliche Richtung geht der Ansatz einer **„**langen Zeitgeschichte des zwanzigsten Jahrhunderts**"** von Szöllösi-Janze, der sich am Konzept der Wissensgesellschaft orientiert.[16] Die Bedeutung von Experten für die organisatorische Praxis in Verwaltungen ist ein jüngeres Thema, auf dessen Bedeutung Raphael in seiner Untersuchung zu den Sozialexperten in den Sozialsystemen des Nationalsozialismus, der DDR und der BRD hingewiesen hat.[17] Die Fallstudien im Sammelband von Fisch und Rudloff und im Band des Archivs für Sozialgeschichte, der sich mit der „Verwissenschaftlichung der Politik"

[14] Vgl. die Beiträge in Axel Schildt und Arnold Sywottek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1993, Studienausgabe 1998 (Politik- und Gesellschaftsgeschichte; 33).

[15] Zur Liberalisierung vgl. Ulrich Herbert: Liberalisierung als Lernprozess, Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, eine Skizze, in: ders.: Wandlungsprozesse in Westdeutschland, Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980. Göttingen 2002 (Moderne Zeit; 1), zur Westernisierung als Überblick Anselm Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen. Göttingen 1999.

[16] Lutz Raphael: Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: GG 22, 1996, S. 165-193, vgl. auch jüngst Margit Szöllösi-Janze: Wissensgesellschaft in Deutschland: Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse, in: GG 30, 2004, S. 277-313.

[17] Lutz Raphael: Experten im Sozialstaat, in: Hans-Günther Hockerts (Hg.): Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich. München 1998, S. 231-258.

beschäftigt, beleuchten den Einfluss wissenschaftlicher Experten auf die Politikberatung anhand einer Vielzahl von Fällen.[18] Besondere Bedeutung hat für mich Weischers Untersuchung über das ”Unternehmen empirische Sozialforschung”, in welcher der komplizierte Markt für sozialwissenschaftliche Expertise rekonstruiert wird.[19] Einen hohen Stellenwert haben auch die Analysen von Ziemann über die Sozialwissenschaften in der katholischen Kirche und von Kruke über Meinungsforschung in den Volksparteien SPD und CDU, die thematisch viele Parallelen, Vergleichsmöglichkeiten und Ansatzpunkte bieten.[20] Hier zeigt sich, dass die zunehmende Professionalisierung der Wahlkämpfe**,** ausgehend in den 1950ern von der Entwicklung bei der CDU, dann aber in wachsendem Maß auch in der SPD, mit der Einholung der Expertise von Meinungsforschern und Demoskopen einherging, was bis zur Gründung eines eigenen SPD-nahen Meinungsforschungsinstituts führte (Infas).[21] Ziemann zufolge haben die Institutionen der katholischen Amtskirche seit den 1950ern und dann mit neuem Schwung in den 1960ern und 1970ern in zunehmenden Maße auf die Expertise von Sozialwissenschaftlern zurückgegriffen, was von der Rezeption älterer Modelle der Soziographie bis hin zu modernen Ansätzen der Gruppendynamik in der gemeindlichen Arbeit reichte.[22]

In der Psychologiegeschichte liegen jüngere Arbeiten zur Geschichte der Arbeitsverwaltung von Meskill vor, der die Zunahme psychologischer Expertise in der Arbeitsverwaltung von 1914 bis 1973 untersucht.[23] Petri ergänzt die Arbeiten von Geuter zur Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus sinnvoll mit seiner Monographie über die Entwicklung der Militärpsychologie des Deutschen Reiches vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, die er in vergleichender Perspektive untersucht.[24] Wichtig für

[18] Vgl. hierzu die Einleitung von Wilfried Rudloff: Politikberatung als Gegenstand historischer Forschung. Forschungsstand, neue Befunde, übergreifende Fragestellungen, in: Stefan Fisch und ders. (Hg.): Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive. Berlin 2004 (Schriftenreihe der Hochschule Speyer; 168), S. 13-57; Vgl. Anja Kruke, Meik Woyke: Editorial [zum Rahmenthema „Verwissenschaftlichung der Politik nach 1945] in: Archiv für Sozialgeschichte 50, 2010, S. 3-10, sowie den gesamten Band.

[19] Christoph Weischer: Das Unternehmen ‘Empirische Sozialforschung’.

[20] Anja Kruke, Benjamin Ziemann: Meinungsumfragen in der Konkurrenzdemokratie. Auswirkungen der Demoskopie auf die Volksparteien und den politischen Massenmarkt 1945/1949-1990, in: HSR 2000; Benjamin Ziemann: Auf der Suche nach der Wirklichkeit. Soziographie und soziale Schichtung im Deutschen Katholizismus 1945-1970, in: GG 29, 2003, S. 409-440; Benjamin Ziemann: Katholische Kirche und Sozialwissenschaften 1945-1975. Göttingen 2007 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 175).

[21] Anja Kruke: Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949-1990. Düsseldorf 2007 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; 149); dies.: Der Kampf um die politische Deutungshoheit. Meinungsforschung als Instrument von Parteien und Medien in den Siebzigerjahren, in: AfS 44, 2004, S. 293-326.

[22] Vgl. Benjamin Ziemann: Auf der Suche, sowie ders.: The Gospel of Psychology. Therapeutic Concepts and the Scientification in the West German Catholic Church, 1950-1980, in: Central European History 39, 2006, S. 79-106.

[23] David Meskill: Arbeitersteuerung und Klientenberatung: Angewandte Psychologie in der deutschen Arbeitsverwaltung, 1914-1973, in: Zeitschrift für Psychologie 212, 2004, S. 212-226; ders.: Characterological Psychology and the German Political Economy in the Weimar Period (1919-1933), in: History of Psychology 7, 2004, S. 3-19; ders.: Human Economies: Labor Administration, Vocational Training and Psychological Testing in Germany, 1914-1964, Ph.D. Diss., Harvard University 2003.

[24] Vgl. Ulfried Geuter: Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus. Frank-

die Einordnung psychologischer Expertise in der Nachkriegszeit sind die Arbeiten im Sammelband von Ash und Geuter sowie von Ash.[25] Neue Ansätze in der Expertengeschichtsschreibung finden sich bei Rosenberger, die in ihrer Untersuchung das personalpolitische Feld in westdeutschen Unternehmen rekonstruiert, das über den eng umgrenzten Raum einer wissenschaftlichen Expertengruppe wie der Betriebspsychologen weit hinausreicht.[26] Sie hat Betriebspsychologen, Betriebswirtschaftler, Volkswirte und Sozialexperten gleichermaßen im Blick. Von Bedeutung ist Rosenbergers Untersuchung für die vorliegende Arbeit, weil sie den Stellenwert von Betriebs- und Arbeitspsychologen betont, die in den untersuchten Fällen teils in Konkurrenz zum Frankfurter Institut traten, teils mit ihm kooperierten.[27]

Thematisch von besonderem Interesse ist die Forschung zur Amerikanisierung und Westernisierung der jungen Bundesrepublik. Einen allgemeinen Forschungsüberblick und Hinweise zur Begriffsgeschichte der Amerikanisierung gibt Gassert.[28] Auf der einen Seite deuten Plé für die Sozialwissenschaften und Grossheim für die Psychologie den tiefgreifenden Methoden- und Perspektivenwandel der Sozialwissenschaften der Nachkriegszeit mit einem gewissen Hang zur Kulturkritik als Verlustgeschichte der deutschen geisteswissenschaftlichen Soziologie bzw. Psychologie. In eine ähnliche Kerbe schlagen Albrecht et al., die allerdings eine etwas weitreichende Wirkungsthese vertreten, der zufolge eine strategische Allianz von amerikanischen ”Umerziehern” und ”jüdischen” sozialwissenschaftlichen Remigranten im Kreis der Frankfurter Schule zur ”intellektuellen Gründung der Bundesrepublik” beigetragen habe.[29] Auf der anderen Seite dagegen stellen die Arbeiten Schildts und

---

furt/Main 1985; Stefan J. Petri: Eignungsprüfung, Charakteranalyse, Soldatentum. Veränderung der Wissenschafts- und Methodenauffassung in der Militärpsychologie des Deutschen Reiches, Großbritanniens und der USA 1914-1945.

[25] Mitchell G. Ash: Gestaltpsychology in German Culture, 1890-1967. Holism and the quest for objectivity. Cambridge u.a. 1995; ders. und Ulfried Geuter: Geschichte der deutschen Psychologie im 20. Jahrhundert. Opladen 1985.

[26] Ruth Rosenberger: Experten für Humankapital. Die Genese eines Tätigkeitsfeldes zwischen Wissenschaften und Praxis. Betriebliche Personalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Diss., Universität Trier 2006; dies.: Demokratisierung durch Verwissenschaftlichung? Betriebliche Humanexperten als Akteure des Wandels der betrieblichen Sozialordnung in westdeutschen Unternehmen, in: Archiv für Sozialgeschichte 44, 2004, S. 327-355; Johannes Platz, Ruth Rosenberger, Lutz Raphael: Psychologische Eignungsdiagnostik in westdeutschen Großunternehmen: Wirkung von Ideen als Neufiguration wissenschaftlicher Konzepte in professionellen Verwendungsfeldern, in: Lutz Raphael, Elmar Tenorth (Hg.): Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit. München 2006 (Ordnungssysteme; 20), S. 479-496.

[27] Die Rolle von ökonomischen Experten untersuchen in breiterer Perspektive Metzler, im engeren Fokus auf die Tätigkeit des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage sind die beiden wegweisenden Arbeiten von Schanetzky und Nützenadel zu nennen. Tim Schanetzky: Sachverständigen Rat und Konzertierte Aktion: Staat, Gesellschaft und wissenschaftliche Expertise in der bundesrepublikanischen Wirtschaftspolitik, in: VSWG 91, 2004, S. 310-331; ders.: Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966-1982, Berlin 2007. Zur Verwissenschaftlichung der Wirtschaftspolitik auch Alexander Nützenadel: Die Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949-1974. Göttingen 2006 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 166).

[28] Philipp Gassert: Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung, in: AfS 39, 1999, S. 531-561.

[29] Bernhard Plé: Wissenschaft und säkulare Mission. “Amerikanische Sozialwissenschaft” im politischen Sendungsbewußtsein der USA und im geistigen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1990; Michael Grossheim: Die westdeutsche Psychologie nach 1945 – amerikanistische Mode oder exakte Wissenschaft?, in: Zitelmann, Rainer [u. a.] (Hg.): Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland. Stuttgart 1993, S. 391-419; Clemens Albrecht et al.: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfur-

Doering-Manteuffels das Phänomen der Amerikanisierung bzw. Westernisierung als eine spezifische Form der Geschichte von kulturellen Aneignungsprozessen, die dem allgemeineren Forschungsfeld des kulturellen Transfers zuzurechnen ist, dar.[30] Gerade für den Bereich der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftspolitik kann Angster nachweisen, welch weitreichenden westernisierenden Einfluss remigrierte Sozialdemokraten und Gewerkschafter hatten. Diese Befunde sind auch für die vorliegende Studie anschlussfähig.[31] Füssl hat gezeigt, wie weit deutsch-amerikanischer Kulturaustausch reichte, und legt dabei auch reichhaltige Befunde für den Kulturaustausch über das Medium der Sozialwissenschaften vor.[32] Bauerkämper, Jarausch und Payk heben in ihrem Sammelband ebenfalls die Rolle transatlantischer Mittler für die kulturelle Öffnung und Demokratisierung Westdeutschlands hervor. Gemeinsam ist dem Sammelband und den Studien der Tübinger Westernisierungsforschung von Doering-Manteuffel und anderen, dass sie das Augenmerk auf konkrete Personengruppen und Netzwerke legen. Dieser Perspektive schließt sich die vorliegende Arbeit an, möchte allerdings die Befunde zur Westernisierungs- und Amerikanisierungsforschung differenzieren. Das geschieht vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in den Quellen zu den Konflikten um die Studien des Frankfurter Instituts eine weitreichende und tiefgehende Abwehr des westernisierten Modells der Sozialforschung festzustellen ist. Die Rezeptionsspuren der Frankfurter Sozialwissenschaften und überhaupt des amerikanisierten Modells empirischer Sozialforschung sind Indikator für Westernisierung und Abwehr der Westernisierung zugleich.[33] Für die Wissenschaftsgeschichte der Psychologie stützen Métraux und Geuter diese Befunde, wobei Métraux den Methodenstreit in der Psychologie der Nachkriegszeit auch einer generationenspezifischen Deutung unterwirft, derzufolge die

---

ter Schule. Frankfurt/Main 1999.

[30] Anselm Doering-Manteuffel: Dimensionen von Amerikanisierung in der deutschen Gesellschaft, in: AfS 35 ,1995, S. 1-34; ders.: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert. Göttingen 1999; Axel Schildt: Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik. Frankfurt/Main 1999. Frank Becker: Amerikabild und "Amerikanisierung" im Deutschland des 20. Jahrhunderts – ein Überblick, in: ders. und Elke Reinhardt-Becker (Hg): Mythos USA. "Amerikanisierung" in Deutschland seit 1900. Frankfurt/Main 2006, S. 19-47. Zur Kulturtransferforschung vgl. das Heft der Zeitschrift Comparativ: Transatlantischer Kulturtransfer im "Kalten Krieg". Perspektiven für eine historisch vergleichende Transferforschung, Comparativ 16, 2006; darin Helke Rausch: Blickwechsel und Wechselbeziehungen. Zum transatlantischen Kulturtransfer im westlichen Nachkriegseuropa, Comparativ 16, 2006, S. 7-33; dies.: Konjunkturen des Austauschs. Der transatlantische Kulturkontakt Frankreichs und der Bundesrepublik in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten, in: Comparativ 16, 2006, S. 89-130.

[31] Julia Angster: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB. München 2003, (Ordnungssysteme – Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit; 13); Michael Hochgeschwender: Freiheit in der Offensive. Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen. München 1998 (Ordnungssysteme – Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit; 1); Thomas Sauer: Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeiten des Kronberger Kreises. München 1999 (Ordnungssysteme – Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit; 2).

[32] Karl Heinz Füssl: Deutsch-amerikanischer Kulturaustausch im 20. Jahrhundert. Bildung – Wissenschaft – Politik. Frankfurt/Main 2004. In diese Richtung geht auch der einführende Beitrag von Mitchell G. Ash: Wissenschaft und Wissenschaftsaustausch, in: Detlef Junker, Philipp Gassert, Wilfried Mausbach, David B. Morris (Hg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Krieges 1945-1990. Band 1: 1945-1968. Stuttgart, München 2001, S. 634-645.

[33] Arnd Bauerkämper, Konrad Jarausch, Marcus M. Payk: Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970. Göttingen 2005.

Überwindung der älteren ganzheitspsychologischen und charakterologischen Ansätze durch ein amerikanisiertes Wissenschaftsmodell durch einen Generationenwechsel im Feld der Psychologie und die darauf zurückzuführenden Methodenauseinandersetzung zu erklären ist.[34] Gerade für das Frankfurter Institut für Sozialforschung waren die amerikanische Erfahrung und das Ziel, amerikanische Methoden der empirischen Sozialforschung zu vermitteln, von Bedeutung.[35] Erste Ansätze für den Bereich des Kulturtransfers mittels der Disziplin der Politikwissenschaften bietet Bauerkämper anhand ausgewählter Einzelbeispiele.[36] Detaillierter geht Bleek auf die Rolle der Politikwissenschaften als amerikanisch inspirierte Demokratiewissenschaft ein.[37] Einen wichtigen Aspekt der vorliegenden Untersuchung, in der es vielfach auch um die Abwehr des amerikanischen Modells der empirischen Sozialforschung geht, beleuchten jüngere Studien zum Antiamerikanismus. Auf den Sachverhalt, dass die Amerikanisierung ausgewählter Felder der Bundesrepublik mit heftiger antiamerikanischer Abwehr konfrontiert war, hat vor einiger Zeit Greiner hingewiesen.[38]

Die Forschungslage zum Frankfurter Institut für Sozialforschung für die Gründungs- und Exilzeit ist als gut zu bezeichnen. Für diesen Zeitraum erfüllen die vorliegenden Arbeiten die Ansprüche einer modernen Wissenschaftsgeschichte, die nicht nur Werkgeschichte ist.

Die empirische Forschungstätigkeit des Instituts in den dreißiger und vierziger Jahren wird durch drei Studien umrissen. Zunächst ist die noch in Deutschland begonnene und im Exil von Erich Fromm verantwortete und fertiggestellte Studie über *Arbeiter und Angestellte am*

[34] Alexandre Métraux: Der Methodenstreit und die Amerikanisierung der Psychologie in der Bundesrepublik, in: Mitchell G. Ash und Ulfried Geuter (Hg.): Geschichte der deutschen Psychologie, S. 225-251; Ulfried Geuter: Institutionelle und professionelle Schranken der Nachkriegsauseinandersetzung über Psychologie im Nationalsozialismus, in: Psychologie und Gesellschaftskritik 4, 1980, S. 5-39.

[35] Darauf weisen die Beiträge eines Sammelbandes hin: Keine Kritische Theorie ohne Amerika, Hannoversche Schriften 1, 1999, darin: Detlev Claussen: Die amerikanische Erfahrung der Kritischen Theoretiker, S. 27-45, Martin Jay: Adorno in Amerika, S. 46-76, Michael Werz: Kritische Theorie im Exil, S. 102-121. Zur amerikanischen Erfahrung auch Thomas Wheatland: The Frankfurt School's Invitation from Columbia University: How the Horkheimer Circle Settled on Morningside Heights, in German Politics and Society, in: German Politics and Society 22, 2004, Issue 72, S. 1-32; ders.: Critical Theory on Morningside Heights: From Frankfurt Mandarins to Columbia Sociologists, in: German Politics and Society 22, 2004, Issue 73, S. 1 und S. 58-87 [!]; ders.: Thomas Wheatland: In den Armen der Alma Mater. Die Frankfurter Schule an der Columbia University, in: Hannoversche Schriften 6, 2005, S. 167-196. Auch die autobiographischen Überlegungen Adornos sind hier zu nennen, vgl. Theodor W. Adorno: Wissenschaftliche Erfahrungen in Amerika, in: Wolf Lepenies (Hg.): Geschichte der Soziologie. Studien zur kognitiven und historischen Identität einer Disziplin, Bd. 1. Frankfurt/Main 1981, S. 299-336. Kritisch zu Adorno Paul Lazarsfeld: Eine Episode in der Geschichte der empirischen Sozialforschung, in: Talcott Parsons, Edward Shils, Paul F. Lazarsfeld: Soziologie – autobiographisch. München, Stuttgart 1975, S. 147-225.

[36] Arnd Bauerkämper: Demokratie als Verheißung oder Gefahr? Deutsche Politikwissenschaftler und amerikanische Modelle 1945 bis Mitte der sechziger Jahre, in: ders., Jarausch und Payk: Demokratiewunder, S. 253-280.

[37] Wilhelm Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland. München 2001, besonders S. 265-307.

[38] Bernd Greiner: "Test the West". Über die "Amerikanisierung" der Bundesrepublik Deutschland, in: Mittelweg 36, 1997, S. 4-40. Einen ideengeschichtlichen Essay zum deutschen Antiamerikanismus von der Aufklärung bis zur Gegenwart hat Diner vorgelegt, vgl. Dan Diner: Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments. München 2002, für den europäischen Vergleich siehe den Sammelband Jan C. Behrends, Árpád von Klimó, Patrice C. Poutrus: Antiamerikanismus und die europäische Moderne. Zur Einleitung, in: dies. (Hg.): Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa. Bonn 2005 (Politik- und Gesellschaftsgeschichte; 68), S. 10-33; darin auch Konrad H. Jarausch: Missverständnis Amerika: Antiamerikanismus als Projektion, in: Jan C. Behrends, Árpád von Klimó, Patrice C. Poutrus: (Hg.): Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert, S. 34-49.

Vorabend des Dritten Reiches zu nennen. Diese Studie lenkte das Interesse des Instituts zum ersten Mal empirisch auf die Charakterdispositionen der Gruppe, die man bis dahin für das Subjekt der Geschichte gehalten hatte: die Arbeiterklasse. Von den Ergebnissen ausgehend führte das Institut in den Jahren nach der Emigration weiterreichende *Studien zu Autorität und Familie* durch, die es 1935 in einem voluminösen Kompendium veröffentlichte. Schließlich ist drittens der einleitende Band zu den *Studies in Prejudice* zu nennen, *The Authoritarian Personality*, der 1950 erschien, aber während des Kriegs erstellt wurde. Das empirische Forschen und die Wissenschaftspraxis des emigrierten Frankfurter Institutes nehmen alle grundlegenden Studien zur Geschichte der Frankfurter Schule in den Blick. Jay bietet einen wissenschaftsgeschichtlich fundierten Überblick über die Geschichte des Instituts von der Gründung bis zum Entschluss zur Remigration.[39] Dubiel nimmt das Verhältnis von Wissenschaftsorganisation und politischer Erfahrung in den Blick. Er zeigt auf, wie sich über die politische Erfahrungsbildung der emigrierten Sozialforscher und Philosophen vor dem Hintergrund der totalitären Entwicklung der 1930er Jahre das empirische Forschungsprogramm verschob.[40] Wichtige Studien zum Themenkomplex hat Bonß vorgelegt.[41] Unter anderem hat er sich mit der „Einübung des Tatsachenblickes" auseinander gesetzt, wobei er die Untersuchungen des Frankfurter Instituts von der Arbeiter- und Angestelltenstudie über die "Studien zu Autorität und Familie" bis zu den Studien zum autoritären Charakter in den Mittelpunkt stellt.[42] Während sich die große Frankfurter Adorno-Konferenz 1983 noch intensiv mit der Methodologie bei Adorno auseinandersetzte,[43] spielte Adornos Soziologie auf der Konferenz zu Adornos hundertstem Geburtstag 2003 nur noch eine untergeordnete Rolle.[44] Einen fundierten Überblick über Adornos Soziologie legte Müller-Doohm vor, jedoch spart er einen intensiveren praxis- und verwendungsgeschichtlichen Blick auf die Entwicklung der Frankfurter Soziologie aus, wohingegen Walter-Busch auf die politischen Kontexte der Frankfurter Soziologie verweist.[45] Einige jüngere Forschungen

[39] Martin Jay: Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung. Frankfurt/Main 1976, S. 143-208, S. 261-296.
[40] Helmut Dubiel: Wissenschaftsorganisation und politische Erfahrung. Studien zur frühen Kritischen Theorie. Frankfurt/Main 1978.
[41] Als Ausgangspunkt kann hier die Einleitung zu Erich Fromms Studie "Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches" gelten, vgl. Wolfgang Bonß: Kritische Theorie und empirische Sozialforschung: Anmerkungen zu einem Fallbeispiel, in: Erich Fromm: Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Stuttgart 1980, S. 7-46.
[42] Wolfgang Bonß: Die Einübung des Tatsachenblicks. Zur Struktur und Veränderung empirischer Sozialforschung. Frankfurt/Main 1982.
[43] Vgl. Wolfgang Bonß: Empirie und Dechiffrierung von Wirklichkeit. Zur Methodologie bei Adorno, in: Ludwig von Friedeburg (Hg.): Adorno-Konferenz 1983. Frankfurt/Main 1983, S. 201-225, sowie Jürgen Ritsert: Indizienparadigma und Totalitätsempirie, in: ebd., S. 226-233.
[44] Dabei berücksichtigt der Berichterstatter zum Thema Neckel die empirische Forschungstätigkeit unter Adornos Leitung überhaupt nicht. Vgl. Sighard Neckel: Die Verwilderung der Selbstbehauptung. Adornos Soziologie: Veralten der Theorie -Erneuerung der Zeitdiagnose, in: Axel Honneth (Hg.): Dialektik der Freiheit. Frankfurter Adorno-Konferenz 2003. Frankfurt/Main 2004, S. 188-204.
[45] Stefan Müller-Doohm: Die Soziologie Theodor W. Adornos. Eine Einführung. Frankfurt/Main 1996; Emil Walter-Busch: Geschichte der Frankfurter Schule. Kritische Theorie und Politik. München 2010.

haben sich des genaueren Verhältnisses von Theorie und Empirie angenommen und dabei die Entstehung und Rezeption des soziologischen Hauptwerkes, der *Authoritarian Personality*, zugrundegelegt.[46] Wichtig für die Entstehungsgeschichte der *Authoritarian Personality* ist die Arbeit von Fleck, der die Boomphase der empirischen Sozialforschung in der Exilzeit der 1930er und 1940er Jahre untersucht. Er gewichtet die theoretischen und empirischen Beiträge zur *Authoritarian Personality* kritisch, weist den Anteil des Teamworks in ihrer Entstehung nach und beurteilt den Anteil Adornos vor diesem Hintergrund kritisch. Dies führt dazu, dass der Anteil der Koautorin und der Koautoren, die durch die alphabetische Nennung in den Hintergrund traten, stärker gewürdigt wird.[47] Ziege hat die Entwicklung der Studien zum Autoritarismus in ihrem Zusammenhang der Entwicklung eines Theoriebeitrags zur Antisemitismusforschung eingehend untersucht und weist die nach Schichten und sozialen Gruppen differenzierte Forschungstätigkeit am Beispiel der *Studies in Prejudice* wie der unveröffentlichten umfassenden Studie *Antisemitism among American Labor* nach. Die Forschungslage zu denjenigen Sozialwissenschaftlern aus dem Umfeld des Instituts für Sozialforschung, die im Zweiten Weltkrieg als Deutschlandexperten für den neu gegründeten amerikanischen Geheimdienst OSS und nach dem Krieg für das amerikanische Außenministerium mit ihrer Expertise arbeiteten**,** ist gut. Besonderes Gewicht hat die Analyse der Herrschaftsstruktur des Nationalsozialismus durch Franz Neumann.[48] Einzelne Expertisen wie die von Herbert Marcuse sind in einem Sammelband veröffentlicht, eine breitere Auswahl aus den Expertisen hat Söllner herausgegeben.[49]

Auf die Bedeutung dieser Arbeiten für die amerikanische Gegnerforschung in der Zeit des Nationalsozialismus und für die Entwicklung einer sowjetologischen Gegnerforschung in den USA auch in der Nachkriegszeit hat Müller hingewiesen, der auch den Beitrag Marcuses zur Erforschung des Nationalsozialismus auf einer breiten Quellenbasis untersucht hat.[50]

---

[46] Siehe hierzu allgemein den Band "Philosophie und Empirie" der Hannoverschen Schriften 4, 2001. Allerdings gehen diese Beiträge, obwohl sie sich auf die Kritische Theorie beziehen, eher den Rezeptionspfaden Kritischer Gesellschaftswissenschaft nach.

[47] Christian Fleck: Transatlantische Bereicherungen. Zur Erfindung der empirischen Sozialforschung. Frankfurt/Main 2007, insbesondere S. 353-427.

[48] Vgl. hierzu Franz Neumann: Behemoth. Frankfurt/Main 1993, sowie das Nachwort von Gert Schäfer: Franz Neumanns "Behemoth" und die heutige Faschismusforschung, in: ebd., S. 665-776. Allgemein zum Zusammenhang und den unterschiedlichen Deutungssystemen Neumanns und der übrigen Frankfurter Schule Alfons Söllner: Geschichte und Herrschaft. Studien zur materialistischen Sozialwissenschaft 1929-1942. Frankfurt/Main 1979; und die Untersuchungen von Petra Marquardt-Bigman: Amerikanische Geheimdienstanalysen über Deutschland 1942-1949. München 1995 (Studien zur Zeitgeschichte; 45). Siehe auch den Beitrag im Sammelband dies.: Nachdenken über ein demokratisches Deutschland. Der Beitrag der Research and Analysis Branch zur Planung der amerikanischen Deutschlandpolitik, in: Jürgen Heideking, Christoph Mauch (Hg.): Geheimdienstkrieg gegen Deutschland. Göttingen 1993, S. 122-141. Christoph Mauch: Schattenkrieg gegen Hitler. Das Dritte Reich im Visier der amerikanischen Geheimdienste 1941-1945. Stuttgart 1999.

[49] Herbert Marcuse: Feindanalysen. Über die Deutschen. Lüneburg 1998; Alfons Söllner (Hg.): Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Band 1: Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Geheimdienst 1943-1945. Frankfurt/Main 1986; ders. (Hg.): Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Band 2: Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium, 1946-1949. Frankfurt/Main 1986.

[50] Tim B. Müller: Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg. Hamburg 2010;

Während für die Zwischenkriegszeit der Beitrag der kritischen Theorie zur theoretischen Durchdringung und empirischen Untersuchung des Antisemitismus als gut erforscht gelten kann, finden die empirischen Arbeiten des Frankfurter Instituts auf Grund ihrer betont qualitativen Ausrichtung nur beschränkte Beachtung.[51] Für die Nachkriegszeit liegen drei Überblicksdarstellungen von Wiggershaus, Albrecht et al. und Demirovic vor. In Wiggershaus' Gesamtdarstellung wird die empirische Forschungstätigkeit der Nachkriegszeit nur kurz behandelt, auf die industriesoziologische Forschungstätigkeit des IfS anhand der Mannesmannstudie geht er knapp ein, jedoch werden die vielfältigen Folgestudien nicht beachtet.[52] In seiner Studie zum „nonkonformistischen Intellektuellen" beschreibt Demirovic das Gruppenexperiment und eine Auswahl der hochschul- und wissenschaftspolitisch bedeutsamen Studien.[53] Dazu kommt eine Übersicht über die Forschungsprojekte und Publikationen des Instituts von der Remigration bis 1999, in der diese verschiedenen Studien knapp skizziert werden.[54] Die Stellung des IfS im konfliktgeladenen Feld der akademischen Soziologie und Psychologie beleuchtet er ebenso wie Dahms.[55] Demirovic bietet auch praxisgeschichtlich durch seine umfassende Untersuchung zum Wissenschaftshandeln und zur Positionierung der Frankfurter wichtige Ansatzpunkte für eine Wirkungsgeschichte des Instituts. Allerdings ist eine Arbeit, die die insbesondere Konflikte um die einzelnen Forschungsprojekte des Instituts in den 50er und 60er Jahren differenziert beleuchtet, trotz dieser ausgezeichneten Untersuchung noch Desiderat, da alle genannten Arbeiten dem wirkungsgeschichtlichen Ansatz nur beschränkte Beachtung schenken und deshalb die archivalische Evidenz der Parallelüberlieferung in öffentlichen Archiven und Unternehmensarchiven zu geringe Aufmerksamkeit zuwenden. Der Tätigkeit Adornos als praktisch tätiger Soziologe widmet sich Demirovic eher am Rande. In der biographischen Rekonstruktion des Lebens von Theodor Adorno widmet sich Müller-Doohm mehrfach Adornos empirischer Tätigkeit, allerdings weitgehend ohne auf die lediglich hektographiert vorliegenden Forschungsberichte der 50er Jahre einzugehen.[56] Als kritisch-polemisch und von wenig verstehender und weiterführender Einfühlung geprägt sind die Ausführungen Jägers zur

---

ders.: Herbert Marcuse, die Frankfurter Schule und der Holocaust. Ein Beitrag zur zeitgenössischen Wahrnehmung der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Magisterarbeit, Heidelberg 2004, http://www.marcuse.org/herbert/booksabout/00s/04TBMuellerMagister.htm.

[51] Werner Bergmann, Rainer Erb: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Sozialforschung. Opladen 1991, S. 231, S. 236 f.

[52] Rolf Wiggershaus: Die Frankfurter Schule. Geschichte, Theoretische Entwicklung, Politische Bedeutung. Frankfurt/Main ³1991, S. 534-550. Das gilt auch für die Studie von Albrecht et al., auf die im Zusammenhang mit der Amerikanisierungsdiskussion näher eingegangen wird, s. u.

[53] Alex Demirovic: Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule. Frankfurt/Main 1999.

[54] Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe Universität: Forschungsarbeiten. Frankfurt 1999 (Mitteilungen des Instituts für Sozialforschung; Heft 10).

[55] Hans-Joachim Dahms: Positivismusstreit. Die Auseinandersetzungen der Frankfurter Schule mit dem logischen Pragmatismus, dem amerikanischen Pragmatismus und dem kritischen Rationalismus. 2. Auflage. Frankfurt/Main 1998.

[56] Stephan Müller-Doohm: Adorno. Eine Biographie. Frankfurt/Main 2003.

Theorie des autoritären Charakters und deren Hang zu einer Pathologisierung der Mitte, die Jäger in Schutz nehmen zu müssen glaubt.[57] In der Forschung zur Geschichte der Frankfurter Schule ist in den vergangenen Jahren gleich in zwei gewichtigen Studien der Status der Frankfurter Philosophen als Intellektuelle beleuchtet worden. So beschreibt Demirovic die Frankfurter Schule als eine Gruppe nonkonformistischer Intellektueller. Albrecht et al. glauben, im Umfeld der Frankfurter Schule die "intellektuelle Gründung der Bundesrepublik" verorten zu können. Nun ist soziologisch betrachtet die Zuschreibung des Begriffs "Intellektuelle" für Horkheimer und Adorno nicht falsch und besonders ab der zweiten Hälfte der 1950er begann man sie öffentlich als kultursoziologisch tätige Intellektuelle wahrzunehmen, die beträchtlichen Einfluss gerade auch in der Rundfunklandschaft ausübten. Hier ist vor allem auch der intellektuelle Austausch, den diese Rundfunkbeiträge durch Diskussionen mit anderen wichtigen Soziologen erlaubten, hervorzuheben.[58] Gegenstand der vorliegenden Studie sind die Frankfurter Gelehrten allerdings weniger in ihrer Rolle als Intellektuelle, sondern vielmehr als Soziologen und empirische Sozialforscher. Als solche wurden sie zeitgenössisch auch als Experten der Demokratie nachgefragt, die die in der bundesdeutschen Soziologie der Nachkriegszeit neuen sozialwissenschaftlichen Methoden lieferten. Was die Rezeption der Frankfurter Schule betrifft, sind Forschungen zur Geschichte der Studierendenbewegung in den 60er Jahre ein Referenzpunkt, allerdings bleibt zu bemerken, dass sich die Studierendenbewegung zwar intensiv mit der Theorie der Autoritären Persönlichkeit auseinanderzusetzen begann, die empirische Tätigkeit des Instituts in der Nachkriegszeit fiel jedoch nicht ins Gewicht, wenn man einmal von den unmittelbaren Schülerinnen und Schülern Adornos und Ludwig von Friedeburgs am Institut für Sozialforschung absieht.[59]

Wichtig für die Entwicklung in der Nachkriegszeit ist die Verortung des Frankfurter Instituts im Feld der westdeutschen Soziologie, besonders der Industriesoziologie. Die Befunde der zeitgenössischen industriesoziologischen Untersuchungen der fünfziger Jahre bewertete eine erfahrungsgeschichtlich orientierte Studie von Parisius vor dem Hintergrund lebensgeschichtlicher Interviews, die er mit Arbeitern Anfang der achtziger Jahre führte, äußerst skeptisch.[60] Jüngere unternehmensgeschichtliche Studien hingegen haben die methodische Innovation und Strenge der "klassischen Studien" der westdeutschen Industriesoziologie

[57] Lorenz Jäger: Adorno. Eine politische Biographie. Stuttgart 2003.

[58] Monika Boll: Nachtprogramm. Intellektuelle Gründungsdebatten in der frühen Bundesrepublik. Münster 2004 (Kommunikationsgeschichte; 19).

[59] Zur Studierendenbewegung vgl. Wolfgang Kraushaar (Hg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 3 Bände. Hamburg 1998; Jens Benicke: Von Adorno zu Mao, Über die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung. Freiburg 2010.

[60] Bernd Parisius: Arbeiter zwischen Resignation und Integration. Auf den Spuren der Soziologie der 50er Jahre, in: Lutz Niethammer (Hg.): "Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist". Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960. Bonn 1983, S. 107-147.

hervorgehoben.[61] Die Forschungslage zur Geschichte der Industrie- und Betriebssoziologie in den Anfangsjahren der Bundesrepublik fordert zu einer erneuten Auseinandersetzung heraus. Folgt man Lutz' und Schmidts Phaseneinteilung, so hat die historisch-reflexive Selbstvergewisserung der Disziplin über die eigene Geschichte sich im wesentlichen nicht über deren "klassische" Phase bis Ende der 50er hinaus bewegt. Einen ersten Überblick liefert Kern, der die institutionellen Hintergründe und Auftragslagen der "klassischen" Studien darstellt.[62] Im wesentlichen geht auch Nolte in seiner Untersuchung zu Ordnungsvorstellungen, Selbstentwurf und Selbstbeschreibung der deutschen Gesellschaft am Beispiel der Soziologie nur auf einen Ausschnitt der klassischen Studien der Industriesoziologie ein.[63] Wichtige Aufschlüsse über die Gruppenbildungs- und Abgrenzungsprozesse der Industriesoziologen im Feld der deutschen Nachkriegssoziologie liefern Braun, Lutz, Neuloh, Pirker, Hartmann und von Friedeburg in ihren autobiographischen Zeitzeugenstellungnahmen.[64]

Wie die Synthesen Dahrendorfs und Diefenbachers zeigen, bewirkten der auf Dauer gestellte Konflikt um die institutionelle Ausgestaltung der Unternehmensmitbestimmung, dass die

[61] Christian Kleinschmidt: Der produktive Blick. Wahrnehmung amerikanischer und japanischer Management- und Produktionsmethoden durch deutsche Unternehmer 1950-1985. Berlin 2002 (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte; Beihefte, 1); ders.: Das "1968" der Manager: Fremdwahrnehmung und Selbstreflexion einer sozialen Elite in den 1960er Jahren, in: ders.; Jan-Otmar Hesse, Karl Lauschke, Karl (Hg.): Kulturalismus, Neue Institutionenökonomik oder Theorienvielfalt, S. 19-31; Karl Lauschke: ‚Wir sind heute mehr Mensch als früher'. Unternehmenskultur in einem montanmitbestimmten Großbetrieb der fünfziger Jahre, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1993 (1994), S. 137-157; Horst A. Wessel: Soziologische Forschung und Alltagserfahrung in einem Industrieunternehmen. Ein Forschungsprojekt des Frankfurter Instituts für Sozialforschung in den 1950er Jahren, in: Geschichte im Westen 17, 2002, S. 76-94; Burkart Lutz, Gert Schmidt: Industriesoziologie, in: René König (Hg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung. Band 8: Beruf, Industrie, Sozialer Wandel in unterentwickelten Ländern. Stuttgart 1977, S. 101-262; Burkart Lutz: Konfliktpotential und sozialer Konsens. Die Geschichte des industriellen Systems der BRD im Spiegel des Schicksals einer Generation, in: Rammstedt, Otthein und Gert Schmidt (Hg.): BRD ade! Vierzig Jahre in Rücksichten. Frankfurt/Main 1992, S. 101-122.

[62] Horst Kern: Empirische Sozialforschung. Ursprünge, Ansätze, Entwicklungslinien. München 1982.

[63] Paul Nolte: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert. München 2000, S. 351-377.

[64] Siegfried Braun: Thesen zum Verhältnis von Gewerkschaft und Wissenschaft nach 1945, in: Hülsdünker, Josef; Schellhase, Rudolf (Hg.): Soziologiegeschichte. Identität und Krisen einer 'engagierten' Disziplin. Berlin 1986, S. 105-122; Ludwig von Friedeburg: Kooperation und Konkurrenz. Industriesoziologische Forschung in der westdeutschen Nachkriegszeit, in: SOFI-Mitteilungen 1997, Nr. 25, S. 25-31; Theo Pirker: Deutsche Soziologie in Westdeutschland nach 1945, in: Hülsdünker, Josef; Schellhase, Rolf (Hg.): Soziologiegeschichte. Identitäten und Krisen einer ‚engagierten' Disziplin. Berlin 1986, S. 223-228; Otto Neuloh: Sozialforschung aus gesellschaftlicher Verantwortung. Entstehungs- und Leistungsgeschichte der Sozialforschungsstelle Dortmund. Opladen 1983; Burkart Lutz: Was wurde aus dem Kritikpotential der "jungen Generation" der fünfziger Jahre? Erste Überlegungen zur historischen Interpretation früherer Industriesoziologischer Befunde, in: Rainer Erd u.a. (Hg.): Kritische Theorie und Kultur. Frankfurt/Main 1989, S. 336-353; ders.: Die Einheit von Biographie und Beruf als Risiko und Chance, in: Karl Martin Bolte, Friedhelm Neidhardt (Hg.): Soziologie als Beruf. Erinnerungen westdeutscher Hochschulprofessoren der Nachkriegsgeneration. Baden-Baden 1998 (Soziale Welt, Sonderband; 11), S. 65-84; Peter Atteslander: Soziologische Orientierung – Verantwortung und Ohnmacht der Sozialwissenschaft, in: ebd., S. 131-149; Heinz Hartmann: Wechselhaft mit Aufheiterungen. Erfahrungen mit soziologischen Wetterlagen, in: ebd., S. 353-372; ders.: Auf der Suche nach Soziologie, in: Christian Fleck (Hg.): Wege zur Soziologie nach 1945. Autobiographische Notizen. Opladen 1996, S. 291-309; M. Rainer Lepsius: Erwartungen an die Soziologie, in: Heinz Sahner (Hg.): Soziologie als angewandte Aufklärung. Weniger erwartet, aber mehr als zu befürchten war. Die Entwicklung der Nachkriegssoziologie aus der Sicht der frühen Fachvertreter. Baden-Baden 2000, S. 13-21; Ludwig von Friedeburg: Soziologie als angewandte Aufklärung. Zum Wiederbeginn in den fünfziger Jahren, in: ebd., S. 23-33; Burkart Lutz: Soziologie als Entdeckung, in: ebd., S. 35-43; Heinrich Popitz, Zum Wiederbeginn der Soziologie nach dem Kriege, in: ebd., S. 45-49; Ludwig von Friedeburg: Empirische Sozialforschung am Anfang der Bundesrepublik und die Verkennung ihres demokratischen Potentials, in: Dieter Jaufmann u.a. (Hg.): Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland. Frankfurt/Main, New York 1992, S. 37-45.

Industriesoziologen einen großen Teil ihrer Forschungstätigkeit dem Feld der Montanindustrie und der Erforschung von Problemen der Mitbestimmung zuwandten und empirisch unterfütterte Deutungsangebote lieferten.[65] Neben dem Institut für Sozialforschung waren zwei weitere Forschungsinstitute in Köln und Dortmund für die anfängliche Entwicklung der bundesdeutschen Industriesoziologie von Bedeutung. Fruchtbare Ansätze bietet die sozialwissenschaftliche Verwendungsforschung mit den Arbeiten von Hülsdünker über das *Wirtschaftswissenschaftliche Institut* (WWI) der Gewerkschaften in Köln bis 1956 und von Schellhase zur *Sozialforschungsstelle Münster mit Sitz in Dortmund*.[66] Auf breiter Quellengrundlage hat zuletzt Adamski die Sozialforschungsstelle in institutioneller Hinsicht untersucht. Er widmet dabei gerade auch der sich formierenden Industriesoziologie mit ihrem methodischen Innovationspotential ein Augenmerk, verliert andererseits trotz aller methodischen Innovation aber nicht die Kontinuitäten in der Sozialforschungsstelle zur Zeit des Nationalsozialismus aus dem Blick.[67] Von einem gewerkschaftsgeschichtlich orientierten Blickwinkel aus sind in dieser Hinsicht auch Wittemanns Analysen des Verhältnisses von Industriesoziologie und IG Metall erwähnenswert, die den Beitrag junger linksorientierter Nachwuchswissenschaftler zum Strategiewandel der IG Metall zu einer betriebsnahen Politik hin anhand eines konkreten Fallbeispiels der 1960er Jahren rekonstruieren.[68] In der Unternehmensgeschichte liegen von Kleinschmidt, Platz und Wessel jüngere Arbeiten vor, die die Verwendungsweise industriesoziologischer Expertise in Großunternehmen erhellen und ihren legitimatorischen und strategischen Einsatz in organisationsinternen und öffentlichen Konflikten entschlüsseln.[69]

Im Rahmen der Unternehmensgeschichte und der Geschichte der industriellen Beziehungen

[65] Ralf Dahrendorf: Das Mitbestimmungsproblem in der deutschen Sozialforschung. Eine Kritik. München 1965; Hans Diefenbacher: Empirische Mitbestimmungsforschung. Eine kritische Auseinandersetzung mit Methoden und Resultaten. Frankfurt/Main 1983 [zugleich: Kassel, Gesamthochschule, Fachber. Angewandte Sozialwiss., Diss.].

[66] Josef Hülsdünker, Thomas Möbius, Michael Florian: Praxisprobleme industriesoziologischer Forschung. Ein Beitrag zur Identitätsproblematik praktisch orientierter Industriesoziologie in Handlungsfeldern der Gewerkschaften, in: Josef Hülsdünker, Rolf Schellhase: Soziologiegeschichte. Identität und Krisen einer ‚engagierten' Disziplin. Berlin 1988, S. 123-173; Josef Hülsdünker: Praxisorientierte Sozialforschung und gewerkschaftliche Autonomie. Industrie- und betriebssoziologische Studien des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Verwissenschaftlichung der Gewerkschaftspolitik des DGB von 1946-1956. Münster 1983 (Die Entstehung der westdeutschen Industriesoziologie; 2); Rolf Schellhase: Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, Sitz Dortmund.

[67] Jens Adamski: Ärzte des sozialen Lebens. Die Sozialforschungsstelle Dortmund 1946-1969. Essen 2009 (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen; 41).

[68] Klaus Peter Wittemann: Industriesoziologie und Politik am Beispiel von "Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein". Nachwort (1985), in: Horst Kern, Michael Schumann: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein. Frankfurt/Main 1985, S. 323-350; Klaus Peter Wittemann: Industriesoziologie und IG Metall. Zum Verhältnis von 'interner' und 'externer' Sozialwissenschaft am Beispiel des Versuches einer betriebsnahen Gewerkschaftspolitik, in: Josef Hülsdünker, Rolf Schellhase (Hg.): Soziologiegeschichte. Identität und Krisen einer 'engagierten' Disziplin. Berlin 1986 (Soziologische Schriften; 44), S. 175-193; Klaus Peter Wittemann: Ford-Aktion. Zum Verhältnis von Industriesoziologie und IG Metall in den sechziger Jahren. Marburg, Berlin 1994.

[69] Christian Kleinschmidt: Das "1968" der Manager; Horst A. Wessel: Soziologische Forschung und Alltagserfahrung in einem Industrieunternehmen; Johannes Platz: "Wir bestimmen mit".

haben sich zwei Forschungsansätze zum Betrieb als sozialem Handlungsfeld als wegweisend erwiesen.[70] Seit den 1990er Jahren rückten Sozial- und Unternehmenshistorikerinnen und -historiker eine Perspektive in den Mittepunkt ihrer Analysen, die die beziehungsgeschichtliche Aspekte der Industrie- und Arbeitergeschichte in den Blick nimmt und die mikropolitischen Konflikte und Aushandlungen untersucht.[71] Diese akteursbezogene Forschung erweitert die Perspektive auch der theoretisch angelegten unternehmenshistorisch-betriebswirtschaftlich Forschung in der Unternehmensgeschichte, vermag außerdem lediglich organisationsbezogene gewerkschaftsgeschichtliche Ansätze sinnvoll zu ergänzen. Insbesondere die Machtbeziehungen zwischen den Akteuren und Akteursgruppen werden nun in den Blick genommen. Gegenstand der Untersuchung sind die mikropolitischen Beziehungen, worunter das interaktive, interessengeleitete und auf Machtdurchsetzung gerichtete Verhalten von Akteuren in Organisationen zu verstehen ist und umfasst damit zum Beispiel die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmensverbänden auf der überbetrieblichen Ebene, die in den Betrieb hineinwirken ebenso wie die Beziehungen zwischen Unternehmensführung, Betriebsrat und gewerkschaftlicher Basis und Organisation. Dass der Betrieb aber auch ideengeschichtlich betrachtet ein umkämpfter Ort, an denen die Akteure um die Deutungsmacht ringen, was der Betrieb eigentlich sei und dass das Betriebskonzept und das spezifische die Werks- und Betriebsgemeinschaftsdenken, aber auch relationale Ansätze, die Beziehungen der betrieblichen Gruppen in den Blick nehmen, Bestandteil eines spezifischen Ordnungsdenkens ist, zeigen die Analysen von Luks.[72]

Wesentliche Impulse gingen von der Übertragung des Feldbegriff auf das unternehmerische oder öknomische Feld durch Bourdieu aus. Der Betrieb und damit das betriebliche Handeln der Akteure sind eingebettet in den größeren Zusammenhang des ökonomischen Feldes, innerhalb dessen verschiedene Akteure um verschiedene Kapitalien, Macht und Deutungshoheit kämpfen. Dem Bourdieuschen Feldbegriff und der mit ihm verbundenen Perspektive eignet ein spezifisch akteurs- und handlungsbezogener Blick, der die Strukturierung des

[70] Thomas Welskopp: Der Betrieb als soziales Handlungsfeld. Neuere Forschungen zur Industrie- und Arbeitergeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft 22,1996, S. 118-142.

[71] Vgl. hierzu den Sammelband von Karl Lauschke, Thomas Welskopp (Hg.): Mikropolitik im Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Großbetrieben des 20. Jahrhunderts. Essen 1994 (Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte; 3) sowie die Überlegungen von Dietmar Süß in ders.: Mikropolitik und Spiele: zu einem neuen Konzept für die Arbeiter- und Unternehmensgeschichte, in: Jan-Otmar Hesse; Christian Kleinschmidt; Karl Lauschke (Hg.): Kulturalismus, Neue Institutionenökonomik oder Theorienvielfalt. Essen 2002 (Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegschichte; 9), S. 117-136. Exemplarische Anwendungen des Konzepts finden sich in Karl Lauschke: Die Hoesch-Arbeiter und ihr Werk. Sozialgeschichte der Dortmunder Westfalenhütte während der Jahre des Wiederaufbaus 1945-1966. Essen 2000 sowie in Dietmar Süß: Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945-1976. München 2003 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 55); für die Mitbestimmungsforschung vgl. die Analyse des Fallbeispiels im Sammelband Klaus Tenfelde, Karl-Otto Czikowski, Jürgen Mittag, Stefan Moitra, Rolf Nietzard (Hg.): Stimmt die Chemie? Mitbestimmung und Sozialpolitik in der Geschichte des Bayer-Konzerns. Essen 2007.

[72] Timo Luks: Der Betrieb als Ort der Moderne. Zur Geschichte von Industriearbeit, Ordnungsdenken und Social Engineering im 20. Jahrhundert. Bielefeld 2010.

sozialen Raums „Betrieb“ und „Unternehmen“ für die Analyse erleichtert. Auf dieser Grundlage lassen sich die mikropolitischen Kämpfe im Betrieb, die häufig Kämpfe um Deutungshoheit, um soziale und ökonomische Geltung, um Macht sowie um ökonomische Ressourcen sind, auf die konkurrierenden Feldkräfte im Betrieb zurückführen und besser beschreiben. Auf der anderen Seite lässt sich die soziale und politische Stellung der Akteure auf der Grundlage ungleicher Verteilungen von sozialen, symbolischen, kulturellen und ökonomischen Kapitalien aufgrund ihrer Verteilung im sozialen Raum „Betrieb“ besser analysieren.[73]

Die Forschungsarbeiten des *Instituts für Sozialforschung* auf dem Gebiet der Industriesoziologie waren aber nicht nur für die Unternehmerseite anschlussfähig, sondern, wie sich am Beispiel des breiten Automationsdiskurses der 1950er und 1960er Jahre nachweisen lässt, in dessen Rahmen Friedrich Pollocks bereits in den Vereinigten Staaten begonnene Untersuchungen zur Automation wahrgenommen wurde und auch in einer gewerkschaftlichen Reihe nachgedruckt wurde, auch für die Gewerkschaften anschlussfähig.[74]

Die Wissenschaftsgeschichte hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt den Fragen der langfristigen Kontinuitäten und des Wandels vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik angenommen.[75] Angesichts der generationellen Zusammensetzung der Gruppe der deutschen Nachkriegsindustriesoziologen scheint dies nicht zwingend geboten. Allerdings legen die jüngeren Befunde von Etzemüller über die Sozialforschungsstelle Dortmund nahe, die über Lehrer-Schüler-Beziehungen fortgetragenen Kontinuitäten der Konzepte und Denkstile einer kritischen Überprüfung zu unterziehen.[76] Die NS-Belastung der Schüler Horkheimers und Adornos und damit der Mitarbeiter des Frankfurter Institutes ist als gering einzuschätzen, wenn man von Ludwig von Friedeburg absieht, der Ende des Zweiten Weltkriegs U-Bootkommandant war, bevor er sich in der Nachkriegszeit den Sozialwissenschaften

[73] Pierre Bourdieu: Das ökonomische Feld, in: Der Einzige und sein Eigenheim. Schriften zu Politik und Kultur 3. Hamburg 1998, S. 162-20; ders.: Neue Perspektiven für eine Soziologie der Wirtschaft. Wiesbaden 2006.

[74] Johannes Platz: “Revolution der Roboter” oder “Keine Angst vor Robotern”? Die Verwissenschaftlichung des Automationsdiskurses und die industriellen Beziehungen von den 50ern bis 1968, in: Laurent Commaille (Hg.): „Entreprises et crises économiques“. Metz 2009, S. 37-59.

[75] Vgl. zur Soziologie unter dem Nationalsozialismus: Carsten Klingemann: Soziologie im Dritten Reich. Baden-Baden 1996; Otthein Rammstedt: Deutsche Soziologie 1933-1945. Die Normalität einer Anpassung. Frankfurt/Main 1986; zur Nachkriegssoziologie: Johannes Weyer: Westdeutsche Soziologie 1945-1960. Deutsche Kontinuitäten und nordamerikanischer Einfluß. Berlin 1984 (Soziologische Schriften; 41).

[76] Thomas Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945. München 2001 (Ordnungssysteme; 9). Zur Industrieforschung im NS vgl. Anson Rabinbach: Motor Mensch. Energie, Ermüdung und der Ursprung der Moderne. Wien 2001; Thomas Hahn: Wissenschaft und Macht. Überlegungen zur Geschichte der Arbeitssoziologie 1935-1945, in: Soziale Welt 34, 1984, S. 60-93; ders.: Industriesoziologie als Wirklichkeitswissenschaft? Zwischen Empirie und Kult, in: Urs Jaeggi [u. a.] (Hg.): Geist und Katastrophe. Studien zur Soziologie im Nationalsozialismus. Berlin 1983, S. 174-311; Helmuth Schuster: Industrie und Sozialwissenschaften. Eine Praxisgeschichte der Arbeits- und Industrieforschung in Deutschland. Opladen 1987; Margrit Schuster, Helmuth Schuster: Industriesoziologie im Nationalsozialismus, in: Soziale Welt 34, 1984, S. 94-123; ders.: Die deutsche Betriebssoziologie zwischen den Weltkriegen. Überlegungen zur Soziologie ihrer Praxis, in: Josef Hülsdünker, Rolf Schellhase (Hg.): Soziologiegeschichte. Identitäten und Krisen einer ‚engagierten‘ Disziplin. Berlin 1986 (Soziologische Schriften; 44), S. 35-57; Helmuth Trischler: Führerideal und die Formierung faschistischer Bewegungen. Industrielle Vorgesetztenschulung in den USA, Großbritannien, der Schweiz, Deutschland und Österreich im Vergleich, in: HZ 251, 1991, S. 45-88.

zuwandte.[77] Andererseits sind die Nachwirkungen des Nationalsozialismus in vergangenheitspolitischer Hinsicht und im Hinblick auf die personellen Kontinuitäten der Wissenschaftler und Experten, die mit den Frankfurtern konkurrierten und in Konflikt gerieten, nicht hoch genug einzuschätzen.[78] Hierbei ist besonders die NS-Vergangenheit der Wehr- und Betriebspsychologen zu nennen.[79] Einen allgemeineren Forschungsüberblick zur Geschichte der Soziologie liefert Ziemann.[80] Besonders wichtig für den Methodenwandel und den Wandel von Deutungsmustern in der Soziologie ist die amerikanische Besatzungszeit. Braun und Articus haben bereits in den 1980er Jahren den Beitrag der Besatzungsmächte zur sozialwissenschaftlichen Forschung in Deutschland zwischen 1945 und 1949 untersucht.[81] Besonders hat in den vergangenen Jahren Gerhardt zur Erforschung des Zusammenhangs der Geschichte der empirischen Sozialforschung mit der Besatzungsherrschaft beigetragen.[82] Hervorzuheben sind ihre Beiträge über die Verbindungslinien zwischen Re-Education-

[77] Zur Vergangenheitspolitik vgl. Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996 und Ulrich Brochhagen: Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer. Hamburg 1994 (Schriftenreihe des Hamburger Instituts für Sozialforschung) sowie Peter Reichel: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute. München 2001 und Jeffrey Herf: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland. Berlin 1998.

[78] Carsten Klingemann: Reichssoziologie und Nachkriegssoziologie: Zur Kontinuität einer Wissenschaft in zwei politischen Systemen, in: Renate Knigge-Tesche (Hg.): Berater der braunen Macht. Wissenschaft und Wissenschaftler im NS-Staat. Frankfurt/Main 1999, S. 70-93; ders. Klingemann, Carsten: Vergangenheitsbewältigung oder Geschichtsschreibung. Unerwünschte Traditionsbestände deutscher Soziologie zwischen 1933 und 1945, in: Sven Papcke u. a. (Hg.): Ordnung und Theorie. Darmstadt 1986, S. 223-279; Klingemann, Carsten: Wissenschaftliches Engagement vor und nach 1945, in: Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas (Hg.): Wissenschaft und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2002, S. 393-431; Otthein Rammstedt: Formierung und Reformierung der Soziologie im Nachkriegsdeutschland, in: Karl Acham, Knut Wolfgang Nörr und Bertram Schefold (Hg.): Erkenntnisgewinne, Erkenntnisverluste. Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften zwischen den 20er und den 50er Jahren. Stuttgart 1998, S. 251-289; Karl Siegbert Rehberg: Verdrängung oder Neuanfang: Die Soziologie nach 1945 als Normalfall, in: Wilfried A. Loth und Bernd A. Rusinek (Hg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt/Main, New York 1998, S. 259-284; ders.: Auch keine Stunde Null. Westdeutsche Soziologie nach 1945, in: Walter H. Pehle und Peter Sillem (Hg.): Wissenschaft im geteilten Deutschland. Restauration oder Neubeginn nach 1945? Frankfurt/Main 1992, S. 26-44; Weyer, Johannes: Der 'Bürgerkrieg in der Soziologie'. Die westdeutsche Soziologie zwischen Amerikanisierung und Restauration, in: Sven Papcke (Hg.): Ordnung und Theorie. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland. Darmstadt 1986, S. 280-304.

[79] Vgl. hierzu Ulfried Geuter: Professionalisierung sowie Rainer Maikowski, Peter Mattes und Gerhard Rott: Psychologie und ihre Praxis. Materialien zur Geschichte und Funktion einer Einzelwissenschaft in der Bundesrepublik. Frankfurt/Main 1976 (Texte zur politischen Theorie und Praxis).

[80] Benjamin Ziemann: Die Soziologie der Gesellschaft. Selbstverständnis, Traditionen und Wirkungen einer Disziplin, in: NPL 50, 2005, S. 43-67; ders.: Die Metaphorik des Sozialen. Soziologische Selbsbeschreibungen westeuropäischer Gesellschaften im 20. Jahrhundert, in: Lutz Raphael (Hg.): Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert. Köln u.a. 2012 (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte; 82), S. 193-227

[81] Hans Braun und Stephan Articus: Sozialwissenschaftliche Forschung im Rahmen der amerikanischen Besatzungspolitik 1945-1949, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 36, 1984, S. 703-737.

[82] Unter anderem mit Uta Gerhardt: Der Einfluss der USA, in: Heinz Sahner (Hg.): Fünfzig Jahre nach Weilheim. Empirische Markt- und Sozialforschung, gestern, heute, morgen. Baden-Baden 2002, S. 29-49; dies.: Talcott Parsons als Deutschlandexperte während des Zweiten Weltkriegs, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43, 1991, S. 211-234; dies.: Re-Demokratisierung nach 1945 im Spiegel der zeitgenössischen Sozialforschung und sozialwissenschaftlichen Literatur, in: dies., Ekkehard Mochmann (Hg.): Gesellschaftlicher Umbruch 1945-1990, Re-Demokratisierung der Lebensverhältnisse. München 1992, S. 27-57; dies.: Soziologie der Stunde Null. Zur Gesellschaftskonzeption des amerikanischen Besatzungsregimes in Deutschland 1944-1945/1946. Frankfurt/Main 2005; dies.: Denken der Demokratie. Die Soziologie im transatlantischen Transfer des Besatzungs-Regimes. Vier Abhandlungen. Stuttgart 2007 (Transatlantische Historische Studien; 31).

Ansätzen und psychiatrischer Literatur und Terminologie, die sich auch in den Forschungen des Instituts für Sozialforschung nachweisen lässt, freilich wenig Elemente einer „Pathologisierung der Mitte“ aufweist, wie Jäger bemerkte, sondern auf spezifische Demokratiedefizite in der Mitte der Gesellschaft hinweist.[83]

Ausgangspunkt für eine diskursanalytische Auseinandersetzung mit der industriesoziologischen Debatte der Nachkriegszeit über das Verhältnis von Technik und Industriearbeit ist die Monographie von Wuntsch. Sie zeigt, dass die empirisch forschenden Industriesoziologen die Positionen der in dieser Hinsicht spekulativen, kulturkritischen Industriesoziologie der Zwischenkriegszeit zugunsten eines empirischen arbeitssituativen Ansatzes überwunden haben. Bei dem doxographischen Untersuchungsansatz Wuntschs bleiben jedoch für die historische Analyse wichtige Kontextinformationen außen vor.[84] Zum Vergleich mit der amerikanischen bzw. französischen Entwicklung und dem Einfluss, den die amerikanische Industriesoziologie auf die ”Human Relations”-Bewegung genommen hat, bieten die Studien von Schmidt, Walter-Busch, Gillespie, Düll und Boltanski die notwendigen Kontextualisierungen.[85] Hier ergeben sich Anknüpfungspunkte zu Überlegungen über den Autoritarismus der Deutschen.[86] Für die Adaption neuer Führungsstile ist die Ideengeschichte der Kritik des autoritären Führungsstiles besonders wichtig. Der emigrierte deutsche Psychologe Kurt Lewin war neben den Industriesoziologen um Mayo hier einer der wichtigsten Stichwortgeber.[87]

---

[83] Uta Gerhardt: Medizin, Soziologie und Re-Education, in: dies.: Gesellschaft und Gesundheit. Essays zur Begründung der Medizinsoziologie. Frankfurt/Main 1991, S. 261-300, dies.: A Hidden Agenda of Recovery: The Psychiatric Conceptualization of Re-Education for Germany in the United States during World War II, in: German History 14, 1996, S. 297-324; vgl Jäger: Adorno.

[84] Michael von Wuntsch: Determinanten und Spielräume der Industriearbeit. Die industriesoziologische Diskussion des Verhältnisses von Technik, Ökonomie und Arbeitsorganisation seit 1945. Frankfurt/Main 1988 (Campus Forschung; 566).

[85] Gert Schmidt: Gesellschaftliche Entwicklung und Industriesoziologie in den USA. Eine historische Analyse. Frankfurt/Main 1974; Emil Walter-Busch: Das Auge der Firma. Mayos Hawthorne Experimente und die Harvard Business School 1900-1960. Stuttgart 1989; ders.: Faktor Mensch. Formen angewandter Sozialforschung der Wirtschaft in Europa und den USA, 1890-1950. Konstanz 2006; Klaus Düll: Industriesoziologie in Frankreich. Frankfurt/Main 1975; Richard Gillespie: The Hawthorne Experiments and the Politics of Experimentation, in: Jill Morawski (Hg.): The Rise of Experimentation in American Psychology. New Haven, London 1988, S. 114-137; ders.: Manufacturing Knowledge. A history of the Hawthorne Experiments. Cambridge 1991; Luc Boltanski: Die Führungskräfte. Die Entstehung einer sozialen Gruppe. Frankfurt/Main 1990; Richard C. S. Trahair: The Humanist Temper. The life and work of Elton Mayo. New Brunswick, NJ 1984.

[86] Raimund Lammersdorf: “Das Volk ist streng demokratisch”. Amerikanische Sorgen über das autoritäre Bewusstsein in der Besatzungszeit und frühen Bundesrepublik, in: Arnd Bauerkämper, Konrad Jarusch, Marcus M. Payk (Hg.): Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970. Göttingen 2005, S. 85-103.

[87] Vgl. zu Lewin Helmut E. Lück: Kurt Lewin. Eine Einführung in sein Werk. Weinheim und Basel 2001, Alfred J. Marrow: Kurt Lewin – Leben und Werk. Stuttgart 1977; Wolfgang Schönpflug (Hg.): Kurt Lewin – Person, Werk, Umfeld. Historische Rekonstruktionen und aktuelle Wertungen aus Anlass seines hundersten Geburtstags. Frankfurt/Main u.a. 1992; Kurt W. Back: Die Anfänge der Gruppendynamik am Massachusetts Institute of Technology, in: ebd., S. 211-222. Einen allgemeinen Überblick über Führungskonzeptionen und Führungsstile liefert Eberhard Seidel: Betriebliche Führungsformen. Geschichte, Konzept, Hypothesen, Forschung. Stuttgart 1978 (Betriebswirtschaftliche Abhandlungen; N.F. 30); Transferprobleme beleuchten Irene J. Dyk: Wissenschaftstransfer: Die Beziehungen zwischen Theorie, Forschung und Praxis am Beispiel der Human Relations. Linz 1975 und Hermann Kaste: Arbeitgeber und Humanisierung der Arbeit. Eine exemplarische Analyse. Opladen 1981.

Wertvolle ideengeschichtliche Einordnungen für das Feld der Industriesoziologie liefern Brandt und Schmidt, die die häufig implizit gebliebene Auseinandersetzung mit der Weberschen Theorie der Rationalisierung und der Marxschen Entfremdungstheorie in den Arbeiten der jüngeren Nachkriegsindustriesoziologen aufschlüsseln und so wichtige Ausgangspunkte für die Verortung der Arbeiten, für die Interpretation von Anschlussfähigkeiten und konzeptionelle Ähnlichkeiten bilden.[88] Braunstein beleuchtet die eher theoretisch orientierten Beiträge Adornos zur Kritik der politischen Ökonomie, die jedoch für das Untersuchungsfeld der vorliegenden Untersuchung von Bedeutung ist.[89] Vor allem der ebenfalls weitgehend nicht explizit gemachte Reibungspunkt der Schelskyschen These von der ”nivellierten Mittelstandsgesellschaft”, deren Reichweite und Grenzen von Braun und Schäfer hervorgehoben wurden, die – so der archivalische Befund – vor allem im gewerkschaftlichen Spektrum heftige Gegenwehr und Auseinandersetzungen hervorrief, welche im wissenschaftlichen Feld ihren Ausdruck in den vielfältigen Studien zum ”Arbeiterbewusstsein” und zur ”Angestelltenmentalität” thematisiert wurde.[90] Die grundlegenden Diskussionen hierzu können anhand der Forschungssynthesen von Mangold, Kocka, Kern, Vester und in der begriffskritischen Studie von Voss zu den Kategorien, die der “Arbeiterbewusstseins”-Forschung zugrundeliegen, leicht nachvollzogen werden.[91] Für die weitere Einordnung ist Noltes Studie über ”[d]ie Ordnung der deutschen Gesellschaft” hilfreich, die den großen Durchgang durch die Mittelstandsdiskussion wagt. Freilich blendet Nolte die mannigfaltigen Deutungskämpfe und die diesen zugrundeliegenden Konkurrenzen im wissenschaftlichen Feld und im sozialen Raum weitgehend zugunsten einer schematisierenden und vereinfachenden Darstellung aus.

[88] Gerhard Brandt: Marx und die neuere deutsche Industriesoziologie, in: ders.: Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung. Transformationsprozesse des modernen Kapitalismus. Aufsätze 1971-1987. Hg. v. Daniel Bieber, Wilhelm Schumm. Frankfurt/Main 1990, S. 254-280; Gert Schmidt: Technik und kapitalistischer Betrieb. Max Webers Konzept der industriellen Entwicklung und das Rationalisierungsproblem in der neueren Industriesoziologie, in: Walter M. Sprondel, Constans Seyfarth (Hg.): Max Weber und die Rationalisierung sozialen Handelns. Stuttgart 1981, S. 168-188.

[89] Dirk Braunstein: Adornos Kritik der politischen Ökonomie. Bielefeld 2011.

[90] Hans Braun: Helmut Schelskys Konzept der ‘nivellierten Mittelstandsgesellschaft’, in: AfS 29, 1989, S. 198-223; Gerhard Schäfer: Die nivellierte Mittelstandsgesellschaft – Strategien der Soziologie in den 50er Jahren, in: Georg Bollenbach, Gerhard Kaiser (Hg.): Die janusköpfigen 50er Jahre. Kulturelle Moderne und bildungsbürgerliche Semantik III. Opladen 2000, S. 115-142; Johannes Platz: „Die White Collars in den Griff bekommen. Industrieangestellte im Spannungsfeld sozialwissenschaftlicher Expertise und gewerkschaftlicher Politik, in: Archiv für Sozialgeschichte 50, 2010, S. 271-288.

[91] Werner Mangold: Angestelltengeschichte und Angestelltensoziologie in Deutschland, England und Frankreich, in: Jürgen Kocka (Hg.): Angestellte im europäischen Vergleich, S. 11-38 (Geschichte und Gesellschaft; Sonderheft 7), S. 11-38; Jürgen Kocka; Michael Prinz: Vom ”neuen Mittelstand” zum angestellten Arbeitnehmer. Kontinuität und Wandel der deutschen Angestellten seit der Weimarer Republik, in: Werner Conze, M. Rainer Lepsius (Hg.): Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem. Stuttgart 1983, ²1985 (Industrielle Welt; 34), S. 210-255; Horst Kern: Proletarisierung, Polarisierung, Aufwertung der Lohnarbeit? Der Blick der deutschen Industriesoziologie auf den Wandel der Arbeitsstrukturen, in: Jürgen Friedrichs, M. Rainer Lepsius, Karl Ulrich Mayer (Hg.): Die Diagnosefähigkeit der Soziologie. Köln. Opladen: 1998 (KZfSS, Sonderhefte; 38), S . 113-163; Michael Vester: Was wurde aus dem Proletariat? Das mehrfache Ende des Klassenkonflikts: Prognosen des sozialstrukturellen Wandels, in: ebd., S. 164-206; Günter Voss: Bewußtsein ohne Subjekt? Eine Kritik des industriesoziologischen Bewußtseinsbegriffs. Grosshesselohe 1984.

4. Methodischer Ansatz

Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert lassen sich Tendenzen zu einer ”Verwissenschaftlichung des Sozialen” feststellen. Darunter ist die dauerhafte Präsenz von Wissenschaftlern und wissenschaftlich ausgebildeten Experten sowie ihrer Konzepte und Deutungen in der gesellschaftlichen Praxis, in Behörden und Verwaltungen, in Betrieben und Organisationen zu verstehen.[92]

Die Beschäftigung von Fachwissenschaftlern mit der “eigenen” Geschichte ihres Faches erfolgt oft im Hinblick auf die gegenwärtige Lage des Faches und dient dabei verschiedenen Zwecken: der Herstellung eines legitimierenden Zusammenhangs zwischen vergangener und gegenwärtiger Forschung und Wissenschaft, der Ordnung der vielfältigen Themen und der Nachwuchsschulung in der Lehre.

Diese Zwecksetzungen und ihre Folgen sind in 1960er und 1970er Jahren einer Kritik unterzogen worden. Die Kritik an der mangelnden Einbettung der Psychologiegeschichte und der Soziologiegeschichte in die realhistorischen Kontexte und die sozialen Zusammenhänge, in denen wissenschaftliche Forschung erfolgt, sowie an der einseitigen Zwecksetzung auf gegenwärtige Erklärungsbedürfnisse, die im gravierendsten Fall zur präsentistischen Rückwärtsbegradigung der Geschichte führt, hat zum Aufkommen eines erfolgreich angewandten Gegenmodells geführt, das die realen Bedingungen der Entwicklung der Wissenschaften in die Untersuchung einbezieht. Der damit einhergehende Perspektivenwechsel ist der von der Produkten wissenschaftlicher Arbeit hin zur Produktion wissenschaftlicher Forschung, da wissenschaftliche Werke von häufig institutionell eingebundenen Menschen in einem sozialen Prozess produziert werden. Es stehen also nicht mehr einzelne Wissenschaftlerpersönlichkeiten im Mittelpunkt, sondern die sozialen Beziehungen in Entstehungs-, Durchsetzungs- und Rezeptionskontexten wissenschaftlicher Arbeit.[93] Die Durchsetzung dieses neuen Modells ist eng verbunden mit dem Namen Thomas S. Kuhns und dessen Untersuchung zur Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Das Modell ist entstanden in Auseinandersetzung mit dem einfacheren Fortschrittsmodell rationalistischer Art, wie es z.B. von Karl Popper vertreten wurde und in Anknüpfung an ältere wissenssoziologische Modelle wie Ludwik Flecks Lehre vom denkstilgebundenen Denkkollektiv.[94] Kuhns

[92] Lutz Raphael: Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: GG 22 ,1996, S. 165-193.

[93] Vgl. die Beiträge in Allan R. Buss: Allan R. Buss (Hg.): Psychology in Social Context. New York u. a 1979, S. 27-45, sowie die Beiträge von Kurt Danziger: Die Rolle der psychologischen Forschungspraxis in der Geschichte der Psychologie, in: Angela Schorr und Ernst Wehner (Hg.): Psychologiegeschichte heute, S. 12-25; ders.: Social context and investigation practice in early twentieth century psychology, in: Mitchell G. Ash: Psychology in twentieth century psychology. New York 1987, S. 13-33; ders.: Danziger, Kurt: The Social Origins of Modern Psychology, in: Allan R. Buss (Hg.): Psychology in Social Context. New York u. a 1979, S. 27-45.

[94] Thomas S. Kuhn: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Frankfurt/Main 1993; Ludwik Fleck: Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache: Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv.

Modell geht von einer diskontinuierlichen Entwicklung der Wissenschaft in Sprüngen aus, und bezeichnet grundlegende Umorientierungen in den Naturwissenschaften als wissenschaftliche Revolutionen. Kuhn unterscheidet Phasen normaler und Perioden revolutionärer Wissenschaft. In Phasen der Normalwissenschaft herrscht ein bestimmtes Paradigma (die Gesamtheit von Modellen, Wertorientierungen, symbolischen Verallgemeinerungen und Lehrbeispielen) vor, das es allen Mitgliedern der "scientific community" ermöglicht, die zu beobachtenden Phänomene zu erklären. Die revolutionäre Phase ist durch das Hinzutreten eines neuen Paradigmas gekennzeichnet, das für die neuen Fragestellungen und Beobachtungen, die mit dem alten Paradigma nicht mehr gelöst werden können, Lösungen anbietet. Wichtig an dem Modell ist vor allem folgendes: Kuhn stellt die Bedeutung von Gruppen heraus. Die Revolution erfolgt, weil eine Gruppe (meist jüngerer) Wissenschaftler das neue Paradigma in einem Konflikt gegen das alte Paradigma durchsetzt**.** Damit stellt Kuhn einen Zusammenhang zwischen kognitiven und sozialen Prozessen her.

Kuhns Modell ist zugeschnitten auf die Geschichte der Naturwissenschaften. Zu fragen ist, ob sich das Modell nahtlos auf die Entwicklung der Human- und Geisteswissenschaften übertragen lässt. Grünwald schlägt vor, bezüglich der Entwicklung der Psychologie von "Konzepten" zu sprechen, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass unterschiedliche Konzepte und unterschiedliche Wissenschaftsgemeinschaften nebeneinander existieren können, ohne miteinander in Konflikt zu geraten.[95] Er trägt dem Rechnung, indem er die "je spezifische Verbindung von Modellen, Werten, Einstellungen, Ableitungsbereichen, intendierten Anwendungsbereichen, Verfahren der Datenerzeugung und -verrechnung, von Musterlösungen und Instrumenten [...], die jeweils einer Wissenschaftlergemeinschaft eigen" sind, als Konzepte definiert. Die Rolle der "scientific community" als unmittelbarer sozialer Zusammenhang bleibt so erhalten, womit ein wesentlicher Bestandteil des Kuhnschen Modells aufgegriffen wurde. Die "scientific community" ist der soziale Zusammenhang, in dem wissenschaftliches Arbeiten stattfindet. Es kann sich hierbei sowohl um Diskussions-, Arbeits-, als auch um Traditionszusammenhänge handeln, innerhalb derer Veröffentlichungen, Diskussionen, Anerkennung und Verwerfung sich abspielen. Innerhalb dieses sozialen Zusammenhangs spielen interne wie externe Forschungsregulative eine Rolle.

Eine wichtige Rolle für neuere mikrohistorische Ansätze bieten die Laborstudien, die mit den Namen Knorr-Cetina und Latour verbunden sind.[96] Sie haben Wissenschaft und wissen-

---

[1935] Frankfurt/Main 1980, 1994; Vgl. zu beiden auch die kurze Darstellung bei Lutz Raphael: Lebenswelten und Felder. Implizite Vorannahmen über das soziale Handeln von Kulturproduzenten im 19. und 20. Jahrhundert, in: Wolfgang Hardtwig und Hans-Ulrich Wehler (Hg.): Kulturgeschichte heute. Göttingen 1996 (Geschichte und Gesellschaft: Sonderheft; 16), S. 165-181.

[95] Zumal Kuhn bezüglich der Psychologie von einem "vorparadigmatischen Zustand" spricht, vgl. Grünwald: Sozialgeschichte der Psychologie, S. 14.

[96] Karin Knorr-Cetina: Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Naturwissenschaften. Frankfurt/Main ²2002 und Bruno Latour und Steve Woolgar: Laboratory Life. The Construction of Scientific Facts.

schaftliche Praxis in den Zentrum des Interesses gerückt. Die vorliegende Studie versucht, die Arbeitszusammenhänge und -prozesse der beteiligten Akteure so weit es geht, zu rekonstruieren.

Im Anschluss an Bourdieu wird in der vorliegenden Arbeit besonders auf die Ansätze eines Kampfes um Deutungshoheit geachtet. Dabei werden nicht nur der innerwissenschaftliche Kampf um Deutungshoheit, die Konkurrenz um Fördermittel und das soziale und symbolische Kapital des Wissenschaftlers im Feld der Wissenschaft untersucht, sondern im Sinne der sozialwissenschaftlichen Verwendungsforschung wird nach Kämpfen und Konkurrenzen von wissenschaftlichen Experten in gesellschaftlichen Praxisfeldern gefragt. Eine zweite mit Bourdieu verbundene Perspektive ist der Blick auf die Praxis der Soziologen, auf das soziologische Selbstverständnis und das selbstverständliche Arsenal der Methoden des Soziologen sowie das Bild, das sich andere davon machen.[97]

Das Vorgehen der Untersuchung ist mikrohistorisch, an einer Auswahl von aussagekräftigen Fallstudien untersuche ich möglichst konkrete Diskurskoalitionen. Mit dem Begriff der Diskurskoalitionen hat Wagner ein analytisches Konzept zur Vermittlung von Diskursanalyse und Handlungsinterpretation vorgelegt, das konkrete Akteurskonstellationen in das Zentrum des Interesses rückt.[98] Die Analyse von Diskurskoalitionen lässt sich einordnen in das Feld der wissenssoziologischen Diskursanalyse.[99]

Wagners Untersuchungsansatz ermöglicht es, diskursanalytische Ansätze mit einer akteursanalytischen Untersuchungsperspektive zu verbinden. Er geht davon aus, dass die Analyse historischer Diskursformationen, etwa der kognitiven Strukturen der Sozialwissenschaften, also spezifischer begrifflicher Elemente, die jeweils spezifisch verknüpfbar sind, wodurch bestimmte Möglichkeiten der Aussage eingeschränkt und andere ermöglicht werden, ergänzt werden muss durch eine Analyse der konkreten Durchsetzungsbedingungen sowie der Strategien und Einsätze der Akteure, die sie vertreten haben und im Handlungsfeld der Macht durchsetzten. Der Ansatz unterscheidet sich von radikal sozialkonstruktivistischen Ansätzen, eignet sich aber zur Historisierung vergangener Diskursformationen,

---

Princeton 1986, sowie Bruno Latour: Science in Action. How to Follow Scientists and Engineers through Society. Milton Keynes 1987.

[97] Pierre Bourdieu: Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes. Konstanz 1998; ders., Jean-Claude Chamboredon, Jean Claude Passeron: Soziologie als Beruf. Wissenschaftstheoretische Voraussetzungen soziologischer Erkenntnis. Berlin 1991; Ulrich Beck, Wolfgang Bonß (Hg.): Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung. Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens. Frankfurt/Main 1989; Bernhard Badura (Hg.): Seminar: Angewandte Sozialforschung. Studien über Voraussetzungen der Produktion, Diffusion und Verwertung sozialwissenschaftlichen Wissens. Frankfurt/Main 1976.

[98] Peter Wagner: Sozialwissenschaften und Staat. Frankreich, Italien, Deutschland 1870-1980. Frankfurt/Main 1980.

[99] Reiner Keller: Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden 2005.

ohne den Sitz der empirischen Arbeiten in der Realität gänzlich aufzugeben.[100]
In Phasen besonders aktiver Interaktion zwischen Akteuren aus dem wissenschaftlichen und solchen aus dem politischen Feld etablieren sich besondere Interaktionsformen, die Wagner als Diskurskoalitionen bezeichnet. Er versteht darunter, dass "Sozialwissenschaftler Gesellschaftsinterpretationen [...] schaffen, die die Projekte bestimmter politischer Akteure argumentativ stützen und damit deren Position stärken. Umgekehrt kann die direkte ('wissenschaftspolitische') Förderung durch Politiker bestimmten sozialwissenschaftlichen Diskursen zu einer stärkeren Stellung im wissenschaftlichen Feld verhelfen, ebenso wie eine indirektere, eher über die gesellschaftliche Legitimität eines Diskurses vermittelte 'externe' Abstützung." Die Bildung solcher Allianzen und deren Wirksamkeit auf beide Felder "ist dabei von der kognitiven Struktur des wissenschaftlichen Projektes, dessen Affinität zu dem politischen Projekt und den Bedingungen der Vermittlung durch die wissenschaftlichen Institutionen abhängig." Der Begriff der Diskurskoalition trägt dazu bei, den doppelten Charakter des Phänomens – nämlich das Zusammenwirken von Akteuren über Handlungsfeldgrenzen hinweg und die diskursive und diskursverändernde Natur dieser Interaktion – genauer zu benennen.
Während die Untersuchung Wagners Begriffsbildung folgt, lassen sich die mikrohistorischen Fallstudien jedoch nicht vollständig in sein Phasenmodell einfügen. Laut Wagners makrohistorischer Untersuchung vollzieht eine "dritte Diskurskoalition [...] in der Nachkriegszeit den Übergang von traditionellen sozial- und geschichtsphilosophisch orientierten Sozialwissenschaftsverständnissen zu einer empirisch orientierten Gegenwartsbeobachtung auf neopositivistischer Grundlage, in der Politik signalisiert sie den Aufbau des entwickelten interventionistischen Wohlfahrtsstaates." Die untersuchten Anwendungsfälle, in denen es gerade nicht ausschließlich um Modelle neopositivistischer Sozialforschung geht, stehen für ein kritisch-intervenierendes Wissenschaftsmodell.

5. Aufbau

Die Arbeit gliedert sich in fünf Kapitel, in denen die Wirkungen, Widersprüche, Konflikte und Aushandlungsprozesse, die sich aus der Verwendung sozialwissenschaftlicher Expertise ergaben, anhand mikrohistorischer Fallstudien untersucht werden. Im Wesentlichen orientiert sich die Gliederung an den Auftraggebern und Verwendern sozialwissenschaftlicher

[100] Vgl. hierzu die Kontroverse zwischen Graf und Priemel sowie Dietz und Neuheiser, Graf, Rüdiger; Kim Christian Priemel: Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 59, 2011, S. 479-508; Dietz, Bernhard; Christopher Neumaier: Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Geschichte, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 50, 2012, S. 293-304.

Expertise. Es handelt sich um Studien, die im Feld der Arbeitsbeziehungen, im politischen Feld militärischer Organisation und im Feld der politischen Bildung angesiedelt sind. Dabei kann weder Vollständigkeit noch Repräsentativität angestrebt werden, sondern lediglich exemplarische Evidenz. Desahlb werden im diachronen Vergleich mikrohistorische Fallstudien mit Befunden zum ökonomischen, sozialen und politischen Wandel der Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren, die als Laborphase für die gesellschaftspolitischen Reformprojekte ab der zweiten Hälfte der 60er betrachtet werden, verknüpft, um so diese für Untersuchung vorausgesetzten und von der neueren Forschungsliteratur analysierten Wandlungsprozesse in den ausgewählten Bereichen näher zu beleuchten.[101] Die systematische Verknüpfung zwischen den Kapiteln ergibt sich aus der Überschneidung von Akteurskonstellationen einerseits und aus dem Transfer sozialwissenschaftlicher Deutungsmuster vom Feld industrieller Beziehungen in das Feld militärischer Organisation andererseits.

Im ersten Kapitel geht es darum, die Kontinuität zwischen dem methodischen Herangehen der *Authoritarian Personality* und dem *Gruppenexperiment* herauszuarbeiten. Dabei wird eine Verbindung zu ähnlichen Ansätzen der Sozialpsychologie und der Meinungsforschung in der Besatzungsphase im Auftrag von OMGUS und von HICOG nach der Gründung der Bundesrepublik in den Blick genommen. Das Kapitel arbeitet den Charakter des *Gruppenexperiments* als Pilotstudie heraus, die für eine Reihe der nachfolgenden Untersuchungen paradigmatisch war, sowohl bezüglich der Forschungsmethode – Verbindung qualitativer und quantitativer Methoden – als auch bezüglich der inhaltlichen Ausrichtung auf Fragen der "inneren Demokratisierung" der Deutschen betrifft. Für die Wirkungsgeschichte des Instituts und die folgenden Fallstudien meiner Untersuchung sind öffentliche Tagungen des Frankfurter Instituts, auf denen das *Gruppenexperiment* einer Expertenöffentlichkeit aus Wissenschaft und Verwaltung bekannt gemacht wurde, von zentraler Bedeutung. Exemplarisch wird die Fachkontroverse zwischen Adorno und dem Psychologie-Ordinarius Peter R. Hofstätter, einem Vertreter der etablierten akademischen Psychologie mit NS-Vergangenheit**,** untersucht.

Im zweiten Kapitel steht der Konflikt um sozialpsychologische Auswahlinstrumente in der Aufbauplanung und beim Aufbau der Bundeswehr im Zentrum. Zivile Planer fanden die Ideen der *Authoritarian Personality* so attraktiv, dass sie diese für die Auswahl zukünftiger Soldaten anwendbar machen wollten. Die Nachfrage nach sozialwissenschaftlicher Expertise zu Zwecken der Personalrekrutierung in der Aufbauplanung der Bundeswehr wird von den Anfängen einer ersten projektierten Gruppenstudie bis zur Einrichtung des *Psychologi-*

[101] Ulrich Herbert (Hg.): Liberalisierung; Axel Schildt (Hg.): Dynamische Zeiten. Die sechziger Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000.

schen Dienstes 1956 untersucht, als diejenige wehrpsychologische und psychotechnische Schule, die im Nationalsozialismus ihren Aufstieg erlebte, wieder Einzug hielt, wohingegen die neuen Verfahren mit kritischen vergangenheitspolitischen Zielsetzungen abgedrängt wurden.

Das dritte Kapitel wendet sich einer unveröffentlichten Auftragsarbeit zu, die das Frankfurter Institut für Sozialforschung im Auftrag der *Bundeszentrale für Heimatdienst* (BzH), der Vorgängerin der *Bundeszentrale für politische Bildung*, anfertigte. Angeregt wurde die Arbeit durch den ersten Vertreter der Politischen Psychologie und Gründungsvorsitzenden der *Berufsverbandes Deutscher Psychologen* (BDP), Walter Jacobsen, der in der BzH arbeitete. Von der Bundeszentrale beauftragt, untersuchte das Frankfurter Institut die Demokratieverträglichkeit der im *Verband der Heimkehrer* (VdH) zusammengeschlossenen Spätheimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Die Bundeszentrale förderte die Integration und politische Bildung der Heimkehrer und war aus diesem Grund an einer Expertise über die demokratische Gesinnung dieser Personengruppe interessiert. Bei den Kriegsgefangenen handelt es sich um eine in vielfacher Weise bedeutsame Gruppe für die Integrationspolitik in der Adenauerzeit, die von Behörden und Ministerien mit Aufmerksamkeit und materiellen Angeboten bedacht wurde. Die Studie, die mit den Methoden des im *Gruppenexperiment* entwickelten Gruppendiskussionsverfahrens durchgeführt wurde, zeigte das Nachwirken nazistischer Einstellungsmuster bei den Spätheimkehrern aus stalinistischer Kriegsgefangenschaft und damit, dass es sich keineswegs um Musterdemokraten aus totalitärer Erfahrung heraus handelte. Dieses Ergebnis führte zu heftigen Kontroversen zwischen IfS, VdH und BzH um die Möglichkeit der Publikation der Studie. Das Kapitel zeigt auf, wie schnell kritische Sozialforschung an ihre Grenzen gelangte, wenn sie dem gesellschaftlichen Grundkonsens unpassende Ergebnisse vorlegte.

Das vierte und fünfte Kapitel wenden sich der Expertise der Frankfurter im Bereich der Industriesoziologie zu. Im vierten Kapitel steht die *Betriebsklimastudie* in den Mannesmann-Werken im Mittelpunkt. Ausgehend von der gewerkschaftlichen Studie zu *Arbeiter, Management, Mitbestimmung,* wird der Weg des Top-Managements der Mannesmann AG hin zu der Entscheidung nachgezeichnet, das Frankfurter Institut mit einer Untersuchung des Betriebsklimas und zentraler Fragen der Akzeptanz der Mitbestimmung zu beauftragen. Die anschließende Verwendung der Studie wich von den Intentionen der Forscher ab. Die Studie wurde konzernintern und öffentlich verwendet, um die Institutionen der betrieblichen Mitbestimmung zu attackieren. Es zeigen sich bei dem Konflikt um die Verwendung der Studie Allianzen zwischen dem Apparat des Arbeitsdirektors und dem der Gewerkschaften sowie solche zwischen dem Frankfurter Institut und dem "klassischen" Management. Innerhalb des Lagers des Arbeitsdirektors war der Betriebspsychologe Fischer, führendes Mitglied des

BDP, tonangebend.[102]

Im letzten Fall geht es um die Folgestudie zur Betriebsklimastudie, die das Institut im Auftrag des *Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung* (BMAS) durchführte. Ziel des Arbeitsministeriums war es, unter den "Sozialpartnern" Diskussionen über die erschreckend hohe Fluktuation im Steinkohlebergbau anzuregen und Maßnahmen zur Abhilfe zu entwickeln. Die Beauftragung ging auf einen der führenden Sozialpsychologen und Referenten im BMAS, Theodor Scharmann, zurück. Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass neben anderen Faktoren das ausgesprochen autoritäre Betriebsklima unter Tage, der sogenannte "Grubenmilitarismus", für die hohe Fluktuation verantwortlich war. In den "sozialpartnerschaftlichen" Ausschüssen der Montanindustrie wurden diese Ergebnisse zur Diskussion gebracht und Empfehlungen zur Abhilfe erarbeitet. An den Konflikten um die Publikation der Studie, welche durch die Intervention des Unternehmerverbandes hervorgerufen wurden, lässt sich zeigen, wie weit der gestalterische Einfluss der Ministerialbürokratie und die Verwissenschaftlichung reichten und wo die Grenzen für den Einfluss von kritischen Beratern lagen.

[102] Johannes Platz: Recruiting politics in the early Bundeswehr. The role of former civil servants of OMGUS and of remigré social scientists in the founding of the Bundeswehr and why they failed, Vortrag und Paper auf der Konferenz "German American Encounters after World War II and the Holocaust", Conference at the German Historical Institute, Washington 26.-28. September 2002; ders.: "Authoritarian Personality", Charakterologie oder Psychotechnik? Die Konflikte in der Frühgeschichte der Bundeswehr um Einrichtung und Ausrichtung des Psychologischen Dienstes [Paper auf dem Workshop der Arbeitsgruppe Psychologisches Denken der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in Berlin, 10. Mai 2001].

1. Vom Exil zur Remigration – Sozialwissenschaftliche Kontinuitäten

1.1. Einleitung

Die Forschung zur Geschichte der kritischen Theorie geht meistens von einem Verhältnis der Diskontinuität zwischen der Kritischen Theorie der klassischen Phase, womit die 30er und 40er Jahre gemeint sind, und der späteren Nachkriegsphase aus. Als Zäsur wird die einen pessimistischen Grundton ausstrahlende *Dialektik der Aufklärung* aus dem Jahr 1944 interpretiert.[103] Diese These vernachlässigt jedoch eine andere Kontinuität, nämlich die Kontinuität praktisch-empirischer Forschung unter den Vorzeichen kritischer Theorie. Richtet man den Blick auf die Fragestellungen und Methoden der empirischen Arbeiten, dann lässt sich – so meine These – eher eine Kontinuität von den 30ern bis in die 50er Jahre rekonstruieren. Diese Kontinuität reicht von der *Arbeiter- und Angestelltenstudie* der und den *Studien zu Autorität und Familie* 1930er Jahre über die *Authoritarian Personality* und den *Studies in Prejudice* in den 1940er Jahren bis zu den Studien zu den demokratischen Einstellungen der Deutschen in den 1950er Jahren. Zentral ist die Frage nach den Grundlagen autoritärer Einstellungsmuster, sukzessive entwickelt sich eine eigene Perspektive auf die Gegnerschaft zu demokratischen Einstellungsmustern. Eine zweite Argumentationslinie, die vor allem im zweiten Teil des Kapitels zum Tragen kommt, ist, dass die sozialpsychologisch und psychoanalytisch grundierte Forschung des Instituts für Sozialforschung sich mit vergangenheitspolitisch relevanten Fragen im Nachkriegsdeutschland verknüpfen ließ. Diese vergangenheitspolitischen Äußerungen, die besonders anhand von Adornos Studie zu *Schuld und Abwehr* thematisiert waren, waren der Anlass für eine Fachkontroverse zwischen Adorno und dem Sozialpsychologen Peter R. Hofstätter. Im Folgenden geht es darum, diese Einordnung für die anschließenden Kapitel der Dissertation grundzulegen.

1.2. Die ersten empirischen Studien in den 1930er und 1940er Jahren

Das Institut für Sozialforschung war als unabhängige Stiftung und als Institut, das mit der Universität Frankfurt insofern assoziiert war, als sein Direktor eine Professur an der Frankfurter Universität innehaben sollte, 1923 gegründet worden. Als Institut beschäftigte es sich in seinen Anfangsjahren mit marxistischer Forschung, doch war diese in erster Linie der Marxphilologie gewidmet. Als Max Horkheimer Ende der zwanziger Jahre – zunächst informell – die Leitung von Carl Grünberg übernahm, stand dieser Wechsel auch für einen

[103] Jay: Dialektische Phantasie; Wiggershaus: Frankfurter Schule; Demirovic: Nonkonformistische Intellektuelle.

programmatischen Wechsel in der Institutspolitik, wie er sich an der Horkheimers Direktoratsrede nachweisen lässt. Max Horkheimer betonte den interdisziplinären Charakter der Arbeit, dem das Modell einer interdisziplinären materialistischen Sozialwissenschaft zugrunde lag, das theoretische Rahmung und einzelwissenschaftliche Forschung in einem mehrstufigen Prozess integrieren wollte.[104] Bei den methodologischen Überlegungen, die Horkheimer in seiner Rede zur Übernahme des Direktorats 1931 formulierte, spielte die Integration von politökonomischen Ansätzen und von psychologischen Ansätzen eine herausgehobene Rolle.[105] Damit wollte er die Desiderate der bisherigen marxistischen Sozialwissenschaft ausgleichen. Er ging davon aus, dass die Ausgrenzung psychologischer Erkenntnisse aus der marxistischen Theoriebildung Nachteile für die Theoriebildung mit sich brachte und dass die Integration psychologischer Erkenntnisse diese Nachteile ausgleichen konnte. Horkheimer betonte die Bedeutung der "Frage nach dem Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft, der psychischen Entwicklung der Individuen und den Veränderungen auf den Kulturgebieten [...]. Der Vorsatz, die Beziehung zwischen diesen drei Verläufen zu erforschen, ist nichts als eine den zur Verfügung stehenden Methoden wie dem Stand unseres Wissens angepaßtere Formulierung der alten Frage nach dem Zusammenhang von besonderer Existenz und allgemeiner Vernunft, von Realität und Idee, von Leben und Geist, nur eben auf die neue Problemkonstellation bezogen."[106]

In einem weiteren Vortrag über das Verhältnis von "Geschichte und Psychologie" vor der Frankfurter Kant-Gesellschaft, den er 1932 in der Zeitschrift für Sozialforschung publizierte, setzte Horkheimer diese programmatischen Überlegungen fort.[107] Horkheimer bewegte die Frage nach der Stabilität der gesellschaftlichen Verhältnisse, die durch die Zustimmung der Gesellschaftsmitglieder hervorgerufen wird, selbst wenn diese Verhältnisse ihren Interessen widersprechen. Dafür sei die Triebmotorik der Menschen verantwortlich: "Daß die Menschen ökonomische Verhältnisse, über die ihre Kräfte hinausgewachsen sind, aufrecht erhalten, anstatt sie durch eine höhere und rationalere Organisationsform zu ersetzen, ist nur möglich, weil das Handeln numerisch bedeutender sozialer Schichten nicht durch die Erkenntnis, sondern durch eine das Bewusstsein verfälschende Triebmotorik bestimmt ist. Keineswegs bloß ideologische Machenschaften bilden die Wurzel dieses historisch besonders wichtigen Moments [...], sondern die psychische Gesamtstruktur dieser Gruppen, d. h. der Charakter

[104] Helmut Dubiel: Wissenschaftsorganisation und politische Erfahrung. Studien zur frühen kritischen Theorie. Frankfurt/Main 1978, S. 135-211.
[105] Max Horkheimer: Die gegenwärtige Lage der Sozialphilosophie und die Aufgaben eines Instituts für Sozialforschung. Frankfurter Universitätsreden. Frankfurt 1931, S. 3-16, wiederabgedruckt in: ders: Sozialphilosophische Studien. Aufsätze, Reden und Vorträge 1930-1972, hg. von W. Brede. Frankfurt/Main 1972, S. 33-46. Vgl. hierzu Wiggershaus: Frankfurter Schule, S. 51f. sowie Wolfgang Bonß, Norbert Schindler: Kritische Theorie als interdisziplinärer Marxismus, in: Wolfgang Bonß, Axel Honneth (Hg.): Sozialforschung als Kritik. Zum sozialwissenschaftlichen Potential der Kritischen Theorie. Frankfurt/Main 1982, S. 31-66.
[106] Vgl. ebd.
[107] Max Horkheimer: Geschichte und Psychologie, ZfS 1, 1932, S. 124-144.

ihrer Mitglieder wird im Zusammenhang mit ihrer Rolle im ökonomischen Prozeß fortwährend erneuert."[108] Die Wissenschaft, die sich dieser Triebmotorik annehmen könne, sei die Psychologie, wobei sie in erster Linie die unbewussten Regungen der Menschen in den Blick zu nehmen habe: "Die Psychologie wird daher zu diesen tieferliegenden psychischen Faktoren, mittels derer die Ökonomie die Menschen bestimmt, vorzustoßen haben, sie wird weitgehend Psychologie des Unbewußten sein. [...] Je weniger das Handeln [...] der Einsicht in die Wirklichkeit entspricht, ja dieser Einsicht widerspricht, um so mehr ist es notwendig, die irrationalen, zwangsmäßig die Menschen bestimmenden Mächte psychologisch aufzudecken."[109]

Horkheimer fährt fort, dass es "[b]ei der Analyse einer bestimmten Geschichtsepoche [darauf an]kommt [...], die psychischen Kräfte und Dispositionen, den Charakter und die Wandlungsfähigkeit der Angehörigen der verschiedenen sozialen Gruppen zu erkennen."[110] Das Programm zielte also auf eine Erforschung der sozialen Differenzierung ideologischer und psychologischer Verhältnisse.

Ansätze zur Erforschung dieser Triebmotorik hatte es in der Psychologie bereits gegeben. Diese firmierten unter dem Namen "Massenpsychologie" und sind verbunden mit den Namen Gustave Le Bons und Sigmund Freuds.[111] Der Entwicklung des gegenwärtigen Standes der Sozialwissenschaften Anfang der 30er jedoch entsprach eine Massenpsychologie dieser Art für Horkheimer nicht mehr. Deshalb forderte er eine "differenzierte Gruppenpsychologie, d. h. die Erforschung derjenigen Triebmechanismen, die den Angehörigen der wichtigen Gruppen des Produktionsprozesses gemeinsam sind. Sie wird vor allem zu untersuchen haben, inwiefern die Funktion des Individuums im Produktionsprozeß durch sein Schicksal in einer bestimmt gearteten Familie, durch die Wirkung der gesellschaftlichen Bildungsmächte an dieser Stelle des gesellschaftlichen Raums, aber auch durch die Art und Weise seiner eigenen Arbeit in der Wirtschaft für die Ausgestaltung seiner Charakter- und Bewußtseinsformen bestimmend ist." Die Familie ist also die hauptsächliche Sozialisationsagentur, die zum Beharren auf dem Bestehenden verleitet. Grundlegend für die Horkheimer'sche Fragestellung ist es, zu erklären, wieso die Menschen, die Horkheimer zufolge in einer Gesellschaft leben, die vom Klassenkonflikt geprägt ist, nicht zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Zustände drängen, sondern konservativ beharrende Tendenzen entwickeln. Dabei sei es notwendig zu erklären, "wie die psychischen Mechanismen zustandekommen, durch die es möglich ist, daß die Spannungen zwischen den gesellschaftlichen Klassen, die auf Grund der ökonomischen Lage zu Konflikten drängen, latent bleiben können." Die

[108] Max Horkheimer: Geschichte und Psychologie, S. 135.
[109] Max Horkheimer: Geschichte und Psychologie, ebd.
[110] Horkheimer: Geschichte und Psychologie, ebd.
[111] Vgl. dazu Gustave Le Bon: Psychologie der Massen. Stuttgart 1968; Sigmund Freud: Massenpsychologie und Ich-Analyse, in: ders.: Gesammelte Schriften. Bd. 9. Frankfurt/Main 2000, S. 61-134.

Verhältnisse des Führerstaates antizipierend, forderte Horkheimer, das Verhältnis zwischen "Führer" und "Masse" zu untersuchen, welches geprägt sei von dem "Vertrauen der gesellschaftlichen Gruppen in die Stabilität und Notwendigkeit der gegebenen Hierarchie und der herrschenden gesellschaftlichen Mächte [...]."[112] Es ist gerade die Erklärung dieses Verhältnisses zwischen "Führer" und "Masse", das nach Horkheimers Ansicht einer "psychologischen Vertiefung" bedurfte.[113]

Nicht nur programmatisch, auch sozialwissenschaftlich forschend wandte sich das Institut den Autoritätsverhältnissen intensiver zu. Im frühen Horkheimerkreis übernahm die praktische Durchführung dieser Forschungsarbeit Erich Fromm. Fromm war bestrebt, "Methode und Aufgabe einer analytischen Sozialpsychologie" zu begründen.[114] Expliziter als in den Äußerungen Horkheimers wird in diesem Entwurf herausgestellt, dass die Sozialpsychologie sich an psychoanalytischen Ansätzen orientieren sollte. Diesem Ansatz zufolge sollte die analytische Sozialpsychologie die Triebstruktur, unter welcher Fromm die "zum großen Teil unbewußte Haltung einer Gruppe aus ihrer sozialökonomischen Struktur" verstand, untersuchen.[115]

Die vermittelnde und prägende Institution sei die Familie, daher sei diese auch zuallererst zu untersuchen: Sie ist wiederum geprägt von den sozialen Verhältnissen, innerhalb derer sie sich befindet: "Allerdings gehen die ersten entscheidenden Einflüsse auf das heranwachsende Kind von der Familie aus, aber die gesamte Struktur der Familie, alle typischen Gefühlsbeziehungen innerhalb ihrer, alle durch sie vertretenen Erziehungsideale sind ihrerseits bedingt vom gesellschaftlichen und klassenmäßigen Hintergrund der Familie, von der sozialen Struktur, aus der sie erwächst. [...] Die Familie ist das Medium, durch das die Gesellschaft bzw. die Klasse die ihr entsprechende, für sie spezifische Struktur dem Kind und damit dem Erwachsenen aufprägt; *die Familie ist die psychologische Agentur der Gesellschaft*."[116]

Insofern war es programmatisch ganz folgerichtig, dass flankierend zum Abschluss der Auswertung der empirischen Studie über das politische Bewusstsein von Arbeitern und Angestellten, die in der Endphase der Weimarer Republik begonnen und im Exil fortgesetzt

[112] Horkheimer: Geschichte und Psychologie, S. 136. Eine alternative, das Verhältnis zwischen Führer und Gefolgschaft analysierende soziologische Erklärung liegt in der an Weber anschließenden Erforschung des Charakters charismatischer Herrschaft. Eine Darstellung dieser Forschungsrichtung, die auch die ältere Literatur einbegreift findet sich jetzt bei Ludolf Herbst: Hitlers Charisma. Die Erfindung eines deutschen Messias. Frankfurt/Main 2011 (Die Zeit des Nationalsozialismus). Dieser Theorierichtung, die in der internationalen Forschung zum Nationalsozialismus einen breiten Raum einnimmt, wird in dieser Arbeit nicht nachgegangen.,

[113] Horkheimer: Geschichte und Psychologie, S. 137.

[114] Erich Fromm: Über Methode und Aufgabe einer analytischen Sozialpsychologie, in: ZfS 1, 1932, S. 28-54. Vgl. hierzu Wolfgang Bonß: Psychoanalyse als Wissenschaft und Kritik, in: ders. und Axel Honneth: Sozialforschung als Kritik, S. 367-415. Carsten Schmidt hat die Beiträge Fromms zur Autoritarismusforschung jüngst untersucht, vgl. ders.: Der autoritäre Charakter. Erich Fromms Beitrag zu einer politischen Psychologie des Nationalsozialismus. Münster 2009 (Politikwissenschaft; 162), zur analytischen Sozialpsychologie, vgl. ebd., S. 29-39.

[115] Fromm: Methode und Aufgabe, S. 34.

[116] Fromm: Methode und Aufgabe, S. 35. Vgl. Schmidt: Der autoritäre Charakter, S. 43f.

wurde, eine großangelegte Untersuchung zum Verhältnis zwischen Autorität und Familie angegangen wurde.

Durch die Vermittlung der gesellschaftlich bedingten Triebstrukturen durch die Agentur der Familie werde die Gesellschaft zusammengehalten: "[W]eder der äußere Machtapparat noch die rationalen Interessen würden ausreichen, um das Funktionieren der Gesellschaft zu garantieren, wenn nicht die libidinösen Strebungen der Menschen hinzukämen. Es sind die libidinösen Strebungen der Menschen, die gleichsam den Kitt formieren, ohne den die Gesellschaft nicht zusammenhielte, und die zur Produktion der großen gesellschaftlichen Ideologien in allen kulturellen Sphären beitragen."[117] Es ist also von Bedeutung, dass libidinöse Strebungen in den Individuen selbst zur Unterordnung unter fremde Hierarchien und zur Akzeptanz von Führern beitragen.

Fromm war weit entfernt von einem psychologischen Ökonomismus. Zwar sei die libidinöse Struktur ökonomisch bedingt, aber es sei eben doch vor allem eine psychologische Struktur, die einer psychologischen Erforschung unterworfen werden müsse: "Über der Anerkennung der ökonomischen Bedingtheit der libidinösen Struktur darf aber die Sozialpsychologie nicht vergessen, die psychologische Basis dieser Struktur zu untersuchen; d.h. es ist nicht nur zu erforschen, warum diese libidinöse Struktur notwendig ist, sondern auch wie sie psychologisch möglich ist, durch welche Mechanismen sie funktioniert."[118] Einer der Dreh- und Angelpunkte der Argumentation ist die Zurückführung der Unterordnungsimpulse auf frühkindliche seelische Bindungen. Fromm zufolge reproduzieren die Untergeordneten eine seelische Haltung, die sie in ihrer Beziehung zu den Eltern und dabei besonders zum Vater erworben haben: "Bei der Untersuchung dieser Wurzeln der libidinösen Bindung der Majorität an die herrschende Minorität wird etwa die Sozialpsychologie feststellen, daß diese Bindung eine Wiederholung bzw. eine Fortsetzung der seelischen Haltung ist, die diese erwachsenen Menschen als Kinder zu ihren Eltern, speziell zu ihrem Vater gehabt haben (innerhalb der bürgerlichen Familie). Es handelt sich um eine Mischung von Bewunderung, Angst, Glauben an die Kraft, Klugheit und guten Absichten des Vaters, d. h. affektiv bedingte Überschätzung seiner intellektuellen und moralischen Qualitäten, wie wir sie beim Kind im Verhältnis zum Vater wie beim Erwachsenen innerhalb der patriarchalischen Klassengesellschaft im Verhältnis zum Angehörigen der herrschenden Klasse finden. Hiermit eng verknüpft sind gewisse moralische Prinzipien, die es den Armen vorziehen lassen zu leiden, als 'Unrecht' zu tun, die ihn glauben lassen, der Sinn seines Lebens sei Gehorsam und Pflichterfüllung im Dienste der Mächtigen."[119]

Doch nicht nur die Familie selbst trägt zur Vermittlung dieser Haltung bei, Fromms Überle-

[117] Fromm: Methode und Aufgabe, S. 50.
[118] Fromm: Methode und Aufgabe, S. 51.
[119] Ebd., S. 51.

gungen schließen kulturwissenschaftliche Anschlussthesen ein. Der "Kulturapparat" sei ein Vermittlungsglied: "Vielmehr dient ein ganz wesentlicher Teil des Kulturapparates dazu, die sozial geforderte Haltung systematisch und planmäßig zu schaffen."[120]

Neben die ökonomische, politische, soziale und geistige Struktur einer Gesellschaft tritt diesen Überlegungen Fromms zufolge eine spezifische psychologische, libidinöse Struktur der Gesellschaft, die man empirisch erforschen kann. Sie ist "das Produkt der Einwirkung der sozialökonomischen Bedingungen auf die Triebtendenzen, und sie ist ihrerseits ein wichtiges bestimmendes Moment für die Gefühlsbildung innerhalb der verschiedenen Schichten der Gesellschaft wie auch für die Beschaffenheit des 'ideologischen Überbaus'. Die libidinöse Struktur einer Gesellschaft ist das Medium, in dem sich die Einwirkung der Ökonomie auf die eigentlich menschlichen, seelisch-geistigen Erscheinungen vollzieht."[121]

Dass dieser programmatische Ansatz auch in der Forschungspraxis eine Rolle spielte, zeigen die oben erwähnten Untersuchungen der frühen 1930er Jahre. Die erste bedeutende empirische Untersuchung war eine Studie über das politische Bewusstsein der *Arbeiter und Angestellte[n] am Vorabend des Dritten Reiches*.[122] Es handelte sich bei der Untersuchung um eine sozialpsychologisch angereicherte Fragebogenuntersuchung, die unter der Leitung von Erich Fromm durchgeführt wurde. Ihre Auswertung fiel der Emigration zum Opfer, insofern ein Teil der Fragebögen leider vernichtet wurde. Die verbliebenen Fragebögen allerdings wurden ausgewertet und Fromm erstellte eine Rohfassung des Untersuchungsberichts. Allerdings wurden die umfangreichen Arbeiten, die eine hervorragende Quelle zur Mentalitätsgeschichte der Arbeiter und Angestellten liefern, nicht veröffentlicht. Dies ist wahrscheinlich auf institutsinterne Konflikte um die Stellung Fromms im Institut in der Emigration in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre zurückzuführen. Durch diese fehlende Publikation behielt die Studie weitgehend experimentellen und explorativen Charakter im Hinblick auf weitere Arbeiten des Instituts, allerdings lassen sich in späteren Arbeiten, wie der *Authoritarian Personality* Verarbeitungen der Erfahrung mit der Studie belegen.[123]

Die empirischen Ergebnisse der Studie waren für die Forschergruppe um Erich Fromm dennoch verstörend. Die Studie war als Untersuchung des politischen Bewusstseins und der Einstellungen von Arbeitern und Angestellten begonnen worden. Den marxistischen Vorannahmen zufolge waren bestimmte Charakterstrukturen und Einstellungsmuster erwartet

[120] Ebd., S. 52.
[121] Ebd., S. 53.
[122] Erich Fromm: Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Bearbeitet und herausgegeben von Wolfgang Bonß. Stuttgart 1980; vgl. dazu Wolfgang Bonß: Kritische Theorie und empirische Sozialforschung. Anmerkungen zu einem Fallbeispiel, ebd., S. 7-46 und ders.: Die Einübung des Tatsachenblicks. Zur Struktur und Veränderung empirischer Sozialforschung. Frankfurt/Main 1982, S. 167-175; vgl. auch Wiggershaus: Frankfurter Schule, S. 67-75. Vgl. hierzu auch Schmidt: Der autoritäre Charakter, S. 54-110.
[123] Bonß: Kritische Theorie und empirische Sozialforschung, S. 33.

worden.[124] Ihrer Klassenlage entsprechend sollte bei den Arbeitern eine mehrheitlich revolutionär-antiautoritäre Haltung überwiegen. Das Gegenteil war aber der Fall. Die revolutionär-antiautoritäre Einstellung war weniger verbreitet als angenommen und die Auswertung der Fragen zum Erziehungsstil und anderer persönlicher Fragen deutete auf stärkere autoritäre Charakterstrukturen hin als erwartet.[125] Mit der zunehmenden Entfernung des Fragegegenstands zum Bereich politisch-programmatischer Stellungnahmen nahm die Beantwortung im Sinne antiautoritärer Stellungnahmen ab. Nur im Bereich politischer Programmatik schien die Bindung durch die Organisationen der Arbeiterbewegung zu funktionieren. Die allerersten Befragungsergebnisse seien für die Institutsleitung so verstörend gewesen, berichtete Ludwig von Friedeburg aus Gesprächen mit Thedor W. Adorno, weil sie geradezu eine Affinität des politischen Bewusstseins der Arbeiterklasse zu faschistischen Einstellungsmustern zu belegen schienen, so dass die ersten explorativen Ergebnisse der Untersuchung mit zur Entscheidung für eine Emigration des Instituts beitrugen.

Die Ergebnisse aus der Arbeiter- und Angestelltenstudie lagen der sozialpsychologischen Abhandlung zu Grunde, die Erich Fromm in dem ersten Sammelband des Instituts, den *Studien zu Autorität und Familie* publizierte. Hier entwickelte er seine Theorie der sado-masochistischen Charakterstruktur, die er in dem Aufsatz zur "psychoanalytischen Charakterologie" schon angedeutet hatte.[126]

Fromm beginnt seine Ausführungen mit der Beobachtung, dass Menschen sich glücklich fühlten, wenn sie sich der Autorität unterwerfen können. Er verwies auf die ambivalente Haltung des Autoritären zur Autorität, die sich sowohl in autoritärer Unterwerfung, als auch in trotziger Rebellion gegen die Autorität manifestieren könne: "Bei vielen Menschen ist ihr Verhältnis zur Autorität der hervorstechendste Zug ihres Charakters: sei es, dass die einen nur dann glücklich sind, wenn sie sich einer Autorität fügen und unterwerfen können, und um so mehr, je strenger und rücksichtsloser diese ist, sei es, dass andere sich auflehnend und trotzig verhalten, sowie sie auch nur irgendwo sich Anordnungen fügen sollen [...]".[127]Grundkonstellation der Autoritätssituation ist die familiäre Situation, die Fromm am Beispiel der kleinbäuerlichen Familienstruktur beschreibt: "Der Vater wird gefürchtet und widerspruchs- und bedenkenlos wird ihm gehorcht; manchmal wird mehr das Gefühl der Ehrfurcht, manchmal mehr das des Hasses oder der Furcht beigemischt sein [...]. Solange der Vater lebt, ist sein Wille einziges Gesetz, und die Hoffnung auf Selbständigkeit und Unabhängigkeit ist,

[124] Vgl. Fromm: Arbeiter, S. 236.
[125] Vgl. Fromm: Arbeiter, S. 248-253.
[126] Erich Fromm: Die psychoanalytische Charakterologie und ihre Bedeutung für die Sozialpsychologie, in: ZfS 1, 1932, S. 253-277.
[127] Erich Fromm: Sozialpsychologischer Teil, in: Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung. [Paris 1936] Reprint. Lüneburg 1987, S. 77. Vgl. dazu Wiggershaus: Frankfurter Schule, S. 171-178. Vgl. hierzu und zum Folgenden auch Schmidt: Der autoritäre Charakter, S. 111-164.

bewusst oder unbewusst, mit der Hoffnung auf den Tod des Vaters verknüpft."[128] In anderen Situationen, etwa beim Militär, sind ein ähnliche Autoritätsverhältnisse zu finden: "Der Untergebene gibt freudig und gerne seine eigene Persönlichkeit auf, wird zum Werkzeug des Führers, dessen Willen seinen eigenen ersetzt. Er bewundert ihn als unendlich überlegenes Wesen und findet sein Glück im seltenen Lob des Führers. [...] Ehrfurcht, Bewunderung, ja Liebe spielen eine viel größere Rolle in seinen Gefühlen als Furcht."[129] Wichtig ist, dass das Autoritätsverhältnis nicht ein bloß erzwungenes Verhalten darstellt. Unter Bezug auf Simmel hält Fromm einen "Rest von Freiwilligkeit" als Definitionsmerkmal fest: "Positiv ausgedrückt gehört zu jedem Autoritätsverhältnis die gefühlsmäßige Bindung einer untergeordneten zu einer übergeordneten Person oder Instanz. Das Autoritätsgefühl scheint immer etwas von Furcht, Ehrfurcht, Respekt, Bewunderung, Liebe und häufig auch Hass zu haben [...]".[130]

Für die Entwicklung des Autoritätsverhältnisses ist die Familie die erste Sozialisationsagentur, weil sie die Grundlage für die Identifikation des Kindes mit der Autorität des Vaters und der Introjektion seiner Ge- und Verbote ist.[131] Neben die Eltern treten auch andere Einflüsse von Personen, die an die Stelle der Eltern getreten sind, Erziehern, Lehrern, idealen Vorbildern. Wichtig ist der Prozess, wie durch das Über-Ich die äußere Gewalt transformiert und zu einer inneren, psychischen Kraft wird: "Durch das Über-Ich wird die äussere Gewalt transformiert und zwar, indem sie aus einer äusseren in eine innere verwandelt wird. Die Autoritäten als die Vertreter der äusseren Gewalt werden verinnerlicht und das Individuum handelt nicht mehr allein aus Furcht vor äusseren Strafen, sondern aus Furcht vor der psychischen Instanz, die es in sich selbst aufgerichtet hat. Die äussere in der Gesellschaft wirksame Gewalt tritt dem in der Familie aufwachsenden Kind in der Person der Eltern und in der patriarchalischen Kleinfamilie speziell in der des Vaters gegenüber. Durch die Identifizierung mit dem Vater und Verinnerlichung seiner Ge- und Verbote wird das Über-Ich als eine Instanz mit den Attributen der Moral und der Macht bekleidet. [...] Das Über-Ich wird immer wieder von neuem auf die in der Gesellschaft herrschenden Autoritätsträger projiziert, mit anderen Worten, das Individuum bekleidet die faktischen Autoritäten mit den Eigenschaften seines eigen Über-Ichs."[132]

Die Familie ist die zentrale Sozialisationsagentur, sie ist die psychologische Agentur der Gesellschaft schlechthin und als solche von der Gesellschaftsstruktur überformt: "Die Erzeugung des Über-Ichs ist [...] nur eine der Aufgaben, welche die Familie als die psychologische Agentur der Gesellschaft erfüllt, und die Erzeugung des Über-Ichs kann nicht von der gesamten Triebstruktur und dem Charakter eines Menschen, wie er in der Familie produziert

[128] Vgl. ebd., S. 77.
[129] Ebd., S. 77f.
[130] Ebd., S. 79f.
[131] Ebd., S. 82.
[132] Ebd., S. 84.

wird, getrennt werden. [...] die Familie [repräsentiert] bestimmte gesellschaftliche Inhalte [...] in der Produktion der gesellschaftlich erwünschten seelischen Struktur [liegt] die wichtigste gesellschaftliche Funktion der Familie."[133] Die Autorität des Vaters in der Familie gründet nämlich selbst in der Autoritätsstruktur der Gesellschaft: "Die Autorität nämlich, die der Vater in der Familie hat, ist keine zufällige, die später durch die gesellschaftlichen Autoritäten 'ergänzt' wird, sondern die Autorität des Familienvaters selbst gründet in Autoritätsstruktur der Gesamtgesellschaft."[134]

Gesellschaftlich von Bedeutung ist die Entstehung einer autoritären Charakterstruktur des sado-masochistischen Charakters, den Fromm abschließend entwickelt. Wichtige Ausgangsfrage ist, wieso sich die Unterordnung unter die Autorität als lustvoll gestaltet: "Die Analyse der Triebunterdrückung hat gezeigt, dass unter gesellschaftlichen Bedingungen, die eine Erstarkung des Ichs über ein bestimmtes Maß verhindern, die Aufgabe der Triebverdrängung nur mit Hilfe der irrationalen Gefühlsbeziehungen zur Autorität und ihrem innerseelischen Repräsentanten, dem Über-Ich, geleistet werden kann. Diese negative Funktion erklärt aber noch nicht die eigenartige Befriedigung, die das Verhältnis zur Autorität für viele der ihr Unterworfenen offensichtlich hat, jene Lust am Gehorsam und an der Unterwerfung, die so gross und verbreitet ist, dass man geglaubt hat, von einem natürlichen und angeborenen Instinkt der Unterwerfung reden zu können."[135] Fromm geht nicht von einem ewigen Unterwerfungstrieb aus, sondern "von einem historisch bestimmten seelischen Tatbestand", wobei die Situation der Unter- und Überlegenheit je nach historisch konkretem Inhalt des Verhältnisses verschieden aufgefasst werden kann und die Grade der Hemmung und Förderung durch die Autorität variieren können.[136] Den masochistischen Charakter sieht Fromm in den nicht-pathologischen Erscheinungsformen als einen Normalfall in der autoritären Gesellschaft an und weil er "weitgehend der derjenige der Mehrzahl der Menschen unserer Gesellschaft" ist, wird er für Forscher, "die den Charakter der bürgerlichen Menschen für den 'normalen' und natürlichen halten, infolge der mangelnden Distanz gar nicht zum wissenschaftlichen Problem."[137] Es geht Fromm ausdrücklich nicht darum, die pathologische Perversion zu untersuchen, "sondern den Durchschnittscharakter der Epoche" zu bestimmen.[138] Zu unterscheiden sind dabei die sadistischen Strebungen und die masochistischen Strebungen. Sie befinden sich in einem komplementären Wechselverhältnis und das Subjekt weist beide auf: "Die masochistischen Strebungen zielen darauf ab, unter Preisgabe der Individualität der eigenen Persönlichkeit und unter Verzicht auf eigenes Glück das Individu-

[133] Ebd., S. 87.
[134] Ebd., S. 88.
[135] Ebd., S. 111.
[136] Vgl. ebd., S. 111f.
[137] Vgl. ebd., S. 113.
[138] Vgl. ebd., S. 113.

um an die Macht hinzugeben, sich in ihr gleichsam aufzulösen [...]. Die sadistischen Strebungen haben das umgekehrte Ziel, einen andern zum willen- und wehrlosen Instrument des eigenen Willens zu machen. Auf dieser Basis erwächst die für den sadomasochistischen Charakter typische Einstellung, von der leicht zu sehen ist, dass sie gleichzeitig die des autoritären Charakters ist, von dem wir hier reden."[139]

Die Ambivalenz der Gefühle gegenüber dem Mächtigeren ist ein besonderes Merkmal des autoritären Charakters. Grundgefühl ist das Gefühl der Furcht, es wird aber umgewertet in ein Gefühl der Liebe, Hingabe und Ehrfurcht: "Im Grunde seines Gefühls dem Stärkeren und Mächtigeren gegenüber ist die Furcht. Diese ist aber als solche wenig bewusst, aus ihr entwickelt sich Ehrfurcht, Bewunderung und Liebe. Wo dieser Charakter Macht spürt, muss er sie beinahe automatisch verehren und lieben. Dabei ist es gleich, ob es sich um die Macht eines Menschen, einer Institution oder eines durch die Gesellschaft anerkannten Gedankens handelt. Man könnte für ihn mit Recht das [...] Sprichwort umdrehen und sagen: 'Wer ihn züchtigt, den liebt er.' Er ist glücklich, wenn er Befehlen folgen kann, falls diese nur Befehle von einer Instanz kommen, die er infolge ihrer Macht und der Sicherheit ihres Auftretens fürchten, ehrfürchten und lieben kann. Dieser Wunsch, Befehle zu erhalten und nach ihnen handeln zu können, sich einem Höheren in Gehorsam unterzuordnen, ja ganz in ihm aufzugehen, kann so weit gehen, dass er auch die Züchtigung und Misshandlung durch den Stärkeren geniesst."[140]

Neben der Liebe zum Mächtigen bleibt jedoch immer ein – meist verdrängter – Hass, der sich in Projektionen ausdrücken kann und in der Abwertung Fremder, zum Beispiel im Antisemtismus oder in der Entgegensetzung von „raffendem Kapital" das abgelehnt wird zu „schaffendem Kapital", das befürwortet wird: „Häufig kommt die Ambivalenz so zum Ausdruck, dass die Mächtigen gleichsam geteilt werden. Die einen erhalten alle guten Eigenschaften zugesprochen und werden geliebt, die anderen alle schlechten und werden gehasst. Beispiele hierfür sind der Hass auf die Götter fremder Religionen, gegen Autoritäten fremder Völker [...], gegen das Finanzkapital im Gegensatz zum 'schaffenden Kapital'."[141]

Dagegen erwecken Schwäche und Hilflosigkeit im autoritären Charakter ausschließlich „Verachtung und Hass. Dieser Hass unterscheidet sich aber von dem, den der nicht autoritäre Charakter gegen den Starken hat, nicht durch das Objekt, sondern auch durch die Qualität. Während jener Hass den Stärkeren beseitigen oder vernichten will, will dieser den Schwächeren quälen und leiden lassen. Alles, was an Feindseligkeit und Aggression vorhanden ist und was dem Stärkeren gegenüber nicht zum Ausdruck kommt, findet sein Objekt im Schwächeren. Muss man den Hass gegen den Stärkeren verdrängen, so kann

[139] Ebd., S. 115.
[140] Ebd., S. 115f.
[141] Ebd., S. 116.

man doch die Grausamkeit gegen den Schwächeren geniessen."[142] Damit sind wichtige psychologische Mechanismen beschrieben, die in der Abwertung des Schwachen und in der mangelnden Reflexion auf gesellschaftliche Herrschafts- und Machtverhältnisse ihren Ausdruck finden, was letztlich zu den destruktiven Tendenzen geführt hat, die der Nationalsozialismus angefangen bei der Bekämpfung der „Asozialen", über die Selektion und Vernichtung Gemeinschaftsfremder, wie der Behinderten und Kranken, bis letztlich zur Vernichtung der Juden entwickelt hat. Für Fromm bildet die Gesellschaft gleichsam eine Abhängigkeitshierarchie des Autoritären, in der jeder in ein„System von Abhängigkeiten nach oben und unten eingegliedert" ist, wobei "[j]e tiefer ein Individuum in dieser Hierarchie steht, [...] die Zahl und die Qualität seiner Abhängigkeiten von höheren Instanzen" desto größer ist: „Dadurch erhält auch der unmittelbare Vorgesetzte, mag er im übrigen auch eine wenig imponierende Rolle in der Hierarchie spielen, den Glanz der Grossen und Mächtigen. Die für den masochistischen Charakter typische Lust an der Hingabe und am Gehorchen findet so, wenn auch in verschiedener Stärke, je nach der sozialen Stellung, ihre Befriedigung."[143]

Die autoritäre Charakterstruktur wird vermittelt durch die autoritäre Gesellschaftsstruktur und die ökonomischen Strukturen. Insofern folgt der Erklärungsansatz der autoritären Charakterstruktur materialistischen Ansätzen, da der autoritären Gesellschaft zugrundeliegende sadomasochistische Charakter durch die ökonomische Struktur erzeugt werde, welcher die autoritäre Struktur notwendig mache.[144]

Was dem sadomasochistischen Charakter im einzelnen unabänderlich erscheinen mag, hängt von der sozialen Stellung ab, die er innehat. Aber die Überhöhung des Schicksals und des Zwangs der Umstände oder der Tatsachen zeichnet den Autoritären immer aus: "Allem masochistischen Denken ist eines gemeinsam: das Leben ist von Mächten bestimmt, die ausserhalb des Individuums, seines Wollens und seiner Interessen liegen. Ihnen muss man sich fügen, und diese Unterwerfung zu geniessen, ist das letzte erreichbare Glück."[145]

Die Theorie des autoritären Charakters, die Fromm aufstellte, beanspruchte einen Erklärungsansatz für Gegenwartsfragen der 1930er Jahre zu liefern. Theoretisch wie empirisch blieb sie jedoch weit davon entfernt, etwa die autoritäre Verfasstheit des nationalsozialistischen Deutschlands zu erklären, da sie den empirischen Beweis schuldig bleiben musste, da sie von der empirischen Quellenbasis abgeschnitten war und darum letztlich weitgehend spekulativ blieb, wenn sie auch theoretisch Plausibilität beanspruchen konnte. Dennoch war dies einer der ersten Versuche, die Autoritätsstrukturen in Deutschland in ihrer psychologi-

[142] Ebd., S. 116.
[143] Vgl. ebd., S. 117.
[144] Vgl. ebd., S. 117f.
[145] Ebd., S. 119.

schen Dynamik systematisch zu erklären.[146]

In der weiteren Arbeit des Instituts spielten Analysen des nationalsozialistischen Deutschlands eine immer wichtigere Rolle. Wie Dubiel und Söllner nachgewiesen haben, war die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ein wichtiger Bestandteil der Tätigkeiten des Instituts in der Emigration.[147] Die Analysen changieren dabei terminologisch zwischen solchen des Faschismus und solchen des Nationalsozialismus, wobei in Einzelfällen auch Ansätze totalitarismustheoretischer Interpretationen vertreten sind.[148] Dabei waren die Ansätze und Untersuchungszugänge höchst verschieden und repräsentieren durchaus die kritische Interdisziplinarität am Institut. Es lassen sich drei Zugangsweisen unterscheiden. Erstens ein ideologiekritisch-kulturkritischer Zugang, der eher theoretisch orientiert war, zweitens der empirisch orientierte sozialpsychologische Zugang und drittens der ebenso theoretisch wie empirisch orientierte politisch-ökonomische Zugang.[149] Bevor auf den, was die Wirkungsgeschichte betrifft, bedeutendsten Ansatz, nämlich den sozialpsychologischen Ansatz eingegangen werden soll, werden die anderen beiden Zugänge in der NS-Diskussion des Instituts anhand beispielhafter Aufsätze skizziert. Auch wenn nicht alle Erklärungsansätze vor dem Hintergrund der späteren NS-Forschung haltbar blieben, waren die Beiträge des Instituts und seiner Angehörigen, die diese freilich zum Teil auch erst später in relativer Unabhängigkeit zum Institut anfertigten, wichtige Beiträge zur zeitgenössischen Analyse und Diskussion des Nationalsozialismus.

Ein früher, herausragender Text ist Horkheimers Abhandlung “Die Juden und Europa”, in dem Horkheimer die Lage der Juden und das Verhältnis zwischen Kapitalismus und Faschismus interpretiert.[150] Er entwickelt in diesem Aufsatz eine ökonomische Erklärung des nationalsozialistischen Antisemitismus, die an die Staatskapitalismusthese Friedrich Pollocks anschließt. Der Antisemitismus greift in der faschistischen Gesellschaft Horkheimer zufolge Raum, weil die Sphäre der Zirkulation, also die Sphäre, in der Juden als Vertreter der Geldmacht hauptsächlich repräsentiert waren, ihre ökonomische Funktion verliere. Darum

[146] Dass Fromms Ansatz in der späteren Arbeit des Instituts keine Rolle mehr spielte und ihm die Ehre der Zitation etwa in der *Authoritarian Personality* verwehrt blieb, liegt an den in den folgenden Jahren nach Publikation der *Studien zu Autorität und Familie* einsetzenden Entfremdungsprozessen zwischen Fromm und dem Horkheimer-Kreis, was 1939 dann im offenen Konflikt zwischen dem Institut und Fromm führte. Damit verlor das Institut seinen ausgewiesensten Kenner psychologischer empirischer Methoden, vgl. Wiggershaus: Frankfurter Schule, S. 298-307.

[147] Vgl. Dubiel: Wissenschaftsorganisation und politische Erfahrung, passim, und Alfons Söllner: Geschichte und Herrschaft. Studien zur materialistischen Sozialwissenschaft 1929-1942. Frankfurt/Main 1979.

[148] Vgl. hierzu Wolfgang Wippermann: Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute. Darmstadt 1997, sowie ders.: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heut. Darmstadt 1997.

[149] Vgl. Helmut Dubiel, Alfons Söllner: Die Nationalsozialismusforschung des Instituts für Sozialforschung – ihre wissenschaftsgeschichtliche Stellung und ihre gegenwärtige Bedeutung, in: dies. (Hg.): Wirtschaft, Recht und Staat, S. 7-32, hier S. 9-11.

[150] Max Horkheimer: Die Juden und Europa, in: Studies in Philosophy and Social Sciences, 8, 1939, S. 115-137, wiederabgedruckt in: Helmut Dubiel, Alfons Söllner (Hg.): Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939-1942. Frankfurt/Main 1984, S. 33-53.

werde die Emanzipation der Juden, die in der liberalistischen Phase der gesellschaftlichen Entwicklung gehabt habe, in der faschistischen Gesellschaft zurückgenommen. Diese funktionalistische Deutung des Antisemitismus wird ergänzt durch eine herrschaftssoziologische Begründung des Antisemitismus.[151] Der Antisemitismus richte sich in erster Linie nach innen denn er habe die Disziplinierung des deutschen 'Volksgenossen' zum Ziel: "Der Judenhaß gehört der Phase des faschistischen Aufstiegs an. Ein Ventil ist der Antisemitismus in Deutschland höchstens noch für jüngere Jahrgänge des SA. Der Bevölkerung gegenüber wird er als Einschüchterung gebraucht. Man zeigt, daß das Regime vor nichts zurückschreckt. Die Pogrome visieren politisch eher die Zuschauer. Ob sich etwa einer rührt. [...]."[152] Die Beobachtungen Horkheimers lassen sich im Licht der weiteren Entwicklung der nationalsozialistischen Politik natürlich nicht halten. Der theoretischer Ausgangspunkt Horkheimers, Friedrich Pollocks These über den Staatskapitalismus, besagte, dass im wirtschaftlichen System der Staat wichtige Funktionen übernommen hat, die zuvor der privatkapitalistische Akteur ausübte. Der Markt als Austragungsort der Aushandlung um Angebot und Nachfrage werde durch ein staatliches planwirtschaftliches System der Preisregulierung, Konsumsteuerung und durch eine gesteigerte Staatsnachfrage ersetzt. Dadurch komme es zu einer Verschmelzung zwischen Staatsbürokratie und Wirtschaftsmanagement. Grundsätzlicher besteht die Möglichkeit der Entwicklung eines demokratischen und eines autoritären Staatskapitalismus, jedoch ist letzterer die wahrscheinlicher auftretende Variante.[153] Eine weitere wichtige Stellungnahme, die im Umfeld des Instituts für Sozialforschung anzusiedeln ist, war Franz L. Neumanns Arbeit zur Herrschafts- und Wirtschaftsstruktur des Nationalsozialismus, die in dem bereits während des Krieges erschienenen Werk *Behemoth* publiziert wurde. Neumann untersucht darin die vier tragenden Säulen des NS-Systems, worunter er die Staatsbürokratie, die Parteibürokratie, die Wehrmachtsbürokratie und die Wirtschaftsbürokratie versteht. Er stellte fest, dass diese eigentlich konkurrierenden Bürokratien ein komplementäres Verhältnis eingingen. Letztlich lieferte Neumann eine theoretische und empirische Grundlage für die spätere Polykratie-These zur Herrschaftsstruktur des Nationalsozialismus. Die ideologischen Komponenten der nationalsozialistischen Herrschaft, insbesondere den Antisemitismus gewichtete Neumann eher gering, schloss ihn aber nicht aus der Betrachtung aus.[154] Eine weitere wichtige Analyse aus dem Umfeld des Instituts stammt aus den posthum aus Beständen des OSS und dem Nachlass veröffentlichten

[151] Horkheimer: Die Juden und Europa, S. 48.
[152] Horkheimer: Die Juden und Europa, S. 51.
[153] Friedrich Pollock: Ist der Nationalsozialismus eine neue Ordnung?, in: Dubiel und Söllner (Hg.): Wirtschaft, Recht und Staat, S. 111-128, ursprünglich unter dem Titel: Is National Socialism a New Order?, in: SPSS 9, 1941, S. 440-455; ders.: Staatskapitalismus, in: Dubiel und Söllner (Hg.): Wirtschaft, Recht und Staat, S. 81-109; ursprünglich unter dem Titel: State Capitalism: Its Possibilities and Limitations, in: SPSS 9,1941, S. 200-225.
[154] Franz L. Neumann: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus. Frankfurt Main 1984, 1993, zuerst [englisch] Behemoth. New York 1942, zweite erweiterte Auflage 1944.

„Feindanalysen“ Herbert Marcuses. Dieser beschrieb unter anderem die „[d]ie neue deutsche Mentalität“ unter dem Nationalsozialismus, die er weitsichtig als eine Mentalität der ausgesprochenen Sachlichkeit beschrieb, in der das „Denken in Kategorien von Effizienz und Erfolg, von Mechanisierung und Rationalisierung“ einerseits und auf der anderen Seite Kategorienbildung einer mythologischen Schicht des Denkens in Kategorien die Heidentums, des Rassismus und des Sozialdarwinismus überwog.[155]

Natürlich sind die vielfältigen Äußerungen zur Theorie des Nationalsozialismus nicht ohne Kritik geblieben. Ein zentraler Punkt der Kritik ist das Verhältnis der Kritischen Theorie in der klassischen Phase zum nationalsozialistischen Antisemitismus, der in den frühen Schriften wie in Horkheimers “Die Juden und Europa” nur ökonomistisch und instrumentalistisch gedeutet wurde. Auch die Überlegungen zum Zusammenhang von Staatsorganisation und Wirtschaftsstruktur von Pollock mussten sich massive Kritik gefallen lassen, da sie empirisch nicht haltbar waren.

1.3. Das Institut für Sozialforschung im Krieg: Studien zum Antisemitismus und zur *Authoritarian Personality*

Die Analyse des Antisemitismus der Nationalsozialisten nahm in den Planungen des Instituts seit den beginnenden 1940er Jahren einen immer breiteren Raum ein. Bereits Ende der dreißiger Jahre war das Institut in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Diese verschärften sich im zweiten Weltkrieg. Das Institut war gezwungen, Personal abzubauen. Für Otto Kirchheimer, Herbert Marcuse und Franz L. Neumann ergab sich im Jahr 1943 die Möglichkeit, im neu gegründeten Geheimdienst der USA, dem Washingtoner *Office for Strategic Service* (OSS) unterzukommen. Sie gehörten innerhalb der *Research and Analysis Branch* des OSS dem wissenschaftlichen Expertenteam an, das Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation in Deutschland für die Kriegs- und Nachkriegszeit anfertigte. Innerhalb dieser Institution verfassten sie eine Vielzahl von Studien und Expertisen.[156]

[155] Vgl. Herbert Marcuse: Feindanalysen, insbesondere ders.: Die neue deutsche Mentalität, in ebd., S. 21-72, vgl. dazu: Detlev Claussen: Kopf der Leidenschaft. Herbert Marcuses Deutschlandanalysen, in: ebd., S. 11-20, sowie Tim B. Müller: Krieger und Gelehrte.

[156] Aus der Arbeit im IfS und im OSS ist auch Franz L. Neumanns monumentales Werk über den “Behemoth” hervorgegangen, sowie die posthum veröffentlichten Feindanalysen Herbert Marcuses, vgl. ders.: Feindanalysen. Schriften über die Deutschen. Lüneburg 2007 (Schriften aus dem Nachlass; 5), vgl. dazu Detlev Claussen: Einleitung. Kopf der Leidenschaft. Herbert Marcuses Deutschlandanalysen, in: ebd., S. 11-21. Vgl. dazu Christof Mauch: Schattenkrieg gegen Deutschland. Das Dritte Reich im Visier der amerikanischen Geheimdienste 1941-1945. Stuttgart 1999; Petra Marquardt-Bigman: Amerikanische Geheimdienstanalysen über Deutschland1942-1949. München 1995; dies.: Nachdenken über ein demokratisches Deutschland. Der Beitrag der Research and Analysis Branch zur Planung der amerikanischen Deutschlandpolitik, in: Jürgen Heideking, Christof Mauch (Hg.): Geheimdienstkrieg gegen Deutschland. Göttingen 1993, S. 122-141. Zu Herbert Marcuse vgl. auch Tim B. Müller: Herbert Marcuse, die Frankfurter Schule und der Holocaust. Ein Beitrag zur zeitgenössischen Wahrnehmung der

Das IfS selbst entwickelte in den 1940ern mehrere Projektideen zur Erforschung des NS, die aber noch nicht realisiert wurden.[157] 1940 erstellten Horkheimer und Adorno das Projektexposé "Nationalsozialismus und Antisemitismus". Dieses großangelegte Projekt, sollte den "totalen Antisemitismus" der Nationalsozialisten zum Gegenstand haben: "Die Forderung, den deutschen Antisemitismus in seiner Totalität darzustellen, geht aus dem Wesen dieses Antisemitismus hervor. Er ist 'total': er setzt sich zur Aufgabe, alle nur denkbaren Bereiche des Lebens zu durchdringen und zielt auf den Untergang der Juden ab. Darin unterscheidet er sich prinzipiell von allen früheren Formen des Antisemitismus. Diese waren 'partiell'; sie haben sich die Aussperrung der Juden aus bestimmten Lebensgebieten, die Diffamierung jüdischer Konkurrenten, wohl auch die brutale Gewaltaktion angelegen sein lassen. Aber sie haben niemals die Existenz der Juden überhaupt durch umfassende und definitive Maßnahmen ausrotten wollen. Erst mit der totalen Erfassung des gesellschaftlichen Lebens durch den Staat im Faschismus wird auch der Antisemitismus total und ein System."[158] Für das Institut für Sozialforschung war der Antisemitismus zentrales Wesensmerkmal des Nationalsozialismus.[159] Das avisierte Projekt sollte dazu dienen, ein "Inventar aller vorhandenen Arbeiten über den Gegenstand", eine "bibliographie raisonnée", mehrere Bücher über die Theorie und Praxis des nationalsozialistischen Antisemitismus, z. B. über den "antisemitischen Alltag in Deutschland", das "weiße Pogrom", worunter eine "Darstellung der unblutigen Praxis der Vernichtung" verstanden wurde, sowie über die "Technik der Judenhetze" zu erarbeiten.[160] Es war damit keine weitere ideengeschichtliche Arbeit zum Antisemitismus gemeint, stattdessen sollte dessen Praxis untersucht werden. Dabei sollten staatliche Maßnahmen zunächst juridischer Art in den Blick genommen werden, angefangen bei dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums von 1933 über die Nürnberger Gesetze von 1935 und die Gesetze zur "endgültigen wirtschaftlichen Vernichtung" von 1938, wobei der Wellencharakter der antijüdischen Maßnahmen herausgearbeitet werden sollte.[161] Es ging grundsätzlich um die Tendenz des nationalsozialistischen Verwaltungsstaates, die Juden zu Verwaltungsobjekten zu degradieren.[149] Über die juridischen Maßnahmen hinaus sollten auch die illegalen Maßnahmen von Partei und Staates in den Blick genommen werden, angefangen bei der Arisierung, über die verschiedenen Judenboykotte und den

---

nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Heidelberg 2004 und ders.: Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg. Hamburg 2010, in letzterem besonders zur Nachkriegszeit.

[157] Vgl. hierzu Wiggershaus: Frankfurter Schule, S. 390-423.

[158] Nationalsozialismus und Antisemitismus, in: Theodor Adorno, Max Horkheimer: Briefwechsel. Band II: 1938-1944. Frankfurt/Main, S. 539-601, hier, S. 541.

[159] Vgl. ebd., S. 541.

[160] Vgl. ebd., S. 542.

[161] Vgl. ebd., S. 543ff.

[149] Vgl. ebd.., S. 546ff.

antisemitischen Kampf in den Betrieben bis hin zum Agrarantisemitismus.[162]

Ziel des Projekts war es, die Wirkungsweise des Antisemitismus zu erhellen, der auf einem Phantasma des Juden beruhe. Es ging darum, "[d]ie Struktur dieses aus unbewußten Quellen gespeisten und gewissermaßen autarken Bildes des Juden, von dem der gesamte Antisemitismus zehrt" darzustellen "und die Triebmechanismen, die es befriedigt, [...] aufzudecken".[163] Vor dem Hintergrund des Phantasmas vom Juden habe der Terror gegen die Juden seine Funktion: "Wir sind geneigt anzunehmen, daß es die sozialpsychologische Hauptfunktion des Terrors ist, die Juden wahrhaft zu den blutigen Fratzen zu machen, als welche sie im antisemitischen Phantasma erscheinen. Der gefolterte Jude sieht so aus, wie der Antisemit sich das Kollektivbild des Juden träumt."[164]

Ein zentraler Untersuchungsgegenstand des geplanten Projektes war die faschistische antisemitische Propaganda, weil das Institut darin ein spezifisches Merkmal faschistischer Herrschaft sah. Ausgangspunkt für das Wirken der Propaganda sei ein Zustand der Ohnmacht der Massen, der dazu führe, dass sich die Massen mit der Macht identifizieren: "Sie setzt einen Zustand voraus, in dem die Massen ohnmächtig ihrem 'Schicksal gegenüberstehen', aber dazu tendieren, sich mit der Macht zu identifizieren und für ihre Ohnmacht sich an den Ohnmächtigeren, den Minoritäten schadlos halten. [...] [S]ie fühlen sich durch Krise, Arbeitslosigkeit und Krieg bedroht. Ihre unmittelbaren Erfahrungen liefern ihnen keinen Aufschluß über diese Bedrohung. Daher sind sie bereit Gruppen, die ihnen von oben designiert werden, als die Schuldigen anzusehen."[165]

Auch weitere Merkmale des Antisemitismus erklärt das Projektexposé mit Hilfe sozialpsychologischer Deutungsmuster. So wird die Wirkung der antisemitischen Propaganda darauf zurückgeführt, dass sich die Massen mit dem Wollen der Propaganda identifizieren und dass die Propaganda ihr Wollen verstärkt: "Wie die antisemitischen Maßnahmen des Nationalsozialismus ist auch seine antisemitische Propaganda autoritär. [...] Der autoritäre Charakter der Propaganda ist bestimmend für ihre Wirkung. Autorität deckt, wozu ohnehin unendlich viele entschlossen sind, aber was sie ohne solche Deckung zum Wollen sich nicht erlauben würden."[166] An diesem Beispiel kann man erste Verknüpfungen zwischen der Theorie des Autoritarismus und des Antisemitismus erkennen. Eigentümlicherweise ergeben sich aus diesen Wirkungen der Propagandaparolen im Zusammenhang mit bürokratischer Herrschaft Institutionalisierungstendenzen: "Die Propagandaparole wird zum Befehl, und der propagierte Antisemitismus zur Institution. Die Institutionalisierung läßt sich aufweisen an der Auskristallisierung einer bestimmten bürokratischen Terminologie des Antisemitismus mit Worten

[162] Vgl. ebd., S. 549-552.
[163] Ebd., S. 558.
[164] Ebd., S. 559.
[165] Ebd., S. 560.
[166] Ebd., S. 561.

wie ‘Nichtarier’, ‘Mischling ersten Grades’, ‘Rassenschande’, ‘Judenstämmling’.”[167] Diese Institutionalisierungstendenzen bewirken die Ausbreitung der antisemitischen Denkens über die ursprünglich antisemitisch Disponierten hinaus: “Diese Terminologie und der schauerlich-pedantische Gesetzes und Verordnungs-Apparat [haben] dazu geführt, daß auch solche, die zunächst keineswegs antisemitisch waren, den Antisemitismus als öffentliche Einrichtung hingenommen und schließlich als etwas nun einmal Daseiendes bejaht haben.”[168]

Auch was die Motive der antisemitischen Propaganda betrifft, greift das Exposé bereits zu sozialpsychologischen Erklärungen: “Die antisemitische Propaganda verwendet einen einigermaßen beschränkten Vorrat immerzu wiederholter Motive, von denen einige, wie etwa die Vorstellung von der geheimnisvollen Verbundenheit der Juden, ihrem Verschwörungscharakter etwas zwanghaftes haben. Oftmals handelt es sich bei diesen Motiven um nichts anderes als nach außen projizierte Züge der Antisemiten selber.”[169]

Über die Motive des Antisemitismus hinaus sollten besonders die antisemitischen Propagandatechniken untersucht werden, so die “Verdrehungstechnik”, also das Anknüpfen an bekannte Tatsachen, die durch das Arrangement umgedeutet werden, oder die häufige Beziehung auf “Schmutz und Schund”.[170]

Das Projekt versprach auch die Wirkung der Propaganda zu untersuchen.[171] Über mögliche Methoden enthält das Projektexposé nur knappe Angaben und den Hinweis, dass diese “research Methoden” erst noch entwickelt werden müssten.[172]

Die Ziele des Projektes waren vorwiegend praktisch-intervenierender Natur: “Das ganze Projekt dient der Absicht, wissenschaftliche Methoden und Materialien zur wirksamen Bekämpfung des Antisemitismus – und nicht etwa bloß wissenschaftliche Daten zur Widerlegung antisemitischer Lügen – zu gewinnen.”[173] Schon aus der Einsicht, „daß der neue Antisemitismus Totalitätscharakter“ habe, sollten sich „Prinzipien für die Praxis ergeben. Soll der Kampf gegen den Antisemitismus Aussicht auf Erfolg versprechen, so muß er sich auf alle antisemitischen Sphären, vom ‘harmlosen’ gesellschaftlichen Antisemitismus bis zu den radikalen Unterdrückungsmaßnahmen beziehen und muß so einheitlich und planmäßig geführt werden, wie die Antisemiten zu Werke gehen.”[174]

Wichtig sei, sich von der Strategie des Totschweigens zu verabschieden und den Antisemitismus offen zu attackieren: “Dazu ist in der Ära des totalen Antisemitismus die wichtigste Voraussetzung, daß man von der lahmen und ohnmächtigen Verteidigungstechnik, wie sie

[167] Ebd., S. 561.
[168] Ebd., S. 561.
[169] Ebd., S. 562.
[170] Vgl. ebd., S. 564ff.
[171] Vgl. ebd., S. 568-587.
[172] Vgl. ebd., S. 587f.
[173] Ebd., S. 588.
[174] Ebd., S. 589.

etwa in Deutschland vorm Ausbruch des Dritten Reiches gehandhabt wurde, ohne zu den mindesten Ergebnissen zu führen, entschlossen abgeht und die Offensive gegen den Antisemitismus aufnimmt."[175] Dem Phantasma der Juden sei das drastische Bild des Antisemiten kontrastiv gegenüberzustellen, was anhand einer Typologie des Antisemiten, die das Institut erarbeitet habe, geschehen sollte.[176] Gräuelpropaganda wolle das Projekt in der Bekämpfung des Antisemitismus vermeiden. Intensiv wird die Frage erörtert, wie man öffentlich mit dem Problem des Antisemiten umgehen solle, ob etwa eine Diskussion mit Antisemiten selbst erforderlich sei. Dies schloss das Institut aus, wobei der "Verzicht auf die Debatte [...] nicht den Verzicht auf die rationale Widerlegung des Antisemitismus bedeuten [darf]. Es indiziert sich in dieser Paradoxie ein schwieriges und tiefliegendes Problem, zu dessen Lösung das Projekt beizutragen hofft."[177] Man erhoffte sich vom Einsatz sogenannter Stoßtrupps zur Aufklärung entscheidende Impulse: "Für diese nicht mechanisierte Aufklärung von Mensch zu Mensch werden 'Stoßtrupps' auszubilden sein, die mit allen Ergebnissen des Projekts vertraut und möglicherweise vom Projekt zusammen mit dem American Jewish Committee ausgebildet, Indifferente und Antisemiten aufsuchen und, durch all unsere soziologischen und psychologischen Befunde gewitzigt, deren Bewusstsein zu verändern suchen." Man versprach sich viel von „der Spontaneität und Initiative solcher Stoßtrupps, die interkonfessionell sein müßten und in engster Kooperation mit christlichen Gruppen zu konstituieren wären."[178]

1941 hatte das Institut seinen ersten Forschungsplan für ein "Research Project on Anti-Semitism" publiziert.[179] Die Projektskizze enthält längere Ausführungen über die Genese des Antisemitismus, die ideengeschichtliche Entwicklung und die nationalsozialistische Praxis. Ausgehend von den allgemeinen Zielen des Projektes, eine Grundlage für praktische anti-antisemitische Propaganda und Aufklärung zu ermitteln,[180] werden zunächst zeitgenössische Aussagen über den Antisemitismus widerlegt, um daran anschließend eine kurze ideengeschichtliche Übersicht über die Entwicklung des Antisemitismus zu liefern.[181] Interessant an der historischen Darstellung ist die Betonung von Parallelen und Analogien zum nationalsozialistischen Antisemitismus in der Geschichte. Bezüglich des zeitgenössischen Antisemitismus wird eine Typenlehre entfaltet, die vom "geborenen Antisemiten" über den religiösen

[175] Ebd., S. 590.
[176] Ebd., S. 591.
[177] Ebd., S. 592f.
[178] Ebd., S. 595. Interessant ist an diesen Projektideen, dass in ihnen gleichsam Strategien der christlich-jüdischen Verständigungsarbeit, wie sie sich in der Gründung von Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit niederschlug, die von den westlichen Besatzungsmächten massiv gefördert wurden, vorweggenommen wurden, vgl. hierzu: Josef Foschepoth: Im Schatten der Vergangenheit. Die Anfänge der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Göttingen 1993.
[179] [Max Horkheimer] Research Project on Anti-Semitism. Idea of the Project, in: SPSS 9, 1941, S. 141-143.
[180] Vgl. ebd., S. 124f.
[181] Vgl. ebd., S. 125-129.

und den hinterwäldlerischen Antisemiten zu den Typen des "Condottiere-Antisemiten" und bis hin zum faschistisch-politischen Antisemiten reicht.[182] Im Anschluss daran wird die Funktion des Juden in der Gesellschaft erörtert. Dabei wird die Mittlerfunktion des Juden als des Vermittlers zwischen der Sphäre ökonomischer und politischer Macht und der Sphäre der Mittelklasse angesprochen. In der Zirkulationssphäre symbolisiert der Jude die wirklich Mächtigen. Gegen ihn richten sich die Aggressionen und Projektionen. Die kreditgewährende Mittelinstitution, die der Jude repräsentiert, erscheint als der scheinbar Mächtige, in dem die ökonomische Unterdrückung greifbar wird und auf den diese im antisemitischen Ressentiment projiziert wird.[183]

1943/44 konnte das IfS die dringend benötigten Drittmittel beim *American Jewish Committee* (AJC) einwerben, die es erlaubten, vertiefte Untersuchungen zum Antisemitismus anzustellen, die später in die *Studies in Prejudice* münden sollten. Erst mit diesem Projekt änderte sich die Situation. Horkheimer übernahm 1945 die Leitung der wissenschaftlichen Abteilung des AJC. Innerhalb der ersten Projektphase stellte Horkheimer eine Forschergruppe für umfassende Studien zur Sozialpsychologie, Soziologie, Rhetorik und Geschichte des Antisemitismus zusammen. Das Projekt hatte zum Ziel, "die verschiedenen Stufen genau zu studieren, mit denen der politische Antisemitismus in Deutschland im Zeitraum zwischen 1920 und 1939 eingeführt wurde und wie die Deutschen dazu gebracht wurden, ihn zu akzeptieren". Die Mittel, "mit denen die jüdische Community dem steigenden Antisemitismus begegnete", sollten erforscht werden, und es sollte zeigt werden, "dass diese zu harmlos waren und zu einem Unvermögen der jüdischen Community führten mit der Situation effektiv umzugehen". Darüber hinaus ging es aber auch um die Mechanismen, durch die sich der Antisemitismus in Amerika verbreitete, um die Gruppen, die am anfälligsten für ihn waren, und um die Maßnahmen, die ergriffen werden konnten, um ihn einzudämmen.[184] Eine Note vom März 1944 hält fest, dass der Teamgedanke besonders bedeutend sei: Man wünschte sich "ein Team von Spezialisten, die in engster Kooperation arbeiten" und die individuellen Studien, das Wissen und die Forschungstechniken ihrer verschiedenen Felder, von der Sozialpsychologie, über die Zeitgeschichte, die Politikwissenschaften, Kulturanthropologie, Rechtswissenschaften und Kriminologie, Wirtschaftswissenschaften und Religionswissenschaften zur Geltung bringen würden. Der Ansatz sollte die Sammlung gedruckter Materialien wie auch "field work" mit "guided interviews" umfassen. Ziel war es, experimentelle

[182] Vgl. ebd., S. 133-137.

[183] Vgl. ebd., S. 137f. Zum Zusammenhang dieser spezifischen Erklärung des ökonomischen Antisemitismus mit einem fetischisierten Antikapitalismus vgl. Stephan Grigat: Fetisch und Freiheit. Über die Rezeption der Marxschen Fetischkritik, die Emanzipation von Staat und Kapital und die Kritik des Antisemitismus. Freiburg 2007, insbesondere S.273-350

[184] Institute of Social Research (Columbia University), Note on the Project on Antisemitism Sponsored by the American Jewish Committee, 1.3.1944, IfSA A III AS-Project S. 2, Vgl. hierzu und zum folgenden auch Fleck: Transatlantische Bereicherungen, S. 353-40s sowie Ziege: Antisemitismus und Gesellschaftstheorie, S. 229-277.

Techniken auszuprobieren und zu evaluieren, um präzisere Maßnahmen gegen Antisemitismus ergreifen zu können. Im Laufe der Arbeit stimmte sich die von Horkheimer zusammengestellte Forschungsgruppe, die zweiundzwanzig Mitglieder umfasste, mit dem AJC auf gemeinsamen Sitzungen regelmäßig ab, wobei neben den Forschern und AJC-Vertretern die Mitglieder des IfS anwesend waren. Dabei wurden Einzelprojekte vorgestellt.

Das große Forschungsprojekt hatte zunächst fünf Ansatzpunkte, in denen die Gefahr des Antisemitismus, die europäische Erfahrung, amerikanische antisemitische Agitatoren und ihre Gefolgschaft, potenzielle Bündnispartner und schließlich psychologische Experimente und Forschungstechniken im Mittelpunkt standen.[185] Insgesamt fasst das Memorandum vom Januar 1944 35 Einzelprojekte in den fünf Abschnitten zusammen. Im Abschnitt "Die Gefahr" sind Projekte über die ökonomische Ausgrenzung der Juden, das Bild des Juden in der modernen Zivilisation und in der amerikanischen Literatur sowie des Antisemitismus als eines möglichen politischen Instruments im Nachkriegsamerika zusammengefasst.[186] Die Studien zur europäischen Erfahrung sollten u.a. Juden im Deutschland vor Hitler, die gescheiterte Politik des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, die Dynamik des NS-Antisemitismus und das Bild des Juden in der deutschen Literatur umfassen.[187] Breiten Raum nahmen die amerikanischen Agitatoren ein, denen alleine 10 Teilprojekte gewidmet waren.[188] Unter den potenziellen Bündnispartnern in Amerika wurde der Fokus auf Katholizismus, Protestantismus, Arbeiter als soziale Milieus sowie auf Lehrer, Erzieher, Sozialarbeiter und Beamte gerichtet.[189] Dabei sollte der Blick auch auf die speziellen Antisemitismen in diesem Bereich gerichtet werden. Im abschließenden Sektor der psychologischen Experimente und Forschungstechniken sollten quantitative und qualitative Forschungsmethoden erprobt werden, eine Skala für die Messung des Antisemitismus sollte erarbeitet, und Experimente für die Grade der Anfälligkeit bzw. mit Abwehrtechniken wurden geplant.[190] Diese abschließende Sektion der Forschungen sollte dem Hauptziel dienen "Vorschläge für neue Methoden, die zu einer richtigen Diagnose und zu einer effektiven Therapie führen" zu entwickeln.[191] Eine Reihe von Experimenten sei entworfen worden, um die Anfälligkeit für Antisemitismus zu diagnostizieren und die Resistenz dagegen zu stärken.[192]

---

[185] Institute of Social Research (Columbia University), Note on the Project on Antisemitism Sponsored by the American Jewish Committee, 1.3.1944, IfSA A III AS-Project S. 2.
[186] Ebd., S. 1f.
[187] Ebd., S. 2ff.
[188] Ebd., S. 4f.
[189] Ebd., S. 5f.
[190] Ebd., S. 6f.
[191] Ebd., S. 6.
[192] Den Zwischenstand der Arbeit bezeugt ein voluminöser, nicht veröffentlichter Sammelband, dessen 1040-seitiges Manuskript im Archiv des Instituts für Sozialforschung erhalten ist. In ihm finden sich die Einzelprojekte des Berichts vom Januar 1944 wieder. Auf diese kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Hervorzuheben ist insgesamt, dass die Studien einen starken Anwendungsbezug aufwiesen und der praktischen Arbeit des AJC zugrunde gelegt werden sollten. Dieser Anwendungsbezug markiert den Übergang zu einer Strategie einer praktisch wirksamen intervenierenden Sozialforschung, die zwar die Entwicklung einer kritischen Theorie der Gesellschaft im Hinterkopf behielt, aber forschungspraktisch empirische Sozialwissenschaft betrieb. Für die weitere Entwicklung des Projekts des AJC war von Bedeutung, dass das AJC sein Hauptaugenmerk weniger auf die Aspekte der Erforschung des nationalsozialistischen Antisemitismus legte, sondern sein Forschungsinteresse mehr der Präsenz antisemitischer Deutungsmuster im amerikanischen Kontext galt. Das erklärt, warum sich aus der Vielzahl der Vorprojekte aus dem Jahr 1943/44 schließlich die Kernprojekte der später unter dem Reihentitel *Studies in Prejudice* erschienenen Arbeiten herausschälten.[193]

Ausgehend von einer Konferenz im Jahre 1944[194] entwickelte die Forschergruppe um Theodor Adorno, der die ebenfalls emigrierte Psychologin Else Frenkel-Brunswik und die amerikanischen Psychologen R. Nevitt Sanford und Daniel J. Levinsohn angehörten, Forschungsinstrumentarien, um die faschistische Persönlichkeit zu ergründen. Diese Gruppe, die sich den Namen *Berkeley Public Opinion Study Group* gab, machte sich an die empirische Erforschung des autoritären Charakters. Während in der Rezeption das Gewicht Theodor W. Adornos in der Forschungsgruppe durch die alphabetische Anordnung der Autoren der später publizierten *Authoritarian Personality* erheblich überbewertet wird, war die Arbeit an dem Instrumentarium und deren Auswertung weitaus stärker Teamwork und von kooperativen Strukturen innerhalb der Arbeitsgruppe geprägt. Hierbei wirkten insbesondere Frenkel-Brunswik, Sanford und Levinson als starke Vermittler der Methoden der empirischen Sozialforschung, in denen sie sich bestens auskannten. Im Zentrum der Arbeit stand die f-scale, ein Mittel der Einstellungsmessung, das den faschistischen Charakter entlarven sollte. Sie diente dem Zweck, die Einstellungen zu messen, die mit der Antisemitismusskala und der Ethnozentrismusskala, mit der die Forschergruppe die Probanden ebenfalls untersucht hatte, hoch korrelierten. Es handelte sich um einen indirekten Ansatz insofern, als die f-scale keine direkten Fragen zum Antisemitismus und zum Ethnozentrismus mehr enthielt.

Das autoritäre Syndrom, das die f-scale maß, umfasste verschiedene Variablen. Als erstes

[193] Wiggershaus: Frankfurter Schule, S. 454-478. Die *Studies in Prejudice* bestanden aus: Theodor W. Adorno, R. Nevitt Sanford, Else Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson: The Authoritarian Personality. New York 1950; Bruno Bettelheim, Morris Janowitz: Dynamics of Prejudice. A Psychological and Sociological Study of Veterans. New York 1950; Nathan W. Ackerman, Marie Jahoda: Antisemitism and Emotional Disorder. A Psychoanalytical Interpretation. New York 1950; Paul W. Massing: Rehearsal for Destruction. A Study of Political Anti-Semitism in Imperial Germany. New York 1949; Leo Löwenthal, Norbert Gutermann: Prophets of Deceit. A Study of the Techniques of the American Agitator. New York 1949.

[194] An der Tagung nahmen neben Ernst Simmel, Theodor Berliner, Otto Fenichel, Else Frenkel-Brunswik, R. Nevitt Sanford, Max Horkheimer und Douglas W. Orr teil. Vgl. Ernst Simmel (Hg.): Antisemitism. A Social Disease. New York, Boston 1946; die deutsche Übersetzung erschien unter dem Titel: Ernst Simmel: Antisemitismus. Frankfurt/Main 1993.

ist die Neigung zum *Konventionalismus* zu nennen, worunter die Orientierung an konventionellen Wertmaßstäben und Sekundärtugenden zu verstehen ist. Die Wertmaßstäbe, die zum Konventionalismus zählen, sind vorrangig dem Mittelstand eigen: "Anfälligkeit für den Faschismus ist nach einer bekannten Hypothese charakteristisch für den Mittelstand [...]; die am stärksten Angepaßten hegen demzufolge die meisten Vorurteile."[195] Die Ausprägung des Konventionalismus geht auf den gesellschaftlichen Druck zurück, dem sich der Einzelne ausgesetzt sieht, und dem er nichts entgegensetzen kann, weil sein Ich zu schwach ausgebildet ist: "Wo [...] gesellschaftlicher Druck an konventionellen Normen festhalten läßt, wo der Konventionalismus auf dem Beharren des Individuums an den Normen der Kollektivmacht beruht, mit der es sich im Moment identifiziert, ist auf antidemokratische Empfänglichkeit zu schließen. [...] Das konventionalistische Individuum vermag guten Gewissens dem Diktat äußerer Mächte zu folgen, wo immer sie es hinführen, und wäre – wie der Konvertit der vom offiziellen Kommunismus zum Katholizismus überwechselt – auch fähig, seinen moralischen Kodex gegen einen ganz anderen auszutauschen."[196]

Dass die f-scale innerhalb eines psychoanalytischen Deutungsrahmens Variablen begründet wird, macht eine andere Stelle noch deutlicher: "Wir haben Grund anzunehmen, daß die mißlungene Internalisierung des Über-Ichs auf eine Ich-Schwäche zurückgeht, auf die Unfähigkeit des Ichs, die notwendige Synthese zu vollbringen, das heißt, das Über-Ich mit dem Ich zu integrieren."[197] Die zweite Variable, die die autoritäre Charakterstruktur konstituiert, besteht in *autoritärer Unterwerfung,* das ist die unkritische, unterwürfige Haltung gegenüber idealisierten Autoritäten der jeweiligen Eigengruppe: "Unterwerfung unter die Autorität, der Wunsch nach einem starken Führer, Staatshörigkeit und so weiter, sind so häufig und [...] zu Recht als wichtige Aspekte des nationalsozialistischen Credos bezeichnet worden, daß die Suche nach Korrelaten zum Vorurteil diese Attitüden in Betracht ziehen mußte. [...] Direkte Anspielungen auf Diktatur und Personen des politischen Lebens konnten meistens umgangen werden; statt dessen legten wir den Akzent auf Gehorsam, Respekt, Rebellion und das Verhältnis zur Autorität. [...] Autoritäre Unterwürfigkeit wurde als eine sehr verbreitete Haltung verstanden, die angesichts einer Reihe von Autoritätsfiguren – Eltern, älteren Personen, Führern, übernatürlichen Mächten und anderen – provoziert wird."[198]

Auch hier wird auf die mangelnde Ausbildung des Über-Ichs und des Ichs verwiesen und das

[195] R. Nevitt Sanford, Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik und Daniel J. Levinson: Die Messung antidemokratischer Züge in der Charakterstruktur, in: Theodor W. Adorno: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt/Main ³1999, S. 37-103, hier S. 47. Theodor W. Adorno et al.: The Authoritarian Personality. New York 1950 (Studies in Prejudice; 1), S. 220-279, zitiert wird nach der einschlägigen deutschen Übersetzung.

[196] R. Nevitt Sanford, Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik und Daniel J. Levinson: Die Messung antidemokratischer Züge in der Charakterstruktur, in: Theodor W. Adorno: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt/Main ³1999, S. 37-103, hier S. 47ff.

[197] Vgl. ebd., S. 53.

[198] Ebd., S. 49.

Auftreten der Variable im psychoanalytischen Deutungsrahmen verortet: “Wie im Fall von Konventionalismus wurde auch hier in Betracht gezogen, daß die Unterwürfigkeit äußeren Mächten gegenüber wahrscheinlich auf die mißlungene Ausbildung einer inneren Autorität, des Gewissens, zurückgeht. Einer anderen Hypothese zufolge war autoritäre Unterwürfigkeit gewöhnlich ein Ausweg, ambivalente Gefühle gegenüber Machtpersonen zu steuern; unterschwellige, feindselige und rebellische Impulse, durch Furcht im Zaum gehalten, führen im Individuum zu einem Übermaß an Ehrfurcht, Gehorsam, Dankbarkeit und ähnlichem.”[199]

Die *autoritäre Unterwerfung* wird durch die dritte Variable ergänzt: durch *autoritäre Aggression*, also die Tendenz, nach Menschen Ausschau zu halten, die konventionelle Werte mißachten, um sie abzuwehren, verurteilen, ablehnen oder bestrafen zu können. Die *autoritäre Aggression* ist nach außen gerichtet und dient der Kompensation von Selbstbeschränkungen: “Das Individuum, das zum Verzicht auf fundamentale Wünsche und in einem System strenger Selbstbeschränkung zu leben gezwungen wurde, und das sich betrogen fühlt, neigt nicht nur dazu, nach einem Objekt zu suchen, an dem es sich ‘schadlos halten’ kann, es wird sich auch besonders über die Vorstellung ärgern, andere könnten ‘besser wegkommen’.”[200]

Die Deutung von *autoritärer Aggression* und *autoritärer Unterwürfigkeit* knüpft implizit an die Fromm’schen Überlegungen zur Komplementarität von sadistischen und masochistischen Charakteranteilen in der autoritären Charakterstruktur an: “Die Variable Autoritäre Aggression kann daher als die sadistische Komponente des Autoritarismus bezeichnet werden, so wie die Autoritäre Unterwürfigkeit seine masochistische Komponente bildet.”[201]

Die *autoritäre Aggression* wird auch wirksam in der Verurteilung und Bestrafung anderer, die sich nicht an die konventionellen Moralvorstellungen halten. Der kompensatorische Charakter der *autoritären Aggression* macht sich in Angriffen und Feindseligkeiten gegen Fremdgruppen bemerkbar: “Man könnte sagen, daß in der Autoritären Aggression die ursprünglich durch Autoritäten der Eigengruppe erweckte und gegen sie gerichtete Feindseligkeit auf die Fremdgruppen verdrängt wird. [...] Sicher spielt dieser Vorgang beim Hass auf Minderheiten eine Rolle, doch [...] der Theorie der Verdrängung zufolge *muß* der Autoritäre seine Aggression aus innerer Notwendigkeit gegen die Fremdgruppe richten. Er muß es weniger aus Unwissenheit in Bezug auf die Ursache seiner Frustration, als vielmehr seiner psychischen Unfähigkeit zufolge, Autoritäten der eigenen Gruppe anzugreifen.”[202]

Vierte Variable ist die sogenannte *Anti-Intrazeption,* worunter die Abwehr des Subjektiven, des Phantasievollen und Sensiblen und die Ablehnung von Selbstbesinnung zu verstehen ist, auch hierbei tritt wieder der psychoanalytische Deutungsrahmen zu Tage: “Ziemlich

[199] Ebd., S. 49f.
[200] Ebd., S. 50.
[201] Ebd., S. 50.
[202] Ebd., S. 52f, Hervorhebung im Original

deutlich scheint jedoch, daß Anti-Intrazeption, eine Haltung der Unduldsamkeit und des Widerspruchs gegen subjektive und sensible Regungen, ein Zeichen von Ich-Schwäche ist. Der extrem Anti-Intrazeptive wagt nicht, über menschliche Phänomene nachzudenken, weil er die falschen Dinge zu denken fürchtet; er scheut das genuine Gefühl, weil er die Kontrolle über seine Emotionen verlieren könnte." In gewisser Weise ist der Anti-Intrazeptive nicht in der Lage, seine Gefühle zu erkennen und zu bewerten, geschweige denn sie auszuleben: "Ohne Zugang zum Großteil seines Innenlebens, fürchtet er sich vor dem, was die Beschäftigung mit sich selbst oder die Beobachtungen anderer über ihn zum Vorschein bringen könnten. Daher mag er 'Neugier' nicht, will er nicht wissen, was die Menschen fühlen und denken und lehnt er unnötiges 'Geschwätz' ab; er ist der stets Geschäftige, der sich praktischen Verrichtungen hingibt; statt inneren Konflikten nachzugehen, wendet er seine Gedanken erfreulichen Dingen zu."[203]

Fünftens ist die autoritäre Persönlichkeit ist durch eine Neigung zum *Aberglauben und zur Stereotypie* gekennzeichnet, also durch ein Denken in Kategorien der mystischen Bestimmung des Individuums und in einer Disposition, in rigiden Kategorien zu denken, binäre Entgegensetzungen vorzunehmen und stereotype Zuschreibungen vorzunehmen. Auch bei dieser Variable geht es um ein Merkmal der Ich-Schwäche des Autoritären: "Diese Dispositionen können zumindest zum Teil als Manifestationen von Ich-Schwäche verstanden werden. Man darf unterstellen, daß die Menschen in der modernen Gesellschaft [...] deshalb zu primitiven, vereinfachenden Erklärungen von Geschehnissen greifen, weil so viele der zu einer adäquaten Interpretation notwendigen Gedanken und Beobachtungen zu den Überlegungen nicht zugelassen werden, da sie affektiv besetzt sind und Angst erzeugen könnten; das schwache Ich ist nicht imstande, sie in sein Denkschema zu aufzunehmen."[204][192] Durch abergläubisches Denken wird die Eigenverantwortung reduziert und auf dunkle Kräfte verschoben: "Aberglaube bezeichnet eine Tendenz des Individuums, die eigene Verantwortung äußeren, der eigenen Kontrolle entzogenen Kräften zuzuschieben; Aberglaube ist ein Indiz, daß das Ich 'aufgegeben', daß es auf den Gedanken verzichtet hat, sein Schicksal durch Überwindung der äußeren Mächte selbst bestimmen zu können."[193]

Eine sechste Variable ist der Hang zu *Machtdenken und Rowdytum, bzw. Robustheit,* einem Denken in Dimensionen von Herrschaft und Unterwerfung, wobei die Identifikation mit den Mächtigen und die Überbetonung der konventionellen Attribute des Ich überwiegen: "Dem Phänomen der 'Kraftmeierei' eng verwandt ist der sogenannte 'Machtkomplex'. Er manifestiert sich besonders auffallend in einer übermäßigen Betonung des Machtmotivs in den

[203] Ebd., S. 54.
[204] Ebd., S. 55.
[192] Ebd., S. 55.
[193] Ebd., S. 56.

menschlichen Beziehungen, in der Disposition, diese unter Kategorien wie stark-schwach, überlegen-unterlegen, Führer-Gefolgschaft, 'Hammer'-'Amboß' zu betrachten. Und es ist schwierig zu sagen, mit welcher dieser Rollen sich der Einzelne am stärksten identifiziert. Das Individuum scheint nach Macht zu streben, sie festhalten und nicht wieder verlieren zu wollen und sich doch zugleich zu scheuen, sie zu ergreifen und auszuüben. Auch scheint es Macht bei anderen zu bewundern und bereit sich ihr zu beugen, zugleich aber solche Schwäche zu fürchten." Die Forschergruppe betont den ambivalenten Charakter dieser Variable, die unterschiedliche, ja gegensätzliche Bedürfnisse befriedigen kann: "Oft arrangiert sich das Individuum, indem es sich Machtfiguren gleichstellt, so daß es beide Bedürfnisse zu befriedigen vermag, das nach Macht und das nach Unterwerfung. Es hofft, indem es sich der Macht unterwirft, an ihr teilzunehmen."[205]

Die autoritäre Persönlichkeit zeichnet sich siebtens durch *Destruktivität und Zynismus* aus, also einer allgemeinen Feindseligkeit und Diffamierung des Menschlichen: "Die Variable Destruktivität und Zynismus bezieht sich dementsprechend auf rationalisierte, vom Ich akzeptierte, nicht-moralisierende Aggressivität."[206] Achte Variable ist die *Projektivität*, worunter die Disposition zu verstehen ist, zu glauben, in der Welt gingen wüste und gefährliche Dinge vor sich. Auch hierbei geht es im Kern um die Ich-Schwäche: "[D]er Autoritäre tendiert dazu, seine unterdrückten Impulse auf andere Menschen zu projizieren, um diese dann prompt anzuklagen. Projektion ist daher ein Mittel, Es-Triebe ich-fremd zu halten, und kann als Zeichen der Unzulänglichkeit des Ichs betrachtet werden, seine Funktionen zu erfüllen."[207] Eine neunte und letzte Variable autoritärer Charaktere ist schließlich die *Überbetonung der Sexualität,* die übertriebene Beschäftigung mit sexuellen "Vorgängen". "Die Variable Sexualität wird als ich-fremde Sexualität verstanden. In dem starken Trieb, Übertreter des Sexualkodex zu züchtigen [...] kann sich eine allgemeine Strafsucht äußern, die auf der Identifikation mit Autoritäten der Eigengruppe basiert, die aber auch darauf schließen läßt, daß die eigenen sexuellen Triebe des Individuums unterdrückt werden und in Gefahr sind, seiner Kontrolle zu entgleiten."[208]

Die *Authoritarian Personality* folgt in der Interpretation ihrer Befunde durchaus einem politisch-ökonomischen Ansatz, insofern sie sich mehrheitlich auf die potentiell faschistische Persönlichkeit in den Mittelschichten der Gesellschaft konzentriert und ihre Aussagereichweite auf dieses Feld beschränkt. Allerdings ist zu erwähnen, dass das IfS das Parallelprojekt über *Antisemitism among American Labor*, das es im Auftrag des *Jewish Labor Committee* durchführte, zu einem Abschluss brachte, dass es die Arbeiterklasse in seiner Tätigkeit also

[205] Ebd., S. 57.
[206] Ebd., S. 59.
[207] Ebd., S. 60.
[208] Ebd, S. 61. Zur Kritik der These der sexuellen Repression durch den Nationalsozialismus vgl. Dagmar Herzog: Die Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Berlin 2005.

keineswegs ignorierte. Allerdings ist weder der umfangreiche Forschungsbericht zu dieser Studie noch eine vom IfS erstellte, gekürzte Fassung der Studie jemals erschienen, möglicherweise auch, weil dem Institut das Material gerade aus dem genannten Grund zu brisant erschien.[209]

Mit Hinblick auf die *Authoritarian Personality* und die Frage der Kontinuität der Forschung zwischen Kriegszeit und fünfziger Jahren bleibt festzuhalten, dass in der *Authoritarian Personality* die indirekten Methoden der Einstellungsmessung entwickelt wurden, die auch später im *Gruppenexperiment* zum Einsatz kamen. Denn wie gezeigt wurde, fragten die Items die für die verschiedenen Skalen in der *Authoritarian Personality* Verwendung fanden, allen voran die f-scale, den zu messenden Einstellungskomplex – antidemokratisches und antisemitisches Denken – nicht direkt ab, sondern es wurden solche Items gewählt, die mit den direkt formulierten Items hoch korrelierten. Ähnlich ging die Forschergruppe bei der Konstruktion des Grundreizes zum *Gruppenexperiment* vor, wie noch zu zeigen sein wird. Dazu wurden Sätze für eine Skala, die f-scale, gebildet, die mit der Antisemitismusskala und der Ethnozentrismusskala hoch korrelierten. Über das Interviewverfahren hinaus legte insbesondere Adorno großen Wert auf die interpretative Dimension bei der Auswertung des Interviewmaterials, was sich in einer entsprechenden Abhandlung innerhalb des Werks der *Authoritarian Personality* ausdrückte.[210] Wie später zu zeigen sein wird, bemühte sich die Forschergruppe, die später am Institut am *Gruppenexperiment* arbeitete, ebenfalls, deutsche Sätze für eine deutsche Fassung der f-scala zu entwickeln.

1.4. Konzeptionelle Überlegungen und Pläne bei der Remigration nach Deutschland

Nach dem Krieg wandte sich der Rektor der Universität Frankfurt/Main, Walter Hallstein, zum ersten Mal im Jahr 1946 wegen einer möglichen Rückkehr des Institutes an Felix Weil und Friedrich Pollock.[211] Max Horkheimer schrieb einen Monat später zurück und versprach "den ganzen Problemkreis einer wissenschaftlichen Tätigkeit im Nachkriegsdeutschland aufs sorgfältigste zu prüfen." Er bat um genauere Unterlagen über die Arbeitsbedingungen, die Zahl der Immatrikulierten, die Lehrpläne und eine Zusammenstellung des Lehrkörpers. Er

[209] Institute for Social Research: Antisemitism Among American Labor 1944-1945. Report on a research project conducted by the Institute for Social Research. 4 Bde. [1946], IfS Bibliothek, Signatur 122 858, 1-4; Kurzfassung Antidemocratic Beliefs Among American Workers. A Qualitative Survey Analysis. A Study by the Institute for Social Research. With a Methodological Introduction by Paul F. Lazarsfeld and Allen H. Barton. IfS Bibliothek; vgl hierzu insbesondere Ziege: Antisemitismus und Gesellschaftaftstheorie, S. 180-228. Vgl. hierzu Ziege: Antisemitismus und Gesellschaftstheorie, S. 180-228 sowie S. 323-344.

[210] Theodor W. Adorno: Das Vorteil im Interviewmaterial, in: ders.: Studien zum autoritären Charakter, S. 105-174.

[211] Rektor der Universität Frankfurt/Main, Walter Hallstein, an Felix Weil und Friedrich Pollock, 17.10.1946, HGS 17, S. 765f.

wies auf die Privatdozenturen Pollocks und Adornos und die eigene Professur aus der Zwischenkriegszeit hin. Schließlich regte er ein "intensives Studium der gegenwärtigen Verhältnisse" durch Einladungen zu Gastvorlesungen an.[212]

Horkheimer äußerte in verschiedenen Briefen Ansichten über die Lage im Nachkriegsdeutschland zu Themen, die dann auch im ersten Nachkriegsprojekt, dem *Gruppenexperiment,* ihren Niederschlag fanden. So schrieb er an den Soziologen Heinz Maus über das angebliche Nichtwissen der Deutschen von den Konzentrationslagern im Dezember 1946: "Ich kann mir nicht vorstellen, daß man in Deutschland nicht gewußt hat, was in den Konzentrationslagern geschah, und diejenigen meiner Freunde, die das Dritte Reich aus eigener Anschauung kannten, haben mir das bestätigt. Es war doch vielmehr so, daß die Menschen das Grauen, das in der Atmosphäre lag und von dem jeder wußte, verdrängten, zum Teil gewiß, weil sie sonst nicht hätten leben können, zum Teil aber auch, weil das Dritte Reich dem einzelnen wie seiner Art Volksgemeinschaft recht verlockende Prämien in Aussicht stellte. Wenn es etwas wie eine Art Schuld gibt, dann sehe ich sie genau in dieser Verdrängung, in diesem Nichtwissen."[213] Horkheimer wies Maus auch auf die bald erscheinenden Schriften aus dem Institut und dessen Umfeld hin, die *Eclipse of Reason*[214]*,* Löwenthals *Prophets of Deceit,* Massings *Rehearsal of Destruction*, die Studien zum Antisemitismus unter amerikanischen Arbeitern, dessen Publikationsplan sich später zerschlug, und als wichtigstes Buch die Studie über den "faschistischen Charakter", die *Authoritarian Personality*. Durch die Nennung dieser Studien erhob Horkheimer indirekt Anspruch darauf, bezüglich der Erforschung der Nachkriegsumstände mitreden zu können.[215] In einem anderen Schreiben an Paul Massing äußerte sich Horkheimer zum Gedanken der Kollektivschuld. Er bezog sich auf Eugen Kogons Buch *Der SS-Staat*[216] und dessen Ablehnung der Kollektivschuld-These: "In dem kleinen Abschnittchen [...] wendet sich Kogon gegen die These der Kollektivschuld, um dann im Kapitel alles, oder fast alles beizubringen, was eine nicht gerade metaphysische Verteidigung der These vorbringen könnte. Es gibt eben für das Denken keinen anderen Weg als die Methode, den Gegensatz von Kollektiv und Individuum als ein schlechter, in Theorie und Praxis zu überwindender erfahren wird. [...] Eine gründliche Analyse dieser Begriffe würde dazu führen, im Kollektiv die Gewalttat des Individuums und im Individuum die des Kollektivs zu erkennen – die schlechte Identität, die erst aufgehoben wird,

[212] Horkheimer an den Rektor der Universität Frankfurt/Main, Walter Hallstein, [Pacific Pallisades], 21.11.1946, HGS, S. 771f.
[213] Horkheimer an Heinz Maus, Mainz, Pacific Pallisades 10.12.1946, HGS 17, S. 773.
[214] Max Horkheimer: Eclipse of Reason. New York 1947, dt. unter dem Titel Zur Kritik der instrumentellen Vernunft. Frankfurt/Main 1967, auch als HGS 6, Frankfurt/Main 1991, [2]2008
[215] ebd., HGS 17, S. 774.
[216] Er hatte augenscheinlich das kurz zuvor erschienene Buch Eugen Kogons zur Kenntnis genommen, das auf der Grundlage seiner Erfahrungen im Rahmen seiner Lagerhaft im Konzentrationslager Buchenwald entstanden ist, vgl. ders.: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. Frankfurt 1946.

wenn der Gegensatz nicht mehr festgehalten, sondern überwunden wird".[217] In einem weiteren Schreiben an Paul Massing wandte sich Horkheimer der Kollektivschuldthese zu, nachdem Massing einen Aufsatz mit dem Titel *Is Every German Guilty?* verfasst hatte.[218] Horkheimer kritisierte Massings Ausführungen unter allgemeinerer Berufung auf die kritische Theorie: "Weder dem Kollektiv im Gegensatz zum Individuum noch dem Individuum im Gegensatz zum Kollektiv kann man folgerichtig das Geschehene zuschreiben. Der theoretische Gegenstand ist die gesellschaftliche Dynamik, in der beides nur Momente sind. Wiederaufbau oder Repression, Strafe oder progressive education können sich strenggenommen nicht auf solche Zurechnung stützen. Die Kritik hätte meiner Ansicht nach den Weg zu weisen, auf dem die logischen Mängel der abstrakten Beurteilungsweise zu überwinden sind: den der kritischen Theorie."[219] In einem Brief an Paul Tillich fasst Horkheimer noch einmal seine Gedanken zur kollektiven Verantwortung zusammen: "Ich glaube, daß sich die Deutschen mehr als alle anderen der unsäglichen grauenhaften Taten bewusst sind, zu denen sie willentlich oder unwillentlich beitrugen." Durch den Grad ihrer Entwicklung "reagierten sie feinfühliger auf Ungerechtigkeit und Brutalität als viele andere Völker der heutigen Zeit." Aufgrund dieser Tatsache hätten die Deutschen mehr zu verdrängen gehabt: "Abgesehen von ihrem alltäglichen Elend wurden ihre libidinösen Energien von dieser gewaltigen Verdrängungsarbeit aufgezehrt. Wer sie heute verteidigt, wer ihnen in freundlicher oder unfreundlicher Absicht eine Kollektivschuld nachsagt, muß den Verdrängungsprozeß reaktivieren, was Wut und Hass auslöst. Der unbestreitbare Hinweis, daß viele Deutsche nicht mitmachen wollten, dient nur zur Rationalisierung dieser Wut; im Grunde fühlen sie sich alle schuldig. [...] Wenn wir angesichts der Übel und Gefahren in anderen Teilen der Welt unnachgiebig bleiben, gleichzeitig aber die Verbrechen der Deutschen weiter verurteilen, wenn wir also Verständnis für die Lage der Sieger als auch der Besiegten zeigen, ohne die einen gegen die anderen auszuspielen, werden wir den Deutschen helfen, bewusst das Urteil zu akzeptieren, dem sie jetzt opponieren. Machen wir ihnen die Verdrängung bewusst, die ihrer jetzigen Einstellung zugrunde liegt, so könnte dies erheblich dazu beitragen, den Widerstand gegen die faschistischen Tendenzen der Nachkriegszeit zu stärken."[220] Horkheimer plädierte also für eine direkte Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit und für eine aktive Rolle, die Sozialwissenschaftler dabei spielen sollten. Das Institut sollte aktiv in diese vergangenheitspolitische Aufgabe einbezogen sein, gegen die Verdrängung des Geschehenen die empirisch unterfütterten Argumente liefern und dadurch unter der deutschen Bevölkerung aufklären.

[217] Max Horkheimer an Paul Massing, New York, [Pacific Palisades], 24.5.1947, HGS 17, S. 813ff., hier S. 812f.
[218] Paul W. Massing: Is every German guilty?, in: Commentary 3, Nr. 5, Mai 1947, S. 442ff.
[219] Max Horkheimer an Paul Massing, New York, [Pacific Palisades], 23.7.1947, HGS 17, S. 860-866.
[220] Max Horkheimer an Paul Tillich, New York, [Pacific Palisades], 29.8.1947, HGS 17, S. 884-887, hier S. 887.

In einem Schreiben an John Slawson vom *American Jewish Committee* beschrieb Horkheimer die zu diesem Zeitpunkt noch auf eine Filialgründung des Instituts zielenden Pläne – ähnlich wie es sie in der Zwischenkriegszeit in Genf, London und Paris gegeben hatte. Er umschrieb die eigene Aufgabe dabei als abhängig von der Veränderungsbereitschaft der jüngeren Generation und deren Bereitschaft, für die Werte des Humanismus einzutreten.[221] Zur Klärung, ob dies erreichbar sei, schlug Horkheimer empirische Studien in Deutschland vor: "Um diese Frage beantworten zu können, müßte man die Bevölkerungsschichten Deutschlands und ihre Reaktionen auf die Maßnahmen der Militärregierung und anderer Einrichtungen, die dort liberale und demokratische Prinzipien durchsetzen sollen, psychologisch genau erforschen." Eine solche Studie, für die er vier bis sechs Monate veranschlagte, kam für Horkheimer unter der Voraussetzung in Betracht, dass er einen Auftrag dazu aus Washington bekomme. Für das Gelingen einer solchen Studie sei die Einladung der Frankfurter Universität vielleicht das richtige Eintrittsbillet.[222] Samuel Flowerman, der Forschungsdirektor des AJC äußerte sich skeptisch zu einem solchen Projekt, was wohl als frühzeitige Ablehnung einer Finanzierung durch das AJC zu deuten ist.[223] Dennoch hob Horkheimer in Memoranden an John Slawson vom AJC auch später die Notwendigkeit solcher Studien in Westdeutschland hervor: "Wenn es uns gelänge, mehr Licht auf den Hass zu werfen, auf seine Verteilung in verschiedenen sozialen Schichten und die Reaktion deutscher Gruppen auf verschiedene Abwehrmaßnahmen, dann würde das sowohl amerikanische als auch jüdische Interessen in Europa fördern. Eine Anzahl von Untersuchungen darüber sind schon aufgenommen worden; freilich glaube ich, daß sie für unsere besonderen Zwecke noch brauchbar ergänzt werden können. Gerne würde ich die differentiellen Methoden, die wir in unseren Arbeiten entwickelt haben, auf deutsche Samples angewandt sehen, möglicherweise mit Hilfe deutscher universitärer Gruppen."[224] Indem sich Horkheimer an Slawson in dieser Frage wandte, knüpfte er an die bestehenden Beziehungen zum AJC an und versuchte, für eine aktive Zusammenarbeit in Deutschland zu werben, ein Punkt, der Horkheimer immer wichtiger erschien.

In einem Schreiben an Leo Löwenthal konkretisierte Horkheimer seine Projektideen, die er ihn in Washington gegenüber Behörden anzusprechen bat. Dabei ging er davon aus, dass unterschiedliche Gruppen in Deutschland das Gift der Nazipropaganda unterschiedlich aufnähmen. Durch Erforschung dieses Sachverhalts könnten der amerikanischen Politik des "kulturellen Wiederaufbaus und der Erziehung zur Demokratie" wissenschaftliche Grundla-

[221] Horkheimer an John Slawson, [Pacific Palisades], 22.1.1947, HGS 17, S. 776-779, hier S. 778.
[222] Ebd., HGS 17, S. 779.
[223] Samuel H. Flowerman, an Max Horkheimer, Pacific Palisades, New York, 5.2.1947, HGS 17, S. 783-787, hier S. 786.
[224] Max Horkheimer, an John Slawson, New York, [Pacific Palisades], 24.6.1947, Memorandum, Subject Germany, HGS 17, S. 823-830, hier S. 829

gen vermittelt werden. Eine solche Studie solle in mehreren Städten erfolgen. Ein wichtiger Punkt sei die Einstellung zum Antisemitismus und Rassenhass: "Wie wirkt sich die aktuelle amerikanische Politik auf die Einstellungen der Deutschen zum Rassenhaß aus? Da der Rassenhaß den Kern der Nazi-Ideologie bildet, muß man vor allem herausfinden, ob und warum diese Einstellung noch in großen Teilen der Deutschen Bevölkerung grassiert. Schon relativ wenige Interviews können aufgrund unserer Erfahrungen der letzten vier Jahre beachtliche praktische Resultate zutage fördern."[225] Horkheimer knüpfte gegenüber Löwenthal, der ja auch einen Band zu den *Studies in Prejudice* beigetragen hatte, an die Erfahrungen der wissenschaftlichen Arbeit an den Vorurteilsstudien an und warb damit für sein Projekt, ähnliche Studien in Deutschland durchzuführen. Auch was die anvisierte Gründung einer Filiale des Instituts betraf, dachte Horkheimer an eine Basis und einen Ausgangspunkt für die Vermittlung empirischer Sozialforschung und kritischer Theorie, das zu einer Koordinierungsstelle einschlägiger Studien in Westdeutschland werden solle. Explizit hob er die Vermittlung "amerikanischer Methoden der Sozialforschung" hervor, diese sollten Aufnahme in den Lehrplan haben: "Ich bin überzeugt, daß sich die Nazi-Ideologie bei der jüngeren Generation am besten überwinden läßt, in dem man diese darin übt, gesellschaftliche Probleme wissenschaftlich objektiv zu betrachten. Da die Mitglieder des Instituts mit den akademischen Methoden beider Länder vertraut sind und Studien durchgeführt haben, die sich speziell auf die Probleme Deutschlands beziehen, könnte das Institut dazu beitragen, die Sozialwissenschaften in Deutschland auf demokratischen Kurs zu bringen."[226]

Paul Massing sah die Umfrageforschung zum Antisemitismus kritisch: "Man stürzt sich jetzt auf die *polls*, die den Deutschen neofaschistischen Antisemitismus beweisen wollen. Ich bin fest davon überzeugt, daß hier mit dem Begriff des Antisemitismus ein wahrer Unfug betrieben wird. Daß 'die Deutschen' 'die Juden' hassen, wissen wir nachgerade. Was das für die einzelnen Juden in Deutschland bedeutet, wissen wir nicht. Warum macht das AJC nicht endlich mal eine gescheite Umfrage bei den überlebenden deutschen Juden, die nicht in Camps leben? Ich vermute, daß ganz neue Komponenten in den Antisemitismus eingehen, der jetzt in Deutschland am Wachsen ist: nationalistische Resistenz, Identifizierung mit den Amerikanern, Juden, DPs und deutschen Schiebern, veranschaulicht durch die Internationalität des schwarzen Marktes."[227] Damit hatte Massing Themenkomplexe angedeutet, die später im *Gruppenexperiment* untersucht werden sollten.

Institutsintern vertrat Horkheimer ebenfalls einen Standpunkt, der an die Kontinuität der Wissenschaftspolitik des Instituts gemahnte, nämlich um die Nutzung der erzieherischen

[225] Max Horkheimer an Leo Löwenthal, Washington, Pacific Palisades, 12.4.1947, HGS 17, S. 798-803, hier. S. 801.
[226] Ebd., HGS 17, S. 802.
[227] Paul Massing an Max Horkheimer, Pacific Palisades, New York, 16.6.1947, HGS 17, S. 817-821, hier S. 820.

Komponente der Vermittlung der empirischen Methoden, die das IfS in sich in den USA angeeignet hatte und jetzt auch in Deutschland zum Einsatz bringen wollte. Deshalb vertrat Horkheimer auch innerhalb des Instituts die Ansicht, dass es der Methoden der empirischen Sozialforschung bedürfe, um das Phänomen des Antisemitismus exakt zu "vermessen", so schrieb er an Friedrich Pollock: "To prepare the right antidote for a definite social illness, one needs even greater and better equipped socio-chemical laboratories, and at least as well trained staffs as for the fight against physical illness".[228] In einem Brief an John Slawson ruft Horkheimer diesem die wissenschaftspolitische Strategie in Erinnerung, die bei Beginn der *Studies in Prejudice* Pate gestanden habe: "Damals [1944] planten wir Möglichkeiten für die langfristige Grundlagenforschung zu schaffen. Die neu zu gründende wissenschaftliche Abteilung sollte nach der üblichen Methode des AJC arbeiten, regelmäßig Tests durchzuführen und diese auszuwerten. Ich bin jedoch davon ausgegangen, daß die Abteilung auch – vielleicht sogar primär – gemeinsam mit akademischen Einrichtungen und Organisationen der führenden amerikanischen Universitäten neue Forschungsprojekte anregen sollte."[229] Man habe auf einen starken Multiplikatoreneffekt der *Studies in Prejudice* gehofft: "Wir meinten, daß die relativ wenigen Forschungsgruppen, die wir selbst organisieren wollten, Professoren und Studenten anregen könnten, sich des Problems ernsthaft anzunehmen. Wir setzten also auf eine Art 'Ansteckung'. Aus wenigen anfänglichen Studien sollten sich durch eine Art Schneeballeffekt weitere Projekte und Analysen ergeben. Wir rechneten mit Vorlesungen, Seminaren, Dissertationen, Artikeln in Fachzeitschriften sowie Referaten bei den Tagungen führender Soziologen- und Psychologenverbände. Schließlich meinten wir, die wichtigen Stiftungen würden größere Summen für die Erforschung dieser verheerenden Seuche bereitstellen, um sie hierzulande und schließlich weltweit zu besiegen."[230] Horkheimer wählte medizinische Begriffe, um das Vorgehen zu beschreiben: "Ich meinte von Anfang an, daß eine Spezialkur – abgesehen von dem Projekt selbst – nicht erforderlich war. Wenn das Thema Vorurteil aufkommt und jemand es als Problem seines eigenen Denkens ansieht statt bloß als Ventil für Aggressionen, hat sich die Einstellung dieses Menschen bereits in einer positiven, sinnvollen Richtung verändert."[231] Horkheimer betonte, dass dieser Effekt zunächst bei "aktuellen und künftigen Leitfiguren der Öffentlichkeit" wie Professoren, Studenten, Gesetzgebern, Schriftstellern und Funktionären und dann aufgrund der Popularisierung durch diese Multiplikatoren bei der ganzen Bevölkerung eintreten werde.[232] Bereits in der Kriegszeit hatte Horkheimer bekundet, dass es nur eines gebe, was ihn von seinen philosophischen Studien abhalten könne, nämlich "das Anliegen, die Methoden und Erkenntnisse

[228] Horkheimer an Pollock, 19.11.1943, HGS 17, S. 499.
[229] Max Horkheimer an John Slawson, New York, [New York], 10.1.1948, HGS 17, S. 911-916, hier S. 914.
[230] Ebd., HGS 17, S. 914.
[231] Ebd., HGS 17, S. 914.
[232] Ebd., HGS 17, S. 914.

der modernen Psychologie und Sozialforschung für den praktischen Kampf gegen die antisemitischen Feinde der Zivilisation zu mobilisieren".[233] Als es auf die Publikation der *Studies in Prejudice* zuging, bezeichnete Horkheimer diese Art der Forschung in etwas abgewandelter Terminologie als Aktionsforschung, worunter er intervenierende Forschung verstand: "[...] wir planten Aktionsforschung, wie man Studien nennt, in deren Verlauf praktische Resultate erzielt werden."[234] Dass die geschilderte Strategie bei den *Studies in Prejudice* aufging, belegte Horkheimer zumindest für das wissenschaftliche Feld mit der Zunahme der jährlichen Projekte zum Rassismus und zur Diskriminierung in der *American Sociological Review* und im *Public Affairs Information Service.*[235]

Im selben Sinne erklärten auch Samuel L. Flowerman und Horkheimer im Vorwort der *Authoritarian Personality*, warum sie den psychologischen Aspekten des Vorurteils den Vorrang vor der sozialen Erklärung gaben "It may strike the reader that we have placed undue stress upon the personal und the psychological rather than upon the social aspect of prejudice. This is not due to a personal preference for psychological analysis nor to a failure to see that the cause of irrational hostility is on the last instance to be found in social frustration and injustice. Our aim is merely to describe prejudice but to explain it in order to help in its eradication. That is the challenge we would meet. Eradication means re-education, scientifically planned on the basis of understanding scientifically arrived at. And education in a strict sense is by its nature personal and psychological."[236]

Was für Horkheimer die Vorstellung einer Rückkehr des IfS attraktiv machte, war gerade die Überlegung, angehende Sozialwissenschaftler in der Anwendung empirischer Methoden zu unterrichten und in dieser Hinsicht als Vermittler aufzutreten. Die Vermittlung eines objektivierenden Blicks war damit ein Projekt gegen die Vorherrschaft der Naziideologie und ein Demokratieprojekt gleichermaßen: "It is my personal conviction that one of the most important methods to overcome the Nazi ideology in the younger generation is to train them to look at social problems in an objective scientific way. As the members of the Institute are familiar with the academic methods in both countries and have been engaged in studies which have particular bearing upon German problems, the Institute could help in the organization of the social sciences along democratic lines in Germany."[237]

Zur Vorbereitung und Prüfung der gesellschaftlichen Lage in Deutschland nahm Horkheimer im Sommer 1948 eine Einladung zu einer Vortragsreise und einer Gastdozentur an der Universität Frankfurt an. In diesem Zeitraum legte er die Grundsteine für die Rückübertra-

[233] Horkheimer an J. Slawson, 31.7.1944, HGS 17, S. 579.
[234] Max Horkheimer an John Slawson, New York, [New York], 10.1.1948, HGS 17, S. 911-916, hier S. 914.
[235] Ebd., HGS 17, S. 915.
[236] Max Horkheimer, Samuel H. Flowerman: Foreword to the Studies in Prejudice, in: Adorno, Frenkel-Brunswik, Levinson, Sanford: The Authoritarian Personality, S. VII- XII, hier S. VII.
[237] Horkheimer an Leo Löwenthal, 12.4.1947, HGS 17, S. 800.

gung des Vermögens des IfS an die *Gesellschaft für Sozialforschung* als Träger des Instituts und beteiligte sich an den Planungen für den Wiederaufbau des Instituts. Dennoch blieb er, was die endgültige Entscheidung für eine Rückkehr nach Frankfurt/Main betraf, zurückhaltend. Noch im Frühjahr 1949 bekräftigte er gemeinsam mit Friedrich Pollock wiederholt seine Entscheidung in Amerika zu bleiben, bevor er dann doch die Einladung nach Frankfurt annahm. Vor dem Hintergrund der vielfältigen geschilderten programmatischen Äußerungen Horkheimers, die an die Erfahrungen in Amerika insbesondere der *Studies in Prejudice* anknüpften, wird deutlich, dass die Entscheidung zur Rückkehr wissenschaftsstrategisch keinerlei Bruch, sondern geradezu eine logische Entwicklung aus den Forschungsaktivitäten der Kriegsjahre war. Diesem Befund steht auch nicht die zögerliche und teilweise widersprüchliche Haltung Horkheimers, die besonders in seinem Briefwechsel mit Pollock zu Tage tritt, mit dem er die Fragen der Remigration intensiv erörterte, entgegen.

1.5. Tagungen zur Vorbereitung des *Gruppenexperiments* – Kooperation als Mittel der Verbreitung der amerikanischen Ansätze

Die konkreten Projektplanungen in Exposés der Jahre 1945 bis 1950 blieben zu einem guten Teil Makulatur. Andererseits entwickelte Horkheimer schnell nach seiner Rückkehr nach Deutschland in Anknüpfung an die im Briefwechsel mit Kollegen und Experten geäußerten Ideen und Forschungsplänen ein Projekt zur Messung der Einstellung der deutschen Bevölkerung zur Demokratie, das an die *Authoritarian Personality* anschloss. Mit diesem Forschungsprojekt nahm das Institut im Jahr 1950/51 seine Forschungstätigkeit in Deutschland wieder auf. Mit Hilfe des Gruppendiskussionsverfahrens erfolgte eine Tiefenuntersuchung zum demokratischen Bewusstsein der bundesdeutschen Bevölkerung. Diese Studie unternahm das Institut im Auftrag des Hochkommissariats für das besetzte Deutschland (HICOG). HICOG war an einer qualitativen und quantitative Methoden kombinierenden Studie interessiert. Diese Studie ist insofern kein Einzelfall, als die amerikanische Besatzungsverwaltung seit Beginn der Besatzungszeit in erheblichem Umfang auf das Instrument der Demoskopie setzte. Die Demoskopie wurde zu allen möglichen tagespolitischen Fragen bemüht.[238] Besonderes Augenmerk galt aber von Anfang an der demokratischen Zuverläs-

[238] Vgl. hierzu Uta Gerhardt: Die Wiederanfänge der Soziologie nach 1945 und die Besatzungsherrschaft in Westdeutschland. Zur Kontinuität und Diskontinuität im Kontext der Nachkriegszeit, in: dies.: Das Denken der Demokratie. Die Soziologie im atlantischen Transfer des Besatzungsregimes. Stuttgart 2007 (Transatlantische historische Studien; 31), S. 99-165, sowie dies. Und Alexia Arnold: Zweimal Surveyforschung. Der Neuanfang der empirischen Sozialforschung nach dem Nationalsozialismus, in: ebd., S. 167-239; Alexia Arnold: Reorientation durch Wissenschaftstransfer. Eine wissenschaftsgeschichtliche Rekonstruktion der Darmstadt-Studie (1948-1954) aus soziologischer Perspektive. Baden-Baden 2010 (Theorie und Geschichte der Soziologie; 1).

sigkeit oder eben Unzuverlässigkeit der Deutschen. Ein gutes Beispiel ist die Studie "Father-Land" des amerikanischen Psychologen Bertram Schaffner, in dem ein "German Questionaire" abgedruckt ist, der zu Zwecken des Screenings von Personen Verwendung fand.[239] Weitere Beispiele finden sich in den regelmäßigen Surveys, die HICOG in Auftrag gab und die dessen *Record and Analysis Branch* erstellte.[270] Für die amerikanischen Auftraggeber galten Fragen zur Vergangenheit wie zur Einstellung zu den Juden als zuverlässige Indikatoren der Demokratiefähigkeit der Deutschen. Die Surveyforschung von HICOG sollte mit dem *Gruppenexperiment* um eine Tiefenanalyse ergänzt werden.

Am Anfang der Präsenz des Instituts für Sozialforschung stand eine Reihe von Tagungen mit Vertretern der Soziologie, der Meinungsforschung, der sich entwickelnden Sozialpsychologie und der Politikwissenschaften. Auf diesen Tagungen und Konferenzen versuchte das Institut einerseits den deutschen Diskussionsstand zu Fragen, die es in wissenschaftspolitischer Hinsicht interessierten, zu erkunden, andererseits die in den USA erworbene Methodenkompetenz fruchtbar für die Kooperation mit anderen Instituten und Sozialforschern zu machen, indem es einerseits als Vermittler der Methoden empirischer Sozialforschung auftrat, andererseits auch seinen Ansatz einer intervenierenden Sozialforschung publik machte.

Nachdem das zurückgekehrte Institut durch das amerikanische Hochkommissariat mit der Durchführung einer qualitativen sozialwissenschaftlichen Pilotstudie über die Einstellungen der deutschen Bevölkerung beauftragt worden war, berichtete Horkheimer monatlich über den Verlauf und die Fortschritte des *Gruppenexperiments* an John Riedl, den Chief des *Office of Public Affairs* der *Education Branch* der *Cultural Relations Division* von HICOG, die der entscheidende Drittmittelgeber für dieses Pilotprojekt war.[240] Von Mai bis Juni 1950 wurde ein grundlegender Untersuchungsplan erstellt, der Ende Juni 1950 einer Studienkonferenz mit anderen Sozialwissenschaftlern zur gemeinsamen Beratung vorgelegt werden sollte.[241] Mit verschiedenen Forschern waren bereits vor dieser Konferenz vorbereitende

[239] Vgl. Appendix III: The German Attitude Scale, in: Bertram Schaffner: Father Land. A Study of Authoritarianism in the German Family. New York: Columbia University Press 1948, S. 129-143.

[270] Uta Gerhardt, Alexia Arnold: Zweimal Surveyforschung. Der Neuanfang der empirischen Sozialforschung nach dem Nationalsozialismus, in: Uta Gerhardt: Denken der Demokratie, S. 167-239; Uta Gerhardt: Soziologie im zwanzigsten Jahrhundert. Studien zu ihrer Geschichte in Deutschland. Stuttgart 2009, insbesondere S. 179-230; Hans Braun, Stephan Articus: Sozialwissenschaftliche Forschung im Rahmen der amerikanischen Besatzungspolitik 1945-1949, in: KZfSS 36, 1984, S. 703-737; dies., Bert Hardin, Maria Zörkler: Die sozialwissenschaftliche Forschung im Rahmen der amerikanischen Besatzungspolitik in Westdeutschland zwischen 1945 und 1949. Eine Pilotstudie. Trier 1983; Hans Braun: Sozialwissenschaftliche Forschung als Selbstvergegenwärtigung und Evaluation der amerikanischen Besatzungsherrschaft, in: ders., Uta Gerhardt, Everhard Holtmann (Hg.): Die lange Stunde Null. Gelenkter Sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945. Baden Baden 2007, S. 205-225.

[240] Zum Gruppenexperiment allgemein vgl. Wiggershaus: Frankfurter Schule, S. 526-534; Jäger: Adorno, S. 217-225; Demirovic: Der nonkonformistische Intellektuelle, S. 353-372; Clemens Albrecht: Die intellektuelle Gründung, S. 519-524.

[241] IfS, Report to Dr. John Riedl, Education Branch, Education and Cultural Affairs Division, Office of Public Affairs, HICOG, Frankfurt/Main 10.6.1950, IfSA Ordner HICOG Public Affairs Monthly Reports + Correspondance 1950-1955.

Gespräche geführt worden, so mit Otto Neuloh von der Sozialforschungsstelle Dortmund und mit Helmut Schelsky von der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg. Man versprach sich von diesen Kontakten eine tiefere Kooperation für die Durchführung der Studie, denn das Institut legte auf die Vernetzung von sozialwissenschaftlichen Akteuren in der Bundesrepublik von Anfang an großen Wert.[242]

Die erste Planung im Juni 1950 sah deshalb eine Studie vor, die in Kooperation verschiedener Institute erfolgen sollte. Die Planung ist in einem längeren Memorandum sowie in englisch- und deutschsprachigen Diskussionspapieren für eine erste gemeinsam Tagung, auf der das Projekt vorgestellt werden sollte, zusammengefasst.[243] Die Tagung diente der gemeinsamen Diskussion der Projektgrundlage und konkreten Vereinbarungen von institutionellen und persönlichen wissenschaftlichen Kooperationen.

Zweck der Untersuchung sollte es sein, „unter möglichst exakten, dem Experiment angenäherten Bedingungen zu ermitteln, welche Verfahren die wirksamsten sind, um dem aufkeimenden deutschen Nationalismus zu begegnen. Der Plan nähert sich dem an, was in Amerika unter dem Namen 'action research' bekannt geworden ist, d.h. es soll eine unmittelbare Einheit zwischen Forschungen sozialpsychologischer Art und dem Testen sozialpsychologischer Methoden hergestellt werden. Es wird sich darum handeln, sowohl spezifische Typen von Nationalismus und nationalistischen Personen herauszuarbeiten, wie zu prüfen, durch welche Mittel eine Einwirkung im Sinne des Geistes internationalistischer Verständigung sich als fruchtbar erweist. Darüber hinaus soll die Studie Aufschlüsse bringen über die gegenwärtige deutsche Mentalität überhaupt, und zwar sowohl was die vorherrschende Ideologie wie was die tiefergehenden sozialpsychologischen Determinanten anlangt."[244]

Konzipiert war die Untersuchung als Gruppenuntersuchung, die zunächst in drei bis vier Untersuchungsgebieten durchgeführt werden sollte. Ursprünglich war an den Frankfurter Raum, das Ruhrgebiet, die Region Hamburg-Niedersachsen-Holstein und ein viertes, eher ländlich strukturiertes Gebiet gedacht. Dabei wollte das IfS anfänglich mit anderen Instituten kooperieren, konkret wurden in der Planung die Sozialforschungsstelle Dortmund und Helmut Schelsky an der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg benannt.[245] Die Frage der statistischen Repräsentativität ließ das Memorandum offen, betonte aber, dass bestimmte deutungsmächtige Schlüsselgruppen für das "Problem des deutschen Nationalismus" herangezogen werden sollten: "Industrielle Unternehmer und höhere Bürokratie der Indust-

[242] Vgl. ebd., S. 2.
[243] [Memorandum o.T., o.D.] IfSA Ordner Memoranden Aufsätze (nur für Institut) 6.1950-12.1953, 14 S.; Diskussionsgrundlage für die Konferenz im Institut für Sozialforschung am 28. Und 29. Juni 1950, ebd.; Basis of Discussion for the Conference an June 28th und 29th 1950 at the Institute for Social Research in Frankfurt/Main, Senckenberganlage 34, ebd.
[244] [Memorandum o.T., o.D.] IfSA Ordner Memoranden Aufsätze (nur für Institut) 6.1950-12.1953, 14 S., S. 1.
[245] Vgl. ebd., S. 1.

rie; gehobene technische Arbeiter (Steiger); eigentliche Arbeiter; Studenten; Lehrer, Berufsgruppen, die sich durch weitreichende Kontakte auszeichnen wie Friseure und Kellner; Kleinbauern und Landarbeiter; Arbeitslose; typisches städtischer [!] und mittleres und kleineres Bürgertum"[246]. Im ersten Jahr der Untersuchung waren zwei Phasen vorgesehen, eine dreimonatige "Pilot-Study", in der die Erhebungsinstrumente mit kleinen Gruppen von Probanden in den vier Untersuchungsgebieten getestet werden sollten. Daran sollte eine zweite Phase anschließen, in der mit den verbesserten Forschungsinstrumentarien je 10 Gruppendiskussionen mit 10-15 Teilnehmern durchgeführt werden sollten, so dass mit einer Gesamtzahl von 500-600 Versuchsteilnehmerinnen und -teilnehmern zu rechnen sei.[247]Insgesamt rechnete das Institut aber mit einem Sample von annähernd 1200-1500 Personen, damit für die anvisierte eingehendere Interviewphase genügend Probanden übrig blieben.

Die Forschungsorganisation verlangte nach einer komplexen Organisationsweise, insgesamt rechnete man damit, vier dauernde Mitarbeiter zur Versuchspersonenrekrutierung in den Untersuchungsgebieten, je Untersuchungsgebiet 3-4 geschulte und mit der Gesamtstudie vertraute Interviewer sowie technische Assistenten für die Tonbandaufzeichnungen der Gruppenstudie zu benötigen.[248]

Der Versuchsrahmen bestand in abendlich abzuhaltenden Gruppendiskussionen mit jeweils zehn bis fünfzehn Teilnehmern. Der Versuchsanordnung entsprechend, sollte die Diskussionsgruppe mit einem Dokument zur Diskussion angeregt werden: "Diese Gruppe wird mit einem entweder echten oder fiktiven und eigens für die Zwecke der Untersuchung ausgearbeiteten Dokument, gegebenenfalls auch einer Schallplatte oder einer Radiosendung konfrontiert, die sich auf das Problem des Nationalismus bezieht, und zwar entweder im Sinn internationaler Verständigung oder im nationalistischen Sinn. Es wird erwogen, daß in der Diskussion ein vom Projekt (ohne Wissen der Teilnehmer) instruierter Redner eine Reihe von Argumenten oder Argumentationshaltungen an den Teilnehmern der Gruppe ausprobiert, unter Umständen durch provokatorische Äußerungen versucht ihre wirkliche Haltung klarer herauszubringen."[249] Es wurden alternative Möglichkeiten der Leitung der Diskussion angedacht, z.B. sollte nach einer Phase freier Diskussion eine Phase geleiteter, auf bestimmte Problembereiche gelenkter Diskussion folgen. Man versprach sich von dieser Art der Diskussion die Schaffung einer "natürlichen" Situation und die Überwindung von Hemmungen, "die in Interviewsituationen zu zweien besonders in Deutschland zu erwarten seien. Die andere Alternative war besonders auffällige Diskutanten in der zweiten Phase des

[246] Vgl. ebd., S. 2.
[247] Vgl. ebd., S. 3.
[248] Vgl. ebd., S. 4.
[249] Vgl. ebd., S. 4f.

Versuchs zu Tiefen-Einzelinterviews herauszugreifen."[250] Dabei sollten die "nationalistischsten" und die gegenüber dem Nationalismus am stärksten opponierenden Diskutanten herausgegriffen werden. Schließlich war angedacht, die zurückhaltenden, sich nicht an der Diskussion beteiligenden Versuchspersonen herauszugreifen, weil diese in direkter Anknüpfung an die Befunde der *Authoritarian Personality als* "Gefolgstypen" bezeichneten Akteurinnen und Akteure „möglicherweise von erheblicher sozialpsychologischer Bedeutung" seien.[251] Der Gesprächstyp der zweiten Phase des Experiments sollte dem Konzept des "open interview" folgen.[252] Ausdrücklich sprach das Memorandum für die Auswertung und anschließende Interpretation der qualitativen Tiefeninterviews die in der "Authoritarian Personality" entwickelten Typen und Syndrome an.[253]

Unter der Überschrift "Typen möglicher Einwirkung" auf die Diskussionsgruppen erwägt das Memorandum die Wirksamkeit verschiedener nationalistischer demagogischer Argumentationen. Auf der einen Seite sollten Diskussionen mit Nicht-Nationalisten geführt werden, um festzustellen, ob die "Überzeugung tiefsitzt oder bloß konventioneller und 'offizieller' Art ist", dazu sollte die "Versuchsperson mit rationalen Gegenargumenten nationalistischer Art konfrontiert" werden. Sie sollte auf die "nationalistische 'öffentliche Meinung' hingewiesen werden, so daß sie sich gedeckt fühlt, wenn sie mit ihren eigenen wahren Anschauungen herausrückt", und "psychologisch ermutigt werden, mit ihren wahren Anschauungen nicht hinterm Berg zu halten". Schließlich sollte die Intensität des nicht-nationalistischen Denkens der entsprechenden Diskutanten genauer examiniert werden, indem das Gespräch auf national aufgeladene tagespolitische Themen gebracht wurde, bzw. die Teilnehmer nationalistisch provoziert wurden.[254]

Die Nationalisten sollten durch ein Set an Fragen, die sich um das "Interesse der Selbsterhaltung" und das "nationale Interesse" drehten, angesprochen werden. In diesem Versuchsteil sollte ursprünglich eine Reihe moralischer Argumente eingebracht werden, zum Beispiel das "Aufrollen des Schuldproblems": "Versuch in Fällen, wo die Schuld den anderen aufgebürdet wird, Selbstbesinnung zu erwecken und Versuchspersonen zur Einsicht in den höchst wirksamen Mechanismus der Projektion zu bringen. Z. B. Wenn eine Person klagt, 'Was die Amerikaner uns alles antun', [einen] Vergleich mit dem durchführen, was von Deutschland geschehen ist und ihn [!] dazu bringen, sich klar zu machen, daß es sich um eine Verdrängung des eigenen Schuldgefühls handelt." Schließlich sollten auch direkt die psychologisch

[250] Vgl. ebd., S. 5.
[251] Vgl. ebd., S. 6.
[252] Vgl. ebd., S. 6.
[253] Vgl. ebd., S. 7, vgl. Theodor W: Adorno: Types and Syndromes, in: Adorno, Frenkel-Brunswik, Levinson, Sanford: Authoritarian Personality S. 743-783, auch dt. ders.: Typen und Syndrome, in: ders. Studien zum autoritären Charakter, S. 303-358.
[254] Vgl. [Memorandum o.T., o.D.] IfSA Ordner Memoranden Aufsätze (nur für Institut) 6.1950-12.1953, 14 S., S. 8f.

wirksamen Mechanismen angesprochen werden, indem der "Appell ans 'Es'" gerichtet wurde. Hier sollten die Dimensionen des Konformismus, des individualistischen Stolzes, der Eitelkeit, der spezifisch autoritätsgebundenen Charaktere, des manipulativen Charakters ausgenutzt werden, aber auch die "Psychopathen und Charaktere mit mißlungener Überichbildung" durch einen "Appell ans Strafbedürfnis" und den Hinweis auf Mächte und Gesetze angesprochen werden. Schließlich sollten sich so die "Gefolgschaftsmenschen" herauskristallisieren.[255] Auch in diesen konzeptionellen Überlegungen finden sich die Gedanken der *Authoritarian Personality* auf breiter Front wieder.

In inhaltlicher Hinsicht hielt das Memorandum "Nervenpunkte des deutschen Nationalismus" fest. Darunter verstand das IfS vier Punkte. Der erste war "Stereotypie im zeitgenössischen deutschen Denken": "Als Erbschaft der Naziperiode und der administrativ verdinglichenden Sprache des Krieges scheint in Deutschland die Neigung weit verbreitet, alle möglichen Phänomene mechanisch unter Klischees zusammenzufassen, ohne daß es zur Auseinandersetzung mit der Sache käme. Das scheint besonders für das Verhältnis zu den Besatzungsmächten zu gelten."[256] Der zweite Punkt war der Verlust der Autonomie. Diese Haltung sei die "von Menschen, die nicht mehr daran glauben, daß sie ihre eigene Entscheidung treffen, sich selbst helfen, ihr eigenes Leben reproduzieren können, sondern eigentlich alles von außen erwarten. [...] Die oft artikulierte Unartikuliertheit und Vagheit der Überzeugung dieser Deutschen in politischen Dingen heute, z.B. die amorphe und vieldeutige Haltung zu den Juden, dürfte hier ihren Grund haben. Diese Haltung spielt sicher für den Neonationalismus eine entscheidende Rolle und zwar oft in *verdrängter* Gestalt, nämlich derart, daß z.B. nicht zugegeben wird, wie viel Hilfe die Amerikaner den Deutschen geleistet haben, damit man dann jenem von der Abhängigkeit herrührenden Ressentiment umso freier seinen Lauf lassen kann."[257] Das Institut versprach sich von der Aufhellung dieses Komplexes einen Beitrag zur "Gesundung vom Neonationalismus". Durch die Erstellung von Indices im Rahmen der Studie sollte es ermöglicht werden, neonationalistische Haltungen zu erkennen und gleichzeitig verschiedene Methoden zu entwickeln und erproben, um diesen Haltungen subjektiv und objektiv zu begegnen und sie dadurch wirksam bekämpfen zu können.[258] Drittens wird "[d]as Problem der verdrängten Schuldgefühle" angesprochen: "Dieser Komplex

[255] Vgl. ebd., S. 11.
[256] Vgl. ebd., S. 12f. "[...] es gibt zahlreiche Manifestationen des gleichen Geistes nach der Art von Sätzen wie 'es ist alles Propaganda', 'die Amerikaner sind Techniker, aber haben keine Kultur', 'die Franzosen sind schmutzig und grausam', ' der Deutsche ist nicht reif für die Demokratie und will sie auch gar nicht. Aller Grund ist zur Annahme, daß wann immer Denken von dieser Form erscheint, aggressiver Nationalismus nicht weit ist, selbst wenn er sich nicht offen hervortraut. [...] Unter Umständen sollte man sie aus den Versuchspersonen herauslocken, um auf diese Weise bei denen, die sich sonst vorsichtig kontrollieren, einen Anknüpfungspunkt für die eigentliche Absicht der Studie zu gewinnen. Es wäre eine verifizierende These, daß Leute, die so reden, auch wenn sie ihren Nationalismus verleugnen, doch Nationalisten sind."
[257] Vgl. ebd., S. 14.
[258] Vgl. ebd., S. 14.

dürfte – äquivalent zur tatsächlichen Schuld – so mächtig sein, daß er auch das Verhältnis zu den Besatzungsmächten und die ganze Frage des Nationalismus entscheidend bestimmt. [...] Spezifische Techniken müssen entwickelt werden, durch die der neudeutschen Neigung zu begegnen ist, eigene Schuld auf alle erdenklichen anderen Gruppen und Nationen zu projizieren. Auf rationalem Niveau handelt es sich darum, das vollkommene Missverhältnis zwischen dem von den Nazis Verübten und irgendwelchen Unannehmlichkeiten der Occupation [!] hervorzuheben; psychologisch darum, die Versuchspersonen auf den im allgemeinen nicht sehr tief liegenden vorbewußten Mechanismus der Projektion aufmerksam zu machen, dem sie gehorchen."[259]

Viertens schließlich werden die "Lieblingsthemen des deutschen Nationalismus" angesprochen: "Die nationalistische Aggressivität hält sich an eine Reihe von mehr oder minder in ihrer Bedeutung verzerrten Tatsachen, durch die sich selbst rationalisiert und die selber schon den Charakter des Klischees angenommen haben, so daß ihre bloße Erwähnung genügt, gewisse Brusttöne auszulösen."[260] Schon in diesem frühen Entwurf sind gewisse Themen und Reizpunkte enthalten, deren Tragfähigkeit für die Erklärung der deutschen Abwehr gegenüber der Anerkennung der deutschen Geschichte sich im Verlaufe der Studie erweisen sollte. Als Stichpunkte nennt das Memorandum zum Beispiel die Dämonisierung jüdischer DPs als Schwarzhändler, des Morgenthauplans und die Empörung über die Rückerstattung jüdischen Eigentums sowie die Demontage.[261]

Als Hypothese wurde formuliert, „daß gerade diese Affektzentren keineswegs bloß bei bewußten Reaktionären und Nationalisten wirksam sind, sondern eine Tendenz haben, durch die gesamte Bevölkerung hindurch als selbstverständlich akzeptiert zu werden. Die in Deutschland allgegenwärtige Rede von dem ‚Wir', dem Unrecht geschieht, ist das genaue Gegenbild zu 'dem' Amerikaner. Denn während ohne Frage die Konstruktion der Kollektivschuld selber politisch und moralisch sich nicht halten lässt, ist der Protest gegen die Rede von der Kollektivschuld meist nur ein Mittel des [...] Projektionsmechanismus."[262]

Auf einer Konferenz erörterten Max Horkheimer und Theodor W. Adorno die Grundlagen der Studie im Kreise von Kollegen. Anwesend waren neben Horkheimer und Adorno Diedrich Osmer vom IfS, der Psychologe Prof. Curt Bondy aus Hamburg, der Soziograf Prof. Ludwig Neundörfer aus Frankfurt, die später vor allem als Industriesoziologen aufgetretenen Dr. Carl

[259] Vgl. ebd., S. 15.
[260] Vgl. ebd., S. 16.
[261] Vgl. ebd., S. 16. Zu den DPs im Nachkriegsdeutschland vgl. zum Beispiel Angelika Königseder, Juliane Wetzel: Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland. Frankfurt/Main 1994; auch Frank Stern: Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg. Gerlingen 1991 (Schriftenreihe des Instituts für deutsche Geschichte, Tel Aviv; 14), insbesondere S. 65-110; zur Wahrnehmung des Morgenthauplans vgl. Bernd Greiner: Die Morgenthau Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans. Hamburg 1995.
[262] [Memorandum o.T., o.D.] IfSA Ordner Memoranden Aufsätze (nur für Institut) 6.1950-12.1953, 14 S., S. 17.

Jantke und Dr. Otto Neuloh von der Sozialforschungsstelle Dortmund sowie Prof. Helmut Schelsky von der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg.[263] Einführend stellte Horkheimer die Geschichte des Instituts für Sozialforschung als eines interdisziplinären Instituts vor und beschrieb die Aufgabe des Instituts, die in der "Überwindung des politischen und sozialen Fanatismus" liege.[264] Horkheimer führte aus, dass der Fanatismus auf allen Gebieten des menschlichen Lebens solange andauere, solange er noch ins Bewusstsein des einigermaßen Gebildeten eindringen könne: "So glauben wir, dass die Sozialwissenschaften, wenn sie einmal die Massen ergreifen, es dann unmöglich machen, dass Demagogen eine Suggestivkraft ausüben. Sie beziehen sich heute auf gesellschaftliche Probleme, wenn [diese] einmal objektiviert sind, dann wird es für Demagogen schwerer, irgendwelche Kraft auszuüben."[265] Auf diese Art und Weise beschrieb Horkheimer die erzieherische Aufgabe, die er darin sah, die Methoden der empirischen Sozialforschung und die Theorien der Soziologie an den akademischen Nachwuchs zu vermitteln, um ihn gegen den Fanatismus zu immunisieren. Als eine wesentliche Aufgabe der Soziologie, die sich Horkheimer zufolge "erst in den angelsächsischen Ländern zu einer selbständigen und mit eigenen Methoden forschenden Disziplin entwickelt" habe, betrachtete er deshalb die "Erhellung und Objektivierung gesellschaftlicher und politischer Fragen mit dem Ziele der Überwindung des politischen und sozialen Fanatismus."[266] Die Praktiken der Demagogen hätten nur so lange Aussicht auf Erfolg, solange die Kenntnis der sozialen Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten noch nicht ins Volk gedrungen sei. Aus diesem Grund ziele das Institut nicht auf "rein wissenschaftliche Resultate", "es verfolge vielmehr mit seiner Tätigkeit auch einen pädagogischen Zweck."[267] Viel versprach sich Horkheimer von der Weitergabe der Methoden der empirischen Sozialforschung an junge Menschen und an die Vermittlung soziologischer Forschungsergebnisse an Multiplikatoren in der Praxis: "Die aus der Mitarbeit von Studenten resultierende Verbindung von Forschung und Lehre werde einen nicht unwesentlichen Einfluss auf die folgende Generation ausüben, da die auf dem Gebiet der Soziologie von dem heutigen Studenten geleistete Arbeit ihm eine objektive Haltung gegenüber den gesellschaftlichen Fragen vermittele. Später, als Lehrer, werde er durch sein Beispiel wesentlich dazu beitragen können, dass die Erkenntnisse der Soziologie immer mehr Allgemeingut

[263] Neben diesen bekannteren Sozialwissenschaftlern waren Dr. Pipping vom UNESCO-Projekt in Dortmund, Dr. Kasten, der Prof. Sauermann und sein Assistent Dr. Kasten aus Frankfurt, Dr. Paul und Max Ralis von der SFSt der Soziologe Stefan Koska von Radio Frankfurt, der Assistent des Psychologieprofessors Curt Bondy aus Hamburg, Dr. Maletzke, sowie Dr. Wurzbacher vertreten. Vgl. IfSA A 1, Gruppenstudie, Ordner 1.2 Vorarbeiten, Konferenz im Institut für Sozialforschung, Frankfurt/Main 28. und 29. Juni 1950; IfSA Ordner Memoranden und Aufsätze, Besprechung am 28. und 29. Juni 1950.
[264] IfSA A 1, Gruppenstudie, Ordner 1.2 Vorarbeiten, Konferenz im Institut für Sozialforschung, Frankfurt/Main 28. und 29. Juni 1950, S. 3.
[265] IfSA Ordner Memoranden und Aufsätze, Besprechung am 28. und 29. Juni, S. 2.
[266] IfSA A 1, Gruppenstudie, Ordner 1.2 Vorarbeiten, Konferenz im Institut für Sozialforschung, Frankfurt/Main 28. und 29. Juni 1950, S. 3.
[267] Vgl. ebd., S. 3f.

werden."[268] Horkheimer bemerkte aber ebenso, dass auch der Projektleiter von der Zusammenarbeit und der Diskussion mit den Studierenden lernen könne: "Eine Zusammenarbeit mit Studenten [ist] deshalb günstig, weil sie [...] objektiv eine Haltung zur Frage einnehmen werden. Das ist zu beachten bei unserem Bemühen richtige Projekte zu wählen. Wenn wir mit Studenten zusammensitzen und überlegen, wie ist die beste Art vorzugehen, dann ist das eine Diskussion und es zeigt sich, dass die Studenten da und dort klüger sind."[269] Dieser Ansatz sollte später auch im gelebten Teamwork im *Institut für Sozialforschung* lebendig werden.

Im weiteren Verlauf der Tagung besprachen die Vertreter des IfS mit den anderen Experten die technischen Fragen des Verlaufs der "pre-testings" für die "pilot-study", vor allem aber die Zusammensetzung der Diskussionsgruppen und das "sampling".[270] Im Protokoll wie auch im Handout fällt die Vielzahl amerikanischer Fachbegriffe der empirischen Sozialforschung auf. Man kann davon ausgehen, dass die Gruppe der versammelten Forscher und Experten insgesamt keine umfassende Praxis in der empirischen Sozialforschung vorweisen konnte und dass die Vertreter des IfS deshalb als Vermittler dieser Methoden auftraten. Freilich hatten die Vertreter der Sozialforschungsstelle Dortmund erste Projekte in Angriff genommen, aber zu Beginn der fünfziger Jahre hatte das IfS durch die Erfahrung mit der Durchführung der Studien zur *Authoritarian Personality* einen immensen Erfahrungsvorsprung. Das technische Vorgehen beschrieb man in amerikanischen Begriffen und man verständigte sich auch in einer Sprache, die mit amerikanischen Begriffen durchsetzt war. Das IfS trug zu dem von René König herausgegebenen Sammelband über die Praxis des sozialwissenschaftlichen Interviews ein englisch-deutsches Glossar bei, das den Grundwortschatz der Begriffe der empirischen Sozialforschung ins Deutsche übersetzte und dessen Inhalte und Konzepte dadurch vermittelte.[271] Die Aufgaben der "field work supervisors", was mit "Vertrauenspersonen" relativ ungenau übertragen war, bereiteten der Konferenz weniger Probleme, allerdings wurden die berufs- und standespolitisch damit zusammenhängenden Fragen intensiv erörtert. Die anwesenden Experten gaben gegenüber dem Institut zu bedenken, dass es für ein personalintensives Großprojekt wie dem vom Institut für Sozialforschung als Kooperation zwischen den anwesenden Instituten und Wissenschaftlern angedachten Projekt deutlich an ausgebildeten Soziologen und Sozialwissenschaftlern mangele. Dies unterscheide Amerika,

[268] Vgl. ebd., S. 4.
[269] IfSA Ordner Memoranden und Aufsätze, Besprechung am 28. und 29. Juni, S. 2.
[270] Vgl. hierzu die Ausführungen aus dem [Memorandum o.T., o.D.] IfSA Ordner Memoranden Aufsätze (nur für Institut) 6.1950-12.1953 weiter oben, sowie IfSA A 1, Gruppenstudie, Ordner 1.2 Vorarbeiten, Konferenz im Institut für Sozialforschung, Frankfurt/Main 28. und 29. Juni 1950, S. 4-6.
[271] Vgl. Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am/Main, Forschungsinstitut für Sozial- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Köln (Soziologische Abteilung): Glossar zur Verdeutschung englischer Fachausdrücke aus der Methodik der empirischen Sozialforschung, in: René König (Hg.): Das Interview. Formen, Technik, Auswertung. Praktische Sozialforschung I. Köln: Verlag für Politik und Wirtschaft ²1957, S. 347-385.

wo eine Vielzahl von "research-Unternehmungen" in Angriff genommen werde, deutlich von Deutschland. Die hauptamtlich tätigen Soziologen seien meist in einer festen Stellung beschäftigt. Projektstellungen schienen Anfang der 50er Jahre gegenüber festen Verträgen noch deutlich weniger an Gewicht zu haben.[272] Bei den Interviewern wurden diese Probleme insgesamt geringer veranschlagt, weil man hier davon ausging ungelernte Kräfte beschäftigen zu können, die durch die Institute selbst geschult werden sollten.

Der Umgang mit den "Experimentiergruppen" wurde intensiv erörtert. Die Konferenzteilnehmer diskutierten Vor- und Nachteile "natürlicher" und "künstlicher" Gruppen, kamen jedoch zu dem Ergebnis, dass versucht werden solle, "die Gruppen teils im soziologischen und teils im politischen Sinne möglichst homogen zu machen, da dies eine für die Durchführung der Studie erleichternde natürliche Atmosphäre schaffe."[273]

Obwohl die Tagung der gemeinsamen Diskussion und aus Sicht der Frankfurter der Planung institutsübergreifender Kooperationen innerhalb eines mittleren Großprojekts dienen sollte, wozu von Frankfurter Seite auch Personal- und Sachmittel für die angefragten Kooperationspartner zur Verfügung gestellt werden würden, waren die Ergebnisse der Konferenz im Hinblick auf diese Pläne eher enttäuschend. Die Sozialforschungsstelle Dortmund gab deutlich zu erkennen, dass kein Interesse an einer Beteiligung bestand, und war nicht einmal bereit, an der Pre-test-Reihe teilzunehmen, weil diese in den Sommersemesterferien durchgeführt werden sollte.

Den größten Teil der Diskussion nahm der zu verwendende Reiz, der "stimulus" ein. Adorno betonte, dass der "Grundreiz" antinationalistisch sein solle. Insgesamt war man sich einig, dass er nicht direkt politisch sein dürfe, da eine starke Abneigung gegen explizit politische Fragen vorherrsche. Daher wurde ein indirekter "Grundreiz" vorgeschlagen. Von Prof. Gerhard Wurzbacher kam eine Anregung, die schließlich auch den "Grundreiz" des *Gruppenexperiments* kennzeichnen sollte. Er schlug vor, "als Reiz die Äusserung eines Ausländers über die Deutschen zu verwenden (Zeitungszuschrift, Brief [...]). Er habe mehrfach festgestellt, dass die deutschen Diskussionsteilnehmer durch eine derartige private Kritik eines Ausländers veranlasst würden, sich in aufgeschlossener Weise und ernsthaft mit den Fragen zu beschäftigen, die dem Ausländer Grund zur Kritik gegeben hatten."[274]

Adorno und Horkheimer forderten die anderen Institute auf "Reizvorschläge" einzureichen. Im "pre-test" solle mit den verschiedenen Grundreizen operiert werden: "Der pre-test solle in jedem Distrikt mit 2, möglichst 3 Gruppen vorgenommen werden, die mit verschiedenen Arten von Grundreizen (z.B. politischen, neutralen, den Schuldkomplex tangierenden, an

[272] IfSA A 1, Gruppenstudie, Ordner 1.2 Vorarbeiten, Konferenz im Institut für Sozialforschung, Frankfurt/Main 28. und 29. Juni 1950, S. 7-9. Zur Soziologie des Forschungsprojektes vgl. Cristina Besio: Forschungsprojekte. Zum Organisationswandel in der Wissenschaft. Bielefeld 2009.
[273] Vgl. ebd., S. 10ff.
[274] Vgl. ebd., S. 14f.

Ressentiments und politischen Zynismus rührenden, usw.) zu konfrontieren seien. Es sei zu beachten, dass bei den Gruppen psychische Blocks auftreten könnten, wenn der Reiz auf den Schuldkomplex oder die gegen die Demokratie empfundene Aversion einwirke, und es müsse geklärt werden, mit welchen Mitteln es möglich sei, derartige Sperrungen zu durchbrechen und an den Kern heranzukommen."[275]

Leo Crespi, der das *Office of Public Affairs* von HICOG vertrat, regte eine große Konferenz zur Meinungsforschung an. Zweck der Tagung sollte es sein, die Meinungsforschung in der deutschen Wissenschaftslandschaft zu fördern. Das mit amerikanischer Unterstützung gegründete *Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten* lud zu einer Vorbereitungstagung 27 Sozialwissenschaftler ein. Der Kreis umfasste unter anderem Wolfgang Abendroth, Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Elisabeth Noelle-Neumann und Friedrich von Stackelberg.[276] Ausgehend von dieser Arbeitstagung wurde ein Arbeitskreis begründet, der eine umfassende Konferenz zur Lage der empirischen Sozialforschung in Deutschland vorbereiten sollte. Diese Tagung fand vom 14.- bis 16. 12.1951 in Weinheim statt.[277] In seinem Einleitungsreferat postulierte Adorno die Notwendigkeit empirischer Forschung für politikberatende Zwecke; ihm ging es außerdem um eine Korrektur der sozialwissenschaftlichen Tradition in Deutschland.[278] Adorno betonte den demokratischen Charakter der empirischen Sozialforschung und der Meinungsforschung und hob sie dadurch von der Praxis der Soziologie im Nationalsozialismus ab: "Der Typus Wissenschaft, den diese Tagung vertritt [...] ist in Deutschland erst in den letzten Jahren stärker hervorgetreten. Vor dem ersten Weltkrieg und während der Weimarer Republik gehörten ihm nur Einzelenqueten an, ohne daß er als solcher, als Disziplin eigener Art konstituiert gewesen wäre. Während der Hitlerdiktatur war er, nach dem damals üblichen Jargon, unerwünscht. Insbesondere im 'Public Opinion Research', in dem Bereich, für den sich das Wort 'Meinungsforschung' eingebürgert hat, sahen die Nazis mit gutem Instinkt ein demokratisches Potential. Daß der statistischen Auswertung jede Stimme gleich viel gilt, daß der bei der Bildung von Querschnitten so wichtige Begriff des Repräsentativen kein Privileg kennt, erinnerte allzusehr an die freie und geheime Wahl, mit der dann auch die einschlägigen Erhebungen den Namen 'Poll' teilen."[279]

Auf der Tagung wurden Praxisprobleme der empirischen Sozialforschung verhandelt. In der

[275] Vgl. ebd., S. 16.
[276] Vgl. hierzu Demirovic, Nonkonrmistische Intellektuelle, S. 347.
[277] Vgl. den Sammelband des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e.V., Frankfurt am Main, vgl. dass.: Empirische Sozialforschung. Meinungs- und Marktforschung, Probleme und Methoden. Frankfurt/Main 1953 (Wissenschaftliche Schriftenreihe des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e.V.; 13); vgl. zu dieser Tagung die Darstellungen bei Demirovic: Nonkormistische Intellektuelle, S. 347f., Weischer: Unternehmen Empirische Sozialforschung, S. 4-18, Gerhardt: Denken der Demokratie, S. 146-149; dies.: Soziologie im zwanzigsten Jahrhundert, S. 201-210; Sahner: Fünfzig Jahre nach Weinheim, passim.
[278] Sammelband Empirische Sozialforschung, S. 225.
[279] Theodor W. Adorno: Zur gegenwärtigen Stellung der Sozialforschung in Deutschland, in: Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten, S. 27.

ersten Fachsitzung ging es um Anwendungsbereiche empirischer Sozialforschung im Bereich politischer und sozialer Meinungsforschung, der wirtschaftlichen Marktforschung und der Betriebsumfragen. In einer zweiten Fachsitzung unter Leitung von Rudolf Gunzert vom Statistischen Amt und Wahlamt der Stadt Frankfurt wurden Probleme des Sampling und der Normen verhandelt. Hier ging es um einen Austausch über das Stichprobenverfahren. Schließlich wurde in einer dritten Fachsitzung und dem Vorsitz von Elisabeth Noelle-Neumann vom Institut für Demoskopie in Allensbach über Erhebungs- und Auswertungsfragen gesprochen, die vom soziographischen Verfahren über die Umfragemethode bis hin zum Gruppendiskussionsverfahren reichten.

Zu letzterem Thema gab es einen Werkstattbericht aus dem *Gruppenexperiment* des IfS, über das Diedrich Osmer berichtete.[280] Dieser Vortrag und die Werbung für das Gruppendiskussionsverfahren waren dem Institut so wichtig, dass Osmers Ausführungen als Beitrag zur empirischen Sozialforschung unter der Überschrift "Ein neuer Weg zur Meinungsforschung" auch in der Broschüre zur Wiedereröffnung des Instituts abgedruckt wurden.[281]

1.6. Die Durchführung und Auswertung des Gruppenexperiments 1950-55

Im Zuge des Projektverlaufs ging es den Frankfurter Forschern im Wesentlichen darum, als fluide betrachtete "Meinungen" im Prozess ihrer Entstehung, d. h. in der Dynamik einer "natürlichen" Gruppensituation zu erfassen.[282] Das Gruppenexperiment ging davon aus, dass Meinung nicht immer vorhanden ist und nicht in der Weise dem Individuum zuzuordnen ist, wie dies die gewöhnliche Umfrageforschung voraussetzt. Mittels des Gruppendiskussionsverfahrens sollten sozial einigermaßen homogene Gruppen beobachtet werden, nachdem sie mit einem Anreiz konfrontiert worden waren. Als Anreiz wurde ein konstruierter Brief verwendet, den ein US-Sergeant aus Deutschland an seine Heimatzeitung geschrieben haben sollte.[283] Dieser Brief, der den Teilnehmern des Experiments in einer Plattenaufnahme vorgespielt wurde, enthielt eine ausgewogene Reihe von Beobachtungen über die Deutschen – sowohl positive als auch negative. Anspielungen auf die Besatzungsmächte, die

[280] Vgl. Diedrich Osmer: Das Gruppenexperiment des Instituts für Sozialforschung, *in:* Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten (Hg.): Empirische Sozialforschung, Meinungs- und Marktforschung, Methoden und Probleme. Frankfurt/Main 1952 (Wissenschaftliche Reihe des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten; 13), S. 162-171.

[281] Vgl. Diedrich Osmer: Ein neuer Weg zur Meinungsforschung. Das Gruppenexperiment des Instituts für Sozialforschung, in: Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main: Ein Bericht über die Feier seiner Wiedereröffnung, seine Geschichte und seine Arbeiten. Frankfurt/Main 1952, S. 33-42.

[282] Hans Schuster: Das Meßbare und das Unmeßbare an Herrn X", in: Süddeutsche Zeitung, 27.01.1953, S. 3.

[283] Vgl. Friedrich Pollock: Gruppenexperiment. Ein Studienbericht. Frankfurt/Main 1954, ²1955 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; 2), Wortlaut des Grundreizes S. 501, zur Methode ebenda, S. 15-62, hier S. 42.

Demokratie, das Selbstbild der Deutschen, den Nationalsozialismus, den Krieg und die Ermordung der Juden sollten die Teilnehmer dazu ermuntern, über Deutschland, die Vergangenheit, die West-Integration und die Amerikaner zu sprechen.[284]

Nach der Tagung sah man der Durchführung der Studie optimistisch entgegen. In den folgenden Monaten wurden Vorfragen zum Grundreiz ausgearbeitet.[285] Ergebnisse der Tagung zum Gruppenexperiment 1950, die auch der Bericht an John Riedl von HICOG festhält, waren die Einrichtung von Arbeitsgruppen bei Dr. Sauermann in Friedberg in Bayern, bei Dr. Gerhard Maletzke in Hamburg und in Dortmund. So wurden zwar zaghafte Ansätze zur Kooperation verwirklicht, ein wissenschaftliches Großprojekt zwischen den verschiedenen Instituten entstand daraus dennoch nicht. In Frankfurt kooperierte man mit Prof. Heinz Sauermann.[286] Prof. Ludwig Neundörfer sollte die ländliche Arbeitsgruppe anleiten. Die nächsten Monate von Juli 1950 an waren für pre-tests und für die Formierung der Forschergruppen vorgesehen. Schließlich hielt der Bericht fest, "dass die beste Lösung für einen Grundreiz diejenige sei, die Teilnehmer mit einem fiktiven oder authentischen Brief eines durchschnittlichen Amerikaners, nach Möglichkeit einem GI zu konfrontieren, gefolgt von einer freien und einer geleiteten Diskussion."[287] Dieser Brief, der dem fiktiven GI Colburn zugeschrieben wurde, sollte zu Beginn der Gruppendiskussionen als Grundreiz von einem Tonband vorgespielt werden. Parallel berichtete Horkheimer an Riedl, dass man an einer gekürzten Übertragung der *Studies in Prejudice* arbeite sowie ein wöchentliches Seminar ins Lehrprogramm des Instituts aufgenommen habe, in dem "moderne Techniken, besonders der Konstruktion sozialpsychologischer Fragebogen und die Führung offener Interviews" gelehrt wurden.[288]

Bis zum 17. September 1950 hatte das Institut vier Gruppendiskussionen durchgeführt – angeleitet von Diedrich Osmer, der auch das Gruppenexperiment weiter begleiten sollte. Im folgenden Monat, im Oktober 1950, wurden fünf Gruppendiskussionen in Frankfurt, Hamburg und Augsburg abgehalten, bis November 1950 folgten weitere 20 Gruppendiskussionen, was zeigte, dass die Forschungsarbeit auf eine breitere Basis gestellt war und stärker zu einer eingeübten Routine wurde. Zu Osmer und den anderen Forschergruppen war eine Münchener Gruppe um Hans-Joachim Sell, der bei Horkheimer und Adorno Soziologie studierte, gekommen. Um die Arbeit zu organisieren, hatte vom 5.-7. Oktober 1950 eine Institutskonfe-

[284] Diedrich Osmer: Das Gruppenexperiment des Instituts für Sozialforschung, *in:* Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten (Hg.): Empirische Sozialforschung, S. 162-171.
[285] Entwurf für Fragen im Anschluss an die Gruppenstudie, IfSA A 1, Gruppenstudie, Ordner 1.1. O. Vorarbeiten; [Fragen] IfSA Ordner Memoranden und Aufsätze (nur für Institut) 6.1950-12.1953; [Fragen] ebd.; Indirekte Fragen zur Kontrolle, ob jemand Nazi ist (28.7.1950), ebd.
[286] Nicht identisch mit dem Arbeitsgruppenleiter Dr. Sauermann.
[287] IfS, Report to Dr. John Riedl, Education Branch, Education and Cultural Affairs Division, Office of Public Affairs, HICOG, Frankfurt/Main 10.7.1950, IfSA Ordner HICOG Public Affairs Monthly Reports + Correspondance 1950-1955.
[288] Vgl. ebd.

renz stattgefunden, bei der die Erfahrungen mit den ersten Gruppendiskussionen ausgetauscht wurden. Ein Ergebnis der Tagung war, die bisherige rigide Trennung zwischen freier und geleiteter Diskussion aufzugeben. Dabei folgte man sowohl pragmatischen Überlegungen, weil die Dauer der Experimente reduziert werden sollte, als auch der Absicht, die standardisierten Interventionen des Gruppenleiters „natürlicher" wirklicher zu lassen.[289] Auch die parallel laufende Übersetzungsarbeit an der *Authoritarian Personality* machte Fortschritte. Interessant ist, dass die Übersetzungsarbeiten auch inhaltlich parallel zur Arbeit am *Gruppenexperiment* und an der Aufstellung der indirekten Fragen zur Feststellung, ob jemand Nazi sei, verliefen. Im Oktober wurde die Arbeit an dem Kapitel "Measurement of Implicit Anti-democratic Trends", am Kapitel "Prejudice in the Interview Material" und am größeren Teil über die Typologie demokratischer und nicht-demokratischer Persönlichkeiten fortgesetzt.[290] Im Dezemberbericht konnte das IfS schon auf 69 durchgeführte Gruppendiskussionen verweisen. Man bemühte sich, obwohl eine tatsächliche Repräsentativität nicht angestrebt war, seit November auch um eine sozialstatistische Auswertung der Teilnehmerbeteiligung der Studie, um bei weiteren Versuchen vorrangig die noch fehlenden Teilnehmerinnen- und Teilnehmerkategorien zu rekrutieren.[291] Erwähnenswert ist, dass auch ein Gruppenversuch mit Generalstabsoffizieren durchgeführt wurde und dass im Laufe des Novembers die Untersuchungen auf das Land ausgedehnt wurden.[292] Das Forschungsteam wurde im Dezember um Ludwig von Friedeburg als Teilzeit-Assistent erweitert, außerdem tauchte Karl Sardemann als wissenschaftlicher Assistent auf.[293] Im Januarbericht sind 27 weitere Versuche verzeichnet, so dass die Gesamtsumme sich bis zu diesem Zeitpunkt auf 96 belief. Für die ländlichen Untersuchungsgebiete wurde Werner Kanz als neuer Diskussionsleiter rekrutiert. Neben das Gruppenexperiment trat zu diesem Zeitpunkt ein Fragebogen, der den Teilnehmern mit einiger Distanz zum Experiment vorgelegt und den Teilnehmern der Vorversuche nachträglich zugesandt wurde. Im Januar berichtet das Institut auch zum ersten Mal, dass Mitte des Monats die Auswertung aufgenommen werde sollte. Es ist also davon auszugehen, dass unmittelbar nach den ersten Experimenten die Protokollierung und Transkription der auf Tonband aufgezeichneten Diskussionen durch Schreibkräfte des Instituts begonnen hatte. Das Team sei sehr umfassend, man habe ein Scoring Manual

[289] IfS, Report to Dr. John Riedl, Education Branch, Education and Cultural Affairs Division, Office of Public Affairs, HICOG, Frankfurt/Main 10.10.1950, ebd. Schließlich wurde die Forschergruppe um Günter Flüs und Volker von Hagen ergänzt und Osmers Stelle als Forschungsleiter auf eine ganze Stelle aufgestockt, vgl. ebd.
[290] IfS, Report to Dr. John Riedl, Education Branch, Education and Cultural Affairs Division, Office of Public Affairs, HICOG, Frankfurt/Main 10.11.1950, ebd.
[291] [Diedrich] Osmer, Aktenotiz, o. D. IfSA Ordner HICOG Public Affairs Monthly Reports + Correspondance 1950-1955.
[292] Vgl. ebd. Siehe zu diesen Versuchen Klaus Naumann: Generale in der Demokratie. Generationsgeschichtliche Studien zur Bundeswehrelite. Hamburg 2007, S. 39-87. Diese Untersuchungen waren von Bedeutung für das spätere Bundeswehrengagement des Instituts, siehe dazu Kapitel 2 der vorliegenden Arbeit.
[293] IfS, Report to Dr. John Riedl, Education Branch, Education and Cultural Affairs Division, Office of Public Affairs, HICOG, Frankfurt/Main 11.12.1950, ebd.

erstellt, das der Auswertung der Diskussionen zugrunde gelegt werden solle, um die verschiedenen Bedeutungsebenen der Aussagen, die Implikationen und Anspielungen in den Griff zu bekommen und um die Beziehung zwischen den individuellen psychologischen Typen und ihren sozialen und politischen Einstellungen (attitudes) herstellen zu können.[294] Bei dieser Arbeit konnte das Institut auf die Unterstützung von Dr. Herta Herzog, der emigrierten Sozial- und Kommunikationswissenschaftlerin, aus New York zurückgreifen, die eine ausgewiesene Expertin der empirischen Sozialforschung war.[295] Anhand dieses Scoring Manuals wertete ein Team bestehend aus Dr. Gretel Adorno, Diedrich Osmer, Günther Flüs, Jacques Décamps, Karl Sardemann, Rudolf Holzinger und Ludwig von Friedeburg 14 Tage lang bei einem "intensive[n] Probescoren" zunächst ein Diskussionsprotokoll gemeinsam, dann jeweils in Zweierteams sechs Protokolle aus. Ergebnis dieses Probescorens war, dass das Manual überarbeitet werden musste, so dass zusätzliche Kategorien hinzukamen und Graduierungsmöglichkeiten der Aussagen vorgesehen wurden. Insgesamt wurde das Scoring-Manual erheblich differenziert. Nach Abschluss des Probescorens begann die Arbeit des eigentlichen Scorens.[296]

Im Februar berichtete Horkheimer weitere 32 Gruppendiskussionen an HICOG, so dass die Gesamtsumme auf 128 angestiegen war. Bis März wurden weitere sieben Experimente durchgeführt.[297] Es zeigte sich aus technischen Gründen – wegen der schlechten Transkribierbarkeit –, dass im April-Mai 1951 noch weitere drei Gruppendiskussionen (Gesamtsumme 137) geführt werden mussten. Die Arbeit des Scorens schritt zügig voran, im April waren 50 Diskussionen gescort, im Mai wurden weitere 48 Diskussionen gescort. Im April/Mai 1951 begann auch die Arbeit mit Hollerith-Karten und Hollerith-Maschinen zur endgültigen Auszählung der Diskussionen. Die Arbeit schritt zügig fort und es wurden parallel weitere 153 Folgeinterviews geführt, so dass bei den Folgeinterviews eine Summe von 280 erzielt wurde. Auch für diese Folgeinterviews mit Fragebögen und offenen Fragen war bis Mai ein Scoring Manual erarbeitet worden.[298] Insgesamt wurde bis Juni 1951 eine Gesamtzahl von 395 intensiven Folgeinterviews geführt und 122 der 137 Gruppendiskussionen konnten gescort werden. Im Juli berichtete Horkheimer, dass die Übertragung der auf den Code-Sheets zusammengefassten Scoring-Ergebnisse auf Lochkarten begonnen wurde; dies wurde im August abgeschlossen.[299] Im Oktober konnte Horkheimer Horkheimer vom Abschluss der

[294] IfS, Report to Dr. John Riedl, Education Branch, Education and Cultural Affairs Division, Office of Public Affairs, HICOG, Frankfurt/Main 10.2.1951, ebd.
[295] IfS, Report to Dr. John Riedl, Education Branch, Education and Cultural Affairs Division, Office of Public Affairs, HICOG, Frankfurt/Main 10.1.1951, ebd.
[296] Bemerkungen zum Riedl Report, ebd.
[297] Vgl. ebd.
[298] IfS Report to Dr. John Riedl, Education Branch, Education and Cultural Affairs Division, Office of Public Affairs, HICOG, Frankfurt/Main 10.5.1951, ebd.
[299] Ifs Report to Dr. John Riedl, Education Branch, Education and Cultural Affairs Division, Office of Public Affairs, HICOG, Frankfurt/Main 4.10.1951, ebd.; Draft Riedl Report, 11.8.1951, ebd.

statistischen Auswertung der Diskussionen[300] und im Januar 1952 die Inangriffnahme der Auswertung mit einer IBM-Auszählmaschine berichten. Darüberhinaus hatte die qualitative Interpretation der Diskussionen begonnen.

Die Diskussionen um die Auswertung begannen bereits im Dezember 1951 auf einer Sitzung mit Adorno, Osmer und Flüs. Das Spannungsfeld zwischen quantitativer und qualitativer Auswertung konnte beschrieben werden und die Forschergruppe beschloss, dass ein Schwerpunkt auf der qualitativen Auswertung liegen sollte. Dabei wurden erste Gedanken formuliert, wie die qualitative Auswertung erfolgen solle, nämlich durch phänomenologische Auffächerung von Zitaten, die Analyse einer Einzelsitzung und eine Analyse der Versuchspersonen. Die Reaktionen sollten auf "faktische Motive", "psychologische Motive" und "Abwehrmechanismen" als einem "Ausweichen in die Irrationalität" untersucht werden. Eine Woche später wurden die ersten analytischen Kategorien näher bestimmt. Man unterschied zwischen dem Nationalisten (bewusster oder potentieller), dem potentiell Verständigungsbereiten und dem bewusst Verständigungsbereiten.[301]

Der Nationalist wurde als ein Akteur beschrieben, der dem "Prinzip der reinen Selbsterhaltung" folge, das "Ideal der Demokratie" ablehne, da sich dieses "nie rein verwirklichen lasse". Er sei durch allgemeinen Zynismus gekennzeichnet und allgemein der Gruppe derjenigen Leute zugehörig, "die den wachsenden Antisemitismus mit dem Verhalten der DPs begründen". Das Argument, "alle sind an allem gleich Schuld" sei unter ihnen verbreitet, ebenso die Relativierung der KZ-Verbrechen durch den Verweis auf den alliierten Umgang mit den Gefangenen. Auch die Kenntnis der Judenverfolgung werde in dieser Gruppe im Allgemeinen bestritten. Es handele sich um "Leute, die sich mit der eigenen Gruppe identifizieren und alles Schlechte auf die anderen projizieren".[302] Bei vielleicht grundsätzlicher Ablehnung der Diktatur sei in dieser Gruppe die Ansicht verbreitet, "dass unter einem faschistischen Regime [...] wenigstens Ordnung herrsche". Das Phänomen der Schuldverdrängung lasse auf diesen Typ schließen, jedoch solle dieses Kriterium nicht isoliert herangezogen werden. Nicht auszuschließen sei, dass in dieser Gruppe "Rachegefühle als Folge von Schuldverdrängungen vorherrschen. Ambivalent sei die Haltung zum Autoritären: "Angebliche Ablehnung des Autoritären bei gleichzeitigem Hervortreten der Autoritätsgebundenheit im Negativen." Stichwortartig hält das Protokoll schließlich noch die Merkmale "Stereotypie", "Antiintraception", "Destructiveness and cynism", "Projectivity" fest. Die Merkmale verweisen insgesamt erneut auf den engen Zusammenhang zwischen *Gruppenexperiment* und *Authoritarian*

[300] IfS Report to Dr. John Riedl, Education Branch, Education and Cultural Affairs Division, Office of Public Affairs, HICOG, Frankfurt/Main 15.10.1951, ebd.
[301] Stichwortprotokoll der Besprechung vom 9.12.1950, IfSA A 1 Gruppenstudie, Ordner 1.1. 0. Vorarbeiten.
[302] Vgl. ebd., S. 1.

Personality.[303]

Die Verständigungsbereiten werden knapper charakterisiert. Sie zeichneten sich durch die "generell positive Beurteilung des C[olburn]-Briefes" aus, äußerten "Kritik an Macht", höben das Menschliche hervor und übten "Kritik an Stereotypie", indem sie betonten, dass "menschliche Kritik nur über Individuen, nicht über Gruppen möglich" sei. Es handele sich um "Leute, die andere Gruppen gelten lassen", summarisch gehörten dieser Gruppe alle an, "die spontan von Verschleppungen und Judenverfolgungen und KZ-Greueln berichten".[304]

Problematisch erschienenen der Untersuchungsgruppe die "Unentschiedenen", bei denen die "[b]este Definition wahrscheinlich dynamisch" sei, weil eine "Anschauungsänderung während der Diskussion" erfolge. Die Frage sei, ob diese echt sei, "da es Leute gibt, die zunächst äussern, was sie als 'verlangte' Meinung ansehen und später erst ihre wirkliche Meinung äussern". Dabei handele es sich oft um Meinungen, "die in sich widerspruchsvoll", "alogisch oder wirr" sind. In der Schuldfrage seien diese Versuchspersonen unentschieden. Möglicherweise handele es sich bei den Ambivalenten um "Verängstigte, aus Furcht, irgendwann [...] zur Rechenschaft gezogen zu werden". Häufig sei ein "Ausweichen in abstrakte Begriffe" festzustellen.[305]

In der Gesamtsitzung am 22. Dezember 1950, auf der Horkheimer, Adorno, Herzog, Sauermann, Osmer, Flüs, Sardemann, Décamps, Schweppenhäuser, Rosenberg und Dr. Pollock anwesend waren, wurde neben den qualitativ-interpretatorischen Fragen auch eine Reihe technischer Fragen, wie mit den Bändern und der Transkription zu verfahren sei, besprochen.[306] Allmählich bildeten sich bestimmte Oberthemen, die neben die eher formalsoziologisch orientierten Kriterien, die bisher für die qualitative Analyse herangezogen werden sollten, als inhaltliche Leitpunkte hinzutraten. Man einigte sich auf die Kategorien "Verhältnis zum Ausland, Rassenproblem, [i]nnenpolitische Fragen, Schuldfrage". Dabei wurden Themen für die monographischen Studien bereits nachdem erst eine gewisse Summe von Gruppendiskussionen abgehalten worden war, festgelegt: "1. Schuld, verdrängte Schuld, 2. Case-study eines Individuums, 3. Analyse einer Gruppendiskussion, 4. Sprache und Ausdruck, 5. methodologisch-soziologische Studie".[307] Insgesamt hielt die Forschergruppe in diesem Protokoll eine Menge quellenkritischer Einsichten fest, die in der späteren Analyse nicht alle Beachtung fanden. So wurde die Bildungsabhängigkeit der Äußerungen in der Werkstattdiskussion deutlich festgehalten. Dass man mit den Kriterien nicht zu weit gehen sollte, zeigen folgende Bemerkungen. Während in den ersten Sitzungen mit Nationalisten,

[303] Vgl. ebd., S. 2.
[304] Vgl. ebd., S. 2.
[305] Vgl. ebd.
[306] Interessant ist hieran, dass der gesamte Versuchsablauf mit den überwiegend ja studentischen Mitarbeitern, jedenfalls hierarchisch niedrigerstehenden Teammitgliedern besprochen wurde.
[307] Vgl. Stichwortprotokoll der Mitarbeiterkonferenz v. 22.12.50, ebd.,[fol. 1f].

Verständigungsbereiten und Unentschiedenen noch die Rede von Kategorien von Menschen war, machte sich die Arbeitsgruppe diesmal klar, dass die Kategorien lediglich auf Aussagenarten angewendet werden durften und, "[d]a das Individuum nie als ein ganzes und einheitlich reagiert und funktioniert" müsse man „jedes Zensieren und Schematisieren des Individuums [...] vermeiden."[308]

Anhand von Beispielen wurden Ergänzungsvorschläge zum Scoring-Manual vom 2.1.1951 verfasst, diese Ergänzungen sahen als zusätzliche Kategorien für die Auszählung die Punkte "Kritik am Colburn-Brief; Humanität; Verhältnis zu Begriffen wie Freiheit, Macht; Kenntnis von Judenverfolgungen; Verhältnis der Deutschen zur Politik" vor. Im einzelnen hatte die Gruppe typische Zitate zusammengestellt zu den Punkten "Juden", "D.P.s", "Remilitarisierung", "Demokratie", "Nationalsozialismus", "Schuld", "Stellung zum Ausland", "Verhältnis zur Politik", "Kritik am Colburn-Brief".

Insgesamt war es dem Institut gelungen, mit HICOG einen Drittmittelgeber für das Forschungsprojekt zu gewinnen, der an der vom Institut konzipierten Kombination von quantifizierenden und qualitativen Ansätzen interessiert war. Damit war zumindest ein potenter Kooperationspartner gewonnen, der das Interesse des Instituts, Methoden der empirischen Sozialforschung in Deutschland als explizit so verstandene Demokratiewissenschaft zu vermitteln teilte. Problematisch sah es auf der Rezipientenebene, bzw. auf das als konkretes Wirkungsfeld angedachte Feld der Sozialwissenschaften und der akademischen Psychologie aus. Das Institut erntete bei seinen Bemühungen, andere Institute in ein wissenschaftliches Großprojekt einzubinden, zwar höfliches Interesse, aber eine mit den *Studies in Prejudice* vergleichbare Situation ließ sich nicht schaffen. Zwar kam es zu einzelnen technischen Kooperationen, aber nicht zu dem geplanten umfassenden Großprojekt zur Vermittlung der Methoden der Demokratiewissenschaft empirische Sozialforschung. Möglicherweise hatte das Institut für Sozialforschung aber auch die personellen Ressourcen der anderen Institute überschätzt. Andererseits ist es wahrscheinlich, dass die für eine Kooperation angefragten Institute den politischen Charakter der Studie als zu riskant einschätzten und eine Kooperation mit dem Institut für Sozialforschung scheuten, weil sie mit ihren Studien eher weniger vermintes Terrain wie zum Beispiel das der Industriesoziologie zu betreten beabsichtigten. Ein Konfliktfall um einen amerikanischen Survey über die Demokratiefähigkeit der Deutschen zeigt jedenfalls die Empfindlichkeiten auf deutscher Seite, die das Projekt des Instituts für Sozialforschung auf jeden Fall berührte.

[308] Vgl. ebd., [fol. 3f.]

Exkurs: Ein Umfrageskandal zur deutschen Vergangenheit 1953

Einer der regelmäßig durchgeführten amerikanischen Surveys löste im Januar 1953 eine breite öffentliche Kontroverse aus. Bisher waren die Surveys von OMGUS und seit Gründung der Bundesrepublik von HICOG der deutschen Öffentlichkeit, sieht man von engeren Fachkreisen ab, nicht bekanntgeworden. In Artikel vom 18. Januar 1953 berichtete der Bonner Korrespondent der New York Times, Drew Middleton, über eine Zusammenstellung von amerikanischen Erhebungen über die Einstellung der Deutschen zum Nationalsozialismus in den Jahren 1951-1952.[309] Die Erhebungen hatte das Deutsche Instituts für Volksumfragen – kurz DIVO – im Auftrag des amerikanischen Hochkommissars in Deutschland angefertigt. Der Artikel wirbelte Staub auf, weil zu dieser Zeit drei andere Ereignisse die Öffentlichkeit beschäftigten. Da war zum einen die Naumann-Affäre: Die Briten hatten sieben ehemalige nationalsozialistische Funktionäre, die die Freie Demokratische Partei (FDP) in Nordrhein-Westfalen für ehemalige NS-Pateigenossen geöffnet hatten und einen entsprechenden politischen Kurs verfolgt hatte, verhaftet. Außerdem stand der erste Amerikabesuch von Bundeskanzler Adenauer kurz bevor; und drittens lief in Frankreich der Prozess um das Massaker von Oradour an. Nachdem die Meinungsumfrage das Kabinett beschäftigt hatte, gab Adenauer gleich drei Erklärungen ab – die erste am 19. Januar 1953 vor Journalisten, die zweite am selben Tag im Rundfunk, die dritte am 21. Januar 1953.

Betrachtet man die Umfragen nüchtern, zeigten sie wenig auffällige Momente; es handelte sich um eine der Umfragen, die das DIVO im Auftrag von HICOG regelmäßig unternahm. Die Umfrageergebnisse zeigten, dass ein konstant hoher Teil der Deutschen dem Nationalsozialismus mehr Gutes als Schlechtes abgewinnen konnte, dass nur ein geringer Teil der Deutschen bereit gewesen wäre, gegen eine neue Diktatur Widerstand zu leisten und dass viele 18-24 Jährige ein Einparteiensystem einem Mehrparteiensystem vorziehen würden. Die Presse nahm die Umfrage jedoch zum Anlass, in einen regelrechten Entrüstungssturm zu verfallen. Der Artikel in der ‘New York Times’ wurde in einer Vielzahl von Artikeln als ein reines Politikum, die Umfrage als eine “antideutsche Aktion” dargestellt. Eine Karikatur illustrierte sie als anglo-amerikanischen Streich.[310]

Einer inhaltsanalytischen Untersuchung des Kölner Instituts für Sozial- und Verwaltungswis-

[309] Drew Middleton: Rise in Neonazism Is Shown By Survey in West Germany, in: New York Times, 18.1.1953, S. 1, S. 19. Vgl. IfSA Box Research And Analysis Branch, Office of the U.S. High Commissioner for Germany, Office of Public Affairs, Reactions Analysis Staff: A Year End Survey of Rightist and Nationalist Sentiments in Western Germany. Report. No. 167, Series 2, 12.1.1953. *IfSA Box* HICOG, Office of the U.S. High Commissioner for Germany, Office of Public Affairs, Reactions Analysis Staff: The Present Status of “Neo-Nazism” in West Germany, Report Nr. 118; Zusammenfassung auch in: Richard L. Merritt: Public Opinion in Semi-Sovereign Germany. The HICOG Surveys, 1949-1955. Urbana, Chicago, London 1980, S. 150f. Zum Vorgang und Kontext der Naumann-Affäre vgl. insbesondere Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik, S. 361-396, zur HICOG-Umfrage insbesondere S. 372-377.

[310] René König: Praktische Sozialforschung, in: René König: Das Interview, S. 13-33, insbesondere S. 19-20.

senschaften zufolge sind in der Periode vom 19. Januar bis zum 7. Februar 1953 insgesamt 148 Artikel in 96 Zeitungen über die HICOG-Umfrage erschienen.[311] Was Berichte wie Kommentare zuallererst zeigen, ist die übergroße Skepsis gegenüber der Aussagefähigkeit der Umfrageforschung und das Diffundieren der Regierungsposition, wobei leichte Differenzierungen nach "rechter" oder "linker" Orientierung der Presse festzustellen sind. Insgesamt aber wird das empirische Ergebnis auf breiter Front als "deutschfeindliche Agitation", als "Gefahr für die europäische Integration", als "völliger Mangel an Fingerspitzengefühl seitens der Amerikaner" oder gar als "Rückkehr des Morgenthau-Plans" zurückgewiesen.[312] Ein besonderes Motiv der Artikel verdient noch Hervorhebung, nämlich die Zurückweisung von "Anklage" und "Verurteilung", die stereotyp auftauchen. In besonders drastischer Form beschrieb das *Mindener Tageblatt* die Umfrage. Sie warf ihr in Benutzung des antisemitischen Stereotyps "antideutsche Brunnenvergiftung" vor.[313]

Auch die Meinungsforscher und Sozialwissenschaftler meldeten sich in der Presse zu Wort. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschien im Januar 1953 eine Stellungnahme Peter Neumanns vom Allensbacher Institut, der im wesentlichen die Regierungslinie stützte.[314] Helmut Schelsky wies in der *Welt am Sonntag* die DIVO-Befunde zur neonazistischen Gefährdung der Jugend auf der Grundlage der von ihm geleiteten Untersuchungen zur Lage jugendlicher Arbeiter zurück.[315]

Öffentlich wahrgenommen wurde das Gruppenexperiment zum ersten Mal Anfang 1953, als der Forschungsbericht noch nicht fertiggestellt, aber die Erhebungsphase längst abgeschlossen war. In Verbindung mit dem Skandal um Publizierung des HICOG-Surveys, in dem den Deutschen mangelnde Demokratiefähigkeit bescheinigt und das Wiedererwachen nazistischer Tendenzen thematisiert wurde, erschien in der Süddeutschen Zeitung ein aufschlussreicher Bericht über das Gruppenexperiment. Unter dem Titel "Das Meßbare und das Unmeßbare an Herrn X" thematisierte der Bericht "neue Wege der Meinungsanalyse", die gewählt werden, weil "Fragebögen [...] verpönt" seien. Fragebögen waren in der Tat verpönt, da sie an das Entnazifizierungsverfahren erinnerten. Dieser Sachverhalt wird in anderen Fallstudien der vorliegenden Dissertation noch mal aufgegriffen.[316] Die öffentliche Kontroverse um die HICOG-Surveys beleuchtet die vergangenheitspolitische Situation in der ersten Hälfte der 1950er Jahre und veranschaulicht, in welchen Rezeptionskontext die

[311] Gert Höfer, Meinungsforschung und Presse in Deutschland, dargestellt am Problem einer Umfrage über die Einstellung der westdeutschen Bevölkerung zum Nationalsozialismus. Diplomarbeit der Universität zu Köln 1954/55, Manuskript, Bibliothek des Seminars für Soziologie, Universität zu Köln, S. 23.
[312] Vgl. ebd.
[313] Antideutsche Brunnenvergiftung, Mindener Tagblatt 21.1.1953.
[314] Erich Peter Neumann: Die Amerikaner und der Nationalsozialismus. Anmerkungen zu einer Umfrage, in: FAZ 21.1.1953, S. 2.
[315] Helmut Schelsky, in: Welt am Sonntag 25.1.1953, zit. nach Höfer, S. 32-34.
[316] Vgl. Hans Schuster: Das Meßbare und das Unmeßbare an Herrn X", in: Süddeutsche Zeitung, 27.01.1953, S. 3.

Frankfurter Studie fallen konnte, wenn sie freilich auch positiv wahrgenommen wurde.

1.7. Vorstellung und Rezeption der Befunde des *Gruppenexperiments* auf der Expertentagung im Mai 1953

Erstmals stellte das Frankfurter Institut Ergebnisse aus der Studie im darauffolgenden Mai 1953 einem Fachpublikum vor. Die Mitarbeiter der Studie präsentierten den eingeladenen Experten aus verschiedenen Bereichen der politischen und gesellschaftlichen Praxis die Methode ebenso wie qualitative Analysen.[317] Vorsitzender der Tagung war Helmuth Plessner, der zu dieser Zeit am Institut für Sozialforschung arbeitete.[318] Plessner betonte in seinen einleitenden Worten, dass der "übergroße Teil der Eingeladenen aus [...] der Praxis [komme], [...] also Vertreter aus der Verwaltung, aus der Regierung, von vielen Instituten und Zweigen des öffentlichen Lebens, die jedenfalls im engeren Sinne doch nicht [...] sich selber zur wissenschaftlichen Arbeit rechnen." Er fuhr fort, dass das Institut gerade darauf großes Gewicht gelegt habe, das Experiment „nicht in erster Linie vor einem Kreis von Fachkollegen, sondern eben vor diesem Kreis [vorzustellen], an den sich im Grunde genommen dieser Versuch richtet: an die verantwortlichen Führer des öffentlichen Lebens."[319] Berührungspunkte dieser Art zwischen Wissenschaft und Praxis gebe es in vielen Gebieten der Wissenschaft, jedoch seien sie auf dem "Gebiete der Geisteswissenschaft noch Rarität geblieben". Dies sei jedoch nötig, um von alten Traditionen der Soziologie Abstand zu gewinnen, die sich "zu sehr ins Theoretische, ins Konstruktive" verloren habe: "[Die Soziologie] versuchte, von gewissen philosophischen Grundanschauungen aus mehr oder weniger ein Wesensbild gesellschaftlicher Beziehungen zu entwerfen und verlor damit sehr oft den Kontakt zu den empirischen Verhältnissen [...]".[320] Gerade die starken Impulse der amerikanischen Sozialforschung verwiesen nachdrücklich auf die soziale Erfahrung, die "mit den verfeinerten Methoden in den Mittelpunkt der Aufgaben" gebracht würden, um "die soziale Erfahrung mit neuen und verfeinerten wie reicheren Methoden nun wirklich auszubauen."[321] Dabei sollten die Menschen, die Gegenstand der Untersuchung seien, nicht isoliert werden und zu Versuchskaninchen degradiert werden, sondern unter Wahrung theoretischer Gesichtspunkte

[317] IfSA A 1 Gruppenstudie, Ordner 1.2, Vorarbeiten, Stenographischer Bericht, Bericht und Aussprache über eine Studie mit dem Thema Verhalten und Meinungen charakteristischer Gruppen der Bevölkerung zu weltanschaulichen und politischen Fragen, Freitag 15.5.1953, IfS Frankfurt/Main.
[318] Zu Plessners Biographie aus zeithistorischer Sicht vgl. Carola Dietze. Nachgeholtes Leben. Hellmuth Plessner 1892-1985. Eine Biographie. Göttingen 2006.
[319] IfSA A 1 Gruppenstudie, Ordner 1.2, Vorarbeiten, Stenographischer Bericht, Bericht und Aussprache über eine Studie mit dem Thema Verhalten und Meinungen charakteristischer Gruppen der Bevölkerung zu weltanschaulichen und politischen Fragen, Freitag 15.5.1953, IfS Frankfurt/Main, S. 1
[320] Ebd., S. 2.
[321] Vgl. ebd., S. 2f.

sei die Würde des Versuchsteilnehmers zu wahren.[322] Insgesamt kann man die Argumentation Plessners in diesem Zusammenhang durchaus auch als eine defensive Argumentation verstehen. Es handelte sich bei der vorgebrachten Argumentation augenscheinlich um eine Verteidigungsargumentation gegen mögliche Vorwürfe, die neuen Methoden der empirischen Sozialforschung und hier besonders das Gruppendiskussionsverfahren degradierten die Menschen zu reinen Versuchsobjekten.[323] Was die Öffentlichkeit der Veranstaltung betreffe, machte Plessner Einschränkungen, denn man habe sich bewusst entschieden, keine Presse einzuladen, "denn die Verhandlungen, die Mitteilungen hier sind noch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt." Nach dem oben geschilderten Umfrageskandal, in dessen Zusammenhang wie gezeigt auch das *Gruppenexperiment* Erwähnung fand, waren die neuen Methoden offensichtlich noch nicht vollständig etabliert und man erlegte sich, gerade auch vor dem Hintergrund der zu Tage geförderten Ergebnisse eine gewissen Beschränkung was die Öffentlichkeit der Veranstaltung betraf auf. Im Institut wusste man nach dem Skandal vom Frühjahr 1953 wie heftig die deutsche Öffentlichkeit auf den Nachweis nationalistischer und autoritärer Ressentiments und Einstellungen reagierte.

Was das Verhältnis zwischen Theorie und Praxis betrifft, führte Plessner aus, dass man in Deutschland erst wieder lernen müsse, dass Theorie "ein Stück werdende Praxis [ist]. Die Theorie muss sich deshalb in Fühlung mit der Praxis halten." Aus diesem Grunde sei die Aussprache nach den Referaten und die offene Diskussion auch besonders wichtig: "Wir hoffen, daß wir nicht nur Ihnen zeigen können, daß hier ein wichtiges Instrument einmal entwickelt werden kann, wichtig für die Weckung politischen Lebens, für die Weckung politischer Interessen, für die Weckung und Pflege politischen Selbstvertrauens bei dem Einzelnen." Das klingt zunächst einmal wie ein unbedeutender Gemeinplatz, der erst vor dem Hintergrund der Strategie des Instituts, neue Methoden der empirischen Sozialforschung einzuführen und damit ein Land zu verändern, verständlich wird. Dazu musste man Widerstände überwinden, darum musste man für die eigenen Methoden und ihre Stichhaltigkeit werben und ihre Bedeutung für die politische Kultur allgemein unter Beweis stellen.

Im Anschluss berichtete Friedrich Pollock über die allgemeinen Institutsarbeiten, Forschungs- und Lehraufgaben seit der Wiedergründung des Institutes. Aufgabe des Instituts sei Forschung und Lehre der Soziologie, worunter Pollock die Wissenschaft vom vergesellschafteten Menschen in der Massengesellschaft verstand: "Wir wollen [...] versuchen, zu verstehen, wie er [der Mensch in der Massengesellschaft] geworden ist, wie er heute existiert, wie er reagiert, wenn er auf sich allein gestellt ist oder wie er reagiert in Gruppen, in

[322] Vgl ebd., S.2ff.
[323] Vgl. ebd., S. 3f.

seinen normalen täglichen Beziehungen."[324] Um dieses Forschungsziel zu erreichen, wolle das IfS zur Fortentwicklung und Weiterbildung der Methoden der empirischen Sozialforschung beitragen. Die dritte Aufgabe sei die Lehre auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften unter besonderer Hervorhebung des Verhältnisses zwischen Theorie und empirischer Forschung. Dem Lehrprogramm des Instituts zufolge sollten "die Studenten in den Methoden der empirischen Sozialforschung so intensiv, wie es möglich ist, ausgebildet werden." Aufgebaut sei der praktische Unterricht in einem Seminarbetrieb für Anfänger und Fortgeschrittene, der zwei Praktika einschlösse, in denen selbständige Versuche empirischer Forschung unter der Leitung eines Institutsassistenten durchgeführt werden. In den Semesterferien würden fortgeschrittene Studenten daher auch in den Forschungsbetrieb des Instituts eingebunden.[325] Die Forschungsprojekte des Instituts hätten nicht nur einen wissenschaftlichen Selbstzweck, sondern dienten dazu, die Studenten in der Anwendung der Methoden empirischer Sozialforschung auszubilden. Die Forschungsprojekte selbst seien so ausgewählt, dass sie zur Aufgabenstellung des Instituts die Erforschung des vergesellschafteten Menschen in der Massengesellschaft voranzutreiben, beitragen. Schließlich sollten die Forschungsprojekte dazu beitragen, die "Methoden, mit denen diese Art intensiver Sozialforschung durchgeführt werden können, weiterzubilden sowie möglichst elastisch gestellte Erfahrungen zu vermitteln".[326] Im Anschluss daran berichtete Pollock über die einzelnen seit 1950 begonnenen und zum Teil bereits abgeschlossenen Forschungsprojekte.[327]

Diedrich Osmer stellte die Ziele und Methoden des Gruppenexperiments dar. Er kontrastierte die Gruppenstudie mit den üblichen Methoden der Meinungsforschung, indem er auf die Erfindung des Stichprobenverfahrens in den 30er Jahren und die ersten Anwendungen durch George Gallup hinwies: "Gallup war es [1936] nämlich gelungen, durch Befragung weniger tausend Einwohner der Vereinigten Staaten ein Wahlergebnis annähernd richtig vorauszusagen, während sich die Prognosen einer Mammuterhebung mit 10 Millionen Fragebogen als falsch herausstellten. Das Geheimnis von Gallups Erfolg bestand darin, daß er eine verhältnismäßig kleine Zahl von Menschen befragte, die jedoch nach statistischen Gesichtspunkten sorgfältig ausgewählt waren."[328] Durch den Erfolg von Gallups Studie sei eine Vielzahl von Studien angeregt worden: "Mit Hilfe der 'Umfragemethode' schien es möglich zu sein, viele Probleme unserer industrialisierten Massengesellschaft zu erhellen, die sich bis dahin dem Zugriff der exakten Forschung entzogen hatten."[329] Osmer anerkannte die Leistungen der Umfrageforschung. Allerdings formulierte er auch eine deutliche Kritik des

[324] Ebd., S. 9f.
[325] Vgl. ebd., S 11.
[326] Ebd., S. 13.
[327] Vgl. ebd., S. 17.
[328] Vgl. ebd.
[329] Ebd., S. 1.

Konstrukts “öffentliche Meinung”: “Man unterstellte nämlich, daß der Einzelne ‘seine’ eindeutige und sich relativ langsam wandelnde Meinung hat, daß diese Einzelmeinungen ohne größere Schwierigkeiten messbar seien, und man so ein Bild der ‘öffentlichen Meinung’ erhält, wenn man die Einzelmeinungen addiert und nach statistischen Punkten aufbereitet.”[330] Osmer zufolge übersehe dieser Ansatz die in der Psychologie schon länger sich durchsetzende Erkenntnis, dass man das Individuum nicht isoliert, sondern in der Vielzahl seiner “Beziehungen zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft” betrachten müsse. Man müsse die Gruppendynamik beachten, wolle man Gültiges über die in einer Gesellschaft herrschenden Meinungen sagen, d. h. man müsse “die Strukturen und Veränderungen von Gruppen als Ganzes, wie als Summe von Individuen und zahlreicher anderer Phänomene” in den Blick nehmen.[331] Die “Punktmessungen” der Meinungsforschung erfassten jedoch gerade nicht “die Dynamik und Differenziertheit der dahinter sichtbar werdenden Meinung“. Auch seien die durch die Meinungsforschung erfragten Meinungen keineswegs immer “wahre” Meinungen, sondern es handele sich im Gegenteil „bei den aus der ‘Oberflächenschicht’ des Bewußtseins kommenden Antworten [oft] um ‘Rationalisierungen’“.[332] Es sei nötig, „in die tieferen seelischen Schichten einzudringen, besonders wenn man wirkliche Aufschlüsse über stark gefühlsbeladene Fragen erhalten will. Hierzu jedoch benötigt man Verfahren, die es gestatten, die psychologischen Abwehrmechanismen zu überwinden, mit denen die Menschen zu verhindern versuchen, daß ein anderer ihre wirkliche Meinung erfährt.”[333]

Die Meinungsbildung sei hingegen „ein dynamischer Prozess“, daher sei nötig, diese Dynamik zu erfassen.[334] Der Forscher müsse durch Schaffung einer Situation dazu beitragen, die “starke[n] psychologischen Hemmungen” zu überwinden, die die Versuchperson davor schützen, eine Meinung zu äußern. Des weiteren müsse der manifeste vom latenten Inhalt einer Aussage unterschieden werden. Es sei daher notwendig, „daß die Versuchsteilnehmer in eine Situation versetzt werden, die der Wirklichkeit so nahe wie möglich kommt und die es gestattet, die Menschen bei der Bildung und Äußerung ihrer Meinung zu beobachten.”[335]

Aus diesen Voraussetzungen habe sich, so Osmer, die Versuchsanordnung ergeben. “Als Modell schwebte uns dabei eine Gruppe von Reisenden in einem Eisenbahnabteil vor, wo man ja oft genug beobachten kann, daß einander ganz fremde Menschen sich mit erstaunlicher Offenheit über die heikelsten Fragen unterhalten. Die Anonymität, die Unverbindlichkeit

[330] Ebd., S. 2.
[331] Vgl. ebd., S. 2.
[332] Vgl. ebd., S. 3.
[333] Ebd., S. 3.
[334] Ebd., S. 4.
[335] Ebd., S. 4.

und Zwanglosigkeit des Gesprächs, die Freiheit, sich an der Unterhaltung zu beteiligen oder sich zurückzuziehen, sollte ganz ähnlich wie im Eisenbahnabteil in den Diskussionsgruppen gewährleistet sein." Das Modell des Eisenbahnabteils wurde auch von Horkheimer gelegentlich bemüht, um die Methode des Gruppendiskussionsverfahrens zu veranschaulichen.[336]

Nach Osmer berichtete Volker von Hagen über die Beobachtungen zum Thema "[d]er Einzelne und die Gruppe". Erstes Unterthema war die Bildung einer psychologischen Einheit der Gruppe. Die "Integration kleiner Gruppen" war einerseits ein Thema, das in der Theorie Gruppendynamik eine Rolle spielte, andererseits in den grundlegenden Schriften zur Soziometrie der Zeit abgehandelt wurde. Das Forscherteam am IfS erwähnte diese Forschungsrichtungen, konzentrierte sich bei seinen Beobachtungen und Erklärungsansätzen aber auf psychoanalytische und tiefenpsychologische Ansätze. Als Erklärung bot von Hagen auf der Tagung die Theorie des kollektiven Narzissmus an: "Es ist, als gewönnen die einzelnen Versuchsteilnehmer eine spezifische Befriedigung aus dem 'Wir' der Gruppe, zu der sie gehören."[337] Insgesamt betonte von Hagen, dass die Forschergruppe von der Stärke der kollektiv-narzisstischen Regungen bei den Versuchsteilnehmern überrascht gewesen sei.[338]

Die Forschergruppe hatte vielfältige Formen der Abwehr, die als der Erinnerungsabwehr wie der Schuldabwehr hinsichtlich der Erfahrungen des Nationalsozialismus, der Judenverfolgung und des Kriegsgeschehens interpretiert werden können, beobachtet. Von Hagen führte Formen der Abwehr auch auf den kollektiven Narzissmus zurück: "Viele Phänomene der Abwehr in unseren Diskussionen – und der Abwehrgestus findet sich fast sämtlichen Gegenständen [der Untersuchung] gegenüber – sind vielleicht gar nicht so sehr, wie es im Sinne der psychoanalytischen Theorie nahe läge, unmittelbar aus dem Schuldkomplex erwachsen, sondern vermittelt durch diesen kollektiven Narzissmus."[339] Von Hagen hält den kollektiven Narzissmus zwar für kein rein deutsches Phänomen, verweist aber dennoch auf spezifische Bedingungen der deutschen Geschichte und der Vorgeschichte des Nationalsozialismus: "[D]as Deutschland nach dem Kriege, dem die Untersuchung gilt, bot für die Bildung des kollektiven Narzissmus besonders günstige Voraussetzungen. Das Gefühl der Macht und Größe Deutschlands war während des Naziregimes ins Phantastische gesteigert worden, um dann zu explodieren; es ist verständlich, daß sich die Individuen an jene Vorstellungen heften, um dem drohenden psychischen Vacuum [!] zu entgehen, um überhaupt noch sich mit etwas identifizieren zu können."[340] Von Hagen zufolge werden vergangene Gemeinschaftsformen auf die Gegenwart übertragen: "Das Kriegskollektiv und dann die Notgemeinschaft der Hungerjahre, in der es zumindest den meisten so schien, als ob 'alle in einem

[336] Vgl. ebd.
[337] IfSA A 1, Gruppenstudie, Ordner 1.2. Vorarbeiten, [Volker von Hagen], Der Einzelne und die Gruppe, S. 1.
[338] Vgl. ebd., S. 2.
[339] Ebd., S. 2.
[340] Ebd, S.2f.

Boot saßen', liefert das Schema, dies 'Wir' krampfhaft am Leben zu erhalten, auch nachdem die monströse Gemeinschaftskonzeption Hitlers zerging."[341] Dabei würden vergangene Zustände irrational in die Gegenwart verlängert, denn so von Hagen, "[v]ielfach reagieren unsere Versuchspersonen so, als wäre der Zustand der Bombenangriffe permanent, als müßten sie sich in einer Katastrophensituation um jeden Preis zusammenschließen, auch wo gar keine Gefahr vorliegt, sondern nur aus Äußerungen im Entferntesten ein aggressives Moment entnommen wird."[342] Wichtig sei, dass die abstrakten Kategorien der Rasse und des Reiches zwar entwertet seien, dass aber das Bedürfnis nach Identifikation weiterhin dazu beitrage, die Gruppe zu einem "Wir" zusammenzuschließen: "Nachdem die Hitler'schen Inhalte der Volksgemeinschaft, der Rasse des Reiches nicht mehr als Objekte der affektiven Bindung verfügbar sind, genügt jedes gleichsam sich zufällig sich bildende 'Wir', um stellvertretend die Funktion zu übernehmen, die solchen Parolen einmal zukam, und noch die ephemere Gruppe der Diskussionen fühlt sich auf die Dauer ihres Zusammenseins als ein solches zugleich bedrohtes und sich selbst bestätigendes Kollektiv."[343] Darum haben man z.B. beobachten können, dass "der Einzelne häufig mehr und mehr in der Gruppe aufging, bis es kaum noch individuelle Reaktionen gab."[344] Ein wichtiges Merkmal, das diesen Beobachtungen zufolge auftrat, war das uneigentliche Sprechen, das Sich-Verstecken hinter einem unverbindlichen "Man sagt". So habe eine demokratieskeptische Sprecherin in der Gruppe ihre Meinung so formuliert: "Man hört ja immer wieder, daß die älteren und jüngeren Leute sagen, ja so geht das nicht. Hier in Deutschland muß irgendein Mann an der Spitze sein, es muß diktiert werden, sonst geht's mit den Deutschen nicht. Die Meinung ist doch sehr vertreten." Sie schränkt selbst ein: "sie ist ja leider vertreten, denn damit wird ja die Demokratie nicht gefördert...", um kurz darauf fortzufahren: "Es ist ja doch vielleicht so, wie man leider sagt; wenn das heute die Demokratie ist oder sein soll, wenn das die Demokratie ist, dann ist die Demokratie auch nichts." Als sich daraufhin Widerspruch in der Gruppe erhebt und die Sprecherin merkt, dass die Gruppe mehrheitlich demokratisch eingestellt ist, macht sie schnell eine Kehrtwendung und fügt mit erhobener Stimme hinzu: "Ja, aber das ist eben das Schlimme, daß es nachgesprochen wird und daß man der Sache nicht auf den Grund geht und daß man sich nicht wirklich bemüht, in die Demokratie einzudringen, gedanklich."[345]

[341] Ebd., S. 3.
[342] Ebd, S. 3.
[343] Ebd., S. 3. Zur Diskussion um die Volksgemeinschaft im Nationalsozialismus, über ihren Realitätsgehalt und ihre ideologische Bedeutung vgl. jetzt Frank Bajohr, Michael Wildt (Hg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus. Frankfurt/Main 2009, insbesondere die Einleitung der Herausgeber, dies.: Einleitung, ebd., s. 7-23 und 188-194, sowie Detlef Schmiechen-Ackermann: ‚Volksgemeinschaft': Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im Nationalsozialismus. Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte. Paderborn 2012, hier insbesondere ders.: dass. Einführung, S. 13-53
[344] IfSA A 1, Gruppenstudie, Ordner 1.2. Vorarbeiten, [Volker von Hagen], Der Einzelne und die Gruppe, S. 3f.
[345] Vgl. ebd., S. 5.

Von Hagen berichtet von verschiedenen Vorgehensweisen der Versuchsteilnehmer, die Gruppenmeinung auszukundschaften. Eine Methode sei die langsame Steigerung der Behauptungen, so schirme man "sich gegen den möglichen Unwillen der Gruppe ab". Bei letzterem ziehe sich der typische Teilnehmer darauf zurück, dass doch alle Deutsche seien.
Indem, so von Hagen, die Gruppe sich durch diese Mechanismen zusammenschließe, werde sie mit der Zeit „etwas, was wie ein Subjekt handelt. Dies ist zu berücksichtigen, wenn wir uns die 'einzelnen' Äußerungen näher ansehen. Das sind keine 'einzelnen' Äußerungen mehr. Sie gehören dem einzelnen Teilnehmer nicht mehr allein. Sie sind nicht mehr isoliert, sondern bilden Teile von Zusammenhängen. Sie sind durch die Situation mitformuliert worden."[346]
Eine Gruppe regele sich, so von Hagen, wenn man einmal von den Vorgaben des Diskussionsleiters absieht, weitgehend selbst, sowohl im Verhalten als auch im Tonfall: "Hat sich die Gruppe erst einmal integriert, so sind die einzelnen bestrebt, nicht aus ihr ausgeschlossen zu werden. Dieses Bedürfnis nach Zugehörigkeit oder [...] die Angst vor der psychologischen Verbannung" sei in allen Gruppen zu beobachten gewesen, führte von Hagen aus.[347] Aus dieser Angst vor der Isolierung erklärte von Hagen auch die Triebkraft des kollektiven Narzissmus, der weitgehend negativ bestimmt sei: "weniger [durch] die Liebe zur Gemeinschaft, als [durch] die Angst, jenes Maß an Schutz und Deckung zu verlieren, die das Unbewußte in einer infantilen Rückwendung in solchen Gruppen verspürt".[348] Selbst diejenigen, die ausgeschlossen würden, suchten von Hagen zu Folge wieder Anschluss an die Gruppe. Interessant sind auch die Beobachtungen dazu, wie die Gruppe es vermeidet, Einzelne auszuschließen, auch wenn sie das extremste äußern, beziehungsweise dazu wie Gruppen einzelne Mitglieder deckt. Von Hagen demonstriert das an einer Gruppendiskussion, bei der ein Zwischenrufer äußerte: "Man hätte alle Juden aufhängen sollen."[349] Der Diskussionsleiter bemerkte den Zwischenrufer und fragte nach, die Gruppe wechselte aber schnell das Thema, um die Peinlichkeit der Situation zu überspielen.
Die Forschergruppe des IfS hatte beobachtet, dass individuelle Neigungen in den Diskussionsgruppen sich selten äußerten: "Sehr selten nehmen es Einzelne auf sich, sich bewusst abseits von der Gruppe zu stellen. Nur Individuen von sehr starker Überzeugung, oft solche, die ihrerseits eine von der Gruppenmeinung differierende Kollektivmeinung haben, oder Menschen, bei denen der individuelle Narzißmus den kollektiven überwiegt, finden sich mit der Rolle des Außenseiters ab. Nach dem Bild, das die Diskussionen ergeben, ziehen die

[346] Ebd., S. 6.
[347] Ebd., S. 7.
[348] Ebd., S. 7.
[349] Ebd., S. 9.

meisten es vor, dazuzugehören und den Schutz der Gruppe zu genießen."[350]

In homogenen Gruppen wie in einer Gruppe von Jungsozialisten oder in einer Offiziersgruppe machten sich Tendenzen zur sozialen Kontrolle und zur Unterordnung unter Autoritätsbeziehungen besonders stark bemerkbar. Von Hagen bemerkte hierzu, dass "[i]n vielen dieser Gruppen [...] das bestehende Verhältnis von Vorgesetzten und Untergebenen in der Diskussion zutage [tritt]. [...] Man will dem Vorgesetzten nicht missfallen und pflichtet ihm bei, denn man möchte einen guten Eindruck machen." Besonders auffällig sei das in einer Offiziersgruppe gewesen. In dieser "sprach ein General nur selten, aber seine wenigen Worte übten einen Einfluß aus, der sich über die gesamte Diskussion hinweg verfolgen ließ."[351] Andererseits beobachtete die Forschergruppe, dass "kein ausgesprochenes Führer-Gefolgschaftsverhältnis in den Gruppen" aufkam, weil sich "Führungsansprüche [...] meistens nicht verwirklichen" ließen. In diesen Befunden und in der Interpretation durch die Forschergruppe machte sich die Anlehnung an die Befunde der *Authoritarian* Personality besonders deutlich bemerkbar.[352]

Als Gesamtergebnis hielt von Hagen fest: "In der Gruppensituation [...] ist das, was geäußert wird, nicht ausschließlich Äußerung des Einzelnen, sondern zugleich durch die Gruppe determinierte Äußerung. Der es sagt, spricht im Hinblick auf die Gruppe. Er rechnet mit der spezifischen Reaktion der Gruppe." Dieses Fazit war von Hagen so wichtig, weil es zeige, „daß man mit Urteilen über den Einzelnen vorsichtig sein muß. Man darf weder seine Äußerungen noch ihn selbst isolieren, man darf nicht darauf aus sein wollen, eine bestimmte Person als einen guten Demokraten oder das Gegenteil festzunageln". Äußerungen in der Gruppe haben demnach immer „Gruppencharakter".[353]

Auf die Vorträge von Osmer und von von Hagen folgte eine Diskussion, die sich in erster Linie mit technischen Fragen der Durchführung des Gruppenexperiments beschäftigte.[354] Unter anderem wurden die Art der Einladung und die Zusammensetzung der Gruppen diskutiert. Walter Jacobsen, der psychologische Experte der Bundeszentrale für Heimatdienst, wie die spätere Bundeszentrale für politische Bildung noch hieß, fragte nach der Zusammensetzung der Gruppen, worauf Diedrich Osmer die unterschiedlichen Experimente mit heterogenen und homogen zusammengesetzten Gruppen erläuterte und erklärte, dass man sich nach den explorativen Versuchen für homogene Gruppen entschieden habe. Weitere Fragen richteten sich auf den Grad der Unterrichtung der Versuchspersonen über die Zwecke des Experiments und auf die Größe der Gruppen. Daran anschließend berichtete Peter von Haselberg über das Verhältnis in den Gruppen zum Schuldgefühl, eine inhaltliche

[350] Ebd., S. 11.
[351] Ebd., S. 13.
[352] Vgl. ebd., S. 14.
[353] Ebd., S. 14f.
[354] Vgl. ebd., S. 24-27.

Zentralfrage des Forschungsprojektes, mit der sich später Adornos Monographie über "Schuld und Abwehr" auseinandersetzen sollte.[355] Eingangs verglich von Haselberg das Vorgehen mit der Sektion von Tieren und dem Mikroskopieren ihrer Bestandteile. Dabei merke man dass harmlose kleine Tiere, "so klein sie auch sind, doch recht unheimliche Krankheitserreger und -überträger sein können". Die Laborsituation des Experimentes stellte von Haselberg dabei in Rechnung: "Sie müssen sich vergegenwärtigen, daß die, die da gesprochen haben, genau wußten: Was wir reden, hat keine Konsequenzen. Wir brauchen nicht dazu zu stehen. Es wird niemand in aller Zukunft, morgen und später geben, der uns privat darauf festlegt: Du hast das gesagt, und in Zukunft hast Du also zu dem Gesagten zu stehen; das ist Deine Meinung." Die Situation war dem sogar entgegengesetzt, was von Haselberg als therapeutisches Setting umschreibt. In den Gruppen sei „eine Art von psychotherapeutischem Klima entstanden". Dadurch sei manches herausgekommen, „was vielleicht niemals herausgekommen wäre bei der Methode des Einzelinterviews oder gar der Beantwortung bestimmter Fragen nach einem Schema. Im Gegenteil ist ja die Lebendigkeit der Diskussion gerade dabei zu finden gewesen, daß man so und so oft nicht vom Thema sprach, sondern daß es dabei immer wieder zu Abweichungen kam; Abweichungen, die wir aber in die Schärfe des Objekts bringen und nachsehen mußten, inwieweit die Abweichungen etwas mit dem Thema zu tun hatten."[356]

Als generelles Ergebnis hielt von Haselberg fest, die Diskussion habe „ein negatives Ergebnis gezeigt, nämlich, dass eine wirkliche Diskussion der Schuldfrage gar nicht zustande kommt, daß sie vielleicht gar nicht möglich ist, deshalb nämlich, weil doch diese Diskussion eben nicht die volle Wirklichkeit war und in ihr garantiert wurde, daß man keine Geständnisse verlange." Dennoch habe es Ansätze zu Geständnissen in den Gruppen gegeben, wobei geradezu ein Geständniszwang zu beobachten sei: "die Versuche einzelner, auch ganzer Gruppen, hier den guten Willen zu bezeugen, zu sagen: Das ist passiert und wir sind schuld daran. Aber dieser Geständniszwang bleibt eigentlich abstrakt. Er verbindet sich nicht mit der Bemühung, inwiefern die einzelnen Personen damit schuldhaften Zusammenhang haben, sondern ist vielmehr eine Antwort auf die Parole der kollektiven Schuld [...]."[357] Dem stellt von Haselberg die heftigste Form der Abwehr gegenüber: "die Leugnung, daß etwas geschehen sei; daß die Juden ebenso schlecht seien oder daß die Deutschen verleumdet würden oder sich zur Wehr setzen müßten; die behaupten, daß es geschichtliche oder gar Wesensnotwendigkeit gewesen sei, was da geschehen ist."[358] Schließlich gab es eine dritte Alternative,

[355] IfSA A 1, Ordner 1.2 Vorarbeiten, Gruppenexperiment, Stenographischer Bericht, Bericht und Aussprache über eine Studie mit dem Thema Verhalten und Meinungen charakteristischer Gruppen der westdeutschen Bevölkerung zu weltanschaulichen und politischen Fragen, Frankfurt, 15.5.1953, S. 32.
[356] Ebd., S. 32f.
[357] Ebd., S. 34f.
[358] Ebd., S. 35.

den Versuch “das Thema überhaupt aus dem Gesprächsfeld zu drängen.” Dazu werde die Diskussion auf Nebengleise geführt, über den Autor des Colburn-Briefes, die Dauer seines Aufenthaltes in Deutschland und so weiter. Dabei hängen die verschiedenen Verhaltensmuster durchaus zusammen. So fügt von Haselberg eine Reihe von Beispielen an, die zeigen, wie auf die Äußerung des Schuldbekenntnisses heftige Abwehrreaktionen folgen, bis hin zu manifestem Antisemitismus. Einer der Diskutanten erklärte: “Diese Schuld, die lastet nun mal auf den Deutschen, die können wir ja eigentlich nicht abwälzen, das dürfen wir auch zugeben und dessen bewusst werden.” Das wird von einem zweiten Diskutanten verstärkt: “Das ist auch etwas, was uns bedrückt, ja was wir eben hundertprozentig zugeben, daß das sehr schlimm war und aus dem Grunde vielleicht der Amerikaner [Colburn] vollen Grund hat, auf die Deutschen eben zu sagen: Ja, Ihr habt es jetzt notwendig, daß ihr zu mehr Menschlichkeit erzogen werdet.” Daraufhin kippt aber die Argumentation: “Ja, ich weiß nicht, ob das in anderen Ländern nicht genau so ist, daß der Jude nicht so ganz für voll genommen wird, wie es bei uns so ist.” Darauf sagt der Erste bald: “Wenn man zum Beispiel an der Synagoge vorbeigeht, das stößt einen so ab, eben wie die da herumstehen ... Also, da hat man richtig Ekel davor, Abscheu.” Der Andere wird darauf auch deutlicher: “Es ist einfach kein Einfügen in die deutsche Gemeinschaft, die deutschen Juden sind jetzt wohl wieder da, aber sie lassen sich als Märtyrer pflegen und behandeln, aber sie – ja ich weiß nicht ... Jedenfalls ich persönlich, ich würde mich nicht freuen, wenn Juden an führende Stellen kämen, aber wenn sie sich einfügen würden und so auch ihre Kraft drangeben, wirklich Deutschen zur Verfügung zu stehen.”[359] Peter von Haselberg fasst lapidar zusammen: “Na, also von Schuldgefühl ist da nicht mehr viel übrig, sondern die Situation ist doch plötzlich wieder aktuell; das ist die Abwehr.”[360] Vielmehr belegen diese Beispiele den manifesten Antisemitismus, der sich in den Gruppendiskussionen Raum brach.

Von Haselberg zeigt auf, wie Schuldanerkenntnis auch in anderer Hinsicht in Abwehr und Rechtfertigung umschlagen kann, nämlich durch das Mittel der Aufrechnung. Dabei wird auf einen sprachlichen Trick zurückgegriffen, den die deutsche Sprache anbietet, “daß nämlich die Schuld, die aus dem theologischen und Strafrechtsdenken herstammt, synonym ist mit der Schuld, welche eigentlich das soziale Verhältnis der Menschen untereinander ist, nämlich die Schuldverhältnisse der privaten Verpflichtungen und Leistungsansprüche.” Dadurch erleichtere sich die Aufrechnung und die gegenseitige Saldierung der Schuld. Als Beispiel führt von Haselberg einen Korpsstudenten an, der seine Äußerungen damit begann, ein “klassisches Verbrechen” zu benennen: “Fangen wir dann doch mit einem klassischen Verbrechen an, und das ist der Kindermord von Betlehem.” Dann führt er weiter aus, dass

[359] Ebd., S. 39f.
[360] Ebd., S. 40f.

die katholische Kirche in den Hexenprozessen Schuld auf sich geladen habe. “Aber das ist meines Ermessens völlig gleichgültig”, fährt der Korpsstudent fort, “ob wir jetzt nun fünf Millionen Juden umgebracht haben, oder ob die seinerzeit eine Million Frauen verbrannt haben, oder in Bethlehem auch eine Million [!] Kinder umgebracht worden sind – Verbrechen bleibt Verbrechen.” So beginnt die Reihe der Schuld ausgerechnet mit einem “jüdischen” Verbrechen, dem des Herodes, das vergleichsweise schlecht belegt ist und in der summierenden Aufrechnung zeigt sich eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber dem deutschen Verbrechen.

Diese Art der Aufrechnung von Schuld sei jedoch vergleichsweise abstrakt. Ein anderer Sprecher äußerte, “daß man die vielfältigen Verstrickungen der Schuld, die durch alle Nationen gehen, daß die nun endlich einmal wie der gordische Knoten gelöst würden, daß man also tabula rasa mit allen Vorwürfen gegenüber irgendwelchen Vergangenheiten macht, daß man sowohl die Vergangenheiten, die dem deutschen Volk irgendwie schuldhaft zugerechnet werden mögen, verschwinden läßt und gleicherweise wie hier in unserem deutschen Volk die berechtigten Schuldvorwürfe gegen die Alliierten fallen gelassen [werden] müßten.” Es zeigt sich hier, dass die Aufrechnung alliierter “Vergehen” gegen deutsche Verbrechen einen schuldentlastenden Zweck verfolgt. Die deutschen Verbrechen sollten relativiert werden und in einem Akt der Großzügigkeit spricht der deutsche Diskussionsteilhnnehmer sowohl die Deutschen als auch die Alliierten von den als vergleichbar hingestellten Schuldvorwürfen frei.

Noch konkreter ist die Aufrechnung in einem weiteren Beispiel: “Wenn wir eine Schuld wirklich gehabt haben und diese Schuld soll irgendwie gesühnt werden, dann sehe ich zumindest an dem, was das deutsche Volk wirklich alles mitgemacht hat und was es alles an Schrecken und an finanziellen Opfern und materiellen Opfern und auch irgendwie an anderen Opfern dargebracht hat, dann sehe ich darin schon eine gewisse Sühne, wenn es eine Schuld war.”[361]

Auch mit dem Lynchen wird die Judenverfolgung aufgerechnet, indem behauptet wird, es bestehe ein Unterschied zwischen dem Lynchen und dem Staatsverbrechen, insofern das Lynchen vom Mob aus der Bevölkerung ausgehe, was in Deutschland ja gegenüber den Juden nicht der Fall gewesen sei: “Es ist ja noch ein Unterschied, daß eben in Amerika die Lynchmorde von der Bevölkerung selbst ausgeübt werden, während wir hier ja noch eigentlich kaum den Fall gehabt haben, daß die Leute auf der Straße einen Juden angegriffen oder aufgehängt hätten oder ähnliches.”[362] Andere rechtfertigende und schuldentlastende, bzw. nach der Interpretation im Institut schuldabwehrende Argumente und Argumentationsstrate-

[361] Ebd., S. 48.
[362] Ebd., S. 49.

gien, die in den Diskussionen fielen, waren der Verweis auf den Fahneneid beim Soldaten und den vermeintlichen Befehlsnotstand.

Peter von Haselberg kam zu dem Schluss, dass das Bewusstsein der Schuld weiterwirke, es habe aber psychologisch gesprochen "zunächst einmal in den fünf, sechs Jahren nach Kriegsende, den typischen Charakter einer Gemütskrankheit, einer Neurose angenommen." Dieses Schuldgefühl werde verdrängt, „aber es hat dazu geführt, Denkweisen des Nationalsozialismus zu erhalten. [...] Das sind ökonomische Verhaltensweisen des Seelenlebens geworden, aber sie bedeuten eine Anfälligkeit für neue totalitäre Verführungskünste, wenn [...] der politische Druck auf den Einzelnen, auf das deutsche Volk einmal wieder zunimmt."[363] Aus diesem Statement Haselbergs wird klar, dass die Forschung einen ganz praktischen Zweck verfolgte, nämlich von den Sozialforschern am Institut als praktischer Beitrag zur Vorbeugung gegen "totalitäre Verführungskünste" betrachtet wurde.

Auf die Frage aus dem Auditorium, ob sich bezüglich der Merkmale der Gruppenzugehörigkeit von Versuchspersonen zu den Gewerkschaften oder zu den Konfessionen etwas sagen lasse, antwortete von Haselberg, christliche Diskutanten hätten das Schuldproblem bejaht, allerdings weitgehend in abstraktem Sinne: "Es lässt sich [...] feststellen, daß es mehr bei der Formel oder bei der Verpflichtung bleibt, schuldiger Mensch zu sein, aber das nun schon wieder Gelegenheit gibt, Schuld auszubreiten auf alle und damit also zum Teil die Schuld zu vermindern."[364] Bei den Gewerkschaftern und Sozialdemokraten stellte von Haselberg eine Inkonsistenz des Weltbildes fest. Einerseits sei es nach der Tradition nicht erlaubt, Antisemitismus zu äußern, jedoch sei dieses Tabu bereits sehr brüchig geworden. "Es gibt nun sehr viele Arbeiter", bemerkte von Haselberg zu diesem Punkt, "bei denen noch das Restgut von sozialistischen Methoden vorhanden ist, die aber alles durcheinander bringen und ebenfalls mit dem wüstesten Antisemitismus behaftet sind. Vor allen Dingen sind die Gewerkschaftsmitglieder, die wir in unseren Gruppen gehabt haben, genau so anfällig für alles, was als Propaganda gegen die Kriegsschuldlüge umgeht oder was allgemeine Parole der Aufrechnung ist."[365] In dieser Interpretation schimmern die Befunde des *Antisemitism among American Labor*-Projekts durch, die an die Befunde zum Autoritarismus der Arbeiterschaft in der Zwischenkriegszeit anschlossen. Auf die Frage, ob man denn das in den Diskussionen Geäußerte auch auf das Verhalten der Menschen im realen Leben übertragen könne, und den skeptischen Hinweis auf die "furchtbare Schlampigkeit unseres Meinens" entgegnete Gerhard Schmidtchen, "daß zwischen dem Verhalten in der Diskussion und dem Verhalten in anderen realen Situationen gar nicht so ein großer Unterschied besteht. Zwar ist objektiv eine Verantwortung in der Diskussion nicht gegeben, aber die Leute präzisieren das, was sie

[363] Ebd., S. 63.
[364] Ebd., S. 74.
[365] Ebd., S. 74f.

sagen: Darüber müßte gesprochen werden und das müßte meinetwegen Gegenstand einer Bundestagsdebatte sein."[366] Das Institut betonte den politischen Charakter der Äußerungen, den es anders als der Einwand von der "Schlampigkeit des Meinens" ernst nahm. Motivationen und Einstellungen waren nach Ansicht des Instituts handlungsprägend.

Am zweiten Tag der Tagung hielt Schmidtchen einen Vortrag über die Ordnung und Analyse des Diskussionsmaterials und Max Horkheimer sprach über die Geschichte des Instituts für Sozialforschung.[367] Schmidtchen erläuterte das Vorgehen der Forschergruppe bei der Auszählung des Diskussionsmaterials. Die Forschergruppe habe aus dem Material Begriffe gebildet und diese mit technischer Unterstützung ausgezählt. Dazu sei ein komplexeres Schema von Zählbegriffen und ein Code-Manual erarbeitet worden. Dieses Code- oder Scoring-Manual hatten die Frankfurter Forscher gemeinsam mit Herta Herzog ausgearbeitet. Ausgehend von der Ausgangshypothese, dass die Äußerungen der Versuchsteilnehmer in den Diskussionen durch die "objektive gesellschaftliche Situation" und durch "typische psychologische Tendenzen vorstrukturiert" seien,[368] sowie von den methodologisch wichtigeren Hypothesen, dass erstens "Meinungsäußerungen [...] sich in Form und Inhalt mit einer für die statistische Behandlung ausreichenden Häufigkeit" wiederholen und zweitens "selbst nach Form und Inhalt differierende Äußerungen [...] die gleiche, durch Interpretation zu ermittelnde Bedeutung haben" können, wurde ein Erfassungsschema ausgearbeitet, "dessen einzelne Zählbegriffe ganz konkret das wiedergeben, was mit ihnen gezählt wird."[369] Wichtig war der Forschergruppe folgendes: Die Zählbegriffe sollten "die sich wiederholenden Äußerungen beschreiben." Nach ihrer Funktion handelte es sich dabei um "deskriptive Kategorien". Zunächst wurden Aussagegegenstände allgemeinerer Natur als Themenkreise gebildet, unter die die einzelnen Äußerungen subsumiert werden konnten. Dabei ergaben sich 12 Themenkomplexe: Staatsform für Deutschland, Bundesrepublik, Schuld am Nazismus und am Krieg, Schuld an den KZ- und Kriegsgräueln, Antisemitismus, US-Besatzung, USA, England, Frankreich, Osten, Remilitarisierung, deutsche Selbstbeurteilung. Darunter wurden Kategorien gebildet, nach denen gezählt werden konnte.[370] Wichtig war dabei, dass die "Meinungsäußerungen selbst als Modelle für den Entwurf der Kategorien dienten, mit denen sie selbst erfasst werden sollten."[371] Als Beispiel unter dem Themenkomplex Bundesrepublik führt Schmidtchen den "Vorwurf der Verschwendung öffentlicher Gelder in Bonn" an. Um die Auswertung zu verfeinern, ordnete die Forschergruppe die Kategorien skalenähnlich an, "von

[366] Ebd., S. 76.
[367] IfSA A 1, Gruppenstudie, Ordner 1.2 Vorarbeiten, [Gerhard Schmidtchen], Ordnung und Analyse des Diskussionsmaterials.
[368] Ebd., S. 1.
[369] Ebd., S. 2.
[370] Ebd., S. 2.
[371] Ebd., S. 3.

Zustimmung über Ambivalenz bis Ablehnung".[372] Schließlich versuchte die Forschergruppe die Einstellungen der Diskutanten zu klassifizieren. Hierbei zeigte sich die Schwierigkeit, von Diskussionsäußerungen und vom Diskussionsverhalten auf Einstellungen zu schließen, ein sozialwissenschaftlich nicht einwandfrei begründbares Verfahren.[373]

Die Diskussion am zweiten Tag verlief bezeichnenderweise weitgehend in einer an therapeutische Sprachbilder angelehnten Terminologie. Die deutsche Bevölkerung wurde als eine zu therapierende Gruppe betrachtet, die das Vergangene noch nicht richtig durchgearbeitet hatte. Jedoch lässt sich eine gewisse Schwammigkeit der therapeutischen Sprachbilder und der psychoanalytischen Fachtermini in den Diskussionsbeiträgen nicht von der Hand weisen.

An der Fachkonferenz nahm mit Walter Jacobsen, dem psychologischen Referatsleiter der Bundeszentrale für Heimatdienst und Gründungsvorsitzenden des *Berufsverbandes Deutscher Psychologen* der spätere Begründer der Sektion *Politische Psychologie* im Berufsverband Deutscher Psychologen (BDP) teil. Seine fachlich versierten Beiträge zu methodischen Fragen zeigten reges Interesse am *Gruppenexperiment*. Der Kontakt zu Walter Jacobsen sollte einer der tragfähigen Kontakte bleiben, die sich aus der Praktiker- und Expertentagung zum *Gruppenexperiment* ergaben. Entsprechend seiner methodischen Aufgeschlossenheit und seinem inhaltlichen Interesse am *Gruppenexperiment* wandte er sich später an das Frankfurter Institut und betraute es mit einer Untersuchung zum antidemokratischen Bewusstsein der Spätheimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft.[374]

Nach der Tagung präsentierte Kurt H. Wolff vom *Department of Sociology* der *Ohio State University*, der am IfS einen Gastaufenthalt absolviert hatte, Ergebnisse der Studie zum Thema der Wahrnehmung Amerikas im Untersuchungsmaterial innerhalb der Sektion "Intergroup Conflicts and their mediation. Problems of International Conflicts and their Mediation" auf dem Kongress der *International Sociological Association* in Liège, die vom 24. August bist 1. September stattfand.[375] Hier ist über die Rezeption nichts bekannt.

1.8. Adornos Monographie zum Verhältnis von *Schuld und Abwehr* – das zentrale Untersuchungsergebnis

Die Befunde des Gruppenexperiments – die 1955 als Buch veröffentlicht wurden – waren niederschmetternd.[376] Die Zustimmung der Probanden zur Demokratie war in den Diskussi-

[372] Ebd., S. 4.
[373] Vgl. ebd., S. 12ff.
[374] Siehe hierzu das 3. Kapitel der vorliegenden Arbeit.
[375] IfSA Ordner Institutionen, Kongresse, Tagungen, Kurt H. Wolff, A Preliminary Study of the German Ideology concerning the USA, ISA, Congrés de Liege.
[376] Pollock: Gruppenexperiment.

onsbeiträgen denkbar gering (10% der Sprecher); sie nahm mit zunehmendem Bildungsgrad ab. Das Verhältnis der Sprecher zur deutschen Kriegsschuld und der Vernichtung der europäischen Juden wurde als besonders wichtiger Indikator für das sozialpsychologische Potential der Bevölkerung betrachtet. Vorherrschend waren die Leugnung, die Verkleinerung und die Abwehr des Wissens um die Vernichtung der europäischen Juden. Dies unterzog Adorno in einem Beitrag über "Schuld und Abwehr" einer qualitativen Interpretation.[377]

Adornos Ausgangspunkt war, dass die Versuchspersonen "wenn an die Nervenpunkte der Schuld gerührt wird [...] fast mechanisch sich eines bereits vorliegenden Vorrats an Argumenten bedienen, so daß ihr individuelles Urteil nur eine sekundäre Rolle zu spielen scheint: die eines selektiven Faktors im Verhältnis zum Vorrat."[378] Adorno begegnete zu Beginn möglichen Einwänden gegen den Reizcharakter der Grundreizes: "Zu dem Einwand, daß wir unsere Teilnehmer durch den Grundreiz gereizt haben, haben wir [...] zu sagen, daß es aller psychologischen Theorie und Erfahrung ins Gesicht schlüge, wollte man annehmen, das in der Gereiztheit Geäußerte sei zufällig und gleichgültig. Was ein Wütender sagt, nachdem sein Affekt die rationale Kontrolle durchbrochen hat, ist doch in ihm. Es drückt ebensowohl sein Unbewußtes, latente und ichfremde psychologische Potentialitäten aus, wie auf einem weniger tiefliegenden Niveau, den Vorrat vorbewußter, kurrenter Anschauungen, den er mit sich trägt, und den er als voll Bewußter durch sein autonomes Urteil durchstreichen oder bestätigen mag."[379] Bemerkenswert erscheint hier, dass Adorno in diesem Zusammenhang zu einer psychoanalytischen Terminologie greift. Dem Schuldkomplex liege eine tatsächliche Erfahrung von Schuld zu Grunde. Adorno geht davon aus, "daß tatsächlich [...] eine latente Erfahrung von Schuld vorliegt, und daß diese Erfahrung verdrängt und rationalisiert wird." Daher belaste sie die Über-Ich-Instanzen. Die nationalsozialistische "Erziehung zur Abschaffung des Gewissens" habe lediglich bei den "practioners of violence" gefruchtet, wohingegen die übergroße Mehrheit von den moralischen Vorstellungen der bürgerlich-liberalen Welt geprägt gewesen sei.[380] So ist Adornos Interpretation des Phänomens im Grunde nicht anklagend: "Wenn man Schuldgefühle und Verantwortung gegenüber dem von den Nazis Begangenen abwehrt, so bedeutet das nicht nur, daß man sich reinwaschen will, sondern ebenso auch, daß man, was begangen ward, eben doch unrecht fand, und darum ablehnt. Wäre das nicht der Fall, so bedürfte es nicht des Eifers der Distanzierung." Daher dürfe der Gedanke von der verdrängten Schuld nicht zu eng im psychoanalytischen Sinne interpretiert werden: "[N]ur soweit das Bewusstsein des begangenen Unrechts als eines Unrechts wach

[377] Theodor W. Adorno: Schuld und Abwehr, in: Pollock: Gruppenexperiment, S. 275-428, auch in Theodor W. Adorno: Gesammelte Schriften. Band 9.2: Soziologische Schriften II. Band 2. Frankfurt/Main 1975, 2003, S.121-324.
[378] Zitiert wird nach der Originalausgabe, Pollock: Gruppenexperiment, S. 278.
[379] Ebd., S. 279.
[380] Vgl. ebd., S. 280.

ist, werden die Abwehrmechanismen ins Spiel gebracht. Von all den Versuchsteilnehmern, die sich in Abwehr befinden, ist kaum einer so geartet, daß er etwa vertreten würde: es ist in Ordnung, daß sie umgebracht worden sind. Sondern es handelt sich meist um den Versuch, die eigene überwertige Identifikation mit dem Kollektiv, zu dem man gehört, in Übereinstimmung zu bringen mit dem Frevel: man leugnet oder verkleinert ihn, um nicht der Möglichkeit der Identifikation verlustig zu gehen [...]. Die Abwehr ist selbst ein Zeichen des Schocks, den [die in Abwehr Befindlichen] erfuhren, und damit eröffnet sich ein Aspekt der Hoffnung."[381]

Adorno weist den Vorwurf eines methodischen Zirkels zurück, der besagt, das Geäußerte sei erst durch den Colburn-Brief hervorgebracht worden. Er argumentiert, Colburns Charakterisierung der Deutschen sei nur sehr selten übernommen worden, und auch dann nur unwillig, entschuldigend und modifiziert. Vielmehr sei die Reaktion auf den Grundreiz wie eine infantile Reaktion "von der Art der Freude des Kindes am Lob und seines momentanen Zurückschlagens bei allem, was irgendwie wie Kritik dünkt. Die Grundstruktur der Reaktion auf den Brief ist die mehr oder minder blinde Identifikation mit der Nation als Kollektiv, dem Wir, dem verdinglichte andere Kollektive, wie 'der' Amerikaner, gegenüberstehen."[382]

Adorno geht im ersten Abschnitt von "Schuld und Abwehr" auf das Wissen über das Geschehene ein. Er zeigt, dass viele der Versuchsteilnehmer mindestens in Ansätzen von den Verbrechen wussten, dass aber unterschiedliche nachträgliche Strategien im Umgang mit dem Wissen existieren.[383] Ein Teil der Probanden gibt vor "[v]om Geschehenen nichts gewusst", bzw. "[v]om Geschehen damals nicht gewusst" zu haben – oft selbst in solchen Fällen, wo Probanden in der Nähe der Konzentrationslager wohnten. Eine Strategie der "Unwissenden" bestand darin, die "verständigungswilligen" Versuchsteilnehmer, die ihr Wissen vom Geschehenen eingestanden, in sophistische Diskussionen zu verwickeln, so dass deren Wissen unglaubwürdig erschien, zum Beispiel indem die Leugner Zahlenverhältnisse in den Zweifel zogen, aber auch die Echtheit angeführter Dokumente wie der Nürnberger Prozessdokumente oder sachlicher Beweise wie die Überreste von Opfern anzweifelten. Adorno interpretiert die Leugnungsstrategien im Umgang mit den Fakten der nationalsozialistischen Konzentrationslagerwelt als Versuche der Abwehr der realen Schuld.

Die "generelle Negation der Schuld" habe in den Gruppendiskussionen häufig am Anfang gestanden, so Adorno. Dabei sei die vollständige Negation der Schuld selten: "Dazu sind

[381] Ebd., S. 280f.
[382] Ebd., S. 281.
[383] Zum Problemkomplex, welche Kenntnis die Deutschen von den Verbrechen des Nationalsozialismus besaßen, siehe die Studien von Peter Longerich: Davon haben wir nichts gewusst. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945. München 2006; Frank Bajohr und Dieter Pohl: Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten. München 2006; Bernward Dörner: Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder konnte. Berlin 2007. Die Studien kommen übereinstimmend zu dem Befund, der auf differenzierter Auswertung der einschlägigen Quellen beruht, dass die Behauptung, von der Judenvernichtung nichts gewusst zu haben, für weite Kreise der Bevölkerung nicht zutraf, vielmehr sei die Kenntnis zwar diffus, aber durch die allgemeine Propaganda unausweichlich gewesen.

doch die Fakten zu nachdrücklich bekannt gemacht worden. [...] Die Abwehr bedient sich subtilerer Mittel, unter denen die Aufrechnung der Schuldkonten wohl das wichtigste ist."[384] Eine andere Strategie im Umgang mit der Schuld sei die "falsche Verinnerlichung der Schuld". Dabei werde auf den angeblich von außen, dem Ausland, erhobenen Schuldvorwurf mit Relativierung und dem Beharren auf dem subjektiven Moment der Schuldanerkenntnis reagiert, ein Insistieren darauf, dass die Schuldanerkenntnis von "innen" kommen müsse.[370] Dem liege „die Anschauung zugrunde, Schuldbewußtsein sei etwas so innerliches, daß es nicht von außen gefordert werden könne. Diese Idee von der Moralität in dem von Hegel kritisierten Sinne kommt aber am Ende dem eigenen Interesse des Schuldigen zugute. Indem er es lediglich mit sich auszumachen hat, wird er der realen Verantwortlichkeit innerhalb der Gesellschaft enthoben, und die religiöse Steigerung des Gewissensanspruchs läuft real auf den Relativismus hinaus."[371] Eine weitere Strategie im Umgang mit dem Schuldproblem sei es, die Schuld einer kleinen Clique zuzuschreiben: "Das Autoritätsprinzip erlaubt es, den obersten Führern, die nicht mehr am Leben sind, alles zuzuschieben."[385]

Damit wurde, so Adorno, eine "partielle Wahrheit, daß in der Tat die Durchführung der Terror- und Ausrottungsmaßnahmen einem sehr kleinen Personenkreis vorbehalten war" zur Unwahrheit gemacht, die leugne, „daß dieser kleine Kreis bis zu den beiden letzten Kriegsjahren vom Vertrauen einer großen Mehrheit getragen wurde". Adorno weist an dieser Stelle auf die Studien zum Nationalsozialismus im Umfeld des Instituts hin, besonders auf Otto Kirchheimer und Franz Neumann.[386]

Ein weiteres Argumentationsmuster, das Adorno hervorhebt, ist das Aufbegehren gegen Kollektivschuld-Zuschreibungen: "Durchweg sind die Versuche des Individuums, gegen die kollektive Schuld anzugehen, weit stärker affektiv besetzt als die, der individuellen Schuld

---

[384] Ebd., S. 302.
[370] Vgl. ebd., S. 302f.
[371] Ebd., S. 306.
[385] Ebd., S. 308. Interessanterweise verknüpfte ein Sprecher die Schuldzuweisung an die herrschende Clique mit dem Hinweis, dass es sich um Gräuelmärchen handelt. "Ich möchte noch abschließend sagen, daß diese ganzen Greuelmärchen, wie man sie in den verschiedenen Illustrierten über den Nationalsozialismus liest, daß das zum größten Teil aufgeputschte Geschichten sind, die aus reiner Sensationslust geschrieben worden sind, da doch nur eine kleine Clique vielleicht dagewesen ist, die diese Greueltaten auch im nationalsozialistischen Staat verübt hat." Ebd., S 309, Protokoll 109, S. 26.
[386] Er zitiert Otto Kirchheimer: Changes in the Structure of Political Compromise, in: Studies in Philosophy and Social Science 9, 1941, Nr. 2, S. 264-289 und Franz Neumann: Behemoth. New York 1943 [!], siehe Adorno: Schuld und Abwehr, S. 309f. Adorno dazu: "Totalitäre Regime sind – wie auf der Ebene der politischen Analyse Franz Neumann eingehend nachwies – paradoxerweise pluralistisch. Das erlaubt es den Massen, je nach Bedarf sich mit dem Regime zu identifizieren oder von ihm zu distanzieren. Wo aber ein totalitäres Regime zerbricht, kann dann die Mehrheit die Greuel als das von sich schieben, was 'die' verübt haben, indem sie so vom Grauen und schlechtem Gewissen sich lossagen, haben sie es umso leichter, dem, was das Regime an Vorteilen bot, die Treue zu halten. Man muß diesen finsteren Zusammenhang durchschauen, wenn man das Abwehrproblem ganz verstehen will. Der ganze Mechanismus wird von einem Teilnehmer einer Gruppe von Polizeibeamten auf die einfache Formel gebracht: X: 'Was der kleine Kreis der Gestapo verbrochen hat, war uns unbekannt, und somit konnten wir gar nichts unternehmen, weil wir nichts wußten.'" Ebd., S. 310, Protokoll 28, S. 41.

auszuweichen."[387] Das verweist auf das in dem Kapitel des *Gruppenexperiments* über Gruppe und Individuum beschriebene Phänomen der 'Gruppenmeinung'. Psychologisch gesehen, handelt es sich Adorno zufolge darum, dass der kollektive Narzißmus, die Lust dazuzugehören, ihre Erfüllung findet, indem sich die Einzelnen, die vom Wunsch beherrscht wird, etwas Kollektives hinter sich zu haben, zusammenstimmen und sich dann tatsächlich so etwas wie Kollektivität bilde: "In solchen Augenblicken fühlen sie sich so stark und sie sind gegen alles von außen Kommende so sehr abgedichtet, daß die Rationalität ausgeschaltet wird. Man braucht gar nicht mehr darüber zu reden, ja gar nicht mehr zu denken. Das Urteil der Gruppe usurpiert das Urteil der Vernunft. Die Frage der Kollektivschuld ist ein Nervenpunkt von solcher Art, daß wer immer nicht die etablierte Meinung teilt, nach dem Schema vom Vogel, der das eigene Netz beschmutzt, behandelt wird."[388]

Im folgenden Abschnitt behandelt Adorno das Selbstbild der Versuchsteilnehmer und geht auf die stereotypen Selbstdeutungen der Deutschen als "krankes" Volk ein, das in einer psychologisierenden Terminologie als von einer Neurose befallen beschrieben wird, ein "unselbständiges" Volk, für das letztlich die Sieger die Verantwortung trügen. So lasse sich die deutsche Schuld und Veranwtwortung auch auf das Ausland verschieben: "Die Folgerung, die aus dem angeblich oder wirklich pathogenen Zustand der Deutschen gezogen wird, ist durchweg der Appell ans Verständnis der anderen Völker. Diese werden psychologisch in die Situation der Eltern manövriert, von denen das Kind abhängt, denen es vertraut, und von denen es Verzeihung erwartet." Die Selbstdeutung „als krank, unselbständig oder psychopathisch" führe zum Vorwurf, die anderen Nationen ließen es an Verständnis fehlen.[389]

Adorno führt aus, dass die Abwehr nicht lediglich abstrakt erfolgt, sondern häufig durch Argumente auf die realen Verhältnisse zurückverweist. Der Charakter solcher Hinweise auf den propagandistischen Charakter des NS-Regimes und seinen Terror ist aber nicht einer faktensicheren Analyse der Vergangenheit geschuldet, sondern trägt Adorno zufolge den Charakter einer argumentativen Rationalisierung der Abwehr.

Schließlich geht Adorno auf das Problem der Abwehr im engeren Sinne ein, deren Hauptmerkmal die Projektion sei: "Wenn die Wahrheit oder zumindest Elemente der Wahrheit von den Abwehrmechanismen verarbeitet werden, vollzieht sich durchweg eine Verschiebung.

---

[387] Ebd., S. 314. Zum Kollektivschuldthema siehe Heidrun Kämper: Der Schulddiskurs in der frühen Nachkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des sprachlichen Umbruchs nach 1945. Berlin, New York 2005 sowie dies.: Opfer – Täter – Nichttäter. Ein Wörterbuch zum Schulddiskurs 1945–1955. Berlin, New York 2007; vgl. auch Norbert Frei: Von deutscher Erfindungskraft oder: Die Kollektivschuldthese in der Nachkriegszeit, in: Gary Smith (Hg.): Hannah Arendt Revisited: "Eichmann in Jerusalem" und die Folgen. Frankfurt/Main 2000, S. 163-176. Davon dass die Allierten die Kollektivschuldthese vertreten haben, kann nach den Befunden der jüngeren Forschung nicht ausgegangen werden, allerdings riefen die Alliierten Bemühungen etwa durch die Vorführung von Dokumentarfilmen eine kollektive Beschämung der Deutschen, vgl. hierzu: Ulrike Weckel: Beschämende Bilder. Deutsche Reaktionen auf alliierte Dokumentarfilme über befreite Konzentrationslager. Stuttgart 2012 (Transatlantische Historische Studien, Bd. 45).

[388] Ebd., S. 315f.

[389] Ebd., S. 325f.

Man verkehrt die eigene Schuld in die der anderen, indem man Fehler, welche diese begangen haben oder begangen haben sollen, zur Ursache dessen erklärt, was man selbst getan hat. Dieser Mechanismus hat aber eine wohlbekannte psychologische Seite: die der Projektion. Eigene Triebregungen, eigenes Unbewußtes oder Verdrängtes wird dem anderen zugeschrieben. Man wird damit den Anforderungen des eigenen Über-Ichs gerecht und findet zugleich Anlässe, unter dem Titel legitimer Strafe die eigenen aggressiven Neigungen auszulassen."[390] Projektive Neigungen wurden in Amerika während des Krieges als Schlüsselphänomen zur Erklärung der deutschen Mentalität betrachtet. Adorno verweist hier auf Richard M. Brickners Buch "Is Germany Incurable?". Für das Verständnis von Adornos Interpretation ist die Kenntnis der Erfahrungen mit der angelsächsischen zeitgenössischen Literatur des Zweiten Weltkriegs, die das deutsche Problem in einer therapeutisierenden Terminologie beschrieben wird, von enormer Bedeutung.[391]

Die Projektion auf das Ausland ist der erste Topos, auf den Adorno eingeht. Beliebt seien in den Diskussionen Argumentationen, die darauf hinweisen, dass das Ausland Hitler und sein Vorgehen ja geduldet hätten, etwa beim Einmarsch in das Rheinland oder 1938 gegenüber der Tschechosslowakei. Dabei machen die Diskutanten „aus der Tolerierung [...] umstandslos aktive Förderung."[392] Mehr in die Richtung der Aufrechnung gehen Argumentationen, die sich auf die Verwerflichkeit des alliierten Bombenkrieges beziehen: "Authentische Fälle von Projektion liegen dort vor, wo die Handlungen, die von den anderen begangen worden sein sollen, offensichtlich nicht den Tatsachen entsprechen und zugleich an eigene Schuld gemahnen. Daß die Bombenangriffe auf offene Städte von der deutschen Luftwaffe angefangen wurden, wird vergessen, und die Schuld für die totale Kriegsführung den Engländern zugeschoben. Häufig machen die Versuchsteilnehmer genaue Rechnungen auf, etwa unter Hinweis darauf, daß das Bombardement von Städten gegen Ende des Krieges militärisch

[390] Ebd., S. 350.

[391] Richard M. Brickner: Is Germany Incurable?, Philadelphia, New York 1943. Vgl. hierzu Uta Gerhardt: Gerhardt, Gerhardt: Medizin, Soziologie und Re-Education, in: dies.: Gesellschaft und Gesundheit. Essays zur Begründung der Medizinsoziologie. Frankfurt/Main 1991, S. 261-300; dies.: A Hidden Agenda of Recovery: The Psychiatric Conceptualization of Re-Education for Germany in the United States during World War II, in: German History 14, 1996, S. 297-324; dies.: Gerhardt, Uta: Denken der Demokratie. Die Soziologie im transatlantischen Transfer des Besatzungs-Regimes. Vier Abhandlungen. Stuttgart 2007 (Transatlantische Historische Studien; 31), S. 33-97. Adorno schränkt seine psychologisierende Argumentation jedoch in einem entscheidenden Punkt ein: "Es muß [...] daran erinnert werden, daß das [...] Material nicht durchweg als projektiv im strengen psychologischen Sinne betrachtet werden darf. Der Projektionsmechanismus ist wesentlich mit Rationalisierung verbunden, und es fällt angesichts der Virtuosität des Rationalisierens oft überaus schwer, eine Grenze zu ziehen zwischen dem zweckmäßigen Versuch, durch Aufmachung des Schuldkontos für den Partner sich selbst zu entlasten, und der unbewußten und zwanghaften Übertragung eigener Neigungen und Triebtendenzen auf andere, denen man daraus Vorwürfe macht. Von Projektion im eigentlich psychiatrischen Sinne darf wohl nur dort die Rede sein, wo gegen andere erhobene Vorwürfe deutliche Züge der wahnhaften Phantasie tragen. Das Material wird von uns hier nicht nach dem Schema der Unterscheidung solcher pathischen Projektion und mehr oder minder rational gewählter Gegenvorwürfe gegliedert, sondern nach Themen, an die sich Anklagen anschließen.", [Adorno]: Schuld und Abwehr, S. 351.

[392] Ebd., S. 352. Eine ähnliche Funktion wie diese Argumentationen haben Verweise auf den Schmachfrieden von Versailles, ebd., S. 354f.

schon nicht mehr notwendig gewesen sei."[393]

Die Projektion von Schuld ist auch in den Einlassungen von Versuchsteilnehmern zu fassen, denen zufolge die westlichen Alliierten die deutschen Kriegsgefangenen ähnlich wie in den KZ handeln behandelt hätten. Ein sprechendes Beispiel ist im folgenden Diskussionsbeitrag zu sehen: "[...] vor allem als der Krieg zu Ende ging 1945, hat man uns, also ich muß es offen aussprechen, den Juden übergeben in den Staaten – es waren höhere Offiziere [...] oder diese Betreuer – bei uns würde man sagen politische Kommissare – dort hießen sie dann Betreuer. Das waren Juden, zum größten Teil deutsche Emigranten, und das waren natürlich die ekelhaftesten Menschen, die es gegeben hat. Die haben uns gleich mal auf eine Hungerration gesetzt, haben uns Photographien von Buchenwald hereingebracht, die mußten wir unter Knüppel-Garde-Bedeckung, mußten wir diese Bilder betrachten. Wir mußten uns die schauerlichen Filme ansehen, als sie die Toten wieder ausgegraben habe, die angeblich aus den KZ stammten, und wie sie die Leichen da rumgetragen haben. Und wenn da mal einer die Augen zu – die meisten hatten die Augen zu, nicht wahr, und wollten das gar nicht ansehn – der kriegte eins mit dem Knüppel ins Kreuz, damit er wieder wach wurde und so weiter. Das war auf jeden Fall nicht demokratisch."[394] Adorno kommentierte das knapp: "Brutal waren hier also nicht die SS-Leute, die die Juden marterten, sondern die Juden, die angeblich die Deutschen zwangen, die Untaten der SS zur Kenntnis zu nehmen. Da deutsche Emigranten 'die ekelhaftesten Menschen, die es gegeben hat' gewesen sein sollen, dünkt diesen Versuchsteilnehmer 'natürlich'. Hier ist die nationalsozialistische Denkweise ungebrochen.[395]

Eine wichtige Rolle spielen in der Abwehr die Displaced Persons (DPs). Auf sie projizieren die Versuchsteilnehmer vorwiegend ihre latent oder manifest vorhandenen antisemitischen Stereotype, die in der Gesellschaft der ausgehenden 1940er und beginnenden 1950er Jahre bereits tabuisiert waren. Dass die Ressentiments gegen die DPs der Abwehr dienen, begründet Adorno so: "Es ist kaum zu viel gesagt, daß sie [die DPs] durchweg als Sündenbock fungieren und dazu genutzt werden, nachträglich rechtfertigen, was den Juden angetan wurde, oder wenigstens mildernde Umstände dafür beizubringen."[396] Besonders auffällig ist, dass die Vorurteile mit der aufgrund der Rückführung oder Ausreise nach Amerika und

[393] Ebd., S. 358; zum Luftkrieg vgl. Dietmar Süß: Tod aus der Luft. Kriegsgesellschaft und Luftkrieg in Deutschland und England. (Siedler) München 2011; ders., Jörg Arnold, Malte Thießen (Hg.): Luftkrieg. Erinnerungen in Deutschland und Europa (hrsg. mit Jörg Arnold und Malte Thießen), Göttingen 2009; ders. (Hg.): Deutschland im Luftkrieg. Geschichte und Erinnerung. München 2007.

[394] Ebd., S. 361, Protokoll 60, S. 5.

[395] Zu den Filmen vgl. Brewster S. Chamberlin: Todesmühlen. Ein früher Versuch zur Massen-„Umerziehung" im besetzten Deutschland 1945-46, in: VfZG 29, 1981, S.420-436; Brigitte J. Hahn: Umerziehung durch Dokumentarfilm. Ein Instrument amerikanischer Kulturpolitik im Nachkriegsdeutschland. Münster 1997 (Kommunikationsgeschichte; 4); siehe jetzt auch Weckel: Beschämende Bilder. Zum Umgang mit den Fotografien aus den Konzentrationslagern vgl. Cornelia Brink: Ikonen der Vernichtung. Öffentlicher Gebrauch von Fotografien aus nationalsozialistischen Konzentrationslagern nach 1945. Berlin 1998.

[396] Ebd., S. 366.

Palästina rückgehenden Zahl der DPs nicht abnehmen, sondern zunehmen. Adorno hält dies für einen Hinweis darauf, dass das Vorurteil wenig mit der realen Existenz der sozialen Gruppe zu tun habe, sondern vielmehr in den vorurteilsbehafteten Subjekten aufkommt.[397] Diesen allgemeinen Deutungsansatz zur Theorie des Vorurteils hatte schon die *Authoritarian Personality* formuliert. Auffällig sei Adorno zufolge gewesen, dass den vorrangig aus Osteuropa stammenden DPs, die mit dem Ostjudenstereotyp belegt werden, die "eigenen" bzw. "hiesigen" Juden entgegengesetzt worden seien, von denen manche Versuchsteilnehmer sich die Rückkehr "wünschen"; wären sie nicht, wie Adorno lakonisch anmerkt, vertrieben und ermordet, worauf die Teilnehmer aber nicht reflektierten, sondern ihren irrealen Wunsch nach den eigenen Juden als Beleg ihres fehlenden Antisemitismus anführen. Die Entgegensetzung der "anständigen" "eigenen" Juden und der "unanständigen" fremden DPs zieht sich durch das Diskussionsmaterial.

Als illustrierendes Beispiel mag folgende Diskussionssequenz dienen, in dem der unverblümte Antisemitismus zu Tage tritt:

" I.: 'Ich meine also, die Ostjuden nach dem Kriege, die haben sich nicht besonders beliebt gemacht. Es waren ja meistens Leute, die überhaupt nicht richtig deutsch sprechen, das ist ja auch schon unsympathisch, und dann haben sie sich meistens im Schwarzhandel betätigt.'

Versuchsleiter: 'Haben sich nicht alle mit [!] Schwarzhandel beteiligt? Oder haben sich nur Juden mit Schwarzhandel betätigt?'

I.: 'Nein, also das will ich ja nicht sagen, aber diese fielen ja besonders auf, wenn sie da ihre schwarzen Geschäfte machten. In München und auch hier in ... waren ja bestimmte Straßen bekannt, wo man meistens Juden angetroffen hat. Ja besonders geschickt sind sie in Handelssachen. Das kann man ihnen nicht absprechen.'

Versuchsleiter: 'In Handelssachen.'

D.: 'Vielleicht wirkt sich dieser ganze Antisemitismus in Deutschland auch dadurch noch stärker aus, weil der Deutsche an sich doch fleißig ist, und ich möchte behaupten, zueinander auch ehrlich. Gerade im Gegensatz zu den Charakterzügen des Juden, der an sich faul [ist] und gerne andere für sich arbeiten läßt.'

I.: 'Entschuldigen Sie, aber...'

D.: 'Ja und auch eben immer darauf ausgeht, auf dem Geschäftswege andere zu betrügen, vor allem die Christen, die Nichtangehörigen seiner Rasse, und dadurch vielleicht auch ein besonderer Hass in Deutschland besteht.'"[398]

Adorno kommentiert dass diese Sequenz auf die "alte Wut über den Zwang, arbeiten zu

[397] Vgl. ebd., S 366.
[398] Ebd., S. 368, Protokoll 59, S. 15f.

müssen, und über jegliche Unterdrückung" referiere, die sich in der Phantasie auslebe, dass es einer verhassten und möglichst ohnmächtigen Gruppe zu gut gehe. Dabei errege besonderen Hass die Tatsache, da die DPs in mancher Hinsicht von den Amerikanern unterstützt worden seien. Adorno hält diesen besonderen Schutz für notwendig und angemessen: "Die Frage, ob nicht die verjagten und dem grauenvollsten Schicksal entronnenen Menschen auf jenen Schutz und bescheidene Vorteile, die ihnen gewährt wurden, ein moralisches Recht hatten, wird gar nicht aufgeworfen."[399]

Diese Stelle zeigt, dass der nationalsozialistische Antisemitismus die Zäsur von 1945 und der Gründung der Bundesrepublik ziemlich unbeschadet überstanden hat. Die Probanden, die am Gruppenexperiment teilnahmen, ließen ihren Gefühlen und Ressentiments ziemlich freien Lauf und machten vielfach keine Anstrengungen, die manifest vorhandenen Ressentiments zu kaschieren. Dies zeigt auch eine zweite Diskussionssequenz, in der sich polenfeindliche Ressentiments, die mit den antisemitischen Ressentiments Hand in Hand gingen, zeigten:

"N.: 'Ich glaube der Amerikaner hat auch einen großen Fehler gemacht, als er die Deutschen zum Selbstregieren den Anfang gegeben hat. Vor allem öffnete er die KZ. Wir hörten vorhin blau, grün, rot [Häftlingskategorien], was da allrauskam. Der Amerikaner machte keinen Unterschied. Er ließ erst mal alle frei. Die KZler, die waren erst alle *die* Männer. Die kamen hier dann ans Ruder und kriegten die die dicken Karten, die kriegten mehr zu fressen. Die hatten auch mehr Geld, nicht war. Eine Menge Polen – wir haben das Leidwesen heute noch frei rumlaufen – überall sitzen die Polacken. Also wir sind den Leuten sehr schlecht gesinnt. Denn ich weiß nicht, ich kann jeden hier fragen, wenn irgendwo ein Überfall ist – mich selbst wollten sie vor vier Wochen im Wald zusammenhaun, drei Polen – wenn hier irgendwo ein Überfall ist, stecken die Polen dahinter, dieses Gesindel! Entweder haben die das in Polen nie anders gemacht, auf jeden Fall muss es einen Grund geben, daß man dieses Gesindel eben hinter Schloß und Riegel gesperrt hat. Da man diesen Leuten aber hier Vorrechte gegeben hat und dann noch bei der Währungsreform mit 1:1 das ganze Geld ausgetauscht hat... Was sind die geworden? Heute noch, es sind die letzten Schieber. Es sind immer noch Polen und Juden in der ... Straße usw. Ja, man soll doch erst mal dorten ausfegen; das ist der richtige Platz, und soll nicht bei uns rumkritisieren. Wir sind daran nicht schuld. Wir sind brave Arbeiter. Wir gehen früh zur Arbeit, kommen abends nach Hause, verdienen unser Geld mit unserm bißchen Arbeiten. Die dicken Herren mit den Brieftaschen, die gehen... Ich kann mich noch gut erinnern: kurz vor der Währungsreform, da sind doch Juden rumgelaufen von X. und haben noch gefragt: 'Hast Du Mark? Wieviel? – Geb ich Dir 10 Prozent!' usw. Die wollten, die haben ja die Mark 1:1 umgetauscht bekommen, egal, wieviel sie hatten. Ob

[399] Ebd., S. 368.

der fünfzig oder hunderttausend Mark hatte, der hat es gekriegt. Davon haben sie dann die Warenhäuser gebaut."[400]

Adorno stellte zu den angeführten Beispielen der Diskriminierung der DPs fest, dass diese eine spezifische Bedeutung für die Abwehr besäßen, indem der manifest vorhandene Antisemitismus rationalisiert und seine "Ursache" auf die DPs projiziert werde: "Der Antisemitismus wird nachträglich zur Folge ihres Verhaltens gemacht. Damit wird auf der einen Seite die Existenz eines deutschen Antisemitismus während der Zeit, in der das Äußerste geschah, aus der Welt diskutiert, auf der anderen Seite werden die heute bemerkbaren antisemitischen Tendenzen gerechtfertigt mit angeblich jüdischer Schuld. Erst heute, so läuft die Argumentation, gibt es eigentlich in Deutschland etwas wie Antisemitismus, und die Anklagen gegen die Vergangenheit erscheinen gleichzeitig nichtig und ex post facto legitimiert."[401]

Zum Beleg für diese Feststellung sei nochmals auf eine Sequenz der Gruppendiskussionen aus einer Diskussion mit bayrischen Bauern verwiesen, die die Rationalisierung des Ressentiments mustergültig ausdrückt: "L: 'Und deshalb kam ja auch der Hass gegen die Juden. Der war ja vorher gar nicht so stark. Die Amerikaner glauben und behaupten, der Hitler habe uns den Hass eingeprägt. Das stimmt gar nicht, sondern erst hernach, wie wir sie kennengelernt haben, was sie alles machen, nach dem Krieg. Die durften irgendwie ein Auto oder eine Schreibmaschine oder sonst irgendwas stehlen, kamen in die Synagoge rein und niemand durfte sie mehr holen. Doch wir wußten, daß sie drin waren. Das stimmt doch. Auch die Landbevölkerung glaubte hundertprozentig nicht. Deshalb kam der Hass gegen die Juden, nicht durch Hitler, im Gegenteil, alle haben Mitleid gehabt."[402] Adorno kommentiert dieses Zitat folgendermaßen: "Das Wahnhafte der Stelle besteht in der wirren Vorstellung, 'gestohlene Schreibmaschinen' seien in die Synagoge geschleppt worden. Unbekümmert um die Zeitordnung erklärt und rechtfertigt auch dieser Bauer den Antisemitismus mit dem, was angeblich von Juden verübt worden sein soll, nachdem die Millionen bereits ermordet waren."[403]

Die Gleichsetzung der DPs mit Verbrechern ging in einzelnen Diskussionen so weit, dass einzelne Sprecher sie in ihren "Strafphantasien" dorthin wünschten, "wo sie hergekommen sind", ins KZ, so zum Beispiel in folgender Wortmeldung: "M.: Zu den DP s möchte ich sagen, daß sich gerade unter den DP s [...] Elemente befinden, die tatsächlich ins Zuchthaus, und man kann ruhig sagen: ins KZ gehören." M. führt seine die Vergangenheit relati-

[400] Ebd., S. 369, Protokoll 60, S. 52f. Vgl. die Beiträge zur Praxis der Wiedergutmachun in Norbert Frei. José Brunner und Constantin Goschler (Hg.): Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel. Göttingen 2009 sowie Jürgen Lillteicher: Raub, Recht und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik. Göttingen 2007 (Moderne Zeit; XV).
[401] Ebd., S. 370.
[402] Ebd., S. 370, Protokoll 13, S. 13 f.
[403] Ebd., S. 370.

vierenden Aussagen mit der Behauptung, er kenne Auschwitz, fort, sei aber weder Kapo, noch Aufsichtspersonal gewesen und führt dann aus: “Aber ich möchte eins sagen, und das möchte ich, was mir zum Beispiel eine Frau in meiner Gefangenschaft in Holstein erzählt hat, und ich möchte es wörtlich wiedergeben, was sie gesagt hat: ‘Ich persönlich weiß nicht, was in den Konzentrationslagern geschehen ist, aber ich bin mit meinem Kind in den Bombennächten über brennenden Asphalt gelaufen.’ Und das kann ich jederzeit beurteilen, und nicht das, was dem Konzentrationslager an und für sich vorgeworfen wird. Und ich glaube, wenn man eine statistische Aufstellung machen würde, wer im Konzentrationslager gesessen hat, und wer heute hier draußen rumläuft, dann möchte ich sagen, daß sich die Zahl nicht nur verdoppelt, sondern sogar verdreifacht hat. Und man soll mal die Leute zeigen, bzw. die Anzahl der Leute, die in den Konzentrationslagern umgekommen sind.”[404] Adorno subsumiert diese Äußerung unter die Kategorie “KZs gar nicht so schlimm”, unter die er Äußerungen in den Gruppendiskussionen fasst, die die Verhältnisse in den Konzentrationslagern beschönigen, etwa indem sie auf den guten Ernährungszustand der Befreiten hinwiesen.[405] Wichtig an der Passage ist auch das Motiv der Aufrechnung, das in der Relativierung des in den KZ Geschehenen mit den Bombennächten besteht.

Ein weiteres Deutungsmuster, das in den Diskussionen oft vorgekommen sei, sei das Motiv der “Jüdischen Rache” gewesen. Dieser Vorwurf wird pauschal zum Beispiel gegenüber rückgekehrten Emigranten erhoben, die ja im übrigen die Verhältnisse nicht beurteilen könnten, weil sie nicht “dabei gewesen” seien.[406] Einen wunden Punkt berührte auch die Frage der Wiedergutmachung, wie Adorno schreibt: “Wenn es an die Wiedergutmachung geht, hört die Gemütlichkeit auf.” Adorno schildert den komplizierten Anerkennungs-Abwehr-Mechanismus in der Frage der Wiedergutmachung: “Selten wird die Wiedergutmachungspflicht einfach abgelehnt, sondern durchweg formal anerkannt, aber durch Einschränkungen und Klauseln illusorisch gemacht. Kaum ein Gedanke ist zu absurd, um nicht eingesetzt zu werden, wenn es darum geht, den eigenen Besitz festzuhalten.”[407]

Im Kapitel “Elemente der nationalsozialistischen Ideologie” weist Adorno darauf hin, dass das Vorhandensein der nationalsozialistischen Ideologie zwei Grundlagen haben könne, einerseits das Fortwirken der nationalsozialistischen Propaganda, andererseits mentale Dispositionen der Subjekte. Ein immer wiederkehrendes Argument, so Adorno, sei die Hervorhebung der angeblich “guten Seiten” des Nationalsozialismus, bzw. die Trennung einer angeblich unbelasteten Frühzeit des Nationalsozialismus von seiner späteren Entar-

[404] Ebd., S. 371, Protokoll 83, S. 8 f.
[405] Vgl. ebd., S. 371f.
[406] Vgl. ebd., 372f, vgl. auch 329f.
[407] Ebd., S. 374.

tung.[408] Bei der Betonung der "guten Seiten" des Nationalsozialismus würden häufig materielle Interessen, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit oder die Zunahme an Sicherheit angesprochen.[409] Relativ unbeschadet hat das Ende des Nationalsozialismus auch das nationalsozialistische Propagandamotiv der Gegnerschaft des Parteienunwesens überlebt. Die Stellen, in denen auf den Parteienhader negativ Bezug genommen wurde, galten Adorno als Beleg für die mangelnde Akzeptanz des demokratischen Systems, in dem der Ausgleich von Interessen über Aushandlungsprozesse zwischen verschiedenen Parteien erfolgt.[410] Auch unverblümte Nazireaktionen, Propagandareden eingeschlossen, fanden sich Adorno zufolge im Untersuchungsmaterial.[411] Als Beispiel analysiert Adorno eine längere Redepassage eines Versuchsteilnehmers, der sein überzeugtes Beitreten zur NSDAP als seinen Beitrag zum Kampf gegen den Bolschewismus verteidigt und als Konsequenz seines Wunsches nach Ordnung in Deutschland, in der niemand "angefallen" oder überfallen wird.[412] Der Redner rühmt sich auch seines eigenen Beitrags zur "Banditenbekämpfung", also jenem Bereich, der unter dem Stichwort Verbrechen der Wehrmacht in den vergangen Jahren Gegenstand historischer Analyse geworden ist, in dem es um die häufig willkürliche Erschießung von Zivilisten in der Bekämpfung so genannter Partisanen ging.[413] Zum Schluss garniert der Redner seine Propagandarede mit der Forderung nach Freilassung der in alliierter Haft sitzenden Kriegsverbrecher, ein beliebtes Motiv der westdeutschen Vergangenheitspolitik.[414] An einem anderen Beispiel demonstriert Adorno das Fortwirken der nationalsozialistischen Reaktionen, einem neunzehnjährigen Maschinenschlosser, der in der Diskussion die Lynchmorde der deutschen Bevölkerung an Besatzungsmitgliedern abgeschossener alliierter Flieger verteidigte, nachvollziehbar nannte und die daraus resultieren-

[408] Vgl. ebd., S. 376ff.
[409] Vgl. ebd., S. 376ff.
[410] Vgl. ebd., S. 380f.
[411] Vgl. ebd, S. 381.
[412] Vgl. ebd., S. 381f., insgesamt 381-384.
[413] Vgl. zu den Verbrechen der Wehrmacht: Hannes Heer und Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944. Hamburg 1995 [Aufsatzband], sowie unter dem gleichen Titel die Neuausgabe des Katalogs, vgl. Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.): Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944. Hamburg ²2002. Als Forschungsüberblicke über die erste Phase der Debatte vgl. Thomas Kühne: Der nationalsozialistische Vernichtungskrieg und die "ganz normalen" Deutschen. Forschungsprobleme und Forschungstendenzen der Gesellschaftsgeschichte des Zweiten Weltkriegs, Erster Teil, in: AfS 39, 1999, 580-662; ders.: Der nationalsozialistische Vernichtungskrieg im kulturellen Kontinuum des 20. Jahrhunderts. Forschungsprobleme und Forschungstendenzen der Gesellschaftsgeschichte des Zweiten Weltkriegs, Zweiter Teil, in: AfS 40, 2000, S. 440-486. Zur weiteren Debatte vgl. die Sammelbände Wolf Kaiser (Hg.): Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden. Berlin, München 2002; Christian Hartmann, Johannes Hürter und Ulrike Jureit (Hg.): Verbrechen der Wehrmacht Bilanz einer Debatte. München 2005; Gerhard Paul (Hg.): Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche. Göttingen ²2003, darin: ders.: Von Psychopathen, Technokraten des Terrors und "ganz gewöhnlichen" Deutschen, in: ebd., S. 13-90; Wolfram Wette: Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden. Frankfurt/Main 2002; zuletzt zum polnischen Fall Jochen Böhler: Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939. Frankfurt/Main 2006.
[414] Vgl. hierzu Norbert Frei: Vergangenheitspolitik, S. 133-306.

den Strafen in der Nachkriegszeit als ungerechtfertigt beurteilte.[415]

Ergänzend tritt in den Diskussionsbeiträgen Adorno zufolge aggressiver Nationalismus zu Tage, blinde Überbewertung des Deutschen im nationalistischen Sinne: "Häufig werden die 'deutschen Menschen' gewissermaßen als Generalpächter von Innerlichkeit und ähnlichen hohen Gütern präsentiert. Immer noch werden die Deutschen als Gemeinschaft besonderer Art, als menschlicher als andere Menschen, eine Art Gralsorden vorgestellt."[416] Da nimmt es auch nicht wunder, dass die Sozialforscher in dem Diskussionsmaterial auch auf manifeste "Überbleibsel der Rassentheorie" gestoßen sind.[417] So verweisen Diskutanten auf die natürlichen Unterschiede zwischen den Rassen, die erst einmal wertfrei zur Kenntnis zu nehmen seien. In diesem Zusammenhang findet auch das Stichwort abendländische Kultur als Kultur der "weißen Rasse" Verwendung, so dass sich die nationalsozialistische Rassentheorie in einen gesamteuropäischen Chauvinismus 'verflüchtigt'.[418] Intensiver berichtet Adorno von einer Diskussion eine Gruppe von Modeschülerinnen, die sich in der Gruppendiskussion Gedanken über die Möglichkeit "gemischtrassiger" Eheschließungen machte und worauf sich eine intensive Diskussion entspann. Allerdings machte die Forschergruppe auch Beobachtungen wie die in einer "keineswegs antisemitischen Frauengruppe", wie Adorno schreibt. Eine Diskussionsrednerin verteidigte die Nürnberger Gesetze: "Und ich behaupte sogar, daß die Nürnberger Gesetze mit den Juden für den Juden seinerzeit gemacht worden sind. Ich habe Juden gekannt, die eigentlich ganz zufrieden waren darüber... Mir haben Juden vor 1933 gesagt: Der Hitler schafft uns unser Israel. Das hat mir ein Jude 1933 wieder gesagt: Da kriegen wir jetzt unser Israel. Das hat ja gestimmt, die kriegen ihr Israel. Und durch die Nürnberger Gesetze haben die Juden doch eigentlich das bekommen, was sie wollten."[419] Doch dieses Argument war noch steigerbar, wie die selbe Rednerin im Verlauf der weiteren Diskussion bewies, indem sie sagte, die Juden seien auch mit der Reichspogromnacht einverstanden gewesen, weil sie sie näher an Palästina gebracht habe: "Der November 1938 ist doch überhaupt erst durch die Ermordung von dem Herrn Rath ausgelöst worden, und auch der Brand der Synagogen. Ich persönlich habe das alles für Schwindel gehalten, weil ich mir gesagt habe, die ganze Bewegung läuft doch darauf hinaus, daß die Juden nach Palästina kommen. Die Juden waren vielleicht damit einverstanden, daß diese frommen Synagogen alle wegkommen, damit sie später auch wegkommen."[420] Adorno bemerkt zu dieser Stelle lapidar: "Die Versuchsteilnehmerin hat den Schwindel der vorgeblich spontanen Volksaktion gegen die Juden durchschaut, setzt aber an Stelle der Lügen der

[415] Vgl. ebd., S. 384.
[416] Vgl. ebd., S. 386.
[417] Vgl. ebd., S. 386-391.
[418] Vgl. ebd, S. 387.
[419] Vgl. ebd., S. 391, Protokoll 9, S. 16.
[420] Vgl. ebd., S. 391, Protokoll 9, S. 33.

Nationalsozialisten lediglich ihre eigene Wahnidee, vielleicht um auf diese Weise den Gedanken an das ihr sonst unerträgliche Grauen abzuschwächen. Beide Male tritt niemand, auch von den ausgesprochen judenfreundlichen Teilnehmerinnen, die mit Entsetzen an das Pogrom von 1938 denken, dem Unsinn entgegen." Dass sich selbst dieser Unsinn noch steigern ließ, belegen die stereotypen Äußerungen, die die Juden an ihrem Unglück selber schuldig zeichnen: "Es bleibt aber nicht dabei, daß gewisse antijüdische Maßnahmen vom Typus der Absonderung auf Betreiben der Juden oder mit ihrem Einverständnis erfolgt sein sollen. Von antisemitischen Versuchsteilnehmern wird vielmehr offen behauptet, daß die Juden an allem, was ihnen wiederfuhr, selbst schuld seien. Ritualmordlegende, die jüdische Skrupellosigkeit, das Sich-Drücken vor physischer Arbeit – keine antisemitische Anschuldigung gegen die Juden ist zu absurd, als daß sie nicht in dieser Intention wiederholt werden könnte."[421] Adorno fügt anhand von Beispielen hinzu: "Daß es zahlreiche jüdische Handarbeiter in Amerika gibt und bis zur Ausrottung auch in Osteuropa gab, ändert nichts daran, daß die Juden sich um ehrliche Arbeit drücken und von Wucher und Betrug leben sollen. Da auch unter Juden, wo sie überhaupt etwas wie eine einigermaßen in sich geschlossene Gruppe darstellen, die gleichen Konflikte vorkommen wie in jeder anderen Gruppe, erschüttert nicht den Glauben daran, daß sie wie Pech und Schwefel zusammenhalten. Und die Schreckgespenster erfundener Talmudgebote, den Christen zu betrügen, und blutige Rituale – Projektionen des Pogroms – spuken immer noch in den Köpfen."[422]
In der deutschen Rezeption stießen die vergangenheitspolitisch relevanten Passagen des *Gruppenexperiments* und der *Authoritarian Personality* und die Grundannahmen zur Theorie des Vorurteils auf Widerspruch, die in Aneignung der Adorno'schen Kategorien nicht anders zu interpretieren sind, denn als Abwehr, wie die folgende Analyse exemplarischer Beiträge aus der Rezeption der beiden Hauptwerke der kritischen Theorie zur empirischen Sozialforschung zeigen soll.

1.9. Die Rezeption der *Authoritarian Personality* und des *Gruppenexperiments* in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie –Leopold von Wieses Rezension und die Kontroverse zwischen Hofstätter und Adorno

In Amerika erfuhr die *Authoritarian Personality* bereits in den ersten Jahren nach ihrer Publikation eine vielschichtige und breite Rezeption, wohingegen sie in Deutschland wenig wahrgenommen wurde. Als einer der wenigen deutschen Rezensenten befasste sich

[421] Ebd., S. 392
[422] Ebd., S. 392.

Leopold von Wiese in der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* mit der *Authoritarian Personality*. Leopold von Wiese war ehemaliger Leiter des Forschungsinstitzutes für Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln und zum Zeitpunkt der Rezension Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, insofern handelte es sich um eine Stellungnahme von Gewicht.

In seiner Rezension kritisierte er vor allem die Behandlung des Vorurteils in den *Studies in Prejudice* und hier besonders in der *Authoritarian Personality.* Ihn störte, dass die Studie überhaupt zwischen Vorurteilsvollen und Vorurteilsfreien unterschied. "Meine Zweifel betreffen folgende Punkte: a) die geringe Klärung des Begriffs Vorurteil, b) die damit zusammenhängende unhaltbare Zweiteilung in Menschen in Personen und Gruppen mit und solche ohne Vorurteile. [...] Vorurteile besitzen wir alle, nur in sehr verschiedener Zahl, Gradstärke und auf recht verschiedenen Lebensgebieten. Die Menschen vom Typ Lary haben gewiß auch recht festsitzende Präjudizien. Gerade der Liberalismus und Humanismus besitzt ein gerüttelt Maß an ihnen. Man darf auch nicht von vorneherein Partei für die Menschengruppe nehmen, bei der man ein geringeres Quantum an Vorurteilen vermutet."[423]

Interessant ist, dass von Wiese die Forschergruppe als "Adorno und seine Freunde" betitelt: "Es ist menschlich begreiflich, daß Adorno und seinen Freunden die Vorurteile der Lary-Menschen willkommener sind als die (auch mir peinlich erscheinenden) Präjudizien von Mack und Genossen."[424] Aus der Forschergruppe wird hier ein Kollektiv gemacht und es ist naheliegend, dass von Wiese hier darauf anspielt, dass die Forschergruppe sich aus Juden zusammensetzte. Ein gewisses Ressentiment in Latenz scheint hier bereits zu wirken.

Von Wiese polemisiert auch gegen "das *Vorurteil*, Antisemitismus sei eine Spezialform von Antidemokratismus. [...] Legt man dem Begriff der Demokratie die allerdings recht vage und illusionäre Bedeutung bei, der sich die Verfasser nach dem jetzt üblichen Sprachgebrauch Amerikas kritiklos anschließen, so mag die These zu Recht bestehen."[425] Doch insgesamt sei der Antisemitismus gerade eine Äußerung derjenigen Staats- und Regierungsformen, die "der großen Zahl der kleinen Leute Raum gaben", also der Demokratie selbst. Hier schlägt bei von Wiese das Ressentiment gegen Amerika, den Liberalismus, den Humanismus und demokratische Herrschaftsformen, die er als Massenherrschaft versteht, durch.

Auch das Urteil zu den anderen Bänden der *Studies in Prejudice* war nicht durchgehend positiv. Interessant ist, dass von Wiese zum zweiten Band von Bruno Bettelheim und Morris

[423] Leopold von Wiese: Studien über das Vorurteil, in: KzfSS 3, 1950/51, S. 214-221, hier S. 221. vgl. dazu und zum folgenden auch Michael Neumann: Leopold von Wiese über Theodor W. Adornos „Authoritarian Personality", in: Christian Cobet (Hg.): Einführung in Fragen an die Soziologie in Deutschland nach Hitler 1945-1950. Frankfurt/Main 1988, (HDG; Reihe Soziologie Beihefte, 1), S. 115-122.

[424] von Wiese: Studien über das Vorurteil, S. 221. Lary und Mack waren die Pseudonyme für zwei Personen, einen High-Scorer und einen Low-Scorer, also solche, die einen hohen bzw. einen niedrigen Punktwert auf der f-scale erreichten.

[425] Ebd., S. 221.

Janowitz über *Dynamics of Prejudice* feststellte, dass die ganzen Ergebnisse eigentlich bereits bekannt seien: “Im ganzen wird man feststellen können, daß die Ergebnisse der Befragungen kaum überraschen und bei einiger Menschenkenntnis vorhergesagt werden konnten. Die zugrundeliegenden Hypothesen bestätigten sich. Es handelt sich auch hier mehr um größere Sicherheit des Urteils gewährende Nachprüfungen als um wissenschaftliche Neuland-Entdeckungen.”[426]

Beim dritten Band von Marie Jahoda und Nathan W. Ackermann über *Antisemitism and Emotional Disorder*, einer klinischen Studie zum Zusammenhang antisemitischen Denkens mit pathologischem Denken, störte von Wiese der Vorurteilsbegriff, der ihn auch schon in der *Authoritarian Personality* gestört hatte. Darüber schrieb er, aus der *Authoritarian Personality* zitierend: “‘Antisemitismus ist nicht so sehr von der Natur des Objektes wie von den eigenen seelischen Wünschen und Bedürfnissen des Subjektes abhängig.’.”[427] Erläuternd ergänzt er: “Von den Verfassern des Werkes heißt es im gleichen Sinne in der Einleitung [der *Authoritarian Personality]*, sie seien der Meinung, daß Feindschaft gegen Juden weit stärker auf Faktoren im Subjekt (dem Antisemiten selbst) und in seiner ganzen Situation beruhe als auf wirklichen Eigenschaften von Juden, und da man bei der Suche nach Determinanten antisemitischer Meinungen und Haltungen in den Ort in den Personen selbst finden könne, die sie zum Ausdruck bringen.”[428] Diesem scheinbar noch neutralen Referat der Positionen in der *Authoritarian Personality* stellt er seine skeptische Gegenmeinung gegenüber. Einschränkende Worte erhebt von Wiese schon gegenüber der allgemeinen Charakterisierung des Antisemitismus als Prejudice, das Ackermann und Jahoda wie folgt definieren: “Prejudice ist ein Schema (pattern) der Feindlichkeit in zwischenmenschlichen Beziehungen, das gegen eine ganze Gruppe oder gegen ihre individuellen Glieder gerichtet ist; es erfüllt eine spezifische irrationale Funktion bei der in Betracht kommenden Person.”[429] Von Wiese will seine skeptischen Einwände als “Kritik an der [...] Urteilsanalyse der Psychotherapeuten” verstanden wissen. Er wirft den Psychotherapeuten letztlich mangelnde Analyse vor, weil sie die “realen” Verhältnisse nicht beachteten: “Sie [die Psychotherapeuten] schließen bei allem, was die Patienten über ihre Beziehungen zu anderen Menschen vorbringen, alsbald nur auf Vorgänge in der Seele der Befragten. Sie ziehen etwa die Folgerung: Jetzt äußert der Interviewte Besorgnis über die erfolgreiche Konkurrenz eines jüdischen Mitbewerbers; also hegt er, der Interviewte, die oder die Störungen in seinem Seelenleben.”[430] Zielsicher strebt von Wiese im Folgenden auf das “Judenthema” zu: “Wird ein abfälliges Urteil über den oder

[426] Leopold von Wiese: [Rezension] Bettelheim und Janowitz, KZfSS 3, 1950/51, S. 470-472, hier S. 472.
[427] Von Wiese: Studien über das Vorurteil, S. 216, Zitat nach Adorno u. a.: Authoritarian Personality, S. 609.
[428] Ebd., S. 216, Paraphrase von Adorno u. a.: Authoritarian Personality, S. 9.
[429] von Wiese: [Rezension] Ackermann und Jahoda, KZfSS 3, 1950/51, S. 472-474, hier S. 473, das Zitat aus Anti-Semitism and Emotional Disease, S. 4.
[430] von Wiese: [Rezension] Ackermann und Jahoda, S. 474.

die Juden geäußert, muß ein Defekt in der Seele des Urteilenden vorliegen. Der Partner der Beziehung erscheint nur in dem Bilde, das sich – gewiß oft sehr falsch – der Judengegner gemacht hat, niemals jedoch objektiv erfaßt." Dass es sich bei von Wieses skeptischen Einwänden um eine einwandfreie Apologie des Antisemitismus handelt, der die Verantwortung für den Antisemitismus eben doch seinem Objekt, also "dem Juden" zuschreiben will, zeigen die folgenden Sätze, die – nur scheinbar zurückhaltend – in Frageform vorgetragen werden: "Ist aber nicht anzunehmen, daß der jüdische Partner, mit dem der befragte Neurotiker glaubt, schlechte Erfahrungen gemacht zu haben, selbst mehr oder weniger krankhafte Züge derselben oder ähnlicher Art besitzt? Mag nicht sogar in manchen Fällen das Vorhandensein einer Abnormität bei dem Juden auf den nichtjüdischen Teil in ungesunder Weise einwirken? Mit anderen Worten: Sollten wirklich niemals schlechte Erfahrungen mit Juden das Urteil der Befragten beeinflussen?"[431]

Das alles, schränkt von Wiese rhetorisch ein, gehe vielleicht den Psychotherapeuten, der heilen wolle, nichts an, denn er analysiere ja nur die Seelenvorgänge seines Patienten. Doch da von Wiese ja als Soziologe spricht, stellt er die zugrundeliegende Frage nochmals explizit: "Anders jedoch als für den Mediziner liegt die Sache für den Soziologen und wieder anders für den Ethiker. Beide wollen zu einem Werturteile über das Phänomen des Antisemitismus gelangen. Dafür ist aber die Einbeziehung der Frage nach dem Verhalten der Juden selbst notwendig."[432] An von Wieses Reaktion sieht man, dass die Rezeption amerikanischer Untersuchungsmethoden und -themen in Deutschland, wie man sieht, auch im wissenschaftlichen Feld auf offen ressentimentgeladene Gegner stießen, so dass ihre Etablierung und Rezeption keineswegs als bruchlos beschrieben werden kann.

Das *Gruppenexperiment* wurde ebenfalls in der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* besprochen. Rezensent war Peter R. Hofstätter. Die Rezension führte zu einer Fachkontroverse zwischen dem Psychologie-Ordinarius und Theodor W. Adorno, dem René König im gleichen Heft der *Kölner Zeitschrift* die Möglichkeit einer Replik auf die Rezension einräumte.[433] Peter R. Hofstätter, der nach dem Krieg zu den Begründern der Sozialpsychologie in Deutschland zählte, war in den dreißiger Jahren Wehrpsychologe gewesen, mithin Vertreter der in der Zwischenkriegszeit wichtigsten angewandten und besonders regimenahen Disziplin der deutschen akademischen *und* angewandten Psychologie. Anders als seine

[431] Alle Zitate nach von Wiese: [Rezension] Ackerman und Jahoda, S. 474.
[432] Ebd., S. 474.
[433] Hofstätter, Peter R.: Zum "Gruppenexperiment" von F. Pollock, in KZfSS 9, 1957, 97-105; Adorno, Theodor W.: Replik [zu Hofstätter: Zum "Gruppenexperiment" von F. Pollock, in KZfSS 9, 1957, 97-105], in: KZfSS 9 (1957) S. 105-117. Von Hofstätter liegen auch Einführungen in die Meinungsforschung, Grundlagen der quantitativen Methode und die Sozialpsychologie vor; ders.: Die Psychologie der öffentlichen Meinung. Wien ² o. J. [1. Auflage 1949]; ders.: Einführung in die Sozialpsychologie. Zu Hofstätters Rezension und Adornos Reaktion vgl. Dahms: Positivismusstreit, S. 300-310; Müller-Dohm: Adorno, S. 576-586, insbesondere 582ff. sowie Wiggershaus: Frankfurter Schule, S. 531-534.

Fachkollegen allerdings gehörte er zu den Verfechtern quantifizierender Methoden und hatte als einer der wenigen auch einen Überblick für die transatlantische wissenschaftliche Diskussion; nach dem Krieg war er zu einem Forschungsaufenthalt in Amerika.[434]

Hofstätters Kritik war vernichtend, vor allem methodologisch. Den Aufhänger und ersten Maßstab bildete das Geleitwort Franz Böhms – das freilich nicht die wissenschaftliche Seite beleuchtete, sondern die politische Bedeutung der Ergebnisse betonte und in diesem Zusammenhang das "Wunderwerk der Apparatur" der Studie lobend hervorhob.[435]

Wesentliche Kritikpunkte bildeten die Konstruktion des Diskussionsanreizes, die Erhebung des Untersuchungsmaterials und die Versuche der inhaltsanalytischen quantifizierenden Auswertung. Gegen den Diskussionsanreiz brachte Hofstätter vor, es handele sich um eine Provokation. Da die Probanden "gereizt" würden, ergebe sich eine Verzerrung der Verteilungen innerhalb des Untersuchungsmaterials. "Soziologisch vorgebildete Versuchsleiter streuten nach Ablauf des 'Grundreizes' (des auf Tonband aufgenommenen Soldatenbriefes) je nach Bedarf weitere 'Reizargumente' in die Diskussion ein. Die Probanden äußerten sich im "Zorn". Unter Verweis auf die Wehrmachtspsychologie in der Wehrmacht führt Hofstätter aus: "Der Psychologe, der zum Beispiel in der deutschen Wehrmacht als Diagnostiker zu funktionieren hatte, stieß nicht selten auf die Behauptung, daß seine Verfahren nicht dem Leben gerecht würden und da sie überdies den Vergleich mit dem alten 'in vino veritas' nicht auszuhalten vermöchten. Das Gruppenexperiment stellt eine Variation über dieses Thema dar; seine Voraussetzung lautet: in ira veritas."[436] Durch diese argumentative Volte stellt Hofstätter die Frankfurter Soziologen in eine Reihe mit den wissenschaftsfeindlichen Militärs, die sich auf Allerweltsweisheiten und Gemeinplätze verlassen. Hofstätter fährt fort: "Für den 'Zorn' sorgte der 'Grundreiz', das heißt der sogenannte 'Colburn-Brief', in dem ein Besatzungssoldat der Zeitung seines Heimatortes von 'den Deutschen' berichtet. [...] man finde unter ihnen 'nur wenige, die sich unzweideutig vom Geschehenen lossagen'."[437] Auffällig ist, wie Hofstätter in diesem Abschnitt und in der Rezension mit Anführungszeichen umgeht. Nicht nur, dass er Zitate hervorhebt, in seiner polemischen Distanzierung verwendet er Anführungsstriche auch dann, wenn er Fachbegriffe des Gruppenexperiments benutzt. Hier wird der denunzierende Charakter, der das wissenschaftliche Potential der Frankfurter Forscher von vorne herein nicht ernst nimmt, offensichtlich.

Hofstätter bestritt den Wert der Untersuchung affektiv-aufgeladener Äußerungen, unter Verweis auf die Position der Autoren: "Wie die Autoren mehrfach hervorheben, "'mußten die

[434] Geuter, Ulfried: Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus. Frankfurt/Main 1984, S. 572.
[435] Vgl. Franz Böhm: Geleitwort, in Pollock: Gruppenexperiment, S. IX-XVII; Hofstätter: Zum "Gruppenexperiment, S. 97.
[436] Hofstätter: Zum "Gruppenexperiment", S. 99.
[437] Hofstätter: Zum "Gruppenexperiment", S. 99.

Bemerkungen Colburns viele zur Auflehnung reizen' [...].' 'Was ein Wütender sagt, nachdem sein Affekt die rationale Kontrolle durchbrochen hat, ist doch auch in ihm' [...]; – in ira veritas."[438] Doch "[g]egen den wahrheitserschließenden Wein läßt sich einwenden, daß er nicht nur aufdecken, sondern auch zu entstellen vermöge; etwas Ähnliches könnte auch von der in Auflehnung entfachten Gruppendiskussion gelten." Durch den ironischen Verweis auf den Wein erspart sich Hofstätter eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Frage des Affekts im Experiment. So überrascht es nicht, dass er das Weinbild weiter bemüht: "Wie aber, wenn im Chianti eine andere Wahrheit läge als im Moselwein, das heißt, wenn ein anders konstruierter Grundreiz (Brief) ein andersartiges Meinungsbild ergäbe?"[439]Immerhin konzediert Hofstätter, dass die Autoren dieses Manko in ihrem Nachwort einräumen, und dass sie als alternative Versuchsanordnung vorschlagen, mit zwei alternativen Grundreizen bei parallelen Gruppen zu agieren. Wieder aber misst er die nüchtern abwägende Sprache der Verfasser an den politischen Einordnungen des Geleitworts von Franz Böhm: "Im Geleitwort war von den Bedenken noch nicht die Rede, daß man in Deutschland die vom Zorn ans Tageslicht geförderten Wahrheiten ja 'von allen Dächern pfeifen hört'."[440]

Hofstätter stellt explizit in Frage, dass die "mit einem einzigen Grundreiz ausgelösten Bekundungen für Haltungen außerhalb der konkreten Untersuchungssituation typisch" seien.[441] Doch das hatten auch die Forscher um Adorno nicht beansprucht, wie Hofstätter durchaus richtig zitiert: "Da die Auswahl der Diskussionsteilnehmer nicht als eine repräsentative Stichprobe angelegt ist, betonen die Autoren 'mit allem Nachdruck ..., daß die zahlenmäßigen Ergebnisse, isoliert keinen Anspruch auf Geltung machen dürfen, der über unseren Teilnehmerkreis hinausgeht."[442]

Ein gewichtigerer methodischer Einwand Hofstätter lautet, dass Versuchspersonen den Ausgang des Experiments beeinflussen könnten, wenn sie es durchschauten: "In der psychologischen Individualdiagnostik ist [...] die Befürchtung laut geworden, dass eine auch nur durchschnittlich begabte Versuchsperson die meisten Fragebögen dazu nutzen könne, um in ihnen so zu erscheinen, wie sie es möchte. [...] Mutatis mutandis gilt das von Meinungsbefragungen immer auch dann, wenn auf Seiten der befragten Personen mit Verheimlichungs- und Entstellungsabsichten zu rechnen ist, bzw. wenn es um die Äußerung möglicherweise inopportuner Anschauungen geht. Da die Frankfurter Untersuchung auf Einstellungen zu den politischen Problemen der jüngsten deutschen Vergangenheit abzielt, läßt sich von einem offenen Fragebogen in der Tat wohl nicht viel erwarten, sehr viel weniger im

[438] Hofstätter: Zum "Gruppenexperiment", S. 99.
[439] Vgl. ebd., S. 100.
[440] Vgl. ebd., S. 100.
[441] Vgl. ebd., S. 100.
[442] Ebd., S. 100.

Winter 1950/51."[443]

Ein zweiter Einwand, der ein erhebliches empirisches Problem der Studie anspricht, bezieht sich auf die sogenannten Schweiger: keineswegs alle Teilnehmer der Studie hatten sich zu den gefragten Themenkomplexen geäußert.[444] Hofstätter zieht daraus den Schluss, dass es der Versuchsanordnung nicht bedurft hätte, dass man Äußerungen wie die im Gruppenexperiment gefallenen auch durch Alltagsbeobachtung gewinnen könne, ja das Experiment sei eine „Methode, die bei weitem weniger Material zutage fördert als die Alltagsbeobachtung."[445] Hofstätter empfiehlt, die Befunde zu einzelnen Items entsprechend der Anzahl der Schweiger zu gewichten, wobei er implizit unterstellt, die Schweiger ließen sich jeweils in toto nicht der entsprechenden Gruppe von Stereotyp-Trägern zuordnen: "Betrachtet man die dargebotenen Zahlen in dieser Weise, so finden sich Bestandsstücke des autoritären-antidemokratischen Syndroms nur jeweils bei einem relativ geringen Prozentsatz der Versuchspersonen."[446]

Hofstätter weicht in seinen Ausführungen in eine scheinobjektive „Anthropologie" aus, die alle Differenzierungen zunichte macht, wenn man so forscht: "Ich weiß nicht, ob wir auf Grund dieses Ergebnisses in Deutschland mehr Veranlassung haben, von einer 'Erbschaft der faschistischen Ideologie' oder dem Ausdruck einer 'fortdauernden anthropologischen Bereitschaft' [...] zu sprechen als in irgendeinem anderen Lande der westlichen Welt. Das Buch selbst erweckt diesen Eindruck dadurch, daß es in seinen Protokoll-Auszügen überwiegend antidemokratische Äußerungen wiedergibt." Hofstätter wirft den Autoren direkt vor, dass sie „hierin die 'kritische' Einstellung zu ihren deutschen Landsleuten etwas weiter getrieben haben, als dies sachlich gerechtfertigt ist."[447]

In den Mittelpunkt seiner Kritik stellte Hofstätter jedoch Adornos qualitative Analyse der Äußerungen zu "Schuld und Abwehr". Hofstätter bezeichnete diese Analyse als eine "einzige Anklage, bzw. eine permanente Aufforderung zur Seelenzerknirschung".[448] Insgesamt erblickt er hierin das Hauptanliegen der Studie, deren Hauptanliegen „das Problem des deutschen Schuldbekenntnisses hinsichtlich Krieg und KZ" sei. „Das methodische Rüstzeug stammt aus der Psychoanalyse; es geht im wesentlichen um ein Entlarven. Nicht ganz vermag man sich allerdings dem Eindruck zu entziehen, daß die soziologischen Analytiker die Diskussion mit Ihren Versuchspersonen nach deren Entlassung noch fortsetzen. Inwiefern eignet sich die Psychoanalyse zum polemischen Gebrauch? [...] Psychoanalytische Deutungen werden auch nicht selten in ganz bestimmter Weise vorgenommen, um Wider-

[443] Ebd., S. 99.
[444] Vgl. ebd., S. 101.
[445] Vgl. ebd., S. 101.
[446] Vgl. ebd., S. 101.
[447] Ebd., S. 101f.
[448] Hofstätter: Zum "Gruppenexperiment", S. 103.

stände des Partners herauszufordern. [...] Ohne die Reaktionen des Partners besitzen psychoanalytische Deutungen nur ein dürftiges Wahrheitskriterium; sie führen daher leicht zu scharfsinnigen, aber unverbindlichen Begriffskonstruktionen [...] Angesichts der Mehrdeutigkeit aller Phänomene des Seelenlebens ist die Auffindung richtiger Deutungen nur im Wechselgespräch möglich."[449]

Hofstätters Intervention geht hier in grundsätzlicher Art und Weise gegen die Psychoanalyse als Wissenschaft. Die Distanz der Fachkollegen Hofstätters zur Psychoanalyse wird auch im folgenden Kapitel eine Rolle spielen.

Schließlich verlässt die Rezension endgültig das Medium der Methodenkritik und wechselt in das des politischen Plädoyers: "In welchem Ausmaß aber darf man annehmen, daß die Mehrzahl der Angehörigen eines Volkes kollektive Selbstanklagen über Jahre hinaus vornehmen kann? Ich sehe kaum eine Möglichkeit, wie ein einzelnes Individuum das Grauen von Auschwitz auf sich zu nehmen imstande wäre. Die Nation könnte (und sollte vielleicht) dieses Grauen in einem Bußritual zu bannen versuchen; da dies bisher nicht geschehen ist, verwundert es auch nicht, wenn Einzelindividuen aller Bevölkerungsschichten das Schuldthema vermeiden oder sogar ihre persönliche Schuld so gering wie (subjektiv) irgend möglich veranschlagen. Es gibt einfach kein individuelles Gefühl, das dem dauernden Blick auf die Vernichtung einer [!] Million Menschenleben adäquat wäre. Angesichts dieser Grenze des menschlichen Erlebnisvermögens scheint mir auch die Entrüstung des soziologischen Analytikers fehl am Platze, bzw. zwecklos zu sein. Der manchmal sehr gereizte Ton seiner Kommentare berührt daher eher peinlich."[450] Damit stellt Hofstätter den Sinn einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der Einstellung der Deutschen zur Vergangenheit selbst in Frage – offenbar war dies das generelle Ziel seiner Argumentation. Nur scheinbar fordert Hofstätter diese Aufarbeitung ein, wenn er fortfährt, das Gruppenarrangement selbst erschwere "die persönliche Verinnerlichung".[451] Hofstätter verwies die Aufgabe einer "wahrhaftigen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus" auf den Bereich des Inneren bzw. der persönlichen Auseinandersetzung. Allenfalls das "tiefschürfende Einzelinterview", die wirklich private Meinung und die Selbstreflexion seien der notwendigen Tiefe der Auseinandersetzung angemessen.[452]

Adornos Replik argumentierte, die Methodenkritik sei ein bequemes Mittel sei, sich der Fülle an Material, welches die Studie auf beinahe 500 Seiten ausbreite, zu entziehen. Adorno stellt zunächst klar, dass die Publikation seines Instituts die wesentlichen Einschränkungen zur methodischen und inhaltlichen Reichweite vorgenommen habe, indem sie die Erfolge und

[449] Ebd., S. 102.
[450] Ebd., S. 103.
[451] Hofstätter: Zum "Gruppenexperiment", S. 104.
[452] Hofstätter: Zum "Gruppenexperiment", S. 104.

Misserfolge in der Entwicklung der Beobachtungs- und Auswertungsmethode thematisiert habe.[453] Er betont den experimentellen Charakter der Studie und hebt hervor, dass die Publikation selbst diesen fortlaufend herausstelle und nicht beanspruche, ein abschließendes Urteil abzugeben.[454] Adorno hebt allerdings gerade den Anspruch auf Überprüfparkeit, der durch die wörtliche Protokollierung der Diskussionen gewährleistet sei, hervor.[455] Er verteidigt die Entwicklung indirekter Erhebungsmethoden unter Hinweis auf den experimentellen Charakter der Studie und betont, dass die Studie selbst ein entscheidender Beitrag zur Entwicklung indirekter Erhebungsmethoden und Fragebögen sei.[456] Zur Entwicklung indirekter Erhebungsmethoden habe das Institut gerade mit der "Authoritarian Personality" einen erheblichen Beitrag geleistet und das Experiment widme sich der Aufgabe, "die Formulierung zahlreicher indirekter Fragen" zu erleichtern, "durch die über tabuierte oder affektbesetzte Einstellungen quantifizierbare Auskunft erlangt werden kann, 'ohne daß es dem Befragten bewusst wird'".[457] Er verwahrt sich gegen das "landesübliche, organizistische und irrationalistische Klischee, Fragebogen und Interview wären gegenüber der angeblichen Ganzheit des Menschen und seiner Gemeinschaft zu mechanistisch".[458] Adorno besteht darauf, dass das Gruppenexperiment eine berechtigte Kritik der herkömmlichen Methode des Umfrageverfahrens formuliere: "[...] in der Praxis der Meinungsforschung werden sehr häufig die im Interview gewonnenen Aussagen der Befragten, ohne nähere Bestimmung ihres Ursprungs und ihrer Geltung, als die 'festen, fixierten Meinungen der Individuen' angesehen, der aus ihnen destillierte Durchschnitt als öffentliche Meinung betrachtet. [...] Demgegenüber wurde versucht, in der Gruppendiskussion eine der Realität nähere Ermittlungssituation zu schaffen. In ihr soll eine Art öffentlicher Meinung beobachtet und der Analyse zugänglich gemacht werden, die nicht nach der Schimäre der bestimmten Meinung eines jeden Individuums über alles und jedes konstruiert ist. Die Situation sollte ein aktuelles soziales Verhalten zeitigen, das 'öffentliche Meinung' spiegelt und stiftet zugleich."[459] Wichtig an dem Verfahren sei, dass es die sozialen Regeln innerhalb der Gruppe erfasse und zeige, wie sie für die Entstehung öffentlicher Meinung wirksam werden.[460] „Nicht so sehr insolierte Reaktionen der einzelnen Teilnehmer an Gespräch als die Resultante ihres Zusammenspiels gewährt Aufschluss über die je zu untersuchende öffentliche oder nicht-öffentliche Meinung. Eine Nachuntersuchung des Materials der Gruppenstudie ebenso wie ein neuerlich mit Gruppendiskussionen durchgeführtes Experiment haben die weitgehende inhaltlich wie psychologisch-dynamische

[453] Adorno: Replik, S. 106.
[454] Adorno, Replik, S. 106.
[455] Adorno: Replik, S. 107.
[456] Adorno: Replik, S. 107.
[457] Adorno: Replik, S. 107.
[458] Adorno: Replik, S. 108.
[459] Adorno: Replik, S. 108.
[460] Adorno: Replik, S. 108.

Übereinstimmung der Gruppenmeinungen dargetan, die sich in verschiedenen Diskussionsgruppen gleicher sozialer Zusammensetzungen auskristallisieren.

Hofstätters Kritik bringe die Studie in eine "recht beliebte Zwickmühle": "Der Quantifizierung wird, vor dem Hintergrund der deutschen Tradition" Oberflächlichkeit vorgeworfen. [...] Der qualitativen Analyse aber werden aus dem quantitativen Bereich stammende Forderungen wie die nach Evidenz und beliebiger Überprüfbarkeit präsentiert."[461] Adorno zeigt, dass das Argument Hofstätters, die Studie verfahre nach dem Motto "in ira veritas", ein Scheinargument ist: "Der von Hofstätter erfundene, dann der Studie zugeschriebene und endlich triumphal kritisierte Spruch 'in ira veritas' mag ja gewiß anfechtbar sein; ganz gewiß ist Hofstätter selber nicht sine ira et studio zu Werke gegangen."[462] Hofstätters Einwand, der Grundreiz "überreize" die Versuchspersonen, entgegnet Adorno mit dem Hinweis auf die Vorkehrungen, die man getroffen habe, um die Teilnehmer gerade nicht zu überreizen. Es gehe gegen alle Erfahrung, „wollte man annehmen, das in der Gereiztheit Geäußerte sei zufällig und gleichgültig. Was ein Wütender sagt, nachdem sein Affekt die rationale Kontrolle durchbrochen hat, ist doch auch in ihm. Es drückt ebensowohl sein Unbewußtes, latente und ichfremde Potentialitäten aus, wie auf einem weniger tief liegenden Niveau den Vorrat vorbewußter, kurrenter Anschauungen, den er mit sich trägt und den er als voll Bewußter durch sein autonomes Urteil durchstreichen oder bestätigen mag."[463] Der Grundreiz sei ausgewogen formuliert und könne die Meinung eines ausländischen Beobachters des Jahres 1950/51 wiedergeben. Die Reaktionen und Bezugnahmen darauf belegten gerade die Angemessenheit des Grundreizes. "Unterdessen hat sich ergeben, daß auch *ohne* Grundreiz, dank der sozialpsychologischen Rückendeckung, welche die Diskussionsgruppe den Teilnehmern gewährt, inhaltlich die gleichen Klischees produziert werden, die *Hofstätter* als bloße Reaktionen auf den Grundreiz abtun möchte."

Kleinlich findet Adorno, dass Hofstätter dem Buch vorhält, die methodischen Einwände des Buches von Richard Christie und Marie Jahoda zur Kritik der "Authoritarian Personality" keinen Raum gewidmet habe.[464] Mit diesem Hinweis auf die negative Kritik Christies und Jahodas übergehe Hofstätter die Bedeutung, die der "Authoritarian Personality" zukomme, dem das Gruppenexperiment sich insgesamt widme: "daß diese in Amerika eine ganze Literatur auslöste und die Fragestellung der Sozialpsychologie dort eingreifend veränderte; daß zahllose Experimente mit der F-Skala durchgeführt wurden, ist einem so gediegenen Kenner der amerikanischen Sozialwissenschaft wie Hofstätter gleichgültig."[465]

[461] Adorno: Replik, S. 113.
[462] Adorno: Replik, S. 106.
[463] Adorno: Schuld und Abwehr, in: Pollock: Gruppenexperiment, S. 279.
[464] Adorno: Replik, S. 106, vgl. Christie, Richard und Marie Jahoda (Hg.): Studies in the Scope and Method of the "Authoritarian Personality". Glencoe/Illinois 1954, Reprint Westport 1981.
[465] Adorno: Replik, S. 106.

Methodologisch wendet Adorno Hofstätters Kritik gegen ihn selbst, denn Hofstätter verwendet die im Gruppenexperiment ermittelten quantitativen Meinungsverhältnisse, deren mangelnde Repräsentativität das Gruppenexperiment konzediert hatte, zur Untermauerung seiner eigenen These von "Harmlosigkeit des 'autoritär antidemokratischen Syndroms'. "So rechnet er die im 'Gruppenexperiment' auf die Gesamtheit der *Sprecher* bezogenen Prozentwerte für positive, ambivalente und negative Einstellung auf die Gesamtheit der *Teilnehmer* um und unterschiebt dabei implizit den Schweigern eine 'nicht negative Einstellung'. Das erlaubt ihm die befriedigte Feststellung man könne angesichts dieser Zahlen von einer Erbschaft der faschistischen Ideologie in Deutschland schlechterdings nicht mehr sprechen als in einem anderen Land der westlichen Welt [...]."[466]

Adorno charakterisiert dagegen den Befund der Studie, dass die Teilnehmer deutliche Ressentiments schon nach kurzem Verlauf der Experimente zeigten, sobald sich herausstellte, dass der Diskussionsleiter, den sie zunächst autoritär als Kontrollinstanz wahrgenommen hatten, tatsächlich neutral war, und sich Gruppenmeinungen artikulierten: "Je offenkundiger im Verlauf der Diskussion einerseits die Neutralität des Diskussionsleiters, andererseits die Gleichgestimmtheit der 'Negativen' mit anderen Teilnehmern wird, um so ungehemmter traut sich das von Hofstätter gering veranschlagte Potential vor. Oft schon nach kurzer Zeit, vor allem in sozial homogenen Gruppen, bilden sich pointiert ethnozentrische, autoritär antidemokratische Gruppenmeinungen heraus, denen gegenüber die tendenziell demokratiefreundlichen Teilnehmer ohnmächtig protestieren oder verstummen." Adorno macht stark, dass auch die Schweiger als größtes empirisches Problem der Studie, beobachtbare Signale zeigten: "Nach den Beobachtungen der Diskussionsleiter und Assistenten waren dabei auch die Schweiger nicht unbeteiligt: vielfach bekundeten sie in Mimik, Gestik und Zurufen ihr Einverständnis mit der herrschenden Meinung."[467] Adorno hält Hofstätter vor, dass er den Grundansatz des Experiments nicht verstanden habe. Die Untersuchung gelte den „Dispositionen oder Potentialen, die sich im Kollektiv manifestieren". Darin unterscheide sich der Ansatz fundamental von den von Hofstätter verfochtenen indirekten Methoden, die auf individualdiagnostische Gegenstandsbereiche referierten. "Nicht die einzelnen Individuen bilden das Substrat der Untersuchung ; sie sind selbst nur funktionell, nämlich mit Hinblick auf ihr Verhältnis zur 'Gruppenmeinung' zu nehmen."[468]

Adorno erhebt Einwände gegen Hofstätters durchscheinende Kritik der Psychoanalyse, die Hofstätter zudem nur auf das Gebiet des Therapeutischen beschränken will. Dem entgegnet Adorno mit dem Anspruch, die Befunde der Psychoanalyse in den Bereich der Sozialpsychologie zu integrieren. Adorno widerspricht explizit Hofstätters Vorwurf, dem Gruppenexperi-

[466] Adorno: Replik, S. 109.
[467] Adorno: Replik, S. 110.
[468] Adorno: Replik, S. 111.

ment gehe es "im wesentlichen um ein Entlarven"[469] und den Anwürfen, die psychoanalytischen Interpretamente im Gruppenexperiment machten sich "totalitärer Willkür" schuldig.[470]
Auf Hofstätters Vorwurf, seine qualitative Analyse sei eigentlich eine Anklage, entgegnet Adorno einfach, der Eindruck der Anklage sei eine Wirkung des Materials selbst. Schließlich sei die Intention der Studie nicht eine Anklage zu erheben, sondern eine Kritik zu formulieren. Er weist die Vorwürfe, dass "das Hauptanliegen der qualitativen Analyse das Problem des deutschen Schuldbekenntnisses" sei, entschieden zurück und auch die Behauptung, das Buch sei eine "Aufforderung zur Seelenzerknirschung".[471]
Auf die Bemerkung, es gebe keine Möglichkeit, "wie ein einziges Individuum, das Grauen von Auschwitz auf sich zu nehmen imstande wäre", entgegnete Adorno zutreffend: "Das Grauen von Auschwitz haben die Opfer auf sich nehmen müssen, nicht die, welche zum eigenen Schaden und dem ihres Landes, es nicht wahrhaben wollen."[472][459] Hofstätters Absicht sei apologetisch. Er kritisiere die Methode, weil ihm die Ergebnisse nicht passten.
Adorno fasst seinen Standpunkt zusammen: "Hofstätters Absicht ist apologetisch: das verblendet ihn gegen das Phänomen, dessen Umriss in der Studie sichtbar wir. Die Methode soll nichts taugen, weil die Sache verleugnet wird, die hervortritt. Solche Absicht fährt Hofstätters eigenem Positivismus in die Parade: er gibt die Position des Werkes nicht sachgerecht wieder."[460] Adorno bekräftigt seinen Positivismusvorwurf gegenüber Hofstätter: "Indem Interpretation, die mehr ist als bloße Verdopplung der Fakten ist, tendenziell abgeschnitten wird, behalten die Fakten recht in dem doppelten Sinne, daß sie da sind und hingenommen werden müssen, ohne daß nach dem Wesen gefragt würde, das sich hinter ihnen versteckt; und da sie in solchem Licht solchen Respekts, zugleich auch als respektabel legitimiert werden. [...] Die Realität ist im Fall des Gruppenexperiments genau jene nichtöffentliche Meinung, deren Gewalt Hofstätter bestreitet."[473]
Wohl auch mit Hintergedanken an die empirischen Forschungen des Instituts für Sozialforschung der dreißiger Jahre und die Studie über "Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reichs" betont Adorno die politisch herausragende Bedeutung mit einem Argument, das auf dem *Gruppenexperiment* vergleichbare Erkenntnisse im Jahr 1932 verweist, um den prognostischen und praktischen Wert des *Gruppenexperiments* hervorzuheben: "Es genüge das freilich nicht empirisch überprüfbare Gedankenexperiment, im Jahr 1932 wären Gruppendiskussionen und Interpretationen von der Art der von uns publizierten verfügbar gewe-

[469] Hofstätter: Gruppenexperiment, S. 103; Adorno: Replik, S. 114.
[470] Adorno: Replik, S. 114.
[471] Adorno: Replik, S. 115.
[472] Hofstätter: Zum "Gruppenexperiment", S. 103; Adorno: Replik, S. 115.
[459] Hofstätter: Zum "Gruppenexperiment", S. 103; Adorno: Replik, S. 115.
[460] Adorno: Replik, S. 116.
[473] Adorno: Replik, S. 116.

sen. Man hätte wohl einiges daraus lernen, auch Konsequenzen zu ziehen vermocht. Die Wissenschaft Hofstätterschen Stils hätte freilich intervenieren und die Befunde wegen mangelnder Generalisierbarkeit, mangelnder Exaktheit, Willkür der Auslegung anschwärzen können. Sie hätte aber damit nicht der Wahrheit geholfen, sondern dem Unheil."[474]

[474] Adorno: Replik, S. 116f.

1.10. Fazit

Das Kapitel verweist auf Traditionsstränge bzw. auf die Fortentwicklung des kritisch-theoretischen Denkens und der sozialforscherischen Praxis zum Phänomen antidemokratischer und autoritärer Dispositionen. Ohne behaupten zu wollen, dass eine direkte Linie von der *Angestelltenuntersuchung* bis hin zum *Gruppenexperiment* läuft, lässt sich doch festhalten, dass das *Institut für Sozialforschung* kontinuierlich am Projekt einer politischen Psychologie arbeitete. Dabei lässt sich eine Wellen-Entwicklung von einem weitgehend empirischen Ansatz – mit der Angestelltenuntersuchung – über stärker theoretisch orientierte Ansätze wie in den *Studien zu Autorität und Familie* und wieder zurück zur empirischen Sozialforschung in den Antisemitismusprojekten und den *Studies in Prejudice* der 1940er Jahre entdecken. An diese Erfahrungen mit der empirischen Sozialforschung knüpfte das Institut nach der Remigration wieder an und wagte mit dem *Gruppenexperiment* den Versuch einer intervenierenden Sozialforschung in Deutschland. Dass der intervenierende Ansatz nicht die Durchschlagskraft der *Authoritarian Personality* entwickelte, liegt an den Kräfteverhältnissen im Feld der angewandten Sozialforschung und der Psychologie. Wie stark die Widerstände waren, zeigen die analysierten Rezensionen deutlich. Trotzdem existierten praktische Anschlussmöglichkeiten an das *Gruppenexperiment* in Behörden, Verwaltungen und Unternehmen, die sich anhand der Diskurskoalitionen, die das *Institut für Sozialforschung* einging, in den folgenden Kapiteln aufzeigen lassen.

Bereits kurz nach der Rückkehr nach Deutschland, im Juni 1950, veranstaltete das Institut eine Tagung mit Sozialforschern verschiedener Institute. Diese Tagung diente dem Zweck, das Projekt des *Gruppenexperiments* einer breiteren Fachöffentlichkeit vorzustellen und verschiedene Institute in den Forschungsprozess einzubeziehen, um dadurch dem *Gruppenexperiment* eine ähnliche Leuchtturmfunktion zuzuweisen wie den Projekten der *Studies in Prejudice*. Horkheimer und Adorno priesen das Modell der Kombination von qualitativen mit quantitativen Methoden der empirischen Sozialforschung ihres demokratiebezogenen Projekts an und versuchten, die anderen Institute aktiv am Forschungsprozess zu beteiligen, um dadurch die empirische Sozialforschung als Demokratiewissenschaft voranzutreiben, ihre Methoden zu vermitteln und einem breiteren Kreis die Ansätze der *Authoritarian Personality* und der *Studies in Prejudice* zu vermitteln. Diese Strategie ging, wie oben gezeigt, nur in begrenztem Umfang auf. Einerseits waren die angefragten Kooperationspartner noch zu sehr mit dem Aufbau ihrer eigenen Institutionen beschäftigt, andererseits waren sie – wie die Diskussionen der Tagung zeigen – zu stark ihren eigenen, vorwiegend konservativen Deutungsmustern verpflichtet, als dass sie sich dem Demokratisierungsexperiment, das erkennbar mit einer scharfen Kritik des Nationalismus, des Ethnozentrismus und des Anti-

semitismus in der deutschen Bevölkerung verbunden war, öffnen konnten, um sich auf die amerikanische Erfahrung einzulassen.

So wurde das *Gruppenexperiment* zwar ein Großprojekt, aus dem insgesamt 11 nicht publizierte Monographien als Abschlussarbeiten hervorgingen, das aber nicht die Ausstrahlung der *Authoritarian Personality* entwickelte. Dennoch begann das Experiment schon ab der ersten Präsentation von Zwischenergebnissen im Mai 1953 Wirkung zu entfalten. Bei dieser Tagung präsentierte das Institut einer Gruppe von Experten aus Wissenschaft und Verwaltungen die Ergebnisse, vor allem aber die Gruppendiskussionsmethode und ihre Auswertungsverfahren. Bei dieser Tagung konnte das Institut ebenso wie z.T. in der Presse Aufmerksamkeit ernten und erste Verbindungen knüpfen, was die Möglichkeiten der Anwendung der Methode für praktische Zwecke einer kritischen Meinungsforschung betraf. Insbesondere war wichtig, dass Praktiker aus Verwaltungen und Behörden auf das Gruppendiskussionsverfahren aufmerksam wurden und die Kritik an den herkömmlichen Methoden der Meinungsforschung, die ihm zugrunde lag, zur Kenntnis nahmen. In den folgenden Kapiteln wird auf diese Erfahrungen zurückzukommen sein. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Praktiker auf der Tagung interessiert und offen für die Methoden und zum Teil auch für die Deutungsansätze des Frankfurter Institutes für Sozialforschung reagierten.

Für die wissenschaftliche Rezeption der Arbeiten des *Instituts für Sozialforschung* ergibt sich ein anderer Befund. Exemplarisch wurden im vorliegenden Kapitel die Rezensionen des Hauptwerke der Kritischen Theorie in der empirischen Sozialforschung, der *Authoritarian Personality* und des *Gruppenexperiments,* analysiert. Schon in der frühen Rezension Leopold von Wieses zu den *Studies in Prejudice* zeichnete sich eine Abwehr der Befunde der zum größeren Teil seinerzeit in die USA emigrierten Sozialforscher ab. Von Wiese konnte sich aus der deutschen Perspektive, auch vor dem Hintergrund der Vergangenheitspolitik und der mangelnden Aufarbeitung des Nationalsozialismus insbesondere mit den Befunden der Vorurteilstheorie nicht anfreunden. Das gipfelte darin, dass er einen der zentralen Forschungsvoraussetzungen der Studies in Prejudice angriff, weil er nicht anerkennen wollte, dass die zentrale Wurzel des Vorurteils im vorurteilsvollen Subjekt zu finden ist, eine heute weithin akzeptierte Forschungsauffassung. Er rezensierte zwar höflich, aber doch reserviert die Arbeiten der *Studies in Prejudice*. Bezeichnend ist, dass bis zu bzw. weitgehend beschränkt auf Peter Heintz Studie über *Soziale Vorurteile,* die Rezeption der *Studies in Prejudice* und der *Authoritarian Personality* in Deutschland äußerst verhalten blieb, wohingegen in den USA die Bedeutung vor allem der *Authoritarian Personality* für weitere Forschungen schnell Anerkennung fand.[475]

[475] Vgl. Peter Heintz: Zur Problematik der "Autoritären Persönlichkeit", in: KzfSS 9, 1957, S. 28-49; ders.: Soziale Vorurteile. Ein Problem der Persönlichkeit, der Kultur und der Gesellschaft. Köln 1957.

Was Peter Hofstätters Rezension des Gruppenexperiments betrifft, liegt der Fall komplizierter. Hofstätter hatte das Medium der Methodenkritik gewählt, mit dem er sich, wie er meinte, inhaltlich unangreifbar machte. Wie in den folgenden Kapiteln noch zu zeigen sein wird, ist dieser Angriff nur ein erster Fall ernster Attacken auf das Frankfurter Institut für Sozialforschung aus den Reihen der akademischen und der angewandten Psychologie. Mit Peter R. Hofstätter verfasste ausgerechnet ein NS-belasteter akademischer Psychologe eine vernichtende Kritik des Gruppendiskussionsverfahrens. Das ist umso erstaunlicher, als Hofstätter als ehemaliger NS-Wehrmachtspsychologe Erfahrungen mit dem Gruppendiskussionsverfahren, das als führerloses Gruppengespräch in der Offiziersbewerberauslese der Wehrmacht praktiziert wurde, gemacht haben dürfte.[476] Freilich erfolgte die Anwendung des Gruppendiskussionsverfahrens in der Wehrpsychologie unter anderen Voraussetzungen und wurde mit anderen Zwecken und Auswertungsmethoden angewandt.[477] Als Hintergrund der ablehnenden Stellungnahme gegen die Befunde des *Gruppenexperiments* sind daher auch Konkurrenzen im akademischen Feld anzunehmen. Mit dem Institut für Sozialforschung beanspruchte ein soziologisches Institut im Feld der akademischen und angewandten Psychologie mitzusprechen. Die Psychologie als akademische Disziplin war seit den 1930er Jahren, als sie im Nationalsozialismus einen entscheidenden Entwicklungsschub erfuhr, sehr bedacht auf Professionalisierung und Schaffung von Planstellen für die eigenen Absolventen. Die Weitergabe psychologischen Wissens sollte deshalb eng in der Hand von Psychologen bleiben. Der Popularisierung psychologischer Methoden und Ansätze in der Hand von Praktikern, aber auch von Sozialwissenschaftlern stand das Fach ausgesprochen reserviert gegenüber. Wie in den folgenden Kapiteln zu zeigen sein wird, drängte das *Institut für Sozialforschung* gerade mit dem Gruppendiskussionsverfahren intensiv in den Bereich und auch in den Markt, der sich der angewandten Psychologie bot, und konnte mit seiner Auffassung von angewandter Sozialforschung und angewandter Psychologie gerade auch bei aufgeschlossenen Psychologen in Verwaltungen Punkte sammeln.

Es konnte gezeigt werden, dass die Vertreter des Frankfurter Instituts mit der Gruppendiskussionsmethode ein brauchbares Mittel der empirischen Sozialforschung entwickelt hatten, das der Verknüpfung quantitativer und qualitativer Untersuchungsmethoden Raum gab. Dieses Instrument war für gesellschaftspolitische Akteure so attraktiv, dass sie sich von seiner Anwendung in ihren Praxisfeldern einen Gewinn versprachen.

Wichtig an der Kontroverse zwischen Hofstätter und Adorno war ihre vergangenheitspoliti-

[476] Vgl. zur „führerlosen Gruppendiskussion“ in den Methoden der Wehrmachtspsychologie bereits zeitgenössische Heinz Ludwig Ansbacher: The History of the Leaderless Group Discussion Technique, in: Psychological Bulletin 48 (1951), S. 383-391 sowie Geuter: Professionalisierung.

[477] Vgl. hierzu Stefan J. Petri: Eignungsprüfung, Charakteranalyse, Soldatentum. Veränderung der Wissenschafts- und Methodenauffassung in der Militärpsychologie des Deutschen Reiches, Großbritanniens und der USA von 1914 bis 1945. Dortmund 2004 (Diss Riksuniversiteit Groningen).

sche Ausrichtung und Aufladung. Mit dem *Gruppenexperiment* hatte das *Institut für Sozialforschung* Deutungsmacht für Phänomene des Umgangs mit der deutschen Vergangenheit im Feld einer noch nicht etablierten politischen Psychologie beansprucht. Dies musste Hofstätter zurückweisen. Aus seiner Sicht waren die Befunde des *Gruppenexperiments* anklagend und zermürbend, er sprach gar von einer Aufforderung zur „Seelenzerknirschung". Die vergangenheitspolitische Zielrichtung der Abwehr ist nicht zu übersehen. Das Motiv der Abwehr war eines der Hauptmotive für die massive Intervention Peter Hofstätters. Darum lässt sich diese Fachkontroverse gut mit der 1953 geführten Kontroverse um die HICOG-Umfrage vergleichen. In der 1953er Kontroverse äußerte sich die Abwehr von Schuld in den häufig wiederkehrenden Argumenten gegen die Reeducation und die „Erhebung angloamerikanischer Vorwürfe". Im zeitlichen Kontext der britischen Intervention gegen die nach rechts abdriftende nordrheinwestfälische FDP und des beginnenden Oradour-Prozesses in Frankreich entluden sich die Gefühle, ungerecht beurteilt worden zu sein, recht deutlich. Im Fall Hofstätters artikulierten sich ähnliche Ressentiments wie sie 1953 in der publizistischen Öffentlichkeit geäußert wurden. Die Konflikte um diese Arbeiten des IfS vermitteln so ein recht zutreffendes Bild über die Akzeptanz und die Abwehr der Anerkennung des nationalsozialistischen Unrechts in den fünfziger Jahren. Dabei überwog das Maß an Abwehr klar das der Anerkennung.

Erst in historischem Abstand hat das Gruppenexperiment in methodologischer Hinsicht die Anerkennung erfahren, die ihm gebührt, insofern es als prototypische Studie zum Gruppendiskussionsverfahren in gegenwärtigen Einführungen in die empirische und qualitative Sozialforschung hervorgehoben und als Pionierstudie der empirischen Sozialforschung in Deutschland wahrgenommen wird. Die methodische Strenge und der Methodenimport aus den USA in die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft, in die empirische Sozialforschung und in die angewandte Psychologie findet so die Anerkennung, die ihr methodisch wie inhaltlich von den zeitgenössischen Fachkollegen, insbesondere aus der akademischen und angewandten Psychologie versagt blieb.[478]

[478] Vgl. Christoph Weischer: Sozialforschung. Konstanz 2007, S. 277f.; Uwe Flick: Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften. 4. Auflage. Reinbek bei Hamburg 1999, S. 132f.; Jürgen Friedrichs: Methoden empirischer Sozialforschung. 14. Auflage. Opladen 1990, S. 246ff.

2. Der Konflikt um die *Authoritarian Personality* in der Bundeswehr

2.1 Einleitung

Im folgenden Kapitel geht es um den Versuch, die Erkenntnisse der *Authoritarian Personality* in der Bundeswehr zur Anwendung zu bringen. Dazu werden zunächst die institutionellen Voraussetzungen der Planungsbehörde für einen zukünftigen deutschen Wehrbeitrag im Amt Blank dargestellt. Im Folgenden werden die personalpolitischen Vorstellungen der konkurrierenden militärischen und zivilen Experten im Amt Blank skizziert. Daran schließt eine Untersuchung der Konzepte wissenschaftlicher Experten an, auf der einen Seite des Frankfurter Institutes für Sozialforschung, auf der anderen der ehemaliger Wehrpsychologen und etablierter akademischer Psychologen, die in einer Psychologischen Studienkommission des Amtes Blank zusammentrafen, an. Schließlich wird der innerinstitutionelle Konflikt und der parallele wissenschaftspolitische Konflikt der beteiligten Akteure um die Verwendung des Kompromissergebnisses der Psychologischen Studienkommission, des sogenannten qualitativen Interviews im Aufbauverfahren der Bundeswehr, in dem auch das Konzept der *Authoritarian Personality* zur Anwendung kam, analysiert.

2.2. Forschungsstand

Reichswehr und Wehrmacht sind seit der Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" verstärkt Gegenstand öffentlicher Debatten geworden.[479] Die von Franz Neumann schon 1942 analysierte Herrschaftsstruktur des Nationalsozialismus als Gebilde aus vier Machtapparaten (Partei, Beamtentum, Industrie, Wehrmacht)[480] kann zwar heute nicht mehr mit Gründen geleugnet

[479] Vgl. Hannes Heer und Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944. Hamburg 1995 [Aufsatzband], sowie unter dem gleichen Titel die Neuausgabe des Katalogs, vgl. Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.): Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944. Hamburg ²2002. Als Forschungsüberblicke über die erste Phase der Debatte vgl. Thomas Kühne: Der nationalsozialistische Vernichtungskrieg und die "ganz normalen" Deutschen. Forschungsprobleme und Forschungstendenzen der Gesellschaftsgeschichte des Zweiten Weltkriegs, Erster Teil, in: AfS 39, 1999, 580-662; ders.: Der nationalsozialistische Vernichtungskrieg im kulturellen Kontinuum des 20. Jahrhunderts. Forschungsprobleme und Forschungstendenzen der Gesellschaftsgeschichte des Zweiten Weltkriegs, Zweiter Teil, in: AfS 40, 2000, S. 440-486. Zur weiteren Debatte vgl. die Sammelbände Wolf Kaiser (Hg.): Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden. Berlin, München 2002; Christian Hartmann, Johannes Hürter und Ulrike Jureit (Hg.): Verbrechen der Wehrmacht Bilanz einer Debatte. München 2005; Gerhard Paul (Hg.): Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche. Göttingen ²2003, darin: ders.: Von Psychopathen, Technokraten des Terrors und "ganz gewöhnlichen" Deutschen, in: ebd., S. 13-90; Wolfram Wette: Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden. Frankfurt/Main 2002; zuletzt zum polnischen Fall Jochen Böhler: Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939. Frankfurt/Main 2006.

[480] Vgl. Franz Neumann: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944. Frankfurt/Main 1977, ²1984, ³1993 [amerik. 1942, ²1944], S. 425-463, insbesondere S. 444-447.

werden, dennoch hält sich in der öffentlichen Meinung das Bild der "sauberen" Wehrmacht, als ob diese keine "tragende Säule"[481] des NS-Staates gewesen sei.

Das Bild von der "sauberen Wehrmacht" beherrschte nach einer ersten Phase der normativen Abgrenzung in den vierziger Jahren im folgenden Jahrzehnt den öffentlichen Diskurs. In den Erinnerungen der Offiziere und in der Diskussion um die Bedeutung des 20. Juli erscheinen die Wehrmacht und ihr Offizierskorps als von einem hehren Ehrenkodex geleitete Gemeinschaften.[482] Ein ähnliches Bild, meist aber den Typ des idealistischen kleinen Gefreiten oder Unteroffiziers beschreibend, findet sich in der zeitgenössischen Literatur und in der filmischen Produktion.[483] Eine dritte Komponente, die das Bild der "sauberen Wehrmacht" beförderte, bildete die politische Auseinandersetzung um das Schicksal der durch die Alliierten verurteilten und inhaftierten Kriegsverbrecher.[484] Der engagierte Einsatz der

[481] Manfred Messerschmidt: Die Wehrmacht als tragende Säule des NS-Staates, in: Die Wehrmacht im Rassenkrieg, Der Vernichtungskrieg hinter der Front, Wien 1996, S. 39-54; ders.: Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969, hier S. 1.

[482] Einen bedeutenden Anteil hatten daran die Publikation der Erinnerungen deutscher Offiziere, vgl. Friedrich Gerstenberger: Strategische Erinnerungen. Die Memoiren deutscher Offiziere, in: Heer und Naumann: Verbrechen der Wehrmacht, S. 620-633. Zur Bedeutung des 20. Juli für die Repräsentation des Militärs in den fünfziger Jahren Georg Meyer: Auswirkungen des 20. Juli 1944 auf das innere Gefüge der Wehrmacht bis Kriegsende und auf das soldatische Selbstverständnis im Vorfeld des westdeutschen Verteidigungsbeitrages bis 1950/51, in: MGFA (Hg.): Aufstand des Gewissens. Der militärische Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945. Herford, Bonn ²1985, S. 465-500, sowie Norbert Wiggershaus: Zur Bedeutung und Nachwirkung des militärischen Widerstands in der Bundesrepublik Deutschland und in der Bundeswehr, ebd., S. 501-527. Eine zeitgenössische Darstellung fand Eingang in das politische Handbuch der "Inneren Führung": Gerhard Ritter: Der 20. Juli und der politische Widerstand gegen Hitler, BMVg, Innere Führung (Hg.): Schicksalsfragen an die deutsche Nation, Tübingen 1957, S. 349-381. Die kritischere Einschätzung der Haltung des militärischen Widerstands zu den Juden und zum Feldzug gegen die Sowjetunion kratzt ein wenig am idealisierten Bild dieses Widerstands, vgl. hierzu Christof Dipper: Der deutsche Widerstand und die Juden, in: GuG 9 (1983), S. 349-380 sowie Christian Gerlach: Die Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion, in: Heer und Naumann: Vernichtungskrieg, S. 427-446; zur Zusammenfassung des Forschungsstandes und einer Quellenauswahl vgl. den Sammelband mit angehangener Dokumentation Gerd R. Ueberschär (Hg.): NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler. Darmstadt 2000 (Schriftenreihe des Fritz Bauer Instituts; 18); Peter Steinbach: Widerstand im Dritten Reich – die Keimzelle der Nachkriegsdemokratie? Die Auseinandersetzung mit dem Widerstand in der historischen politischen Bildungsarbeit, in den Medien und in der öffentlichen Meinung, in: Gerd R. Überschär (Hg.): Der 20. Juli. Das "andere Deutschland" in der Vergangenheitspolitik nach 1945. Berlin 1998, S.98-124; Norbert Frei: Erinnerungskampf. Zur Legitimationsproblematik des 20. Juli 1944 im Nachkriegsdeutschland, in: Christian Jansen, Lutz Niethammer, Bernd Weisbrod (Hg.): Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen. Berlin 1995, S. 493-504; eine vergleichende jüngere Untersuchung zu den Widerstandsdeutungen liefert Jan Eckel: Intellektuelle Transformationen im Spiegel der Widerstandsdeutungen, in: Ulrich Herbert (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980. Göttingen 2002 (Moderne Zeit; 1), S. 140-176.

[483] Eine wichtige Quelle dieser Einschätzung liegt in der kulturellen Produktion, besonders von Filmen und Serienromanen. Filme, wie die 08/15-Trilogie Paul Mays nach den Romanen Hans Helmut Kirsts und den Drehbuchbearbeitungen Ernst von Salomons oder die Serienromane in Illustrierten wie Quick oder Stern können hier als Beispiele dienen. Vgl. hierzu Michael Schornstheimer: "Harmlose Idealisten und draufgängerische Soldaten. Militär und Krieg im Illustriertenroman der fünfziger Jahre, in: Heer und Naumann: Vernichtungskrieg, S. 634-650 sowie ders.: Die leuchtenden Augen der Frontsoldaten. Nationalsozialismus und Krieg im Illustriertenroman der fünfziger Jahre. Berlin 1995.

[484] Vgl. hierzu Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996 sowie Ulrich Brochhagen: Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer. Hamburg 1994. Als Beispiel für eine engagierte zeitgenössische Zurückweisung des Anspruchs der Alliierten, mit dem Internationalen Militär Tribunal Recht gesprochen zu haben in dem Handbuch der Inneren Führung der Bundeswehr, vgl. Erich Kaufmann: Warum konnte der Krieg zum Verbrechen erklärt werden? in: BMVg, Innere Führung (Hg.): Schicksalsfragen der deutschen Nation. Bd. 1. Tübingen 1957, S. 271-294.

politischen Führung für diese ehemaligen Wehrmachtsangehörigen durch Ehrenerklärungen und politisch-diplomatische Fürsprache einerseits, die abwägend-kritische Haltung der politischen Klasse gegenüber bestimmten Fällen und die Umsicht andererseits, mit der man sich bei den Aufbauplanungen bemühte, das Primat der Politik in der militärischen Planung zu wahren, lenkt den Blick auf die Selektionsmechanismen, die beim Neuaufbau der Bundeswehr eingeplant waren.[485]

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Debatten um die Wehrmacht erscheint es von Interesse, Elemente des Personalwesens von Wehrmacht und Bundeswehr zum wiederholten Mal unter die Lupe zu nehmen, um zu überprüfen, inwiefern in diesem Feld tatsächlich planendes Handeln zum Tragen kam.[486] Hierbei ist die Frage der bestimmenden Leitbilder, die die Personalauslese geprägt haben, einer besonderen Untersuchung wert. Von besonderem Interesse ist dabei der Einzug wissenschaftlicher Methoden der Personalauswahl und Personalführung. Das Eindringen wissenschaftlicher Expertise in die Personalauswahl folgt dem säkularen Trend des 20. Jahrhunderts zur "Verwissenschaftlichung des Sozialen"[487] und *kann* als Merkmal von Modernisierung betrachtet werden. Der Einzug wissenschaftlicher Methoden in den Bereich der Personalauswahl bildet damit den Gegenstand des Kapitels und hier speziell die Entwicklung der Militärpsychologie bei der Wiedereinführung eines psychologischen Dienstes in der neugegründeten Bundeswehr. Das Hauptaugenmerk lag bis zum Ende des Nationalsozialismus auf der Anwendung psychologischen Wissens und psychologischer Methoden der Eignungsdiagnostik, zu denen in den fünfziger Jahren die Sozialpsychologie und die empirische Sozialforschung mit ihren Methodenarsenalen in Konkurrenz traten.[488]

---

[485] Peter Reichel: Zwischen Dämonisierung und Verharmlosung. Das NS-Bild und seine politische Funktion in den 50er Jahren. Eine Skizze, in: Axel Schildt und Arnold Sywottek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn ²1998, S. 679-692; Detlef Garbe: Äußerliche Abkehr, Erinnerungsverweigerung und "Vergangenheitsbewältigung": Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in der frühen Bundesrepublik, ebd., S. 693-716; Jeffrey Herff: Zweierlei Erinnerung, Detlef Siegfried: Zwischen Aufarbeitung und Schlussstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958-1969, in: ders., Axel Schildt (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000, ²2003 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte; 37), S. 77-113.

[486] Das Personalwesen der Wehrmacht wurde von Rudolf Absolon untersucht, vgl. ders.: Wehrgesetz und Wehrdienst 1935-1945. Das Personalwesen in der Wehrmacht, Boppard/Rhein 1960, ders. zum Offizierskorps: Das Offizierskorps des deutschen Heeres 1935-1945, in: Hans Hubert Hofmann (Hg.): Das deutsche Offizierskorps 1860-1960. Boppard 1980, S. 247-268, von Bernhard Kroener: Die personellen Ressourcen des Dritten Reiches im Spannungsfeld zwischen Bürokratie und Kriegswirtschaft 1939-1942, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 5,1: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs, Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen. Stuttgart 1988, S. 693-1001; Georg Meyer: Zur inneren Entwicklung der Bundeswehr bis 1960/61, in: MGFA (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Bd. 3: Die NATO-Option. München Wien 1993, S. 851-1162; Christian Greiner: Die militärische Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die WEU und die NATO 1954 bis 1957, ebd., S. 561-850.

[487] Vgl. hierzu Raphael: Die Verwissenschaftlichung des Sozialen, S. 174-177.

[488] Vgl. hierzu die Überblicke von Martin Kumpf: Geschichte der Sozialpsychologie, in: Ernst G. Wehner (Hg.): Geschichte der Psychologie. Darmstadt 1990, S. 103-130, zur Nachkriegssituation S. 121-126, sowie Helmut E. Lück: Zur Geschichte der Sozialpsychologie, in: ders. u. a. (Hg.): Sozialgeschichte der Psychologie. Opladen 1987, S. 188-209, zur Nachkriegssituation, S. 198-209.

Die Einschränkung auf das Praxisfeld der Eignungsauslese bedarf der Erläuterung, da akademisch ausgebildete Psychologen in militärischen Institutionen durch ihre Ausbildung potentiell auch in ganz anderen Praxisfeldern einsetzbar sind. Einerseits ergibt sie sich aus einem äußeren Grund: Die oben angesprochene Fragestellung nach der Anwendung psychologischen Expertenwissens für "Auslese"-zwecke bei der Rekrutierung lenkt den Blick zwangsläufig auf die Praxis von Diagnostikern. Andererseits ist der Einsatz von human- und sozialwissenschaftlich ausgebildeten Experten in Reichswehr und Wehrmacht nicht in dem Maße fortgeschritten gewesen, wie dies in westlichen Armeen der Zeit der Fall war. Hier ist vor allem auf den hohen Stellenwert, den sozialpsychologische Forschung in der US-Army hatte sowie die Bedeutung sozialwissenschaftlicher Expertise in Fragen der psychologischen Kriegführung hinzuweisen.[489] Auch die klinische Tätigkeit war in Reichswehr und Wehrmacht eine Aufgabe, die vorrangig von den neurologisch-psychiatrisch ausgebildeten Ärzten des Sanitätswesens ausgeübt wurde.[490] Die eignungsdiagnostische Tätigkeit kann daher als das Hauptaufgabenfeld praktisch tätiger Psychologen im militärischen Rahmen betrachtet werden. Schon ein erster Blick in die entsprechenden Fachreihen und in die Fachzeitschriften verdeutlicht das Übergewicht der diagnostischen Tätigkeiten im Vergleich zu anderen Tätigkeiten.[491] Die Planstellen waren ganz überwiegend für die Erstellung von Eignungsdiagnosen eingerichtet worden.[492] Selbst was die "Sorgenkinder" der Wehrmacht,

[489] Die Tätigkeit der Research Branch der Information and Education Division des US-War Department fand ihren Niederschlag im 4-bändigen Handbuch "The American Soldier. Studies in Social Psychology in World War II", vgl. Samuel A. Stouffer (Hg.): The American Soldier. Bd. 1: Adjustment During Army Life. Princeton 1949; Bd. 2: Combat and ist Aftermath. Princeton 1949; Bd. 3: Experiments on Mass Communication. Princeton 1949/1950; ders. u.a. (Hg.): Bd. 4: Measurement and Prediction. Princeton 1950. Von Morris Janowitz und William E. Dougherty liegt ein Handbuch vor, das die Erfahrungen mit psychologischer Kriegsführung zusammenfasst, vgl. dies. (Hg.): A Psychological Warfare Casebook. Baltimore 1958. Einen Ausschnitt der Tätigkeit deutscher Emigranten innerhalb der Research and Analysis Branch des Office of Strategic Services (OSS) dokumentiert Alfons Söllner, vgl. ders. (Hg.): Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Analysen politischer Emigranten im amerikanischen Geheimdienst. 2 Bde. Frankfurt Main 1982. In dieser Institution arbeiteten auch namhafte frühere Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung wie Franz Neumann und Herbert Marcuse mit. In einer Einzelpublikation liegen jetzt ausgewählte Gutachten Herbert Marcuses, die im Rahmen seiner Tätigkeit für das OSS entstanden sind, in einer Übersetzung vor, vgl. ders.: Feindanalysen. Über die Deutschen. Hg. von Peter Erwin Jansen. Lüneburg 1998. Eine umfassende historische Einordnung der Bedeutung der amerikanischen Geheimdienstananalysen nimmt Petra Marquardt-Bigman vor. Vgl. dies.: Amerikanische Geheimdienstanalysen über Deutschland 1942-1945. München 1995. Zur deutschen psychologischen Kriegsführung vgl. die annotierte Bibliographie von Ladislas Farago (Hg.): German Psychological Warfare. New York 1942.

[490] Vgl. hierzu: Christina Schröder: Die berufspolitischen Auseinandersetzung von Psychiatern, Psychotherapeuten und Psychologen zwischen 1938 und 1945, in: Zeitschrift für medizinische Psychologie 2 (1993) S. 132-142.

[491] In der theoretischen Konzeption, wie sie sich mustergültig in Max Simoneits "Wehrpsychologie" findet, beansprucht die Wehrpsychologie auf dem Gebiete der Wehrideen, der soldatischen Tätigkeiten, der Soldatenauslese, ihrer Ausbildung und Erziehung, der militärischen Gemeinschaften und Gemeinschaftsstörungen, der soldatischen Symbolik und Ausrüstung, der Wehrpropaganda, des Kampfes und der Kriegführung mitwirken zu können. Vgl. Max Simoneit: Wehrpsychologie, Berlin 1933.

[492] Max Simoneit, der wissenschaftliche Leiter der Wehrmachtspsychologie, bezifferte den Anteil der diagnostischen Tätigkeit auf 90% der wehrpsychologischen Arbeit: "Im Vordergrunde der Alltagsarbeit des Wehrmachtspsychologen […] steht die Psychologie der Soldatenauslese. […] Wer aber Wehrmachtspsychologe werden will, muß damit rechnen, daß später etwa neun Zehntel seiner Arbeit mit Eignungsuntersuchungen ausgefüllt sind […]." [Max Simoneit]: Der Wehrmachtspsychologe. Berlin 1939, zweite Auflage unter dem Titel: Der Psychologe in der Wehrmacht. Berlin 1942. Es handelt sich um eine Broschüre für Abiturienten und Studenten in der vom Akademischen Auskunftsamt und dem Amt für Berufserziehung und Betriebsführung der DAF herausgegebenen

die Selbstverstümmler und andere “Auffällige”, betrifft, waren Psychologen in erster Linie mit diagnostischen Aufgaben betraut.[493] Hinzu kommt, dass die psychologisch ausgebildeten Experten im Sanitätswesen nicht Fuß fassen konnten, mithin für die klinische Tätigkeit nicht zur Verfügung standen. Ansätze zu einer Ausdifferenzierung der Praxisfelder für akademisch ausgebildete Psychologen bildeten sich mit der Formulierung breit angelegter Forschungsvorhaben zwar bereits in der Wehrmacht aus, fanden aber ihr Ende mit der Auflösung der Wehrmachtspsychologie. Die Ausdifferenzierung der Tätigkeitsfelder ist im deutschen Militär erst eine Entwicklung der sechziger Jahre.

Damit findet das Kapitel zugleich seinen zeitlichen Rahmen. Es wird die Entwicklung während des Wiederaufbaus einer westdeutschen Streitkraft in den Blick genommen, wobei den Konflikten im Amt Blank und in den Fachöffentlichkeiten um die Wiedereinrichtung eines psychologischen Dienstes ein besonderes Gewicht eingeräumt wird.[494] Angesichts der doppelten Kontinuitäten hinsichtlich des Personals, aber auch der Verfahren und gleichzeitig der komplizierten Wechselbeziehungen amerikanisch-deutscher Wehrpsychologie ist ein Rückgriff auf die Zustände in der Reichswehr und in der Wehrmacht jedoch notwendig.

Die Forschungen zur Wissenschafts- und Sozialgeschichte einzelner Disziplinen haben in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten deutlich zugenommen. Insbesondere eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der Human- und Sozialwissenschaften ist seit den 70er Jahren zu verzeichnen. Zur Geschichte der Psychologie im 20. Jahrhundert liegt eine Vielzahl von Einzeluntersuchungen, Sammelbänden und Zeitschriftenbeiträgen vor, die die Auseinandersetzung auch mit problematischen Seiten der eigenen Disziplin wagen.[495]

Reihe “Die akademischen Berufe”. Das Zitat findet sich in beiden Ausgaben, obwohl 1941/42 schon eine Ausweitung des Forschungsprogramms geplant war.

[493] Paul Brieler: ‚Sorgenkinder‘ in der Wehrmachtspsychologie, in: Psychologie und Gesellschaftskritik 12 (1988), H. 47, S. 51-75.

[494] Vgl. zur US-amerikanischen Entwicklung die Überblicke bei Geuter und Mattes: Militärpsychologie, sowie bei Riedesser und Verderber: Aufrüstung der Seelen, S. 88-105. Vornehmlich mit der Geschichte der Intelligenztests in der amerikanischen Armee beschäftigen sich John Carson: Army Alpha, Army Brass, and the Search for Military Intelligence, in: Isis 84, 1993, S. 278-309; Stephen Jay Gould: Der falsch vermessene Mensch. Frankfurt/Main ²1994, hier S. 212-244; Daniel J. Kevles: Testing the Army’s Intelligence. Psychologists and the Military in World War I, in: The Journal of American History 5, 1968, S. 561-581. Franz Samelson: Putting Ideology on the Map. Ideology and Intelligence Testing, in: Allan R. Buss (Hg.): Psychology in Social Context. New York 1979, S. 103-168; Franz L. Samelson, Franz: World War I Intelligence Testing and the Development of Psychology, in: Journal of the History of the Behavioural Sciences 13, 1977, 274-282; Lutz Raphael: Zweierlei Kriegseinsatz. Amerikanische und deutsche Psychologen im 2. Weltkrieg, in: Chistof Dipper, Andreas Gestrich und ders. (Hg.): Krieg, Frieden und Demokratie. Festschrift für Martin Vogt zum 65. Geburtstag. Frankfurt/Main 2001, S. 207-217. Einen anspruchsvollen militärgeschichtlichen Vergleich über die “Kampfkraft” der Wehrmacht und die US-Army hat Martin van Creveld vorgelegt, hierbei findet auch die unterschiedliche wissenschaftliche Praxis der Psychologen Beachtung. Vgl. ders.: Kampfkraft. Militärische Organisation und militärische Leistung. Freiburg 1989, ²1992.

[495] Vgl. Helmut E. Lück: Geschichte der Psychologie. Strömungen, Schulen, Entwicklungen. Stuttgart 1991; Mitchell G. Ash und Ulfried Geuter (Hg.): Geschichte der deutschen Psychologie im 20. Jahrhundert. Opladen 1985; Mitchell G. Ash (Hg.): Psychology in Twentieth Century Thought and Society. New York 1987; Carl Friedrich Graumann (Hg.): Psychologie im Nationalsozialismus. Berlin 1985; Helmut E. Lück u. a. (Hg.): Geschichte der Psychologie. Ein Handbuch in Schlüsselbegriffen. München 1984; Helmut E. Lück u. a. (Hg.):

Die Geschichtsschreibung der Psychologie hat sich der Bedeutung der Wehrpsychologie erst relativ spät angenommen. Es mangelt dabei nicht an interessierten Darstellungen der Entwicklung der Wehrpsychologie durch die Akteure. In einer kurzen Abhandlung über das "Werden der deutschen Wehrmachtspsychologie" beschrieb schon 1939 Max Simoneit für das Publikationsorgan der Inspektion für Eignungsuntersuchungen der Wehrmacht die Entwicklung der Institution. Diese Darstellungen ist eher als zeitgenössisches Zeugnis zu betrachten.[496] Gleiches gilt zum Teil für die Arbeiten, die ehemalige Heeres-, Marine- und Luftwaffenpsychologen der deutschen Armee zur Evaluation ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit in Berichten für die damit betrauten wehrpsychologischen Institutionen und die Historical Division der US-Army angefertigt haben.[497] Ihr interessierter Charakter und ihre für die ehemalige Tätigkeit werbende Sprache schränken ihren Wert erheblich ein.[498]

Bezeichnenderweise stammen die ersten kritischen Einschätzungen der ideologischen Implikationen der wehrpsychologischen Praxis in Deutschland aus der Feder von zeitgenössischen amerikanischer Kollegen wie Wyatt, Teuber und Ansbacher, um nur die wichtigsten zu nennen.[499] Die Angebote einer Auseinandersetzung über Fachgeschichte, Ideologie und Militarismus im Denken deutscher Psychologen seit der wilhelminischen Zeit, die die

---

Sozialgeschichte der Psychologie. Eine Einführung. Opladen 1987; Karl Fallend, Bernhard Handlbauer, Werner Kienreich (Hg.): Der Einmarsch in die Psyche. Psychoanalyse, Psychologie und Psychiatrie im Nationalsozialismus und die Folgen. Wien 1989. Angela Schorr und Ernst Wehner (Hg.): Psychologiegeschichte heute. Göttingen 1990. Ernst G. Wehner: Geschichte der Psychologie. Darmstadt 1990.

[496] Max Simoneit: Vom Werden der deutschen Wehrmachtspsychologie. Ein geschichtlicher Rückblick [1939], in: Wehrpsychologische Mitteilungen 2 (1940), Erg.-Band 2; auch in: Werner Fritscher (Hg.): Dokumente zur deutschen Wehrpsychologie 1914-1945, München 1990, S. 1-63.

[497] Vgl. zur Tätigkeit deutscher Kriegsgefangener für die Alliierten die Beiträge von C. B. Burdick: Vom Schwert zur Feder. Deutsche Kriegsgefangene im Dienst der Vorbereitung der amerikanischen Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg. Die organisatorische Entwicklung der Operational History (German) Section, in: MGM 8/9 (1971) H. 2, S. 69-80; Christian Greiner: "Operational History (German) Section" und "Naval Historical Team. Deutsches militärstrategisches Denken im Dienste der amerikanischen Streitkräfte von 1946-1950, in: MGFA (Hg.): Militärgeschichte. Probleme –Thesen – Wege. Stuttgart 1982, 409-435; H. L. Borgert.: Zur Entstehung, Entwicklung und Struktur der Dienstgruppen in der britischen und amerikanisichen Besatzungszone Westdeutschlands, 1945-1950, in: H. L. Borgert, W. Stürm, Norbert Wiggershaus: Dienstgruppen und westdeutscher Verteidigungsbeitrag. Vorüberlegungen zur Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland. Boppard a. Rhein 1982.

[498] Feder, Gulliksen und Ansbacher erarbeiteten eine Untersuchung, die bisher nicht eingesehen werden konnte, D. D. Feder, D. D., H. Gulliksen und H. L. Ansbacher: German Naval Psychology. Washington D. C., Princeton 1948: Simoneit fertigte als Teilprojekt zur Untersuchung über "Personnel and Administration" der Historical Division (German) Section eine Abhandlung über die Wehrmachtspsychologie zwischen 1927-1942 an, vgl. ders.: Die Anwendung psychologischer Prüfungen in der deutschen Wehrmacht. Deutsche Wehrmachtspsychologie 1929-1942, in: Foreign Military Studies. Historical Division H: Q. US Army, Personnel and Administration, 1948; auch abgedruckt in: WPsM 6 (1972) H. 2, S. 71-110. D. R. Davis: German Applied Psychology. Washington D.C. 1947.

[499] Vgl. die Beiträge von Heinz Ludwig Ansbacher: German military Psychology, in: Psychological Bulletin 38 (1941) S. 370-392; ders.: Murray's and Simoneit's (German Military) Methods of Personality Study, in: Journal of Abnormal and Social Psychology 36 (1941) S. 589-592; ders.: Bleibendes und Vergängliches aus der deutschen Wehrmachtspsychologie, in: Mitteilungen des Berufsverbandes Deutscher Psychologen 3 (1949) [H. 3] Nr. 12, S. 3-9 (= Beiträge zur Geschichte der Psychologie; 15 [Nachdruck], 216-223); ders. und K. R. Nichols: Selecting the Nazi Officer, in: Infantry Journal 49 (1941), S. 44-48; Heinz Ludwig Ansbacher: Testing, Management and Reactions of Foreign Workers in Germany during World War II, in: The American Psychologist 5 (1950) S. 38-50; ders.: The History of the Leaderless Group Discussion Technique, in: Psychological Bulletin 48 (1951), S. 383-391; D. R. Davis: Post-mortem on German applied Psychology, in: Occupational Psychology, 21 (1945), 105-110; Paul M. Fitts: German applied Psychology during World War II, in: American Psychologist 1 (1946) 151-161.

Schweizer Psychotechnikerin Franziska Baumgarten in einer kleinen Artikelserie in der Züricher Zeitschrift "Der Aufbau"[500] 1948 unterbreitete, schlug die bundesdeutsche Psychologie der 50er Jahre aus.[501]

In seiner "Geschichte der angewandten Psychologie" handelt Dorsch die Wehrpsychologie nur kurz ab und bleibt dabei weit hinter seinem eigenen Anspruch zurück, auch die berufliche Praxis und deren Rückwirkung auf die Psychologie als Wissenschaft zu untersuchen. Im Gegensatz zur wissenschaftsgeschichtlichen Entwicklung der Konzepte beschreibt er die Entwicklung im beruflichen Feld nur kursorisch auf institutioneller Ebene.[502]

In den 70er Jahren legte Werner Fritscher eine Reihe von Bibliographien zur Geschichte der Wehrpsychologie im Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik sowie eine kurze Dokumentensammlung in den "Wehrpsychologischen Mitteilungen" der Bundeswehrpsychologie vor, die ein gesteigertes Interesse an der Nutzbarmachung der Erkenntnisse aus der Zeit des Nationalsozialismus zu belegen scheinen.[503] Die bibliographischen Vorarbeiten ebenso wie die Erschließung entlegener Beiträge sind von großem Nutzen, dennoch herrscht hier die Tendenz vor, die quellenkritische und historische Einordnung z. B. der von Simoneit vorgebrachten Zeugnisse zu vernachlässigen.

Eine Reihe von Arbeiten zur Entwicklung der Wehrpsychologie legte schließlich Ulfried Geuter vor.[504] Diese Arbeiten und insbesondere Geuters Dissertation über die "Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus" trugen zur Widerlegung der Legende vom wissenschafts- und insbesondere dem angeblichen "psychologiefeindlichen" Charakter des NS-Systems entscheidend bei. Geuter hat den Anteil untersucht, den gerade

---

[500] Nicht zu verwechseln mit der bekannten deutschsprachigen New Yorker jüdischen Zeitschrift.

[501] Die Artikelserie wurde im gleichen Jahr noch als Broschüre veröffentlicht Franziska Baumgarten: Die deutschen Psychologen und die Zeitereignisse. Zürich 1949. Im "Journal of Abnormal and Social Psychology erschien eine gekürzte Fassung auf englisch, vgl. Franziska Baumgarten-Tramer: German Psychologists and Recent Events, in: Journal of Abnormal and Social Psychology 43, 1948, 452-465; zu Franziska Baumgarten vgl. jetzt die Dissertation von Edelgard Daub: Franziska Baumgarten: Eine Frau zwischen akademischer und praktischer Psychologie. Frankfurt/Main 1996 (Beiträge zur Geschichte der Psychologie; 12). Über die Konflikte Geuter, Ulfried: Institutionelle und professionelle Schranken der Nachkriegsauseinandersetzung über Psychologie im Nationalsozialismus, in: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie Psychologische Mobilmachung. Tübingen 1983 (Forum für Verhaltenstherapie und soziale Praxis, 4), S. 22-50; auch in: Psychologie und Gesellschaftskritik 4, 1980, S. 5-39. Vgl. hierzu auch: Johannes Platz: Die Entwicklung der Wehrpsychologie in Deutschland von 1914-45 und die Nachkriegsauseinandersetzungen über die Zeitgeschichte der Disziplin im Nationalsozialismus, in: Axel C. Hüntelmann, Michael Schneider (Hg.): Jenseits von Humboldt. Wissenschaften und Staat 1850-1990. Frankfurt/Main (Berliner Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte), S. 165-188.

[502] Friedrich Dorsch: Geschichte und Probleme der angewandten Psychologie. Bern 1963, S. 153-160.

[503] Vgl. das Sonderheft Wehrmachtspsychologie, Wehrpsychologische Mitteilungen 6 (1972), H. 2; Werner Fritscher: Wehrmachtspsychologie, in: Wehrpsychologische Mitteilungen 6 (1972), H. 2, S. 128-203 [systematische Bibliographie]; Werner Fritscher: Wehrpsychologisches Schrifttum im deutschen Sprachraum 1945-1977, in: Wehrpsycholische Untersuchungen 13 (1978) S. 4-145; Werner Fritscher: Wehrpsychologische Beiträge zur Inneren Führung. Bonn 1979.

[504] Ulfried Geuter: Institutionelle und professionelle Schranken der Nachkriegsauseinandersetzung über Psychologie im Nationalsozialismus, in: Psychologie und Gesellschaftskritik 4, 1980, S. 5-39; ders.: Militärpsychologie, in: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie 1983, S. 9-22; ders.: Polemos panton pater. Militär und Psychologie im Dritten Reich 1933-1945, in: Mitchell G. Ash und Ulfried Geuter 1985, S. 146-171.

die Wehrmachtspsychologie an Institutionalisierung und Anwendung des psychologischen Wissens im beruflichen Bereich, an der Regelung von Qualifikationen und den berufspolitischen Auseinandersetzungen im Dritten Reich hatte. Jüngst hat Petri den Beitrag der deutschen Wehrpsychologie zum Methodenwandel in der deutschen Psychologie untersucht.[505] Zu sachverwandten Gebieten, wie etwa der Entwicklung der Psychoanalyse und Psychotherapie im Nationalsozialismus legten Regine Lockot und Geoffrey C. Cocks Arbeiten vor, die Geuters Befund für das klinisch-therapeutische Berufsfeld bestätigen.[506] Diese Arbeiten wie auch die kritischen Analysen Axel Riedessers und Peter Verderbers, Angela Schorrs und Karl Heinz Roths über die Funktion psychiatrischen und therapeutischen Wissens im militärischen Bereich und über die berufspolitischen Aktivitäten der Psychiater und Therapeuten sind von besonderem Interesse, da trotz der unterschiedlichen Aufgabenbereiche von Psychologen, Psychotherapeuten und Psychiatern eine eigentümliche berufspolitische Konkurrenzsituation besteht, die auch für die Auflösung von Heeres- und Luftwaffenpsychologie im Jahr 1942 nicht ohne Belang ist.[507]

In der Folge setzte eine regere Publikationstätigkeit ehemaliger Wehrmachtspsychologen und des *Psychologischen Dienstes der Bundeswehr* ein. Der Psychologische Dienst der Bundeswehr gab Bände zur Geschichte der Wehrpsychologie heraus, deren Autoren die

---

[505] Vgl. Ulfried Geuter: Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus. Frankfurt/Main 1988, passim. Zur Definition der Merkmale von Professionalisierung mit Hinweisen auf weitere Literatur, vgl. ebd., S. 49-69, insbesondere S. 55f. Kritisch gegenüber Geuters Konzept sind die Beiträge von Werner Traxel: Aufschwung und/oder Abschwung in deutschen Psychologie im Dritten Reich? in: Schorr, Angela und Ernst Wehner 1990, S. 217-228 und ders.: Bemerkungen zu Ulfried Geuters Vorurteilsforschungen, in: Schorr, Angela und Ernst Wehner 1990, S. 234-238; Stefan Petri: Eignungsprüfung, Charakteranalyse, Soldatentum. Veränderung der Wissenschafts- und Methodenauffassung in der Militärpsychologie des Deutschen Reiches, Großbritanniens und der USA 1914-1945. Dortmund 2004; Thomas Flemming: "Willenspotentiale". Offizierstugenden als Gegenstand der Wehrmachtspsychologie, in: Breymayer, Ursula, Bernd Ulrich und Karin Weyland (Hg): Willensmenschen. Über deutsche Offiziere. Frankfurt/Main 1999, S. 111-122.

[506] Geoffrey C. Cocks: Psyche and Swastika. Neue deutsche Seelenkunde 1933-45 Los Angeles 1975; ders.: The Professionalization of Psychotherapy in Germany, 1928-1959, in: ders. (Hg.): German Professions 1850-1950. New York 1990, S. 308-328; Regine Lockot: Erinnern und Durcharbeiten. Zur Geschichte von Psychoanalyse und Psychotherapie im Nationalsozialismus. Frankfurt/Main 1985; vgl. auch Angela Schorr: Verschenkter Neubeginn: Zur Tätigkeit beratender und behandelnder Psychologen im Nationalsozialismus und ihren Wirkungen in der Gegenwart, in: Schorr, Angela und Ernst Wehner (Hg.): Psychologiegeschichte heute. Göttingen 1990, S. 239-259.

[507] Peter Riedesser und Axel Verderber: Aufrüstung der Seelen. Militärpsychologie und Militärpsychiatrie in Deutschland und Amerika. Freiburg 1985; dies.: "Maschinengewehre hinter der Front". Zur Geschichte der deutschen Militärpsychiatrie. Frankfurt/Main 1996; Peter Riedesser: Psychotechnik für den Krieg – ihre Funktion vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, in: Beiträge des Symposiums Medien und Krieg, Bd. 1 1988 (Fragmente. Schriftenreihe zur Psychoanalyse; 27/28) S. 27-34; Karl Heinz Roth: Die Modernisierung der Folter in den beiden Weltkriegen. Der Konflikt der Psychotherapeuten und Schulpsychiater um die deutschen "Kriegsneurotiker" 1915-1945, in: 1999. Zeitschrift für die Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts 1,1987, H. 3, S. 8-75; zur Tätigkeit behandelnder Psychologen und Therapeuten im ersten Weltkrieg vgl. Bernd Ulrich: Nerven und Krieg. Skizzierung einer Beziehung, in: Bedrich Loewenstein (Hg.): Geschichte und Psychologie. Annäherungsversuche. Pfaffenweiler 1992 (Geschichte und Psychologie; 4); Manfred Schneider: Hysterische Soldaten und ihre Feinde, in: Beiträge des Symposiums Medien und Krieg, Bd. 1. 1988 (Fragmente. Schriftenreihe zur Psychoanalyse; 27/28) S. 37-55; zu den berufspolitischen Auseinandersetzungen vgl. Aufsatz von Christina Schröder: Die berufspolitischen Auseinandersetzung von Psychiatern, Psychotherapeuten und Psychologen zwischen 1938 und 1945, in: Zeitschrift für medizinische Psychologie 2 (1993) S. 132-142. Martin Lengwiler: Zwischen Klinik und Kaserne. Die Geschichte der Militärpsychiatrie in Deutschland und der Schweiz 1870-1914. Zürich 2000.

ehemaligen Leiter des Psychologischen Dienstes der Bundeswehr, Gotthilf Flik, Werner Mitze und Martin Rauch, sind. [508]

In der militärgeschichtlichen Forschungsdiskussion findet die Wehrpsychologie meistens nur marginale Erwähnung. Kroener bringt sie im Zusammenhang seiner These über die "Modernität" oder gar den "Modernisierungsschub" innerhalb der Wehrmacht mit der Änderung der Rekrutierungsmuster für die Offiziersränge im Verlauf des Weltkrieges in Verbindung.[509]

Die Entwicklung der Bundeswehrpsychologie hingegen ist noch immer vergleichsweise gering erforscht.[510] Der bereits erwähnte Beitrag von Flik geht über die Publikation von Akten, deren Stellenwert meist unerläutert bleibt, selten hinaus. So spart er z.B. die durchaus widersprüchlichen Positionen der Soziologen und Psychologen in der "Psychologischen Studien-Kommission" des Amtes Blank aus. Auch die Auswahl der Quellen bis 1956 ist in

[508] Der "Psychologische Dienst" der Bundeswehr (Amt PII 4) hat in seiner auf vier Bänden angelegten Reihe bisher drei Bände herausgegeben. Gotthilf Flik: Zur Geschichte der Wehrmachtspsychologie 1934-1943/Aufbau der Bundeswehrpsychologie 1951-1966. Bonn 1989; Wilhelm Mitze: Der psychologische Dienst der Bundeswehr 1966-1974. Bonn 1989; Martin Rauch (Hg.): Dokumentation zur Revision im Psychologischen Dienst der Bundeswehr. Bonn 1990. Vgl. auch den von Werner Fritscher herausgegebenen Sammelband, ders. (Hg.): Deutsche Wehrmachtspsychologie 1914-1945. München 1985; darin enthaltend sind folgende Beiträge: Werner Fritscher: Die psychologische Auswahl des Offiziersnachwuchses während des zweiten Weltkrieges in der deutschen Wehrmacht, in: ders. 1985, S. 423- 475; Siegfried Geratewohl: Zur Geschichte der deutschen Flieger- und Flugpsychologie, ebd., S. 287-420; Wilhelm Mitze: Zur Geschichte der deutschen Marinepsychologie, ebd., S. 185-283; Werner Fritscher: Ein Beitrag zum Validierungsproblem der wehrmachtspsychologischen Offiziersauslese, in: Wehrpsychologische Mitteilungen 6 (1972), H. 2, S.111-127. Selbst in der kritischen militärgeschichtlichen Literatur sind die Hinweise rar und einseitig. Sie folgen stark der Interpretation der Militärs. Dies trifft sowohl für den Nationalsozialismus zu, als auch für die Nachkriegszeit. Besonders auffallend ist die Darstellung bei Kroener, der Geuters Arbeiten nicht rezipiert hat. Kroener beschreibt das Misstrauen der Militärs gegenüber den wissenschaftlichen Experten und macht dieses Misstrauen und die Wissenschaftsfeindlichkeit einer "sozialdarwinistische Parteiideologie" für die nur indirekt benannte Auflösung der Heerespsychologie verantwortlich, vgl. Kroener: Auf dem Weg zu einer nationalsozialistischen Volksarmee, S. 659.

[509] Kroener muss den Beweis für die Beteiligung der Wehrmachtspsychologie an dem "Modernisierungsschub" freilich schuldig bleiben, da die Wehrmachtspsychologie gerade ein Hemmnis für das von Kroener als Merkmal der Modernisierung betrachtete Kriterium des Leistungsaufstieg darstellte und deshalb aufgelöst wurde. Vgl. Bernhard Kroener: Auf dem Weg zu einer "nationalsozialistischen Volksarmee". Die soziale Öffnung des Heeresoffizierkorps im Zweiten Weltkrieg, in: Martin Broszat, Klaus Dietmar Henke und Hans Woller (Hg.): Von Stalingrad zur Währungsreform, München 1988 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 26), S. 651-682 passim, von der Einleitung des Modernisierungsprozesses spricht er explizit S. 652 anlässlich einer Rede Blombergs vor den Kreisleitern der NSDAP, pointierter noch seine Thesen in: Strukturelle Veränderungen in der militärischen Gesellschaft des Dritten Reiches, in: Rainer Zitelmann (Hg.): Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991; kritisch zur Anwendung der Modernisierungstheorie auf den Nationalsozialismus in Zitelmanns Sammelband Christof Dipper: Modernisierung des Nationalsozialismus, in: NPL 36, 1991, S. 450-456; Karl Heinz Roth: Historisierung des Nationalsozialismus? Tendenzen der gegenwärtigen Faschismusforschung, in: Sabine Blum-Geenen u.a. (Hg.): Bruch und Kontinuität. Beiträge zur Modernisierungsdebatte in der NS-Forschung. Essen 1995, S. 31-52. Eine bündige Darstellung des Dauerbrenners "Das Dritte Reich: ‚Soziale Reaktion' oder ‚Soziale Revolution'" und der neueren Anknüpfungen an die Modernisierungstheorie im NS findet sich bei Ian Kershaw: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick. Hamburg³ 1995, S. 234-266, zu den "modernisierungstheoretischen" Schriften der 90er ebd., S. 351-358. Eine kritische Untersuchung zur "Entmodernisierung der Kriegsführung" hat Omer Bartov vorgelegt. Vgl. ders.: Hitlers Soldaten. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges. Reinbek bei Hamburg 1995.

[510] Nicht alle Quellen zur Militärgeschichte sind in den militärischen Archiven zu finden. Was z. B. einen Wissenschaftler oder ein wissenschaftliches Institut bewegt, mit einer militärischen Institution zu kooperieren, wird man schwerlich anhand der Aktenbestände des Bundesarchiv-Militärarchivs rekonstruieren können. Auch die Konflikte und Reibungen sind dort alleine nicht rekonstruierbar. Auch für diesen Bereich trifft Omer Bartovs Kritik an der Militärgeschichte, wie er sie bezüglich des Zweiten Weltkriegs geäußert hat, zu. Vgl. ders: Wem gehört die Geschichte? Wehrmacht und Geschichtswissenschaft, in: Heer, Hannes und Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944. Hamburg 1995, S. 601-619.

dem Band einseitig auf die Entwicklung hin zu Fliks eigener Wiedereinstellung begradigt.[511] Der Beitrag Georg Meyers zur inneren Entwicklung der Bundeswehr folgt bezüglich der Arbeit der "Psychologischen Studien-Kommission" einseitig der Deutung der Militärs im Amt Blank und insbesondere der Position Wolf Graf Baudissins.[512] Differenzierter stellen die schwierige Konfliktlage zwischen militärischen Reformern und militärischen Traditionalisten die Arbeiten Balds und Kutz' dar.[513] Durch die Fixierung auf die Perspektive des Vertreters der "Inneren Führung" werden die Beiträge des Studien-Bureaus und der "Psychologischen Studienkommission" beim Aufbau der Bundeswehr verzerrt dargestellt. Die Rolle des IfS in der Aufbauplanung der Bundeswehr berühren die Monographien von Demirovic und Albrecht et al. Letzterer hat in einem weiteren Beitrag die Rolle speziell Adornos in der Psychologischen Studien-Kommission in den Blick genommen.[514]

Mattes, Maikowski und Rott haben zeigen können, wie sich die Psychologie in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen in den Westzonen und der frühen Bundesrepublik unter im wesentlichen restaurativen Vorzeichen reetablieren konnte.[515] Doch hätte der Methodenwandel von intuitiv-charakterologischen zu quantitativ-messenden Verfahren, der laut Métraux in erster Linie ein Effekt der Einflussnahme einer neuen Wissenschaftlergeneration war, ohne den Wandel gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, die in der zeithistorischen Forschung als Amerikanisierung bzw. Westernisierung bezeichnet werden, mit Sicherheit nicht die Tragweite erreicht, die er in der fachgeschichtlichen Entwicklung hat.[516]

---

[511] Diese ist zweifellos eine Zäsur in den Auseinandersetzungen um einen neuen psychologischen Dienst, doch rechtfertigt das nicht die übrigen Auslassungen.

[512] Es kann nicht anders als einseitig und unkritisch bezeichnet werden, wenn er die Konzepte, die die Mitglieder der Studien-Kommission entwarfen, keines Wortes würdigt und die Entwicklung der Kommission überwiegend am Maßstab der Anforderungen der Inneren Führung misst, ohne zu beachten, dass zu einer Konkurrenzsituation immer mindestens zwei Beteiligte gehören und dass es mehr als fahrlässig ist, in erster Linie den Zeugnissen des einen Handlungsbeteiligten zu folgen, vgl. Georg Meyer: Zur inneren Entwicklung der Bundeswehr bis 1960/61, in: MGFA (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Bd. 3: Die NATO-Option. München Wien 1993, S. 851-1162, zu Pfister und dessen Arbeit S. 908-911, 1114-1117, 1147-1150. Ausgewogener und weniger wertend, Dietrich Genschel: Wehrreform und Reaktion, 157-163 zu den institutionellen Konflikten.

[513] Vgl. Detlef Bald: "Bürger in Uniform". Tradition und Neuanfang des Militärs in Westdeutschland, in: Axel Schildt und Arnold Sywottek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der fünfziger Jahre. Bonn ²1998, S 392-402, ders.: Kämpfe um die Macht des Militärischen, in: ders., Johannes Klotz und Wolfram Wette: Mythos Wehrmacht. Nachkriegsdebatten und Traditionspflege. Berlin 2001, S. 17-65; ders.: Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955-2005. München 2005; Martin Kutz: Deutsche Soldaten. Eine Kultur- und Mentalitätsgeschichte. Darmstadt 2006, insbesondere S. 147-193; Wolfram Wette: Die Bundeswehr im Banne des Vorbildes Wehrmacht, in: ders., Johannes Klotz, Detlef Bald: Mythos Wehrmacht, S. 66-115; zum Traditionsproblem in der Bundeswehr vgl. auch Donald Abenheim: Bundeswehr und Tradition. Die Suche nach dem gültigen Erbe des deutschen Soldaten. München 1989.

[514] Vgl. Demirovic: Der nonkonformistische Intellektuelle,. S. 367-372; Albrecht: Vom Konsens zur Lagerbildung der 60er Jahre: Horkheimers Institutspolitik, in: ders. u.a.: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik, S. 145-153, sowie ders.: Expertive versus demonstrative Politikberatung. Adorno bei der Bundeswehr, in: Stefan Fisch und Wilfried Rudloff (Hg.): Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive. Berlin 2004, S. 297-308.

[515] Peter Mattes: Psychologie im westlichen Nachkriegsdeutschland. Fachliche Kontinuität und gesellschaftliche Restauration, in: Mitchell G. Ash und Ulfried Geuter 1985, S. 201-224; Mattes, Maikowski und Rott: Psychologie und ihre Praxis. Frankfurt/Main 1976.

[516] Die Frage ist bezüglich der Psychologie nicht unumstritten. Ende der fünfziger Jahre legte Burkart Holzner

In der Nachkriegszeit stellen die zeitgenössischen Kontroversen z. B. in den Mitteilungen des Berufsverbandes Deutscher Psychologen (BDP) einen Indikator dafür dar, dass den beteiligten Zeitgenossen klar war, dass sich die intuitiv-charakterologischen Konzepte, die das wehrpsychologische Denken der der 20er und 30er Jahre bestimmt hatten, nicht bruchlos übertragen lassen würden, wenngleich die grundlegende Haltung innerhalb des BDP diejenige der Abwehr (etwa der "Zumutungen" einer Kritik von außen) war.[517] Umso erstaunlicher ist das Traditionsbewusstsein innerhalb des späteren Psychologischen Dienstes der Bundeswehr und die bereitwillige Anknüpfung an die Konzepte der 1930er Jahre ab Mitte der 1950er Jahre. Erste Hinweise, dass dies mit den berufs- und wissenschaftspolitischen Initiativen des Berufsverbandes Deutscher Psychologen und der Deutschen Gesellschaft für Psychologie zu tun hat, lieferte bereits ein Beitrag von Peter Mattes.[518]

Erst kürzlich regte von sozialhistorischer Seite Ingrid Gilcher-Holtey an, für eine Neuorientierung der Mentalitätsgeschichte auf das Konzept der "autoritären Persönlichkeit" zurückzugreifen.[519] Vor dem Hintergrund der anhaltenden Debatten über die Bedeutung der Wehrmacht für die nationalsozialistische Herrschaft und Vernichtungspolitik,[520] erscheint es ratsam, den ersten Versuch einer Applizierung dieses Konzeptes auf den militärischen Bereich zu untersuchen. Vordergründig betrachtet, blieb dieser Versuch Episode. Seit 1960

---

eine Dissertation zum Verhältnis zwischen amerikanischer und deutscher Psychologie vor, die eine Amerikanisierung noch verneinte, vgl. Burkart Holzner: Amerikanische und deutsche Psychologie. Eine vergleichende Darstellung. Würzburg 1958. Michael Grossheim untersucht dieselbe Frage in kulturkritischer bis kulturpessimistischer Perspektive, die dem Ende der 1950er Jahre einsetzenden Methodenwandel der deutschen Psychologie nichts positives abgewinnen kann, vgl. derselbe: Die westdeutsche Psychologie nach 1945 – amerikanistische Mode oder exakte Wissenschaft? in: Rainer Zitelmann (Hg.): Westbindung. Chancen und Risiken. Frankfurt/Main 1993, S. 391-419. Der Beitrag von Alexandre Métraux untersucht den Methodenwandel im gleichen Zeitraum und kommt zu dem Ergebnis, dass der Generationenwechsel über den Methodenstreit ausgetragen wurde. Vgl. Alexandre Métraux: Der Methodenstreit und die Amerikanisierung der Psychologie in der Bundesrepublik 1950-1970, in: Mitchell G. Ash und Ulfried Geuter 1985, S. 225-251. Allgemeiner zur Orientierung an den USA und zur Reichweite von "Amerikanisierung", vgl. Axel Schildt: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien, "Zeitgeist" in der Bundesrepublik der 50er Jahre. Hamburg 1995, 398-423; Anselm Doering-Manteuffel: Dimensionen von Amerikanisierung der deutschen Gesellschaft, in: AfS 35, 1995, S. 1-34; Bernd Greiner hat nachdrücklich darauf hingewiesen, dass bei der Untersuchung des Phänomens "Amerikanisierung" nicht darauf verzichtet werden kann, die intellektuellen Gegenbewegungen und den Diskurs des Antiamerikanismus einzubeziehen, vgl. Bernd Greiner: "Test the West". Über die "Amerikanisierung" der Bundesrepublik Deutschland, in Mittelweg 36, 1997, S. 4-40, insbesondere S. 9-12. Zu den kulturellen Gegenbewegungen vgl. Michael Ermarth: Amerikanisierung und deutsche Kulturkritik 1945-1965. Metastasen der Moderne und hermeneutische Hybris, in: Konrad Jarausch und Hannes Siegrist (Hg.): Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970. Frankfurt/Main; New York 1997, S. 315-335.

[517] Ulfried Geuter: Institutionelle und professionelle Schranken der Nachkriegsauseinandersetzung über Psychologie im Nationalsozialismus, in: Psychologie und Gesellschaftskritik 4, 1980, S. 5-39.

[518] Peter Mattes: Profession bei Fuß. Wehrmachtspsychologie nach 1945, in: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (Hg.): Psychologische Mobilmachung 1980, S. 51-55; vgl. auch ders.: Psychologie im westlichen Nachkriegsdeutschland. Fachliche Kontinuität und gesellschaftliche Restauration, in: Mitchell G. Ash und Ulfried Geuter: Geschichte der Psychologie, S. 201-224.

[519] Gilcher-Holtey, Ingrid: Plädoyer für eine dynamische Mentalitätsgeschichte, in: GuG 24, 1998, S. 476-497.

[520] Heer, Hannes und Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944. Hamburg 1995; Parge, Martina: Holocaust und Autoritärer Charakter. Amerikanische Studien der vierziger Jahre vor dem Hintergrund der ‚Goldhagen-Debatte'. Wiesbaden 1997; Rolf-Dieter Müller (Hg.): Die Wehrmacht. Realität und Mythos. Hg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. München 1999.

haben aber auch eine Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten, die z. T. im Rahmen von Auftragsstudien innerhalb der Bundeswehr angefertigt wurden, auf die F-Scale von Adorno et al., die Dogmatismus-Skala von Rokeach und auf Lewin'sche Ansätze zurückgegriffen. Eingebettet in den weiteren Diskurs um Autoritätsverhältnisse, der in den 60er Jahren auch in der Bundeswehr Raum griff, stellt sich daher die Frage, ob die 1950er-Versuche einfach "zu früh" kamen.[521]

Während die Geschichte des militärischen Bildungswesens und der Ansätze, dieses für eine Militärreform nutzbar zu machen, als gut erforscht gelten können, sind die Befunde zur praktischen Anwendung der Methoden empirischer Sozialforschung im Bereich des Militärs noch dünn gesät. Für die Entwicklung der deutschen Militärsoziologie liegen mit den Arbeiten aus Praktikerperspektive von Klein et al., Lippert sowie Lippert und Wachtler und schließlich den diskursanalytischen Arbeiten Bröcklings erste Befunde vor.[522] Insgesamt ist festzuhalten, dass die jüngere militärhistorische Forschung angefangen von den Sammelbänden zu den "Anfängen westdeutscher Sicherheitspolitik", insbesondere den Beiträgen von Meyer, über die Studien Krügers und Abenheims bis zu den Beiträgen Balds eine gute Grundlage bietet, die Befunde über die ideen- und praxisgeschichtliche Verortung der Sozialwissenschaften im Militär einzuordnen.[523]

---

[521] Vgl. etwa die Untersuchung von Eric Waldman: Soldat im Staat. Boppard ³1964, die auf einer Anwendung der F-Scale beruhte. In den Sechzigern setzte sich die Wehrsoziologische Forschungsgruppe an des Soziologischen Forschungsinstitutes an der Kölner Universität um René König intensiv mit Autoritarismus und Führungsstilen in der Bundesrepublik auseinander, vgl. hierzu etwa: Klaus Roghmann: Dogmatismus und Autoritarismus. Kritik der theoretischen Ansätze und Ergebnisse dreier westdeutscher Untersuchungen. Meisenheim am Glan 1966 und Wolfgang Sodeur: Führungsprobleme in der allgemeinen Grundausbildung. [Bonn] 1969 (Schriftenreihe Innere Führung, Hg. vom Bundesminister der Verteidigung; Reihe: Wehrsoziologische Studien; 6) sowie ders.: Wirkung des Führungsverhaltens in kleinen Formalgruppen. Meisenheim am Glan 1972 (Kölner Beiträge zur Sozialforschung und angewandten Soziologie; 15). Zur allgemeineren Einordnung Militärsoziologie vgl. etwa Ulrich Bröckling: SchlachtFeldForschung. Die Soziologie im Krieg, in: Mittelweg 36, H. 5/2000, S. 74-92.

[522] Paul Klein; Peter Michael Kozielski: Das Militär und die Sozialwissenschaften in Deutschland, in: Klein, Paul; Prüfert, Andreas (Hg.): Militär und Wissenschaft in Europa. Kritische Distanz oder hilfreiche Ergänzung? 25 Jahre Arbeitskreis Militär und Sozialwissenschaften. Baden Baden 1998 (Militär und Sozialwissenschaften; 23); Ekkehard Lippert und Günter Wachtler: Militärsoziologie – eine Soziologie "nur für den Dienstgebrauch"? in: Ulrich Beck (Hg.): Soziologie und Praxis. Erfahrungen, Konflikte, Perspektiven. Göttingen 1982 (Soziale Welt, Sonderband; 1), S. 335-355; Ekkehard Lippert: Verzögerte Aufklärung. Zur jämmerlichen Lage der deutschen Militärsoziologie, in: Mittelweg 36 4, 1994, H. 3; Ulrich Bröckling: Disziplin. Zur Soziologie und Geschichte militärischer Gehorsamsproduktion. München 1997; ders.: SchlachtFeldForschung. Die Soziologie im Krieg, in: Mittelweg 36, H. 5/2000, S. 74-92.

[523] Detlef Bald: "Bürger in Uniform". Tradition und Neuanfang des Militärs in Westdeutschland, in: Axel Schildt, Arnold Sywottek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn ²1998, S 392-402; ders.: Kämpfe um die Macht des Militärischen, in: ders. u.a.: Mythos Wehrmacht. Berlin 2001, S. 17-65; ders.: Vom Kaiserheer zur Bundeswehr. Sozialstruktur des Militärs: Politik der Rekrutierung von Offizieren und Unteroffizieren. Frankfurt/Main, Bern 1981; ders.: Militär und Gesellschaft 1945-1990. Die Bundeswehr der Bonner Republik. Baden Baden 1994 (Militär und Sozialwissenschaften; 13); ders.: Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955-2005. München 2005; Martin Kutz: Deutsche Soldaten. Eine Kultur- und Mentalitätsgeschichte. Darmstadt 2006. Dieter Krüger: Das Amt Blank. Die schwierige Gründung des Bundesministeriums für Verteidigung. Freiburg 1993 (Einzelschriften zur Militärgeschichte; 38). Zur Inneren Führung vgl.: Frank Pauli: Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr. Das kriegsgediente Offizierskorps der Bundeswehr und die Innere Führung. Paderborn 2010; Frank Nägler: Der gewollte Soldat und sein Wandel. Personelle Rüstung und Innere Führung in den Aufbaujahren der Bundeswehr 1956 bis 1964/65, München 2010 (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland 9).

Eine jüngere Studie zur Geschichte der "Kritischen Theorie" liefert einige Hinweise auf diesen frühen Anwendungsfall des Konzeptes der "autoritären Persönlichkeit" im militärischen Bereich,[524] freilich ohne das Konzept als solches zu benennen. Die Studie führt über die Ergebnisse der militärhistorischen Forschung nicht hinaus und vermag den Konflikt darum auch nicht zu erklären.[525] Die Studie von Alex Demirovic über den "nonkonformistischen Intellektuellen" erhellt die instituts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, die dessen Bereitschaft, sich an den Verteidigungsplanungen des Bundeskanzleramtes und des Amtes Blank in den 50er Jahren zu beteiligen, zu Grunde lagen.[526] Eine Darstellung der Rolle, die das Konzept der "autoritären Persönlichkeit" in den Aufbauplanungen der Bundeswehr spielte, und eine Erklärung, warum es trotz intensiver wissenschaftspolitischer Kontakte zwischen Amt Blank und dem Frankfurter Institut schließlich verworfen wurde, steht allerdings noch aus.
Die konzeptionellen Entwicklungen für einen neuen Psychologischen Dienst in der Planungsphase sind somit erst in Ansätzen erforscht.

2.3. Die organisatorische Entwicklung des Amtes Blank bis zur Gründung des Verteidigungsministeriums

Die organisatorische Entwicklung des Amtes Blank verlief keineswegs geradlinig. Schon die häufigen organisatorischen Veränderungen in den Jahren 1950 bis 1955 weisen auf den diskontinuierlichen Verlauf der Arbeit des Amtes Blank hin, die in Abhängigkeit von außenpolitischen Rahmenbedingungen stand und entsprechend häufig revidiert werden musste, da sie von inneren Konflikten im Amt selbst begleitet war. Die Arbeit der Dienststelle Blank lässt sich mit Genschel in sieben Phasen einteilen, die jeweils durch einen neuen Organisationsplan markiert werden.[527]
In der ersten Phase, die vom Aufstellungsbeginn bis September 1951 reichte, war die Dienststelle mit nur 24 Mitarbeitern recht klein. Sie gliederte sich laut Organisationsplan von 6. April 1951 in drei Gruppen: Verwaltung (V), „Unterbringung und allgemeine Wirtschaftsfragen" (I) und „Technische Sicherheitsfragen" als eigentlich militärische Abteilung. Unter den 24 Mitarbeitern waren aber nur vier ehemalige Militärs.[528] Der zivilen Abteilung Verwal-

[524] Albrecht, Clemens u.a.: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik.
[525] Georg Meyer: Zur inneren Entwicklung der Bundeswehr bis 1960/61, in: MGFA (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Bd. 3: Die NATO-Option. München Wien 1993, S. 851-1162.
[526] Alex Demirovic: Der nonkormistische Intellektuelle.
[527] Vgl. Genschel: Wehrreform und Reaktion, S. 74-81.
[528] Es handelte sich um nämlich Oberst im Generalstab a. D. Graf von Kielmansegg, Oberstleutnant i. G. a. D. de Maizière und die beiden Majore a. D. Freiherr von dem Bussche und Achim Oster. Ersterer und letztere beide

tung stand Ministerialdirektor Ernst Wirmer, ein Vertrauter Adenauers, vor. Als Gutachter dem Dienststellenleiter direkt unterstellt waren die beiden Generalleutnants a. D. Hans Speidel und Adolf Heusinger. Im April wurde die Planungsgruppe (II/Planung) gebildet. Dieses Arbeitsgebiet war in drei Referate unterteilt, nämlich Organisation, Personal und Material, wenig später traten die Referate Inneres Gefüge und Ausbildung hinzu. Am 7. Mai 1951 trat der Major i. G. a. D. Wolf Graf von Baudissin in die Dienststelle Blank ein.[529]

In der zweiten Phase vom September 1951 bis zum Juli 1952 wurden statt der drei Gruppen zwei Abteilungen gebildet, die sich anders gliederten. In der Abteilung I fand sich jetzt die Unterabteilung I/OZ (Verwaltung, Organisation, ziviles Personal des Hauses) und I/Pl (Grundsatzfragen des Verteidigungsbeitrages), in der die frühere Gruppe II/Planung aufging, also auch das Referat, das für militärische Personalfragen zuständig war. Neben diesem existierten hier jetzt sieben weitere Referate. Die zweite Abteilung war für Besatzungsfragen und Recht zuständig. Der Primat des Politischen und die zivile Anleitung der Planungen fanden darin ihren Ausdruck, daß auch die „militärischen" Unterabteilungen dem zivilen Leiter Wirmer unterstand. Die mit dem 17. September 1951 einsetzende Herauslösung der Unterabteilung I/B, die nur mit Militärs besetzt war, und ihr Wandel zur Blank direkt unterstellten „Sondergruppe" hob diesen Trend zur zivilen Einbindung allerdings teilweise wieder auf.[530]

In der dritten Phase, die von Juli 1952 bis Januar 1953 währte, wurde der Organisationsplan wieder umgeworfen. Neben drei zivile Abteilungen, die Zentralabteilung I (Verwaltung und Organisation), III (Recht und Wirtschaft) und IV (Unterkünfte und Liegenschaften) trat nun eine militärische Abteilung (Abteilung II), die auch unter Leitung eines Militärs, nämlich unter der Generalleutnant a. D. Heusingers stand.

Die Unterabteilungen der Abteilung II und hier vor allem der Abteilung II/3 mitsamt ihren Nachfolgeabteilungen stehen fortan im Zentrum des Interesses. Die Abteilung II gliederte sich in vier Unterabteilungen, nämlich II/1 „Militärische Verteidigungsfragen im Gesamtrahmen", II/2 „Militärische Organisation", II/3 „Militärisches Personal" und II/Pl „Planung/Bonn". Die Gliederung der Abteilung II war an die Verhandlungsergebnisse der EVG-Verhandlungen angepasst. Die Unterabteilungen II/1-II/3 waren diejenigen, die in die Kompetenzbereiche eines nationalen Verteidigungsministerium fallen sollten. Daher wurden in der Unterabteilung II/3 „Militärisches Personal" das Referat „Inneres Gefüge" des Wolf

---

sind die einzigen Mitarbeiter, die aus der Zentrale für Heimatdienst übernommen wurden. Vgl. ebd., S. 72ff.

[529] Vgl. ebd., S. 74.

[530] Während der Verhandlungen um die EVG bemühte sich das Amt Blank im Laufe des Jahres 1951 um eine Anpassung der Struktur der Referate an die in westlichen Armeen übliche Stabsstruktur G1 – G4. Vgl. Genschel: Wehrreform und Reaktion, S. 76 und Fn. 24: G 1 Personal, G 2 Sicherheitswesen und Nachrichten, G 3 Organisation, Planung, Ausbildung, G 4 Versorgung. In der Unterabteilung Planung wurde diese Struktur unter Verzicht auf G 2 eingeführt, indem 6 Gruppen gebildet wurden, je eine Gruppe G 1, G 3, G4 sowie je eine Gruppe für die Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine.

Graf Baudissin angesiedelt sowie das im September 1952 gegründete sogenannte Studien-Bureau. Das Studien-Bureau war zuständig für die Wahrnehmung von Außenkontakten des Amtes Blank zu wissenschaftlichen und bestimmten ausländischen Organisationen. Es sollte den Fachreferaten zuarbeiten, indem es Gutachten und wissenschaftliche Expertisen zu den Themengebieten Personalwesen, Unterricht und Information, Ausbildung und Organisation, Betreuung und vermischte Studien zu liefern hatte.[531] Hauptmitarbeiter des Studien-Bureaus war der zunächst als Gutachter, dann als Angestellter beschäftigte Joseph Pfister. Pfister war vor seiner Beschäftigung im Amt Blank Mitarbeiter der amerikanischen Militärregierung (OMGUS) und beim amerikanischen Hohen Kommissariat (HICOG) gewesen.[532] Nach einem Konflikt über die Stellung des Referates „Inneres Gefüge" zum Studien-Bureau, in dem es äußerlich um die Kompetenzen im Bereich der Wahrnehmung von Außenkontakten zu wissenschaftlichen Institutionen und das Auftreten in der Öffentlichkeit ging, wurde das Referat „Inneres Gefüge" ab dem 10. Januar 1953 dem Leiter der militärischen Abteilung (II) Heusinger direkt unterstellt. Es gehörte mit dem Studien-Bureau und Vertretern der zivilen Abteilungen I (Verwaltung), III (Rechtswesen) sowie der militärischen Unterabteilungen II/1 (Militärpolitik) und II/3 (Personalwesen) dem „Ausschuss Innere Führung" an, der ebenfalls auf der Leitungsebene der Abteilung II angesiedelt war. Der Ausschuss stand zudem unter dem Vorsitz des Leiters der militärischen Abteilung (II). Dieses Ereignis markiert zusammen mit dem Ausscheiden des Leiters von II/Pl, von Bonin den Beginn der vierten Phase.[533] In dieser Phase blieb der Organisationsplan der Dienststelle aus dem Jahr 1952 bis auf die Umgruppierung zum Ausschuss „Innere Führung" in Kraft.[534] In der fünften Phase des Bestehens der Dienststelle Blank vom Januar 1954 bis zur Überführung in das neugegründete Bundesministerium der Verteidigung im Juni 1955 fand

[531] Vgl. Studien-Bureau, Arbeiten des Studienbureaus (STB), Bonn, 11.11.1954, BW 9/720 fol. 6-15, fol. 6. Personalwesen umfaßte Einzelprojekte zu psychologischen Personalauswahlverfahren für das Militär, die Militärverwaltung die Definition der Aufgabe, Funktion und Organisation der Psychologie in den Streitkräften. Unterricht und Information umfasste ursprünglich Sammlung und Dokumentation zu Staatsbürgerkunde, europäische Geschichte, Wehrgeschichte, Auslandskunde, Bolschewismus. Eine weitere Gruppe von Aufgaben bildete die Erstellung von Grundlehrgängen in praktischer Pädagogik und Psychologie, Organisations- und Arbeitstechnik, sowie für eine geplante Militärakademie und College sowie ein Institut für Pädagogik, Psychologie und Information einen Studienplan für die Geisteswissenschaften zu erstellen. Aufgrund der Vielfalt der Projekte ist anzunehmen, dass bei Einrichtung an einen Ausbau des Studien-Bureaus gedacht war. J. H. Pfister, Tätigkeitsbericht September 1952 bis Dezember 1953 und Arbeitsplan 1954, Bonn 12.1.1954, BA-MA BW 9/2853 fol. 61-70 zeigt, dass aus der Vielfalt der Projekte vordringlich die Psychologie- und Pädagogikprojekte bearbeitet wurden. Zum Studien-Bureau vgl. Meyer: Zur inneren Entwicklung, S. 908-911, S. 1146-1150; Krüger: Amt Blank: S. 57ff., S. 160.

[532] Joseph Pfister (*1903), 1923-1933 Studium, 1931-1936 Angestellter im Reichsministerium des Inneren, 1937-1940 Beschäftigung in der Filmwirtschaft, 1942-1944 Wehrdienst, 1944-45 Angestellter, 1945 Bürgermeister in Holzkirchen, 1946-1948 stellv. Leiter des Instituts für den Unterrichtsfilm des Bayerischen Kultusministerium, 1948-1952 Mitarbeiter bei OMGUS und HICOG, möglicherweise in der Education and Cultural Relations Division bei OMGHE, ab 1952-1968 Gutachter, dann Angestellter im Amt Blank, dann im Bundesverteidigungsministerium.

[533] Vgl. hierzu Genschel: Wehrreform und Reaktion, S. 77, und Organigramm 3, ebd., S. 349. Zum Ausscheiden Bonins vgl. Genschel: Wehrreform und Reaktion, S. 141-143, sowie Meyer: Zur innere Entwicklung; S. 892-900.

[534] Zum Ausschuß „Innere Führung" vgl. Meyer: Zur inneren Entwicklung, S. 892-904.

noch einmal eine grundlegende Änderung der Organisation der Militärischen Abteilung statt, indem eine eigene Unterabteilung Innere Führung gegründet wurde. Parallel bestand bis Ende 1954 der Ausschuss „Innere Führung“ auf der Leitungsebene der militärischen Abteilung (II) ebenso wie das dieser zuarbeitende Studien-Bureau fort. Die Unterabteilung „Innere Führung“ gliederte sich in die Referate „Inneres Gefüge“, „Erziehung“, „Information“ und „Betreuung“. Im November wurde dieser Unterabteilung auch das Studien-Bureau eingegliedert, um die Konkurrenzsituation zwischen dem Referat „Inneres Gefüge“ und dem Studien-Bureau endgültig zu beenden, strukturell blieb sie allerdings fortbestehen, weil der Posten des Leiters der Unterabteilung vakant blieb und die beiden Referatsleiter Baudissin und Pfister nicht kooperierten.[535] Zudem bearbeitete Pfister ähnliche Themen wie Baudissin. Die Unterabteilung II/C unterstand weiterhin dem Oberst i. G. a. D. Kurt Brandstaedter. Den fortschreitenden Planungstätigkeiten entsprechend wurden die Institutionen der Aufstellungsplanung im November auch mit eigenen Referaten innerhalb der Abteilung II/C „Militärisches Personal“ versehen. Für die Einstellung der freiwilligen Bewerber vom Oberstleutnant abwärts war das Referat II/C/1 „Annahmeorganisation“ des Oberstleutnant a. D. Werner Kaminski zuständig. Die II/C/2 „Militärische Fragen des Ersatzwesens“ bearbeitete der Oberstleutnant a. D. Otto Lechler. Darunter bestanden noch Unterreferate, die für die Offiziersrekrutierung zuständig waren.[536]

Bei Überführung des Amtes Blank in das Bundesverteidigungsministerium wurden diese Zuständigkeiten beibehalten, nur dass die Unterabteilung „Militärisches Personal“ jetzt Unterabteilung II/1 „Personalwesen“ war. Die bisherige formelle Unterstellung des Studien-Bureau der bisherigen Gruppe „Innere Führung“, in der es als Referat neben Baudissins Referat existierte, wurde jetzt durch direkte Unterstellung unter die von Brandstaedter geleitete Unterabteilung abgelöst, wodurch die Stellung des Studien-Bureaus seiner Funktion der Zuarbeit für dessen Unterabteilung auch endlich formal angeglichen wurde.[537]

Die Personallage entwickelte sich in den erwähnten Phasen zwar nicht immer zur vollen Zufriedenheit des Amtes, so dass auch Referats- und Sachbearbeiterstellen vakant bleiben mussten, doch ist ein kontinuierliches Anwachsen des Personals der Dienststelle seit Gründung zu verzeichnen. Dies wurde durch wohlwollende Behandlung der Personalmittelanträge im Haushaltsausschuss des Bundestages begünstigt. Das stärkste Anwachsen

[535] Vgl. hierzu die Organigramme in MGFA (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik Bd. 3, S. 682 ff., in Krüger: Amt Blank, S. 211.

[536] Die Referate II/C/3-II/C/5 waren für die personelle Aufstellungsplanung des Heeres, der Luftwaffe und der Marine zuständig und wurden durch den Oberst a. D. Franz Schniewind (Heer), den Oberstleutnant a. D. K. G. Nagel (Luftwaffe) und den Kapitän zur See a. D. Kähler geführt. Vgl. Organigramm in Krüger: Amt Blank, S. 211.

[537] Sie umfasste folgende Gruppen (untergliedert in Referate) und diesen Gruppen nebengeordnet als einzelnes Referat das Studien-Bureau (II/1/20): II/1 Gruppe 1 „Innere Führung“ unter Baudissin, II/1 Gruppe 3 „Personelle Organisation“ unter Oberstleutnant i. G. a. D. Ernst Ferber, II/1 Gruppe 4 „Personalbearbeitung“ unter Brandstaedter und II/1 Gruppe 5 „Militärische Annahmeorganisation“ unter Kaminski.

hatte ab 1953 die militärische Abteilung zu verzeichnen. Das Studien-Bureau selbst allerdings bestand die ganze Zeit über aus seinem Leiter, einem Mitarbeiter und einer Schreibkraft. Gemessen an der Vielzahl der Aufgaben und den vielen Kontakten, die das Studien-Bureaus zu halten hatte, war dies sicher zu wenig. Erst ab Beginn der unmittelbaren Vorbereitungen für das Freiwilligenannahmeverfahren konnte das Studien-Bureau eine Psychologin als Gutachterin einstellen.

Zusammenfassend ist zur organisatorischen und personellen Lage des Amtes Blank festzuhalten: Der Primat des Politischen konnte zwar durch die Besetzung der führenden Ämter des Amtes Blank nach außen hin gewahrt bleiben, indem die Leitungsposten an zivile Beamte übergeben wurden. Anfangs spiegelte sich der zivile Charakter der Behörde auch in den subordinierten Positionen, die militärische Experten einnahmen und den Anstellungsverhältnissen, in denen sie beschäftigt waren, wieder.[538] Mit dem Ausbau der militärischen Abteilung in den Jahren 1951-55 änderte sich dies. In der militärischen Abteilung unter Heusinger, die die Planung der Aufstellung übernahm, hatten die „Militärs" klar das Sagen. Wie sich dies auswirkte, soll anhand der Entwicklung der personalpolitischen Vorstellungen von der militärischen Expertenkonferenz im Oktober 1950 über die personalpolitischen Vorstellungen im Amt Blank bis zur Tätigkeit von Personalgutachterausschuß und Annahmeorganisation gezeigt werden.

2.4 Personalpolitische Vorstellungen im Amt Blank

In diesem Kapitel werden die institutionellen Gegebenheiten in der Dienstelle des „Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Besatzungstruppen zusammenhängenden Fragen" zugeschnitten auf die Fragestellung des Kapitels kurz dargestellt. Im anschließenden Unterkapitel werden die Vorstellungen, die der militärische Expertenausschuss auf der Himmeroder Konferenz im Oktober 1950 entwickelte, anhand der Denkschrift dargestellt, die die Experten dort konzipierten. Daran anschließend werden die personalpolitischen Planungen für das Freiwilligenannahmeverfahren untersucht und die Entwicklung des Personalgutachterausschusses bis zur Abfassung seiner „Richtlinien für die Prüfung der persönlichen Eignung der Soldaten vom Oberstleutnant – einschließlich – abwärts" vorgestellt.

[538] Die ehemaligen Militärs waren anfänglich vorrangig mit Gutachterverträgen an das Amt gebunden, erst ab 1954 ging man zu Angestelltenverträgen über. Auch rangmäßig waren Militärs anfänglich erst auf der Referatsebene zu finden. Erst mit Bestellung von Heusinger zur Leitung der militärischen Abteilung ändert sich dies. Ab diesem Zeitpunkt besetzten Militärs alle Ebenen der militärischen Abteilung vom Abteilungsleiter an abwärts.

2.4.1. Die Forderungen der Himmeroder Konferenz im Oktober 1950

Die konzeptionelle Entwicklung und Rahmenplanung für einen deutschen Verteidigungsbeitrag war bereits während der Existenz der Dienststelle Schwerin angegangen worden. Zu diesem Zweck war geplant, einen Ausschuss militärischer Experten als „Studienausschuß für deutsche Sicherheitsfragen“ zu bilden, der die Funktion eines die Bundesregierung in Sicherheits- und Rüstungsfragen beratenden Sachverständigengremiums haben sollte. Eine erste Tagung wurde auf den 6.-9. Oktober 1950 in das Eifelkloster Himmerod einberufen. Der Teilnehmerkreis bestand aus fünfzehn hochrangigen Offizieren der ehemaligen Wehrmacht, von denen neun in der späteren Bundeswehr Karriere machten.[539] Vier der Teilnehmer (Heusinger, Speidel, Kielmansegg und von Baudissin) wurden kurze Zeit später Mitarbeiter des Amtes Blank.[540] Aus den Beratungen dieser Tagungen ist die Himmeroder Denkschrift hervorgegangen. Bevor sich die Autoren der Denkschrift ihrem eigentlichen Thema, einem zukünftigen deutschen Kontingent in einer europäischen Streitmacht zuwandten, wurden eine Reihe grundsätzlicher Forderungen ausgesprochen, die einiges darüber aussagen, wie das militärische Selbstverständnis der Experten und ihre Einschätzung der Vergangenheit aussah: Für einen neuen deutschen Verteidigungsbeitrag verlangten sie von den Westmächten die „volle Souveränität“, die „Aufhebung der Kontrollratsgesetze [...] über die Entmilitarisierung“ und die „militärische Gleichberechtigung“ der Bundesrepublik. Die deutschen Soldaten dürften in einem internationalen Kontingent keine Soldaten „2. Klasse“ darstellen. „Psychologisch“ forderten die Autoren die „Rehabilitierung des deutschen Soldaten durch eine Erklärung von Regierungsvertretern der Westmächte“, die die „seinerzeitige Diffamierung durch Kontrollrats- u. a. Gesetze“ aufhebe, dazu die „Freilassung der als ‚Kriegsverbrecher‘ verurteilten Deutschen, soweit sie nur auf Befehl gehandelt und sich keiner nach *alten* deutschen Gesetzten strafbaren Handlung schuldig gemacht haben“.[541] Darüber hinaus forderten die militärischen Experten – augenscheinlich die propagandistische Wirkungsmächtigkeit der Bundesregierung überschätzend – die „Einstellung jeder Diffamierung des deutschen Soldaten [...] und Maßnahmen zur *Umstellung der öffentlichen*

[539] Zum Teilnehmerkreis vgl. Rautenberg/Wiggershaus: Himmeroder Denkschrift, S. 150ff. und die Liste S. 189f.
[540] Die Bedeutung der auf dieser Tagung ausgearbeiteten Denkschrift ist in der Forschung unumstritten. Eine etwas scholastische Forschungsdiskussion wird – bei grundsätzlicher Anerkennung des grundlegenden Charakters der Denkschrift – allenfalls um die Fragen geführt, ob sie Bundeskanzler Adenauer vorgelegt worden sei und inwiefern ihr eine Wirkung auf das Amt Blank beigemessen werden kann, obwohl die Denkschrift geheim gewesen sei. Daß vier Teilnehmer der Konferenz später im Amt Blank in hoher Stellung und in sachverwandten Gebieten tätig waren, spricht für die Bedeutung, die der Denkschrift in jedem Fall zukommt. Vgl. hierzu Meyer: Zur inneren Entwicklung, S. 1024f., S.1030. Krüger: Amt Blank, S. 25, spricht von „vielen Grundakkorden“, die in der Denkschrift anklingen Fn. 40; Rautenberg/Wiggershaus: Himmeroder Denkschrift, S. 164f.
[541] ebd., S. 169. Vgl. zur innenpolitischen Dimension der Kriegsverbrecherdebatte Frei: Vergangenheitspolitik, S. 133-233, zur Himmeroder Denkschrift ebd., S. 196. Zur außenpolitischen Dimension Ulrich Brochhagen: Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer. Hamburg 1994, 21-172; vgl. auch Rautenberg, Standortbestimmung, 748-754.

Meinung im In- und Ausland".[542]

An die „westdeutsche Bundesregierung" richten die militärischen Experten ihre Forderungen in Form von „Vorschlägen". Bundesregierung und Volksvertretung sollten als psychologische Voraussetzung eine „Ehrenerklärung für den deutschen Soldaten" abgeben und durch eine „gerechte Regelung der Versorgung der früheren und zukünftigen Soldaten und ihrer Hinterbliebenen" „[g]leiches Recht für alle Staatsdiener" gewährleisten.[543] Die Denkschrift spricht breit die „operative Lage der Bundesrepublik" an, baut ein Bedrohungsszenario aus militärischer Sicht auf und macht weitgehende organisatorische Vorschläge. Auf diese kann hier nicht im Detail eingegangen werden.[544] Wichtig für die spätere Entwicklung personalpolitischer Vorstellungen im Amt Blank ist die Anerkennung des politischen Primats in Fragen der Personalpolitik. Allerdings macht sich zu diesem Zeitpunkt schon die Tendenz bemerkbar, nicht zu viele Kompetenzen an einen zivilen Apparat abzugeben, sondern möglichst viele Kompetenzen auf der Seite der Militärs zu belassen. Vor allem das Ersatzwesen sollte, wie es die der Denkschrift beigefügte Organisationsskizze verdeutlicht, eindeutig bei den dem „Inspekteur des Deutschen Kontingents" nachgegliederten Ämtern angesiedelt sein.[545]

Für die Entwicklung der Bundeswehr in den ersten Jahren ist die Festschreibung der Konzeption der „Inneren Führung" schon in der Himmeroder Denkschrift von Bedeutung. Im betreffenden Abschnitt der Denkschrift werden die Gedanken zu diesem Thema noch unter der Überschrift „Inneres Gefüge" abgehandelt. Schon mit der Ausarbeitung dieses Abschnitts war Wolf Graf Baudissin beauftragt. Das Konzept der „Inneren Führung", umfasste folgende Kernpunkte: Das zukünftige deutsche Militär sollte keinen „Staat im Staate" mehr darstellen, sondern bei Wahrung der „überparteiliche[n] Haltung" die „demokratische Staats- und Lebensform [...] bejahen."[546] Die Grundrechte des Soldaten sollten mit Einschränkungen (aktives und passives Wahlrecht unter Vorbehalten, Ruhen von Parteiämtern während der Dienstzeit) gewahrt bleiben. Besonderen Wert legte das Konzept auf Charakterbildung, Ausbildung und Erziehung.[547] Der dritte Unterabschnitt, der sich mit dem Thema „Ethisches" befasste, enthielt Vorschläge für den zukünftigen Umgang mit der Disziplinar- und Beschwerdeordnung, die weit über diesen Bereich hinausreichten: Es solle geprüft werden, „ob

[542] Vgl. Rautenberg/Wiggershaus: Himmeroder Denkschrift, S. 169.
[543] Eine solche „Ehrenerklärung" gab Adenauer zum Beispiel vor dem Bundestag am 3.12.1950 ab, vgl. hierzu Rautenberg/Wiggershaus: Himmeroder Denkschrift, S. 200, Anm. 172. Daß eine solche "Ehrenerklärung" nicht nur Lippenbekenntnis blieb, zeigt Adenauers Engagement für die inhaftierten Kriegsverbrecher, vgl. hierzu Frei: Vergangenheitspolitik, S. 244ff., S. 263ff. und Brochhagen: Nach Nürnberg, S. 96ff., 108.
[544] Vgl. hierzu die Ausführungen der Denkschrift Rautenberg/Wiggershaus: Himmeroder Denkschrift, S. 170-173, 173-185, sowie den Kommentar der Editoren zu den Bedrohungsszenarien der Denkschrift, vor allem auch die Darstellung des Kenntnisstands von Adenauer. Aus der nachrichtendienstlichen Lageaufklärung, die Adenauer vorlag, ergab sich ein wesentlich harmloseres Bild, als es die militärische Expertise vermittelte. Vgl. ebd., S. 154.
[545] Vgl. ebd., S. 156.
[546] Vgl. ebd., S. 185.
[547] Vgl. ebd.

innerhalb der Verbände Vertrauensausschüsse zu bilden sind, die bei Anwendung der Disziplinar- und Beschwerdeordnung zu hören sind (ohne Entscheidungsrecht). Sie könnten zugleich als Organe der Reinigung wirksam werden in solchen Fällen, die nicht durch das Militär-Strafgesetzbuch oder die Disziplinarordnung erfaßt sind."[548] Darauf folgt der Vorschlag, ähnliche Vertrauensausschüsse „bei der Einstellung der Offiziere einzusetzen zur etwa notwendigen Überprüfung des persönlichen Verhaltens in der Vergangenheit, wenn gegen Einzelne Anwürfe erhoben werden. Eine solche *‚Selbstreinigung'* erscheint aus psychologischen Gründen der Öffentlichkeit des In- und Auslandes gegenüber wie im Interesse des inneren Zusammenhalts der Truppe notwendig. Ein allgemeines *‚Spruchkammersystem'* ist dagegen abzulehnen."[549] Diese Einschränkung darf nicht unterschätzt werden. „Spruchkammern" kann hier als Signalwort für das gelten, was sich die Militärs verbaten, nämlich Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten, Fragen zur Vergangenheit und Urteile derjenigen, die nicht zu ihrem Kreis gehörten.

Damit waren Ansprüche auf weitreichende Mitsprache militärischer Experten bei der Rekrutierung angemeldet, von denen sich die „Militärs" nur unter Konflikten abbringen ließen. Die Entwicklung der Annahmeorganisation und des Personalgutachterausschusses sowie der Konflikt um die Anwendung psychologischer Methoden in der Freiwilligenannahme zeigen dies. Im Folgenden sollen zunächst die allgemeinen personalpolitischen Vorstellungen, die im Amt Blank für diese beiden Organisationen entwickelt wurden, dargestellt werden.

2.4.2. Personalpolitische Planungen für das Freiwilligenannahmeverfahren

Die Planungen für das Freiwilligenannahmeverfahren sahen für die Bewerber vom Oberst an aufwärts und vom Oberstleutnant an abwärts unterschiedliche Bewerbungs- und Aufnahmeverfahren vor. Die erste Aufgabe, also die Prüfung der hochrangigen Bewerber, sollte der sogenannte Personalgutachterausschuss erfüllen, für die restlichen Bewerbungen in einem Massenverfahren war die sogen. „Annahmeorganisation" zuständig. Der Organisatorische Rahmen wurde bis 1955 verfeinert, indem man ihn den jeweiligen Planungen anpasste, doch die Grundstruktur der Teilung des Verfahrens nach Dienstgraden blieb im Grunde unverändert.

Die ersten im Amt Blank aufgenommenen Planungen für das Freiwilligenannahmeverfahren im Jahr 1951 gingen von einem Prüfzeitraum von etwa einem Jahr aus.[550] Den Personalbe-

[548] Vgl. ebd.
[549] Vgl. ebd. [Hervorhebung im Original]
[550] III B, Notizen zum Vortrag über die Vorgeschichte des Annahmeverfahrens vor dem BT-Unterausschuss „Führung" am 28.5.1956, Bonn 28.5.1956, BA-MA BW 21/19 unfol.

darf für das Prüfwesen in der Annahmeorganisation bezifferte man zu diesem Zeitpunkt mit 600 Prüfern (Prüfoffiziere) und 400 Offizieren für sonstige Aufgaben. Für die Prüfung der Bewerber setzte man je nach Rang eine verschiedene Dauer an, was darauf schließen lässt, dass man beabsichtigte, Offiziere intensiver zu prüfen als die Mannschaften.[551] Die Zahlenverhältnisse bleiben bis 1956 relativ gleich.

Die „ersten Gedanken zum Prüfverfahren" orientierten sich zunächst an den formalen Voraussetzungen der Bearbeitung der schriftlichen Bewerbungsunterlagen. Inhaltlich folgten die Planer den Vorstellungen der Himmeroder Konferenz über die Bedeutung des Lebenslaufs, der Bewährung im Krieg und im bürgerlichen Leben. Die Übertragung des Begriffs der „Bewährung im Felde" auf das zivile Leben ist aussagekräftig, weil die Kriterien, an denen diese Bewährung ihr Maß finden sollte, soldatische blieben, in denen „Halt" und „Festigkeit", „Beharrung" und „Kampfgeist" eine Rolle spielten. Erfolg im zivilen Beruf galt als Indikator für „Bewährung", eine unstetige zivile Laufbahn als „Haltlosigkeit".

Die militärische Eignung stand im Mittelpunkt. Man ging davon aus, dass die militärische Eignung „vom Stande 1945 klar erkennbar" sei.[552] Als wichtigster Indikator galt die Entwicklung der militärischen Laufbahn. Doch auch das soldatische Verhalten der Bewerber nach dem Krieg spielte ein zentrale Rolle in den Überlegungen, da immer wieder das „ehrenhafte" Verhalten in der Gefangenschaft gefordert wurde. Interessanterweise begann man sich auch Gedanken über Vorstrafen der Bewerber zu machen.[553] Angesichts der Tatsache, dass viele Mitarbeiter der Dienststelle Blank der an den deutschen Kriegsverbrechern geübten alliierten Verurteilungspraxis ablehnend gegenüberstanden, indem sie Amnestie und Ehrenerklärungen einforderten, können diese Vorstrafen alleine also nicht gemeint sein. Es ist daher wahrscheinlich, dass über diese Ausschlussregel auffällige, ungehorsame und nach Gesichtspunkten des Wehrmachtsstrafrechts straffällig gewordene Bewerber, ausgeschlossen werden sollten bzw. solche, die in den sogenannten „Kameradenschinderprozessen" verurteilt worden waren, weil sie in sowjetischer Kriegsgefangenschaft das Bündnis mit der sowjetischen Gewahrsamsmacht eingegangen waren.[554] Dagegen sollten die Ergebnisse der Entnazifizierungsspruchkammern keine Beachtung finden.[555] Diese Kriterien waren alle

[551] Für die Prüfung eines Offiziers setzte man zwei Stunden, für die eines Unteroffiziers eineinhalb und bei den Mannschaften eine Prüfdauer von immerhin noch einer Stunde. Vgl. ebd.

[552] III B, Notizen zum Vortrag über die Vorgeschichte des Annahmeverfahrens vor dem BT-Unterausschuss „Führung" am 28.5.1956, Bonn 28.5.1956, BA-MA BW 21/19 unfol.

[553] III B, Notizen zum Vortrag über die Vorgeschichte des Annahmeverfahrens vor dem BT-Unterausschuss „Führung" am 28.5.1956, Bonn 28.5.1956, BA-MA BW 21/19 unfol.

[554] Hierzu müsste die Praxis bei der Aufstellung genauer untersucht werden. Die späteren Richtlinien des Personalgutachterausschuß enthalten eine Liste von Bewerberkategorien, die einer besonders intensiven Überprüfung unterzogen werden sollte sowie solcher, die auch nach besonderer Überprüfung nur unter Zustimmung des Ministeriums eingestellt werden durften. Darunter fielen Angehörige des Nationalkomitees Freies Deutschland ebenso wie Bewerber, die in einem „ausländischen Geheimdienst" mitgearbeitet hatten. Vgl. Bericht Personalgutachterausschuß, S. 27.

[555] In einem Schriftstück, das wahrscheinlich aus Brandstaedters Unterabteilung stammt, findet sich die Frage,

nach Papierlage zu überprüfen und sollten den Bearbeitern Anhaltspunkte für die Vorauswahl zu den Prüfungsgesprächen geben.

In den Prüfgesprächen sollten Erkenntnisse über den Charakter des Bewerbers, seine „geistigen Anlagen", die „geistige seelische und körperliche Spannkraft", die „Befähigung zur Menschenführung" sowie über seine „Stellung zum demokratischen Staat gewonnen werden."[556] Für diese Prüfgespräche wurde die Hinzuziehung von Psychologen erwogen. Man beschloss, für die Freiwilligenannahme die Erfahrungen der damals laufenden Prüfungen des Bundesgrenzschutzes auszuwerten, an denen auch Psychologen beteiligt waren.[557]

Die Behandlung von Angehörigen der Waffen-SS folgte nicht politischen, sondern militärischen Erwägungen.[558] Das z. B. belegt eine Stellungnahme von Oberst Kaminski, dem Leiter des Referates, das die Annahmeorganisation vorbereitete und damit auch die Entscheidungsrichtlinien für diese.[559] Es handelt sich um einen Entwurf des Jahres 1953. Die personelle Kontinuität in dem betreffenden Referat erlaubt es, diesen frühen Entwurf heranzuziehen. Außerdem ergab der Vergleich mit folgenden Entwürfen sowie der im Annahmeverfahren geltenden Bestimmungen, dass die frühzeitig ausgebildeten Argumentationsmuster sich auch in diesen fortsetzten.

Bezüglich der Einstellung „von Freiwilligen, die ehemalige Angehörige der Waffen-SS

---

ob im Bewerbungsfragebogen die Frage „nach dem Entnazifizierungsbescheid […] erforderlich und […] die Vorlage des Entnazifizierungsbescheids für das Einstellungsverfahren notwendig" sei, vgl. [N.N.], Fragen aus dem Gebiet der Annahmeorganisation, 3.10.1953, BA-MA BW 9/3624 fol. 4. Es wurde später entschieden, daß diese Frage unerheblich sei, vgl. II, 3/1, Kaminski: Fragen aus dem Gebiet der Annahmeorganisation, 23.11.1953 BA-MA BW 9/3624, fol. 3-12.

[556] [N.N.], Fragen aus dem Gebiet der Annahmeorganisation, 3.10.1953, BA-MA BW 9/3624 fol. 4, wirft die Frage auf, wie mit den Mitglieder dieser Organisationen zu verfahren sei. Allgemein zur Grenzziehung gegenüber nazistischen Nachfolgeorganisation vgl. Frei: Vergangenheitspolitik, S. 309-360. Zur politischen Verfolgung von Kommunisten in der frühen Bundesrepublik liegen erst wenige Arbeiten vor. Grundlegend die über rechtshistorische Fragestellungen weit hinausreichende Arbeit Alexander von Brünnecks, vgl. ders.: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968. Frankfurt am Main 1978.

[557] Beim Bundesgrenzschutz arbeitete seit 1950 der ehemalige Heerespsychologe Leonhard von Renthe-Fink, der ab 1958 beim Psychologischen Dienst der Bundeswehr beschäftigt wurde. Von Renthe-Fink liegt in den Akten des Personalgutachterausschusses eine undatierte Darstellung der „Aufgaben und Probleme der psychologischen Personalauslese im Bundesgrenzschutz" vor, vgl. BA-MA BW 27/28, fol. 166-173. Mehrere Dienstreisen wurden von Mitarbeitern der militärischen Abteilung des Amtes Blank zum BGS unternommen. Vgl. Arbeitstab II/Pl/2, Zusammengefasster Erfahrungsbericht über die Tätigkeit der Annahmestellen 5-8 des Bundesgrenzschutzkommandos West in der Zeit vom 4.5.1951-13.6.1951, BA-MA BW 9/3622, 206-211. Der Bericht umfaßt die personelle Besetzung, Formen der Bekanntmachung, sowie eine Reihe logistischer Fragen, wie den Raumbedarf, das Karteiwesen sowie Gesamtübersicht aller Bewerbungen. Ein zweiter Dienstreisebericht aus dem Jahr 1954 schildert ausführlich den psychologischen Teil des Annahmeverfahrens für Sanitätsoffiziere des BGS, vor allem auch die Beteiligung der Sanitätsoffiziere. Vgl. II/Pl/San, Dienstreisebericht über die vom 27.4.1954-30.4.1954 durch Dr. [K.] Bock durchgeführte Dienstreise nach Lübeck, BW 9/3624 fol. 46-53.

[558] Georg Meyer hat hierzu eine Untersuchung vorgelegt, die zwar die kritische Überprüfung der Waffen-SS Bewerber durch die Bundeswehr thematisiert, jedoch insgesamt einseitig der Selbstdeutung durch den Traditionsverband der Waffen-SS, die Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit (HIAG) folgt. Georg Meyer: Soldaten wie andere auch? Zur Einstellung ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS in die Bundeswehr, in: Harald Dickerhoff (Hg.): Festgabe Heinz Hürten zum 60. Geburtstag. Frankfurt/Main 1988, S. 545-594; Immer noch grundlegend zu den Traditionsverbänden der Soldaten Krafft Freiherr Schenk zu Schweinsberg: Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, in: Georg Picht: Studien zur gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr. Erste Folge. Witten und Berlin 1965, S. 96-177.

[559] Nicht zu verwechseln mit den Richtlinien, die der Personalgutachterausschuss für das Annahmeverfahren erließ. Diese waren jedoch analog angelegt.

waren“ bemerkt Kaminski, dass ihr keine rechtlichen Bedenken entgegenstünden.[560] Nachdem er ausgeführt hat, welchen Umfang die Organisation der Waffen-SS hatte, ging Kaminski auf die militärischen Qualitäten ihrer Angehörigen ein: „Es steht fest, daß […] für die Waffen SS besondere Voraussetzungen gegeben waren, sich vorzügliches Personal zu beschaffen.“ Sie habe den übrigen Wehrmachtsteilen erhebliche Teile des verfügbaren Unteroffiziers- und Offiziersnachwuchses weggenommen. Er schätzte die Zahl der tauglichen jüngeren Waffen-SS-Soldaten auf etwa 300.000. Da der Ausbildungstand der Offiziere und Unteroffiziere gleichwertig zur Wehrmacht, der Mannschaften oft sogar besser sei, sollte vom „Standpunkte einer zweckmäßigen Personalbewirtschaftung aus […] bei der künftigen Aufstellung von Truppenverbänden auf diesen Personenkreis nicht verzichtet werden.“ Dem militärischen Zweckmäßigkeitsargument stellte Kaminksi ein pädagogisch-politisches zur Seite, indem er zu bedenken gab, dass ein „Ausschluss der […] Waffen-SS-Angehörigen zur Folge haben“ würde, „dass dieser große Kreis von sehr aktiven Mensche[n] kein positives Verhältnis zum demokratischen Staat finden würde; eher würde die Gefahr geschaffen, Menschen, die der heutigen deutschen Staatsform aufgeschlossen gegenüberstehen, sich politisch extremen Richtungen anschließen zu lassen.“[561] Sein Vorschlag zum Umgang mit diesem Bewerberkreis bestand dann auch darin, dass der Kreis der Bewerber, der erst während des Krieges zur Waffen-SS gelangt sei, wie die Bewerber der übrigen Wehrmachtsteile behandelt werden sollten, während die Bewerber, die bereits vor dem Krieg angehört haben, einer gesonderten Prüfung zu unterziehen seien.[562]

Die unterschiedlichen Positionen, die die planenden Mitarbeiter des Amtes Blank für den Umgang mit Bewerbergruppen entwickelten, von denen anzunehmen war, dass sie der parlamentarischen Demokratie ablehnend gegenüberstanden, verdeutlichen zum einen die Unterordnung der politischen Ziele unter militärische Zweckmäßigkeitsvorstellungen, andererseits lässt sich die Frage aufwerfen, ob nicht bestimmte politische Ressentiments

[560] II, 3/1, Kaminski: Fragen aus dem Gebiet der Annahmeorganisation, 23.11.1953 BA-MA BW 9/3624, fol. 3-12, hier fol. 7. Es wird hier ausführlich dieser repräsentative Entwurf referiert, weil sich an ihm die wechselnde politische und militärische Argumentation demonstrieren lässt. Die Akte enthält noch eine Reihe ähnlich lautender Entwürfe (fol. 13-55). Zudem folgte man im späteren Annahmeverfahren diesen Vorschlägen. Im Annahmeverfahren waren dem Bewerber bei der Prüfung des Bewerbungsbogens, in dem er schon mit den Fragen konfrontiert worden war, folgende Fragen noch einmal explizit zu stellen: „‘Sind oder waren Sie Mitglied der kommunistischen Partei oder kommunistischen Partei oder kommunistischen Organisation?’ Anzugeben sind alle Organisationen, Gesellschaften, Verbindungen, Institute, Studienzirkel usw. [...] Im Falle der Verneinung vorstehender Frage ist in Ziffer 15 des Bewerbungsbogens einzutragen: ‘Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei oder zu einer kommunistischen Organisation: nein’ Im Falle der Bejahung sind die entsprechenden Angaben einzutragen. (2) ‘Sind oder waren sie Mitglied einer verfassungsfeindlichen Organisation?’“, II,1/Gr. 5, Die militärische Annahmeorganisation. Bestimmungen für Aufbau und Arbeitsweise der militärischen Annahmeorganisation, o. D. BW 9/3629 fol. 3-76. Zur „Sicherheitsüberprüfung“ vgl. auch Georg Meyer: Zur inneren Entwicklung, S. 1032, Fn. 23. Zur Waffen-SS und ihrer Beteiligung an der Shoah vgl. Cüppers, Martin: Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer-SS und die Judenvernichtung 1939-1945. Darmstadt 2005 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart; 4)

[561] Vgl. ebd. fol. 8. Das politische Auftreten des Traditionsverbandes der Waffen-SS HIAG illustriert die Art dieser Aufgeschlossenheit.

[562] Vgl. ebd. fol. 8.

(Antikommunismus) handlungsleitend waren. Hinweise darauf geben die unterschiedliche Gewichtung der SRP- und der KPD-Mitgliedschaft.

2.4.2. Personalpolitische Vorstellungen des Personalgutachterausschusses

In der Aufbauphase der Bundeswehr wurde im August 1955 der schon seit dem Amt Schwerin und der Himmeroder Konferenz geplante „Säuberungs-" oder „Reinigungsausschuß" in Form des sogenannten Personalgutachterauschusses eingerichtet. Es sollten nach dem Personalgutachterausschußgesetz die bereits gedienten Bewerber oberhalb des Dienstgrads eines Oberstleutnants in einem persönlichen Verfahren einer Prüfung der persönlichen, charakterlichen und fachlichen Eignung für die Verwendung in der Bundeswehr unterzogen werden. Die Mitglieder des Personalgutachterausschusses wurden intern zwar durch die Parteien und das Amt Blank vorgeschlagen. Offiziell allerdings handelte es sich um ein von der Bundesregierung vorgeschlagenes, vom Parlament namentlich bestätigtes Gremium. Dennoch darf der Einfluss der Parlaments nicht dazu verführen, diesen Ausschuss für einen Parlamentsausschuss zu halten.[563]

Die Zusammensetzung des Personalgutachterausschusses war alles andere als ausgewogen. Die positive Charakterisierung der Zusammensetzung des Ausschusses durch Meyer ist nicht haltbar, obschon die hohe Konsensbereitschaft innerhalb des Ausschusses nicht zu bestreiten ist.[564] Es ist deutlich dass der Ausschuss durch militärische Vertreter dominiert wurde, da alleine 19 der 38 Mitglieder ehemalige Militärs waren und zusätzlich auch unter den restlichen Mitgliedern dem Militär nahestehende Personen waren, z. B. der Pädagogikprofessor Erich Weniger, der sich während des Nationalsozialismus durch eine Reihe militärpädagogischer Schriften hervorgetan hatte. Die Konstellation nach Parteien ist ebenfalls aussagekräftig: 20 Mitglieder des Ausschusses waren von CDU/CSU benannt, sieben von der FDP, acht von der SPD, zwei BHE und einer DP.[565] Damit besaß die Koalition die überwiegende Mehrheit.

Nach seinem Selbstverständnis und nach der Rechtslage war der Personalgutachterausschuss weder ein Parlamentsausschuss noch ein Gericht, ein Verwaltungsausschuss oder gar ein Entnazifizierungsgremium. Seine deutliche Distanz zum Entmilitarisierungs- und

[563] Zur Vorgeschichte des Personalgutachterausschusses und dessen Nähe zur „Inneren Führung" Meyer: Zur inneren Entwicklung, S. 1034-1055.
[564] Vgl. Meyer: Zur inneren Entwicklung, S. 1084-1092.
[565] Für die Personaldaten vgl. Bericht Personalgutachterausschuß, S. 5, sowie die nützliche Zusammenstellung nach Parteizugehörigkeit und Beruf bei Meyer: Zur inneren Entwicklung, S. 1084f. Fn. 143. Es ist nur schwerlich einsehbar, warum mindestens die Hälfte der Mitglieder eines Ausschusses, der überhaupt nicht über fachliche Eignung zu befinden hatte, eine militärische Vergangenheit hatte.

Entnazifizierungsverfahren der Jahre nach 1945 äußerte der Ausschuss selbst unmissverständlich in seinem Tätigkeitsbericht: „In allen Bestimmungen der Richtlinien kommt zum Ausdruck, dass der Personalgutachterausschuss weder Entnazifizierungs- und Entmilitarisierungsverfahren wieder aufnehmen, noch sich zum Richter über menschliche Vorzüge und Schwächen aufwerfen wollte. Es kam ihm lediglich darauf an, bei seiner eigenen Gutachtertätigkeit (vom Obersten aufwärts) wie in den Richtlinien für die Auswahl (vom Oberstleutnant) abwärts eine Auslese für den Aufbau der Bundeswehr zu ermöglichen, durch die die besten zur Verfügung stehenden Kräfte herangezogen werden sollten." Es handelte sich um ein Sachverständigen- und Expertengremium, das begutachtend die Bewerbungen prüfte und bindende Empfehlungen über Eignung und Nichteignung gegenüber dem Verteidigungsministerium aussprach. Entsprechend war auch die rechtliche Stellung des PGA als „ein durch Gesetz bestelltes unabhängiges Gremium" gestaltet, gegen dessen Entscheidungen keine Rechtsmittel eingelegt werden konnten. Es handelte sich um ein nichtprozessfähiges Gutachtergremium.[566]

Die Bewertung der gutachterlichen Tätigkeit ist vor diesem Hintergrund ambivalent. Zwar ist durchaus nicht von der Hand zu weisen, dass der Ausschuss den Grundsätzen des Konzepts der inneren Führung folgte und die Funktion des 1950 geforderten Selbstreinigungsorgans erfüllte. Die Zahl der Ablehnungen und auch die Ablehnungen hochrangiger Militärs, die bereits in der Dienststelle Blank gearbeitet hatten, sprechen für diese Deutung.[567]

Andererseits griff der Personalgutachterausschuss, indem er die „Richtlinien für die Prüfung der persönlichen Eignung der Soldaten vom Oberstleutnant – einschließlich – abwärts"[568] erließ, in das Annahmeverfahren in einer Art und Weise ein, die an der Unabhängigkeit dieses Gremiums zweifeln lassen, da er genau das Verfahren angriff, das zur Abwehr antidemokratischer Kräfte installiert worden war. Der Personalgutachterausschuss machte von seiner Kompetenz, für das Annahmeverfahren der Bewerber vom Oberstleutnant abwärts Richtlinien zu erlassen, dahingehend Gebrauch, die Anwendung psychologischer Verfahren zu regulieren. Zwar sahen die Richtlinien in einer Kann-Bestimmung „Psychologen [...] zur Beratung innerhalb der Annahmeorganisation" vor, schlossen aber gleichzeitig „[b]ei Bewerbern, die sich im Wehrdienst bewährt haben, psychologische Eignungsprüfun-

[566] Vgl. Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode Drucksache 109: Tätigkeitsbericht des Personalgutachterausschusses für die Streitkräfte, S. 7f. Leider ist die Quellenlage zum Personalgutachterausschuss nicht so dicht, wie es bei der umfangreichen Tätigkeit des Ausschusses sein könnte, da der PGA seine personenbezogenen Akten laut Beschluss vom 30.08.1956 „bei endgültiger Einstellung des Bewerbers, spätestens aber bei endgültiger Auflösung des PGA vernichtete", Tätigkeitsbericht des PGA, S. 10. Zur Vernichtung der Akten vgl. Findbuch des Bestandes BA-MA BW 27 (PGA) und den in der Akte BW 27/10 enthaltenen Hinweis über den Vollzug der Aktenvernichtung unter Beisein des Vorsitzenden des PGA Rombach, letzteres zitiert nach Meyer: Zur inneren Entwicklung, S. 1076, Fn. 124.

[567] Vgl. Meyer: Zur inneren Entwicklung, S. 1070-1074.

[568] Vgl. Richtlinien für die Prüfung der persönlichen Eignung der Soldaten vom Oberstleutnant abwärts, Tätigkeitsbericht, S. 24-26, S. 10-13 (Darstellung).

gen“ aus.[569]

2.5. Kontaktaufnahmen des Amtes Blank zu wissenschaftlichen Experten

Gerade aber den Einsatz psychologischer Methoden hatte man schon lange vor diesem Zeitpunkt ins Auge gefasst. Es müssen daher die unterschiedlichen Bemühungen der verschiedenen Abteilungen, Unterabteilungen, Referate und der Anfänge der Bemühungen des Studien-Bureaus um die Hinzuziehung wissenschaftlicher Experten untersucht werden, um die Unterschiede in den Anforderungen an die wissenschaftlichen Experten namhaft zu machen.

2.5.1. Erste Kontaktaufnahmen: Arnold Gehlen und Institut für Demoskopie

Im Amt Blank hatten schon früh Überlegungen darüber eingesetzt, dass man wissenschaftliche Methoden in der Personalauslese nutzen könne. Die Planer hatten weitreichende Vorstellungen von dem, was wissenschaftliche Methoden leisten könnten. Ernst Ferber, der für die personelle Organisation zuständig war, schlug im Mai 1951 vor, die Hilfe von Psychologen in Anspruch zu nehmen, um die Motivation der Bewerber darauf zu prüfen, ob sie der demokratischen Staatsform gegenüber aufgeschlossen seien.[570] Die Bewerbung solle durch persönliche Vorstellung vor einem Bewerbungsausschuss erfolgen, wo in einer „ruhigen und ausreichend langen Aussprache“ die Motivation des Bewerbers geklärt werden soll. Dabei „[kann] eine Heranziehung von Psychologen zweckmäßig sein. Sie bedarf allerdings noch eingehender Erwägung mit Fachleuten.“[571]

Die erste Kontaktaufnahme mit einem wissenschaftlichen Experten zur Klärung dieser Frage ging wahrscheinlich von der zivilen Verwaltungsabteilung aus. In einem Schreiben vom 6. Oktober 1951 wandte sich Ernst Wirmer, Ministerialrat im Amt Blank, der Leiter der zivilen Abteilung I (Verwaltung), an den Soziologen Arnold Gehlen, der zu dieser Zeit Rektor der Verwaltungsakademie Speyer war, und bat um eine gutachtliche Stellungnahme zu Fragen

[569] Vgl. ebd., S. 26.
[570] Ferber, II Pl 2: Notiz betr. Möglichkeiten zur Deckung des Bedarfs an Berufsoffizieren für deutsche Streitkräfte, Bonn 1.8.1951 BA-MA BW 9/3622, fol. 2-24. Die zuvor per Fragebogen erhobenen Angaben über Vorbildung, zivile Tätigkeiten und politische Vergangenheit sollten mit den Dokumenten im Berlin Document Center abgeglichen werden (16f.), des weiteren sieht der Entwurf Ehrenausschüsse vor, die das Verhalten im Krieg überprüfen sollen. Fragebögen allerdings treffen auf Ablehnung, denn „das Prinzip des Fragebogens [sei] in der Vergangenheit zu sehr mißbraucht worden“.
[571] Ebd. fol. 19

der Personalauslese. Einleitend wies er darauf hin, welche Bedeutung der „Besetzung der Führer- und Unterführerstellen während der Anlaufperiode“ zukomme, „da jeder Fehlgriff zu erheblichen Folgerungen [!] führen kann.“[572] Geplant sei, in „Anlehnung an die früheren psychologischen Eignungsprüfungen der Reichswehr und der Wehrmacht, [...] Psychologen und Graphologen in das Annahmeverfahren mit einzuschalten.“ Im einzelnen werden das Offiziersannahmeverfahren, die „Annahme von gedienten Unteroffizieren und Freiwilligen“, die „Musterung des Ersatzes“, Spezialistenprüfungen, die Offiziersanwärterauswahl und die „psychologische Unterweisung der Truppenführer“ als Aufgabengebiete genannt. Insbesondere war Wirmer an einer Einschätzung standardisierter Massenverfahren interessiert, da die „Annahme der ersten Führer und Unterführer [...] schnell erfolgen müssen, so dass eine sehr eingehende Prüfung jedes einzelnen durch einen Annahmestab sehr schwierig wäre.“[573] Er daher bat Gehlen einzuschätzen, ob es möglich sei, „festzustellen, ob Bewerber diesen besonderen charakterlichen und politischen Erfordernissen entsprechen“, ob Aussicht bestehe, durch die „Prüfung [...] Anhaltspunkte darüber zu gewinnen, ob die Bewerber aufgeschlossen den besonderen Erfordernissen gegenüberstehen, die an Führer in einem Truppenkörper gestellt werden, dessen Aufbau unter dem Motto steht, daß sich Zivilisten vereinigen, um ihre bürgerlichen Freiheiten zu verteidigen.“[574] Warum Wirmer mit dieser Frage an Arnold Gehlen herantrat, geht aus dem Schreiben nicht hervor, allerdings lässt sich vermuten, dass Wirmer von Gehlens kurzfristiger Betätigung als Heerespsychologe während des Zweiten Weltkrieges erfahren hatte.[575]

Arnold Gehlens Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Sein „Gutachten über die Frage der ‚Personalauslese‘ bei einem Deutschen [!] Kontingent der Europäischen Streitkräfte“ datiert vom 16. Oktober 1951.[576] Nach Rautenberg ist Gehlen zu dem Ergebnis gekommen, dass die psychologische Personalauslese auf diese Fragestellung keine Antwort geben könne. Beim demokratischen Charakter von Menschen handele es sich um ein Produkt stabiler demokratischer Institutionen, stellte Gehlen entsprechend seiner Institutionentheorie fest. Die demokratische Grundeinstellung sei mit psychologischen Mitteln im einzelnen Menschen

[572] Ministerialrat E. Wirmer, 2360/51, an Professor Dr. Gehlen, [Auftrag Gutachten], [Bonn] 6.10.1951, zit. nach: Gotthilf Flik: Zur Geschichte der Wehrmachtspsychologie 1934-1943. Aufbau der Bundeswehrpsychologie 1951-1966. Bonn 1988, S. 100ff.
[573] ebd., S. 101.
[574] ebd., S. 102.
[575] Vgl. zu Gehlens Tätigkeit in der Heerespsychologie unter anderem Thomas Laugstien: Philosophieverhältnisse im deutschen Faschismus. Köln 1990, S. 108; Werner Rügemer: Philosophische Anthropologie und Epochenkrise. Köln 1979, S.102. Neben Gehlen hatte Wirmer auch Kontakt mit dem Soziologen Hans Freyer. Gehlen hat sich in den fünfziger Jahren des öfteren mit Fragen der Personalauslese beschäftigt. Für diesen Hinweis danke ich Herrn Prof. Karl-Siegbert Rehberg.
[576] Die Akte BA-MA BW 2/4046, die Gehlens Gutachten enthielt (vgl. das daraus entnommene Zitat bei Rautenberg: Zur Standortbestimmung, S. 792f. und Fn. 45), ist leider zwischenzeitlich kassiert worden, so daß das Original nicht mehr eingesehen werden konnte. Auch Anfragen bei der Universitätsbibliothek Aachen, die Gehlens Nachlass verwaltet, sowie bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer blieben ergebnislos.

nicht feststellbar. Er verweist auf die jüngsten Erfahrungen mit Fragebogeaktionen, die selbst bei „hochdifferenzierter Fragetechnik“ keine wirklich brauchbaren Ergebnisse gebracht hätten. Als bestes Indiz für die Aufgeschlossenheit gegenüber den besonderen Erfordernissen sah Gehlen die Bewährung der Bewerber im bürgerlichen Leben an, womit er eine Äußerung Wirmers aus der Auftragserteilung und eine Redewendung, die im Amt Blank zu der Zeit kursierte, aufgriff.[577]

Gehlens negative Antwort war nicht das, was man sich im Amt Blank erwartet hatte. Es stand außer Frage, dass man stabile demokratische Institutionen bauen wollte, doch ging man allem Anschein nach anders als Gehlen davon aus, dass es dazu auch handelnder Menschen bedürfe. Die Frage der Auswahl des Stammpersonals im Hinblick auf dessen demokratische Einstellung und die Organisation des Annahmeverfahrens berieten Vertreter der Dienststelle Blank auch mit anderen Experten außerhalb des Amtes, von denen man sich Aufschluss über die Fragen der Einstellung und demokratischer Haltung erwartete. Im Institut für Demoskopie, Allensbach, fand am 12. Mai 1952 eine Besprechung über diese Themen statt. Daran nahmen folgende Personen teil: der mittlerweile zum Ministerialdirigent aufgestiegene Wirmer und der in der Unterabteilung Militärisches Personal arbeitende Oberst i. G. a. D. Ernst Ferber, die Leiter des Instituts für Demoskopie, der Demoskop Erich Peter Neumann und dessen Frau Elisabeth Noelle-Neumann, der ehemalige Wehrpsychologe und zu dieser Zeit leitende Referent beim Landesprüfungsamt Berlin, Dr. Erich Wohlfahrt, Arnold Gehlen, sowie eine Reihe jüngerer Sozialforscher, unter ihnen Ludwig von Friedeburg.[578]

Nach einleitenden Worten durch den Gastgeber Erich Peter Neumann und Ministerialdirigent Wirmer berichtete der Leiter des Referates II/3/3 „Militärisches Ersatzwesen“, Oberstleutnant i. G. a. D. Ernst Ferber, über Aufstellungszeiträume, Organisation, Anzahl und Zusammensetzung der Annahmestellen und Prüfungsteams. Das zentral geleitete Annahmeverfahren sollte 60 lokale Annahmestellen mit 160 Prüfungsteams umfassen. Die Prüfungsteams sollten nur diejenigen Fälle unter die Lupe nehmen, die nicht anhand der Aktenlage der per Fragebogen erhobenen Personaldaten entschieden werden konnten. Die Größenordnung der zu prüfenden Fälle bezifferte Ferber nicht genau, doch setzte er die

[577] Vgl. Rautenberg: Standortbestimmung, S. 793.

[578] Notizen zur Besprechung im Institut für Demoskopie, Allensbach, über die Auswahl des Stammpersonals für die geplanten Streitkräfte, sowie über die Organisation der Annahmestellen, Allensbach 12.-13.5.1952, zit. nach Flik: Wehrmachtspsychologie/Bundeswehrpsychologie, S. 102-105, hier S. 102. Das Institut hatte, möglicherweise im Auftrag des Amtes Blank, im März 1952 eine Umfrage über Interessen, Neigungen und Verhalten junger Männer durchgeführt.. Vgl. Institut für Demoskopie, Allensbach: Die jungen Männer. Interessen – Neigungen – Verhalten. Rohergebnisse einer Umfrage. März 1952. Vertraulich [als vertraulich auf Studie des Institut im Druck ausgewiesen], BA-MA BW 9/3631. Für die umfangreiche Studie wurden 535 Personen über die BRD verteilt der Geburtsjahrgänge 1927-1934, mit vorsätzlicher Massierung in den Geburtsjahrgängen 1929-1933, konfessionell gemischt, befragt, u. a. zu ihrer Einstellung zu einem möglichen Militärbeitrag.

Sollzahlen der im Aufstellungszeitraum von nur vier Monaten zu rekrutierenden Soldaten mit „13.000 Offizieren, 30.000 Unteroffizieren und 20.000 Mannschaften“, bei voraussichtlich 300.000 Bewerbern (30.-50.000/100.000/150.000), an.[579] Dass die Auswahl vorrangig durch militärisches Personal erfolgen sollte, stellten Wirmer und Ferber übereinstimmend fest. Psychologen wiesen sie „schon aus Mangel an einer Zahl geeigneter Kräfte“ nur eine unterstützend-beratende Funktion zu. Eine Unterscheidung nach militärischem Status war für sie auch selbstverständlich: bei Stabsoffizieren erwogen sie eine persönliche Auswahl durch ein militärisches Gremium, bei Subalternoffizieren, Unteroffizieren und Mannschaften hingegen durch ein „psychologische Standardverfahren“.[580] Elisabeth Noelle-Neumann verwies auf die problematischen Einstellungs- und Meinungsmuster ehemaliger Berufssoldaten. Demoskopische Erhebungen hatten unter ehemaligen Berufssoldaten bei 26% eine betont negative Einstellung zur Demokratie zutage gefördert, wobei die übrigen 74%, wie Noelle-Neumann betonte, darum noch nicht eine positive Einstellung gegenüber der Demokratie aufwiesen. Sie schlug die Anwendung einer Skala vor, mit der die Einstellung der Bewerber ermittelt werden sollte. Die Fragen sollten sich auf den 20. Juli, die Ursache der Niederlage im Krieg und die SS beziehen.[581]

Dem Vorschlag Noelle-Neumanns widersprach Erich Wohlfahrt. Nicht die Einstellungen seien zu prüfen, sondern ein Katalog unerwünschter „Eigenschaften“[582] sei aufzustellen: „Vorbestrafung wegen Untergebenenmißhandlung, Unfähigkeit, im Zivilleben Fuß zu fassen“.[583] Ferbers Stellungnahme ist nicht eindeutig als Stellungnahme für oder gegen einen Fragebogen, wie ihn Noelle-Neumann vorschlug, einzuordnen. Er lehnte den Typus des ideologischen Offiziers ab, zog aber eine politische Grenze, die er eigentlich leugnete, doch den Kriterien gemäß, die Noelle-Neumann genannt hatte, diese um eine Abgrenzung nach links erweiterte: „Rechts die Remer-Leute, links: Leute mit Ost-Tendenz.“[584] Eine politische Orientierung sei innerhalb dieser Grenzen erwünscht. Die Auslese „aktiv-negativer Elemente“ sei bereits Aufgabe bei der Aufstellung. Abschließend wurden auf der Tagung die fünf Kriterien der charakterlichen Veranlagung, der militärischen Eignung, der politischen Zuverlässigkeit, der Bewährung im Zivilleben und der körperlichen Tauglichkeit festgehalten.[585]

---

[579] Vgl. ebd., S. 103.
[580] Vgl. ebd., S. 104.
[581] Vgl. ebd., S. 104.
[582] Gemeint sind wohl eher Sachverhalte oder tatsachenorientierte Kategorien.
[583] Vgl. ebd., S. 104.
[584] Vgl. ebd., S. 104. Zur Bedeutung der normativen Abgrenzung gegenüber Remer und des sog. Remer-Prozesses in der frühen Bundesrepublik, vgl. Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996, S. 326-360, sowie den Vortrag von Claudia Ahrens vor dem Forschungskolloquium des Frankfurter Fritz-Bauer-Instituts, dies.: Der 20. Juli kommt vor Gericht. Der Remer-Prozeß und Fritz Bauers Kampf um eine neue politische Kultur in Deutschland, in: FR, 20.7.1998, S. 12.
[585] Vgl. ebd., S. 105.

An den Stellungnahmen auf dieser Tagung lässt sich zum ersten Mal der Gegensatz zwischen empirischen Sozialforschern und Psychologen feststellen. Der Vorschlag der Demoskopin, politische Einstellungen zum Gegenstand der Prüfung der Offiziersbewerber zu machen, wird von Seiten des ehemaligen Wehrmachtspsychologen Wohlfahrt vehement widersprochen, der eine Aufstellung von Eigenschaften fordert, an denen man sich orientieren solle. Der nach dieser Arbeitstagung durch das Allensbacher Institut ausgearbeitete Vorschlag für ein Auswahl- und Platzierungsverfahren konnte bislang nicht aufgefunden werden. Es muss sich um ein fünfstufiges Projekt gehandelt haben, das nach seiner Ausarbeitung allerdings bei einigen Mitarbeitern des Amtes Blank auf Widerstand stieß, so dass man beschloss, alternative Gutachten einzuholen.[586]

Wirmer hatte in seinem Brief an Gehlen im Oktober 1951 bezüglich der in Reihenuntersuchungen anwendbaren Testverfahren auf „Zeitungsberichte über amerikanische Verfahren auf diesem Gebiet" hingewiesen.[587] Die Vorstellungen, die der Leiter der Unterabteilung II/3 „Militärisches Personal", Oberst i. G. a. D. Kurt Brandstaedter, ein Jahr später im September 1952 hatte, waren schon präziser. Unter Hinweis auf die, wie Brandstaedter annahm, in den Streitkräften der anderen EVG-Teilnehmerstaaten verbreitete bzw. angenommene Praxis, psychologische Methoden für Rekrutierungszwecke einzusetzen, legte Brandstaedter am 25. September 1952 in einer Dienstanweisung die Kompetenzen und Zuständigkeiten in seiner Unterabteilung fest: „Es ist damit zu rechnen, daß entsprechend der Handhabung in den übrigen Teilnehmerstaaten der EVG auch in den deutschen Streitkräften im Rahmen der Rekrutierungsmaßnahmen ein psychologisches und psychotechnisches Verfahren zur Anwendung kommt, mit dem Zweck, einen rationellen Einsatz der Wehrpflichtigen gemäß ihrer körperlichen, geistigen und beruflichen Fähigkeiten sicherzustellen. Es ist beabsichtigt, ein Gutachterteam aus Herren mit Erfahrungen aus der psychologischen Prüftätigkeit der früheren Wehrmacht, der Industrie und einem Vertreter der Streitkräfte einzuberufen mit dem Auftrage einen Vorschlag für ein Testverfahren auszuarbeiten."[588] In einer Vorbesprechung, sollten die Anforderungen, die die „Streitkräfte an ein derartiges Verfahren zu stellen haben" und die Frage, „welcher Personenkreis innerhalb der Teilstreitkräfte diesem Verfahren unterzogen werden soll", geklärt werden.[589] Es muss auch zu ersten unverbindlichen Anfragen von militärischen Mitarbeitern an den Berufsverband Deutscher Psychologen (BDP) gekommen sein. Jedenfalls berichten das der Vorsitzende Bernhard Herwig und

[586] Dieser Sachverhalt geht aus der Aktennotiz über die Besprechung zwischen Magnifizenz Horkheimer, Dr. [!] Pfister, Herrn Merker, Herrn Tenbruck, Herrn Sardemann und Herrn Osmer am 19.12.1952 hervor, IfSA, A 20, Projekt „P 14" Vorarbeiten.
[587] Vgl. Ministerialrat E. Wirmer, 2360/51, an Professor Dr. Gehlen, [Auftrag Gutachten], [Bonn] 6.10.1951, zit. nach Flik: Wehrmachtspsychologie/Bundeswehrpsychologie, S. 101.
[588] BA-MA BW 9/2748-1, II/3 Brandstaedter: Einführung eines Testverfahrens für Zwecke der Rekrutierung, Bonn 25.9.1952, unfol.
[589] Vgl. ebd.

Ludwig Zeise in einem Rundschreiben an die Landesgruppen des BDP.[590]

Auch die Entwürfe anderer Referate sahen für das Annahmeverfahren zu diesem Zeitpunkt die Einbeziehung von Psychologen vor. So finden sich in einem Entwurf zum Personalbedarf der Annahmestellen unter dem Gesamtbedarf für die Annahmeorganisation von 2410 Mann auch 15 Planstellen für Psychologen. Allerdings sah diese Aufstellung die Psychologen nur für Spezialistenprüfungen bei der Luftwaffe vor.[591] In einem Schreiben des Referats I Pl/G1/2 vom Dezember 1952 werden zwölf Planstellen für Psychologen in der Annahmeorganisation genannt. Da als Zahl der Annahmestellen 66 genannt wird, mit insgesamt 160 Prüfungsteams, kann geschlossen werden, dass der Einsatz der Psychologen in einem eng umrissenen Arbeitsgebiet erfolgen sollte.[592] In der Regel favorisieren die Entwürfe der Zeit für die höheren Ränge Formen des persönlichen Bewerbungsgesprächs, mittels dessen Haltung und Charakter der Bewerber durch militärische Experten bestimmt werden sollten. Dem persönlichen Gespräch maßen die militärischen Experten mehr Aussagekraft bei als „schematischen Verfahren". Oberstleutnant a.D. Kaminski sah für Stabsoffiziere ein 3-tägiges Verfahren vor, in dem diese sowohl im persönlichen Gespräch als auch in der Gruppendiskussion beobachtet werden sollten, um die „geistigen und menschlichen Qualitäten" des Bewerbers zu ermitteln. „Eine schematische Behandlung jedes Bewerbers würde diesen Zweck verfehlen."[593] Als „schematisch" betrachtete Verfahren zur Feststellung demokratischer oder antidemokratischer Einstellungen galt den Militärs alles, was auch nur im Entferntesten wie ein Test oder ein Fragebogen aussah.[594] Für die niederen Ränge und für militärische Spezialaufgaben sollten psychologische Standardverfahren und psychotechnische Tests Verwendung finden. Die Mehrheit der Entwürfe, Planstellenbeschreibungen u. ä. für einen Einsatz psychologischer Experten macht deutlich, dass die militärischen Vertreter eine technokratische Vorstellung vom Einsatz der Mittel, die diese Experten anbieten konnten, pflegten, wobei sie zumindest bei den Psychotechnikern unter den früheren Wehrmachtspsychologen durchaus Verständnis erwarten konnten.

---

[590] BDP, Rundschreiben an alle Landesgruppen und die Sektion Graphologie [Bonn?] 19.3.1952, zit nach Mattes: Profession bei Fuß, S. 51-55, hier S. 55.

[591] II 3/1 Personalbedarf Annahmestelle, Bonn 19.9.1952 BA-MA BW 9/3622, 298-303: Anlage 4: Personalbedarf Annahmeorganisation. D: Sonderdienstzweige, fol. 302f.

[592] I Pl/G1/2 [Durchschlag ohne Unterschrift], Kostenberechnung der personellen Annahmeorganisation" [Datum hsl. hinzugefügt] Dez. 1952, BA-MA BW 9/3622, fol. 328-331, hier 328.

[593] So zum Beispiel in dem Entwurf von Kaminski, I Pl 2: Betrifft Auswahlverfahren für Stabsoffiziere, Bonn, 29.4.1952 BA-MA BW 9/3622 fol. 177-178, S. 177.

[594] Mit den Fragebögen assoziierte man häufig das Entnazifizierungsverfahren. Diese Assoziation äußert sich auch häufiger im vorliegenden Quellenmaterial. Selbst in Äußerungen, in denen nur auf die „schlechten Erfahrungen mit Fragebögen in jüngster Vergangenheit gemacht habe, schimmert implizit das Ressentiment gegen das Entnazifizierungsverfahren noch durch. Ein zeitgenössischer Bestseller, der dieses Ressentiment elaboriert repräsentiert ist Ernst von Salomons Roman „Der Fragebogen". Der Roman fand reißenden Absatz. Bis zum August 1952 war bereits die achte Auflage mit dem 180.-206. Tausend im Umlauf. Vgl. ders.: Der Fragebogen. Reinbek bei Hamburg 1951.

2.5.2. Der Kontakt des Studien-Bureaus zum Institut für Sozialforschung

In der militärischen Abteilung wurde allerdings auch die andere Linie weiterverfolgt, die von Wirmer angeregte Auswahl der Bewerber mittels objektiver Testmethoden, Fragebögen und psychologischer Interviews. Der Leiter des *Studien-Bureaus*, Joseph Pfister, pflegte spätestens ab dem Jahr 1952 Kontakte zu soziologischen und psychologischen Instituten sowie zum Institut für Demoskopie in Allensbach.

In einem Brief hatte sich die damals bei HICOG arbeitende Psychologin Stephanie Krenn am 20. August 1952 an den Direktor des *Instituts für Sozialforschung* Max Horkheimer gewandt und ihn darauf hingewiesen, dass ein Angestellter des Amtes Blank, Joseph Pfister, den sie von gemeinsamer Arbeit bei HICOG kenne, dem Institut ein interessantes Forschungsprojekt vermitteln könne.[595] Es geht aus diesem Brief leider nicht hervor, um welche Art Projekt es sich handelt. Augenscheinlich hatte Pfister aber immer noch gute Kontakte zu HICOG, denn das Projekt, um das es ging, sollte von HICOG finanziert werden.[596] Auch ist nicht genau festzustellen, in welchen Themenbereich der anvisierte Forschungsauftrag fallen sollte. Auf jeden Fall wurde so durch Stephanie Krenn ein erster Kontakt des Instituts für Sozialforschung zu Joseph Pfisters *Studien-Bureau* und damit zum Amt Blank vermittelt. Zudem hatte ein Mitarbeiter des *Studien-Bureaus*, Egon Merker, bereits Erfahrungen mit der Forschungstätigkeit des *Instituts für Sozialforschung* als Diskutant bei der sogenannten „Radiostudie“ des *Instituts für Sozialforschung* gemacht und seinem Vorgesetzten einige Monate nach dem Schreiben Krenns Pfister „aufgrund dieser Bekanntschaft mit der Arbeitsweise des Instituts [...] vorgeschlagen, an das Institut die Frage zu richten, ob es der Dienststelle Blank Herren für psychologische Auswahlverfahren ausbilden wolle.“[597] Pfister hat diesen Vorschlag befürwortet, da er „bereits in anderem Zusammenhang Besprechungen mit Magnifizenz Horkheimer durchgeführt“ hatte.[598] Schon lange bevor Joseph Pfister die *Psychologische Studienkommission* einberief, konnten so zentrale Themen des *Instituts für Sozialforschung* an das *Studien-Bureau* herangetragen und von Seiten des Instituts ausgelotet werden, welche Projekte mit Pfister zusammen

[595] Brief Dr. Stephanie Krenn an Max Horkheimer, 20.8.1952, MHA III 8, Bl. 324f.
[596] Vgl. ebd.
[597] Das geht aus der Aktennotiz über die Besprechung zwischen Egon Merker (Bundeskanzleramt, Dienststelle Blank) und [Volker] von Hagen [IfS] 13.12.1952, IfSA, A 20, Projekt „P 14“ Vorarbeiten, hervor. Es ist nicht ganz klar an welcher der drei Radiostudien Merker teilgenommen hat, ob an der Studie über „Die Wirksamkeit ausländischer Rundfunksendungen in Westdeutschland“, an der über „Die Form der Sendungen der Voice of America“ oder an dem „Research Report on Candor Project“. In letzterer wurde auch die Frage der autoritätsgebundenen Person untersucht, so daß es sich um diese handeln könnte. Vgl. zu den Radiostudien Institut für Sozialforschung: Forschungsarbeiten 1950-1990. Zusammengestellt von Alex Demirovic. Frankfurt/Main 1990, S. 23f. und S. 100.
[598] Aktennotiz über die Besprechung zwischen Egon Merker (Bundeskanzleramt, Dienststelle Blank) und [Volker] von Hagen [IfS] 13.12.1952, IfSA, A 20, Projekt „P 14“ Vorarbeiten.

durchgeführt werden könnten.

Im Dezember 1952 fanden mindestens zwei Treffen von Vertretern des Amtes Blank mit Repräsentanten des *Instituts für Sozialforschung* statt, das erste am 13. Dezember 1952 zwischen Egon Merker und dem Institutsmitarbeiter Volker von Hagen.[599] Merker trug ein umfassendes Anliegen des Amtes Blank vor. Man wolle vermeiden, dass in den „Stamm des Offizierskorps der zu bildenden deutschen Armee Männer aufgenommen werden, die einen Mangel an Anpassungsfähigkeit haben, einen hohen Grad von Befangenheit aufweisen, Vorurteile und Intoleranz hegen, sadistische Neigungen besitzen, einen aggressiven Nationalismus vertreten, der Demokratie feindlich gegenüberstehen oder Machtstreben und übertriebenen Geltungsdrang“ äußern. Im Amt Blank bestehe die Vorstellung, die genannten Charakterzüge und Einstellungen ließen sich „mittels einer geschickten Befragung der Bewerber durch einen älteren Herrn [...] feststellen“. Die Ausbildung der „älteren Herren“ solle das Institut übernehmen. Die Dienststelle Blank sei selbstverständlich auch für andere Verfahren offen.[600]

Am 19. Dezember 1952 trafen sich dann die Mitarbeiter des *Studien-Bureaus*, Merker und Pfister selbst, mit Karl Sardemann und Diedrich Osmer, die am *Gruppenexperiment* mitgewirkt hatten und Max Horkheimer.[601] Bei dieser Besprechung wurden die Hauptziele der Zusammenarbeit zwischen dem *Studien-Bureau* und dem *Institut für Sozialforschung* geklärt, erste zeitliche Vorstellungen und die Anforderungen des Amtes Blank dargestellt. Davon ausgehend, dass eine „allgemeine Aushebung nicht vor Herbst 1954“ stattfinden werde, sollten bis zu diesem Zeitpunkt möglichst „eine Methode zur Prüfung aller Wehrpflichtigen“ auf physische und psychologische Tauglichkeit, „ein Verfahren zur Determination der Eignung für die Unteroffizierslaufbahn, […] die Offizierslaufbahn [und] zur Bestimmung der Generalstabsqualifikation“ bereit stehen. Man war sich im Amt Blank schon darüber im Klaren, dass die „Auswahl von Kommandeuren für die höheren Stäbe (Generäle und Obersten) ohne Benutzung psychologischer Test- und Auswahlmethoden“ erfolgen solle.[602] Die höheren Ränge waren also von Anfang an von Prüfungen mit psychologischen Verfahren ausgenommen. Dem *Institut für Sozialforschung* wurde daher die Aufgabe gestellt, für die Auswahl der Berufsoffiziere und der Unteroffiziere „psychologische Tests und andere geeignete Verfahren“ auszuarbeiten, „die mehr Aufschluß über die Qualifikation der Bewerber zu geben vermöchten, als etwa die in der früheren deutschen Armee angewandten

[599] Ebd. Merker traf sich zunächst mit Hagen, da diese sich von gemeinsamer Tätigkeit für die Neue Zeitung kannten, vgl. ebd.
[600] Ebd.
[601] Aktennotiz über die Besprechung zwischen Magnifizenz Horkheimer, Dr. Pfister [!], Herrn Merker, Herrn Tenbruck, Herrn Sardemann und Herrn Osmer am 19.12.52, IfSA, A 20, Projekt „P 14“ Vorarbeiten, S. 1.
[602] Ebd., S. 1.

psychotechnischen Untersuchungsmethoden."[603] Für Offiziere sollte die Dauer der Eignungsprüfung ein bis zwei Tage betragen. Für die im Freiwilligenannahmeverfahren als Prüfer tätigen Offiziere sollten vier- bis achtwöchige Lehrgänge durchgeführt werden, in denen auch psychologische Grundbegriffe und einfache Methoden gelehrt werden sollten.[604] Für diese Lehrgänge sollten auch „ausländische Erfahrungen und Auswahlmethoden" berücksichtigt und ausländische Berater hinzugezogen werden.[605]

Auf einer weiteren Besprechung zwischen Vertretern des Instituts für Sozialforschung und Pfister wurden am 5. Januar 1953 die Anforderungen an die Qualifikation der Prüfer, die Qualifikation der Lehrer und an die Inhalte des Lehrgangs konkretisiert.[606] Für die Prüfer seien die allgemeinen Offiziersqualifikationen vorauszusetzen (Truppenerfahrung, Bewährung im zivilen Leben, politische Zuverlässigkeit, Führungseigenschaften). Schwierigkeiten sah man bei der Besetzung der Lehrerstellen voraus: Lehrkräfte müssten einerseits alt genug sein, um von dem meist älteren Offizieren anerkannt zu werden, andererseits sei es schwer, „geeignete Lehrkräfte unter den Akademikern der Psychologie und Soziologie zu finden", die sich auf eine „illustrative" Vermittlung der Methoden verstünden. Pfister wies darauf hin, dass militärische Erfahrung den Kontakt der Lehrenden zu den Lehrgangsteilnehmern erleichtern würden. Die Inhalte des Lehrgangs waren trotz des einführenden Charakters weit gefasst: Gruppenpsychologie, Individualpsychologie,[607] Psychologische Grundbedürfnisse. Als Lehrmethoden werden gleichrangig Vorlesungen, Gruppendiskussionen sowie andere geeignete Mittel der Kommunikation genannt.[608] Die Zielrichtung ist zwar noch verklausuliert, doch sollten in dem Lehrgang durch Anknüpfung an militärische Problemlagen, z. B. das Problem der Disziplin, die damit verbundenen gruppen- wie individualpsychologischen Phänomene erschlossen werden.[609]

Beim nächsten Treffen – am folgenden Tag – sprach Pfister die Lage im Amt Blank nach seinem Einspruch gegen die vorausgegangen Planungen, die in Zusammenarbeit mit dem Allensbacher Institut den Psychologen-Verbänden geschehen waren, an.[610] Durch die Genehmigung seiner Einwände durch Ministerialrat Wirmer und General a. D. Heusinger sei er jetzt im Zugzwang und müsse einen Gegenvorschlag vorlegen. Das Problem der Vermitt-

[603] Ebd., S. 1.
[604] Ebd., S. 1.
[605] Ebd., S. 2.
[606] Entwurf, 2. Vorbesprechung 5.1.1953, IfSA, A 20, Projekt „P 14" Vorarbeiten. Es handelt sich um eine Vorbesprechung für ein Treffen am folgenden Tag.
[607] Hier findet sich der für die zukünftigen Konflikte orientierende Zusatz: „keine Typenpsychologie, aber Berücksichtigung psychoanalytischer Erkenntnisse". Die Psychoanalyse traf in der akademischen Psychologie dieser Zeit auf einhellige Ablehnung. Typenpsychologische Konzepte hingegen fanden in ihr überwiegend Anerkennung.
[608] Vgl. ebd.
[609] Vgl. ebd.
[610] Aktennotiz Äusserungen von Herrn Pfister in der Besprechung am 6.1.1953, IfSA, A 20, Projekt „P 14" Vorarbeiten.

lung bei einem psychologischen Lehrgang für bereits gediente Prüfoffiziere war das beherrschende Thema dieser Besprechung, wobei Pfister auf Skepsis der Institutsmitarbeiter stieß. Dem Einwand, daß ältere Prüfoffiziere, die während ihrer Dienstzeit negative Erfahrungen mit der Heerespsychologie gemacht hätten, Misstrauen gegenüber einer psychologischen Unterweisung entwickeln könnten, setzte Pfister entgegen, die Offiziere seien lernfähig und würden auf einen unter „psychologischem Generalnenner" stehenden Kurs aufgeschlossen reagieren, wenn man ihnen klarmachte, dass das vermittelte Wissen „militärisch wichtig, nützlich und sinnvoll sei. […] [W]enn man eine Sache älteren Offizieren gegenüber überzeugend vertrete, wenn man in der Sprache der Vögel spreche, seien sie durchaus von ihren Vorstellungen abzubringen. […]."[611]

Zwar existiert im Nachlass Max Horkheimers ein bereits kurz nach dem Treffen vom 5. Januar gefertigter „Entwurf eines Schlussprotokolls",[612] doch müssen innerhalb des *Instituts für Sozialforschung* diese Vorbesprechungen im Hinblick auf die Übernahme des Projektes „Auswahlstudie" intensiv erörtert worden sein.[613] Gegen die Übernahme des Projektes sprachen Bedenken allgemeinpolitischer, institutspolitischer und personeller Art. Eine Entscheidung für die Beteiligung an der Aufstellung „einer neuen deutschen Wehrmacht", so die interne Denkschrift, sei eine politische Grundsatzentscheidung, da die neutrale Haltung aufgegeben werde und es sich bei der Wiederbewaffnung um einen innenpolitischen „Streitgegenstand erster Ordnung" handele. Es wird schon in dieser Denkschrift auf mögliche Konfliktlagen hingewiesen, die durch die Art der Finanzierung des Instituts und aufgrund seiner personellen Zusammensetzung mit dem Amt Blank oder „auf nationale Unabhängigkeit bedachten Kreisen in Bonn" entstehen könnten.[614] Die institutspolitischen Bedenken bezogen sich auf die Kontrolle der Anwendung der entwickelten Methode, Fragen also, inwieweit das Institut und dessen Methoden später mit etwas in Verbindung gebracht werden könnte, das es nicht mehr zu verantworten hat. Die Verwendung tiefenpsychologischer Erkenntnisse, so die Denkschrift, treffe in Publizistik und politischer Öffentlichkeit auf große Skepsis, und eine schlechte Presse könnte sich wiederum „gegen das Institut und seine Methoden" richten. Unter den Bedenken personeller Art wird der Mangel an einschlä-

[611] Vgl. ebd.
[612] Entwurf eines Schlussprotokolls [über die vorbereitenden Arbeiten zur Auswahlstudie] MHA, Korrespondenz Bundeskanzleramt Dienststelle Blank, V 30, 288f. Ts. 2 S. mit hsl. Änderungen, o. D. ca. 8.1.1953.
[613] Dies findet seinen Niederschlag in einer zusammenfassenden Denkschrift ohne Titel, erste Seite „I. Abschließende Ergebnisse der informatorischen Besprechungen mit Vertretern der Dienststelle Blank [o. Datum], IfSA, A 20, Projekt „P 14" Vorarbeiten, 8 S. Die Denkschrift ist zwischen dem 6.1.1953 und dem 15.2.1953 entstanden, da die Ergebnisse der Besprechung vom 6.1. genannt werden und als Datum für einen zu erarbeitenden Kostenvoranschlag der 15.2.1953 genannt ist. Darüber hinaus ist ein geplantes Treffen des Institutsdirektors Horkheimer mit dem Blank-Pressesprecher Axel von dem Bussche für den 22. genannt, wobei es sich nur um den 22. Januar handeln kann. Der Adressat ist nicht ganz klar, möglicherweise handelt es sich um eine Zusammenfassung der Verhandlungsergebnisse für den Stiftungsrat des Instituts für Sozialforschung.
[614] Vgl. ebd.

gig qualifizierten Psychologen angesprochen. Man befürchtete, es könne durch das anvisierte Projekt zu einer „Überfremdung“ des Instituts kommen, insofern es gezwungen sein würde, „für das Projekt Menschen einzustellen, denen der Geist und die Arbeitsweise des Instituts noch fremd“ seien.[615]

Den Bedenken stehen in der Denkschrift Gründe gegenüber, die in erster Linie die große „volkspädagogische“ Bedeutung des Projektes herausstellen. Der „Aufbau einer neuen Wehrmacht“ wird als ein „volkspädagogisches Faktum ersten Ranges“ betrachtet, da „abgesehen von der Volksschule keine Institution einen so stark formenden Einfluss auf die Massen der Deutschen ausgeübt hat, wie die Wehrmacht. Die Auslese der künftigen Wehrmachtsführer ist daher von allergrösster Tragweite. Die Chance von Anfang an hierauf einen massgebenden Einfluss zu üben, ist in dieser Weise bei keinem anderen Projekt, z. B. aus dem Schul- und Bildungswesen gegeben.“ Neben diesem Aspekt führt die Denkschrift die Praxisnähe des Projekts an, die die theoretische Ausrichtung des *Instituts für Sozialforschung* befruchten könne. Durch die Mitwirkung würde das Institut „in die deutsche Realität hineingestellt und damit von der Gefahr des Arbeitens im luftleeren Raum befreit.“ Schließlich macht die Denkschrift noch professions- und wissenschaftspolitische Gründe stark. Es wurde befürchtet, dass bei Ablehnung des Projekts „mit grösster Wahrscheinlichkeit primitive Experimentalpsychologie oder unmittelbare Nachfolger der alten Heerespsychologie, deren Minderwertigkeit [...] auch von reaktionären Offizieren nicht bestritten“ werde, an Stelle des Instituts diese Aufgabe übernähmen. Mit der „Ablehnung einer so wesentlichen sozialpsychologischen Aufgabe“ riskiere man, die „nicht stabile Stellung der Universität als ganzes und der Sozialpsychologie im besonderen“ zu offenbaren.[616]

Das entscheidende Argument für die Übernahme des Projektauftrages waren hingegen praktisch-organisatorische Überlegungen, die die oben genannten Bedenken ausräumen sollten. Die rechtliche Form der Übernahme des Auftrags sollte „nur in Form der Beratung“ erfolgen, um den wissenschaftlichen Charakter und Autonomie des Instituts zu wahren. Dennoch sollten die aus der „Beratung“ des Instituts hervorgehenden Auswahlmethoden und der Lehrgang durch ein Beobachtungsrecht des Instituts seiner Kontrolle unterliegen. „[U]m im Falle von Reibungen nicht politisch isoliert zu sein“, wollte sich das Institut flankierend auch politisch absichern, indem Horkheimer „Fühlungnahme mit der SPD“ auf Landes- und Bundesebene, sowie „mit dem den Aufbau der neuen Wehrmacht überwachenden Ausschuss des deutschen Bundestages“ aufnehmen sollte. Zur Stellung der Auswahlstudie innerhalb des Instituts hält die Denkschrift fest, dass sie keinesfalls eine so „zentrale Stellung […] wie die Gruppenstudie“ erhalten solle. Eventuell einzustellende Mitarbeiter

[615] Vgl. ebd.
[616] Vgl. ebd.

sollten „sich […] in Theorie und Methode dem Institut anpassen“ und keine „paritätische Mischung aller psychologischen Richtungen in Deutschland“ darstellen. Für den Fall, dass das Institut seine Vorstellungen nicht durchsetzte, sah die Denkschrift eine „vorsichtige Form“ des Rückzugs aus den Verhandlungen vor, indem „die Verhandlungen sachlich scheitern, ohne daß die Motive des Instituts in Bonn voll deutlich werden.“[617]

Es folgte der Entwurf eines auf fünf Monate ausgerichteten Arbeitsplanes zur Erstellung des Lehrgangs für Auswahloffiziere, der das Programm, die Lehrkräfte, das Material, die Ausarbeitung von Fragebögen, Tests und Gruppenexperimenten sowie das zu beschaffende ausländische Material umfasst.[618] Eine kurzfristig anzuberaumende Fachtagung mit einer Reihe einzuladender Psychologen und Soziologen sollte das Auswahlprojekt nach außen hin absichern und dabei helfen, mögliche Lehrkräfte zu ermitteln.[619]

Ende Januar 1953 fand eine Unterredung des Justitiars des Instituts für Sozialforschung, Hellmuth Becker, mit General a. D. Heusinger, statt.[620] Nach den längeren Ausführungen Heusingers über das Lehrgangsprojekt und den Plan zur psychologischen Auslese ging Becker zuversichtlich davon aus, dass man die weitere Planung des Projektes forcieren könne, da die Stellung Pfisters in der Dienststelle Blank derzeit gesichert sei. Beckers Vorschlag für die Vorbereitung der Auslesemethoden, in Anlehnung an das *Gruppenexpertiment* eine „Gruppenstudie“ mit ca. 20 Offiziersgruppen durchzuführen, fand Pfisters ungeteilte Zustimmung. Pfister bat Becker den Kostenvoranschlag für diese Studie zu erstellen.

Dieser Kostenvoranschlag für die Auswahlstudie sah eine Serie von 25 Gruppendiskussionen mit jeweils 10-15 Teilnehmern vor, die in zwölf repräsentativ ausgewählten Städten erfolgen sollten.[621] Er bildete zusammen mit einem Kostenvoranschlag des Instituts für

---

[617] Vgl. Denkschrift ohne Titel, erste Seite „I. Abschließende Ergebnisse der informatorischen Besprechungen mit Vertretern der Dienststelle Blank [o. Datum], IfSA, A 20, Projekt „P 14“ Vorarbeiten, [6]. Die Zusammenarbeit mit dem Amt Blank war auch in der Folgezeit von Vorsicht geprägt. Es wurde immer versucht, die Informationen über Interna und Konflikte, die aus dem Amt Blank zu erhalten waren, abzuwägen. So findet sich z. B. ein Aktenstück mit dem mit dem Titel „Die Dienststelle Blank“ über die Konflikte und die Entwicklung der personellen Zusammensetzung in der Dienststelle Blank in der Akte, vgl. „N.N.: Die Dienststelle Blank. Bonn 25.5.1954, Abschrift, 2 S., IfSA, A 20, Projekt „P 14“ Vorarbeiten.

[618] Vgl. ebd. [7].

[619] Die Liste umfasst die Namen der Professoren Coing, Heiss, Mitscherlich, Schelsky, Raupach, Rausch, von Gebsattel, Abendroth und Graf Solms, die Doktoren Harten (Studienstiftung), Kütemeyer, und Scharmann (Arbeitsministerium), sowie Erich Peter Neumann und Dr. Noelle-Neumann (Institut für Demoskopie, Allensbach). Das Schreiben sah ausdrücklich vor, dass an dieser (nicht zustande gekommenen) Tagung der Vertreter der Dienststelle Blank nicht teilnehmen solle, ebd. [8].

[620] Hellmuth Becker, Aktennotiz, Betrifft: Projekt „Auswahlstudie“ 30.1.1953, IfSA, A 20, Projekt „P 14“ Vorarbeiten. Es handelt sich um eine Notiz des Institutsberaters und Justitiars Hellmuth Becker, der für das Institut einen Besuch in Bonn unternahm, um die Ernsthaftigkeit der Vorarbeiten für den Forschungsauftrag zu ergründen. Die Bezeichnung „höchster Soldat“ taucht in der Aktennotiz Beckers auf. Dies und die Beobachtungen Beckers zum Verhältnis Heusingers zu Pfister, den Becker trotz dessen Anbindung an Heusingers Abteilung eher als durch den zivilen Ministerialdirigenten Wirmer gestützt sieht, verweist auf das schwierige Verhältnis ziviler zu militärischen Beschäftigten im Amt Blank.

[621] Kostenvoranschlag für Studie 2253, 2.2.1953, IfSA, A 20, Projekt „P 14“ Vorarbeiten enthält eine detaillierte Aufstellung der Personal- und Sachkosten, die für eine Gruppendiskussionsuntersuchung von 25 Gruppendis-

Demoskopie für eine Umfrage unter ehemaligen Offiziers- und Unteroffizieren und einem abschließenden Beratungsgespräch zwischen Max Horkheimer, Erich Peter Neumann und Ministerialdirigent Wirmer, das am 6. März 1953 stattfand, die Grundlage für den Entwurf eines kombinierten Studienprojektes.[622] Es ist nicht genau ersichtlich, warum die Auswahlstudie, die ja schon recht genau konzipiert war, nicht in Angriff genommen wurde.

Dabei stellt sich die Frage, ob es eine Affinität zwischen den Vorstellungen Pfisters und denen des *Instituts für Sozialforschung* gab, und wenn sie bestand, wie weit sie reichte. In seinem Entwurf zu einem Antrag für das Forschungsprojekt stellte Pfister die Ausgangslage einer deutschen Streitkraft dar, in der das Führungskader mit gedienten Offizieren und Unteroffizieren der Wehrmacht besetzt wird. Er benannte offen die Gefahr, dass mit den früheren Berufssoldaten „ein unerwünschtes Erbe eingebracht" werde, dass nämlich die Reichswehrtradition vom „Staat im Staate" wiederbelebt werde, ein extrem nationalistischer NS-Geist Wiedereinzug halte und eine Reihe von Ressentiments der Nachkriegszeit sich breit machen könnten. Hier nennt Pfister den „verletzten Standesstolz, der sich rächen will [für die] Behandlung in […] Gefangenschaft, Kriegsverbrecherprozesse[n], Diffamierung des deutschen Generalstabes usw.", die Bedrohung durch einen „antidemokratischen Affekt", wozu insbesondere ein „antiamerikanischer und antifranzösischer Komplex" zählten und den Anschluss an „fiktive Tradition[en] (z. B ‚das andere Preußen' als trojanisches Pferd)".[623] Trotz Pfisters grundsätzlicher Nähe etwa zu den Vorstellungen innerhalb des Referates „Innere Führung", was Fragen der Ausbildung und Rolle des „Staatsbürgers in Uniform" angeht, ist in dieser Denkschrift manches pointierter vorgelegt, als es z. B. in der „Inneren Führung" gedacht wurde. Wo Baudissin und seine Leute auf die „Selbstreinigung" eines zukünftigen Offizierskorps setzten und den Rest durch Erziehung zu lösen beabsichtigten, während sie grundsätzlich Vertrauen in die Offiziere hatten, sind Pfisters diesbezügliche Einschätzungen durchaus misstrauischer.[624] In diesem Misstrauen gegenüber früheren

---

kussionen mit jeweils 10-15 früheren Offizieren in zwölf repräsentativen Städten der Bundesrepublik, 5 Pre-Test-Gruppen entstehen würden. Die Gesamtsumme des Kostenvoranschlags beläuft sich auf DM 57.043,75 (Kontaktinterviews, Gruppendiskussionen, kurze Zeit später 60 intensive follow-up Interviews).

[622] Studien-Bureau, Entwurf Studienprojekt: Auslese für die militärischen Kader, Bonn 12.3.1953, BA-MA BW 9/2853, fol. 4-8.

[623] Vgl. ebd. fol. 4f.

[624] Vgl. etwa Wolf Graf Baudissin, Referat über Leitbilder des zukünftigen Soldaten, gehalten auf der Tagung in Bad Tönnisstein [16.9.-17.9.1954]: „Die ehemaligen Offiziere haben nach dem Zusammenbruch viel über die vergangenen Dinge nachgedacht." In zahlreichen Diskussionen hätten sie sich bemüht, das Falsche zu erkennen. „Hierzu ist es aber notwendig, dem ehemaligen Offizier Vertrauen entgegenzubringen. Vertrauen kann man aber nicht befehlen. Vertrauen kann nur wachsen." Das neue Offizierskorps sei aus allen Kreisen der Bevölkerung zu bilden. Auch nur der Schein einer Kaste sei zu vermeiden. Was die Kontrolle durch Fragebögen u. ä. betrifft, so lehnt er sie für die älteren Bewerber ab: „Die älteren Bewerber sollen nicht mehr psychologisch geprüft werden, es könnten höchstens Grenzfälle analysiert werden. Die Beurteilung müßte anhand eines Gesprächs und nicht aufgrund eines Fragebogens erfolgen", zitiert nach der Zusammenfassung dieser Tagung, enthalten in der Akte des Gutachterausschusses über Erarbeitung von Richtlinien für die Prüfung der persönlichen Eignung von Bewerbern für die Bundeswehr BA-MA BW 27/28, G[utachter-]A[usschuß], R[echst-]A[usschuß], „Tagung in Bad Tönnisstein [16.9.-17.9.1954]", Bonn 2.9.1955.

Wehrmachtsangehörigen bestand eine starke Affinität Pfisters zum Institut für Sozialforschung. Auch in der Einschätzung der Bedeutung von überkommenen Ressentiments und des Korpsgeistes besteht Übereinstimmung. Pfister hält das oben beschriebene „Erbe“ für „umso gefährlicher, als die Kader ja […] ein kollektives Corps sind, in dem sich die Ressentiments, Vorurteile, Ideologie und Wünsche nicht nur addieren, sondern in x-facher Potenz multiplizieren“.[625] Die politische Funktion einer Armee in der Demokratie macht für Pfister eine scharfe Auswahl und Auslese der Führungskader, der Chef-Ausbilder, Prüfoffiziere, Unteroffiziersausbilder und Informationsoffiziere notwendig. Hier trifft er sich mit den Vorstellungen des *Instituts für Sozialforschung*. Mit entsprechend Emphase trägt er seinen Antrag für das Studienprojekt vor: „[E]ine mit modernsten Methoden der psychologischen Forschung durchgeführte Studie über die gegenwärtige mentale, emotionale, charakterliche und politische Verfassung“ der früheren Soldaten solle deren „‘se[e]lisches Inventar‘ feststellen und die verschiedenen Typen von Bewerbern ermitteln“, sowie eine demoskopische Erhebung durch das Allensbacher Institut Daten darüber liefern, wieviele Bewerber zu erwarten seien. Im zweiten Schritt sollten die erhobenen Daten verwendet werden, wenn es ein Ausleseverfahren für Prüfoffiziere zu entwickeln gelte. Pfister war davon überzeugt, dass man ein „objektives Verfahren (Fragebogen, Gruppen und Einzelinterview)“ zu diesem Zweck entwickeln könne. Die Daten über die Mentalität der ehemaligen Wehrmachtsangehörigen sollten weiterhin als Grundlage für die Entwicklung von Lehrgängen Verwendung finden und schließlich auch den Kommandeuren und Informationsoffizieren Hinweise zur „therapeutische[n] Behandlung des ‚unerwünschten Erbes‘“ geben. In der „pädagogisch-psychologische[n] Grundausbildung des Nachwuchses“ sollte dieser gegen das überkommene Erbe ebenso wie gegen die Beeinflussung durch Kameraden immun gemacht werden.[626] Pfisters Entwurf endet mit dem Hinweis, dass *„[d]as Studienprojekt – auch innerhalb des Hauses – streng geheim zu behandeln“* ist.[627] Fertige Entwürfe vom 20. März 1953 zur Beantragung der Mittel durch Theodor Blank liegen ausgefertigt vom Studien-Bureau vor.[628] Pfister glaubte also an den baldigen Anfang des Projektes. Es ist unklar, warum die Mittel innerhalb des Amtes Blank nicht bewilligt wurden.

[625] Vgl. Studien-Bureau, Entwurf Studienprojekt, Auslese für die militärischen Kader, Bonn 12.3.1953, BA-MA BW 9 2853, fol. 5.
[626] Vgl. ebd. fol. 6f.
[627] Vgl. ebd. fol. 8 [Hervorhebung im Original]. Auch in einer Notiz über Besprechungspunkte an Theodor Blank vom 15.3.1953, also in zeitlicher Nähe, bemerkt Pfister, daß seine Vorarbeiten „nicht geeignet sind zum Vortrag im größeren Kreis.“ Die naheliegende Vermutung, dass er dies allein wegen der möglichen Konkurrenz zu Baudissin formulierte, trifft nicht zu, denn diese Einschränkung wird nur in Verbindung mit den Vorarbeiten, die mit der Entwicklung im Ausland zu tun haben, gemacht. Allerdings geht aus der Notiz nicht hervor, welcher Art die mit HICOG Bonn, USAEUR Heidelberg, dem Washingtoner State Department und dem War Departement geführten Gespräche waren. Studienbureau, Notiz, Bonn 15.3.1953, BA-MA BW 9/2853 9f.
[628] Vgl. den Antragsentwurf an den Bundesminister der Finanzen, eine Bitte an den Bundeskanzler um Unterstützung beim Bundesminister der Finanzen sowie die zugehörige Notiz des Studien-Bureaus für Blank in BA-MA BW 9/2853 fol. 17-19.

Obschon die Forschungsmittel nicht bewilligt wurden, blieb man im Institut für Sozialforschung am Thema. Ein Mitarbeiter des Instituts besuchte im März eine Tagung der Europa-Union in Rhöndorf, die er in seinem Bericht lapidar „Soldaten-Tagung“ nennt. Sein Bericht unterbreitet Vorschläge zum Vorgehen bei einer Gruppenstudie (Kontaktaufnahme mit ehemaligen Soldaten) und zur Zusammensetzung der Gruppen (Einbeziehung auch jüngerer Jahrgänge, die nach dem Krieg in den Labor-Service-Units der Westalliierten gedient haben). Der Bericht charakterisiert die Soldatentagung nicht ohne einen gewissen Sarkasmus: „Die Stichworte der Tagung könnten zu einem Katalog von Testfragen und Grundreizthemen für die ‚Auswahl-Studie‘ verarbeitet werden“.[629]

Auf Einladung Pfisters nahmen Max Horkheimer und sein Institutskollege Friedrich Pollock vom 26.-28. Juni 1953 an der zweiten Sachverständigen-Konferenz über „Erziehung als Mittel der Inneren Führung“ in Frankfurt teil.[630] Auf dieser Tagung, die durch das Studien-Bureau organisiert worden war, wurden vier Arbeitsgruppen als Studienkommissionen eingerichtet (Pädagogik, Psychologie, Situationsanalyse und Verwaltung).[631] Die Arbeitsgruppe Psychologie leitete Freiherr Friedrich von Gagern, der auf der Konferenz das Referat „Verständnis und Führung des Menschen im Truppendienst“ gehalten hatte, das sich intensiv mit der Frage psychologischer Ausbildung der Truppenführer auseinandersetzte und eine tiefenpsychologische Ausbildung forderte.[632] Abgesehen von diesem Treffen scheint der Kontakt zwischen Studien-Bureau und Institut für Sozialforschung während dieser Zeit geruht zu haben.

Ende September allerdings wurde der Kontakt von Seiten Pfisters wieder aufgenommen, so dass man sich am 1. Oktober 1953 zu einer Arbeitsbesprechung treffen konnte. In dieser wurden die wesentlichen Punkte des gemeinsam entwickelten Programms bekräftigt. Dem vorsichtigen Auftreten Theodor W. Adornos, der dem distanzierten Grundton der institutsinternen Denkschrift über das Pro und Contra der Beteiligung des Instituts folgte, steht Pfisters

[629] Vgl. Aktennotiz, Frankfurt, 31.3.1953, IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten.

[630] Die Einladung zu dieser Konferenz erging telefonisch und diente nicht direkt der Vorbereitung der Auswahlstudie. Pfister lud Max Horkheimer zu der Tagung ein, da er die Kooperation bei der psychologischen und soziologischen Ausbildung der Truppe ebenfalls anstrebte. Vgl. Notiz Anruf Pfister Bonn 22. 5.1953, 17 [Uhr] 30, MHA V 30, fol. 272.

[631] Studienbureau, Bericht über die 2. Sachverständigenkonferenz „Erziehung als Mittel der Inneren Führung, Frankfurt/Main 26.-28. Juni 1953“, Bonn Juli 1953, IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten.

[632] Studienbureau, Sachverständigen-Konferenz, Erziehung als Mittel der Inneren Führung, Freiherr Friedrich von Gagern: Exposé ‚Verständnis und Führung des Menschen im Truppendienst’, IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten, 15 S. Ein Vertreter des Instituts für Sozialforschung muss in die Arbeitsgruppe aufgenommen worden sein. Das läßt sich aus der Existenz zweier Aktennotizen über Besprechungen an denen der Institutsmitarbeiter Karl Sardemann teilnahm, schließen. Vgl. K[arl] S[ardemann]: Memorandum über [eine] Besprechung mit Prof. Dr. Arnold Bergsträsser am 9.7.1953 in [!] Institut für Sozialforschung. 10.7.1953 (vornehmlich Fragen der Wehrausbildung und der anvisierten Jugendstudie behandelnd, Fragen der Finanzierung und Frage der Größenordnung); Aktennotiz [über Gespräch von Dethleffsen, Graf Wertern, Sardemann und dem anonymen Verfasser, o. D. über die Besprechung der Ausschußarbeit, des auf der Tagung eingesetzten Ausschusses, Fragen der Erziehung, IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten.

Bemühen um die Mitarbeit des Instituts gegenüber.[633] Beide Seiten trafen sich ja in der weitreichenden Geringschätzung der gegenwärtigen akademischen Psychologie und der ehemaligen Wehrpsychologie. Pfister erklärte, dass seine „zweijährigen Bemühungen beim Lauf durch die Fakultäten bei den deutschen Hochschullehrern Verständnis und Anregungen für die Erziehungsaufgabe zu finden" wenig erfolgreich gewesen seien, so dass man jetzt davor stehe, etwas völlig „Neues" entwickeln zu müssen. Dabei sei eben „die Mitarbeit des Instituts für Sozialforschung so sehr wichtig", da an „keiner Universität und in keinem Institut etwas dem Geist und der Aufgeschlossenheit Vergleichbares" zu finden sei. Adorno stimmte ihm in der „Frage der Hinzuziehung von Psychologen", unter denen es „bei dem heutigen Zustand der Psychologie in Deutschland ausserordentlich schwer sei, geeignete Persönlichkeiten zu finden", zu. Auch über die Literaturlage äußerte Adorno sich ähnlich. Aus der deutschen militärischen bzw. militärpsychologischen Fachliteratur könne „nur sehr wenig für die ‚Auswahl-Studie' verwendet werden", daher bibliographiere man verwendbare amerikanische Literatur.[634] Die schließlich vereinbarte, modifizierte Zeitplanung sah vor, in der zweiten Oktoberhälfte eine weitere Besprechung zu halten, der der Vertragsabschluss folgen würde, so dass ab dem 1. Januar 1954 die Forschungstätigkeit aufgenommen werden könnte.[635] Pfister hatte sich wiederholt positiv zur Gründung einer Zwischeninstitution außerhalb des Amtes Blank geäußert und bei dieser Besprechung wies er darauf hin, dass es notwendig sei, dass diese Institution „in ziviler Hand bleibt, sonst würde sie keine drei Jahre wirken können."[636] Andere Äußerungen Pfisters im selben Zusammenhang deuten darauf hin, dass er seine zukünftige Aufgabe in einer solchen (zivilen) Institution außerhalb des Amtes Blank sah. Das deutet darauf hin, dass er trotz des oft geäußerten Selbstbewusstseins und der Spekulationen seiner Kollegen, er genieße politische Protektion im Amt, ein scharfes Bewusstsein der Bedrohung seiner Auffassungen durch die militärische Seite besaß.[637]

Pfister bekam mit, dass seine Kollegen wiederholt Kritik an ihm übten. Die von seinen Kollegen anderer Referate immer wieder geübte Kritik war, dass durch das Auftreten Pfisters in der Fachöffentlichkeit das Amt Blank den Eindruck der „Doppelgleisigkeit"

[633] Vgl. ebd., S. 2f.
[634] Der Aktennotiz liegt eine kleinere Liste entsprechender Literatur bei. Die Zusammenarbeit mit Militärreformern außerhalb des Amtes Blank, wie dem publizistisch tätigen Erich Dethleffsen ist durch Treffen belegt.
[635] Vgl. ebd.
[636] Vgl. ebd.
[637] Curt Pollex, Mitarbeiter des Amtes Blank von 1951-1955, dann BMVert, meinte, daß Pfister durch Wirmer protegiert werde: „Die Rolle des Gegenspielers Baudissins. Der unklare Herr Pfister. *Von Wirmer.* Damals Reeducation beim Ami." BA-MA N 712/20, zit. nach Krüger: Amt Blank, S. 58, Fn. 28. Heinz Karst, ein Mitarbeiter Baudissins berichtet über ein Gespräch mit Heusinger über Pfister: Pfister „hat über Wirmer direkte Verbindung zu Globke […] Wenn Pfister ausscheiden würde, gäbe es Krach und zwar auf der politischen Ebene. Außerdem wüsste er nicht, wie weit er sich auf ultramontane Kreise stütze", Tagebuch Innere Führung, 19.12.194, BA-MA N 712/2, zit. nach Krüger: Amt Blank, S. 58, Fn. 32.

erwecke. Dieser Eindruck konnte tatsächlich entstehen, wenn man bedenkt, dass Pfister sich mit anderen Stellen schon von seiner Aufgabenstellung die Rollen teilte, so dass es vorkam, dass sein Referat und ein anderes denselben Wissenschaftler kontaktierten. Auch gab es eine unabgesprochene „Arbeitsteilung“: Während Pfister die Leistungen der ehemaligen deutschen Wehrpsychologie geringschätzte und darum den Kontakt zu soziologisch und sozialpsychologisch ausgerichteten Institutionen ausbaute, hielten andere den Kontakt zu den Wehrpsychologen, die Pfister vernachlässigte.

2.4.3. Die Tagung „Wehrordnung und Wirtschaftsordnung“ im Oktober 1954

Otto Lechlers Referat und andere militärische Referate bemühten sich, die Erfahrungen mit psychologischen Anwendungen in anderen Institutionen zusammenzutragen. Die Ergebnisse waren von unterschiedlicher Qualität, wie im Folgenden geschildert werden soll.
Eine Tagung zum Thema „Wehrordnung und Wirtschaftsordnung“, die die „Volkswirtschaftliche Gesellschaft e. V.“ gemeinsam mit dem Amt Blank in Hamburg vom 8.–10. Oktober 1953 durchgeführt hat, lieferte vordergründig betrachtet nur wenige Hinweise auf Personalauslesemethoden, die auf den militärischen Bereich übertragbar waren, obwohl der Titel des Sammelbandes und der seiner Beiträge dies vermuten lässt.[638] In den Referaten ging es um Fragen der Führung, Teambildung und „Human Relations“. Damit folgen sie der Linie, die auch in der „Inneren Führung“ favorisiert wurde.[639] Franz Grosse, Vorstandsmitglied der Gemeinschaftsorganisation Ruhrkohle, betonte in seinem Vortrag, es sei notwendig, die Vorgesetzten „unter Leitung eines Praktikers“[640] in alle mit der Auswahl eines Arbeiters zusammenhängenden Fragen einzuführen und ihnen Klarheit über die nötigen Eigenschaften des Anwärters und das Zusammenwirken seines zukünftigen Teams zu verschaffen.[641] Besondere Berücksichtigung müsse die Auswahl der unteren Vorgesetzten genießen, die auch nach der Auswahl einer ständigen Kontrolle, Beeinflussung und Schulung durch regelmäßige Teamkonferenzen unterliegen sollten.[642] Entscheidende Instanz in der Auswahl bleibt aber der Praktiker, nicht der Experte. Adolf Stuhr (Esso AG) vertrat die Ansicht, dass man für Auslesezwecke keine festen normativen Vorgaben in Form eines Idealbilds des

[638] Referate und längere Diskussionsbeiträge finden sich in einem Sammelband, der in der Reihe „Lebendige Wirtschaft“ der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft erschienen ist. Vgl. Heinz Karst, Friedrich Beermann und Franz Grosse (Hg.): Menschenführung, Personalauslese, Technik in Wirtschaft und Armee. Darmstadt [1954].
[639] Dr. Franz Grosse, Mitglied des Vorstandes der Gemeinschaftsorganisation Ruhrkohle, hielt einen Vortrag über „Menschenführung und Personalauslese in der modernen Wirtschaft, ebd., S. 76-103, einzelne Diskussionbeiträge zum Thema finden sich S. 244-251.
[640] Also nicht eines Akademikers!
[641] Vgl. ebd., S. 93f.
[642] Vgl. ebd., S.97ff.

Bewerbers aufstellen dürfe, sondern eine möglichst gute Quote bei der Auslese anstreben und dafür die Eigenschaften der vorhandenen, zuvor einem Ranking unterzogenen Angestellten untersuchen solle, um den Zusammenhang zwischen einer bestimmten Eigenschaft und guter Arbeit zu analysieren.[643] Der Vorschlag zeichnet sich immerhin durch ein Bemühen um „Wissenschaftlichkeit" aus, in dem er statistische Verfahren wenigstens im Ansatz vorschlägt.[644] Der Mitarbeiter der „Inneren Führung", Major a. D. Heinz Karst wies einen solchen „experimentellen" Vorschlag in der Diskussion sofort zurück. Seiner Zeitdiagnose, das Offizierskorps sei „in der Hitlerzeit und nachher noch mehr" auseinandergefallen, folgt die Frage, ob man als „Stütze" eines neuzubildenden Vertrauensverhältnisses unter den Offizieren „Hilfen der Wissenschaft" annehmen solle. Seine äußerst skeptische Einschätzung wird von einem untergründigen Ressentiment gegen „den Amerikaner" getragen: „Die Schwierigkeit wird sein, dass der Deutsche sich nicht so willig experimentell behandeln läßt wie der Amerikaner."[645] Für den Amerikaner sei das eine Frage des Sportsgeistes, für den Deutschen der Würde: „Einem Amerikaner kann man Tests und ähnlichen Kram zumuten. Er nimmt es als Sport hin, während der Deutsche sich in seiner Würde gekränkt fühlt. Es muß also mit äußerstem Takt vorgegangen werden [...] Ich bin gegen jedes Proberegiment oder Experimentalregiment […]."[646] Karsts Vorstellung über die Rolle, die Wissenschaftler einnehmen könnten, ist eindeutig eine der Subordination bzw. der Handreichung. Er plädierte „für *Versuche mit zuverlässigen Wissenschaftlern*, um der oberen Führung durch eingehende Vermittlung bestimmter methodischer Verfahrensweisen für die Einstellung wie das Ausscheiden *Unterlagen zu schaffen*. Sie können eine Hilfe sein […]."[647]

Interessanterweise bildet der Rekurs auf angeblich vorhandene, aber nicht näher bezeichnete psychologische und soziologische Erfahrungen, womit – ebenfalls nicht näher benannte – Studien gemeint sind, einen integralen Bestandteil der Argumentationsstrategie vieler Teilnehmer,[648] gerade solcher, die der aktiven Mitwirkung wissenschaftlicher Experten

[643] Vgl. ebd., S. 246. Übertragen auf das Militär bedeutet dieser Vorschlag natürlich, daß zuerst eine Armee aufgestellt werden muß, um die für spätere Auslesezwecke notwendigen empirischen Daten zu beschaffen.
[644] Vgl. ebd., S. 247. Freilich entbehrt sein Vorschlag auch nicht der zeittypischen Warnung vor den „Gefahren", die mit der zahlengläubigen Überschätzung der Statistik verbunden sind. „Dies wäre das andere Extrem und vielleicht noch eine größere Gefahr, als wenn man sich auf die reine Intuition verlassen wollte." Vgl. ebd. 247.
[645] Vgl. ebd., S. 248.
[646] Vgl. ebd. Ähnlich polemisierte Baudissin gegen Fragebögen: „Nur wenn man weiß, was der einzelne einmal leisten soll, kann man beurteilen, ob er es einmal wird leisten können. Ohne ein solches Leitbild bleibt jede Auswahl notwendigerweise im Quantitativen, in der Vergangenheit, in der Papierform des Fragebogens stecken. Bestenfalls arbeitet sie mit negativen Ausschlüssen, d.h. dass man die eine oder andere Eigenschaft nicht haben will oder aber man atomisiert den Menschen in allen möglichen Testen in zusammenhanglose Sektoren. Erst das Leitbild gibt einem den rechten Hintergrund, auf dem man den Eignungsgrad des einzelnen erkennen kann. Erst das Leitbild gibt den Daten der Vergangenheit auch wert für die Zukunft." Wolf Graf Baudissin: Das Bild des zukünftigen Soldaten am 22.6.1954 in der Sitzung des BT-Ausschusses für europ. Sicherheit, in: ders.: Soldat für den Frieden, Entwürfe für eine zeitgemäße Bundeswehr. München 1970, S. 205-209. Baudissin wie Karst zeichnen das Bild einer idealisierten Person, unteilbar und unantastbar in ihrer Würde.
[647] Vgl. ebd.
[648] Vgl. z. B. Karst, ebd., S. 248ff, Stuhr, S. 246.

reserviert gegenüberstehen und das Hohelied der Kompetenz des Praktikers singen. Es ist ein Indiz für die Verwissenschaftlichung des Sozialen, dass sie sich im Alltagssprachgebrauch niederschlägt, das heißt der sozialwissenschaftliche Diskurs war bereits so stark geworden, dass selbst seine Gegner ihn in ihre Verteidigung integrieren müssen.

2.5. Die Vorbereitung der „Psychologischen Studienkommission“ und die Einbindung der Wehrpsychologen

Der Kontakt zu den Wehrpsychologen wurde durch Oberstleutnant a. D. Otto Lechler Die Leiter des Referats „Militärische Fragen des Ersatzwesens“, der durch die gemeinsame Ausschusstätigkeit mit Pfister über dessen ganz anders ausgerichtete Planungstätigkeiten bestens informiert war, aufrecht erhalten.[649] Die Schriftsätze Lechlers geben einen guten Einblick in die gänzlich anderen Erwartungen, die von militärischer Seite an die psychologische Verfahren gerichtet wurden.[650] Die Vorstellungen waren weitaus technischer und betonten immer die Gleichwertigkeit des herkömmlichen Gesprächs zur Feststellung der militärisch-fachlichen Eignung mit den (ja noch nicht entwickelten, aber schon gefürchteten) psychologischen „Prüffragebögen“.[651] In einem Schreiben an den Leiter der Unterabteilung II/3 unterbreitete Lechler seinem Vorgesetzten den Vorschlag, zu der zu bildenden „Psychologischen Studienkommission“ den ehemaligen Wehrmachtspsycholgen Gotthilf Flik einzuladen. Die Begründung rückt die Nähe der Wehrmachtspsychologie zu den Vertretern der Streitkräfte in den Mittelpunkt und folgt der in den Nachkriegsjahren von den Wehrpsychologen immer wieder geäußerten Selbstdeutung, die Wehrmachtspsychologie sei eine erfolgreiche Einrichtung gewesen.[652] Lechler hält „es für unbedingt erforderlich, daß den Vertretern der Streitkräfte, die für die Teilnahme an diesen Besprechungen bestimmt werden, ein […] ehemaliger Wehrpsychologe beigegeben wird, der in der Lage ist, bei der Erörterung rein fachpsychologischer Probleme, den Vertretern der Streitkräfte an die Hand zu gehen. Es ist unbestritten, daß die […] Wehrmachtspsychologie bedeutende Erfolge gezeitigt hatte und das Ausland, insbesondere Amerika, Frankreich, Belgien und Italien aus den Erfahrungen der deutschen Wehrpsychologie ihre personellen Prüfverfahren entwickelt haben.“[653] Dass Flik schon zu diesem frühen Zeitpunkt nicht nur für eine Gutachtertätigkeit vorgesehen

[649] Vgl. die Auszüge aus dem Schriftwechsel Lechler-Flik, in: Flik: Wehrmachtspsychologie/Bundeswehrpsychologie, S. 112-117.
[650] Vgl. II/3/3 Lechler, Auswahlverfahren in den Streitkräften, Bonn 1.6.1953, BA-MA BW 21/19.
[651] Vgl. ebd.
[652] II/3/3, Lechler an II/3, Besprechungen über die Einführung psychologischer Prüfverfahren in den zukünftigen Streitkräften, Bonn 2.10.1953 BA-MA BW 21/19 unfol. [S. 1].
[653] Vgl. ebd. [S. 1]

war, wird durch Lechlers Einstellungsvorschlag und den Hinweis auf die spätere Verwendungsmöglichkeit bei den Streitkräften unterstrichen.[654] Der Einstellung wurde zu diesem Zeitpunkt noch nicht zugestimmt, doch konnte Lechler Flik am 31. Dezember 1953 mitteilen, dass er sich „vom Jahr 1954 wesentliche Fortschritte in [der gemeinsamen] Arbeit erwarte, insbesondere eine enge und offizielle Mitarbeit in allen Fragen der zukünftigen Wehrmachtspsychologie“, und dass er die Teilnahme Fliks an der ersten Besprechung der vorgesehenen „Psychologischen Studienkommission“ in Bonn gefordert habe.[655] Dieser Bitte scheint allerdings nicht direkt entsprochen worden zu sein, denn noch am 5. März 1954 informierte Lechler Flik „zunächst privat“ über eine bevorstehende interne Besprechung im Amt Blank und darüber, dass Fliks Vorstandskollege im BDP, der Vorsitzende Professor Bernhard Herwig zu der ersten Expertenkonferenz in Bonn eingeladen worden war.[656] Erst nachdem der BDP Flik offiziell als Vertreter für den in Amerika weilenden Herwig benannt hatte, wurde Flik zu der Tagung eingeladen.[657]

Bevor diese Expertenkonferenz stattfand, wurde im Amt Blank am 16. März 1953 noch einmal eine gemeinsame Besprechung über das Auswahlverfahren angesetzt.[658] Vor den versammelten Vertretern der zuständigen Unterabteilungsleiter der Abteilungen I und II[659] dämpfte Lechler die „Erwartungen“ und gab die Richtung vor, in die die Entwicklung des Verfahrens gehen sollte. Kürze der Zeit und Knappheit der Mittel schränkten die Entwicklung der Verfahren ein, so dass man keine Methoden entwickeln könne, mittels „derer man die zukünftigen Führer und Unterführer einer psychologischen Voll-Analyse unterziehen könne, sondern daß es ausschließlich darauf ankomme, den Annahme- und Prüfoffizieren das notwendige Rüstzeug an die Hand zu geben“, um die „menschlich charakterlichen Eigenschaften“ und die „besondere Eignung für eine bestimmte Aufgabe zu erkennen.“ Die Abteilungen des Hauses sollten Forderungen „in menschlicher, charakterlicher und politischer Hinsicht“ als Maßstab für die geladenen Experten aufstellen.[660]

---

[654] Vgl. ebd. [S. 2]. Dem Schreiben waren ursprünglich auch die Personalunterlagen Fliks beigefügt. Lechler unterstreicht sein Begehr durch den Hinweis darauf, daß der Kandidat Heusinger bereits am 28.9.1953 vorgestellt worden sei (was der informellen Rekrutierungspraxis im Amt Blank durchaus entspricht) und erwähnt, an welche Institution der Freigabeantrag für den im bayrischen Justizdienst arbeitenden Flik zu stellen sei.

[655] Vgl. Lechler an Flik 31.12.1953, zit. nach Flik: Wehrmachtspsychologie/Bundeswehrpsychologie, S. 114.

[656] Vgl. Lechler an Flik 5.3.1954, ebd., S. 114. Herwig war kein Wehrpsychologe gewesen.

[657] Vgl. Berufsverband Deutscher Psychologen an Büro Blank [!] betr. Wehrmachtspsychologie, 15.3.1954, ebd., S.114f.

[658] II,3 A/Pers. Org. 6, Lechler, Protokoll, Auswahlverfahren für die ehemaligen Soldaten, Bonn 16.3.1954, BA-MA BW 21/19.

[659] An der Besprechung nahmen Heusinger, aus der Abteilung I der Ministerialrat Kroener und die Oberregierungsräte Jerchel, Wenzel und Jäger, aus der Abteilung II Pfister, Kraehe (II/Pl/G1), Schulz (II/Pl/G1), Karst (II/IG=Inneres Gefüge), de Maizière (II,1); Golling (II/Pl/G3 Ausb.), Brandstaedter (II/3), K. W. v. Kleist (II,3) und Lechler teil. Die Teilnahme Heusingers spricht für die Bedeutung, die dem Thema von militärischer Seite beigemessen wurde.

[660] Vgl. ebd. [S. 2].

2.6. Die „Psychologische Studienkommission“ und das Studien-Bureau

Im folgenden Kapitel wird die Arbeit der „Psychologischen Studienkommission“ einer ausführlichen Untersuchung unterzogen. Zunächst werden die Vorschläge für ein Arbeitsprogramm dargestellt, um im Folgenden anhand der Diskussionen die gegensätzlichen Richtungen zu rekonstruieren. In einem dritten Schritt werden die Programme für die Lehrgänge untersucht und die praktischen Lehrbeiträge der wissenschaftlichen Experten sowie der ersten praktischen Schulübung für das Annahmeverfahren vorgestellt, um sodann die Erfahrungen der Lehrgangsteilnehmer und der ersten Prüfgruppen in den Blick zu nehmen. Hierbei werden auch die ersten offenen Widersprüche durch Baudissin untersucht. Schließlich werden die Regelungen und Vorbereitungen für das Annahmeverfahren mitsamt der massiven Einsprüche der Gruppe „Innere Führung“ dargestellt.

2.6.1. Die erste Expertentagung in Frankfurt und die Vorschläge der Institute

An der ersten Expertentagung nahm von Seiten der Dienststelle Blank neben den Teilnehmern der militärischen Abteilungen, die bereits an den Vorbesprechungen teilgenommen hatten, noch der Oberstleutnant i. G. a. D. Schwerdtfeger teil. Dass an der Tagung auch der Leiter der zivilen Verwaltungsabteilung, Ministerialdirigent Ernst Wirmer und der Leiter der militärischen Abteilung, Heusinger, teilnahmen, unterstreicht die Bedeutung, die der Sache im Amt Blank beigemessen wurde. Als Teilnehmer von wissenschaftlicher Seite nahmen die Soziologen Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, der Demoskop Erich Peter Neumann, die Psychologen Curt Bondy (Hamburg), Adolf Däumling (München, Vertretung für Philipp Lersch), Gotthilf Flik (Niederschönenfeld), Karl Graf Hoyos (Hamburg), Stephanie Krenn, Edwin Rausch, der Pädagoge Georg Geissler (Hamburg) und der Psychiater Friedrich Freiherr von Gagern teil.[661]

Der Tagung lag als Tischvorlage eine Aufstellung der Anforderungen an die „Führer zukünf-

[661] Vgl. (Studienbureau), Teilnehmerliste Frankfurt 30.3.1954, Bonn 26.3.1954, IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten. Die Behauptung Mattes‘, dass die „Psychologische Studienkommission“ ohne die „bewährten Fachvertreter“ eingerichtet worden sei, kann der Aktenlage nicht standhalten. Mit Gotthilf Flik, dem Münchener Charakterologen Philipp Lersch und dem Freiburger Diagnostiker Robert Heiss (der ab der nächsten Sitzung teilnahm) waren drei Psychologen, die kürzer (Heiss und Lersch) oder länger (Flik) in der Wehrmachtspsychologie gearbeitet hatten, in der Psychologischen Studienkommission vertreten. Für die Fachverbände gilt das gleiche. Lersch und Heiss waren Vorstandsmitglieder der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, Bondy und Flik Mitglieder des Vorstands des Berufsverbandes Deutscher Psychologen (zumindest bis zu dessen Neuwahl am 3. Oktober 1954). Im Juli 1955 war der neue Vorsitzende des BDP Arthur Mayer zur Sitzung der Kommission geladen. Vgl. Geuter: Daten zur Geschichte der Psychologie, Bd. 1, S. 88 und 93. Vgl. Mattes, S. 54. Mattes folgt trotz fachkritischer Perspektive zu einseitig den interessierten Darstellungen der Fachverbandsvertreter, der Militärs und von Teilen der Presse im Jahr 1956, nach denen die Arbeit der Studienkommission unprofessionell war.

tiger Streitkräfte“ vor.[662] Die Aufstellung der auszuschließenden Eigenschaften folgte im Ganzen den Vorstellungen des Studien-Bureaus: übersteigertes Geltungsbedürfnis, Machtstreben, „Minderwertigkeitsgefühl, Vorurteilshaftigkeit, Intoleranz, Sadismus, Apolitizität, aggressiver Nationalismus, Feindseligkeit gegen Staat und Demokratie. Die positiven Forderungen, die dagegen von den einzelnen militärischen Referaten aufgestellt wurden, waren: Allgemeinbildung, bürgerliche Unbescholtenheit, Bewährung vor, im und nach dem Krieg, untadeliges Benehmen in der Gefangenschaft, Schuldenfreiheit und geordnete Familienverhältnisse. Diese positiven Forderungen decken sich im Wesentlichen mit dem, was in den vergangenen Jahren durch die Köpfe der Militärs gegangen war. Der Katalog war aber für diese Sitzung um eine ganze Reihe moralischer Anforderungen, die in nicht unpathetischem Ton vorgetragen wurden, erweitert worden. Die Bewerber sollten „moralische Integrität durch Bindung an absolute Werte“ beweisen, „Freude am Risiko“, ein „sauberes und achtendes Verhältnis zum Mitmenschen“, Gerechtigkeitsgefühl, Einordnungsbereitschaft, Selbstdisziplin, Aufrichtigkeit, Verschwiegenheit, Entschiedenheit und Ausdauer des Willens mitbringen. Den Abschluss dieses Tugendkanons bildete eine „bejahende, überwiegend sittliche Einstellung zum soldatischen Auftrag“.[663] Diese Anforderungen der militärischen Referate waren somit nicht unbescheiden.[664]

Auf dieser Tagung wurde die sogenannte „Psychologische Studienkommission“ gebildet. Ihr gehörten folgende Personen an: als Vertreter des Instituts für Sozialforschung Prof. Theodor W. Adorno, für das Psychologische Institut der Universität München Prof. Philipp Lersch, als Vertreter des Psychologischen Instituts der Universität Hamburg Prof. Curt Bondy, der Pädagoge Prof. Geissler und für das Psychologische Instituts der Universität Freiburg Prof. Robert Heiss. Darüber hinaus wurde Gotthilf Flik in die Kommission gewählt. Den Vorsitz der Kommission übernahm Adorno.

Die Mitglieder beschlossen, in der ersten Aprilwoche je einen Arbeitsvorschlag für die Kommission zu erstellen, und diese Vorschläge sollten am 10.4.1954 von Adorno in einem Memorandum vorläufig zusammengefasst werden.[665] Die daraufhin ausgearbeiteten Vor-

[662] Vgl. Auswahl der Führer und Unterführer für die zukünftigen Streitkräfte, o. O., o. D., IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten. Eines der Exemplare trägt das handschriftliche Datum 30.3.1954. Da Teile des Textes mit den Entwürfen, die nach der Sitzung vom 16.3.1954 erstellt wurden, identisch sind, handelt es sich zweifelsfrei um die Tischvorlage.

[663] Vgl. ebd. [S. 3].

[664] Im Tonfall sind die Ausführungen zu den Anforderungen an Charakter, Geist und Bildung der Soldaten oft pathetisch gehalten, so zum Beispiel in den „Richtlinien für die Prüfung der persönlichen Eignung der Soldaten vom Oberstleutnant – einschließlich – abwärts“. Vgl. Bericht des Personalgutachterausschusses, Anlage 3, S. 24-26.

[665] Vgl. Lechler, Protokoll der Besprechung bei General Heusinger über den Verlauf des dritten Tages der Frankfurter Tagung. Daß Zweigleisigkeit auch ein Merkmal der Arbeit der militärischen Abteilung war, belegt die Tatsache, daß Lechler parallel zur Ausschußtätigkeit im Rahmen eines Haushaltsplanes, der die Schaffung eines Referates „Psychologisches Prüfwesen“ mit vier Stellen für Wehrersatzwesen und Offiziersanwärterprüfung schaffen sollte, dessen Planung mit Flik besprach, vgl. Lechler an Flik 12.04.1954, in: Flik: Wehrmachtspsycho-

schläge richteten sich an den drei Hauptaufgaben der psychologischen Studienkommission aus, nämlich Testmethoden und psychologische Hilfestellungen für die Prüfoffiziere zu erarbeiten, einen Lehrgang für dieselben auszuarbeiten und die Annahmeprüfungen zu planen.[666] Der Vorschlag Bondys war recht allgemein gehalten und griff die auf der Frankfurter Tagung verabschiedeten Leitsätze wieder auf.[667]

Die Vorschläge aus München und Frankfurt waren spezifischer auf die Forschungsrichtungen der jeweiligen Institute ausgerichtet. Philipp Lersch schlug sein traditionelles charakterologisches Programm vor. Methodische Hilfsmittel für das Ausleseverfahren sollten Befragungsschemata für die Lebenslaufanalyse, auf militärische Probleme bezogene Situationstests und die Aufstellung ausdruckspsychologischer Kategorien, die „Mimik" und „Gestik" im Stile physiognomischer Forschungsrichtungen analysierten, zur Erfassung verborgener Charakterzüge sein. Die Prüfoffiziere sollten diese Methoden in einem Lehrgang durch Information, Falldemonstrationen, Gruppenarbeit (Ausdrucksbeobachtung) und schließlich in einem nach dem „Prinzip der Selbstauslese" durchgeführten Ausleseverfahren erlernen. Für die Annahmeprüfungen in der Annahmeorganisation sah der Vorschlag eine „Objektivierung der Befunde" durch statistische Bearbeitung und die Erprobung der Interviewtechnik unter Hilfe von Psychologen vor. Darüber hinaus machte Lersch den Vorschlag, später psychologisch-militärische Studiengruppen einzurichten, die der Fortentwicklung der Verfahren sowie der Rückkoppelung an die Universitäten dienen sollten.[668]

Adorno unterbreitete den Vorschlag, Interview-Schedules und Fragebögen für die Offiziere auszuarbeiten und eventuell Grundreize für die Gruppendiskussion nebst Auswertungsverfahren vorzubereiten. Die vorbereitenden Arbeiten nehmen in Adornos Vorschlag breiten Raum ein. Zu ihnen gehört nach seiner Auffassung zunächst die Sammlung von Material mit Methoden der empirischen Sozialforschung (hier meinte Adorno Gruppendiskussionen mit ehemaligen Offizieren und Unteroffizieren) als Grundlage für die Ausarbeitung der Fragebögen und Testmethoden. Dieses Grundlagenmaterial sollte überhaupt erst die Frage beantworten, „welche psychologischen und ideologischen Momente […] geprüft werden [können,] um anschließend in einer Reihe von Pre-Tests auf ihre Anwendbarkeit geprüft zu werden."

---

logie/Bundeswehrpsychologie, S. 115f.

[666] Vgl. Projekt 14, Vorschlag Psychologisches Institut, Universität Hamburg, für einen Arbeitsplan der Studienkommission, 2.4.54; Projekt 14, Beitrag des Psychologischen Institut [!] der Universität München zum Arbeitsplan der Studienkommission, 6.4.54; Vorschlag Institut für Sozialforschung, Frankfurt, für einen Arbeitsplan der Studienkommission, 7.4.54; alle IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten. Das „Gutachten" von Flik wurde erst mit Verspätung eingereicht, da dieser vorgab, keine Informationen vom Amt Blank erhalten zu haben, vgl. Flik an Adorno 9.4.1954, in: Flik: Wehrmachtspsychologie/Bundeswehrpsychologie, S.116. Augenscheinlich hatte Flik seine Gutachten Anfang Mai 1954 immer noch nicht fertiggestellt, denn dem Einladungsschreiben waren nur drei Anlagen beigefügt.

[667] Projekt 14, Vorschlag Psychologisches Institut, Universität Hamburg, für einen Arbeitsplan der Studienkommission, 2.4.54, IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten.

[668] Vgl. Projekt 14, Beitrag des Psychologischen Institut [!] der Universität München zum Arbeitsplan der Studienkommission, 6.4.54, IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten.

Die Vermittlung der Fertigkeiten an die zukünftigen Anwender stellte man sich zu diesem Zeitpunkt im Institut für Sozialforschung allem Anschein nach einfach vor, denn darauf wurden nur wenige Worte verwendet.[669] Daneben liegt noch ein Entwurf von Stephanie Krenn vor, der als wesentliche Elemente ein qualitatives Interview und ein exploratives Gespräch vorsah.[670]

2.6.2. Die Arbeit der Psychologischen Studienkommission – Gegensätze und Kompromisse

Erste grundlegende wissenschaftspolitische, aber auch wissenschaftliche Differenzen zeigten sich auf der nächsten Tagung der Psychologischen Studienkommission am 15./16. Mai 1954 in Frankfurt.[671]

Ein Gegensatz bestand in der Grundeinstellung zu dem anvisierten Verfahren. Auffallend ist die reserviert-skeptische, ja ablehnende Einstellung der beiden Psychologen Heiss und Lersch, der eine aufgeschlossene Haltung Bondys und Adornos gegenüberstand. So antwortete Heiss auf den Vorschlag von Geißler, die Psychologische Studienkommission könne auch Empfehlungen für den Personalgutachterausschuss aussprechen, dass er der „Psychologie nicht wünsche, daß sie die Verantwortung bei der Auswahl der Generäle übernimmt“. Lersch stimmte dem energisch zu.[672] Dieses Verhalten mag noch der Vorsicht angesichts zu erwartender öffentlichen Auseinandersetzungen um die Besetzung der militärischen Führungsriegen geschuldet sein, doch trifft das für Heiss skeptische Bemerkungen bezüglich der Annahmestellen nicht zu. Heiss schilderte die Tätigkeit der Psychologen in der Kriegssituation, in der die Psychologen 30 Mann je Tag geprüft hätten, und wies ganz nebenbei auf den umfangreichen Apparat hin, den die Psychologen damals hatten. Für die gegenwärtige Situation leugnete er die Zuständigkeit der Psychologen: „[...W]ie hier die

[669] Vgl. Vorschlag Institut für Sozialforschung, Frankfurt, für einen Arbeitsplan der Studien-Kommission, 7.4.54, IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten.

[670] Vgl. [Studien-Bureau] Projekt 14, Vorschläge Dr. Krenn für die Arbeit der psychologischen Studien-Kommision, 7.4.1954, Abschrift, IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten.

[671] Vgl. Protokoll der am 14. Mai 1954 im Institut für Sozialforschung Frankfurt/M[ain] stattgefundenen Sitzung der Psychologischen Studienkommission, 28.5.1954 [Umdruck, 9 S.], IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten. Leicht abweichende Version ebd. Teilgenommen haben von wissenschaftlicher Seite Adorno, Lersch, Heiss, Geißler, Bondy, Flik, Krenn, vom Amt Blank nahmen Kaminski, Pfister und Lechler teil. Handschriftliche Notizen Adornos, Für Notizen, IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten [2 S.]. Das Protokoll wurde durch das Institut für Sozialforschung erstellt; dies geht aus den unterschiedlichen vorliegenden Korrekturexemplaren hervor. Ein Umdruck wurde dann an die beteiligten Institutionen versandt. Es handelt sich bei den Protokollen um Verlaufsprotokolle. Wahrscheinlich wurden sie in den Sitzungen mitstenographiert oder sogar aufgezeichnet. Die redaktionellen Änderungen sind geringfügig.

[672] Vgl. Protokoll, S. 2. Abgesehen davon, dass die militärischen Experten innerhalb des Amtes Blank für die Bewerber ab dem Obersten psychologische Tests kategorisch ablehnten, konnte diese Frage in der Studienkommisssion durchaus diskutiert werden.

Aufgabe gestellt ist, sehe ich noch immer nicht den Ort der Psychologen." Lersch pflichtete ihm bei; er sehe „weder den Ort, noch die Funktion."[673] Das bezog sich auch auf die Negativauslese nach politisch-ideologischen Kriterien.

Ein Thema, das die Überlegungen von Heiss und Lersch beherrschte, war die Aufgabe, Laien psychologisches Fachwissen zu vermitteln, welches diese dann anwenden sollten.[674] Bondy, Adorno und Krenn nahmen auch in dieser Frage eine pragmatische Position ein und schätzten es als unproblematisch ein, Laien für die Auswahlaufgabe auszubilden. Nach Krenn bestand die Ausbildungsaufgabe lediglich darin, den Prüfoffizieren „anhand ausgearbeiteter Interviewschemata" klarzumachen, „warum die einzelnen Fragen gestellt, bzw. in das Schema aufgenommen wurden", und ihnen zu erklären, warum sie „die Fragen den Bewerbern stellen sollen."[675] Die abwiegelnde Haltung der Psychologen Lersch und Heiss hatte hier ganz klar berufspolitische Gründe: Nicht die sachliche Aufgabe oder Fragen der Notwendigkeit der scharfen Trennung antidemokratischer von demokratischen Kräften beim Aufbau einer Streitkraft bestimmten das erste Auftreten von Lersch und Heiss, sondern die Sorge, dass sie ihr wertvolles Expertenwissen an Laien abgeben sollten.[676]

Ein weiterer Gegensatz tat sich innerhalb der Diskussion um die „Laien" auf. Adorno, der kein Problem darin sah, dass Laien ihr Urteil anhand bestimmter psychologischer und sozialwissenschaftlicher Kategorien aufstellen, äußerte sich zu der Art psychologischer Kriterien, die den Offizieren an die Hand gegeben werden sollten: „Tiefenpsychologische Gesichtspunkte im strengen Sinne müssen hier fruchtbar gemacht werden." Psychoanalytisches Argumentieren von Laien hielt Lersch dagegen nicht nur für „höchst gefährlich", sondern er warnte gleich mehrfach vor der Psychoanalyse selbst.[677] Hinter diesem Gegensatz verbarg sich aber noch ein viel tiefergehender. Der Gegensatz bestand hinsichtlich der anzuwendenden Methoden. Die Verfahren, die Lersch und Heiss anboten, waren formalisierte Analyseverfahren zur Untersuchung äußerer Erscheinungen und Ausdrucksformen. Heiss schlug z. B. eine „graphologische Voruntersuchung" der Bewerbungsunterlagen vor. Adorno schlug hingegen ein ebenfalls formalisiertes jedoch inhaltsanalytisches Verfahren vor. Ihm ging es ganz offensichtlich um das, was die möglichen Bewerber dachten, welche Einstellungen sie hatten und welche psychologische Strukturen ihr Handeln und Denken

[673] Protokoll, S. 2.
[674] Protokoll. S. 4f.
[675] Protokoll, S. 8.
[676] Die Änderung der Haltung von Heiss und Lersch im Laufe der Verhandlungen der psychologischen Studienkommission steht dem nicht entgegen, da der Einstellungswandel genau ab dem Zeitpunkt eintrat, als klar wurde, daß sie die Hoheit über ihr kulturelles Kapital behalten sollten, sprich, daß das Amt Blank und das zukünftige Ministerium ihre wissenschaftliche Leistung durchaus zu kaufen beabsichtigte.
[677] Vgl. Protokoll S. 4f. Adorno antwortete auf die Vorstellung der Gefahr, die Lersch in der psychoanalytischen Argumentation von Laien sah, spitz, daß dies „bei der Klages'schen Charakterologie genauso gefährlich" sei, ebd., S. 4. Zu Lerschs feindseliger Einstellung gegenüber der Psychoanalyse vgl. Weber: Vom Aufbau des Herrenmenschen, S. 96-103.

bestimmten.

Treibend waren innerhalb der Kommission Krenn, Pfister und Adorno.[678] Adorno versuchte, die ihm wichtig scheinenden Aufgaben an das Institut für Sozialforschung zu ziehen: „Darstellung der Gefahrenzonen (Nervenpunkte) als Unterlage für die Ausarbeitung der Forschungsinstrumente, die Schaffung eines Instrumentes, das auf der Idee der F-Scale basiert, [...] Ausarbeitung eines Interviewschemas [und] Herstellung eines Merkblattes.“[679] Die Bewerbungsunterlagen zu bearbeiten, übernahm Curt Bondy mit seinem Assistenten Karl Graf Hoyos. Pfister sah vor, dass den Professoren Lersch, Heiss und Geißler Aufgaben in den Lehrgängen zufallen sollten, wobei nicht ganz klar ist, welche Aufgaben zu diesem Zeitpunkt konkret schon verabredet wurden.

Am 5. Juli 1954 fand die nächste Sitzung der Psychologischen Studien-Kommission statt.[680] In der Zwischenzeit hatten die beteiligten Institute feste Zusagen zu den jeweiligen Arbeitsaufträgen, verbunden mit Anträgen auf Mittel, gegeben.[681] An der jetzigen Sitzung nahm neben den vorherigen Teilnehmern auch der Politikwissenschafts-Professor Arnold Bergstraesser, wie Adorno und Bondy ebenfalls Emigrant, wenn auch mehr dem konservativen Teil des Exils zuzurechnen, und der Dienststellenmitarbeiter Jäger (zuständig für das zivile Personal des Amtes Blank) teil. Auf der Sitzung stellten die einzelnen Institute ihre bisherigen Arbeiten vor. Lersch bot eine Reihe von Prüfungen und Tests an, die dem Zweck dienen sollten, den „teils angeborene[n], teils durch Erfahrung erworbene[n] Blick für die Menschenbeurteilung bei den Bewerbern“ festzustellen. Im Einzelnen sollte dies als die Fähigkeit zu psychologischer Fallbeurteilung, zur Analyse mimischer und sprachlicher Ausdrucksformen und durch den Entwurf einer Charakterskizze, durch einen „Biographie-

[678] Adorno äußerte recht offen seine Beweggründe: „Ich habe nur Angst, daß gerade Menschen, die ungeeignet sind, durch die Maschen des Gesamtverfahrens durchrutschen. Und schließlich ist es doch eine politische Aufgabe, eine demokratische Wehrmacht aufzustellen, nicht aber einen Unterschlupf für autoritäre Typen mitbilden zu helfen.“ Protokoll, S. 7.

[679] Die interessante terminologische Wendung „Nervenpunkte“ taucht hier meines Wissens zum ersten Mal auf. Möglicherweise steht diese abschwächende Ausdrucksweise im Zusammenhang mit der Kritik von liberaler Seite an der „Authoritarian Personality“, von der Adorno schon seit Juni 1953 unterrichtet war. Vgl. zur Reaktion auf die Kritik von Edward Shils Hans Joachim Dahms: Positivismusstreit. Frankfurt/Main ²1998, S. 285-319, hier S. 294, Richard Christie und Maria Jahoda: Studies in the Scope and Method of the Authoritarian Personality. Glencoe 1954. In seinem Beitrag über Schuld und Abwehr zum „Gruppenexperiment“ greift Adorno diese terminologische Wendung wieder auf, vgl. Pollock: Gruppenexperiment, S. 278-428, hier S. 278f.

[680] Vgl. Protokoll der Sitzung der Psychologischen Studienkommission am 5.7.1954 im Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang von Goethe Universität

[681] Im Archiv des Instituts für Sozialforschung befindet sich neben dem Antragsentwurf des IfS auch ein Durchschlag des Schreibens des Hamburger Psychologischen Instituts IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten. Den Schreiben zufolge waren eine wissenschaftliche Assistentenstelle und eineinhalb Schreibkräfte in Frankfurt, ein wissenschaftlicher Assistent und eine wissenschaftliche Hilfskraft an der Universität Hamburg für sechs Monate mit den Projekten direkt beschäftigt. Die Anträge der Universitäten Freiburg und München konnten nicht aufgefunden werden. Das Institut für Demoskopie Allensbach scheint nicht mehr beteiligt gewesen zu sein. Insgesamt ist aber festzustellen, daß die hohen Erwartungen des Jahres 1953, was die Ausstattung mit Forschungsmitteln betrifft, nicht erfüllt werden konnten. 1953 ging es um eine Gesamtsumme von DM 120.000,-- für zwei Forschungsinstitute. Überschlagsmäßig wurden so 1954 an 5 Institute jeweils rund DM 7.000,--, insgesamt also DM 35.000,--, an Forschungsmitteln ausgezahlt.

test“, den Zulliger-Test und den „Farbpyramidentest“ überprüft werden.[682] Kombiniert werden sollten diese Methoden nach Aussage von Heiss mit einer graphologischen Begutachtung, die allgemeine Störungen zutage fördern sollte. Der Zulliger-Test war nach Heiss geeignet, das „Intelligenzvolumen“ zu ermitteln, und der Farbpyramiden-Test sollte die Affektivität der Probanden bestimmen. Um die Verfahren aufeinander abzustimmen, schlugen Heiss und Lersch vor, eine Probetestreihe an Bereitschaftspolizisten durchzuführen und diese Ergebnisse zu korrelieren. Von der Anwendung der Summe der Tests versprach sich Heiss, in einer „Grobauslese […] sozial nicht mehr intakte, anfällige, meist neurotische Elemente […] aus der Zahl der Bewerber“ auszuscheiden, ein Ziel, das er in der vorhergehenden Sitzung so ausdrückte: „Vor allem müssen die Neurotiker ausgemerzt werden.“[683] Adorno meinte, das sei vom Standpunkt der Diagnostiker aus sicher das Optimum, wies aber darauf hin, dass es nicht nur darum gehe, „Psychopathen und Neurotiker, sondern auch ideologisch gefährliche Typen (z. B. ‚autoritäre Persönlichkeiten‘) festzustellen.“ Dem Protokoll zufolge begann danach eine lebhafte Diskussion, die sich aber sehr rasch zum Thema Akzeptanz psychologischer Prüfungen bei den Offizieren verschob. In der Dienststelle Blank scheint das Thema jedenfalls für Aufregung gesorgt zu haben. Oberst Kaminski, der für die organisatorischen Vorbereitungen der Annahmeorganisation zuständig war, äußerte, dass jedesmal, wenn er auf die Prüfgruppen zu sprechen komme, große Erregung entstehe. Die besorgte Frage laute, „ob da etwa psychologische Spruchkammern entstehen sollen“.[684] Nach Lersch stellte Bondy die Ergebnisse der Arbeiten seines Assistenten zur Bewerbungs- und Lebenslaufanalyse vor. An der Diskussion zeigte sich, daß hier die Mitarbeiter der Dienststelle Blank sich am wenigsten in die Karten schauen lassen wollten.[685] Beim Zugang zu den Bewerbungsunterlagen wurden die Bearbeiter empfindlich.[686]

Die lebhafteste Diskussion rief Adornos Vorschlag eines an der F-Scale orientierten Fragebogens hervor. Eine breitere Rezeption der *Authoritarian Personality* hatte zu diesem Zeitpunkt in Deutschland noch nicht eingesetzt.[687] Adorno stellte die These der „autoritären

[682] Vgl. ebd., S. 3. Die geforderte Charakterskizze sollte einen guten und einen schlechten Vorgesetzten charakterisieren. Für den „Biographietest“ sollte der Proband zwei gegebene Lebensläufe mit zwei Lebenssituationen verbinden. Der Zulligertest ist ein dem Rorschachtest ähnliches projektives Verfahren. Bei dem sogenannten. „Farbpyramidentest“ handelt es sich um ein Verfahren, das affektive Störungen zu Tage fördert. Alternativ war auch der Lenneptest in die Überlegungen einbezogen.

[683] Vgl. ebd., S. S. 5. Vgl. Protokoll vom 14.5.1954, IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten, S. 3.

[684] Vgl. Protokoll vom 5.7.1954, S. 10.

[685] Die Reibereien zwischen Bondy und der Dienststelle Blank drehten sich vordergründig um die Frage, ob die Bewerbungsunterlagen aus der Hand zu geben seien. Die Debatte zwischen Kaminski und Bondy trägt einen gereizten Grundton. Auch der Briefwechsel, den Bondy mit der Dienststelle geführt hat, erweckt diesen Eindruck. Bondy wollte sogar sein Amt in der psychologischen Studienkommission niederlegen. Vgl. die Durchschläge von Bondys Briefen im IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten.

[686] Das Lehrgangsprojekt von Professor Geissler war noch nicht besonders weit gediehen.

[687] R. Nevitt Sanford, Theodor W. Adorno (Hg.): The Authoritarian Personality. New York 1950; eine deutsche Teilübersetzung erschien erst 1971, im IfS existierten mimeographierte Übersetzungen, die zu Lehrzwecken benutzt wurden, vgl. „Studien über Autorität und Vorurteil. Gekürzte Fassung der Studies in Prejudice NY

Persönlichkeit“ kurz vor, wonnach der autoritäre Charakter nach beiden Seiten hin zu verstehen sei, einerseits sich gerne unterwerfe, sich andererseits aber auch durch Herrschsucht und Gewaltsamkeit auszeichne und damit ein „sado-masochistischer“ Charakter sei.[688] „Unter den Begriff einer ‚autoritären Persönlichkeit’ fallen Menschen, die in hierarchischen Dimensionen denken, die Strafbedürfnisse zeigen, die sadistische Impulse zeigen, die innerrationalisiert [!] werden, Menschen die starke Tendenzen zur Unterwürfigkeit haben, Radfahrernaturen und solche Menschen, die die Neigung zeigen, eigene verbotene Regungen zu projizieren.“[689] Adorno hatte der Kommission zwei alternative Fragebögen vorgelegt. Die Fragebögen basierten einerseits auf Umformulierungen der im Exil angefertigten Studie, andererseits auf Äußerungen, die aus den empirischen Studien in Westdeutschland gewonnen worden waren (*Gruppenexperiment*, *Imagostudie*). Die Liste der Syndrome war für diesen Zweck auf sieben Syndrome (Unterwürfigkeit, Aggressivität, Machtkomplex, Projektion, Destruktivität und Zynismus, Abwehr der Selbstbesinnung, Konventionalismus) reduziert worden, auf die sich eine Gesamtzahl von 29 Fragen bezog.[690] Adorno wies auf die Notwendigkeit eines Pre-Tests hin, um festzustellen, ob die Fragen auch trennscharf seien. In der Diskussion machte Lersch zu dem Fragebogen nur methodische Anmerkungen, ebenso Krenn.[691] Massive Einwände trug dagegen Bergstraesser vor. Er wandte sich entschieden gegen die Art der Fragestellung. Der Fragebogen sei aus „sozial-pädagogischer Sicht“ zu kritisieren, da er ein negatives Denken, das zu nichts tauglich mache, ermutige und „Trick-

1949/50, als Ts vervielfältigt, IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten, ein Exemplar auch im MHA IX 27a. Vgl. zur Rezeption die erste, nicht sehr freundliche Besprechung durch Leopold von Wiese: Studien über das Vorurteil, in: KZfSS 3, 1950, S.214-221; danach ders.: [Rezension] Studies in Prejudice, New York 1950, Bd. II-V, in: KZfSS 3, 1950, S. 470-478. Vgl. hierzu Michael Neumann: Leopold von Wiese über Theodor W. Adornos „Authoritarian Personality“, in: Christian Cobet (Hg.): Einführung Fragen an die Soziologie in Deutschland nach Hitler 1945-1950. Frankfurt/Main 1988, S. 115-122. Die entgegengesetzte Lage in Amerika gibt der Literaturbericht von Christie und Cook wieder, der bis 1956 230 amerikanische Arbeiten, die sich mit der „Authoritarian Personality“ auseinandersetzten, verzeichnet, vgl. Richard Christie, Peggy Cook: A guide to published literature relating to the Authorarian Personality through 1956, in: The Journal of Psychology 23 (1958) S. 171-199; auch der kritische Sammelband von Richard Christie spiegelt diese Lage wieder, vgl. ders. (Hg.): Studies in the Scope and Method of the „Authoritarian Personality“. Glencoe/Illinois 1954, Reprint Westport 1981.

[688] Die Charaktervariablen in der AP stellten **Konventionalismus** (starres Bild, Orientierung an konventionellen – in diesem Fall mittelständischen Wertmaßstäben –, Sekundärtugenden), **Autoritäre Unterwerfung** (unkritische, unterwürfige Haltung gegenüber idealisierten Autoritäten der Eigengruppe), **Autoritäre Aggression** (Tendenz, nach Menschen Ausschau zu halten, die konventionelle Werte mißachten, um sie verurteilen, ablehnen oder bestrafen zu können), **Anti-Intrazeption** (Abwehr des Subjektiven, des Phantasievollen und Sensiblen), **Aberglaube** und **Stereotypie** (Denken in Kategorien der mystischen Bestimmung des Individuums; Disposition, in rigiden Kategorien zu denken, binäre Entgegensetzungen usw.), **Machtdenken** und **Rowdytum** (Denken in Dimensionen von Macht und Herrschaft/Unterwerfung, stark-schwach, Führer-Gefolgschaft, Identifikation mit den Mächtigen, Überbetonung der konventionellen Attribute des Ich), **Destruktivität** und **Zynismus** (Allgemeine Feindseligkeit und Diffamierung des Menschlichen), **Projektivität** (Disposition zu glauben, in der Welt gingen wüste und gefährliche Dinge vor sich. Projektion unbewusster emotioneller Impulse auf die Außenwelt), **Sexualität** (übertriebene Beschäftigung mit sexuellen „Vorgängen“) dar. Vgl. Sanford, Frenkel-Brunswik, Levinson & Adorno: The Measurement of Antidemocratic Trends, in: Sanford & Adorno: Authoriatrian Personality, S. 222-288, hier S. 228 [dt. S. 45].

[689] Vgl. Protokoll 5.7.1954, S. 27.

[690] Im IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten findet sich eine Vielzahl von Entwürfen. Welche der Studienkommission vorgelegen haben, läßt sich nicht klar ausmachen.

[691] Lersch war die Zahl der Fragen zu niedrig, Krenn wertete negative Fragen als Suggestivfragen, Vgl. Protokoll 5.7.1954, S. 24f.

fragen“ stelle. Er wies darauf hin, dass der „Fragebogen ein Problem der Meinungsforschung als Problem der psychologischen Struktur“ werte. Ideologien seien veränderlich und unterlägen den Schwankungen der öffentlichen Meinung. Adorno entgegnete ihm, dass sich in Berkeley gezeigt habe, „dass der Zusammenhang faschistischer Einstellung mit der psychologischen Zone stärker ist, als mit der politischen Haltung“.[692] Auf das Argument der Negativität des Fragebogens entgegnete er, dass die Zwangssituation etwas zu tun, „um gewisse Gefahren zu vermeiden“, dazu führe, „dass man sich der gleichen Starrheit schuldig macht, die man eigentlich eliminieren will.“ Von militärischer Seite wurde der Fragebogen vollständig abgelehnt. Kaminski hielt es für völlig unmöglich, ja unzumutbar, die vorgeschlagenen Fragen den Offizieren vorzulegen.[693] Von Heiss ging der wiederholte Vorschlag aus, die Spekulationen über Adornos Verfahren zu einem Abschluss zu bringen. „Die diskutierten Probleme können nur empirisch entschieden werden.“[694]

Der Vermittlungsvorschlag von Heiss wurde als Ergebnis der Tagung angenommen. Das weitere Vorgehen sollte in einer Sichtung der Bewerbungsunterlagen durch Mitarbeiter der einzelnen Institute und der Planung eines gemeinsamen Seminars mit den Mitarbeitern der Dienststelle, das gleichzeitig der Vorbereitung des Lehrgangs für die Prüfoffiziere dienen sollte, bestehen. Für die psychologische Eignungsprüfung sollten die von Lersch und Heiss vorgeschlagenen Verfahren zur Anwendung kommen.[695]

Die Frankfurter Fragebögen in Anlehnung an die f-scale wurden am Psychologischen Institut der Universität Freiburg an zwei Gruppen von gemischtgeschlechtlichen Gruppen von Psychologen und Psychologiestudenten vorgetestet.[696] Es wurde zu Beginn darauf hingewiesen, dass es sich um die Erprobung eines neuen Verfahrens handele, das den amerikanischen Personality Inventories bzw. Attitude Tests ähnele.[697] Schon während des Tests entwickelte sich eine gewisse Unruhe. „Die Versuchspersonen waren im Gegensatz zu sonstigen psychologischen Untersuchungen auffallend unruhig. Kurz nach Beginn der Versuche fielen bereits spontane Bemerkungen und Ausrufe, die dann mehr und mehr zunahmen und die ganze Versuchszeit über andauerten.“ Der Bericht gibt einige der abwehrenden Äußerungen wieder: „So was machen noch nicht mal die Russen! Entnazifizierung, was da los ist! Das interessiert mich doch nicht! Unglaublich! Pfui! Zum Schrei-

[692] Vgl. Protokoll 5.7.1954, S. 26.
[693] Vgl. Protokoll 5.7.1954. Der Fragebogen hatte Kaminski so empört, dass er auf dem Exemplar des Fragebogens, das sich in seiner Handakte befindet, vermerkte: „ein Vorschlag von Prof. Dr. Adorno, der als unzumutbar zurückgewiesen wurde“, vgl. Syndrome/Fragebogen, Entwurf des IfS, BA-MA BW 21/19
[694] Vgl. Protokoll 5.7.1954, S. 25 und S. 23.
[695] Vgl. Protokoll 5.7.1954, S. 28.
[696] Vgl. Institut für Psychologie und Charakterologie Universität Freiburg, Prof. Dr. Robert Heiss, Bericht über Durchführung und Ergebnisse der F-Scale-Vorversuche, Freiburg 14.8.1954, IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten.
[697] Vgl. ebd., S. 2.

en!“[698] Auch in den Befragungen, die an den Test anschlossen, fielen Bemerkungen wie: „Die Fragen haben wir schon so oft gehört, sie wecken unangenehme Erinnerungen! Das ganze ist ja eine Zumutung! Wir sind schon wieder so weit!“[699] Auch in der quantitativen Auswertung ergab sich ein negatives Bild. Die Streuung der Stellungnahmen zwischen den Extrempolen war bei den einzelnen Fragen stark unterschiedlich. Eine ganze Reihe der Antworten wies extrem nach einem Pol verschobene Werte auf.[700] Desweiteren blieben ein Drittel der Sätze von ca. 25% der Teilnehmer unbeantwortet, ein Satz wurde gar von 44% der Teilnehmer nicht beantwortet.[701] Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die vorliegende Version der F-Scale nicht verwendet werden könne, da sie keinen diagnostischen Wert besitze und die Mehrzahl der Teilnehmer auf die Fragen stark affektbesetzt antworte.
Im Institut für Sozialforschung teilte man die Schlussfolgerungen aus dem Ergebnis des Pre-Tests nicht. Die Schaffung eines Instruments, das auf der F-Scale basiert, sie aber für die Zwecke der Auswahl völlig umformt, sei durch den Pre-Test in Freiburg nicht vom Tisch.[702] Einzelne Fragen müssten geändert werden. „Die Empfindlichkeit, mit der auf die Fragen reagiert wurde, zeigt die Schwierigkeit der Aufgabe, antidemokratische Tendenzen festzustellen. Diese Reaktionen scheinen symptomatisch für die Vorzeichen, unter denen der personelle Aufbau der neuen Streitkräfte steht. Fragebogen beibehalten!“[703] Ähnliche Fragen sollten im persönlichen Gespräch mit den Bewerbern eingeflochten werden, aber auch in das Interviewschema einfließen. Da Adorno auf der letzten Sitzung der Psychologischen Studienkommission gebeten worden war, ein kurzes Referat über die „Autoritäre Persönlichkeit“ zu halten, hatte er sich an die Ausarbeitung desselben gemacht, mit dem Ziel, auch den Prüfoffizieren zu vermitteln, „in welcher Weise antidemokratische Tendenzen sichtbar werden können.“[704] Ergänzend dazu waren durch Adornos Mitarbeiter Karl Sardemann für den „Leitfaden für die Prüfoffiziere“ einige Modellbiographien, anhand derer die einzelnen Syndrome des autoritären Charakters illustriert wurden, erarbeitet worden.[705] Diese Entwürfe

[698] Vgl. ebd., S. 3. Die
[699] Vgl. ebd., S. 4. Die letzte Äußerung weckte allgemeinen Beifall. Die Ablehnung des Fragebogens korrespondiert mit einer verbreiteten Haltung unter den Militärs. Erinnert sei zum Beispiel der Kommentar Kaminskis, die besorgte Frage in und außerhalb der Dienststelle laute, ob mit den Prüfgruppen „etwa psychologische Spruchkammern entstehen sollen“, vgl. Protokoll 5.7.1954, S. 10.
[700] Vgl. Bericht über Durchführung und Ergebnisse der F-Scale-Vorversuche, Freiburg 14.8.1954, IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten, S. 5.
[701] Vgl. ebd., S. 9f.
[702] Vgl. [IfS] Stichworte für den Tätigkeitsbericht [ohne Datum, nach Heiss-Bericht], IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten.
[703] Vgl. ebd. Die Themenkreise der Fragen wurden als richtig eingeschätzt und sollten nach Ansicht des IfS als Diskussionsgrundlage in den Auswahlübungen beibehalten werden.
[704] Vgl. hierzu die beiden Entwürfe o. T. o. D., der eine stark mit Korrekturen versehen, der andere nicht. Die Entwürfe sind in den Text „Nervenpunkte antidemokratischer Gesinnung“ eingegangen, Umdruck IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten. Dieser Text findet sich auch in der Akte BA-MA BW 9/1251.
[705] Wegen der fehlenden Einsicht in die Bewerbungsunterlagen hatte man bis zu diesem Zeitpunkt lediglich Modellbiographien angefertigt. Vgl. dazu die Biographie des Bewerbers M. und des Bewerbers K. (Modelle) im IfSA, A 20, Projekt „P 14“ Vorarbeiten. Die Modellbiographien dienten als Vorlagen für Kurzgutachten, die die

befassen sich mit den Syndromen Konventionalismus, Stereotypie, autoritäre Untertänigkeit, Aggressivität, Abwehr der Selbstbesinnung und Machtkomplex, deren Inhalte in einfacher, allgemeinverständlicher Sprache wiedergegeben werden.[706] Die Offenheit für die Diskussion bei aller Beharrung auf dem Fragebogen etwa, zeigt sich daran, dass erwogen wurde, „die Entwürfe den Herren der Dienststelle Blank“ mit Bitte um eine kurze Stellungnahme zuzuleiten.

Die nächste Tagung der Psychologischen Studienkommission fand vom 14. bis 16. Oktober in Bonn statt.[707] Die psychologische Studienkommission wurde von Oberst i. G. a. D. Kurt Brandstaedter empfangen. Vor dem Hintergrund der stark anwachsenden Bewerberzahl erklärte dieser sich bereit, „Anregungen zur Bearbeitung der Bewerbungen entgegenzunehmen.“[708] Für die psychologische Studienkommission bestand der Zweck der Tagung in der Vorbereitung des gemeinsamen Seminars und der Prüfung einer Auswahl der Bewerbungsunterlagen. Die Aufmerksamkeit richtete sich auf die Aussagekraft der Lebensläufe, Inhalt und Form der Bewerbungen, die Anwendung graphologischer Kriterien und die Analyse der Bewerbungsmotive.[709] Ausgewählte Akten wurden entsprechend der genannten Untersuchungskriterien mit den zuständigen Mitarbeitern durchgesprochen.[710]

Vom Institut für Sozialforschung liegt ein Bericht Sardemanns über die vorgenommene Durchsicht zur Motivanalyse vor. Sardemann wählte aus 159 Akten 10 Fälle aus, die er unter bestimmten Gesichtspunkten (Lebenslauf, Aussagen über die eigene Person, militärische Auszeichnungen) analysierte. Besonderes Augenmerk richtete Sardemann auf selbstdeutende Passagen (Motive für das Soldatsein, z. B. Kampf gegen den Bolschewismus, etc.). Nach Sardemanns allgemeinem Eindruck gab ein „grosser Teil der Bewerber [...] keine Begründung an [...]. Viele der Bewerber glauben offenbar, dass es für ehemalige Soldaten selbstverständlich sei, sich zu bewerben. Zu dieser Art von Bewerbern gehören auch die, in deren Bewerbungsschreiben betont und mit Anlagen belegt wird, dass sie sich zur Zeit in

---

Kategorien der „autoritären Persönlichkeit“ auf diese Lebensläufe (!) anwendeten. Die Modellbiographien sind umfangreich (9 und 12 Seiten), was aber wahrscheinlich der Konstruktion für Schulungszwecke geschuldet ist.

[706] Das rührt sicher von dem beabsichtigten Schulungszweck her. Die Tatsache ist aber bemerkenswert, wenn man die sehr wahrscheinlich von Adorno verfassten Schriftstücke mit der üblichen Diktion Adornos kontrastiert. Meines Ermessens zeigt sich hier die Offenheit für den Versuch, das Wissen für Laien zu öffnen und an diese zu vermitteln, ganz im Gegensatz zu Lersch, dessen Schema des Charakteraufbaus ganz seinem schulmäßigen Konzept verhaftet bleibt und eher den Eindruck einer komprimierten Zusammenfassung seiner Charakterologie macht.

[707] K[arl] S[ardemann], Aktennotiz Betr. Tagung P 14 vom 14.10. bis 16.10. in Bonn vom 20.10. 1954, IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten. Von der Tagung existiert kein Protokoll. Es nahmen an dieser Tagung Krenn, Heiss, Lersch, Lückert (der Assistent Lerschs), Graf Hoyos und Sardemann teil. Den Vorsitz führte wegen der Abwesenheit Adornos Bondy, vgl. ebd. [S. 1].

[708] Jeder der Mitarbeiter hatte nach Brandstaedters Angaben 2.500 Bewerbungen zu bearbeiten, vgl. ebd.

[709] Die Aufgaben hatten in dieser Reihenfolge Lersch, Bondy, Heiss und Adorno übernommen.

[710] Vgl. ebd. Man kann sich vorstellen, daß die „Praktiker“, die diese Akten schon über mehrere Jahre betreuten und die die Formalia für das Bewerbungsverfahren teils entworfen hatten, diese Hilfestellung mit einiger Reserviertheit aufgenommen haben.

gesicherter und aussichtsreicher Position befinden […].“[711]

Die Lebenslaufanalyse ergibt für die untersuchten Fälle, dass der Lebensweg bereits vor Eintritt in die Wehrmacht unregelmäßig verlief, was sich in den Nachkriegslebensläufe fortsetze, „die zeigen, daß die Bewerber keinen Anschluß an das zivile Leben gefunden haben oder aber sich in ‚Isolierungsberufe‘ wie Gärtner und Förster geflüchtet haben.“[712] In den einzelnen Fallanalysen werden Begründungszusammenhänge zitiert, ohne diese zu werten.[713]

2.6.3. Erste praktische Erfahrungen mit den vorgeschlagenen Verfahren – Das Seminar der Professoren und die „Schulübung Annahmeverfahren“

Im November 1954 fand das gemeinsame Seminar der vier Professoren für die Mitarbeiter der Dienststelle statt. Das Programm war von ursprünglich 10 Tagen auf 6 Tage gekürzt worden.[714] Im Wesentlichen scheinen aber die geplanten Themen vorgetragen worden zu sein.[715] Lersch hielt einen Vortrag zum „Aufbau der Persönlichkeit“, in dem er die „Tektonik des Charakters“ und die Hauptthesen seines Buches „Der Aufbau der Person“ erläuterte.[716] Am zweiten Tag wurde, um „ihnen einen Begriff vom Testdenken zu vermitteln“, den militärischen Mitarbeitern der Dienststelle „eine freiwillige Teilnahme an den in München und Freiburg entwickelten Tests“ bei Lersch und Heiss ermöglicht.[717] Die Testserie der Julisitzung war also beibehalten worden, der Fragebogen des IfS fiel weg. Das heißt aber nicht, daß der thematische Bezug zur „autoritären Persönlichkeit“ aufgegeben wurde, da weiterhin Sardemann und Adorno mit der Motivanalyse betraut waren und dieses Thema auch

[711] K[arl] S[ardemann]: Durchsicht der Unterlagen, [20.10.1954, hsl. auf Durchschlag, ebenfalls in der Akte].
[712] Vgl. ebd., S. 2.
[713] Z. B. im Fall eines 1919 geb. Sohns eines Unteroffizier, mit Volksschulbildung, Textil- und Gewerbeschule absolviert hat, 1937 in RAD und 1938 in Wehrmacht eingetreten, 1940 Leutnant, 1942 Oberleutnant, 1944 Hauptmann, der angibt, als Offizier am „Feldzug gegen die Bolschewisten“ teilgenommen zu haben, weshalb er nach dem Krieg aus seiner Heimat (Schlesien) habe flüchten müssen, denn sonst hätte er entweder ebenfalls „Bolschewist“ werden müssen, oder aber er wäre deportiert worden. (S. 2f).
[714] Vgl. Bundeskanzleramt, Pfister an Adorno, Bonn 29.10.1954, IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten, dem Schreiben waren zwei Stundenplanentwürfe, Studienbureau, Projekt 14, Seminar II/3 beigefügt, ebd.
[715] Das Programm erweckt den Eindruck, in einer Reihe von Vorträgen mit nur einem geringen Anteil praktischer Übungen für die militärischen Mitarbeiter des Hauses bestanden zu haben. Lediglich an den letzten beiden Tagen scheinen praktische Übungen absolviert worden zu sein. Im Programm heißt es dazu schlicht „Professoren ‚Fall-Analyse‘“, vgl. .ebd. Heiss referierte über [graphologische] „Warnsignale“, Lückert über „Biographische Analyse“, Sardemann über „Motivanalyse“ und Hoyos über „Inhalt und Form“.
[716] Vgl. Studienbureau Projekt 14, Universitätsprofessor Dr. Philipp Lersch, Kommentar zum Schema des Charakteraufbaus, Bonn 12.11.1954, BA-MA BW 27/29, fol. 157-163. Es handelt sich um das Handout zum Vortrag inklusive zwei Skizzen zum Schema des Charakteraufbaus und eine zwei Seiten umfassende Liste von Eigenschaften, die mit den „Schichten der Charakters verbunden sind.“ Vgl. hierzu Der Aufbau des Charakters, Leipzig 1938, ab der vierten Auflage 1951 unter dem Titel: Der Aufbau der Person.
[717] Vgl. Studienbureau, Anmerkungen zum Seminar II/3, Bonn 28.10.1954, IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten.

vermitteln sollten.[718]

In den folgenden Monaten arbeitete das Studienbüro mehrere Lehrpläne für die Einweisung der zukünftigen Prüfoffiziere aus. Auch hierfür waren noch alle Mitglieder der Studienkommission eingeplant, wie die Planungsunterlagen verschiedener Zeitpunkte zeigen.[719] Der thematische Rahmen hatte sich gegenüber dem Seminar nicht grundlegend verschoben. Was die praktisch anzuwendenden Methoden betrifft, hatte die Methode des Interviews gegenüber der Testserie im eigentlichen Sinne bereits an Bedeutung gewonnen, denn es war das Interview, das gelehrt und geübt wurde, während die Testserie nur vorgestellt wurde. Der dreiwöchige Lehrgang war insgesamt auch stärker auf praktische Übungen hin konzipiert als das Seminar im November.[720] Im Zentrum der Übungen sollte das Interview stehen, daneben wurden andere psychologische Techniken und Methoden, wie graphologische Analyse, Motivanalyse und Lebenslaufanalyse gelehrt und geübt.[721]

Bei einer Schulübung der Unterabteilung II/3 im März 1955 sollte das gesamte Annahmeverfahren durchgespielt werden, um die theoretischen Überlegungen zur Annahmeorganisation auf ihre Zweckmäßigkeit zu überprüfen, Kurzlehrgänge, die Arbeitsweise einer Prüfgruppe, die Anwendbarkeit der sogenannten „Hilfen der Wissenschaft“ zu prüfen.[722] Die Übung nahm den ganzen Monat März in Anspruch. Die Dauer der Übung und die teilnehmenden Unterabteilungen, Referate mitsamt ihrem Personal sowie die Ladung „echter“ Bewerber sind ein Hinweis auf die sorgfältige Planung und das Bemühen, im späteren Annahmeverfahren nicht improvisieren zu müssen.[723] Die Schulung fand vom 3. März 1955 bis 10. März

[718] Vgl. ebd.

[719] Z. B. Studien-Bureau, Projekt 14 – Psychologischer Lehrgang für Prüfoffiziere, Vorschlag Krenn, Bonn Dezember 1954, [Umdruck], BA-MA BW 9/1251, fol. 109-114; Projekt 8 – Lehrplan des Grundlehrganges in praktischer Psychologie. Vorschlag Psychologisches Institut der Universität München, BA-MA BW 9/1251, fol. 114-116; beide Exemplare finden sich auch im IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten, ersterer mit umfangreichen Verbesserungen. 14) Studien-Bureau, Pfister, Aktennotiz Projekt 14 – Lehrgang für Prüfoffiziere, Besprechung Dr. Krenn – Pfister am 4.12.54, Disposition verbesserte Fassung, 6.12.1954, BA-MA BW 9/1251, fol. 117-121[weitgehend identisch mit 12].

[720] Vormittags war zwar meist eine Vorlesung der verschiedenen Professoren eingeplant gewesen, in dem mit vielen Anmerkungen versehenen Exemplar im Institut für Sozialforschung sind aber im Rahmen der Kürzung des Lehrplans auf zwei Wochen eine Reihe von Vorlesungen gestrichen worden. Außerdem wurden die Abende stärker eingeplant, als es der erste Entwurf vorsah, vgl. Studien-Bureau, Projekt 14 – Psychologischer Lehrgang für Prüfoffiziere, Vorschlag Krenn, Bonn Dezember 1954, [Umdruck], BA-MA BW 9/1251, fol. 109-114. Die Kürzung auf zwei Wochen wurde bei Entwürfen für den psychologischen Teil des Einweisungslehrgangs im Sommer 1955 beibehalten, vgl. Studien-Bureau, Projekt 14, Lehrgang I für Prüfoffiziere, Dauer 4 Wochen, 2. und 3. Woche: psychologische Einweisung, Bonn 13.7.1955, BA-MA BW 21/19, unfol., 6 S.

[721] Vgl. die obengenannten Stundenpläne.

[722] Vgl. das Programm zur Schulübung, II/3/A, Brandstaedter, Schulübung Annahmeverfahren, 2.3.[1955] Masch. Vervielfältigung BA-MA BW 9/1251, fol. 2-7, hier fol. 2. Die Akte BW 9/1251 enthält eine umfangreiche Auswertung der Schulübung, da alle Gruppen gehalten waren, Berichte über ihre Tätigkeit abzugeben. Auch die als Bewerber eingeladenen Teilnehmer wurden um Erfahrungsberichte gebeten. Die Schreiben der Teilnehmer finden sich in der Akte BA-MA BW 9/3627 Annahmeorganisation – Schulübung. Dieses umfangreiche Konvolut harrt noch seiner Auswertung, ist aber interessant im Hinblick auf Aussagen der „Probanden“ über ihre Erfahrungen mit dem psychologischen Interview. Vgl. zur Schul-übung auch die einseitige Darstellung bei Meyer, der im wesentlichen die Quellen berücksichtigt, in denen das Interviewverfahren kritisiert wird, ders.: Zur inneren Entwicklung, S. 1144-1147.

[723] Als Teilnehmer waren vorgesehen: Unterabt. II/3 mit II/3/A (Organisation) und II/3/P (Personal), die Annahme-

1955 statt, vom 14. bis zum 31. März wurden 140 Bewerber eingeladen und einem simulierten Annahmeverfahren unterzogen. Die Schulung selbst erfolgte durch Unterabteilung II/3, was die formalen Einstellungskriterien betraf und durch die vom Studien-Bureau beauftragte Stephanie Krenn in der Anwendung der psychologischen Verfahren, wobei hier eindeutig das Schwergewicht auf der Interview-Methode und der Exploration lag.[724]

Die von Stephanie Krenn erstellten Schulungsunterlagen[725] vermitteln einen kurzen Überblick über die Unterschiede zwischen Tests, Fragebogen und Interviews, damit keine Unklarheit darüber aufkommen konnte, dass es sich bei dem anzuwendenden Verfahren weder um einen Fragebogen als Mittel der empirischen Sozialforschung handelte noch um einen psychologischen Test, sondern um ein Interview.[726] Bei den Interviews wird nochmals die Unterscheidung zwischen Gruppen-, Tiefen- und qualitativen Interviews mitgeteilt, damit auch hier keine Missverständnisse darüber entstehen, dass es sich nicht um klinische Interviews zur Feststellung irgendwie gearteter Krankheiten handelt. Die Schulungsunterlagen machen deutlich, dass lediglich die Form des qualitativen Interviews zur Anwendung komme, bestehend aus einer „Reihe in sich zusammengehöriger Fragen die sich auf *kritische Punkte zwischen Aufgabe und Person* beziehen", die „nicht mit ja/nein erschöpfend beantwortet werden" können, „sondern […] eine persönliche Stellungnahme des Befragten" verlangen. Krenn wies darauf hin, dass es sich nicht Wissensfragen handelte, die richtig oder falsch beantwortet werden können, sondern um Fragen, die Antworten herausfordern, die als „objektiv erfassbare Äusserung oder Darstellung der Person" betrachtet würden. Die ersten Reaktionen könnten zu vertieften Sondierungs- und Ergänzungsfragen veranlassen.[727] Wiederholt erfolgte der Hinweis, dass es sich beim qualitativen Interview um „kein Tiefeninterview, kein[en] Fragebogen und kein[en] Test" handelt, das Interview dieser Art sei

---

stelle des Hauses mit Prüfgruppe A und B, die aus Sondergruppe II/4 und II/3 zusammengestellt werden sollte, II/Pl/Masch. Berichtswesen mit Lochkartenstelle, I/1/6 (Verwaltung). Die Leitung lag beim Unterabteilungsleiter II/3. Es wurde ein Leitungsstab aus Mitarbeitern von II/3 und zwei militärische Prüfgruppen (A und B) eingerichtet, bestehend aus einem leitenden Offizier, zwei Prüfoffizieren, einem Hilfsoffizier und einer Schreibkraft. Daneben wurde noch eine zivile Prüfgruppe für die Prüfung der zivilen Angestellten und Beamten.

[724] Das psychologische Schulungsprogramm sah für Freitag, den 4. März, Pfister: Die Prüfsituation, Krenn: Die Kunst der Beobachtung, für Samstag, den 5. März: Krenn: Die Kunst des Interviews (Einführung in die Technik), Erläuterungen der Interview-Fragen für Offiziere, Übungen; Dienstag, den 8. März, Krenn: Die Kunst des Interviews (Interviewfragen für Beamte) vor, vgl. Studien-Bureau, Projekt 14: Psychologische Hilfen beim Annahmeverfahren, Themenplan für die Schnelleinweisung, Bonn 3.3.1955, [Umdruck] BW 9/448, fol. 28.

[725] Da die Schulungsunterlagen augenscheinlich als Umdrucke verteilt wurden, liefern sie einen Hinweis darauf, was die Offiziere wissen sollten und konnten. Vgl. hierzu Studien-Bureau, Dr. S[tephanie] Krenn, Das Interview, März 1955, BA-MA BW 27/41, fol. 74-79. In derselben Akte findet sich auch eine von Krenn erarbeitete Beurteilungshilfe zu den Interviewfragen für Offiziere, BA-MA BW 27/41, fol. 71-73. Die Interviewfragen vom März 1955 konnten nicht gefunden werden, in der Akte findet sich aber ein wahrscheinlich ähnlicher Entwurf zu Interviewfragen für Unteroffiziere und Offiziere, BA-MA BW 27/41 fol. 80-82, 61-64.

[726] Für die Schulübung waren aus Kostengründen keine Tests im eigentlichen Sinne mehr vorgesehen. Dennoch werden im Rahmen der Schulung die Unterschiede zwischen Persönlichkeits-, Begabungs- und Leistungstests, zwischen Auskunfts- und Meinungsfragebogen genauer erläutert, um keine Missverständnisse über die Art der verwendeten Verfahren aufkommen zu lassen. Vgl. BA-MA BW 27/41, fol. 74.

[727] Vgl. BA-MA BW 27/41, fol. 75.

auch keine Prüfung von Kenntnissen, Eignungen und Leistungen.[728] Die Fragen gehörten nach Krenns Aussage einem geschlossenen Problemkreis an und sollten deshalb in der Reihenfolge und vollständig gestellt werden. Zur Kontrolle der Interviewsituation verlangte sie von den Interviewern ein hohes Maß an Selbstkontrolle und gegenseitiger Kontrolle innerhalb des Interviewteams.[729] Im Interview sollten den Offiziersbewerbern u. a. Fragen zum Selbstverständnis als Offizier und zur Einstellung gegenüber den Untergebenen,[730] zum Komplex Befehl und Gehorsam,[731] zur soldatischen „Ehrauffassung“,[732] der Einstellung zu Politik und zu Staat,[733] zum Ausland[734] sowie zur Darstellung des Soldaten in der Öffentlichkeit[735] gestellt werden. Die Antworten sollten im Hinblick auf verschiedene Vermögen und Eigenschaften der Bewerber ausgewertet werden. Die Beurteilungshilfe nennt verschiedene Vermögen und Eigenschaften: Selbständiges Denken, Urteilsvermögen, Selbsterkenntnis und –kritik, Kombinationsvermögen, Machtstreben, Ehrgeiz, Falscher Idealismus, Minderwertigkeitsgefühl und Ressentiment, Einfühlungsvermögen, Kontaktfähigkeit. [736] Das Fragenspektrum erscheint auf den ersten Blick im Vergleich zu dem Fragebogen des Instituts für Sozialforschung schon an den inneren Diskussionsstand der Dienststelle Blank angepasst, etwa den Vorstellungen der „Inneren Führung“.

Das von Stephanie Krenn entwickelte Interview zeigt, wie innerhalb der Psychologischen Studienkommission Kompromisse ausgehandelt wurden, insofern in der Beurteilungshilfe einerseits Kategorien der Charakterologie enthalten sind, andererseits aber auch die Gedanken des Instituts für Sozialforschung über die Bedeutung von Ressentimenthaftigkeit, Minderwertigkeitskomplexen und Machtstreben enthalten sind.

Wie die letztgenannten Kategorien auf das Interview anzuwenden sein sollten, zeigte Adornos Vortrag über die „Nervenpunkte antidemokratischer Gesinnung auf der Schulübung am 8. März 1955“,[737] an dessen Nachmittag er gemeinsam mit Stephanie Krenn deren

---

[728] Vgl. ebd. fol. 75.

[729] Dazu folgen eine ganze Reihe von Anweisungen zum freundlichen Umgangston (im Gegensatz zum Befehlston), offenen Aussagen über den Zweck, Vertrautheit mit den Fragen, Zeigen von Interesse an den Antworten, zur Fragestellung, Haltung gegenüber dem Interviewee etc., vgl. ebd., S. 3-6.

[730] „Welche Eigenschaften verlangen sie von sich als Offizier?“, „Muss der Einheitsführer jeden seiner Soldaten individuell verstehen?“, „Was halten sie vom Drill in der militärischen Ausbildung?“.

[731] „Wie würden sie Unterführern erklären, was ein Befehl ist?“, „Wann ist ein Befehl unsittlich und darf nicht befolgt werden?“, „Wie würden Sie mit Befehlsverweigerung umgehen?“, „Wie verhalten sich militärischer Befehl und persönliche Urteilskraft [zueinander]?“.

[732] „Was verstehen sie unter Heldentum?, „Was verstehen sie unter soldatischen Tugenden?“, „Wie unterscheiden sich soldatische von zivilen Tugenden?“, „Wie würden sie den 20. Juli erklären?“

[733] „Was verstehen sie unter politischer Neutralität der Streitkräfte?“

[734] „Welche ausländischen Soldaten haben sie kennengelernt?“, „Was würden sie als charakteristisch für ein Volk anführen?“

[735] „Was halten sie von Soldatenfilmen (Büchern)? (Im Westen nichts Neues; Der brave Soldat Schweijk; O8/15, Canaris)“.

[736] Vgl. BA-MA BW 27/41, fol. 71-73.

[737] Vgl. Theodor W. Adorno: Nervenpunkte antidemokratischer Gesinnung, BA-MA BW 9/1251, fol. 98-104, Formblätter A und B zur Auswertung des Interviews mit Anweisungen ebd. fol. 105-108; auch IfSA, A 20, Projekt "P 14" Vorarbeiten. Der Vortrag Theodor W. Adornos liegt als Umdruck vor und ist in dieser Form bisher noch

Anwendung auf das Interviewmaterial demonstrierte und mit den Prüfoffizieren übte.[738]
Adorno stellte in seinem Vortrag das Konzept der „autoritären Persönlichkeit“[739] in kurzer Fassung vor und erläuterte den anwesenden Offizieren die Bedeutung das Syndrom des autoritären Charakters. Er stellte zunächst die Ausgangslage dar, mit der die deutschen Streitkräfte konfrontiert sein würden, nämlich ihr Offizierskorps zunächst unter ehemaligen Offizieren zu rekrutieren. Mit dem zweiten Satz schon kommt Adorno zur Sache, nämlich zu dem Ziel „mit Hilfe eines Auswahlverfahrens […] eine Negativauslese vorzunehmen, d[as] h[eißt] diejenigen Bewerber auszuschließen, die den Anforderungen an einen Offizier im Rahmen demokratischer Streitkräfte nicht genügen. Das Verfahren sieht vor, daß Menschen mit extrem antidemokratischer Gesinnung, also solche, die befangen, starr und in Vorurteilen denken, von der Annahme ausgeschlossen werden.“[740] Um die Bewerber, die sich der Situation bewusst sind und sich antidemokratischer Äußerungen enthalten, dennoch auf ihre demokratische Einstellung zu überprüfen, müsse man „sie mit bestimmten Themen konfrontieren, die indirekt, aber doch zuverlässig ihre Einstellung deutlich machen. Man muß zu ermitteln versuchen, ob bei dem Bewerber demokratische Werte wirklich lebendig sind, oder ob es sich in Wirklichkeit um potentielle Antidemokraten handelt“.[741]
Als Kriterium für „echt demokratische Einstellung“ nennt Adorno, dass die „mit demokratischer Gesinnung wesentlich verbundenen Anschauungen auch außerhalb der eng definierten politischen Sphäre wirksam werden“. Unter Hinweis auf wissenschaftliche Untersuchungen zu den psychologischen Manifestationen getarnt antidemokratischer Gesinnung, kommt Adorno dann auf die Kategorien zu sprechen, die zur Unterscheidung demokratischer und antidemokratischer Gesinnung relevant seien: Konventionalismus, autoritäre Untertänigkeit, Aggressivität, Abwehr der Selbstbesinnung, Stereotypie und Machtkomplex.[742] Als psychologische Erklärung für die Ausprägung einer autoritären Charakterstruktur sieht Adorno die nicht-integrierte Persönlichkeit des Autoritären an, der durch Ich-Schwäche gekennzeichnet sei. „Dies drückt sich aus in Angst vor Verantwortung und Entscheidung, im starren Festhalten an äußerlichen Formen, in der Unfähigkeit, konsistente und dauerhafte Normen des eigenen Verhaltens autonom auszubilden. Diese Situation veranlaßt das Individuum, Schutz

---

unveröffentlicht. Zur Anwendung des Konzepts der „autoritären Persönlichkeit“ liegen dem Vortrag zwei Formblätter nebst Anweisungen bei.
[738] Vgl. hierzu das Programm des Studien-Bureau, Projekt 14: Psychologische Hilfen beim Annahmeverfahren, Themenplan für die Schnelleinweisung, [Umdruck] Bonn 3.3.1955, ebd. fol. 28: Dienstag 8. März, […] Prof. Adorno: ‘Nervenpunkte der Menschenkenntnis’, Adorno-Krenn: Anwendung der ‘Nervenpunkte’ auf die Interview-Fragen, Mittwoch 9. März: Fortsetzung der Interview-Übungen.
[739] Freilich ohne es noch so zu nennen. Ob es sich bei der Titelwahl um die von Lieselotte Mohl so genannte Tendenz zur „Verschlüsselung der kritischen Theorie“ in den 50er Jahren handelt, sei dahingestellt, auffällig ist sie allemal, vgl. Mohl, zit. nach Michael Neumann: Lektionen ohne Widerhall, S. 346.
[740] Vgl. Adorno: Nervenpunkte, [1] BA-MA BW 9/1251, fol. 98.
[741] Vgl. Adorno: Nervenpunkte, [1] BA-MA BW 9/1251, fol. 98.
[742] Vgl. Adorno: Nervenpunkte, [3-6] BA-MA BW 9/1251, fol. 100-103.

bei starken Gruppen und Organisationen zu suchen, die ihm die Entscheidungen vorschreiben.“[743] In den Ausführungen zu den einzelnen Kategorien bot Adorno eine Reihe von Beispielen an, an denen sich konventionalistische, autoritär-unterwürfige, aggressive usw. Einstellungsmuster zeigen, die sich indirekt aus möglichen Antworten auf die Fragen des qualitativen Interviews schließen ließen.[744]

Leider lässt sich nichts über die direkte Reaktion der Militärs auf den Vortrag sagen, da dieser in den Berichten der Prüfgruppen keine Erwähnung findet. Die erhaltenen Prüfberichte der Schulübung lassen aber darauf schließen, dass die Militärs kaum aufgeschlossen für das Konzept des „autoritären Charakters“ waren.[745] Eine feindselige Haltung der Militärs Adorno gegenüber ist nicht auszuschließen, möglicherweise pflegten sogar einige Mitarbeiter des Amtes Blank eine latent antisemitische Haltung ihm und anderen Wissenschaftlern gegenüber.[746]

2.6.4. Reaktionen und Erfahrungen im Umgang mit den Verfahren – Kompetenzstreitigkeiten, Unsicherheiten und der Ruf nach dem „Fachmann"

Innerhalb des Amtes war die Schulübung schon vor ihrem Abschluss internen Anfeindungen ausgesetzt, da das Referat „Innere Führung“ sich in seinen Kompetenzen verletzt sah.[747] Baudissin beschwerte sich, dass sein Referat an den grundsätzlichen Überlegungen über die Auswahlprinzipien und den hierzu von der Wissenschaft angebotenen Hilfen nicht beteiligt worden sei, obwohl bei der Personalauswahl die entscheidenden Voraussetzungen für das Innere Gefüge der künftigen Streitkräfte betroffen seien: „Das Studienbüro über-

[743] Vgl. Adorno: Nervenpunkte, [2] BA-MA BW 9/1251, fol. 99.
[744] Vgl. Adorno: Nervenpunkte, [3-6] BA-MA BW 9/1251, fol. 100-103.
[745] Vgl. die Prüfberichte in BA-MA BW 9/448. Meyer: Zur inneren Entwicklung, S. 1145, weist im Zusammenhang seiner wie immer abfälligen Bemerkungen über die Psychologische Studienkommission auf den Vortrag Adornos hin, ohne mit auch nur einem Wort auf dessen Inhalt einzugehen, um dann sarkastisch zu bemerken: „Höhepunkt war zweifellos ein für den 8. März vorgesehener Vortrag von Theodor W. Adorno, ‚Nervenpunkte der Menschenkenntnis‘.“
[746] Der Pädagoge Erich Weniger, Mitglied des PGA, Vertrauter Baudissins, früherer NS-Militärpädagoge, hat nach einer Aufzeichnung des Baudissin-Mitarbeiters Karst schon vor der ersten Tagung der Psychologischen Studienkommission am 30. März 1954 nicht verborgen, dass er bezweifelt, ob es zweckmäßig sei „jüdische Herren, die z[um] T[eil] noch nicht mal Soldat waren, die Auswahlrichtlinien für Offiziere aus arbeiten zu lassen.“ Pfisters Kontakte zu dem Hamburger pädagogischen Psychologen Curt Bondy, dem Göttinger Philosophen, Soziologen und kurzfristigen Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung Plessner, sowie zu Horkheimer und Adorno, sind Weniger bekannt gewesen. Er bezeichnete Horkheimer, Adorno und Plessner als ihm persönlich bekannte, „ausgezeichnete Leute“, deren Rat jederzeit zur Verfügung stünde, doch hielt er es gleichzeitig für „selten ungeschickt“ diesen den Auftrag zu erteilen. Bondy habe das auch selbst so geäußert, Tagebuch Baudissin, Vermerk Karst 22.9.1953, BA-MA N Graf Baudissin 717/1, zit. nach Meyer: Zur inneren Entwicklung, S. 1150, Fn. 329. Meyer hält an dieser Stelle noch nicht mal den Hinweis für nötig, dass diese Einstellung eine latent antisemitische ist, ja, er bedient sich Wenigers Aussage kommentarlos auch noch zur verständnisvollen Erklärung der Distanz einiger Blank-Mitarbeiter zu Horkheimer, Adorno und Plessner.
[747] II/2/1, Baudissin an Leiter II [Heusinger] [Bericht] Schulübung Annahmeorganisation, 10.3.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 9-11, Masch. Durchschrift, vgl. auch das Schreiben Baudissins an Brandstaedter vom 14.3.1955. Die Durchschrift in diesem Ordner ist mit vielen Fragezeichen, Anstreichungen und Marginalien versehen, wahrscheinlich von Brandstaedters Hand.

schreitet seine Kompetenz, indem es, anstatt ein Studienprojekt auszuarbeiten und abzuschließen und dieses der militärischen Exekutive zur Verfügung zu stellen, das Studienprojekt überhaupt nicht ausarbeitet, sondern in unverantwortlicher Weise die Exekutive in die Hand nimmt.“[748] Der springende Punkt war offenbar der, dass nicht die Militärs über das Verfahren bestimmt hatten, sondern Zivilisten. Nur so jedenfalls kann man die folgende Aussage verstehen: „Innerhalb des Hauses stehen wir vor der Tatsache, daß der entscheidende Ansatz für die Neuformung des Offizierskorps *offiziersfremden Persönlichkeiten überlassen ist*, und die Vorbereitungen nicht ausreichend koordiniert sind, beispielsweise ist der von II/Pl vorbereitete Katalog militärischer Forderungen an die künftigen Bewerber *nicht in das Annahmeverfahren eingearbeitet worden.*“[749]

Aber auch das ganze Verfahren der *Psychologischen Studienkommission* fand in Baudissins Bericht keine Anerkennung, da die Ergebnisse der Untersuchungen schriftlich nicht niedergelegt worden seien und vor allem seinem Referat nicht zur Mitprüfung vorgelegen hätten. Vor allem fehlten ihm Merkblätter über die Auswahlprinzipien und zu den „Hilfen der Wissenschaft“ ein „abgerundetes Gutachten namhafter Fachpsychologen“. Er kritisierte weiter, dass der Kurzlehrgang in erster Linie aus „mündlichen Ausführungen von Herrn Pfister und Frau Dr. Kremm [!]“ besteht.[750] Bei der Kritik des Verfahrens wird nochmals deutlich, dass Baudissin beklagt, wie sehr der militärische Werdegang, den er für das eigentlich Wichtige hielt, durch ein „Hilfsverfahren“ in den Schatten gestellt wird: „Die Anlage der Schulübung stellt ein Hilfsverfahren, das Interview, in den Mittelpunkt, während die entscheidende Aufgabe der Annahmekommission, nämlich die Durcharbeitung der Personalpapiere und die Aussprache mit dem Bewerber über seinen militärischen Werdegang, die in erster Linie das Bild des Bewerbers zu erhärten in der Lage sind, in der Schulübung völlig vernachlässigt wird.“[751]

Baudissin verstand das Interview fälschlich als psychologischen Test. Er behauptet sogar, es sei als solcher vorgestellt worden.[752] Auch sonst erwartete er mit dem Interview nichts als Ärger: „Es kann auch nur von psychologischen Fachleuten durchgeführt und ausgewertet werden. Die Annahmeoffiziere sind dazu nicht in der Lage, Fachpsychologen für diese Aufgabe aber nicht verfügbar.“ Zeitlich strapaziere das Interview das Annahmegeschäft so sehr, dass die Hauptaufgaben nicht durchgeführt werden könnten. Der Fragenkatalog missfiel Baudissin besonders: „In das Interview von 40 Fragen sind eine Anzahl politischer Suggestivfragen eingefügt, die dem unbefangenen Bewerber den Eindruck aufzwingen, daß

[748] II/2/1, Baudissin an Leiter II [Heusinger] [Bericht] Schulübung Annahmeorganisation, 10.3.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 11.
[749] Vgl. ebd. fol.10, Hervorhebung im Original.
[750] Vgl. ebd. fol. 9.
[751] Vgl. ebd. fol. 9.
[752] Vgl. ebd. fol. 10.

er politisch getestet wird. Von Seiten der Wissenschaft wird uns gegenüber mit Recht der Vorwurf erhoben werden, daß wir mit psychologischen Testen unsachgemäß umgehen."[753]
Nach Abschluss der Schulübung waren die Prüfgruppen gehalten, ihre Erfahrungen mit dem Lehrgang und ihrer Prüftätigkeit festzuhalten.[754] Beide Gruppen kritisierten die zu kurze Einführung. Gruppe A ging von einer notwendigen Lehrgangsdauer von vier Wochen aus, davon eine Woche Übungen.[755] Beide Gruppen gingen frei mit dem Verfahren um, wobei die Ergebnisse unterschiedlich waren. Im Bericht der Gruppe A heißt es, dass die Prüfgruppe nach der Schulung den „inneren Zusammenhang", wie er durch Frau Krenn dargestellt worden war, nicht „völlig klar erkannt" habe und dazu übergegangen sei, die Fragen aus dem Interview-Schema in die „Unterhaltung mit dem Prüfling regellos" einzustreuen. Dann aber habe man erkannt, dass die „eingestreuten Fragen aus dem Zusammenhang des Interview-Schemas" gerissen, ihre Wirkung verfehlen, da die „Prüfenden ein unvollkommenes und subjektives Bild gewinnen".[756] Nach mehrfacher Variation der Anordnung kam die Prüfgruppe zu dem Schluss, „daß das Interview-Schema nur wirksam ist, wenn die Fragen vollständig und in der richtigen Reihenfolge gestellt werden."[757]
In der Prüfgruppe B boykottierte man das Interview-Schema von Anfang an, da sich die Gruppe durch die Schulung nicht genug auf ihre „psychologische" Tätigkeit vorbereitet sah. Allerdings versah die Gruppe ihren Bericht mit höflichen Bemerkungen gegenüber der Psychologin, in denen betont wurde, dass „die von Frau Dr. Krenn zusammengestellten Fragen, sowohl der Reihenfolge nach wie auch dem Inhalt nach, ein vorzügliches Mittel zum Erkennen der Prüflinge darstellen."[758] Man behauptete aber, nur für Fachpsychologen sei dieses Mittel praktikabel, weshalb die „Herren der Prüfgruppe in der ausschließlichen Verwendung des Interview-Fragen eine gewisse Gefahr zu sehen [glaubten]" und aus diesem Grund auch davon absahen, es einzuüben: „In dieser Form aber sollten sie nur durch wirklich geschulte Psychologen gestellt werden." Auch ihren Prüflingen wollten sie das Interview nicht zumuten: „Hinzu kam, daß die Prüfoffiziere der Meinung waren, daß bei den vorgesehenen Prüfungen ein besonderer Fall vorläge. Es kamen nur ehemalige Offiziere und Oberfeldwebel zur Überprüfung, die zum größten Teil den Personalsachbearbeitern persönlich bekannt waren und – gereiften Alters – vor und nach 1945 sowohl im militäri-

[753] Vgl. ebd. fol. 10.
[754] Prüfgruppe A [Heuser, Sondergruppe; Gerlach, Sondergruppe, Möller-Döring, II/4; Guercke, II/3], Heuser, Übung Annahmeverfahren, Vorläufiger Erfahrungsbericht, Bonn 1.4.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 16-23; Prüfgruppe B [Busch, Lechler, v. Plato], Busch, Übung Annahmeverfahren, Erfahrungsbericht der Prüfgruppe B, Bonn, 14.4.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 58-67, Anlage fol. 67 masch. Ts. Meyer wertet für seine Darstellung des Interviewverfahrens lediglich den ablehnenden Prüfbericht der Prüfgruppe B aus, Meyer: Zur inneren Entwicklung, S. 1145ff.
[755] Prüfgruppe A, Vorläufiger Erfahrungsbericht, Bonn 1.4.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 16.
[756] Prüfgruppe A, Vorläufiger Erfahrungsbericht, Bonn 1.4.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 17.
[757] Prüfgruppe A, Vorläufiger Erfahrungsbericht, Bonn 1.4.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 18.
[758] Prüfgruppe B, Erfahrungsbericht der Prüfgruppe B, Bonn, 14.4.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 58.

schen wie im zivilen Leben ihren Mann gestanden hatten. Es schien den Prüfoffizieren deshalb besser, die Überprüfung einerseits so genau wie möglich zu machen, andererseits aber den Rahmen der Überprüfung in gewisser Weise kameradschaftlich und aufgelockert zu gestalten. Eine Prüfung nach dem Interview-Schema erschien aus diesem Gesichtspunkt heraus unpersönlich und nüchtern."[759] Die Prüfgruppe B wählte darum die freie Aussprache mit einigen eingestreuten Fragen aus dem Schema mit dem Bewerber und probierte auch bei einigen Bewerbern, das Schema „abzufragen".[760] Sie kam aber zu dem Ergebnis, dass es keinen Unterschied im Ergebnis gebe, doch sei der Umgang miteinander „persönlicher", wenn das Interview wegfalle.[761]

Natürlich kann der ablehnende Umgang mit der Interviewmethode auch auf Unsicherheiten im Umgang mit Neuem zurückgeführt werden. Es scheint aber doch eher der Fall zu sein, dass man sich auch an den Inhalten störte, und wie der Fall der Prüfgruppe B zeigt, scheint es ihr Schwierigkeiten bereitet zu haben, mit persönlich bekannten Bewerbern ein objektivierend-distanzierendes Verfahren durchzuführen, während die Prüfgruppe A trotz aller Unsicherheiten die Möglichkeiten, die in dem Interviewverfahren steckten, im Laufe ihres experimentierenden Umgangs damit entdeckt hat.[762]

Entsprechend positiv ist auch die Bewertung des Interview-Schemas durch die Prüfgruppe A: „Das Interview-Schema selbst hat […] seine Aufgabe, subjektiver Messapparat zu sein, erfüllt. Einige Fragen allerdings werden in Zukunft eine Umstellung erfahren müssen, da sie entweder zu Schablonen-Antworten führen oder nicht richtig ankommen. Diese Änderung der Fragen sollte nur in Zusammenarbeit mit Fachpsychologen als eine der nächsten Aufgaben durchgeführt werden. Ferner wird es sicherlich notwendig werden, mehrere Test- oder Interview-Schemata bereit zu halten, da die Unterschiedlichkeit der Wirkung („Explosivkraft") des Interview-Schemas auf die zu Prüfenden beobachtet wurde."[763] Die Prüfgruppe A schlug als weiteren Verfahrensvorschlag vor, dass beide Prüfgruppen mit den „Fachpsychologen zur gemeinsamen Auswertung und Festlegung notwendiger Änderungen des Sys-

[759] Prüfgruppe B, Erfahrungsbericht der Prüfgruppe B, Bonn, 14.4.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 58.
[760] Prüfgruppe B, Erfahrungsbericht der Prüfgruppe B, Bonn, 14.4.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 59f.
[761] Prüfgruppe B, Erfahrungsbericht der Prüfgruppe B, Bonn, 14.4.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 60. Die Distanz zu den in den „Nervenpunkten antidemokratischer Gesinnung" genannten Gedanken findet ihren Ausdruck auch in der Bewertung der geeigneten und nicht geeigneten Kandidaten. Von 68 Bewerbern wurden 8 als nicht, 2 als bedingt, die anderen als geeignet beurteilt. Die Bewerber „hinterließen [...] sehr erfreulichen, z. T. sogar ganz ausgezeichneten Eindruck. Während bei einigen – sie gehörten zu den 10 [nicht/bedingt] das materielle Denken überwog, war bei fast allen anderen Bewerbern eine ausgesprochen idealistisch eingestellte, soldatisch passionierte Gesinnung zu bemerken", vgl. ebd. fol. 64. Eine „soldatisch passionierte Gesinnung" sollte Adorno zufolge die kritische Aufmerksamkeit gegenüber dem Bewerber eher erhöhen. Die platte Entgegensetzung idealistischer, soldatisch-passionierter Haltung und der materiellem Denken zeigt, dass überkommene soldatische Vorstellungen vom idealistisch eingestellten Krieger weiter gepflegt wurden.
[762] Die Prüfgruppe A war insgesamt aufgeschlossener gegenüber psychologischen Verfahren, sie schlug die zusätzlich Anwendung von Papiertests und graphologischen Gutachten, freilich nur in einer eingrenzbaren Zahl von Fällen vor. Vgl. Prüfgruppe A, Vorläufiger Erfahrungsbericht, Bonn 1.4.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 19. Gruppe B schließt sich dem mit Einschränkungen an.
[763] Prüfgruppe A, Vorläufiger Erfahrungsbericht, Bonn 1.4.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 19f.

tems“ zusammenkommen sollten.[764] Auffallend an den Vorschlägen der Prüfgruppe B dagegen ist, dass sie ebenfalls „Offenheit“ für psychologische Verfahren signalisiert, unter der Voraussetzung, dass die Trennung klarer vollzogen ist, insofern ein „Experte“ die „psychologischen Testfragen“ stellt.[765] Durch die Beschränkungen, die von militärischer Seite selbst aufgestellt wurden, nämlich hinsichtlich des Alters und noch viel deutlicher hinsichtlich der Zahl der Psychologen im Annahmeverfahren, erweist sich dieses Argument als taktischer Zug gegen das Interviewverfahren.

Diese Einschätzung findet sich noch dezidierter in den Ausführungen der Prüfgruppe B zur Schulung. Der Prüfoffizier solle zwar psychologische Schulung erfahren, nach der er sich aber nicht „als Psychologe fühlen“ solle. Tests sollen „wissenschaftlich durchgebildete Psychologen machen“, der Prüfoffizier dagegen soll nach natürlichem Blick für den Menschen, Einfühlungsvermögen und gesunder Urteilskraft entscheiden.[766]

Ausgesprochen positiv ist der Bericht der Prüfgruppe für das Zivilpersonal.[767] Der Bericht begrüßt das Verfahren, da es die Personalentscheidung objektiviere, aber gleichzeitig nicht zu tief in die persönliche Sphäre des Bewerbers eindringe.[768] „Das Urteil kann vom Bewerber kaum bewusst gesteuert werden. Der Prüfbeamte hat die Möglichkeit, durch die gesprochene oder gespielte Fassade hindurchzuschauen. […] Die Fragen dringen auch nicht in die private Sphäre ein, so daß der Proband sich nicht seziert fühlen konnte, sondern lassen bei der Beantwortung der Individualität im Denken und Fühlen freien Raum. Der Gefragte muss sich öffnen, kann sich jedoch nicht ‚produzieren‘, ohne daß das offenbar würde.“ Allerdings war die Wirkung des Interviews offenbar sehr unterschiedlich. Widerspruch gegen die Anwendung des Interviews sei in keinem Falle erhoben worden. Eine so intensive Befragung aber war allgemein nicht erwartet worden. Der Grad der Wirkung des Interviews

[764] Prüfgruppe A, Vorläufiger Erfahrungsbericht, Bonn 1.4.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 22.

[765] Prüfgruppe B, Erfahrungsbericht der Prüfgruppe B, Bonn, 14.4.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 65: „Gespräch zwischen zwei Prüfern und dem Prüfling über militärischen und zivilen Lebenslauf mit eingestreuten Testfragen. Nach einer längeren Pause gegebenenfalls unterbrochen durch Mittagessen oder durch die Nacht, psychologische Testprüfung, wozu die Prüfgruppe um einen Psychologen erweitert wird. Es wäre wünschenswert, wenn dieser Psychologe Soldat gewesen wäre.“

[766] Prüfgruppe B, Erfahrungsbericht der Prüfgruppe B, Bonn, 14.4.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 63: „Eine psychologische Unterweisung ist unbedingt notwendig, sie darf aber nicht so kurz sein, wie die Anweisung vor dieser Prüfung. Das Ziel einer Einweisung sollte sein, daß den Prüfoffizieren die Erkenntnisse der wissenschaftlichen Forschung und ihre praktische Anwendung zur Kenntnis gebracht wird, ohne daß aber die Prüfoffiziere sich nach dieser Einweisung als Psychologen fühlen. Prüfungen nach psychologisch wissenschaftlichen Tests sollten nur von wissenschaftlich durchgebildeten Psychologen gemacht werden. Von den Prüfoffizieren dagegen sollte verlangt werden, daß sie einen natürlichen Blick für den Menschen, ein ausgeprägtes Einführungsvermögen [!] und eine gesunde Urteilskraft besitzen; wenn ihnen die Psychologische Unterweisung hierzu erprobte methodische Hilfsmittel in die Hand gibt dann ist nach Ansicht der Prüfgruppe das Beste erreicht worden.“

[767] I/1/7, Kroener, Personalauswahl für Personalannahme und erste Verwaltungsdienststellen, hier: Erfahrungen mit der Interviewmethode, Bonn, 4.5.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 84-87, Anlagen zum Erfahrungsbericht über die im März 1955 durchgeführten Vorstellungen für die Personalannahme [Deckblatt, masch. Ts.], Äußerer Ablauf der Bewerberauswahl für Personalannahme und erste Verwaltungsdienststellen, BA-MA BW 9/1251, fol. 88-97.

[768] Vgl. ebd. fol. 85.

erstreckte sich von leichter Angegriffenheit bis zu starker Erschöpfung.[769]

Schon die Sprache verrät eine größere Nähe zur angewandten Methode. Der Bericht zeigt die Fähigkeit des Autors, sich über seine Tätigkeit in einem elaborierten Code zu äußern.[770] Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Einführung psychologischer Verfahren in der zivilen Abteilung wesentlich kooperativer angegangen worden und die diesbezügliche Ausbildung schon weiter fortgeschritten war.[771] Der ausgesprochen positive Bericht ist ein objektiver Maßstab dafür, dass die Distanz der Militärs zum angewandten Verfahren signifikant ist.

Von den eingeladenen militärischen Bewerbern kamen positive Rückmeldungen. Sie waren aufgefordert worden, ihre Eindrücke über das Annahmeverfahren schriftlich oder direkt nach Durchlauf des Annahmeverfahrens zur Niederschrift abzugeben. Eine Frage, die für Widerspruch sorgte, war, so zeigen diese Reaktionen, wie der Bewerber sich den 20. Juli erkläre. Eine repräsentative Antwort war die des ehemaligen Offiziers Carl Curt Harnisch. Er empfand die Fragen insgesamt nicht als Zumutung, hielt allerdings die Frage, „die im Zusammenhang mit den Geschehnissen des 20. Juli gestellt wurde," für unangemessen. Sie sei zwar in ihrer Formulierung so gehalten gewesen, dass sie eine pro-contra-Stellungnahme nicht herausgefordert habe, doch war Harnisch „der Auffassung, daß sie von den meisten Bewerbern in dieser Richtung aufgefaßt" wurde. „Die Frage, ob der Bewerber, der wieder seiner soldatischen Berufung folgen will, bereit ist, die Geschlossenheit des künftigen Offizierskorps zu gewährleisten, indem er den in ehrlicher Überzeugung und unter Wahrung soldatischer und nationaler Ehrauffassung seinerzeit anders handelnden anerkennt, sollte nicht getestet werden. Hier muß nach meiner Ansicht das Persönlichkeitsbild des Bewerbers von der Prüfgruppe unter dem Gesichtspunkt des Vertrauens gewürdigt werden."[772] Auch diese Stellungnahme zeigt die übergeordnete Bedeutung, die kameradschaftlichem Umgang gegenüber einer fälligen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eingeräumt wird.

[769] Vgl. ebd., S. 86.

[770] Belege dafür finden sich in der verständigen Darlegung der angewandten Verfahren, in der größeren Sicherheit im Umgang mit der Fachterminologie und überhaupt in der Anwendung von Fachbegriffen.

[771] Für die durchgeführten Personalauswahlen standen vier Beamte des höheren Dienstes und fünf Beamte des gehobenen Dienstes zur Verfügung. Zur Vorbereitung wurde ein „einwöchiges psycholog. Seminar in Bonn [Teilnahme 1 höherer Dienst, 3 gehobener DIenst] [...] eine 3-tägige Tagung im Psychologischen Institut der Universität Freiburg [1 höherer Dienst, 1gehobener Dienst] und eine 4-tägige Einweisung in Bonn [Teilnahme alle]" durchgeführt. „Ausserdem hatte schon bei der Aufstellung der Interview-Fragenreihe ein Referent I/1/7 und der Sachbearbeiter mitgewirkt. Sie hatten somit Gelegenheit gehabt, beim Erarbeiten der Grundlagen sich in die Materie zu vertiefen und zu erkennen, 'was hinter einer jeden Frage steckt', I/1/7, Kroener, Personalauswahl für Personalannahme und erste Verwaltungsdienststellen, hier: Erfahrungen mit der Interviewmethode, Bonn, 4.5.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 86.

[772] Carl Curt Harnisch: Stellungnahme zur Schulübung „Prüfgruppen", BA-MA BW 9/448, fol. 46.

2.6.5. Auswertung der Erfahrungen

Am 13. Mai 1955 fand eine Besprechung über die Ergebnisse der „Schulübung Annahmeverfahren“ zwischen Brandstaedter, Pfister und Krenn statt.[773] Es wurde eine grundsätzliche Zustimmung der anderen Abteilungen zum bisherigen Entwurf des Annahmeverfahrens festgestellt und eine Form „'flüchtiger' Prüfung“ für das Annahmeverfahren abgelehnt. Auch über das Prüfverfahren war vordergründig Einigkeit im Amt durch die Kompromissformel erzielt worden, es solle im Prüfverfahren ein Urteil über den Bewerber gebildet werden, das sich aus den Komponenten „Urteil nach Papierform“ (Bewerbungspapiere), auf Grund eines „straffen Interviews“ und eines „gezielten Gesprächs“ zusammensetzt.[774] Das Offiziersbewerber-Interview könne „im wesentlichen beibehalten“ werden, nur für die Unteroffiziersbewerber solle ein geändertes Interview erstellt werden. Das explorative Gespräch solle eine Aufwertung erfahren, indem es anhand einer Reihe von Punkten, die anhand der schriftlichen Unterlagen zu bilden seien, geführt werde. Allerdings zeichnete sich schon ab, dass das explorative Gespräch im Verständnis der Offiziere seine Funktion verschoben hatte. In den Schulübungsberichten der Prüfgruppen heißt es fortwährend „das gezielte Gespräch“. Es ist dem Kontext zu entnehmen, dass eine Gesprächsform praktiziert wurde, die eher einem „normalen“ Bewerbungsgespräch glich. Dem starken Ruf der Prüfoffiziere nach schriftlichen Bewertungsrichtlinien wurde stattgegeben: „Für die Abfassung des Schlussurteils sind Richtlinien festzulegen und den Prüfoffizieren beim Lehrgang zu vermitteln.“[775]

Das Prozedere und der Stellenwert der einzelnen Elemente des Annahmeverfahrens wurden in den Bestimmungen für das Annahmeverfahren festgehalten.[776] Die Bestimmungen regelten den Ablauf des „Prüfgesprächs“. Auf die Prüfung der Bewerbungsunterlagen folgte dabei Begrüßung und persönliche Vorstellung, bei der der Bewerber über Sinn und Zweck des Verfahrens zu informieren war.[777] Durch die Übersetzung in die Sprache der Bürokratie ist ein wesentliches Element der von den Praktikern immer eingeforderten „Hilfen der Wissenschaft“ und von der Wissenschaft angebotenen Methode, ein bürokratischer

[773] II, 3, Brandstaedter, Aussprache über Schulübung Annahmestelle mit den Prüfgruppen, Frau Dr. Krenn und Herrn Pfister, 13.5.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 157-158. Vgl. zur Auswertung auch die Darstellung bei Meyer: Zur inneren Entwicklung, S. 1147.
[774] Vgl. ebd. fol. 157.
[775] Vgl. ebd. fol. 158.
[776] II,1/Gr. 5, Die militärische Annahmeorganisation. Bestimmungen für Aufbau und Arbeitsweise der militärischen Annahmeorganisation, o. D. BW 9/3629 fol. 3-76 o. D. [nach Mai 1955] Der Ordner enthält mehrere ähnliche Entwürfe für Richtlinien und einen umfangreichen Hefter mit Mustern von in der Annahmeorganisation verwendeten Formularen.
[777] „88. [...] Er ist durch die Angehörigen der Prüfgruppe zu begrüssen und kurz über Sinn und Zweck seines Gesprächs mit der Prüfgruppe zu informieren. Durch eine freundliche persönliche Gestaltung der ersten Begegnung und Begrüssung sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, für ein freimütiges Gespräch und die zwanglose Meinungsäusserung des Bewerbers.“ Vgl. BA-MA BW 9/3629, fol. 59. Bezüglich der praktischen Interviewführung enthält die Bestimmung einen Verweis auf „Richtlinien für die Überprüfung von Bewerbern“.

Vorgang gewesen. Wo beim Lehrgang noch die Rede von Lebenslaufanalyse war und diese gelehrt und geübt wurde, hieß es jetzt „Prüfung der Bewerbungsunterlagen“. Das Interview selbst hatte im Mittelpunkt der Überprüfung zu stehen. Allerdings halten die Bestimmungen gleichzeitig fest, dass das „durch das Interview gewonnene Bild von der Persönlichkeit des Bewerbers […] ergänzt“ werden solle „durch das gezielte Gespräch“. „Die Fragen für das gezielte Gespräch ergeben sich aus dem Studium von Lebenslauf und Bewerbungsbogen; sie erstrecken sich auf den früheren und gegenwärtigen individuellen Lebensbereich des Bewerbers und sollen Ansatzpunkte sein zur Erklärung und Motivierung bestimmter Vorgänge oder Vorkommnisse im Lebenslauf oder in der Berufsentwicklung.“[778] Hier wird der, wenn auch vorläufige, Kompromisscharakter nochmals deutlich. Einerseits betonte man die zentrale Rolle des Interviews und der aus ihm zu ziehenden Erkenntnisse über den Bewerber, andererseits wurde das durch die militärischen Mitarbeiter des Amtes Blank bevorzugte „gezielte Gespräch“, das vormals als vertiefendes Gespräch (dessen Technik genauso gelehrt und geübt wurde wie die des Interviews) zu Lebenslauf *und besonderen Problemen*, die *während des Interviews* erkannt wurden, gedacht war, auf die Lebenslauffragen und die „Nachkriegsbewährung“ reduziert.

Neben den Methoden und Verfahren waren allerdings auch die praktischen Fragen der Stellenbesetzung zu klären.[779] Die Bestimmungen über den Aufbau und die Arbeitsweise der militärischen Annahmeorganisation sahen vor, in jedem der zwölf Militärbereiche dem „Leiter der Annahme“ und seinem Stellvertreter (dem „Chef des Stabes“) einen beratenden Psychologen zur Seite zu stellen.[780] Die Aufgaben des Psychologen im Stabe des Leiters der Annahme in den Wehrbereiche sollten in fachlicher Beratung der Annahmestellen zur Auswahl der Offiziere und Prüffeldwebel des Bereichs bestehen. Daneben sahen die Bestimmungen eine Kontrolle über die Anwendung der „gelehrten Methoden und Hilfsmittel“ vor.[781] Außerdem sollte er den Annahmestellen für die psychologisch-fachliche Begutachtung von „Grenzfällen“ auf Anforderung zur Verfügung stehen.[782] Interessant an dieser Planung ist, dass der Psychologe in den Bestimmungen an dritter Stelle nach militärischem Leiter und militärischem Stellvertreter der übergeordneten Annahmestellen genannt wird.

[778] Vgl. BA-MA BW 9/3629, fol. 60.
[779] II,1/Gr. 5, Die militärische Annahmeorganisation. Bestimmungen für Aufbau und Arbeitsweise der militärischen Annahmeorganisation, o. D., BA-MA BW 9/3629 fol. 3-76 o. D. [nach Mai 1955].
[780] Vgl. ebd. fol. 24-27. Der beratende Psychologe wird an dritter Stelle nach Leiter und Chef des Stabes genannt.
[781] Vgl. ebd. fol. 27: „Im Auftrag des Leiters der Annahme nimmt er an der Arbeit der Prüfgruppen teil, überzeugt sich von der richtigen Handhabung der Überprüfung und der zweckmässigen Anwendung der gelehrten Methoden und Hilfsmittel. […] Seine Beobachtungen und Erfahrungen stellt er in Erfahrungsberichten zusammen und wertet sie in Zusammenarbeit mit allen Psychologen der Annahmeorganisation aus.“ Wie weit diese Kontrollfunktion gehen sollte und welche Kompetenzen er besitzen sollte, regeln die Bestimmungen nicht. Es ist nicht auszuschließen, daß er ein Moment informeller ziviler Kontrolle in den Aufbau bringen sollte.
[782] Vgl. ebd. fol. 27.

Ihm wurde also als zivilem Beamten oder Angestellten (das war noch nicht klar) ein hoher Status beigemessen. Andererseits waren seine Kompetenzen beschränkt, zumal an den untergeordneten Annahmestellen sich kein weiterer psychologischer „Apparat“ entfalten sollte.

2.6.6. Die letzten Vorbereitungen für das Annahmeverfahren und eine Konzeption für eine zukünftige Bundeswehrpsychologie

Im Sommer wurde die Zeit knapp, da absehbar war, dass im Juli das Freiwilligengesetz verabschiedet werden würde und die erste Stufe des Aufbauplanes möglicherweise schon im September in Kraft treten würde. Es war vorgesehen, in einer ersten Phase 6.000 Freiwillige bis Ende 1955 zu rekrutieren. Die Prüfungen der zukünftigen Prüfoffiziere sollten im Schneeballsystem sukzessive sich ausweitend stattfinden, während ihre Schulungen zentralisiert bleiben sollten.

Der abgeschlossene Entwurf des psychologischen Teils des vierwöchigen Prüfoffizierslehrgangs ging mit einem Kostenvoranschlag am 13. Juli 1955 den betreffenden Referaten zu.[783] Der Entwurf sah weiterhin die Beteiligung aller Mitglieder der Psychologischen Studienkommission vor. Lersch und Heiss waren entsprechend der speziellen Schulungsanforderungen etwas stärker vertreten: In der ersten Woche des Psychologischen Teils des Lehrgangs waren neben einer Reihe von Vorträgen der Professoren überwiegend praktische Übungen der Psychologen mit den Teilnehmern zur Verhaltensbeobachtung und -notierung, graphologische Übungen und Testdemonstrationen vorgesehen. Die zweite Woche sollte überwiegend von Stephanie Krenn bestritten werden und war thematisch den Interview-Schemata gewidmet, es wurden die einzelnen Schemata für Offiziere, Unteroffiziere und Beamte geübt. Lediglich ein Tag war der Anfertigung der Gutachten gewidmet.[784]

Der Einspruch der „Inneren Führung“ ließ nicht lange auf sich warten. Am 26. Juli 1955 richtete Heinz Karst (II/1 Gr. 1 „Innere Führung“) ein Schreiben an den Leiter der Unterabteilung II/1, Brandstaedter. Ein Curriculum für den psychologischen Teil auszuarbeiten erschien dem Mitarbeiter der Gruppe „Innere Führung“ unsinnig, bevor nicht das „Ganze“ geplant sei. Daran aber war seiner Auffassung nach die „Innere Führung“ zu beteiligen.[785]

---

[783] Studien-Bureau, Projekt 14, Lehrgang I für Prüfoffiziere, 2. und 3. Woche: psychologische Einweisung, Bonn 13.7.1955, BA-MA BW 21/1251 fol. 141-146; dazu II/1 Gr1 [Innere Führung, Baudissin], Karst, Stellungnahme zu der Notiz des Studien-Bureaus „Entwurf Lehrgang I für Prüfoffiziere“, Bonn 26.7.1955, BA-MA BW 21/19. Die Kosten für den gesamten Kurs beliefen sich auf DM 8.630,--, wobei ein Großteil der Kosten, nämlich DM 5.000,-- auf die Auswertung der psychologischen Tests an den 80 Kursteilnehmern entfallen sollte (Freiburg DM 1.200,--, d. h. DM 15,-- pro Test, München DM 3.800,--, d. h. DM 47,50 je Gutachten).

[784] Vgl. ebd.

[785] II/1 Gr1 [Innere Führung, Baudissin], Karst, Stellungnahme zu der Notiz des Studien-Bureaus „Entwurf

Karst bemängelte, dass aus dem Zweiwochenplan nicht ersichtlich sei, „auf welchen wissenschaftlichen Grundlagen der Lehrstoff aufbaut. Nicht eines der angeführten Themen wurde bisher zur Mitprüfung vorgelegt." Nach einer allgemeinen Verbeugung vor den Autoritäten der Wissenschaft ging Karst zu seinem eigentlichen Angriffspunkt über: „Zu untersuchen bleibt aber, wie weit diese Arbeit [der Wissenschaft] für den Zweck des Lehrgangs nützlich ist und wie weit sie ankommen kann. Ein so ins Einzelne gehendes Lehrgangsprogramm psychologischer Hilfen für die Annahmeoffiziere kann erst ausgearbeitet werden, wenn über Art und Umfang des Einsatzes der Psychologie entschieden ist."[786] Diese Verschleppungstaktik war offensichtlich gegen den Einsatz psychologischer Verfahren im Annahmeverfahren überhaupt gerichtet. Drei Tage bevor Karst das Schreiben aufsetzte, war im Bundestag das Freiwilligengesetz angenommen worden, womit der Aufstellungsbeginn feststand.

Karst schlug vor, einen Arbeitsausschuss der Unterabteilung II/1 einzurichten, in dem „zusammen mit einem Fachpsychologen die Aufgaben und Möglichkeiten der Psychologie klipp und klar" formuliert werden. Erst dann könnten weitere psychologische Verfahren für die Annahme im Lehrplan festgelegt werden. „Alle Psychologie als Hilfsmittel für die Praxis in Ehren; aber erst sollten die Annahmeoffiziere ihre zukünftigen Aufgaben kennenlernen, wissen was Staat und Volk vom Offizier erwarten, wie der Offizier und die Streitkräfte sich in die Demokratie einfügen und was der Auftrag der Offiziere als Führer, Ausbilder und Erzieher ihrer Soldaten ist. Da hat sich manches geändert. Nur in vollem Verständnis dieser Aufgaben können sie mit Hilfe psychologischer Methoden Menschen auslesen, die sich bisher in Frieden und Krieg meistbewährt haben und die künftig als soldatische Führer militärische Aufgaben zu bewältigen haben."[787] Karst mochte sich aber nicht mit jedem qualifizierten Fachpsychologen zusammensetzen. Es musste schon ein Mann sein. Es ist bezeichnend, dass Karst eine Frau für diese Aufgabe für ungeeignet hielt: „Dass der grundlegende Unterricht über ‚Beurteilung' und das Praktikum über die Anfertigung von Beurteilungen (warum Gutachten?) von einer Psychologin geleitet werden, ist zumindest

---

Lehrgang I für Prüfoffiziere", Bonn 26.7.1955, BA-MA BW 21/19, weiter ebd. fol. 1: „Praktisch liefe der gesamte Film in so einem wichtigen Unternehmen ab, ohne dass die zuständigen Stellen der Abteilung II nähere Kenntnis von dem geplanten Lehrstoff bekämen."

[786] II/1 Gr1, Stellungnahme, Bonn 26.7.1955, BA-MA BW 21/19, fol. 1. Es folgen weitere Beschwerden über die Arbeitsweise des Studienbureaus, das „fehlende fachliche Gutachten", das schon Baudissin in seinem Beschwerdebrief während der Schulübung eingeklagt hatte. Später wird dann nochmals Pfisters Auftreten als anmaßend kritisiert. Wenn Pfister zu Beginn des psychologischen Teils des Lehrgangs denselben erläutern wolle, verlasse er damit als „Leiter des Studien-Bureaus seinen Auftrag als Berater. Lehrtätigkeit in einem militärischen Lehrgang ist Exekutive, die ihm weisungsgemäß und nach eigenen wiederholten Versicherungen nicht zusteht", vgl. ebd., S. 3. Wohlgemerkt: es ging um eine Doppelstunde, in der Pfister in den zweiwöchigen Kurs einführte! Vgl. Studien-Bureau, Projekt 14, Lehrgang I für Prüfoffiziere, 2. und 3. Woche: psychologische Einweisung, Bonn 13.7.1955, BA-MA BW 21/1251 fol. 141-146, hier fol. 141.

[787] II/1 Gr1 [Innere Führung, Baudissin], Karst, Stellungnahme zu der Notiz des Studien-Bureaus „Entwurf Lehrgang I für Prüfoffiziere", Bonn 26.7.1955, BA-MA BW 21/19, S. 2.

insofern unverständlich, als ihr Erfahrungen im militärischen Bereich wohl kaum zugesprochen werden können.“[788] Die Stelle verrät nebenbei, dass Karst Beurteilungen Gutachten, die anhand wissenschaftlicher Kriterien erstellt werden, vorzieht. Beurteilungen sind aber das, was der militärische Vorgesetzte über seine Untergebenen verfasst.

Bei einer Besprechung am 6. Juli hatte Pfister Gelegenheit seine Vorstellungen von einem künftigen Einsatz der Psychologen mit dem Leiter der Unterabteilung II/1 Militärisches Personal, Brandstaedter, dem Leiter des Referates Annahmeorganisation im Verteidigungsministerium, Kaminski, und einem Mitarbeiter von II/1/32 zu erörtern.[789] Zu diesem Zeitpunkt war demnach „bei der Aufstellung der Streitkräfte der Einsatz einer begrenzten Zahl von hochqualifizierter Psychologen geplant.“ Im ersten Teil des Aufbaus (Annahmeorganisation) waren zwölf Psychologen vorgesehen. Davon waren die eine Hälfte bei den zentralen Annahmestellen und die andere bei denen der Militärbereiche eingeplant. Im Anschluss an diese Verwendung sollten sie in das Verteidigungsministerium bzw. in die Stäben der Militärbereichsbefehlshaber übernommen werden.[790]

Gemäß dieser vereinbarten Organisationsplanung, legte Pfister im August eine Konzeption für die psychologischen Dienste der Streitkräfte und die Verteidigungsverwaltung vor.[791] Dieses Papier sollte gleichzeitig als Diskussionsgrundlage für die nächste Sitzung der psychologischen Studienkommission dienen.

Pfister ging von einer zwar nicht in allen Punkten zutreffenden Einschätzung der früheren Wehrmachtspsychologie aus, die in ihrer Allgemeinheit wahrscheinlich den vehementesten

---

[788] II/1 Gr1 [Innere Führung, Baudissin], Karst, Stellungnahme zu der Notiz des Studien-Bureaus „Entwurf Lehrgang I für Prüfoffiziere“, Bonn 26.7.1955, BA-MA BW 21/19, S. 3.

[789] II/1/32-II/1/Gr.5 an I/1/7: Einsatz von Psychologen in den Streitkräften (Vorgesehene Verwendung, Tätigkeitsmerkmale und Stellenbewertung), Besprechung am 6.7.1955 zwischen I/1/7, II/1 und Studienbüro, Bonn den 9.7.1955, BA-MA BW 9/1251, fol. 148-155.

[790] Vgl. BA-MA BW 9/1251 fol. 148. Enthält detaillierte Angaben zur Verwendung der 12 Psychologen. Der Psychologe bei der Annahmestelle für Generalstabs- und Stabsoffiziere, später „Leitender Psychologe der Streitkräfte“ im Verteidigungsministerium. Tätigkeiten: In Annahmeorganisation Vorbereitung und Leitung der Psych. Lehrgänge I und II für Annahme- und Prüfoffiziere, Leitung von Übungen, Durchführung und Ausführung von Testen an Annahme- und Prüfoffiziere, sammeln und evaluieren der Prüftätigkeit, Koordinierung der Psychologen der Annahmeorganisation (fol. 148f.), im Verteidigungsministerium wissenschaftliche Beratung in allen Fragen des Prüfwesens, Entwicklung einer modernen Wehrpsychologie, Berufs- und Laufbahnanalyse (psych. Eigenschaften); Mitwirkung bei Organisation des Prüfwesens, Entwicklung der Prüfmethodik, Gewinnung von Durchschnittswerten zur Bewertung des Grades der Eignung, Erstellung einer Bewährungsstatistik, wiss. Prüfanweisungen erstellen, Förderung der Kenntnis der prakt. Psychologie in Streitkräften, Ausbildung des Nachwuchses, Koordinierung, Projektaufträge an zivile Fachinstitute; Fachliche Vertretung der Wehrpsychologie, wissenschaftliche Veröffentlichungen, Aufstellung des Haushaltsplanes für das Prüfwesen, Vorschriftenbearbeitung, Rang: Ministerialrat. 2.-4. Psychologe: erst zentrale Annahmeorganisation für Luftwaffe, Marine, Heer, dann „Chefpsychologe des Luftwaffe/Marine/Heeres“, Aufgaben den jeweiligen Zwecken angepaßt, Oberregierungsrat; 5. und 6. Psychologe in Annahmeorganisation für technische Offiziere/z.B.V., später Mitarbeiter beim Leitenden Psychologen der Streitkräfte, Oberregierungsrat/Regierungsrat; 7.-12. Psychologe, zunächst Einsatz bei den Annahmestellen im Militärbereich, später „Leitender Psychologe der Streitkräfte im Stab des Militärbereichsbefehlshabers“ Regierungsrat/Oberregierungsrat.

[791] Studienbureau, J. H. Pfister, Die Psychologischen Dienste für die Streitkräfte und die Verteidigungsverwaltung. Funktion, Organisation, Stellenplanung (Diskussionsgrundlage), August 1955, Vertraulich, BA-MA BW 9/1251, fol. 131-139. Die dynamische Entwicklung der Wehrpsychologie hinsichtlich der Personalsituation betrachtet Pfister allerdings alles andere als positiv: Er sieht in ihr nur die Tendenz zu einem aufgeblähten Apparat sich entwickeln, der nicht leistungsfähig, sondern schwerfällig war.

Widerspruch ehemaliger Wehrmachtspsychologen hervorgerufen hätte. Pfister charakterisierte die wissenschaftliche Entwicklung der Wehrmachtspsychologie im Nationalsozialismus als statisch und war lediglich bezüglich der personellen Entwicklung bereit, eine gewisse Dynamik anzuerkennen.[792] Sein Vorschlag für die Bundeswehrpsychologie sollte ein Gegenbild zeichnen – das eines schlanken Apparats mit wenigen Psychologen, deren Tätigkeit von den Militärs allerdings tatsächlich als angewandte wissenschaftliche Tätigkeit anerkannt werden müsse. Damit war sein Organisationsvorschlag der Tendenz zur Institutionalisierung, die für die Tradition NS-Wehrmachtspsychologie kennzeichnend war, diametral entgegengesetzt, der Vorschlag sah das Gegenbild eines verwissenschaftlichen Apparats vor.

Die angewandte wissenschaftliche Tätigkeit sollte nicht oder nur in ganz begrenztem Maße von Psychologen ausgeübt werden, die bei der Bundeswehr fest angestellt waren oder gar als Laufbahnbeamte ihren Dienst versahen. „Die sachgemäße Form der Beauftragung ist demnach der zivile Dienstvertrag auf Zeit.“[793] Dies sollte besonders in der Aufbauzeit die nötige Flexibilität gewährleisten. Pfister wollte für die wenigen zu verbeamtenden Psychologen eine organisatorische Anbindung an den zivilen Teil der Verwaltung erreichen. Die „Einordnung der Psychologen in die Kommandolinie“, „Psychologen in Uniform“ sollte es nicht geben: „Die militärische Unterstellung der Psychologen entfällt durch die allgemeine Regelung, daß Dienste, die von Zivilpersonen geleistet werden können, nicht von Soldaten übernommen werden sollen. Die Psychologen werden daher nicht mehr Uniformträger sein und auch keinen militärischen Rang mehr bekleiden.“[794]

Es ist möglich, dass Pfister hier nicht nur aufgrund der Analyse der Wehrmachtsverhältnisse, sondern aufgrund seiner eigenen Erfahrungen im Amt Blank und im jungen Verteidigungsministerium für diese Einordnung plädierte. Die Schwierigkeit psychologisches Fachwissen an militärische Führungskräfte zu vermitteln, spricht auch indirekt aus den Qualifikationsanforderungen, die angesprochen werden: neben wissenschaftliche Ausbildung und erfolgreiche zivile Praxis nach dem Krieg tritt „soldatische Bewährung. Eine wesentliche Voraussetzung für den inneren Erfolg der Psychologie in den Streitkräften besteht darin, dass die massgebenden Psychologen von den Soldaten anerkannt werden, wozu die Frontbewährung gehört“.[795]

[792] BA-MA BW 9/1251, fol. 131.
[793] BA-MA BW 9/1251, fol. 132.
[794] BA-MA BW 9/1251, fol. 132.
[795] BA-MA BW 9/1251, fol. 132. Pfisters Kollegen hegten nicht nur Ressentiments gegen ihn wegen seiner guten Verbindungen zur zivilen Ministerialbürokratie, der Spekulationen über Verbindungen zum katholischen Klerus und zu zivilen wissenschaftlichen Institutionen, sondern auch wegen seiner Tätigkeit im Kriege: zwar Soldat, aber bei einer Versorgungseinheit. Ob die Argumentation Pfisters auch taktischen Erwägungen geschuldet ist, kann schwer gesagt werden. Dagegen spricht der vertrauliche Charakter der Denkschrift. Vgl. Krüger: Amt Blank, S. 58.

Ein großer Teil der anfallenden Aufgaben sollte nicht in der Bundeswehr erledigt werden, sondern durch Auftragsvergabe an zivile Institute an Universitäten, aber auch außeruniversitäre Institutionen.[796] Dadurch versprach sich Pfister eine fortlaufende Auswertung und Adaption der „Errungenschaften der Psychologie […] im In- und Ausland".[797] Über die Auftragsvergabe hinaus schlägt er vor, die bisher bestehende Psychologische Studienkommission des Studien-Bureaus auch weiterhin beizubehalten und in die „Planung, Ausführung und Kontrolle der ‚Psychologischen Dienststelle'" einzubeziehen.[798] Ein Hinweis auf die Praxis im Ausland sollte den Vorschlag unterstützen: „Die hier vorgeschlagene Einschaltung einer aus unabhängigen Persönlichkeiten bestehenden Kommission ist in der englischen und amerikanischen Verwaltung eine bewährte Praxis (vgl. die Funktion der Royal Commissions und der Advisory Boards)."[799]

Die Studien-Kommission wurde von Pfister als Mittel gegen das Monopol einer bestimmten wissenschaftlichen Richtung betrachtet: „Da in der Studienkommission Psychologen der verschiedensten Disziplinen und Richtungen vertreten sind, ist die Gewähr gegeben, dass keine Schule die alleingültige wird und dass sich kein Monopol entwickelt. Gleichzeitig wird das treibende Motiv einer gesunden Konkurrenz und einer produktiven wechselseitigen Kritik eingebaut."[800] Neben diesem „wissenschaftssoziologischen" Argument äußert sich hier natürlich das Interesse des Studien-Bureaus, seine unsichere Stellung im Verteidigungsministerium abzusichern. Das belegt auch das Plädoyer für eine weitgehende Autonomie des Studien-Bureaus von den „Ministerial-Psychologen": „Das Studien-Bureau, das für alle Kommissionen das Sekretariat darstellt, fungiert dabei als Verbindungsstelle von innen nach außen und von aussen nach innen. Die Zusammenarbeit zwischen den angestellten Psychologen des Ministeriums und den Psychologen der Studienkommission ist durch eine Dienstanweisung zu regeln. Dabei muss dafür gesorgt werden, dass die Mitarbeit in der Kommission nicht etwa vom Ermessen der Ministerial-Psychologen abhängt".[801]

Entsprechend dieser Vorstellung von der zivilen Aufgabenstellung und Beschäftigungsform sollten die in der Verwaltung des Verteidigungsministeriums beschäftigten Psychologen ein

[796] BA-MA BW 9/1251, fol. 132.
[797] BA-MA BW 9/1251, fol. 133; vgl. zum Nutzen der „Auftragsvergebung: Aus den gleichen Gründen muss Vorsorge getroffen werden, dass sich die 'Psychologischen Dienste' keinen übermäßigen 'Apparat' dadurch anschaffen, dass sie alle Arbeiten im eigenen 'Betrieb' erledigen. Die Aufträge sollen, soweit wie irgend möglich, an bestehende Institute vergeben werden (Durchführung der diagnostischen und psychotechnischen Prüfungen, Forschungs- und Entwicklungsaufgaben usw.). Der Gewinn des Verfahren liegt darin, dass die Qualität der Arbeit durch den Wettbewerb gesteigert und dass das versorgungspflichtige Personal des Ministeriums auf ein Minimum beschränkt bleibt", ebd. fol. 136. Neben der direkten Beauftragung außermilitärischer Institutionen sieht das Konzept Gutachteraufträge vor.
[798] BA-MA BW 9/1251, fol. 134.
[799] Vgl. ebd.
[800] BA-MA BW 9/1251, fol. 134. Mit der Spitze gegen die „alleingültige Schule" dürfte die charakterologisch-ganzheitliche Methode Lerschs und der alten Wehrmachtspsychologie gemeint sein.
[801] BA-MA BW 9/1251, fol. 134.

arbeitsteiliges „kollegiales Team“ bilden, dessen Zusammensetzung sich aus der Aufgabenstellung zu ergeben habe: drei Diagnostiker, ein Psychotechniker und je ein Vertreter der pädagogischen und der „soziologischen“ Psychologie.[802] Damit konzipierte Pfister in seinem Entwurf einen Grad der Ausdifferenzierung psychologischer Tätigkeiten, wie er erst Mitte der sechziger Jahre in der Bundeswehr realisiert wurde.

Für die psychologischen Dienste in den Wehrbereichen sah der Vorschlag ähnlich aus. Auch hier sollten die Psychologen nicht verbeamtet werden, sondern unter Dienstverträgen als Angestellte auf Zeit arbeiten.[803]

Im August 1955 beschäftigte man sich im Verteidigungsministerium mit der Vorbereitung für die personelle Entwicklung. Pfister hatte für den 17.-19. August 1955 eine Sitzung der Psychologischen Studienkommission nach Bonn einberufen. Auf der Tagesordnung stand die Begutachtung der Bewerbungen von Psychologen, die Stellungnahme zu Pfisters Diskussionsvorschlag zur Organisation der ‘Psychologischen Dienste’ in den Streitkräften und in der Verteidigungsverwaltung, Mindestanforderungen an die Bewerber, Erweiterung der Psychologischen Studienkommission, der Lehrplan und das Lehrpersonal der Ausbildungslehrgänge für Prüfoffiziere und Prüfbeamte.[804]

Die Einladung zu diesem Treffen löste sogleich heftige Aktivität aus, da Lechler befürchtete, dass jetzt Tatsachen geschaffen werden. Da er selbst zum Zeitpunkt der Tagung in Urlaub sein würde, instruierte er seinen Kollegen Kaminski, an der Tagung mit Lersch, Heiss, Arthur Mayer,[805] Krenn und Pfister teilzunehmen, um sich über die „Aufgaben auf dem psychologischen Sektor“ zu informieren: „Hierbei wird auch über die Bewerbungen von Psychologen gesprochen. Die Professoren werden von sich aus Vorschläge machen.“ Deshalb hielt Lechler es für erforderlich, dass Kaminski und Brandstaedter an dieser Tagung teilnähmen. „Wenn bei dieser Tagung auch noch keine endgültigen Entscheidungen fallen, ist doch zumindest interessant, die Einstellung der Professoren und von Herrn Pfister zu diesen Problemen zu erfahren. Wir müssen dabei unsere Forderungen vertreten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn sie meine Interessen und Wünsche bezüglich Dr. Flik vertreten würden.“[806]

Da von der Tagung kein Protokoll erhalten ist, lässt sich nicht genau sagen, wie auf Pfisters

---

[802] BA-MA BW 9/1251, fol. 134. Die Aufgabengebiete sind genauer ausgeführt: Diagnostische Psychologie (Eignungsuntersuchungen, Arbeitsplatzkontrolle), Arbeits- und Betriebspsychologie (Rationalisierung, Übertragung betriebspsychologischer Erfahrungen auf den militärischen Betrieb und die Verteidigungsverwaltung), Pädagogische und Soziologische Psychologie (Beratung der Truppenführung in schwierigen Fällen, Mitwirkung bei Grundausbildung der Offiziere, Unteroffiziere und Beamten), Psychotechnik (Prüfung der psychophysischen Eignung für bestimmte Dienste), vgl. ebd. fol. 133f.

[803] Es folgt ein Zeitplan, der drei Phasen umfaßt und die Aufgaben in diesen konkretisiert. Vgl. ebd., fol. 133f.

[804] Studienbureau, Pfister, Notiz Projekt P 14: Psychologie, Bonn, 2.8.1955 BA-MA BW 9/1251, fol. 157. [Verteiler: Leiter I, Kroener, Jerchel, Leiter II, Brandstaedter, Kaminski, Lechler].

[805] Mayer war seit dem 3.10.1954 Vorsitzender des Berufsverbandes Deutscher Psychologen, vgl. Geuter: Daten, S. 93.

[806] II/1/32 Lechler an II/1/Grp.5 Kaminski, Bonn 2.8.1955, BA-MA BW 21/19, unfol.

Organisationsvorschlag reagiert wurde. Den Aufzeichnungen Kaminskis zufolge wurde auf der Tagung eine Liste möglicher Kandidaten für die Psychologische Studienkommission erstellt und über die Einstellungsvoraussetzungen für Psychologen beraten.[807] Die genannten Namen finden sich in Kaminskis Notizen mit Ortsangaben versehen. Interessanterweise stammten diese fast durchgängig aus der älteren Generation, waren mehrheitlich einmal in der Reichswehr oder Wehrmacht Psychologen gewesen und standen modernen Testmethoden reserviert gegenüber.[808] Dass diese Liste Pfisters Erwartungen entsprach, kann bezweifelt werden. Umgekehrt ist auch fraglich, ob die Verbandsvertreter und Psychologen das Konzept Pfisters guthießen, da diese ein berufspolitisches Interesse an der Schaffung von Planstellen hatten. Allerdings scheint das Lehrgangsprogramm in Pfisters Fassung vom 13. Juli 1955, gegen das Karst so vehement protestiert hatte, problemlos durchgegangen zu sein, denn nach der Sitzung ergingen Einladungen an die Professoren zu einem ersten Lehrgang für die Prüfoffiziere im September.[809] Dieser Lehrgang fand jedoch allem Anschein nach schon nicht mehr statt, wobei offenbar finanzielle Gründen eine Rolle spielten, doch lassen die geänderten Lehrpläne späterer Lehrgänge ohne die Professoren auch die Vermutung zu, dass es sich um eine Folge der Konflikte im Amt Blank handelt.[810]

An die Stelle der dreiwöchigen Lehrgänge traten auf acht Tage verkürzte Einweisungslehrgänge, deren erster der „Einweisungslehrgang für [die] Prüfgruppen des Hauses“ darstellte.[811] Die Intervention der „Inneren Führung“ hatte bewirkt, dass Baudissin den Eröffnungs-

[807] Durchschlag für Kaminski der Notiz Projekt P 14, Bonn 2.8.1955 BA-MA BW 21/19, mit der Tagesordnung für den 16./17.8.1955, wo hinter jedem Tagesordnungspunkt von Kaminski genau vermerkt wurde, in wessen Zuständigkeitsbereich der Tagesordnungspunkt fallen könnte. Das nächste Blatt enthält handschriftliche, auf den 17.8.1955 datierte Notizen (von der Tagung also). Auf der ersten Seite findet sich die Eintragung: „Diplom Voraussetzung, nicht Dr.“ Gemeint ist die Voraussetzung für die Einstellung als Psychologe in der Bundeswehr. Das spricht für eine Ablehnung von Pfisters „Wissenschaftskonzept“, für das Pfister, die Einstellungsvoraussetzungen – unnötig – hoch gesetzt hatte.

[808] Durchschlag für Kaminski der Notiz Projekt P 14, Bonn 2.8.1955 BA-MA BW 21/19, mit der Tagesordnung für den 16./17.8.1955. Auf der dritten Seite der beigefügten Notizen Kaminskis findet sich eine Liste von Psychologie-Professoren. Es ist unwahrscheinlich, dass diese Liste von Kaminski eigenständig erstellt wurde. Es muss sich um die Liste der Vorschläge handeln, die die Psychologieprofessoren für mögliche Kandidaten einer Psychologischen Studienkommission hielten: Arnold (Würzburg), Thomé (Erlangen), Lersch (München), Heiss (Freiburg), Rudert (Heidelberg), Mayer (Mannheim), Witte (Tübingen), Rausch (Frankfurt), Wellek (Mainz), Düker (Marburg), Wilde (Göttingen), Herwig (Braunschweig), Sander (Bonn), Undeutsch (Köln), Mezger (Mainz), Bondy (Hamburg), Mierke (Kiel).

[809] In BW 21/19 finden sich Schreiben vom 26.8.1955 an Lersch, Adorno und Bergstraesser mit Einladungen zur Lehrgangsteilnahme. Das Schreiben greift noch mal die Aufgabenverteilung zwischen Heiss und Lersch gemäß dem Lehrgangsprogramm auf. Es kann also davon ausgegangen werden, dass alle an der Durchführung des Lehrgangs noch beteiligt waren bzw. eingeplant waren.

[810] III B [Unterabteilung Personalwirtschaft der Streitkräfte, Ferber?] Notizen zum Vortrag über die Vorgeschichte des Annahmeverfahrens vor dem Bundestags-Unterausschuss „Führung“ am 28.5.1956, Bonn 28.5.1956, BW 21/19 unfol. Allerdings sind die Hinweise auf die Konflikte als Ursache für die Nichteinladung der Psychologen wirklich nur zwischen den Zeilen zu lesen, so schreibt der Autor der obengenannten Notizen, dass es der Geldmangel gewesen sei, der zum Verzicht auf die „Testung“ (meint Tests durch das Freiburger und Münchener Institut) geführt habe: „Geldmangel ließ die ursprünglich beabsichtigte psychologische Testung der Prüfoffiziere auch nicht probeweise zu. Ebenso wurden weitere Maßnahmen zur Vorauswahl oder der Prüfung weiterer Prüfoffiziere im Sommer 1955 behindert. Die so erwünschte Heranziehung von Prüfoffizieren (vorgezogene Prüfgruppe) scheiterte an Planungen.“

[811] II, 1/Grp. 5, Einweisungslehrgang für Prüfgruppen des Hauses, Bonn den 9.9.1955, BA-MA BW 21/14. Das

vortrag über „Das Gebiet der Inneren Führung“ hielt. Danach wurden die Teilnehmer in die Vorstellungen über „persönliche Eignung“ und die formalen Richtlinien der Bearbeitung der Bewerbungsunterlagen eingewiesen und eingeübt.[812] Vom dritten bis achten Tag des Lehrgangs gab es zuerst kurze Einführungen Kaminskis und Pfisters über Annahmeorganisation und Studienkommission, dann ging es in der Hauptsache um das praktische Vorgehen angeleitet von Krenn.[813] Dabei bildete „die Kunst des Interviews“ den deutlichen Schwerpunkt der Schulung, dem das „gezielte Gespräch“ (Exploration) deutlich untergeordnet war. In diesem Lehrgangsteil war der „Anwendung der ‚Nervenpunkte‘“, dem Adorno’schen Konzept, auf das Interview ein eigener Unterrichtsabschnitt gewidmet.[814] Zwei Tage waren praktischen Übungen gewidmet, in denen die verschiedenen Interviews geprobt und anschließend in der Gruppendiskussion analysiert wurden. Nach einem Vortrag über das militärische Berichtswesen demonstrierten Krenn und Kaminski gemeinsam die Anfertigung des Prüfungsberichts anhand von Bewerbungsunterlagen, erstem Eindruck, qualitativem Interview und gezieltem Gespräch. Am letzten Tag konstituierten sich die Prüfgruppen nach einer allgemeinen Abschlussdiskussion.[815]

Nach den ersten beiden Wochen gaben die Prüfgruppen einen gemeinsamen Erfahrungsbericht ab, der eine im Wesentlichen positive Einschätzung des Verfahrens wiedergibt und bezüglich des Interviews festhält: „An den 40 Interviewfragen sollte unbedingt festgehalten werden. Kürzung nicht ratsam, da sonst nicht genügend Gelegenheit der Beobachtung für einigermaßen zutreffendes Bild der Persönlichkeit des Prüflings besteht.“[816]

2.7. Der Konflikt um die Anwendung des „qualitativen Interviews“ im Freiwilligenannahmeverfahren

In diesem Kapitel wird die Zuspitzung des Konfliktes um die Anwendung des „qualitativen Interviews“ parallel zum anlaufenden Annahmeverfahren dargestellt. Die Gruppe „Inneres

Schreiben lädt zum Lehrgang vom 9.-17.9.1955 die Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums Böhm, Fischer, Gaul, Lauberau, Lechler, Möller-Dölling, v. Prittwitz und Gaffron, Queisner, Rother, Dielitz und Hoffman ein. Bis auf die letzteren beiden waren alle Prüfoffiziere, die letzteren waren Hilfsprüfoffiziere.

[812] Vgl. hierzu die Unterrichtsabschnitte von Tänzler „Persönliche Eignung“ und Schniewind „Richtlinien zur Bearbeitung von Bewerbungsunterlagen“.

[813] Beobachtungstechniken vornehmlich ausdruckskundlicher Art (erster Eindruck, Verhaltensweise, Mimik und Gestik, sprachlicher Ausdruck), Interview, Exploration bildeten die thematischen Gegenstände des Kurses.

[814] Also dem Konzept des „autoritären Charakters“ des Instituts für Sozialforschung.

[815] Aus dem Teilnehmerkreis bildeten sich zwei Prüfgruppen (A: für Heer, Generalstab und Marine: Lechler, von Prittwitz und Gaffron, Queisner, Friedrich, Dielitz und Frl. Schmalz; B für Heer und Marine: Möller-Döring, Laubereau, Gaul, Rother, Hoffmann und Frau Benecke), Prüfgruppen für die Wochen vom 19.9.1955, BA-MA BW 21/14 unfol.

[816] Vorgezogene Prüfgruppen A und B, Erfahrungen für die Zeit vom 19. bis 30.9.1955, Bonn 1.10.1955, BA-MA BW 21 14. Lediglich für zwei Fragen macht der Bericht Verbesserungsvorschläge: „Der Ausdruck ‚Militär‘ in den Fragen 7 und 8 sollte besser durch ‚Wehrmacht‘ oder Streitkräfte ersetzt werden.“, die Größe der Prüfgruppen (drei Prüfer) solle wegen der nötigen Aufgabenteilung (Befragen, Beobachten, Protokollieren) beibehalten werden.

Gefüge“ trat ihre Rolle des mahnenden Kritikers an den Personalgutachterausschuss ab. Aus diesem Grund bildet die Erstellung der „Richtlinien“ durch den Personalgutachterausschuss mitsamt der Reaktion des Studien-Bureaus den Ausgangspunkt für die Untersuchung. Die Verschärfung der Auseinandersetzung trat ein, als der Personalgutachterausschuss einen Anti-Testausschuss einsetzte, der auf die Beseitigung des „Testverfahrens“ zielte. Darauf folgend werden die Stellungnahme der Fachverbände analysiert und die Ereignisse im Juni 1956 rekonstruiert.

2.7.1. Die Erstellung der „Richtlinien“ für das Annahmeverfahren durch den Personalgutachterausschuss

Die Bildung von Prüfgruppen und ihre Schulung wurde weiter in der seit September eingeübten Art fortgesetzt. Bis November 1955 führte das Studien-Bureau mindestens fünf intensive Kurzlehrgänge durch.[817] Im ersten halben Jahr des Jahres 1956 fanden 14 jeweils 6-tägige Lehrgänge für Personalbearbeiter, Prüfoffiziere und Auskunftsoffiziere statt. Die sieben Lehrgänge für Prüfoffiziere führten in ihrem psychologischen Teil in Beobachtungs-, Interview- und Explorationstechnik ein. Allgemein erhielten die Prüfoffiziere außerdem eine Einführung in die strategische Weltlage, sie wurden in das Annahmeverfahren, die Anforderungen der Streitkräfte an die Freiwilligen, allgemeine Laufbahnfragen, Fragen der Personalbearbeitung, Beförderungsfragen, Innerdeutsche Wehrfragen, das Thema „Der Offizier als Erzieher“, die soldatische Ordnung und die Stellung des Soldaten im und zum Staat eingewiesen.[818]

Der Personalgutachterausschuss, der für die Auswahl aus der kleineren Zahl von Bewerbern ab dem Oberst aufwärts zuständig war, konstituierte sich im Juli 1955. Eine der Aufgaben, die ihm oblagen, bestand darin, für das Annahmeverfahren der Massenprüfung der gedienten Bewerber vom Oberstleutnant an abwärts Richtlinien vorzuschlagen, „nach denen die

[817] Studien-Bureau, Pfister, Erläuterungen zum Annahmeverfahren, Bonn 17.11.1955, BA-MA BW 21/19. Pfister erwähnt in diesem Schreiben den fünften, gerade bevorstehenden Lehrgang.

[818] Vgl. Programme zum 1.-14. Lehrgang, BA-MA BW 21/5 unfol. Über den Wegfall der Tests berichtete Ferber im Mai 1956 vor dem Unterausschuss Führung: „Geldmangel ließ die ursprünglich beabsichtigte psychologische Testung der Prüfoffiziere auch nicht probeweise zu. Ebenso wurden weitere Maßnahmen zur Vorauswahl oder der Prüfung weiterer Prüfoffiziere im Sommer 1955 behindert. Die so erwünschte Heranziehung von Prüfoffizieren (vorgezogene Prüfgruppe) scheiterte an Planungen[!]. Nur 3 Prüfoffiziere konnten im Laufe des Sommers eingestellt werden. Als nach Verabschiedung des Freiwilligengesetzes und nach Schaffung der Voraussetzungen des Haushalts ab September 1955 das 6000er Programm so rasch wie möglich erfüllt werden sollte, standen nur 3-4 Prüfgruppen zur Verfügung. Die Verwaltungsarbeiten anläßlich der Einberufung des Personals erwiesen sich als wesentlich zeitraubender als vorgesehen war. Folge: Die planmäßig vorbereiteten 3-4-Wochen-Lehrgänge für Prüfoffiziere mußten entfallen und durch intensive Kurzlehrgänge ersetzt werden, bei denen ein kleiner Teilnehmerkreis eine individuellere Einweisung erhielt.“ Vgl. III B [Unterabteilung Personalwirtschaft der Streitkräfte, Ferber?] Notizen zum Vortrag über die Vorgeschichte des Annahmeverfahrens vor dem Bundestags-Unterausschuss „Führung“ am 28.5.1956, Bonn 28.5.1956, BW 21/19 unfol.

persönliche Eignung der Bewerber“ zu prüfen war.[819] Dazu hatten zwar schon Vorentwürfe der verschiedensten Referate des Amtes Blank existiert, doch sollten die Richtlinien endgültig durch einen Unterausschuß des Personalgutachterausschusses erarbeitet und vom Plenum des Ausschusses verabschiedet werden.[820] Dies geschah am 13. Oktober 1955.[821] Die „Richtlinien für die Prüfung der persönlichen Eignung der Soldaten vom Oberstleutnant – einschließlich – abwärts“ legten fest, „daß Psychologen […] zur Beratung innerhalb der Annahmeorganisation hinzugezogen werden [können]. Bei Bewerbern, die sich im Wehrdienst bewährt haben, finden psychologische Eignungsprüfungen nicht statt.“ Außerdem regelten die Richtlinien, dass als „Grundlage für die Entscheidung […] alle irgend erreichbaren Personalunterlagen, ergänzende Nachforschungen“ und „persönliche Begegnung und Aussprache“ dienen sollten. Die Vorstellung des Richtlinienausschusses zu den Inhalten, auf die bei der „Begegnung“ eingegangen werden sollte, kommen deutlich in einem früheren Entwurf der Richtlinien zum Ausdruck: „Zu einem Persönlichkeitsbild ist nicht nur von Bedeutung, was der Bewerber früher war und geleistet hat, sondern was er in Zukunft zu sein und zu leisten verspricht. Ein treffendes Bild ist oft nur durch persönliche Begegnung zu gewinnen. Geist und Form dieser menschlichen Begegnung müssen den Eindruck einer ‚Untersuchung’ oder ‚Prüfung’ vermeiden.“[822]

Von dem qualitativen Interview war nirgends die Rede, doch erwies sich bald, dass die Militärs und die Mitglieder des Personalgutachterausschusses im Interview eine psychologische Testmethode sahen, was sich einige Monate später verhängnisvoll auswirkte.

Die neuen „Richtlinien für die Prüfung der persönlichen Eignung der Soldaten vom Oberstleutnant – einschließlich – abwärts“ enthielten neben den Regelungen für das Verfahren vor allem Voraussetzungen für die Annahme der Bewerber. Für die Beurteilung der Persönlichkeit des Bewerbers wurde als bedeutend eingeschätzt, was er war und geleistet hatte; entscheidend aber sei, was er in Zukunft beabsichtige. Hierfür stellten die Richtlinien einen Wertekanon auf, der in einem pathetischen Tonfall abgefasst war. Für die Bewertung der Persönlichkeit wurden folgende „Anforderungen an den Charakter“ aufgestellt: „1. Sittlicher

[819] Gesetz über den Personalgutachterausschuß der Streitkräfte vom 23.7.1955, BGBl. 1955 Teil I, S. 451; Bericht Personalgutachterausschuß, BT Drucksache 3. Wahlperiode, Drucksache 109, S. 5, S. 8. S. 10ff. Zu den Richtlinien vgl. Meyer: Zur inneren Entwicklung, 1095-1098, zum Annahmeverfahren ebd., S. 1110-1117.

[820] Dem Richtlinienausschuß gehörten Brennecke als Vorsitzender, Bernhard, Bögl, Freiherr von Boeselager, Danner, Dr. Kampmann, Dr. Kühl, Frau Leber, Dr. Pier, Frau Dr. Schlüter-Hermkes und Dr. Weniger an, Bericht Personalgutachterausschuss S. 9.

[821] Bericht Personalgutachterausschuß, S. 24-26.

[822] R[ichtlinien-]A[usschuß]:Entwurf eines Richtlinienvorschlags, Richtlinien, nach denen die persönliche Eignung der Soldaten vom Oberstleutnant – einschließlich – abwärts geprüft werden soll (Vorschlag), Bonn 10.9.1955, BA-MA BW 27/29, fol. 99-106. In diesem Entwurf wurde allerdings der psychologischen Auslese noch mehr Raum gegeben und für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen auswählendem Offizier, Ärzten und Psychologen und eine gemeinsame Urteilsbildung geworben. Der Entwurf vergaß allerdings nicht zu erwähnen, daß „[d]ie letzte Entscheidung […] selbstverständlich auch bei Einschaltung dieses Ausleseverfahrens bei dem nach der Vorschrift Verantwortlichen [liegt]“, ebd. fol. 105.

Ernst und Charakterstärke bedingen den Wert des Soldaten. Treue und Sinn für Gerechtigkeit bestimmen seine Haltung. 2. Aus Liebe zu Heimat und Volk nimmt er die Bindungen seines Berufes in Unterordnung und überzeugtem Gehorsam auf sich. Wahrhaftigkeit des Wortes und das persönliche Beispiel erweisen seine Redlichkeit gegenüber der Aufgabe. 3. Mut, Tapferkeit und freimütiges Einstehen für seine Überzeugung sind Grundanforderungen an den Soldaten. Verantwortungsfreude und Entschlossenheit in allen Lagen sind unentbehrlich. 4. Kameradschaftlicher Geist verbindet die Truppe. Herzenstakt und Fürsorge schaffen Vertrauen und heben die Dienstfreudigkeit. Ungesunder Ehrgeiz und Geltungsbedürfnis untergraben die Kameradschaft wie auch die Achtung vor dem Vorgesetzten. 4. Ritterlichkeit zeigt sich im Verhalten gegenüber der Frau und in der Hilfsbereitschaft für Schwache und Wehrlose. Auch im Gegner hat der Soldat den Menschen zu achten. 5. Ein gefestigter Charakter bleibt uneigennützig und unbestechlich in den Wechselfällen des Lebens."[823]

Auch in den Anforderungen an Leistungsfähigkeit wurde ein traditionelles soldatisches Leitbild angelegt, ebenso wie im Katalog der Kriterien für die Bewährung im Leben. „Einfachheit und Maßhalten in der Lebensführung erhöhen die Leistungsfähigkeit. Zügellosigkeit im Genuß macht den Soldaten für seine Aufgabe ungeeignet. […] Ein soldatisch und menschlich einwandfreies Verhalten vor und im Kriege, im Zusammenbruch und bis zur Entlassung ist Voraussetzung für die Einstellung gedienter Bewerber. [...] In der Gefangenschaft darf der Bewerber die Kameradschaft und das Ansehen des deutschen Soldaten nicht verletzt haben." Nach dem Krieg müsse der Bewerber sich im Leben „durch stetes Streben nach ehrbarer Tätigkeit und Einordnung ins bürgerliche Leben" bewährt haben. Sein Familienleben müsse geordnet sein, eine Trennung bzw. eine Ehescheidung sollte eine besondere Überprüfung des Bewerbers zur Folge haben. Schließlich durfte der Bewerber nicht verschuldet sein: „Der Bewerber muß die Lebensführung seiner wirtschaftlichen Lage anpassen. Er darf nicht mehr finanzielle Verpflichtungen eingehen, als er vertreten kann."[824]

Von Ende Oktober bis Mitte November erstellte Pfister nochmals genaue Vorschläge zur Prüfung bestimmter Freiwilligengruppen, in denen er auf bestimmte Missverständnisse, die bezüglich des Verfahrens aufgekommen waren und auf die Forderungen des Personalgutachterausschusses einging. Diese verstand Pfister augenscheinlich auch als Gegenentwurf zu dem Verfahren, das das Studien-Bureau erarbeitet hatte. In dem Vorschlag für die Prüfverfahren bei der Annahme von Offiziers- und Unteroffiziersbewerbern sowie zur

[823] Bericht des Personalgutachterausschusses, BT Drucksachen, 3. Wahlperiode, Drucksache Nr. 109, S. 23f. Blank hat die Anforderungen, die der Personalgutachterausschuss aufgestellt hatte, wörtlich in die Anweisungen für die Bewerberauswahl aufgenommen, vgl. Bundesministerium der Verteidigung, Blank: Anweisungen für die Auswahl der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit Bonn 24.5.1956, BA-MA BW 27/29 fol. 5-13.
[824] Vgl. Bericht des Personalgutachterausschuß, BT Drucksache 3. WP, Drucksache 109, S. 24f.

Annahme der technischen Unteroffiziere tauchten die bekannten Mittel in einer den spezifischen Zwecken angepassten Form auf. In Ergänzung zu Interview und Exploration wurde hier nochmals der Zulliger-Test – in einer für den Zweck der Offiziersbewerberauslese vom Freiburger Psychologischen Institut neu geeichten Version – vorgeschlagen. Der Vorschlag erfolgte ausdrücklich mit Hinweis darauf, dass er mit „Dr. Krenn und Prof. Heiss" abgesprochen sei. Die 600 Bewerber sollten in 15 Tagen durch sieben Prüfgruppen geprüft werden.[825] Wahrscheinlich wurde der Zulliger-Test aus Kostengründen wieder fallengelassen, jedenfalls empfahl Pfister am 7. November 1955, diesen projektiven Test aus finanziellen Rücksichten fallen zu lassen, falls die Prüfer in die entsprechenden Spezialinterviews eingeführt würden. Für die technischen Unteroffiziere sollten jedoch Pauli- und Wartegg-Zeichen-Test eingesetzt werden.[826]

Pfister versuchte verschiedene Missverständnisse klarzustellen, die im Verteidigungsministerium und in den verschiedenen Gremien (Personalgutachterausschuss und Ausschüsse des Bundestages) gängig waren. Diese bestanden vor allem darin, dass das qualitative Interview für eine psychologische Eignungsprüfung im engeren Sinne oder einen psychodiagnostischen Test gehalten wurde. Pfister weist darauf hin, dass das Interview keinen Test darstelle. „Es findet keine Wertung nach Punkten statt. Die Antworten werden nur als Äußerung der Person interpretiert. Die Fragen sind so gestellt, daß sie jeweils eine Konfliktsituation zwischen Person und Aufgabe zum Thema haben".[827] Die Privatsphäre werde weder im persönlichen Gespräch noch im Interview berührt. Pfister stellt auch klar, dass das „Interview […] kein Wissensexamen [ist]".[828] Besonderen Wert legte Pfister auf die Objektivität des Verfahrens: „Die Prüfoffiziere sind der Überzeugung, daß sie nur durch dieses Mittel in der Lage sind, bei jedem einzelnen Bewerber objektiv, gerecht und mit gleicher Fairness für alle feststellen zu können, ob er den vom Personalgutachterausschuss aufgestellten Forderungen an die Persönlichkeit entspricht".[829]

Mit diesen Ausführungen versuchte Pfister offensichtlich, die Richtlinien des Personalgutachterausschusses zugunsten des Interviewverfahrens auszulegen. Dieselbe Taktik verfolgte er auch in den „Erläuterungen zum Prüfverfahren der Annahmeorganisation", zu deren Beginn er feststellte, dass das Prüfverfahren neben den Forderungen der Regierung und des Personalgutachterausschusses auch die „Würde des Bewerbers und der Verantwortung

[825] Studien-Bureau, Projekt 14-4,5,6, Pfister, Vorschlag für die Prüfverfahren, Bonn 29.10.1955, BA-MA BW 21/19, unfol., Exemplar Kaminski.
[826] Studien-Bureau, Projekt 14-4,5,6, Pfister, Prüfverfahren zur Annahme von OA-OB, UB, TU, Bonn 7.11.1955, BA-MA BW 21/19, unfol., Exemplar Kaminski.
[827] Studien-Bureau, Projekt 14-4,5,6, Pfister, Vorschlag für die Prüfverfahren, Bonn 29.10.1955, BA-MA BW 21/19, unfol., Exemplar Kaminski.
[828] Vgl. ebd.
[829] Vgl. ebd.

der Prüfoffiziere“ gerecht werden müsse.[830] Die Forderung des Personalgutachterausschusses nach festen Maßstäben für die Prüfung geschickt aufgreifend, stellte Pfister das Recht der freiwilligen Bewerber auf eine Prüfung, die „*objektiv, gerecht und mit gleicher Chance für jeden* durchgeführt wird, d. h. dass nicht nach subjektivem Empfinden geurteilt wird“, heraus.[831]

Die bisher geäußerte Kritik an den möglichen Prüfverfahren (Prüfung durch Fachpsychologen und Tests, Fragebögen sowie in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes praktizierte Verfahren) aufgreifend, richtete Pfister gegen die Forderung nach „Begegnung“, wie sie vom Personalgutachterausschuss mit den Richtlinien in die Diskussion gebracht wurde, das Argument: „Die ‚kameradschaftliche Begegnung‘ im zwanglosen Gespräch entspricht nicht der Forderung nach Objektivität, Gerechtigkeit und gleicher Chance für jeden und würde einer unkontrollierten Subjektivität Tür und Tor öffnen.“[832] In der Darstellung des Prüfverfahrens rechtfertigte Pfister das kombinierte Verfahren mit dem Hinweis darauf, dass es bereits „eingehend erprobt, diskutiert und aus einstimmigen Wunsch der vorgezogenen Prüfgruppen eingeführt worden“ sei.

Nachdem sich Pfister darauf eingelassen hatte, dass das alles auf ein Verfahren abgestellt wurde, das durch Laien auszuführen war, wollte er der Forderung, Fachpsychologen anderer Richtungen hinzuziehen, nicht nachgeben. Er wehrte die diesbezüglichen Ansprüche des Leiters der Gruppe II/1 Gr. 3 (Personelle Organisation), Ferber, der sich auf ein Gutachten des Regierungsrats Dr. Heinz Lossen aus dem Wirtschaftsministerium über ein Verfahren bestehend aus Beobachtungsbogen, Prüfungsfragen, Besinnungsaufsatz, Gruppendiskussion, stützte, mit pragmatischen und rechtlichen Argumenten ab. Für die Änderung des eingespielten Verfahrens sah er keinen Anlass, zumal dies neue Schulungen und Übungen erfordert hätte. Für bestimmte Zwecke unterbreitete Pfister allerdings gleichzeitig Vorschläge zur Anstellung bestimmter Psychologen (unter anderem eines Mitarbeiters von Lersch, mit dem er diesbezüglich Kontakt aufgenommen hatte).

2.7.2. Anti-Testauschuss

Pfisters Einlassungen haben auf den Ausschuss allerdings kaum einen Eindruck gemacht. Der Personalgutachterausschuss beschäftigte sich in einer Sitzung am 6. Dezember 1955 mit den „Testfragen“. In einem Papier zu dieser Sitzung wurden psychologische Verfahren massiv kritisiert: „Abgelehnt werden weitgehend alle Testverfahren, die in die individuelle

[830] Studien-Bureau, Pfister, Erläuterungen zum Annahmeverfahren, Bonn 17.11.1955, BA-MA BW 21/19, unfol.
[831] Vgl. ebd.
[832] Vgl. ebd.

Sphäre eines Menschen eindringen.“ [833] Die Zurückweisung psychologischer Methoden begründete der Ausschuss vordergründig moralisch: „*Die Frage der Anwendbarkeit psychologischer Methoden*, um eine Persönlichkeit bis in die tiefsten Schichten und bis in die letzten Phasen ihres äusseren und inneren Werdegangs zu entschleiern, zu enthüllen und notfalls zu entlarven, liegt nicht im wissenschaftlichen, sondern im ethischen und allgemein menschlichen Bereich. Menschlicher Takt und ethische Verantwortung müssen davor bewahren, die Integrität des anderen Menschen, die letzten Geheimnisse seiner Seele und die verborgenen Regungen seines Herzens anzutasten.“[834] Die Alternative liege in der „Lebenslauferforschung“, einer Art verstehender Betrachtung, die der Personalgutachterausschuss bei den durchweg älteren Bewerbern für angemessener hielt. Nur so sei das Vertrauen zu erzielen, das dem Bewerber helfe, eine „ungünstige Beeinflussung in der Vergangenheit in seelischer, geistiger und körperlich[er] Hinsicht durch den Wiedereintritt in den altvertrauten […] Kameradschaftskreis“ auszugleichen.[835] Die Kompetenz, dies einzuschätzen, besitze nur der erfahrene Kamerad: „Diese Frage wird mit psychologischen Tests nicht beantwortet werden können. Oft wird hier nur der erfahrene Soldat die Entscheidung treffen können, der im übrigen stets das letzte Wort über den Eignungsvorschlag behalten muß.“[836] Entsprechend ist auch die Rollenzuweisung für die Psychologen: ergänzend und beratend sollten sie an den Auswahllehrgängen teilnehmen. Denn nur, wer an der „*gemeinsamen Lebens- und Arbeitssituation“* teilnimmt, kann über die charakterliche Eignung urteilen. Dazu müssten „Lehrpersonen und Psychologen unter den gleichen Bedingungen mit den Bewerbern leben und an ihrem Dienst teilnehmen“.[837] Das argumentative Manöver ist leicht durchschaubar. Angesichts der Tatsache, dass bei dem Mangel an qualifizierten Psychologen (am besten im gesetzten Alter) auf formalisierte Verfahren zurückgegriffen werden musste, war diese Forderung nach Formen „teilnehmender Beobachtung“ in einem

[833] [PGA], Zur Sitzung über „Testfragen“, Bonn 6.12.1950, BA-MA BW 27/33 fol. 170f. Es handelt sich um ein vorbereitendes Papier für eine gemeinsame Sitzung von Mitgliedern des Personalgutachterausschusses mit Radowitz und Pfister am 8.12.1955, auf der das Testverfahren Hauptgegenstand war. Vgl. Personalgutachterausschuß, Testausschuß, Protokoll über die Test-Besprechung vom 10.1.1956, Bonn 30.1.1956, BA-MA BW 27/33 fol. 145f. Zu der Sitzung waren laut Schreiben von General a. D. Brennecke an den Vorstand des Personalgutachterausschusses betr. Testfragen bei den Annahmestellen, 2.12.1955 BA-MA BW 27/33, fol. 50 als Vertreter des PGA: Kampmann, Weniger, Brennecke und als Vertreter des Ministeriums von Radowitz, Graf Baudissin und Pfister 8.12.1955.

[834] [PGA], Zur Sitzung über „Testfragen“, Bonn 6.12.1950, BA-MA BW 27/33 fol. 171.

[835] [PGA], Zur Sitzung über „Testfragen“, Bonn 6.12.1950, BA-MA BW 27/33 fol. 170f.

[836] [PGA], Zur Sitzung über „Testfragen“, Bonn 6.12.1950, BA-MA BW 27/33 fol. 170f.

[837] Besprechungspunkte für die Unterredung mit Herrn Staatssekretär Rust [o. D.], BA-MA BW 21/19, fol. 168. Wahrscheinlich fand diese Besprechung um den 3.12.1955 statt, da in einem Schreiben von Stavemann an Staatssekretär Rust im Verteidigungsministerium 3.12.1955, Masch. Durchschrift, Abschrift an General Brennecke, Professor Dr. Kampmann, Professor Dr. Weniger BA-MA BW 27/33, fol. 47, die zwischen dem PGA und dem Staatssekretär, bzw. dem Verteidigungsministerium getroffene Entscheidung erwähnt wird, einen „Ausschuß für die Behandlung der Testfragen bei den Annahmestellen einzusetzen“. Bittet um Liste derjenigen Vertreter des Verteidigungsministeriums, die an der Sitzung teilnehmen möchten und weist darauf hin, daß „nach Möglichkeit dem Wunsche des Herrn General Brennecke auf Teilnahme des Herrn Grafen Baudissin“ entsprochen werden soll. Desweiteren bittet er um Veranlassung, dem PGA eine Liste der Prüfungsfragen zuzustellen.

Massenverfahren vollständig unrealistisch. Aus einer Notiz über Besprechungspunkte für die Unterredung mit dem Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Josef Rust, geht hervor, worin die Zurückweisung des Interviewverfahrens begründet lag.[838] Es sollte eine „Korrektur des Interviews" geschehen, die dessen „freie Handhabung" ermögliche – was den Intentionen der Autorin vollständig widersprach –, um den Stellenwert des Interviews zugunsten der anderen Bestandteile des Verfahrens zu mindern, so dass die Nachkriegssituation des Bewerbers stärker in den Mittelpunkt rücke, während die als politische „Fangfragen" verstandenen Fragen wegfallen sollten. Mit Blick auf die öffentliche Wirkung des unterschiedlichen Auftretens von Pfister und Baudissin sollte das Verhältnis des „Studiumbüro[s] [!] zum inneren Gefüge [!]" geklärt werden: „Die öffentliche Meinung ist durch Baudissins Wirken im Sinne des Wehrgedankens aktiviert worden." Aus taktischen Erwägungen der Öffentlichkeit gegenüber und um die behördeninterne Disziplin wiederherzustellen, müßte das „Studiumbüro" in seine Schranken gewiesen werden: „Der Eindruck des undurchsichtigen Herrn Pfisters, er würde im Verteidigungsministerium a conto seiner konfessionellen Bindungen gestützt und habe es nicht notwendig, sich einzuordnen, muss vom Ministerium aus beseitigt werden."[839]

Am 10. Januar 1956 trafen sich Mitglieder des Personalgutachterausschusses zum zweiten Mal mit von Radowitz, dem zentralen Leiter der Annahmeorganisation, und Pfister als dem Verantwortlichen für den Entwurf des psychologischen Verfahrens.[840] Von Seiten des Personalgutachterausschusses nahmen der Münchener Theologieprofessor Theoderich Kampmann, der Pädagogikprofessor und Hauptmann a. D. Erich Weniger und der General der Marine a. D. Kurt Brennecke teil.[841] Zunächst stellte Erich Weniger die Kritik des Personalgutachterausschusses vor. Zwischen den Richtlinien des Ausschusses und den Anweisungen des Studien-Bureaus sah er keinen allgemeinen Widerspruch, aber die Beurteilungshilfe für Interviewfragen weise „eine Übersteigerung des Formal-Psychologischen" auf. „[S]tärker bewertet werden müßte der menschlich-erziehliche und der politisch-

[838] Besprechungspunkte für die Unterredung mit Herrn Staatssekretär Rust [o. D.], BA-MA BW 21/19, fol. 168. Die Autorschaft ist nicht genau klar. Die Parteinahme für Baudissin lässt vermuten, dass es von Vertrauten Baudissins stammt.

[839] Besprechungspunkte für die Unterredung mit Herrn Staatssekretär Rust [o. D.], BA-MA BW 21/19, fol. 168.

[840] Personalgutachterausschuß, Testausschuß, Protokoll der Testbesprechung vom 10.1.1956, Bonn 30.1.1956, BA-MA BW 27/33, fol. 145-147.

[841] Weniger hatte in den 30er Jahren eine Reihe von Schriften zur „Wehrerziehung" geschrieben, z. B. „Wehrmachtserziehung und Kriegserfahrung" (Berlin 1938) und auch Schriften zur „Führerauslese", wie den Aufsatz „Führerauslese und Führereinsatz im Kriege" in der Militärwissenschaftlichen Rundschau, 5 (1940) S. 345-354, 6 (1941), S. 198-206. Zu Weniger allgemein vergleiche Kurt Beutler: Geisteswissenschaftliche Pädagogik zwischen Politisierung und Militarisierung – Erich Weniger. Frankfurt/Main u.a. 1995; zu seinem Engagement während der Wiederbewaffnung vgl. ders.: Die militärpädagogische Publikations- und Beratertätigkeit Erich Wenigers nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Dietrich Hoffmann und Karl Neumann (Hg.): Bildung und Soldatentum. Die Militärpädagogik Erich Wenigers und die Tradition der Erziehung zum Kriege. Weinheim 1992, S. 153-161.

staatsbürgerliche Komplex".[842] Als Begründung für die Intervention des Personalgutachterausschusses wird die Kritik der Öffentlichkeit und der geprüften Offiziere am „Testverfahren" genannt, die sich vorrangig gegen den Personalgutachterausschuss richte, der für die Prüfgruppen verantwortlich gemacht werde.[843] Weniger forderte „eine andere Form der Begegnung […], in Zukunft sollte die eigentliche Auswahl erst während der Ausbildungszeit geschehen." Pfister antwortete darauf mit dem Hinweis auf die Zeitraffer-Funktion des Interviews: „[W]as unter normalen Umständen in zwei Jahren geschähe, muß in zwei Stunden festgestellt werden." Eine andere Form der „Begegnung" lehnt Pfister ab, ebenso wie er die inhaltliche Seite des Interviews verteidigte.[844] Materialiter war das Interview ja angepasst an die politisch-staatsbürgerlichen Anforderungen von „Innerer Führung" und Personalgutachterausschuss, das Interview sollte jedoch nicht Bekenntnisse zu normativen Zielvorgaben abfragen, sondern durch ein indirektes Verfahren die Glaubwürdigkeit der Zustimmung zu verschiedenen normativen Postulaten überprüfen. Dennoch beschränke sich das Interview „bewußt auf den militärischen Bereich" und im gezielten Gespräch sollten die von Seiten des Personalgutachterausschusses eingeforderten Fragen zum zivilen Bereich einfließen. Was die Mängel der Prüfoffiziere betreffe, wolle man für eine ausführlichere und gründlichere Ausbildung Sorge tragen.

Den Personalgutachterausschuss schienen Pfisters Antworten jedoch nicht befriedigt zu haben, denn schon drei Tage später konstituierten sich zwei „Test-Gremien", deren Einrichtung das Plenum des Personalgutachterausschusses beschlossen hatte.[845] Es wurden zwei Dreiergruppen zusammengestellt, deren Aufgabe im Studium des Prüfverfahren, der Teilnahme an den Lehrgängen für Prüfoffiziere und in einer Verbesserung des Prüfverfahrens bestehen sollte.[846] Die Gruppen selbst wurden „so zusammengesetzt, daß jeder derselben ein fachlich legitimierter ‚Zivilist' angehörte (Weniger und Kampmann), ein erfahrener Offizier der älteren Generation (Patzig und Kühl) und ein ‚zeiterschlossener' [!]

---

[842] Personalgutachterausschuß, Testausschuß, Protokoll der Testbesprechung vom 10.1.1956, Bonn 30.1.1956, BA-MA BW 27/33, fol. 145.

[843] Tatsächlich hat der Personalgutachterausschuß eine Reihe von Schreiben erhalten, in denen sich abgelehnte Bewerber beschwerten. Laut Pfisters Angaben sollen es bis Juni 1956 110 Schreiben gewesen sein. Vgl. Studien-Bureau, Aktennotiz, Besprechung über das Prüfverfahren am 16.6.1956, 18.6.1956, BA-MA BW 1/4835, unfol.

[844] Personalgutachterausschuß, Testausschuß, Protokoll der Testbesprechung vom 10.1.1956, Bonn 30.1.1956, BA-MA BW 27/33, fol. 146.

[845] Personalgutachterausschuß, Testausschuss, Kampmann, Protokoll der konstituierenden Sitzung der Testgremien vom 13.1.1956, Bonn 30.1.1956, BA-MA BW 27/33, fol. 142-144.

[846] Zur Teilnahme der Personalgutachterausschuss-Mitglieder vgl. den Briefwechsel Brennecke/Radowitz 24.1.1956-9.2.1956 BA-MA BW 27/33 fol. 40-46. Teilnahme an einem Lehrgang für Prüfende in Köln mit Modell-Prüfung am 1. und 2.3.1956, Teilnahme an einem Lehrgang für Prüfende (psychologische Einweisung) 6. und 7.3. (fol. 40 Brief Brenneckes vom 9.2.1956), Teilnahme an Prüfgruppen. Aktenvermerk Teilnahme des Testausschusses an den Lehrgängen für Prüfende der Prüfgruppen, Bonn 17.2.1956, BA-MA BW 27/33, fol. 39: General Radowitz teilte telefonisch mit, dass die „Mitglieder des PGA [gebeten werden], an der psychologischen Einweisung für Prüfende am 12.3. bis 14.3.1956 teilzunehmen".

Offizier der jüngeren Generation (von Woellwarth und von Boeselager).“[847] Hauptziel war es, den Stellenwert des Interviews zugunsten der anderen Elemente des Prüfverfahrens zu mindern, wie Kampmann ausführlich auf der Sitzung erläuterte. Die Mischung pragmatisch erscheinender Verbesserungsvorschläge für Details mit Vorschlägen, die das Verfahren grundlegend verändern, verschleiert die Zielrichtung, doch die Vorschläge zur informelleren Gestaltung und Auflockerung des Verfahrens zeigen immer wieder die Orientierung an soldatischen Werten des ehrlichen und kameradschaftlichen Umgangs: „Wie im ganzen des Prüfverfahrens auf menschliche Kontaktaufnahme größter Wert zu legen ist, so sollte ein abschließendes ‚geselliges Beisammensein‘ nicht bloß auflockern und entspannen, sondern auch das Prüfungsergebnis verdeutlichen und sichern.“[848]

Der Testausschuss bekräftigte seine Kritik an der Interviewmethode auf seiner Sitzung am 26. Januar 1956.[849] In der Sitzung wurde eine Liste der Fragen erstellt, die nach Auffassung des Testausschusses „falsch“, „mißverständlich“ oder „ungeschickt formuliert“ waren. Von den Fragen, mit denen das Interview für die Offiziersbewerber eingeleitet wird, schreibt das Protokoll, daß sie „den Bewerber vor den Kopf [stoßen] und daher an falscher Stelle“ stehen. Dem Offiziersbewerber wurden eingangs die Fragen gestellt, „[w]elche Eigenschaften sie von sich selbst als militärischem Vorgesetzten“ erwarten und als zweite Frage, was für den Bewerber zum Befehlen gehört. Eine Reihe von Fragen bezeichnete der Testausschuss ohne weitere Begründung als „falsch“: “Wie kann der Offizier die Rekruten ‚begeistern‘? Was erhalten die Streitkräfte vom Staat? Wie verhalten sich Befehl und persönliche Urteilskraft zueinander?“ Fragen, die als „ungeschickt gestellt bezeichnet wurden, waren z. B.: „Inwieweit sind die Streitkräfte dem Volk verantwortlich, d. h. haben sie ihm Rechenschaft abzulegen? Ist der Offizier aufgrund seiner Befehlsgewalt Herr über Leben und Tod? Wie stellen sie sich eine Reform der Streitkräfte vor? Wie würden sie ihren Unterführern erklären, was ein Befehl ist? Wie würden sie Befehlsverweigerung handhaben? Besteht ihrer Ansicht nach ein gesellschaftlicher Unterschied zwischen Offizier und Unteroffizier?“ Näher erläutert wurden diese Kritikpunkte nicht. Aufgrund der Kritik, die keine nähere Begründung aufweist, schlug der Ausschuss vor, das Interview zu kürzen.

Im Zuge der Auseinandersetzung mit dem Thema hielt der Ausschuss im März 1956 zunächst fest, das Interview sei als ganzes nicht angreifbar, aber das gezielte Gespräch müsse durch Nachfragen zu den Themenkomplexen „Liebhaberei, Job“, „[l]andsmannschaftliche Erfahrungen“ und „Auffassung über Rechtsstaat, Bundesrepublik

[847] Vgl. ebd., fol. 143.
[848] Vgl. ebd., fol. 143f.
[849] Personalgutachterausschuß, Testausschuss, Brennecke, Niederschrift über die Sitzung vom 26.1.1956, Bonn 26.1.1956, BA-MA BW 27/33, fol. 139-141.

und staatspolitische Auffassung[!]“ aufgewertet werden.[850] Professor Weniger brachte in der Sitzung den „wissenschaftlichen Einwand“ gegen das Prüfverfahren vor, dass die „Prüfsituation und die Kriegssituation nicht dasselbe“ seien. Desweiteren lehnte er „Chokfragen“ und „Fangfragen“ ab, worunter er zum Beispiel die Frage nach dem 20. Juli rechnete. Am 20. April 1956 traf sich der Testausschuss mit den Vertretern des Verteidigungsministeriums, Ministerialdirektor Ernst Gumbel und General Müller-Hillebrand sowie dem stellvertretenden Leiter der Zentralen Annahmeorganisation Oberst Laubereau.[851] Der Testausschuss trug seine Vorschläge zur Umgestaltung des Verfahrens vor und forderte die Einbeziehung weiterer Fachpsychologen zur Korrektur des Interviews. Gumbel teilte auf diese Vorschläge hin mit, dass das Ministerium bereits mit dem Psychologieprofessor Friedrich Sander in Bonn Kontakt aufgenommen habe, dieser sehe sich aber nicht in der Lage, schnell ein neues Interview zu erstellen, könne jedoch in Zukunft damit beauftragt werden. Auch die Hinzuziehung von Offizieren bei der Formulierung eines neuen Interviews begrüßte Gumbel.[852] Um die Kritik am Interviewverfahren zu untermauern, trug Kampmann vor, dem Personalgutachterausschuss seien Berichte zugegangen, wonach „das Interview, das formal-psychologisch gemeint ist, benutzt wird, um einen Offizierstyp zu protegieren, der den Richtlinien des PGA entgegensteht“.[853] Verbunden war diese Behauptung mit dem Hinweis auf die "Kommissköpfe", die das Interview angeblich fördere, die „Partisanenfrage“ und die Frage zum 20. Juli.[854] Auf die Konkurrenz zwischen *Studien-Bureau* und „Innerer Führung“ zueinander angesprochen, bemerkte Gumbel, dass sich das Problem erledigt habe, da das *Studien-Bureau* so gut wie nicht mehr existent sei.[855]

2.7.3. Die Intervention der Fachverbände

Der von Gumbel angesprochene Psychologieprofessor Friedrich Sander war 1953 zum gemeinsamen Beauftragten des Berufsverbandes Deutscher Psychologen (BDP) und der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGfP) zur Verbindung mit dem Amt Blank delegiert

[850] Personalgutachterausschuß, Testausschuss, von Woellwarth, Niederschrift über die Sitzung des Testausschusses des GA am 15.3.1956, Bonn 16.3.1956, BA-MA BW 27/33, fol. . 135-136.
[851] Personalgutachterausschuß, Testausschuss, Brennecke und von Boeselager, Aktennotiz über die Besprechung zwischen Verteidigungsministerium und dem Testausschuß am 20.4.1956, Bonn 20.4.1956, BA-MA BW 27/33 fol. 113-117.
[852] Vgl. ebd., fol. 114.
[853] Vgl. ebd., fol. 115.
[854] Gemeint waren die Fragen: „Was halten sie von Kollektiv-Repressalien in einem Partisanenkrieg?“ und „Wie würden sie den 20. Juli erklären?“. Der Vertreter der Annahmeorganisation wies diesen Vorwurf zurück, vgl. ebd., fol. 63.
[855] Damit meinte er wohl, daß dem Studien-Bureau keine weiteren Aufträge mehr erteilt werden würden. Es war von Beginn an eine kleine Einrichtung mit wenigen Mitarbeitern gewesen.

worden, man hatte ihn allerdings nicht zu den Treffen der Studienkommission geladen. Sander hatte am 11. April 1956 mit seinen Kollegen Philipp Lersch, Arthur Mayer und Ludwig Zeise einen Brief an den Bundesverteidigungsminister geschrieben, in dem seitens der DGfP und des BDP Widerspruch gegen „[d]ie Anwendung wissenschaftlich unzulänglicher, sogenannter psychologischer Methoden innerhalb der Bundeswehr einlegten.[856] Der Brief gibt vor, auf eine Vielzahl von Presseberichten über das „Interviewverfahren" zu reagieren. Die Distanzierung der Fachverbände wurde in einem unmissverständlichen Ton vorgetragen. Diese Distanzierung trifft übrigens wie zufällig den Ton der Kritik im Testausschuss.[857] Die Psychologenverbände distanzierten sich von den in den „Auslesegesprächen für Offiziersbewerber gestellten Gesinnungsfragen". Sie bestritten, dass das Interview die „Bedingungen erfülle, die man an einen wissenschaftlichen Test stellen muss" – was eigentlich keiner der Urheber des Interviews von diesem behauptet hatte. „Diese Fragetafeln sind denkbar ungeeignet, die 'persönliche und charakterliche Eignung der Bewerber objektiv festzustellen'. Ihre dilettantische Zusammenstellung lässt es auch als durchaus unglaubhaft erscheinen, dass sie von einem Team erfahrener Fachpsychologen ausgearbeitet sein sollen."[858] Das Schreiben diente dem Zweck, die Psychologen über ihre Fachverbände für die Verwendung in der Bundeswehr wieder ins Gespräch zu bringen und eine angegriffene Standesehre zu verteidigen, in dem sie „schärfsten Widerspruch" dagegen erheben, „dass die Referenten des Verteidigungsministeriums die von ihnen erfundenen Ausleseverfahren aus eigener Machtvollkommenheit für psychologisch erklären, obwohl diese Verfahren von den Vertretern der Fachwissenschaft einhellig als unwissenschaftlich abgelehnt werden müssen. Diese Kompetenzüberschreitung des Verteidigungsministeriums stellt nicht nur eine Irreführung der deutschen Öffentlichkeit dar, sondern ist auch dazu angetan, das Ansehen der deutschen Psychologie in den Fachkreisen der ganzen Welt zu untergraben."[859] Nachdem die Fachverbände sich über den Abbruch der Beziehungen 1955 beklagt hatten, schlugen sie „eine Zusammenkunft maßgeblicher Persönlichkeiten des Verteidigungsministeriums" mit den Fachvertretern vor, „[u]m die Stellung des Verteidigungsministeriums zur wissenschaftlichen Psychologie zu klären". Dabei drängen sie auf Eile, da „im

[856] Deutsche Gesellschaft für Psychologie, Berufsverband Deutscher Psychologen, an Bundesverteidigungsminister Blank, 11.4.1956, BA-MA BW 27/41 11.4.1956 fol. 24-25. Sander und Lersch waren zu diesem Zeitpunkt Vorsitzende der DGfP, Mayer und Zeise des BDP.

[857] Ob dies auf eine persönlichen Bekanntschaft Sanders mit Weniger zurückzuführen ist, konnte nicht geklärt werden. Das Schreiben Sanders jedenfalls findet sich mit einer Durchschrift eines Briefes von Sander an den Bundesverteidigungsminister in Wenigers Handakte in BA-MA BW 27/41, fol. 22-25.

[858] Vgl. ebd. fol. 24.

[859] Vgl. ebd. Wenn ihre Berufskollegen wie Renthe-Fink ähnliche, wenn auch nicht so ausgedehnte explorative Verfahren bei Bewerbern des BGS anwandten, war freilich der Protest der Verbandsvertreter nicht so vehement. Vgl. [BGS] Kommando der Grenzschutzschulen, Leonhard von Renthe-Fink, Aufgaben und Probleme der Psychologischen Personalauslese im Bundesgrenzschutz, BA-MA BW 27/28, fol. 166-173. Aus der Sicht eines Besuchers des Amtes Blank siehe den Bericht von K. Bock: II/PI/San Dienstreisebericht über die vom 27.4.1954-30.4.1954 durch Dr. [K.] Bock durchgeführte Dienstreise nach Lübeck. BW 9/3624 fol. 46-53

Interesse ihrer Wissenschaft und der Fachkollegen […] die jetzige Lage nicht auf Dauer auf sich beruhen lassen“ zu können glauben.[860]

Dem gleichen berufspolitischen Zweck diente auch der flankierende Presseartikel in der Süddeutschen Zeitung, in dem Ludwig Zeise, der – wohl um die Bitte um Eile zu unterstreichen – am 13. April 1956 schon den „Standpunkt der Wissenschaft“ einer breiteren Öffentlichkeit darlegte.[861] Augenscheinlich wusste Zeise um die Brisanz des Themas innerhalb der Bundeswehr, denn nur so ist seine argumentative Vorsicht in Fragen möglicher zukünftiger Anwendungen psychologischer Verfahren zu erklären: „Der Aufbau der Bundeswehr stellt die dazu Berufenen vor keine leichte Aufgabe. Sie sollten es fertigbringen, in einer Zeit in der der Wehrgedanke am meisten umstritten ist, eine einheitlich ausgerichtete Wehrformation zu schaffen, sie sollen ihr den Geist opferbereiten Soldatentums einpflanzen, aber es dabei peinlichst vermeiden, an ungute Traditionen anzuknüpfen; sie sollen den zukünftigen Soldaten wiederum in eine festgefügte Befehlshierarchie einordnen, aber ihm zugleich seine demokratischen Rechte des eigenen Urteils und der Selbstbestimmung weitgehend belassen.“[862] Damit signalisiert er erstens das Wissen um die Bedeutung soldatischer Werte (opferbereites Soldatentum), aber auch um die normativen Vorgabe (Innere Führung). Beides zu akzeptieren, und nicht etwa den Traditionsbestand soldatischer Werte einseitig abzulehnen, war für die Akzeptanz wissenschaftlicher Experten in der Bundeswehr wichtig.

Zeise trat als Wissenschaftler auf. Folglich kritisierte er die Unwissenschaftlichkeit des Ausleseverfahrens, dessen Verständnis dem sich Laien entzöge: „[D]ie Laien fragen sich vergeblich, was an diesem Verfahren wissenschaftlich sein soll und die Fachleute noch vergeblicher, welche Psychologen denn an der Entstehung dieser Verfahren beteiligt gewesen sein mögen. […] Eine solche Tafel von Gesinnungsfragen erfüllt aber in keiner Weise die Bedingungen, die an einen wissenschaftlichen Test gestellt werden müssen.“ Besonders aufschlussreich ist hier der Hinweis auf „Gesinnungsfragen“, weil hier ein häufig anzutreffendes Verhaltensschema, die Anpassung nämlich des Bewerbers an die Erwartungen des Prüfers, kausal mit dem Verfahren selbst in Verbindung gebracht und der Eindruck erweckt wird, es sei eine logische Folge, dass dadurch nur Opportunisten rekrutiert würden: „Wie bei allen Gesinnungsfragen werden auch hier die unglücklichen Geprüften weniger zum sachlichen Denken als zu der Überlegung angereizt, welche Antwort denn der Prüfer

[860] Deutsche Gesellschaft für Psychologie, Berufsverband Deutscher Psychologen, an Bundesverteidigungsminister Blank, 11.4.1956, BA-MA BW 27/41 11.4.1956 fol. 25.

[861] Ludwig Zeise: Um das Annahmeverfahren der Bundeswehr. Psychologen kritisieren die Prüfungsmethoden, Süddeutsche Zeitung, 13.4.1956, auch in BW 21/19, unfol. Die öffentlichen Spekulationen über die „Testfragen“ waren durch eine Reihe von Zeitungsartikeln entfacht worden. Zum Beispiel: P. J. Von Stülpnagel: Vordruck, Christ und Welt, 22.3.1956; Eignungsprüfung: Was ist Heldentum? Der Spiegel 10 (1956) Nr. 11, S. 14-15; F. S. Was halten sie vom 08/15-Komplex? FAZ, 3.3.1956, Nr. 54, S. 33.

[862] Ludwig Zeise: Um das Annahmeverfahren der Bundeswehr. Psychologen kritisieren die Prüfungsmethoden, Süddeutsche Zeitung, 13.4.1956. Vgl. für alle folgenden Zitate dieses Absatzes ebd.

von ihnen erwartet. Drängt sich da nicht der Verdacht auf, daß bei einer solchen Prüfung wiederum eine Art von Intelligenz den Preis gewinnt, die sich blitzschnell der Meinung des höheren Ortes anzupassen versteht?“ Der Objektivitätsdiskurs, auf den Zeise hier rekurriert, der schon in der Psychologischen Studienkommission bei der Diskussion der F-Scale eine Rolle gespielt hatte, wiederholt sich hier auf einer anderen Ebene: „Eine psychologische Fundgrube wird der Test allerdings dadurch, daß seine Fragen einen getreuen Abriß derjenigen Probleme darstellen, die selbst noch mitten im Meinungsstreit der Experten stehen: ‚Ist der Offizier Herr über Leben und Tod?‘ – ‚Was halten sie vom Drill?‘ und die berüchtigte, aber scheinbar unvermeidliche Frage an eine künftige Geschichtsschreibung: ‚Was denken Sie über den 20. Juli?‘ Hier ist der selbstverständliche Grundsatz, daß der Prüfer über dem Gegenstand stehen muß, den er prüft, mißachtet, und der Test wird unversehens zum Gericht über den Tester selbst.“ Die Objektivität wurde eingefordert, um politische Fragen zu denunzieren und bestimmte Fragen auf ungewisse Zukunft zu verschieben.

Im Folgenden referierte Zeise die Entwicklungen in der *Psychologischen Studienkommission* aus Sicht der Verbandsvertreter. „Verantwortlich für dieses Ausleseverfahren ist der Leiter des Studienbüros im Verteidigungsministerium, Josef [!] Pfister. Er wird beraten durch seine Mitarbeiterin, Frau Dr. Stephanie Krenn.“[863] Zeise erwähnte nicht, dass es sich bei der Mitarbeiterin Pfisters um eine Gutachterin des Amtes Blank handelt, die ausgebildete und promovierte Psychologin war. Zeise fährt fort: „Herr Pfister hat schon vor Jahr und Tag Kontakt mit Vertretern der Psychologie an den Hochschulen aufgenommen. In vielen Besprechungen wurden ihm Vorschläge gemacht und Verfahren für die verschiedenen Bedürfnisse der Bundeswehr ausgearbeitet. Diese Vorarbeiten haben aber offenbar keine Gnade vor den Augen des Ministeriums gefunden, jedenfalls hat Herr Pfister, als der langerwartete Ernstfall eintrat, alle Beziehungen unvermittelt abgebrochen und sein eigenes Verfahren durchgesetzt.“[864] Damit war die Verantwortung „geklärt“. Die Verantwortung lag bei der Ministerialbürokratie.

Auffallend ist, dass Zeise die Kritik gegen das Ministerium richtet, während die Kritik an den prüfenden Offizieren nur vorsichtig geäußert wird, ja ihrer Menschenkenntnis und Erfahrung fast ein Lob ausgesprochen wird. „Damit ist aber auch der Augenblick gekommen, wo die wissenschaftliche Psychologie aus ihrer schweigenden Reserve treten muß, um Irreführungen zu vermeiden und zu verhindern, daß unter dem Deckmantel der Psychologie sich krasser Dilettantismus breitmacht. Es steht selbstverständlich dem Verteidigungsministerium frei, seine personellen Aufgaben ohne die Mitwirkung der Wissenschaft anzugehen. Es hat

[863] Vgl. ebd.
[864] Vgl. ebd.

sogar etwas für sich, wenn die Annahmeoffiziere im Vertrauen auf ihre Menschenkenntnis und mit Hilfe der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ihre Bewerber auslesen, wie es auch in der Wirtschaft Personalchefs und Abteilungsleiter tun. Jedenfalls sollte die Kunst der Menschenauslese und der Menschenführung in der Bundeswehr Allgemeingut werden und nicht etwa auf ein fachpsychologisches Ressort abgeschoben werden." Damit signalisiert Zeise, daß die Psychologie dem Militär keine Kompetenz streitig machen möchte, und in dem folgenden Hinweis auf die Praxis anderer Länder ist der Status der Psychologie gegenüber der „Wehrmacht" subordiniert und dienend: „Aber die andere Frage ist die, ob eine solche Selbsthilfe rationell wäre. In anderen Ländern jedenfalls bedient sich die Wehrmacht sehr ausgiebig der Hilfe der Psychologie. Wie immer man sich entscheiden mag, eines ist jedoch unerlaubt, daß man Verfahrensweisen für wissenschaftlich erklärt, die doch von der Wissenschaft selbst einhellig abgelehnt werden. […] Was uns aber hier vorgesetzt wird, sind alte Ladenhüter, die als solche ja auch vom Laien erkannt werden können."[865] Zum Schluss kam Zeise nicht umhin, eine Einheitsformel, die sicher auch schon für die damalige Psychologie nicht zutreffend war, zu benutzen. Es sei die „einhellige" Meinung der Wissenschaft, dass das Verfahren zu verschwinden habe.

Im Mai 1956 trat Sander nochmals an das Bundesverteidigungsministerium heran, nachdem er das Interview in der Praxis beobachten konnte. Er riet dazu, das Verfahren ganz fallen zu lassen, da aus seiner Sicht „bei der Wiedereinstellung ehemaliger Offiziere […] die in den Annahmestellen tätigen und für ihre Aufgaben durch ihre Berufserfahrung qualifizierten Offiziere in der Lage sind, aus den mannigfaltigen Unterlagen der Bewerber über die Bewährung im Kriege und über die charakterliche und leistungsmäßige Haltung in der Nachkriegszeit und schließlich in einem klärenden Gespräch hinreichend begründete Urteile über Eignung und Nichteignung ehemaliger Angehöriger ihres eigenen Berufs fällen zu können."[866] Anders liege es bei der Auslese von Offiziersanwärtern. Hierfür schlug er ein Verfahren vor, das „wissenschaftlichen" Anforderungen genügt und unter Beteiligung von Fachleuten angewendet werden könne. Damit griff er das in der militärischen Abteilung, der Inneren Führung und dem Personalgutachterausschuss populäre Unterscheidungskriterium zwischen im Krieg bewährten und jüngeren Offiziersanwärtern auf. Für ein wissenschaftliches Gremium, das den Ministerialdirektor oder den Minister „direkt" beraten sollte, sei er jederzeit bereit, eine Liste geeigneter Männer zu unterbreiten, wenn das die „wissenschaftliche Psychologie kompromittierende Verfahren" abgeschafft werde.[867] Damit hatte der BDP dreimal als Voraussetzung für eine mögliche Mitwirkung von Psychologen aus ihren Reihen

[865] Vgl. ebd.
[866] Friedrich Sander an Bundesverteidigungsministerium, Ministerialdirigent Gumbel, Bonn 11.05.1956, BA-MA BW 27/41, fol. 22f., hier fol. 22.
[867] Vgl. ebd. fol. 23.

die Bedingung gestellt, das Prüfverfahren abzuschaffen. Diese Bedingung kann als deutliche Aufforderung der Fachverbände gelesen werden, Pfister und seine Assistentin aus dem Personalwesen abzuziehen, wenn man auf die Mitarbeit der akademischen Psychologie und der praktischen Psychologen von verbandlicher Seite rechnen wollte.

2.7.4. Abschaffung des Interviews und der Wiedereinzug der Wehrpsychologie

Am Ende des Monats Mai wurde das Thema „Testfragen" im Unterausschuß Führung des Verteidigungsausschusses auf die Tagesordnung gesetzt.[868] Der Vorsitzende des Testausschusses, Kurt Brennecke, erläuterte dem Unterausschuß Führung, warum der Personalgutachterausschuss auf die Einhaltung seiner Richtlinien dränge. Er regte an, „mehr Wert auf die Frage zu legen, was in Zukunft geschehen soll, als […] Fehler aus der Vergangenheit aufzuzeigen."[869] Unter Verweis auf den Ausschluss psychologischer Eignungsprüfungen in den Richtlinien bei bereits „im Wehrdienst bewährten Bewerbern" führte er aus, dass das „von Herrn Pfister und Frau Dr. Krenn […] erarbeitete […] System der Fragen eine ‚psychologische Eignungsprüfung' darstellt. Darüber hinaus muß in dem Verfahren, wie es aus den […] Fragegruppen sich abzeichnet, […] auch eine Art *‚Testverfahren'* gesehen werden. Die Bewerber haben den gleichen Eindruck." Daraufhin unterbreitete er dem Unterausschuß Führung die Vorschläge des Testausschusses zur Änderung des Verfahrens.
Obwohl Ministerialdirektor Gumbel und Oberst Ferber darauf hinwiesen, dass ein Teil der Vorschläge des Personalgutachterausschusses bereits verwirklicht worden sei, indem der Personalanalyse mehr Aufmerksamkeit eingeräumt, das gezielte Gespräch praktisch schon aufgewertet sei und die Richtlinien für das Annahmeverfahren in dieser Hinsicht abgeändert worden seien, beharrten die anwesenden Mitglieder des Personalgutachterausschusses auf ihrer Position. Gumbels Hinweis, dass es sich um kein Testverfahren handele, fruchtete

[868] [Teilnehmerliste der] Besprechung über das Testverfahren zwischen PGA und Unterausschuß Führung des Verteidigungsauschusses des deutschen Bundestages, [Liste vom] 25.5.1956. BA-MA BW 27/33, fol. 30, CDU/CSU: Dr. Kliesing, Kemmer, Dr. Lenz, Frau Dr. Probst; SPD: Paul, Carlo Schmid; Dr. Mende; BHE: Dr. Reichstein; DP: Schneider; FVP: von Manteuffel; für den PGA nahmen teil: General a. D. Brennecke, Prof. Kampmann, Prof. Weniger. Am gleichen Tag schickte Brennecke ein Telegramm an Weniger, in dem er ihm mitteilte, daß die Teilnahme „dringend erwünscht" sei, da nicht nur Präluminarien geklärt würden. BA-MA BW 27/33, fol. 31 (Abschrift des Telegramms mit Aufgabevermerk und Datum). III B [Unterabteilung Personalwirtschaft der Streitkräfte, Ferber?], Notizen zum Vortrag über die Vorgeschichte des Annahmeverfahrens vor dem Bundestags-Unterausschuss „Führung" am 28.5.1956, Bonn 28.5.1956, BA-MA BW 21/19 unfol. Der Vortrag, der wahrscheinlich vom Leiter der Unterabteilung Personalwirtschaft gehalten wurde, stellt die Entwicklung seit 1951 in Stichpunkten relativ sachlich dar. Zu der Sitzung vgl. auch Personalgutachterausschuß, „Testausschuß", Niederschrift über die Tagung des Unterausschuß Führung des Verteidigungsausschusses mit Vertretern des Verteidigungsministeriums und des Gutachterausschusses am 28.5. und am 2.6.1956, BA-MA BW 27/33 fol. 81-92

[869] Damit meinte er die Vergangenheit des Annahmeverfahrens, nicht der Bewerber.

nichts. Gumbel versuchte auch zu erläutern, wie das Interviewverfahren durch die Prüfgruppen der Annahmestellen praktiziert wurde. Durch das Rotationssystem der Prüfer seien subjektiv-irrige Auffassungen einzelner Prüfer der regelmäßigen Kontrolle durch wechselnde Kollegen unterworfen und von genormten Antworten könne nicht die Rede sein.[870] Von Laubereau, der stellvertretende Leiter der Zentralen Annahmeorganisation, versuchte zu vermitteln, dass das „'Fragesystem' in der Praxis mit gesundem Menschenverstand angewandt werde."[871] Doch PGA-Vorsitzender Rombach beharrte auf der Kritik an der „Überbewertung des Psychologischen im Annahmeverfahren". Sein Beharren zielte auf die Neufassung des Fragenkatalogs unter Beteiligung der „Praktiker". Gemeinsam mit von Boeselager gab er „hierzu die Anregung, in einem begrenzten Kreis von Fachleuten – auch Offizieren – das bisher vorliegende Interview zu kürzen und zu säubern."[872]

Am 1. Juni suchte der Unterausschuß eine Annahmestelle auf, um am 2. Juni 1956 die Diskussion mit Personalgutachterausschuss und dem Urheber des Interviews fortzusetzen. Die Beobachtung in den Prüfgruppen hatte zwar auch ergeben, dass das Interview keineswegs überall vollständig angewandt wurde, doch waren die Stellungnahmen der einzelnen Ausschussmitglieder über den Wert der Fragen unterschiedlich. Während der Abgeordnete Kemmer (CDU) das „System auch mit allen Fragen für brauchbar" hielt, stieß es auf heftige Ablehnung bei dem SPD-Abgeordneten Gleissner. Seine Ausführungen lassen auf eine deutliche Distanz zu Kontrollvorstellungen schließen. Er verlangte, „daß nicht ‚getestet', nicht ‚umzingelt', sondern ‚erschlossen' wird bei der Prüfung. Auch hier soll der Mensch nicht ‚uniformiert' werden. Vor einem Glauben an die ‚Unfehlbarkeit des Testes' ist zu warnen."[873]

Der BHE-Abgeordnete Doktor Reichstein äußerte die Warnung vor zu schwierigen Fragen: „[D]ie Fragen sind zu schwierig, weil einfache Leute nicht an sie gewöhnt sind, sie können meist gar nicht in derartigen Begriffen denken.[874]

Pfisters Stellungnahme im Unterausschuß Führung fiel defensiv aus. Er erläuterte die Stellung des *Studien-Bureaus* im Ministerium als lediglich beratendes Organ ohne Exekutivbefugnisse, das sich um Zusammenarbeit bemüht habe. Auf die Kritik, dass durch Kenntnis der Fragen bei den Bewerbern und genormte Antworten die Objektivität des Verfahrens gefährdet sei, erklärte Pfister, er habe ein neues, zweites Offiziersbewerberinterview in Auftrag gegeben, das alternativ verwendet werden könne.[875]

Im Juni spitzte sich die Auseinandersetzung um die Anwendung des qualitativen Interviews

[870] Personalgutachterausschuß, „Testausschuß", Niederschrift über die Tagung des Unterausschuß Führung des Verteidigungsausschusses mit Vertretern des BMVg und des GA am 28.5. und am 2.6.1956, BA-MA BW 27/33 fol. 86.
[871] Vgl. ebd. fol. 85.
[872] Vgl. ebd. fol. 85.
[873] Vgl. ebd. fol. 89.
[874] Vgl. ebd. fol. 91.
[875] Vgl. ebd. fol. 91f.

zu. Kurt Brennecke organisierte am 9. Juni 1956 die weitere Terminplanung seines „Anti-Testausschusses", wie er seit Monatsbeginn auf den Briefköpfen seinen Ausschuss nannte.[876] Ein Treffen mit Gumbel, Pfister, Krenn, Ferber und einem Offizier der Annahmeorganisation hatte Brennecke nach einigem hin und her mit Ferber, der das Treffen organisieren sollte, für den 13. Juni festgesetzt. Doch dann änderte er einvernehmlich mit Ferber die Planung, wonach der Kreis zu beschränken sei und man sich unter Ausschluss von Pfister und Krenn treffen wollte. Denn bei einem Treffen mit ihnen stünde „eine erneute langwierige und im Ergebnis fragliche Diskussion über psychologische Fragen im Rahmen des Annahmeverfahrens in Aussicht."[877] Das sei aber nicht „Sinn der beabsichtigten Unterrichtung Gumbels durch militärische Fachleute über die Möglichkeit einer Neufassung des Fragenkatalogs". Über Ferber wurde ein Treffen mit Gumbel vereinbart, dann aber überraschte Pfister Brennecke mit einer Gegeneinladung für den 16. Juni 1956 zu einem Treffen mit Kliesing und Herren des Ministeriums.[878]

Brennecke ging zu diesem Zeitpunkt schon davon aus, dass die SPD der Auffassung des Gutachterausschusses über das Annahmeverfahren voll zustimme.[879] Bei der CDU/CSU war er sich nicht ganz sicher.[880] Pfister selbst traute er nicht über den Weg und wertete die Einladung als dessen Versuch, den eigenen Fragekatalog zu retten, zumal der Personalgutachterausschuss mittlerweile mit einem eigenen Fragenkatalog aufwartete.[881]

Überhaupt scheint Brennecke ein gewisses Maß an Misstrauen gegenüber Zivilisten gehegt zu haben. Das geht aus einem Brief an die Professoren Kampmann und Weniger hervor, in dem Brennecke auf das bevorstehende Gespräch am 16. Juni hinwies und darum bat, gegenüber keinem Mitglied des Verteidigungsministeriums oder des Unterausschusses Führung über die von ihm gegebenen vorbereitenden Informationen zu sprechen.[882] Brenn-

[876] Personalgutachterausschuß, Anti-Testausschuss, Brennecke, Aktenvermerk, Bonn 9.6.1956, BA-MA BW 27/33 fol. 72f.

[877] Vgl. ebd. fol 72. Dies gab Brennecke Anlaß zu Spekulationen über mögliche Bündnisse zwischen Pfister und Ferber.

[878] Vgl. ebd. fol. 72.

[879] Die SPD war es auch, die innerhalb des Unterausschusses Führung die Abschaffung des Interviews durchsetzte. Vgl. die Presseartikel: Vorschläge zum Annahmeverfahren, Süddeutsche Zeitung, 5.6.1956, BA-MA BW 9/2920-28: „[...] Wie von SPD-Seite mitgeteilt wurde, haben die Oppositionsvertreter vorgeschlagen, das sogenannte qualitative Interview (40 Fragen) zu verbessern und zu verkürzen. Es sollte eine Erweiterung des „gezielten Gesprächs" angestrebt werden, wobei besonders das Verhalten des Bewerbers nach 1945 ausführlich behandelt werden solle [...]"; Reform des Annahmeverfahrens, FAZ, 3.7.1956, BA-MA BW 9/2910-28: „In einem Unterausschuß für Verteidigungsfragen haben die sozialdemokratischen Vertreter ohne Widerspruch der anderen Mitglieder vorgeschlagen, daß den Annahmestellen für die Freiwilligen zwei unabhängige Zivilisten beigegeben werden und daß das bis jetzt durchgeführte „Interview" mit den Bewerbern reformiert werden soll. Die Sozialdemokraten stützen sich dabei auf Vorschläge des Personlagutachterausschusses.[...]".

[880] Vgl. ebd. fol. 73f.

[881] Vgl. ebd. fol. 73. Zu den Fragen vgl. Vorschläge zur Überprüfung ehemaliger Offiziere, BA-MA BW 27/27/29 fol 3-4 (2. Fassung), BA-MA BW 27/41, fol 15-16. Diese zwei Fragenkataloge greifen die dem Personalgutachterausschuss unverfänglich erscheinenden Fragen des Offiziers-Interview-Schemas auf. Es handelt es sich um eine Art Handreichung für die Prüfgruppen ohne irgendeine Bindung.

[882] [Personalgutachterausschuß] Anti-Testausschuß, Brennecke an Kampmann und Weniger, 14.6.1956, fol. 15-16.

ecke orientierte Kampmann und Weniger über das seiner Einschätzung nach positiv verlaufene Gespräch mit Gumbel am 13. Juni 1956.[883] Im Verteidigungsministerium liege der Fragenkatalog des Personalgutachterausschusses vor, der in der kommenden Woche ministeriumsintern besprochen werden solle. Danach wolle man noch einmal den Versuch eines „Ausgleichs der Auffassungen" wagen.

In der Besprechung zwischen den Vertretern des Ministeriums und des Personalgutachterausschuss vom 13. Juni 1956, bei dem beiderseits „die ‚Gelehrten' nicht [hin]zugezogen" wurden, um zu verhindern, dass man sich „in weitschweifende meist viel Zeit erfordernde *theoretische* Diskussionen" verliere, machten die Vertreter des Personalgutachterausschusses deutlich, daß sie die Fragen des Interviews deshalb ablehnen, weil sie ihre Wirkung als „psychologisch bedenklich" einschätzen.[884] Die Art der Prüfung und der Inhalt der Fragen stoße manchen soldatisch wertvollen Bewerber vor den Kopf. „Damit trägt sie [die Prüfung] psychologisch weder zur Förderung des Wehrgedankens, noch zum Vertrauen zum Verteidigungsministerium bei". Der Personalgutachterausschuss hat ein eigenes „Interview" zusammengestellt, das allerdings keine vorgeschriebenen Fragen enthielt, sondern nur „Problemkreise" umriss, „die bei dem sog[enannten] ‚qualitativen Interview' angeschnitten werden sollten, und die auch schon wesentliche Teile des […] ‚gezielten Gesprächs' enthalten. Der Gutachterausschuß ist der Auffassung, dass gerade eine *Beschränkung auf die Umreissung der anzusprechenden ‚Problemkreise':* es jedem Offizier möglich mache […] selbstgewählte Fragen zu stellen, und damit das Verfahren ‚ansprechender' zu gestalten."[885]

An der Besprechung am 16. Juni sollte „als Soldat" nur von Boeselager teilnehmen, Kampmann und Weniger sollten als zivile Mitglieder des Personalgutachterausschuss teilnehmen. Er selbst wollte an dem Gespräch nicht teilnehmen. Der Brief an die beiden Professoren ist in einem etwas überschwänglichen Ton geschrieben, als erwarte Brennecke seinen Sieg in einem Kampf.[886] Er fordert Kampmann und Weniger auf, ihn auf seinem „Gefechtsstand" möglichst bald nach Ende des Gesprächs über die Eindrücke zu orientieren.[887]

Am 16. Juni 1956 kam es zu der Besprechung, in der *Studien-Bureau* und Mitglieder des Testausschusses sich austauschen konnten.[888] Die Leitung hatte der Bundestagsabgeordnete Kliesing (CDU). Weniger trug die bekannten Kritikpunkte des Personalgutachteraus-

[883] Besprechung [Dr. Rombach, Brennecke, Dr. Kühl, möglicherweise v. Boeselager. Mit hsl. Notizen v. Brenneckes] am 13.6.1956 BA-MA BW 27/33, fol. 17-[21v].
[884] [Personalgutachterausschuß] Brennecke, Besprechung am 13.6.1956, BA-MA BW 27/33, fol. 17-21v.
[885] Vgl. ebd.
[886] [Personalgutachterausschuß] Anti-Testausschuß, Brennecke an Kampmann und Weniger, 14.6.1956, fol. 16.
[887] Mit „Gefechtsstand" meint Brennecke hier sein Büro.
[888] Freiherr von Boeselager, Vermerk über die Besprechung zwischen Studienbüro und Kampmann und Weniger [16-6.1956], Bonn 19.6.1956; zur gleichen Sitzung Studien-Bureau, Aktenotiz, Besprechung über das Prüfverfahren im Bundeshaus am 16.6.1956, Bonn 18.6.1956, BA-MA BW 27/33 fol. 55-59. An der Besprechung nahmen teil: Dr. Kliesing, MdB, Dr. Rombach, Prof. Kampmann, Prof. Weniger, Frh. von Boeselager, Dr. Krenn, Oberst Ferber, Oberst Kaminski, J. H. Pfister.

schusses vor, die vor allem besagten, dass das Interview „Testelemente“ enthalte, da die Fragen „verzahnt“ seien.[889] Der Personalgutachterausschuss bestand auf der verstärkten Bevorzugung des gezielten Gesprächs. Das wiederum lehnten Krenn und Pfister ab. Krenn hatte das von ihr entwickelte Interview als „Personales Eignungs Interview“ schützen lassen, da sie nicht auf einzelne Fragen ohne qualifizierte Diskussion der Fragen verzichten wollte.[890] Dass sie das Interview schützen lassen hatte, hatte sie auch Ministerialdirektor Gumbel mitgeteilt, als sie ihm eine alternative Version des Offiziersinterviews zusandte.[891] Diese Version wollte sie diskutieren. Nachdem Krenn allerdings in der Besprechung auf dem Charakter des Interviews und den vollständigen Fragen bestanden hatte, erklärte Oberst Ferber für das Ministerium, „daß die Annahme Sache des Ministeriums sei und nicht durch Frau Dr. Krenn und Herrn Pfister in bestimmte Bahnen gelenkt werden könne.“[892] Wegen des Ausbleibens eines Vermittlungsvorschlags „werde er den Stand der Dinge dem Minister vortragen, der dann entscheiden müsse, ob den Anregungen des Personalgutachterausschusses Rechnung getragen werden könne, oder ob man das qualitative Interview, wie es Frau Dr. Krenn und Herr Pfister wünschten“, behalten werde, worauf für die Personalgutachterausschuss-Vertreter Kampmann erklärte, dass dann der Personalgutachterausschuss „die Verantwortung vor der Öffentlichkeit für die Annahme der Bewerber vom Oberstleutnant an abwärts ablehnen müßten.“[893]

Die Stellungnahme des Vorsitzenden des Unterausschusses Führung, Georg Kliesing, drei Tage später fiel im Sinne der Vorstellungen des Personalgutachterausschusses aus:[894] „In der Handhabung des qualitativen Interviews sollte kein starrer Dogmatismus obwalten. Die

[889] Vgl. Boeselager Vermerk, 19.6.1956 BA-MA BW 27/33 fol. 56

[890] Vgl. Publikation 11 (59) Mai 1956, S. 16: „Ideen und Titelschutz: Unter Bezugnahme auf §16 [...] UWG [...] beanspruche ich Ideen- und Titelschutz, einschließlich des Schutzes der Methode für das Personale Eignungs-Interview. Das Personale Eignungs-Interview = PEI (Personnel Selection Interview = PSI) ist eine psychologisch aufgebaute Komposition von Fragen, die sich auf kritische Beziehungen zwischen Person und Aufgabe (=Beruf) erstrecken. Die mündlich zu stellenden Fragen dienen dazu, die charakterliche Eignung für eine Aufgabe oder einen Beruf aus der Art der gegebenen Antworten zu erfassen. (Im Prüfverfahren der Annahmeorganisation der Bundeswehr werden die Personalen Eignungs-Interviews noch unter dem Namen ‘Qualitatives Interview’ angewendet“, auch in BA-MA BW 1/4835.

[891] Dr. Stephanie Krenn an Ministerial Direktor Gumbel [zweiter Entwurf Interview Schema], Bad Godesberg 8.6.1956, BA-MA BW 1/4835 unfol.

[892] Vgl. Boeselager Vermerk, 19.6.1956 BA-MA BW 27/33 fol. 56.

[893] Boeselager Vermerk, 19.6.1956 BA-MA BW 27/33 fol. 59. In der Presse waren auch im Juni einige kritische Artikel zum „Test“ erschienen. Den Artikel „Qualitatives Interview und gezieltes Gespräch. Bonner Parlamentarier befassen sich jetzt mit den vierzig Fragen an die Offiziersbewerber“; Münchener Merkur 13.6.1956, BA-MA BW 1/4835, zeichnete Hellmuth Brennecke verantwortlich, der Sohn Kurt Brenneckes. Brennecke bemühte sich sofort gegenüber Ministerialdirektor Gumbel, jeden Zweifel über eine mögliche Verbindung zu seiner Person oder einem anderen Mitglied des Personalgutachterausschusses zu zerstreuen, General der Infanterie a. D. Brennecke an Ministerialdirektor Gumbel 22.6.1956, BA-MA BW 27/33 fol. 11-13, Masch. Durchschrift, ging auch an Bundestags-Abgeordneten Dr. Kliesing (vgl. fol. 11). Bezug Schreiben vom 11.6.1956, wahrscheinlich über Presseveröffentlichungen über „Test“. Er distanziert sich von den Presseveröffentlichungen, sie seien weder von ihm noch von einem anderen Ausschussmitglied veranlasst worden. Er weist den Verdacht von sich, dass er Informationen an seinen Sohn Hellmuth Brennecke, der den Artikel verantwortlich gezeichnet hatte, weitergegeben habe.

[894] Georg Kliesing an Blank, Rust, Gumbel, Bemerkungen zum Annahmeverfahren, Bonn 19.6.1956.

Frage, ob man den genauen Wortlaut der Fragestellung, die genaue Reihenfolge der Fragen und die Gesamtzahl der Fragen unter allen Umständen stellen müsse, wird für den Gesamtwert und das Wesen des qualitativen Interview zweifellos überschätzt. Jedenfalls sollte man schon aus politischen Gründen und im Hinblick auf eine etwaige noch bevorstehende […] Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit in diesem Punkte dem Personalgutachterausschuss gegenüber etwas Entgegenkommen zeigen." Auch in der Frage des gezielten Gesprächs folgte Kliesing dem Personalgutachterausschuss. Das gezielte Gespräch, „das u. a. doch vor allen Dingen Aufschluss geben sollte über den Lebenslauf des Bewerbers seit 1945 und seine Einstellung zu den politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen unserer Zeit […]," sollte „[u]m der Sache Willen und um diesen Hauptpunkt der Kritik von Seiten des Personalgutachterausschuss aus dem Weg zu schaffen", aufgewertet und anders geführt werden.[895]

Schon Ende Juni fiel faktisch die Entscheidung gegen das Verfahren. Unter Berufung auf Oberst Ferber konnte das Personalgutachterausschuss-Mitglied General der Panzertruppe a. D. Adolf Kuntzen Kurt Brennecke schon am 27. Juni 1956 mitteilen, dass der Bundesverteidigungsminister nach der letzten Unterhaltung mit dem Testausschuss eine Entscheidung getroffen habe.[896] Der Ablauf der Prüfung im Annahmeverfahren bestehe fortan in einer „allgemeine[n] Unterhaltung mit dem Bewerber (Analyse des Bewerbers). […] Das bisherige Interview [wird] um zehn Fragen verkleinert. Ausserdem erhalten die Leiter der Annahmestellen das Recht, noch weitere Fragen auszulassen, wenn sie sich anderweitig ein Bild über den Bewerber bereits verschafft haben. […] Das gezielte Gespräch soll gleichberechtigt oder bevorzugt den Testfragen gegenüber behandelt werden [...]."[897]

Im Juli erging dann die Anweisung an die Annahmestellen, acht Fragen aus dem bisherigen Offiziersinterview entfallen zu lassen und zwar aus beiden (!) in Verwendung befindlichen Interviews. Zunächst wollte man im Ministerium nur das Weglassen dieser Fragen den Annahmestellen gegenüber anweisen. Gumbel teilte mit: „Wir haben uns jedoch entschlossen, die Anwendung der Interviewfragen in noch weiterem Masse in das Ermessen der Prüfgruppe zu stellen. Ich darf auf Nr. 68 (Neufassung) der 'Bestimmungen für Aufbau und Arbeitsweise der Annahmeorganisation' verweisen [...] [Danach] 'kann auf Anordnung des jeweiligen Leiters der Prüfgruppe eine verkürzte Fassung gewählt werden'. In einem Begleitschreiben ist dem Leiter der Annahmeorganisation freigestellt worden, daß vornehmlich die oben angeführten Fragen entfallen können. Nach den gegebenen Anweisungen steht es

[895] Vgl. ebd.
[896] Kuntzen, Vermerk [über Telefongespräch mit Oberst Ferber über Bewertung des „Tests"] an Herrn Brennecke [hsl. Zusatz], Bonn 27.6.1956, BA-MA BW 27/33 fol. 9.
[897] Vgl. ebd.

dem Leiter einer Prüfgruppe jedoch frei, noch andere Fragen wegzulassen."[898] Am 13. August 1956 wurden die ungültig gewordenen Interview-Schemata eingezogen: „Die ungültigen Interviewschemata für Offiziere, Unteroffiziere und Ungediente sind einzuziehen und […] zu vernichten. Über die Vernichtung ist eine Niederschrift anzufertigen"[899]

Nach den Konflikten um das qualitative Interview erreichte der zum gemeinsamen Beauftragten des BDP und der DGfP bestellte Sander am 31.8.1956 die Zusage eines Referats für Psychologie.[900] Zum 1. Oktober 1956 wurde der ehemalige Wehrmachtspsychologe Gotthilf Flik als leitender Psychologe mit dem Auftrag, einen neuen Wehrpsychologischen Dienst aufzubauen, eingestellt.[901] In den Internen Mitteilungen des Berufsverbands Deutscher Psychologen erfolgte die Ausschreibung von Psychologenstellen in der Bundeswehr im April 1957.[902]

[898] BMinVg, MinDir Gumbel an den Vorstand des Personalgutachterausschusses Dr. Rombach, Bonn 17.7.1956 BW 27/33 fol. 3f., Masch. Abschrift. Durchschrift an von Boeselager, Dr. Weniger, Dr. Kampmann, Brennecke; PGA für die Streitkräfte, Der Vorstand, Dr. Rombach an Brennecke, von Boeselager und Kampmann 13.7.1956. fol. 4, Anlagen fol. 5-8; Dr. Rombach überreicht an die obengenannten die vom Verteidigungsminister Minister übersandte Neufassung der Nummer 63ff. der Bestimmungen für Aufbau und Arbeitsweise der Annahmeorganisation. Anlage ebendiese.

[899] Leiter der Annahmeorganisation, Ref. Recht, Verteiler LAW Annahmestellen, betr. Ungültige Interviewschemata, Köln, den 13.8.1956.

[900] Vgl. Interne BDP-Nachrichten VII/4 (1956) S. 12.

[901] Vgl. Interne BDP Mitteilungen VIII/3 (1957) S. 1.

[902] Vgl. Interne BDP Mitteilungen VIII/2 (1957) S. 1.

2.8. Fazit

"Wer bestimmt, was 'eine autoritäre Persönlichkeit' ist? Stimmen Sie, Herr Adorno darin mit der Dienststelle überein? Von den Bewerbern werden doch später autoritäre Züge verlangt", fragte Curt Bondy anlässlich der Tagung des Psychologischen Studienkommission am 5. Juli 1954.[903] Bondy benannte eine paradoxe Situation. Vieles spricht dafür, dass die Welten der deutschen Militärs, der Wehrpsychologen, der deutschen akademischen Psychologie und der remigrierten Soziologen des Frankfurter Instituts für Sozialforschung einander fremd waren.

Einem deutschen Soldaten einen Fragebogen zur Messung autoritärer Charakterzüge vorzulegen, erschien diesem Mitte der fünfziger Jahre als "Zumutung". Die Kooperation des Instituts für Sozialforschung war trotz der ausgereiften Gedanken bei der Abwägung des Pro und Contra eines solchen Engagements von einem naiven Vertrauen in die Möglichkeiten der "Administrative Research" getragen, das in diesem speziellen Fall wohl eher an den amerikanischen Erfahrungen und Möglichkeiten der Institutsmitglieder, denn an der deutschen Realität orientiert war. Wenn auch innerhalb des Instituts für Sozialforschung der angestrebten Studie nicht die Bedeutung beigemessen wurde, wie zuvor dem Gruppenexperiment, so bestand doch ein starkes inhaltliches Interesse, da man überzeugt war, mit der F-Scale ein wirksames Instrument anbieten zu können, das autoritäre, antidemokratische Charaktere aus dem Kreis eines zukünftigen Offizierskorps fernhalten könne, worin man im Institut eine wichtige "volkspädagogische" Maßnahme sah. Es war optimistisch zu glauben, am Aufbau der Nachfolgearmee der nationalsozialistischen Wehrmacht mit einem Instrument wie der f-scale mitwirken zu können. Dass die f-scale in Amerika im Zuge ihrer breiten Rezeption auch im militärischen Sektor z. B. in einer Studie anwendbar war, die die Änderung autoritärer Einstellungen von Rekruten im Laufe ihrer Ausbildung untersuchte, konnte augenscheinlich auf die deutschen Verhältnisse Mitte der 1950er noch nicht übertragen werden. Zu groß waren die Widerstände. In Deutschland wurde die f-scale und das Konzept der *Autoritären Persönlichkeit* von militärischer Seite als "Zumutung" zurückgewiesen, auch wenn Adorno sich um eine noch so behutsame Übersetzung bemühte und versuchte, in der „Sprache der Vögel" mit den Offizieren zu sprechen. Diese Ablehnung brachten ihr aber nicht nur Soldaten entgegen, sondern, wie der Freiburger Pre-Test an einer Gruppe von Studenten belegt, auch Mitglieder der jüngeren Generation, die mit Aversion und Abwehr reagierte. Der Pre-Test, den das Freiburger Psychologische Institut durchführte, zeigte wie aversiv die mehrheitlich aus Psychologiestudenten bestehende Probandengruppe auf das

[903] Protokoll der Sitzung der Psychologischen Studienkommission am 5.7.1954, IfSA, A 20, Projekt "14" Vorarbeiten, S. 24.

Instrument reagierte. Vom Standpunkt des Instituts für Sozialforschung aus gesehen, hat das die Notwendigkeit bestärkt, das Instrument zu verfeinern und weiter anzuwenden.
Die Kooperation zwischen dem Institut für Sozialforschung ist nicht ausschließlich an den inhaltlichen Vorbehalten der Militärs gegen die angebotenen Instrumente gescheitert, sondern auch, weil man trotz des umsichtigen institutspolitischen Umgangs den falschen, da schwachen Kooperationspartner innerhalb des Amtes Blank gewählt hatte und Fehleinschätzungen über die Kooperationsbereitschaft der Mitarbeiter der militärischen Abteilung unterlag.

Als eine zentrale Person hat sich im Verlauf der Untersuchung der Leiter des Studien-Bureaus, Joseph Pfister, erwiesen. Mit ihm stand und fiel das ganze Verfahren psychologischer Negativauslese bei der Aufstellung der Bundeswehr. Seine Einstellung zu wissenschaftlichen Verfahren erweckt mitunter den Anschein naiver Wissenschaftsgläubigkeit. Pfisters positive Hervorhebung “objektiver” oder “modernster wissenschaftlicher” Verfahren war nicht nur rhetorisches Beiwerk von Anträgen und Denkschriften bzw. zur Verteidigung “seiner” Verfahren, sondern entsprach seinem Verständnis von Wissenschaft und Fortschritt. In der Überschätzung dessen, was Psychologie und Soziologie zu leisten vermögen, gleicht Pfisters Einschätzung der der militärischen Mitarbeiter – nur unter umgekehrten Vorzeichen.
Pfister war trotz des manchmal übersteigerten Tonfalls und einem leichten Hang zur Selbstüberschätzung – man denke hier an die Vielzahl und Vielfalt der ursprünglich von ihm konzipierten Projekte – ein umtriebiger und keinesfalls unoriginelle Wissenschaftsadministrator, bis seine Kollegen ihn kaltzustellen begannen. Er beherrschte den Umgang mit Wissenschaftlern und setzte deutliche Akzente in der Auswahl derjenigen, mit denen er zusammenarbeitete. Seine konzeptionellen Vorstellungen über eine neue Militärpsychologie konnten sich durchaus sehen lassen und waren anders als die zahlreichen Denkschriften, die die ehemaligen Wehrpsychologen anfertigten, nicht vergangenheitsorientiert. Die von Pfister vorgelegte Konzeption sah eine ausdifferenzierte Aufgabenstruktur vor, die von einem verhältnismäßig kleinen Team in Angriff genommen werden sollte. Der Rest der anfallenden Aufgaben sollten per Auftragsvergabe an zivile Institutionen erledigt werden. Der Versuch, die alte Wehrpsychologie herauszuhalten und statt ihrer eine geringe Zahl von Psychologen auf dem “freien Markt” mit Zeitverträgen zu rekrutieren, ist möglicherweise Ursache für die massive Intervention der Berufsverbände gegen das in der Annahmeorganisation praktizierte Verfahren durch den BDP und die DGfP, da in deren Interesse weder ein von Laienhand praktiziertes Verfahren noch eine Bundeswehr lag, die keinen psychologischen Apparat besitzt.
Pfisters Scheitern innerhalb des Amtes Blank ist auf seine Stellung als “Fremder” in der

militärischen Abteilung zurückzuführen. Er war in dieser Abteilung in vielerlei Hinsicht ein "Sonderling". Er besaß eine nicht abgeschlossene akademische Ausbildung, sein beruflicher Lebenslauf war nicht stetig verlaufen, zudem hatte er bis auf einen zweijährigen Militärdienst ausschließlich zivile Anstellungsverhältnisse gehabt. Der militärische Rang im Krieg war nicht hoch genug gewesen, um im sozial-elitären Umfeld der militärischen Abteilung des Amtes Blank akzeptiert zu werden. Hinzu kam, dass er Katholik war, was in der konfessionell nicht ausgewogenen militärischen Abteilung bei einigen seiner Kollegen Misstrauen schürte. Bei ihren Recherchen über Pfisters Vergangenheit hatten die Vertreter des Konzepts vom "Staatsbürger in Uniform" ihren unterschwelligen antiintellektuellen, antiamerikanischen und feindseligen Ressentiments freien Lauf gelassen: Sein langes Studium kommentierten sie hämisch, Pfisters Beschäftigung in dem Münchener Filminstitut in der Nachkriegszeit habe darin bestanden, "dauernde Vermerke über Gespräche und Aufträge" zu machen, "aber nichts wirkliches zu leisten", noch schlimmer, er sei damals "als überzeugter Pazifist, Soldatenhasser und Anhänger der reeducation [!] aufgetreten".[904] Nach dem Krieg "beim Ami" beschäftigt und für die Reeducation gewesen zu sein, verstärkte das Misstrauen seiner Kollegen. Diese von seinen Kollegen nicht geschätzte Tätigkeit zu perpetuieren, indem Pfister mit Stephanie Krenn eine Psychologin als Gutachterin verpflichtete, die ebenfalls bei OMGUS und HICOG gearbeitet hatte, verschärfte die Vorurteile seiner Kollegen nur noch. Schließlich erfreute sich Pfister allem Anschein nach guter Verbindungen zu den zivilen Teilen der Verwaltung, sowohl im Amt Blank, als auch außerhalb. Demgegenüber beschränkte Pfister seine Kooperation innerhalb der militärischen Abteilung auf die unmittelbar mit seinen Aufgaben in Verbindung stehenden Unterabteilungsleiter und Referate. Die Konkurrenz zu Wolf Graf Baudissin nicht durch eine stärkere Kooperation abgebaut zu haben, hat Pfisters Verfahren schließlich zu Fall gebracht, denn die durch Baudissin geprägten Leitbilder bestimmten Richtlinien und Vorgehen des Personalgutachterausschusses.

Die Aufnahme der Verfahren durch die Militärs ist vor allem deshalb aussagekräftig, weil die Verfahren darauf angelegt waren, von Laien angewendet zu werden. In gewissem Sinne hatte die Ablehnung des Expertenwissens, das mit den eigenen Vorstellungen von Eignung und Charakter konkurrierte, dazu geführt, dass über eine Reihe pragmatischer Vorschläge zur Erhöhung der Akzeptanz die schließliche Anwendung bei den Militärs lag. Zunächst wurde die Barriere des Alters aufgebaut, da ältere Offiziere nur durch ältere Psychologen geprüft und gelehrt werden könnten. Damit war das Angebot, was Zahl und Ausrichtung möglicher Kandidaten betrifft, einseitig auf die "bewährten" Praktiker, sprich in erster Linie

[904] Vermerk Will/Pollmann 17.11.1955 BA-MA N 717/5, zit. nach Meyer: Zur inneren Entwicklung, S. 908.

ehemalige Wehrpsychologen, reduziert. Dann wurde mit dem Argument der knappen Kasse eine breite Einstellung von Psychologen im Annahmeverfahren verhindert, was die Befürworter psychologischer Verfahren zur Negativauslese auf den Gedanken brachte, die Prüfoffiziere selbst dieses Geschäft erledigen zu lassen. Schließlich wurden auch noch die "echten" psychodiagnostischen Tests aus Kostengründen eingespart, so das alle Kompetenzprobleme, die zwischen Offizieren und Psychologen entstehen konnten, beseitigt waren.
Für bestimmte Zwecke wie die Auswahl von jungen Offiziersanwärtern allerdings wurde psychologisches Expertenwissen als funktional betrachtet. Das erklärt, warum nach Kappung des Interviewverfahrens schließlich ein Vertreter der Wehrmachtspsychologie eingestellt wurde. Allerdings stellte man mit Gotthilf Flik einen Vertreter ihrer psychotechnischen, apparateorientierten Richtung ein. Damit setzte die militärische Seite ihre Vorstellung von einer technokratisch-funktionalen Lösung durch und schrieb gleichzeitig über diesen Konflikt auch die Position des Psychologen in subordinierter Stellung fest und wehrte sich erfolgreich gegen den Versuch, über die zivile Beschäftigung von Psychologen den Primat des Politischen *und* des Zivilen über das Moment verwissenschaftlichter Kontrolle zur stärken.
Die Einstellung der Militärs zu den psychologischen Verfahren selbst war widersprüchlich. Einerseits handelte es sich offensichtlich um ein ressentimentbehaftetes Thema, verbunden mit irrationalen Ängsten vor Kontrolle und dem Blick in das Innerste. Das Vertrauen gegenüber wissenschaftlichen Experten war darum eingeschränkt. Paradoxerweise verband sich diese Einstellung häufig mit einer geradezu naiven Wissenschaftsgläubigkeit, die alles, was Wissenschaftler versprachen, auch für machbar hielt.
Was die Militärs gegen die Anwendung bestimmter Methoden, wie den Einsatz von Fragebögen – sobald sie nicht mehr dem militärischen Zweck der Informationsbeschaffung über Dienstlaufbahnen etc. dienten – einnahm, war die Assoziation zum Thema Entnazifizierungsverfahren. Die aversive Haltung gegenüber einer im Wortsinn "peinlichen Befragung" zeigt sich in einer Vielzahl von Äußerungen. Das Interview, in dem persönliche Äußerungen gefragt waren, wird als "Verhör", "Test" und "Prüfung" verstanden, ganz gegen die Intention der Autorin. Bezeichnenderweise wurde das Verfahren häufig mit "Unehrlichkeit" in Verbindung gebracht, z. B. indem die Fragen als „Chok-„ und "Trickfragen" denunziert wurden. Dem "unehrlichen" formalisierten Verfahren stellten die Militärs das Ideal eines offenen und ehrlichen Gesprächs unter erfahrenen Kameraden entgegen.
Allerdings bewertete ein Teil der Prüfoffiziere das Interview als positives Mittel zur Einschätzung des Bewerbers. Die Zustimmung zum Interviewverfahren nimmt mit zunehmender Distanz zum Annahmeverfahren ab. Die Rolle des Personalgutachterausschusses als gemischt zivil-militärisches Gremium sticht hier besonders hervor. Das Gefecht des Personalgutachterausschusses gegen das Interview im Annahmeverfahren richtete sich durch-

schaubar gegen das als “Test” verstandene Interview als solches, was seinen sprechenden Ausdruck in der Selbstbezeichung des PGA-Unterausschusses als “Anti-Testausschuss” fand. Der Personalgutachterausschuss vertrat und forderte einen zum Teil traditionellen soldatischen Wertekodex ein, der ihm in dem Interview zu wenig bis gar nicht zum Tragen kam. Die gegen das Interview stark gemachten Argumente sind in ihrer taktischen Natur nur zu durchschaubar. Die Wirkung der Intervention des Personalgutachterausschusses zugunsten eines kameradschaftlichen, von Rücksicht und Vertrauen geleiteten Gesprächs den Vorrang vor einem ausgeklügelten System von Fragen, das durchaus geeignet war, den Bewerber in Widersprüche zu verwickeln, ist nicht klar zu bestimmen, doch ist ein Rückschritt hinter den bereits erreichten Stand eines formalisierten und praktikablen Verfahrens nicht von der Hand zu weisen.

Zur Anwendung kam bezüglich der politischen Zielsetzung, nämlich Einstellungen von Antidemokraten zu verhindern, nur das totalitarismustheoretische Konzept in einer eigentümlichen, den Belangen der Militärs angepassten Art und Weise. Hier zeigt sich, dass die Vorstellung von “Objektivität” bei Pfister und Krenn einerseits und den Militärs andererseits verschieden war. Dass es Einstellungen und Dispositionen sein könnten, die das Handeln usw. leiten, ist eine Vorstellung, die den Militärs zutiefst fremd war. Was zählt, sind objektiv erfassbare Gegebenheiten wie Mitgliedschaften. Selbst aber das Konzept der wehrhaften Demokratie legte man einseitig nach militärischen Opportunitäten aus, wie die verschiedene Behandlung von SRP- und KPD-Mitgliedern z. B. belegt.

Schließlich ist noch die Frage der Auswirkungen auf das Feld der Wissenschaft zu klären. Pfisters Versuch, in einem zentralen Bereich, in dem sich seit den zwanziger Jahren mit der Psychologie eine wissenschaftliche Disziplin etabliert hatte, eine weitere Disziplin, nämlich die Soziologie, zu etablieren, ist an den äußeren und inneren Widerständen gescheitert. Sie scheiterte äußerlich an der Attacke der organisierten Scientific Community, sowie am innerinstitutionell auftretenden Widerstand der militärischen Experten. Inwiefern dieses Vorgehen koordiniert war, konnte nicht geklärt werden. Die Motivation zur Intervention von BDP und DGfP bildete deren berufständisches Interesse an der Einrichtung von Stellen. Ein zweiter berufspolitischer Grund für die scharfe Intervention ist in der Anwendung psychologischer Verfahren durch Laien, gegen das sich die Verbandsvertreter schon in der Psychologischen Studienkommission eingesetzt hatten, zu sehen.

Die innere Entwicklung in der Studienkommission lässt Rückschlüsse über die Stellung der Remigranten in der Nachkriegswissenschaftslandschaft zu. Adorno konnte seine Vorschläge nicht mit der gleichen Autorität vortragen, wie seine Kollegen. Die Kritik setzt frühzeitiger an und war von Ressentiments nicht ganz frei. Die Vertrautheit mit den Verfahren der Kollegen durch eine gemeinsame Vergangenheit und gemeinsam angewandte Verfahren erzeugten

ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das bewirkt, dass Lersch und Heiss z. B. noch nicht mal daran dachten, sich gegenseitig kritische Fragen bezüglich Graphologie, physiognomischen Ansätzen und Charakterologie zu stellen, wohl aber, wenn Adorno mit einem Fragebogen zu Einstellungsmustern ein Instrument vorlegte, das den Psychologen noch fremd war. Die Kritik, die daran geäußert wurde, gab sich vordergründig als kritische Nachfrage zur Methode. Es zeigte sich jedoch spätestens bei der Intervention der Fachverbände gegen die "unwissenschaftlichen Gesinnungsfragen" im Interview-Schema, wie tief die Vorbehalte, die sich auch gegen den Inhalt der Fragen richteten, saßen. Inhaltlich war diese Intervention auch von gänzlich entgegengesetzten vergangenheitspolitischen Grundhaltungen geprägt. Wo die Remigranten auf den Ausschluss antidemokratischer Bewerber setzten, befürworteten die Dagebliebenen deren Integration, wohlwissend, dass dies der berufs- und standespolitisch komfortablere Weg war, weil er auf die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Disziplin Psychologie im Nationalsozialismus ebenso wie auf eine Auseinandersetzung mit der Wirkung ihres bevorzugten Aufgabenfeldes verzichtete.

Die Intervention der Fachverbände und der militärischen Experten führte dazu, dass eine überkommene wissenschaftliche Schule wieder Einzug erhielt, obwohl die Fachdebatte bereits eine andere Richtung einzuschlagen begann. Die bis dahin dominanten Charakterologen und Ganzheitspsychologen gerieten zunehmend in die Defensive. Allerdings kehrten auch die Wehrpsychologen nicht alle zurück. Mit der Verpflichtung des eher psychotechnisch orientierten Experten für die Spezialistenuntersuchungen, Gotthilf Flik, zum Aufbau des Psychologischen Dienstes der Bundeswehr war die Orientierung auf das modernere Feld der Testdiagnostik nicht verbaut.

Unter diesen Vorzeichen erfolgte eine Modernisierung beim Wiederaufbau der Wehrpsychologie, deren signifikantes, auch institutionelles Zeichen die Ausdifferenzierung der Anwendungsfelder in den 60ern ist, so dass sich die Modernisierungskonzepte Pfisters unter Ausblendung der politisch-soziologischen Elemente letztlich doch durchgesetzt haben.

3. Das politische Bewusstsein von Wehrmachtsveteranen – Eine soziologische Untersuchung im Verband der Heimkehrer 1956-1960

3.1. Einleitung

Das Kapitel untersucht die Studie, die das Frankfurter Institut für Sozialforschung für die Bundeszentrale für Heimatdienst (BzH) über das politische Bewusstsein der Mitglieder des Verbandes der Heimkehrer (VdH) anfertigte. Zweck der Untersuchung war es, Aufschlüsse über antidemokratische Einstellungen der Verbandsmitglieder zu erhalten, die im Rahmen der politischen Bildungsarbeit der BzH mit dem VdH rückgekoppelt werden sollten, um die Arbeit zu optimieren und einem Trend zur Renazifizierung der Bundesrepublik entgegenzuwirken.

3.2. Forschungsstand

Die Kriegsgefangenen und Spätheimkehrer als Gegenstand des dritten Kapitels bildeten in der jungen Bundesrepublik eine wichtige soziale Gruppe, die spezifische Erfahrungen in der Gefangenschaft gemacht hatte.[905]

In kulturgeschichtlicher Perspektive sind die neueren Arbeiten von Moeller und Biess hervorzuheben, die die Bedeutung des Heimkehrer-Diskurses für die Remaskulinisierung der westdeutschen Gesellschaft und in vergangenheitspolitischer Hinsicht betonen.[906] Unter den Verbänden, die ehemalige Wehrmachtssoldaten zusammenfassten, war der Verband der Heimkehrer einer der größten. Im Jahr 1956 hatte er annähernd 500.000 Mitglieder. Er bildet damit einen Teil der Veteranen- und Soldatenkultur der Nachkriegszeit, die jüngst von Manig, Kühne und Echternkamp untersucht wurde.[907] Die Verbandsstruktur der Veteranen

[905] Vgl. zur Lagersituation der Gefangenen in der Sowjetunion Andreas Hilger: Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion 1941-1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung. Essen 2000 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte – Neue Folge; 11); das Problem der Heimkehrer thematisiert auch Albrecht Lehmann: Gefangenschaft und Heimkehr. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion. München 1986, besonders S. 128-179, sowie Arthur L. Smith: Heimkehr aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen. München 1985 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte; 51).

[906] Robert G. Moeller: War Stories. The Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany. Berkeley, Los Angeles, London 2001; Frank Biess: Homecomings. Returning POWs and the Legacies of Defeat in Postwar Germany. Princeton, Oxford 2006.

[907] Bert-Oliver Manig: Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik. Göttingen 2006 (Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen; 22); Thomas Kühne: Zwischen Vernichtungskrieg und Freizeitgesellschaft. Die Veteranenkultur in der Bundesrepublik 1945-1991, in: Klaus Naumann (Hg.): Nachkrieg in Deutschland. Hamburg 2001, S. 90-113; ders.: Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges im 20. Jahrhundert. Göttingen 2006 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 173); ders.: Kameradschaft – "das beste im Leben eines Mannes. Die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs in erfahrungs- und geschlechtergeschichtlicher Perspektive, in: GG 22, 1999, S. 504-529; vgl. auch

und Soldatenverbände in der jungen Bundesrepublik war einerseits der Durchsetzung sozialpolitischer Interessen geschuldet. Die verschiedenen Verbände organisierten zu diesem Zweck die ehemaligen Wehrmachtssoldaten, aber auch die Angehörigen der Waffen-SS und vertraten sie sozialpolitisch gegenüber Parteien, den Parlamenten, sowie der Regierung. Daneben leisteten sie einen Beitrag zu politischen Integration der Veteranen, vor allem auch, indem sie deren politisch häufig revisionistische Vergangenheitsdeutung popularisierten. Schwelling betont die Bedeutung der erinnerungspolitischen Arbeit des Verbandes der Heimkehrer, der Zusammenarbeit mit den Institutionen der politischen Bildung in Deutschland und zieht insgesamt ein positives Fazit, was die Bedeutung des VdH für die politische und gesellschaftliche Integration der Gruppe der Wehrmachtsveteranen betrifft. Schwelling berücksichtigt in ihrer Untersuchung auf breiter Quellenbasis auch die Organisationsgeschichte des VdH. [908] Die innere Kohäsion im Feld der Heimkehrer und insbesondere des VdH sowie die ideologische Geschlossenheit lässt sich gut unter Rückgriff auf die wegweisenden Studien Kühnes erklären.[909] Ein Merkmal der Politik des Verbandes der Heimkehrer war die Selbstviktimisierung der Deutschen und die Stilisierung als Opfer und Überlebende des Totalitarismus, besonders bei denjenigen Heimkehrern, die aus der Sowjetunion wiedergekehrt waren.[910] Dies ist vor dem Hintergrund der vergangenheitspolitischen Debatten um die Rehabilitierung der deutschen Soldaten und inhaftierten Kriegsverbrecher als Voraussetzung für die Wiederbewaffnung Deutschlands von besonderer Bedeutung.[911] Wissenschaftsgeschichtlich und aus der Perspektive einer Expertengeschichte sind die Heimkehrer von Goltermann anhand des psychiatrischen Diskurses in geschlechtergeschichtlicher Hinsicht untersucht worden.[912] Die soziale Konstruktion bestimmter Krankheits-

---

Jörg Echternkamp: Mit dem Krieg seinen Frieden schließen. Wehrmacht und Veteranenkultur 1945-1960, in: Thomas Kühne (Hg.): Von der Kriegskultur zur Friedenskultur? Zum Mentalitätswandel in Deutschland seit 1945. Münster 2000, S. 94-109.

[908] Birgit Schwelling. Heimkehr – Erinnerung – Integration. Der Verband der Heimkehrer, die ehemaligen Kriegsgefangenen und die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft. Paderborn 2010.

[909] Vgl. Kühne: Kameradschaft, passim.

[910] Robert G. Moeller: Geschichten aus der Stacheldrahtuniversität. Kriegsgefangene im Opferdiskurs der Bundesrepublik, in: WerkstattGeschichte 26, 2000, S. 23-46; ders.: Deutsche Opfer, Opfer der Deutschen. Kriegsgefangene, Vertriebene, NS-Verfolgte: Opferausgleich als Identitätspolitik, in: Klaus Naumann (Hg.): Nachkrieg in Deutschland. Hamburg 2001, S. 29-58; ders.: Remembering the War in a Nation of Victims. West German Pasts in the 1950s, in: Hanna Schissler (Hg.): The Miracle Years. A Cultural History of Western Germany, 1949-1989. Princeton, Oxford 2001, S. 83-109; Thomas Kühne: Die Viktimisierungsfalle. Wehrmachtsverbrechen, Geschichtswissenschaft und symbolische Ordnung des Militärs, in: Michael Th. Greven und Oliver von Wrochem (Hg.): Der Krieg in der Nachkriegszeit. Der zweite Weltkrieg in Politik und Geschichte der Bundesrepublik. Opladen 2000, S. 183-196; Frank Biess: Survivors of Totalitarianism. Returning POWs and the Reconstruction of Masculine Citizenship in West Germany, 1945-1955. in: Hanna Schissler (Hg.): The Miracle Years. A Cultural History of Western Germany, 1949-1989. Princeton, Oxford 2001, S. 56-82; ders.: Vom Opfer zum Überlebenden des Totalitarismus. Westdeutsche Reaktionen auf die Rückkehr der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion, 1945-1955, in: Günter Bischof und Rüdiger Overmans (Hg.): Kriegsgefangenschaft im Zweiten Weltkrieg. Eine vergleichende Perspektive. Ternitz-Pottschach 1999, S. 365-389.

[911] Vgl. hierzu Norbert Frei: Vergangenheitspolitik, S. 133-306, Brochhagen: Nach Nürnberg, S. 196-212.

[912] Svenja Goltermann: Verletzte Körper oder "Building National Bodies". Kriegsheimkehrer, "Krankheit" und Psychiatrie in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft 1945-1955, in: WerkstattGeschichte 24, 1999, S. 83-98; dies.: Die Beherrschung der Männlichkeit. Zur Deutung psychischer Leiden bei den Heimkehrern des Zweiten

bilder steht im engen Zusammenhang mit den Strategien der Viktimisierung der Deutschen und ist in diesen Kontext einzuordnen. Ebenfalls in geschlechtergeschichtlicher Perspektive hat Moeller die "Wiedervereinigung" der Familien auf der Grundlage einer Auswertung des zeitgenössischen Pressediskurses untersucht.[913] Auf die Gruppenexperimente, die das Frankfurter Institut für Sozialforschung mit Mitgliedern des Verbandes der Heimkehrer durchführte, ging erstmals Naumann in einer Untersuchung der Spätheimkehrer detaillierter ein, wobei er besonders der Frage nachging, die auch in diesem Kapitel eine Rolle spielt, nämlich inwiefern sich im politischen Bewusstsein der Heimkehrer ein Ballast nationalsozialistischer Ideologie gehalten hat. Auch bei Schwelling finden die Gruppenexperimente, die das IfS im VdH durchführte, Erwähnung.[914] In seiner breiteren Untersuchung zur Generationengeschichte der Bundeswehrelite hat Naumann einzelne Gruppendiskussionen des 1950/51er *Gruppenexperiments*, die mit ehemaligen Wehrmachtsangehörigen durchgeführt wurden, einer Sekundäranalyse für seine Studie unterzogen.[915] Wichtig für die Kontextualisierung der Untersuchungen des Instituts für Sozialforschung im Verband der Heimkehrer ist die Studie Widmanns, der mit seiner Untersuchung der Bundeszentrale für politische Bildung, die bis Anfang der 60er unter dem Namen Bundeszentrale für Heimatdienst arbeitete, grundlegende Organisationsstrukturen der Behörde und der politischen Bildungsarbeit beleuchtet hat.[916] Wissenschaftsgeschichtlich relevant sind die Vorläuferstudien zur *Heimkehrerstudie,* die Bruno Bettelheim und Morris Janowitz im Rahmen der *Studies in Prejudice* über die *Dynamics of Prejudice* an amerikanischen Veteranen durchführten.[917]

Weltkriegs 1945-1956, in: Feministische Studien 18, 2000, 7-19; dies.: Im Wahn der Gewalt. Massentod, Opferdiskurs und Psychiatrie 1945-1956, in: Klaus Naumann (Hg.): Nachkrieg in Deutschland. Hamburg 2001, S. 343-363; dies.: Die Gesellschaft der Überlebenden. Deutsche Kriegsheimkehrer und ihre Gewalterfahrungen im Zweiten Weltkrieg. Stuttgart ^{2}2009.

[913] Robert G. Moeller: "The Last Soldiers of the Great War" and Tales of Family Reunions in the Federal Republic of Germany, in: Signs 24, 1998, S. 129-145.

[914] Klaus Naumann: "Brave Nazis" für die Bundeswehr? Rußlandheimkehrer als Generäle und Offiziere der bundesdeutschen Streitkräfte, in: Zeitgeschichte 30, 2003, S. 211-223.

[915] Klaus Naumann: Generale der Demokratie. Generationsgeschichtliche Studien zur Bundeswehrelite. Hamburg 2007, S. 40-95.

[916] Benedikt Widmann: Die Bundeszentrale für politische Bildung. Ein Beitrag zur Geschichte staatlicher politischer Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/Main u.a. 1987 (Beiträge zur Politikwissenschaft; 35).

[917] Bruno Bettelheim und Morris Janowitz: Dynamics of Prejudice. A Psychological and Sociological Study of Veterans. New York 1950 (Studies in Prejudice), in deutscher Teilübersetzung auch in dem Raubdruck der Übersetzungsauszüge, die das Institut in den 1950er angefertigt hatte, vgl [dies.]: Dynamik der voreingenommenen Charakterstruktur, in: Theodor W. Adorno und andere: Der autoritäre Charakter. Studien über Autorität und Vorurteil. Band 2. Amsterdam 1969, S. 85-145 (Schwarze Reihe; 7).

3.2. Die Rezeption des Gruppenexperiments durch Experten der Bundeszentrale für Heimatdienst

Auf der bereits geschilderten Expertentagung im Mai 1953 mit Vertretern aus der Praxis von Behörden und Verwaltungen kam es zu einem ersten Kontakt zwischen der *Bundeszentrale für Heimatdienst*, also der späteren *Bundeszentrale für politische Bildung* und dem Frankfurter *Institut für Sozialforschung.* Auf der Tagung stellten die Nachwuchswissenschaftler des Instituts die Ansätze und Methoden des *Gruppenexperiments* und des Gruppendiskussionsverfahrens vor.[918] Einer der Teilnehmer war Walter Jacobsen, zu diesem Zeitpunkt Leiter der Referats Psychologie der *Bundeszentrale für Heimatdienst* (BzH).[919] Seine Aufgaben bestanden in der Entwicklung indirekter Methoden zur Beobachtung, Beeinflussung und Bekämpfung von Vorurteilen und Ressentiments, unter anderem des Antisemitismus. Jacobsen, dessen abwechslungsreiche Biographie ein eigenes Thema wäre, war Psychologe, und als solchem stand ihm im Nationalsozialismus die Welt der angewandten Psychologie offen; 1937 allerdings wanderte er nach Stockholm aus, wo er bis 1942 als Industriepsychologe arbeitete. Bereits 1942 kehrte er jedoch nach Deutschland zurück und arbeitete regimenah für ein Jahr für das *Arbeitswissenschaftliche Institut der Deutschen Arbeitsfront*,[920] danach als Personalchef eines Hamburger Unternehmens. Nach dem Kriege kurzfristig interniert, gehörte er zu den Mitbegründern des *Berufsverbandes Deutscher Psychologen*, dessen Vorsitzender er bis 1949 war. Nach kurzer Beschäftigung im Personalamt der Stadt Frankfurt und bei der Verwaltungsakademie Speyer wurde er 1952 Abteilungsleiter bei der Bundeszentrale für Heimatdienst.[921] Nach seiner Pensionierung gehörte er zu den Gründern der Sektion Politische Psychologie des BDP.[922]

Jacobsen, der sich auf der oben erwähnten Tagung durch eine Reihe kritischer Nachfragen sehr interessiert gezeigt hatte,[923] verfasste zur Nutzung innerhalb der Bundeszentrale für Heimatdienst einen Bericht, in dem er die Inhalte der Tagung, den Ansatz und die Ergebnisse des *Gruppenexperiments* zusammenfasste.[924] Jacobsen lernte bei dieser Gelegenheit

[918] Vgl. zum Verlauf der Tagung das erste Kapitel der vorliegenden Studie.
[919] Widmann: Die Bundeszentrale für politische Bildung, S. 43.
[920] Zum Institut vgl.: Geuter, Ulfried: Das Institut für Arbeitspsychologie und Arbeitspädagogik der Deutschen Arbeitsfront. Eine Forschungsnotiz, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 1 (1987), H. 2, S. 87-95.
[921] Geuter: Professionalisierung.
[922] Walter Jacobsen. Bibliographie Politische Psychologie. Politische Psychologie in der Bundesrepublik Deutschland. Vorgeschichte und Bibliographie. Frankfurt/Main 1985.
[923] IfSA A 1, Ordner 1.2 Vorarbeiten, Gruppenexperiment, Stenographischer Bericht, Bericht und Aussprache über eine Studie mit dem Thema Verhalten und Meinungen charakteristischer Gruppen der westdeutschen Bevölkerung zu weltanschaulichen und politischen Fragen, Frankfurt, 15.5.1953, S. 27, S. 64f.
[924] BAK B 168/356 BzH, Bericht über die Tagung des Instituts für Sozialforschung am 15. und 16. Mai [1953] in Frankfurt/Main, Berichterstatter: Dr. Jacobsen, (Vertraulich), Anlage 1: Programm Abschrift, Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität. Bericht und Aussprache über eine Studie mit dem Thema:

neben dem Gruppenexperiment, dessen Intention er in der Erforschung der "Einstellung der Bevölkerung zur Demokratie, zur Besatzungsmacht, zum Kollektivschuldproblem und zum Antisemitismus" sah, auch die anderen laufenden Projekte, darüber wie Propagandasendungen der amerikanischen, englischen und russischen Besatzungsmacht auf die Rezipienten wirken, über Tagesprobleme der Frankfurter Studenten und ihre Einstellung zum Studium kennen sowie neben weiteren Projekten vor allem die sogenannte Oslo-Studie, die das IfS gemeinsam mit Instituten aus sieben Ländern durchführte, in der es um die Untersuchung über politische Bedrohungsgefühle ging.[925] Jacobsen fasste die Referate von Diedrich Osmer über die Methode des Gruppenexperiments, von Hagens über typische Verhaltensweisen der Gruppen und Dr. von Haselbergs über das Schuldgefühl zusammen: "Dr. von Haselberg schilderte besonders die Äußerungen der Teilnehmer in Bezug auf das *Schuldgefühl* gegenüber dem Nationalsozialismus und Antisemitismus. Erst in der Analyse zeigt sich, wie im Mikroskop, wie hinter scheinbar belanglosen Sätzen und Vokabeln tatsächlich abgründige Einstellungen verborgen liegen. Sehr allgemein war die Tendenz zur Überdeckung, Verharmlosung geschehener Verbrechen."[926] Jacobsens Ansatz der Beobachtung und indirekten Bekämpfung antisemitischer Vorurteile entsprachen die Ergebnisse des Gruppenexperiments in zentralen Punkten. "Es ist unmöglich, die Schuldfrage zentral anzugehen. Ein Rechtsbedürfnis, sie zu klären, besteht nicht. Es gibt zwar so etwas wie Geständniszwang, aber nur auf kollektiver, als persönlich unverbindlicher Ebene – nirgends reicht es zu echten Verantwortungsgefühlen. Die Seele wird abgedichtet gegen bedrängende Vorstellungen." Die Beobachtungen insbesondere zu antisemitischen Projektionen und Beschuldigungen im Untersuchungsmaterial schienen Jacobsen anzusprechen, denn er hielt fest: "Dominierend kam zum Schluss immer wieder zur Geltung, 'irgendwie' hätten die Oppositionellen und die Juden doch selbst Schuld gehabt ('Warum waren sie dagegen?'). Mit Vorliebe wird 'aufgerechnet' gegen Sünden anderer (Betlehem-Kindermord, Lynchjustiz usw.), allgemein wünscht man tabula rasa zu machen."[927] Interessant sind die Übereinstimmungen zu den psychologisierenden Beobachtungen des *Gruppenexperiments*, etwa wenn Jacobsen auf das Sündenbock-Phänomen verweist oder wenn er konstatiert, dass der "'kleine Mann' [...] in neurotische Deckung" geht. Als Fachmann, der eine Anwendungsperspektive politischer Psychologie vertrat, stand er den Deutungen der Frankfurter Forscher

---

Verhalten und Meinung charakteristischer Gruppen der westdeutschen Bevölkerung zu weltanschaulichen und politischen Fragen, Frankfurt 15.5.1953.

[925] Vgl. IfSA, IfS: Die Wirksamkeit ausländischer Rundfunksendungen in Westdeutschland. [Frankfurt Main] 1952 [vervielfältigter Forschungsbericht]; IfS: Umfrage unter Frankfurter Studenten im WS 1951/52 [vervielfältigter Forschungsbericht] u.a. Studien. Vgl. hierzu: Alex Demirovic: Forschungsarbeiten, in: Mitteilungen des IfS, Heft 10/1999, S. 17-25.

[926] BAK B 168/356 BzH, Bericht über die Tagung des Instituts für Sozialforschung am 15. und 16. Mai [1953] in Frankfurt/Main, Berichterstatter: Dr. Jacobsen, (Vertraulich); S. 3.

[927] Ebd., S. 3.

als Peter Hofstätter. Doch Jacobsen hielt nicht nur Ergebnisse fest, sondern hatte auch kritische Bemerkungen zum Problem der "opinion leader" in Gruppensituationen und zum Problem der Schweiger in den Gruppen, deren Haltung er als "gewiss mehrdeutig zu bewerten einstufte", beizutragen.[928]

Aufmerksamkeit erregten bei Jacobsen eher die allgemeine Interpretationen der psychologischen Analyse von Diskussionsäußerungen. Denn Gerhard Schmidtchen hatte hervorgehoben, dass die "allermeisten Teilnehmer *gegen* die Juden, *gegen* die Demokratie, *gegen* die Mitschuldthese eingestellt" seien. Ein gewisses Misstrauen Schmidtchens schien die BzH oder zumindest Jacobsen zu teilen, hob er doch hervor: "Der größte Teil der Wähler besteht aus *unzuverlässigen* Demokraten. Es gab eine erschreckende Fülle von robusten antidemokratischen und inhumanen Äußerungen, da ja die persönlichen Zensuren gelockert waren, die Reputation ungefährdet blieb und niemand beim Wort genommen wurde. *Das gegen die Demokraten gerichtete Gesinnungspostulat wirkt für subversive Gruppen außerordentlich verlockend."*[929]

Als Hauptergebnisse des Gruppenexperiments hielt Jacobsen "1) eine große innere Schwachheit, 2) eine große Desorientiertheit, 3) eine große Anfälligkeit gegenüber Wirkungen von außen" fest. Er hielt es für erforderlich, zur "geistig-sittliche[n] Erneuerung" die "Mitleidensfähigkeit wieder zu wecken. Das ist wichtiger als sein Schuldgefühl zu pflegen. Man soll nicht unbedingt zu einem 'Pater peccavi' erziehen, sondern zu einem Weinenkönnen, zur Identifizierungsfähigkeit mit den leidenden Menschen."[930]

In seiner abschließenden Bewertung des Gruppenexperiments hob Jacobsen das Thema der Erforschung der Meinungsbildung in der Demokratie hervor. Konkret hielt er als Schlussfolgerungen für die Arbeit der Bundeszentrale für Heimatdienst folgendes fest: "Die Tagung lieferte durch ihre Referate und Diskussionen eine eindrucksvolle Bestätigung der Ansicht, daß noch ein langer Weg zurückzulegen ist, ehe man von einer Festigung des demokratischen Gedankens in Deutschland sprechen kann. Die verbreitete Neigung, auf antidemokratische Parolen hereinzufallen und gewissenlosen Demagogen Gefolgschaft zu leisten, ist in erschreckend hohem Maße offenbar geworden. In dieser Richtung macht sich auch eine Art von Solidaritätstendenz innerhalb der Menschengruppen geltend. Dahinter verbergen sich Ressentiments, geboren aus der Abwehr gegen drohende Schuldgefühle, und Geltungsaffekte, geboren aus enttäuschten Hoffnungen und Ambitionen. Als einziger Lichtblick trat die Aufgeschlossenheit eines größeren Teils der Jugend in Erscheinung. Die nach außen in Erscheinung tretende vorwiegende Anhängerschaft an die großen demokratischen Parteien

[928] Ebd., S. 4.
[929] Ebd., S. 4
[930] Ebd., S. 7.

darf nicht als ebenso verbreitete feste innere Verbundenheit und Überzeugtheit gedeutet werden. Sie ergibt sich aus der soziologischen Situation, d. h. sie würde sich bei deren Änderung sehr rasch als instabil erweisen. Hält man sich diese Erkenntnisse vor Augen, so wird es offenbar, wie umfangreich und heikel die Aufgabe ist, vor der die Bundeszentrale steht, und wie begrenzt ihre Möglichkeiten noch sind. Um allen gegenläufigen Tendenzen zum Trotz den demokratischen Gedanken populärer machen zu können und die mitbürgerliche Haltung Gemeingut werden zu lassen, wird es nötig sein, mit den Methoden und Erfahrungen des Horkheimer-Instituts sich ständig an den Analysen der Volksmentalität zu orientieren und unsere praktischen Maßnahmen unmittelbar aus dieser Beobachtung zu schöpfen. Die auftauchenden Probleme sind vielfach in psychologischer Hinsicht zu hintergründig, als daß sie allein durch die Bearbeitung kaufender Finanzierungsanträge zu lösen wären. Es bedarf m. E. eines ständig in Fluss gehaltenen Feldzugplanes, dessen Initiative einem Team obliegt, das durch büromäßige Geschäfte möglichst wenig abgelenkt zu werden braucht und zu dessen Entwicklung auch solche Sachverständige, wie sie in Frankfurt/Main ausgebildet werden, herangezogen werden können.“[931]

Im April 1956 griff Jacobsen seine Beobachtungen und Erfahrungen mit dem *Gruppenexperiment* wieder auf. Wahrscheinlich hatte er die Druckfassung mittlerweile gelesen, denn in der Bundeszentrale für Heimatdienst wurde kurze Zeit später eine Publikation zentraler Ergebnisse in der Beilage zur Zeitschrift “Das Parlament” erwogen und dann mit dem IfS intensiv diskutiert. Jacobsen sprach Anfang Juni 1956 mit dem IfS über die Veröffentlichungspläne und bis September verhandelten die Parteien darüber.[932] Nachdem Anfang Juli 1956 Horkheimer zunächst seine Zustimmung signalisiert hatte und sie kurz darauf noch mal in Frage stellte, appellierte der Direktor der Bundeszentrale für Heimatdienst, der Historiker Paul Franken, intensiv an das Institut, die Veröffentlichung doch noch einmal zu prüfen: “Der Umstand, daß die Politiker, Erzieher und Meinungsbildner diese wahren inneren Einstellungen und Wertungen im Volke zum großen Teil nicht kennen oder zumindest sehr oft falsch deuten, der Umstand, daß sehr häufig Vordergründiges als echte innere Einstellung mißdeutet wird, stellt eine latente Gefahr für die weitere Entwicklung der Verhältnisse in der Bundesrepublik dar.”[933] Jacobsen betonte, dass “manche Politiker bereits deutlich [empfinden], daß gefährliche Unterströmungen in der Meinungsbildung heranwachsen, doch fehlt ihnen die Möglichkeit, diese Gefahr genauer zu identifizieren oder gar zu belegen. Die durch das ‘Gruppenexperiment’ benutzte Methode hat nun einen Weg aufgezeigt, wie man ‘Hinter-

[931] Ebd., S. 7f.
[932] BAK 168/355, BzH, Dr. J[acobsen]/ M., Vermerk für Fräulein Dr. Körner, Bonn 28.6.1956; ebd., BzH, Dr. J[acobsen]/M, Vermerk für Fräulein Dr. Körner, Bonn den 2.6.1956; BAK 168/355, BzH, Dr. J./M. 6504, an Institut für Sozialforschung, Herrn Prof. Max Horkheimer, Bonn, den 6.7.1956.
[933] BAK B 168/355, BzH XII 1, 6504/3085/56, Franken, An das Institut für Sozialforschung, die Herren Prof. Dr. Max Horkheimer, Prof. Dr. Th. Adorno, Prof. Dr. F. Pollock [o.D.]

gründiges' in der sogenannte öffentlichen Meinung zum Vorschein bringen kann, – ja sie hat sogar bereits deutlich machen können, daß dieses Hintergründige die allerernsteste Betrachtung verdient." Franken wies die methodischen Einschränkungen, die die fachliche Kritik und die Reserviertheit des Instituts gleichermaßen widerspiegeln, insgesamt zurück und bemühte sich, diese Bedenken zu zerstreuen: "Einerlei, ob die Teilerhebungen nun repräsentative Querschnittgültigkeit besessen haben oder nicht, einerlei, ob sie heute noch ebenso ausfallen würden wie zur Zeit des Experimentes, einerlei auch, ob in den angewendeten Methoden noch diese oder jene Fehlerquelle enthalten ist: In jedem Fall dürfte dieser nachträgliche ausschnitthafte Einblick in die Volksmentalität von 1950/51 einen so außergewöhnlichen Informationswert besitzen, daß die Politiker, Pädagogen und verantwortlichen Meinungsbildner selbst dann für die Unterrichtung höchst dankbar sein würden, wenn sie ihnen, was die *Exaktheit* betrifft, nur *mit allergrößten Vorbehalten* zur Verfügung gestellt würden." Franken versuchte die Veröffentlichung damit schmackhaft zu machen, dass sie sich ja nicht an die breite Masse richte, sondern dass "Das Parlament" von einer "Elite" gelesen werde: "Diese Erwägung gibt mir Veranlassung, an Sie zu appellieren, die Frage der Veröffentlichung in der Beilage noch einmal von dieser Seite her zu prüfen. Wollen Sie dabei, bitte, vor allem bedenken, daß als Leser ja nicht die breite Masse angesprochen wird, sondern eine Elite: Der Empfängerkreis vom 'Parlament' besteht zu 90% aus Lehrern, Dozenten, Organisationsleitern, Politikern und Pfarrern." Nachdem Jacobsen am 20.9.1956 noch einmal persönlich mit Adorno konferiert hatte, schrieb Adorno einen zustimmenden Brief, in dem er die Publikation von Teilergebnissen gemeinsam mit Horkheimer wieder zustimmend bewertete. Im Ergebnis der Besprechungen mit Horkheimer und Jacobsen erstellte Adorno ein Gliederungsschema für den Auszug aus dem *Gruppenexperiment* für "Das Parlament". Zuerst wollte er die Problematik des Begriffs der öffentlichen Meinung und die Praxis des Gruppendiskussionsverfahrens erörtern, um anschließend einzelne Beispiele für die quantitative Analyse zur Kategorie Demokratie zu referieren und exemplarische Beispiele für die qualitative Analyse zu den Kategorien "Kriegsschuld, Mitverantwortung an KZ- und Kriegsgreueln, Antisemitismus, deutsche Selbstbeurteilung" sowie Auszügen aus dem Kapitel "Schuld und Abwehr" mit Zitaten aus den Gruppendiskussionen zu erörtern.[934] Das Publikationsprojekt im "Parlament" wurde jedoch im Herbst beerdigt.

[934] BAK B 168/355, Institut für Sozialforschung, TWA, an BzH, Dr. Jacobsen, Frankfurt/Main, 25.9.1956.

3.3. Pläne für ein Gruppenexperiment im Verband der Heimkehrer

Der *Verband der Heimkehrer* (VdH), ein 1950 gegründeter Zusammenschluss von Landesverbänden und Ortsverbänden, in denen sich Kriegsheimkehrer, vor allem solche, die erst mit Verzögerung aus der Kriegsgefangenschaft und deren Angehörige zur Vertretung ihrer sozial- und allgemeinpolitischen Interessen zusammengeschlossen hatten, führte mit Unterstützung der BzH regelmäßig Diskussionswochen in Mehlem bei Bonn durch, auf denen Landesverbandsfunktionäre und Ortsvereinsvertreter politisch gebildet wurden. Die BzH versprach sich davon, Multiplikatoren in einem Bereich zu erreichen, die der politischen Ordnung der Bundesrepublik aus verschiedenen Gründen noch distanziert gegenüberstanden. Die Diskussionswochen, die unter dem Titel "Mehlemer Wochen" im Haus Steineck in Mehlem stattfanden, waren politische Bildungsveranstaltungen mit verschiedenen Referenten des VdH und der BzH sowie auswärtigen Experten. Sie referierten zu Themen wie "Die Realitäten der Gegenwart", "Die parlamentarische Arbeit" (nebst Besichtigung des Bundeshauses), "Das Vertriebenenproblem als europäische Schicksalsfrage", "Die Aufgaben der Bundeszentrale für Heimatdienst", "Das Kriegsgefangenen- und Kriegsverurteiltenproblem" oder die "Die historische Entwicklung der Vereinigten Staaten von Amerika".[935] Es gab aber auch praktische Einführungen in Methoden der "Pressearbeit und die Aufgaben der Werbung im Verband der Heimkehrer" oder "Kulturpolitische Aufgaben des Verband der Heimkehrer und die Gestaltung des Deutschland-Treffens". Daneben fanden soldatische Themen Beachtung wie "Die Stellung des Soldaten – morgen!", die auf einen zukünftigen Wehrbeitrag orientieren sollten. Es gab auch thematisch enger gefasste Tagungen, die sich konkreten Fragen der Wiederbewaffnung zuwandten, etwa eine Tagung zu Fragen der Wehrgesetzgebung, die der Vorbereitung einer Stellungnahme des Verbandes zur Wehrverfassung dienen sollte.[936]

Dem Ansinnen, das IfS mit einem Forschungsprojekt zu beauftragen gingen eigene Beobachtungen von BzH-Mitarbeitern voraus. Insbesondere der für den VdH zuständige Referatsleiter für Personenverbände, Josef Rommerskirchen, hielt seine Eindrücke, die er bei verschiedenen von der BzH geförderten Veranstaltungen im Rahmen der Mehlemer Wochen gewonnen hatte, wiederholt fest. Rommerskirchen beobachtete den Verband genau und folgte im Wesentlichen nicht den Selbstdeutungen des Verbandes und seiner Mitglieder, die eine Opferrhetorik pflegten und die Gesellschaft für ihre so wahrgenommene Außenseiterrolle verantwortlich machten: "Es darf wohl festgestellt werden, daß für ihr [der

[935] Näheres findet sich bei Schwelling: Heimkehr – Erinnerung – Integration, S. 189-229.
[936] Vgl. BAK B 168/24, Rommerskirchen, Vermerk, Betr. Verband der Heimkehrer/ Diskussionswoche vom 9.-16.1.1955 in Haus Steineck, Mehlem. In dieser Akte sind auch weitere ähnliche Programme enthalten, aus denen dieses Programm exemplarisch ausgewählt wurde.

Heimkehrer] Abseitsstehen weniger der Gesellschaft als solcher als vielmehr den Betroffenen selber ein Vorwurf zu machen ist. Zumeist handelt es sich um Menschen, die vor lauter Resignation nicht zu einer echten Aufarbeitung des Geschehenen kommen und deshalb auch mangels ehrlicher Selbstläuterung ihren inneren Standort innerhalb von Staat und Gesellschaft nicht finden. Das einzig Wertvolle ist, daß sie ihre 'schmollende Abständigkeit' auf die Dauer nicht ertragen und deshalb mehr und mehr aufschließen für den Anruf zur Mitverantwortung und Mitgestaltung."[937] Von Bedeutung war, dass Rommerskirchen in diesem und in den folgenden Vermerken das Fehlen einer wirklichen "Aufarbeitung" des Geschehenen bemängelte, was er als deutliches Defizit der Verbandsmitglieder bewertete, insbesondere was die mangelnde Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus betraf, und deren deutliche Distanz zur parlamentarischen Demokratie aus dieser fehlenden Vergangenheitsbewältigung ableitete: "Der Kreis der Angesprochenen setzt sich größtenteils aus solchen Menschen zusammen, die auf Grund ihrer Kriegs- und Nachkriegserlebnisse besonders skeptisch, oder auf Grund ihrer früheren Tätigkeit und ihrer entsprechenden Behandlung nach dem Kriege ressentimentgeladen sind. Es fällt ihnen schwer, mit den Erscheinungen und Maßnahmen des nationalsozialistischen Systems fertig zu werden, weil sie die Unvollkommenheit der heutigen Demokratie auf Grund ihres falschen staatlichen Ordnungsbildes und ihres Absolutheitsdenkens nicht in der erforderlichen Relativität zu würdigen wissen."[938] Rommerskirchen bewertete die Reaktionen der Teilnehmer der Mehlemer Diskussionswochen aus eigener Anschauung als vortragender Referent der BzH und beschrieb ihre Haltung aus der Haltung eines teilnehmenden Beobachters: "Die Teilnehmer der [...] Diskussionswoche, vor denen ich referieren und anschließend eine Aussprache leiten durfte, setzten sich fast ausnahmslos aus solchen Perfektionisten zusammen. Daß solchen Leuten, wenn sie keine rechte Beziehung zu höchsten Rechts- und Lebensgütern haben, die Diktatur mit ihren präzisen Sofortmaßnahmen vorteilhafter als die Demokratie mit der wesensgemäß komplizierteren Apparatur erscheint, ist bedauerlich, aber eine Realität. Solche Leute müssen, soweit sie überhaupt guten Willens sind, aber ebenso für die verantwortliche Mitarbeit in Staat und Gesellschaft gewonnen werden wie alle diejenigen, die zwar willig, aber noch nicht fähig sind."[939]

Rommerskirchen bewertete die Arbeit des Verbandes selbst durchweg positiv, während er ein waches Auge auf die Wahrnehmungsmuster seiner Mitglieder hatte und hierbei durchaus skeptische bis misstrauische Zwischentöne anklingen ließ. "Der Verlauf jeder neuen

[937] BAK B 168/24, Rommerskirchen, Vermerk, Betr: Verband der Heimkehrer – Förderung des demokratischen und europäischen Gedankens: 6. Diskussionswoche, Bonn 4.12.1954.
[938] Ebd..
[939] BAK B 168/24, Regismappe 7. VdH Diskussionswoche v. 9.-16.1.1955 Rommerskirchen, Vermerk, Betr. Verband der Heimkehrer/Diskussionswoche vom 9.-16.1.1955 in

Diskussionswoche hat nurmehr den Eindruck bestätigen können, daß es dem Verband tatsächlich gelingt, Außenseiter und Abständige für die Mitwirkung in der jungen Demokratie zu gewinnen. Gerade in Hinblick auf die Spätheimkehrer – es handelt sich dabei vielfach um durch das bolschewistische System zu langen Freiheitsstrafen verurteilte ehemalige Partei- und SS-Angehörige – muß festgestellt werden, daß bei ihnen eine Unmenge Ressentiments zu beseitigen ist, daß sie jedoch für überzeugende Argumente aufgeschlossen sind und sich selbst unliebsamen Erkenntnissen nicht verschließen."[940]

Rommerskirchens positive Einschätzung des Verbandes als Träger der politischen Bildungsarbeit war auf die Arbeit des Verbandes, die sich in Denkschriften und in der Trägerschaft für Maßnahmen der politischen Bildungsarbeit selbst niederschlug, zurückzuführen: "Der Verband bereitet derzeit eine ausführliche Denkschrift über den 'Standort der Kriegsgeneration' vor, die im Grunde nichts anderes als eine Zusammenfassung der Ergebnisse der bisherigen durchgeführten Diskussionswochen darstellt. Auch aus ihr ist ersichtlich, daß es dem Verband wirklich um eine politische Bildung sowohl in Hinblick auf die geistige Verarbeitung der jüngsten Vergangenheit als auch in Hinblick auf die Weckung von Verantwortungsfreudigkeit für zukünftige Mitarbeit im demokratischen Staate geht."[941]

Insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Lehrpersonal des VdH ermutigte Rommerskirchen, die Förderung des Verbandes und seiner politischen Bildungsarbeit fortzusetzen. Hierbei verwies er insbesondere auf den Kulturreferenten des Verbandes, Fritz Rabe. Dieser war, wie das IfS in Projektunterlagen zur Heimkehreruntersuchung später festhielt, der SPD nahe stehend und insofern in diesem eher konservativen Verband ein Vertreter fortschrittlicher Positionen: "Ich halte diese Förderung nach wie vor für dringend geboten, da es m. E. über die Diskussionswochen gelingt, die Anliegen unseres Hauses im Hinblick auf die Demokratie als Verfassungs- und Lebensform tief in Kreise hineinzutragen, die zumindest noch zu einem Teil der Denk- und Lebensweise des NS verhaftet sind. Der vorzügliche Leiter der Diskussionswochen, Herr Fritz Rabe, hat diese Plattform nicht nur unserem Hause selbst, sondern auch allen anderen auf dem Boden der Demokratie stehenden Referenten geöffnet. Er hält selber die geistige Konfrontation dieser unserer Wertewelt mit der des braunen und roten Totalitarismus für das entscheidende Anliegen der politischen Bildung heute."[942]

Zwei Monate vor der Aufnahme der Verhandlungen zum Publikationsplan für das Gruppenexperiment entwickelte Jacobsen die Idee zu einer Gruppenstudie beim Verband der Heimkehrer. In einem internen Papier, das an den Referatsleiter für Personenverbände,

[940] BAK B 168/24, Regismappe 11. Verband der Heimkehrer Diskussionswoche v. 21.-27.4.1955 in Mehlem Rommerskirchen, Vermerk Verband der Heimkehrer – 11. Diskussionswoche vom 21.-27.4.1955.
[941] Vgl. ebd.
[942] BAK B 168/24 Vermerk, betr. Verband der Heimkehrer, 15.DW vom 9.-5.10.55.

Rommerskirchen, ging, bezeichnete Jacobsen den Heimkehrerverband als Modellfeld für die Bemühungen der Bundeszentrale für Heimatdienst.[943]

Jacobsen betrachtete das ganze als einen herausgehobenen exemplarischen Fall, weil der Verband aufgrund seiner Größe eine besondere Bedeutung habe. Die antidemokratischen Auffassungen seiner Mitglieder fänden zum Teil in der Öffentlichkeit Beachtung und daher sei die Arbeit der BzH in Bezug auf den VdH besonders sensibel. Der Verband sei aufgrund seiner straffen Organisation für eine Einflussnahme durch die BzH auf seine Verbandspolitik und die in ihm betriebene politische Bildung besonders geeignet. Jacobsen hatte selbst an einer Verbandsveranstaltung teilgenommen und fasste seine Beobachtungen zusammen. Er meinte, dass die "Mehrzahl der Mitglieder [...] sich in besonderem Maße in einem *Gärungsprozeß hinsichtlich ihrer Stellungnahme zur Bundesrepublik"* befände.*[944]* Wenn die BzH nicht interveniere und die Dinge laufen ließe, "bestünde Grund zu ernsten Befürchtungen, da in den Gehirnen zum Teil sehr schiefe Vorstellungen und gefährliche Ressentiments herumzuspuken scheinen." Handschriftliche Notizen von Jacobsen konkretisieren die Art der Ressentiments, die erhoben werden sollten als "Ressentiments persönlicher Art, Ballast aus überlieferter Wertung, *Vorurteile* rationaler Art (Kurzschlussurteile, Nachplapperurteile, Wunschvorstellungsurteile, Projektionsurteile"; darüber hinaus sollte "nach der Fähigkeit zu Objektivität (Selbstdistanzierung), dem Lauterkeitsbedürfnis und der Verarbeitungs- und Zulernbereitschaft" gefragt werden. Dabei sollte "auch 'Verdrängtes' aus vagem Schuldgefühl, aus Insuffizienzgefühl usw." erhoben werden.[945] Jacobsen hatte beim Heimkehrertreffen beobachtet, dass man sich im VdH "im Prinzip" zur Demokratie bekannte und das Vergangene ablehnte. Die Heimkehrer lehnten es mehrheitlich ab, "immerfort nur über den Widerstand, die Verfolgungen usw." zu hören, indem sie betonten, "das hinge einem bald zum Halse heraus."[946] Ergänzend zu den geäußerten Schlussstrichforderungen seien vielfältige, die Vergangenheit relativierende Äußerungen gefallen, zum Beispiel: "Es seien nicht alle, die seinerzeit mitmachten, Schufte gewesen, sie hätten es satt, sich fortgesetzt als Menschen zweiter Güte behandeln zu lassen [...]. In Bezug auf die Widerstandsfrage, den 20. Juli, die Schlechtigkeit des Hitlersystems bestand noch mancher Zweifel. ('Meine Weltanschauung heißt: Gehorsam!') ('Es gibt kein 100%ig schlechtes System.') ('Wenn man den Widerstand anerkennt, wie will man da jetzt einen Neubau, gar eine Wehrmacht verantworten!') ('Wir Deutschen sind nicht schlechter als die anderen.')."[947] Diese Aussagen

[943] BAK B 168/356, BzH, 4404/Dr. J/M, Jacobsen, Vermerk, Betr. Verband der Heimkehrer, Bonn den 11.4.1956, hsl. Zusatz: "Referat VI zur Stellung 14.4.".
[944] Vgl. ebd, Hervorhebung im Original
[945] BAK B 168/355 Hsl. Notizen Jacobsens, o.D.
[946] BAK B 168/356, BzH, 4404/Dr. J/M, Jacobsen, Vermerk, Betr. Verband der Heimkehrer, Bonn den 11.4.1956, hsl. Zusatz: "Referat VI zur Stellung 14.4.".
[947] Ebd.

berührten zentrale Gegenstände der Geschichtspolitik der BzH, die sie in die Bevölkerung vermitteln wollte, etwa die Widerstandsfrage, den Aufbau des Nationalsozialismus und die Überlegenheit der demokratischen Verfassung. Insofern waren Essentials der politisch bildenden Arbeit der BzH berührt, die auch auf den Diskussionstagungen des VdH vermittelt werden sollten, aber vor dem Hintergrund der verbandsinternen Deutungsmuster an den Rand gedrängt waren. Aus diesem Grunde plädierte Jacobsen dafür, "daß einmal ganz systematisch erforscht wird, welche Ressentiments und Vorurteile, welche Erfahrungen, welche Erlebnisse positiver und negativer Art sich besonders stark und besonders häufig bei den Heimkehrern niedergeschlagen haben und warum." Aufgrund objektivierter Erkenntnisse sei die Intervention sicherlich erfolgversprechender in einem "Gespräch" mit dem Verband. Dabei verstand Jacobsen die angedachte Intervention der BzH als eine verstehende, sich auf das Gegenüber einlassende Intervention, nicht als eine maßregelnde und normsetzende, sondern als ein dialogisches Verfahren.[948] Dabei ist aber der grundsätzliche objektivierende Zugang für Jacobsen eine Voraussetzung für den möglichen Erfolg einer politischen Intervention und des Gesprächs, bei dem es um das „bessere Argument" gehe: "[E]in guter Erfolg in diesem großen und wichtigen Mitarbeiterkreis [müsse] gewährleistet sein, sobald jenes klare Bild von den psychischen Vorgegebenheiten der Heimkehrer zu den Gesprächen mitgebracht wird." In diesem Zusammenhang bringt Jacobsen das Gruppendiskussionsverfahren des IfS ins Gespräch, das eine sehr gute Methode sei, "um die innere Einstellung von Menschen zu erforschen, ohne die Nachteile der demoskopischen Methode mit einzubeziehen." Er betont diesbezüglich auch den über die BzH herausreichenden Nutzen einer solchen Studie: "Aus dem Kreis einer systematischen Mentalitätenerforschung in diesem Kreise würde man sicher auch sehr wertvolle Einsichten gewinnen können, *die für unsere Politiker von Nutzen sein würden."* Jacobsens Vorschlag gegenüber Rommerskirchen ging dahin, dieses Problemfeld mit führenden psychologischen Ordinarien wie Philipp Lersch, Helmut von Bracken und Curt Bondy zu diskutieren, weil er diese für politisch interessierte Psychologen hielt, sowie natürlich Max Horkheimer hinzuziehen.[949]

Rommerskirchen nahm positiv zu dem Vorschlag Stellung und schlug vor, die Pläne in den kommenden Monaten zu konkretisieren und die praktische Durchführung im September 1956 anzugehen.[950] Rommerskirchen konkretisierte das Vorgehen im Mai 1956 dahingehend, dass ein taktisch kluges Vorgehen notwendig sei, um kein Misstrauen beim VdH zu

[948] Zur Geschichte des Dialogischen und der Diskussionskultur in der jungen Bundesrepublik vgl. Nina Verheyen: Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des „besseren Arguments" in Westdeutschland. Göttingen 2010 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 193).

[949] BAK B 168/356, BzH, 4404/Dr. J/M, Jacobsen, Vermerk, Betr. Verband der Heimkehrer, Bonn den 11.4.1956, hsl. Zusatz: "Referat VI zur Stellung 14.4."

[950] BAK B 168/355, BzH, 4404/Dr. J/M, Jacobsen, Vermerk, Bonn den 11.4.1956, hsl. Zusatz: Referat IV zur Stellung 14.4.

wecken: “Wir sind übereingekommen, den Verband der Heimkehrer selber für eine exakte Analyse im Hinblick auf die Meinung und Einstellung seiner Mitglieder unter Hinzuziehung entsprechender Fachleute zu interessieren, um jeden Verdacht zu vermeiden, als seien wir Subjekt und er Objekt eines Testes. Das könnte nämlich Bedenken im VdH gegenüber unserer Mitwirkung hervorrufen, weil es der Verbandführung darauf ankommt, den empfindsamen Mitgliedern gegenüber klar und ehrlich feststellen zu können, daß unsere finanzielle Förderung die politische Unabhängigkeit nicht einschränkt.”[951]

Am 27. Juni 1956 fand das erste Sondierungsgespräch zwischen der BzH und dem IfS in Frankfurt statt. Beim Gespräch in Frankfurt hatte sich ergeben, dass Ludwig von Friedeburg mit der Leitung der Studie betraut werden sollte.[952] Jacobsen sandte am 2. Juli 1956 die von Horkheimer erbetene formelle Anfrage mit den Hauptuntersuchungspunkten an das IfS, denen zufolge ein neuerliches *Gruppenexperiment* durchgeführt werden sollte, dieses Mal im Rahmen der Mehlemer Wochen sowie in Sitzungen der regionalen Gliederungen des VdH. Jacobsen betonte Horkheimer gegenüber, dass in den zahlreichen Zusammenkünften des VdH “ernst und leidenschaftlich um eine endgültige Einstellung zu den grundsätzlichen Problemen [der] deutschen Zukunft gerungen” werde. Er wies allerdings ebenso auf seine diesbezüglichen kritischen Beobachtungen hin: “Bei diesen Zusammenkünften beobachtete man auch, daß viele Heimkehrer noch einen schweren *Ballast* aus der Vergangenheit mit sich herumschleppen, mit dem sie nur schwer innerlich fertig werden. Außerdem sind nach der Heimkehr zum Teil recht starke neue *Ressentiments* entstanden.”[953]

Institutsintern hielt Ludwig von Friedeburg das Ergebnis eines Telefongesprächs am 7. August 1956 mit Dr. Jacobsen fest: “Man wolle Auskunft über die Ressentiments der Heimkehrer [...], den Wulst, den sie von früher mitschleppen, ihre Vorstellungen über die Politik (sie lehnten zwar das 3. Reich ab – Hitler hätte das beste gewollt, aber ... – die Demokratie sei jedoch auch nur Murks) und ihre sonstige Kritik erhalten und katalogisieren, um die problematischen Maßnahmen, die in erster Linie aus solchen Diskussionen bestehen, verbessern zu können [...]”.[954] Inhaltlich sollte die Stellung der Heimkehrer zu den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, zur Wiederbewaffnung und die “Renazifizierung des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik“ Thema sein. Jacobsen und von Friedeburg hatten vereinbart, dass Werner Mangold und er im September an den Mehlemer Wochen teilnehmen sollten und dann eine weitere Besprechung des Projektprozederes zwischen der

[951] [BzH], Rommerskirchen, Vermerk, Betr. Verband der Heimkehrer, Bonn den 23.5.1956. Dieser knappe Vermerk ging auch an den Direktor der BzH, Dr. Franken.
[952] BAK B 168/356 BzH, Dr.J./M, Vermerk, Betr.: Verband der Heimkehrer, Bonn, den 28.6.1958.
[953] BAK B 168/356, BzH, 6504/2371/Dr. J/M, Dr. Jacobsen an Herrn Prof. Dr. Max Horkheimer, Betr.: Gruppenexperiment im Heimkehrerverband, IfS,, [Bonn], den 2.7.1956 [hsl. Zusatz: Herrn Rommerskirchen zur Kenntnis, [Zeichen] Ro 5.7.56, Jacobsen: Telf. mit Dr. Friedeburg Anfang September Besuch in Mehlem, 10/8 J. Brief auch in IfSA A 13 I-III, Ordner 1.1. Korrespondenz.
[954] IfSA A 13 I-III, Ludwig von Friedeburg, Aktennotiz für Herrn Becker, Betr. Heimkehrer.

BzH und dem IfS erfolgen sollte.[955]

Im September 1956 folgten die weiteren Schritte der Projektplanung. Ludwig von Friedeburg und Werner Mangold vom IfS reisten nach Bonn, nachdem Mangold eine Tagung der Heimkehrer beobachtet hatte, "um einen Gesamteindruck zu erhalten" und modifizierten die Überlegungen zur anzuwendenden Methode. Jacobsen sandte dem IfS Material daraufhin Informationen über den fortbestehenden Rechtsradikalismus zu.[956]

Institutsintern fasste Werner Mangold den Diskussionsstand zur anvisierten *Heimkehrerstudie* auf der Grundllage der Beobachtungen bei den Mehlemer Wochen dahingehend zusammen,[957] "dass bei den teilnehmenden Heimkehrern einerseits das Bemühen, sich mit der politischen Vergangenheit ernsthaft zu beschäftigen und aus ihr Erkenntnisse für die politische Gegenwart abzuleiten, recht gross ist. Andererseits wurde sowohl von der Bundesleitung des VdH wie von der Zentrale für Heimatdienst beobachtet, dass viele Heimkehrer noch einen schweren politischen Ballast herumschleppen, mit dem sie nur schwer innerlich fertig werden. Ausserdem sind ihnen nach der Heimkehr zum Teil recht starke Ressentiments entstanden."[958] Mangold sah dies durch eigene Beobachtungen bestätigt, deshalb schlug er vor, dass das Institut durch eigene Untersuchungen, ergründen solle, "welches Verhältnis die Heimkehrer zur Ideologie und politischen Realität des nationalsozialistischen Regimes haben, welche Erwartungen sie [...] in Bezug auf die neue westdeutsche Demokratie entwickelten, und welche Erfahrungen sie nach ihrer Heimkehr mit der Realität der Demokratie gemacht haben".[959]

Mangold wies auf die langjährigen Gefangenschaftserfahrungen der VdH-Mitglieder hin, die drei zu überprüfende Hypothesen zulasse: einerseits könne sie zu einer Abkehr vom Nationalsozialismus beigetragen haben, andererseits sei durch "Isolierung der Gefangenschaft und Trennung psychologisch zur Idealisierung des Landes, für das man gekämpft hatte", eine Haltung entstanden, in der "allgemeine Werte und Ideen, wie die des 'Vaterlandes', der 'Heimat', der 'Freiheit' usw. [...] an die Stelle spezifisch nationalsozialistischer [Werte] in der Rechtfertigung, dass die eigenen Opfer 'doch nicht umsonst' gewesen seien, getreten seien." Drittens schließlich sei möglich, dass die Heimkehrer sich in der Gefangenschaft auch spezifische Normen und Werte, wie die durch "die Not erzwungene 'Kameradschaft'" angeeignet hätten.[960] Der Institutsinterpretation sind es Mangold zufolge diese Werte, die auch auf die demokratischen Einstellungen ausstrahlen: "Es entwickelt sich unter

[955] Ebd.
[956] Vgl. BAK B 168/356, BzH XII 1 6504, Jacobsen, Vermerk, Bonn, den 6.9.1956 fol. 14.
[957] Vgl. IfSA, A 13 I-III, Ordner 1.2 Memos, Protokolle, Planung, W[erner] M[angold], Entwurf, Gesichtspunkte zur Durchführung einer Studie beim Heimkehrerverband, 12.9.1956.
[958] Ebd., S. 2.
[959] Ebd., S. 3.
[960] Ebd., S. 3.

der besonderen Situation der Gefangenschaft so ein spezifisches System von Werten, deren Gültigkeit erfahren und über die Gefangenschaft hinaus beansprucht wird. Auch die Vorstellungen von der Demokratie werden von diesen berührt: So sollen z.B. in ihr die ‚Interessen des Volkes' als ganzes und nicht als partikulare Interessen einzelner oder von Teilgruppen das Handeln der Politiker bestimmen".[961] Diese ablehnende Haltung gegenüber der Anerkennung von Partikularinteressen oder gar dem Individualismus gegenüber und die gleichzeitige Überhöhung des Kollektivs waren es, die dem IfS gefährlich erschienen. Im Ergebnis hielt Mangold aus Institutssicht zwei Untersuchungsstränge als besonders untersuchenswert fest: "Die Feststellung der Beschaffenheit und der Ursachen der herrschenden Vorstellungen über die Demokratie und die Untersuchung der Aufgeschlossenheit gegenüber demokratischen Grundsätzen und der Anfälligkeit für anti-demokratischen Einflüsse". Das letztere solle zur direkten Verbesserung der Diskussionswochen und der Wochenendgespräche in Anwendung kommen.[962]

Am 13. September sandte Theodor Adorno den Kostenvoranschlag über eine Gesamtsumme von 28.000,– DM für die Durchführung von insgesamt 75 Gruppendiskussionen mit jeweils 10-15 Teilnehmern, schriftliche Befragungen der Diskussionsteilnehmer und intensive Einzelinterviews zu. 25 Gruppendiskussionen sollten im Rahmen der Mehlemer Diskussionswochen erfolgen, 50 weitere über die Bundesrepublik verteilt in den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden. Es war vorgesehen, den vollen Einsatz zweier Wissenschaftler während 12 Monaten zu bezahlen und darüber hinaus mehrere Monate für die Auswertung. Adorno hielt in seinem Schreiben fest, dass das IfS in Übereinstimmung mit der BzH die Heimkehrer "für eine besonders interessante Schlüsselgruppe" halte, die nach Anzahl, Lebensalter und Zusammenhalt im heutigen politischen Leben erhebliche Bedeutung haben könnte." Er schilderte die Einschätzung über die Lage der Heimkehrer wie folgt: "Nach jahrelanger Abgeschlossenheit wurden die Heimkehrer übergangslos mit der neuen Staatsform konfrontiert. Sie scheint ihren in der Gefangenschaft gebildeten Vorstellungen von einer 'wahren' Demokratie in mancher Hinsicht nicht zu entsprechen. In kaum einer anderen Gruppe dürfte die Spannung zwischen Gegenwart und Vergangenheit so akut sein. Aufgrund ihrer persönlichen Erlebnisse glauben die Heimkehrer, Erfahrungen und Einsichten gewonnen zu haben, die für die Allgemeinheit von Bedeutung sind, ohne dass sie jedoch die Mittel wüssten, ihren Vorstellungen in der Realität Geltung zu verschaffen. Das Resultat ist vielfach Verwirrtheit; sie finden sich in der bestehenden Ordnung nicht zurecht; darüber hinaus erschweren wirtschaftliche und persönliche Probleme die Wiedergewöhnung an das Zivilleben erheb-

[961] Ebd., S. 4.
[962] Vgl. ebd.

lich."[963]

Hervorzuheben ist besonders die vergangenheitspolitische Orientierung der angestrebten Studie, in der das IfS noch deutlicher wurde als Jacobsen und die BzH. Adorno schlug die Untersuchung der sich aus dieser Situation ergebende Bewusstseinslage der Heimkehrer vor: „Besonders wird es darauf ankommen, von den noch erhaltenen Vorstellungen und Verhaltensweisen der nationalsozialistischen Vergangenheit Rechenschaft zu geben und ebenso von den nach der Heimkehr entstandenen neuen Vorbehalten gegenüber der Demokratie."[964]

Da Jacobsen und Adorno die Skepsis bezüglich der gewöhnlichen Umfrageforschung teilten und sich einig waren, "daß es sich nicht um eine sogenannte Repräsentativerhebung – also keine Meinungsbefragung im üblichen Sinn [...] – sondern um den Versuch [...], der Struktur der Bewusstseinsinhalte der Heimkehrer und den Spannungen innerhalb dieser Struktur gerecht zu werden" gehen solle, fiel ihnen aufgrund der Vorgespräche eine Einigung über das methodische Vorgehen leicht. Adorno distanzierte sich davon, herausbekommen zu wollen, "was nun 'die' Heimkehrer oder ihre Majorität politisch denken." Er hob hervor, dass "es dem Kreis der Teilnehmer gegenüber nicht unwichtig sei, daß sie sich nichts Fragebogen-ähnlichem gegenüber befinden, da sie nicht in irgendeinem fragwürdigen Sinn dingfest gemacht werden sollen." Hierbei spielten sicher die negativen Erfahrungen mit Fragebögen und Erhebungen in den vorausgegangenen Forschungszusammenhängen des Instituts und die erwartete Abwehr von Fragebögen eine Rolle. Adorno betonte deshalb den qualitativen Charakter der Untersuchung im Hinblick auf die notwendige Auseinandersetzung mit der Struktur des politischen Bewusstseins und im Rahmen der nachfolgenden politischen Erörterungen des Gesagten. Ihm war wichtig, das Element des nationalsozialistischen Erbes nicht alleine in den Vordergrund zu rücken: "Damit hängt eng ein zweites Problem zusammen: weil es sich um Strukturzusammenhänge und nicht um politische Meinungsbefragung des üblichen Sinnes handelt, soll und darf die Studie keineswegs auf die Dimension: Nationalsozialistisches Erbe – Demokratie festgelegt werden, sondern es soll wirklich die gesamte Komplexität dessen, was im Bewusstsein der Befragten vorliegt, und wovon diese Dimension nur ein Teilmoment bildet, herausgearbeitet werden."[965] Es ginge nicht darum, den Heimkehrern eine andere Meinung aufzureden, sondern den tieferen Strömungen, Nöten und Fragen gerecht zu werden, die sie bedrängen, und im Zuge dieser Erhebung sollten die sozialpsychologischen Elemente ergründet werden.

Nachdem am 6. Oktober 1956 Rommerskirchen nochmal in internen Besprechungen die

[963] BAK B 168/356, IfS, Frankfurt/Main, TWA an BzH, an Dr. Jacobsen, Frankfurt/Main, 13.9.1956 fol. 16-18 [hsl. Zusatz].
[964] Vgl. ebd.
[965] Ebd.

Notwendigkeit der Studie mit der Bedeutung der "Aufarbeitung der Vergangenheit im Interesse der Liquidierung des Totalitarismus schlechthin", wozu man "das Objekt ganz genau kennen" müsse, begründet hatte,[966] fiel am selben Tag in der BzH die grundsätzliche Entscheidung, die Studie durchzuführen, allerdings erging noch keine rechtsverbindliche Zusage über die Höhe der Mittel,[967] dazu sandte am 23. Oktober das IfS einen modifizierten Kostenvoranschlag ein, in dem zwei wissenschaftliche Kräfte, eine wissenschaftliche Hilfskraft, eine Schreibkraft und eine technische Hilfskraft sowie ausreichende Sachmittel für die die ausgesprochen kurz angesetzte Dauer von drei Monaten Erhebungszeit und drei Monaten Auswertungszeit veranschlagt waren.[968]

Das IfS nahm die Arbeit noch vor der endgültigen Bewilligung der Mittel am 8. Oktober 1956 auf, wie ein Bericht von Jacobsen, der auch an das aufsichtsführende Innenministerium ging, belegt.[969] Jacobsen hob dabei hervor, dass sich die Teilnehmer der Studie aufgeschlossen verhielten: "Ich habe mich am 10. Oktober persönlich in Mehlem davon überzeugt, dass diese Veranstaltung den gewünschten Lauf nimmt und die beteiligten Heimkehrer sich in unbekümmerter Weise aufschließen, so dass er mit einem ebenso bedeutenden Ergebnis wie bei dem ersten Gruppenexperiment rechne. Er versprach sich "Ergebnisse über die wahre *innere*, zum Teil auch der bewussten eigenen Kontrolle entzogene Einstellung und Motivationsstruktur einer großen Menschengruppe, die sich mit besonderer Vehemenz im politischen Leben geltend zu machen bemüht und dabei in sich selbst noch manche unverarbeiteten Vorurteile herumträgt."[970] Jacobsen unterrichtete das Innenministerium wegen der politischen Brisanz der Untersuchung auf Anweisung von Direktor Paul Franken. Das Innenministerium segnete daraufhin die Untersuchung ab.[971] Da das Innenministerium einen eigenen Aufschluss über die Methode des Gruppenexperiments erbat, fasste Jacobsen für das Innenministerium seine diesbezüglichen Einschätzungen zusammen.[972]

Jacobsen verwies auf den Berichtsvermerk über die Tagung 1953 und hob hervor, dass die "Methodik dieses Gruppenexperiments eingehend mit Sachverständigen der Soziologie und

[966] BAK B 168/356, Referat VI Verbände, Rommerskirchen, Vermerk Betr. Verband der Heimkehrer. Klärung der Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Urteils- und Willensbildung, Bonn, den 6.10.1956[Ts] fol. 25-26.
[967] BAK B 168/356, BzH, Gesch. Z I/1 6504, 3396/56, Wendorff, Vermerk bez. Sonderveranstaltung mit den Heimkehrern, Bezug: Schreiben des Instituts für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/Main, Bonn, den 6.10.1956 fol 29.
[968] IfSA A 13 I-III, Ordner 1.1. Korrespondenz, IfS, Dr. E[gon] Becker an BzH, Jacobsen, Frankfurt Main 23.10.1956.
[969] BAK B 168/356, BzH, XII 1 6504, Jacobsen, Vermerk für Herrn Dr. Franken, Betr. Verband der Heimkehrer, Klärung der Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Urteils- und Willensbildung, Durchschrift an den Bundesminister des Innern, Bonn, 12.10.1956, fol. 31-32.
[970] Ebd.
[971] BAK B 168/356, BzH XII 1, 6504/56, Jacobsen, Vermerk für Herrn Dr. Franken, Betr. Verband der Heimkehrer – Klärung von Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Urteils- und Willensbildung, Bonn, den 18.10.1956 fol. 36.
[972] Ebd. Anlage, Jacobsen, o. D. [über die Methode] fol. 38-39, fol. 40-41.

der Psychologie sowie einigen Abgeordneten diskutiert worden ist." Er verwies auf das Buch, das er dem Vermerk zur Information des Ministeriums beigefügt hatte. Er betonte, dass es sich nicht um gewöhnliche Methoden der Meinungsforschung handele, sondern um Methoden, die tiefergehende Aufschlüsse psychologischer Natur versprächen: "Dadurch können innere Motivationshemmungen, Abhängigkeiten, Beeinflußbarkeiten, Verdrängungen, unbewußte Anfälligkeiten usw. erfaßt und auf Grund einer anschließenden Analyse in wesentliche Typen aufgegliedert werden." Jacobsen vermittelte der Ministerialbürokratie die zu erwartenden Ergebnisse in Bezug auf die Verwendung in der pädagogisch-politischen Arbeit. Insbesondere erwarte er zu "erfahren, was wirklich dahintersteckt, wenn die Demokratie des Westens, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, leidenschaftlich kritisiert wird, wenn über Widersinnigkeiten und Ungerechtigkeiten im Sozialgefüge Klage erhoben, wenn die Werte der Tradition als die allein zu respektierenden hingestellt werden, auf der anderen Seite aber auch eine gewisse Selbstkritik zur Geltung kommt usw. Sobald die Haupttypen der Einstellung, Werthaltung, Affektneigungen und Anfälligkeiten klar herausgearbeitet sein werden, wird jeder, der sich um die Förderung der demokratischen Verantwortungswilligkeit des einzelnen mitbemüht, daraus ableiten können, an welchen Punkten er seine Arbeit ansetzen und wo er sich zurückhalten oder sich mit besonderer Vorsicht bewegen sollte."[973]

In den hausinternen Absprachen und Vermerken der BzH war die Sache nicht in jeder Hinsicht unumstritten. Der Justitiar der BzH, Wendorff, hob hervor, dass die Dienststelle und das Ministerium mit Ausnahme von Jacobsen niemanden hätten, der die sachgemäße Aufstellung des Kostenvoranschlags und der Bewilligungsgrundlage prüfen könnte, da die Dienststellen nicht über hinreichend qualifizierte Psychologen verfügten. In seinem Vermerk hielt Wendorff allerdings grundsätzlich fest, dass ein "psychologischer Tiefentest bei Heimkehrern die Voraussetzung für die sehr zutreffenden politischen Bildungsmaßnahmen ist."[974] Wendorff forderte eine genaue Auflistung der zu erbringenden Forschungsleistungen und forderte darüber hinaus die Beteiligung des VdH an den Kosten des Forschungsprojektes,[975] was der VdH über den bisher vereinbarten Rahmen der Fahrtkosten und der Übernachtungs- und Verpflegungskosten hinausgehend jedoch ablehnte.[976] Der Vertragsentwurf

[973] Alle Zitate ebd.
[974] BAK B 168/356, BzH I 1 6504/3798/56, Wendorff, Vermerk, Betr. Psychologischer Test für die politische Einstellung der Heimkehrer, Bonn, den 12.11.1956, fol. 51-53; ebd., BzH I 1, 6504/3798/56, Wendorff an IfS, Bonn, den 14.11.1956, Betr. Psychologischer Test für die politische Einstellung der Heimkehrer, fol. 54-55 [Ds.] [Stempel] Abgesandt 16.11.1956.
[975] BAK B 168/356, BzH I 1 6504/3798/56, Wendorff an den VdH, Betr. Tiefenpsychologische Forschung des Instituts für Sozialforschung der Universität Frankfurt/Main, Bonn, 14.11.1956.
[976] BAK B 168/356, Antwort VdH, Rabe, an BzH, Betr. Tiefenpsychologische Forschung des Instituts für Sozialforschung, Bad Godesberg, 22.11.1956, fol. 63.

zwischen BzH und IfS war erst im Dezember fertig.[977] Im Januar machte Egon Becker vom IfS den Vorschlag, beim Verbandstag des VdH "im Interesse der Sache 500 bis 1000 Heimkehrer, die im Juni an einem Heimkehrertreffen, zu dem 200.000 ehemalige Kriegsgefangene erwartet werden, zu befragen und die Kosten durch Reduzierung der geplanten 60 Diskussionen auf 40 zu decken." Diesem Vorschlag wurde nach Beratungen innerhalb der BzH stattgegeben. Es wurde vereinbart, über die Durchführung der Quotenbefragung vorher Informationen im Verbandsorgan und auf den Organisationsebenen zu vermitteln.
Zwischen dem IfS und dem VdH wurde der Umgang mit der Studie nach ihrer Fertigstellung besprochen. Dabei stellte sich heraus, dass die Jacobsen seitens der BzH dem VdH schon Zugeständnisse gemacht hatte. Das IfS hatte schon in dieser Phase der Absprachen keine starke Stellung, so dass der VdH und die BzH vereinbarten, sich wegen der Auswertung und Publikation der Studie abzustimmen und dem VdH ein Vetorecht hinsichtlich dieser Punkte zugebilligt.[978]

3.4. Die Durchführung der Studie

Von Oktober 1956 bis Mai 1957 wurden insgesamt 40 Gruppendiskussionen mit 389 Teilnehmern durchgeführt. Mit der Durchführung des Projektes waren Egon Becker als Leiter, Ludwig von Friedeburg beratend und Werner Mangold, Gerhard Brandt, Klaus Spindler und Manfred Teschner als Forscher betraut, wobei Brandt und Spindler Hilfskräfte waren.
Die Gruppendiskussionen wurden wie geplant zum Teil im Rahmen der Mehlemer Diskussionswochen durchgeführt, zum Teil in den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden. Dabei zeigte sich, dass die Organisationsebenen mit der Quotenauswahl ihrer Mitglieder nicht immer einwandfrei verfuhren, insofern sie sich wie bei einem der Gespräche auf Kreis- und Ortsverbandsebene im Kreisverband Bonn bemühten, möglichst "interessante" Mitglieder zu präsentieren anstatt zufällig ausgewählter.[979] Diesen Anfängerfehlern wurde aber schnell Einhalt geboten. Ebenfalls hatte bei einem Termin der Kreisvorstandsvorsitzende eigen-

[977] BAK B 168/356, BzH, I 1 6504/3798/56, Wendorff, Vermerk Psychologischer Test für die politische Einstellung der Heimkehrer, Bonn, den 13.12.1956 fol. 65-66; ebd. BzH, an IfS, Betr. Forschungsprojekt über die politischen Vorstellungen und Dispositionen von Heimkehrern aus Kriegsgefangenschaft, Bonn, 13.12.1956, fol. 67-69. IfSA, A 13 I-III, Ordner 1.2. Memos, Protokolle, Abschrift, BzH, Jacobsen, an IfS, Bonn, 13.12.1956, Forschungsprojekt über die politischen Vorstellungen und Dispositionen von Heimkehrern aus Kriegsgefangenschaft. [Vertragsentwurf].
[978] IfSA A 13/ I-III, Heimkehrerstudie, Vorarbeiten, Ordner 1.2, W[erner] M[angold], Heimkehrerstudie, Aktennotiz, Frankfurt/Main 8.3.1957.
[979] IfSA, A 13 I-III, Ordner 1.2. Memos, Protokolle, W[erner] Ma[ngold], Heimkehrerstudie, Aktennotiz, Mehlem 21.2.1957.

mächtig einen Pressevertreter hinzugeladen. Nach einer Rücksprache mit dem zuständigen Referenten beim VdH, Rabe, nahm der Journalist davon Abstand, bereits zu diesem Zeitpunkt etwas zu berichten.

Die Gruppendiskussionen organisierte das Forscherteam, indem es sie in das allgemeine Programm der Mehlemer Diskussionswochen des VdH integrierte, so dass die Forschergruppe und die Versuchsteilnehmer sich während der Tagung bereits kennen lernen und so einen Kontakt aufbauen konnten, der die spätere Durchführung der Gruppendiskussionen erleichtern sollte. Die Gruppendiskussionen wurden nicht mit der Gesamtteilnehmerzahl, sondern mit kleineren und überschaubareren Teilgruppen durchgeführt, die nach verschiedenen sozialwissenschaftlichen Kriterien wie Berufszugehörigkeit, Alter und Dauer der Kriegsgefangenschaft bzw. Entlassungszeitpunkt ausgewählt worden waren.[980] Das IfS und der VdH informierten die Teilnehmer im Laufe der Woche über das Untersuchungsinteresse des IfS und machte sie mit den Leitfragen der Studie vertraut, nicht aber mit dem konkreten Untersuchungsauftrag. Für die Gruppendynamik und die Durchführung des Experiments war von Bedeutung, dass das Institut bereits in die allgemeine Vorstellungsrunde der Mehlemer Woche eingebunden war und somit als selbstverständlicher Teil galt, weil sich seine Mitarbeiter direkt im Anschluss an die Vorstellung der Teilnehmer eigens vorstellten. Dabei nannten die Teilnehmer der Mehlemer Woche "Alter, Schulbildung, Wehrdienst (Dienstgrad, Einheit, Kriegsschauplätze), Ort und Dauer der Gefangenschaft, jetziger Beruf und Funktion im VdH". Die Diskussionsleiter und seine Assistenten versuchten einen Vertrauensvorschuss dadurch zu erreichen, dass sie auf die eigene Kriegsgefangenschaft hinwiesen.[981] Sie warben um das Vertrauen der Gruppe, indem sie ihr Interesse an der Lage der "Heimkehrer, 'die soviel mitgemacht haben' bekundeten und die Kooperation mit dem VdH noch mal betonten. Sie machten bereits in der Vorstellungsrunde darauf aufmerksam, dass sie an den folgenden Abenden Diskussionen planten, die aufgezeichnet werden sollten, um sie später auswerten zu können", damit die "besonderen Probleme der Heimkehrer der Öffentlichkeit zugänglich gemacht" werden könnten.[982]

Die konkreten Gruppendiskussionen wurden ebenfalls mit vertrauensbildenden Massnahmen eingeleitet: "Die Teilnehmer werden (wie sich auch bei der Mannesmann-Studie gezeigt hat) am leichtesten mit der Diskussionssituation, insbesondere dem Mikrofon vertraut durch die Teilnahme an der Aufstellung des Geräts und die Aufnahme und Wiedergabe ihrer Stimmen bei der Geräteprobe."[983] Der Diskussionsleiter hielt zunächst eine Einleitungsrede

[980] Vgl. IfSA, A 13 I-III, Ordner 1.2. Memos, Protokolle, Versuchsanordnung für die 24. Mehlemer Diskussionswoche, S. 2.
[981] Vgl. ebd., S. 2f.
[982] Vgl. ebd., S. 3.
[983] Vgl. ebd., S. 4

und stellte das konkrete Forschungsinteresse vor. Beim ersten Versuch wurden drei Diskussionsgruppen gebildet, die mit unterschiedlichen Fragen konfrontiert wurden, um zu eruieren, mit welchem Diskussionsansatz die besten Ergebnisse erzielt würden. Die erste Gruppe wurde nach den Erfahrungen und Problemen nach der Heimkehr allgemein befragt. In der zweiten Gruppe spielten zusätzlich die Erwartungen an die politische Gegenwart in Westdeutschland eine Rolle und wie sich diese erfüllt hätten, bzw. wie die politische Gegenwart sein sollte. Der dritten Gruppe stellte der Diskussionsleiter wesentlich konkretere Leitfragen, indem er sie mit den beiden Fragekomplexen der Vorgängergruppen und mit folgenden Deutungsmustern konfrontierte: "Es wurde oft gesagt, daß in Westdeutschland eigentlich niemand mehr am Gemeinwohl interessiert sei. Jeder gehe seinen eigenen, meist materiellen Interessen nach. Dann: daß es uns an den richtigen politischen Führern in der Demokratie fehlt, die Politiker seien alle nur Funktionäre. Ein weiterer Punkt: man hört viel zu wenig, was nun der einzelne in der Demokratie machen soll. Wie kann man die Menschen eigentlich zur Demokratie erziehen? Und schließlich, um noch eine oft gestellte Frage zu nennen: wie sollen wir eigentlich mit der Vergangenheit fertig werden? Was sollen wir vom Nationalsozialismus oder vom 20. Juli halten? Welche Werte gelten heute eigentlich noch?"[984]
Der Diskussionsleiter forderte dazu auf, möglichst frei zu diskutieren ("frei von der Leber weg"), damit man eine breitere Öffentlichkeit damit konfrontieren könne, was denn der Heimkehrer wirklich denke. Dabei sollten die Diskutanten auch an ihre Interessen als VdH-Mitglieder denken.[985]
Darauf folgten technische Anregungen, wie die, bitte nicht durcheinander zu reden und die Vergabe der Schilder mit den Decknamen, um trotz der Anonymisierung der Daten alle Meinungen einem Sprecher zuordnen zu können. Auch wurde die Funktion des Beobachters, der sich während der Diskussion Notizen machen werde, erläutert.[986] Auf eine nochmalige Aufforderung "bitte reden Sie frei weg, nehmen Sie kein Blatt vor den Mund, wir möchten hören, was Sie wirklich denken" begann die Diskussion. Der Verlauf der Diskussionen unterschied sich vom Untersuchungsaufbau her gesehen dadurch vom *Gruppenexperiment*, dass die Rolle des Diskussionsleiters auf formale und inhaltliche Lenkung im Rahmen bestimmter Vorgaben beschränkt war, wobei sie grundsätzlich neutral angelegt war und er keine Reizargumente einwerfen sollte. Dabei konnten zwar Themenanregungen gegeben werden und die Diskussion konnte durch auch durch "Nachbohren" vertieft werden, wie auch in neutraler Weise durch Einbringung von Gegenargumente oder anderen Perspektiven gesteuert werden,. Innerhalb der drei Diskussionen der 24. Mehlemer Woche erfolgte die

[984] Vgl. ebd., S. 4.
[985] Vgl. ebd., S. 5f.
[986] Vgl. ebd., S. 6.

erste Diskussion mit lediglich formaler und nur schwacher inhaltlicher Lenkung. Die zweite wurde auf das Thema Demokratie orientiert und die dritte auf bestimmte festgelegte Hauptthemen.[987]

Die Diskussion wurde mit einem Schlusswort des Diskussionsleiters mit allgemeinen Dankesworten beendet, die mit einer Bitte um ein Feedback verbunden waren. Leider haben sich keine Unterlagen zu den Feedbacks der Probanden erhalten. Bevor die Gruppe auseinanderging, wurde sie noch gebeten, einen allgemeinen sozialstatistischen Fragebogen zu beantworten.[988]

Von Bedeutung sind die methodologischen Überlegungen des Forschungsteams zur Fortentwicklung des Gruppendiskussionsverfahrens, vor allem im Vergleich zum *Gruppenexperiment*. In einem Memorandum zu "methodologischen Untersuchungen zum Gruppendiskussionsverfahren" wurden die diesbezüglichen Ergebnisse festgehalten. Die Forschergruppe versprach sich von den gemachten Beobachtungen die Möglichkeit, "einige auf Grund der Interpretationen von v. Hagen über Integrationsphänomene und einer Nachuntersuchung von Gruppendiskussionsmaterial entwickelte Thesen zur Versuchsanordnung des Gruppendiskussionsverfahrens zu testen".[989] Es sollte so möglich sein, konkrete Einsichten in die soziologische Gestalt und Wirkungsform der offiziellen und nichtoffiziellen öffentlichen Meinung zu gewinnen und ihre Abhängigkeit von der objektiven gesellschaftlichen Situation ihrer Mitglieder nachzuweisen. Die nicht-offizielle öffentliche Meinung werde gestiftet von dem aktuellen verbalen Verhalten der Gruppenmitglieder; indem dieses verbale Verhalten auf Interessen bezogen sei, die für die Zugehörigkeit des einzelnen zur Gruppe relevant seien, trete sie ihnen im sozialen Leben der Gruppe zugleich als verselbständigte und normative allgemeine Meinung gegenüber.

Das Gruppendiskussionsverfahren wiederum sei die Methode, unter Simulation einer Realsituation die Gruppenmitglieder zur Entfaltung der gruppeninternen nicht-offiziellen öffentlichen Meinung zu bringen, indem experimentell "solche gruppendynamischen Momente unterstützt werden, die das Kollektiv zu einer Manifestation der gruppeninternen öffentlichen Meinung veranlassen können." Momente, die dazu beitragen, sind die "Zugehörigkeit der Diskussionsteilnehmer zum gleichen Kollektiv", das Forscherteam versprach sich davon die Entfaltung gleichartiger Interessen und Verhaltensdispositionen; "die Öffentlichkeit der Diskussionssituation" selbst; als sozialpsychologische Grundlage die Annahme eines "Bedürfnisses nach Identifizierung in einer zunächst fremden Situation", das über die "Feststellung von Gemeinsamkeiten in der Phase der Orientierung zu einer Gruppenintegra-

[987] Vgl. ebd., S. 7.
[988] Vgl. ebd., S. 8.
[989] Vgl. IfSA, A 13 I-III, Ordner 1.2. Memos, Protokolle, Methodologische Untersuchungen zum Gruppendiskussionsverfahren, S. 1.

tion“ führe. Letzteres veranlasse die Versuchspersonen dazu, sich aktiv mit Rolle des Heimkehrers zu identifizieren. Diese Gruppensituation trete im Vollzug der Diskussion für die Versuchsteilnehmer in den Vordergrund, so dass andere Gruppenzugehörigkeiten in den Hintergrund träten.[990]

Im Folgenden erörtert die Forschergruppe die Versuchsanordnung der Heimkehrerdiskussionen im Vergleich mit dem *Gruppenexperiment*. Wichtigster Unterschied war der bewusste Verzicht auf einen Grundreiz in der Art des Colburnbriefes aus dem *Gruppenexperiment*. Die Forschergruppe nahm an, dass es “eines massiven experimentellen ‘Grundreizes’ nicht bedürfe, um durch die Oberfläche konformistischer Haltungen und Meinungen durchstoßen zu können, sondern daß in der Diskussion wirksam werdende gruppendynamische Kräfte die Entfaltung offiziell inopportuner Meinungen ermöglichen”, die ihre Schranken aber an ”im Gruppenprozeß [errichteten] neue[n] gruppenimmanente[n] Zensuren” erfahren, “die verhindern, daß alle in den Teilnehmern angelegten individuellen Dispositionen sich in der Diskussionssituation entfalten können”. Der Gruppenprozess selektiere die Meinungen, die zur Rolle des Heimkehrers passen und schließe die aus, die nicht passend seien.[991] Im Endeffekt führe “der Diskussionsprozess zur Hervorhebung solcher allgemeiner Haltungen und Ansichten, die sich schließlich zur Gruppenmeinung verdichten. Diese Gruppenmeinungen wirken selbst normativ auf [die Gruppenmeinung] zurück und erzwingen tendenziell die Anpassung aller Teilnehmer an sie.”[992] In der Diskussion über die Auslassung des Grundreizes nahm die Forschergruppe noch einmal Stellung zu dieser in der Adorno-Hofstätter-Kontroverse wichtigen Frage. Das Team stellte fest, dass der Grundreiz des *Gruppenexperiments* entgegen der von Hofstätter stark gemachten Kritik lediglich “die emotionale Qualität veränderte”, indem er sie übersteigerte, “die inhaltliche Struktur des in den Diskussionen sich manifestierenden allgemeinen Bewusstseins jedoch unverändert ließ.” Dies schlossen die Forscher aus dem Sachverhalt, dass sich “noch heute [1957] zu verschiedenen Fragen die gleichen Grundhaltungen und Meinungsklischees wie vor sechs Jahren zur Zeit der Gruppenstudie fänden.” Als Beispiele dienten hier das Verhältnis der Probanden zu Parteien und zur “Veramerikanisierung”.[993]

Die Forschergruppe verständigte sich auch über die Rolle des Diskussionsleiters im Forschungsprozess. Seine Aufgabe bestand darin, “Informationen zu sammeln”, die “Erörtertung bestimmter Themen vorzuschlagen”, die “Diskussion entsprechend beim Thema zu halten”, “bestehende Meinungsverschiedenheiten in der Gruppe hervorzuheben” und gelegentlich die Gruppe “mit Ansichten anderer Gruppen zu konfrontieren”. Wichtig war dem

[990] Die vorangehenden Zitate vgl. ebd., S. 2
[991] Vgl. ebd., S. 5.
[992] Vgl. ebd., S. 5.
[993] Vgl. ebd., S. 6.

Team aber, dass der Diskussionsleiter strikt bei der Neutralität seiner Rolle bleibe und nicht, wie gelegentlich beim *Gruppenexperiment* oder der *Betriebsklimastudie*[994], selbst Stellung zu beziehen oder gar zu provozieren. Seine Rolle sei aber zu Beginn der Diskussion in der Wahrnehmung der Teilnehmer die eines "Vertreters der offiziellen Öffentlichkeit", eine Kontrollinstanz, der sich die Heimkehrer stellten. Diese Zuschreibung nehme aber mit dem Verlauf der Diskussion meist ab.[995]

Die wichtigsten Versuchsanforderungen lagen in der Homogenität der Gruppen, die anhand der Entlassungsjahre, der VdH-Mitgliedschaft und der Funktion innerhalb des Verbandes hergestellt wurde.[996] Zur die Vereinheitlichung der Gruppe trage die Ansprache der Probanden zu Beginn der Diskussion durch den Diskussionsleiter, der sie auf ihre Rolle als "Heimkehrer" festlege, bei.[997]Die Beobachtungen zeigen, dass die Gruppe selbst eine soziale Kontrolle der Einhaltung dieser Rolle ausübt, so dass Peripheres peripher bleibe und nur die Rolle des "Heimkehrers" angesprochen werde.[998]

Wichtige Beobachtungen machte das Forscherteam zur Entstehung von Gruppenmeinungen. Die Existenz dieser Gruppenmeinungen zu zahlreichen Fragen sei durch das Untersuchungsmaterial erwiesen. Auffallend sei, "wie in manchen Gruppen nicht einmal eine Verständigung nötig ist, d.h., die Phase der Orientierung und Anpassung [falle aus]; man stimmt von Anfang an überein in der Grundhaltung, ist auch inhaltlich wesentlich gleicher Ansicht (oft wird ein Repertoire stereotyper Redeweisen 'abgespielt') und reagiert geschlossen auf spontan vom Diskussionsleiter vorgebrachte Argumente der entsprechenden sozialen Partner."[999]

Die Forschergruppe beobachtete wie im Verlaufe des *Gruppenexperiments* auffällige Gruppenphänomene, in denen die Dynamik innerhalb der Gruppe für die Herausbildung von Gruppenmeinungen sorgte, die verhältnismäßig homogen waren: "Mit Hilfe der Beobachtungsunterlagen lässt sich ferner eindeutiger aufweisen, wie sich bei anfänglichen Meinungsverschiedenheiten oder der anfänglichen Äußerung relativ diskreter, unverbundener Ansichten mehr oder weniger rasch eine Generallinie ausbildet und bestimmte Grundhaltungen eindeutig durchsetzen." Die Gruppe übe selbst einen ausgesprochenen Homogenitätsdruck aus, der sich auf die Sprecher auswirke: „Vorher abweichende Sprecher passen sich an oder verstummen; die Sprecher unterstützen sich lediglich, wiederholen, machen dem Diskussionsleiter die geäußerten Ansichten 'deutlicher' etc.; die jeweiligen Zuhörer murmeln

[994] Siehe Kapitel 4.
[995] Vgl. ebd., S. 7.
[996] Vgl. ebd., S. 3.
[997] Vgl. ebd., S. 4.
[998] Vgl. ebd.
[999] Vgl. ebd., S. 8.

zustimmend und nicken bekräftigend."[1000]

Das Forscherteam beobachtete aber, dass die Herstellung von Gruppenmeinungen nicht total war, immer wieder kamen einzelne Themen zur Sprache, die diffus und unbestimmt blieben. Unterschiede existierten auch zwischen den Meinungen einfacher VdH-Mitglieder und der von Funktionären. Allerdings war für sozial homogene Gruppen die Existenz fester Gruppenmeinungen nachweisbar: "In Diskussionsgruppen des gleichen soziologischen Typus setzten sich inhaltlich und emotional weitgehend gleichartige 'Gruppenmeinungen' durch zu Themen, die für die Zugehörigkeit der Diskussionsteilnehmer zum Kollektiv relevant sind."[1001]

Die Art der Zustimmung zu den Gruppenmeinungen sei "grundsätzlicher Art", zum Beispiel zu Aussagen wie der Beteuerung, "daß man gegen negative Tendenzen des 3. Reiches 'als kleiner Mann' nichts habe unternehmen können und infolgedessen nach der Heimkehr nicht differenziert werden dürfe" oder auch die Einstellungskomplexe die politischen Parteien betreffend, worauf später noch eingegangen wird.

Wichtig war dem Forscherteam, den Begriff "Gruppenmeinung" von einzelnen Meinungen zu unterscheiden. Gruppenmeinung war die Gestalt oder Struktur, die sich "zu isolierten Fragen in der Gruppe 'durchsetzen' und allgemein verbindlich werden". Diese stünden in einem Zusammenhang zueinander und bildeten eine gedankliche Struktur: "In dieser Struktur drücken sich zugleich auch kollektive Einstellungen und Grundhaltungen aus; diese müssen beschrieben werden, um der dynamischen Qualität der Gruppenmeinung gerecht zu werden."

Der Entstehung von Gruppenmeinungen legten die Forscher ein dialektisches Modell zugrunde: "Die Analyse und Beschreibung von Gruppenmeinungen muß davon ausgehen, daß im aktuellen sozialen Prozess, den die Diskussionssituation substituieren soll, Meinungen kaum unverbindlich und unbeeinflußt reproduziert werden, sondern mitbestimmt werden von aktuellen Absichten und von der Haltung und den Argumenten des Partners. Dies gilt auch für Gruppen: in der Gruppendiskussion sind soziale Partner oder Gegner psychologisch präsent; selbst das interne Gruppengespräch erfolgt wesentlich als Auseinandersetzung mit den Interessen, Verhaltensweisen, Ansichten etc. anderer."[1002]

Die ganze Untersuchung von Gruppenmeinungen verfolgte einen ideologiekritischen Ansatz, denn für das Forscherteam lag auf der Hand, dass "die Verflechtung von Argumentation und Interessen in der Gruppenmeinung bzw. in der nicht-offiziellen ebenso wie in der offiziellen

[1000] Vgl. ebd., S. 8.
[1001] Vgl. ebd., S. 9.
[1002] Zum vorhergehenden vgl. ebd., S. 10.

öffentlichen Meinung [...] diese zugleich zur Ideologie" mache.[1003] Die Analyse der Gruppenmeinung solle sie daher als "Verhaltensprozeß, als an kollektiven Interessen und Umweltbedingungen geknüpfte Aktionen und Reaktionen begreifen".[1004] Daraus ergab sich die Notwendigkeit einer strengen Ideologiekritik, die gleichzeitig, da sie den soziologisierenden Terminus "Gruppenmeinung" nutzte, von der marxistisch verstandenen Ideologiekritik distanziert war, ein weiterer Hinweis auf Verklausulierungen und die Benutzung einer unverdächtigen Tarnsprache im IfS in den 1950er Jahren.[1005] Nichtsdestotrotz ging es zentral um die "Notwendigkeit, das sich in den Gruppendiskussionen manifestierende kollektive Bewusstsein zu beziehen auf objektive gesellschaftliche Bedingungen, unter denen die Gruppe und ihre Mitglieder stehen."[1006] Methodisch zogen die Forscher die Konsequenz, das Gruppendiskussionsverfahren nicht isoliert anzuwenden, es "sollte nur kombiniert mit anderen Methoden angewendet werden, mit denen sich die objektive Situation der Gruppe und ihrer Mitglieder ebenso wie die reale Funktion und Bedeutung der nichtöffentlichen Meinung im Kollektiv und die Wichtigkeit der Zugehörigkeit der Individuen zu betreffenden Gruppe in Bezug auf ihre Gesamtsituation untersuchen lassen."[1007] Gemeint waren damit die durch Umfrageforschung gewonnenen sozialstatistischen Daten.

Die Forschungs- und Auswertungsarbeit schritt zügig fort. Erste Beobachtungen über die Bedeutung der Kriegsgefangenschaft hielt die Forschergruppe in einem Paper über die "Bedeutung der Gefangenschaft für das Heimkehrerbewusstein" fest. Dieses Paper beruhte auf der qualitativen Inhaltsanalyse von Verbandsmaterialien, Publikationen und des Verbandsorgans. Das Paper hebt die Bedeutung des widersprüchlichen Verhältnisses von „Kameradschaft" als stark wertbesetzter Komponente und der Vereinzelung im Lagerleben fest. In der Publizistik sei permanent von "Kameradschaft" die Rede: "man unterstützte sich in einer Art Notgemeinschaft bei der Arbeit und in der Abwehr von Übergriffen gegen Posten und gelegentlich wird in Erzählungen von eng zusammenhaltenden Freundesgruppen berichtet." Dem entgegengesetzt war die Tendenz zur "Vereinzelung": "die hoffnungslose Einsamkeit gerade im Kollektiv der Mitgefangenen".[1008]

Das politische Leben und die Vergangenheit des Nationalsozialismus sei in den literarischen Arbeiten zur Kriegsgefangenschaft ein tabuiertes Thema.[1009] Insgesamt überwiege in

[1003] Vgl. ebd., S. 10.
[1004] Vgl. ebd., S. 10f.
[1005] Zum Ideologieverständnis im Institut für Sozialforschung in den 1950er Jahren vgl. den Artikel „Ideologie" in: Institut für Sozialforschung: Soziologische Exkurse. Nach Vorträgen und Diskussionen. Frankfurt/Main 1956, neue Auflage: Hamburg 1991, S. 162-181.
[1006] Vgl. IfSA, A 13 I-III, Ordner 1.2. Memos, Protokolle, Methodologische Untersuchungen zum Gruppendiskussionsverfahren, S. 11.
[1007] Vgl. ebd., S. 11.
[1008] IfSA, A 13 I-III, Ordner 1.2. Memos, Protokolle, Die Bedeutung der Kriegsgefangenschaft für das Heimkehrerbewusstsein [o.O., o. D.] [ca. 1957], S. 2f.
[1009] Vgl. ebd., S. 3.

literarischen Verarbeitungen und in der Verbandspublizistik ein privatisierender Rückblick auf die Vergangenheit, was Rückschlüsse auf politische Einstellungsmuster, die durch die Gefangenschaft hervorgebracht seien, auf der Grundlage dieser Quellen schwierig mache. Die Untersuchungsgruppe schloss aus dem Fehlen politischer Positionierungen in der selbstbesinnlichen Literatur, dass in "der Gefangenschaftssituation selbst eine Ausbildung spezifischer politischer Vorstellungen und verfestigter Einstellungen nicht erfolgte – mit Ausnahme der bereits vom 3. Reich und evtl. früher herrührenden anti-kommunistischen Grundhaltung, die nach dem Untergang des 3. Reiches zugleich eine relative Aufgeschlossenheit gegenüber der 'freiheitlichen' westlichen Demokratie und evtl. auch die Bereitschaft zur Abwendung vom Nationalsozialismus vermuten lässt."[1010] Diese positive Interpretation lässt darauf schließen, dass der Untersuchungsbericht der Forschergruppe zur "Bedeutung der Gefangenschaft für das 'Heimkehrerbewusstsein'" in der Vorbereitungsphase der Gruppendiskussionen stattgefunden hat, denn nach Ablauf der Diskussionen war die Interpretation in diesem Punkt weit pessimistischer.

Die Gruppe kam zu dem Schluss, dass der VdH ein idealistisches Leitbild vom Heimkehrer zeichnete, das einen gewissen Eliteanspruch verkörpere: "die Zurückgekommenen sind eine unter schwierigsten physischen und psychischen Bedingungen geprüfte Auslese." Die Idealisierung umfasste die ganze Person und den Charakter: "Der Heimkehrer hat 'Charakter', er war treu, tapfer, hilfsbereit. Er hat Kräfte aktiviert, die in der friedlichen Existenz nie gebraucht werden. Er hat gelernt, dass der Mensch von Brot allein nicht leben kann, und ist kein 'Materialist'. [...] Er hat sein Opfer gebracht und ist dabei 'geläutert' worden. Er trägt damit zugleich die 'Verantwortung für die Zukunft seines Volkes'". Den Auserwähltheitsgedanken unterstreichen im Paper zitierte Ausführungen zur Führertauglichkeit des Heimkehrers: "'Wieviele Irrtümer der jüngsten Vergangenheit wären vermieden worden, hätten die Führer ... das gewusst, was jeder von uns erfahren hat. Ergreifen wir das Wort!'" Insgesamt wurde das "in Gefangenschaft gewesen zu sein" zu einer besonderen "charakterlichen und politischen Qualität" verklärt, die sich intuitiv, beinahe physiognomisch erkennen lässt: "'Heimkehrer erkennen sich sofort am Gesichtsausdruck."[1011]

Daraus erwachse eine gewisse Gefahr, die auch in der Verbandspublizistik zum Ausdruck komme. Der VdH betreibe nach Ansicht der Untersuchungsgruppe eine Politik, die an Ressentiments gegen die bestehenden politischen Institutionen und die Parteien appelliere. Ein Merkmal der politischen Kritik des VdH sei die stark "personalisierende Deutung politischer Ereignisse, deren Fehler vor allem dem menschlichen Versagen der 'Funktionäre'

[1010] Vgl. ebd., S. 4f.
[1011] Vgl. ebd., S. 7. Zur Entwicklung der Elitedoxa in Deutschland vgl. Morten Reitmayer: Elite. Sozialgeschichte einer politisch-gesellschaftlichen Idee in der frühen Bundesrepublik. München 2009 (Ordnungssysteme; 28).

zugeschrieben" würden. Dem falschen politischen Establishment wird ein idealisierter Heimkehrer entgegengesetzt: "Alles wird anders, wenn der aufs Gemeinwohl bedachte, charakterstarke [...] Heimkehrer endlich seiner moralischen und geistigen Überlegenheit bewusst wird und 'das Wort ergreift'."[1012] Neben dieser Überhöhung des eigenen Werts für die "Demokratie" trat ein anderes Moment, das in den Augen des IfS eine politische Gefahr in sich berge: "[Es] wird in sehr hohem Maße an andere irrationale Momente des Bewusstseins appelliert, z.B. an die 'Ehrfurcht' vor den 'echten Werten'. Ihre Gültigkeit wird abgeleitet aus dem Gefangenschaftserlebnis; inhaltlich entstammen sie jedoch weitgehend traditionellem 'völkischem' Denken. Dieses ist den Jüngeren aus dem Nationalsozialismus bekannt, dürfte aber kaum als typisch nazistisch empfunden werden."[1013]

Auffallend fand die Forschergruppe das Vorherrschen bestimmter überkommener Vorstellungen von der Bedeutung der Volksgemeinschaft im VdH: "Zentrale Vorstellungen wie etwa die der 'Gemeinschaft des Volkes', aus dessen 'Schoß' man stammt, dessen 'Mund' den ehemaligen Kriegsgefangenen das Wort 'Heimkehrer' schenkte, 'als es selbst noch im Dunkel seiner Zukunft, seiner Gestalt, seiner Bitternis, seiner Selbstanklage und seiner Schuld war'."[1014]

Auch teleologische Deutungen der Geschichte und des "Schicksals" der Heimkehrer fanden sich im Untersuchungsmaterial. Sie überhöhen die Erfahrung der Gefangenschaft zu einer existentiellen Erfahrung, die mit Sinn aufgeladen wird: "Charakteristisch für die irrationale Deutung der Geschichte [...] ist auch die Vorstellung, dass man nach endlosem Warten aus der Gefangenschaft entlassen wurde, weil es dem 'Geschick so gefiel, vielleicht deshalb, weil nun der Stahl (=der Heimkehrer) fertig zu sein schien'. In solchen Bildern wird auch das 'Schicksal des Volkes' beschrieben, dessen 'Not' und 'Unterdrückung' ebenso 'gläubig hoffend' ertragen werden müssen wie der 'Glutofen der Gefangenschaft' von den einzelnen Heimkehrern."[1015]

Die Forschungsleitlinien und den Diskussionsstand für die Endauswertung hielt Adorno im Mai 1957 in einem Memorandum über die Heimkehrerstudie, das ausdrücklich nur der internen Diskussion vorbehalten war, fest.[1016] Es war fortlaufend während des Forschungsprozesses erarbeitet worden, wie Vorstufen zu einem "Schema zur Strukturierung des Untersuchungsgegenstandes" zeigen.[1017] Im ersten "Schema" vom 21. Januar 1957 sind

[1012] IfSA, A 13 I-III, Ordner 1.2. Memos, Protokolle, Die Bedeutung der Kriegsgefangenschaft für das Heimkehrerbewusstsein [o.O., o. D.] [ca. 1957], S. 8.
[1013] Vgl ebd., S. 8f.
[1014] Vgl. ebd., S. 9.
[1015] Vgl. ebd., S. 9.
[1016] IfSA, A 13 I-III, Ordner 1.2. Memos, Protokolle, Memorandum über die Heimkehrerstudie (nur für die interne Diskussion), [23.5.1937], zitiert wird nach der gedruckten Fassung in Theodor W. Adorno, Max Horkheimer: Briefwechsel, Band 4.IV 1950-1969. Frankfurt/Main 2006, S. 438, S. 895-921.
[1017] IfSA, A 13 I-III, Ordner 1.2. Memos, Protokolle, Heimkehrerstudie, Schema zur Strukturierung des Untersu-

einige Grundüberlegungen enthalten, die im Memorandum vom Mai nicht so klar benannt werden. Diesem zufolge sollte eine Leitfrage darstellen, "mit welchem Bewusstseinsinhalt die Heimkehrer in die Gefangenschaft gegangen sind", die zweite Leitfrage sollte der "Komplex der Vorstellungen, Hoffnungen und Wünsche" während der Gefangenschaft sein, den das Institut als "Bild von der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der Heimat" bezeichnete. Daran anschließend solle die "Konfrontation des aus der Gefangenschaft 'Mitgebrachten' mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit" untersucht werden. Hierbei nahm das Institut an, dass die Heimkehrer den "Zustand [einer] der allgemeinen Enttäuschung und Unsicherheit" angenommen haben, "der es erforderlich macht, sich nach einem 'Nothelfer'" umzuschauen.[1018] Zentraler Punkt des Erfahrungshintergrundes würde die russische Kriegsgefangenschaft sein: "Welche Bedeutung hatte für den Einzelnen das Erlebnis der Gefangenschaft auf dem background des 'Mitgebrachten'?"[1019]

In Einzelmemoranden wurden auch Teilergebnisse festgehalten, die in das Mai-Memorandum einflossen. In einem Forschungsbericht zur "Entwicklung der offiziellen Verbandspolitik" ging das IfS zunächst auf allgemeine Beobachtungen aus der Analyse der Verbandsmaterialien ein, um anschließend einige Befunde aus den ersten Gruppendiskussionen festzuhalten. Die zwei wichtigsten Befunde zu den Verbandsmaterialien betreffen das Verhältnis des VdH zu den Parteien und das Elitebewusstsein des VdH. Zu den Parteien stellte das IfS fest, dass der Verband diese relativ misstrauisch beobachte, in der "Darstellung des VdH haftet den Parteien etwas sektenhaft Abgeschlossenes und Kleinliches an." Dagegen stellte der VdH bestimmte besondere Werte, durch die er sich vom Parteienhader abhebt, "etwa die [...] Idee der in Gefahr gestählten Kameradschaft etc., mit der die Politik durchdrungen werden soll."[1020] Als Gegenentwurf des Parteienhaders vertrat der VdH den Eliteanspruch seiner Mitglieder: "Immer stärker wird [...] der Wert der Heimkehrer als der 'wahren Experten des Ostens' hervorgehoben, die sich durch Läuterung und innere Haltung vom üblichen krassen Materialismus' Westdeutschland scharf absetzen. Diese Überbetonung des Elitecharakters, des Auserwählt- und damit Anders-Seins kontrastiert sehr mit der ursprünglichen Bestimmtheit als reiner Interessenverband. Ob es sich hier um eine unbewusste Kompensation, gewissermassen um eine verbandsimmanente Tendenz oder eine raffinierte Manipulation der Führungsgruppe mit den Eigenwertgefühlen der Mitglieder

---

chungsansatzes (I), 21.1.1957; ebd., Schema zur Strukturierung des Untersuchungsansatzes (II), 29.1.1957; ebd., Schema zur Strukturierung des Untersuchungsansatzes (III), 6.2.1957.

[1018] Vgl. IfSA, A 13 I-III, Ordner 1.2. Memos, Protokolle, Heimkehrerstudie, Schema zur Strukturierung des Untersuchungsansatzes (I), 21.1.1957, S. 1.

[1019] Vgl. ebd., S. 3.

[1020] IfSA, A 13 I-III, Ordner 1.2. Memos, Protokolle, Heimkehrerstudie, Die Entwicklung der offiziellen Verbandspolitik, 8.1.1957.

handelt, lässt sich noch nicht eindeutig sagen."[1021] Erste Beobachtungen in den Gruppendiskussionen machten das Institut eher skeptisch, ob die VdH-Mitglieder den Nationalsozialismus innerlich überwunden hatten. In den Diskussionen kämen zunehmend radikale Positionen zum Ausdruck: "es zeigen sich kerngesunde und im Kampf gegen Antifa etc. gestählte Blut- und Bodenwerte." Zuspitzend heißt es in dem Papier: "Es wird sogar mehrfach behauptet, man sei erst im Lager zum glühenden Nazi geworden. Nebenbei sei hier bemerkt, dass sich ein sehr schönes Beispiel für anfängliche Selbstkontrolle bei Diskussionsbeginn und zunehmenden Abbau derselben findet, wo ein 'Demokrat' gewissermassen den Mantel fallen lässt, und sein altes Braunhemd wieder zum Vorschein kommt." Diese fragwürdige Art der Bekenntnisse zur Demokratie sei im Untersuchungsmaterial weit verbreitet: "Insgesamt wirken diese 'Bekenntnisse' etwas unglaubhaft und unecht; sie machen den Eindruck des Aufgeklebten, das in kritischen Situationen bald abbröckeln und den alten Untergrund wiedersehen lassen wird."[1022] Insgesamt zog das Papier deshalb ein negatives Fazit für die Wirkung des VdH. Die Forschergruppe befürchtete eine verstärkte Anfälligkeit für antidemokratische Tendenzen unter den Heimkehrern: "Sollte es dem VdH gelingen, seine Mitglieder politisch 'zu aktivieren' so dürfte sich aus der Unzufriedenheit mit dem politischen Leben in Verbindung mit dem NS-Gedankengut eine große Anfälligkeit für antidemokratische Einflüsse ergeben. Die Warnung – manchmal auch Drohung in den offiziellen VdH-Veröffentlichungen – die Heimkehrer nicht in den Radikalismus zu treiben, kommt wohl nicht von ungefähr."[1023]

Die Untersuchungsgruppe von Friedeburg, Teschner, Mangold und Becker traf sich nach den ersten Gruppendiskussionen und fasste ihre Beobachtungen und erste Hypothesen zum Heimkehrerbewusstsein nach dem Besuch der 24. Mehlemer Diskussionswoche zusammen. Ein Grundbefund lautete, dass "die materiellen Interessen im Vordergrund ihres [der Heimkehrer] Interesses stehen." Das schloss die Untersuchungsgruppe daraus, dass sie den größten Raum der Diskussion, die größte Resonanz und die meisten Gefühle hervorriefen.[1024] Interessanterweise hielt die Gruppe aber die Beobachtung fest, dass die materielle Not lediglich in den Gruppendiskussionen betont wurde, in der individuellen Selbsteinschätzung in der begleitenden Befragung stellten die Versuchsteilnehmer jedoch ihre Zufriedenheit mit der materiellen Lage fest.[1025] Aus dem Vorherrschen der materiellen Interessen zogen die Wissenschaftler die Konsequenz, dass auch das politische Bewusst-

[1021] Vgl. ebd., S. 1f.
[1022] Vgl. ebd., S. 8.
[1023] Vgl. ebd., S. 9f.
[1024] IfSA, A 13 I-III, Ordner 1.2. Memos, Protokolle, Heimkehrerstudie, Heimkehrerbewusstsein: Beobachtungen und Hypothesen [o.O., o.D.], S. 1.
[1025] Vgl. ebd., S. 4.

sein über den Umweg der materiellen Interessen zu erfassen sei.[1026] Im Gegensatz zum 1950/51er *Gruppenexperiment* stellte die Forschergruppe eine weitgehende soziale Kontrolle innerhalb der Probandengruppe fest: "Diese führte dazu, dass sich die Teilnehmer in die Rolle von Repräsentanten der Heimkehrer gedrängt werden und sich als Sprecher gegenüber der durch das Institut vertretenen Öffentlichkeit fühlen. [...] Ein nicht zu unterschätzender Einfluss geht ferner von der speziellen Situation der Mehlemer Diskussionswoche aus, die eindeutig darauf abgestellt ist, durch Referate und Diskussionen die Funktionäre des VdH von der Notwendigkeit politischer Aufgeschlossenheit und parteipolitischer Aktivitäten zu überzeugen."[1027] Einschränkend hielt das Forscherteam deswegen fest, dass diese "politische Atmosphäre" in die Gruppendiskussionen hineinwirke und dass der Grad an politischer Diskussionsbereitschaft nur von eingeschränkter Repräsentativität für die Gesamtheit des VdH sei.[1028] Das Team fragte sich deshalb, "inwieweit die in der Mehlemer Situation vermittelten Bewusstseinsinhalte Manifestationen spezifischer Dispositionen der Heimkehrer im Sinne von verfestigten Einstellungsstrukturen darstellen oder ob es sich bei vielen Äusserungen nicht im wesentlichen durch die dortige Situation induzierte Reaktionen handelt, die eher unter den Kategorien von Oberflächenphänomenen zu subsumieren seien."[1029]

Erschwerend komme hinzu, dass "das sozialpsychologische Potential, das den Einstellungen der Heimkehrer zur gegenwärtigen politischen Situation zugrundeliegt, keineswegs allein und ausschließlich durch die Kriegs- und Gefangenschaftssituation strukturiert bzw. determiniert wird. Vielmehr bilden diese Erlebnisse ein Moment der Bewusstseinsstruktur. Sie selbst wird wesentlich noch von weiteren Faktoren determiniert, die wahrscheinlich genauso als 'Dispositionen' zur politischen Einstellung aufgefasst werden müssen."[1030]

Die Forschergruppe sah hierin den Hauptanteil ihrer ideologiekritischen Untersuchungsaufgaben: "Zu den schwierigsten Aufgaben bei der Analyse des empirischen Materials wird es gehören, das Gewicht der gefangenschaftsspezifischen Erfahrungen einerseits und die Bedeutung der aus der sozialökonomischen Situation herrührenden Einflüsse für die politische Grundhaltung zu bestimmen."[1031] Für das Institut stand aber schon zu diesem Zeitpunkt fest, dass das grundlegende Interpretament für die Erklärung des Zusammenhangs zwischen sozioökonomischer Situation und politischer Grundhaltung in erster Linie eine spezifische Angestelltenideologie zu sein hatte.[1032]

[1026] Vgl. ebd., S. 2.
[1027] Vgl. ebd., S. 6f.
[1028] Vgl. ebd., S. 7.
[1029] Vgl. ebd., S. 7.
[1030] Vgl. ebd., S. 7f.
[1031] Vgl. ebd., S. 9.
[1032] Vgl. ebd., S. 9. Zur Angestelltensoziologie der 50er und 60er Jahre vgl. Johannes Platz: „Die White Collars in

Im Grundsatzmemorandum zur Auswertung der Untersuchungen vom Mai 1957 stellte Adorno seinen Überlegungen programmatisch den grundsätzlichen Untersuchungsauftrag voran, demzufolge "die Bewußtseinslage der Heimkehrer in der gegenwärtigen Situation zu explizieren unter besonderer Beachtung der bei diesen noch erhaltenen Vorstellungen und Verhaltensweisen hinsichtlich der nationalsozialistischen Vergangenheit und der nach der Heimkehr entstandenen neuen Vorbehalte gegenüber der Demokratie".[1033] Es gehe nicht um eine "repräsentative Erhebung der Meinungen der Heimkehrer zu einzelnen relativ isolierten politischen Sachverhalten, sondern vielmehr um die Analyse der Struktur des für die Heimkehrer typischen allgemeinen Bewußtseins und der Spannungen innerhalb dieses Bewußtseins."[1034] Hier kommt die am Institut allgemein geäußerte und von Adorno durchaus geförderte Skepsis gegenüber gewöhnlicher quantifizierender Umfrageforschung ohne begleitende qualitative Analyse zum Tragen. Dennoch ist das Memorandum gespickt mit Termini der empirischen Sozialforschung, es ist also keine grundsätzliche Ablehnung, es sollte zum Beispiel durchaus mit repräsentativen Quota-Samples gearbeitet werden. Im folgenden fasst das Memorandum knapp die Verbandsentwicklung des VdH zusammen. Der am 18. März 1950 gegründete Verband ziele darauf ab, die letzten "Kriegsgefangenen" aus allen Gewahrsamsländern zu erreichen, soweit dies nicht gelänge, sie so weit wie möglich zu unterstützen. Darüber hinaus diene der Verband der Erfassung aller ehemaligen Kriegsteilnehmer, gleichgültig ob sie Kriegsgefangene gewesen seien, er sei also ein Soldatenverband. Er solle die sozialen und wirtschaftlichen Interessen fördern. Eine wichtige Aufgabe sehe der Verband in der "Formung, Erhaltung und Nutzbarmachung der in der Gefangenschaft und Heimkehr gewonnenen menschlichen Erfahrungen und Erkenntnisse für das ganze deutsche Volk und ein in Frieden und Freiheit vereintes Europa".[1035] Diese Aufgabe sprach für ein gewisses soldatisches Sendungsbewusstsein. Insgesamt beobachtete das Memorandum beim Verband der Heimkehrer eine Tendenz, die Aufgaben, die über die Betreuung der letzten "Kriegsgefangenen" herausgingen, auszudehnen und den Anspruch alle Kriegsteilnehmer zu vertreten, sowie zwischen den "Soldaten von gestern und morgen" zu vermitteln.[1036]

Stichwortartig fasst das Memorandum die Organisation in Landes-, Kreis-, Bezirks- und Ortsverbände zusammen, geht auf die Führungsstruktur durch das Präsidium und die Hauptamtlichen ein und erläutert die Mitgliederstärke. Das IfS ging davon aus, dass die

---

den Griff bekommen". Industrieangestellte im Spannungsfeld sozialwissenschaftlicher Expertise und gewerkschaftlicher Politik, in: Archiv für Sozialgeschichte 50, 2010, S. 271-288.

[1033] Memorandum über die Heimkehrerstudie (nur für die interne Diskussion), [23.5.1937], in Theodor W. Adorno, Max Horkheimer: Briefwechsel, Band 4.IV 1950-1969. Frankfurt/Main 2006, S. 438, S. 895.

[1034] Ebd., S. 896.

[1035] Ebd., S. 896.

[1036] Vgl. ebd.

angegebenen Mitgliedszahlen von annähernd 500.000 Mitgliedern zu hoch gegriffen seien, aufgrund der Postbezieher-Kartei der Verbandsorgans, die 222.434 Bezieher aufliste, sei die Zahl niedriger anzusetzen, wobei eine eigene Schätzung des Instituts fehlt.

Im folgenden analysiert das Memorandum die Politik des Verbandes anhand herausgehobener Beispiele, wie der Einflussnahme auf Gesetzgebungsverfahren und Durchführungsverordnungen des Heimkehrergesetzes vom 19. August 1950. Der Verband war z.B. im Kriegsgefangenenbeirat beim Bundesvertriebenenministerium vertreten. Obwohl der Verband überparteilich sei, verfolge der Verband das politische Geschehen genau und interveniere in die parlamentarische Arbeit. Als ein Beispiel führt das IfS die "entschiedene Ablehnung des Ehrenschutzes für Widerstandskämpfer" an.[1037] Insgesamt sieht das IfS ein Spannungsverhältnis zwischen den Interessen der Anhänger des Verbandes und den politischen Institutionen, die das Verbandsleben bestimmten.

Zur politischen Profilierung des Verbandes führt das Memorandum das im September 1956 beschlossene Mehlemer Programm an, das dieses Spannungsverhältnis am Widerspruch zwischen antitotalitärer Abgrenzung im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einerseits und der vergangenheitspolitischen Einstellung andererseits illustriert. Das Mehlemer Programm markiere das Ende eines "Kampfabschnitts", mit dem neuen Programm mache der Verband "Front" gegen "die Unbelehrbaren und ewig Gestrigen aller Schattierungen, die sich sowohl in links- und rechtsradikalen Lagern als auch in und außerhalb demokratischer Parteien finden." Gleichzeitig forderte der VdH, "einen Schlusstrich unter die Vergangenheit zu machen, von allen kollektiven Beschuldigungen abzusehen." Die konservative Ausrichtung des Programms zeige sich in Aussagen wie: "Wer von Europa redet, muß bereit sein, den Begriffen Volk, Nation und Vaterland wieder einen lebendigen Inhalt zu geben". Bei einem gleichzeitigen Bekenntnis zur sozialen Ordnung und Demokratie betont das Programm: "Aus dem Terror der Unfreiheit ist der Wille der Heimkehrer geboren, Recht und Sauberkeit ihrer Heimat zu festigen und sichern zu helfen."[1038]

Grundlegende Bedeutung für die Analyse im Rahmen des Forschungsprojektes hatte der folgende Abschnitt des Memorandums, in dem es um die Strukturierung des Forschungsgegenstandes ging. Ziel der Untersuchung sei, die "Struktur des politischen Bewußtseins der Heimkehrer", die "Determinanten des Bewußtseins" und dessen "aktuelle und potentielle politische Bedeutung" zu eruieren. Dass dies aber keine Ideologieanalyse im luftleeren Raum bedeuten sollte, bekräftigt das Memorandum im folgenden: "Dieses Bewusstsein muß in Beziehung gebracht werden zur objektiven Situation der Heimkehrer, d.h. insbesondere zu den Erfahrungen, die diese in der Gefangenschaft und nach der Entlassung in der

[1037] Vgl. ebd., S. 899.
[1038] Vgl. ebd., S. 901.

Bundesrepublik gemacht haben."[1039] Damit war klar, dass sich die ideologiekritische Perspektive nicht vor der Erfahrungsdimension und den Selbstdeutungen der Heimkehrer verschloss, dennoch sollte auch die objektive Situation in ideologiekritischer Perspektive allgemein in die Untersuchung einbezogen werden. Die konkrete Erfahrungsdimension sollte allerdings nicht durch mögliche Tiefeninterviews erhellt werden. Vielmehr war an die verallgemeinerten objektiven Erfahrungen gedacht: "Grundsätzlich festzuhalten ist, daß dem Auftrag gemäß von der Analyse der heimkehrerspezifischen Elemente des politischen Bewußtseins der Heimkehrer und der Einwirkung heimkehrerspezifischer Erfahrungen auf dieses Bewusstsein ausgegangen werden muß. Jedoch ist [...] mit dem Auftreten von Vorstellungen und Haltungen zu rechnen, die im Bewusstsein der Heimkehrer selbst als heimkehrerspezifisch deklariert sind, jedoch auf keineswegs heimkehrerspezifische Erfahrungen und Interessen zurückgehen." Das Papier erwägt, dass dieses politische Bewusstsein in Wirklichkeit "Ausdruck einer 'Angestellten'-Ideologie" sind: "Es weist einiges auf die Möglichkeit hin, daß der VdH für mittlere und untere Angestellte und Beamte, aus welchem Kreis sich vermutlich die Masse der VdH-Mitglieder rekrutiert, eine politische Ersatzorganisation darstellen könnte."[1040] Auf das, was hier nur angedeutet ist, wird später noch einmal zurückzukommen sein. Natürlich ist mit der politischen Ersatzorganisation für die Angestellten durchaus auch eine nazifizierte Organisation gemeint.

Für das konkrete Vorgehen bei der Untersuchung hielt es das IfS für erforderlich, die Situation und Bedeutung der Gefangenschaft und der Zeit nach der Entlassung getrennt zu betrachten und außerdem den Zeitraum vor der Gefangenschaft einzubeziehen. Danach sollte die Untersuchung folgende Schwerpunkte umfassen: "A. Die Erfahrungen nach der Heimkehr, B. Die Erfahrungen der Gefangenschaft (wichtig ist insbesondere das Verhältnis zum Bolschewismus), C. Die Einflüsse der politischen Vergangenheit (insbesondere des Nationalsozialismus), D. Die Einstellung der Heimkehrer zur Demokratie (Zusammenfassung und Interpretation der Befunde der vorhergehenden Kapitel), E. Heimkehrerbewußtsein als politisches Potential (u.a. Abwägung des Einflusses des VdH auf die Heimkehrer)." Generalisierende Aussagen etwa über "die" Kriegsgeneration waren nicht beabsichtigt.[1041] In erster Linie ging es um Aussagen über Heimkehrer, die im VdH zusammengeschlossen waren,

[1039] Vgl. ebd., S. 901.
[1040] Vgl. ebd., S. 902. Zur Angestelltenideologie und -mentalität in den Sozialwissenschaften der 1950er und 1960er Jahre siehe Platz: White Collars in den Griff bekommen.
[1041] Insofern enthielt sich die Untersuchung generationenspezifischer Deutungsansätze, die im VdH durchaus verbreitet waren und sich einer gewissen vergemeinschaftenden Beliebtheit erfreuten. Zum Generationenansatz vgl. einführend Ulrike Jureit: Generationenforschung. Göttingen 2006 sowie dies., Michael Wildt: Generationen, in: dies.: Generationen. Zur Relevanz eines geschichtswissenschaftlichen Grundbegriffs. Hamburg 2005, S. 7-26 sowie Andreas Kraft; Mark Weißhaupt: Erfahrung – Erzählung – Identität und die Grenzen des Verstehens, in: dies. (Hg.): Generationen – Erfahrung – Erzählung – Identität. Konstanz 2009, (Historische Kulturwissenschaft; 14), S. 17-47.

vornehmlich Heimkehrer aus der sowjetischen Gefangenschaft. Für diese Untersuchung sollten die Heimkehrer in drei Gruppen unterschieden werden, nämlich in die "Heimkehrer" (die 1947-48 nach Hause Gekommenen), die "Spätheimkehrer" (1949 und 1950 Entlassene) und die "Spätestheimkehrer", die nach 1950 entlassen worden waren.[1042]

Für den Untersuchungsabschnitt über "die Erfahrungen nach der Heimkehr" war für das IfS folgende Grundannahme bestimmend: "Angenommen werden kann, [...] daß das Interesse der Heimkehrer nach der Entlassung nahezu ausschließlich auf ihre private, und zwar primär ökonomische Existenz ausgerichtet war. Dagegen scheint zweifelhaft, ob die gelegentlich offiziell vertretene Ansicht stimmt, daß die Heimkehrer aus der Gefangenschaft mit klaren politischen (und zwar 'demokratischen') Vorstellungen und Absichten nach Hause gekommen sind."[1043] Die ersten Interessen hätten in der Befriedigung des Bedürfnisses nach einer sicheren Wohnung, eines Arbeitsplatzes und der Eingliederung in die Gesellschaft gegolten. Das IfS ging davon aus, dass zum Zeitpunkt der Untersuchung keine nennenswerte Ungleichbehandlung der Spätheimkehrer gegenüber den Nicht-Gefangenen bestand. Allgemein charakterisiert das Memorandum die Erfahrungen, die die Heimkehrer mit der Heimkehr in die westlichen Besatzungszonen und die Bundesrepublik gemacht haben, als positiv. So hielt die Forschergruppe es für wenig wahrscheinlich, dass die erfahrene Lagersituation den Lebensalltag bestimme, sondern der Vergleich mit konkreten Vergleichsgruppen in der Bundesrepublik im Hinblick auf Berufsprestige, Geltung und materielle Lage.[1044] Wichtige gemeinsame Erfahrung sei, dass die Demokratie insgesamt eine neue Erfahrung für die Heimkehrer darstelle. Für die Wahrnehmung der eigenen Situation der Heimkehrer sei die Verbandspolitik des VdH prägend, die die Stellung des Heimkehrers hauptsächlich negativ darstelle.[1045] "Insgesamt gesehen kann gesagt werden, daß der Eintritt in den VdH die Heimkehrer gefilterten Informationen und gezielter Beeinflussung aussetzt und Regierung, Parlament und Parteien deutlicher als vorher zum politischen Gegenspieler der Heimkehrer macht". [1046]

Das Verhalten der Bundesregierung und der Parteien in einer speziellen Frage, nämlich der Kriegsverbrecherfrage war für die Stellung der Heimkehrer zur Demokratie von besonderer Bedeutung: "Zu beachten ist, daß das Verhältnis zur Demokratie und ihren Instanzen ferner beeinflußt wird durch das Verhalten dieser Instanzen zur Kriegsgefangenenfrage. Die Solidarität der bereits Entlassenen mit den noch gefangenen Kameraden ist groß. Landsberg, Werl, Breda etc. sind vielseitig interpretierbare Symbole, zum Beispiel für das einem

[1042] Memorandum über die Heimkehrerstudie (nur für die interne Diskussion), [23.5.1937], in Theodor W. Adorno, Max Horkheimer: Briefwechsel, Band 4.IV 1950-1969. Frankfurt/Main 2006, S. 904.
[1043] Ebd., S. 905.
[1044] Vgl. ebd., S. 906.
[1045] Vgl. ebd., S. 907.
[1046] Ebd., S. 907.

selbst angetane Unrecht, für die Unfähigkeit der Bundesregierung, für die Hartherzigkeit der Westmächte usw."

Der zweite Untersuchungspunkt sollten die Erfahrungen in der Gefangenschaft, speziell das Verhältnis zum Bolschewismus sein. Die Erfahrungen der Gefangenschaft unter starker Fremdbestimmung könnten für die Integration in den demokratischen Staat ein Hemmnis bilden, insofern auch in der Demokratie Ohnmachtserfahrungen möglich seien. Diese Ohnmachtserfahrungen könnten durch den Wunsch nach einem starken Führer kompensiert werden: "Politisch kann unter Umständen der durch neue Frustrationen dieser Art aktivierte Wunsch nach Identifizierung mit mächtigeren Instanzen wirksam werden. (Motiv u[nter] U[mständen] für Beitritt in den VdH [...], für den Wunsch nach einem starken Mann."[1047] Bestimmte in der Gefangenschaft erworbene Werte und Wertbezüge, die der Verband der Heimkehrer betonte und in den Vordergrund stellte, waren soldatische Werte der Kameradschaft, Ehre, die aber unter einer spezifischen Zwangssituation idealisiert und überformt wurden, erschienen zwiespältig in ihrer Bewertung. Als problematisch stufte das IfS den "'völkische[n]' Charakter der verbandsoffiziellen Werte (Vaterland, echte Tradition, Elite der geistigen Menschen)" ein.[1048] Es sei daher zu "untersuchen [...], welche Dispositionen der VdH-Mitglieder politischen Orientierungspunkten dieser Art entgegenkommen und unter welchen Umständen diese sich vom VdH reproduzieren oder gar produzieren lassen. Anzunehmen ist, daß sie unmittelbar mit dem sozialen Standort der vermutlich quantitativ und einflußmäßig überwiegenden mittleren und unteren Angestellten und Beamten zusammenhängen und u[nter] U[mständen] Ausdruck der empfundenen politischen Insuffizienz dieser sozialen Schicht sind."[1049]

Aus der Not der Gefangenschaft resultieren zwei mögliche Folgen: "Die Not der Gefangenschaft kann zur Auseinandersetzung mit den Ursachen für diese Not führen; unter Umständen macht die Wut über die Fehler, die Haltung etc. der militärischen (politischen) Führung den Nationalsozialismus suspekt. Jedoch ist auch eine umgekehrte Reaktion möglich: da die Abwehr von Schuld- und Ohnmachtsgefühlen zur Kritiklosigkeit zwingt und die Glorifizierung des Dritten Reiches herbeiführt, angeregt vor allem durch die Beobachtung der Praxis des Bolschewismus in seinem eigenen Lande."[1050] Vor diesem Hintergrund erwähnt das Memorandum die spezifischen Antifa-Erfahrungen in den Kriegsgefangenenlagern. Einerseits könne sie zur Distanzierung vom Nationalsozialismus beigetragen haben. "Andererseits regt sie zur Verteidigung der Vergangenheit besonders an, gefördert einmal durch die Diskrepanz zwischen der apologetischen Beschreibung des Paradieses der Werktätigen und der

[1047] Vgl. ebd., S. 909.
[1048] Vgl. ebd., S. 910.
[1049] Vgl. ebd., S. 910.
[1050] Vgl. ebd., S. 910.

bolschewistischen Praxis, und zum zweiten durch die Identifizierung der Antifa mit 'Verrätern à la Seydlitz'."[1051]

Zum Bolschewismus stellten sich grundsätzliche Fragen, auf die die Studie eine Antwort zu geben versuchen sollte: "a. was sind nach Ansicht der Heimkehrer die entscheidenden Ziele des Bolschewismus; b. bedeutet die Ablehnung der bolschewistischen Praxis auch Ablehnung von bolschewistischen = sozialistischen Ideen; c. bedeutet Ablehnung des Bolschewismus noch mehr als die Ablehnung des bolschewistischen Systems: Ablehnung einer anderen Kultur, des primitiven russischen Menschen, und anderes; d. werden Parallelen zum Nationalsozialismus gezogen oder ist der 'Bolschewismus' ein diskreter Begriff; e. ist das Erlebnis der physischen Unfreiheit in Rußland ausreichend, um gegen Einflüsse totalitärer Systeme jeder Färbung immun zu machen (oder identifizieren sich die Unterdrückten mit den Unterdrückern?)."[1052]

Einer der wichtigsten Untersuchungsabschnitte war der dritte Untersuchungsabschnitt, in dem nach den "Einflüssen der politischen Vergangenheit gefragt wurde (insbesondere des Nationalsozialismus)".

Das IfS hatte die hohe Bedeutung, die die "Aufarbeitung der Vergangenheit" im VdH besaß, erkannt: "Die offizielle Interpretation verläuft auf der Linie: Verurteilung und Abkehr vom Schlechten, aber Anerkennung und Beibehaltung des Guten, wobei man jedoch selten konkret wird, was unter Schlechtem bzw. Gutem zu verstehen ist. 'Aufarbeitung der Vergangenheit' ist für die Funktionäre geradezu Pflicht; die Mehlemer Diskussionswochen stehen unter diesem Motto."[1053]

Insgesamt waren für das IfS mehrere Aspekte relevant. Das IfS untersuchte die Einstellungen, Leitbilder und Wertvorstellungen, „die sich aus der Vergangenheit erhalten haben." Bei der Untersuchung falle besonders ins Gewicht, dass „[a]us diesem teils von der Gefangenschaft, teils vom VdH aktivierten Bezugssystem der 'ewigen Werte' [...] die Demokratie in vielfacher Weise als ungeordnet, desorientierend und den 'wahren Interessen des Volkes' widersprechend erscheinen" könne. Hier hob das IfS die mögliche Koinzidenz des Heimkehrerbewusstseins mit traditional völkisch orientiertem "Angestellten"-Bewusstsein hervor. Aus den sozioökonomischen Unzufriedenheiten erstehe das Dritte Reich als Vergleichsobjekt wieder auf und insbesondere die sozialen Maßnahmen würden in der Retrospektive positiv bewertet. Wegen der Gefahr des Bolschewismus werde der Vergleich mit dem Nationalsozialismus in zweifacher Weise nahe gelegt: „negativ als identisches autoritäres System und positiv als relativ erfolgreicher Gegner von Kommunismus und Bolschewismus."Schließlich

[1051] Vgl. ebd., S. 910.
[1052] Vgl. ebd., S. 911.
[1053] Vgl. ebd., S. 912.

ergäben sich aus den konkreten Erfahrungen der Nachkriegszeit folgende Bewertungen: „Angeblich in den ersten Nachkriegsjahren übliche kollektive Verurteilungen der Heimkehrer als Nazis, Kriegsverbrecher und Militaristen legen kollektive Verteidigungs- und Abwehrreaktionen auch derjenigen nahe, die nicht selbst unmittelbar gesetzlich von Entnazifizierungsmaßnahmen betroffen sind. ([...] Eine gewisse Rolle spielt auch die verbandsoffizielle Forderung des Rechtes auf politischen Irrtum. Möglich wäre weiterhin, daß von der Entnazifizierung besonders betroffene Kreise im VdH überstark vertreten sind: Nazi-Funktionäre, Beamte, Angestellte)."[1054]

Unter diesem letzten Punkt der Studie sollte die Einstellung der Heimkehrer zur Demokratie untersucht werden. Hier ging es darum, zu analysieren, "in welcher Weise die Heimkehrer im engeren Sinn politisch orientiert sind, wie ihr Verhältnis zu den institutionalisierten Instanzen und Mechanismen der parlamentarischen Demokratie ist und ob sie zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen politischen Systems tendieren bzw. zu gewinnen sind".[1055] Dabei interessierte, wie "Demokratie als nicht-autoritäres System" gesehen wurde, die Akzeptanz der Demokratie als "parlamentarisches System" und wie die Erwartungen und Forderungen der Heimkehrer an die Parteien aussehen. Materialistisch erscheint die Deutung, dass die "Einstellung zur Demokratie [...] primär von der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit den sozial-ökonomischen Verhältnissen" abhängen werde.[1056]

Im abschließenden Punkt ging es darum, zu untersuchen, inwieweit sich das "Heimkehrerbewußtsein" beeinflussen lasse: "Würde sich beispielsweise ein in verschiedenen Punkten ambivalentes Verhältnis zur Demokratie aufweisen, so müßte versucht werden, aufzuzeigen, unter welchen Umständen sich anti-demokratisches Denken radikalisieren lassen könnte, und unter welchen Bedingungen die Stabilisierung pro-demokratischer Verhaltensweisen und Anschauungen möglich ist."[1057] Die Befürchtung war, dass der VdH "für mittlere und untere Angestellte und Beamte eine politische Ersatzorganisation darstellen" könne, "um als heimkehrer- bzw. kriegsgenerations-spezifisch deklarierte, in Wahrheit kleinbürgerliche Interessen durchzusetzen."[1058]

Das Memorandum verzeichnete auch Ausführungen zur Methode des Gruppendiskussionsverfahrens, der Fragebogen-Untersuchung und der Kurzinterviews auf dem Deutschlandtreffen. Die 40 Gruppendiskussionen der Studie waren zum Zeitpunkt, als das Memorandum verfasst wurde, bereits geführt, davon 18 während der Mehlemer Wochen und 22 bundesweit bei ausgewählten Orts- und Kreisverbänden. Ergänzend wurden durch qualitative

[1054] Vgl. ebd., S. 913f.
[1055] Vgl. ebd., S. 914.
[1056] Vgl. ebd., S. 916.
[1057] Vgl. ebd., S. 916.
[1058] Vgl. ebd., S. 917.

Inhaltsanalyse offizielles Verbandsmaterial wie Satzungen, Programme, Rechenschaftsberichte, Reden, Schulungsbriefe, Statistiken und die Verbandszeitschrift "Der Heimkehrer" analysiert. Ein weitere Beobachtungsmethode bestand in teilnehmender Beobachtung bei Verbandsveranstaltungen der Landesverbände, Ortsverbandssitzungen und in VdH-Beratungsstunden.[1059]

Ein weiteres Memorandum Adornos richtete sich konkret an die Mitarbeiter der Heimkehrerstudie.[1060] Adorno hielt in diesem Papier Eindrücke fest, die als Anregungen an die Mitarbeiter gingen. Adorno ging auf den Ausschnittscharakter des Verbandes ein und betonte, dass diejenigen, die "in einen nicht spezifisch politischen Soldatenverband [hineingehen], sich mit dem Soldatentum als solchem identifizieren". Er entwickelte einen Gedankengang über die vorgebliche Überparteilichkeit des Soldatenverbandes: "Diese scheinbare Überparteilichkeit und Neutralität ist aber keine, sondern die Idee des Soldatentums selber, des 'Soldatischen', ist implizit politisch, und zwar mit stark nationalistischen Vorzeichen. Zugleich hat sie die Intention, ihre politische Intention unter der Überparteilichkeit zu tarnen, und damit wohnt ihr ein totalitärer Zug inne. Ähnliche Tendenzen machen sich bei den Nazis vielfach bemerkbar."[1061] Als Gefahr betrachtete Adorno die Rückwärtsgewandtheit des Soldatenbundes, dem er die Tendenz unterstellte, "sich mit seiner Soldatenexistenz zu identifizieren." Er ging davon aus, dass es einen Willen gebe, an dieser Existenzform festzuhalten. Hier könnten Fragen zu ihrer Zeit in der Wehrmacht Aufschluss über die Einstellung der Interviewten vermitteln. Adorno vermutete, dass in der Vorstellung des überparteilichen Charakters eine Neigung zur Beanspruchung von Privilegien, die einer Elite zuständen, verbergen, die sich etwa in Äußerung von Anspruch auf Führertum zeigen könnten. Wenn man diesen Führungsanspruch und die Idee des Soldatischen in Frage stelle, sei eine Uminterpretation in die Bewertung möglich, dass es insgesamt um die "'Herabsetzung des deutschen Soldaten' [gehe], die man überall wittert, um dagegen aufbegehren zu können, und da eine bestimmte Art Wut sich einstellen wird." Adorno empfahl, zu beobachten, "wo die 'Nervenpunkte' liegen, also bei welchen Themen in Reden, Diskussionsreizen usw. sich die heftigsten Reaktionen zeigen". Er vermutete, dass diese nicht im Bereich der materiellen Benachteiligung liegen, sondern im Bereich "symbolischer Komplexe" wie "'die Ehre des deutschen Soldaten', die Freilassung der Kriegsverbrecher, die Stellung ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS oder der allgemeinen SS in der Bundeswehr."[1062]

[1059] Vgl. ebd., S. 917-921.
[1060] T(heodor) W. A(dorno), Memorandum an die Mitarbeiter der Heimkehrerstudie, 23.5.1957, in: ebd., S. 921-926.
[1061] Vgl. ebd., S. 921f.
[1062] Vgl. ebd., S. 922f. Zur Waffen SS vgl. Martin Cüppers: Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer-SS und die Judenvernichtung. Darmstadt 2005 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart; 4)

Anknüpfend an die sozialpsychologischen Studien des Instituts zur autoritären Persönlichkeit erinnerte Adorno an die "Tendenz innerhalb inkriminierter Gruppen, dichotomisch zu unterscheiden." Eine ähnliche Beobachtung hielt er hinsichtlich der Stellung zum deutschen Nationalismus für möglich, nämlich, "daß man gewissermaßen einen integren Kern des Nationalismus von 'bloßen Auswüchsen' unterscheiden will". Einer solchen Logik zufolge böte sich der "Gegensatz der 'sauberen Wehrmacht' zu den Nazis an."[1063] Zentral für die Bewertung dieser Frage sei die Einstellung zu den Männern des 20. Juli[1064]: "Sollte aber in der Tat [...] sich erweisen, daß der Verband den Männern vom 20. Juli feindlich gesinnt ist, so würde eine Korrelation der Daten über jene Dichotomie mit der Gegnerschaft zum 20. Juli ergeben können, daß es sich hier in Wirklichkeit eher um ein getarntes Nazipotential handelt. Es muß überhaupt gesagt werden, daß gerade die Verbindung der Idee des 'Soldatischen' in abstracto mit gewissen populistischen 'antikapitalistischen' Tendenzen es wahrscheinlich macht, daß die objektive Funktion des Verbands [...] eher neofaschistisch als konservativ ist." Sorgen machten Adorno die Führungszirkel des VdH, der durch die Studie nicht erfasst werde, weil diese sich auf "rank and file" beziehe. Es sei hierbei zu fragen, inwiefern die Führungsriege die Basis insgesamt bereits manipuliere und steuere.[1065]

Im Memorandum äußerte sich Adorno überwiegend sehr skeptisch, was die Rolle und Funktion des Verbandes und die Verbreitung antidemokratischer Einstellungen im Verband betrifft. Allerdings wählte er gegen Schluss einen abwägenderen Ton, indem er betonte, dass es sich wahrscheinlich beim VdH "nicht um eine eindeutig antidemokratische Gruppe handelt, sondern daß demokratische und antidemokratische Momente sich miteinander verschränken."

Allerdings betonte er auch, dass sich hinter den demokratischen Momenten, die im Verband herrschten, antidemokratisches Denken verbergen könne: "Es wird aber zu analysieren sein, ob nicht gerade die demokratischen [Momente] [...] diejenigen sind, die in dieser Organisation im Sinne einer faschistischen Volksgemeinschaftsideologie gesteuert werden. Die Wut auf 'die in Bonn', unter Betonung der Interessen der angeblich Betrogenen und Zurückgesetzten, kann sich sehr wohl mit Wünschen nach der Restauration der Partei verbinden."[1066]

Adorno äußerte den Verdacht, dass die im vorangehenden Memorandum ausgesprochene Hypothese, dass die VdH-Mitglieder russlandfeindlich eingestellt sein könnten, nur vordergründig zutreffe, und dass die Mitglieder vielleicht im Inneren auf den antiwestlichen Gehalt der sowjetischen Indoktrination angesprungen sein könnten, insofern sich dies mit der

[1063] Vgl. ebd., S. 922.
[1064] Zum Wandel der Widerstandsdeutungen in Westdeutschland vgl. Jan Eckel: Intellektuelle Transformationen im Spiegel der Widerstandsdeutungen, in: Ulrich Herbert: Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980. Göttingen 2002 (Moderne Zeit; 1), S.140-176.
[1065] Vgl. ebd., S. 922.
[1066] Vgl. ebd., S. 925.

"Empörung dagegen, daß der Westen die deutschen Soldaten diskriminiert habe [mit dem] Lob des opferbereiten russischen Soldaten im Gegensatz zu dem amerikanischen" verbinden könne.[1067]

3.5. Die Forschungsergebnisse

Die Auswertung der Gruppendiskussionen nahm den Zeitraum bis zum Juni 1958 in Anspruch, dann legte das IfS den Untersuchungsbericht vor.[1068] Einführend stellte das IfS in seinem Forschungsbericht fest, dass "von einem einheitlichen Bewusstsein der Heimkehrer nicht gesprochen werden könne und das ein Hauptergebnis der Analyse des Diskussions- und Befragungsmaterials sei, dass "heimkehrerspezifische Erfahrungen für das heutige Bewusstsein viel weniger Bedeutung haben, als sie [die Heimkehrer] selbst anzunehmen geneigt sind." Entscheidend sei vielmehr "die sozioökonomische Stellung der Verbandsmitglieder in der Gesamtgesellschaft, ihre Zugehörigkeit zu bestimmten Schichten". [1069]
Im ersten Kapitel behandelte die Forschergruppe die Erfahrungen nach der Heimkehr. In ihrem Bericht stellte sie fest, dass sich die Heimkehrer ambivalent gefühlt hätten, einerseits hätten sie Hilfestellung und Aufmerksamkeit erwartet, dagegen hätten sie ihre Stellung als Außenseiter und Zukurzgekommene empfunden. Der Bericht hielt jedoch als ein zentrales Ergebnis fest, dass das Selbstbild des Heimkehrers als eines Außenseiters und Zukurzgekommenen eine historische Imago darstelle, dem das zutage geförderte sozialstatistische Material auffallend widerspreche.[1070] Ebenso sei die Idee des Heimkehrers selbst eine historische Imago, die literarisch gestützt werde durch klassische kanonische Literatur und durch die zeitgenössische Heimkehrer-Literatur und Kunst reproduziert werde.
Die Heimkehrer betonten die Erfahrung, dass in der Gefangenschaft Ordnung bestand, "die von der Notwendigkeit eigener Initiative befreite". In Verlängerung dieser Erfahrung wendeten sich die Heimkehrer "vorwurfsvoll gegen die Verantwortlichen der neuen Umwelt: dass sie sich zu wenig um die Heimkehrer gekümmert hätten [...]. Auch sei die Unterstützung nicht 'automatisch' in Gang gekommen: man habe sich 'durchsetzen', man habe seine Ansprüche 'erkämpfen' müssen," und eben nicht in einer vorgefunden Ordnung sich wiedergefunden. [1071]

[1067] Vgl. ebd., S. 925.
[1068] Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang Goethe-Universität: Zum politischen Bewusstsein ehemaliger Kriegsgefangener. Eine soziologische Untersuchung im Verband der Heimkehrer. Frankfurt/Main 1957.
[1069] Vgl. ebd., S. II.
[1070] Vgl. ebd., S. 6 und S. 10.
[1071] Vgl. ebd., S. 2f.

Demgegenüber gewänne die Zwangsgemeinschaft des Lagers rückwirkend positive Züge, sie werde als Kameradengemeinschaft verklärt und ihre Ordnung affirmiert. "Verglichen mit der 'Gemeinschaft' im Lager – aber auch mit der 'Volksgemeinschaft' vor dem Kriege – erscheint der im Nachkriegsdeutschland herrschende 'Egoismus', die 'krasse Rücksichtslosigkeit' der um 'materielle Güter konkurrierenden Menschen' umso verwerflicher." Dies bringt ein typisches Zitat aus den Gruppendiskussionen zum Ausdruck: "Wenn man so wiederkommt, dann hat man den Eindruck, es sind doch manche Ideale zerronnen, es ist hier in Westeuropa, nicht nur in Deutschland, wenn ich es mal so ausdrücken darf, alles etwas stark egoistisch und materialistisch eingestellt. Dinge, die für uns gar nicht wichtig waren, haben hier eine Bedeutung, die uns zunächst unvorstellbar war. Auch diese Rabulistik des rücksichtslosen Untereinander-Vorgehens steht natürlich im krassen Gegensatz zu dem, was wir in der erzwungenen Schicksalsgemeinschaft und Notgemeinschaft in diesem Maße nie gekannt haben."[1072]

Neben Klagen über die Funktionsweise der Bürokratie und einer spezifischen Form der personalisierten Kritik an bürokratischem Verhalten ist ein Punkt besonders bemerkenswert, der sich durch die Gruppendiskussionen zog: die Heimkehrer berichteten, aufgrund der Kriegsvergangenheit und des gegen sie gerichteten Schuldvorwurfs auf Ablehnung gestoßen zu sein. Die Heimkehrer seien zu Kriegsverbrechern erklärt und als Faschisten betrachtet worden.[1073] Die Forschergruppe hielt mit Verweis auf das nachfolgende Gruppendiskussionsbeispiel fest, dass man den Eindruck habe, "als seien alle Heimkehrer kollektiv in solche 'Diffamierungen' verwickelt gewesen". Ein Diskutant wird mit den Worten zitiert: "Da kann ich dem Kameraden I. nur zustimmen, wie er sagte, dass alles das 1945 in den Dreck getreten worden ist, alles was mit Soldaten zu tun hatte [...]."[1074] Eine Frage, der die Studie, anders als das *Gruppenexperiment* nicht ausführlich nachging, war das Verhältnis zu *Schuld und Abwehr*. Schuld und Entnazifizierung wurden nur am Rande behandelt. Die Forscher stellten fest, "dass sich in den Diskussionen neben Argumenten der Rechtfertigung und Aufrechnung der deutschen Schuld gegen die anderer Völker eine Reaktion auf die Schuldfrage findet, die spezifisch aus der Perspektive der Heimkehrer verständlich wird: dass nämlich die Heimkehrer mehr als jeder andere und für das ganze deutsche Volk gesühnt hätten."[1075] Bemerkenswert erscheint der Anspruch, dass die Frage der Kriegsverbrecher aus den Händen der West-Alliierten genommen werden müsse. Einerseits wurde in den Diskussionen vehement ein Schlussstrich gefordert, andererseits wurde die Forderung laut, auf den Westen einzuwirken, "dass sie [der Westen] endlich unseren letzten Kameraden,

[1072] Vgl. ebd., S. 4, GD 21, S. 11.
[1073] Vgl. ebd., S. 6.
[1074] Vgl. ebd., S. 6f., GD 30, S. 23.
[1075] Vgl. ebd., S. 7.

der sich heute noch im Gefängnis befindet, entlassen. Und wir entscheiden darüber, ob sich der Betreffende des Kriegsverbrechens schuldig gemacht hat oder nicht. Das ist eine Sache des deutschen Volkes."[1076] Die Zurückweisung fremden Urteils über deutsche Schuld oder Unschuld fand sich schon im *Gruppenexperiment* und beeinflusste auch die Diskussionen in der Bundeswehr, wie in den vorangehenden Kapiteln gezeigt. In der Frage des Zukurzgekommenseins betrachteten sich die Heimkehrer tendenziell als schon integriert, insofern als sie gleichberechtigte Unterstützung innerhalb der In-Group der deutschen Bevölkerung beanspruchten. Interessanterweise wurde das Urteil, "zu kurz gekommen zu sein", besonders im Vergleich mit der Gruppe der durch den Nationalsozialismus Geschädigten betont. Hier wird der relativierende Charakter besonders deutlich, wie folgendes Zitat aus den Gruppendiskussionen zeigt:

"Der andere Kreis ist der, die heute Wiedergutmachungsansprüche anmelden können, die für jeden Tag KZ-Haft ihre 5 Mark bekommen, obwohl wie ich auch weiss, sozial schwache Ele-, nicht sozial, asoziale Elemente in den KZ's waren, die aber heute am lautesten schreien, dass sie eingesperrt waren im KZ, bei denen jede Schädigung anerkannt wird, weil sie eben ganz klar aus der KZ-Haft herrührt, während bei den armen Heimkehrern, ich will nun nicht sagen, bei den armen Heimkehrern, bei den Heimkehrern 'ne Anlage ist oder konstitutionell bedingt ist oder Verschleisserscheinung, denen praktisch das ganze Geld hinterhergeworfen wird, und die heute das Recht haben, den lieben Gott einen guten Mann sein zu lassen, während wir Pfennige betteln müssen – da liegt der Hase im Pfeffer. (Zwischenruf: Sehr richtig!) Ich glaube auch, dass das Entscheidende war, was sie zuletzt gesagt haben, Herr G., es sind gewisse Kreise, denen man eben in dieser Beziehung weitgehend entgegenkommt und während man uns in jeder Beziehung nur Schwierigkeiten macht."[1077]

Der Forschungsbericht hält zu diesen Äußerungen lapidar den relativierenden und aufrechnenden Charakter des Vergleichs zwischen Kriegsgefangenen und NS-Verfolgten: "Unter dem Gesichtspunkt der Interessenkonkurrenz scheint jede sachliche Einsicht verloren zu gehen. Man wirft beispielsweise wider die einfachste Wahrheit den Emigranten und den 'KZ'lern' vor, es sei ihnen gut gegangen und sie hätten nichts vom Krieg erlebt". Der Bericht schließt an diesen knappen Kommentar zwei weitere Zitate an, die den Befund belegen sollen:

"Ich meine, auch diejenigen, die KZ überstanden haben, die haben jedenfalls besser gelebt (Zwischenruf: Richtig!) wie wir in der Gefangenschaft oder im Schützengraben vorne.

[1076] Vgl. ebd., S. 9, GD 23, S. 65.
[1077] Ebd., S. 31, GD 16, S. 17. Zum Zusammenhang zwischen Anerkennung als Kriegsbeschädigter und Anerkennung als NS-Verfolgter, zu den entsprechenden Konkurrenzen und dem Expertendiskurs vgl. Goltermann: Gesellschaft der Überlebenden, passim.

(Zwischenruf: Nein, nein, will ich nicht generell sagen...) – Jedenfalls viele, die im KZ gesessen haben, waren doch auch viele Verbrecher, ne, und die werden auf gleiche Stufe gestellt, wie diejenigen, die im KZ ge-, die politisch oder sowas verfolgt waren oder sowas, ne."[1078] Durch die Gleichsetzung der KZ-Insassen mit Verbrechern oder wie im vorangegangenen Zitat mit Asozialen wird das, was den NS-Verfolgten geschah, nachträglich gerechtfertigt und dadurch der Opfer- und Anspruchsstatus bestritten. Das zweite Zitat lautet: "Was für 'ne Summen haben die KZ'ler verschlungen, was für 'ne Summen haben die Emigranten verschlungen, die auf stillschweigendem Wege weggegangen sind, wo auch, wolln wir mal sagen, auch ein Adolf Hitler an denen auch keinen Finger krumm gemacht hätte, nich. Die sind heute zurückgekommen und verlangen eine hohe Summe, und wir, wir wischen uns die Nase [...]." Die Unterstellung, dass die Emigranten gleichsam grundlos gegangen seien, weil Hitler ihnen nichts getan hätte, belegt einmal mehr den aufrechnenden und die Leiden der Verfolgten relativierenden Charakter.[1079]

Auch andere Ressentiments gegen ehemalige „KZler" finden sich im Untersuchungsmaterial, wie das folgende Beispiel zeigt, in dem ein Versuchsteilnehmer behauptete, bei den Entschädigungsbehörden verhinderten NS-Überlebende die Durchsetzung berechtigter Interessen von ehemaligen Soldaten: "Es muss einmal aufgeräumt werden mit der ungeheueren Vielzahl von verschiedenen Gruppen. Ich sehe das an meiner Sozialarbeit. Wenn ich da in irgendeiner Sache eines Kameraden Schwierigkeiten bei den Behörden habe, dann brauch ich ihn nur zu fragen, in welchem Bezirksamt wirst Du besorgt, dann weiss ich, der Beamte ist Entschädigungsbeamter, der also wegen seiner – zur Entschädigung seiner nationalsozialistischen ... Nachteile, in einem Posten sitzt, dem er nicht gewachsen ist, und denn dort nichts anderes tut, als aufzupassen, dass nicht etwa ein früherer SS-Mann oder ein früherer – oh das geht manchmal so weit – ein früherer Soldat etwa nun gar zu leicht zum Genuss der Gesetze kommt, die ja letzten Endes für ihn geschaffen sind."[1080]

Die Forschergruppe machte mehrere Beobachtungen zum Thema. Zwar seien die Diskussionsteilnehmer bereit, die Einrichtung von Konzentrationslagern allgemein zu verurteilen und die Praxis der Verfolgung politischer Gegner im Dritten Reich zu bedauern, doch unterschieden sie "peinlich genau zwischen 'ehrlichen politischen Gegnern' und 'Kriminellen', und sie sind von vorne herein geneigt, die 'Politischen' gegen die 'Asozialen' in der Minderzahl zu sehen." Insgesamt sei die Argumentationsweise der Heimkehrer eine Variante der Schuldabwehr: "so wie man das Schicksal der Gegner des Nationalsozialismus mit dem

[1078] Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang Goethe-Universität: Zum politischen Bewusstsein ehemaliger Kriegsgefangener. Eine soziologische Untersuchung im Verband der Heimkehrer. Frankfurt/Main 1957, GD 23, S. 59.
[1079] Ebd., GD 51, S. 58.
[1080] Ebd., GD 18, 54.

Verweis auf die eigenen Erlebnisse im Krieg und in der Gefangenschaft abzuschwächen sucht, so rechnet man auch die höhere Entschädigungsquote der politisch Verfolgten gegen das Unrecht auf, das ihnen [den Heimkehrern] angetan wurde."[1081]

Interessant an den Ergebnissen der schriftlichen Interviews der Diskussionsteilnehmer und der mündlichen Interviews der Teilnehmer des Heimkehrertreffens ist, dass die Ergebnisse weitgehend den in den Diskussionen und auf Verbandsveranstaltungen geäußerten Selbstdeutungen der Heimkehrer widersprechen. Die Befragungsergebnisse widersprechen in auffälliger Weise der vorherrschenden Gruppenmeinung, "dass der Masse der Heimkehrer die Wiedereingliederung schwergefallen sei."[1082] Es sei jedoch diese, gleichsam informell im VdH herrschende Meinung, die sich in den Diskussionen reproduziere. Im allgemeinen äußerten sich die befragten Heimkehrer dahingehend, dass sie mit ihrer wirtschaftlichen Situation, ihrer Wohnsituation, ihrer beruflichen Eingliederung weitgehend zufrieden seien. Das Forscherteam schließt daraus, dass die Orientierung der Gruppenmeinung an den schwächsten Gliedern des Heimkehrerkollektivs erfolgt sei.[1083] Es handele sich um eine Verallgemeinerung spezifischer Einzelerfahrung und um eine Zuschreibung und Überschätzung ihres heimkehrerspezifischen Charakters.[1084] Die Gruppenmeinung über das "Schicksal 'der' Heimkehrer [hat] sich im Laufe der Zeit nach der Entlassung weitgehend verselbständigt, und [hat], wie jede offensichtlich kollektiv geteilte Ansicht, [hat sie] auch heute noch *im VdH* stark normative Bedeutung." Sie beinflusse nicht nur die Anschauungen, die man in der Kommunikation mit anderen Heimkehrern äußere, sondern mache im Kollektiv auch in gewisser Weise blind gegenüber den Veränderungen der Realität: „Die Gruppenmeinung [...] impliziert die Vorstellung, dass den Heimkehrern nicht die Hilfe zuteil geworden ist, die sie vom neuen Staat, von der 'Demokratie' und ihren Institutionen hätten erwarten können. Und sie legt damit das Missverständnis nahe, als seien es im wesentlichen schlechte Erfahrungen nach der Entlassung gewesen, die kritischen Ansichten von Heimkehrern zur Theorie und Praxis der parlamentarischen Demokratie zugrunde lägen."[1085]

Diese Einstellungen hingen jedoch mehr mit der sozialen Schichtzugehörigkeit zusammen als mit spezifischen Erfahrungen der Heimkehrer. Ihre Interessen als Arbeiter, Angestellter, als Beamter oder Selbständiger leiteten ihre Dispositionen. Diese ragten als Ideologie von außen in den VdH hinein.

Das zweite Kapitel umfasste die Erfahrungen in der Gefangenschaft, insbesondere das Verhältnis zum Bolschewismus. Die heftigsten Aussagen fielen in Bezug auf Gefangene, die

[1081] Vgl. ebd., S. 14.
[1082] Vgl. ebd., S. 24.
[1083] Vgl. ebd., S. 24.
[1084] Vgl. ebd., S. 25.
[1085] Vgl. ebd., S. 25.

sich mit den Sowjets arrangierten, Gefangene der Antifa und des "Freien Deutschlands". An diesen markierten die Heimkehrer die spezifische Differenz zwischen denen, die die Gemeinschaft verrieten und denen, die zu den hergebrachten Normen stünden: "Der zentrale Maßstab für die Beurteilung der ANTIFA ist in diesen Gruppen [des gebildeten Mittelstands] die Vorstellung, dass man sich im Feindesland 'als Deutscher zu bewähren habe', dass man den alten Idealen und Leitbildern treu zu bleiben habe, auch wenn dafür Nachteile jeder Art in Kauf genommen werden müssten." Dies äußerte sich zum Beispiel in dem Diskussionsbeitrag: "Das Preussische bedeutet Disziplin, Konsequenz, Haltung bis zum Äußersten."[1086]
Im Wesentlichen betonten die Diskussionsteilnehmer Werte, die sie unter "echte und wahre Werte" subsumierten, wie die Forschergruppe es interpretierte: "Die Argumente kreisen um die 'echten, wahren Werte', wie unsere Sprecher sie unbefragt unterstellen, Kameradschaft, Gehorsam, Treue und Pflicht, Vaterland und Gemeinschaft. Man habe diese Werte in der Gefangenschaft erfahren oder wiedergefunden, und diese Tatsache erlaube es, der Gefangenschaft eine positive Seite abzugewinnen. Die Erfahrung dieser Werte [...] sei auch für die Gegenwart nutzbar zu machen. Gleichzeitig gäben diese Erfahrungen den Maßstab ab, die Gegenwart zu beurteilen, in der jene Werte verlorengegangen seien."[1087] Es sind gerade die Erfahrungen und die beschworenen Werte, die den Charakter der Heimkehrer als einer Elite begründen.Das Forscherteam beobachtete auch eine Tendenz zur Anpassung und die positive Bewertung von Anpassung im Lagerleben. Es vermutete eine Anknüpfung an nationalsozialistische Erziehungsideale, die verinnerlicht worden seien.[1088]
Was die Erfahrungen mit dem Bolschewismus betrifft – so der Befund der Forschergruppe – waren die Meinungen der Diskussionsteilnehmer eindeutig negativ. Diese Einschätzung beruht auf der vielbeschworenen Erfahrung des Bolschewismus am eigenen Leib. Daraus leiteteten die Diskussionsteilnehmer auch allgemein ihre weitgehend negativen die Ansichten über die Sowjetunion ab. Anders sahen die Befunde im direkten Diktaturenvergleich aus. Dabei traten im Wesentlichen zwei Gruppen von Meinungen auf: "Ein Teil der Sprecher lehnt den Nationalsozialismus ebenso entschieden ab, wie den Bolschewismus, die 'guten Seiten, die er angeblich dem Bolschewismus voraus hätte, werden als unlösbar mit den schlechten verbunden angesehen [...]. Der andere Teil trennt gute und schlechte Maßnahmen von Diktaturen und hält den Nationalsozialismus ob seiner guten Seiten für eine Art 'Edeldiktatur'. [...] Für die Mehrzahl der Heimkehrer jedoch sind Nationalsozialismus und Bolschewismus grundsätzlich verschieden. Das, was das östliche System in ihren Augen ausmacht: Hunger und Zwang, gab es [...] unter dem Nationalsozialismus nicht: der Lebens-

[1086] Vgl. ebd., S. 34, GD 23, S. 59.
[1087] Vgl. ebd., S. 36.
[1088] Vgl. ebd., S. 37.

standard war hoch, allen ging es gut, alle hatten Arbeit und Brot, und der, der mit dem Strom schwamm, litt auch nicht unter dem Zwang. Für die Mehrzahl unserer Sprecher war [...] die nationalsozialistische Epoche 'ganz anders' als das, was sie im Osten erlebten."[1089]

Auch das Argument der Existenz der Konzentrationslager wog dahingehend wenig, es führte in den Diskussionen zu Aufrechnungen der Opfer des Bolschewismus mit denen des Nationalsozialismus, wobei sich die Diskutanten nicht zu schade waren, Behauptungen zu vertreten wie diejenige, der Bolschewisten hätten vier Millionen mehr Juden ermordet als die Nationalsozialisten: "Wenn sie das als Schlechtes uns entgegengehalten haben, dass wir soundsoviel Juden umgebracht haben – nun, etwas in der Geschichte war ich ja bewandert, 1922/23 haben die Russen das noch viel schlimmer gemacht. Die haben, ich glaube, 4 Millionen mehr mitvernichtet – Juden – als die Nationalsozialisten, das war unser Gegenargument."[1090]

Selbst die konkrete Vernichtungspraxis wurde in einer Diskussion als humaner denn das östliche Lagerwesen bezeichnet: "Und wenn Sie (gemeint ist der Diskussionsleiter, der die Frage angeschnitten hat) die Vergleiche mit den Konzentrationslagern ziehen und den andern Sachen, da will ich Ihnen folgendes sagen: mir persönlich ist es lieber, ich werde schnell erledigt, als dass ich, als dass 1/4 meiner Kameraden am Leben bliebe und 3/4 sehe ich so langsam verrecken. [...] Da bin ich schon lieber für schnelle Sachen in der Gaskammer."[1091]

Als Ergebnis hält der Forschungsbericht fest, dass die Auseinandersetzung mit Diktaturen im Verband der Heimkehrer aufgrund der vielen relativierenden Urteile unzureichend und die Distanz zu anderen Diktaturen als der bolschewistischen deshalb nicht stark ausgeprägt ist: "Festzuhalten bleibt, dass viele Heimkehrer nicht in der Lage sind, die wesentlichen Züge von Diktaturen wahrzunehmen, und diese in Diktaturen jeder Prägung wiederzufinden. [...] Die Tendenz, Maßnahmen aus ihrem Zusammenhang mit dem Schlechten zu isolieren und als 'gute' zu verstehen, lässt gewisse Zweifel offen, ob ein Teil der Heimkehrer, so konsequent sie dem Bolschewismus Widerstand leisten werden, gegen Diktaturen von anderem Typus gefeit sind."[1092]

Im dritten Kapitel der Untersuchung ging es um die Einstellungen der Heimkehrer zur Vergangenheit. Der Forschergruppe zufolge zeichneten die Heimkehrer ein Bild eines "anderen, besseren Deutschlands" in der Vergangenheit. Damit ist nicht das andere, gegen den Nationalsozialismus widerständige Deutschland gemeint, das gemeinhin unter diesem Begriff zusammengefasst wird, sondern ein Idealbild der Vergangenheit. Eines der Merkma-

[1089] Vgl. ebd., S. 42.
[1090] Vgl. ebd., GD 6, S. 28.
[1091] Ebd., GD 23, S. 58.
[1092] Vgl. ebd., S. 43.

le dieses “anderen, besseren” Deutschland sei gewesen, dass in ihm der Grundsatz “Gemeinnutz geht vor Eigennutz” gegolten habe. Interessanterweise gehen die meisten Diskussionsredner nicht auf die nationalsozialistische Beanspruchung dieses Mottos ein, bzw. erklären es als vom Nationalsozialismus unberührt, weil der Nationalsozialismus sich nicht an es gehalten habe. Idealerweise sind in einer Gesellschaft, in der Gemeinnutz vor Eigennutz als Grundsatz geachtet ist, der Konkurrenz der Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsgruppen und Verbänden Grenzen gesetzt. Auf die Formel “Gemeinnutz geht vor Eigennutz” gehen viele Diskussionen ein, wie zum Beispiel folgende Stellen belegen:

“... wir wussten, wir sind Glieder eines Vaterlandes und wir sind gleichzeitig Diener eines Vaterlandes und wir alle sind nur stark in der Gemeinschaft, und nicht der Eigennutz darf die Triebfeder unseres Handelns sein, sondern das Bewusstsein, dass Gemeinnutz vor Eigennutz geht.” Es bleibt zu überlegen, inwiefern in diesen Wendungen Erinnerungen an die Beanspruchung des Mottos für die nationalsozialistische Volksgemeinschaftspolitik und Propaganda durchschimmerte.[1093]

In einer Diskussion, in der es um verbindliche Erziehungsziele ging, äußerte einer der Diskutanten: “Das was der Nationalsozialismus mit anderen Worten genannt hat ‘Gemeinnutz geht vor Eigennutz’. Nur möchte ich, dass es diesmal wirklich ernst genommen wird. Denn damals ist es ja nicht so gewesen.”[1094] Dieses vergemeinschaftende Interpretament wurde von den Sozialforschern als ein gefährlicher Überrest des Nationalsozialismus gedeutet. In eine ähnliche Richtung geht auch eine Aussage, die sich der Ablehnung von Parteien widmet. Auch die Ablehnung der Parteien, gleichgültig ob Mehrheit oder Minderheit repräsentierend, findet sich im Diskussionsmaterial: “Wir dürfen überhaupt keine Parteien, Minderheit oder Mehrheit, sondern das Wohl des ganzen Volkes im Auge behalten, das ist meiner Ansicht nach das Ideale.”[1095]

Diese unterschwellige Ablehnung des Parteienstaates und der repräsentativen Demokratie findet sich auch in vielen Diskussionsbeiträgen zum Ende von Weimar, die im folgenden Abschnitt des Kapitels erörtert werden. Insgesamt zeichnen die Diskutanten ein Bild der Unordnung und der Unsicherheit von Weimar, das sie an einem negativen Urteil über die Weimarer Demokratie, nicht über diejenigen, die diese zerstört haben, festmachen: “Dabei wird das Urteil über die Demokratie kaum begründet. Und wenn Erklärungsversuche unternommen werden, so werden Ursachen und Symptome verwechselt. Der Demokratie wird ihr eigentlicher Vorzug – alle Meinungen zu Wort kommen zu lassen – als Schwäche ausgelegt. Und übersehen wird, dass dieser Vorzug zur Schwäche erst wurde, als er von

[1093] Ebd., S. 56, GD 10, S. 20.
[1094] Ebd., S. 56, GD 52, S. 37.
[1095] Ebd., S. 56, GD 31, S. 43.

Mächten in Anspruch genommen wurde, die die Auflösung der Demokratie betrieben. Diese Mächte aber werden ausgelassen, und der Vorwurf der Schwäche läuft auf einen Angriff auf die Demokratie selbst hinaus."[1096]

Die Erinnerung an die Weimarer Republik schlug sich auch in Bewertungen der Gegenwart nieder, wie in dem folgenden Diskussionsbeitrag: "So gewisse Momente, die man in der Geschichte oder in der Geschichte des Bundestages in der Zeit, in der ich nun heim bin, verfolgt habe. Dann kommen doch gewisse Bedenken auf, oder es ekelt mitunter einem [!] an, wenn ein Gremium, das sich als mein Vertreter benennt und dann über Sachen debattiert und aushandelt, genau wie auf dem Pferdemarkt, dann frage ich mich doch mitunter, wenn das so weitergeht, denn stinkt die Demokratie auch."[1097] Bei der Assoziation der parlamentarischen Aushandlungsprozesse mit dem Vieh- und Pferdehandel ist zu überlegen, inwiefern nicht auch latent antisemitische Deutungsmuster und Assoziationen hier in die Bewertung der parlamentarischen Prozeduren hineinragen. Die Autoren benennen recht klar die Gefahr, die von diesen Bildern der Demokratie ausgeht: "Der Gedanke an eine Bewegung jedoch ist weiterhin im Spiel, und es hinge von der Situation ab, in der der Gedanke mit objektiven Bedingungen politischer und ökonomischer Art und mit anderen subjektiven Elementen zusammenträte, nach welcher Seite das Pendel – um ein Bild, das auf eigentümliche Art und Weise in vielen Diskussionen wiederkehrt, zu verwenden – ausschlagen wird. Ihre Orientierung beziehen Äußerungen dieser Art, wie nuanciert sie – gemäss der Zusammensetzung verschiedener Gruppen – auch immer sein mögen, von der Idee des Gemeinwohls [...]. Diese Idee ist das Gegenbild [...] der Unordnung, der Zersplitterung und des Haders. Sie beschwört das Bild einer organischen Ordnung des Ganzen, in der nicht die Interessen der Einzelnen auseinandertreten, sondern der Wille zum Wohl des Ganzen zusammenläuft."[1098]

Die Gedankengänge der Diskutanten weisen mitunter ein geschlossenes Weltbild dieser Art der organischen Ordnung des Ganzen auf, wie die folgende Diskussionsbemerkung zeigt: "Der Grundgedanke, dass einmal das deutsche Volk in einem Reich zu leben hat, dass wir alle Glieder dieses deutschen Reiches sind, dass wir uns alle verpflichtet fühlen müssen gegenüber der – unserem Vaterland, dass es überhaupt für jeden Deutschen unmöglich gewesen wäre, in der damaligen Zeit, ein Kriegsdienstverweigerer zu sein. Das würde sich ja gar nicht vereinbaren lassen mit dieser Idee, weil wir eben wussten, wir sind Glieder eines Vaterlandes und wir sind gleichzeitig Diener dieses Vaterlandes und wir sind alle stark in der Gemeinschaft und nicht der Eigennutz darf die Triebfeder unseres Handelns sein, sondern

[1096] Ebd., S. 67.
[1097] Ebd., S. 68, GD 16, S. 37.
[1098] Ebd., S. 69.

das Bewusstsein, dass Gemeinnutz vor Eigennutz geht."[1099]

Im Kapitel zum Verhältnis der Heimkehrer zur politischen Gegenwart ging die Forschergruppe auf unterschiedliche Typen des Heimkehrerbewusstseins und auf die Haltung der Heimkehrer zu Parlament, Regierung und demokratischen Institutionen ein. Die Forschergruppe unterschied zwischen einem "realistischen" und einem "idealistischen" Typ. Der realistische Typ orientiere sich auf der Grundlage einer nüchternen, an konkreten Bedürfnissen orientierten Betrachtung an einer klaren Interessenpolitik und begreife die parlamentarische Demokratie als einen "Versuch, Konflikte antagonistischer Gruppeninteressen nach institutionalisierten Spielregeln auszutragen".[1100] Beim anderen, dem "idealistischen" Typ, bilden andere Auffassungen die Grundlage grundsätzlicher politischer Orientierungen und Deutungsmuster: "die Auffassung, dass 'wahre' Politik sich nicht mit den Interessen einzelner Gruppen, sondern unmittelbar mit denen des Staates und des Vaterlandes befasse; dass sie am Gemeinwohl, an der 'Volksgemeinschaft' ausgerichtet sei; und dass 'zuviel Freiheit' die Einheit und Ordnung zerstöre."[1101][1034] Diese beiden Typen bezeichnen Pole, die im Diskussionsmaterial vorkamen, aber nicht die Mehrheit der Diskutanten umfassten. Wichtig für die Bewertung des Diskussionsverhaltens der Gruppe im Hinblick auf die Gruppenmeinung war den Forschern, welche Typen sich in den Diskussionen sich als "opinion leaders" durchsetzten. In der Frage, welcher Typus des "opinion leaders" sich durchsetzte schließlich durchsetzte war die soziale Zusammensetzung der Gruppe meistens von eminenter Bedeutung.

Der "idealistische" Typ war vorrangig bei den Heimkehrern erfolgreich und durchsetzungsfähig, die dem gebildeten bürgerlichen Mittelstand angehörten, unter anderem bei höheren Angestellten, Beamten, ehemaligen Berufsoffizieren, Akademikern und solchen Diskutanten, die Abitur hatten. Die Argumente dieser Gruppe verfingen aber auch beim unteren Mittelstand, zu dem kleine und mittlere Angestellte, kleine Selbständige und niedere Beamte zählten. Der "realistische" Typus war hingegen eher dem Arbeitermilieu zuzurechnen. Im Vergleich der Diskussionsgruppen auf der Basis sozialstatistischer Daten habe sich abgezeichnet, dass Arbeitergruppen sich von den "idealistischen" Argumenten kaum ansprechen ließen, während umgekehrt die Argumente des "realistischen" Typs bei den Angehörigen des gebildeten Mittelstandes kaum verfingen.[1102]

Die Forschergruppe deutete ihre Befunde im Rückgriff auf Mittelstandsforschung und Angestelltenforschung der zwanziger und dreißiger Jahre und industriesoziologische

[1099] Ebd., S. 69, GD 10, S. 20.
[1100] Vgl. ebd., S. 117f.
[1101] Vgl. ebd., S. 118.
[1034] Vgl. ebd., S. 118.
[1102] Vgl. ebd., S. 119f.

Forschungen der fünfziger Jahre dahingehend, dass sie der These der nivellierten Mittelstandsgesellschaft empirisch widersprächen.[1103] Insgesamt schränkten sie aber die Gültigkeit und Reichweite der Studie ein, da sich die Gesamtheit der Untersuchten nur aus Mitgliedern des VdH zusammensetzte.

Die Grundorientierungen der "Realisten" wie der "Idealisten" führte die Forschergruppe auf spezifische historische akkumulierte Erfahrungen zurück. Bei den "Realisten" besteht dieser Erfahrungsgrund in den Grundlagen der Selbstorganisation und Interessenvertretung der Arbeiterbewegung. Die autoritäre Disposition der Idealisten führten die Forscher auf die "Angst mittelständischer Schichten vor sozialer Deklassierung zurück", die in den Krisenzeiten der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts genährt wurde. Sowohl der "alte Mittelstand" der selbständig Gewerbetreibenden, wie der "neue Mittelstand", also die zunehmende Schicht der privatwirtschaftlichen und öffentlichen Angestellten, sei dieser Gefahr ausgesetzt gewesen.[1104] Die Zustimmung zum Nationalsozialismus sei die Antwort auf die Krisenstimmung im Mittelstand gewesen. Angesprochen worden sei er durch den "nationalen Idealismus" der NSDAP. Dieser "berührte autoritäre Dispositionen des Mittelstandes, die unter immer neuen Erfahrungen seiner [des Mittelstandes] wirtschaftlichen und politischen Ohnmachten entstanden waren und an Traditionen der deutschen bürgerlichen Ideologie nur anzuknüpfen brauchten: die Tendenz, die Interessen der eigenen Gruppe aufs Gemeinwohl zu überhöhen oder aber Interessen überhaupt als platten Materialismus zu diffamieren; die Neigung zum starken autoritären Staat, der die Erfüllung der Interessen verspricht [...]. Mehr als unmittelbare Versprechungen machten diese Dispositionen weite Kreise mittelständischer Schichten dem Nationalsozialismus gefügig."[1105]

Dass die angesprochenen Motive unter den Heimkehrern so deutlich sichtbar wurden, liegt zum einen an dem Bildungshintergrund, der sie intensiver mit den "idealistischen" Vorstellungen konfrontierte; sie konnten ihre Vorstellungen auch besser verbalisieren. Darüber hinaus ließ sich an den Äußerungen die enge Verflochtenheit mit dem Nationalsozialismus und dessen Massenorganisationen feststellen.[1106]

Die autoritäre Disposition betrachteten die Forscher als ein Merkmal vieler Angehörige des

[1103] Zur Angestelltensoziologie siehe Platz: White Collars in den Griff bekommen; zur nivellierten Mittelstandsgesellschaft siehe zeitgenössisch Helmut Schelsky: Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft, in: ders.: Auf der Suche nach der Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze. Düsseldorf, Köln 1965, S. 331-336; historisierend hierzu: Hans Braun: Helmut Schelskys Konzept der nivellierten Mittelstandsgesellschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 29, 1989, S. 198-223; Gerhard Schäfer: Die nivellierte Mittelstandsgesellschaft – Strategien der Soziologie in den 50er Jahren, in: Georg Bollenbeck, Gerhard Kaiser (Hg.): Die janusköpfigen 50er Jahre. Kulturelle Moderne und bildungsbürgerliche Semantik III. Opladen 2000, S-115-142.

[1104] Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang Goethe-Universität: Zum politischen Bewusstsein ehemaliger Kriegsgefangener. Eine soziologische Untersuchung im Verband der Heimkehrer. Frankfurt/Main 1957, vgl. S. 123ff.

[1105] Vgl. ebd., S. 125f.

[1106] Vgl. ebd., S. 126.

Mittelstandes. Dass dies nicht in antidemokratische Affekte und Verhaltensmotive umschlage, liege hauptsächlich an der stabilen wirtschaftlichen Situation: "Insbesondere der wirtschaftliche Wiederaufbau und der Gedanke an die Wiederherstellung des 'deutschen Ansehens' in der Welt scheinen [...] in den Urteilen der mittelständischen Teilnehmer über die westdeutsche Demokratie antidemokratischen Konsequenzen der 'idealistischen' Ansichten einigen Widerstand entgegenzusetzen."

Auffallend an den Zitaten aus den Diskussionen der "Idealisten" ist die deutliche Parteinahme für eine Ordnung. An einem Beispiel soll gezeigt werden, wie die Zitate diskutiert wurden:

"Ich verstehe jetzt unter dieser Wiederherstellung einer klaren Ordnung, auf der ein neuer demokratischer Staat aufgebaut wird, dass ein Mann da – nun benutzen wir doch dieses abgegriffene alte Wort – die, die Volksgenossen wieder einmal sich die Hand reichen, um nun endlich, ohne dass also die Vergangenheit einfach übergangen wird, aber endlich einen Strich darunter ziehen."[1107]

Darauf entgegnet der Forschungsbericht: "Der Sprecher hat anderes sagen wollen. Aber er besinnt sich und mit gutem Grund. Denn dass 'ein Mann da' für Ordnung sorgte oder gar 'mit der Faust hineinhaut und Ordnung macht', vertrüge sich schlecht mit der 'klaren Ordnung', die zu einem neuen demokratischen Staat gehört. Der Sprecher hilft sich mit der Wendung von den Volksgenossen, die sich 'wieder einmal' die Hand reichen. Was aber gemeint ist, liegt nach allem, was gesagt worden ist, auf der Hand: ein hierarchisch gegliedertes Staatswesen, das den Einzelnen der Sorge um die eigene Existenz enthebt und in dem ein jeder weiss, was er zu tun hat, letzten Endes: zu befehlen und zu gehorchen."[1108]

In eine ähnliche Richtung gehen die Diskussionen der "Idealisten" zum Freiheitsbegriff, der flugs in ein Gemeinschaftsgefühl umgedeutet wird.[1109] Auch darf die autoritäre Zurichtung der Freiheit nicht fehlen, es geht in der Interpretation der "Idealisten" darum, die Grenzen der Freiheit zu verstehen und sich freiwillig unterzuordnen:

"Ich möchte aber noch folgendes hinzufügen: man darf ja den Freiheitsbegriff nicht ad infinitum verstehen, denn das würde ja zur Anarchie führen (Zwischenruf: Natürlich.) Der Mensch ist ja ein vernünftiges Wesen, und als vernünftiges Wesen muss er sich ja auch freiwillig einordnen bzw. unterordnen."[1110]

Auch in der Bejahung einer Philosophie der Tat sprach sich ein antidemokratischer Affekt gegenüber dem parlamentarischen Charakter der demokratischen Aushandlung aus, das parlamentarische Gerede müsse durch Taten ersetzt werden: "Sie sprachen eben davon,

[1107] Vgl. zu diesen Zitaten ebd., S. 134, GD 18, S. 55.
[1108] Ebd.
[1109] Vgl. ebd., S. 135, GD 15, S. 43.
[1110] Vgl. ebd., S. 135, GD 15, S. 44.

von der Gefahr der Demokratie, die eben immer rückfragt und dadurch im Handeln zu kurz kommt. [...] Auch die Demokratie will erzogen sein, es kann, eine zügellose Demokratie, das ist ja ein Ding, was unmöglich ist. Die, meines Erachtens müsste nicht so viel geredet werden, auch im Parlament und von der Regierung, sondern vielmehr gehandelt werden. [...] in gewissen Dingen, wo es sich um das Wohl des Staates handelt, soll nicht so viel geredet werden, sondern mehr gehandelt werden."[1111]

Weil die parlamentarische Aushandlung in den Gruppendiskussionen auf Ablehnung stieß, nimmt es nicht Wunder, dass auch das Werk der Parteien ablehnend betrachtet wird und die Vertretung von Parteiinteressen, die politischen Programmen folgen, auf Zurückweisung stieß. In der Schilderung des Idealzustands tauchten letzte Residuen der Befolgung einer charismatischen Führerschaft auf: "Ich persönlich bin der Meinung, Demokratie müsste doch, bei allen Vorteilen, die ich damals gesehen habe bei der Einparteienregierung, die Demokratie müsste doch das Bestimmende sein, überhaupt in einer Volksregierung. Es darf nur nicht sein, dass in der Demokratie, wie es hier in Deutschland der Fall ist, die Parteiinteressen und die Parteiprogramme in allen Parlamenten bestimmen. Nach meiner Auffassung hat es die deutsche Demokratie bis heute nicht geschafft, gemeinsame Interessen für alle Parteien begeistert in den Vordergrund zu stellen und diese nebensächlichen interessenpolitischen Erwägungen an den Rand abzuschieben. Ich bin der Meinung, dass für das gesamte Volk eine Politik betrieben werden muss und dass man da gemeinsam bereit sein muss, das Volk zu begeistern [...]."[1112]

Im Endergebnis stellte die Forschergruppe fest, dass zwar beide Typen, der "realistische" wie der "idealistische", sich zur Demokratie bekannten, doch beim letzteren seien die Grundzüge der Einwände gegen die Demokratie "unvereinbar mit den Fundamenten eines parlamentarisch-demokratischen Systems".

Beide Typen tendierten dem Forschungsbericht zufolge dazu, "entweder die persönliche Freiheit zugunsten von 'mehr Ordnung', einer 'strafferen' Politik einzuschränken, oder die parlamentarischen Vermittlungsinstanzen der repräsentativen Demokratie durch plebiszitäre Formen zu ersetzen." Sie verträten einen autoritären Begriff von 'Ordnung', auf den die 'Idealisten' fixiert seien, der es ihnen schwer mache, die politische Ordnung anzuerkennen, nach deren Regeln sich die politische Willensbildung in der parlamentarischen Demokratie vollziehe: "Ihre Neigung, die Spannungen und Gegensätze in der gesellschaftlichen Struktur zu leugnen, macht sie blind dafür, daß die parlamentarische Demokratie eben diesen Bedingungen Rechnung zu tragen versucht: nämlich den Kampf antagonistischer Interessen

[1111] Vgl. ebd., S. 135f., GD 23, S. 21f.
[1112] Vgl. ebd., S. 136, GD 53, S. 42.

nach institutionalisierten Spielregeln auszutragen."[1113]

In der Interpretation der Befunde äußerte sich eine psychologisch angereicherte Sicht der Befunde: "Wir können nicht entscheiden, in welchem Maße es möglich sein wird, die Idealisten im Bannkreis ihrer eigenen Vorstellungen allein durch rationale Aufklärung über deren Grundlagen zu entziehen. Vermutlich reichen jene Vorstellungen tief ins Unbewußte hinab, und wirksame Aufklärung müßte in die unbewußten Mechanismen selbst eingreifen. Zu entwickeln wäre zugleich das Bewusstsein der Heimkehrer vom Wesen der modernen Gesellschaft. Die Untersuchung liefert die Kenntnis einer Reihe von Nervenpunkten, bei denen solche Aufklärungsarbeit einsetzen könnte."[1114]

Ergänzt wurde diese psychologische Deutung durch ein schichtenspezifisches Argument, das die autoritäre Disposition auf die Mittelschichtszugehörigkeit der Probanden zurückführte: "Ob und in welchem Umfang die autoritäre Disposition des Mittelstandes sich in der Gegenwart verstärkt oder mindert, ist schwer zu beurteilen. Die Stabilität der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik kommt zweifellos dem Ordnungsdenken der 'Idealisten' entgegen und neutralisiert dessen autoritäre Komponenten [...]. Aber es ist anzunehmen, daß die autoritäre Haltung der 'Idealisten' unter weniger günstigen Umständen bedeutend schroffer zum Ausdruck kommen würde."[1115] Auf die Stabilität der Verhältnisse führte die Forschergruppe die Verhinderung des Umschlagens ins extrem Autoritäre zurück.

Allerdings galt der Forschergruppe das Resultat dieser Stabilität der Verhältnisse nicht als endgültig gesichert, sondern diese könnten auch umschlagen. "Auch das Vertrauen, das die Realisten der gegenwärtigen parlamentarischen Demokratie entgegenbringen, ist nicht ein für allemal gesichert; das demokratische Potential des realistischen Typs politischen Bewußtseins würde sicherlich unter den Bedingungen einer einschneidenden und länger andauernden Wirtschaftskrise einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt sein."[1116]

3.6. Die Reaktion auf die Studie und der Konflikt um die Publikation

Im Frühjahr 1958 lag der Forschungsbericht der Bundeszentrale für Heimatdienst vor. Jacobsens Reaktion auf die Studie war durchgehend positiv. In einem internen Bericht hielt er seine Eindrücke fest. Nach seiner Ansicht hatte die Untersuchung den Forschungszweck in vollem Umfang erfüllt.[1117] Jacobsen hob die Kombination (sozial)statistischer quantifizie-

[1113] Vgl. ebd., S. 163.
[1114] Vgl. ebd., S. 164.
[1115] Vgl. ebd., S. 165.
[1116] Vgl. ebd., S. 165.
[1117] Vgl. BAK B 168/355, Jacobsen, Vermerk, 3.VI. [3.6.1958], Betr. Forschungsbericht – Politisches Bewusstsein

render Auswertung der Befragung mit qualitativen Interpretationen der Gruppendiskussionen hervor. Dadurch sei eine genauere Beobachtung der Mehlemer Wochen möglich: "Man erlebt die Diskussionen nach, in denen subjektive, Affekt- und ressentimentbesetzte Äusserungen sich mit ehrlichen Bemühungen um objektives Begreifen und wo reine Interessetendenzen sich mit idealistischen Vorstellungen von einem besseren Deutschland vermengen."[1118]

Jacobsen hebt die Vorherrschaft "alter Vorurteile" hervor, relativiert aber ihr Vorhandensein. Nichtsdestotrotz hält er die Befunde für ein wichtiges Zwischenergebnis, um die Praxis der Mehlemer Wochen zu optimieren und sie dem Auftrag der BzH anzunähern. Die Ergebnisse sollten in die konkrete Arbeit des VdH zurückwirken: "Für die künftigen Aussprachen mit Heimkehrern sind nun ausgezeichnete Anhaltspunkte geschaffen worden, an die sich die Diskussionsleiter zur noch wirksameren Ausgestaltung ihrer Tagungen halten können."[1119]

Über die Ebene der konkreten Praxis der politischen Bildung hielt Jacobsen den Forschungsbericht aber auch für eine exemplarische Studie, die "jeden an verantwortlicher Stelle wirkenden Politiker" interessieren müssen, "denn was hier an Einstellungen und Ansichten herausgearbeitet worden ist, das gilt kaum minder für die übrige Bevölkerung."[1120]

Nach Ansicht Jacobsens hatte der Forschungsbericht größtenteils die richtige Sprache gefunden, um die bestehenden Probleme anzusprechen, lediglich an ganz wenigen Stellen, auf die er aber im Weiteren nicht detailliert einging, übte er Kritik am Forschungsbericht.[1121]

Der VdH reagierte recht schnell auf den Forschungsbericht. Hauptgeschäftsführer Kießling rief Rommerskirchen an und berichtete, dass die Studie im Verband Aufsehen erregt habe und dass man sich bewusst sei, was es noch in Bezug auf die politische Bildung zu tun gäbe. Allerdings äußerte Kießling die Befürchtung, dass diese Arbeit unmöglich gemacht werde, wenn der Bericht in falsche Hände geriete.[1122] Er bat deswegen um eine Übersicht über die bisherigen Empfänger in Expertenkreisen und erinnerte an die Vereinbarung zwischen VdH und BzH, dass über die Verteilung bzw. Veröffentlichung konsensual entschieden werde.

Jacobsen, den Kießling nicht erreicht hatte, zeigte sich BzH-intern erstaunt über die Reaktion des VdH, weil noch keine Verteilung stattgefunden habe, bis auf ganz wenige Stellen, die mit dem VdH innerhalb der BzH befasst waren, und einem Exemplar, das an den ehemaligen Wehrpsychologen "Ministerialrat a.D. Major a.D. Dr. phil. habil.", wie Jacobsen die Titel

---

ehemaliger Kriegsgefangener. Vom Institut für Sozialforschung, Frankfurt/Main.

[1118] Vgl. ebd., S. 1.

[1119] Vgl. ebd., S. 2.

[1120] Vgl. ebd., S. 2.

[1121] Vgl. ebd., S. 2.

[1122] Vgl. BAK B 168/355, BzH, Referat VI, Rommerskirchen, Betr.: Forschungsbericht "Zum politischen Bewusstsein der ehemaligen Kriegsgefangenen", Bonn den 24.5.1958.

und Ränge aufzählte, Max Simoneit, zur Begutachtung der Methode gegangen sei.[1123] Von Rabe, dem Referenten des VdH, mit dem Jacobsen die Durchführung der Studie verhandelt hatte und der dieser positiv gegenüberstand, erhielt die BzH einen Anruf, in der er die Ergebnisse der Studie begrüßte, sie hätten ihn keinesfalls überrascht und er sei froh darüber, dass es aufgeschrieben worden sei. Diese Zustände im VdH hätten ihn zu seinem Weggang motiviert.[1124] Später meldete er sich noch einmal bei Jacobsen. Er fand die Methode des Gruppendiskussionsverfahrens sehr nützlich und regte die Durchführung einer vergleichbaren Studie an seiner neuen Arbeitsstelle, einer Einrichtung der politischen Bildung, an, in der Teilnehmer ähnliche Deutungsmuster verträten, wie die in der Heimkehrerstudie herausgearbeiteten zeigten.[1125]

Kießling hatte sich jedoch nicht nur an die BzH, sondern auch an das IfS gewandt und in einem Schreiben die etwas besorgt klingende Frage gestellt, wieso das IfS weitere Materialien benötige (Becker hatte im April 1958 um Zusendung der Jahrgänge des "Heimkehrers" gebeten, wohl weil im IfS Anschlussarbeiten als akademische Qualifikationsarbeiten über den VdH angestrebt wurden). Kießling führte aus: "Es muß mich befremden, daß dieser Forschungsbericht, der praktisch die Seele eines repräsentativen Querschnitts der Mitglieder des VdH seziert und vor der Öffentlichkeit auf dem Tisch liegt, ohne jede Abstimmung mit dem Heimkehrerverband gedruckt und zur Verteilung gebracht wurde." Er beharrte darauf, dass sowohl die Vergabe des Titels als auch die Verteilung nur nach vorheriger Absprache mit dem VdH erfolgen sollte.[1126] Jacobsen, dem die Beschwerde des VdH vom IfS zur Kenntnis gebracht wurde, schrieb an Kießling, dass dieser sich um die Verteilung keine Sorgen machen brauche, noch sei nichts geschehen, außer dass die Studie hausintern den Mitarbeitern zur Kenntnis gebracht worden sei.[1127] Er brachte seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass die diesbezüglichen Vorhaltungen gegenüber dem IfS gemacht wurden, sei dieses doch nur der Beauftragte. Die BzH stehe selbstverständlich zu ihren Zusagen. Jacobsen schloss seinen Brief an Rommerskirchen mit der Bemerkung, dass er "den Eindruck gewonnen habe, dass [der Forschungsbericht] den beabsichtigten Zweck, festere Anhaltspunkte für die zukünftige Bildungsarbeit im Heimkehrerverband zu gewinnen, ausgezeichnet erfüllt."[1128] Vorläufig geklärt wurden die Dinge durch ein Telefonat zwischen

[1123] Vgl. BAK B 168/355, BzH, Jacobsen, Vermerk für Herrn Dr. Franken, Betr. Forschungsbericht des Instituts für Sozialforschung über Ressentiments und politische Einstellung im Heimkehrerverband, [Bonn], o.D. Exemplare waren in der BzH an Franken, Rommerskirchen und Prahl gegangen.
[1124] Vgl. BAK B 168/355, Meinhold, Vermerk für Herrn Dr. Jacobsen, Bonn, 29.5.1958.
[1125] Vgl. BAK B 168/355, Freunde der Stätte der Begegnung, Fritz Rabe, Vlotho im Februar 1959.
[1126] IfSA A 13 Heimkehrerstudie I-III, Ordner 1.1, Korrespondenz, VdH, Kießling, an IfS, Mangold, Bad Godesberg, 24.5.1958.
[1127] BAK B 168/355, BzH XII 1, 6504/1077/58, Jacobsen, an VdH, Hauptgeschäftsstelle, Bonn, den 31.5.1958 [Kopie vorhanden IfS A A 13 Heimkehrerstudie I-III, Ordner 1.1, Korrespondenz].
[1128] Vgl. ebd. Vgl. außerdem B 168/355, BzH XII 1, 6504/1977/58, Jacobsen an Institut für Sozialforschung, Prof. Dr. Th. Adorno, Bonn, den 3.6.1958.

Kießling und Jacobsen und durch Absprachen zwischen dem VdH und Rommerskirchen.[1129] Das weitere Vorgehen bezüglich der Verteilung wollte Kießling mit Rommerskirchen absprechen. Er bekräftigte auch, dass der Forschungsbericht für die zukünftige politische Bildungsarbeit im VdH wertvolle Anhaltspunkte liefere. Der Heimkehrerverband werde nach eigenem Studium des Berichts ein Memorandum ausarbeiten, um es dem Verteilerkreis, der den Forschungsbericht erhalten habe, zur Verfügung zu stellen

Wie genau die Verhandlungen über die Verteilung aussahen, lässt sich nicht mehr rekonstruieren, jedenfalls sorgten Jacobsen und Rommerskirchen für eine vergleichsweise weite Verbreitung des Berichtes in politischen und wissenschaftlichen Expertenkreisen sowie im Bereich der Träger der politischen Bildungsarbeit. Exemplare gingen an das Bundespräsidialamt, das Bundeskanzleramt, die Bundesministerien des Innern, für gesamtdeutsche Fragen, für Vertriebene und Flüchtlinge, das Bundestagspräsidium, die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen, die Kuratoriumsmitglieder der BzH, alle Landeszentralen für Heimatdienst, Fritz Rabe, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Evangelischen Akademien Bad Boll und Loccum, die Katholische Akademie Eichholz, das Institut für Zeitgeschichte München, verschiedene Mitglieder des Ostkollegs, die MdBs Dr. Carlo Schmid, Erich Mende, Ernst Paul, dem MdB Prof. Dr. Franz Böhm, sowie die Wissenschaftler Prof. Dr. Theodor Litt, die Ordinarien für Psychologie Prof. Dr. Kripal Singh Sodhi (Berlin), Prof. Dr. August Wellek (Mainz), Prof. Dr. Wolfgang Metzger (Münster), Prof. Dr. Philipp Lersch (München), Prof. Dr. Curt Bondy (Hamburg), Prof. Möbus (Berlin), sowie an die soziologischen Ordinarien Prof. Dr. Helmut Schelsky (Hamburg) und diverse andere Empfänger innerhalb der BzH, in kleineren politischen Bildungseinrichtungen. Für Expertentagungen hielt Jacobsen 40 Exemplare zurück, insgesamt hatte er 106 Exemplare bereits verteilt, 80 in Reserve behalten. Zwölf Exemplare hatte das Institut für Sozialforschung. Das teilte Jacobsen Ende August 1958 auch Kießling mit.[1130] Insgesamt betrachtet dürfte diese Expertenliste, die noch durch einige Exemplare, die durch das IfS an weitere Experten ging, den hektrographierten Forschungsbericht in der Expertenwelt soweit bekannt gemacht haben, dass der Effekt, den sich der VdH von seiner Intervention gegen die Veröffentlichung erhoffte, nach hinten losgegangen sein dürfte. Jedenfalls finden sich in der darauffolgenden Zeit bis zu dem Zeitpunkt, an dem es um die Veröffentlichung der wissenschaftlichen Abschlussarbeiten aus dem Forschungsprojekt in der zweiten Jahreshälfte 1959 ging, keine weiteren Stellungnahmen dazu.

Im Herbst 1958 vereinbarten die beteiligten Akteure, über die Ergebnisse des Forschungs-

[1129] Vgl. BAK B 168/355, VdH, Kießling an BzH, Herrn Dr. Jacobsen, Bad Godesberg, den 7.6.1958.
[1130] BAK B 168/355, BzH, Versandliste für Forschungsbericht ("Heimkehrer") des Institut für Sozialforschung in Frankfurt/Main, Bonn, den 26.6.1958; BAK B 168/355, BzH, XII 1 6504/1905/58, Jacobsen, an VdH Kießling, Bonn, 21.8.1958.

berichtes eine Konferenz im Frühjahr 1959 abzuhalten. Diese sollte im Rahmen der Mehlemer Wochen stattfinden und neben den wissenschaftlichen Experten des IfS, den Vertretern der BzH, den Bundesvorstand und die Landesverbandsvertreter des VdH umfassen.
Nach längerem Hin und Her wurde der 20. Februar 1959 als Termin festgesetzt.[1131] Auf mehrmalige Anfrage von Adorno, die über die Bundeszentrale für Heimatdienst an den VdH herangetragen wurde, ob der Forschungsbericht in Vorträgen und in wissenschaftlichen Arbeiten Verwendung finden kann, hatte der VdH seine Entscheidung vom Ausgang der angekündigten Diskussion abhängig gemacht.[1132]
Den Rahmen und das Vorgehen schilderte Kießling gegenüber den Verbandspräsidiumsmitgliedern. Es war vorgesehen, dass seitens des VdH aus den Reihen der Teilnehmer der 45. Diskussionswoche in Mehlem von jedem Landesverband ein Vertreter, der vorher den Forschungsbericht durchgearbeitet hatte und sowohl in der Lage war, die Auffassung seines Landesvorstands als auch seine persönliche Meinung zum Ausdruck zu bringen, außerdem einige ständige Referenten der Diskussionswochen sowie Mitglieder des Präsidiums und der Hauptgeschäftsstelle teilnehmen sollten. Von Seiten des VdH umfasste die Teilnehmerschaft annähernd 20 Personen. Auf der anderen Seite waren Jacobsen und Rommerskirchen von der BzH, Adorno und Egon Becker vom IfS angekündigt. Der Diskussion mit den Wissenschaftlern und BzH-Referenten sollte eine VdH-interne Vordiskussion am Vormittag des 20. Februar 1959 in der Zeit von 9-12 Uhr vorausgehen. Am Nachmittag sollte dann die Diskussion mit den Wissenschaftlern folgen.[1133]
Bis zu diesem Punkt war das Schreiben Kießlings ein sachliches, im folgenden schilderte er das Zustandekommen der Studie und klopfte dabei schon einige Argumentationspunkte fest. Er referierte, dass die Beauftragten des Instituts für Sozialforschung innerhalb der Mehlemer Diskussionswoche, der Landesverbände und innerhalb des Heimkehrer-Deutschlandtreffens Daten erhoben haben. Dies sei alles engstens mit den jeweiligen VdH-Stellen abgestimmt gewesen, “ohne daß allerdings über die Art der beabsichtigten Auswertung seitens des Instituts für Sozialforschung Äußerungen erfolgten.”[1134] Kießling stellte fest, dass vor der Abfassung des Forschungsberichtes keine Aussprache zwischen dem Institut für Sozialforschung und dem Verband stattgefunden habe, deswegen sei der VdH völlig frei in der Beurteilung des Forschungsberichtes: “Es bleibt in unser Ermessen gestellt, darüber zu befinden, ob das entgegengebrachte Vertrauen des VdH, indem er durch seine Empfehlun-

[1131] BAK B 168/355, BzH, Jacobsen, an Institut für Sozialforschung, TWA, Bonn, den 23.10.1958; ebd. VdH, Kießling an Dr. Jacobsen, BzH, Bad Godesberg, den 16.12.1958; ebd. BzH, XII 6504/58 an VdH, Kießling, Bonn, den 17.12.1958; ebd., VdH, Kießling, an BzH, Dr. Jacobsen, Bad Godesberg, den 24.12.1958: Fr. 20.2.1959; ebd. VdH, Kießling an die Mitglieder des Präsidiums u.a., Bonn, den 8.1.1959.
[1132] Vgl. BAK B 168/355, ebd. VdH, Kießling an die Mitglieder des Präsidiums u.a., Bonn, den 8.1.1959.
[1133] Vgl. ebd.
[1134] Vgl. ebd.

gen seine Mitglieder- und Mitarbeiterkreise vertrauensvoll öffnete, wodurch alleine eine Erschließung der inneren Gefühlswelt sowie des politischen Denkens weiterer Heimkehrerkreise ermöglicht wurde, seitens des Instituts für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt/Main gewahrt worden ist. Einige hundert Heimkehrer haben im Vertrauen zu ihrem Verband und vor allem zu ihrer Verbandsführung aufgrund der gegebenen Empfehlung im wahrsten Sinne des Wortes Geist und Seele auf den Seziertisch der wissenschaftlichen Forschung gelegt."[1135]

In der Frage nach dem Umgang mit Wortprotokollen der qualitativen empirischen Sozialforschung erhob Kießling Einwände, ob man überhaupt unredigierte Texte veröffentlichen dürfe: "Es bleibt – unabhängig von der Beurteilung der Auswahl der Wertung, Kommentierung und Zusammenstellung – ferner zu untersuchen, ob die unredigierte direkte Wiedergabe der einzelnen Aussagen vom Tonband den objektiven Gehalt eines Forschungsberichtes dieser Art erhöht oder vermindert. Es sei hier im Voraus die Bemerkung erlaubt, daß auch kein Bundestagsprotokoll den Stenogrammlaut der einzelnen Reden wiedergeben kann, weil dies nicht nur beim Lesen eines solchen Protokolls dem Ansehen des Parlaments und der einzelnen Abgeordneten Abbruch tun müßte, sondern auch dem Gesetz des geschriebenen und gesprochenen Wortes zuwiderliefe."[1136]

Auch hinsichtlich der wissenschaftlichen Objektivität stellte Kießling bereits Argumente in den Raum, die geeignet waren, das Unternehmen zu diskreditieren: "Es bleibt ferner zu untersuchen, ob bei den Empfängern des Forschungsberichtes der Eindruck entstehen könnte, daß dieser Forschungsbericht die Grenzen der wissenschaftlichen Objektivität überschritt und etwa mit Tendenz erstellt wurde."[1137] Letztlich bemängelte Kießling, dass der Wortlaut des Untersuchungsauftrags dem VdH nicht zugänglich gemacht wurde. Kießling kritisierte auch den Verbandskollegen gegenüber, dass dem Verband die namentliche Verteilerliste nicht zugänglich gemacht worden sei, allerdings fasste er den Empfängerkreis beschreibend unter Heranziehung von Jacobsens Schreiben als einen politisch nicht einflusslosen Kreis zusammen: "Der Herr Bundespräsident, der Herr Bundeskanzler, eine Anzahl von Abgeordneten aller Fraktionen, die besonders aktiv in der politischen Bildungsarbeit tätig sind [...], ein Teil der Ministerialbürokratie, einige ausgesuchte wissenschaftliche Institute und Archive sowie Wissenschaftler: Soziologen, Psychologen, Mediziner, Pädagogen, Landeszentralen für politische Bildung, einige ausgewählte freie Bildungsträger (Akademien, die sich mit Heimkehrerfragen beschäftigen)."[1138]

Auf der Tagung im Haus Steineck nahmen schließlich insgesamt 23 Teilnehmer des VdH

[1135] Vgl. ebd.
[1136] Vgl. ebd.
[1137] Vgl. ebd.
[1138] Vgl. ebd.

teil,[1139] ein Vertreter des Bundesministeriums des Inneren, Dr. Jacobsen, Dr. Kroher und Herr Brahlow, für die BzH sowie Dr. Ludwig von Friedeburg, Dr. Egon Becker und Werner Mangold vom IfS teil. Adorno war kurz vor der Tagung erkrankt. Von der Tagung ist ein eher unzulängliches Protokoll vorhanden, das der VdH erstellt hat. Insgesamt tagten die Teilnehmer annähernd fünf Stunden, nachdem die VdH-Verbandsvertreter sich bereits vormittags drei Stunden auf die Studie eingestellt hatten.[1140] Dr. Jacobsen berichtete den Tagungsteilnehmern, wie es zu dem Auftrag gekommen sei. Er sprach "Erfahrungen unserer Referenten, die an den Diskussionswochen teilgenommen haben" an; diese "gaben nach Rücksprache mit Tagungsleiter und Geschäftsführer Anlaß zu der Frage: Wie stellt sich die Vergangenheit in der Sicht des Heimkehrers, wie steht er zur Gegenwart?"[1141] Konkret ging es um die Frage, "wie stellt sich die Vergangenheit, insbesondere die NS-Vergangenheit dem Heimkehrer dar" und "wie stellt sich der Heimkehrer gefühls- und verstandesmäßig zur politischen Gegenwart?".[1142] Die BzH habe das Bedürfnis gehabt, klarer zu sehen: "Wie sollen wir und ihre Diskussionsleiter in den künftigen Veranstaltungen verfahren? Bei den Diskussionswochen blieben viele Fragen offen. Wir haben uns oft gefragt, wie mag der Redner das und das gemeint haben. Wie stellt sich die Leitung dazu? Sind wir auf dem richtigen Wege? Wir brauchten das Forschungsergebnis, um unsere Arbeit *mehr den Bedürfnissen anzupassen."*[1143] Diese Frage sollte nach der Methode der Gruppendiskussion das Frankfurter Institut erforschen und bekam einen entsprechenden Auftrag. Der Eindruck der BzH sei, dass die Untersuchung im Hinblick auf das Forschungsziel erfolgreich verlaufen sei.[1144]

Die VdH-Vertreter anerkannten, dass sich die Methode der Befragung mit dem Auftrag deckte. Die anschließende Analyse habe aber einen Schock ausgelöst. Es bedeute einen Bruch zu den vorangegangenen Gruppengespräche, die als gut empfunden wurden: "Der Heimkehrer fand das, was man von ihm wollte, in der Analyse nicht wieder."[1145]

Darauf entgegnete von Friedeburg, dass die Zitate als Beispiel für die im Laufe des Ge-

[1139] Vom VdH nahmen teil: der Präsident Fischer, Vizepräsident Dr. Henninger, Schatzmeister Hintze, Hauptgeschäftsführer Kießling, Prof. Theilmann, Dr. Bruns, Herr Schmuck, Herr Dr. v. Nathusius, Herr Ratza, Herr Stoepel, Frau Dujardin, Herr Oppermann, von den Landesverbänden waren der Landesvorsitzende von Bayern Dr. Kirchgeßner, von Schleswig-Holstein, Dr. Lungwitz, der Saar, Herr Gerhard, von Hessen Tuttner, Herr Ackermann, Herr Luck, Rechtsanwalt Glauning, Dr. Poschmann sowie vom Haus Mehlem die Dozenten Dr. Zittel, Dr. Traut-Welser und Gerd Jans. Vgl. IfSA A 13, I-III, Ordner 1.2 Memos, Protokolle, Planung, Ratza, Kurzprotokoll der Diskussion am 20. Februar 1959 über den Forschungsbericht des Instituts für Sozialforschung, Bad Godesberg, 15.3.1959.

[1140] Vgl. IfSA A 13, I-III, Ordner 1.2 Memos, Protokolle, Planung, Ratza, Kurzprotokoll der Diskussion am 20. Februar 1959 über den Forschungsbericht des Instituts für Sozialforschung, Bad Godesberg, 15.3.1959.

[1141] BAK B 168/355 Notizen Jacobsens o.O., o.D.

[1142] Vgl. IfSA A 13, I-III, Ordner 1.2 Memos, Protokolle, Planung, Ratza, Kurzprotokoll der Diskussion am 20. Februar 1959 über den Forschungsbericht des Instituts für Sozialforschung, Bad Godesberg, 15.3.1959, S. 3.

[1143] BAK B 168/355 Notizen Jacobsens o.O., o.D.

[1144] Vgl. ebd.

[1145] Vgl. ebd.

samtgespräches Gesprochenen stünden, es seien die repräsentativsten Zitate. Mangold schloss sich dem an und erläuterte den Ansatz des Gruppendiskussionsverfahrens, demzufolge es nicht darauf ankäme, die Meinung des einzelnen zu erfassen, sondern nur die Meinung, die dominierte, die Gruppenmeinung. Man habe die Reaktionen der Gruppenmitglieder auf die Fragen registriert, etwa ob Nicken oder andere Zustimmungssignale vorkamen.[1146] Mangold erläuterte auch das stufenweise Vorgehen, zunächst habe man der Gruppendiskussion in den Testdiskussionen freien Lauf gelassen, um relevante Fragen zu ermitteln, erst danach habe der Diskussionsleiter in den Diskussionen stärker anhand der von den Diskutanten aufgeworfenen Fragenkomplexe interveniert und den Rahmen enger gezogen.[1147] Von Friedeburg ergänzte, dass die Gruppendiskussionen weitgehend der Selbststeuerung überlassen worden seien und dass die Fragen weitgehend formale Fragen gewesen seien.[1148] Es seien die von den Heimkehrern subjektiv in den Vordergrund gerückten Fragen eingehender diskutiert worden.[1149] Letztlich biete aber die Bandaufzeichnung eine Grundlage, um zu überprüfen, ob sich der Diskussionsleiter richtig verhalten habe.[1150]
Die kritischen Nachfragen auf der Tagung richteten sich einerseits an die BzH, insofern gefragt wurde, ob der Untersuchungsauftrag, dessen konkrete Formulierung dem VdH erst auf dieser Tagung bekannt wurde, nicht das Untersuchungsergebnis in einseitiger Weise präjudiziere. Diesen Vorwurf wiesen sowohl Jacobsen als auch von Friedeburg entschieden zurück, insofern sie darauf hinwiesen, dass im Sinne der Fragestellung sowohl für den VdH positive wie negative Ergebnisse hätten zu Tage gefördert werden können.[1151] Die methodischen Nachfragen andererseits richteten sich an das Institut für Sozialforschung. Man fragte, ob die Methode des Gruppendiskussionsverfahrens allgemein anerkannt sei, ob die Studie in erster Linie den Standort Theodor Adornos wiedergebe und ob das Verfahren induktiv oder deduktiv gewesen sei.[1152] Von Friedeburg verteidigte die Methode des Gruppendiskussionsverfahrens, wobei er einräumte, dass es auch fachliche Kritik daran gebe.[1153] Es sei aber ein induktives Vorgehen gewesen, insofern bei der Entwicklung von Auswertungskategorien vom Untersuchungsmaterial selbst ausgegangen worden sei, wie Mangold betonte.[1154] von Friedeburg widersprach der Auffassung, dass es sich um eine in der Hinsicht

[1146] Vgl. ebd.
[1147] Vgl. IfSA A 13, I-III, Ordner 1.2 Memos, Protokolle, Planung, Ratza, Kurzprotokoll der Diskussion am 20. Februar 1959 über den Forschungsbericht des Instituts für Sozialforschung, Bad Godesberg, 15.3.1959, S.7f.
[1148] Vgl. ebd., S. 8.
[1149] Vgl. IfSA A 13, I-III, Ordner 1.2 Memos, Protokolle, Planung, Ratza, Kurzprotokoll der Diskussion am 20. Februar 1959 über den Forschungsbericht des Instituts für Sozialforschung, Bad Godesberg, 15.3.1959, S. 8.
[1150] BAK B 168/355 Notizen Jacobsens o.O., o.D.
[1151] Vgl. IfSA A 13, I-III, Ordner 1.2 Memos, Protokolle, Planung, Ratza, Kurzprotokoll der Diskussion am 20. Februar 1959 über den Forschungsbericht des Instituts für Sozialforschung, Bad Godesberg, 15.3.1959, S. 5.
[1152] Vgl. ebd., S. 8, S. 10.
[1153] Vgl. ebd., S. 9.
[1154] Vgl. ebd., S. 7.

standortgebundene Forschungsarbeit handele, dass sie die spezielle Auffassung Adornos wiedergebe, räumte aber eine generelle Standortgebundenheit ein.[1155] Auf die Nachfrage, was den Maßstab dieses Standortes betreffe, berief sich von Friedeburg auf das Grundgesetz. Er wiederholte noch einmal, dass das Vorgehen der Studie induktiven Methoden gefolgt sei.[1156]

Ein zentraler Punkt der Kritik, der mehrfach vorgebracht wurde, war der einer gewissen Tendenz. Der VdH bezeichnete die soziologische Terminologie der Studie als marxistische Terminologie. Einer der Teilnehmer fühlte sich durch die Terminologie sogar an Lenin erinnert. Insgesamt war es ja nicht falsch, das IfS in eine marxistische Theorietradition einzuordnen, doch war die Terminologie der sozialwissenschaftlichen Studien der 1950er Jahre eine sozialwissenschaftliche, die an der Mittelstandsforschung der 20er und 30er Jahre (auch im Exil) gebildet war, sich an der zeitgenössischen Angestelltendiskussion der 1950er Jahre orientierte und die eindeutig markierte Begriffe, wie zum Beispiel "faschistisch", oder ein marxistisch-ideologiekritisches Vokabular, wie oben gezeigt, eindeutig vermied. In der Atmosphäre der 1950er Jahre und für Vertreter eines so eindeutig antibolschewistisch ausgerichteten Verbandes wie des VdH waren aber auch soziologische Termini und eine soziologisierende Sprache schnell mit dem Label des Marxismus versehen.[1157]

Bezüglich der eigentlichen Ausgangsfrage der Tagung, nämlich inwiefern der Forschungsbericht publiziert werden könne, kamen die Anwesenden zu keinem endgültigen Schluss. Auf Anregung des IfS wurde dieser Tagesordnungspunkt vertagt. Wie aus einer internen Aktennotiz zu Verlauf und Ergebnis der Tagung hervorgeht, hat das Forscherteam diesen Rückzieher aus taktischen Erwägungen gemacht: "Wenn wir in dieser Atmosphäre die Freigabe des Berichts für Publikationszwecke beantragt hätten, so wäre eine einstimmige Ablehnung sicher gewesen. Wir hielten es deswegen für angebracht, diesen Punkt erst in späteren Besprechungen neu anzuschneiden."[1158]

Jacobsens Bericht für Rommerskirchen strahlte einen verhaltenen Optimismus aus, dass die Arbeit der BzH und der Forschungsauftrag an das IfS nachträglich verstanden und gebilligt worden sei und dass von Friedeburg, Becker und Mangold die wichtigsten Einwände entkräftet hätten.[1159] Als allerdings das Protokoll, das vom VdH verfasst worden war, vorlag,

[1155] Vgl. ebd., S. 10f.
[1156] Vgl. ebd., S. 10.
[1157] Vgl. IfSA A 13, I-III, Ordner 1.2 Memos, Protokolle, Planung, Ratza, Kurzprotokoll der Diskussion am 20. Februar 1959 über den Forschungsbericht des Instituts für Sozialforschung, Bad Godesberg, 15.3.1959.
[1158] IfSA A 13, I-III, Ordner 1.1. Korrespondenz, IfS, Egon Becker, Aktenotiz, Besprechung am 20.2.1959 in Mehlem mit dem VdH und der BzH über den Forschungsbericht "Zum politischen Bewusstsein ehemaliger Kriegsgefangener".
[1159] BAK B 168/355, BzH, XII 1 6504/1905/58, Jacobsen, Bericht für Herrn Rommerskirchjen über die Zusammenkunft von Herren des VdH mit Herren des Instituts für Sozialforschung, des BMI und der BzH am 20.2.1959

bemerkte Jacobsen, dass die aus seiner Sicht positiven Ergebnisse der Tagung keine Aufnahme gefunden hatten.[1160] Es zeigte sich, dass Jacobsen im folgenden allerdings mit seinen Bemühungen, die seiner Ansicht zufolge missverständlichen Passagen des Protokolls zu rügen, relativ alleine dastand und keine Rückendeckung vom Innenministerium erhielt.[1161] Dr. Wegner vom BMI kritisierte Jacobsens Brief an den VdH vom 8. April 1959, man müsse doch mit den Leuten "im Guten auskommen": "Schliesslich hätten sie [der VdH] doch allen Anlass, mit der Auftragsformulierung unzufrieden zu sein! Das Institut habe sich ja nur an den Auftrag gehalten, sei also zu entschuldigen. Jetzt wäre er dafür gewesen, dass wir uns nochmal 'zusammengesetzt' und in Güte etwas Vernünftiges als 'Memorandum' zusammengestellt hätten." Jacobsen vertrat dem BMI und Rommerskirchen gegenüber die Auffassung, dass man das Protokoll aus grundsätzlichen Erwägungen habe zurückweisen müssen, denn alle Forschungsschritte seien in enger Abstimmung und in gegenseitigem Einverständnis zwischen BzH und IfS erfolgt. Es sei jetzt nicht möglich, sich aus der Kontroverse herauszuhalten. Dr. Becker vom BMI wolle aber jetzt den Fall dem Direktor der BzH, Dr. Paul Franken, vortragen. Wie dieses Gespräch ausgegangen ist, ist nicht zu ermitteln, jedenfalls setzte Rommerskirchen Ende Mai einen vorläufigen Schlusspunkt unter die Kontroverse mit einem Bekenntnis der BzH zur Zusammenarbeit mit dem VdH.[1162] "Nach entsprechender Vereinbarung mit Herrn Dr. Jacobsen habe ich dem Verband der Heimkehrer noch einmal ausdrücklich versichert, daß der 'Forschungsbericht zum politischen Bewusstsein ehemaliger Kriegsgefangener auf die Förderung der Bildungsarbeit keineswegs negativen Einfluss habe. Der Bericht rechtfertige im Gegenteil die bisherige und weitere Unterstützung vollauf. Im übrigen sei es der Wunsch unseres Hauses, daß die Angelegenheit insofern als erledigt betrachtet werden könne, als wir nicht mehr Gesprächspartner über den Forschungsbericht sein wollen. Es wurde vereinbart, das nur für die Gesprächsteilnehmer gefertigte Protokoll über die Auswertungsbesprechung mit dem Aktenvermerk zu versehen, daß es von Herrn Dr. Jacobsen nicht als Wortlautprotokoll akzeptiert werden könne, jedoch auch darauf verzichtet werde, einzelne Korrekturen anzubringen. Den Persönlichkeiten und Stellen, die den Forschungsbericht erhalten haben, stellt der Verband der Heimkehrer ein mit dem Institut für Sozialforschung abgestimmtes 'Memorandum' zu, womit der Fall abgeschlossen sein sollte."

Der Verband der Heimkehrer erhielt inzwischen den Bescheid über die Förderung der Mehlemer Diskussionswochen im laufenden Geschäftsjahr, was den Hauptgeschäftsführer,

---

in Mehlem, Bonn den 2.3.1959.

[1160] IfSA A 13, I-III, Ordner 1.1 Korrespondenz, BzH, Jacobsen, an VdH, Kießling, Bonn, den 8.4.1959 [Durchschrift].

[1161] BAK B 168/355, Jacobsen, handschriftlicher Vermerk für Rommerskirchen, [Bonn] 9.4.1959.

[1162] BAK B 168/355, Rommerskirchen, Vermerk, Bonn, den 30.5.1959.

Herrn Kießling bewog, sich noch einmal ausdrücklich für die Erledigung der Angelegenheit 'Forschungsbericht' im oben kurz skizzierten Sinne zu bedanken: „Es wurde zwischen ihm und mir vereinbart, daß unmittelbar im Anschluss an das Heimkehrer-Deutschlandtreffen Mitte Juni der laufende Erfahrungs- und Gedankenaustausch im Interesse der Intensivierung der politischen Bildungsbemühungen wieder aufgenommen wird und zwar in Form von Besprechungen zwischen Herrn Kießling und mir als den beiderseits zuständigen Bearbeitern [...]."

Was das Problem der Publikation betraf, unternahm Adorno nach der Tagung in Mehlem Anfang März einen erneuten Vorstoß. Er betonte in seinem Schreiben den "positiven Verlauf", den die Besprechung am 20. Februar genommen hatte, und schlug vor, die Publikationsfrage zu klären, die er aus wissenschaftlichen Gründen für notwendig erachtete.[1163] Kießling antwortete Adorno, dass der VdH eine "Behandlung des Forschungsberichtes im Augenblick nicht sehen möchte" und verwies auf das Memorandum, das der VdH zunächst erstellen wolle. In den folgenden Wochen kam es nur zu einem ergebnislosen Briefwechsel über die Frage des Protokolls von der Tagung am 20. Februar, wobei auch hier am Schluss die Aufforderung seitens des IfS stand, das Memorandum zuzusenden.[1164] Adorno ergriff am 13. Juli 1959 nochmals die Initiative und legte Kießling dar, dass der "Forschungsbericht unter dem Gesichtspunkt der Soziologie als Wissenschaft außerordentlich wichtig sei", um die Diskussion über das Gruppendiskussionsverfahren voranzutreiben. Adorno hob hervor, dass die "Publikation in einer Form geschieht, in der nicht irgendwelche Leute sich getroffen fühlen können und weiter in einer Weise, in der wir über gewisse Formulierungen eine Verständigung herbeiführen, ist ein Gesichtspunkt, der in der Publikation ganz gewiß nicht vernachlässigt werden soll".[1165] Ratza erwiderte, dass wegen des Urlaubs von Kießling keine Entscheidung gefällt werden könne, und kündigte für das Memorandum als Termin den 1. November 1959 an; auf Drängen des Instituts sagte er den 1. September 1959.[1166] Weitere Versuche, noch Ende Juli, Anfang August 1959 eine Besprechung zu verabreden, gelangen nicht sofort, aber Adorno vermittelte ein Gespräch zwischen Horkheimer und dem VdH, das im August stattfand.

Gegenüber der BzH war der Ton des VdH weniger von höflichem Geplänkel geprägt, wie ein Brief Kießlings aus seinem Urlaub heraus an Rommerskirchen zeigt: "Ich höre zu meinem Erstaunen, daß das Institut den Forschungsbericht im Rahmen seiner Schriftenreihe

[1163] IfS, Theodor Adorno, an VdH, Kießling, Frankfurt/Main 5.3.1959.
[1164] IfSA A 13, I-III, Ordner 1.1 Korrespondenz, IfS, E[gon] Becker, an VdH, Kießling, [Frankfurt/Main] 6.4.1959; ebd., VdH, Ratza, an IfS, Becker, Bad Godesberg, 21.5.1959; ebd. IfS, Egon Becker, an VdH, Ratza, [Frankfurt/Main], 1.6.1959.
[1165] IfSA A 13, I-III, Ordner 1.1. Korrespondenz, IfS, Adorno, an Werner Kießling, Frankfurt/Main 13.7.1959.
[1166] IfSA A 13, I-III, Ordner 1.1. Korrespondenz, VdH, Ratza an IfS, Adorno, Bad Godesberg, 16.7.1959 und Schreiben vom 21.7.1959; ebd. IfS, Adorno, an VdH, Ratza, Frankfurt/Main 29.7.1959.

veröffentlichen möchte. Diese Schriftenreihe hat eine Auflage von 5000 Exemplaren und wird vordringlich in Kreisen von Soziologen vertrieben. Es versteht sich, daß wir hier unser Veto eingelegt haben und Herr Ratza angekündigt hat, daß zumindest in der gleichen Schriftenreihe eine Interpretation oder ein VdH-Memorandum mit veröffentlicht werden müsse. Für mich ist die Frage, ob um diese Dinge überhaupt noch ein Wirbel gemacht werden soll."[1167] Des weiteren enthält der Brief Verdächtigungen, Adorno sei nur deshalb so an einer Freigabe zur Publikation interessiert, weil er am Weltkongress der Soziologie teilnehme, was wohl doch eher an der Überschätzung der Bedeutung des Problems der Heimkehrer für das IfS liegen könnte: "Herr Prof. Adorno hält dort ebenfalls ein Referat. Es ist uns nicht bekannt, ob von Seiten Prof. Adorno's [!] die Absicht besteht, etwa den Forschungsbericht in sein Referat einzubeziehen. Diese Absicht könnte sich erklären aus dem ungeduldigen Drängen von Prof. Adorno nach unserem Einverständnis, den Forschungsbericht freizugeben."[1168]

Zum Abschluss des Schreibens hält Kießling noch seine Rechtsposition fest: "Wir gehen sicher in der Annahme nicht fehl, daß sich die Bundeszentrale als Auftraggeber [...] jede weitere Verwendung selbst vorbehält und eine solche Verwendung auch seitens der Bundeszentrale nur im Einvernehmen mit dem Objekt, in diesem Falle dem Heimkehrerverband, erfolgt. Unseres Wissens ist der Forschungsbericht vom Institut für Sozialforschung erstellt und von der Bundeszentrale mit allen Rechten käuflich erworben. Wenn das so ist, wäre eine Klärung angebracht, wieso das Institut überhaupt den Gedanken fassen kann, in einer eigenen Schriftenreihe den Forschungsbericht zu veröffentlichen."[1169]

Später beriefen sich beide Seiten auf dieses als ausgesprochen erfreulich beurteilte Gespräch. Adorno versprach sich von dem Gespräch eine Zusage zu den Publikationsplänen.[1170] Am 1. Oktober sandte der VdH Adorno eine Absage für einen Publikationsplan der Studie, da das Präsidium sich dagegen entschieden habe.

Adorno legte dennoch am 4. November 1959 dem VdH nochmals die Gründe dar, die für eine Publikation sprachen, und bat um eine erneute Prüfung aufgrund der soziologischen Relevanz des Themas und des allgemeinen Interesses, die das Thema innerhalb des Feldes politischer Bildung beanspruchen könne. Er machte auch einen konkreten Vorschlag, wie mit den strittigen Passagen umzugehen sei. Es sollten "ein Bevollmächtigter des Verbandes, einer des Institutes und ein [...] neutraler, in wissenschaftlichen wie in politischen Dingen erfahrener Mann die Stellen gemeinsam erörtern, die die Leitung [des] Verbandes zu dem ablehnenden Beschluss bewogen haben". Adorno machte darüber

[1167] BAK B 168/355, VdH, Kießling an BzH, Rommerskirchen, Bad Godesberg, 19.8.1959.
[1168] Vgl. ebd.
[1169] Vgl. ebd.
[1170] IfSA A 13, I-III, Ordner 1.1. Korrespondenz, IfS, Adorno, an VdH, Ratza, Frankfurt/Main 18.9.1959.

hinaus den Vorschlag, die Studie mit einem einführenden oder anzufügenden Artikel aus der Sicht des VdH zu erweitern, der missverständlichen Interpretationen entgegenwirken solle.[1171] Auch auf dieses Schreiben erhielt Adorno einen ablehnenden Bescheid von Kießling.[1172] Adorno erwiderte auf diesen knappen und einsilbigen Brief Kießlings sichtlich verärgert, dass ihn die "kategorische, gewissermassen militärisch knappe Form" des Briefes verärgert habe.[1173] Daraufhin befasste Kießling nochmals das Präsidium des VdH am 8.1.1960 mit der Angelegenheit. Kießling äußerte in seinem Schreiben an Adorno das Verständnis des VdH am Interesse des Instituts, den Forschungsbericht zu veröffentlichen, beharrte aber auf dem Standpunkt, dass mit der bisherigen "Veröffentlichung" in Experten- und Fachkreisen dem Interesse des Instituts genüge getan sei. Insgesamt lehnte das Präsidium des VdH aber die Veröffentlichung wegen der "möglicherweise für den Verband negativen Auswirkung [...] gerade in der augenblicklichen Situation" ab. Der Hinweis auf die augenblickliche Situation lässt sich als Hinweis auf die im Winter 1959/60 erfolgte antisemitische Welle von Synagogenschändungen verstehen. Nichtsdestotrotz stellte der VdH noch einmal Nachfragen, in welcher Form und in welchem Umfang der Bericht welchen Stellen zugeleitet werden solle.[1174] Diese letzte Aufforderung scheint Adorno ermutigt zu haben, einen letzten konzilianten Vorschlag zu unterbreiten, wohlwissend, dass seine vorherigen Vorschläge zum weiteren Vorgehen und zur Abstimmung mit dem VdH übergangen wurden.
Adorno konkretisierte seinen Vorschlag, der VdH solle einen Herrn delegieren, der mit der Sache genau vertraut sei "und vor allem die Formulierungen kennt", die beim VdH beanstandet worden waren. Für Adorno war klar, dass es sich "bei dem streng objektiven Charakter der Untersuchung [...] offensichtlich nur um Formulierungsfragen und nicht um reine Tatsachenfeststellungen handeln" könne. Der Delegierte solle diese Formulierungen mit dem Forscherteam durchsprechen. Adorno erläuterte auch die Publikationspläne genauer. Es sei an eine Publikation in der Schriftenreihe mit einer Auflage von 5000 Exemplaren gedacht, die in den freien Buchhandel gingen. Es solle eine breitere wissenschaftliche Öffentlichkeit auf das zugrundeliegende Problem aufmerksam gemacht werden. Dabei ginge es keineswegs um den VdH an sich, sondern vielmehr um "ein Potential innerhalb der Bevölkerung, das vermutlich in institutionalisierten Organisationen deutlicher hervortritt, als wenn man amorphe Gruppen untersucht". Das Ganze ziele auf einen "Beitrag zur Sozialpsychologie des Organisationswesens überhaupt" ab.
In der Kommunikation zwischen Adorno und Jacobsen war auch zu Beginn des Jahres 1960 noch Einvernehmen festzustellen, insofern Adorno mit Jacobsen allgemein Vortragsverein-

[1171] Vgl. IfSA A 13, I-III, Ordner 1.1. Korrespondenz, IfS, Adorno, an VdH, Ratza, [Frankfurt/Main] 4.11.1959.
[1172] Vgl. IfSA A 13, I-III, Ordner 1.1. Korrespondenz, VdH, Kießling, an IfS, Adorno, Bad Godesberg 10.12.1959.
[1173] Vgl. IfSA A 13, I-III, Ordner 1.1. Korrespondenz, IfS, Adorno, an VdH, Kießling, [Frankfurt/Main] 22.12.1959.
[1174] Vgl. IfSA A 13, I-III, Ordner 1.1. Korrespondenz, VdH, Kießling, an IfS, Adorno, Bad Godesberg, 15.1.1960

barungen für einen Vortrag über den autoritätsgebundenen Charakter in der BzH im Mai des Jahres nebst einem Vortrag von Horkheimer zusagte, Mitscherlich und Plessner für weitere Vorträge vorschlug und er mit Jacobsen auch das taktische Vorgehen in der Publikationsfrage erörterte. [1175]

Adorno betonte in einem Schreiben den hohen wissenschaftlichen Wert, den der Forschungsbericht und die Organisationsstudie gehabt hätten, den auch Kollegen bestätigt hätten. Sein Kollege, der Nationalökonom Prof. Hans Achinger von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, habe die Organisationsstudie über den Heimkehrerverband gelesen und sich beeindruckt gezeigt. Er halte die Sache für so bedeutend, dass er dringend zu einer Publikation rate. Adorno insistierte nochmals auf dem Publikationsplan und versprach sich von Achingers Gutachten eine bedeutende Unterstützung. Er wies das Ansinnen des VdH, die Publikation zu verhindern empört zurück: “Ich finde, es ist unmöglich, daß die Wissenschaft dem Diktat von Interessenten sich beugt. Ganz gewiß können wir nicht gegen ein Veto des Heimkehrerverbandes publizieren; wohl aber stünde es uns offen, die Publikationsfrage als solche öffentlich zu diskutieren und auf das ungebührliche Verhalten des Heimkehrerverbandes hinzuweisen.” Allerdings wollte Adorno den Schritt an die Öffentlichkeit nur in Absprache mit der BzH vornehmen, da er auf das Argument, “daß man nicht den Heimkehrerverband von seinem offiziellen Bekenntnis abbringen und ins rechtsradikale Lager treiben” dürfe, sensibel reagierte und darum eine taktische Abstimmung für notwendig erachtete. Adorno hob aber auch hervor, dass die Zustimmung zu einer Publikation dem VdH als echter Ausweis demokratischer Gesinnung ausgelegt werden könne: “Unter dem Gesichtspunkt, daß durch die Zustimmung zu einer solchen Publikation der Heimkehrerverband seine demokratische Gesinnung im Ernst unter Beweis stellt, läge sie denn doch auch in seinem Interesse, und die Publikation könnte diesem Interesse dann gewiß doch auch auf eine entgegenkommende Weise Rechnung tragen.”

Adorno fasste den Zwischenstand zusammen. Kießling habe ihm “einen äußerst höflich formulierten Brief” gesandt, “der die Tür nicht zuschlägt, ohne doch Positives sichtbar zu machen.” Adorno erwog, die Sache soweit es ging offen zu halten und betonte noch mal den Wert der Ergebnisse: ”Immerhin meine ich, daß gerade die jüngsten Ereignisse [gemeint war die antisemitische Schmierwelle 1959/60] gezeigt haben, wie wichtig die diagnostischen Ergebnisse der Heimkehrerstudie weit über den Kreis der Befragten hinaus sind – und gerade das sollte doch diesen Kreis veranlassen, etwas liberaler sich zu verhalten, da er sich nicht spezifisch getroffen zu fühlen braucht, sondern nur gewissermaßen ein Modell für etwas viel Verbreiteres abgibt.” Adorno kritisierte im folgenden die Zensur, die der VdH

[1175] BAK B 168/355, IfS, Adorno, an BzH, Jacobsen, [Frankfurt/Main] 29.1.1960.

ausübe und betonte, dass die Öffentlichkeit heute diese Zensur nur schwer verstehen könne.[1176]

Innerhalb der BzH ging Rommerskirchen mehr noch als vorher gegenüber dem Direktor auf Distanz zu Jacobsen, dem IfS und dem Forschungsbericht. “Das ewige Hin und Her von Briefen entspricht nicht meiner Art, solche Angelegenheiten zu bereinigen. Ich bitte daher um Verständnis, daß ich in dieser nicht durch meine Schuld verfahrenen Angelegenheit nicht mehr tätig sein möchte. Nach meiner Auffassung sollten wir dem Verband der Heimkehrer erklären, daß wir an der Ausübung des Verfügungsrechts nicht mehr interessiert sind und es ihm überlassen, sich direkt mit dem Institut für Sozialforschung zu einigen. Ich habe mich, dem Wunsch des Bundesministeriums des Innern gemäß, darum bemüht, die Bahn wieder ganz frei zu machen für eine unbeschwerte Zusammenarbeit zwischen dem Verband der Heimkehrer und unserem Hause.”[1177]

Kießling war für die Argumente Adornos nicht offen. Er holte zur Generalbrechnung aus. Er behauptete, dass bereits im Forschungsauftrag an das Institut “Gefahrenmomente” enthalten gewesen seien. Denn die Verpflichtung, “durch eine Untersuchung die Bewußtseinslage der Heimkehrer in der gegenwärtigen Situation zu explizieren *unter besonderer Beachtung der bei diesen noch erhaltenen Vorstellungen hinsichtlich der nationalsozialistischen Vergangenheit und der nach der Heimkehr entstandenen Vorbehalte gegenüber der Demokratie*”, bedeute, dass “vor der Untersuchung das Vorhandensein beider antidemokratischer Momente unterstellt wurde und daß sich die Untersuchung mit Schwerpunkt auf diese beiden Komplexe konzentrieren mußte”.

Sarkastisch hiellt Kießling fest: “Das Institut ist ohne jeden Zweifel diesem Auftrag sehr gewissenhaft nachgekommen.” Kießling hielt Adorno ein Statement aus seinem Brief an Jacobsen vom 21. September 1956 mit den Worten entgegen: “Sie selbst hatten Bedenken gegen ein ausschließliches Negativbild angemeldet, als Sie schrieben: ‘Die Studie soll und darf keineswegs auf die Dimension: Nationalsozialistisches Erbe – Demokratie festgelegt werden, sondern es soll wirklich die ganze Komplexität dessen, was im Bewusstsein der Befragten vorliegt, und wovon diese Dimension nur ein Teilmoment bildet, herausgearbeitet werden.” Dieses etwas triumphierende Zitat zeigt, dass Kießling und dem VdH Interna der Akten aus der BzH vorgelegen haben müssen. Er lehnte die Publikation der Studie im Namen des VdH rundweg ab und teilte Adorno mit, dass er damit auch die Position des

[1176] BAK B 168/355, IfS, Adorno, an BzH, Jacobsen, [Frankfurt/Main] 29.1.1960. Zur antisemitischen Schmierwelle siehe auch Werner Bergmann: Antisemitismus vor Gericht. Die Hakenkreuzschmierereien an der Kölner Synagoge und andere Übergriffe, in: Jürgen Wilhelm, Anne Klein (Hg.): NS-Unrecht vor Kölner Gerichten nach 1945. Köln 2003, S. 131-149, ders. Antisemitismus als politisches Ereignis. Die antisemitische Schmierwelle im Winter 1959/60, in: ders. und Rainer Erb (Hg.): Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945, Opladen 1990, S. 253-276. Brochhagen: Nach Nürnberg, S. 276ff.

[1177] BAK B 168/355, Rommerskirchen, Vermerk für Herrn Direktor Dr. Franken, Bonn, den 4.2.1960.

Präsidiums, die dieses in seiner Sitzung vom 2. April 1960 eingenommen habe, wiedergebe.[1178] Adorno schrieb noch ein höfliches Antwortschreiben und beließ es bei diesem Punkt.[1179]

[1178] IfSA A 13, I-III, Ordner 1.1. Korrespondenz, VdH, Kießling, an IfS, Adorno, Bad Godesberg 7.4.1960.
[1179] IfSA A 13, I-III, Ordner 1.1. Korrespondenz, IfS, Adorno, an VdH, Kießling, [Frankfurt/Main], 11.4.1960.

3.7. Fazit

Das Zustandekommen der Studie ist auf eine Diskurskoalition eines Psychologen, der sich für Fragestellungen der politischen Psychologie interessierte, nämlich Walter Jacobsen, mit dem Frankfurter Institut zurückzuführen. Auf das Institut aufmerksam geworden war er auf einer Expertentagung über das *Gruppenexperiment*. Er hatte die Methode und den Ansatz des Gruppendiskussion schätzen gelernt und deren Möglichkeiten genau erfasst. Innerhalb der Bundeszentrale für Heimatdienst war Jacobsen für politische Psychologie und die Bekämpfung des Antisemitismus zuständig.

Für das Frankfurter Institut bot die Studie die Möglichkeit, Einsichten über eine wichtige Gruppe in der jungen bundesrepublikanischen Gesellschaft zu gewinnen und deren demokratisches und antidemokratisches Potential genauer einzuschätzen und und zu untersuchen. Im Anschluss an das *Gruppenexperiment* und das Gruppendiskussionsverfahren bot sich ihm die Möglichkeit, die Methode an einem Verband und seinen Mitgliedern auszutesten und so die Reichweite und die Möglichkeiten des Verfahrens genauer zu studieren. Außerdem konnte das Institut mit der Untersuchung einer speziellen Untergruppe der Wehrmachtsveteranen an eine wichtige Untersuchung der *Studies in Prejudice* anknüpfen, wobei es diesen Bezug auf die institutsnahe Erfahrung nicht offenlegte, wohl auch, weil es sich angesichts des schwierigen vergangenheitspolitischen Klimas in der frühen Bundesrepublik gegen die Publikation der Auszüge der deutschen Übersetzungen der *Studies in Prejudice* entschieden hatte, die seit 1953 vorlagen. Dass Armeeveteranen für das Wachhalten revanchistischen, rassistischen und antisemitischen Gedankenguts anfällig waren, war dem Institut auf jeden Fall bewusst, sowohl aus den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit gespeist, wie auch aus den im Institutsumfeld angefertigten empirischen Studien.

Indem die Studie Elemente antidemokratischen Bewusstseins und die Bewahrung nazistischer Stereotype im politischen Denken der Spätheimkehrer nachwies, kam sie zu einem für den Verband der Heimkehrer vernichtenden Ergebnis, dessen Publikation der Verband aus diesem Grund auch scheute. Angesichts der hohen politisch-symbolischen Bedeutung der Integration dieser Gruppe führte dieses für den Verband der Heimkehrer inopportune Ergebnis zu heftigen Konflikten zwischen der Bundeszentrale für Heimatdienst und dem Frankfurter Institut für Sozialforschung einerseits sowie dem Verband der Heimkehrer und dem Bundesministerium des Inneren andererseits, wobei sich im Apparat der Bundeszentrale trotz grundsätzlichem Festhalten an der Studie Differenzen zwischen dem psychologischen Fachreferenten Jacobsen und dem zuständigen Fachreferenten für Personenverbände Rommerskirchen zeigten.

Im regen Briefwechsel und im Verlaufe des zweiten Halbjahres 1958 und einer intensiven

Aussprache im Februar 1959 zwischen Präsidium, Landesverbandsvertretern des Verband Deutscher Heimkehrer, der Bundeszentrale und dem Frankfurter Institut tauschten die Akteure ihre unterschiedlichen Standpunkte aus.

Die Kritik des Verbandes Deutscher Heimkehrer richtete sich gegen folgende sieben Punkte: Zunächst einmal kritisierte er die Auftragsvergabe durch die Bundeszentrale und deren thematische Festlegung allgemein. Zweitens störte den VdH die thematische Festlegung auf den Nationalsozialismus, die Gefangenenerfahrung und den Bolschewismus: denn diese thematische Festlegung des Auftrags habe die Ergebnisse präjudiziert. Drittens kritisierte der VdH die Terminologie des Frankfurter Instituts, die "eine gefährliche Nähe zu gewissen Ideologien" aufweise. Die Kritiker des VdH interpretierten die Darstellung und die argumentative Bezugnahme auf Schichtungsbegriffe (Mittelstand) und die Zuordnung von weltanschaulichen Richtungen zu gesellschaftlichen Schichten und Gruppen als deren Träger als eine Adaption sozialistischer, gar leninistischer Ideologie. Viertens sei das Gruppendiskussionsverfahren wegen des Mangels an Repräsentativität ungeeignet; die Selektivität in der Auswahl der zu interpretierenden Sprecheräußerungen führe zu einem verzerrten Bild des Verbandes der Heimkehrer. Mehr lebensphilosophisch motiviert war der fünfte Kritikpunkt: VdH kritisierte die "Methoden der empirischen Sozialforschung" als ungeeignet für die Erfassung des Erlebten und stellte dem sechstens ein Idealbild einer "ganzheitlichen Betrachtungsweise" entgegen. Den Methoden der empirischen Sozialforschung wurde entgegengehalten, dass sie lediglich Meinungen in den Blick nehme. Schließlich ist siebtens das Motiv der Abwehr kennzeichnend. Der Verband Deutscher Heimkehrer beanspruchte mit dieser Kritik, die Deutungshoheit und Definitionsmacht über die Probleme der Heimkehrer zurückzugewinnen; nicht die Untersuchung dieser selbst sei illegitim, sondern dass sie von "Außen" bzw. von "Dritten", denen die Dimension des „Erlebens" und der „Erfahrung" vollkommen fremd sei, ausgeführt wurde. Wie sehr es sich bei der Zurückweisung der Studie um das Deutungsmonopol des Verbandes Deutscher Heimkehrer drehte, ist auch daraus zu ersehen, dass nach Abschluss der gemeinsamen Beratungen über die Publikation der Studie ein emsiger und ungelöster Kampf um die Formulierung von Protokollen entbrannte wie auch daraus, dass der Verband Deutscher Heimkehrer mit allen Mitteln die Veröffentlichung des Forschungsberichts zu verhindern trachtete und auch erreichte.[1180]

Allgemeiner lassen sich folgende Ergebnisse festhalten:

Erstens: Das Motiv der "Anklage" und "Verurteilung" spielt in dem Fall des VdH eine herausgehobene Rolle. Ist es in anderen Bereichen die Verpönung von "Fragebögen" im Bereich

[1180] Manfred Teschner: Entwicklung eines Interessenverbandes. Ein empirischer Beitrag zum Problem der Verselbständigung von Massenorganisationen. Typoskript. Frankfurt/Main 1961, zugleich Dissertation IfS 1960, IfS-Bibliothek.

des Politischen, soweit und solange sie sich auf das Vergangene beziehen, so ist es hier die kritische Untersuchung von Deutungskomplexen, die Abwehr hervorruft. Das Motiv der freien Assoziation der Meinungsforschung und der "Fragebögen" mit dem alliierten Entnazifizierungsverfahren taucht auch in diesem Zusammenhang wieder auf.

Zweitens ist nicht von der Hand zu weisen, dass Meinungsforschung ein Medium der reflexiven Selbstthematisierung der jungen Bonner Republik war – und als solches in Anspruch genommen wurde. Die Auseinandersetzungen um die Heimkehrerstudie zeigen, dass einzelne Akteure aus Gründen, die nicht alleine fachpolitischer bzw. wissenschaftspolitischer Natur waren, ihre Ansätze in die politische Diskussion und Praxis einbrachten und sie in kritischer Absicht gegen bisherige politische Schwerpunktsetzungen der politischen Bildungsarbeit in Stellung brachten.

Drittens: Eine häufige Beobachtung im Bereich wissenschaftshistorischer Verwendungsforschung, nämlich die vernehmliche Zurückweisung durch die Akteure und geradezu die Misserfolgsgeschichte von "Aufklärung" und "Kritik", sollte einen nicht dazu verleiten, auf die Wirkungslosigkeit des verwissenschaftlichten Arguments zu schließen. Bereits die Paarung von Miss- und Unverständnis des "Laien" mit einem häufig im Ansatz selbst soziologisierenden Argument zeigt, dass substantialistische Gemeinschaftskonzepte – wie sie etwa vom Verband der Heimkehrer als Vertreter der "Kriegsgeneration" vertreten wurden, – gegenüber verwissenschaftlichten und relational argumentierenden Kritik nicht mehr in voller Bandbreite aufrecht erhalten werden konnten. Für diesen Modus der Auseinandersetzung ließen sich eine Reihe von Beispielen anführen, über deren Wirkung ich freilich wenig berichten kann.

Dennoch ist auch für dieses Beispiel festzuhalten, dass die Diskurskoalition aus Beamten und dem IfS nur partiell erfolgreich war. Das IfS konnte sein zentrales Interesse, das der Publikation der Studie, nicht realisieren. Insgesamt war die organisierte Gegenwehr des VdH, der seine Rechte, die sich aus der Rolle als an der Realisierung der Studie gleichzeitig auch beteiligtes Untersuchungsobjekt ergaben, mit politischem Nachdruck vertrat, wobei er Unterstützung für seine Position beim aufsichtführenden Bundesministerium des Inneren gewann, dafür ausschlaggebend, dass die Realisierung einer Veröffentlichung einer vom IfS angedachten Organisationsstudie erfolgreich verhindern werden konnte.

Auffallend ist, dass auch die vergangenheitspolitisch geänderte Lage in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, insbesondere nach dem Ulmer Einsatzgruppenprozess, der Gründung der Zentralen Stelle in Ludwigsburg und der antisemitischen Hakenkreuzschmierwelle an Synagogen im Winter 1959/60 nicht zu einem sensibleren Umgang mit den Daten und einer auch selbstkritischen Wendung im Lager des VdH führte – ganz im Gegenteil, die Abwehr und Leugnung des problematischen Potenzials wurde in dieser Situation zur vordringlichen Aufgabe des Verbandes – wenigstens im Umgang mit dieser Studie.

4. Kritische Theorie im Unternehmen – Die Anfänge der kritischen Industriesoziologie am Institut für Sozialforschung

4.1. Einleitung

Gegenstand des vorliegenden Kapitels bilden das Zustandekommen und die Wirkungen der *Betriebsklima-Studie*, die das Frankfurter Institut für Sozialforschung im Auftrag des Vorstands der Mannesmann-Holding im Jahr 1954/55 angefertigt hat. Die Studie erforschte die Einstellungen der Belegschaften zum Betriebsklima in einer Reihe von Werken der Mannesmann AG. Die Planung, Erhebung und Publikation der Studie sind zum ersten im Rahmen der Auseinandersetzungen um die Mitbestimmung in Holdinggesellschaften zu interpretieren. Zweitens wird die Frage zu klären sein, wie sich diese Intervention der Sozialwissenschaften mit dem Selbstverständnis der Kritischen Theorie vertrug – mit anderen Worten: was suchte die kritische Theorie im industriellen Großunternehmen?
Das Kapitel gliedert sich in sieben Abschnitte. Nach einer knappen Skizze des Forschungsstands werden in einem zweiten Teil die Voraussetzungen für das Zustandekommen der Studie untersucht und dabei aufgezeigt, welches die verschiedenen Einsätze der Akteure innerhalb wie außerhalb des Unternehmens und auch der Sozialwissenschaftler waren. Im dritten Abschnitt werden die Ergebnisse der Betriebsklima-Studie einer kontextualisierenden Interpretation unterzogen. Dann werden zunächst die Ergebnisse des Forschungsberichts, den der Mannesmann-Vorstand erhielt, referiert. Im nächsten Teil werden sie in den Kontext eingeordnet. Den konkreten Kontext bildet hierbei einerseits das Unternehmen, also die Mannesmann-Holding, andererseits aus Sicht der Sozialwissenschaftler das sich konstituierende Feld der Industriesoziologie. Die These ist, dass die Studie gezielt im Rahmen der Auseinandersetzung um die Frage der Aufsichtsratsbeteiligung von Arbeitnehmern und der Stellung des Arbeitsdirektors nach dem Montanmitbestimmungsgesetz in Holdinggesellschaften in Auftrag gegeben wurde und dass ihre Ergebnisse zunächst in diesem Zusammenhang argumentativ verwendet wurden.[1181] Hierzu werden exemplarisch Hermann Winkhaus‘ Redebeitrag und Max Horkheimers die Ergebnisse zusammenfassender Presseartikel in der *Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung* sowie weitere Artikel aus dem Umfeld des Instituts und des Konzerns einer vergleichenden Lektüre unterzogen.[1182]

[1181] So auch schon Karl Lauschke: “Wir sind heute mehr Mensch als früher”. Unternehmenskultur in einem montanmitbestimmten Großbetrieb der fünfziger Jahre, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1993/2, 1994, S.137-157, hier S. 138ff.
[1182] In der Literatur wird meistens die publizierte Fassung des Vortrags herangezogen, vgl. Hermann Winkhaus: Betriebsklima und Mitbestimmung, in: Arbeit und Sozialpolitik 9 (1955), S. 101-109, sowie die Fassungen des Redemanuskripts in Mannesmann Archiv, M 21.076. Max Horkheimer: Menschen im Großbetrieb. Meinungsforschung in der Industrie, in: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, Nr. 14, 19.2.1955, S. 4, auch publiziert in ders.: Gesammelte Schriften. Band 8: Vorträge und Aufzeichnungen 1949-1975. Frankfurt/Main 1985, S. 95-105.

Anschließend möchte ich klären, welche Folgen die Studie und ihre Verwendung im unternehmensinternen Kontext und für das Frankfurter Institut hatte.

4.2. Forschungsstand

Das vierte Kapitel berührt mit der Mitbestimmungsfrage eine der zentralen Fragen der Gründungsphase der Bundesrepublik, wissenschaftsgeschichtlich fällt sie in die Konstituierungsphase einer bundesdeutschen empirischen Industrie- und Betriebssoziologie. Der Gegenstand berührt im Kapitel drei verschiedene Untersuchungsebenen: erstens die Unternehmens- und Mitbestimmungsgeschichte, zweitens die Wissenschaftsgeschichte der Industriesoziologie und schließlich im engeren Sinne die Ideen- und Institutionengeschichte der Frankfurter Schule.

Zur Unternehmensgeschichte von Mannesmann bis 1990 liegt eine Gesamtdarstellung von Horst A. Wessel vor, der zudem eine erste unternehmensgeschichtliche Einordnung der Betriebsklimastudie vorgenommen hat, die deren Ergebnisse aus unternehmensgeschichtlicher Sicht präsentiert.[1183] Hanno Bernett rekonstruiert die zentralen strategischen Entscheidungen und Phasen der alliierten Entflechtungspolitik und der Rückverflechtungsstrategien unter der ehemaligen und neuen Konzernführung Wilhelm Zangens bis zur schließlich erfolgreichen Rückverflechtung des Konzerns.[1184] Für die Rückverflechtung spielte der Umgang mit der unter alliierter Kontrolle eingeführten und 1951 in der Bundesrepublik gesetzlich fixierten Mitbestimmung eine besondere Rolle. Die historische Forschungsliteratur zur Geschichte der Montanmitbestimmung liefert entscheidende Aufschlüsse, weil sie die zentrale Rolle, die der Mannesmann-Konzern in den verschiedenen Phasen der Auseinandersetzung um die Montanmitbestimmung innehatte, analysiert.[1185]

[1183] Horst A. Wessel: Kontinuität im Wandel. Jahre Mannesmann 1890-1990. [Düsseldorf] 1990; Mannesmann Archiv, M 21.078, Horst A. Wessel: Social science studies and every day experience in an industrial firm. A research project of the Frankfurt Institute of Social Research for the Mannesmann AG in the 1950's [unveröffentl. Vortragsskript]; Horst A. Wessel: Soziologische Forschung und Alltagserfahrung in einem Industrieunternehmen. Ein Forschungsprojekt des Frankfurter Instituts für Sozialforschung in den 1950er Jahren, in: Geschichte im Westen 17, 2002, 76-94.

[1184] Hanno Bernett: Von der Entflechtung bis zur Wiederherstellung alter Konzernstrukturen – Die Unternehmensorganisation deutscher Montanunternehmen am Beispiel Mannesmann (1945-1958/59), [Bonn] 1991.

[1185] Für Mannesmann immer noch aufschlussreich ist die Abhandlung des ehemaligen Aufsichtsratsmitglieds der Mannesmann AG und Leiters des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, Erich Potthoff: Der Kampf um die Montanmitbestimmung. Köln 1957, 81-101. Gloria Müllers Arbeit, die auf einem sorgfältigen Abgleich der politik- und unternehmensgeschichtlichen Quellen zur Mitbestimmungsgesetzgebung, u. a. aus dem Mannesmannbereich, beruht, liefert zahlreiche Hinweise auf die politischen Interventionsversuche und die Managementstrategien im Umgang mit der Mitbestimmung, vgl. Gloria Müller: Strukturwandel und Arbeitnehmerrechte. Die wirtschaftliche Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945-1975. Essen 1991 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrheinwestfalens; 31). Weitere zentrale Literatur: Horst Thum: Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften. Stuttgart 1983; Volker Berghahn: Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik. Frankfurt/Main 1985, S. 202-227; Michael Schneider: Demokratisierungskonsens zwischen Unternehmern und Gewerkschaften? Zur Debatte um Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung, in: Schildt, Axel und Arnold Sywottek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die

Die zeitgenössische Literatur- und Quellenlage zur Montanmitbestimmung scheint uferlos.[1186] In der "Gründungsphase" der bundesdeutschen Industriesoziologie war die Mitbestimmung einer der Hauptgegenstände ihrer "klassischen Untersuchungen".[1187] Es war angesichts der gesellschaftspolitischen Konflikte um die Mitbestimmung nicht verwunderlich, dass sich eine ganze Reihe jüngerer Sozialwissenschaftler an verschiedenen Instituten der Erforschung von Problemen der Mitbestimmung zuwandten und empirisch unterfütterte Deutungsangebote lieferten.[1188] Die erste umfassende empirische Untersuchung zum Thema führte ein Forschungsteam am Wirtschaftswissenschaftlichen Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Köln durch. Die Bedeutung des WWI als Think Tank für die gesellschaftspolitische Positionierung und die sich darum abzeichnenden Konflikte hat Hülsdünker herausgearbeitet.[1189]

---

westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn ²1998, S. 207-222; Karl Lauschke: Die Praxis der Montanmitbestimmung im Ruhrgebiet, in: Jan Pieter Barbian (Hg.): Das Ruhrgebiet in Nordrhein-Westfalen 1946-1966. Essen 1997, S. 173-190. Als Quellenedition zum Montanmitbestimmungsgesetz vgl. Gabriele Müller-List: Montanmitbestimmung. Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Verbänden der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951. Düsseldorf 1984 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe; 1). Eine Überblicksdarstellung, die die Konflikte um die Mitbestimmung einbegreift, ist Karl Lauschke: Die halbe Macht. Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945-1989. Essen 2007.

[1186] So verzeichnet eine Bibliographie des deutschen Industrieinstituts, für die auch publizistische Quellen ausgewertet wurden, 1955 bereits über 6.000 Titel. In der zweiten Auflage ist die Summe der verzeichneten Titel auf gute 9600 Titel angewachsen, vgl. Deutsches Industrieinstitut: Bibliographie zur Mitbestimmung und Betriebsverfassung. Köln 1963.

[1187] Lutz und Schmidt unterscheiden drei Phasen der bundesdeutschen Industriesoziologie, vgl. Burkart Lutz, Gert Schmidt: Industriesoziologie, in: René König (Hg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung. Band 8: Beruf, Industrie, Sozialer Wandel in unterentwickelten Ländern. Stuttgart 1977, S. 101-262, hier S. 153-165. Heinrich Popitz, Hans Paul Bahrdt, Ernst August Jüres, Hanno Kesting: Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie. Tübingen 1957; Theo Pirker, Siegfried Braun, Burkart Lutz: Arbeiter, Management, Mitbestimmung. Köln 1955; Institut für Sozialforschung: Betriebsklima. Eine industriesoziologische Untersuchung aus dem Ruhrgebiet. Frankfurt/Main 1955; Otto Neuloh: Der neue Betriebsstil. Untersuchungen über Wirklichkeit und Wirkungen der Mitbestimmung. Tübingen 1960.

[1188] Ralf Dahrendorf nahm im Auftrag des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1958 bis 1960 eine erste vergleichende Analyse der frühen Mitbestimmungsstudien vor, vgl. ders.: Das Mitbestimmungsproblem in der deutschen Sozialforschung. Eine Kritik. Tübingen 1963 (Studien und Berichte aus dem Soziologischen Seminar der Universität Tübingen; [1]). Ein weiterer retrospektiver Vergleich stammt aus der Feder Burkart Lutz', vgl. ders: Was wurde aus dem Kritikpotential der "jungen Generation" der fünfziger Jahre? Erste Überlegungen zur historischen Interpretation früherer industriesoziologischer Befunde, in: Erd, Rainer u.a. (Hg.): Kritische Theorie und Kultur. Frankfurt/Main 1989, S. 336-353. Einen geeigneten Überblick zur wissenschafts- und institutionengeschichtlichen Einordnung der genannten Studien bietet die Einführung von Horst Kern, in deren Anhang sich eine nützliche tabellarische Übersicht der im Feld tätigen sozialwissenschaftlichen Institute befindet, ders.: Empirische Sozialforschung. Ursprünge, Ansätze, Entwicklungslinien. München 1982, S. 229-245, S. 305-307, Anhang S. 314-317. Wichtige monographische Studien sind Josef Hülsdünker: Praxisorientierte Sozialforschung und gewerkschaftliche Autonomie. Industrie- und betriebssoziologische Studien des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Verwissenschaftlichung der Gewerkschaftspolitik des DGB von 1946-1956. Münster 1983 (Die Entstehung der westdeutschen Industriesoziologie; 2); Rolf Schellhase: Die industrie- und betriebssoziologischen Untersuchungen der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, Sitz Dortmund, in den fünfziger Jahren. Ein Beitrag zur Geschichte der institutionalisierten Sozialforschung. Münster 1982 (Die Entstehung der westdeutschen Industriesoziologie; 1).

[1189] Vgl. Pirker, Braun und Lutz: Arbeiter Management Mitbestimmung; dazu Hülsdünker, Praxisorientierte Sozialforschung, S. 473-548 sowie ders., Thomas Möbius, Michael Florian: Praxisprobleme industriesoziologischer Forschung. Ein Beitrag zur Identitätsproblematik praktisch orientierter Industriesoziologie in Handlungsfeldern der Gewerkschaften, in: Josef Hülsdünker, Rolf Schellhase: Soziologiegeschichte. Identität und Krisen einer ‚engagierten' Disziplin. Berlin 1988, S. 123-173; kritisch zu Hülsdünkers These aus der Perspektive des Zeitzeugen: Siegfried Braun: Thesen zum Verhältnis von Gewerkschaft und Wissenschaft nach 1945, in: Hülsdünker und Schellhase: Soziologiegeschichte, S. 105-122.

In der Forschung zur kritischen Theorie dagegen hat die Tatsache, dass Max Horkheimer und Theodor Adorno bereits vier Jahre nach der Remigration eine Auftragsstudie für einen der größten Konzerne der noch jungen Bundesrepublik annahmen und durchführen ließen, vor allem für Befremden gesorgt, da sie im Widerspruch zu der vergangenen marxistischen Orientierung des Instituts zu stehen schien.[1190] Eine skizzenhafte Einordnung dieser Studie in die Gründungsphase findet sich bei von Friedeburg, der aus der Perspektive des Zeitzeugen die Elemente der Kooperation und Konkurrenz im Feld der jüngeren deutschen Nachkriegsindustriesoziologie nachzeichnet.[1191] Desiderat bleibt eine systematische Verknüpfung der unternehmensgeschichtlichen mit der wissenschafts- und ideengeschichtlichen Perspektive, die der These Rechnung trägt, dass auch das Unternehmen ein gesellschaftlicher Ort ist, vor dem der säkulare Prozess der "Verwissenschaftlichung des Sozialen" nicht halt gemacht hat und das Unternehmen gleichzeitig als soziales Handlungsfeld in den Blick nimmt, in den verschiedene Akteure Wissenschaft zu unterschiedlichen Zwecken strategisch einsetzen, um ihre Ziele durchzusetzen und ihren Deutungsanspruch über die soziale Welt zu grundieren.[1192]

Die Ergebnisse der Studie wurden für den konzerninternen Gebrauch in hektographierten Fassungen zur Verfügung gestellt: zunächst als 400-seitiger hektographierter Rohbericht vom Dezember 1954, dann in einem 369 Seiten umfassenden überarbeiteten Gesamtabschlussbericht sowie in fünf Werksmonographien, einem Tabellenband und mehreren werksbezogenen Dokumentationen von Auszügen der Gruppendiskussionen.[1193] Der wissenschaftlichen Öffentlichkeit schließlich wurden die Ergebnisse der Studien in einem vergleichsweise schmalen Band unter dem Titel "*Betriebsklima. Eine industriesoziologische Untersuchung aus dem Ruhrgebiet"* in der Schriftenreihe des Instituts bekannt gemacht, dessen knappe publizierte Fassung auch auf die unternehmensinternen Konflikte und die Kontroversen mit dem *Institut für Sozialforschung* zurückzuführen ist.[1194] Daran schlossen eine ganze Reihe von Folgestudien an, deren Ergebnisse teils in Form hektographierter Forschungsberichte, teils als Zeitschriftenbeiträge und teils als selbständige Publikationen

[1190] Vgl. etwa die ideologiekritische Analyse des "Sündenfalls der Kritischen Theorie" bei Rolf Wiggershaus, der die Betriebsklimastudie mit den Mitbestimmungsstudien des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften und der Sozialforschungsstelle kontrastiert; ders.: Die Frankfurter Schule. Geschichte, Theoretische Entwicklung, Politische Bedeutung. Frankfurt/Main ³1991, 534-550. Ein bündiger Überblick aus der Feder Alex Demirovics über die Forschungsprojekte des Institut für Sozialforschung seit 1950 findet sich in Institut für Sozialforschung (Hg.): Forschungsarbeiten, Frankfurt/Main 1999 (Mitteilungen des Instituts für Sozialforschung Heft 10).

[1191] Friedeburg, Ludwig von: Kooperation und Konkurrenz. Industriesoziologische Forschung in der westdeutschen Nachkriegszeit, in: SOFI-Mitteilungen 1997, Nr. 25, S. 25-31.

[1192] Raphael: Die Verwissenschaftlichung des Sozialen; Thomas Welskopp: Der Betrieb als soziales Handlungsfeld.

[1193] Diese finden sich im Mannesmann-Archiv unter M 30.082 und 30.082a

[1194] Betriebsklima. Eine industriesoziologische Untersuchung aus dem Ruhrgebiet. Frankfurt/Main 1955 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; 3).

veröffentlicht wurden.[1195] Relevant für die Rezeptionsgeschichte sind die verschiedenen Presseberichte über die Betriebsklimastudie, die sich in großer Zahl sowohl im *Mannesmannarchiv* als auch im Archiv des *Instituts für Sozialforschung* finden.[1196]

4.3. Die Entwicklung der Unternehmensmitbestimmung im Mannesmannkonzern bis zur Betriebsklimastudie des Frankfurter Instituts für Sozialforschung

Die *Mannesmann AG* stand wie viele entflochtene Unternehmen der metallerzeugenden und -verarbeitenden Industrie und des Bergbaus seit Beginn der 50er Jahre vor dem Problem, wie man die durch alliierte Einflussnahme entflochtenen Gesellschaften wieder unter einer Obergesellschaft zusammenführen könnte.[1197] Schon frühzeitig spielte in diesem Zusammenhang die Frage eine Rolle, wie dabei mit Fragen der Mitbestimmung umzugehen sei, und zwar aus drei Gründen. Zum einen warf die Bildung von Dachgesellschaften Probleme gegenüber den Besatzungsmächten auf, die sich die Kontrolle über die Montanindustrie vorbehalten hatten und einer Entlassung aus dieser Kontrolle zustimmen mussten. Eine der Voraussetzungen war die Beibehaltung der unter alliierter Kontrolle eingeführten Mitbestimmung.[1198] Zum zweiten setzte der zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften im Januar 1951 ausgehandelte Kompromiss über das Montanmitbestimmungsgesetz, das schließlich am 21. Mai 1951 in Kraft trat, Rahmenbedingungen für die Mitbestimmung im Montanbereich. Es sah einen hohen Einfluss der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten vor, da die Bestellung der Aufsichtsratsposten paritätisch in Bezug auf die Kapitaleigner und die Arbeitnehmerseite erfolgen sollte und die qualifizierte Bestellung des Arbeitsdirektors als Vorstandsmitglied nicht gegen die Mehrheit unter den Arbeitnehmervertretern im

[1195] Publiziert wurden einzelne Ergebnisse als Qualifikationsarbeiten. Zur Methodenentwicklung des Gruppendiskussionsverfahrens vgl. Werner Mangold: Gegenstand und Methode des Gruppendiskussionsverfahrens. Aus der Arbeit des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Frankfurt/Main 1960 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; 9). Einzelne Teilpublikationen bzw. Folgeprojekte: Manfred Teschner: Zum Verhältnis von Betriebsklima und Arbeitsorganisation. Frankfurt/Main 1961 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; Sonderheft 2); Friedrich Weltz: Vorgesetzte zwischen Management und Arbeitern. Eine industriesoziologische Untersuchung der Situation von Meistern und Steigern. Stuttgart 1964 (Soziologische Gegenwartsfragen, N. F.; H. 21); Ludwig von Friedeburg: Zur Fluktuation im Steinkohlebergbau, in: Bundesarbeitsblatt 8, 1957, 705-721; Friedrich Weltz: Ausbildung und Aufstieg. Bericht über eine Befragung von Teilnehmern eines Ausbildungsprogramms in einem Hüttenwerk, in: Wolfgang Schneider: Soziologie eines modernen Industriebetriebes. Frankfurt/Main, Bad Harzburg 1961, S. 26-31; zusammenfassend zu den Studien des IfS im Mannesmannbereich Ludwig von Friedeburg: Soziologie des Betriebsklimas. Studien zur Deutung empirischer Untersuchungen in industriellen Großbetrieben. Frankfurt/Main 1963 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; 13).

[1196] Diese finden sich in Mannesmann Archiv, M 21.076 und IfSA A 10, Ordner 7.1.

[1197] Bernett: Entflechtung, S. 231, Potthoff: Kampf um die Montanmitbestimmung, S. 87 ff., Wessel, Kontinuität 276ff., Müller: Strukturwandel, S. 212-217 weist auf die parallele Entwicklung bei anderen entflochtenen Stahl- und Montankonzernen hin, die eine Rückverflechtung unter einer neuen Dachgesellschaft anstrebten.

[1198] Vgl. Bernett: Entflechtung, S. 214-218, Potthoff: Kampf um die Montanmitbestimmung, S. 89, Wessel: Kontinuität, S. 279 und Müller: Strukturwandel, S. 224f.

Aufsichtsrat erfolgen durfte.[1199] Drittens tat sich, nachdem 1952 das Betriebsverfassungsgesetz verabschiedet worden war, eine interpretatorische Lücke auf: Welches Gesetz war jetzt auf die Dach- und Obergesellschaften als Kapitalgesellschaften anzuwenden? Waren die Arbeitnehmervertreter nach dem Betriebsverfassungsgesetz zu bestimmen, so sollten sie nur ein Drittel der Aufsichtsratsmandate erhalten und keinen Arbeitsdirektor als drittes gleichberechtigtes Vorstandsmitglied stellen dürfen. Fielen sie hingegen unter die Mitbestimmungsgesetzgebung, war die paritätische Vertretung im Aufsichtsrat sowie die Bestellung eines Arbeitsdirektors vorgeschrieben.[1200]

Insgesamt bemühte man sich, mit diesem Problem pragmatisch umzugehen. Um die grundlegenden Schritte zu einer Entlassung aus alliierter Kontrolle und einem Abschluss der Entflechtungsmaßnahmen einleiten zu können, arrangierten die entsprechenden Obergesellschaften sich mit den Gewerkschaften auf privatvertraglichem Weg – allerdings unter dem Vorbehalt einer sich ändernden Gesetzeslage – die Modalitäten der Montanmitbestimmung auf die Obergesellschaften anzuwenden. Als einer der ersten entflochtenen Konzerne ging die Mannesmannröhren-Werke AG i. L. am 6. November 1951 eine entsprechende Vereinbarung mit dem DGB und der IG Metall ein.[1201] Danach wurden in den ersten Aufsichtsrat je sieben Vertreter der Anteilseigner und sieben Vertreter der Arbeitnehmer sowie ein 15. neutrales Mitglied gewählt. Dies bildete eine der Voraussetzungen für die Entlassung aus alliierter Kontrolle, so dass am 8. April 1952 aus der Mannesmannröhren-Werke AG die Mannesmann AG als Holding, die Consolidation Bergbau AG und die Stahlindustrie und Maschinenbau AG gegründet wurden.[1202] Die Liquidation wurde am 8. August 1952 für beendet erklärt.[1203]

Von einer weitreichenden Akzeptanz des Mitbestimmungsmodells auszugehen, würde aber zu weit führen, denn diese Regelungen blieben in der Folgezeit nicht unumstritten. Da die Gewerkschaften schon vor der ersten ordentlichen Aktionärsversammlung der Mannesmann AG am 10. Juni 1953 den Rechtsstandpunkt des Managements, dass der Aufsichtsrat nunmehr infolge der geänderten Rechtslage nach dem Betriebsverfassungsgesetz zu bilden sei, massiv zurückwiesen, legte das Management der Aktionärsversammlung einen mit den Gewerkschaften ausgehandelten Kompromissvorschlag vor, der sowohl dem Betriebsverfassungsgesetz genügen sollte als auch den an der Montanmitbestimmung orientierten

[1199] Vgl. Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Verbänden der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie, in: Müller-List: Montanmitbestimmung, S. 527ff., §§ 4,1 und 13.
[1200] Vgl. hierzu Potthoff: Kampf um die Montanmitbestimmung, S. 90f., Wessel: Kontinuität, S. 280, Müller: Strukturwandel, S. 221f.
[1201] Vgl. hierzu Potthoff: Kampf um die Montanmitbestimmung, S. 89, Wessel: Kontinuität S. 280, Müller: Strukturwandel, S. 226-240, speziell zu Mannesmann ebd., S. 228.
[1202] Vgl. hierzu Wessel: Kontinuität, S. 277.
[1203] Vgl. hierzu Müller: Strukturwandel, S. 234, Wessel: Kontinuität, S. 278.

Verträgen. Diesem Kompromissvorschlag entsprechend wurden auf der Aktionärsversammlung in zwei getrennten Wahlgängen zunächst einmal zehn Aufsichtsratsmitglieder (davon sieben Vertreter der Kapitaleigner, zwei der Arbeitnehmer und der bisherige 15. Mann) sowie in einem getrennten Wahlgang fünf weitere Arbeitnehmervertreter – unter dem Vorbehalt, dass das Mitbestimmungsgesetz Anwendung finde – gewählt. Die Bestellung des Arbeitsdirektors im Holdingvorstand erfolgte modifiziert als Sozialdirektor für die Mitbestimmungsbetriebe der Holding.[1204]

Die Wahl zum Aufsichtsrat wurde jedoch auf dem Gerichtsweg angefochten: eine Aktionärin klagte mit Unterstützung der Schutzvereinigung Wertpapierbesitz noch im Juni 1953 gegen die Mannesmann AG. Zwar wurde ihre Anfechtungsklage gegen die Wahl als ganze im Dezember 1953 *insgesamt* zurückgewiesen, doch bekam die Aktionärin und damit mittelbar auch das Management der Mannesmann AG insofern Recht – so das Gericht –, dass die Holding unter das Betriebsverfassungsgesetz falle. Da die Einschlägigkeit des Betriebsverfassungsgesetzes festgestellt worden war, war der Prozess für die Klägerin und die hinter ihr stehende Schutzvereinigung für privaten Wertpapierbesitz insgesamt ein Erfolg.[1205] In der Konsequenz dieser Gerichtsentscheidung war die Wahl der fünf im zweiten, bedingten Wahlgang gewählten Arbeitnehmervertreter hinfällig. Um die Beschlussfähigkeit des Aufsichtsrates zu gewährleisten, ließ die Mannesmann AG schließlich zwei weitere Arbeitnehmervertreter durch das Registergericht Düsseldorf bestimmen, da anderenfalls die satzungsmäßige Mindestzahl von 12 Aufsichtsratsmitgliedern nicht erreicht worden wäre.[1206] Daraufhin strengten die Betriebsräte, die auf der Hauptversammlung im Juni 1953 in den Aufsichtsrat gewählt worden waren und ihre Wahlrechte und ihre Rechte als gewählte Vertreter verletzt sahen, vor dem Arbeitsgericht eine Feststellungsklage an, um um die Rechtslage zu klären, dass auf die Mannesmann AG das Montanmitbestimmungsgesetz anzuwenden sei. Dieser Versuch der Arbeitnehmerseite, ihre Position vor dem Arbeitsgericht geltend zu machen, scheiterte aber schließlich am 5. Mai 1954, als das Gericht sich für nicht zuständig erklärte und die Klage zurückwies.[1207]

Einen Tag nach diesem Urteil wandte sich das Vorstandsmitglied der Mannesmann AG, Dr. Hermann Winkhaus, gemeinsam mit Dr. Günter Geißeler, einem Prokuristen aus der Rechtsabteilung des Unternehmens, also ebenfalls einem Vertreter der Unternehmerseite in

[1204] Vgl. hierzu Potthoff: Kampf um die Montanmitbestimmung, S. 94-98, Wessel: Kontinuität, S. 280, Müller: Strukturwandel, S. 233.
[1205] Vgl. hierzu Potthoff: Kampf um die Montanmitbestimmung, S. 92ff., 99ff., Wessel: Kontinuität, S. 280, IfSA A 10, Ordner 1.3: Urteil im Rechtsstreit Elisabeth Klausen gegen die Mannesmann AG Düsseldorf, Düsseldorf 21.12.1955 [Abschrift]; vgl. auch die Darstellung in Mannesmann Archiv, M 21.551, Mannesmann AG, Vorstand, Düsseldorf 26.2.1954.
[1206] Mannesmann Archiv, M 21.551, Amtsgericht Düsseldorf, Beschluss der Handelsregistersache der Firma Mannesmann Aktiengesellschaft, 19.2.1954.
[1207] Vgl. hierzu Potthoff: Kampf um die Montanmitbestimmung, S. 101.

der Hauptverwaltung, am 6. Mai 1954 an das Frankfurter Institut für Sozialforschung.[1208]Bereits zuvor hatte es informelle Sondierungen gegeben und entsprechend hatte das Frankfurter Institut konzeptionelle Überlegungen zu einer drittmittelfinanzierten betriebssoziologischen Studie angestellt.[1209] Ausgangspunkt der Überlegungen des Instituts war ein Memorandum vom 30. März 1954, demzufolge die "Einstellungen der Arbeitnehmer eines grossen Betriebes zur Frage der Mitbestimmung und der Art und Weise, in der die Arbeitnehmer-Vertreter diese behandeln" ermittelt werden sollten. Dabei sollten hauptsächlich "spontane, unbeeinflusste Reaktionen" erhoben werden, "die nicht auf Äusserungen des üblichen – meistens stark ideologisch gefärbten – Geredes sich beschränken, sondern auch die tieferliegenden Motivationen und Tendenzen zu erfassen gestatten." Als Untersuchungsverfahren präsentierte das IfS im Memorandum eine Kombination von Repräsentativbefragung und Gruppendiskussionsmethode: "Es wird [...] vorgeschlagen, dass die Angehörigen aller Gruppen der Belegschaft [...] unter Anwendung der speziell für die Untersuchung derartiger komplexer und affektbesetzter Fragen entwickelten 'Gruppendiskussions-Technik' über die Probleme der Mitbestimmung [...] diskutieren."[1210]

Dieser Kontakt zwischen Mannesmann und dem Frankfurter Institut war allem Anschein nach durch den juristischen Berater des Frankfurter Instituts, Hellmut Becker, und dessen persönliche Kontakte zu dem Mitarbeiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der Mannesmann-Hauptverwaltung in Düsseldorf, Richard von Weizsäcker, vermittelt worden.[1211] Beide hatten sich in Nürnberg während der Nürnberger Prozesse kennen gelernt. Becker hatte sich bereits vor dem Memorandum vom 30. März 1954 mit Dr. Günter Geißeler über das Projekt genauer ausgetauscht, bevor direkte Verhandlungen zwischen dem Institut und dem Mannesmann-Konzern aufgenommen wurden.[1212]

Becker betonte in seinem Schreiben an Geißeler, dass es nicht auf eine der üblichen Meinungsumfragen ankomme, sondern darauf, zu erfahren "was wirklich los" sei. Dafür eigne sich die Gruppendiskussionsmethode. Becker hob seine eigenen Erfahrungen mit Ergebnissen, die mit dieser Methode erhoben worden waren, hervor: "Ich kann aus eigener

[1208] IfSA A 10, Ordner 1.1, Winkhaus/Geißeler an Institut für soziale Forschung, Düsseldorf 6.5.1954, enthält den Vorschlag, sich bereits fünf Tage später in Frankfurt zu treffen. Wie der Antwortbrief von Diedrich Osmer an Direktor Dr. Geißeler, Mannesmann AG, [Frankfurt/Main], 6.5.1955, belegt, wurde der Termin noch im Laufe des selben Tages fernmündlich vereinbart.

[1209] Dafür spricht ein Memorandum von Institutsmitarbeiter Diedrich Osmer und ein Brief des Rechtsberaters des IfS, Hellmut Becker, vgl. IfSA A 10, Ordner 1.1, Diedrich Osmer an Rechtsanwalt Becker, re: Betriebsumfrage, 30.3.1954, ebd., Hellmut Becker an Dr. Günter Geißeler, [Durchschlag], 12.4.1954, der ein Treffen zwischen Becker und Geißeler erwähnt. Er enthält eine knappe Zusammenfassung des oben genannten Memorandums und Beckers Zusicherung, über den Namen des an der Studie interessierten Unternehmens Verschwiegenheit gewahrt zu haben.

[1210] Vgl. IfSA A 10, Ordner 1.1., Memorandum an Rechtsanwalt Becker von D[iedrich] O[smer], 30.4.1954.

[1211] Hinweis von Professor Ludwig von Friedeburg, Interview im Februar 2000. Vgl. auch Lutz, Industriesoziologie, S. 157, Wiggershaus: Frankfurter Schule, S. 534.

[1212] IfSA A 10, Ordner 1.1., [Hellmuth Hellmut Becker] an Dr. Günter Geißeler, [o. O.], 12.4.1954.

Erfahrung nur sagen, dass das Ergebnis solcher Diskussionen geradezu verblüffend ist. Ich habe zu verschiedenen Problemen bei den verschiedenen sozialen Schichtungen Diskussionen [...] gehört oder gelesen und muss sagen, dass man auf diese Art erstaunlich viel mehr erfährt als bei jeder anderen Form der Umfrage."[1213]

Das Interesse der Mannesmann AG an einer Untersuchung zur Mitbestimmung war deshalb so groß, weil man aus gewerkschaftlicher Richtung das Erscheinen der Mitbestimmungsstudie der industriesoziologischen Forschergruppe am Wirtschaftswissenschaftlichen Institut (WWI) des DGB erwartete. Die Forschergruppe hatte ihre Erhebungen zum Teil ebenfalls in Werken der Mannesmann AG durchgeführt und war dabei von den Arbeitsdirektoren unterstützt worden.[1214]

Am 10. Mai 1954 traf sich in Frankfurt eine Reihe von Mitarbeitern der Mannesmann-Hauptverwaltung mit Theodor Adorno und seinen Mitarbeitern. Von der Mannesmann-Hauptverwaltung waren Geißeler, Weizsäcker, der Werkszeitungsleiter und Soziologe Wolfgang Schneider sowie zwei Werksdirektoren zugegen.[1215] Das zentrale Interesse an einer betriebssoziologischen Untersuchung wurde auf diesem ersten Treffen von Geißeler beschrieben.[1216] Nachdem er allgemein in die Geschichte der Mitbestimmungsproblematik eingeführt hatte, hielt er als Sachverhalt den kürzlich bestätigten Rechtsstandpunkt der Mannesmann AG fest, nämlich dass "die Mitbestimmung [...] für die Obergesellschaften nicht eingeführt" worden sei, beschrieb die modifizierte Stellung des Arbeitsdirektors und die vorangegangenen rechtlichen Auseinandersetzungen um die Zusammensetzung des Aufsichtsrats. Die Gewerkschaften hätten den Rechtsstreit in die Öffentlichkeit gezerrt und die Arbeitnehmer durch Aufrufe ermuntert, politisch Stellung zu nehmen: "Dabei wird nur auf eine Stellung[nahme] zur politischen Frage appelliert [...]. Es werden auch in Belegschaftsversammlungen [der Werke] Entschließungen herbeigeführt, die […] Mitbestimmung auch in den geschäftsführenden Obergesellschaften" einzuführen.[1217] Da diese Entschließungen von der gewerkschaftsnahen Presse mit Artikeln begleitet würden, habe die Unternehmensleitung ein Interesse, "zu erfahren, wie denn die Arbeitnehmer wirklich über diese Fragen" dächten. Es solle bewusst darauf abgestellt werden, "was denkt unsere Belegschaft. Das ist die Frage. Was denkt unsere Belegschaft, diese völlig verschiedene Belegschaft in völlig

[1213] Vgl. Ebd.
[1214] Vgl. Theo Pirker, Theo, Burkart Lutz, Siegfried Braun: Arbeiter – Management – Mitbestimmung. Köln 1955.
[1215] IfSA A 10, Ordner 1.1, Protokoll Besprechung am 10.05.1954, Teilnehmer: Adorno, Frau Adorno, Osmer, v. Hagen, Becker, Sardemann. Von Mannesmann: Dr. Geißeler, Herr v. Weizsäcker, Direktor Albert, Direktor Töne, Dr. Schneider, RA Becker. Das Protokoll dieses langen Vorgesprächs, das vom Vormittag bis zum späten Nachmittag dauerte, ist ein Verlaufsprotokoll, das einzelne Äußerungen zuzuordnen und den Gang der Auseinandersetzung zu rekonstruieren erlaubt. Außer den beiden Werksdirektoren sind alle Mitarbeiter, die mit der Studie befasst waren, Zangens Ressort zuzuordnen.
[1216] IfSA A 10, Ordner 1.1, Protokoll Besprechung am 10.05.1954, S. 1-5.
[1217] IfSA A 10, Ordner 1.1, Protokoll Besprechung am 10.05.1954, S. 3.

verschiedenen Werken [...] zum Gesamtkomplex Mitbestimmung." Daran anschließend stelle sich dann die Frage, "welche Rolle diese Fragen im Denken der Gemeinschaft spielt. Ist es eine Zentralfrage, oder ist es eine Frage, [...] neben [...] der es aber Fragen gibt, die wichtiger sind: Familienleben usw. [...]".[1218] Dieses Erkenntnisinteresse wurde in der betreffenden Sitzung in alle Richtungen gewendet, diskutiert und immer wieder von der Unternehmensseite betont. Adorno ging auf die Fragestellung ein, indem er das Interesse des Instituts an der Aufklärung darüber betonte, "wie weit die Meinungen dieser Belegschaft auf ihre unmittelbare Erfahrung zurückgehen oder wie weit sie vermittelt sind durch Politik, Betriebsrat und andere Instanzen." Adorno ging davon aus, dass die Einschätzungen der Arbeiter zur Mitbestimmung in den unterschiedlichen Betrieben übereinstimme, da alle gleichermaßen betroffen seien. Hier widersprach Geißeler und hob die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Werke, die eine differenziertere und komplexere Betrachtung notwendig mache, hervor. Der zweite zentrale Punkt der Vorbesprechung war die Informationspolitik. Die Frage war hier, zu welchem Zeitpunkt die Arbeitsdirektoren, aber auch die gewerkschaftlichen Vertreter im Aufsichtsrat bzw. die Betriebsräte der Werke informiert werden sollten. Hier drängten die Sozialwissenschaftler auf Eile, um kein Misstrauen entstehen zu lassen. Bereits in dieser ersten Sitzung des Instituts mit dem Mannesmann-Management stellte Geißeler klar, dass aus Konzernsicht die Dreiteilung in technische, kaufmännische und soziale Verantwortungsbereiche des Vorstands, wobei der soziale Bereich unter dem Einfluss der Gewerkschaften stand, problematisch sei. "Die Spitzen dieses Bereichs [des Sozialbereichs] sind heute die Arbeitsdirektoren, die von der Gewerkschaft vorgeschlagenen Herren. Meines Erachtens eine Fehlleistung."[1219] Geißeler wies darauf hin, dass das Thema einer Meinungsumfrage in den Werken mit deren Vorständen noch nicht abgesprochen sei und dass daraus die Gefahr des Vorwurfs bestehe, "daß [...] ein besonderes Ergebnis" gewollt sei. Er meinte allerdings auch, dass eine "objektive Befragung niemand ablehnen" könne: "Es wird kein politisches Ziel verfolgt, man will vielmehr nur wissen, was wirklich ist."[1220]

Dass die Einstellungen zur Mitbestimmung aus Sicht des Auftraggebers in der Tat den Kern des Untersuchungsinteresses ausmachten, zeigt die schriftliche Niederlegung des Forschungsprogramms in einem Memorandum des Instituts: "1. Was weiß der Arbeiter von der konkreten bei Mannesmann gegebenen Situation und von dem durchgeführten Streit: was denkt er darüber? 2. Welche Gedanken verbindet er allgemein mit der Mitbestimmung? 3.

[1218] Alle Zitate in IfSA A 10, Ordner 1.1, Protokoll Besprechung am 10.05.1954, S. 3f.
[1219] Vgl. ebd.; S. 8. Zur Informationspolitik vgl. Mannesmann Archiv, M 21.076, Weizsäcker an Herrn Dr. Geißeler, Düsseldorf 28.5.1954; ebd., Institut für Sozialforschung, Dr. Diedrich Osmer an Dr. Geißeler, o. D. [Anfang Juni 1954].
[1220] Alle Zitate in IfSA A 10, Ordner 1.1, Protokoll Besprechung am 10.05.1954, S. 8.

Welche Rolle spielen die Fragebereiche 1 und 2 für den Arbeitnehmer im Verhältnis zu seinen übrigen betrieblichen und sozialen Interessen?" Vom "Betriebsklima" war in dieser Fassung noch nicht die Rede. Das Memorandum hält auch erstmals die in Frage kommenden Werke fest: "Die Mannesmann Hüttenwerke mit den Werken Huckingen und Grillo Funke, [d]ie Mannesmann-Röhrenwerke, Werk Rath, [d]ie Consolidation Bergbau AG in Gelsenkirchen, [d]ie Kronprinz AG in Solingen-Ohligs".[1221] Dabei unterlagen die ersten fünf dem Mitbestimmungsgesetz, während das letztere Werk als weiterverarbeitendes Unternehmen dem Betriebsverfassungsgesetz unterlag. Als Erhebungsinstrumente hielt das Memorandum eine Kombination aus Gruppendiskussionsverfahren und Einzelinterviews eines repräsentativen Belegschaftsquerschnitts fest, weil nur so "mehr als bloße Oberflächenphänomene zu erfassen" seien und "gleichzeitig exakte Aufschlüsse über die prozentuale Verteilung der ermittelten Befunde zu gewinnen seien".[1222] Erst die Kombination qualitativer mit quantifizierenden Erhebungsverfahren verspreche den Erfolg.

Am 21. Mai 1955 erläuterten die IfS-Mitarbeiter Volker von Hagen und Diedrich Osmer den technischen Direktoren der einzelnen Werke den Plan der Untersuchung und ihren Zweck. Zur Sitzung hatte Winkhaus eingeladen und unter seinem Vorsitz diskutierte man die Untersuchungsziele und das taktische Vorgehen eingehend.[1223] Von dieser Sitzung waren die Arbeitsdirektoren ausgeschlossen und erhielten keine Kenntnis von ihr. Hier war erstmals von der Untersuchung des Betriebsklimas die Rede. Dabei zeigt sich, dass beide Seiten einig waren, dass der tatsächliche Untersuchungszweck nicht thematisiert werden solle: "Die Untersuchung soll als eine Erforschung des Betriebsklimas der Mannesmann AG gelten, weil gegen eine Untersuchung der Einstellung zur Mitbestimmung möglicherweise Widerstände auftreten würden. Die Haltung zur Mitbestimmung wird als Teilkomplex der Gesamtuntersuchung erforscht, ohne dass diese Fragestellung in den Vordergrund treten darf."[1224] Für das weitere Vorgehen wurde vereinbart, dass der Holdingvorstand zunächst die Arbeitsdirektoren der Gesellschaften informieren und zur Mitarbeit gewinnen solle: "Es wird zu diesem Zweck eine weitere Sitzung im selben Kreis [also der technischen Direktoren], erweitert durch die Arbeitsdirektoren, stattfinden, die als erste Orientierung der Vorstände überhaupt gelten soll. Die technischen Direktoren werden von der hier behandelten Sitzung den Arbeitsdirektoren keine Kenntnis geben."[1225] Obwohl in der Tendenz die

[1221] IfSA A 10, Ordner 1.1, Institut für Sozialforschung, Memorandum, Frankfurt am Main 15.5.1955, S. 1.
[1222] Vgl. ebd., S. 2.
[1223] Mannesmann Archiv M 21.076, Sekretariat Dr.-Ing. Hermann Winkhaus an Dr. Springorum, Dr. Knapp, Labouvie, Blaurock, Bungeroth, Klein, Petersen, Müller, Braune, Dr. Hoevels, Dr. Albert, Tengelmann, Kippenberger, Cirkel, Dr. Fries, Stein, Dr. Geißeler, v. Weizsäcker, Dr. Schneider, Einladung zu einer Besprechung in Essen, Düsseldorf 13.5.1954.
[1224] IfSA A 10, Ordner 1.1, Volker v[on] Hagen, Aktennotiz, Besprechung der technischen Direktoren von Mannesmann mit Osmer und v. Hagen in Essen am 21. Mai 1954, S. 1.
[1225] Ebd.

Entscheidung zur Untersuchung und ihrer Methode schon gefallen war, sollte Dr. Osmer nochmals einen Einführungsvortrag halten, der mit der Befragungsmethode bekannt machte, "worauf die Versammlung beschliessen soll, dass diese Methode angewandt werden soll" und der Auftrag für eine Untersuchung, die die WWI-Studie ergänze, an das Institut für Sozialforschung vergeben werden solle.[1226]

Für die gemeinsame Sitzung wurde das erste Memorandum in enger Absprache mit Geißeler, von Weizsäcker und Schneider geändert, durch eine Reihe weiterer Fragestellungen ergänzt und dann den Arbeitsdirektoren der einzelnen Werke – in deren Ressort die Studie ja eigentlich fiel – in der Investitionsausschusssitzung am 24. Juni 1954 präsentiert.[1227] Die vorgeschlagene Studie kündigten die Sozialforscher ausdrücklich als Anknüpfung an die Arbeiten der Forschungsgruppe des WWI an. Der Zweck sei, "Meinungen, Einstellungen und Verhaltensweisen der Belegschaft der Mannesmann Werke gegenüber ihrem Betrieb bzw. Werk" zu ermitteln, um bessere Planungsgrundlagen für die betriebliche Sozialarbeit, aber auch zur Behebung innerbetrieblicher Spannungen zu gewinnen. [1228] Dem Mitbestimmungsthema waren mittlerweile andere Themen flankierend beigefügt worden. Für den Komplex der Meinungen, Einstellungen und Verhaltensweisen zum Werk wählten die Sozialforscher den Begriff "Betriebsklima". Die Fragekomplexe selbst waren differenzierter und umfassten nun: "1. Beurteilung von Lohn und Arbeit, 2. Beurteilung von Lohnform und Lohnhöhe, 3. Verhältnis zu den Arbeitskollegen, 4. Einstellung gegenüber den Vorgesetzten, 5. Beurteilung der Arbeitnehmervertretung innerhalb des Werkes, 6. Beurteilung der Aufstiegsmöglichkeiten, 7. Beurteilung der sozialen Einrichtungen, 8. Verbundenheit mit dem Betrieb, 9. Allgemeine Einstellung zur Mitwirkung der Arbeitnehmer, 10. Hinweis auf typische Persönlichkeitsstrukturen der Befragten."[1229] Dieses Programm trug damit stärker die Handschrift des Instituts und spiegelte auch dessen Forschungsinteressen wider, von den Fragen zu Vorgesetzten über das Thema der Autoritätsverhältnisse bis zu den tiefenpsychologischen Fragestellungen des letzten Punktes hin. Im Material zur Konstruktion des Grundreizes für die Gruppendiskussionen finden sich deutliche Hinweise darauf, dass das Institut die Studie

[1226] Vgl. ebd.
[1227] IfSA A 10, [IfS] Entwurf, Memorandum über die Anlage und Durchführung einer betriebssoziologischen Untersuchung innerhalb der Mannesmann AG, 4.6.1954 [Durchschlag]. Zu den Absprachen vergleiche Briefwechsel Weizsäcker/Geißeler/Osmer, Mannesmann Archiv, M 21.076 von Weizsäcker an Herrn Dr. Geißeler, Düsseldorf, den 28.5.1954; ebd., Institut für Sozialforschung Frankfurt am Main, Dr. Diedrich Osmer an Dr. Geißeler, Mannesmann A.G., betr. Neufassung des Memorandums, Frankfurt am Main o. D.[Anfang Juni 1954]; ebd., Institut für Sozialforschung Frankfurt am Main, Osmer an Dr. Ing. Hermann Winkhaus, Mannesmann A. G., Frankfurt am Main 19.6.1954. Zur Vorbereitung der Investitionsausschusssitzung vgl. IfSA A 10, Ordner 1.1, Schneider, Zur Anlage und Durchführung der betriebssoziologischen Untersuchung bei Mannesmann, 21.6.1954.
[1228] IfSA A 10, Ordner 1.1, Entwurf, Memorandum über die Anlage und Durchführung einer betriebssoziologischen Untersuchung innerhalb der Mannesmann AG, 4.6.1954 [Durchschlag], S. 1, Mannesmann Archiv, M 21.076, Memorandum über die Anlage und Durchführung einer betriebssoziologischen Untersuchung innerhalb der Mannesmann AG, S. 1.
[1229] Ebd., S. 1.

auch dazu nutzen wollte, ihre im Exil begonnenen Autoritarismusforschungen, die in der *Authoritarian Personality* zusammengefasst sind, und die bereits die Arbeiten zur Demokratisierung in Westdeutschland wie das *Gruppenexperiment* beeinflussten, fortzusetzen.[1230] Im vorliegenden Fall galt das Interesse autoritären Dispositionen von Industriearbeitern, wie sie die Frankfurter erstmals mit ihrer Arbeiter- und Angestelltenbefragung am Vorabend des Nationalsozialismus beobachtet hatten und in der Folgeuntersuchung zu *Antisemitism among American Labor* weiterverfolgt hatten.[1231]

Die Werke, die Untersuchungsmethoden und ein grober Zeitplan waren in beiden Memoranden bereits festgelegt. Als Grundlage der Untersuchung sollten Gruppendiskussionen dienen, während Einzelinterviews in erster Linie Hintergrundmaterial für die Interpretation der Gruppendiskussionen liefern sollten. Die angewandte Methode der durch einen Grundreiz angestoßenen Gruppendiskussion diente dem Ziel, die sonst im üblichen Verfahren der Meinungsbefragung zurückgehaltenen Äußerungen und Einstellungen zu erfassen. Es handelte sich um konstruierte, aber wirklichkeitsnahe Situationen, in denen die dynamische Komponente alltäglicher Kommunikation simuliert werden sollte.[1232]

4.4. Die Durchführung der Studie – konkrete Aushandlungen vor Ort

Offiziell erteilte der Arbeitsdirektor der Hauptverwaltung, Albert Kohlitz, am 1. Juli 1954 dem Institut für Sozialforschung den Untersuchungsauftrag. Damit sollte offensichtlich den Bestrebungen des Arbeitsdirektors nach einem formell korrekten Geschäftslauf Rechnung getragen werden.[1233] Dank der Vorarbeiten konnten die Feldforscher relativ zügig bereits

[1230] Das Hauptwerk bildet Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswick, R. Nevitt Sanford, Daniel J. Levinsohn: The Authoritarian Personality. New York 1950 (Studies in Prejudice; [1]). In den 1950er Jahren lag keine publizierte deutsche Übersetzung vor. Lediglich für den institutsinternen Gebrauch hatte Horkheimer mit einer studentischen Arbeitsgruppe Teile der "Studies in Prejudice" (auch aus den anderen Bänden) übersetzt. Auf dieser Übersetzung basiert auch der 1968 erfolgte Raubdruck: Institut für Sozialforschung, Frankfurt/Main: Der autoritäre Charakter. 2 Bde. Amsterdam: De Munter 1968 (Schwarze Reihe; 6-7). Zur "Authoritarian Personality" einführend Ingrid Gilcher-Holtey: Plädoyer für eine dynamische Mentalitätsgeschichte, in: GG 24, 1998, S. 276-297.

[1231] Vgl. zu diesem Themenkomplex Kapitel 1, vor allem Fromm: Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches, sowie die wissenschaftsgeschichtliche Einleitung von Wolfgang Bonß zu dieser Studie, ebd., S. 7-46. Dies kann hier nicht weiter ausgeführt werden. Die Ergebnisse der Studien zum Arbeiterautoritarismus und zu antisemitischen Ressentiment unter amerikanischen Arbeitern sind zusammengefasst in den Bänden Institute for Social Research: Antisemitism among american labor 1944-1945. Report on a research project conducted by the Institute for Social Research. 4 Bde. [1946], IfS Bibliothek, Signatur 122 858, 1-4.

[1232] Die Forschungsergebnisse des Gruppenexperiments wurden erst 1955 publiziert, vgl. Friedrich Pollock: Gruppenexperiment. Ein Studienbericht bearbeitet. Frankfurt/Main 1955, ²1955. Einen ersten zeitgenössischen Überblick über Methode und Ergebnisse lieferte Diedrich Osmer auf der Tagung des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten, vgl. ders.: Das Gruppenexperiment des Instituts für Sozialforschung, in: Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten (Hg.): Empirische Sozialforschung, Meinungs- und Marktforschung, Methoden und Probleme. Frankfurt/Main 1952, S. 162-171.

[1233] Zu den Bemühungen des Arbeitsdirektors um eine an der Geschäftsordnung orientierte Geschäftsverteilung vgl. Bernett: Entflechtung, 258ff.

vom 6. bis 13. Juli 1954 die Forschungsinstrumente im Werk Remscheid und in der Zeche Consolidation einem Pre-Test unterziehen. Die Durchführung der eigentlichen Untersuchung folgte vierzehn Tage später mit einem größeren Interviewer-Kreis von ca. 30 Interviewern in den Zechen Consolidation und Unser Fritz in Gelsenkirchen, im Hüttenwerk Duisburg-Huckingen, dem Stahl- und Blechwalzwerk Grillo-Funke in Gelsenkirchen, dem Röhrenwerk Düsseldorf-Rath und dem Werk Kronprinz in Solingen-Ohligs, einem Werk für die Erzeugung von Kraftfahrzeugrädern und Rohren. Bis auf das letztgenannte Werk, das als weiterverarbeitendes Werk den gesetzlichen Regelungen des Betriebsverfassungsgesetzes unterlag, fielen alle Werke unter die Regelungen der Montanmitbestimmung.

Die Feldforschergruppe setzte sich zum einen aus jüngeren Institutsmitarbeitern (nämlich Diedrich Osmer und Volker von Hagen), zum anderen aus professionellen Interviewern des Deutschen Instituts für Volksumfragen (DIVO), Frankfurt am Main, zusammen.[1234] Um die Belegschaften zu informieren, wurde in der Werkszeitung ein allgemein gehaltener Text über das Untersuchungsinteresse, das Betriebsklima zu erforschen, veröffentlicht.[1235] Ziel der Untersuchung sollte es sein, "auf wissenschaftlichem und somit neutralem Wege Unterlagen für die Planung sozialer Massnahmen innerhalb der Gesellschaft zu gewinnen." Es handele sich bei der Untersuchung darum, "festzustellen, welche Meinungen, Sorgen, Wünsche unter den Belegschaften vertreten sind und wie die Einstellung der Arbeiter und Angestellten zu ihrem Werk ist." Ziel der Untersuchung sei, das sogenannte "Betriebsklima" zu ermitteln. Darüber hinaus informierte der Text über das repräsentative Auswahlverfahren, das einer Auslosung gleiche. Schließlich wurde die Untersuchungsmethode, die Kombination von Einzelbefragung und Gruppendiskussionsmethode angesprochen.[1236]

Laut Feldtagebuch reiste die Forschergruppe am 28. Juni 1954 an und nahm mit einer Vorbesprechung mit Dr. Wolfgang Schneider am Düsseldorfer Hauptbahnhof ihre Arbeit auf. Schneider berichtete in diesem Gespräch mit Osmer, von Hagen und Kohl, dass der Arbeitsdirektor Dr. Albert Kohlitz verstimmt sei, weil die "Unternehmerseite" im Vorstand bereits mit dem Institut verhandelt habe.[1237] Um den Arbeitsdirektor nicht weiter zu verunsichern und bezüglich des ganzen Projektes in Sicherheit zu wiegen, verabredete die Forschergruppe mit Dr. Schneider eine "offizielle Vorgeschichte". Demnach kannten sich Rechtanwalt Hellmut Becker und ein Mitarbeiter der Mannesmann Holdinggesellschaft, Dr. Pohle, aus Nürnberg. Diese hätten unverbindlich den Gedanken besprochen, eine Betriebs-

[1234] Beteiligt waren an der Untersuchung darüber hinaus: Egon Becker, Volker von Hagen, Lothar Herberger, Armin Höger, Christian Kaiser, Margarete Karplus (i. e. Gretel Adorno), Werner Mangold, Christoph Oehler, Diedrich Osmer, Ingeborg Ptasnik, Manfred Teschner, Erhard Wagner, Friedrich Weltz und Ludwig von Friedeburg, vgl. IfS, Betriebsklima, S. 8.

[1235] IfSA A 10, Ordner 1.1, Entwurf für die Ankündigung der Betriebsumfrage in der Werkszeitung, o. D.; ebd. Institut für Sozialforschung, z. Zt. Mannesmann AG, Düsseldorf, an [Dirk] Cattepoel, 11.7.1954.

[1236] Vgl. IfSA A 10, Ordner 1.1, Entwurf für die Ankündigung der Betriebsumfrage in der Werkszeitung, o. D.

[1237] IfSA A 10, Ordner 3.38, Betriebsuntersuchung Mannesmann, Tagebuch der Erhebungsarbeiten, S. 2.

klimauntersuchung bei Mannesmann durch das IfS durchführen zu lassen. Pohle habe Winkhaus davon informiert, der Schneider zum Institut entsandt habe, um Vorbesprechungen zu führen. Dieser sei im Juni 1954 zweimal im Institut gewesen, um sich über die Methoden des Instituts zu orientieren. Dr. Schneider und Diedrich Osmer schließlich würden sich vom Studium in Freiburg kennen.[1238]

Nach der Vorbesprechung mit Dr. Schneider traf sich das Forscherteam in die Konzernzentrale in Düsseldorf zu einer Besprechung mit dem Arbeitsdirektor Dr. Kohlitz und dessen Mitarbeitern seinem Assistenten Rößling, dem Prokuristen Mehler und Dipl.-Ing. Feiler. Der Kurzcharakterisierung der an der Besprechung beteiligten Mitarbeiter aus der Abteilung des Arbeitsdirektors ist die Distanz der Forschergruppe zum Arbeitsdirektor anzumerken. Kohlitz wird charakterisiert als jemand, der bestrebt sei, seine Führungsposition deutlich erscheinen zu lassen, er glaube ernstlich "die Untersuchung sei ein Gedanke von ihm selber". Jedoch hielt die Forschergruppe im Feldtagebuch fest, dass er "keine konkrete Vorstellung vom Inhalt und Ziel der Untersuchung [hat], was sich darin ausdrückt, als er die Forschungsaufgabe an das Institut präzisieren will und lediglich nichtssagende Synonyme wiederholt".[1239] Sein Mitarbeiter Rößling sei der eigentliche Spiritus rektor der Abteilung, der "[d]er Untersuchung anscheinend cooperativ [!], aber leicht mißtrauisch" gegenüberstehe. Insgesamt sei er gut informiert über die WWI-Untersuchungen und andere betriebssoziologische Studien. Er zeige ein auffallendes methodisches Interesse für die statistischen Grundlagen der Untersuchung.[1240] Die Besprechung mit Kohlitz hatte die offizielle Seite der Auftragserteilung zum Inhalt, die vom Vorstand ausgehe und durch Dr. Kohlitz erfolge. Nach Kohlitz Aussage falle die Untersuchung in seine Zuständigkeit. Daher hatte er auch Anregungen zur inhaltlichen Gestaltung, nämlich "Feststellen der kritischen Punkte des 'Betriebsklimas', der Spannungsverhältnisse, ihrer Ursachen und Bedingungen, um daraus Ratschläge für Verbesserungen abzuleiten". Allerdings gelang es der Forschergruppe des Instituts, Kohlitz davon zu überzeugen, "daß das Institut nur eine 'Diagnose' stellt, keine Vorschläge macht. Die Gruppe vereinbarte mit Dr. Kohlitz und seinen Mitarbeitern, "ein vorzeitiges 'Durchsickern' der Untersuchungsabsichten" zu verhindern.[1241] Die Auswahl der Werke solle zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, allerdings solle eines der Werke, die in *Arbeiter – Management – Mitbestimmung* untersucht worden sei, darunter sein. Die Informationspolitik bezüglich der Studie wurde ebenfalls besprochen. Dr. Kohlitz sollte die Aufgabe übernehmen, die Arbeitsdirektoren, Vorstandsmitglieder und Betriebsdirektoren informieren, zuständig seien Mehler für die Organisation, Feiler für inhaltliche Fragen. Es wurde auch verein-

[1238] Ebd., S. 2.
[1239] Ebd., S. 2.
[1240] Vgl. ebd., S. 3.
[1241] Vgl. ebd., S. 3.

bart, daß die Mitarbeiter von Kohlitz “eine Liste der für das Betriebsklima maßgeblichen Faktoren aufstellen” sollten, eine ähnliche Liste solle von den Mitarbeitern des Instituts vorgelegt werden.[1242]

Nach dem Mittagessen trafen sich die Institutsmitarbeiter gleich wieder mit Dr. Schneider und Dr. Geißeler. Dabei fällt auf, dass der Untersuchungsgruppe, obwohl die Studie formal in die Zuständigkeit des Arbeitsdirektors fiel, von der Unternehmerseite der Verwaltung das grundsätzliche Einverständnis in finanzieller Hinsicht, was die Abwicklung des Auftrags betraf, gegeben wurde.[1243]

Am Vormittag des 30. Juni 1954 traf sich die Forschergruppe zu einer internen Besprechung, innerhalb derer sie die Faktorenliste zum Betriebsklima erörterte: “Die Aufstellung der Faktorenliste zum Betriebsklima wird erörtert, da offiziell die Arbeiten am Fragebogen noch nicht so weit vorangetrieben sein dürfen, sollen zunächst aus diesen die Faktoren herausgezogen werden und dann als Ergebnis dieser Faktorenliste vorgelegt werden.” Diese Aussage ist ein weiteres deutliches Zeichen, dass die Forschergruppe sich engagiert auf die Unternehmerseite schlug. An diesem Tag traf auch Egon Becker als weiteres Mitglied der Forschergruppe in Düsseldorf ein.[1244]

Am 1. Juli 1954 arbeitete die Gruppe in ihrem mittlerweile bezogenen Büro in der Konzernzentrale unter anderem am Fragebogen, um Desiderate der Befragung, die Adorno thematisiert hatte, zu berücksichtigen und einzuarbeiten. Am Abend waren Osmer, Becker, von Hagen zum Essen bei Dr. Schneider in Essen. Im Rahmen dieses Essens berichtete Schneider der Gruppe, dass Winkhaus böse gewesen sei, dass Kohlitz in seiner Abwesenheit die Untersuchung ganz an sich gerissen habe.[1245] Am 2. Juli 1954 war Arbeitsdirektor Dr. Kohlitz unvermittelt im Institut für Sozialforschung aufgetaucht und habe sich dort orientieren wollen. Adorno führte die Unterredung mit ihm. Dabei erwähnte Adorno die Vorgespräche mit Dr. Geißeler und Dr. Albert, dem technischen Vorstandsmitglied des Mannesmannunternehmens Kronprinz A.G., und dass Einigkeit darin bestanden habe zwischen Dr. Pohle, Dr. Geißeler und Dr. Albert, “daß die Untersuchung nur gemeinsam von Unternehmern und sozialem Sektor veranstaltet werden könne. Diese Information der Absprache des Instituts mit der Unternehmerseite wurde in Düsseldorf in Kohlitz Abteilung mit Misstrauen aufgefasst.[1246]

Am Samstag, den 3. Juli 1954 besichtigte die Forschergruppe zuerst eine Gruben auf der Zeche Consolidation in Gelsenkirchen. Bei der Grubenfahrt war auch Sozialberater Dirk

[1242] Vgl. ebd., S. 4.
[1243] Vgl. Ebd., S. 4.
[1244] Vgl ebd., S. 5.
[1245] Vgl. ebd., S. 6.
[1246] Vgl. ebd., S. 10f.

Cattepoel anwesend, ein ehemaliger Mennonitenpfarrer, der in den Bergbau als Sozialberater vor Einführung der Montanmitbestimmung gekommen war, noch ehe ein Arbeitsdirektor bestellt worden war. Die Gruppenfahrt wurde von Grubeninspektor Heitmann geleitet. Im Anschluss an die Grubenfahrt orientierte dieser die Forschergruppe über die Situation der Bergarbeiter. Er berichtete, dass der Beruf des Bergmannes an sozialem Prestige verloren habe und seiner früheren Privilegien und besseren Arbeitsbedingungen (kürzere Arbeitszeiten als Industriearbeiter) verlustig gegangen sei und dass es darum außerordentlich schwierig sei, Nachwuchs für diesen Beruf zu finden. Cattepoel wies, nachdem er bereits zwei Tage zuvor das Problem angesprochen hatte, noch einmal explizit auf das Fluktuationsproblem im Bergbau hin: "Ein besonderes Prologproblem ist die ständige Abwanderung der Bergleute in andere Berufe."[1247] Im weiteren Verlauf des Gesprächs ging die Forschergruppe auf ihre Untersuchung ein. Sie konnte Cattepoel davon überzeugen, dass die Befragung über Tage stattfinden sollte, nachdem dieser zunächst eine Befragung unter Tage vorgeschlagen hatte.[1248] Bei einer Besprechung wenige Tage später mit Arbeitsdirektor Cigan bei Konsol in Gelsenkirchen ging es um Probleme des Bergbaus; dabei wies der Redakteur der Werkszeitung für den Bergbau, Skolny, auf die Vorgesetztenprobleme im Bergbau hin. Skolny sagte, "die Steiger seien noch schwieriger als die Kumpels. [...] Für die Kumpels seien die Steiger *das* Gesprächsthema."[1249]

Am 6. Juli nahm die Forschergruppe die Arbeiten zur Vorbereitung der Voruntersuchung mit der Gruppendiskussionen und Interviews im Walzwerk Remscheid vor. Für die Voruntersuchung wurde die Einleitungsrede des Diskussionsleiters entworfen und der Grundreiz, ein Gespräch zwischen zwei fiktiven Mannesmannmitarbeitern, Jupp und Karl, die an zwei gängige Figuren aus der Werkszeitung angelehnt waren, über Probleme der Mitbestimmung und des Betriebsklimas wurde auf Band gesprochen. Danach erfolgte die erste Gruppendiskussion. Abends trafen sich die Institutsmitarbeiter mit Dr. Schneider, um das Band abzuhören und das Verhalten des Diskussionsleiters zu diskutieren.

Wichtig für den Fortgang der Untersuchungen waren Gespräche mit den Betriebsräten der Unternehmen, nachdem von Seiten der Arbeitsdirektoren darauf hingewiesen wurde, dass diese informiert und eingebunden werden sollten. Am 9. Juli 1954 fand eine Besprechung Osmers mit den Betriebsratsmitgliedern Löwe und Osthues auf einer der Zechen von Consolidation in Gelsenkirchen statt. Die Betriebsräte seien erregt zu Osmer gekommen, weil sie aus Gesprächen mit Interviewees den Eindruck gewonnen hätten, die Befragung sei "arbeiterfeindlich". Als Grund für die geäußerten Befürchtungen interpretierte die Forscher-

[1247] Vgl. ebd., S. 8.
[1248] Vgl. ebd., S. 8.
[1249] Ebd., S. 13, Hervorhebung im Original

gruppe Missverständnisse über die Methode und einzelne Fragen. Die Betriebsräte wünschten, "daß zum Punkt 'Arbeitnehmervertretung' nichts gefragt werden dürfe. Das Betriebsklima sei davon unabhängig. Allein die Tatsache, daß danach gefragt werde, beweise die arbeiterfeindliche Absicht und die nicht-fortschrittliche Haltung." Osmers Hinweis, dass die Ermittlung der Einstellung der Arbeiter zu diesem Punkt im Interesse des Betriebsrats liege, sei nur bedingt bei den Betriebsräten angekommen. Allerdings hält Osmer als Ergebnis der Unterredung fest: "Besprechung endet nach 2½ Stunden mit 'Waffenstillstand', der Betriebsrat will die Untersuchung nicht stören."[1250] Im Einzelnen störten sich die Betriebsräte an den Fragen zur 40-Stundenwoche, zum Arbeitsdirektor, zu den Gewerkschaftsbeiträgen, wohingegen die "unternehmerfeindlichen" Fragen zu Vorgesetzten und Werksleitung als selbstverständlich hingenommen worden seien. Insgesamt hielt die Forschergruppe im Feldtagebuch die "Angst der Betriebsräte vor Kritik seitens der Belegschaft", ihre Unsicherheit und die "Tendenz, die Arbeiter nicht zu sehr über die Zusammenhänge zu informieren" fest. Das allgemeine Urteil der Betriebsräte sei gewesen, "eine solche Untersuchung sei nicht nur überflüssig, da bei der Betriebsratswahl ja herauskomme, wie die Arbeiter denken, sondern schädlich, da sie Unruhe unter den Arbeitern hervorrufe."[1251]

Am Samstag, den 10. Juli 1954 fand eine interne Besprechung des sozialen Sektors statt, an der von der Unternehmerseite auch Dr. Geißeler teilgenommen hatte. Im Anschluss an dieses Treffen fand eine Besprechung mit der Forschergruppe statt, in der bestätigt wurde, "daß die Untersuchung unter der Verantwortung des Instituts durchgeführt [werde], die Mannesmann-Leute also lediglich Vorschläge machen und keine Zensur der Forschungsinstrumente ausüben" wollten.[1252] Mittags fand noch eine weitere Besprechung mit Pohle und Geißeler statt. Geißeler sagte, "daß außer der bisherigen Fragestellung durch die Untersuchung weiterhin geklärt werden müsse, was die Arbeiter wirklich wollten: Nur möglichst gute Löhne und Kontrollfunktionen gegenüber den Unternehmern oder Einfluß auf technische und kaufmännische Entscheidungen".

Nachdem am 14. Juli 1954 Schneider berichtet hatte, dass Kohlitz Assistent Rößling über den Verlauf der Voruntersuchung eingeschnappt sei, weil der "soziale Sektor weiter nicht in die Untersuchung eingeschaltet werde und das Institut mit größter Sicherheit die Untersuchung in die Hand genommen habe, ohne auf Anweisungen, Anregungen oder Vorschläge des sozialen Sektors zu warten", legte Osmer am folgenden Tag mit Geißeler die Auswahl der zu untersuchenden Werke auf Huckingen, Rath, Kronprinz, Konsol 3/4 und "Unser Fritz" endgültig fest. Als weiteres Gesprächsergebnis hielten die beiden fest, dass "der Bericht

[1250] Ebd., S. 16.
[1251] Vgl. ebd., S. 17.
[1252] Ebd., S. 18.

über die Voruntersuchung [...] nicht schriftlich abgefasst werden [sollte], sondern nur mündlich erstattet werden [sollte]". Dabei sei darauf "abzustellen, daß der Hauptzweck der Voruntersuchung die Entwicklung der Werkzeuge gewesen sei".[1253] Wenige Tage später stellte sich heraus, dass die Verärgerung von Rößling auf das Verhalten von Dr. Schneider zurückzuführen war: Die Gruppe berichtete am 16. Juli 1954: "Weiterhin erfuhren wir, daß Rößling darüber verärgert war, daß das Team zu selbständig vorgehe und sich nicht zuvor Vorschläge vom Sozialen Sektor, den Inhalt der Befragung betreffend, geben lasse. Jetzt gibt Schneider zu, daß er es gewesen ist, der Rößling daran verhindert [!] hat, die 150 Fragen, die Rößling bereits formuliert hatte, dem Team zu präsentieren, indem Schneider Rößling sagte, daß [!] sei nicht nötig. Die Verstimmung Rößlings dem Team gegenüber ist also auf dieses Verhalten Schneiders zurückzuführen. Schneider hatte dabei quasi in unserem Namen gesprochen." Am selben Tag hielt die Forschergruppe kritisch zu Schneider fest: "Die Grundreizentwürfe von Schneider, die er an diesem Tag fertigstellte, haben eine recht deutliche arbeiterfeindliche Tendenz."[1254] Es lässt sich also eine vermittelnde Mittellage des Instituts erkennen, die durchaus die Interessen beider Seiten im Unternehmen zu berücksichtigen trachtete.Am 17. Juli 1954 fand eine Besprechung Osmers, Beckers und von Hagens mit Kohlitz und seinem Team statt. Die vorher bereits mit Dr. Schneider und Geißeler vorgenommene Eingrenzung der Werke, auf die die Hauptuntersuchung sich erstrecken sollte, wurde hier bestätigt, wobei die Forschergruppe dem sozialen Sektor den Eindruck vermittelte, die Entscheidung sei erst in dieser Sitzung gefallen. Weiter wurde beschlossen, dass die Untersuchung in sämtlichen Ausgaben der Werkszeitung angekündigt werden solle und dass die Betriebsräte der einzelnen Werke "vor Beginn der Untersuchung durch einen einführenden Vortrag über die Ziele und Methoden der Studie unterrichtet werden" sollten. Außerdem wollte sich die Forschergruppe mit Rößling zusammensetzen, um die Fragepunkte, die er vorzuschlagen hat, durchzusprechen.[1255] Augenscheinlich war die Forschergruppe mittlerweile noch mehr um Vermittlung bemüht. In der Sitzung wurden auch inhaltliche Fragen besprochen, so die Frage der Information der Belegschaften über die Institutionen der Mitbestimmung: "Osmer weist darauf hin, daß das Wissen um die Fragen der Mitbestimmung minimal ist. Kohlitz spricht davon, daß es sehr schwer sei, die Belegschaft zu informieren, weil man nicht wisse, wo die Grenze zu ziehen sei, was mitgeteilt werden solle und was nicht. Rößling vertritt die Ansicht, daß der Wunsch nach Information bei den Arbeitern zum Teil nicht echt sei. Außerdem seien sie gar nicht in der Lage,

[1253] Ebd., S. 25.
[1254] Ebd., S. 28.
[1255] Vgl. ebd., S. 29.

Informationen aufzunehmen."[1256] In dieser Diskussion zeigte sich die Distanz der Träger der Mitbestimmung zum eigentlichen Subjekt der Mitbestimmung. Auch den gewählten Vertretern gegenüber pflegte man einen gewissen paternalistischen Stil: "Kohlitz teilt mit, daß man neuerdings die Betriebsratsvorsitzenden nicht allein, sondern stets noch mit einem Betriebsratskollegen zusammen zu Besprechungen bitte, da sonst die Gefahr besteht, daß der Betriebsratsvorsitzende die ihm gegebene Information nicht nach unten weitergebe."[1257]

Als sich Osmer am selben Tag mit Dr. Geißeler von der Unternehmerseite unterhielt, drängte dieser die Forschergruppe, Zwischenergebnisse der Voruntersuchung herauszugeben. Osmer wies dieses Ansinnen zurück.[1258]

Die angekündigte Besprechung von Osmer und von Hagen mit Rößling fand Mitte der folgenden Woche statt, am 21. Juli 1954. Rößling gab allgemeine Anregungen zur Informationspolitik und forderte die Forschergruppe auf, sich Zeit zu nehmen, die Arbeitsdirektoren und dann die Betriebsräte der zu untersuchenden Werke zu informieren. Hauptgegenstand der Unterredung mit Rößling war der Fragebogen. Rößling fragte, ob die Forschergruppe Indizes zur Messung des Betriebsklimas aufgestellt habe, was diese verneinte. Im Fragebogen regte Rößling die Einbeziehung folgender Fragekomplexe an: "Wie ist die Zufriedenheit des Einzelnen in seiner speziellen Arbeitsgruppe; wie ist die Vorstellung von der Hierarchie; welche der Vorgesetzten sind für ihn wichtig;[...]".[1259]Auch fragte er nach der Beurteilung der Arbeitnehmervertreter im Betriebsrat und in den Institutionen der Mitbestimmung. Hierzu bemerkte Rößling, "daß die wahren Probleme der Mitbestimmung das Vorstellungsvermögen der Arbeiter" überstiegen. Schlussendlich zeigte sich Rößling, wenn auch zögernd, mit der Erhebungsmethode des Instituts für Sozialforschung und dem Fragebogen einverstanden. Rößling schien an soziologischen Fragestellungen recht interessiert zu sein, jedenfalls bekundete er, "daß man bei Mannesmann beabsichtigt, die Befragungen zu einer ständigen Einrichtung zu machen. Es soll eine Abteilung für soziologische Betriebsvergleiche errichtet werden."[1260]

Am folgenden Tag fand eine Besprechung mit Arbeitsdirektor Harzig und Betriebsratsvorsitzenden Krapfel im Werk Huckingen, Betriebsrat Berensdorf und Prokurist van der Meulen statt. Hauptwortführer war in dieser Unterredung Krapfel, der ein einflussreicher Betriebsrat im Mannesmannbereich war. Zunächst drückte Krapfel sein Missfallen am Beginn der statistischen Arbeiten der Forschergruppe vor der Besprechung aus, weil er so den Eindruck gewönne, es solle etwas hinter seinem Rücken geschehen. Nach einem kurzen Referat von

[1256] Ebd., S. 30.
[1257] Ebd., S. 30.
[1258] Vgl. ebd., S. 30f.
[1259] Ebd., S. 34.
[1260] Ebd., S. 35.

Osmer und der Beantwortung einiger kritischer Fragen von Krapfel schien der Betriebsratsvorsitzende für den Zweck der Untersuchung gewonnen zu sein. Insgesamt war er schlussendlich von der Untersuchung angetan und fand auch Gefallen an den Fragen zum Betriebsrat, wobei er die Sorge, dass die Ergebnisse für Propaganda gegen den Betriebsrat genutzt werden könnten, nicht ganz abstreifen konnte.[1261] Er wolle die Untersuchung dem Betriebsrat vorstellen und sie zur Abstimmung bringen. Rößling sagte nach der Besprechung, bei der er die Untersuchung und die Fragen des Instituts verteidigt hatte, dass die Forschergruppe mit Krapfel den wichtigsten Betriebsrat im Mannesmann-Bereich auf die eigene Seite gebracht hätten.[1262]

Am folgenden Tag, dem 23. Juli 1954, führte die Forschergruppe vergleichbare Gespräche mit Arbeitsdirektor Cigan und dem Betriebsratsvorsitzenden Wirtz im Werk Grillo-Funke in Gelsenkirchen, die insgesamt auch positiv für die Untersuchung verliefen.[1263] Am 27. Juli folgte die Sitzung des Betriebrats in Huckingen, auf der Osmer einen Vortrag über die Studie hielt und dank der Vorarbeit von Betriebsratsvorsitzendem Krapfel ein positives Abstimmungsergebnis für die Durchführung der Studie erhielt.[1264] Gefolgt war dieser Betriebsratstermin am 28. Juli 1954 von dem bei den Betriebsräten auf den Zechen *Konsol 3/4* und *Unser Fritz*, nachdem diese bereits von Arbeitsdirektor Cigan mit der Studie vertraut gemacht worden waren, aber noch einmal eine Reihe von Einwänden vortrugen, die aber von der Forschergruppe "in der üblichen Weise abgefangen werden" mussten.[1265] Am 29. Juli 1954 schloss sich eine Beratung mit dem Sozialleiter des Werkes in Rath, Freiburg, und den Betriebsräten Bach und Mantyk an. In der Besprechung zeigte sich, dass Sozialleiter Freiburg wankelmütig war. Einerseits betonte er die Notwendigkeit der Untersuchung im Vorgespräch, um der Forschergruppe in der Verhandlung mit den Betriebsräten dann "in den Rücken zu fallen", wie das Tagebuch festhält. Deren Misstrauen, "insbesondere von Bach, betrifft vor allem die Fragen zur Mitbestimmung, bei denen er [dem Forscherteam] vorwirft, daß es sich um 'Fang-Fragen' handelt." Freiburg betonte im Gespräch, dass ein Arbeitsdirektor und ein Sozialleiter nicht Arbeitnehmervertreter, sondern Unternehmervertreter ist.[1266]

Auch mit der Unternehmerseite liefen weitere Besprechungen. So berichtet die Forschergruppe am 24. Juli 1954 von einer Unterredung von Dr. Schneider mit Winkhaus: "Schneider will Winkhaus mitgeteilt haben, daß die Untersuchung gut liefe und schon in der Vorphase sehr profilierte Ergebnisse gezeigt habe. Winkhaus sei sehr interessiert gewesen, er habe

[1261] Vgl. ebd., S. 38.
[1262] Vgl. ebd., S. 39.
[1263] Vgl. ebd., S. 40.
[1264] Vgl. ebd., S. 46.
[1265] Vgl. ebd., zweiter Teil, S. 4.
[1266] Vgl. ebd., S. 7.

gebeten, bei der Befragung so 'tief' wie möglich zu gehen."[1267] Winkhaus hatte auch in finanzieller Hinsicht Beweglichkeit signalisiert: "Daß die ursprünglich veranschlagte Summe der Gesamtkosten überschritten werde, sei ihm klar, er bejahe aber die Ausweitung, falls sie notwendig sei, die Kosten sollten nicht die entscheidende Rolle bei der Projektierung der Studie spielen."[1268] Winkhaus plante auch, in die Rahmenbedingungen der Untersuchung zu intervenieren, um freie Hand zu haben: "Winkhaus schickt Kohlitz am 10.8. in Urlaub, damit dieser keinen Einblick in die Abrechnung über die Studie nehmen soll."[1269]

In der praktischen Durchführung der Gruppendiskussionen traten bisweilen Schwierigkeiten auf. So zum Beispiel in Gelsenkirchen auf der *Zeche Consol 3/4*, wo am 30. Juli 1954 drei Diskussionen, sowie auf *Unser Fritz*, wo sechs Gruppendiskussionen durchgeführt wurden: "Auf Consol 3/4 treibt der Betriebsrat, trotz zuvor gegebener Versicherung, helfen zu wollen, etwas Sabotage, indem er Bergleute, die sich erheblich vor der vereinbarten Zeit am Treffpunkt eingefunden haben, wegschickt. Dadurch sind in der ersten Gruppe nur 9, in der zweiten nur 7 Teilnehmer, statt je 12. Osmer kommt von Unser Fritz rüber. Der Betriebsrat ist beleidigt, dass wir nicht noch einmal bei ihm gewesen sind, um die genauen Zeiten und die Gruppenstärken für Freitag mitzuteilen. Langes Gespräch, das mit der Versicherung endet, der Betriebsrat werde die Leute nun wieder richtig zu den Diskussionen schicken."[1270]

Am 31. Juli fand die Besprechung mit dem Betriebsrat und dem Sozialleiter Gies im Werk Ohligs statt. Dabei sei der Betriebsratsvorsitzende Heim "schwankend" gewesen, während Gies sich "kooperativ" verhalten habe.[1271] Die Betriebsräte seien "zum Teil mißtrauisch und ablehnend, insbesondere die kommunistischen."[1272] Nach langer Diskussion stimmte der Betriebsrat dann aber geschlossen der Durchführung der Studie zu.[1273] Die letzte offizielle Betriebsratsbesprechung fand am 3. August 1954 bei Grillo Funke zwischen Osmer, Becker und Kanz mit dem Sozialleiter Ertl und drei Betriebsräten statt: "Es ist an dem Tag sehr heiß und die übliche Besprechung mit den Betriebsräten erfolgt infolge der müden Atmosphäre ohne nennenswerte Widerstände der Verhandlungspartner. Das Frageschema wird genehmigt. Es ist die leichteste Betriebsratsbesprechung überhaupt. Offensichtlich hat Krapfel vorgearbeitet", heißt es im Feldtagebuch der Forschergruppe dazu.[1274]

Die Informationspolitik im Umgang mit der Studie war Gegenstand eines Gesprächs mit Dr. Geißeler und Dr. Schneider: "Osmer schneidet die Frage der Publikation der Ergebnisse an mit dem Hinweis, daß überall als Folge der Nichtweitergabe der WWI-Ergebnisse in allen

[1267] Ebd., S. 43.
[1268] Ebd., S. 43.
[1269] Ebd., S. 43.
[1270] Ebd., S. 8.
[1271] Ebd., S 10.
[1272] Ebd., S. 10.
[1273] Ebd., S. 10.
[1274] Ebd., S. 14.

Werken ein Misstrauen vorgefunden worden ist. Osmer weist darauf hin, daß es notwendig sei, die Ergebnisse dieser Untersuchung den einzelnen Werken bis herunter zu den Betriebsabteilungen zugänglich zu machen. Geisseler zögert zunächst, ist dann aber dem Argument zugänglich, dass die Obergesellschaft im anderen Fall unfair erscheine. Es wird ein grundsätzliches Einverständnis darüber erzielt, die Ergebnisse nach unten weiterzugeben, selbst dann, wenn über die einzelnen Werksleitungen Negatives in den Interviews und Diskussionen [zu Tage trete]."[1275]

Insgesamt bestand das Sample aus 1176 Einzelinterviews (Fragebogen) sowie 55 Gruppendiskussionen mit insgesamt 539 Teilnehmern. DIVO, das die Umfrage durchgeführt hatte, erstattete einen Erfahrungsbericht über die Durchführung. Alfons Raab von DIVO berichtete, dass die Interviews "im allgemeinen während der Arbeitszeit durchgeführt [wurden], so daß von dieser Seite ein guter Einfluß auf die technische Abwicklung und – da die Interviews in den Werken durchführt wurden, also die Umgebung dem Befragten vertraut war – auch die Bereitwilligkeit, eine objektive und gründliche Unterhaltung zu führen, bestens vorausgesetzt war."[1276] Raab hebt hervor, dass die Vornahme der Interviews in separaten Räumen vor dem Einfluss von Dritten geschützt habe. Raab vertrat die Einschätzung, dass das Betriebsklima in den einzelnen Werken unterschiedlich gewesen sei und verwies auf die Ergebnisse der Auszählung.

Bei der Zeche Consolidation in Gelsenkirchen sei die Zusammenarbeit vorbildlich gewesen, obwohl die Bereitstellung der zu Befragenden hier am meisten Schwierigkeiten bereitet habe, einerseits wegen der Befragung zum Teil in der Nachtschicht, andererseits weil sie zu Beginn und Ende der Schicht durchgeführt werden musste. Im Werk Huckingen sei die Befragung aufgrund der Weitläufigkeit des Werksgeländes schwierig gewesen. In Huckingen wie im Werk in Düsseldorf-Rath sei die Kooperation mit der Betriebsleitung vorbildlich gewesen, wodurch eine "reibungslose Durchführung gewährleistet" gewesen sei.[1277] Das positive Klima der Einstellung der Werksleitung habe sich auf die einzelnen Interviews durchgeschlagen. Größere Schwierigkeiten verzeichnete Raab im Werk Kronprinz in Solingen Ohligs: "Hier traten Verweigerungen auf und es war nicht immer einfach, die vorgesehene Zahl der zu Befragenden rechtzeitig heranzubekommen. Diese Tatsache ist jedoch [...] mehr auf das allgemeine Klima in dem Werk zurückzuführen. Besonders bei den Angestellten treten diese Probleme auf."[1278] Für Grillo-Funke in Gelsenkirchen stellte Raab keine Schwierigkeiten fest.

[1275] Ebd., S. 20.
[1276] IfSA A 10, Ordner 3.38., DIVO, Alfons Raab, Erfahrungsbericht zu der Betriebsstudie (Mannesmann) vom 26. Juli bis 10. August 1954, Frankfurt, 9.10.1954, S. 1.
[1277] Ebd., S. 1.
[1278] Ebd., S. 1f.

Allgemein hob er die "tadellose" Zusammenarbeit mit den Werksleitungen hervor. Die Befragten selbst "waren durchaus [...] bereitwillig und aufgeschlossen und es war möglich einen guten und vertrauensvollen Kontakt herzustellen, der eine einwandfreie und objektive Durchführung der Interviews sicherstellte."[1279] Wichtig dafür sei die Garantie der Anonymität und die Neutralität des Institutes gewesen. Im Allgemeinen beurteilte Raab die Ergiebigkeit der Interviews als hoch. Lediglich manche ältere Arbeitnehmer hätten sich unbeholfen verhalten, doch sei es gelungen "eine vertrauensvolle Atmosphäre" zu schaffen, "da im persönlichen Gespräch die Befangenheit rasch beseitigt werden konnte".[1280] Raab hielt die besonders auffallende große Unkenntnis bei einzelnen Fragen zur Mitbestimmung und ihren Institutionen gerade bei den jüngeren Interviewees fest.

Die Auswertung der Befragungen, der Gruppendiskussionen und des Backgroundmaterials nahm die Monate August bis Dezember 1954 in Anspruch, so dass gegen Ende Dezember der so genannte "Rohbericht" zur Studie von knapp 400 Seiten übermittelt werden konnte.[1281] Im Laufe der Auswertungen ergaben sich erste Komplikationen, was die Weitergabe von Ergebnissen betraf. Adorno berichtete am 1. November 1954 innerhalb der Forschergruppe von einem Besuch in den Werken in Rath, Huckingen, Kronprinz und Consolidation gegen Ende Oktober 1954, dass die Weitergabe der Auswertungsergebnisse an alle interessierten Personen auf Schwierigkeiten stoße, weil ein großes gegenseitiges Misstrauen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite herrsche. Durch die einseitige Bindung an den Auftraggeber auf der Unternehmerseite sei die Weitergabe von Ergebnissen an den sozialen Sektor nicht möglich. Adorno hatte weiterhin beobachtet, dass es Unterschiede in den Erwartungen an die Ergebnisse der Studie gebe. Die Unternehmerseite sei aufgeschlossen, während sich die Arbeitnehmerseite in skeptischer Distanz übe. Insgesamt hielt die Forschergruppe in der Sitzung am 1. November 1954 als ein Zwischenergebnis fest, "daß die Arbeiter an den Problemen der Mitbestimmung völlig desinteressiert" seien, jedenfalls ergäben das die Auswertungen der Gruppendiskussionen. Adorno vermutete, dass die Desinteressiertheit weniger mit mangelndem politischen Interesse zu tun habe, sondern vielmehr damit, dass die Probleme der Mitbestimmung zu abstrakt seien: "Wenn man zeigen kann, daß das 'Desinteressement' der Arbeiter durch die Arbeitssituation erzwungen ist, kann man [...] dem Fehlschluss der Arbeitgeberseite begegnen, daß Nicht-Wissen mit Nicht-Wissen-Wollen gleichzusetzen ist. [...] Wichtig für die gesamte Auswertung ist die Frage, wieweit die Arbeiter überhaupt in der Lage sind, das Gedachte oder Empfun-

[1279] Ebd., S. 2.
[1280] Ebd., S. 2.
[1281] IfSA A 10, Ordner 1.1., W. Mangold, Protokoll der Sitzung vom 4.9.1954, [Frankfurt/Main], 7.9.1954; ebd., Ludwig von Friedeburg, Protokoll der Sitzung vom 26.10.1954, Betriebsumfrage, [Frankfurt/Main], 27.10.1954; ebd., Protokoll der Besprechung vom 1.11.1954, [Frankfurt/Main], 1.11.1954.

dene zu verbalisieren [...]".[1282] In Adornos Einschätzung der Lage lassen sich erste vorsichtige Anzeichen einer Distanzierung von der Arbeitgeberdeutung der Befunde erkennen, die darauf deuten, dass das Institut sich seinem Selbstverständnis entsprechend bei Kenntnis der herrschenden Konflikte in einer Mittlerrolle sah. Gleichzeitig lässt sich aber auch im Protokoll vom 1. November 1954 die grundsätzliche Distanz zum Apparat des Arbeitsdirektors erkennen, denn die Forschergruppe hält Adornos Eindruck fest, dass der "Eindruck von den Arbeitnehmervertretern [...] nicht sehr gut" gewesen sei: "die Ideologie der Vertreter des 'sozialen Sektors' zeige sich in Worten wie 'Menschenbehandlung', 'Sozialpartner' und 'Wirtschaftsdemokratie' [...]. Eine manipulative Tendenz den Arbeitern gegenüber sei unverkennbar."[1283] Erkennbar ist, dass Adorno, obwohl sich das Institut eindeutiger politischer Positionierungen in Richtung einer marxistischen Profilierung des Instituts enthielt, eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der konsenskapitalistischen Ideologie der Sozialpartnerschaft teilte. Bezüglich der Ziele und Einsätze der Akteure bleibt festzuhalten, dass die Arbeitsdirektoren bei der strategischen Konzipierung der Studie außen vor blieben. Sie wurden erst in der Phase der Beschlussfassung integriert. Federführend formulierten Winkhaus und die Mitarbeiter der Rechtsabteilung von Anfang an als zentrales Interesse eine Stellungnahme zur Mitbestimmung. An diesem Ziel orientierten sie auch den Zeitplan.
Für das Institut ergab sich aus der Möglichkeit, eine umfangreiche Drittmittelstudie durchzuführen, die Chance, die Finanzierung des Instituts zu sichern. Darüber hinaus bot sich die Gelegenheit, die eigenen Forschungsinstrumente, die das IfS in deutlicher Abgrenzung zum Methodenarsenal des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB in die Diskussion einbrachte, weiterzuentwickeln. Schließlich konnten die Frankfurter in die zu bearbeitenden Fragekomplexe eigene Forschungsinteressen und -methoden einbringen. Erneut sei auf die Bedeutung, die der Untersuchungsplan dem Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen, den Autoritätsverhältnissen, den Persönlichkeitsstrukturen und der Arbeitermentalität beimaß, hingewiesen.[1284]

4.5. Die Ergebnisse der Betriebsklima-Studie im Rohbericht des Instituts

Im so genannten "Rohbericht", den das Institut gegen Ende Dezember1954/Anfang Januar 1955 einreichte, wurde zunächst einführend das Verhältnis zur Arbeit, darunter die Zufrie-

[1282] Ebd., S. 2.
[1283] Ebd., S. 3.
[1284] Kurzfristig dachte man diese Untersuchung gar für eine Validierung einer deutschen Form der f-scale, dem Forschungsinstrument aus der "Authoritarian Personality" nützen zu können. Da man sich in der Abschlussphase der Auswertung des Gruppenexperiments befand, war man im Institut zuversichtlich eine deutsche Form der f-scale auch in anderen gesellschaftlichen Kontexten anwenden zu können.

denheit mit dem Arbeitsplatz und Aufstiegsmöglichkeiten und die Beurteilung der Entlohnung analysiert. Im dritten Teil untersuchte das Institut für Sozialforschung die "zwischenmenschlichen Beziehungen im Werk", einmal im Hinblick auf die Kollegen und zweitens im Hinblick auf das Verhältnis zu den Vorgesetzten. Im Hinblick auf die Kollegen interessierte die Forschergruppe die Bedeutung der Kooperationsverhältnisse für den Arbeitsprozess, das Ideal der Zusammenarbeit und die Spannungen zwischen einzelnen Belegschaftsgruppen in Bezug auf das Verhältnis von Einheimischen und Flüchtlingen, Arbeiter und Angestellten sowie Produktionsarbeiter und Facharbeiter.[1285]

Genauer sollen hier die Einstellungen zu den Vorgesetzten analysiert werden, weil es hier um die das Institut besonders interessierenden Autoritätsbeziehungen ging, die Aufschluss über das Betriebsklima gaben. Das Institut betrachtete das Verhältnis zu den Vorgesetzten als einen bestimmenden Faktor für die Stimmung im Betrieb. Dies vermitteln sowohl die Untersuchungsergebnisse derjenigen Interviewees, die sich im Betrieb besonders wohl fühlten, als auch derjenigen die sich unwohl fühlten. Bei denjenigen, die sich im Betrieb wohlfühlten, rangierte die gute Behandlung weit oben, wohingegen bei denjenigen, die sich im Betrieb nicht wohl fühlten, die schlechte Behandlung durch die Vorgesetzten hoch rangierte.[1286] Besonders hoch rangiere dieser Punkt in den Beschwerden im Bergbau, wo das Betriebsklima insgesamt schlechter sei und mehr Beschwerden über die Behandlung durch die Vorgesetzten vorkämen.[1287]

Besondere Aufmerksamkeit wandten die Sozialwissenschaftler den Vorstellungen der Befragten von der Hierarchie der Vorgesetzten zu. Eine Indikatorfrage war, an wen sich die Arbeiter bei Beschwerden wenden würden. Dabei gab die Mehrheit, nämlich mehr als jeder dritte (36%) an, an die unmittelbaren Vorgesetzten, wohingegen nur jeder zehnte (10%) sich an höhere Vorgesetzte wenden wollten, aber immerhin 22% an die Werks- und Betriebsleitung. Etwas höher rangierte der Betriebsrat mit 26%, wohingegen die Institutionen der Mitbestimmung, insbesondere der Arbeitsdirektor ausgesprochen niedrig rangierte.[1288]

Bei Beschwerden über Lohn, Arbeitsbedingungen und Behandlung durch die Vorgesetzten wandten sich die meisten an die Vorgesetzten und nur ein geringerer Anteil an die Arbeitnehmervertreter.[1289] Allerdings wurden die unmittelbaren Vorgesetzten bei der Frage, wer die eigenen Interessen und die der Kollegen am besten im Werk vertrete, als gleichauf mit den Gewerkschaften gesehen. "Wiederum rangierten [dabei] unter den Vorgesetzten die unmittelbaren Vorgesetzten an erster Stelle. Je höher eine übergeordnete Stelle in der

[1285] Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang Goethe-Universität. Betriebsuntersuchung in ausgewählten Werken der Mannesmann AG. Sommer 1954. Rohbericht Frankfurt/Main [1954], IfSA.
[1286] Ebd., S. 147f.
[1287] Ebd., S. 148f
[1288] Ebd., S. 150.
[1289] Ebd., S. 151.

Hierarchie steht, umso weniger wird sie als Interessenvertreter von den Werksangehörigen angesehen." Daher könne von einer Dreiteilung der Vorgesetzten gesprochen werden: "unmittelbare Vorgesetzte – höhere Vorgesetzte (einschließlich Betriebsleiter) – Werksleitung".[1290]

Die unmittelbaren Vorgesetzten besaßen den Umfrageergebnissen zufolge das meiste Vertrauen unter den Arbeitern: "An die unmittelbaren Vorgesetzten wendet man sich zuerst, wenn man etwas auf dem Herzen hat. Der Meister oder Steiger steht im gleichen Arbeitsprozess wie der Mann, ist für den Arbeiter greifbar, gibt direkte Anweisungen und geniesst – ungeachtet aller Vorbehalte, die man hat – das Vertrauen der meisten seiner Untergebenen. Man sieht in täglich, arbeitet mit ihm zusammen, hat vielleicht früher, als er Arbeiter war, mit ihm gemeinsam angefangen."[1291] Diese Aussage wird auch von den Gruppendiskussionsbeiträgen gedeckt.

Für die Arbeiter stünden die unmittelbaren Vorgesetzten unter demselben Druck wie die Befragten selbst: "Das Schicksal einer höheren Instanz zu unterstehen, deren Anweisungen gelten, teilen Meister, Steiger und Vorarbeiter in den Augen vieler Werksangehöriger mit ihren Leuten."[1292] Dadurch werden die unmittelbaren Vorgesetzten in das Gefüge der "Arbeitskameradschaft" einbezogen.[1293]

Wichtig sei es, die unmittelbaren Vorgesetzten von den höheren Vorgesetzten zu unterscheiden: "Die unmittelbaren Vorgesetzten sind für den Arbeitnehmer noch konkrete vertraute Personen. Je höher die Hierarchie, desto mehr entzieht sich die Person der Vorstellung, desto vager und unpersönlicher ist das Bild, das man von der Stelle hat. Die Spitze der Leitung wird schließlich zum anonymen 'Oben', zu 'den Herren', zum 'Kapital'."[1294]

Dieser Übergang vollziehe sich bereits auf der Ebene der höheren Vorgesetzten bis zum Betriebsleiter, wie eine Gruppendiskussionsbemerkung aus dem Bergbau belegt: "Ja es ist so, wir kommen mit unseren Vorarbeitern, mit unserem Meister fast jeden Tag in Berührung, der Kontakt ist eng, und wir kommen auch ganz gut aus, und die Herren, die jetzt über dem Meister stehen, mit denen kommen wir weniger zusammen, und die können sich auch gar kein Bild machen, also die können sich ja gar nicht in unsere Arbeit und in unsere Lage hineindenken, und es müsste doch eine Möglichkeit geschaffen werden, dass man auch mit diesen Leuten engeren Kontakt kriegte, wo man seine persönlichen Sorgen und Nöte auch mal durchsprechen kann [...]."[1295]

Was die obersten Vorgesetzten betreffe, sei der Kenntnisstand unterschiedlich. Dass die

[1290] Ebd., S. 152.
[1291] Ebd., S. 152.
[1292] Ebd., S. 153.
[1293] Ebd., S. 153f.
[1294] Ebd., S. 154.
[1295] Ebd., S. 155.

Obergesellschaft einen Aufsichtsrat habe, wüssten knapp drei Viertel der Befragten, aber immerhin 26 % geben an, es nicht zu wissen. Diese Zahl unterschied sich nach den Werken und das Wissen war im Bergbau am geringsten vorhanden. Entsprechend wisse auch dieser Anteil nicht, dass sich der Aufsichtsrat aus Aktionärsvertretern und Arbeitnehmervertretern zusammensetze, aber auch das Wissen um die richtige Zusammensetzung war zum Teil nur gering verbreitet.[1296]

Gering sei der Kontakt zur höheren Führungsebene ausgeprägt. In den Gruppendiskussionen wurde häufiger Beschwerde darüber geführt, dass die höheren Vorgesetzten den Kontakt zu den Arbeitnehmern mieden, häufig noch nicht mal grüßten und dass sie die Arbeitsleistungen nicht anerkennten. Allerdings gab es auch schärfere Töne: “Oft ist der Ton sehr radikal. ‘Die da oben’ werden von etlichen Arbeitern grundsätzlich als Gegenpartei betrachtet, die eigennützig handelt und Zugeständnisse nur unter Druck macht”, wie der Forschungsbericht diesbezüglich festhält.[1297] Belegt wird dies mit Gruppendiskussionsäußerungen, wie der folgenden aus dem Werk Huckingen: “Von oben kommt doch von selbst bestimmt nichts. Die Herren Direktoren als solche und die Herren Aktionäre, die geben von sich bestimmt keinen roten Pfennig heraus, ohne dass von unten etwas gemacht wird oder ein Druck von unten herauf entgegengesetzt wird. Nein, das gibt es doch nicht, das haben wir noch nie erlebt, dass die Herren da oben einen Pfennig herausgelegt haben. Das heisst eben, von der Belegschaft muss das kommen, von untenherauf.”[1298] Man könnte diese Äußerung allerdings auch als eine gar nicht so radikale, lediglich bewusst einem gewerkschaftsorientierten Kurs verpflichtete Position interpretieren.

Insgesamt sei die Achtung vor den Arbeitern unmittelbar nach dem Zusammenbruch höher gewesen, jetzt seien die Unternehmer am einzelnen Arbeitnehmer nicht mehr interessiert. Als Fazit hielt das Institut fest: “Während die unmittelbaren Vorgesetzten für die Arbeiter vertraute Personen sind, mit denen sie täglich Kontakt haben und zu denen sie mit ihren Anliegen gehen, verschwimmen die höheren Stellen bei vielen zum anonymen ‘Oben’, das Befehle erteilt, den Arbeiter wenig beachtet, eigennützig handelt und über dessen Struktur und Funktionen man meistens nur vage Vorstellungen hat.”[1299]

Der Forschungsbericht rekonstruierte das Bild, das sich die Belegschaft vom ”guten Vorgesetzten” mache. Dieses Image wollte das Institut für Sozialforschung aktiv in die Mannesmannwerke transportieren und beschrieb es darum genauer. Allgemein konstatierte der Bericht hierzu: “Die befragten Werksangehörigen haben im allgemeinen recht scharf umrissene Vorstellungen vom ‘richtigen’ Verhalten eines Vorgesetzten. Sie üben scharfe

[1296] Ebd., S. 156ff.
[1297] Ebd., S. 165.
[1298] Ebd., S. 165.
[1299] Ebd., S. 166.

Kritik an den ihnen übergeordneten Stellen, heben auf der anderen Seite aber auch genauso pointiert positive Seiten hervor. Beide, Kritik und Lob, geben Hinweise darauf, wie sich die Arbeitnehmer ihre Vorgesetzten denken."[1300] Dreiviertel (74%) der Belegschaften in den untersuchten Werken fühlten sich richtig behandelt von ihren Vorgesetzten, nur jeder sechste (16%) vertrat die Ansicht, dass die Behandlung falsch sei.[1301] Allerdings wichen die Werte im Bergbau stärker von dieser positiven Einschätzung ab, weil hier nur 60% sich richtig behandelt fühlten und mit 27% sich über ein Viertel der Befragten nicht richtig behandelt fühlte.[1302] Das Institut differenzierte nach den verschiedenen Arten der Entlohnung; so fühlten sich von den Akkordlohnarbeitern des Bergbaus nur 47 % richtig behandelt und ganze 39 % nicht richtig behandelt.[1303] Auch was die Altersgruppen betraf, war die Zufriedenheit mit der Behandlung durch die Vorgesetzten verschieden, hier waren die 20- bis 29-jährigen am unzufriedensten, während die älteren Jahrgänge sich als zufrieden einschätzten. Diese Ergebnisse waren ein Hinweis auf die besonderen Probleme der Neubergleute und ein wichtiger Hinweis auf die Ursachen der hohen Fluktuation. Aus der Betriebsklimastudie bezog das Institut hier erste Hinweise für ein Folgeprojekt über Fluktuation im Steinkohlenbergbau, welches das *Institut für Sozialforschung* im Anschluss an die *Betriebsklimastudie* im Auftrag des *Bundesministerium für Arbeit* durchführte.[1304]

Wichtige Aufschlüsse für das Betriebsklima lieferten die Befragungsergebnisse hinsichtlich der Gründe für die Kritik an den Vorgesetzten, besonders was den Bergbau betrifft, aber auch die übrigen Werke. Es beschwerten sich die Befragten in erster Linie über den "zu rauhen Umgangston", im Bergbau mit großem Abstand zu den weiteren Kritikpunkten, gefolgt von "zu wenig Kontakt mit den Arbeitern", "Empfänglichkeit für Radfahrerei" (womit autoritäre Unterwürfigkeit umschrieben wurde), ungerechte Arbeitsplatzzuteilung, während Punkte wie ungerechte Urlaubs- und Prämienzuteilung mit recht wenigen Nennungen abgeschlagen die hinteren Plätze belegte.[1305] Aus diesen Beschwerden destillierte das Institut das Gegenbild eines guten Vorgesetzten heraus, der sich durch "guten Ton im gegenseitigen Verkehr, Kontakt mit den Untergebenen und Gerechtigkeit in seinen Handlungen" auszeichnete.[1306] Einen indirekten Index von Urteilen über Qualitäten, die ein Vorgesetzter aufweisen muss, ergaben die "Reaktionen auf die Frage nach den Dingen wieder, die für eine Beförderung im Werk am wichtigsten sind". Hier antworteten die Befragten in absteigender Reihenfolge "Fachliche Tüchtigkeit (67%), Verantwortungsbewusstsein

[1300] Ebd., S. 167.
[1301] Ebd., S. 167.
[1302] Ebd., S. 167.
[1303] Ebd., S. 169.
[1304] Siehe das folgende Kapitel.
[1305] Ebd., S. 170.
[1306] Ebd., S. 171.

(38%), Fähigkeit mit Menschen umzugehen (26%), Organisationstalent (6%), Gute Beziehungen (33%), Radfahren[1307] (13%), Wichtigtuerei (8%), Rücksichtslosigkeit (6%)". Die zwischenmenschlichen Qualitäten wurden also als bedeutend eingeschätzt.[1308]

Diesen Befund unterstreichen auch Äußerungen in den Gruppendiskussionen: "Es müsste hier korrekter und reeller verfahren werden in der Menschenbehandlung und in der Arbeitsweise", bemerkte ein Versuchsteilnehmer in Huckingen und ein weiterer in Rath: "Es sind immer Leute um den Meister herum, die radfahren, um bevorzugt zu werden."[1309]Auch konkrete Beschwerden gab es in den Gruppendiskussionen, was die Zuteilung von Arbeitsplätzen, Schichten und Überstunden betraf. Besonders scharf war die in den Gruppendiskussionen geäußerte Kritik im Bergbau: "Hier ist es direkt katastrophal, hier darf man überhaupt nicht wagen, den Mund aufzutun. [...] 'Das geht sie einen Dreck an' und so geht dat da laufend, das ist doch kein Betriebsklima, was man sich vorstellt. Wir hab'n schwere Arbeit, und da möchten wir auch einigermaßen vernünftig behandelt werden. Aber wat dat hier is. Wat is man denn hier? Hier is man nix, hier is man Markennummer sowieso, mehr is man da nicht. Von Mensch da keine Spur hier. Ich hätt mir dat anders vorgestellt hier im Ruhrgebiet. Und die Betriebsräte hier, die machen nicht viel her, so traurig wie dat is."[1310] Aber auch in anderen Werken wurde Beschwerde geführt, dass man als Mensch nicht zähle, so zum Beispiel in Grillo-Funke: "Hier wird man als Mensch nicht genügend geachtet." Ein anderer Teilnehmer der Gruppendiskussionen in Rath äußerte, dass "die Betriebsleiter [...] etwas freundlicher und menschlicher zu den Arbeitern sein" könnten, um dem Eindruck entgegenzuwirken, "dass der Mensch hier erst mit einem akademischen Titel zählt." Auch in Kronprinz und Grillo-Funke forderten die Arbeiter mehr "menschlichen" Respekt ein. Auch ein besserer Kontakt der Vorgesetzten mit den Untergebenen wurde eingefordert.[1311] Vor allem aber war es ein anständiger Ton im gegenseitigen Verkehr, den die Befragten in den Werken vermissten. Besonders stark wurde dieses von den Bergleuten bemängelt, wo auch die Kritik am "rauhen Umgangston" am stärksten war, wie die folgenden Beispiele aus den Gruppendiskussionen zeigen: "Die Behandlung der Leute durch die Vorgesetzten ist nicht immer gut. Der Umgangston ist zu rauh, sie schimpfen, der Ton des Anstandes muss gewahrt bleiben." Ein zweites Beispiel thematisiert den rauen Umgangston, dem die Bergarbeiter durch die Angestellten ausgesetzt sind: "Angestellte sind zu rauh. Die Rückschläge mit den Neubergleuten sind auch darauf zurückzuführen. Ton überhaupt zu rauh." Und ein

[1307] Mit Radfahren war autoritäre Unterwürfigkeit und autoritäres Verhalten gemeint: nach oben buckeln, nach unten treten.
[1308] Ebd., S. 171.
[1309] Ebd., S. 175.
[1310] Ebd., S. 177.
[1311]

dritter äußerte: “Großschnauzigkeit [!] der Steiger den Kumpels gegenüber, übelster Befehlston, schlimmer als auf dem Kasernenhof.” Aus diesen Äußerungen schloss das Institut, dass der Führungsstil im Bergbau ein besonderes Problem darstellte, welches man wissenschaftlich ergründen müsse.[1312]

Doch auch in den Werken der Eisenindustrie wurde Beschwerde über die zwischenmenschlichen Beziehungen geführt: “Das ist ein guter Vorgesetzter, ein richtiger Handwerker, nich, aber keine Ahnung vom Menschenumgang, können nicht die Menschen kennen und das ist das Wichtigste und dadurch kommen auch viele Unfälle, der Mann ist nervös, wird angeschnauzt, man kann sagen: der Ton macht die Musik! Ich kann einem die Meinung sagen, aber in ganz gemütlicher Art, und ich kann dasselbe auch in ganz anderem Ton sagen. Der Vorgesetzte, der muss die Psyche des Menschen kennen [...].”[1313]

Als Fazit stellte das Institut fest, dass die Behandlung durch die Vorgesetzten zu den wichtigsten Faktoren gehöre, die das allgemeine Betriebsklima mitbestimmten. In Beschwerden und positiven Äußerungen komme das Bild zum Vorschein, das sich die Werksangehörigen vom ‘guten Vorgesetzten’ machen: “Man fordert Gerechtigkeit in den Handlungen, insbesondere Anerkennung in den Leistungen, gleiche Behandlung aller Untergebenen und nicht zuletzt die ‘Anerkennung als Mensch’. Eng damit zusammenhängt der Wunsch nach gutem Kontakt zwischen Arbeitern und Vorgesetzten und die Forderung nach anständigem Umgangston im gegenseitigen Verkehr.”[1314]

Hinsichtlich ihrer Bedeutung das Betriebsklima wurde aber auch die Arbeit der Arbeitnehmervertretung und die Institutionen der Mitbestimmung untersucht. Interessanterweise betrachteten die Arbeitnehmer nicht nur ihre gewählten Organe als Interessensvertretung, sondern wie sich in der Bewertung Vorgesetzten gezeigt hatte, mit ihren Vorgesetzten auch Organe der Werke und bewerteten diese nur gering unterschiedlich. Aufgeschlüsselt nach einzelnen Positionen folgten die Meister bzw. Steiger direkt auf den Betriebsrat hinsichtlich der Frage, wer die Interessen am besten vertrete.[1315] Stärkere Ausprägungen hin zu den Werksorganen zu Lasten der Arbeitnehmerorgane finden sich bei den befragten Personen mit Vorgesetztenfunktionen und den Angestellten.[1316]

Unter den Ergebnissen zur Arbeitnehmervertretung interessierten besonders diejenigen mit Bezug zu den Institutionen der Mitbestimmung. Auf die Frage, wie der Name des Arbeitsdirektors laute, antworteten nur 56 % der Befragten richtig.[1317] Nach Werken differenziert wurde genau dieser Prozentsatz in den Bergbauwerken erreicht, in den anderen Werken

[1312] Ebd., S. 180.
[1313] Ebd., S. 182.
[1314] Ebd., S. 184.
[1315] Vgl. ebd., S. 186ff.
[1316] Ebd., S.186f.
[1317] Vgl. ebd., S. 224, Tabelle 152.

war der Bekanntheitsgrad unterschiedlich. Am höchsten war er mit 84% richtiger Antworten in den Hüttenwerken Huckingen, am niedrigsten mit 29 % in Grillo-Funke und in Rath lag die Rate der richtigen Nennungen mit 39% dazwischen. In Grillo-Funke wurde von einem Drittel der Arbeiter der zuständige Sozialleiter statt dem Arbeitsdirektor genannt.[1318]

Bezüglich der Altersunterschiede der Belegschaftsangehörigen ließ sich keine direkte Abhängigkeit des Kenntnisstandes über die Institutionen der Mitbestimmung vom Alter der Befragten feststellen, jedoch war die Kenntnis von der Dauer der Werkszugehörigkeit abhängig. Insgesamt zeigten sich Vorgesetzte und Angestellte besser informiert als Arbeiter und Lehrlinge.[1319] Die positiv zum Werk eingestellten Arbeiter kannten den Arbeitsdirektor eher als der Rest.[1320] Ähnliche Ergebnisse ließen sich für die gewerkschaftlich aktiven Kollegen feststellen.

Was die Aufgaben des Arbeitsdirektors betraf, nannten die Befragten an erster Stelle "Soziale Betreuung" mit 32%, "Vermittler, Interessenvertreter" mit 29%, "Betriebsleitung" mit 12%, "Arbeitsablauf" mit 11%, gefolgt von "Wohnung", "Lohnregelung", "Personalfragen" mit jeweils unter 10%. Insgesamt über ein Viertel der Befragten waren sich über den Aufgabenbereich des Arbeitsdirektors nicht im Klaren.[1321]

Die Forschergruppe beschrieb ausführlich die Vorstellungen der Arbeiter von den Aufgaben des Arbeitsdirektors und hob dabei die Vorstellung der Arbeiter, der Arbeitsdirektor sei ein Interessenvertreter, besonders hervor: "Die Aufgabe der Interessenvertretung hat nach Meinung der Befragten damit zu tun, daß der Arbeitsdirektor die Belegschaft gegenüber den Aktionären, der Werksleitung oder dem Betriebsleiter vertritt. In der Rolle des Vermittlers kommt ihm [im Verständnis der Befragten] die Aufgabe zu gemeinsam mit dem Betriebsrat den Kontakt zur Betriebsleitung aufrecht zu erhalten, mit der Direktion bei der Prüfung von Beschwerden oder der Schlichtung von Arbeitsunstimmigkeiten Hand in Hand zu arbeiten und die Betriebsinteressen der Arbeitnehmer mit denen der Firma in Einklang zu bringen. Dabei ist bemerkenswert, daß in diesem Zusammenhang verhältnismäßig oft die Meinung auftaucht, der Arbeitsdirektor habe die Betriebsräte unter sich und verhandele in deren Auftrag unmittelbar mit der Direktion."[1322]

Auch unter Betriebsleitung verstanden die Arbeiter relativ weitgefasste Befugnisse, die zum Teil weit in die Kompetenz der anderen Vorstandsmitglieder reichen. Unter "Arbeitsablauf" stellten sich die Befragten Kompetenzen in Bezug auf die Einteilung der Arbeit, ihre Kontrolle und die Übersicht über die Produktion, aber auch Auftragsakquise und Absatzmanage-

[1318] Vgl. ebd., S. 224f, Tabelle 153.
[1319] Vgl. ebd., S. 225 Tabelle 154.
[1320] Vgl. ebd., S. 226 Tabelle 156.
[1321] Vgl. ebd., S. 227 Tabelle 157.
[1322] Ebd., S. 228.

ment vor. Insgesamt hingen die Aufgaben, die dem Arbeitsdirektor zugeschrieben wurden, von zum Teil den richtigen und falschen Zuordnungen der Personen zum Bereich des Arbeitsdirektors ab. Wer ihn mit dem Sozialleiter oder Betriebsleiter verwechselte, schrieb ihm auch eher dessen Tätigkeiten zu.[1323] Diejenigen, die überhaupt keine Namen nennen konnten, wussten umgekehrt am wenigsten über die mit den Namen verbundenen Angaben zu Aufgabenbereichen.[1324]

Eine Frage als Indikator für die Bekanntheit des Arbeitsdirektors war, ob die Arbeiter bereits mit dem Arbeitsdirektor gesprochen hatten. Das bejahten 22%, von den 76% die noch nicht mit ihm gesprochen hatten, beabsichtigten immerhin 30% einmal mit ihm sprechen.[1325] Allerdings seien es nicht diejenigen Werksangehörigen, die den Namen des Arbeitsdirektors richtig nannten, die am häufigsten behaupteten, mit ihm gesprochen zu haben, sondern diejenigen, die den Namen des Sozialleiters nannten.[1326]

Als Fazit hielt die Forschergruppe, dass nur ein Teil der Werksangehörigen der Mitbestimmungswerke ihren Arbeitsdirektor kenne, die Vorstellungen von seinen Funktionen recht vage blieben und der persönliche Kontakt zwischen Werksangehörigen und Arbeitsdirektor nicht sehr eng gewesen zu sein scheine.[1327]

Ein ausführliches Kapitel widmete die Untersuchung der Frage der Mitbestimmung. Die Forschergruppe wies dieser Frage eine für das Betriebsklima zentrale Bedeutung zu. Die Einstellung sei vielschichtig und widerspruchsvoll: “Die Verflechtung sehr konkreter Erwartungen und Wünsche mit äußerst vagen, verschwommenen Vorstellungen, die Schwierigkeit, die es dem Arbeiter im allgemeinen bereitet, über seinen engsten Lebensbereich hinaus zu denken, und viele andere Momente lassen die Haltung der Arbeitnehmer zum Mitbestimmungsrecht als ein so komplexes Phänomen erscheinen, daß es nicht einfach ist, sich von ihm ein richtiges Bild zu verschaffen.”[1328] Die Sozialwissenschaftler betonten bereits einführend die geringe Kenntnis der Arbeiter von den Mitbestimmungsfragen: “Wenn man die Antworten liest, die in den Interviews auf die ‘Mitbestimmungsfragen’ gegeben wurden, wenn man zuhört, was in den Diskussionen zu diesem Thema geäußert wurde, dann fällt zunächst auf, daß das Wissen um die Mitbestimmung erstaunlich gering ist.”[1329] Die Wissenschaftler erklären das mit einem anderen Aufmerksamkeitshorizont der Arbeiter. “Ganz andere Probleme scheinen für den Arbeiter im Vordergrund zu stehen. Während über diese oft spontan, mit großer Lebhaftigkeit und in voller Breite geredet wird, war es sowohl für die

[1323] Ebd., S. 229.
[1324] Ebd., S. 230.
[1325] Ebd., S. 230, Tabelle 159.
[1326] Ebd., S. 230.
[1327] Vgl. ebd., S. 232.
[1328] Ebd., S. 234.
[1329] Ebd., S. 234f.

Interviewer wie für die Diskussionsleiter im allgemeinen nicht leicht, die Belegschaftsmitglieder zum Thema Mitbestimmungsrecht überhaupt zum Sprechen zu bringen."[1330]

Zunächst geht der Forschungsbericht auf das Wissen von der Mitbestimmung ein. Um hierüber ein Bild zu erhalten, wurde nicht nach abstrakten Prinzipien, sondern einer Reihe von Einzelfragen gefragt.[1331] Eine wichtige Frage sei hierbei die Kenntnis der Regelungen, die die Aufsichtsräte beträfen. Etwa drei Viertel der Befragten sei über die Existenz des Aufsichtsrates in ihrer Gesellschaft unterrichtet, die Hälfte wisse von ihrer Zusammensetzung aus Arbeitnehmern und Aktionärsvertretern, doch nur jeder siebente kenne das genaue Verhältnis der Zusammensetzung.[1332] Der Grad der Informiertheit war unterschiedlich, am schlechtesten sei er im Bergbau, am besten im Werk Rath. Der Grad der Informiertheit nahm mit zunehmendem Lebensalter und zunehmender Dauer der Betriebszugehörigkeit zu, wieder zeigten sich die Vorgesetzten und Angestellten am besten unterrichtet. "Die Arbeitnehmer der Mitbestimmungswerke, die über die Zusammensetzung des Aufsichtsrates falsch orientiert sind, nehmen durchweg an, daß die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat ihrer Gesellschaft in der Minderheit sind. Diese Überzeugung findet sich in allen untersuchten Mitbestimmungswerken von Mannesmann häufiger als das Wissen um die paritätische Zusammensetzung der Aufsichtsräte."[1333] Ob im Vorstand der Obergesellschaft auch Arbeitnehmervertreter seien, wussten nur 24% mit Ja zu beantworten, falsch antworteten 11%, 65% wussten es nicht zu beantworten. Im Bergbau und in Grillo-Funke war die Kenntnis am geringsten ausgeprägt, in Kronprinz und Huckingen am höchsten.[1334] Ähnliche Verteilungen gab es in Bezug auf die Frage nach dem Aufsichtsrat der Obergesellschaft, jedoch waren die Zahlenangaben in noch geringerem Maß zutreffend wie im Fall der vorherigen Fragen. Wieviel Arbeitnehmervertreter im Vorstand der Obergesellschaft waren, wussten 5% richtig zu beantworten, im Aufsichtsrat gerade mal 1%.[1335]

Die Frage nach dem zwischen den Aufsichtsräten der Gesellschaft und der Obergesellschaft anhängigen Rechtsstreit über die Besetzung und Verteilungsverhältnisse im Aufsichtsrat der Gesellschaft wussten insgesamt 20% der Befragten richtig zu beantworten. Die Aufgliederung nach Werken zeigte wiederum die wesentlich schlechtere Informationslage im Bergbau auf.

Viele Arbeiter gaben auch in den Gruppendiskussionen ziemlich offen zu, dass sie und ihre Kollegen wenig vom Mitbestimmungsrecht und den Institutionen wüssten. In den Diskussionen äußerten die Arbeiter aber auch die Kritik, dass es Aufgabe der Arbeitnehmervertreter

[1330] Ebd., S. 235.
[1331] Vgl. ebd., S. 236.
[1332] Vgl. ebd., S. 237, Tabelle 161.
[1333] Ebd., S. 237f., Tabelle 162.
[1334] Ebd., S. 239, Tabellen 163f.
[1335] Ebd., S. 240, Tabelle 166.

sei, über die Themen der Mitbestimmung aufzuklären.[1336] So zum Beispiel in einer Diskussionsäußerung aus Huckingen: “Ja, ich muss schon sagen, die meisten Kollegen, wir sind hier über diese Geschichte nicht informiert. Hier wäre es nun Sache des Betriebsrates, die Betriebsversammlung, die eigentlich nur so ganz selten stattfinden, bringen ja auch das Notwendige nicht. Hier wäre nun Sache des Betriebsrats, durch Aufklärung, durch Plakatierung oder durch eine Zeitschrift, die Leute auf das, was besteht und was noch errungen werden muss, darauf aufmerksam zu machen.”[1337]

Allerdings dürfe der mangelnde Grad an Information dem Forschungsbericht zu folge nicht mit einem mangelnden Interesse an der Mitbestimmung gleichgesetzt werden. Auch zu diesem Punkt verwies er auf mehrere qualitative Diskussionsergebnisse, zum Beispiel aus dem Bergbau: “Ich bin für das Mitbestimmungsrecht. Überlegt Euch das mal ganz gut: Wir bestimmen mit. Schon das Wort allein. Ist für uns alle. Und wenn wir auch jetzt noch in den kleineren Anfängen stehen, aber wir haben schon vieles geschafft, wir werden noch mehr schaffen. Besonders hier für Euch Jüngere, Ihr habt noch das ganze Leben vor Euch... ”.[1338]

Ein anderer Redner in Huckingen gab sich indes kämpferischer: “Also, ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir also lediglich darum kämpfen müssen, um die Mitbestimmung, die muss durchgedrückt werden, sonst sind wir ganz arme Leute... und wenn wir nicht die Mitbestimmung haben, dann würde der Arbeitgeber, also, wie es früher mal gewesen ist, die Urlaubsverkürzung würde kommen... also, wir wären reine Sklaven.”[1339]

Die Forschergruppe machte vor dem Hintergrund der Befragungsergebnisse und der Diskussionsäußerungen auf eine paradoxe Lage aufmerksam: “Wie aber kann man etwas wollen, was man gar nicht kennt? Augenscheinlich stellt sich die Mehrzahl der Arbeitnehmer unter der gewünschten Mitbestimmung etwas anderes vor, als die durch das Gesetz eingeführte Regelung, jedenfalls soweit sie bis jetzt zur Auswirkung kam.”[1340]

Deshalb untersuchte die Forschergruppe im folgenden Teil des Kapitels die “Vorstellungen der Arbeitnehmer von der Mitbestimmung”.

Es wurde nach der Mitbestimmungsebene gefragt. Dabei waren 12% für die Bereiche Aufsichtsratsebene und gesamte Wirtschaft, wohingegen 46% die Werksebene in bestimmten Betriebsfragen und konkret Fragen, die den eigenen Arbeitsplatz betrafen, nannten. Allerdings machten auch 42% zu dieser Frage keine konkreten Angaben. Die Antworten differierten nicht besonders nach verschiedenen Werken.[1341] Was die Arten der Mitbestimmung betraf, äußerten sich 20% für eine gleichberechtigte Mitentscheidung oder ein Veto-

[1336] Ebd., S. 244ff.
[1337] Ebd., S. 246.
[1338] Ebd., S. 247.
[1339] Ebd., S. 248.
[1340] Ebd., S. 248.
[1341] Ebd., S. 249f, Tabellen 170 und 171.

recht der Arbeitnehmer, während 49% für ein abgestuftes Mitspracherecht, Beratung oder gar nur bloße Information der Arbeitnehmer votierten.[1342]

Als Gebiete der Mitbestimmung wurden unterschiedliche genannt, von der Gewinnverteilung, über die Entlohnung, Produktion, den Geschäftsgang, Soziales, Arbeit, Personalpolitik bis zu Investition. Allerdings erhielten alle nicht unbedingt hohe Zustimmungszahlen.[1343] Auf die konkretisierende Nachfrage, bei welchen Fragen die Mitsprache der Arbeiter hauptsächlich berücksichtigt werden solle, ergab sich ein differenzierteres Bild. Die höchste Zustimmung erreichten hier Entlohnung, Soziales, Arbeit, Personalpolitik, Arbeitsorganisation. Dieses waren alles Fragen, die die untere Ebene, die des Werks betrafen.[1344] Geringer fielen die Zustimmungsraten bei der oberen Ebene des Aufsichtsrates und des Vorstandes der Gesellschaft oder gar der Obergesellschaft aus.[1345] Der Forschungsbericht hielt dazu fest: "Diese Ergebnisse dürfen nicht missverstanden werden. Es wurde nicht gefragt, ob die Arbeitnehmer nicht *auch* bei Fragen der höheren Ebene mitsprechen wollen. Zur Diskussion steht, bei welchen Fragen die Arbeitnehmer hauptsächlich mitreden wollen – und das sind, wie die Ergebnisse eindeutig zeigen, in erster Linie Fragen aus jenem Bereich, an welchem sie unmittelbar Anteil haben: die Fragen der Bezahlung und der Arbeitsverhältnisse im Betrieb, der Sozial- und Personalpolitik im Werk."[1346]

Abschließend fasste die Forschergruppe ihre Interpretation wie folgt zusammen: "Die Vorstellung, die sich die Werksangehörigen von der Mitbestimmung machen, entspricht also zumeist nicht dem Buchstaben des Gesetzes. Unter Mitbestimmung verstehen die Arbeitnehmer primär eine Art Mitspracherecht, vor allem bei den für sie wichtigen internen Werksangelegenheiten: den Fragen der Entlohnung, der Arbeitsverhältnisse, der sozialen Betreuung und der Personalpolitik. Es kommt ihnen hierbei zunächst weniger auf die institutionelle Verankerung der Gleichberechtigung an als auf die Teilnahme am Betriebsgeschehen durch sachverständige Beratung im eigenen, überschaubaren Arbeitsbereich und auf die Berücksichtigung berechtigter Wünsche."[1347]

4.6. Der Konflikt innerhalb der Mannesmann AG um die Publikation der Ergebnisse

Als das Vorstandsmitglied Hermann Winkhaus auf der traditionellen Konzerntagung am 14. Januar 1955 die Ergebnisse der Betriebsklimastudie unter dem kurzfristig gewählten Titel

[1342] Ebd., S. 251f, Tabellen 172 und 173.
[1343] Ebd., S. 254 Tabelle 155.
[1344] Ebd., S. 255 Tabelle 176.
[1345] Ebd., S. 256.
[1346] Ebd., S. 256.
[1347] Ebd., S. 261.

“Unsere Aufgaben 1955” präsentierte, wählte er einen Zeitpunkt, der ungünstiger nicht hätte sein können.

Drei Tage zuvor, am 11. Januar 1955, hatte Hermann Reusch, der Generaldirektor der Gutehoffnungshütte (GHH), auf der 74. Hauptversammlung der GHH vor einer Ausdehnung der Mitbestimmung auf die Holdinggesellschaften gewarnt: “Die in Bonn zur Beratung stehenden Gesetzentwürfe”, so Reusch, “stellten eine fundamentale Durchbrechung der bisher geltenden gesellschaftlichen Prinzipien dar. [...] Das Mitbestimmungsgesetz für Eisen und Kohle ist das Ergebnis einer brutalen Erpressung der Gewerkschaften. Es ist in einer Zeit durchgesetzt worden, in der die Staatsgewalt noch nicht gefestigt war.”[1348] Von Arbeitnehmerseite wurden diese Äußerungen als Provokation aufgefasst; die Antwort war ein bundesweiter Warnstreik. Bereits am 14. und 15. Januar kam es zu spontanen Streiks und in der folgenden Woche, am 21. und 22. Januar, zu Arbeitsniederlegungen an Rhein und Ruhr sowie im Aachener Revier. Insgesamt beteiligten sich 820.000 Arbeiter an den politischen Streiks.[1349]

In dieser gespannten Atmosphäre stellte Hermann Winkhaus die Ergebnisse der Betriebsklimastudie auf der Konzerntagung den leitenden Angestellten der Mannesmann AG und ihrer Werke vor.[1350] Auf den Konzerntagungen zu Jahresbeginn wurden keine operativen Entscheidungen gefällt, jedoch wurden wesentliche Bestandteile der langfristigen strategischen Unternehmenspolitik kommuniziert. Dies geschah in Form von Vorträgen, zu denen Wilhelm Zangen die Führungskräfte aufforderte und über deren Disposition er wachte.[1351]

Zur Vorbereitung von Winkhaus Vortrag über die Betriebsklimastudie erstellte Wolfgang Schneider ein internes Diskussionspapier, das die Ergebnisse und die Vorgeschichte der Untersuchung referierte.[1352] Schneider machte geltend, dass die Untersuchung des WWI zwar nicht der eigentliche Grund, aber der Anlass für die Beauftragung des Instituts für Sozialforschung mit der Betriebsklimastudie gewesen sei. Schneider betonte, dass die Mannesmann AG der gewerkschaftlichen Untersuchung seinerzeit “gern zugestimmt” habe: “Die Fragen, denen das Institut nachgehen wollte, interessierten uns als Unternehmensleitung auch. Der Kontakt zum theoretischen gewerkschaftlichen Denken interessierte uns.”[1353] Die Fragen, mit denen sich die Gewerkschaftsstudie beschäftigt habe, seien Fragen der

[1348] Informations- und Nachrichtendienste der Bundespressestelle des DGB, Bd. X (1955), S. 17, zitiert nach Müller, S. 270.
[1349] vgl. Müller, S. 268-271.
[1350] Mannesmann Archiv, M 12.300, Tagesordnung zur Konzerntagung am 14. und 15. Januar 1955.
[1351] Zu den Konzerntagungen allgemein vgl. die Akten in Mannesmann Archiv, M 12.300, M 12.301 und M 12.302.
[1352] M 21.076 Schn[eider], Betreff Referat zur industriesoziologischen Untersuchung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, Düsseldorf, 28.12.1954.
[1353] Ebd., S. 1

"Menschenführung" gewesen, die erstmals auf einer "wissenschaftlichen Basis" untersucht worden seien. Schneider äußerte als Kritikpunkt an der WWI-Untersuchung, dass sie stärker auf den gesellschaftspolitischen Rahmen orientiert gewesen sei und sich nicht mit den betrieblichen Fragen beschäftigt habe. Die Frage "Was sind und denken die Menschen in unseren Betrieben?" sei aber die Frage gewesen, die die Mannesmann AG interessiert habe.[1354] Schneider unterschied zwischen den unterschiedlichen Fragestrategien der beiden Studien. Die Studie des WWI sei eine allgemein industriesoziologische Studie gewesen, die sich auf gesamtgesellschaftliche Aussagen erstrecke: "Es hat sich insofern bei der WWI-Untersuchung um eine industriesoziologische Aktion, nicht aber um eine betriebssoziologische Untersuchung gehandelt."[1355]

Als Hermann Winkhaus, eines der drei formal gleichberechtigten Vorstandsmitglieder der Mannesmann AG, auf der traditionellen Konzerntagung am 14. Januar 1955 den Führungskräften aus den Werken und der Hauptverwaltung die Ergebnisse der industriesoziologischen Studie vorstellte, die der Holdingvorstand im Juni 1954 in Auftrag gegeben hatte, waren mit den Arbeitsdirektoren aus den Vorständen der Werke und der Holding zentrale Träger der Unternehmensmitbestimmung zugegen. Hermann Winkhaus, der in der Holdinghauptverwaltung die Funktion des technischen Vorstands innehatte, formulierte seine eigene Lesart der Ergebnisse dieser umfangreichen Untersuchung.[1356] Am Ende seiner Rede bekräftigte er den Führungsanspruch des Unternehmens auch in Fragen, die die Unternehmensmitbestimmung betrafen: "Die Gewerkschaft denkt zuviel an den Einfluss auf die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Der einzelne Arbeiter dagegen hofft auf eine Verbesserung der betrieblichen Verhältnisse, auf stärkeren Einfluss im Betrieb und damit auf Anerkennung seiner Arbeit und seiner Person. Die Untersuchung zeigt uns deutlich: wir, die Leiter unserer Betriebe und Unternehmen, haben es in der Hand, vieles zu verbessern. Wir dürfen die berechtigten Erwartungen unserer Arbeiter nicht enttäuschen. Wir sollten die Führung übernehmen auf dem Weg zu einer Mitbestimmung, wie sie unsere Belegschaft erwartet."[1357]

Die Konzerntagungen des Mannesmannkonzerns bildeten seit Jahren ein Forum, in dessen Rahmen unternehmenspolitisch relevante Themen kommuniziert wurden. Zu Beginn des Jahres 1955 lagen die Gesetzentwürfe für die umstrittene Holdingmitbestimmung zur

[1354] Vgl. ebd., S. 3.
[1355] Ebd., S. 3.
[1356] Mannesmann Archiv, M 30.082a, Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität: Betriebsuntersuchung in ausgewählten Werken der Mannesmann AG Sommer 1954, Rohbericht, Frankfurt am Main 1954.
[1357] Zitiert wird nach der hektographierten Fassung des Redemanuskripts in Mannesmann Archiv, M 21.076, Winkhaus o. T., 14.1.1955, hier S. 22.

Beratung vor.[1358] Winkhaus‘ Rede auf der Konzerntagung löste sowohl eine unternehmensinterne als auch eine öffentliche Diskussion aus. Ersteres war sicher intendiert, hatte Winkhaus doch das Referat kurzfristig mit der programmatischen Überschrift “Unsere Aufgaben 1955” versehen, letzteres hatte er aller Wahrscheinlichkeit nach nicht beabsichtigt. Die Rede vor diesem Forum war brisant, weil Winkhaus zentrale Bestandteile der weitgehend etablierten Unternehmensmitbestimmung angriff. Tatsächlich verschärfte die Rede einen bereits schwelenden unternehmensinternen Konflikt.

Im folgenden sollen die Ergebnisse der Betriebsklimastudie in Bezug auf die Mitbestimmungsfrage in der Lesart Hermann Winkhaus‘ rekonstruiert werden.[1359] Denn seine spezifische Lesart der Ergebnisse der Studie bildete, wie sich zeigen wird, den unmittelbaren Anlass für Konflikte in Mannesmann-Verwaltung, Konzern und Werken.

Winkhaus eröffnete sein Referat mit der “grundsätzlichen Frage”, die den Vorstand bewogen habe, das Institut für Sozialforschung mit der Studie über das Betriebsklima zu beauftragen. Es sei dem Konzern um “die Erforschung des sozialen Klimas […] und […] die Bestimmung der wesentlichen Faktoren, die das Klima gestalten” gegangen. Die Kenntnis dieser Faktoren sei “für eine zeitgemässe Form der Menschenführung” unerlässlich. Ziel der Menschenführung sei die “bestmögliche Erfüllung aller Funktionen”. Die Unternehmensführung habe die Frage bewegt: “Was denkt und was will die Belegschaft, und warum denkt und will sie es?”[1360] Den unmittelbaren Anlass habe die Studie des WWI “Arbeiter – Management – Mitbestimmung” gebildet.[1361] Deren Ergebnisse hätten das Interesse des Managements geweckt, weil die Studie auch in drei Werken der Mannesmann AG durchgeführt worden sei, nämlich im Hüttenwerk Huckingen, im Röhrenwerk Düsseldorf-Rath und in dem weiterverarbeitenden Werk Kronprinz in Solingen-Ohligs.[1362] Die Perspektive der Gewerkschaften habe dem Betriebspraktiker jedoch wenig zu sagen; statt dessen blieben offene Fragen, die aufgrund der Fragebogenmethode der Gewerkschaftsstudie auch nicht beantwortbar

[1358] Vgl. Müller: Strukturwandel, S. 256ff., 272ff.

[1359] Hierzu wird auf das hektographierte Manuskript zurückgegriffen, das zur Unterrichtung ausgewählter Teile der Öffentlichkeit in der auf die Konzerntagung folgenden Woche angefertigt wurde. Es ist weitgehend identisch mit dem Entwurf des Redemanuskripts. Beide finden sich in Mannesmann Archiv, M 21.076, o. T. Winkhaus 14.1.1955. In der Literatur wird gemeinhin nach der von Winkhaus in der Zeitschrift Arbeit und Sozialpolitik veröffentlichten Fassung zitiert, vgl. Winkhaus, Betriebsklima. Die publizierte Fassung weicht jedoch ebenso wie die Pressemitteilungen, die die Mannesmann-Hauptverwaltung abgab, nachdem Winkhaus‘ Rede skandalisiert worden war, vom Redemanuskript ab. Insbesondere der Führungsanspruch des Managements in der “richtigen” Umsetzung der “wirklichen” Mitbestimmungsinteressen der Mannesmann-Arbeiter wurde ausgelassen. Winkhaus‘ Vortrag liegt eine Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse des IfS-Rohberichts durch Schneider zugrunde, vgl. Mannesmann Archiv, M 21.076 Schn[neider], Betreff Referat zur industriesoziologischen Untersuchung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, Düsseldorf, 28.12.1954.

[1360] Mannesmann Archiv, M 21.076, Redemanuskript Winkhaus, S. 1.

[1361] Veröffentlicht erst nach Abschluss der Betriebsklimastudie als Theo Pirker, Burkart Lutz, Siegfried Braun: Arbeiter – Management – Mitbestimmung. Köln 1955. Der Mannesmann AG lagen aber eine ganze Reihe hektographierter Forschungsberichte vor, da sie die Durchführung der Studie unterstützt hatte.

[1362] Ebd., S. 3.

gewesen seien.[1363] Vor allem auf ein Ergebnis der Gewerkschaftsstudie hob Winkhaus ab. Ein Zusammenhang, den die WWI-Studie herausgestellt habe, sei folgender gewesen: "[D]as Urteil zur Mitbestimmung falle um so negativer aus, je schlechter der Arbeiter zugleich auch die Beziehungen zum Meister und Abteilungsleiter beurteilt. [...] Erst die Ergebnisse der von uns selbst durchgeführten Studie lassen uns jetzt den Grund dieses Zusammenhangs erkennen. Sie zeigt, dass die Belegschaft unter Mitbestimmung etwas ganz Konkretes, Betriebsgebundenes versteht. Mitbestimmen heisst für sie offenbar in erster Linie: angehört werden, mitberaten, mitentscheiden, in dem ihr überschaubaren Bereich, d. h. im eigenen Betrieb. Um dies zu können, ist das Vertrauen zum Vorgesetzten eine entscheidende Voraussetzung. Kein Wunder also, wenn die Einstellung zur Mitbestimmung dort am negativsten oder skeptischsten ist, wo die Beziehungen zum Meister und Abteilungsleiter als schlecht bezeichnet werden."[1364]

Die Auswahl des Instituts für Sozialforschung begründete Winkhaus mit dessen methodischer Avanciertheit. Es verwende "modernste wissenschaftliche Methoden" – die Formel lautet an anderer Stelle "moderne amerikanische Forschungsmethoden" –, die es erlaubten, zu den "gefühlsmässigen Wurzeln" dessen vorzudringen, was der Arbeiter wirklich denke. Insbesondere vom Gruppendiskussionsverfahren erwartete Winkhaus, dass es dazu beitrage, Hemmungen zu überwinden. Von der Verbindung zwischen quantifizierender und qualitativer Analyse versprach er sich Aufschlüsse über die "gefühlsmässigen Hintergründe, die zur Bildung von Meinungen führen".[1365]

Nachdem Winkhaus eine ganze Weile über die Themen der Werksverbundenheit und der Lohnzufriedenheit gesprochen hatte, ohne das Thema "Mitbestimmung" zu berühren,[1366]kam er dann doch zu dem Punkt, auf den das Referat zugespitzt war. Auf die mögliche Verwunderung seiner Zuhörer abhebend, dass er ausgerechnet das Mitbestimmungsthema so lange aufgeschoben habe, begann Winkhaus seine Ausführungen mit der Behauptung, die Mitbestimmung selbst stelle gar keinen besonderen "Betriebsklimafaktor" dar: Sie sei "vielmehr in der Sicht unserer Belegschaft mit dem Problem des gesamten betrieblichen Klimas identisch. […] Der Wunsch nach Mitbestimmung ist der Wunsch nach einem guten Arbeitsklima."[1367] Dies schloss er aus den Befunden zur Werksverbundenheit. Winkhaus wählte für seine Beweisführung einen Weg, den schon die Fragestrategie der Untersuchung nahegelegt hatte. Er argumentierte mit der mangelhaften Kenntnis der Arbeiter über die

[1363] Ebd., S. 4f.
[1364] Ebd., S. 5.
[1365] Ebd., S. 2, 6. Erwähnenswert ist dieser formelhafte Verweis auf "moderne amerikanische Forschungsmethoden" auch deshalb, weil sich im Rahmen dieser Konzerntagung alleine zwei Referate mit Amerika beschäftigten, vgl. Mannesmann Archiv, M 12.300, Schnabel, Nachwuchserziehung für Führungskräfte in den Vereinigten Staaten und ebd., Rauen, Eindrücke einer betriebswirtschaftlichen Studienreise durch Hüttenwerke der USA.
[1366] Mannesmann Archiv, M 21.076 Redemanuskript Winkhaus, S. 8-20.
[1367] Ebd., S. 20.

Institutionen der Mitbestimmung.[1368] Er schloss daraus, dass die Belegschaft der Mitbestimmung in der Holding keinen übergeordneten Wert beimesse: Die Befragungsergebnisse nach dem Namen des Arbeitsdirektors des jeweiligen Werks konnten "nur" jeweils 56 % richtig beantworten, die Anteile der Arbeitnehmervertreter am Aufsichtsrat der eigenen Betriebsgesellschaft bezifferten 89 % falsch, über die Zahl der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Obergesellschaft wusste gar nur 1 % Bescheid.[1369] Vom Rechtsstreit zwischen den Betriebsräten und der Obergesellschaft hatten 20 % gehört, 13 % konnten angeben, dass Mitbestimmungsrechte der Gegenstand der Auseinandersetzung seien.[1370]
Die konkreten Fragen zu Mitbestimmungsgegenständen und -ebenen waren wie folgt beantwortet worden: Mitbestimmung in Fragen der "Oberen Ebene" (Geschäftsverteilung, Geschäftsgang, Investitionen) beanspruchten nur 3 % der Befragten, während 70 % bei Fragen der unteren Ebene mitentscheiden wollten. Hier waren den Befragten als Beispiele soziale Fragen, die eigene Entlohnung und Personalfragen genannt worden.[1371] Daraus schloss Winkhaus: "Die Antworten auf die Frage, was unsere Belegschaft unter Mitbestimmung versteht, lassen erkennen, dass die große Mehrzahl unserer Belegschaft in der Mitbestimmung das Mitsprache- und Mitberatungsrecht des Arbeitnehmers sieht, ohne den Anspruch auf gleichberechtigte Führungsfunktionen zu erheben. Der Horizont des erstrebten Mitspracherechts ist der eigene Betrieb und darüber das eigene Werk, d. h. auf jeden Fall der Bereich, den der Arbeitnehmer überschauen kann."[1372] Dem stellte Winkhaus das gewerkschaftliche Mitbestimmungsverständnis und die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften entgegen.[1373]
Allerdings – und das unterscheidet Winkhaus Rede von Reuschs Rede auf der GHH-Hauptversammlung – griff Winkhaus die Mitbestimmung nicht frontal an. Er konzedierte, dass die "Unkenntnis nicht mit mangelndem Interesse an der Mitbestimmung zu verwechseln" sei.[1374] Er zitierte in seiner Rede aus den Gruppendiskussionen einen ungenannten Arbeiter, der geäußert hatte: "Ich bin für das Mitbestimmungsrecht, und Mitbestimmung muss sein. Überlegt Euch das mal ganz gut: wir bestimmen mit. Schon das Wort allein." Er zitierte auch einen anderen Arbeiter, den die Mitbestimmung "im Kleinen gesehen" interessierte, während er über die "große Mitbestimmung" äußerte: "Die große Mitbestimmung, das würde mich ja an und für sich weniger interessieren. Zuletzt muss ich ja immer arbeiten

[1368] Ebd., S. 20-22.
[1369] Ebd., Tabelle S. 20.
[1370] Ebd., S. 22.
[1371] Ebd., Tabelle S. 22.
[1372] Ebd., Tabelle S. 22.
[1373] Ebd., S. 23.
[1374] Ebd., S. 22.

hier."[1375]

Winkhaus jedoch hatte erkannt, dass die Belegschaft die Mitbestimmung wollte. Er glaubte, mit den Argumenten und Erkenntnissen der Studie die Reichweite der Mitbestimmung modifizieren zu können. Er appellierte daher an die Führungskräfte, aus den referierten Ergebnissen nicht den falschen Schluss zu ziehen, "*die Mitbestimmung überhaupt abzulehnen. Wir wissen dass unsere Arbeiter ein echtes Interesse an ihr haben. Es liegt an uns dieses Interesse zu befriedigen."*[1376] Winkhaus ging davon aus, dass ein geändertes Führungsverständnis das Mittel sei, die Mitbestimmungsansprüche der Gewerkschaften einzudämmen, indem dieses dazu beitrage, den gewerkschaftlichen Forderungen die legitimatorische Basis zu entziehen: "Der Weg ist uns vorgezeichnet. Die Mitbestimmung ist ein betriebliches Problem. Wir wissen, dass sich unsere Arbeitnehmer vom gewerkschaftlichen Mitbestimmungskampf nicht distanzieren. Inneren Anteil nehmen sie nur deshalb, weil sie selber eine eigene konkrete Vorstellung von dieser Mitbestimmung haben. Die Gewerkschaft denkt zuviel an den Einfluss auf die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik; der einzelne Arbeiter dagegen hofft auf eine Verbesserung der betrieblichen Verhältnisse, auf stärkeren Einfluss im Betrieb und damit auf Anerkennung seiner Arbeit und seiner Person. Die Untersuchung zeigt uns eindeutig: Wir, die Leiter unserer Betriebe und Unternehmen, haben es in der Hand, vieles zu verbessern. Wir dürfen die berechtigten Forderungen unserer Belegschaft nicht enttäuschen. *Wir sollten die Führung übernehmen, auf dem Weg zu einer Mitbestimmung, wie sie unsere Belegschaft erwartet*."[1377]

In der aufgeladenen Atmosphäre der erwähnten Reusch-Affäre war es nicht weiter verwunderlich, dass aus ihr eine Reusch-Winkhaus-Affäre zu werden drohte. Jedenfalls war es in dieser Situation nicht verwunderlich, dass die Rede Winkhaus' nicht nur der konzerninternen Diskussion vorbehalten blieb, wie er es retrospektiv erwartet zu haben vorgab. In der Folgewoche berichtete zunächst die gewerkschaftsnahe *Neue Rhein-Zeitung* unter dem Titel *Neuer Fall Reusch*: "Der Fall Reusch ist kein Einzelfall. Auf einer Konzerntagung der Mannesmann AG hat Direktor Dr. Winkhaus erklärt, die Mannesmann-Belegschaften hätten kein Interesse an der Mitbestimmung. Dies habe eine von ihm veranlaßte ‚betriebssoziologische Untersuchung' ergeben."[1378] Am folgenden Tag berichtete man ausführlicher unter dem Titel *Drei Sternchen,* dass Winkhaus die Konzerntagung genutzt habe, um aus den Ergebnissen der betriebssoziologischen Untersuchung des *Instituts für Sozialforschung* ein Desinteresse der Mannesmann-Belegschaften an der Mitbestimmung und einer Gesetzesnovelle oder -änderung zu konstruieren. Auch in anderen Zeitungen erschienen während

[1375] Ebd., S. 22.
[1376] Ebd., S. 22 [Hervorhebung im Original].
[1377] Ebd., S. 24, Hervorhebung im Original.
[1378] Mannesmann Archiv, M 21.076, Neuer Fall Reusch, Neue Rheinzeitung Düsseldorf, 20.1.1955.

des Streiks Hinweise auf Winkhaus' Äußerungen.[1379]

Diese Presseberichte und der breit angelegte Warnstreik, der für Freitag und Samstag, den 21. und 22. Januar 1955 angesetzt war, riefen in der Konzernzentrale am Düsseldorfer Mannesmannufer eine rege Tätigkeit hervor, da auch mehrere Mannesmann-Werke bestreikt werden sollten. Der Vorstand dementierte gegenüber der Presse und vor allem begann Winkhaus ab dem 21. Januar 1955 – wohl auch aus Respekt vor der Dynamik des Streiks – per Fernschreiben die einzelnen Werke der Mannesmann AG anzuweisen, den einzelnen Betriebsratsmitgliedern zur Klärung Redeauszüge zuzustellen. Mit den Pressedementis wurde ein knapper Redeauszug veröffentlicht.[1380]

Flankierend ließ Winkhaus den kompletten Redetext vervielfältigen und an eine Reihe von Personen versenden. Damit reagierte er auch auf Rückfragen bezüglich des Textes und der Ergebnisse der Untersuchung.[1381] Nachdem sich die erste Aufregung gelegt hatte, wurde der Text lediglich noch an vereinzelte Führungskräfte nahestehender Unternehmen und an Unternehmensverbände abgeben.[1382] Anfragen, etwa des WWI des DGB, aber auch Betriebsräten der einzelnen Werke, wurden hingegen ab diesem Zeitpunkt unter Hinweis auf die bevorstehende Publikation der Forschungsergebnisse durch das Frankfurter Institut für Sozialforschung abschlägig beantwortet.[1383]

Um die Situation zu entschärfen, hatten Winkhaus und Horkheimer nämlich vereinbart, dass das Institut die weitere Pressearbeit bestreiten werde.[1384] Allerdings publizierte Dr. Wolfgang Schneider am 14. April 1955 noch einen Artikel unter dem Titel "Die Mitbestimmung in Kritik und Vorstellung des Arbeiters. Zwei Studien zum Arbeitsklima und zur Mitbestimmung" im *Industriekurier*.[1385] Er verglich in diesem Artikel die Ergebnisse der WWI-Studie *Arbeiter – Management – Mitbestimmung* mit der Betriebsklimastudie des Instituts für Sozialforschung.

[1379] Mannesmann Archiv, M 21.076, Mannesmänner: Selbst Mitbestimmen, Rheinische Post, 22.01.1955.

[1380] Mannesmann Archiv, M 21.076, Mitbestimmung aus Belegschaftssicht. Eine Klarstellung des Mannesmann-Konzerns, in: Handelsblatt vom 24.1.1955, ebd., Mannesmann AG, in: Die Welt, 22.1.1955; Mitbestimmung bei Mannesmann, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.1.1955; ebd., Mannesmann-AG nimmt Stellung, in: Industriekurier, 22.1.1955.

[1381] Mannesmann Archiv, M 21.076, Hermann Winkhaus, An die Herren Vorstandsmitglieder des Aufsichtsrates der Mannesmann Akt. Ges. An die Herren Der Entwurf [vgl. Kopie] enthält Liste weiterer Adressaten. Dr. Potthoff Prof. Horkheimer, Prof. Adorno, Dr. Schroeder, Kurt Schmitz, Hilbert, Otto Springorum, Kost, Paulssen, Düsseldorf 21.1.1955.

[1382] Vgl. die Schreiben von Winkhaus in Mannesmann Archiv, M 21.076.

[1383] Vgl. Mannesmann Archiv, M 21.076, Hermann Winkhaus an Bernhard Krapfl, Betriebsrat Huckingen, 2.2.1955; Betriebsratsvorsitzender [Bernhard] Krapfl an Herrn Dr. Winkhaus, Düsseldorf 29.1.1955; ebd. Hermann Winkhaus an Dr. Erich Potthoff, Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaft GmbH, Düsseldorf 8.2.1955; ebd., Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften GmbH, Dr. Erich Potthoff, 3.2.1955.

[1384] Zur Planung der Pressearbeit siehe IfSA A 10, Ordner 1.1, Ludwig von Friedeburg, Aktennotiz über Telefonat mit Dr. Schneider [Rücksprache wegen Horkheimer-Artikel], 10.2.1955; Hellmut Becker, Aktennotiz für Professor Horkheimer, Betr. Ersetzung der Pressekonferenz durch […] aufeinanderfolgende Artikel qualifizierter Korrespondenten, 15.2.1955; Walter Dirks an Adorno, Horkheimer, von Friedeburg, Frau Adorno, Notiz über meine Reise nach Köln, Düsseldorf und Essen, Frankfurt/Main 22.2.1955.

[1385] Wolfgang Schneider: Die Mitbestimmung in Kritik und Vorstellung des Arbeiters. Zwei Studien zum Arbeitsklima und zur Mitbestimmung, in: Industriekurier, 14.4.1955, S. 7

Zunächst erläuterte Dr. Schneider den Kontext, dass die Studie im Auftrag des Vorstands sich auf fünf der größten Werke des Konzerns erstreckte, wobei die wichtigsten Betriebe des Bergbaus, der Eisenerzeugung und der Weiterverarbeitung in genauer Übereinstimmung mit dem Aufbau dieses Unternehmens berücksichtigt worden seine. Besonders hob Schneider hervor, dass drei der jetzt untersuchten Werke auch der gewerkschaftlichen Untersuchungsgruppe des WWI in den Jahren 1952/53 als Forschungsbereich gedient hätten und die Studien daher vergleichbar seien. Schneider betont im Vergleich mit der WWI-Studie den Anspruch der Betriebsklimastudie auf einen rein empirischen Charakter und auf weltanschauliche Neutralität: "Bei der Mannesmann-Untersuchung hat es sich um eine reine Meinungserforschung gehandelt. Keine gesellschafts- und sozialpolitische Theorie lag ihr zugrunde. Keine solche Theorie sollte durch die Befragungsergebnisse erhärtet werden. Vielmehr sollte die Belegschaft unbeeinflußt sagen, was sie denkt und will, und nichts als ein Spiegelbild dieses Denkens und Wollens der Belegschaft wollte die Auswertung bringen."[1386]
Dr. Schneider erläuterte dann die methodische Grundlage der Interviewuntersuchung und der Gruppendiskussionsmethode und nannte die Zahl der repräsentativen Befragungen und der Gruppendiskussionen.
Dr. Schneider ging auf das Problem der in der Untersuchung geäußerten Kritik ein und kontextualisierte sie. Aus Unternehmersicht habe in der Artikulation von "Unzufriedenheiten mit betrieblichen Einrichtungen und Maßnahmen" keine "grundsätzliche Opposition gegen den Betrieb und seine Ordnung" bestanden. Im Vergleich mit der WWI-Untersuchung habe die Mannesmann-Untersuchung ein vielfaches an Kritik an den Tag gebracht: "[D]ie größeren Aussagemöglichkeiten, die die Methoden einer umfassenden Meinungserforschung gewähren, führte hier zu einer noch breiteren und zugleich lebhafteren Kritik als bei der Befragung der gewerkschaftlichen Untersuchungsgruppe. Ebenso eindeutig aber kam bei der Mannesmann-Untersuchung heraus, daß die Kritik sich nicht als prinzipieller Widerspruch zur betrieblichen Ordnung verstehen läßt [...]."[1387]
Grundsätzlich sei die Einstellung der Befragten zu ihren Werken und Betrieben positiv, was sich an dem Wunsch in ihm zu bleiben messen lasse. Daraus zog Schneider im Kontrast zur WWI-Studie den Schluss, dass die Arbeiter nicht nach einem grundsätzlichen Wandel der Wirtschaftsordnung strebten: "Es geht dem Arbeiter von heute nicht mehr um eine Neuordnung des Wirtschaftslebens. Es geht ihm um die Beseitigung konkreter Mißstände in der bestehenden Ordnung. Seine durchgehend positive Einstellung zum Betrieb und seine Verbundenheit mit ihm lassen erkennen, daß er die betriebliche Ordnung für genügend gesund und lebendig hält, um aus eigenen Kräften mit solchen Mißständen fertig zu wer-

[1386] Ebd.
[1387] Ebd.

den."[1388]

Im Folgenden kontrastierte Schneider Einzelergebnisse der Mannesmann-Untersuchung mit den Befunden der WWI-Studie. Der erste Punkt, auf den er einging, war die Kritik an den Vorgesetzten. Ähnlich wie die WWI-Studie weise die Betriebsklima-Untersuchung auf eine verbreitete Kritik an den Vorgesetzten hin: "An erster Stelle in dieser Kritik steht aber nicht die von der gewerkschaftlichen Untersuchungsgruppe vertretene Opposition gegen die 'autoritäre Ordnungsvorstellung', die der Vorgesetzte repräsentiert. An erster Stelle steht vielmehr die Beschwerde über das persönliche Verhältnis. Der 'rauhe Umgangston', der 'fehlende Kontakt' und 'Ungerechtigkeiten in der menschlichen Behandlung' geben vor allem Anlaß zu Klagen."[1389] Man kann dem natürlich entgegenhalten, dass das Frankfurter Forscherteam "autoritäre Ordnungsvorstellungen" lediglich in besser zu kommunizierende Begriffe übersetzt hat, denn in der grundsätzlichen Interpretation bestand in diesem Punkt sicher kein wesentlicher Unterschied zwischen der Frankfurter Forschergruppe und der WWI-Gruppe.

Allerdings konzedierte auch Schneider, dass sich in der Kritik an den Vorgesetzten auch ein Widerspruch zur betrieblichen Ordnung äußern könne: "Bei aller Schärfe der Kritik am Vorgesetzten neigt die Belegschaft doch immer wieder dazu, ihn mit dem Hinweis zu entschuldigen, auch er, der Vorgesetzte, stünde ja im 'Räderwerk' und könne auch bei bestem Willen nicht so, wie er vielleicht wolle. Hier wird sichtbar als die letzte Wurzel des Übels der Betrieb in seiner Ordnung angesehen. Nur – diese Kritik an der betrieblichen Ordnung ist nicht das einzige und nicht einmal das erste. Sie ist nicht so verbreitet, daß man von kollektiver Opposition sprechen [...] müßte, wie die gewerkschaftliche Untersuchungsgruppe sie gezogen hat."[1390] Vielmehr akzeptierten die Interviewees und Probanden der Gruppendiskussionen die betriebliche Ordnung. Schneider verwies auf das Untersuchungsergebnis, dass die Befragten betriebliche Organe und hier besonders die Vorgesetzten in gleichem Maße wie die Belegschaftsvertretung als Artikulationsadresse von Beschwerden und als "Interessenvertreter" betrachteten: "Ohne Gewissenskonflikt sucht die Belegschaft sowohl den Vorgesetzten als auch die Betriebsvertretung auf, um ihre Beschwerden vorzubringen. Ohne Gewissenskonflikt sieht sie beide als ihre Interessenvertreter an. Auch das darf als Beweis für die prinzipielle Übereinstimmung mit der betrieblichen Ordnung gewertet werden. Auch die gewerkschaftliche Untersuchungsgruppe hatte ja von einer weitgehenden Integration in die betriebliche Ordnung gesprochen."[1391] Allerdings hob Schneider auch die positiven Ergebnisse in Bezug auf die Akzeptanz der Betriebsräte und dem geringen

[1388] Ebd.
[1389] Ebd.
[1390] Ebd.
[1391] Ebd.

Ausmaß der Kritik an ihnen hervor.

Zum Schluss seines Artikels ging Schneider auf das Wissen um die Mitbestimmung ein. Interessanterweise hob Schneider die "allgemeine Zustimmung der Belegschaft zur Idee der Mitbestimmung" hervor, obwohl er ja die unternehmernahe Sicht vertrat. Allerdings machte er zugleich geltend, dass "diese Zustimmung [...] [keineswegs] als mittelbarer Widerspruch gegen die Ordnung der Betriebe oder gar der Wirtschaft überhaupt" zu verstehen sei.[1392] Er formulierte daran anschließend eine Kritik an der Gewerkschaftsstudie *Arbeiter – Management – Mitbestimmung*: "Das Bewusstsein von der Solidarität der Arbeiterschaft mit der Gewerkschaft hat die gewerkschaftliche Untersuchungsgruppe [des WWI] dazu verführt, bei den Belegschaften ganz selbstverständlich die gleichen Vorstellungen von der Mitbestimmung vorauszusetzen, die die Gewerkschaftsführung selber davon hat."[1393] Aufgrund der geringen Kenntnisse der Arbeiter zu den Mitbestimmungsfragen stellte Schneider eine Distanz zu den gewerkschaftlichen Positionen fest: "Wie unsicher eine solche Voraussetzung [die der WWI-Gruppe] ist, zeigt das Ergebnis einiger Wissensfragen, die im Rahmen der Mannesmann-Untersuchung zu den eigentlichen Mitbestimmungsfunktionen, nämlich zur Institution des Arbeitsdirektors und zur Arbeitnehmervertretung in den Aufsichtsräten, gestellt worden sind." Schneider ließ es sich in diesem Zusammenhang nicht entgehen, die ausgesprochen niedrigen Kennziffern zu nennen: "Nach diesen Resultaten ist die Kenntnis, von den offiziellen Mitbestimmungsorganen denkbar gering. Nur 16% der Befragten in denjenigen Mannesmannwerken, auf die das Montan-Mitbestimmungsgesetz Anwendung findet, konnten sagen, in welchem Verhältnis es im Aufsichtsrat ihrer eigenen Betriebsgesellschaft Arbeitnehmervertreter gibt. Eine genauere Kenntnis über die Arbeitnehmervertreter im Vorstand und Aufsichtsrat der Obergesellschaft war nur bei 5% bzw. 1% der Befragten zu finden."[1394]

Obwohl Schneider die mangelnde Kenntnis von den Institutionen der Mitbestimmung in das Zentrum seiner Argumentation rückte, waren seine Schlussfolgerungen dennoch vergleichsweise zurückhaltend: "Es wäre grundverkehrt, aus diesen Zahlen auf ein fehlendes Interesse an der Mitbestimmung überhaupt oder auch nur an den Spitzenorganen und deren Pflichten und Rechten zu schließen. Die Frage nach den Bereichen, auf die sich nach der Meinung der Befragten die Mitbestimmung zu erstrecken habe, zeigt nämlich deutlich, daß immerhin ein Viertel der Belegschaft an Mitbestimmungsrechte denkt, die nur durch die Arbeit eines Vertreters im Aufsichtsrat und Vorstand der Unternehmen gewahrt werden können. Auch nach dem Material der Mannesmann-Befragung ist also ein Interesse der

[1392] Vgl. ebd.
[1393] Ebd.
[1394] Ebd.

Belegschaft an einer Form der Mitbestimmung festzustellen, die auf die Einflußnahme in den Führungsgremien der Wirtschaft und der Unternehmen hinausläuft."[1395] Wahrscheinlich ist diese moderate Haltung auch als Reaktion auf die kämpferischen Maßnahmen gegen die Reusch-Äußerungen zu verstehen.

Deshalb setzte Schneider an das Ende seiner Ausführungen auch keine kämpferische Passage, sondern den Appell zu Mitverantwortung und Partnerschaft. Dadurch gelang es Schneider die Vorstellungen von Mitbestimmung institutionell und ordnungspolitisch einzuhegen: "Angst, Misstrauen und das Gefühl des Ausgeliefertseins an eine anonyme, unbeeinflußbare Macht sind aber nicht der einzige und nicht der verbreitetste Impuls dieses Mitbestimmungswillens der Belegschaft. Schon der erwähnte Kontrollgedanke, unter dem die Mitbestimmung von etwa einem Viertel der Mannesmann-Belegschaft gesehen worden ist, mündet häufig in den Gedanken der Mitverantwortung und Partnerschaft ein. Hier wird die Mitbestimmung nicht mehr als ein Instrument zur Umwandlung der Wirtschafts- und Betriebsverfassung angesehen, sondern als eine Möglichkeit zur Integration in die bestehende Ordnung. Diesen Willen zur Integration muß man ohne Zweifel als den wichtigsten Impuls des Mitbestimmungsinteresses verstehen. Die große Mehrheit der Belegschaft zeugt für ihn. Sie denkt primär an eine Form der Mitbestimmung, die sich im eigenen Betrieb vollzieht und deren Träger keine Delegierten, sondern die Arbeiter selber sind. Sie will sagen können: 'Wir selber, die Arbeiter, bestimmen mit.' Sie will durch die Mitbestimmung nicht verwaltet werden, sondern sie selbst erleben und vollziehen. Da dies nicht gegen den Betrieb geschehen kann, sondern nur mit ihm und durch ihn, versteht sich von selbst. Im Zeichen der Mitbestimmung kann eine 'Solidarität der Arbeitnehmerschaft' nicht aus dem Widerspruch zum Betrieb und seiner Ordnung existieren."[1396]

Vergleicht man die Publikationen der Studienergebnisse in deutschen Tageszeitungen durch Mitarbeiter des IfS oder diesem nahe stehende Personen mit der unternehmensinternen Interpretation, so lassen sich deutliche Differenzen zur Winkhaus'schen Interpretation erkennen.[1397] Insbesondere der Artikel "Menschen im Großbetrieb" von Max Horkheimer liest sich zwischen den Zeilen wie Distanzierung von der betriebsoffiziellen Interpretation der

[1395] Ebd.
[1396] Ebd.
[1397] Von Seiten des Instituts übernahmen die Artikel Max Horkheimer selbst, Walter Dirks und Volker von Hagen; vgl. Max Horkheimer: Menschen im Großbetrieb, Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 19.2.1955, Zitiert wird nach der Veröffentlichung in: ders.: Gesammelte Schriften. Band 8: Vorträge und Aufzeichnungen 1949-1973. Frankfurt/Main 1985, S. 95-105; Walter Dirks: Was will der Arbeiter? in: Neue Ruhr Zeitung, 5.3.1955 und Volker von Hagen: Bergbau – gefährlicher Beruf in der Krise, in: Die Welt, 31.3.1955. Von Mannesmann-Seite liegen Artikel von Hermann Winkhaus und Wolfgang Schneider vor; vgl. Hermann Winkhaus, Mitbestimmung, und Wolfgang Schneider: Die Mitbestimmung in Kritik und Vorstellung des Arbeiters. Zwei Studien zum Arbeitsklima und zur Mitbestimmung, in: Industriekurier, 14.4.1955, S. 7, sowie ders., 1176 Mannesmann-Arbeiter und Angestellte wurden befragt. Aus den Antworten können sowohl Direktoren wie Gewerkschaftsführer viel lernen, Remscheider Generalanzeiger [Datum fehlt, Frühjahr 1955], Sonderausgabe, S. 37-40, in Mannesmann Archiv M 21.076.

Studie.

Als zentralen Gegenstand der Untersuchung bezeichnete Horkheimer das "Betriebsklima". Horkheimer versteht unter diesem "vagen" Begriff die Zusammenfassung "eine[r] Menge subjektiver Reaktionen auf menschliche, technische, organisatorische Elemente des Betriebes. Diese Reaktionen bilden schließlich eine eigene Struktur, einen Faktor im Betrieb, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden darf [...]."[1398] Die Kenntnis dieses Faktors sei für die "Beteiligten, das sind die Werksleitungen, leitenden Angestellten genauso bedeutend wie für die Arbeitnehmer und ihre unmittelbaren Sprecher. Darüber hinaus allerdings ist es auch ein Gegenstand von allgemeinem Interesse."[1399] Horkheimer stellt die Erforschung der "menschlichen Beziehungen" im Betrieb, die er nach dem Vorbild aus den USA "bis zur kleinsten Arbeitergruppe" voranzutreiben fordert, als ein Desiderat sozialwissenschaftlicher Forschung dar.[1400]

Was Horkheimers und Winkhaus Interpretation der Ergebnisse unterscheidet, ist die Einschätzung der Bedeutung des Betriebs. Horkheimer hob die normativen Aspekte der Rede vom "Betrieb" hervor und beschreibt den "Betrieb als Ideologie und Wirklichkeit". Aus den Ausführungen zum Standpunkt der Gewerkschaften wird deutlich, dass Horkheimer unter der Betriebsideologie eine vergemeinschaftende Argumentationsstrategie von Unternehmerseite versteht: "Kompliziert wird die Stellung des Arbeiters [...] dadurch, dass die Gewerkschaften ihren Schwerpunkt außerhalb des Betriebes haben. Sie sind es gewohnt, dass Arbeitgeber den Betrieb gegen ‚betriebsfremde' Elemente ausspielen, den Betriebsrat gegen das Gewerkschaftsbüro; dass sie eine Ideologie des Betriebs gegen ein die Betriebe übergreifendes Arbeiterbewusstsein vertreten, die Betriebspartnerschaft gegen das ‚Klassenbewusstsein' der klassischen sozialistischen Theorie. Dieser Gegensatz verringert aber die Bedeutung der Betriebsuntersuchungen nicht. Gerade weil es zwischen der Gewerkschaft und den Unternehmern in Betriebsangelegenheiten Meinungsverschiedenheiten gibt, haben auch die Gewerkschaften objektiv ein lebhaftes Interesse an ‚Felduntersuchungen', an der Klärung von Sachverhalten an Ort und Stelle."[1401]

Horkheimer plädiert für eine offene Aufnahme der Ergebnisse und warnt vor Starrheit in der

[1398] Horkheimer:, Menschen, S. 95.
[1399] Ebd.
[1400] Vgl. ebd., S. 96. Die Möglichkeit, drittmittelfinanzierte Folgeuntersuchungen an die Betriebsklimastudie anzuschließen, zeichnete sich nach einer Anfrage des Bundesministeriums für Arbeit beim Institut für Sozialforschung im Januar 1955 ab. Das Institut für Sozialforschung sollte für das Ministerium Untersuchungen über die Ursachen der Personalfluktuation im Bergbau durchführen. Institutsmitarbeiter hatten bezüglich der Bereitschaft des Unternehmens, an solchen Untersuchungen mitzuwirken, am 11. Januar 1955 bei Schneider vorsondiert. Die programmatischen Formulierungen Horkheimers sind auch vor diesem Hintergrund zu sehen, vgl. zu den Sondierungen des Instituts bei Winkhaus, M 21.076, Aktennotiz Wolfgang Schneider an Herrn Dr. Winkhaus, Düsseldorf 11.1.1955. Siehe hierzu das 5. Kapitel.
[1401] Horkheimer: Menschen, S. 96f. Die Untersuchungsergebnisse sollten Material als Grundlage der Urteilsbildung und Anhaltspunkte für künftige praktische Entscheidungen liefern, ebd., S. 95 und 97.

Interpretation, die die Ergebnisse lediglich in Bezug auf feststehende Vorstellungen wertet und fordert daher, zunächst einmal die "Sache selbst sprechen" zu lassen. Dies gelte besonders für den "gegenwärtig im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses" stehenden Gegenstand der Studie: der Mitbestimmung.[1402] Ohne Winkhaus direkt zu nennen, geht Horkheimer auf dessen Wendung der Befragungsergebnisse gegen die gewerkschaftliche Position zur Unternehmensmitbestimmung ein. Horkheimer zeigt, dass die Ergebnisse in verschiedener Richtung interpretierbar sind und somit Deutungsangebote für verschiedene Handlungsmöglichkeiten anbieten: "Aus der Tatsache, dass ihr [der Mitbestimmung] genauer Charakter den meisten Arbeitnehmern der untersuchten Werke nicht bekannt ist, könnte einer, wenn er wollte, gewiss den raschen Schluss ziehen, dass dieses Recht ein geringes Fundamentum in re habe und also mindestens nicht auszubauen, besser aber sogar einzuschränken sei oder doch auszubauen nur in der Richtung der besonderen Interessen der Betriebsarbeiter; ein anderer wird dagegen aus dem selben Sachverhalt schließen, dass man das Mitbestimmungsrecht im Gegenteil weiter entwickeln müsse, um es wirksamer zu machen. Keine dieser beiden Schlussfolgerungen ergibt sich ohne weiteres aus dem Material, jede schließt eigene, von der Untersuchung unabhängige Prämissen ein, wie sehr sie andererseits mit der Zuverlässigkeit des untersuchten Befundes rechnen müssen."[1403]
Horkheimer bekräftigt allerdings auch den Anspruch des Instituts, mit seiner Untersuchung einen empirischen Beitrag zur Beantwortung allgemeinerer Fragen, die zeitgenössisch den wissenschaftlichen ebenso wie gesellschaftlichen Diskurs beschäftigten, geliefert zu haben. "Es erheben sich Probleme, wie die, ob es die ‚Arbeiterklasse' und ein ‚Arbeiterbewusstsein' – beides ist keineswegs identisch – gebe, noch gebe oder nicht mehr gebe, ob und wie sich der Inhalt einer solchen Struktur und eines solchen Bewusstseins, soweit es nachweisbar sei, geändert habe."[1404] Horkheimer entwirft im folgenden Abschnitt ein Bild vom mangelhaften Stand der Kenntnisse über die Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft zähle "bei allem positivistischen Forschungsbetrieb, eher zu den weißen Flecken auf der soziologischen Landkarte Deutschlands."[1405] Man könne fast von einer unbekannten Arbeiterschaft sprechen. Horkheimer nennt das Klischee des "Arbeiters, der mehr verdiene als ein Akademiker", das "empirisch nicht besser gesichert sei, als ehedem die Prognose von der buchstäblichen Verelendung".[1406]

[1402] Ebd.
[1403] Ebd., S. 97.
[1404] Ebd., S. 97f.
[1405] Ebd., S. 98.
[1406] Ebd., S. 98. Horkheimer spielt hier m. E. auf Schelskys Nivellierungsthese an, die in der Tat auf einem schmalen empirischen Fundament basierte, auch wenn in Folge eine ganze Reihe von Studien die Annahme bestätigten, dass eine Nivellierung in Folge sich kreuzender Aufstiegsprozesse (Industriearbeiter) und breiter gesellschaftlicher Deklassierungseffekte eine gewisse empirische Plausibilität gewann, vgl. zu Schelsky Hans Braun: Helmut Schelskys Konzept einer "nivellierten Mittelstandsgesellschaft".

An die grundsätzlichen Bemerkungen schließt sich eine ausführliche Darstellung des methodischen Vorgehens an. Hier geht es Horkheimer vor allem um drei Dinge: zum einen um Transparenz, zum zweiten um methodische Unterfütterung der empirischen Ergebnisse und zum dritten darum, für die Methoden der empirischen Sozialforschung im Allgemeinen und die Gruppendiskussionsmethode im besonderen zu werben. In der Darstellung der Ergebnisse hebt Horkheimer drei inhaltliche Punkte hervor, die sich mit Winkhaus' Vortrag parallelisieren lassen: Die Bedeutung der Lohnzufriedenheit, die Zusammenarbeit im Team und das Verhältnis zu den Vorgesetzten.[1407]

Im Bezug auf die "Vorgesetzten" kam Horkheimer auf das Mitbestimmungsproblem zurück. Auch er nannte die geringe Kenntnis über die Zusammensetzung der Aufsichtsräte und Vorstände und das richtige Verhältnis zwischen der Zahl der Aktionärsvertreter und der Arbeitnehmervertreter, stellte dem jedoch die ebenfalls geringen Bekanntheitsgrade der höheren Vorgesetzten im allgemeinen und der Werksdirektoren im besonderen gegenüber. Die Ergebnisse führte Horkheimer darauf zurück, "dass sich die Arbeiter vorwiegend mit Verhältnissen und Personen beschäftigen, mit denen sie selbst zu tun haben."[1408] Ähnlich sei das subjektive Verständnis der Mitbestimmung einzuschätzen. Von ihr hätten sich die Arbeiter "Verbesserungen in ihrer unmittelbaren Arbeits- und Betriebsexistenz erwartet". In der Öffentlichkeit sei aber die "wirtschaftliche Mitbestimmung bis zu den führenden Organen der Holding strittig." Daraus könne man folgern, dass "zwischen dieser Mitbestimmung und der, die der kleine Mann im Sinn hat, ein grundsätzlicher Unterschied bestehe."[1409] Diese Meinung werde durch das Material der Untersuchung jedoch nur auf den ersten Blick gestützt. Die Studie bestätige "vor allem das Sprichwort […], dass den Menschen das Hemd näher ist als der Rock, nicht aber die Meinung, eben deshalb sei er schon bereit, den Rock abzugeben. In dem reichen Material finden sich keine Hinweise auf die Bereitschaft zu solchem Verzicht." Dass den einzelnen Arbeiter das konkrete Arbeitsumfeld mehr kümmere als die "Investitionspolitik der Obergesellschaft seines Werkes, braucht nicht zu bedeuten, dass er die verwickelten Befugnisse der obersten Arbeitnehmer-Vertretungen unterschätzt."[1410] Horkheimer hob den vermittelten Charakter der institutionalisierten Unternehmensmitbestimmung hervor, indem er darauf hinweist, dass der Arbeiter seinen Vertretungen "seine Stimme delegiert [hat] und […] für sie [einsteht]."[1411] Auch einer gewerkschaftlichen Perspektive sei das Ergebnis über den geringen Informationsstand nicht abträglich.

[1407] Horkheimer: Menschen, S. 100-103. Horkheimer betonte mehrfach die Lage im Bergbau, die er in einzelnen Fragen als "alarmierend" darstellt. M. E. diente diese dramatisierende Darstellung bereits der Legitimation der Notwendigkeit von Folgeuntersuchungen, insbesondere der obenerwähnten Untersuchung über die "subjektiven und objektiven Abkehrgründe", i. e. die Fluktuation, im Bergbau, die im folgenden Kapitel untersucht wird.
[1408] Ebd., S. 103.
[1409] Ebd., S. 104.
[1410] Ebd., S. 104.
[1411] Ebd., S. 104.

Notwendig sei es "ihre [der Gewerkschaften] Forderungen nicht am Bewusstseinsstand des Durchschnitts [zu messen], sondern an dem einer qualifizierten Minderheit […], die allenfalls die Zustimmung der Mehrheit brauche, aber nie auf ihr ungeteiltes und leidenschaftliches Interesse rechnen" könne.[1412]

Die Lesart des Instituts wurde begleitend von Artikeln von dem katholischen Publizisten Walter Dirks und vom Institutsmitarbeiter Dr. Volker von Hagen vermittelt. Am 5. März 1955 erschien der Artikel "Was will der Arbeiter? Lohn Sicherheit, 'Klima'? Das Ergebnis der Umfrage aus den Mannesmann-Werken" von Walter Dirks in der Neuen Ruhr Zeitung.[1413] Eingangs warf Dirks die Frage auf, worauf der Arbeiter Wert lege, "auf höheren Lohn oder auf bessere Behandlung durch den Vorgesetzten", "auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes oder auf die tadellose Waschkaue und eine gemütliche Kantine" oder "auf die Mitbestimmung oder auf gute Stimmung im Betrieb". Dirks stellte fest, dass wenn man die Frage nach einer strikten "entweder-oder-Logik" stelle, man keine richtige Antworten bekomme: "Und so wird man von vorneherein annehmen können, daß sehr viele Arbeiter unsere schief gestellte Frage zurechtrücken werden. Sie werden antworten: Selbstverständlich wünschen wir höhere Löhne, selbstverständlich legen wir großen Wert darauf, daß unsere Arbeitsplätze gesichert sind, aber wir möchten auch anständig behandelt werden."[1414]

Dirks entwarf zwei idealtypische Positionen eines paternalistischen Unternehmers und eines kämpferischen Gewerkschafters, die er miteinander kontrastierte. Der Unternehmer könne denken (und so handeln): "Die Hauptsache ist, daß sich meine Leute bei mir wohlfühlen, wenn sie auf 'Schönheit des Arbeitsplatzes' Wert legen, warum soll ich ihnen das nicht gönnen? Es kostet mich viel weniger als eine Lohnerhöhung. Und wenn sie es wünschen, von den Direktoren gegrüßt zu werden – warum nicht? Den Gefallen kann man ihnen doch tun, das kostet sogar gar nichts. Am Ende ist ein gutes Betriebsklima wirklich das, was die Leute brauchen. Dann hören sie auch am wenigsten auf die Hetzer vom DGB, die betriebsfremden Aufwiegler am grünen Tisch." Der idealtypische Gewerkschaftsfunktionär denke demgegenüber: "Mit dieser ganzen Werksfürsorge und dem betrieblichen Wohnungsbau und dem Schmus von der Partnerschaft wollen sie uns nur die Arbeiter von der Hauptsache ablenken: von der Solidarität, vom Kampf ihrer Organisation um höhere Löhne und um Einfluß in der Wirtschaft; sie wollen ihnen mit dem Linsengericht 'Betriebsklima' das Erstgeburtsrecht des Kampfes für einen sozialen Aufstieg abkaufen."[1415]

Dirks plädierte für ein ausgewogenes Sowohl-Als-Auch. Er verglich die Situation Arbeiters mit der des Arbeitgebers, der fremdes Kapital, nämlich Kredit, brauche, um sein Unterneh-

[1412] Ebd., S. 104.
[1413] Walter Dirks: Was will der Arbeiter? in: Neue Ruhr Zeitung, 5.3.1955
[1414] Ebd.
[1415] Ebd.

men zu führen: “so braucht der Arbeiter seinen Stand und sein Recht im Betrieb – und die betriebsfremde Gewerkschaft, auf deren Hilfe und Macht er zählen kann, wenn er gegenüber dem eigenen Arbeitgeber zu schwach ist.”[1416] Denn die Machtquelle des einen, des Arbeitgebers, sei sein Kapital, die des Gegenübers, des Arbeiters, sei die gewerkschaftliche Solidarität. Um zu erfahren, wie der Arbeiter zu den angesprochenen Problemen stehe, hätten die Vorstände der Mannesmann AG, die Arbeitsdirektoren eingeschlossen, mit Zustimmung der Betriebsräte und Werksleitungen beschlossen, das Betriebsklima zu untersuchen. Auf ein kurzes Referat der Ausgangslage der Auseinandersetzung um die Mitbestimmung in der Holding-Frage folgt die Darstellung der Forschungsergebnisse. Dazu skizzierte Dirks zunächst das methodische Vorgehen der repräsentativen Interviewbefragung und dann die Gruppendiskussionsmethode, für die das *Institut für Sozialforschung* als “geübtes wissenschaftliches Institut” einen Expertenstatus beanspruche.

Als Ergebnisse der Befragung schildert Dirks, dass für die “Zufriedenheit mit dem Werk die eigene Bezahlung eine recht geringe Rolle spielt, dagegen die Sicherheit gegenüber der Gefahr einer Entlassung, die Behandlung durch die Vorgesetzten, die Anerkennung guter Leistungen und der eigene Arbeitsplatz eine viel größere” Rolle spiele. Dieses Ergebnis wird durch die Rahmung des Artikels mit insgesamt vier Schaubildern zu Befragungsergebnissen noch unterstrichen. Dirks kommentiert dies lakonisch: “Sieh da, der Lohn spielt keine Rolle, der ist in Ordnung, die Arbeiter verlangen vor allem Sicherheit und gute Behandlung.”[1417]

Doch so ließ Dirks dieses Befragungsergebnis nicht stehen. Er kontrastierte es mit den Befunden der Studie zu den Hauptgründen für “Beschwerden an die Werksleitung”. Dabei rücke die “ungenügende Entlohnung” von der fünften schon an die zweite Stelle. “Und das Bild ändert sich vollends, wenn man vom Werk absieht und fragt, welche Punkte Arbeitnehmer, ganz abgesehen von ihrer Stellung zum Werk, für allgemein wichtig halten und welche Maßnahmen sie zur Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer für notwendig halten: dann rückt die gute und höhere Entlohnung an die erste Stelle.” Auch dieses Ergebnis unterstrich der Artikel durch ein Schaubild. Deshalb formuliert Dirks einen inständigen Appell: “Man darf nicht vereinfachen: man darf weder die menschlichen Faktoren gegen den Lohn noch den Lohn gegen die menschlichen Faktoren ausspielen.”[1418] Hinzu komme, dass auch der Arbeiter natürlich wisse, dass der Lohn nicht von seinem Werk, sondern von Tarifverträgen, dem Wirtschaftszustand und von der allgemeinen Lohnpolitik in der Bundesrepublik abhänge. Im Weiteren ging Dirks auf das Ergebnis der Studie ein, dass die Zufriedenheit mit dem Lohn im Werk nicht wesentlich von der tatsächlichen Lohnhöhe abhängt, sondern von

[1416] Ebd.
[1417] Ebd.
[1418] Ebd.

anderen Größen. Er nannte Vergleiche mit anderen Arbeitern und anderen Werken und die allgemeine Zufriedenheit: “wer sich ‘gut behandelt’ fühlt und seines Arbeitsplatzes sicher oder mit den Sozialleistungen des Betriebes zufrieden ist, findet sich durchweg leichter mit seinem Lohn ab als der, der über solche Dinge zu klagen hat.” Dies sei darauf zurückzuführen, dass der Arbeiter ein Mensch, kein “Registrierapparat” für die Lohnhöhe sei. [1419]

Dirks betont, dass die Stimmung im Betrieb sehr “von dem Verhältnis zwischen den Arbeitern und den Vorgesetzten” abhänge: “Wenn man sich beschwert, beschwert man sich am ehesten über den ‘rauhen Ton’, vor allem im Bergbau. Als weitere Beschwerdepunkte werden häufig ‘schlechter Kontakt’ und ‘Bevorzugung’ aufgeführt [...]”.[1420]

Aufgrund der Allgemeinheit der Befunde appellierte Dirks an Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Ergebnisse der Studie zu studieren: “Sowohl die einen wie die anderen werden darin Tatsachen feststellen, die ihnen unbequem sind, die sie aber wissen müssen. Die Werksleitungen finden eine Reihe von Beschwerden sehr einhellig ausgesprochen. Die Gewerkschaften müssen feststellen, daß die meisten Arbeiter über ihre wichtigsten Angelegenheiten nicht so gut informiert unterrichtet sind, wie sie es wünschen müssten.”[1421]

Obwohl Dirks in seinem Artikel ein stetes Sowohl-Als-Auch vertrat, schien er am Schluss vordergründig dem Unternehmerstandpunkt näher zu stehen: “Die Gewerkschaften werden auch zur Kenntnis nehmen, was die Einsichtigen ohnehin für selbstverständlich halten müssen: dass dem Arbeiter das Hemd näher ist als der Rock. Das heißt er kümmert sich zunächst lebhafter um das persönliche Verhalten des Meisters, um die Sicherheit [...] seines Arbeitsplatzes, um die Sauberkeit im Waschraum, auch oft um die Wohnungsbaupolitik des Werkes als um die Investitionspolitik seines Vorstandes und die Wirtschaftspolitik des DGB. So sieht es auch in der Mitbestimmung aus.” Dirks verwies in diesem Zusammenhang auf den erschreckend niedrigen Kenntnisstand was die Institutionen der Mitbestimmung betrifft. Dirks führte das darauf zurück, dass die “Arbeiter von der Mitbestimmung vor allem Verbesserungen in ihrem unmittelbaren Arbeiter- und Betriebsleben erwartet” haben: “Das Hemd war ihnen nahe.”

Wenn man jedoch annähme, Dirks schlage sich einfach auf die Seite der Unternehmer, geht man fehl. Unter der fettgedruckten Überschrift “Der Rock – genau so wichtig” führt er aus: “Das bedeutet aber ganz und gar nicht, daß sie [die Arbeiter] bereit wären, den ‘Rock’ wegzuschenken. Daß die Proteststreiks gegen den provokatorischen Vorstoß von Dr. Reusch gelingen würden, hätte man aus dem Material der Untersuchung voraussagen können. Man muß sich das so vorstellen: Die meisten Arbeiter haben ihr Vertrauen in diesen

[1419] Ebd.
[1420] Ebd.
[1421] Ebd.

großen und zum Teil fernen Fragen an die Gewerkschaft übertragen; sie interessieren sich (leider!) nicht sehr für die Einzelheiten, aber sie tun das mehr weil sie die Sache in guten Händen glauben, als aus Misstrauen."[1422][1352]

Zum Schluss stellte Dirks die Frage, welche Tendenz denn die Untersuchung jetzt gehabt habe, ob sie "eine Arbeitgebersache oder eine Arbeitersache" gewesen sei. Er antwortet: "Nun, sie hatte keine andere Tendenz, als der Wahrheit näherzukommen. Jeder kann sich sein Stück Wahrheit abschneiden. Und wenn eine Tendenz da war, dann die durch die wahre Feststellung von menschlichen Tatsachen im Betrieb der Vermenschlichung des Betriebes zu dienen."[1423]

Volker von Hagen war schließlich der dritte aus dem Umfeld des Instituts, der eine Interpretation der Ergebnisse der Betriebsklimastudie des Frankfurter Instituts für Sozialforschung veröffentlichte. Er verfasste seinen Artikel unter dem Titel "Wie ist das Klima in den Betrieben an der Ruhr. Soziologische Untersuchungen eines Frankfurter Instituts" für die Ausgabe der *Welt* am 22. April 1955.[1354] Einleitend stellte von Hagen die Frage, "was will er eigentlich? 'Der' Arbeitnehmer, sogenannter Sozialpartner der Arbeitgeber". Er führte mehrere zeittypische Antworten an: "Mehr Geld, ist man geneigt zu antworten, wenn man an die Kette der stets wieder auflebenden Lohnkämpfe denkt. Gute mitmenschliche Beziehungen, fällt einem als zweites ein, wenn man sich an die Parolen der Human-Relations-Apostel erinnert." Auf die rhetorische Eingangsfrage antwortete von Hagen, dass der Arbeitnehmer gewiss beides wolle und darüber hinaus noch mehr, doch die eigentliche Frage müsse lauten: "In welcher Reihenfolge?" Von Hagen nannte darauf die Liste der Bedürfnisse der Arbeiter der Betriebsklimastudie zu folge: "Gute Bezahlung, Fester Arbeitsplatz, Anerkennung der Arbeit, Guter Kontakt mit den Vorgesetzten, Sicherung gegen Unfälle, Rat und Hilfe bei persönlichen Sorgen, Gute Aufstiegsmöglichkeiten". Im Anschluss folgte eine kleine Darstellung des Ansatzes der Betriebsklimastudie, des Samples und der Gruppendiskussionsmethode.[1424]

Das Betriebsklima, das aus dem "gesamten Geflecht der Meinungen aller Belegschaftsmitglieder" bestehe, sei etwas sehr Komplexes. Die Liste der Bedürfnisse der Arbeiter sei erst dann vollständig, wenn man sie mit der Rangordnung der Faktoren korreliere, die sich als ausschlaggebend für die Einstellung des Arbeitnehmers zu seinem Werk, seinem eigentlichen Arbeitgeber, erwiesen haben. Hier rangiere die Sicherheit des Arbeitsplatzes und die Behandlung durch die Vorgesetzten und die Arbeitsbedingungen vor der eigenen Bezahlung

[1422] Ebd.
[1352] Ebd.
[1423] Ebd.
[1354] Volker von Hagen: Wie ist das Klima in den Betrieben an der Ruhr?, in: Die Welt, 22.4.1955.
[1424] Vgl. ebd.

und den Aufstiegsmöglichkeiten: “Hier – beim Blick auf den Betrieb – erscheint die Lohntüte fast als Schlußlicht. Das beweist schlagend, daß der Ruf ‘Mehr Geld’ nicht blindlings und in jeder Situation erhoben wird, daß man vielmehr mit einem ungewöhnlichen Maß an Einsicht bei den Arbeitnehmern rechnen darf, wenn es darum geht, den Wunsch nach einem besseren Arbeitsentgelt mit den finanziellen Möglichkeiten des eigenen Werks in Beziehung zu setzen.”[1425]

Im Folgenden ging von Hagen auf die Zusammenhänge zwischen Zufriedenheit mit dem Lohn und Höhe des Arbeitsentgeltes ein. Die Studie stelle hierzu fest, dass kein direkter Zusammenhang bestehe, “als oberster Maßstab für die Gerechtigkeit des Lohnes empfindet man, ob der Kollege im Nachbarwerk für die gleiche Arbeit mehr bekommt oder nicht.“ Über Lohn- und Gehaltsfragen könne es aber auch zu Spannungen zwischen Gruppen im Betrieb kommen: “Paradoxerweise meint die Mehrzahl der Arbeiter, der Angestellte sei besser dran als sie, während dies gleichzeitig die größte Zahl der Angestellten vom Arbeiter denkt.”[1426]

Unter der Überschrift “Die Herren da oben” ging von Hagen auf die Stellung und das Ansehen der Vorgesetzten ein. Er stellte den idealen Vorgesetzten vor: “Man nehme zu gleichen Teilen: Gerechtigkeit in der Behandlung, guten Kontakt zu den Untergebenen, anständigen Ton im gegenseitigen Verkehr, Verantwortungsbewußtstein in bezug auf die Untergebenen und die Arbeit und fachliche Tüchtigkeit.” Von Hagen ging auch auf die Ergebnisse zu den unmittelbaren Vorgesetzten und den höheren Vorgesetzten ein, die die Studie deutlich unterschied. Die Vorstellung von den Vorgesetzten werde immer verschwommener, je höher die Position sei: “Den Werksdirektor kennt man noch, über ihm aber sind ‘die Herren da oben’ oder auch ‘das Kapital’.” Differenziert stellte von Hagen die Ergebnisse zur Unkenntnis in Fragen der Mitbestimmungsinstitutionen dar. Er konstatierte, dass die Arbeiter über sie so wenig wüssten, wie über die “Herren da oben” im allgemeinen: “Wohl ist die Mehrheit der Arbeiter wenig informiert, doch es besteht ein großes Bedürfnis, Näheres zu erfahren.” Von Hagen wies auf die staatsbürgerlich wichtige Funktion der Information durch Werkszeitungen und Betriebsvertretungen hin.[1427]

Allerdings stand von Hagens konkrete Stellungnahme dem Unternehmerlager näher: “Dem Arbeiter liegt zunächst an der Mitwirkung im eigenen, überschaubaren Bereich, wie sie meines Erachtens durch einige Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes angestrebt wird.” Er konkretisiert dies, indem er darauf hinweist, dass 70% der Befragten der Ansicht gewesen seien, “der Arbeitnehmer solle hauptsächlich bei Fragen der Entlohnung der sozialen Betreuung, der Arbeitsbedingungen und der Personalpolitik mitreden.” Allerdings

[1425] Vgl. ebd.
[1426] Vgl. ebd.
[1427] Vgl. ebd.

stellt er dem folgende Aussage gegenüber: “Auf die Mitbestimmung in den oberen Gremien will man dabei nicht verzichten, wie auch die jüngsten Warnstreiks bewiesen haben.”[1428]

4.7. Folgekonflikte und Effekte der Betriebsklimastudie

Die unternehmensinternen Auseinandersetzungen nach Beendigung der Streiks spielten sich auf unterschiedlichen Ebenen ab. Zunächst einmal auf der Vorstandsebene der Holding: indirekt warf Winkhaus dem Arbeitsdirektor Albert Kohlitz vor, für die Indiskretion gegenüber der Presse verantwortlich zu sein. Winkhaus richtete an Kohlitz die Frage, “seit wann interne Vorgänge des Mannesmann-Konzerns, die in geschlossenem Kreis erörtert werden, in dieser Form in der Öffentlichkeit” – gemeint war der Artikel in der Neuen Rheinzeitung, erörtert würden. Dadurch sei die “Geheimhaltungspflicht aller internen Vorgänge verletzt” worden.[1429] Kohlitz nahm zu dem knapp gehaltenen Schreiben ausführlich Stellung. Zunächst bekundete er seine Überraschung über die Presseveröffentlichung, stellte aber fest, dass die Wahl des Titels “Unsere Aufgaben 1955”, dem Referat eine programmatische Note verliehen habe, die es wahrscheinlich gemacht habe, dass die Rede über den Kreis der Teilnehmer der Konzerntagung hinaus Resonanz finden musste: “Ihr Referat war im wesentlichen auf die Mitbestimmung im betrieblichen Bereich ausgerichtet. [...] [S]ie werden nicht bestreiten, dass aus der Gegenüberstellung Ihrer Vorstellungen über die Mitbestimmung mit der Mitbestimmung, wie sie im Mitbestimmungsgesetz fixiert ist, ein Angriff herausgehört werden konnte und – sollte. Durch die Erregung, ausgelöst durch den Reusch-Zwischenfall, und verstärkt durch einige unglückliche Begleitumstände um Ihr Referat – vor allem dessen Geheimhaltung – scheint mir eine Verbreitung ihrer Äußerungen durchaus nicht so unnatürlich zu sein und die Aufnahme durch ein Presseorgan auch ohne ‚aktive Information‘ absolut im Bereich des möglichen zu liegen.” Kohlitz stellte einen Unternehmensführungstil, der “Auseinandersetzungen im Cabinetstil im kleinsten Kreis” favorisiere, in Frage und gab zu bedenken, “daß jede Auseinandersetzung in der jetzigen Phase ein Politikum ist und unberechenbare Reaktionen hervorrufen kann [...]”. Bezüglich des Referats hielt er fest, dass “wenn schon auf einer Konzerntagung und zu diesem Zeitpunkt dieser ‚Zündstoff‘ behandelt werden musste – der tief bedauerliche Zwischenfall,[1430] mit wenigen Worten und Handlungen, hätte vermieden werden können. Die Unternehmung und der

[1428] Vgl. ebd.
[1429] Mannesmann Archiv, M 21.076, Dr. Hermann Winkhaus an Dr. Kohlitz, Düsseldorf, 21.1.1955. Winkhaus spielte darauf an, dass der Kreis, aus dem die Information stammen könne, eingrenzbar war. Er meinte offensichtlich den Kreis der Arbeitsdirektoren.
[1430] Gemeint ist die Pressenotiz in der Neuen Rheinzeitung.

Betrieb sollten und können nur Stätte der Zusammenarbeit sein. Wenn dies heute leider nicht der Fall ist: ich habe diese Entwicklung nie gewollt, nie provoziert und deshalb auch nicht zu verantworten."[1431]

Der Konflikt zwischen Kohlitz und Winkhaus spitzte sich in den folgenden Wochen zu, da Kohlitz die Verletzung des Geschäftsverteilungsplanes durch die dispositiven Entscheidungen von Winkhaus und den Mitarbeitern aus Zangens Ressort kritisierte. Verschärft wurde dieser Konflikt dadurch, dass man zugleich die Stellung des Arbeitsdirektors in der Holding überhaupt rechtlich in Frage stellte. Der Konflikt Kohlitz-Winkhaus wurde bis zum Aufsichtsrat getragen. Der Aufsichtsratsvorsitzende, Oswald Rösler, musste vermittelnd eingreifen. Der Konflikt und vor allem Kohlitz' hier wieder vorgebrachte Forderung, die Kompetenzstreitigkeiten dadurch zu beenden, dass man dem Vorstand eine Geschäftsordnung gebe, wurde zum Anlass genommen, eine von Zangen und Winkhaus schon länger gewünschte und geplante Vorstandserweiterung und -umorganisation vorzunehmen.[1432] Am 31. März 1955 verabschiedete der Aufsichtsrat einen Beschluss, der eine komplette Umorganisation des Vorstands bedeutete und die eine de facto bereits schleichend vollzogene Entmachtung des Arbeitsdirektors festschrieb.[1433]

Zweitens ergab sich ein Konflikt zwischen dem Holdingvorstand einerseits und dem Arbeitsdirektor der Huckinger Hütte, Karl Harzig, andererseits, der eine umfangreiche, statistisch argumentierende Kritik an den Befunden des Rohberichts durch den Huckinger Betriebspsychologen, Horst Fischer einem einflussreichen Psychologen in der Sektion Betriebspsychologie des Berufsverbandes Deutscher Psychologen (BDP), veranlasst hatte.[1434] Die Stellungnahme wurde innerhalb des Konzerns an eine Reihe von Aufsichtsratsmitgliedern, den Arbeitsdirektor und an die Mannesmann-Werke Huckingen geleitet. [1435]

Zu einer Klärung der Positionen kam es im Laufe einer Tagung am 20. Mai 1955.[1436] Drei Hauptpunkte bemängelte Fischers Methodenkritik: Zum einen kritisierte er die Repräsentativität der Auswahl, zum zweiten die Erhebungsmittel, zum dritten hielt er die vorzeitige konzerninterne Publikation in Form des Rohberichts für wissenschaftlich unredlich.[1437] In der

[1431] Mannesmann Archiv, M 21.076, Dr. Ing. Albert Kohlitz an Herrn Dr. Winkhaus, Betr. Schreiben vom 21.1.1955. Zu der von Kolhlitz seit 1953 wiederholt geforderten verbindlichen Geschäftsordnung für den Vorstand vgl. Bernett, S. 258.
[1432] Vgl. Bernett: Entflechtung, S. 250-266, insbesondere 258-266.
[1433] Vgl. Bernett: Entflechtung, S. 300-304.
[1434] Mannesmann Archiv, M 30.083, Mannesmann-Hüttenwerke Aktiengesellschaft Duisburg: Methodische Kritik zum Rohbericht des Institut für Sozialforschung, Frankfurt, über die Betriebsuntersuchung Mannesmann AG" Duisburg-Huckingen [1955].
[1435] Mannesmann Archiv, M 21.076, Karl Harzig an Direktor Dr. Hermann Winkhaus, Duisburg-Huckingen, 21.4.1955 und Karl Harzig an Direktor Dr. Hermann Winkhaus, Duisburg-Huckingen 23.5.1955.
[1436] IfSA A 10, Zusammenfassendes Protokoll über die Besprechungen vom 20.5.1955 mit Mannesmann (Fischer-Bericht), Teilnehmer: Fischer, Rössling, Dr. Schneider (von Mannesmann), Dr. von Friedeburg, Dr. Becker, Dr. Weltz, Mangold (IfS).
[1437] Ebd., S. 1ff.

Entgegnung des Instituts wurden die geringfügigen Abweichungen einerseits zwar gerechtfertigt, andererseits aber im Verlauf der gemeinsamen Tagung konzediert, dass die Auswahl der Werke für Mannesmann insgesamt nicht repräsentativ sei. Für die jeweils einzelnen Werke beanspruchten die Frankfurter jedoch weiterhin Repräsentativität. Die Fragebögen, die Erhebungsergebnisse und die gewählten Korrelationen wurden ebenso verteidigt.[1438] Die Verteilung des Rohberichts in weiteren Kreisen des Konzerns ebenso wie die Presseartikel des Instituts wurden mit der Reusch-Affäre und dem Wirbel, den Winkhaus' Referat verursacht hatte, gerechtfertigt.[1439] Interessanterweise nahm Fischer neben der methodischen Kritik im Verlauf der gemeinsamen Tagung aber auch zur Mitbestimmungsfrage inhaltlich Stellung. Seine Kritik, so die Frankfurter, habe sich "mit am stärksten gegen das von uns zur Mitbestimmung Gesagte" gerichtet.[1440] Fischer kritisierte "Äußerungen wie die, dass der Arbeiter ‚verwaschene' Vorstellungen von der Mitbestimmung habe [als] diskriminierend. [Sie] würden als ‚Befunde' propagandistisch ausgeschlachtet." Fischer befürchtete, das Institut habe mit seinen "Fehlinterpretationen" Grundlagen für künftige missbräuchliche politische Verwendung, zum Beispiel im Rahmen von Bundestagsdebatten, geliefert. Die Vertreter des Frankfurter Instituts entgegneten, sie würden im ausstehenden Endbericht noch deutlicher als bisher vor dem "Fehlschluss Unwissenheit = kein Interesse" warnen.[1441]

In der Auseinandersetzung mit Harzig verteidigte Winkhaus die Untersuchung mit den Argumenten des Frankfurter Instituts noch einmal in einem ausführlichen Brief, an dessen Ende er sich weitere schriftliche Stellungnahmen von Harzig verbat.[1442] Auf Veranlassung von Winkhaus wurde die Erwiderung des Institutes für Sozialforschung an dieselben Empfänger versandt, die auch Fischers "Methodische Kritik" erhalten hatten.[1443] Unternehmensintern ist von mehr als symbolischer Bedeutung, dass dem Arbeitsdirektor Harzig ebenso wie dem Betriebspsychologen Fischer untersagt wurde, die hektographierte Fassung ihrer methodischen Kritik unter dem Namen der Hüttenwerke Huckingen zu herauszugeben.

Auf diese Auseinandersetzung sind dennoch eine Reihe stilistischer Änderungen des Abschlussberichtes zurückzuführen. Auffällig ist, dass der Rohbericht der "weicheren"

[1438] Eine ganze Reihe von Änderungsvorschlägen hat man allerdings für den Hauptbericht akzeptiert, vgl. IfSA A 10, Ordner 6.0, Bemerkungen zu Fischers Methodenkritik, [Frankfurt/Main] 14.4.1955.
[1439] IfSA A 10, Ordner 6.0, Zusammenfassendes Protokoll über die Besprechungen vom 20.5.1955 mit Mannesmann (Fischer-Bericht), Teilnehmer: Fischer, Rössling, Dr. Schneider (von Mannesmann), Dr. von Friedeburg, Dr. Becker, Dr. Weltz, Mangold (IfS), S.
[1440] Ebd., S. 7.
[1441] Ebd., S. 7.
[1442] Mannesmann Archiv, M 21.076, Dr. Ing. Hermann Winkhaus an Direktor Karl Harzig, 4. Juni 1955.
[1443] Der Vorbereitung der Erwiderung diente eine Ausarbeitung mit zunächst internen Änderungsvorschlägen und Gegenargumenten, IfSA A 10, Ordner 6.0, Bemerkungen zu Fischers Methodenkritik, [Frankfurt/Main] 14.4.1955; Mannesmann Archiv, M 21.076, Hermann Winkhaus an Karl Harzig, [Düsseldorf] 21.6.1955.
[1372] Der Vorbereitung der Erwiderung diente eine Ausarbeitung mit zunächst internen Änderungsvorschlägen und Gegenargumenten, IfSA A 10, Ordner 6.0, Bemerkungen zu Fischers Methodenkritik, [Frankfurt/Main] 14.4.1955; Mannesmann Archiv, M 21.076, Hermann Winkhaus an Karl Harzig, [Düsseldorf] 21.6.1955.

qualitativen Auswertung der Gruppendiskussionen noch breiten Raum einräumte, der Schlussbericht und die darauffolgende Publikation jedoch nicht. Die ausführliche Darstellung des methodischen Vorgehens in den Endberichten für die Werke wie für den Gesamtbericht und die Publikation ist ebenfalls auf diesen Deutungskonflikt zurückzuführen. Für die unternehmensinterne Kommunikation wurden die Abschlussberichte in einer verhältnismäßig hohen Anzahl von jeweils 300 Exemplaren des Endberichts und der einzelnen Werksmonographien erstellt.[1444] Die Nachfrage auch von außen war enorm und konnte erst mit der Druckfassung befriedigt werden.[1445] Wie weit die übrigen Auswertungen Verbreitung fanden (Tabellenbände, Umfragezitate und thematisch gegliederte Auswertungen der Gruppendiskussionsprotokolle), konnte nicht geklärt werden. An die Betriebsklimastudie schlossen eine ganze Reihe von Folgeuntersuchungen an, eine vom Bundesministerium für Arbeit finanzierte Studie über die personelle Fluktuation in Bergbaubetrieben,[1446] eine vom Arbeitsdirektor der Hüttenwerke Huckingen in Auftrag gegebene Studie im Hüttenwerk Huckingen,[1447] eine Studie über die Akzeptanz von Belegschaftsaktien[1448] und eine Studie zum Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Arbeitern.[1449]

[1444] Mannesmann Archiv, M 30.082, Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main: Betriebsklima – Eine industriesoziologische Untersuchung im Mannesmann-Bereich. Frankfurt/Main 1955; [dto.], Werk Huckingen. Frankfurt/Main 1955 [dto.] Werk Kronprinz-Ohligs. Frankfurt/Main 1955; [dto.] Werk Rath. Frankfurt/Main 1955; [dto.] Werk Zeche Consolidation. Frankfurt/Main Sommer 1955. [dto.], Tabellen. Frankfurt/ Main 1955; Mannesmann Archiv, M 30.082a, [dto.] Diskussionsauszüge II, Frankfurt/Main, 1955.

[1445] Mannesmann Archiv, M 21.076, Notiz Dr. Schneider für Wilhelm Zangen, 1.9.1955.

[1446] Mannesmann Archiv, M 30.083, Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität: Die subjektiven und objektiven Abkehrgründe bei sieben Zechen des westdeutschen Steinkohlebergbaus in ihrer Auswirkung auf die Sicherung des Belegschaftsstandes unter Tage. Ein Forschungsbericht des Institutes für Sozialforschung. Frankfurt/Main, 1955.

[1447] Mannesmann Archiv, M 30.101B, Friedrich Weltz: Ausbildung und Aufstieg. Ergebnisse einer Befragung von Teilnehmern des Huckinger Erwachsenenbildungswerkes, im Auftrag des Mannesmann AG unter Mitarbeit von Michael Schumann. Düsseldorf 1959.

[1448] Mannesmann Archiv, M 30.081, Friedrich Weltz: Aufnahme der ersten Belegschaftsaktien bei der Mannesmann AG. Ergebnisse einer Befragung bezugsberechtigter Arbeiter und Angestellter zweier Werke durch das Frankfurter Institut für Sozialforschung. Frankfurt 1957.

[1449] Mannesmann Archiv, M 30.101, Friedrich Weltz: Vorgesetzte zwischen Management und Arbeitern. Eine industriesoziologische Untersuchung der Situation und Vorstellungen von Meistern und Steigern im Auftrag der Mannesmann AGunter Mitarbeit von Rudolf Billerbeck, Peter Märthesheimer, Michael Schumann und Werner Sörgel, Rohbericht. Düsseldorf 1959.

4.8. Fazit

Die Betriebsklimastudie des IfS wurde vom Vorstand der Mannesmann AG unter strategischen Gesichtspunkten als Mittel in den Auseinandersetzungen um die überbetriebliche Mitbestimmung in Holdinggesellschaften in Auftrag gegeben. Sie wurde unter aktiver Beteiligung eines Teils des mittleren und des oberen Managements aus den Ressorts von Zangen und Winkhaus konzipiert. Sie diente der Legitimation und flankierenden argumentativen Absicherung der Vorstandspolitik von Zangen und Winkhaus. So war die Studie in den weiteren Rahmen der Aktivitäten eingebettet, die sukzessive den Einfluss des Arbeitsdirektors in der Holding beschränken sollten.

Andererseits ist ein Effekt der Versachlichung dieser Konflikte nicht von der Hand zu weisen. Sieht man von dem strategisch bestimmten Einsatz der Ergebnisse in der Mitbestimmungsdiskussion ab und wendet sich den Kommunikationsformen innerhalb der verschiedenen Ebenen der Unternehmenshierarchie zu, sind eine Reihe der Ergebnisse bezüglich der Rolle der Vorgesetzten, der Autoritätsverhältnisse, der Fluktuation, der Integration von Flüchtlingen und der Gruppenbeziehungen im Betrieb bei den Verantwortlichen, insbesondere aber bei Winkhaus, ‚angekommen'. Hierauf weist die bereits erwähnte Reihe von Folgestudien in den Jahren 1956-1959 hin. In gewisser Weise scheint das Bewusstsein des Managements für Methoden der empirischen Sozialforschung geschärft worden zu sein, wodurch zugleich ein verwissenschaftlichter Argumentationsstil begünstigt wurde, selbst wenn man die polemische Nutzung der Untersuchungsergebnisse und auch die Holprigkeit des einen oder anderen Arguments in Rechnung stellt. Hier ist ein Stilwandel festzustellen, durch den letztlich psychologisierende und soziologisierende Argumente und ein Vokabular der Einfühlung und des Verstehens Einzug in die unternehmensinterne Kommunikation erhielt.

Schließlich fällt an dem Stil der Auseinandersetzung auf, dass es nicht ausschließlich um die unterschiedliche Deutung festgestellter "Fakten" ging, sondern dass sich ein erheblicher Teil der Auseinandersetzung um die Wissenschaftlichkeit der Verfahren und Methoden drehte. Hier sei nur hingewiesen auf die "methodische Kritik" des Arbeitsdirektors mit Unterstützung des Betriebspsychologen und die Form der Austragung und Beilegung des Kontroverse zwischen den Wissenschaftlern in Form einer gemeinsamen Tagung. Mit Harzig allerdings beendete Winkhaus den Konflikt, nachdem die Argumente einmal ausgetauscht waren, formal-bürokratisch in einer Art und Weise, die der hierarchischen Ordnung im Unternehmen entsprach. Was die wissenschaftlich-methodische Kritik anbetrifft, so sei hier nur darauf hingewiesen, dass es die dritte scharfe Zurückweisung der Methoden der Gruppendiskussion und der *Authoritarian Personality* im Jahr 1955 von Seiten der akademischen und angewandten Psychologie war. Zum einen erschien die Rezension Hofstätters zum *Grup-*

penexperiment, zum zweiten wurde der Einfluss des qualitativen Interviews in der Bundeswehr zurückgedrängt, zum dritten erfolgte in diesem Fall die Intervention des führenden BDP-Mitglieds Fischer innerhalb des Mannesmann-Konzerns gegen den Untersuchungsbericht des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, der zur Folge hatte, dass im Abschlussbericht und vor allem in der publizierten Fassung nicht mehr mit dem empirischen Flaggschiff des Instituts, dem Gruppendiskussionsverfahren geworben wurde.

Auffallend im Bezug auf die Leitfragestellung nach Diskurskoalitionen ist, dass in diesem Fall gleich mehrere Diskurskoalitionen wirksam werden. Da ist einerseits die ungewöhnliche und erklärungsbedürftige Diskurskoalition zwischen dem Top-Management eines industriellen Großkonzerns und dem ehemals marxistischen *Institut für Sozialforschung*. Auf der konkreten Durchführungsebene sind verschiedene Akteure Träger der Diskurskoalition. Einerseits das Gespann von Weizsäcker-Pohle und Hellmut Becker, die sich aus der Nürnberger Zeit während der Nürnberger Nachfolgeprozesse kannten und den Kontakt zwischen Institut und Konzern vermittelten. Dann aber auf einer methodisch interessierten Ebene bestimmte Dr. Wolfgang Schneider die Diskurskoalition mit dem Institut. Als ausgebildeter Soziologe war er mit den Methoden der empirischen Sozialforschung vertraut und konnte vielfältige Anknüpfungspunkte innerhalb des Konzerns und in der interessierten Öffentlichkeit vermitteln.

Das Interesse des Frankfurter Instituts für Sozialforschung auf der anderen Seite war ein dreifaches. Zum einen war man nach dem Rückgang der amerikanischen Stiftungsfinanzierung dringend auf neue Drittmittel angewiesen, um die institutionelle Existenz zu sichern. Bei der Akquirierung ging es schlicht um die Voraussetzung, kritische Theorie überhaupt betreiben zu können.[1450] Dabei nahm das Institut in Kauf, eine zumindest implizit antigewerkschaftliche Position zu unterstützen oder wie es Kritiker der Studie in der Erhebungsphase dem Institut vorgeworfen hatten, eine arbeiterfeindliche Position zu unterstützen und wissenschaftlich zu untermauern. Allerdings lassen die Stellungnahmen des Instituts nach der Verwendung der Studie für Winkhaus' Referat auf der Konzerntagung deutliche Abgrenzungsversuche von der Verwendung der Studie durch den Auftraggeber erkennen. Die öffentlichen Stellungnahmen Horkheimers, Dirks und von Hagens betonen die Notwendigkeit des Mitbestimmungsrechts stärker als es die Konzernseite tat und legten größeren Wert auf eine differenzierte Deutung der Befunde. Freilich konnte auch die unternehmerische Seite das Mitbestimmungsrecht mit Hilfe der Studie nicht frontal attackieren, sondern allenfalls auf empirische Daten gestützt behaupten, die Arbeiter verstünden unter der Mitbestimmung etwas anderes als die Gewerkschaften.

[1450] Vgl. hierzu Demirovic: Nonkonformistische Intellektuelle, S. 15, S. 19.

Das zweite Interesse des Instituts lag darin, mit der Industriesoziologie strategisch ein neues Feld zu besetzen, ohne dabei zu offensichtlich zur Sozialforschungsstelle Dortmund und dem WWI in Konkurrenz zu treten. Mit der Betriebsklimastudie und den Folgestudien hatte man das Eintrittsbillett zu diesem Forschungsfeld in der Hand. Das Institut war in den Folgejahren einer der Kristallisationspunkte des "Arbeitskreises Industriesoziologie" innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, in der der größte Teil der industriesoziologisch tätigen jüngeren und aufsteigenden Nachkriegssoziologen organisiert war. Wie die Kontakte innerhalb dieser Sektion und industriesoziologische Kooperationsprojekte zeigen, war durch die Betriebsklimastudie keineswegs der Weg zu industriesoziologischen Kooperationen mit den gewerkschaftsnäheren Industriesoziologen Burkhart Lutz und Siegfried Braun aus der alten WWI-Gruppe von Industriesoziologen verbaut, im Gegenteil.[1451] Das lag möglicherweise auch daran, dass die *Betriebsklima-Studie* und *Arbeiter – Management – Mitbestimmung* im wissenschaftlichen Feld als komplementäre Studien begriffen wurden, die unterschiedliche Perspektiven auf den gleichen Gegenstand vermittelten und dass die Betriebsklimastudie selbst nicht ausschließlich als der Angriff auf die Mitbestimmung verstanden wurde, den ihre unternehmensinterne Verwendung zur Folge hatte.

Drittens hatte man auf eigene Fragestellungen, die sich aus der Forschungs- und Erfahrungsgeschichte der Institutsleiter ergaben, eine wenn auch vorerst nicht befriedigende Antwort gefunden. Man wollte prüfen, wie die Autoritätsverhältnisse in der deutschen Industrie sich darstellten. Schließlich interessierte der subjektive Faktor, ob nämlich autoritäre Einstellungen bei Arbeitern vorherrschten. Interessanterweise ging die Studie aber nicht naheliegenden Fragen weiter nach, wie etwa der, was die Gewichtung des Vertrauens in die betrieblichen Organe als Interessenvertreter durch die Arbeiterschaft bezüglich deren autoritärer Dispositionen oder dahinter verborgener Leitbilder wie des der Betriebsgemeinschaft aussage. Eine kritische Einschätzung zur Sozialpartnerschaft hat das Institut nicht geäußert, obwohl gerade diese ja vielleicht einen möglichen Ausgangspunkt für die dekonstruierende Analyse der Mitbestimmung aus Perspektive des Instituts lieferte.

Vor dem Hintergrund der beunruhigenden Ergebnisse der ersten Arbeiter- und Angestelltenstudie des Instituts von 1930/31, bei aller Anpassung an das politische System der frühen Bundesrepublik, war Horkheimers Fazit alles andere als eine Entwarnung: "Die Betriebe der Großindustrie sind weder akute Krisenherde noch in sich gefestigte Arbeits- und Lebensräume, die lediglich einer etwas besseren Inneneinrichtung bedürfen, um als stabile Ordnungen gelten zu können. Ein ernstliches Anwachsen der Arbeitslosigkeit würde zweifellos

[1451] So zum Beispiel mit Lutz in der Arbeit, ders., Alfred Willener: Mechanisierungsgrad und Entlohnungsformung. Luxemburg 1960, später auch in gestraffter Buchform publiziert, Burkart Lutz: Krise des Lohnanreizes. Ein empirisch-historischer Beitrag zum Wandel betrieblicher Herrschaft am Beispiel der deutschen Stahlindustrie. Frankfurt, Köln 1975.

ein ganz anderes ‚Betriebsklima' schaffen."[1452]

[1452] Horkheimer, Menschen, S. 104.

5. Führungsstile in der Diskussion. Fluktuationsstudien im deutschen Bergbau

5.1. Einleitung

Im vorliegenden Kapitel wird eine Studie untersucht, die das Frankfurter Institut im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums über die "subjektiven und objektiven Abkehrgründe von Zechen des Steinkohlebergbaus" anstellte, also über das Problem der Fluktuation. Hierbei wird die Auftragsvergabe unter Einbeziehung der "Sozialpartner" des Steinkohlebergbaus, also der Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter analysiert und gezeigt, wie das Bundesarbeitsministerium versuchte, im Feld der industriellen Arbeitsbeziehungen, insbesondere der Human Relations Politik zu machen. Es prüfte verschiedene konkurrierende Forschungsrichtungen, die eigene Sozialstatistik und die Angebote verschiedener Institue. Konkreter Anlass für die Beauftragung des Frankfurter Instituts war die bisher empirisch nicht geklärte Frage, warum regelmäßig ein hoher Anteil der Bergarbeiter unter Vertragsbruch die Zechen oder in die Eisen- und Stahlindustrie wechselte. Unter dem Einfluss zeitgenössischer Debatten um Human Relations beauftragte das *Bundesministerium für Arbeit*, dessen einschlägige Experten auf die *Betriebsklimastudie* aufmerksam geworden waren, das Frankfurter *Institut für Sozialforschung*, damit, das Betriebsklima und die in die Kritik geratenen autoritären Führungsstile im Bergbau, den sogenannten Grubenmilitarismus, in den Blick zu nehmen und die „Sozialpartner" darin zu unterstützen, Alternativen zu entwickeln.

Am Beispiel dieser fünften Fallstudie, die ebenfalls in den Bereich der Montanmitbestimmung fällt, lässt sich die Bedeutung von vier Faktoren, ihrer Wirkungen und Grenzen aufzeigen: Der Rahmenbedingungen (Mitbestimmung und Partizipation), eines gewandelten Leitbildes (sozialpartnerschaftlicher Umgang und Aushandlung), der Diskurskoalitionen bestimmter Akteure und der Wirkung eines in der Form verwissenschaftlichten Arguments. Die Aufmerksamkeit für das Sachproblem und seine Verknüpfung mit den Problemen betrieblicher Autoritätsbeziehungen wurde in starkem Maße angestoßen durch das administrative Interesse, neben den objektiven Bedingungen des sozialen Problems die subjektive Dimension mittels der Methoden empirischer Sozialforschung zu erfassen und Handlungsmöglichkeiten als Empfehlung aufzuzeigen.[1453]

[1453] Zum Wiederaufbau des Ruhrkohlenbergbau siehe: Werner Abelshauser: Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung. München 1984 (Bergbau und Bergarbeit). Zum Zusammenhang des Fluktuationsproblems mit seiner sozialwissenschaftlichen Durchdringung finden sich Hinweise bei Karl Lauschke: Schwarze Fahnen an der Ruhr. Die Politik der IG Bergbau und Energie während der Kohlenkrise 1958-1968. Marburg 1984, S. 81-109; zur Ruhrbergbaukrise vgl. auch Christoph Nonn: Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1058-1969. Göttingen 2001 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 149); Mark Rosenman: Recasting the Ruhr, 1945-1958. Manpower, Economic Recovery and Labour Relations. New York, Oxford 1992, S. 253-278; Helmuth Trischler: Partielle Modernisierung. Die betrieblichen Sozialbeziehungen im Ruhrbergbau zwischen Grubenmilitarismus und Human Relations, in: Matthias Frese und Michael Prinz (Hg.):

5.2. Forschungsstand

Die Lage des Ruhrbergbaus nach dem zweiten Weltkrieg war nachhaltig geprägt durch die alliierte Besatzungspolitik. Bereits im ersten Jahr der Besatzung beschlagnahmten die Briten das Bergwerkseigentum der Ruhrkohlebergwerke.[1454] Im November 1947 wurden die Bergbauunternehmen im Vereinigten Wirtschaftsgebiet der Briten und Amerikaner unter der Leitung der *Deutschen Kohlenbergbau Leitung* (DKBL) zusammengefasst und für die folgenden fünf Jahre unter treuhänderische Verwaltung gestellt.[1455] Dabei handelte es sich um eine treuhänderische Vereinigung, die unter der Leitung von Bergassessor a. D. Heinrich Kost stand. Ihre Organisationsform war sozialpartnerschaftlich organisiert insofern Unternehmens- und Gewerkschaftsvertreter in ihr zusammen wirkten. Ihre Existenz war für die Einrichtung und Etablierung der Mitbestimmung im Kohlenbergbau maßgeblich. Angesichts der geplanten Auflösung der DKBL gründeten die Unternehmen des Ruhrbergbaus am 15. Mai 1952 den Unternehmensverband Ruhrbergbau (UVR). Sein erster Hauptgeschäftsführer war Martin Sogemeier.

Die Human Relations-Bewegung war in Deutschland nicht so breit vertreten wie in den USA.[1456] Dennoch verbreitete sich das Wissen um die Erkenntnisse von Gruppenbeziehungen sukzessive. An unterschiedlich geprägten Orten wie der konservativ geprägten *Sozialforschungsstelle Dortmund*, deren Abteilung für Sozialpsychologie Ernst Bornemann vorstand oder ab den frühen fünfziger Jahren im *Haus Schwalbach* im Taunus bemühten sich Sozialpsychologen und Sozialwissenschaftler um die Auseinandersetzung mit den amerikanischen Erkenntnissen der Gruppenpsychologie, der Gruppendynamik und ihrer Vermittlung in die Welt der produzierenden Industrien,[1457] wie sie so unterschiedliche Forschergruppen wie die Gruppe um Fritz Roethlisberger und William Dickson, die die berühmten Hawthorne-Experimente durchgeführt und publiziert hatten, die über die Gruppenbeziehungen am Arbeitsplatz, über formelle und informelle Gruppen und Hierarchien Aufschlüsse vermittelten, aber auch die Experimente Kurt Lewins zu den Unterschieden

---

Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven. Paderborn 1996, S. 145-171, zur Sozialforschung und Psychologie S. 162-169. Dort auch weitere Literatur. Allgemein zur Etablierung der Mitbestimmung im Montanbereich Norbert Ranft: Vom Objekt zum Subjekt. Mitbestimmung, Sozialklima und Strukturwandel im Bergbau seit 1945. Köln 1988; vgl. zum Wandel der Sozialbeziehungen im Bergbau auch Bernd Weisbrod: Arbeitgeberpolitik und Arbeitsbeziehungen im Ruhrbergbau. Vom "Herr im Haus" zur Mitbestimmung, in: Gerald D. Feldberg und Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich. München 1989 (Bergbau und Bergarbeit), S. 107-162.

[1454] Vgl. Abelshauser: Ruhrkohlenbergbau, S. 20.

[1455] Vgl. Abelshauser: Ruhrkohlenbergbau, S. 29.

[1456] Vgl. allgemein Emil Walter Busch: Faktor Mensch. Formen angewandter Sozialforschung der Wirtschaft in Europa und den USA, 1890-1950. Konstanz 2006 sowie ders: Das Auge der Firma. Mayos Hawthorne-Experimente und die Harvard Business School, 1900-1960. Stuttgart 1960.

[1457] Vgl. Carl Wolfgang Müller: Wie helfen zum Beruf wurde. Eine Methodengeschichte der sozialen Arbeit. 4. Auflage. Weinheim 2006.

verschiedener Führungsstile und ihrem Einfluss auf die Arbeitsproduktivität.[1458] Lewin war zu dem für die Gruppenpsychologie und die Lehre von der Gruppendynamik grundlegenden Ergebnis gekommen, dass demokratisch geführte Arbeitsgruppen effektiver arbeiten als autoritär geführte Gruppen.[1459] Durch Vermittler wie die Sozialwissenschaftler und Sozialpsychologen der Sozialforschungsstelle Dortmund fand das Wissen um Gruppenphänomene am Arbeitsplatz zumindest auch mittelbar Eingang in die Welt der Eisen- und Stahlindustrie.[1460] Am Bergbau gingen diese Entwicklungen aber aller Wahrscheinlichkeit nach zunächst vorbei, zumindest berichtet das die grundlegende Studie von Jantke über "Bergmann und Zeche", der die überkommenen rigiden Autoritätsverhältnisse im Bergbau schilderte.[1461]

5.3. Das *Bundesministerium für Arbeit* und die Projektanbahnung

Seit dem Jahr 1951 beschäftigte man sich im *Bundesministerium für Arbeit* (BMA)[1462] mit Fragen der sozialen Folgen der Produktionssteigerung im Kohlenbergbau.[1463] Dabei spielten auch Beobachtungen internationaler Organisationen eine Rolle.[1464] Im Arbeitsausschuss "Produktionssteigerung im Kohlenbergbau" des BMA wurde ein Unterausschuss für sozialpolitische Fragen gebildet. Der Unterausschuss setzte sich aus zuständigen Vertretern der Fachministerien und der "Sozialpartner", also aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zusammen. Zuständig war auf der Referentenebene Ministerialrat Dr. Hermann Bues. Dieser berichtete im Jahr 1952 dass er die Themen der Märzzusammenkunft der OEEC auf die Tagesordnung des Unterausschusses Sozialpolitische Fragen setzen werde.

[1458] Vgl. zum Beispiel Elton Mayo: Probleme industrieller Arbeitsbedingungen. Frankfurt/ Main [o.J.]. [Problems of an Industrial Civilization. Boston 1945]; ders.: The Human Problems of an Industrial Civilization. New York 1933; Fritz Roethlisberger William J. Dickson: Management and the Worker. Cambridge, Mass. 1939; George Caspar Homans: Theorie der sozialen Gruppe. Köln und Opladen 1960 [The Human Group. New York 1950], J. L. Moreno: Die Grundlagen der Soziometrie. Wege zur Neuordnung der Gesellschaft. Köln und Opladen 1954 [Who shall survive. Foundations of Sociometry, Group Psychotherapy and Sociodrama. New York 1953].

[1459] Vgl. zum Beispiel den Aufsatzband von Kurt Lewin: Die Lösung sozialer Konflikte. Bad Nauheim 1953. Zu Kurt Lewin vgl. Helmut E. Lück: Kurt Lewin. Eine Einführung in sein Werk. Weinheim und Basel 2001.

[1460] Vgl. zum Beispiel die Aufsätze des Sozialpsychologen Ernst Bornemann: Nachkriegsentwicklung der deutschen Betriebspsychologie, in: Stahl und Eisen, 71, 1951, Nr. 9, S. 457-467; ders.: Hierarchie und Demokratie im Betrieb, in: Sozialer Fortschritt, Jahrgang 1, 1952, Nr. 6, S. 135-137; ders.: Die Gruppe im Betrieb, in: Zentralblatt für Arbeitswissenschaften und soziale Betriebspraxis, 6, 1952, Nr. 6, S. 85-90; ders.: Die Bedeutung der Gruppe für den Betrieb und seine Menschen, in: Schwalbacher Blätter, 1952, Nr. 9, S. 3-12; ders.: Auslese und Ausbildung des betrieblichen Gruppenführers, in: Soziale Welt, 4, 1953, Nr. 2, S. 149-1956.

[1461] Carl Jantke: Bergmann und Zeche. Tübingen 1953.

[1462] Das Arbeitsressort in der Bundesregierung firmierte von 1949 bis Oktober 1957 unter dem Titel Bundesministerium für Arbeit (BMA), im Verlaufe des Untersuchungszeitraums ab dem 27. Oktober 1957 unter dem Titel Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS).

[1463] BAK B 149/5746, Schriftwechsel zwischen Bundesministerium für den Marshallplan und BMA über Fragen des "Arbeitsausschusses Produktionssteigerung im Kohlenbergbau", Brief. Dr. Albrecht, BminMarshallplan, an MinDir Scheuble, BMA, Bonn, Bad-Godesberg, den 28.12.1951.

[1464] BAK B 149/5746, OEEC, Ausschuss für Kohle, Bericht der Sachverständigen der Sondergruppe für Kohle, Übersetzung, Vertraulich, Paris, den 10.12.1951.

Konkret fiel seine Aufmerksamkeit auf britische Beobachtungen zum Thema der Fluktuation im Kohlenbergbau.[1465] In seinem Bericht stellte Bues fest, dass in England "sämtliche Bergleute, die von den Zechen abkehren wollen, befragt" werden. Man verspreche sich davon eine Verringerung der Zahl der Abkehrungen: "Jeder Einzelne wird über die Gründe, warum er aus dem Bergbau abkehren will, genau befragt, und überall da, wo es überhaupt möglich ist, wird versucht, die Ursachen der Unzufriedenheit zu beseitigen und den Bergmann dann zu überreden, auf der Schachtanlage zu bleiben."[1466] Bereits im August wurde das Thema noch einmal auf einer Unterausschusssitzung besprochen.[1467] Dabei zeigten sich Widerstände der unternehmerischen Seite der DKBL, die Ursachen der Fluktuation von Außenstehenden untersuchen zu lassen. Mit großem Selbstvertrauen verkündete die unternehmerische Seite, dass sie über die Ursachen der Fluktuation genau Bescheid wüsste. Der Unterausschuss kam zu dem Ergebnis, dass Statistiken des BMA nicht zureichend für die Erklärung des Phänomens seien. Daher vereinbarte der Ausschuss für den Monat September 1952 eine Sondersitzung zum Thema, auf dem Dr. Ullrich oder mehrere Referenten der DKBL zum Thema sprechen sollten.[1468] Einer weiteren Anregung zufolge sollte auch Bergwerksdirektor Köker von der Hibernia AG einen Vortrag zum Thema halten.[1469] Zumindest ein Umdruck des Vortrags, den Köker am 19.1.1953 gehalten hatte und auf den sich Dr. Bues Vermerk bezog, ist erhalten.[1470]

Köker ging auf die "menschenökonomische Seite" der Zechen ein. Im Einzelnen beschäftigte er sich mit der Altersgliederung, den Schulentlassungen im Bundesgebiet, dem Nachwuchs und seiner sozialen Betreuung, dem Verhältnis von Wechsel und Stand der Neubergleute, dem Belegschaftswechsel und den Stammbelegschaften. Zum Problem der Fluktuation führte er aus: "Wechsel und Stand der Neubergleute: [...] Der starke Andrang im Jahre 1947 ist auf die seinerzeit für den Bergmann verabfolgten besonderen Zuteilungen zurückzuführen. Den vielen Zugängen steht auch heute noch ein verhältnismäßig großer Abgang gegenüber. Daraus folgert, daß der Anteil der Neubergleute an der Untertagebelegschaft keinen großen Schwankungen mehr unterliegt. [...] Neben der Fluktuation der Neubergleute tritt immer stärker der Belegschaftswechsel von Zeche zu Zeche in Erscheinung. Diese Verschiebung bedarf sorgfältiger Beobachtung. In diesem Zusammenhang sei auch darauf

[1465] BAK B 149/5746, BMA, II A 1, 2012, Referent Bues, Vermerk Bonn, 3.5.1952.
[1466] Vgl. ebd., S. 5.
[1467] BAK B 149/5746 [BMA] II a 1- 2012, MinRat Dr. Bues, Bonn, 5.8.1952.
[1468] Vgl. ebd. Siehe auch BAK B 149/5746 BMA II a 1, Ausschuss I (sozialpolitische Fragen) des Arbeitsausschusses "Produktionssteigerung im Kohlenbergbau", Bonn den 12.8.1952 [Umdruck], Vermerk über die 6. Sitzung des Unterausschusses I des Arbeitsausschusses zur Steigerung der Kohlenförderung am 5. 8.1952 im BMA, Bonn-Duisdorf.
[1469] BAK B 149/5746 [BMA] II a 1- 2012, MinRat Dr. Bues, Bonn, 5.8.1952, Vermerk vom 20.1.1953.
[1470] BAK B 149/5746 Köker, am 19.1.1953 über sozialpolitische Fragen der Steinkohlenbergbaus nach den bei der Hibernia AG gesammelten Erfahrungen, [Umdruck].

hingewiesen, daß die bisherigen statistischen Erhebungen über den Arbeitsplatzwechsel dringend einer Verfeinerung bedürfen, weil die jetzigen Ermittlungen nur ein unvollkommenes Bild ergeben."[1471] Es existierten eingehende Erhebungen über das Phänomen der Fluktuation zu den Zechen Shamrock 1/2 und 3/4 der Hibernia AG.

Der Belegschaftswechsel nach der Ausbildung zeige, dass unter den Berglehrlingen ein Abgang von 25% zu verzeichnen sein, während er bei den ungelernten Kräften unter den Jugendlichen an die 50% betrage: "Die Abgänge der Neubergleute erreichen innerhalb der ersten 5 Beschäftigungsjahre einen Anteil von 53-64%. Diese Entwicklung zeigt, daß der erfolgreichste Weg der Belegschaftsverjüngung über den Berglehrling führt und daß insbesondere bei den Neubergleuten die starke Fluktuation eine erhebliche wirtschaftliche Belastung zur Folge hat." Ein weiteres Merkmal sei der Rückgang der Stammbergleute in der Untertagebelegschaft durch die hohe Anwerbung von Neubergleuten.[1472]
In seinem Vortrag über die Entwicklung der Untertagebelegschaft berichtete Dr. Ullrich, dass zwischen 1945 und 1952 die Untertagebelegschaften von rund 188.000 auf 328.000 aufgestockt wurden, also um 140.000 Bergleute.[1473] Die Aufstockung der Belegschaft und der Ausgleich des laufenden Abgangs waren demgegenüber wesentlich höher und beliefen sich nach Ullrichs Angaben auf ca. 495.000 Arbeitskräfte.
Er unterschied in seiner Aufstellung den natürlichen Abgang durch Tod, Invalidität und Eintritt ins Rentenalter von der Fluktuation und gab dafür folgende Tabelle an, die die Fluktuation der Jahre 1946 bis 1952 zeigt:

Jahr	**Abgang insgesamt**	**natürlicher Abgang**	**Fluktuation**
1946	42645	8311	34334
1947	44561	8196	36365
1948	54855	10262	44593
1949	44871	8918	35953
1950	52218	11839	40379
1951	57926	8332	49594
1952	57934	8386	49548
	355010	64244	290766

Quelle: BAK B 149/5746, Vortrag von Dr. Ing. Ullrich über die Entwicklung der Untertagebelegschaft im westdeutschen Steinkohlenbergbau von 1946-1952.

[1471] Vgl. ebd.
[1472] Vgl. ebd.
[1473] BAK B 149/5746 Arbeitsausschuss Produktionssteigerung im Kohlenbergbau, Vortrag von Dr. Ing. Ullrich über die Entwicklung der Untertagebelegschaft im westdeutschen Steinkohlenbergbau von 1946-1952.

Als Fluktuation ist dieser Aufstellung nach der Abgang von rund 291.000 Arbeitskräften zu bewerten. Diesen Zahlen zufolge betrug die Fluktuation in den Jahren 1946 bis 1952 rund 60% des gesamten Zugangs.

In einer weiteren Tabelle zeigte Ullrich die prozentuale Fluktuation über die Jahre hinweg an:

Jahr	Fluktuation in % (a)	Verbleib in % (b)	Vermittlungen für eine im Untertagebetrieb verbliebene Arbeitskraft (c)
1946	53	47	2,1
1947	40	60	1,7
1948	64	36	2,8
1949	54	46	2,2
1950	70	30	3,3
1951	72	28	3,6
1952	70	30	3,3

Quelle: BAK B 149/5746, Vortrag von Dr. Ing. Ullrich über die Entwicklung der Untertagebelegschaft im westdeutschen Steinkohlenbergbau von 1946-1952.

Die Schlussfolgerung Ullrichs aus diesen Befunden war, dass für eine im Untertagebetrieb verbliebene Arbeitskraft nach dem Durchschnittsergebnis von 1946 bis 1952 2,5 Arbeitskräfte neu eingestellt werden mussten. Im Jahr 1951 sei dieses Verhältnis bis auf 3,6 Arbeitskräfte angestiegen, im Jahr 1952 allerdings auf 3,3 Arbeitskräfte zurückgegangen. Die dramatischen Zahlen ließen sich auch auf die einzelnen Monate des Jahres hinunterrechnen, wobei einzelne Monate Peaks von 90% Fluktuation erreichten.

Intern hatte der Bergbau sich mit dem Problem der Fluktuation in diesen Jahren nach Ullrichs Angaben intensiv befasst. Er zitierte eine im Jahr 1949 von allen Zechen des Ruhrgebiets über mehrere Monate durchgeführte Untersuchung, in der die Bergleute unterschiedliche Gründe für den Nichtverbleib im Bergbau angaben. 12,5% der Bergleute gaben unzureichende Wohnverhältnisse, 29,7% eine Abneigung gegen den Bergmannsberuf, knapp 22% einen Berufswechsel, darunter vor allem die Rückkehr in den erlernten Beruf, ein kleiner Prozentsatz unter 1% Auswanderung und Straffälligkeit sowie 33,2% keine genauen Angaben an. Ullrich berichtete, dass der bei Deutschen Kohlenbergbau-Leitung bestehende Arbeitseinsatz- und Ausbildungsausschuss angeregt habe, die Gründe für die

Abkehr auf allen Zechen sorgfältig zu untersuchen.[1474]

Ministerialrat Dr. Bues unternahm bei einem Aufenthalt in Bad Meinberg, wo sich kurende Bergleute aufhielten, den Versuch, dem Problem der Fluktuation selbst auf den Grund zu gehen, indem er mit 15 anwesenden Bergleuten Unterredungen führte und Befragungen anstellte..[1475] Diese eher atmosphärischen qualitativen Befunde entsprachen dem, was in der Untersuchung der DKBL zu Tage getreten war. So führten die Bergleute die Wohnungsnot und unzureichende Wohnungssituationen an. Interessanterweise beobachtete Ministerialrat Bues aber auch andere Bemerkungen. So verwiesen die Bergleute im Gespräch auch erstmals auf Probleme bei der Anlernung: "Ein anderer Grund der schnellen Wiederabkehr aus dem Bergbau wird aber auch in der Durchführung der Anlernung der Neubergleute gesehen. Nach dem einmütigen Urteil der 15 Neubergleute soll diese Neuanlernung psychologisch nicht immer geschickt vor sich gehen. So bringt man Neubergleute nach einer kurzen Einführung manchmal an die schwierigsten Betriebspunkte. Der seelische Eindruck ist dann auf den Neubergmann so groß, daß er ihm nicht gewachsen ist."[1476] Interessant an der Wiedergabe dieser Befunde ist die Sensibilität für den psychologischen Druck, der auf den Neubergleuten lastete und der behute Einzug einer Sprache der psychologischen Einfühlung in die Menschen der Arbeitswelt. Die mangelnde Eingewöhnung führten die Bergleute auch auf objektive Verhältnisse, wie den Kostendruck, der die Anlernung unterliege, zurück. Insgesamt führe die Situation zu einem unangenehmen "Verkehrston", wie Bues bemerkte: "Nach Auffassung der 15 Bergleute müßte der langsamen Eingewöhnung von Neubergleuten eine viel größere Beachtung geschenkt werden. Dazu sei nötig, den Anlerner für die Einweisung der Neubergleute besonders zu entschädigen, damit sich der Anlerner hierzu auch die erforderliche Zeit nehmen könnte. Denn heute wäre es doch so, daß auch von dem Anlerner ein bestimmtes Maß an Kohleproduktion gefordert würde. Diese Forderung ließe ihm, wenn er auf seinen Verdienst kommen wollte – einfach keine Zeit, sich genügend mit dem Neubergmann zu befassen. Die Anlernung von Neubergleuten würde der erfahrene Bergmann immer nur als eine Last empfinden. Das würde auch im Verkehrston untereinander zum Ausdruck kommen, sodaß hierdurch der Neubergmann abgestoßen würde." Diese Verbindung von ökonomischem Beobachtung und psychologisierender Analyse findet sich auch in unternehmernahen Zeitschriften wie dem Industriekurier, der im Dezember 1952 einen Artikel mit dem Titel "Gedanken über die Fluktuation im Bergbau" veröffentlichte, der untertitelt war mit: "Derjenige Beruf übt die größte Anziehungskraft aus,

[1474] Vgl. ebd.
[1475] BAK 149/5746, II a 1 2012, Referent: Ministerialrat Dr. Bues, Betrifft: Fluktuation unter den Bergarbeitern, Vermerk.
[1476] Vgl. ebd.

der das Ichbewußtsein am stärksten anspricht".[1477] Dies sind Indikatoren für einen um sich greifenden Diskurs der Psychologisierung, der die „Verwissenschaftlichung des Sozialen" begleitet.

Ein Bericht des BMA über eine Fluktuationserhebung bei der Hibernia AG in Reaktion auf eine Statistik der DKBL, derzufolge 68% der Fluktuation auf kontraktbrüchige Arbeitnehmer zurückgehe, machte weitergehende Vorschläge zum Vorgehen in der Frage.[1478] Der Bericht hob hervor, dass die statistischen Angaben in den Meldungen und Berichten der DKBL relativ unsicher seien, weil die Erhebungsinstrumente, die der Fluktuationsstatistik zugrunde lägen, ungenau und nicht zweckmäßig seien. Messbar sei die Fluktuation eher an den Unterlagen der Arbeitsämter. Der Bericht unterbreitete relativ weitreichende Vorschläge für die Zukunft: "Gleichschaltung [!] der Erfassungsdaten für Betriebe, DKBL (bzw. Nachfolgeorganisation) und Arbeitsämter, [...] klare, grundsätzlich gültige Begriffsregelung für die Arten der Zu- und Abgänge und für die Gliederung der Belegschaft (z. B. Neubergleute), [...] Schaffung eines Meldezettels für jeden Beschäftigten im Bergbau, der zur Vermeidung von politischen Weiterungen nicht die volle Wirksamkeit des früheren Arbeitsbuches hat, aber einen nützlichen Ersatz darstellt, [...] Ausarbeitung eines einfachen und allgemein gültigen Systems im Meldewesen zwischen Betrieben und Arbeitsämtern und Aufschlüsselung dieser Meldungen – soweit möglich – nach demselben System wie innerhalb des Bergbaus und unter Verwendung der gleichen Begriffsregelung". Auch sollten "Erhebungsvordrucke zwischen DKBL und Arbeitsämtern abgeglichen [werden] und eine genauere Begriffsdefinition, was Fluktuation sei, vorgenommen werden."[1479] Auffallend waren die Vorschläge, die Arbeitsverwaltung auszudehnen, indem Erfassungsdaten "gleichgeschaltet" werden, zentrale Erhebungsinstrumente und individuelle Ausweispapiere, nämlich ein Arbeitsbuch wie im Nationalsozialismus wieder eingeführt werden sollten.

Der Kontrollanspruch des Staates, der sich in der Fluktuationsdiskussion äußerte, war demnach hoch zu veranschlagen. Er wurde allerdings in der folgenden Korrespondenz abgewiesen, weil er zu weitgehend war und in die betriebswirtschaftliche Autonomie der DKBL eingreife.[1480]

[1477] Gedanken über die Fluktuation im Bergbau. Derjenige Beruf übt die größte Anziehungskraft aus, der das Ichbewußtsein am stärksten anspricht, in: Industriekurier Nr. 189, Dienstag 16.12.1952.

[1478] BAK B 149/5746, III A 3 a, Lwowski Vorbericht [über seine Fluktuationserhebungen in den Zechen der Hibernia AG], Bonn 26.9.1952.

[1479] Ebd., S. 8f.

[1480] BAK B 149/5746, BMA II a 1, MinRat Dr. Bues an Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Betr. Fluktuation im Bergbau, hier: Bereinigung der statistischen Anschreibungen, Bonn 15.12.1952; ebd., Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nürnberg, IV c 4202 an den Herrn BMinA, Betrifft: Fluktuation, Nürnberg, den 3.1.1953; Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nürnberg, IV c 4202 an den Herrn BMInA, Betrifft: Fluktuation im Bergbau, hier Bereinigung der statistischen Anschreibungen, Nürnberg, den 22.4.1953, Vorgang; Ihr Erlaß vom 15. Dezember 1952 GZ II a 1 – 2188.

Theodor Scharmann, ein Sozialpsychologe, der seit Beginn der fünfziger Jahre im BMA tätig war, regte 1953 erstmals in Anbetracht des die Arbeitsverwaltung belastenden Problems der Fluktuation im Erzbergbau die Untersuchung dieses Phänomens an. Anfang 1953 erhielt Oberregierungsrat Theodor Scharmann im BMA ein erstes Angebot der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster mit Sitz in Dortmund (SFSt) zur Durchführung einer Studie über die Fluktuation.[1481] Insgesamt scheinen die Verhandlungen zunächst weit gediehen zu sein, denn die SFSt bat um die Überweisung einer Anschubfinanzierung, eine Teilfinanzierung einer ungenannten amerikanischen Stelle konnte sie ebenfalls vorweisen.[1482] Scharmanns Affinität zu sozialpsychologischen Deutungen scheint in engem Zusammenhang mit seinen Nachkriegserfahrung als Leiter des Prüfungsbüros des bizonalen Wirtschaftsamtes zu stehen und auf einer Studienreise, die die mit amerikanischer Unterstützung gegründete *Deutsche Gesellschaft für Personalwesen* veranstaltete, vertieft worden zu sein.[1483] Scharmanns Vorstellung zufolge sollte das Problem den Sozialpartnern, vertreten durch den Unternehmensverband Ruhrbergbau und die Industriegewerkschaft Bergbau, bewusst gemacht werden, indem es im Rahmen des Ausschusses für sozialpolitische Fragen im Kohlenbergbau beim BMA beraten werden sollte. Da die Erarbeitung gemeinsamer "Empfehlungen", die sich an die Mitgliedsbetriebe des Unternehmensverbands richten sollte, das ausgesprochene Ziel dieser Verhandlungen sein sollte, bedurfte es einer sicheren Datengrundlage.[1484]

Schnell zeigte sich, dass die entwickelte Sozialstatistik der Unternehmen und des Unternehmensverbands wie auch der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (BAVAV) keine Daten zur Beurteilung der Fluktuationsmotive und -ursachen liefern konnte, die man in der Arbeitsverwaltung im Bereich innerbetrieblicher Arbeitsbedingungen und -verhältnisse vermutete. Theodor Scharmann ging es aber gerade darum, die individuellen, also subjektiven und gruppenspezifischen Fluktuationsmotive zu erfassen. Bezeichnenderweise legte aber auch die Sozialforschungsstelle an der Universität Münster mit Sitz in Dortmund ein Exposé vor, das eine Totalerfassung aller abgekehrten Bergleute vorsah.[1485] Die sozialtechnischen Eingriffe, die das Forschungsexposé als später vollziehbar versprach

[1481] Zur Sozialforschungsstelle vgl. Jens Adamski: Ärzte des sozialen Lebens.
[1482] BAK B 149/6074, SFSt an der Universität Münster, Dortmund Rheinlanddamm an das Bundesarbeitsministerium z. Hd. von Herrn ORR Scharmann, Dortmund 9.1.1953.
[1483] Der öffentliche Dienst in den Vereinigten Staaten von Amerika. Ein Reisebericht. Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Personalwesen. Frankfurt/Main 1950; Theodor Scharmann: Persönlichkeit und Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze. Göttingen 1966, darin Bibliographie S. 255-260; H. A. Müller: Der Grenzgänger. Theodor Scharmann zum 70. Geburtstag, in: Psychologie und Praxis 21, 1977, S. 137-139; Hermann Rupieper: Wurzeln der Nachkriegsdemokratie, S. 199-201; zur Deutschen Gesellschaft für Personalwesen siehe Rosenberger: Experten für Humankapital.
[1484] BAK B 149/5745, 5746, 6074; IfSA A 12.
[1485] Die SFSt war bei diesem Projektvorschlag weit entfernt von der teilnehmenden Beobachtung, für die die akademischen Studien der SFSt immer wieder gelobt werden, vgl. Etzemüller: Soziageschichte als politische Geschichte. Zur Sozialforschungsstelle auch Adamski: Ärzte des sozialen Lebens.

und für die es zweckmäßige Kategorisierungen und Stigmatisierungen all derjenigen "Arbeitertypen" liefern wollte, die nicht mehr vermittelt werden sollten, sprach im gewissen Sinne noch die Sprache nationalsozialistischer Menschenökonomie und nicht diejenige einer humanwissenschaftlichen Expertise, wie sie Scharmann erwartete.

Dr. Ernst Wolfgang Buchholz von der SFSt legte in einem Exposé dar, wie die Untersuchung von statten gehen könne.[1486] Seinen Ausführungen zufolge war die Fluktuation im Bergbau im Wesentlichen abhängig "vom sozialen Schicksal des Neubergmanns vor der Anlegung; von den spezifischen Einwirkungen der bergmännischen Tätigkeit (physische Beanspruchung, innerbetriebliche Bedingungen, Ledigenheim – und Koloniemilieu usw.) auf den Neubergmann; von den realisierbaren sozialen Chancen, die sich dem Angelegten des Bergbaus bieten." Er versprach sich von einer Klärung des "sozialen Vorschicksal[s]" Schlüsse auf die Situation, die zur Wahl des Bergmannsberufs beigetragen hat. Ihm schwebte eine Erfassung anhand der Arbeitsamtskarteien vor, die ergänzt werden sollte durch eine Analyse der Personalangaben in den Unterlagen der Personalverwaltungen von zwölf unterschiedlichen Zechen. Bei den Arbeitsämtern sollten Wohnort, Dauer der Arbeitslosigkeit, Beruf, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Geburtsdatum, Lehrbetrieb (Art und Ort), Prüfungen, Art der Lehre, Umschulungen, besondere Kenntnisse und Kontraktbrüche erhoben werden. Es ging Buchholz um nicht weniger, als um die Erfassung aller "sozialen Situationskriterien, den gesamten beruflichen Werdegang bis dato". Im weiteren Fortgang der Studie sollte "[e]ine Faktorenanalyse [angestellt werden], die Schlüsse auf Wirkungszusammenhänge ermöglichen soll, die vermutlich zwischen den Situationskriterien und dem Fluktuationsvorgang bestehen". Zweitens sollte eine Kerngruppenanalyse durchgeführt werden, "mittels derer (in Anlehnung an die vorausgegangene Faktorenanalyse) einzelne Gruppen herausgeschält werden sollen, die (in möglichster Reinheit) in gleichen Situationen typische Verhaltensweisen zeigen". Drittens schließlich sollte eine Verhaltensanalyse ermöglicht werden, "die von den typischen Verhaltensweisen ausgeht und die dahinter zu vermutenden Situationsgruppen aufsucht (vor allem Kontrollverfahren zu 2.) Hierbei sollen Zechenwechsler und Kontraktbrüchige besondere Beachtung finden."[1487] An der Terminologie und an den vorgeschlagenen Untersuchungskriterien lässt sich bereits ablesen, dass weniger um die subjektiven Motive, die im Rahmen einer verstehenden Analyse zu erfassen wären und um die gegenwärtige Arbeitssituation gehen solle, als vielmehr um die Ermittlung von Daten, die den Zechenverwaltungen die präventive, sozialtechnische Personalselektion

[1486] BAK B 149/6074, Dr. Buchholz, Sozialforschungsstelle a. d. Universität Münster, Untersuchung des Berufswechsels im Bergbau, Dortmund, den 27.1.1953.
[1487] Vgl. ebd.

anhand „objektiver“ Kriterien erleichtern sollten.[1488] Es handelte sich eher um dem Individuum zugeschriebene soziale Merkmale, weniger um Merkmale, die die Verhältnisse, in denen die Bergleute arbeiteten, beschreiben sollten.

Als Kriterien sollten deshalb die Situation, die zum Wechsel motiviert hat und die hauptsächliche Schichtenzugehörigkeit der Wechsler gelten. So wollte die SFSt “Erfolg oder Mißerfolg des Assimilationsprozesses in Abhängigkeit von der sozialen Ausgangssituation” feststellen und herausfinden “welche Gruppen erweisen sich als besonders abkehranfällig, welche stellen vor allem die Masse der Zechenwechsler?”[1489]

Bei der Erhebung in den Zechen sollten vergleichbare Grunddaten erhoben werden, ergänzt um Daten zu “Arbeitergraden” (der hierarchischen Stellung im Betrieb) und den verrichteten Funktionen im Betrieb, Dauer der Beschäftigung in den einzelnen Arbeitergraden, Datum der Eheschließung, Kinderzahl, willkürliche Schichten, Feierschichten (Unfall, Erkrankung), und schließlich ganz zum Schluss im Sinne objektiver Daten die “Abkehrgründe”. Davon erwartete sich die SFSt eine Klärung des “Berufsschicksals”, was ein analytischer Zentralbegriff war. Darunter verstanden die Forscher der SFSt das “Berufsschicksal der Bergleute (auch der inzwischen Abgekehrten)”, das in der Abhängigkeit “des Verlaufes des Eingewöhnungsprozesses (bei Neubergleuten) von Alter, Familienstand, Kinderzahl, Vorberuf, Familientrennung und Wohnverhältnissen (Ledigenheime)” bestand.

Die Formen der Abkehr wurden schematisch in die Kategorien der Zechenverwaltungsstatistik eingeordnet und nach “Kontraktbruch und Kündigung” sortiert. Dann sollte das engere Berufsschicksal im Betrieb in Abhängigkeit von Ausbildungsgang und “Arbeitergraden” ermittelt werden. In einem zweiten Schritt sollte vor allem die “Soziographie des Fluktuationsvorgangs” durch eine “Soziographie der Abgekehrten”, die “von 1948 bis 1953 bewirkte Strukturveränderung durch den Fluktuationsvorgang (u.a. Entwicklung der Stammbelegschaft)” ermittelt werden. In einem dritten Schritt sollte so zu einer “[r]epräsentative[n] Soziographie der Ruhrbergarbeiterschaft (durch Kombination beider Erhebungen)” gelangt werden. Dazu sollte statistisch die räumliche Herkunft, die “Schichtung der Vorberufe”, Familienstand, Kinderanzahl, Ehedauer, Wanderungen, Arbeitsfähigkeit, Einkommen usw. erfasst werden. Zum Schluss versprach die SFSt nützliche Ergebnisse der Studie. Sie sollte klären “[w]elchen Wert [die] unter dem Einfluss der bisher geübten Anlegungspraxis eingestellten Bergleute für den Bergbau [besitzen]” Dazu wollte man Indices des Werts errechnen.

[1488] Diese sozialtechnische Variante von Expertise ist durchaus im Sinne des Social Engineering zu verstehen, vgl. hierzu: Luks: Betrieb als Ort der Moderne sowie Thomas Etzemüller (Hg.): Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert. Bielefeld 2009 (Histoire; 9), insbesondere ders.: Social Engineering als Verhaltenslehre des Kühlen Kopfes. Eine einleitende Skizze, in: ebd., S. 11-39; vgl. auch den Band Lutz Raphael (Hg.): Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert. Köln u.a. 2012 (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte; 82), darin Dirk van Laak: Technokratie im Europa des 20. Jahrhunderts – eine einflussreiche Hintergrundideologie, in: ebd., S. 101-128.

[1489] Vgl. ebd.

Die Struktur der Belegschaften, der "typische Ablauf des Eingewöhnungsprozesses des Neubergmanns" mit besonderer Beachtung der "kritischen Schwellen erhöhter Abkehranfälligkeit", die Wohnverhältnisse, den Bergmannsberuf, sowie sogar die sozialwissenschaftlich fundierte "Berechnung des Ergänzungsbedarfs" sollten am Ende der Studie stehen.[1490]

Anfang März machte Buchholz einige Einschränkungen, nachdem die SFSt festgestellt hatte, dass die Personalunterlagen der Zechen im Wesentlichen nur über den gegenwärtigen Arbeitsplatz und nicht über das "Berufsschicksal" Auskunft gaben und daher für die weitreichenden Pläne der SFSt nicht geeignet waren.[1491] Nachdem Dr. Ullrich von der DKBL eine Besprechung im März angeregt hatte[1492] und Carl Jantke für die SFSt noch eine Projektskizze als Rundbrief versandt hatte,[1493] wandte sich Kadow, der Referent für 'Soziale Betreuung' bei der IG Bergbau war, an Scharmann, nachdem sich beide am 3. März 1953 im *Haus Schwalbach*, dem zeitgenössisch bekannten Zentrum für moderne Gruppenpädagogik und Sozialpsychologie, das diese Kenntnisse an Praktiker vermittelte, getroffen hatten, fand am 13. März 1953 eine Konferenz im BMA statt.[1494] Gegen diese Studie der SFSt intervenierte Dr. Ullrich von der DKBL zum ersten Mal Anfang März 1953, also wenige Wochen, nachdem deren Entwurf im BMA eingegangen war. Aus einer Gesprächsnotiz von Scharmann geht hervor, dass dieser der Auffassung war, "dass die Methoden der Sozialforschungsstelle nicht ausreichen, um die tatsächlichen Motive der Fluktuation im Bergbau zu erfassen." Er berief sich auf eine Sitzung des Produktivitätsausschusses unter Leitung von Ministerialdirigent Dr. Rudolf Petz vom BMA, auf der "ausdrücklich festgelegt worden [war], dass die Sozialforschungsstelle diesen Auftrag nicht bekommen solle und zwar mit Zustimmung aller drei 'Säulen' des Bergbaus (Arbeitnehmer, Arbeitgeber, öffentl[iche] Verwaltung)." An dieser Tagung nahmen Dr. Carl Jantke, Dr. Otto Neuloh und Dr. Ernst Wolfgang Buchholz von der SFSt, Regierungsdirektor Foitzik von der BAVAV, Oberregierungsrat Klein vom Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen, Heinz Kegel von der Hauptverwaltung der IGB in Essen, Dr. Ullrich von der DKBL in Essen, sowie Ministerialrat Dr. Bues, Oberregierungsrat Dr. Scharmann und Herr Vogel vom BMA teil.[1495]

[1490] Vgl. ebd.

[1491] BAK B 149/6074, Sozialforschungsstelle Münster, Betr. Untersuchung der Berufswechsels im Bergbau (neuer Arbeitsplanentwurf, Dortmund den 2.3.1953.

[1492] BAK B 149/6074, Besprechung im März 1953 [Notiz].; ebd., DKBL, Ullrich an BMA 6.3.1953 betr. Untersuchung des Berufswechsels durch die Sozialforschungsstelle Dortmund.

[1493] BAK B 149/6074, SFSt an BMA; BMA ORR Scharmann; BAVAV Präs; LAA Düsseldorf Willrodt; DKBL Ullrich und IG B Kadow, Bochum.

[1494] BAK B 149/6074, [BMA] Unterabteilung II b, Ref.: ORR Scharmann, Betr. A Betr. Arbeits- und Sozialforschung – Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln im Rechnungsjahr 1952; hier: Förderung einer Untersuchung über den Berufswechsel (Fluktuation) im Bergbau, Niederschrift über die am 13.3.1953, 11.00 Uhr in der Unterabteilung II b erfolgte Besprechung über einen Antrag der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster zwecks Gewährung einer finanziellen Zuwendung für eine sozialstatistische Untersuchung des Berufswechsels im Bergbau.

[1495] BAK B 149/6074, [Hsl. Notiz] Scharmann, 10.2.1953.

Bei dieser Besprechung zeigten sich erste Interessenunterschiede. Während die DKBL eine Untersuchung weitgehend zu verhindern versuchte, waren die Vertreter der Arbeitsverwaltung, des Ministeriums und der Gewerkschaften eher dafür. Die SFSt blieb bei ihrem Versprechen, Daten für die zukünftige Selektion der Neuangelegten nach Kriterien des Bergbaus zu liefern. Allerdings betonten die Arbeitsamtsvertreter und Dr. Ullrich, dass die Bergbauverwaltungen und die Arbeitsverwaltung genügend Kenntnisse und Erfahrungen in diesem Bereich besäßen. Es war Dr. Bues vom BMA der auf die Ergründung der Ursachen der Abwendung drängte, dem sich die Vertreter der Gewerkschaft und der Arbeitsverwaltung anschlossen. Ullrich hielt dem entgegen: “Auch der DKBL wäre es interessant, die wirklichen Ursachen der Abwendung kennen zu lernen. Durch Ermittlungen der Arbeitsdirektoren und der Arbeitseinsatzstäbe der einzelnen Gesellschaften seien diese Ursachen allerdings im einzelnen bekannt; er glaube auch nicht, dass es der Sozialforschungsstelle gelingen werde, die wahren Gründe in Erfahrung zu bringen, wenn dies den Gesellschaften und ihren Angestellten bisher nicht gelungen sei.” Ullrich hatte eine eigene Erklärung für die Fluktuation auch bereits parat: “1. Die Tätigkeit im Bergbau ist zu schwer (Gutachten Robinson: ‘Der Abbauhammer ist der Mühlstein am Halse des deutschen Bergmannes’). 2. Die unzulängliche Einführung des Neubergmannes. 3. Die ungelöste Frage des Heim und Wohnungsbaues. 4. Die Unzufriedenheit von Neulingen mit dem geringen ‘geistigen Niveau’ im Bergbau.” Gegenüber der Forschungsmethodik der SFSt herrschte allerdings Einmütigkeit, denn die Mehrheit der Anwesenden bezweifelte, “ob die statistische Erhebung der Bundesanstalt [...] in ihrer Systematik differenziert genug sei, um die wirklichen Motive der Abwendung zu erfassen.” Dr. Neuloh hielt dem entgegen, dass die Forschungsstelle auch in der Lage sei, einen modifizierten Auftrag zu übernehmen. Dr. Jantke und Dr. Buchholz sekundierten, indem sie die Methodik der Ermittlung der Abkehrungsmotive erläuterten. Zum ersten Mal erwähnten sie Interviews und teilnehmende Beobachtung mit dem Ziel Motive der Abkehr zu ergründen und wichen damit vom ursprünglich eher technokratischen Forschungsplan ab. “Durch die Interviewmethode, durch Auswertung der AK1-Karteien der Arbeitsämter und durch ‘Teilnehmende Beobachtung’ an dem Tagesablauf der Neubergleute soll das Material für die Motivuntersuchung gewonnen werden.” Von der Unternehmerseite kam darauf der Einwand, dass die Abgekehrten “doch nur Greuelmärchen erdichten [würden] [...], um Gründe für die Abwanderung zu finden und verwies wieder auf die eigenen Erhebungen der Gesellschaften.” Von Seiten der Wissenschaftler kam die Aufforderung an Dr. Ullrich “doch zu erklären, ob dem Bergbau an einer methodischen Untersuchung gelegen sei, und wie er sich die Zusammenarbeit der Bergwerksgesellschaften mit der

Forschungsstelle vorstelle."[1496]

Zum Schluss legte Dr. Ullrich seine Hinhaltetaktik offen, er sah eine Entscheidung über den Forschungsauftrag erst am 24. März 1953 auf der Sitzung des Bergbauausschusses des Landesarbeitsamtes, dem Dr. Ullrich vorsaß, und nach einer Kuratoriumssitzung der SFSt, der die Arbeitsverwaltung und die DKBL angehörten, als möglich an. Dr. Scharmann wies auf den Zeitdruck hin, da es sich bei den Mitteln, die für den Forschungsauftrag zur Verfügung stünden, um Restmittel des Jahres 1952 handele, die am 31. März 1953 verfielen.[1497]

Auf der Sitzung des Bergbauausschusses, einem Unterauschuss des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamts Nordrhein-Westfalen, sprachen sich dann die Vertreter der Bundesanstalt und der Unternehmensverbands im Bergbau gegen die "Durchführung der Forschung über 'Berufswechsel im Ruhrbergbau" aus.[1498] Allerdings beschloss der Ausschuss gleichzeitig Unterlagen aus den Bereichen der "Sozialpartner" und der Arbeitsverwaltung zusammen zu stellen, die dann durch den Vorsitzenden an die SFSt zur weiteren Erforschung geleitet werden sollten. Dadurch hatte sich Ullrich eine gewisse Kontrollfunktion vorbehalten und vorerst durchgesetzt, dass keine Erhebung innerhalb der Institutionen des Ruhrbergbaus in Frage kommen sollte.[1499]

Doch Scharmann ließ nicht locker und verfügte im August 1953 die Vergabe der Mittel für den Forschungsauftrag neu.[1500] Er forderte den Unternehmensverband Ruhrbergbau (UVR) zur gleichen Zeit zu einer erneuten Stellungnahme auf. Allerdings hatte der Unternehmensverband dann mehrere Monate bis Oktober nicht reagiert, was Scharmann auf die Reserviertheit Ullrichs gegenüber der SFSt zurückführte. Er unterbreitete deshalb am 22. Oktober 1953 Ullrich den Vorschlag, von sich aus aktiv zu werden und alternative Institute vorzuschlagen.[1501] Ullrich führte in seiner Antwort eine Woche später die lange Frist bis zur Beantwortung des Schreibens auf die Liquidation der DKBL zurück. Er machte geltend, dass der Unternehmensverband Ruhrbergbau immer noch an einem Forschungsprojekt interessiert sei. Allerdings würden zuvor noch interne Erhebungen des Ruhrbergbaus und der Arbeitsverwaltung über die Fluktuation nach eigenen Schemata erfolgen. Diese Erhebungen sollten noch ein Vierteljahr andauern, danach erfolge die Auswertung, die dann einem Forschungsinstitut übergeben werden könne. Es ist wiederum eine Tendenz zum taktieren-

[1496] Alle Zitate vgl. ebd.
[1497] Vgl. ebd.
[1498] BAK B 149/6074, BMA, Unterabteilung IIB, Referent ORR Scharmann, Betr. Arbeits- und Sozialforschung, Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln aus dem Rechnungsjahr 1952; hier Übersicht über Anträge betr. Forschungsaufträge auf dem Gebiete der Arbeits- und Sozialforschung; ebd., LAA Nordrhein-Westfalen, Bergbauausschuss, Niederschrift über die 1. Sitzung des Bergbau-Ausschusses am 25.3.1953 in Essen.
[1499] Vgl. ebd.
[1500] BAK B 149/6074, BAM, II b 6, Scharmann, Vermerke, Betr. Förderung der sozialwissenschaftlichen Forschung durch Erteilung von Forschungsaufträgen, Bonn, den 21.8.1953.
[1501] BAK B 149/6074, BAM, II b 6, ORR Dr. Scharmann, Betr.: Förderung der arbeits- und sozialwissenschaftlichen Forschung; hier: Forschungsauftrag "Berufswechsel im Steinkohlenbergbau", Bonn, den 22.10.1953.

den Hinhalten gegeben, mit Sicherheit auch im Hinblick auf die haushaltsrechtliche Situation und das Interesse, die Kontrolle über die Erhebungsverfahren zu behalten, bevor Daten an außenstehende Institutionen weitergegeben werden.[1502]

Den gleichen Standpunkt vertrat Ullrich auch am 8. Januar 1954 bei einer Besprechung über den geplanten Forschungsauftrag "Berufswechsel (Fluktuation) im Steinkohlebergbau"[1503], die im BMA erfolgte.[1504] Es zeigte sich auf der Sitzung, dass das Interesse des BMA und Scharmanns, die Frage wissenschaftlich zu klären, breitere Unterstützung aus den Reihen der Arbeitsverwaltung und vor allem der Gewerkschaft erhielt. Auffällig war, dass in die Erörterungen der Besprechungsteilnehmer weitaus konkretere Aussagen über Motive und Situationen der Fluktuation eingeflochten waren und dass insgesamt der Punkt der menschlichen Beziehungen im Betrieb von Seiten des Ministeriums in den Blickpunkt des Interesses gerückt wurde. So führte Dr. Bues aus, dass neben unerfüllbaren Versprechungen bei der Werbung und der unzureichenden Wohnungsunterbringung vor allem die "ungeschickte Einführung in die ungewohnte Arbeit von Seiten des Bergbaus" und die "unzureichende Pflege der menschlichen Beziehungen in den Betrieben" maßgeblich für die hohe Fluktuation seien. Mittlerweile war auch die BAVAV aktiv geworden und hatte im November 1953 die Arbeitsämter angewiesen, junge Arbeitskräfte nach Gründen des Kontraktbruches zu befragen. Zwar differierten die Anworten der Teilnehmer sehr über die Bewertung der Motive. So sagte Präsident Wiesemann vom Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen, "dass der Entschluss zur Abkehr meist von mehreren Umständen beeinflusst werde, über die sich der Bergmann gar nicht klar sei. Als äußerer Grund, als Vorwand, werde dann gewöhnlich die Auseinandersetzung mit dem Steiger angegeben."[1505] Er verwies auch auf praktische Schwierigkeiten, die Abkehrer zu erfassen. ORR Hartmann vom Landesarbeitsamt wies auch darauf hin, dass die "Neubergleute [sich] nicht ins Milieu [einfänden], da der Bergbau die Umstellung des ganzen Lebens, nicht nur in arbeitsmäßiger Hinsicht erfordere." Er hob die geänderten Anforderungen unter Tage im Unterschied zur Vergangenheit hervor: "Ein Vergleich zwischen den Verhältnissen vor etwa 50 Jahren und heute zeigt den ungeheuren Wandel, der sich im Bergbau vollzogen habe. Damals konnte der Bergmann verhältnismäßig frei arbeiten, ohne ständig vom Steiger beaufsichtigt zu werden. Bei einer Schichtzeit von 8 Stunden (andere Berufe 10-stündige Arbeitszeit) habe der Lohn an der Spitze gelegen. Heute biete die Grube, die einer modernen Fabrik mit all ihren negativen Begleiter-

[1502] BAK B 149/6074, UVR, Dr. Ullrich an Scharmann, Essen, 29.10.1953.
[1503] BAK B 149/6074, BAM, II b 6, Scharmann, Niederschrift über die am 8.1.1954im BMA erfolgte Besprechung über den geplanten Forschungsauftrag "Berufswechsel (Fluktuation) im Steinkohlebergbau", Bonn, Januar 1954.
[1422] An ihr nahmen teil: Wiesmann VP (LAA NRW Düsseldorf), Dr. Ullrich (UVR), MRR Steuer (BMA), ORR Hartmann (LAA NRW), Kadow (IGB), ORR Klein (LAA), ROI Beyer (BMA).
[1504] An ihr nahmen teil: Wiesmann VP (LAA NRW Düsseldorf), Dr. Ullrich (UVR), MRR Steuer (BMA), ORR Hartmann (LAA NRW), Kadow (IGB), ORR Klein (LAA), ROI Beyer (BMA).
[1505] Vgl. ebd., S. 3.

scheinungen gleiche, keinen Anreiz mehr."[1506] Hartmann stellte auch die schwerwiegenden Fehler bei der Werbung der Neubergleute heraus – "vor allem psychologischer Art", da die "Steiger wenig Verständnis für die Wünsche der Neubergleute gezeigt hätten."[1507] An die Äußerungen Hartmanns knüpfte Kadow von der IG Bergbau an. Er betonte die Notwendigkeit der Ergänzung der sozialstatistischen Untersuchung durch eine "Motivuntersuchung mit psychologisch-soziologischen Methoden", auf der "das Schwergewicht ruhen [müsse], da die bisherigen Untersuchungen [des UVR und des LAA] unzulänglich seien".[1508] Auch hier fällt wieder die psychologierende Wortwahl auf. Dies ist ein Indiz, dass der Diskurs der Betriebs- und Arbeitspsychologie auch in den Gewerkschaften und in den Arbeitsämtern weiter um sich griff.[1509] Ullrich verwies auf die Vorarbeiten des UVR. Die Ergebnisse zeigten seiner Ansicht nach, da die Fluktuation zwischen den einzelnen Zechen sehr variiere, dass es auf die Situation an den einzelnen Zechen ankäme. Er bekräftigte aber auch, "dass die wahren Gründe nicht gefunden werden würden" und beharrte auf der sozialstatistischen Erfassung. Kadow war es dann, der aufgrund der unzureichenden Ergebnisse des UVR nochmals die Betrauung eines Instituts mit der Erforschung forderte, da einzelne Kategorien des Erhebungsbogens, wie "z. B. die 'Abneigung gegen den Bergmannsberuf' nicht *ein* Grund, sondern ein aus verschiedenen Gründen bestehender Komplex" sei.[1510] Die "direkte Befragung nach den Gründen der Abkehr, etwa im Lohnbüro, werde keine brauchbaren Antworten bringen. Die Gewähr für objektive Ergebnisse biete allein eine neutrale Stelle, zumal, wenn sie mit wissenschaftlichen Methoden arbeite. Da aus wissenschaftlichen und technischen Gründen nicht der gesamte Bergbau untersucht werden könne, müßten Gesellschaften befragt werden, die als repräsentativ gelten."[1511] Kadow fand sich mehr und mehr in die Terminologie wissenschaftlicher Expertensprache ein, möglicherweise war das der Teilnahme an Schulungen des *Hauses Schwalbach* geschuldet. Abschließend hielt die Besprechung das Ergebnis fest, noch den Abschluss der Untersuchungen des UVR und des LAA abzuwarten, bevor ein Forschungsauftrag vergeben werden sollte.[1512]

Im März 1954 fand auch noch eine weitere Besprechung beim UVR statt, auf der die Erhebungsinstrumente des UVR und der Arbeitsverwaltung verbessert wurden. An dieser

[1506] Vgl. ebd., S. 4.
[1507] Ebd., S. 4.
[1508] Vgl. ebd., S. 5.
[1509] Ein Indiz dafür ist, dass auch am WWI die Ergebnisse der Betriebspsychologie wahrgenommen und in einer eigenen Publikation zusammengefasst wurden, die 1951 im Kölner im gewerkschaftseigenen Bund-Verlag erschien, vgl. Heinrich Heitbaum: Psychologie im Betrieb. Köln 1951; auch in der Arbeitsverwaltung hat die Professionalisierung der Psychologie ihre Spuren hinterlassen, wie David Meskill gezeigt hat, vgl. ders.: Arbeitersteuerung und Klientenberatung. Angewandte Psychologie in der deutschen Arbeistverwaltung 1914-1973, in: Zeitschrift für Psychologie 2004/212, S. 212-226.
[1510] Vgl. ebd., S. 7.
[1511] Vgl. ebd., S. 7.
[1512] Vgl. ebd., S. 8.

Besprechung nahmen Vertreter der "Sozialpartner", der beteiligten Verbände, der Gewerkschaft sowie der Arbeitsverwaltung teil.[1513] Ab dieser Sitzung nahm an den Sitzungen auch Dr. Cattepoel teil, zunächst noch als Leiter der Sozialabteilung der Zeche Königin Elisabeth, später für die Zeche Consolidation, beide zum Mannesmann-Konzern gehörend.[1514] Cattepoels Einfluss begann sich zunächst auf die Abfassung des Erhebungs- und Fragebogens auszuwirken. Auf der Sitzung verfestigte sich auch der Sprachgebrauch, der von subjektiven und objektiven Abkehrgründen sprach, wie später auch der Titel des IfS-Forschungsprojekts lauten sollte: "Ferner wurde herausgestellt, dass die Befragung aller Abkehrenden notwendig sei. Bei der Erfassung der zur Abkehr im Bergbau führenden objektiven und subjektiven Gründe könne mit der restlosen und wahrheitsgetreuen Ermittlung der letzteren nicht gerechnet werden. Die Befragung müßte durch die Betriebsverwaltung gemeinsam mit der Betriebsvertretung durchgeführt werden. Dadurch würden unwahre Behauptungen auf ein Mindestmaß begrenzt werden. Kameradenbefragungen würden dazu beitragen, dass manche undurchsichtigen Tatbestände erhellt werden könnten."[1515]

Auch in der Tagespresse fand das Thema der Fluktuation zu dieser Zeit Aufmerksamkeit, wie ein Beispiel aus der Neuen Rheinzeitung belegt: "Die Rheinpreußen AG für Bergbau und Chemie in Homberg am Niederrhein stellte in ihrem Belegschaftsbericht für 1953 fest, daß im vergangenen Jahr rund 22% der Belegschaft abgewandert sind. Von den neuangelegten Umschülern sind im Berichtsjahr sogar 43% abgekehrt. Die Gesellschaft geht nun dazu über, Lehrlinge und jugendliche Arbeiter verstärkt einzustellen, da deren Anteil an der Fluktuation verhältnismäßig gering ist. Dies wird darauf zurückgeführt, daß sie sich dem Bergmannsberuf stärker verbunden fühlen als die aus einem anderen Wirtschaftszweig in den Bergbau überwechselnden Arbeiter."[1516]

Das BMA hatte sich mit der Auftragsvergabe bis zu dem Zeitpunkt zurückgehalten, zu dem die Ergebnisse des UVR vorgelegen haben. Im Oktober 1954 übergab Dr. Ullrich die Ergebnisse der Erhebung im Ruhrkohlenbergbau im Rahmen einer "Vorbesprechung" zum Forschungsprojekt.[1517] Es wurde festgehalten, dass diese Erhebungsergebnisse einem

[1513] BAK B 149/6074 BAK B 149/6074, Unterabteilung II b, II b 6, Beyer, ORR Dr. Scharmann; i. V. v. MR a D. Dr. Stets, Sachbearbeiter ROI Beyer, Betrifft Förderung der arbeits- und sozialwissenschaftlichen Forschung, hier: Forschungsvorhaben "Berufswechsel im StkBergb.", Vermerk über die am 5.3.1954 beim Unternehmensverband Ruhrbergbau Essen erfolgte Besprechung betreffend den oben genannten Gegenstand.

[1514] Cattepoel war ein einflussreicher Vertreter einer betrieblichen Sozialpolitik. Vgl. hierzu sein Werk, Dirk Cattepoel: Sozialreise durch Deutschland. Vom Arbeiter zum Mitarbeiter. Düsseldorf 1953, vgl. Ruth Rosenberger: Experten.

[1515] BAK B 149/6074 BAK B 149/6074, Unterabteilung II b, II b 6, Beyer, ORR Dr. Scharmann; i. V. v. MR a D. Dr. Stets, Sachbearbeiter ROI Beyer, Betrifft Förderung der arbeits- und sozialwissenschaftlichen Forschung, hier: Forschungsvorhaben "Berufswechsel im StkBergb.", Vermerk über die am 5.3.1954 beim Unternehmensverband Ruhrbergbau Essen erfolgte Besprechung betreffend den oben genannten Gegenstand.

[1516] BAK B 149/6074, Zu hohe Abgangsquote im Bergbau. Fast die Hälfte der Umschüler bei Rheinpreußen kehrte ab. Neue Rheinzeitung v. 29.6.1954, Nr. 149.

[1517] BAK B 149/6074, BMA, II b 7, Scharmann, Referent: ORR Dr. Scharmann, Sachbearbeiter ROI Beyer, Betr.

wissenschaftlichen Institut zur weiteren Bearbeitung übergeben werden sollten. Als einer der Teilnehmer brachte Cattepoel die Sprache auf das *Institut für Sozialforschung* und wollte bis zur nächsten Zusammenkunft ein Statement gegenüber dem Ministerium abgeben, ob dieses für die Aufgabe des Forschungsprojekts geeignet sei.[1518]

Eine weitere Besprechung folgte bereits am 9. November 1954 im BMA.[1519] Hier erläuterte Ullrich die Ergebnisse der Erhebung. Es zeigte sich, dass "die Zahl der 'sonstigen Gründe' verhältnismäßig hoch sei. Es müsse aber angenommen werden, dass sich gerade hinter dieser Ziffer zahlreiche Gründe verbergen, welche für die Aufdeckung der Ursachen von entscheidender Bedeutung seien". Weiter kam die Sitzung zu dem Ergebnis "dass die Erhebung in der Mehrzahl der Fälle nur einen einzigen Abkehrgrund berücksichtige, während die Erfahrung lehre, dass es meist mehrere Gründe seien, welche den Bergmann zur Abkehr und zum Kontraktbruch veranlaßten." Schließlich hielt sie fest, "dass die Abkehrerzahlen zwischen den einzelnen Zechen erheblich variieren würden, ohne dass dies immer durch objektive Bedingungen (schwierige Arbeitsverhältnisse, geringere Mechanisierung etc.) erklärt werden könne."[1520] Die Teilnehmer der Besprechung einigten sich unter Aufnahme der Erhebungsergebnisse des UVR darauf, sich von diesem vier Zechen benennen zu lassen, "von denen je zwei gleiche Arbeitsbedingungen unter Tage aufweisen, sich aber durch Hohe bzw. niedrige Fluktuation auszeichnen."[1521] Diese Absprache ging so auch in das spätere Forschungsprojekt ein.

An dieser Stelle brachte nun Cattepoel erste Ergebnisse der Mannesmann-Untersuchung des IfS ins Gespräch. Er hob besonders hervor, dass es nicht nur objektive Gründe wie die Arbeitsbedingungen, "sondern auch subjektive Gründe seien, welche die unterschiedliche Fluktuation bewirkten. Als subjektive Gründe wurden u. a. genannt: Anerkennung der Arbeit, Behandlung durch die Vorgesetzten, erst in zweiter Linie die Löhne und Arbeitsbedingungen."[1522]

Cattepoel warb auf dieser Sitzung intensiv für die Methoden des Frankfurter Instituts. Dies

---

Untersuchung über die Gründe der Fluktuation im Bergbau, Bonn, den 27.10.1954; anwesend waren Dr. Ullrich, UVR, Dr. Cattepoel, Mannesmann AG, Gelsenkirchen, Dir. Dr. Foitzik, Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, ORR Klein, Außenstelle Bergbau des Landesarbeitsamts Nordrhein-Westfalen, Gelsenkirchen. Das Treffen fand ohne einen Vertreter der IG Bergbau statt; ebd., "Sondererhebung zu Beschäftigtenmeldung (Vordruck 12a) abgestellt auf den Grubenbetrieb unter Tage für den Monat April-Juni 1954, Anlage zu Rundschreiben an die Mitgliedsgesellschaften und Zechen des UVR vom 18.3.1954 [Statistische Erhebung für dieses Quartal], angefügt: Bemerkungen zu der Sondererhebung zur Ermittlung der Abkehrgründe, Essen, den 19.10.1954 [masch. Ds.].

[1518] Vgl. ebd.

[1519] BAK B 149/6074, BMA, II b 7, Scharmann, Betrifft: Untersuchung über die Gründe der Fluktuation im Ruhrkohlebergbau [o. D.]; An der Besprechung nahmen teil: Die Herren Dr. Ullrich und Dr. Cattepoel vom Unternehmensverband Ruhrbergbau, Herr Kadow von der IG Bergbau, die Herren ORR Dr. Schönefelder und Klein von der Bundesanstalt und MinRat Dr. Bues sowie Scharmann vom BMA.

[1520] Vgl. ebd.

[1521] Vgl. ebd.

[1522] Vgl. ebd.

traf auf Zustimmung der Beteiligten, die sich mittlerweile einig waren, dass eine "Repräsentativerhebung in einigen Zechen" durchgeführt werden müsse, "welche auf der individuellen Befragung der einzelnen Bergleute basieren müsse." Dr. Cattepoel berichtete ausführlich "über die modernen soziologischen Befragungsmethoden, welche das Institut für sozialwissenschaftliche Forschung [!] an der Universität Frankfurt/Main bei einer [...] Befragung im Mannesmann Konzern angewandt habe. Die Kosten seien allerdings nicht unbedeutend, aber die bisher vorgelegten Ergebnisse des Instituts rechtfertigten eine solche Maßnahme."[1523]

Cattepoel regte ausdrücklich an, dass man "durch Inanspruchnahme des Ergebnisses der bei den Mannesmann-Betrieben durchgeführten Untersuchungen zu einem umfassenden und objektiven Bild kommen könnte."[1524] Er betonte den modernen Charakter der Methoden des Frankfurter Instituts und führte aus, "in welcher Weise die Untersuchungen bei den Mannesmann-Betrieben durchgeführt worden sind. Mit den Untersuchungen betraut wurde das sozialwissenschaftliche Institut [!] der Universität Frankfurt, Herr Professor Adorno. Untersucht wurden die Zechenbetriebe von Mannesmann: Consolidation, Werk Huckingen und Grillo Funke. Als Methode ist die Einzel- und Gruppenbefragung angewandt worden, wobei jeder 10. nach der Belegschaftsliste ausgewählt worden ist. Die Anonymität jedes einzelnen Belegschaftsmitgliedes, das befragt wurde, ist ausdrücklich zugesichert worden. Die Diskussion in der Gruppe ist auf Tonband aufgenommen und nachher schriftlich aufgezeichnet worden."[1525]

Zwar schränkte Cattepoel die Befunde dahingehend ein, dass das endgültige Ergebnis noch nicht feststehe, doch spielten seinem Verständnis der Ergebnisse zufolge die subjektiven Gründe bei der Abkehr im Bergbau eine wesentlich größere Rolle als in den Betrieben der "Eisenseite", womit er die stahlerzeugende und -verarbeitende Industrie meinte.

Auf die Frage, was im Betrieb das Wichtigste sei, antworteten im Bergbau 33% "gute Bezahlung" und 31% "Anerkennung der Arbeit", während es auf der Eisenseite 50% "gute Bezahlung" und lediglich 20% "Anerkennung der Arbeit" waren. Cattepoel machte darauf aufmerksam, dass laut den Mannesmannstudien des IfS die Fluktuation bei denjenigen, die vor Kohle arbeiteten, besonders hoch sei. Geringer falle sie bei den Angehörigen technisierter Berufe aus, bei den Grubenhandwerkern, Lokomotivführern und Schichtlohnarbeitern, wobei die Löhne in diesen Berufsgruppen erheblich niedriger als in der Gedingetätigkeit seien. Cattepoel zufolge beweise auch dieser Teil der Mannesmann-Untersuchung, dass die

[1523] Vgl. ebd.
[1524] BAK B 149/6074, Niederschrift über die Sitzung beim Bundesarbeitsministerium am 9.11.1954 über die Gründe der Fluktuation im Ruhrkohlenbergbau.
[1525] Vgl. ebd.

Technisierung eines der wesentlichsten Mittel sei, die Fluktuation zu unterbinden.[1526]

Am Ende der Sitzung fasste Scharmann als Ergebnis zusammen, dass eine Untersuchung unter dem folgenden Thema durchzuführen sei: "Die subjektiven und objektiven Abkehrgründe bei verschiedenen Zechen des westdeutschen Steinkohlebergbaues in ihrer Auswirkung auf die Sicherung des Belegschaftsstandes". Dabei sollten je zwei Zechen mit besonders hoher Fluktuation mit zweien mit besonders niedriger Fluktuation verglichen werden.[1527]

In den folgenden Wochen wurde die Auswahl der Zechen diskutiert. Dabei zeigte sich, dass der UVR reserviert auf die Aufforderung reagierte, Zechen mit besonders hoher oder niedriger Fluktuation zu benennen, wahrscheinlich wollte er nicht eine der Mitgliedszechen kompromittieren, indem er sie dem unmittelbaren Vergleich aussetzte.[1528]

Ulrich bemerkte in einem Telefonat mit dem BMA, dass der Ruhrverband Bergbau sich scheue wie von der BAVAV, Dr. Foitzik, durch Schreiben vom 26.11.1954 gebeten, für die Durchführung zwei geeignete Zechen zu benennen. Der Verband sei aber bereit ORR Klein von der Außenstelle Bergbau des Landesarbeitsamts Nordrhein-Westfalen bei den Vorschlägen über Auswahl zu beraten. Es war dann die Außenstelle des Landesarbeitsamtes, die eine Auswahl an Zechen vorschlug.[1529] ORR Klein schlug als Zechen mit normaler Fluktuation die Zechen Rhein-Preußen, Moers, Schacht IV und Schacht VI, Mevissen und Friedrich Heinrich vor und mit übernormaler Fluktuation die Zechen Rhein-Preußen, Schacht V, Konkordia Oberhausen und Neue Hoffnung Oberhausen vor.

Letztlich entschied sich das BMA ermuntert vom Unternehmensverband Ruhrbergbau, unter dem Einfluss des einschlägigen Erfolgs der *Betriebsklimastudie*, die das Institut für Sozialforschung in Frankfurt im Auftrag des Mannesmann-Vorstands 1954/55 anfertigte, dafür, das Frankfurter Institut mit der Untersuchung der "subjektiven und objektiven Abkehrgründe aus den Zechen des Steinkohlebergbaus" zu betrauen.[1530]

Am 4. Januar 1955 endlich machte das Bundesarbeitsministerium dem IfS ein Angebot, das Forschungsprojekt durchzuführen.[1531] Postwendend antworte Adorno und bekundete Interesse am Angebot. Er schlug vor, dass Egon Becker und Ludwig von Friedeburg in der

[1526] Vgl. ebd.
[1527] Vgl. ebd.
[1528] BAK B 149/6074, [BMA], U-Abt. II b betr. Forschungsauftrag über Fluktuation im Steinkohlenbergbau, Bonn den 9.12.1954, [Vermerk über Anruf von Herrn Ullrich am 8.12.1954].
[1529] BAK B 149/6074, Anruf Außenstelle Bergbau Recklinghausen Betr.: Fluktuation im Bergbau.
[1530] Betriebsklima. Eine industriesoziologische Untersuchung aus dem Ruhrgebiet. Frankfurt/Main: EVA 1955 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; 3), Max Horkheimer: Menschen im Großbetrieb, in: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, Nr. 14, 19.02.1955; Hermann Winkhaus: Betriebsklima und Mitbestimmung, in: Arbeit und Sozialpolitik 9 (1955), H. 4, S. 101-109; vgl. hierzu Johannes Platz: "Wir bestimmen mit" und das 4. Kapitel der vorliegenden Arbeit.
[1531] BAK B 149/6074, Brief BMA, Petz, an IfS, Bonn den 4.1.1955; BAK B 149/6074, BMA, II B 7 an IfS an der Universität Frankfurt/Main, z. Hd. von Herrn Professor Horkheimer, Betr. Arbeits- und sozialwissenschaftliche Forschung; hier Erteilung von Forschungsaufträgen, Bonn den 4. 1.1955.

folgenden Woche ein klärendes Gespräch mit dem Ministerium führen könnten.[1532] Dieses Gespräch fand dann auch schon am 12. Januar 1955 in Frankfurt statt.[1533] Scharmann berichtete über die bisherigen Vorarbeiten für den Forschungsauftrag und den Stand der verschiedenen Besprechungen mit Vertretern des Unternehmensverbands Ruhrbergbau, der IG Bergbau und der Bundesanstalt. Absicht sei nun bei vier Zechen des Ruhrkohlenbergbaus in Zusammenarbeit mit den Zechenleitungen, der Gewerkschaft und den Arbeitsämtern Erhebungen durchzuführen, und zwar bei je zwei Zechen mit normaler und übernormaler Fluktuation und darunter wieder je eine mit günstigen und schlechten Arbeitsbedingungen. Unklar war zunächst, was das Ministerium unter subjektiven und objektiven Abkehrgründen verstand, doch konnte dieser Punkt mit Hinweis auf die Verhandlungen mit den "Sozialpartnern" geklärt werden, denn die Erhebungen sollten dazu dienen, die echten Ursachen der Abkehr in der Motivation und Einstellung von neu angelegten Bergleuten zu klären. Das Ministerium avisierte eine Bezuschussung des Forschungsauftrags aus Mitteln des Jahres 1954 in Höhe von 10.000,– DM und aus Mitteln des Jahres 1955 ab etwa Mai des Jahres in Höhe von 15.000,– DM. Das IfS sollte ein wissenschaftliches Gutachten etwa nach einem Jahr, spätestens jedoch im ersten Vierteljahr 1956, vorlegen, das vom Bundesarbeitsministerium veröffentlicht werden sollte. Wichtig war Scharmann auf die sonstige Vertraulichkeit der Forschungsergebnisse hinzuweisen. Ergebnisse oder Teilergebnisse sollten weder durch Zeitungen noch durch den Rundfunk veröffentlicht werden dürfen. IfS und Ministerium vereinbarten ein weiteres Treffen mit den "Sozialpartnern" und der Bundesanstalt. Dieses Treffen fand am 21. Januar 1955 statt.[1534]

Die Auftragsvergabe erfolgte danach recht zügig, nachdem das IfS dem BMA am 25. Januar 1955 einen ersten Antrag und 10. Februar 1955 eine revidierte Mittelanmeldung über 10.000 DM eingereicht hatte, die eine Anzahlung auf die Umfragekosten des DIVO in Höhe von 7.500 und Personalmittel für einen Vollakademiker, eine fachliche Hilfskraft und eine Bürokraft für die Monate bis 31. März 1955 umfassten, sowie einen kleineren Posten Sachkosten für Reisekosten, Porto u.ä. einschloss. Der Mittelantrag wurde am 15. Februar 1955 bewilligt.[1535]

Dem Forscherteam gehörten Dr. Ludwig von Friedeburg als Leiter der Abteilung für empiri-

[1532] BAK B 149/6074, IfS, Theodor W. Adorno an BMA, Frankfurt/Main 7.1.1955.
[1533] BAK B 149/6074, [BMA] UAbt II b, II b 7, ORR Scharmann, Betr.: Forschungsauftrag "Die subjektiven und objektiven Abkehrgründe bei verschiedenen Zechen des westdeutschen Steinkohlebergbaues in ihrer Auswirkung auf die Sicherung des Belegschaftsstandes unter Tage", Aktennotiz 12. 1.1954 Besprechung.
[1534] BAK B 149/6074 II b 7 – 2638, Referent: ORR Dr. Scharmann, i. V. MR Dr. Stets, Sachb. ROI Beyer, Betr. Arbeits- und sozialwissenschaftliche Forschung, Vermerk über Besprechung am 21.1.1955 unter Leitung von MinDirig. Dr. Ehmke, mit Dr. Ullrich, UVR, Herrn Kadow IGB, Dr. v. Friedeburg und Dr. Becker IfS, Dir. Dr. Foitzik und ORR Klein, BAAVAV, ORR Scharmann und ROI Beyer, BMA.
[1535] IfSA A 12, Studie über Abkehrgründe, 0. Vorarbeiten, Ordner 1.1., BMA, Scharmann, an IfS, Adorno, Bonn, 15.2.1955.

sche Forschung des Instituts für Sozialforschung, Dr. Egon Becker, Manfred Teschner und Klaus Liepelt an. Sie wurden unterstützt durch Interviewer des DIVO.

Augenscheinlich waren bei dem Treffen am 21. Januar 1955 aber nicht alle Vorfragen geklärt worden. Insbesondere war offen geblieben, welche Methoden das IfS anwenden würde. Dr. Ullrich vom UVR fragte am 16. März 1955 an, ob er nähere Informationen dazu erhalten könne und wer die Befragung denn nun durchführe, ob eine Mitwirkung der Zechen geplant sei und ob neben Befragung der Abgekehrten auch eine Befragung von Angehörigen der Belegschaft vorgesehen sei.[1536] Da Ullrich über die Methoden des IfS durch die Beratungen mit Cattepoel bereits vorinformiert war, interessierte ihn hier, ob Einzelinterviews oder Gruppengespräche stattfinden sollten. Ullrich kündigte an, dass er nach Eingang der Stellungnahme des Instituts zu einer gemeinsamen Aussprache einladen werde. Scharmann und von Friedeburg verständigten sich darauf, dass eine Beteiligung von Seiten des Bundesarbeitsministeriums an dieser Besprechung notwendig sei, "um jegliches Mißtrauen von Seiten der Zechen zu vermeiden."[1537] Ludwig von Friedeburg beantwortete Ullrichs Fragen postwendend.[1538]

Ullrich lud daraufhin zu einer gemeinsamen Sitzung am 28. März 1955 ein.[1539] Augenscheinlich hatte vorher am 16. März 1955 eine interne Sitzung des UVR mit den ausgesuchten Zechen stattgefunden.[1540] Dies waren mehrere der Rheinpreußen-Zechen, die Zechen Consolidation, die Essener Steinkohle Bergwerke AG und die Zeche Victoria Matthias. Scharmanns Notizen vom Treffen am 28. März 1955 zufolge waren die Zechen grundsätzlich zur Teilnahme an der Untersuchung bereit. Im Rahmen der Besprechung wurden allerdings nicht mehr ausschließlich grundsätzliche Fragen der Durchführung der Studie besprochen, da diese schon durch das Schreiben von Friedeburgs, in dem dieser als Hauptbefragungsmethode Interviews anhand eines Fragebogens bei über einen bestimmten Erfassungszeitraum abgekehrten Bergleuten angeführt hatte. Wichtig war den Zechen von Anfang an, "dass die Gründe neutral erhoben werden" und dass das Ergebnis "[k]eine

[1536] BAK B 149/6074, Unternehmensverband Ruhrbergbau an BMA, Betr. Durchführung einer Untersuchung über die Abkehrgründe, Essen 16.3.1955.

[1537] BAK B 149/6074, II b 7 – 2638 Vfg., Bonn, den 22.3.1955, Scha[rmann].

[1538] BAK B 149/6074, IfS, Frankfurt/Main, Ludwig von Friedeburg an BMA II b 7, Ffm 18.3.1955; ebd., [Ds.] IfS Frankfurt/Main Ludwig von Friedeburg an Dr. Ing. Ullrich, Unternehmensverband Ruhrbergbau, Frankfurt/Main, den 18.3.1955.

[1539] BAK B 149/6074, Unternehmensverband Ruhrbergbau, Dr. Sogemeier, An die Mitgliedsgesellschaften und Zechen, Essen, den 18.3.1954, Rundschreiben Nr. 23: Betr. Fluktuation im Steinkohlenbergbau, Forschungsauftrag durch das Bundesarbeitsministerium; ebd. hsl. Notizen ORR DR. Scharmanns über Sitzung am 28.3.1955 in Essen; vgl. auch ebd., Betr. Durchführung einer Untersuchung über die Abkehrgründe im Steinkohlenbergbau hier: Besprechung beim Unternehmensverband Ruhrbergbau am 28.3.1955, 1.4.1955.

[1540] BAK B 149/6074, Vermerk, Betr.: Durchführung einer Unterredung über die Abkehrgründe im Steinkohlenbergbau, hier: Besprechung beim Unternehmensverband Ruhrbergbau am 14.3.1955, Essen 16.3.1955, gez. Dr. Ullrich [Ds] 3 S. Für Rheinpreußen nahmen Blöcher, Haberkamp, Kottenbrock und Nennstiel teil, für die Essener Steinkohlebergwerke AG Blankmeister, für Consolidation Cattepoel und Kröger und für die Zeche Victoria Matthias Große-Schulte teil. Außerdem waren Dr. Ullrich und Keintzel von der Geschäftsführung des UVR zugegen.

Publizität" erreiche.[1541]

Vielmehr wurden technische Fragen der Durchführung besprochen. Von Seiten der Zechen wurde allerdings entgegen dem Untersuchungsdesign der Wunsch geäußert, auch Nicht-Abgekehrte zu befragen. Als Hauptproblem schälte sich das Finden der Abgekehrten heraus. der Daten bei den Zechen hinterlegten Daten über Heimatadressen und über die Meldungen des Bergbauarbeitsamts sollten die Abgekehrten rasch ausfindig gemacht werden. Was die Methodik betraf, sollte als Stichzeitraum 1. Juni 1954 bis 31. Mai 1955 für die Abkehrungen von den Zechen zu Grunde gelegt werden. Ergänzungen ergaben sich hinsichtlich der Wünsche nach der Befragung der "im Augenblick" Abkehrenden und der Befragung der Kollegen, die im Betrieb geblieben sind. Auch wurde vorgeschlagen in das Untersuchungsdesign den Betriebsrat einzuschalten. Als einen zweiten Punkt hielt Scharmann neben der Erfassung der subjektiven Arbeits- und Abkehrbedingungen den Wunsch nach einer Erfassung der objektiven Abkehr- und Arbeitsbedingungen fest. Für Ende Mai war eine weitere Sitzung avisiert, von der allerdings nicht mehr festgestellt werden konnte, ob sie stattgefunden hat.[1542]

Als die Untersuchung längst angelaufen war, intervenierte im Mai 1955 das Bundeswirtschaftsministerium mit einer Kritik an der Untersuchung.[1543] Hans Classen, der Leiter der Unterabteilung Bergbau des Bundesministeriums der für Wirtschaft, trug verschiedene Kritikpunkte vor. Grundsätzlich kritisierte er, dass sein Ministerium vor der Auftragsvergabe nicht gehört worden sei, da der Forschungsauftrag neben arbeitsmarktpolitischen auch produktionswirtschaftliche Aspekte berühre. Classen kritisierte die mangelnde Repräsentativität, da vier der fünf Zechen, die Classen scheinbar nur zu kennen scheint, zusammen lediglich "2,6 v. H. der Untertagebelegschaft des Ruhrbergbaus" beschäftigten. Er plädierte für eine Ausweitung der Ermittlungsgrundlage. Darüber hinaus kritisierte er die räumliche Lage der ländlich gelegenen Zechen im Sample, die ihm nicht als "typisch für das Revier anzusehen" erschienen, besonders was die linksrheinisch gelegene Bergwerksgesellschaft Rheinpreußen betraf. Hier ergebe sich eine andere Lage als an Standorten, wo der Bergbau mit der Anballung von Stahlindustrie konkurrieren müsse. Die Zechen Friedrich Ernestine und Königin Elisabeth hingegen schienen Classen zu weit südlich gelegen zu sein, wo sie auf "erheblich schwierigere Arbeitsverhältnisse als im Durchschnitt des Steinkohlenreviers"

[1541] BAK 149/6074, hsl. Notizen ORR DR. Scharmanns über Sitzung am 28.3.1955 in Essen. Anwesend waren für das Bundesarbeitsministerium Scharmann, für das Arbeitsamt Essen Fritsch, Rheinpreußen: Blöcher, Haferkamp, Koltenbrock, Nennstiel, Essener Steinkohle und Consolidation: Blankmeister, Wussow, Kröger, Victoria Mathias: Große Schulte, Mohaupt, UVR: Ullrich und Keintzel, Forschungsinstitut: von Friedeburg und Becker.

[1542] Vgl., ebd.

[1543] BAK B 149/6074, BMW, Bonn, an BMA, Betr.: Untersuchung über die Abkehrgründe der aus dem Steinkohlenbergbau abwandernden Arbeitskräfte, Bonn, den 10.5.1955.

träfen.[1544]

Vor allem aber intervenierte er gegen die Vergabe des Forschungsprojekts an ein unabhängiges Forschungsinstitut, mit der Begründung, "dass die Feststellung der objektiven Abkehrgründe den im Bergbau kundigen Stellen vorbehalten sein sollte. Das Sozialforschungsinstitut der Universität Frankfurt a. M. ist mit Arbeiten innerhalb des Bergbaus m. E. nur durch die letzthin durchgeführte Untersuchung bei den Mannesmann-Betrieben hervorgetreten. Diese Untersuchung hatte m. E. einen stark demoskopischen Charakter."[1545]

Scharmann erwiderte nicht sofort, sondern forderte die "Sozialpartner" zur Stellungnahme auf.[1546] Aus der Antwort des UVR, die sich inhaltlich vielen der Punkte des Bundeswirtschaftsministeriums anschließt, ist zu schließen, dass der UVR sich mit dem Ministerium kurzgeschlossen hatte.[1547] Martin Sogemeier vom UVR teilte die Ansicht, dass die Untersuchung nicht nur arbeitsmarktpolitisch, sondern produktionswirtschaftlich von Interesse sei, das Bundesarbeitsministerium habe aber nur Interesse an den arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkte gezeigt. Sogemeier unterstützte das Argument der mangelnden Repräsentativität: "Dass die vorgesehene Ermittlungsgrundlage nicht umfangreich genug erscheint, einen Aussagewert für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier abgeben zu können, war auch ein Einwand, den wir bei den Vorverhandlungen geltend gemacht haben."[1548] In der Frage der ausgewählten Standorte machte er hingegen geltend, dass diese durch das Ausmaß und den Grad der Fluktuation beeinflusst worden sei. Vor allem stimmte der UVR aber dem Punkt der Bereichszuständigkeit zu und wies mittelbar den Anspruch von Ministerium und Wissenschaftlern, eine Expertise zu den Fragen des Bergbaus abzugeben, zurück: "Den vom Bundeswirtschaftsministerium geltend gemachten Gesichtspunkten, dass die Feststellung der objektiven Abkehrgründe den im Bergbau kundigen Stellen vorbehalten sein sollte, schließen wir uns an. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die der Auftragsvergebung vorangegangenen Besprechungen und an die vom Ruhrbergbau selbst im Jahr 1955 durchgeführte Untersuchung. Aus dem in Abschrift beigefügten Rundschreiben an unsere Mitgliedsgesellschaften bitten wir zu entnehmen, dass wir geglaubt hatten, durch die von den Bergwerken selbst durchgeführte Erhebung würde sich eine zusätzliche Untersuchung der Abkehrgründe durch ein wissenschaftliches Institut erübrigen."[1549] Insgesamt ist das Schreiben ein Vorzeichen für den Rückzug aus dem konsensuell Vereinbarten, der sich nach Abschluss der Studie umso stärker zeigen sollte: "Nachdem aber das Bundesarbeits-

[1544] Vgl. ebd., S. 2.
[1545] Vgl. ebd.
[1546] BAK B 149/6074, BMA, II b 7, Scharmann, Vermerk und Kanzleianweisung, Bonn 4.6.1955.
[1547] BAK B 149/6074, Unternehmensverband Bergbau, Sogemeier, an das BMA, betr.: Untersuchung über die Abkehrgründe im Steinkohlenbergbau, Juni 1955.
[1548] Ebd., S. 1.
[1549] Ebd., S. 1f.

ministerium und die Bundesanstalt darauf bestanden, dass die Untersuchung durch ein wissenschaftliches Institut durchgeführt würde, haben wir gegen eine Erteilung des Forschungsauftrags an das Sozialforschungsinstitut an der Universität Frankfurt/Main unsererseits keine Einwendungen geltend gemacht."[1550] Inwiefern die Intervention des BMW mit dem UVR abgestimmt war, lässt sich nicht mehr ermitteln. Sie schien aber dem UVR wie gerufen zu kommen, um seine Position in der Ablehnung einer Studie zu bekräftigen. Einen anderen Standpunkt nahm die IG Bergbau in ihrer Stellungnahme ein:[1551] Der Vorsitzende der IG Bergbau, Heinrich Imig, nahm persönlich Stellung. Er teilte die Einwände des BMW überhaupt nicht. Seiner Ansicht nach rechtfertigte das Überwiegen der arbeitsmarktpolitischen Erwägungen eine Vernachlässigung der produktionswirtschaftlichen Aspekte. Er betonte den Konsens aller bei den "vorbereitenden Besprechungen anwesenden Vertreter der verschiedenen interessierten Kreise, dass bei der Untersuchung eine Gesamtuntersuchung des Ruhrbergbaus oder auch nur die Untersuchung einer großen Zahl von Schachtanlagen mit einem prozentualen in Gewicht fallenden Anteil in der Untertage-Belegschaft nicht möglich war. Es konnte dementsprechend nur Wert darauf gelegt werden, eine hinreichende Repräsentanz der untersuchten Bereiche zu gewährleisten." Imig gab auch die Konstruktion des Samples weit zutreffender wieder als Sogemeier: "Bei einer Gesamtzahl von 4 zu untersuchenden Schachtanlagen sollten je 2 in einer mehr ländlichen Umgegend und je 2 in einer mehr großstädtischen Umgebung gewählt werden. Bei dieser Aufteilung sollten die jeweiligen 2 Schachtanlagen sich in einer Weise unterscheiden, daß die eine einen möglichst hohen Grad der Untertage-Mechanisierung aufzuweisen hatte, während die andere den größten Teil ihrer Förderung aus nicht mechanisierten Betrieben erbringen sollte, wobei selbstverständlich ein Vergleichbarkeit gegeben sein sollte. [...] Es war unter den Beteiligten klar, daß es eine ganze Reihe von anderen Gesichtspunkten geben würde, die auch hätten berücksichtigt werden können."[1552]

Vor allem hielt Imig an den einmal getroffenen Beschlüssen fest und hielt diese für bindend. Darum wies er den Versuch des BMW (und des UVR), an ihnen zu rütteln, vehement zurück. Hinsichtlich des Sogs, der von der Eisen- und Stahlindustrie auf die Bergleute ausging, und die Fluktuation begünstigte, bemerkte Imig: "Der Sog anderer Industriezweige, besonders der Eisen- und Stahlindustrie hat immer eine merkliche Zahl Abkehrender aus dem Bergbau verursacht. Es kann mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass ein bedeutender Teil der in den Abgabegebieten geworbenen Neubergleute bereits mit der Hoffnung auf die Möglichkeit eines baldigen Übergangs in nicht-bergbauliche Tätigkeit in das Ruhrge-

[1550] Ebd., S. 2.
[1551] BAK B 149/6074, IGB, Hauptverwaltung, Bochum an den BMA, Juni 1955.
[1552] Ebd., S. 2.

biet kommt. Es wird auch nicht damit gerechnet werden können, durch irgendwelche Maßnahmen eine Verminderung der hieraus resultierenden Abkehr zu erreichen. Aus diesem Grund wäre die Einbeziehung von Schachtanlagen, die wegen der örtlichen Nähe von Werken der Eisen- und Stahlindustrie dem sogenannten Sog in besonders starkem Maße unterliegen, kaum wünschenswert, da – wie immer auch geartet – die Ergebnisse der Untersuchung sicherlich nur diese ohnehin geartete Tendenz ausweisen würden. Eine Handhabe zur Verminderung der Abkehr wäre hiermit schwerlich gegeben."[1553] Vor allem stellte sich Imig aber hinter das Untersuchungsziel, die objektiven und die subjektiven Abkehrgründe zu verknüpfen, also den Kernpunkt der sozialwissenschaftlichen Untersuchung, dem die IG Bergbau seit Beginn der Beratungen höheres Interesse beigemessen hatte als der UVR: "Die Feststellung der objektiven Abkehrgründe ist, wie wir glauben, besonders hinsichtlich einer Aussagefähigkeit in diesem Rahmen nur möglich in Relation zu den aufzuzeigenden subjektiven Abkehrgründen. Eine Trennung der Untersuchung oder der Erhebungen muss deshalb als unmöglich angesehen werden."[1554] Lediglich in der Frage der Beauftragung des Instituts machte die Gewerkschaft geltend, dass sie lieber die Beauftragung der Sozialforschungsstelle der Universität Münster in Dortmund gesehen hätte. Er macht hierfür neben räumlichen Gründen vor allem die Erfahrungen aus früheren Untersuchungen geltend. Womöglich bewertete die IG Bergbau die SFSt auch deswegen positiv, weil sie sozialpartnerschaftlich kuratiert wurde. Dass das IfS beauftragt worden sei, sei dem Wunsche des UVR geschuldet.[1555]

5.4. Die Durchführung der Studie

Im Mai erfolgte der erste Zwischenbericht des IfS durch Adorno.[1556] Zur Auftragsvergabe bemerkte das IfS, dass es gemeinsam vom Bundesminister der Arbeit, der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitlosenversicherung, dem Unternehmensverband Ruhrbergbau und der IG Bergbau mit dem Forschungsauftrag "Die subjektiven und objektiven Abkehrgründe bei verschiedenen Zechen des westdeutschen Steinkohlebergbaues in ihrer Auswirkung auf die Sicherung des Belegschaftsstandes unter Tage" betraut worden sei.
Adorno hielt die genaue Auswahl der zu untersuchenden Zechen fest. Von der Rheinpreußen AG in Homberg am Niederrhein sollten die Zeche Rheinpreußen IV und die Pattberg-

[1553] Ebd., S. 2f.
[1554] Ebd., S. 3.
[1555] Vgl. ebd., S. 3.
[1556] IfSA A 12, Studie über Abkehrgründe, 0. Vorarbeiten, Ordner 1.1., IfS, TWA, Tätigkeitsbericht, Frankfurt Main 1.5.1955.

schächte (Rheinpreußen VI) untersucht werden, von der Essener Steinkohlenbergwerke AG die Zeche Königin Elisabeth, von der Gewerkschaft des Steinkohlenbergwerkes Victoria Matthias die Zeche Friedrich Ernestine untersucht werden.[1557] Die Zechen 3/4 und Unser Fritz der Consolidation Bergbau AG in Gelsenkirchen waren auf Anregung des Instituts in das Sample aufgenommen worden, weil zu ihnen mit der *Betriebsklimastudie* bereits eine Betriebsuntersuchung vorgelegen habe.[1558]

Von jeder Zeche sollten nach dem Untersuchungsplan 200 Abkehrer, die aus den Abkehrerlisten repräsentativ ausgewählt worden sind, anhand eines differenzierten Fragebogens mündlich an ihrem jeweiligen Aufenthaltsort befragt werden. Das Institut hatte sich für die Anlage der Befragung Gedanken darüber gemacht, wie das Misstrauen der Abkehrer aufgefangen werden könne: "Um den Eindruck zu vermeiden, dass die Befragten wegen ihrer Abkehr verhört und in irgendeiner Form zur Rechenschaft gezogen werden sollen, wird in der Befragung der Gang der beruflichen Entwicklung unter Berücksichtigung der letzten Jahre im Vordergrund stehen."[1559] Insgesamt rechnete das Institut mit einem großen Ausfall an zu Befragenden (wegen Ortswechsel, Arbeitsstellenwechsel etc.), daher sollte "in den einzelnen Zechen vorsorglich die dreifache Menge (also je 600 Adressen) gezogen werden."[1560]

Das Institut legte Wert darauf, festzustellen, dass diese Richtlinien für das Vorgehen in den Sitzungen am 21. Januar und 28. März 1955 gemeinsam mit dem Ministerium und den anderen beteiligten Stellen konsensuell aufgestellt wurden. Auf einer ersten Rundreise im April 1955 besuchten vier Mitarbeiter des Instituts die beteiligten Zechen und führten Vorgespräche in den einzelnen Betrieben, sichteten Unterlagen über die abgekehrten Bergleute und bauten Kontakte zu den beteiligten Arbeitsämtern und Einwohnermeldeämtern in Essen, Moers und Gelsenkirchen auf, bei denen sie stichprobenmäßig erste Sondierungen zum Adressmaterial vornahmen. Erste explorative Gespräche zu den objektiven Bedingungen in den einzelnen Zechen und die Fluktuationsverhältnisse waren ebenfalls Gegenstand der Studienreise.[1561]

Erste Ergebnisse der Studienreise für das Forschungsprojekt waren, dass die Zechen über eine Vielfalt von Unterlagen über die Abkehrer verfügten, die die Arbeits-, Lohn- und Wohnverhältnisse umfassten, aber meist keinen Aufschluss über den derzeitigen Aufenthaltsort der Abkehrer vermittelten. Es zeigte sich auch, dass bei einem Teil der Zechen die binnen

[1557] Vgl. ebd.
[1558] Vgl. ebd.; zu den Betriebsstudien vgl. IfSA und Mannesmann Archiv, M 30.082, Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main: Betriebsklima – Eine industriesoziologische Untersuchung im Mannesmann-Bereich. Werk Zeche Consolidation. Frankfurt/Main Sommer 1955.
[1559] IfSA A 12, Studie über Abkehrgründe, 0. Vorarbeiten, Ordner 1.1., IfS, TWA, Tätigkeitsbericht, Frankfurt Main 1.5.1955, S. 2.
[1560] Vgl. ebd., S. 2.
[1561] Vgl. ebd.

Jahresfrist abgekehrten Kumpel nicht ausreichten um das Sample für einen Vergleich zu füllen. Arbeitsämter konnten nur zum geringeren Teil Auskunft über die Wohnadressen geben, anders sah die Lage bei den Einwohnermeldeämtern aus.[1562]

Schließlich hatte ein Mitarbeiter des Instituts bei einem mehrtägigen Besuch der Zechen der Rheinpreußen AG explorative Gespräche mit den Betriebsdirektoren, dem Heimleiter und einer Auswahl von Kumpels geführt, die dem Zweck dienten, Fragen für den Fragebogen zu konstruieren.[1563]

Für die nächste Phase sah das Institut die Ziehung der zu befragenden Abkehrer, die Adresssuchaktion und Probebefragungen zum Pre-Test des Fragebogens vor. Im Ergebnis wurde festgehalten, dass die Zahl der Abkehrer innerhalb eines Jahres zu gering war und deshalb auf die Ziehung auf allen Zechen auf die Fälle derjenigen Abkehrer ausgedehnt werden müsse, die in den vergangenen zwei Jahren vor dem Stichtag (der Auftragsvergabe an das Institut) die Zechen verlassen haben. Die Adressermittlung über die Einwohnermeldeämter mache einen weiteren Zuschuss an Mitteln erforderlich oder eine andere Handhabung, da die Gebühren für Adressermittlungen zu hoch seien.[1564]

Als Theodor Adorno im November 1955 den nächsten umfassenderen Zwischenbericht ablegte, waren die zur Auswahl stehenden Zechen etwas modifiziert, insofern sich unter der Firmierung etwas geändert hatte, da die Consolidation AG mittlerweile mit der Essener Steinkohlenbergwerke AG unter letzterem Namen fusioniert und zum Mannesmann-Konzern gehörte.[1565] Das IfS führte aus, dass sich zwischenzeitlich die Notwendigkeit erwiesen habe, zwischen den Begriffen Bergwerksgesellschaft, Zechengruppen und Zechen als einzelnen Schachtanlagen zu unterscheiden. Die einzelnen Schachtanlagen wurden für die Untersuchung als Grundeinheiten festgelegt. Die Untersuchungsgrundlage stellten "normierte mündliche Interviews" dar, die "von geschulten Interviewern des DIVO nach dem vom IfS entwickelten Fragebogen durchgeführt werden" sollten.[1566] Der Stichzeitraum für die Auswahl der Abkehrer war auf den 1. Juni 1953 bis zum 31. Mai 1955 festgelegt worden. Um die subjektiven Abkehrgründe der Bergleute mit den objektiven Bedingungen, unter denen technische Ausstattung, Abbaubedingungen, Sozialeinrichtungen etc. verstanden wurden,

[1562] Vgl. ebd.
[1563] Vgl. ebd.
[1564] Vgl. ebd.
[1565] IfSA A 12, Studie über Abkehrgründe, 0. Vorarbeiten, Ordner 1.1., IfS, TWA an BMA, Frankfurt Main, den 30.11.1955; ebd., Theodor W. Adorno, Zwischenbericht Forschungsauftrag "Die subjektiven und objektiven Abkehrgründe bei verschiedenen Zechen des westdeutschen Steinkohlebergbaues in ihrer Auswirkung auf die Sicherung des Belegschaftsstandes unter Tage", 30.11.1955, inklusive der Anlagen: Anlage A: Leitfaden für freie Abkehrerinterviews; Anlage B: Fragebogen Y 69 (Pretest), 26.9.1955, Anlage C: Fragebogen Y 69, November 1955, Anhang D: [Erhebungsbogen] für statistische Daten zur Abkehrerbefragung, November 1955.
[1566] IfSA A 12, Studie über Abkehrgründe, 0. Vorarbeiten, Ordner 1.1., IfS, Theodor W. Adorno an BMA, Frankfurt Main, den 30. November 1955; ebd., Theodor W. Adorno, Zwischenbericht Forschungsauftrag "Die subjektiven und objektiven Abkehrgründe bei verschiedenen Zechen des westdeutschen Steinkohlebergbaues in ihrer Auswirkung auf die Sicherung des Belegschaftsstandes unter Tage", 30.11.1955, S. 3.

kontrastieren zu können, wurden diese anhand eines besonderen statistischen Fragebogens in Sondererhebungen von Angehörigen des Instituts auf den einzelnen Zechen erhoben.[1567]
Eine der Hauptarbeiten im Berichtszeitraum habe in der Entwicklung des Fragebogens gelegen. Dazu hielten sich Mitarbeiter des Instituts bei der Rheinpreußen AG zu Forschungszwecken auf und führten dort Gespräche mit leitenden Angestellten, Heimleitern und Bergleuten. Ein Mitarbeiter des Instituts wohnte zwecks teilnehmender Beobachtung mehrere Tage in einem Wohnheim der Rheinpreußen AG. Dieser Forschungsaufenthalt diente der Materialsammlung, zu der auch eine Reihe von Veröffentlichungen und anderem Sekundärmaterial durchgearbeitet wurde.[1568] Auf der Grundlage des Erhebungsmaterials bildete das Institut folgende Arbeitshypothesen:
Es ging nicht davon aus, dass es eine einheitliche Motivation der Abkehr gab, sondern dass es eine Kombination "verschiedenartiger und verschieden gewichtiger Faktoren" sei. Das Institut unterschied dabei "latente (in Bezug auf die Abkehranfälligkeit) und aktuelle (die Abkehr auslösende) Gründe".[1569]
Es unterschied ferner "gesamtgesellschaftliche Ursachen" wie zum Beispiel "eine sich ausbreitende Abneigung gegen die Bergmannsarbeit als gefährliche und 'schmutzige' Arbeit, die viel von ihrem Prestige verloren hat" – hinter diesen Ursachen vermutete das Institut "Probleme der realen Produktionsverhältnisse im Bergbau" – und "spezifische Gründe". Unter "spezifischen Gründen" verstand das Institut sowohl solche innerhalb des Wirkungsbereichs der einzelnen Zeche wie Unfall- und Gesundheitsgefahren, Wetter- und Abbauverhältnisse, Gedingefragen, Vorgesetztenprobleme als auch solche außerhalb der Zeche, wie Veränderungen des Arbeitsmarkts. Schließlich kamen die subjektiven Momente im engeren Sinne zum tragen, also "subjektive Momenten der Person [zuzurechnende] und mit der individuellen psychologischen Struktur des Einzelnen" variierende.[1570]
Die spezifischen Gründe gingen auch in den "Leitfaden für freie Abkehrerinterviews" ein, der die Durchführung der Interviews durch DIVO normierte.[1484] Dem Leitfaden zufolge sollte eine Einleitung des Gesprächs, in der der Zweck der Untersuchung vermittelt werden sollte, vorausgehen, in der das Thema einer "[w]issenschaftliche[n] Untersuchung über die Berufs- und Lebensschicksale westdeutscher Arbeiter in der Nachkriegszeit" besonders in Bezug auf das "Verhältnis zum Arbeitsplatz" und die "Verdienstmöglichkeiten, genannt werden. Als Zweck solle eine "wissenschaftliche Erhebung über die Veränderung der Berufsstruktur"

[1567] Vgl. ebd., S. 3.
[1568] Vgl. ebd., S. 4.
[1569] Vgl. ebd., S. 5.
[1570] Vgl. ebd., S. 5.
[1484] IfSA A 12, Studie über Abkehrgründe, 0. Vorarbeiten, Ordner 1.1., IfS, Theodor W. Adorno an BMA, Frankfurt Main, den 30. November 1955, Anlage A: Leitfaden für freie Abkehrerinterviews.

angegeben werden.[1571]

In der Befragung sollte auf eine Erhebung der "augenblicklichen Situation" die "Ermittlung der Herkunft" aufgeschlüsselt nach Geburtsort, Schulbildung, Berufsausbildung, Ursachen für Ein- und Austritt in Beschäftigungen, Wohnorte, Beruf des Vaters, familiäre Verhältnisse, Zufriedenheit mit der Arbeit, Gruppenbeziehungen (Verwandte, Vereine), dann eine Ermittlung der Motive für die Aufnahme der Arbeit im Bergbau folgen. Hier sollte insbesondere die Vorstellungen über den Bergmannsberuf im Hinblick auf Werbemaßnahmen und den Inhalt der Vorstellungen in Bezug auf Lohnhöhe, Bedingungen und Arbeitsverhältnisse vor Ort, soziales Ansehen des Bergmanns erfragt werden. Dabei war es das "Ermittlungsziel, [...] [die Bedeutung der Vorstellungen für die Annahme der Arbeit und die späteren Anpassungsschwierigkeiten auf der Zeche" zu ermitteln.[1572] Dann sollten die engeren sozialen Motive wie Arbeitslosigkeit, Saisonarbeit, Arbeitsverbesserung, Sprungbrettcharakter der Arbeit im Bergbau und Anschaffungen erfragt werden.[1573] Ein wichtiger Punkt in den Erhebungen war die "Ermittlung der Faktoren, die aus dem Bereich der Untertagearbeit in Bezug auf die Abkehranfälligkeit wirksam sind". Hier spielte die Überprüfung verschiedener Annahmen eine Rolle, zunächst der einer "Diskrepanz von Erwartungen [und] Erfahrungen", dann die einer "Frühabkehr" wegen Anpassungsschwierigkeiten, "die Abkehr derjenigen, die von vorneherein nur kurze Zeit auf der Zeche bleiben wollten" und solchen für die "lohnmäßigen, arbeitszeitmäßigen und sozialen Bedingungen kein geeigneter Ausgleich für die Schwere der Arbeit" darstellten. Schließlich sollten im engeren Sinne Fragen im Zusammenhang mit dem "Bereich der Arbeit", konkret in welchem Streb der Arbeiter arbeitete, in welcher Form, Anlernzeiten, "Verhältnis zu den Vorgesetzten", Entlohnung in der Anlernzeit und im Gedinge im Verhältnis zu den geweckten Erwartungen etc. geklärt werden.[1574] Dann sollten vor allem für die Zeit nach der Anlernzeit die genaue Beschreibung der objektiven Arbeitsbedingungen erfragt werden bis hin zur Zusammensetzung der Arbeitsgruppen und wieder dem "Verhältnis zu den Vorgesetzten" in Bezug auf "Verkehrston, Bestrafungen, Gedingefragen" und das "Verhältnis zu den Arbeitskollegen" in Bezug auf "Zusammenarbeit, gegenseitige Hilfe, Spannungen".[1575] Schließlich sollte noch der Bereich außerhalb der Arbeit, die so genannten informellen Beziehungen wie "Gruppenbeziehungen", Kontakte in der Arbeitsgruppe und außerhalb, Mitgliedschaft in Vereinen, Gestaltung der Freizeit untersucht werden.[1576]

Als Ergebnis der Probebefragungen im September 1955 mit einer ersten Fassung des

[1571] Vgl. ebd., S. 1.
[1572] Vgl. ebd., S. 2.
[1573] Vgl. ebd., S. 2.
[1574] Vgl. ebd., S. 2.
[1575] Vgl. ebd., S. 3 f.
[1576] Vgl. ebd., S. 4f.

Fragebogens[1577] und einer ersten Auswertung wurde ein neuer Fragebogen, die so genannte „Form Y 69“ konstruiert. Dabei wurde, um “Erinnerungstäuschungen, Rechtfertigungen und Unaufrichtigkeiten weitgehend zu vermeiden”, die “Überprüfung der Verlässlichkeit der Aussagen” mittels “Verwendung mehrerer Methoden, die dasselbe Problem auf verschiedenen Wegen untersuchten” kombiniert.[1578] Dazu wurden “gezielte Einzelfragen, Listenfragen und die Methode des Paarvergleiches” angewandt. Um das Misstrauen zu reduzieren, “[wurde] der Fragebogen [...] so angelegt, dass im Interview das allgemeine Berufsschicksal der Befragten als Gegenstand der Untersuchung erscheint.” Konkreter wurde so gefragt, dass “[i]nnerhalb ihres Berufsganges [...] die Abkehrer dann über die heutige Arbeitsstelle, die letzte Arbeitsstelle auf der Zielzeche und die nächste Arbeitsstelle nach der Zielzeche eingehender befragt” wurden.[1579]

Nachdem der Fragebogen verbessert worden war, hatte DIVO Ende November die Befragungen aufgenommen. Der zeitliche Abstand war durch das langwierige Vorgehen bei der Adressermittlung aufgetreten.[1580] Durch Absprachen mit dem Bundesinnenministerium und die Innenministerien der einzelnen Länder konnte die Adressermittlung bei den Einwohnermeldeämtern gebührenfrei erfolgen. Es zeigte sich, dass ca. 45% der Adressen nicht mehr ermittelbar waren, wohingegen 55% ermittelbar waren, wovon beim größten Teil die ursprünglichen Wohnadressen noch gültig waren.[1581] Das Institut machte “durch den Ausfall der nach Unbekannt Verzogenen [...] eine gewisse Einschränkung was die Repräsentanz der Stichprobe” betraf, “vor allem mit Rücksicht auf deren sozialpsychologische Zusammensetzung”.[1582]

Im Dezember 1955 unterrichtete die Ettore Massacesi von der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl das Bundesarbeitsministerium darüber, dass es eine eigene international vergleichende Untersuchung zu dem Themenkomplex, warum Arbeitskräfte im Bergbau bleiben, anstellen werde.[1583] Der Auftrag für die deutsche Studie solle an die SFSt gehen: “Die Ergebnisse dieser Erhebung haben es als wünschenswert erscheinen lassen, bestimmte Einzelfragen, welche die Gemeinschaft im Rahmen der Beschäftigung und der Produktion zu lösen hat und die gegenwärtig eine ganz besondere

[1577] IfSA A 12, Studie über Abkehrgründe, 0. Vorarbeiten, Ordner 1.1., IfS, Theodor W. Adorno an BMA, Frankfurt Main, den 30. November 1955, Anlage B: Fragebogen Y 69 (Pretest), 26.9.1955.
[1578] IfSA A 12, Studie über Abkehrgründe, 0. Vorarbeiten, Ordner 1.1., IfS, Theodor W. Adorno an BMA, Frankfurt Main, den 30. November 1955, Anlage A: Leitfaden für freie Abkehrerinterviews, S. 6.
[1579] Ebd., S. 6.
[1580] IfSA A 12, Studie über Abkehrgründe, 0. Vorarbeiten, Ordner 1.1., IfS, Theodor W. Adorno an BMA, Frankfurt Main, den 30. November 1955; ebd., Theodor W. Adorno, Zwischenbericht Forschungsauftrag “Die subjektiven und objektiven Abkehrgründe bei verschiedenen Zechen des westdeutschen Steinkohlebergbaues in ihrer Auswirkung auf die Sicherung des Belegschaftsstandes unter Tage”, 30.11.1955.
[1581] Vgl. ebd., S. 9.
[1582] Vgl. ebd., S. 9.
[1583] BAK B 149/6074 EGKS, Hohe Behörde, Ettore Massacesi, an BMA, MinDirek Petz, Luxemburg, 19.12.1955.

Bedeutung erlangt haben, noch eingehender zu erforschen." Die Hohe Behörde fragte vor allem danach, "aus welchen Gründen eine bestimmte Zahl außerhalb des Reviers angeworbener Arbeitskräfte dort sesshaft werden und sich anpassen, während andere binnen kurzem wieder dahin zurückgekehrt sind, woher sie gekommen waren." Massacesi sah die Überschneidungen mit der Studie des IfS: "Es ist andererseits bekannt, dass das Sozialwissenschaftliche Institut an der Universität Frankfurt eine Erhebung über verschiedene Probleme durchgeführt hat, die mit den von uns zu untersuchenden Fragen im Zusammenhang stehen. Wir möchten uns mit Ihnen auch über diese Forschungen unterhalten, da wir mit diesem Institut Fühlung nehmen wollen, um u. a. Arbeitsüberschneidungen zu vermeiden."[1584]

Die Studie sollte von vier Instituten in Deutschland, Belgien, Frankreich und Italien durchgeführt werden. Die Koordination sollte beim UNESCO-Institut für Sozialwissenschaft in Köln liegen.[1585] Scharmann war der Auffassung, dass über die geplante Studie eine Besprechung mit den beteiligten Wissenschaftlern notwendig sei. Er wollte allerdings die Institute nicht alleine konferieren lassen, sondern wollte über die Besprechung die Kontrolle behalten. Er regte auch an, dass die "Sozialpartner" zu einer Besprechung hinzugezogen werden sollten.[1586] Die Einladungen zu dem Treffen ergingen kurz darauf für den 19. Januar 1956.[1587] An dem Treffen nahmen für die EGKS, Hohe Behörde die Herren Cointre und Humblet, für das Bundeswirtschaftsministerium Dr. Geck, Dr. Ullrich für den UVR, Kadow für die IG Bergbau, Dr. Bues und Dr. Scharmann vom Bundesarbeitsministerium sowie Dr. Petz, von der SFSt Prof. Brepohl und für das IfS Dr. von Friedeburg und Dr. Becker teil.[1588]

Aus dem internen Bericht des IfS über das Treffen geht hervor, dass das Institut sich nicht in die Konflikte zwischen Arbeitsministerium und UVR auf der einen Seite und Hoher Behörde und SFSt andererseits hereinziehen lassen wollte. Von Friedeburg berichtet, dass das Bundesarbeitsministerium die wissenschaftlichen Experten nicht alleine miteinander habe konferieren lassen wollen, ja einen solchen wissenschaftlichen Gedankenaustausch sogar blockiert habe. Das IfS hatte ein ganz eigenes Interesse, mit der Hohen Behörde zu konferieren, weil es sich von der Hohen Behörde Forschungsaufträge erhoffte, die bisher einseitig an die SFSt gegangen seien. Es hielt sich daher aus dem Konflikt zwischen Ministerium und

[1584] Vgl. ebd.
[1585] BAK B 149/6074, EGKS – Hohe Behörde – L/26813 an den Unternehmensverband Ruhrbergbau, Essen, Glückaufhaus
[1586] BAK B 149/6074, BMA II A 1 – 2638, Bonn, den 4.1.1956.
[1587] Vgl. die Einladungen ebd., sowie die Zusagen [IfS an BMA, Dr. Petz, Frankfurt/Main 11.1.1956, er und v. Friedeburg kommen.] EGKS, Abteilung für Arbeitsfragen, Massacesi, an BMA, Dr. Petz, Luxemburg, den 12.1.1956, sagt zu und teilt Einladung von Dr. W. Brepohl mit.
[1588] BAK B 149/6074, BMA, II b 7, 2638 – 30/36, Betr.: Arbeits- und sozialwissenschaftliche Forschung – hier: Besprechung mit Vertretern der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl am 19.1.1956.

Hoher Behörde ganz raus.[1589]

Jean E. Humblet von der Hohen Behörde referierte, dass interessiere, "welche Gesichtspunkte bei den Werbemaßnahmen besonders beachtet werden müßten und welche positiven Gründe es seien, welche die neuangelegten Bergleute veranlaßten, auf ihrem Arbeitsplatz zu bleiben. Ebenso wichtig sei es aber auch, die Abkehrgründe der Bergleute zu kennen."[1590] Er schlug eine Koordinierung der verschiedenen Forschungsaufgaben vor, um Doppelarbeit der Institute zu vermeiden. Das neue Forschungsprojekt der SFSt schien Dr. Ullrich nicht zu gefallen, denn er bemängelte, dass die Forschungsaufträge an die SFSt vergeben worden seien, ohne sich mit dem Bundesarbeitsministerium und dem UVR in Verbindung zu setzen. Er forderte darüber hinaus die Einschaltung des Ausschusses für Fragen des Ruhrbergbaus beim Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen. Außerdem kritisierte Ullrich an der Untersuchung, dass die Hohe Behörde nur das untersuchen solle, was "für alle Mitgliedstaaten gemeinsam und typisch" sei. Unterstützt wurde Ullrich vom Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums.[1591]

Humblet entgegnete diesen Einwänden damit, dass das endgültige Thema des Forschungsauftrags noch nicht festliege, sondern dass das Gespräch gerade der Fühlungnahme mit den "Sozialpartnern" diene und darauf ziele eine Verständigung über den Forschungsauftrag zu erzielen. Humblet beharrte darauf, auch spezifische Probleme des Bergbaus in den Ländern zu behandeln. Unterstützt wurde er in dieser Argumentation von Kadow. Die Besprechung endete dann doch konsensual und die Studie wurde verabschiedet. In Anbetracht der nur kurzen Bearbeitungszeit der SFSt-Studie von nur drei Monaten kündigten von Friedeburg und Becker die Vorlage ihres Forschungsberichts für den April an.[1592]

Außerhalb der Besprechung vereinbarten von Friedeburg und Becker mit Prof. Wilhelm Brepohl, eine Sitzung zum wissenschaftlichen Austausch über die beiden Forschungsprojekte im Februar 1956 abzuhalten. Aus dem internen Bericht des IfS geht hervor, dass das Institut für seine Terminzusage bezüglich der Abgabe des Forschungsberichts auf Unterlagen des UVR angewiesen war, die jener zugesagt, aber bisher nicht geliefert hatte.[1593]

Es gelang dem Unternehmensverband Ruhrbergbau später im Jahr die angedachte Studie zu verhindern. Die Hohe Behörde der EGKS schrieb Ende Juni 1956, dass entgegen der bisherigen Entwicklung und einem Beschluss der Sitzung vom 3. Dezember 1955 zuwider, der der 'Erhebung über die Anwerbung von Arbeitskräften im Ruhrgebiet' zugestimmt habe,

[1589] IfSA A 12, Studie über Abkehrgründe, 0. Vorarbeiten, Ordner 1.1., Ludwig von Friedeburg, Aktennotiz zur Besprechung im Bundesministerium für Arbeit am 19.1.1956.
[1590] BAK B 149/6074, BMA, II b 7, 2638 – 30/36, Betr.: Arbeits- und sozialwissenschaftliche Forschung – hier: Besprechung mit Vertretern der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl am 19.1.1956.
[1591] Vgl. ebd.
[1592] Vgl. ebd.
[1593] IfSA A 12, Studie über Abkehrgründe, 0. Vorarbeiten, Ordner 1.1., von Friedeburg, Aktennotiz zur Besprechung im Bundesministerium für Arbeit am 19.1.1956.

welche von der SFSt Dortmund durchgeführt werden sollte, der UVR interveniert hatte: “Bei der Durchführung dieses Projektes ergaben sich Schwierigkeiten von Seiten des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau [...]. Infolgedessen sahen wir uns veranlaßt, das Projekt nochmals einer Überprüfung zu unterziehen.” Die Hohe Behörde setzte das Projekt aus: “Die Durchführung der Untersuchung wird mindestens so lange verschoben, bis die Ergebnisse der Umfrage über die Ursachen der Abwanderung von Bergarbeitern [...] ausgewertet werden können.”[1594]

Eine Aktennotiz der Abteilung Arbeitsfragen der Hohen Behörde zeigt, dass Dr. Ullrich noch schärfer interveniert hatte. Er hatte geäußert, “[e]s ist nicht wünschenswert, daß die Hohe Behörde in einem einzigen Lande eine Umfrage im Hinblick auf ein besonderes Problem durchführt. [...] Die vorgesehene Umfrage ist eine überflüssige Wiederholung der inzwischen fast beendeten Umfrage des Frankfurter Instituts für Sozialforschung [...]. Die Umfrage und ihr Schema müßte mit allen Interessierten: der Verwaltung, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern durchgeführt bzw. festgelegt werden.”[1595]

Der Abschluss des Forschungsberichts zögerte sich dann aber doch noch bis Juni 1956 heraus. In einer Unterredung im Institut in Frankfurt im Juni 1956 unterrichteten Adorno und von Friedeburg Scharmann über die verschiedenen Schritte vom Abschluss der Feldarbeit bis zum Abschluss der Auswertung und kündigten die unmittelbar bevorstehende Ausfertigung des Forschungsberichts und seine Vorlage an.[1596] Schon knapp eine Woche später schickte dann Adorno ein Schreiben an Ministerialdirigent Dr. Ehmke, in dem er den Forschungsbericht überreichte und Fragen nach dem weiteren Umgang mit demselben stellte.[1597] Insbesondere die Frage der Veröffentlichung interessierte Adorno. Er fragte nach einer möglichen Veröffentlichung in der Schriftenreihe des BMA oder des IfS.[1598] Scharmann bat im Juli Adorno in einem Gespräch um die Übernahme eines Referates im sozialpolitischen Ausschuss.[1599] Das Referat sollte auf Vorschlag von Adorno Dr. Ludwig von Friedeburg übernehmen, Adorno bat aber um zusätzliche Einladung des Psychologen Dr. Becker, von Prof. Dr. Horkheimer und ihm selbst zu der Sitzung. Als erster Termin wurde der Oktober 1956 ins Auge gefasst. Für die hektographierte Fassung des Forschungsberichts wurden zwischen dem Bundesarbeitsministerium und dem IfS ein höherer Zuschuss verein-

[1594] BAK B 149/6074, Hohe Behörde der EGKS, an UVR, 26.6.1956.
[1595] BAK B 149/6074, Abteilung Arbeitsfragen, Luxemburg, den 15.6.1956.
[1596] BAK B 149/6074, Unterabteilung II b 7 – 2638, Ref.: ORR Dr. Scharmann, Bonn den 18.6.1956 Vermerk des ORR Scharmann über eine Unterredung mit den Herren Prof. Dr. Adorno und Dr. Becker im Institut für Sozialforschung.
[1597] BAK B 149/6074, IFS, Theodor W. Adorno an BMA, z. H. v. Mindirigent Dr. Ehmke, Frankfurt/Main 23.6.1956.
[1598] Vgl. ebd.
[1599] BMA Referat II b 7, – 2836 –, Bonn den 23.7.1956, Vermerk Scharmanns über Absprache mit Theodor W. Adorno am 19.7.1956.

bart, einerseits wegen des großen Umfangs der Studie, andererseits hatte man sich möglicherweise schon auf einen größeren Empfängerkreis geeinigt.[1600] Dem ministeriumsinternen Schriftwechsel ist zu entnehmen, dass insbesondere die Passagen zu den menschlichen Beziehungen in den Zechen als erörternswert angesehen wurden.[1601]

5.5. Die Ergebnisse der Studie

Im Folgenden sollen die Ergebnisse anhand des Forschungsberichts knapp dargelegt werden.[1602] Dazu wird Ludwig von Friedeburgs Beitrag im Bundesarbeitsblatt verwendet, die eine zum Aufsatz ausgebaute Fassung seines später gehaltenen Referats in den verschiedenen Ausschüssen ist. Diese nahe an der zeitgenössischen Rezeption durch die Kooperationspartner liegende Fassung wird dem umfassenden Forschungsbericht im Referat vorgezogen. Zur Problemstellung der Studie führte von Friedeburg aus, dass die Fluktuation ein schon länger währendes Problem des Bergbaus sei, allerdings sei die Fluktuation früher eine solche zwischen verschiedenen Schachtanlagen des Bergbaus gewesen. Anders stelle sich die Lage in den 1950er Jahren dar: "Die Mehrzahl der Zugänge zur Untertagebelegschaft kommt heute aus anderen Branchen der industriellen Arbeit und wandert nach kurzer Tätigkeit im Bergbau wieder zu den Arbeitsstellen zurück."[1603] Es sei der gesellschaftlichen Situation geschuldet, dass der "Vergleich mit den fortgeschrittenen Produktionsbedingungen vor allem in der weiterverarbeitenden Industrie [für den Bergbau] immer ungünstiger [ausfalle]; der Vorsprung in Bezahlung und Arbeitszeit ist geschwunden, die Sicherheit des Arbeitsplatzes wird im Zeichen der Vollbeschäftigung nahezu belanglos."[1604] Doch für die Studie seien nicht diese allgemeinwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten die Voraussetzung gewesen, sondern die vergleichbaren Verhältnisse auf Zechen des gleichen Unternehmens mit hoher und mit niedriger Fluktuation. Die Fragestellung habe daher gelautet: "[W]arum bestehen zwischen Schachtanlagen, die verhältnismäßig ähnliche Arbeitsbedingungen aufweisen, zum Teil so erhebliche Fluktuationsunterschiede? Warum ist

[1600] Schriftwechsel um erhöhte Kosten und Bewilligung in BAK B 149/6074, BMA, II b1 1116/56, Vermerk, Bonn den 22.9.1956 inkl. Kanzleianweisung über Bewilligung, IfS, Becker, an BMA MinDirek Dr. Petz, Frankfurt/Main 26.9.1956.
[1601] BAK B 149/5746, BMA, II a, Bues an MinDir Dr. Petz, Bonn, den 5.7.1956.
[1602] Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe Universität: Die subjektiven und objektiven Abkehrgründe bei sieben Zechen des westdeutschen Steinkohlebergbaues in ihrer Auswirkung auf die Sicherung des Belegschaftsstandes unter Tage. Forschungsbericht. Frankfurt/Main Winter 1955. Vgl. hierzu Ludwig von Friedeburg: Zur Fluktuation im Steinkohlenbergbau. Ergebnisse einer industriesoziologischen Untersuchung des Instituts für Sozialforschung über die Gründe der Fluktuationsdifferenzen bei sechs Zechen im Ruhrbezirk, in: Bundesarbeitsblatt 8, 1957, S. 705-721.
[1603] Ebd., S. 705.
[1604] Vgl. ebd., S. 705.

die Fluktuation auf der einen Zeche doppelt so groß, wie auf der Nachbarzeche?"[1605] Die Studie gehe davon aus, dass es keine einheitliche Motivation, sondern eine komplexe Motivationsstruktur gebe, "aus der sich verschieden geartete und verschieden gewichtige Faktoren ausgliedern lassen: objektive und subjektive Momente, gesamtgesellschaftliche Ursachen und spezifische Bedingungen im Wirkungsbereich und der Umgebung der Einzelzeche, latente Abkehrdispositionen und aktuelle, die Abkehr auslösende Gründe."[1606] Wichtig war den Forschern, die subjektiven von den objektiven Gründen zu unterscheiden. Als objektiv betrachteten die Sozialforscher das, "was zunächst den Arbeitern ihrem eigenen Bewusstsein nach als Gegebenheit entgegentritt", während "subjektiv Bestimmungen ihrer eigenen Person heißen mögen, deren Zusammenhang mit totalen oder partiellen Gesellschaftsstrukturen ihnen selber nicht bewusst oder nicht unmittelbar einsichtig ist."[1607]

Ludwig von Friedeburgs Forschungsbericht distanzierte sich ausdrücklich von den Bestimmungen subjektiver Faktoren, die zum Teil von den Zechen, aber auch von der SFSt angeführt worden waren. Alle Bestimmungen, die den abkehrenden Arbeiter als asozial kennzeichneten, verwarf das IfS mithin: "Es liegt nahe, Arbeitsplatzmobilität mit einer Tendenz zur unsteten Lebensführung, mit Aversion gegen feste und geregelte Arbeit, mit Renitenz und alldem zusammenzubringen, was durch den Sammelnamen des Asozialen gedeckt wird. Da sich jedoch zumindest bei den Abkehrern, die von der Untersuchung erreicht wurden [...] keinerlei Merkmale fanden, die auf Asozialität hinweisen, so drängt eine andere Erklärung sich auf." Dieser anderen Erklärung zufolge waren die Arbeiter dem Typ der Asozialität strikt entgegengesetzt: "Es dürfte sich nicht um Arbeiter handeln, die von der gegenwärtigen Gesellschaft und ihren Produktionsverhältnissen nicht oder nicht ganz 'integriert' sind, sondern gerade um solche, bei denen die Anpassung an gewisse herrschende Bedingungen am weitesten fortgeschritten ist." An die Stelle des Berufs für die Lebenszeit sei der Job getreten, die Arbeitswelt sei stärker durch marktgesetzliche Verhältnisse und Warencharakter der Arbeit bestimmt: "Was gemeint ist, lässt sich vielleicht am ehesten bezeichnen durch die Analogie zu den amerikanischen Verhältnissen, wo sich das Tauschprinzip auch in der Arbeit so weit durchgesetzt hat, daß die einzelnen 'Jobs' [...] mit verhältnismäßig geringer Reibung, und ohne großen Widerstand in den Subjekten, ausgetauscht werden, sobald sich bessere Chancen wie angenehmere Arbeitsbedingungen oder höhere Löhne ergeben. [...] Es bahnt sich eine Anpassung der Arbeitsgesinnung an das gesamtgesellschaftlich durchgesetzte Tauschprinzip an."[1608] Von dieser Tendenz werde der Bergbau besonders getroffen, da er sich wegen der natürlichen Bedingungen, die in ihm

[1605] Vgl. ebd., S. 705.
[1606] Vgl. ebd., S. 705.
[1607] Vgl. ebd., S. 706
[1608] Vgl. ebd., S. 706.

vorherrschen, “in der Gesamtentwicklung zur Erleichterung der Arbeit mit anderen Zweigen der Industrie, auch der Schwerindustrie, nicht Schritt halten” könne.[1609] Der Wechsel der Zeche sei aber nicht alleine Ausdruck einer „Jobmentalität“, das zeige der hohe Prozentsatz derjenigen, die zwar die Zeche gewechselt haben, nicht aber den Bergmannsberuf aufgegeben haben: “Durchaus nicht alle Befragten verließen mit der Zeche, die untersucht wurde, auch den Bergbau. Ein knappes Drittel ist heute noch – auf anderen Zechen – als Bergmann tätig und beurteilt die Bedingungen der derzeitigen Arbeitsstelle merklich günstiger als die Verhältnisse auf der Untersuchungszeche. Man wechselte zu ‘besseren’ Zechen über bzw. zu ‘besseren’ Arbeitsplätzen auf anderen Zechen, wie subjektiv der Maßstab der Verbesserung dabei immer sein mag.” Allerdings werde der allgemeinen Situation des Bergbaus entsprechend, die Situation auf den “besseren” Zechen immer noch schlechter bewertet, als die Bedingungen in den Betrieben anderer Branchen, mit denen der Bergbau um Arbeitskräfte konkurriere.[1610]

Eines der Hauptergebnisse der Studie war, dass es die “Autoritätsstruktur im Bergbau” ist, die ein besonders wichtiger Faktor im Fluktuationsgeschehen ist. “Vieles spricht dafür, daß die Autoritätsstruktur im Bergbau, das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen, insbesondere die im Vergleich zum Industriemeister weitergehenden Machtbefugnisse der Steiger mit den spezifischen Arbeitsbedingungen unter Tage zusammenhängt. Das starre Untergebenenverhältnis und der traditionell rauhe Umgangston scheinen aber unter den gegebenen Umständen immer weniger in Kauf genommen zu werden.“[1611] Gerade bei den Wechslern in andere Zechen fallen die Autoritätsstrukturen ins Gewicht: “Insbesondere werden auf der neuen Schachtanlage die Vorgesetzten günstiger beurteilt als auf der alten, aber auch der Unfall- und Gesundheitsschutz und die Bezahlung [...]”.[1612]

Im Folgenden ging von Friedeburg näher auf die soziologische Charakterisierung der Abkehrer nach objektiven Daten ein. Zunächst untersucht er den Zugänger-Abgänger Kreislauf auf die Dauer der Betriebszugehörigkeit und das durchschnittliche Lebensalter der Abgekehrten. Dabei stellt sich heraus, dass die Dauer der Betriebszugehörigkeit unter den Abkehrern bei den Zechen mit geringerer Fluktuation höher ist als bei den Zechen mit hoher Fluktuation. Das durchschnittliche Lebensalter der Abgekehrten liege bei 22,5-25,5 Jahren. Insgesamt seien die Abkehrerquoten bei einer kürzere Betriebszugehörigkeit bis zu einem Jahr höher, als bei einer längeren Betriebszugehörigkeit, d.h. die Abkehrer verliessen den Betrieb relativ früh.[1613] Die Berufsmobilität und die regionale Herkunft waren die anderen

[1609] Vgl. ebd., S. 706.
[1610] Vgl. ebd., S. 707.
[1611] Vgl. ebd., S. 707.
[1612] Ebd., S. 707.
[1613] Vgl. ebd., S. 709.

objektiven Eigenschaften, die überprüft wurden. Fragen wie die nach der Tradition des Bergmannberufes in der Familie hätten zu keinen befriedigenden Ergebnissen, die weiterführend gewesen wären, geführt.[1614] Es ergab sich ein Zusammenhang zwischen der Berufsmobilität der Befragten und der Abkehrbereitschaft, gemessen an der Dauer ihrer Beschäftigung auf der Untersuchungszeche.[1615] Die Mobilität war in den Stadtzechen insgesamt höher als in den Zechen in ländlichen Gebieten und war auf den Zechen mit höherer Fluktuation höher als auf denen mit niedrigerer Fluktuation. "Der Zusammenhang zwischen den Verhältnissen auf der Zeche und der Fluktuationshöhe ist ohne Berücksichtigung der Mobilitätsstruktur der Neuanlegungen nicht zu verstehen. Je weniger Untertagearbeiter angelegt werden müssen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, solche auswählen zu können, die längere Zeit auf der Zeche bleiben. Je größer der Bedarf dagegen ist, desto häufiger müssen Untertagearbeiter mit hoher Berufsmobilität angelegt werden, die bald wieder abkehren. Es entsteht ein Zugang-Abgang-Kreislauf."[1616] Von Friedeburg betonte aber auch in diesem Zusammenhang noch einmal, dass die Berufsmobilität nichts mit "Abenteuerlust" zu tun hat, die von den Zechen in den vorbereitenden Gesprächen häufig angeführt wurde: "Eingangs wurde bereits darauf hingewiesen, daß die hier behandelte Berufsmobilität weder mit asozialer 'Abenteuerlust' noch mit geringer 'Arbeitsmoral' gleichgesetzt werden kann. Daß die Abkehrergruppen der Zechen mit hoher Fluktuation eine größere Mobilität aufweisen, bedeutet nicht, daß es sich hier [...] von vorneherein um Gruppen mit negativer Einstellung zur Arbeit überhaupt oder mit geringer Bewertung der Sicherheit eines Beschäftigungsverhältnisses gegenüber dem höheren Verdienst auf einem unsicheren Arbeitsplatz handelt. Ferner spricht nichts dafür, daß es sich bei den befragten Abgekehrten [...] um eine von vorneherein jedem Arbeitsplatz gegenüber ablehnender und unzufriedener eingestellte Gruppe handelt."[1617] Diese Bemerkungen belegen, mit welchen Vorurteilen von Seiten der Bergbauexperten auf Unternehmensseite das Forschungsprojekt von Anfang an zu kämpfen hatte und wozu es sich als Korrektiv verstand, sowohl aus Sicht der Initiatoren des Arbeitsministeriums als auch der beteiligten Sozialforscher. Es ging der Forschergruppe um von Friedeburg sichtbar darum, die wertenden und ressentimentgeladenen Zuschreibungen von Merkmalen und Eigenschaften gegenüber der Abkehrergruppe zu widerlegen und sachlichere Erklärungen zu bieten, als sie sowohl einer Reihe von Betriebspraktikern als auch der SFSt bei ihrem ersten Projektplan plausibel erschienen sein mögen. Die Berufsmobilität war einer der Faktoren, die die Studie unter die objektiven Bedingungen rechnete: "Sie ist das Produkt objektiver Bedingungen, von Veränderungen innerhalb der

[1614] Vgl. ebd., S. 710.
[1615] Vgl. ebd, S. 710.
[1616] Ebd., S. 711.
[1617] Ebd., S. 711.

Produktionsverhältnisse im allgemeinen und von den turbulenten Nachkriegsverhältnissen im besonderen [...]".[1618] Von Friedeburg betonte bei Bewertung der Befunde Wert, dass die Abkehrer unter den Bergarbeitern keine negative Selektion darstellten, wie dies eine Grundannahme der SFSt-Projektentwürfe gewesen war: "Alle diese Befunde legen nahe, daß die befragten Abkehrer im Hinblick auf ihre Ansicht über die Arbeit allgemein und über ihre heutigen Arbeitsverhältnisse keine negative Selektion darstellen, sondern den übrigen Arbeitern in Westdeutschland durchaus vergleichbar sind."[1619]

Was die regionale Herkunft betraf, stammten sie zum geringeren Teil (ca. 25%) aus dem Ruhrgebiet selbst und zu 25% aus Mittel- und Kleinstädten, sowie zu 25% aus Großstädten. Damit sind fast 75% städtischer Herkunft, worin sie sich nach Aussage der Studie von der Herkunft der durchschnittlichen Industriearbeiterschaft unterschieden, die einen größeren Anteil an Arbeitern ländlicher Herkunft aufwies.[1620]

Der zweite Teil der Studie beschäftigte sich mit den Zechen im Urteil der Abkehrer. Die Befragten konnten im Fragebogen zu den Vorteilen und Nachteilen der Zechen Stellung nehmen. Dabei wurde auf Beurteilung des Arbeitsplatzes, die Bezahlung, der Unfall- und Gesundheitsschutz, die Behandlung durch die Vorgesetzten und die Wohnverhältnisse hin befragt. Als Gesamtergebnis stellten die Forscher fest: "Nach den Nachteilen des Bergmannberufs gefragt, hatten die Abkehrer vor allem auf die Arbeitsverhältnisse unter Tage, insbesondere die Gesundheitsgefahr und die Unfallgefahr, hingewiesen. Ganz entsprechend wurden diese Punkte bei der Beurteilung der einzelnen Zechen von den Abkehrergruppen am negativsten bewertet." Fast gleichwertig mit diesem Befund trat ein anderer Befund zu Tage: "Nahezu ebenso ungünstig schneiden auf allen Untersuchungszechen aber auch die Vorgesetzten ab, die bei der offenen Frage nach den Nachteilen des Bergmannberufs nur selten erwähnt wurden. Die Bezahlung folgt dabei erst mit merklichem Abstand."[1621]

Was die Arbeitsbedingungen betrifft neigten die Arbeitskräfte aus der Kohlegewinnung zu einer wesentlich stärkeren Abkehrrate: "Bergleute 'aus der Gewinnung' neigen also in besonderem Maße zur Abkehr aus den Zechen, dagegen verlassen relativ wenige Bergleute die Zechen, die mehr 'sekundäre' Funktionen ausüben, wie das Förder-, Hilfs-, Sicherheits- und Ausbaupersonal."[1622]

Die Studie stellte einen Zusammenhang zwischen der Einstellung zu den Vorgesetzten und der Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz fest: "Das Verhältnis der Abkehrer zu ihrem Arbeitsplatz hängt jedoch nicht allein von den objektiven Bedingungen der Arbeit und ihrer Vergü-

[1618] Ebd., S. 711.
[1619] Ebd., S. 711.
[1620] Vgl. ebd., S. 711ff.
[1621] Ebd., S. 714.
[1622] Ebd., S. 715.

tung ab. Die Beurteilung der Behandlung durch die Vorgesetzten spielt dabei eine wesentliche Rolle. Auf allen Zechen waren die mit ihren Vorgesetzten zufriedenen Arbeiter auch überwiegend mit ihrer Arbeit zufrieden, während die mit ihren Vorgesetzten unzufriedenen Abkehrer in der Mehrzahl auch mit ihrem Arbeitsplatz unzufrieden waren."[1623]

Was die Lohnzufriedenheit betraf, waren die Abkehrer nicht signifikant unzufriedener mit ihrem Lohn als Arbeiter, die, wie die Mannesmannstudie gezeigt hatte, im Betrieb beschäftigt waren. Maßgebend sei die leistungsgerechte Entlohnung. Daneben war die Lohnzufriedenheit von der Lohnhöhe abhängig, höher bezahlte Kräfte waren mit der Lohnhöhe deutlich zufriedener als gering entlohnte Kräfte.[1624]

Von Friedeburg stellte außerdem einen Zusammenhang zwischen der Lohnzufriedenheit und der Unzufriedenheit mit dem Arbeitsplatz mit der Kritik an der Behandlung durch die Vorgesetzten und der Lohnzufriedenheit her, den die Untersuchung aufgezeigt habe: "Auch Unzufriedenheit mit dem Arbeitsplatz und, woran man kaum denken mag, Kritik an der Behandlung durch die Vorgesetzten, wirkten sich drastisch auf die Lohnzufriedenheit aus. Ja, diese Momente lassen den Vorteil des höheren Einkommens in der Beurteilung der Entlohnung verschwinden: auf allen Untersuchungszechen waren die mit der Behandlung durch die Vorgesetzten nicht einverstandenen Abkehrer, die über 450 DM verdienten, mit ihrer Bezahlung unzufriedener als die ehemaligen Zechenangehörigen, die weniger als 350 DM bekamen, aber mit ihren Vorgesetzten einverstanden waren. Das gleiche gilt für die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit dem Arbeitsplatz."[1625]

Schließlich ging von Friedeburg auf die Vorgesetzten ein, wobei er auf die frühere Behandlung des Vorgesetztenproblems durch die SFSt hinwies:[1538] "Wie eng auch die Autoritätsstruktur der Zechen mit den spezifischen Arbeitsbedingungen unter Tage zusammenhängen mag, das starre Untergebenenverhältnis und der traditionell rauhe, aber eben nicht mehr herzliche Umgangston werden immer weniger akzeptiert. Bedürfte es dafür noch immer einer Bestätigung, so liefert sie der Vergleich zwischen der Vorgesetztenzufriedenheit der Abkehrer auf den Schachtanlagen und auf den heutigen Arbeitsstellen: auf dem derzeitigen Arbeitsplatz wird erheblich weniger über die Behandlung durch die Vorgesetzten geklagt, als auf den Abkehrzechen; in keinem der untersuchten Bereiche ist die Differenz zuungunsten der Zechen größer."[1626] Abkehrer, die mit der Behandlung nicht zufrieden waren, beschweren sich vor allem über den rauhen Umgangston der Vorgesetzten, am häufigsten auf den

[1623] Ebd., S. 716.
[1624] Vgl. ebd.
[1625] Ebd., S. 716.
[1538] Nämlich auf Carl Jantke Studie, vgl. ders.: Bergmann und Zeche. Tübingen 1953.
[1626] Ludwig von Friedeburg: Zur Fluktuation im Steinkohlenbergbau. Ergebnisse einer industriesoziologischen Untersuchung des Instituts für Sozialforschung über die Gründe der Fluktuationsdifferenzen bei sechs Zechen im Ruhrbezirk, in: Bundesarbeitsblatt 8, 1957, S. 705-721, hier S. 717.

linksrheinischen Zechen. Oft kritisiert werde weiterhin die "Empfänglichkeit der Vorgesetzten für 'Radfahrerei' [i.e. nach oben buckeln, nach unten treten], geringer Kontakt zwischen Vorgesetzten und Arbeitern und ungerechte Arbeitsplatzverteilung."[1627]
Differenzierend resümierte von Friedeburg: "Festzuhalten ist jedoch, daß weder die Fluktuationsdifferenzen zwischen den untersuchten Schachtanlagen pauschal auf Unterschiede im 'Betriebsklima' zurückgeführt werden können, soweit dies Klima im Verhältnis zwischen Untergebenen und Vorgesetzten sich ausdrückt, noch die hohe Fluktuation der neuangelegten Arbeiter mit besonders unbefriedigender Behandlung durch die Vorgesetzten zusammenhängt."[1628]

5.6. Deutungskontroversen um Führungsstile und der Konflikt um die Publikation der Studie

Ministerialdirigent Ehmke vom BMA hielt in einem Vermerk die Terminierung des Referats vor dem Unterausschuss für den Herbst 1956 fest.[1629] Der hektographierte Forschungsbericht sollte zu diesem Zweck auch an die Mitglieder des Unterausschusses verteilt werden. Es deutete sich aber schon ein Widerstand von Seiten des UVR an, dem Ehmke und Bues den Wind aus den Segeln nehmen wollten: "Die vertrauliche Behandlung des Berichtsmaterials ist nach Auffassung von MR Dr. Bues, der in dieser Frage eine Verständigung mit Herrn Dr. Ullrich herbeiführen will, sichergestellt. Es bestehen Bedenken, den vorliegenden Forschungsbericht der Hohen Behörde zu übersenden, weil er interne Verhältnisse von namentlich genannten Zechen behandelt. Der Hohen Behörde sollte die für die Veröffentlichung bestimmte Neufassung des Forschungsberichtes übermittelt werden."[1630]
Versandt wurden die Berichte an unterschiedliche Empfänger, zum Beispiel im Bundeswirtschaftsministerium,[1631] an Dr. Hermann Winkhaus bei der Mannesmann AG,[1632] an die Hohe Behörde der EGKS, Abteilung für Arbeitsfragen, Dir. Ettore Massacesi, an den Ausschussvorsitzenden des Unterausschusses I (sozialpolitische Fragen) des Arbeitskreises Produktivitätssteigerung im Kohlenbergbau, an die Wirtschaftsvereinigung Bergbau e. V., Herrn Oberbergrat Keyser, an den Hauptvorstand der IG Bergbau, an den Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds, Hauptabteilung IV – Wirtschaft, an den Stellvertreter des

[1627] Ebd., S. 718.
[1628] Ebd., S. 718.
[1629] BAK B 149/6074, BMA, II b 1, MinDirig Dr. Ehmke, Betr. Arbeits- und sozialwissenschaftliche Forschung; [Juli/August 1956].
[1630] Ebd.
[1631] BAK B 149, 5746, UVR, Ullrich, an MinRat Dr. Bues, BAM, Essen, den 11.9.1956.
[1632] BAK B 149, 5746, UVR, Ullrich, an MinRat Dr. Bues, BAM, Essen, den 16.10.1956.

Bundeskanzlers und Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.[1633]

Als der Herbst und damit die Befassung des Unterausschusses für sozialpolitische Fragen näher rückte, erhob Dr. Ullrich wiederum neue Einwände und begann das Ministerium hinzuhalten.[1634] Er führte hierzu aus: "Was nun den Vorschlag des Herrn Prof. Dr. Adorno betrifft, eine Aussprache über die Forschungsergebnisse im Unterausschuss für sozialpolitische Fragen im Arbeitsausschuss zur Steigerung der Kohlenförderung einzuleiten, so möchte ich doch von einer Weiterverfolgung dieses Planes abraten. Dabei entzieht es sich meiner Kenntnis, ob der genannte Ausschuss nach der Auflösung der DKBL überhaupt noch existiert. Es erscheint einstweilen wichtiger, dass wir eine solche Aussprache zunächst einmal in dem bei uns bestehenden Arbeitseinsatz- und Ausbildungsausschuss haben. Ich werde hierrüber in den nächsten Tagen mit dem Vorsitzenden dieses Ausschusses, Herrn Bergassessor Dr. Stein sprechen und Ihnen dann weitere Mitteilung zukommen lassen. Aus den dargelegten Gründen wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie von einer Einladung an die Mitglieder des vorgenannten Ausschusses einstweilen absehen würden." Der angesprochene Arbeitseinsatz- und Ausbildungsausschuss war bekanntlich ein Ausschuss des UVR, also einseitig der Unternehmerseite. Es ist zu erkennen, dass Dr. Ullrich die Arbeitnehmerseite aus der Erörterung des Berichts raushalten wollte. Er zog eine Aussprache vor, bei der die Meinung der "an der Untersuchung beteiligten Bergwerksgesellschaften über das bei der Untersuchung erzielte Ergebnis" gefragt war. Am nächsten Tag rief Herr Tippelskirch vom UVR an und bekräftigte die von Ullrich bereits stark gemachte Bitte, die Besprechung im Unterausschuss solange zurückzustellen, bis "die interessierten Stellen des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau sich hierrüber selbst eine eigene Meinung gebildet hätten."[1635] Dr. Bues stimmte dem zu.

Im November lud der UVR das IfS zur Aussprache nach Essen ein: "Der Unternehmensverband Ruhrbergbau hat uns zur Teilnahme an einer Sitzung in Essen eingeladen, in der Herr Dr. Ullrich mit den Vertretern der an der Untersuchung beteiligten Zechen die Ergebnisse der Studie diskutieren möchte. Wir werden selbstverständlich gern an dieser Besprechung teilnehmen, zumal die Abklärung innerhalb des Verbandes Voraussetzung der schon so lange Zeit geplanten Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des Bundesministeriums für Arbeit ist, in der über die Veröffentlichung unseres Gutachtens entschieden werden soll." Adorno schlug vor, den Forschungsbericht auch an die Mitglieder dieses Ausschusses zu übersenden, da sonst leicht der Verdacht entstehen könnte, dem Unternehmensverband

[1633] BAK B 149/5746, BMA, Ref. Dr. Bues, Vfg. Bonn, den 27.11.1956.
[1634] BAK B 149, 5746, UVR, Ullrich, an MinRat Dr. Bues, BAM, Essen, den 16.10.1956.
[1635] BAK B 149/5746, BMA, II a 1 – Referent: Dr. Bues, Betrifft: Gutachten des Instituts für Sozialforschung [...] über die Fluktuation im Bergbau, Bonn den 17.10.1956.

Ruhrbergbau würde eine Vorzugsstellung eingeräumt.[1636]

Wie die weitere Entwicklung zeigt, gestaltete sich das Referat des IfS im UVR schwierig. Am 12. Dezember 1956 fand eine erste Zusammenkunft statt. In einem Telefonat zwischen Dr. Bues vom BMA und von Friedeburg tauschten sich die beiden bereits am 10. Dezember über Dr. Ullrichs Reserviertheit gegenüber einer Behandlung des Themas im sozialpolitischen Ausschuss des Bundesarbeitsministeriums aus: "Dr. v[on] F[riedeburg] hatte den Eindruck, daß Herr Dr. Ullrich eine Besprechung des Untersuchungsergebnisses im sozialpolitischen Ausschuss des BMA nicht wünschen würde. Der Unterzeichnete erwiderte, daß es der Zweck der Untersuchung gewesen sei, gemeinsam Möglichkeiten zu ermitteln, die zur Minderung der Fluktuation beitragen könnten."[1637] Das Bundesarbeitsministerium hielt also am ursprünglichen Plan fest und am Modell einer sozialpartnerschaftlichen Aussprache fest.

Die Aussprache im UVR war für die Wissenschaftler höchst unbefriedigend. In einer knappen Zusammenfassung schilderte von Friedeburg dem Bundesarbeitsministerium den Verlauf der Sitzung des Arbeitseinsatzausschusses am 12. Dezember 1956.[1638] Er beklagte sich: "Sowohl die Größe des Teilnehmerkreises wie die Kürze der in der in der Tagesordnung für diesen Punkt vorgesehenen Zeit verhinderten eine detaillierte Besprechung der Ergebnisse und den Beschluss des Unternehmensverbandes über die Stellungnahme zu der Untersuchung."[1639] Dr. Ullrich habe vorgeschlagen, "einen kleinen Arbeitskreis zu bilden, dem die Vertreter der untersuchten Zechen und einige Mitglieder des Ausschusses angehören, um das Versäumte nachzuholen." Dazu wurde ein Termin im Januar 1957 ausgehandelt, der erst abzuwarten sei, bevor eine Stellungnahme des Unternehmensverbands zu erwarten sei. Von Friedeburg beobachtete eine allgemein positive Aufnahme des Forschungsberichts, schränkte allerdings hinsichtlich der Behandlung im Unterausschuss sozialpolitische Fragen des Bundesarbeitsministeriums ein: "[Es] liess sich deutlich wiederum der Widerstand des Unternehmensverbandes feststellen, die Untersuchung im Unterausschuss für sozialpolitische Fragen im Kohlenbergbau zu diskutieren."[1640]

Die Sitzung fand dann zwar am 14. Januar 1957 statt, jedoch wieder ohne Ergebnis, wie eine Notiz über ein Telefonat zwischen Dr. Bues und von Friedeburg zeigt.[1641] Von Friedeburg habe von der Sitzung der Kommission, "die sich mit dem Forschungsbericht des Instituts [...] befassen wollte" berichtet, dass auch Arbeitsdirektor Triem vom Eschweiler

[1636] BAK B 149/5746, IfS, Adorno an BMA, MinDir Petz Frankfurt/Main 19.11.1956.
[1637] BAK B 149/5746, Vermerk Bues, Bonn den 10.12.1956 über fernmündliche Rücksprache mit Herrn Dr. v. Friedeburg – Frankfurt.
[1638] BAK B 149/5746, IfS, von Friedeburg an BMA, Herrn MinDir Dr. Petz, Frankfurt/Main 21.12.1956.
[1639] Vgl. ebd.
[1640] Ebd.
[1641] BAK B 149/5476, Unterabteilung II a, -2012, MinRat Dr. Bues, Vermerk Betr. Forschungsbericht des Instituts für Sozialforschung, Bonn, den 16.1.1957.

Bergwerksverein, der der Studie gegenüber aufgeschlossen stand, teilgenommen habe. Den Vorsitz habe Bergassessor Florin innegehabt. Dieser habe "[z]u Beginn der Erörterung [...] erklärt, daß es ihm noch nicht gelungen sei, den umfangreichen Bericht zu studieren und in der Annahme, daß dies auch den übrigen Teilnehmern [...] noch nicht möglich gewesen sei, würde er eine Vertagung vorschlagen. So sei es dann auch beschlossen [worden]."[1642] In einem schriftlichen Bericht, schrieb von Friedeburg seine Eindrücke: "Am Ende der Sitzung wurde eine Reihe weiterer Veranstaltungen dieses Unterausschusses vorgeschlagen, um nach besserer Vorbereitung die Ergebnisse eingehender diskutieren zu können. Wir mussten leider den Eindruck gewinnen, dass auf diese Weise die Stellungnahme des Unternehmensverbands weiter und bis zu einem gegenwärtig noch gar nicht absehbaren Zeitpunkt herausgezögert werden soll."[1643] Das Institut und von Friedeburg hatten ein Interesse an einer zügigen Befassung des Ausschusses für sozialpolitische Fragen beim Bundesarbeitsministerium, weil es dem Institut um eine zeitnahe Publikation der Forschungsergebnisse wegen der Aktualität der Ergebnisse ging, worauf er Ministerialdirektor Dr. Petz auch in seinem Schreiben hinwies.[1644] Von Friedeburg habe den Eindruck gewonnen, dass es dem Unternehmensverband gar nicht ernsthaft darauf ankomme, die Angelegenheit voranzutreiben. Interessant waren in diesem Hinblick die Zwischentöne, von denen von Friedeburg berichtet. "Herr Dr. Ullrich habe erklärt, er wolle demnächst Herrn Ministerialdirektor Dr. Petz einen Besuch abstatten, um bei dieser Gelegenheit festzustellen, welcher Referent die Angelegenheit im BMA bearbeite, um bei ihm 'auf den Busch zu klopfen' zur Erkundung der Meinung des Ministeriums zum Forschungsbericht."[1645]

Auch das ausführliche Protokoll von Friedeburgs zeigt, dass der Arbeitseinsatz- und Ausbildungsausschuss der UVR nicht besonders aufgeschlossen war.[1646] Klar ist der Standpunkt Ullrichs, der fragte: "Was wollte das Bundesarbeitsministerium? Wollte wissen, ob es am Bergbau selbst liegt, wollte uns den schwarzen Peter zuschicken. Das Bundesarbeitsministerium wird Belastungspunkte gegen den Bergbau suchen – wie auch die Arbeitnehmerseite. Ausserdem: nach der Beurteilung dieser Studie soll eine Fortsetzung dieser Studie beschlossen werden. Wir brauchen nur eine Andeutung über den Wert eines solchen Gutachtens zu machen, dann ist die neue Studie da. Es kommt darauf an: 1. Ist das Gutachten so in Ordnung und umfassend genug? 2. Ist noch eine Untersuchung, warum die Bergbauarbei-

[1642] Ebd.
[1643] IfSA, A 12, Ordner 1.1, IfS, von Friedeburg, an BMA, Dr. Petz, Frankfurt/Main 16.1.1957.
[1644] Vgl. ebd.
[1645] BAK B 149/5476, Unterabteilung II a, -2012, MinRat Dr. Bues, Vermerk Betr. Forschungsbericht des Instituts für Sozialforschung, Bonn, den 16.1.1957.
[1646] IfSA A 12, Protokoll über die Sitzung des Arbeitseinsatz- und Ausbildungsausschuss der UVR am 14.1.1957, anwesend waren Florin, Dr. Ullrich, Kötter, Nennstiel, Triem, Cigan, Weindorf, Wussow, Dr. Schneider, v. Tippelskirch, Dr. Mohaupt, Große-Schulte, Dr. von Friedeburg, Teschner.

ter bleiben, notwendig?"[1647] Er betrachtete mehrere Punkte an dem Bericht als problematisch: "Das schlechte Abschneiden des Bergbaus in der Bewertung der bergbaulichen Arbeit, [d]ie besonders negativ beurteilten Vorgesetztenverhältnisse, [...] [d]ass es für die Fluktuation bedeutungslos sein soll, ob Mechanisierung oder nicht."[1648] Dr. Ullrich behandelte bei diesem Treffen trotz der Anwesenheit von von Friedeburg und Teschner taktische Fragen des weiteren Umgangs mit dem Bundesarbeitsministerium allem Anschein nach relativ offen und versuchte seine Kollegen im Ausschuss auf seinen Standpunkt einzuschwören.[1649]

Zwischen dem Ministerium und von Friedeburg herrschte jedoch, wie die Gesprächsnotiz zeigt, ein Einvernehmen über die zu ziehenden Konsequenzen: "Herr Dr. v. Friedeburg und der Unterzeichnete stimmten darin überein, dass Herr Dr. Ullrich die Behandlung des Forschungsberichtes dramatisiere, denn die aus der Untersuchung zu ziehenden Folgerungen sind nach Ansicht des Unterzeichneten recht einfach, sie beziehen sich auf den Ruf nach Verstärkung des Bergarbeiterwohnungsbaus zur Förderung der Gewinnung seßhafter Bergarbeiter und einer längst fälligen Aufnahme des Themas Menschenkunde in den Unterrichtsstoff der Bergschulen. [...] Zugleich wurde ein Einverständnis darüber herbeigeführt, daß es nunmehr an der Zeit ist, den Unternehmensverband für eine Stellungnahme zum Forschungsbericht eine angemessene Frist zu setzen, damit der Bericht, wie vorgesehen, im Unterausschuß besprochen werden kann. Herr von Friedeburg hat keine Bedenken, daß als Korreferent hierzu neben einem Vertreter des Instituts für Sozialforschung Herr Bergwerksdirektor Triem vom Eschweiler Verein gewonnen wird."[1650]

Dr. Petz schrieb daraufhin Ende Januar 1957 einen etwas drängenderen Brief an den UVR. Er erinnerte Dr. Ullrich daran, dass die Studie jetzt seit Juli 1956 in den Händen des UVR und der Bergwerksgesellschaften sei. Er betonte nachdrücklich, dass er das Thema schon im Herbst 1956 auf die Tagesordnung des Unterausschusses für sozialpolitische Fragen habe setzen wollen, aber mit Rücksicht auf den UVR zugewartet habe, damit dieser sich eine Meinung bilden könne. Petz zeigte sich unterrichtet über die Behandlung des Referats von von Friedeburg und signalisierte, dass er nicht mehr länger zuwarten möchte. Petz kündigte die Einberufung des Ausschusses an und bat Herrn Dr. Ullrich um Terminvorschläge.[1651]

Am 30. Januar 1957 suchte Dr. Ullrich Dr. Petz auf, um mit ihm die Auswertung des Forschungsberichts zu besprechen.[1652] Ullrich kündigte an, dass der "Unternehmensverband

[1647] Ebd., S. 2.
[1648] Ebd., S. 2.
[1649] Vgl. ebd., S. 4.
[1650] BAK B 149/5476, Unterabteilung II a, -2012, MinRat Dr. Bues, Vermerk Betr. Forschungsbericht des Instituts für Sozialforschung, Bonn, den 16.1.1957.
[1651] IfSA A 12, Ordner 1.1, BMA, MinDir Dr. Petz, an UVR, Dr. Ullrich, Bonn, 28.1.1957.
[1652] BAK B 149/5746, Unterabteilung II a, II a 1, Vermerk MinRat Dr. Bues über eine Besprechung mit Dr. Ullrich

Ruhrbergbau [...] dem BMA bald seine Stellungnahme zu dem Forschungsbericht mitteilen und hierbei darlegen [wird], welche Maßnahmen der Unternehmensverband bzw. die Zechen inzwischen getroffen haben, um den im Forschungsbericht getroffenen Feststellungen zu begegnen." Er vereinbarte ein weiteres Treffen mit Dr. Petz für den 18. oder 19. Februar 1957, bei dem er beabsichtigte mit diesem eine einheitliche Auffassung zu den Ergebnissen zu erarbeiten. Schließlich vereinbarten sie für den 11. oder 12. März 1957 eine Sitzung des sozialpolitischen Unterausschusses des Bundesarbeitsministeriums mit den Tagesordnungspunkten "1. Berichterstattung über den Forschungsbericht, Referent: ein Vertreter des Instituts für Sozialforschung, Arbeitsdirektor Triem 2. Die Frage der Veröffentlichung. Hierbei soll angestrebt werden die Wiedergabe eines wesentlich gekürzten Berichts, der es nicht zuläßt die Zechen zu erkennen, auf denen die einzelnen Feststellungen getroffen wurden. 3. Es soll auch die Frage besprochen werden, ob innerhalb der Montanunion in ähnlicher Form weitere Untersuchungen anzustellen wären. Dabei soll der Standpunkt vertreten werden, daß weitere Forschungen in dieser Richtung unerwünscht sind, weil sie voraussichtlich zu gleichen Ergebnissen führen werden."[1653]

Nach einigem Hin und Her wurde der 19. März als Termin für die Sitzung des sozialpolitischen Unterausschusses des Bundesarbeitsministeriums vereinbart. Die Einladung ging an den UVR, an die Wirtschaftsvereinigung Bergbau, die Industriegewerkschaft Bergbau, den DGB, den Stellvertreter des Bundeskanzlers und das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das Bundesministerium für Wirtschaft, den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und an Ludwig von Friedeburg als Leiter der Abteilung für empirische Sozialforschung beim IfS.[1654]

Dr. Petz eröffnete die Sitzung und hob einleitend den Wert der Untersuchung hervor. Dieser bestünde darin, dass "das Problem der Fluktuation vor allem von rein menschliche[r] Seite her beleuchtet wird." Der Wert hänge jedoch "von den wahrheitsgemäßen Aussagen der Befragten ab", Wenn man dies berücksichtigt, sei das Ergebnis Grundlage, "daraus geeignete Folgerungen und Schlüsse für künftige Maßnahmen zu ziehen."[1655]

Dr. von Friedeburg begann sein Referat mit einer technisch-methodischen Einführung. Er erläuterte, dass man den Interviewten "allgemeine Fragen über den Bergbau gestellt" habe,

---

am 30.1.1957.

[1653] Ebd. Vgl. hierzu auch das Schreiben von Dr. Petz in IfSA A 12, Ordner 1.1, BMA, Dr. Petz, an IfS, Bonn 31.1.1957.

[1654] IfSA A 12, Ordner 1.1., BMA, II a 1, Dr. Petz, 25.2.1956. Anwesend waren bei der Sitzung von Friedeburg, Schumacher (BAVAV Nürnberg), Rotter und Schnaase (Bundeswirtschaftsministerium, Kadow und Wallbruch (IG Bergbau), Kruft (Wirtschaftsvereinigung Bergbau), Dr. Ullrich und Florin von der Zeche Auguste Victoria für den UVR, Arbeitsdirektor Triem vom Eschweiler Bergwerksverein, Dr. Wache und Dipl. Ing. Haselbeck vom BMZ, Dr. Petz, Jüngst, Dr. Bues, Dr. Bahnen, Dr. Rüdig, Dr. Honaberg,und Warkow vom BMA, vgl. BMA, Dr. Petz, an IfS, von Friedeburg, Bonn, 30.3.1957, Anlage, Dr. Petz, Vermerk über die am 19.3.1957 im Bundesministerium für Arbeit durchgeführte Besprechung über sozialpolitische Fragen im Bergbau am 19.3.1957, 30.3.1957.

[1655] Vgl. ebd.

“ohne daß dabei die Frage ihrer eigenen Abkehr auch nur berührt oder unmittelbar angeschnitten worden wäre.”[1656] Er fuhr fort: “Der Befragte sollte in diesem Punkt völlig unbefangen bleiben, da sonst die Gefahr bestanden hätte, daß die Antworten durch falsche Voreingenommenheit negativ beeinflusst worden wären.”[1657] Zu den Hauptergebnissen führte von Friedeburg aus, “daß eine weitgehende Parallelität der Ursachen, die zu einer Abkehrung von den für diese Untersuchung ausgewählten sieben Zechen geführt haben, erkennbar sei.”[1658] Die meisten Neuangelegten seien bereits im ersten Jahr abgekehrt. Von Friedeburg sprach eine allgemeine Empfehlung aus: “Hier ergebe sich ein weites Feld für die Betriebsleitungen, durch bessere Auslese bei der Neuanlegung die Abkehrziffern zu senken sowie durch geeignete Maßnahmen die neu angelegten Bergarbeiter bei ihren Zechen zu halten.”[1659]

Als einen Hauptabkehrgrund nannten die Befragten die Gefährlichkeit des Bergmannsberufs, die gesundheitlichen Beeinträchtigungen und die Belastungen der Arbeit. Von Friedeburg schenkte einem zweiten Themenkomplex noch mehr Aufmerksamkeit, dem des Führungsstils: “Hinzu komme in vielen Fällen der ungewohnt rauhe Ton der unmittelbaren Vorgesetzten. Obgleich eine verstärkte Mechanisierung der Untertagearbeit nicht unbedingt eine erhöhte Abkehr zur Folge haben müsse, so würde doch das mit der Mechanisierung verfolgte Ziel, die Förderleistung zu steigern, und der damit erhöhte Druck auf die Leistung des Arbeiters dem Abkehrwillen vieler Bergleute Vorschub leisten. Eine kluge und psychologisch richtige Menschenführung sei daher in diesen Fällen ganz besonders am Platze.”[1660]

Als Koreferent wirkte der Arbeitsdirektor Triem, vom Eschweiler Bergwerksverein. Dieser “stellte in den Mittelpunkt seiner Ausführungen den Menschen, welcher der Natur den Rohstoff Kohle meist unter schwierigen Bedingungen abringen müsse.”[1661] Er fand es bemerkenswert, dass unter den Abkehrern überwiegend Neubergleute im fortgeschrittenen Alter seien: “Diese aus anderen Berufen in den Bergbau hinübergewechselten Neubergleute würden [...] am Umgangston im Bergbau Anstoß nehmen.”[1662] Triem empfahl dringend, auf diese Kritik zu reagieren: “Der Bergbau müsse deshalb versuchen, Wege zu finden, die der neuen personellen Situation gerecht würden.”[1663] Er regte an, dem Beispiel seiner Bergwerksgesellschaft zu folgen, um “geeignete Mittel und Wege” zu finden, “sich mit den unmittelbaren Vorgesetzten der Bergleute über die Grundlage der Menschenführung bzw.

[1656] IfSA A 12, Ordner 1.1., Dr. Petz, Vermerk über die am 19.3.1957 im Bundesministerium für Arbeit durchgeführte Besprechung über sozialpolitische Fragen im Bergbau am 19.3.1957, 30.3.1957, S. 1.
[1657] Vgl. ebd., S. 1.
[1658] Vgl. ebd., S. 2.
[1659] Vgl. ebd., S. 2.
[1660] Vgl. ebd., S. 2.
[1661] Vgl. ebd., S. 2.
[1662] Ebd., S. 3.
[1663] Ebd., S. 3.

Pflege der mitmenschlichen Beziehungen" auseinanderzusetzen.[1664] Als Beispiel nannte er das im Herbst 1956 erstmals durchgeführte Seminar: "Dort wurden in einer Art Lehrgang sämtliche Revier- und Obersteiger zusammengefasst und mit ihnen systematisch das Problem der Menschenführung im Bergbau behandelt."[1665] Triem verteilte zu diesem Punkt auch eine Mappe mit weiterem Informationsmaterial an die Ausschussmitglieder.

Einer internen Aktennotiz von Friedeburgs zufolge war das IfS mit dem Ergebnis der Sitzung nicht zufrieden. Dr. Petz habe die entscheidenden Befunde der Studie nicht verstanden, Triem sei ein radikal-restaurativer Typ, denn er habe traditionelle Werte wie "Grossfamilie, Siedlungshäuser, Bergmannskirche, beten lernen, Arbeitspässe ('Das ist ja wie bei der Ehe, die Heiratspapiere müssen in Ordnung sein'), ja tendenziell auch Arbeitslager" gefordert.[1666]

Bergwerksdirektor Florin war der erste Redner in der Gruppe, der Stellung nahm. Er stellte in Frage, ob die Antworten in den Befragungen alle den Tatsachen entsprochen hätten. Allgemein anerkannte er aber das Ergebnis, dass sich im Bereich der Führungsstile etwas ändern müsse. Er bemerkte, "daß der Umgangston im Betrieb manchmal recht hart sei und daß man auf diesem Gebiet hinzulernen könne."[1667] Er hob hervor, dass sich die Arbeitsmarktlage gegenüber der unmittelbaren Nachkriegszeit geändert habe, denn es stünden längst nicht mehr so viele Arbeitskräfte zur Verfügung. Auch in seinen Bemerkungen findet sich ein Anklang psychologisierenden Vokabulars, da er ausführte, die Entscheidung "Bergmann zu werden sei immerhin auch ein Entschluss der seelisch verkraftet werden müsse."[1668]

Wesentlich konkreter waren die Vorschläge von Heinrich Wallbruch als Vertreter und Vorstandsmitglied der IG Bergbau. Er forderte allgemein, dass "der unmittelbare Vorgesetzte des Bergmannes, der Steiger, so weit mit seinen Leuten vertraut werden müsse, daß er auch deren persönliche Verhältnisse kenne." Dazu müssten die Arbeitsgruppen kleiner und überschaubarer werden: "Sein Aufgabenbereich müsse so verkleinert werden, daß ihm [dem Steiger] diese Übersicht noch möglich sei". Mehr Rücksichtnahme und Anerkennung im Beruf war die zweite Forderung Wallbruchs: "Besonders sollte man die Neubergleute mit größtem Verständnis an ihre neue Arbeit heranführen. Es gehe nicht an, daß der Bergmann erst dann etwas gelte, wenn er ein qualifizierter Arbeiter sei. Gerade die ersten Eindrücke, die anfangs auf den Neubergmann eindringen, seien für seine berufliche Entwicklung entscheidend." Wallbruch betonte auch die Bedeutung der "Angst", "die ein Begleiter des

[1664] Ebd., S. 3.
[1665] Ebd., S. 3.
[1666] IfSA A 12, Ordner 1.1, von Friedeburg, Aktennotiz zur Sitzung des Unterausschusses sozialpolitische Fragen, 19.3.1957, S. 1.
[1667] IfSA A 12, Ordner 1.1., Dr. Petz, Vermerk über die am 19.3.1957 im Bundesministerium für Arbeit durchgeführte Besprechung über sozialpolitische Fragen im Bergbau am 19.3.1957, 30.3.1957, S. 3.
[1668] Ebd., S. 3.

Bergmannes sei und die wohl auf den Abkehrwillen jedes einzelnen den größten Einfluss habe."[1669] Im Bericht des IfS über die Ausschusssitzung findet sich auch der Punkt Angst angesprochen. "Die Kumpels müssten Vertrauen zum Steiger haben, damit sie ihre Angst überwänden", habe Wallbruch gesagt.[1670]

Eberhard Kadow von der IG Bergbau schloss sich dem Urteil über den Nutzen der Studie an und betonte den Wert der Studie für allgemeine Schlussfolgerungen. Er verglich das Ergebnis der Studie mit den Ergebnissen anderer Studien, die festgestellt hätten, dass die Mobilität zugenommen hat: "Dies träfe insbesondere für den Gesichtspunkt der Mobilität zu, bei der es sich um eine gesamtgesellschaftliche Tendenz handele, deren Vorhandensein sich in vielen Untersuchungen dieser Art herausgestellt habe. Deshalb seien auch moralische Urteile ganz fehl am Platz."[1671] Ein weiterer Punkt auf den Kadow intensiv einging, war der Führungsstil: "Weiterhin wäre der rauhe Ton im Bergbau ein besonderes Problem. Nicht für die alten Bergleute, die diesen gar nicht so empfänden, wohl aber für die neuen aus anderen Industrien hereinkommenden. Bei den betrieblichen Vorgesetzten hätte sich aufgrund der hohen Fluktuation unter den Neuangelegten eine bestimmte Einstellung gegen die Neuen entwickelt, die man ungefähr so bezeichnen könne: die Neuen sind unsichere Kantonisten. Diese Einstellung bringe einen Unterton in das Verhältnis zwischen Steiger und Kumpel herein, der äusserst ungünstig sei."[1672]

Dr. Ullrich war in seinem Urteil über die Studie verhaltener. Er anerkannte zwar, dass das Problem der Fluktuation mit wissenschaftlicher Gründlichkeit und Systematik untersucht worden sei. Er widersprach aber der Neuigkeit ihrer Ergebnisse, vielmehr behauptete er, dass die Untersuchung "keine einzige Tatsache oder Gegebenheit [feststelle], die dem Bergbau nicht schon bekannt sei."[1673] Er verneinte die Repräsentativität des Gutachtens für den gesamten Ruhrbergbau und schloss die Möglichkeit, allgemeine Schlussfolgerungen zu ziehen, aus. Es handele sich im Wesentlichen um Einzelaussagen zu den untersuchten Zechen.[1674]

Im weiteren Verlauf wurde noch mal die Vertraulichkeit der Erörterungen von Dr. Petz betont und die Frage der Veröffentlichung besprochen.

In einem internen Papier des Bundesarbeitsministeriums waren die Leitlinien für die Veröf-

[1669] Vgl. ebd., S. 4.
[1670] IfSA A 12, Ordner 1.1, von Friedeburg, Aktennotiz zur Sitzung des Unterausschusses sozialpolitische Fragen, 19.3.1957, S. 2.
[1671] IfSA A 12, Ordner 1.1, von Friedeburg, Aktennotiz zur Sitzung des Unterausschusses sozialpolitische Fragen, 19.3.1957, S. 3.
[1672] Ebd., S. 3.
[1673] IfSA A 12, Ordner 1.1., Dr. Petz, Vermerk über die am 19.3.1957 im Bundesministerium für Arbeit durchgeführte Besprechung über sozialpolitische Fragen im Bergbau am 19.3.1957, 30.3.1957, S. 4.
[1674] Vgl. ebd.. S. 4.

fentlichung festgelegt.[1675] Diesem Papier zufolge kam es Dr. Petz "mehr darauf an, aus den Ergebnissen der Untersuchung die notwendigen Folgerungen zu ziehen, als auf eine Veröffentlichung des vorliegenden Forschungsberichtes."[1676] Er plädierte für die Veröffentlichung einer Kurzfassung: "Um das mit der Untersuchung verfolgte Ziel, nämlich die Eindämmung der Fluktuation zu erreichen, genügt es, wenn das Forschungsergebnis in einer Kurzfassung gestrafft wird, zumal die Feststellungen auf den untersuchten Zechen sich in ihrer Grundrichtung sehr ähneln."[1677] Darüber hinaus erläuterte er einige allgemeinere Überlegungen zur Ausformulierung des Berichts. Aus seiner Sicht wäre eine "stärkere psychologische Wertung des Untersuchungsergebnisses und die Ausdehnung der Untersuchung auf den Kreis der zu der Abgangszeche zurückgekehrten Abkehrer" nötig.

Der Kurzfassung sollte eine Abhandlung "über die Bemühungen des Bergbaues auf den verschiedenen Gebieten, die in dem Bericht als für die Fluktuation maßgeblich herausgestellt werden", beigefügt werden.[1678] Petz ging es in erster Linie um Fragen des Führungsstils im Bergbau: "Hierbei sollten ausführlich behandelt werden: Die Maßnahmen auf dem Gebiet der Menschenführung, bzw. Pflege der mitmenschlichen Beziehungen. Mit technischen Investitionen ist es nicht getan. Der Mensch ist kein Kostenfaktor und nicht ein bloßer Funktionsträger. Die Arbeit der Betreuungsstellen auf den Zechen unter Beifügung eines Arbeitsberichtes eines Betreuungssteigers, Schaffung einer Fibel für Steiger, welche die Grundlagen der Menschenführung bzw. Pflege der mitmenschlichen Beziehungen behandeln. Das Thema muß ordentliches Lehrfach an den Bergschulen werden."[1679]

Weitere Themen sollten sein: Verbesserungsmaßnahmen an den Waschkauen und Umkleideräumen (mit Bildbeispielen), Ausbau der Altersversorgung für Bergleute mit Beispielen, die Bemühungen der Zechen um die Freizeitgestaltung und die Frage der Entlohnung, die Bemühungen um den Bergarbeiterwohnungsbau.[1680]

Dr. Petz widersprach in diesem Punkt auch den Ausführungen Ullrichs, insofern das Untersuchungsergebnis allgemein verwertbare Anhaltspunkte für Schlussfolgerungen aus der Studie vermittle. Die Untersuchung in Gänze zu veröffentlichen, schlossen die Ausschussmitglieder aus. Stattdessen sprachen sie sich für die Veröffentlichung einer gekürzten Fassung aus, die noch im März 1957 in kleinem Kreise erörtert werden solle. Die aus diesem Gespräch gezogenen Schlussfolgerungen sollten als Empfehlungen formuliert und an die interessierte Fachöffentlichkeit weiter geleitet werden.[1681]

[1675] BAK B 149/5746, Durchführung und Besprechung sozialpolitischer Fragen im Kohlenbergbau am 19.3.1957.
[1676] Vgl. ebd., S. 1.
[1677] Vgl. ebd., S. 1.
[1678] Vgl. ebd., S. 1.
[1679] Vgl. ebd, S. 2.
[1680] Vgl. ebd.
[1681] Vgl. ebd., S. 5.

Der Aktennotiz von Friedeburgs zufolge war es für ihn nach der Verkündung des Ergebnisses recht schwierig, Interessen des Instituts noch einmal zu vertreten. Denn das Institut hatte zwar Interesse an der Veröffentlichung einer Kurzfassung, aber es strebte auch an eine Publikation einer Langfassung in der eigenen Schriftenreihe oder in einer Schriftenreihe des Bundesarbeitsministeriums an. Hier kam die Hauptgegenwehr von Dr. Ullrich, der es im Wesentlichen ausschloss, dass die Einzelzechen der Veröffentlichung, auch in anonymisierter Form zustimmen würden. Besonders die Zeche Friedrich Ernestine sei dagegen. Ullrich sagte, dass das Institut dann die gesamte RWE gegen sich haben werde und nie wieder mit einer Untersuchung im Kohlenbergbau ankommen brauche.[1682]

In der Akte findet sich ein erster 26-seitiger Entwurf aus der Feder von Dr. Petz zu den Anmerkungen zum Forschungsbericht.[1683] Er enthielt vielfältige Anregungen zu Maßnahmen, die der Bergbau ergreifen könnte, unter anderem zur Verbesserung der klimatischen Verhältnisse unter Tage, zur Staub- und Silikosebekämpfung, zur Unfallverhütung, "zur Mechanisierung unter dem Gesichtspunkt der Erleichterung der körperlichen Arbeit unter Tage", Arbeiten auf dem Gebiet der bergmännischen Berufsausbildung, Bemühungen um den Wohnungsbau, Bemühungen um menschliche Zusammenarbeit im Betrieb, um die Besserstellung des Bergmannes hinsichtlich Lohn, Arbeitszeit und sonstiger tariflicher Regelungen und zur Sonderstellung des Bergmannes in der Sozialversicherung. Dass die Führungsstilfrage in diesem Entwurf zu einem Unterpunkt wurde, war dem umfassenden Charakter des Entwurfs geschuldet. In einer anderen Ausarbeitung von "Anregungen zur Auswertung des vom Institut für Sozialforschung [...] vorgelegten Forschungsberichtes" fanden sich sehr zentrale Ausarbeitungen zu diesem Punkt.[1684] In diesen Anregungen, die die Punkte Wohnversorgung, verbesserte Menschenführung und Menschenbehandlung im Betrieb, Ausbau der Freizeitgestaltung, Errichtung neuzeitlicher Schwarz-Weiß-Kauen umfassen, war der Führungsstil auf Rangstufe Nummer zwei gerückt. Allerdings atmeten die Ratschläge und Anregungen, die Dr. Petz formuliert, den Geist katholischen Konservatismus, beeinflusst durch die katholische Soziallehre.

Petz führte zum Punkt des Führungsstiles aus: "Die negativen Urteile über den Umgangston im Bergbau, über die Behandlung durch die Vorgesetzten und ihren zu geringen Kontakt mit

[1682] IfSA A 12, Ordner 1.1, von Friedeburg, Aktennotiz zur Sitzung des Unterausschusses sozialpolitische Fragen, 19.3.1957, S. 4.
[1683] BAK B 149/5746, [Dr. Petz], Bemerkungen zu dem von dem Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe Universität erstatteten Forschungsbericht über die subjektiven und objektiven Abkehrgründe bei 7 Zechen des westdeutschen Steinkohlebergbaus in ihrer Auswirkung auf die Sicherung des Belegschaftsstandes unter Tage, [o. D., o.O] hsl. Zusatz: Entwurf als Beratungsunterlage.
[1684] BAK B 149/5746, Anregungen für die Auswertung des vom Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe Universität vorgelegten Forschungsberichts über die subjektiven und objektiven Abkehrgründe bei sieben Zechen des westdeutschen Steinkohlebergbaus in ihrer Auswirkung auf die Sicherung des Belegschaftsstandes unter Tage.

den Untergebenen nehmen unter den Abkehrgründen einen breiten Raum ein. Der Mensch ist aber kein Kostenfaktor und nicht ein bloßer Funktionsträger. Er ist keine Markennummer, sondern ein Mitarbeiter mit Herz und Verstand mit einem Recht auf menschliche Achtung und Anerkennung."[1685] Petz stützt seine Anregungen auf Zitate bekannter Personen des Bergbaus wie Dr. Dirk Cattepoel, Generaldirektor Heinrich Kost, Bergassessor Günter Schlicht oder Professor Joseph Höffner, um seinen Ausführungen zusätzliche Autorität zu verleihen. Insgesamt haben die zitierten Ausführungen wie "'[d]er Grubenbeamte muß deshalb als unmittelbarer Vorgesetzter des Arbeiters nicht nur wie bisher unter dem Gesichtspunkt technisch-betrieblicher, sondern auch menschlicher Aufgaben und Verantwortung gesehen werden.' (Generaldirektor Dr. Kost)"[1686] den Charakter von Allgemeinplätzen. Andererseits sollte gerade von diesen Allgemeinplätzen eine besondere Verpflichtung zur Befolgung ausgehen, denn Petz erklärte unter Berufung auf die Zitate bekannter Autoritäten die Sache der menschlichen Beziehungen im Betrieb zur Vorstandsaufgabe der Konzerne selbst: "Die Unternehmungen des Bergbaus können von der Verantwortlichkeit für die Beziehungen von Mensch zu Mensch nicht entlastet werden; vielmehr muß jeder Unternehmensvorstand gewillt sein, die Fragen der menschlichen Zusammenarbeit selbst in die Hand zu nehmen unbeschadet aller Unterstützung, die ihm durch seinen Mitarbeiterstab oder durch in Betracht kommende Institute gewährt wird (Bergassessor a. D. Günter Schlicht)."[1687] Insofern war seine verhaltene Kritik an den unzureichenden Maßnahmen, die bereits etabliert worden waren, verbunden mit Ansätzen der Vermittlung institutioneller Hilfestellungen vielleicht der richtige Weg gewesen: "In der Menschenführung und Menschenbehandlung sind zwar Erfahrungsansätze in vielen Zechen vorhanden. Andererseits erkennen Sachverständige an, daß man zur Lösung dieser Fragen im Bergbau 'noch sehr viel tun müsse'. Die gelegentliche Entsendung einer sehr begrenzten Anzahl leitender Direktoren, Betriebsführer, Inspektoren und Steiger zu den seit Oktober von der Kommende und dem Institut für katholische Sozialarbeit veranstalteten einschlägigen Tagungen des Bergbaues genügt keineswegs, wenn man bedenkt, daß im Kohlenbergbau etwa 16.000 Angehörige dieses Personenkreises tätig sind."[1688] Institutionell schlug Dr. Petz vor, "[g]ewisse organisatorische Maßnahmen in der Organisation des Personalwesens", vorzunehmen, wozu er auch praktische Beispiele anführte.[1689] In den Zechen selber sollten "besondere Betreuungssteiger

[1685] Ebd., S. 2f.
[1686] Ebd., S. 3. Zu Heinrich Kost siehe Evelyn Kroker: Rationalisierung und Sozialbeziehungen im Bergbau, in: Paul Erker und Toni Pierenkemper (Hg.): Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrieeliten. München 1999, S. 291-316.
[1687] Ebd., S. 3.
[1688] Ebd., S. 3.
[1689] Ebd., S. 4.

bestellt werden, die sich allen pflegerischen Maßnahmen anzunehmen hätten."[1690] Diese Betreuungssteiger könnte man speziell schulen, zum Beispiel an sozialpädagogischen Institutionen oder Wohlfahrtsschulen durch den Unternehmensverband Ruhrbergbau. Darüber hinaus schlug Petz Aussprachen und Diskussionen vor, die dem "Erfahrungsaustausch" dienen sollten. Schließlich sollten insbesondere die Führungskräfte besonders geschult werden. Er forderte: "Eine verstärkte Unterrichtung der Führungskräfte in Fragen der Menschenführung und Menschenbehandlung. Das Thema müßte ordentliches Studienfach auf den Bergakademien und ordentliches Lehrfach an den Bergschulen werden."[1691]

Für die Grubenbeamten selbst schlug Dr. Petz vor eine "'Fibel' über Menschenführung und Menschenbehandlung im Betrieb" zu entwickeln: "Dieses aus der Praxis von Betriebssteigern zu schaffende Handbüchlein sollte keine langatmigen wissenschaftlichen Abhandlungen enthalten, sondern es müßte in allgemeinverständlichen, durch Beispiele erhärteten Faustregeln den Grubenbeamten eine wirkliche Hilfe bieten. Eine solche Fibel ließe sich als Lehrstoff für den Unterricht in den Bergschulen ausgestalten. Ein unverbindlicher Vorschlag für ihren Inhalt ist beigefügt."[1692]

Darüber hinaus schlug Dr. Petz noch die Herausgabe von "Willkommensbüchlein" für die neu angelegten Bergleute vor, für die er auch Beispiele beifügte, die sich an modernen Grundsätzen der Public Relations orientierten.[1693] Die Vorzüge solcher Willkommensbücher lagen für Dr. Petz auf der Hand: "Ihrem Inhalt nach bieten solche 'Willkommensbücher' in Wort und vor allem im Bild – eine Darstellung des Unternehmens, einen Bericht über Art und Umfang der Erzeugung und nicht zuletzt einen Wegweiser durch den Betrieb. Dieser Wegweiser führt den Neuankommenden in all das ein, was für sein Arbeits- und persönliches Leben von Bedeutung ist. Er berichtet über Arbeitszeit und Arbeitsordnung, über die Werksküche und die Kantine, über die Gesundheitsfürsorge und die Betriebskrankenkasse, über Ferien- und Erholungsstätten und die Kindererholungsferien, über die beitragsfreien Werksrenten für Lohnempfänger und die Pensionskasse für Gehaltsempfänger mit Firmenzuschuss, über den Unterstützungsverein, die Jahresprämie, die Arbeitsjubiläen, den Betriebsrat u. a. m."[1694] Ausgangspunkt für die Grundsätze in einer solchen Fibel war für Petz die Kritik an einem überholten Kasernenhofton, der ihm nicht mehr zeitgemäß erschien: "Die Entwicklung brachte es mit sich, daß sich die Stellung des Vorgesetzten im Betrieb gegenüber früher wesentlich veränderte. Der sogenannte Kasernenhofton ist heute völlig unange-

[1690] Ebd., S. 4.
[1691] Ebd., S. 4.
[1692] Ebd., S. 4.
[1693] Ebd., S. 5. Ein Beispiel einer belgischen Grube in BAK B 149/6074, Brochure d'Accueil, S.A. des Charbonnages de Monceau Fontaine, o. J.
[1694] Ebd., S. 5. Beispiele, dass solche Willkommensbücher in Arbeitgeberkreisen diskutiert wurden, finden sich in 'Willkommen im Betriebe', Der Arbeitgeber, 1.6.1953, S. 462-464.

bracht."[1608] Die Autorität des Vorgesetzten sollte auf der Anerkennung durch seine Teammitglieder beruhen, dennoch atmen auch die diesbezüglichen Anregungen einen konservativen Geist: "Der Vorgesetzte freier Menschen muß sich vielmehr charakterlich durchsetzen und sich nach oben und unten als Mann bewähren. Sein Privatleben muss achtbar sein; er muß fachlich etwas können und soll sein Können auf der Höhe halten."

Eine gewisse Gleichheit der Interessen, der Arbeit nachzugehen, war für Petz Voraussetzung für die Anerkennung der Kumpel: "Jeder Kumpel geht mit derselben Absicht zur Zeche wie sein Vorgesetzter, um für sich und seine Angehörigen den Unterhalt zu erwerben. Den Bergmann in jeder Weise als Mitarbeiter anzuerkennen, sei Dir oberstes Gebot; achte seine Würde!"

Die Zusammenarbeit sollte auf der Anerkennung der Eigenarten eines jeden Teammitglieds beruhen, dadurch sollte sich der Vorgesetzte auf sein Team und dessen Mitglieder einstellen und nicht umgekehrt: "Schaffe eine Atmosphäre guter Zusammenarbeit. Jeder einzelne Mensch hat seine Eigenart, seine eigenen Interessen. Es gibt Anordnungen, die unterschiedslos gelten. Es gibt aber auch Lagen, die man der Persönlichkeit des Einzelnen anpassen muß. Die Grundzüge der menschlichen Natur lassen sich nicht ändern, wohl aber Dein Verhalten ihr gegenüber." Anordnungen sollten klar und deutlich sein und die Ziele offen legen und begründen. Dies widersprach ebenfalls einem als überholt markierten Befehlston: "Lege das Wesen des Arbeitszieles und des Arbeitsverfahrens genau klar. Es ist falsch anzunehmen, daß der andere schon Bescheid weiß über das, was Du vorzulegen hast. Es hat keinen Sinn wenn Du nur alles allein im Kopf behältst!" Änderungen im Betrieb sollten an die Mitarbeiter angepasst werden, um dem Ziel der Aktivierung der Mitarbeiter Rechnung zu tragen: "Früh genug müssen die Leute wissen, was geplant ist und wo ihr neuer Betriebspunkt liegt, wo es hingeht, wenn der jetzige verhauen ist. So entstehen Mitdenken und Interesse am Betrieb."

Der Vorgesetzte sollte Vertrauensbeziehungen zu seinen Teammitgliedern aufbauen, keine Autoritätsbeziehungen, die auf der Amtsautorität des Vorgesetzten beruhten: "Erwirb Dir das Vertrauen Deiner Untergebenen. Behandle ihre Interessen so, als ob es sich um Deine eigenen handelt. Das gegenseitige Vertrauensverhältnis wird dadurch gestärkt." Petz forderte die Beachtung grundlegender Gleichheits- und Gerechtigkeitsgrundsätze: "Behandle Deine Untergebenen gleich und gerecht. Niemals darf eine Verlegung vorgenommen werden, die nicht betriebsnotwendig ist; kleinliche Revanchen für Meinungsverschiedenhei-

[1608] BAK B 149/5746, Anlage 2 zu S. 4, Vorschlag für den Inhalt einer Fibel, die der Menschenführung und Menschenbehandlung im Betrieb dienen soll. Quellen für seinen Vorschlag waren der Vortrag 'Der Mensch im Betrieb' von Prof. Dr. Kraut, gehalten im März 1952 im Paul-Hamburg-Haus, Duisburg und die Grundsätze des DE Programms, veranstaltet vom RKW in Gemeinschaft mit der Technischen Akademie Bergisch-Land im Juli/August 1951 und schließlich Anmerkungen in der Zeitschrift Der Kumpel, Jahrgang 6, Nr. 29, 30.07.1956.

ten sind unklug." Ein weiterer wichtiger Grundsatz war es für Petz, den anderen als anderen wahrzunehmen und zu respektieren, indem er forderte, der Vorgesetzte müsse dessen Perspektive annehmen und sich in diese hineinversetzen: "Behandle Beschwerden richtig; stets 'Dampf ablassen lassen!'. Ziehe keine voreiligen Schlüsse; auf die Tatsachen kommt es an. Versuche Dir vorzustellen, wie Du unter gleichen Umständen behandelt werden möchtest. Steige in des anderen Stiefel! Lösungsversuche vorschlagen lassen." Schließlich gab Petz noch Ratschläge für den Umgang mit Lob und Tadel.[1695]

Von Friedeburgs Manuskript der Kurzfassung der Studie lag ab April 1957 vor und im Mai 1957 lag dann auch das Manuskript der Bemerkungen von Dr. Petz und die Empfehlungen im Manuskript vor. Am 22. Mai wandte sich Dr. Ullrich an Dr. Petz und versuchte noch einmal die Veröffentlichungsfrage zur Diskussion zu stellen: "Bei Durchsicht des Berichtes habe ich mir auch Gedanken darüber gemacht, ob eine Veröffentlichung in einer Sondernummer des BAB zu empfehlen ist. [...] Nach allen Erfahrungen, die wir mit der Veröffentlichung von ähnlich gearteten Forschungsarbeiten aus dem sozialpolitischen Bereich des Bergbaus gemacht haben, befürchte ich, dass der Bericht [...] die Haltung der Berufsberater [...] besonders in den bergfremden Gebieten nicht günstig beeinflussen wird." Ihm stieß auch negativ auf, dass es sich bei dem Bericht durch die Veröffentlichung im Bundesarbeitsblatt um eine quasi offizielle Veröffentlichung handelte: "Bei einer Veröffentlichung des Forschungsberichts als Sondernummer des Bundesarbeitsblatts ist meines Erachtens zu berücksichtigen, dass es sich um ein amtliches Organ handelt, dessen Leserkreis sich nicht nur auf die Bundesrepublik beschränkt." Der UVR habe an eine so breite Veröffentlichung bei seiner Zusage nicht gedacht. Dr. Ullrich stellte die Zusage dann wie folgt dar: "Im Sinne dieser Zusage [dass die Untersuchungsergebnisse nur für die interne Auswertung der beteiligten Stellen bestimmt sind], hatten Herr Florin und ich daran gedacht, diesen Forschungsbericht in einer kleinen Auflage drucken zu lassen mit der Massgabe, dass man sich zwischen dem Institut für Sozialforschung, dem Bundesarbeitsministerium, dem UVR und der IG Bergbau darüber verständigt, welcher Verteilerkreis in Frage kommt." Des Weiteren erhob Ullrich Einwände gegen die bereits anonymisierte Bezeichnung der Zechen in den Druckfahnen und schlug hier eine Änderung vor, die die räumliche Zuordnung der Zechen und damit ihre Identifizierung erschweren sollte. Von Friedeburg sprach von Ruhrgebietszechen in Essen und Gelsenkirchen, sowie von linksrheinischen Zechen.[1696]
Die Stellungnahme der Unterabteilung II a des BMA fiel relativ knapp aus und betonte die grundsätzliche Bedeutung der Publikation: "Die Kurzfassung des Forschungsberichtes

[1695] Alle vorangehenden Beispiele ebd.
[1696] IfSA A 12, Ordner 1.1, BMA, MinR Dr. Bues, an IfS, von Friedeburg, Bonn, 29.5.1957.

sowohl als auch die hieran geknüpften Bemerkungen und Empfehlungen bewegen sich durchaus im Rahmen der durch das Grundgesetz bestimmten Pressefreiheit."[1697] Das BMA hielt grundsätzlich an der Position fest, den Bericht, die Bemerkungen und die Empfehlungen zu drucken.

Von Friedeburg argumentierte, dass die Änderungen, die Dr. Ullrich vorschlug, viel zu weitgehend seien und dass die Anonymisierung bei der Vielzahl der Zechen in den benannten Orten ausreichend sei. Außerdem würden die zum Mannesmannkonzern gehörenden Essener Zechen sich daran stören, dass sie nicht mit Klarnamen bezeichnet werden.[1698] Offensichtlich gab es innerhalb des UVR und im Unternehmerlager allgemein unterschiedliche Bewertungen über den Umgang mit Public Relations-Angelegenheiten und von daher unterschiedliche Ansätze in der Öffentlichkeitsarbeit. Dies hatte sich allerdings bereits am 14. Dezember 1956 bei der Sitzung des Arbeitseinsatz- und Ausbildungsausschusses des UVR gezeigt, wo Dr. Wolfgang Schneider von Mannesmann informell erklärt habe, der Mannesmann-Konzern habe nichts gegen die Nennung seiner Zechen einzuwenden.[1699]

Am 28. Juni teilte Dr. Petz dem IfS mit, dass das Manuskript die Redaktionsbesprechung des Bundesarbeitsblattes und des BMA passiert habe. Die Kurzfassung solle unverändert in den Druck gehen. Auch die "Bemerkungen" von Dr. Petz seien akzeptiert und würden im Anschluss an den Forschungsbericht publiziert. Allerdings würden die "Empfehlungen" des Unterausschusses für sozialpolitische Fragen des BMA, die Petz verfasst hatte, nur in einem Sonderdruck veröffentlicht, der ausschließlich an fachpolitische Kreise gehe.[1700] Für die Publikation wurde der August bzw. September 1957 ins Auge gefasst.[1701]

Am 19. Juli 1957 kamen die nächsten Interventionen des UVR, diesmal gegen die "Bemerkungen" von Dr. Petz, die nach dem Willen des UVR verändert werden sollten: "Die Bemerkungen sollen bekanntlich den Zweck verfolgen, dem Laienleser ein möglichst abgerundetes Bild über die mannigfaltigen Maßnahmen zu vermitteln, die der Bergbau im Interesse einer Behebung der Fluktuation trifft. [...] Der Bergbau ist seit Jahren bemüht, dem Bergmannsberuf in der Öffentlichkeit das Ansehen zu verschaffen, das er verdient. Dies müßte nach meinem Dafürhalten auch in den Bemerkungen zum Ausdruck kommen. Man sollte sich deshalb nicht damit begnügen, nur zu dem Negativen Stellung zu nehme, das aus dem Gutachten über den Bergmannsberuf herauszulesen ist."[1702] So sollten die Bemühungen um den Wohnungsbau, die bergmännische Berufsausbildung, tarifliche Änderungen, die kultu-

[1697] BAK B 149/5746, Unterabteilung II a, Bonn den 23.5.1957, Stellungnahme zu dem Schreiben von Dr. Ing. Ullrich.
[1698] IfSA A 12, Ordner 1.1, IfS, von Friedeburg an BMA, MinR Dr. Bues, Frankfurt/Main 31.5.1957.
[1699] IfSA A 12, Ordner 1.1, Protokoll über die Sitzung des Arbeiteinsatz- und Ausbildungsausschusses des UVR im Ruhrkohlehaus in Essen, 14.12.1956.
[1700] IfSA A 12, Ordner 1.1, MinR Dr. Bues, an IfS, von Friedeburg, Bonn, 28.6.1957.
[1701] Ebd.; vgl. auch IfSA 12, Ordner 1.1., von Friedeburg an BMA, Dr. Bues, 9.7.1957.
[1702] IfSA A 12, Ordner 1.1, UVR, Dr. Ullrich, an BMA, MinDir. Dr. Petz, Essen, 19.7.1957.

rellen Bemühungen der Zechen und die Maßnahmen zur Verbesserung des Betriebsklimas Aufnahme finden. Dr. Ullrich sagte Ergänzungsformulierungen im Lauf der Woche zu. Schon wenige Tage später rief von Tippelskirch vom UVR an, diesmal mit Einwänden gegen die separat zu publizierenden Empfehlungen.[1703] Er erklärte, dass Herrn Dr. Ing. Ullrich wegen der Aufnahme von Fotos in den "Empfehlungen' Bedenken gekommen seien; man könne damit einzelne Bergwerksgesellschaften verschnupfen, wenn man sie auf Leistungen anderer Zechen hinweisen würde." Tippelskirch bat um Fahnenabzüge der Empfehlungen, damit er sie kommentieren könne. Insgesamt schien die Empfindlichkeit von Bergwerksgesellschaften sehr hoch zu sein, jedenfalls wenn man den Stellungnahmen Dr. Ullrichs Glauben schenkt.

Am selben Tag schaltete sich auch Oberregierungsrat Schnaase vom BMW, mit dem von Tippelskirch und Dr. Ullrich Kontakt aufgenommen hatten, in die Herausgabe der "Bemerkungen" und "Empfehlungen" ein.[1704]

Das Bundesarbeitsministerium betonte in diesem Gespräch, das Dr. Bues führte, seine alleinige Zuständigkeit für die Publikation, insofern waren die Anmerkungen Schnaases nur beratender Natur. Bues betonte, dass die Unterlagen, auf deren Grundlage die "Bemerkungen" entstanden seien, vom UVR und aus Besprechungen mit dem UVR und der IG Bergbau stammten, dass die "Sozialpartner" demnach mitgewirkt hätten: "Die Bemerkungen stellen ein in sich abgeschlossenes Bild über die Maßnahmen des Bergbaus dar, in welchen in objektiver Form Vor- und Nachteile des bergmännischen Berufs geschildert werden." Obwohl Oberregierungsrat Schnaase nicht zuständig war, hatte er die "Bemerkungen" gemeinsam mit Dipl. Ing. von Tippelskirch durchgearbeitet und eine Anzahl von Änderungsvorschlägen erarbeitet. Besonderes Interesse galt dem Hinweis, "daß beabsichtigt sei, Empfehlungen ergehen zu lassen, die nur einem bestimmten Interessentenkreis zugestellt werden sollen und deren Nachdruck nicht gestattet sei."[1705] Er riet weiterhin: "Es dürfte zweckmäßig erscheinen, den Entwurf der 'Empfehlungen' einer Prüfung daraufhin zu unterziehen, daß sie den leitenden Angestellten der Betriebe wertvolle Hinweise geben, andererseits aber zu Beanstandungen nicht Anlaß geben können. [...] Im übrigen dürfte es wegen des internen Charakters ratsam sein, diese nur einem recht begrenzten Interessentenkreis zugängig zu machen."

Da die Intervention des BMW nicht viel gebracht hatte, fuhr das Ministerium härtere Geschütze auf, die relativ eindeutig auf die Positionen des UVR zurückgingen. Das Ministerium

[1703] BAK B 149/5746, Unterabteilung II a – 2012.19, Bues, Vermerk, Bonn, denn 22.7.1957.
[1704] BAK B 149/5746 Unterabteilung II a 2012.19, Vermerk über eine Besprechung von ORR Schnaase vom BMW und MinRat Dr. Bues vom BMA über die Absicht des BMA das Gutachten über die Fluktuation in zusammengefasster Form im Bundesarbeitsblatt zu veröffentlichen, Bonn, 22.7.1956.
[1705] Ebd.

war der “Auffassung, daß die ‘Bemerkungen’ und ‘Empfehlungen’ zweckmäßig nicht unter gleichzeitiger Benennung des Unterausschusses für sozialpolitische Fragen herausgegeben werden [dürfen], da sich dieser Unterausschuß in seiner Sitzung vom 19. März 1957 lediglich mit der Frage des Gutachtens selbst befaßt hat. Sollte auf eine Herausgabe der ‘Bemerkungen’ und ‘Empfehlungen’ Wert gelegt werden, so könnte dies nach meiner Auffassung lediglich von dem Bundesminister für Arbeit oder von Herrn Dr. Petz persönlich ohne Bezugnahme auf den Unterausschuß für sozialpolitische Fragen erfolgen, insbesondere, weil m[eines] W[issens] von den Sozialpartnern das Fortbestehen des Unterausschusses für sozialpolitische Fragen inzwischen in Zweifel gezogen worden ist.”[1706] So weit Unterlagen vorliegen, war es lediglich die Arbeitgeberseite, die das Existieren des Ausschusses in Zweifel gezogen hatte.

Der UVR setzte seine Verzögerungstaktik auch in den folgenden Wochen fort. Wie ein Vermerk von Dr. Bues vom 8. August 1957 zeigt, konnten so Redaktionstermine nicht eingehalten werden. Tippelskirch hatte zwischenzeitlich zwar die Überarbeitung der “Bemerkungen” zugesagt, damit die Texte am 5. August an das Bundesarbeitsblatt gehen sollten. Am 8. August 1957 forderte das BMA das Referat zur Einreichung auf, worauf ein neuer Streit mit heftigem Hin und Her entfachte. Am 8. August 1957 sagte Herr von Tippelskirch eine Überarbeitung bis zum 15. des Monats. Als Bues ihm sagte, “daß die Kurzfassung des Forschungsberichts nunmehr mit einem Hinweis auf die Bemerkungen in der nächsten Ausgabe des Bundesarbeitsblatt erscheinen würden, erhob Herr von Tippelskirch plötzlich Bedenken gegen eine Veröffentlichung der Kurzfassung mindestens bezüglich der Angaben betr. die Vorgesetzten.” In der Redaktionssitzung hatten noch die “Sozialpartner” beiderseits die Druckfassung abgesegnet und als objektiv bezeichnet. Herr von Tippelskirch meinte jetzt, dass sich Herr Dr. Ullrich doch wohl nicht alles überlegt habe. Von Tippelskirch gab vor, die Reserviertheit des UVR sei auf die augenblicklichen Schwierigkeiten des Bergbaus, Arbeitskräfte zu gewinnen, zurückzuführen: “Eine Veröffentlichung der Kurzfassung der Untersuchung würde nach seiner Auffassung die augenblicklichen Schwierigkeiten ungünstig beeinflussen.” Dann führte von Tippelskirch das Argument an, alles sei bereits bekannt: “Im übrigen seien die Feststellungen der Untersuchung auch früher bekannt gewesen, so daß es einer Veröffentlichung eigentlich nicht bedürfe.” Dr. Bues entgegnete darauf, “daß das BMA mit der Untersuchung dem Bergbau doch nur dienlich sein wollte und daß doch zu fragen sei, wenn dem Bergbau die Gründe bekannt gewesen seien, weshalb er dann nicht mehr, z. B. bezüglich der Abänderung des Tons im Bergbau getan habe.” Von Tippelskirch führte weiter aus, dass er persönlich von “papiernen Empfehlungen” nicht viel halte, weil

[1706] BAK B 149/5746, BMW III A 1 12 357/57, Richter an BMA, betr. Forschungsbericht, [Juli 1957].

nach seinen Erfahrungen “der Bergbau es ablehne, wenn sich Außenstehende mit Fragen beschäftigen, die nur den Bergbau angehen würden.” Damit war die Katze aus dem Sack, denn dies war die eigentliche Motivation des UVR, Außenstehende – insbesondere der Unternehmerseite fern stehende – von den Diskussionen über den Bergbau auszuschließen. Im Ergebnis des Gesprächs verblieben Bues und von Tippelskirch so, dass von Tippelskirch den Unterzeichneten Bues noch im Laufe des Vormittags fernmündlich verständigen werde, ob die Veröffentlichung der Kurzfassung angehalten werden solle.[1707] So ging es den ganzen Tag weiter. Der UVR sagte eine Entscheidung in wenigen Stunden zu, die Schriftleitung des Bundesarbeitsblattes drängte und von Tippelskirch vertröstete das BMA von Stunde zu Stunde erneut. Das BMA hatte sich entschieden, die Entscheidung über den Andruck des Berichts und der Bemerkungen von einer Zustimmung des UVR abhängig zu machen, weil der “Bergbau voraussichtlich alle Arbeitsbeschaffungsschwierigkeiten auf das BMA abwälzen wird, falls die Veröffentlichung gegen seine ausdrückliche Zustimmung geschieht.” Bues vermutete “hinter dem plötzlichen Umschwenken des Vertreters des Unternehmensverbandes in der Frage der Veröffentlichung ein Einwirken von ORR Schnaase vom Bundesministerium für Wirtschaft, denn Herr von Tippelskirch bediente sich in der fernmündlichen Unterredung seiner Argumente.” Nachdem die Entscheidung mehrfach verschoben worden war, war von Tippelskirch um 15 Uhr 45 gar nicht mehr zu erreichen und meldete sich um 16 Uhr mit der Bitte, “es doch so einzurichten, daß die Kurzfassung mit den Bemerkungen gemeinsam veröffentlicht würde.” Jetzt ging es noch einmal um eine weitere Zusammenkunft mit von Friedeburg. Der Unternehmensverband wolle sich noch mit Herrn Dr. von Friedeburg “wegen einer kleinen Änderung in Verbindung setzen und er hoffe, die diesbezüglichen Wünsche mit den sieben in Aussicht gestellten Ergänzungsformulierungen zu den ‘Bemerkungen’ bis Ende August ds. Js. dem BMA zuleiten zu können”. Um 16 Uhr 30 rief von Friedeburg und erkundigte sich nach dem Sachstand, weil ihn Herr von Tippelskirch inzwischen angerufen hatte.” Bues informierte von Friedeburg, worauf Herr Dr. von Friedeburg erklärte, “daß er das Vorgehen des Unternehmensverbandes als Pression auffassen und er nicht daran denken würde, seinen objektiven Bericht den Wünschen des Unternehmensverbandes entsprechend zu ändern, zumal Herr Dr. Ullrich – wie ihm bekannt sei – in der Redaktionssitzung ausdrücklich die Kurzfassung gebilligt habe. Dieser Billigung hatten sich Bergwerksdirektor Florin und Herr Kadow von der IG Bergbau angeschlossen.” Von Friedeburgs Geduld schien an ihr Ende zu gelangen, denn er wies darauf hin, “daß der Unternehmensverband seit zwei Jahren immer wieder die Auswertung der Untersuchung verschleppe.”

1707

In seiner internen Aktennotiz wurde von Friedeburg noch deutlicher. Er bekundete, dass der Unternehmensverband seine alte Verzögerungstaktik fortsetze und den Erscheinungstermin immer weiter verschiebe. Kernpunkt der Aufregung des UVR sei die Behandlung des Vorgesetztenproblems gewesen: "Wörtlich hatte Herr von Tippelskirch erklärt, dass die Darstellung des Vorgesetztenproblems zu einer Abschreckung potentieller Untertagearbeiter führen würde, wofür das Bundesministerium für Arbeit dann die Verantwortung übernehmen müsse."[1708] Von Friedeburg wies Dr. Bues ausdrücklich darauf hin, dass es sich "um eine massive Pression eines Interessenverbandes auf das Ministerium und die Forschung handele", was dieser zwar bejahte, aber keine Handhabe dagegen sah. Bues wies auf die Arbeitsmarktlage hin: Die Fluktuation steige und bei der annähernden Vollbeschäftigung sei es schwer, Arbeitskräfte für den Bergbau zu bekommen. Auch auf von Friedeburgs Einwand, dass das Bundesarbeitsblatt ja nicht von zukünftigen Bergarbeitern gelesen werde, sondern von den Stellen gelesen werde, "die an den Dingen etwas ändern müssten" stimmte Bues zu. Die zweite Verzögerungstaktik, die die "Bemerkungen" und "Empfehlungen" betraf, erklärte Bues der Aktennotiz zufolge, nicht entsprechen zu wollen, da der UVR und die IG Bergbau diesen ja in der Redaktionssitzung zugestimmt hätten.[1709] Dr. Bues beschwor von Friedeburg, sich auf keine weiteren Besprechungen mit dem UVR einzulassen, was von Friedeburg auch an das BMA schrieb.[1710] Je nachdem wie der Stand der Dinge Ende August sei, müsse man sich erneut beraten.

Dr. Petz beharrte bezüglich der Bemerkungen auf seiner Autorisierung durch den Ausschuss für sozialpolitische Fragen, denn er persönlich fühlte sich nicht "legitimiert" dies zu tun, würde das Bundesarbeitsministerium diese herausgeben, hätte er persönlich zwar keine Bedenken, fürchtete aber den Kompetenzstreit mit dem Bundeswirtschaftsministerium.[1711]

Am 23. September 1957 folgte dann doch noch eine Besprechung von Friedeburgs mit Dr. Ullrich, in der dieser die nachträglich erhobenen Kritikpunkte, die auf eine interne Intervention des UVR-Vorstandsmitglieds Bergassessor a. D. Janus zurückging. Dabei zeigte sich, dass Dr. Ullrich die nachträglichen Einwände zwischenzeitlich einigermaßen unangenehm waren, da er sich bezüglich des Textes, vielleicht auch auf Grund der Reaktion des Bundesarbeitsministeriums, in der Pflicht sah, da er ihnen einmal zugestimmt hatte. In der Sitzung wurden die Einwände von Janus durch Dr. Ullrich vorgetragen, aber bis auf kleinere kosmetische Änderungen von von Friedeburg abgelehnt. Dr. Ullrich vertrat mehrfach die Auffassung, "dass in dem Bericht, nachdem er bereits der IG Bergbau und der Bundesanstalt vorläge, nun nichts Wesentliches mehr geändert werden könne, ohne nicht den Eindruck zu

[1708] IfSA A 12, Aktennotiz, von Friedeburg zum Telefongespräch mit Dr. Bues, BMA, 8.8.1957.
[1709] Vgl. ebd.
[1710] BAK B 149/5746, IfS, von Friedeburg an BMA, Frankfurt/Main 8.8.1956, Betr. Forschungsbericht des IfS.
[1711] BAK B 149/5746, Petz an Dr Bues, Graz, den 9.8.1957.

erwecken, als habe der UVR unzulässigen Druck auf ein wissenschaftliches Institut ausgeübt." Wörtlich sagte er: "Was soll man denn da noch von der Wissenschaft halten!" Dennoch versuchte er im Einzelnen über den Text zu verhandeln, was aber an von Friedeburgs Hartnäckigkeit scheiterte.

Nach diesem Gespräch war davon auszugehen, dass die Sache jetzt ihren normalen Gang gehe, aber im Oktober zum vereinbarten Redaktionsschluss erhob der UVR wiederum eilige Einsprüche gegen die "Bemerkungen". Am 17. Oktober 1957 wollte Dr. Ullrich die Veröffentlichung der Bemerkungen wieder soweit zurückgestellt sehen, bis die geänderte Fassung, die um die Ergänzungen des UVR erweitert worden war, nochmals durch die Bergassessoren Janus und Florin gebilligt worden sei.[1712] Ullrich hatte die Überarbeitung der bereits ein viertel Jahr vorher angekündigten Fassung schließlich für den 21.10.1957 zugesagt. Als jedoch Ministerialrat Bues am Montag, den 21.10.1957 in Essen nachhörte, war Ullrich wieder nicht zu erreichen und Herr von Tippelskirch sah sich außerstande, die Änderungen mit den Bergassessoren Florin und Janus durchzusprechen. Bues gab "Herrn von Tippelskirch unmissverständlich zu verstehen, daß hier der Eindruck bestehen würde, als ob der Unternehmensverband durch das immer wieder Hinausschieben der Erfüllung seines Versprechens vom 19.7. ds. Js., die Veröffentlichung des Fluktuationsgutachtens zu unterbinden versuche. Der Unternehmensverband müsse nunmehr damit rechnen, daß die Kurzfassung zunächst ohne 'Bemerkungen' erscheinen würde. Die Veröffentlichung sei in der ersten November-Ausgabe [..] vorgesehen. Hiergegen wandte Herr von Tippelskirch ein, daß die Formulierung der Ergänzungen deswegen so schwierig sei [...], weil hierbei auch das Klima wegen der Kohlenpreiserhöhung berücksichtigt werden müßte. Deshalb sei es vom Standpunkt des Unternehmensverbandes nicht zu billigen, wenn das Fluktuationsgutachten zunächst allein mit dem Hinweis veröffentlicht würde, daß die 'Bemerkungen' hierzu in der nächsten Ausgabe erscheinen würden."[1713]

Ein Teil der überarbeiteten Bemerkungen ging dann auch mit Schreiben vom 23.10.1957 beim UVR heraus, mit der Zusage den Rest die "Empfehlungen" betreffend bis zum 25.10.1957 zu übersenden, allerdings wurde der Rest erst mit Schreiben vom 5.11.1957 versandt.

Der Forschungsbericht und die "Bemerkungen" erschienen noch in der Novemberausgabe des Bundesarbeitsblattes.[1714] Nach kürzerem Hin und Her erschienen auch die Empfehlun-

[1712] BAK B 149/5746, ruhrbergbau esn an bundesarbeit bn, herrn ministerialrat dr. bues bundesministerium für arbeit [Fernschreiben], 17.10.1957.

[1713] BAK B 149/5746, II a 1, Bues, Vermerk Fluktuation im Steinkohlenbergbau, Bonn, den 22.10.1957.

[1714] Ludwig von Friedeburg: Zur Fluktuation im Steinkohlenbergbau. Ergebnisse einer industriesoziologischen Untersuchung des Instituts für Sozialforschung über die Gründe der Fluktuationsdifferenzen bei sechs Zechen im Ruhrbezirk, in: Bundesarbeitsblatt 8, 1957, S. 705-721; Ministerialdirektor Dr. Petz, BMA, Vorsitzender des Ausschusses für sozialpolitische Fragen im Kohlenbergbau: Die subjektiven und objektiven Abkehrgründe im

gen.[1715]

Überschlagen wurden 5.000 Sonderdrucke versandt, darunter waren einige Bergwerksgesellschaften, die größere Stückzahlen bestellten. Ansonsten gingen die Druckschriften an wissenschaftliche Experten, Personalexperten, Betriebspsychologen, evangelische und katholische Akademien, die Hohe Behörde der EGKS sowie an die Arbeitsdirektoren der einzelnen Bergwerksgesellschaften versandt.[1716]

Die Empfehlungen wurden auch in Ausschüssen des Kohlenbergbaus diskutiert – auf Anregung der Gewerkschaften: "Der sozialpolitische, paritätisch besetzte Ausschuss für den Kohlenbergbau hat in seiner gestrigen Sitzung [am 13. März 1958] auf Anfrage von Herrn Kadow auch die Frage der 'Empfehlungen' behandelt. Es ist mit Zustimmung der Vertreter der IG Bergbau beschlossen worden, daß die Auswertung der 'Empfehlungen' auf der nächsten Sitzung in der 2. Hälfte Mai dieses paritätischen Ausschusses behandelt werden soll. Ich habe aber dringend gebeten, daß der Unternehmensverband die 'Empfehlungen' an die Bergwerksgesellschaften weitergibt, damit der Eindruck vermieden werde, als ob der Unternehmensverband gegen die 'Empfehlungen' Bedenken habe. Dr. Ullrich hat mir zugesagt, daß er die 'Empfehlungen' sofort weitergeben wolle und zusätzliche 500 Stück verbindlich bestellt."[1717]

Im Juli 1958 berichtete Ministerialrat Dr. Bues, dass Otto Neuloh von der SFSt von Arbeitsdirektor Dr. Jung den Auftrag erhalten habe, bei 177 Führungskräften, die die Empfehlungen erhalten haben, eine Evaluationsstudie vorzunehmen. Bues regte an, dass Neuloh eine Vergleichsuntersuchung bei den Führungskräften des Eschweiler Bergwerksvereins anstelle.[1718]

Im Sommer 1958 stellte sich heraus, dass der größere Posten an Sonderdrucken, den der UVR zur Verfügung gestellt bekommen hatte, immer noch nicht an die Bergwerksgesell-

---

Kohlenbergbau. Bemerkungen zu der industriesoziologischen Untersuchung des Instituts für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe Universität in Frankfurt am Main, in: ebd., S. 721-734.

[1715] Fluktuation im Steinkohlenbergbau! Was kann noch dagegen geschehen? Empfehlungen zu den Ergebnissen einer industriesoziologischen Untersuchung des Instituts für Sozialforschung über die Gründe der Fluktuationsdifferenzen bei sechs Zechen im Ruhrbezirk [...] nach Erörterung im Ausschuss für sozialpolitische Fragen im Kohlenbergbau, zusammengestellt von dem Vorsitzer dieses Ausschusses, Ministerialdirektor Dr. Petz, Bonn [1957].

[1716] Siehe dazu die Adressenlisten und den Schriftverkehr in BAK B 149/5745, BMAS II a 1, -2012.19, Bonn, den 22.11.1957, Ref. MinRat Dr. Bues, Der Vorsitzende des Unterausschusses für sozialpolitische Fragen des Arbeitskreises "Produktivitätssteigerungen im Kohlenbergbau", Betr. Fluktuation im Steinkohlenbergbau, hier: Ergebnis einer industriesoziologischen Untersuchung. Einzelne Dankesschreiben mit Rückmeldungen sind in der Akte enthalten, wie zum Beispiel das Schreiben von Günter Schlicht *BAK B 149/5745,* Günter Schlicht von der Dt. Erdöl AG Hamburg 4.12.1957, sandte seinen Aufsatz und bat um zwei weitere Exemplare der Empfehlungen, Günter Schlicht, Die soziale Verantwortung des Unternehmertums, Erdöl und Kohle, 10, 1957, 562-567, die Exemplare der Empfehlungen habe er an unser Steinkohlenbergwerk Graf Bismarck zur Beachtung weitergegeben. 12.12.1957.

[1717] BAK B 149/5745, [BMAS] Leiter der Abteilung II, Petz, an MinRat Dr. Bues, Vermerk, Bonn, 14.3.1958.

[1718] BAK B 149/5745, [BMAS] D II a, MinRat Dr. Bues, Bonn, den 2.7.1958; ebd., BAK B 149/5745, SFSt, Neuloh an BMA, MinDir Dr. Petz, Dortmund, 21.6.1958; ebd. BAK B 149/5745, Privatdienstschreiben des Herrn MinDir Dr. Petz an Herrn Dr. Neuloh SFSt, Bonn den 25.6.1958.

schaften verteilt war und dass Ullrich seine Verschleppungstaktik auch auf dieser Ebene weiter verfolgte.[1719] Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS) beschloss darauf in Kooperation mit Arbeitsdirektor Dr. Jung und Dr. Neuloh einen Weg zu sondieren, ob der Versand nicht über das Ministerium an die Arbeitsdirektoren erfolgen sollte, die, wie bekannt geworden war, ein gewisses Interesse an den Empfehlungen zeigten.

Auf den qualitativen Fragebogen, den Neuloh versandte, antworteten von 172 Befragten nur 22. Vertreten waren unter den Antwortenden überproportional die Angehörigen der höheren Leitungsebene, wie Betriebsführer, leidende Praktiker aus den Schachtanlagen der Hibernia AG, nur vier Steiger antworteten. Die Verteilung war wie folgt:

9 Betriebsführer Obersteiger, leitende Praktiker aus insgesamt 11 Schachtanlagen
4 Bergwerksdirektoren
4 Steiger
3 Ingenieure
2 technische Angestellte[1720]

Dr. Neuloh schilderte die wichtigsten Punkte des Ergebnisses der Umfrage. Die Empfehlungen von Ministerialdirektor Dr. Petz wurden für 'äußerst wichtig', 'sehr positiv', 'sachlich' und 'prägnant' gehalten. Als Kernergebnis der Befragung hielt Neuloh fest, dass die Beziehungen von Mensch zu Mensch im Betrieb nach den Bemühungen um den Werkswohnungsbau an zweiter Stelle der Bemühungen stehen sollten, so dass man das Agendasetting mittels der Broschüre wenigstens was diese kleine Stichprobe betraf als erfolgreich betrachten konnte. "Über den Ausbau des psychologischen Dienstes in den Bergwerksgesellschaften teilen sich die Meinungen, die Hälfte der Befragten ist dafür, die andere dagegen. Die letzteren meinen, man komme mit praktischen Faustregeln aus." Auch praktische Handreichungen würden die Befragten eher begrüßen, wie zum Beispiel die "Einführung eines Leitfadens über Menschenführung und Menschenbehandlung im Betrieb". Vor diesem Hintergrund verwundert auch die hohe Zustimmung zur Einführung eines Lehrfachs "Menschenbehandlung und Menschenführung" an den Bergakademien und -Vorschulen. Ende Juli 1957 wurde der Versand der Empfehlungen an die Arbeitsdirektoren in die Wege geleitet.[1721] In Reaktion auf diese Aktion legte auch der UVR nach und sandte den Vorständen der Mitgliedsgesellschaften eine Information über die Empfehlungen mit der Bitte um Bestellungen und um Stellungnahmen gegenüber der *Kommission für soziale Aufgaben im Steinkohlenbergbau* des UVR zu. Dort sollten die Empfehlungen verbandsintern erörtert

[1719] BAK B 149/5745, [BMAS] D II a, MinRat Dr. Bues an Herrn MinDirek. Dr. Petz, Bonn, den 18.7.1958.
[1720] BAK B 149/5745, [BMAS], II a 1 – 2012.19, Ref. MR Dr. Bues, Vermerk Betr. Befragung des Führungspersonals der Bergwerksgesellschaft Hibernia zum Thema "Fluktuation im Steinkohlenbergbau" [o.O., o. D.].
[1721] BAK B 149/5745, BMA, II a 1, Bues, Vermerk 29.7.1957.

werden.[1722]

Die Punkte decken sich mit den in der Vorbereitung durch Dr. Petz angeschnittenen Fragenkomplexe und Anregungen.[1723] Auch Dr. Petz schlug den Ausbau des psychologischen Dienstes zur Förderung der Beziehungen von Mensch zu Mensch, die Bestellung von Betreuungssteigern sowie die Einrichtung besonderer Lehrgänge für sie zur Förderung ihrer Betreuungsaufgaben und die Einführung des Lehrfaches 'Menschenbehandlung und Menschenführung' an Bergakademien und Bergschulen vor. Auf der Grundlage praktischer Empfehlungen sollte eine Fibel über moderne Führungsstile erarbeitet werden. Als Beispiel für moderne Verfahren schwebten Dr. Petz solche Maßnahmen wie die Bildung eines Arbeitskreises aus allen Belegschaftssparten, "dessen Aufgabe es ist, sich mit allen in den Empfehlungen angeschnittenen Problemen zu beschäftigen, um ihre Lösung innerhalb des Bergbaus zu versuchen", wie sie durch Arbeitsdirektor Triem beim Eschweiler Bergwerksverein angegangen worden sei.

An diesem konkreten Fall lässt sich zeigen, wie der Arbeitsdirektor des Eschweiler Bergwerksvereins, einer großen Steinkohlengrube im Aachener Raum, die Ergebnisse der Studie und der an sie anknüpfenden Empfehlungen zum Anlass und zur Legitimation der Einrichtung eines betriebspsychologischen Dienstes nahm. Dieser verlegte bereits in den ersten Jahren seines Bestehens den Schwerpunkt seiner Tätigkeit auf die Auswahl des Führungskräftenachwuchses insbesondere für die Steiger, um, so ist zu vermuten, den autoritären Umgangston und den Grubenmilitarismus durch qualifizierteres und geeignetes Leitungspersonal abzuschwächen und zu bekämpfen.[1724] Der aus dem Herwigschen Forfa-Institut stammende Betriebspsychologe Marschner entfaltete im Eschweiler Bergwerksverein die ganze Palette betriebspsychologischer Expertise vom Intelligenztest bis zu Testverfahren zur Bewertung von mittleren Führungskräften.[1725] Das Forfa-Institut war eine Neugründung in der Nachkriegszeit und bemühte sich um die Vermittlung aktuellen betriebspsychologischen Wissens, vor allem mittels der an Praktiker gerichteten Zeitschrift *Forfa-Briefe*. Es vermittelte auch neuere Gruppentechniken an die Praktiker in Industrie und Gewerbe.[1726]

[1722] BAK B 149/5745, UVR, v. Tippelskirch Janus An die Vorstände der Mitgliedsgesellschaften, Betr. Fluktuation im Steinkohlenbergbau, hier: Empfehlungen von Herr Mindere Dr. Petz.
[1723] BAK B 149/5745, [BMA] D II a, Vorschlag für die Durchführung der Besprechung am 30. ds. MTS. mit den Herren Direktor Jung [...] und Dr. Neuloh, Bonn den 24.7.1958
[1724] G[ünter] Marschner: Auswahl des Steigernachwuchses. Organisation, Methoden und Bewährungskontrollen der innerbetrieblichen Auswahl von Führungskräften der unteren Stufe in eiem Unternehmen des Steinkohlenbergbaus, in: Psychologie und Praxis 8, 1964, S. 48-65.
[1725] G[ünter] Marschner: Betriebspsychologische Erfahrungen mit dem IST-Amthauer bei Auswahluntersuchungen, in: Psychologie und Praxis 10, 1966, S. 145-153; ders.: Betriebspsychologische Erfahrungen mit den Zusammenhangs-Koeffzienten nach Kendall, in: Psychologie und Praxis 13, 1969, S. 32-40; ders.: Auswahluntersuchungen bei Führungsnachwuchskräften, in: Psychologie und Praxis 16, 1972, S. 116-127.
[1726] Vgl. Rosenberger: Experten für Humankapital.

5.7. Fazit

Zwischen dem Bundesarbeitsministerium und dem IfS bildete sich eine Diskurskoalition, die entscheidende Mitglieder der Ministerialbürokratie unter den Experten für Kohlenbergbau umfasste. Zunächst wäre da Ministerialrat Dr. Bues zu nennen, der früh die Aufmerksamkeit der Ministerialbürokratie auf soziale Fragen des Kohlenbergbaus lenkte. Sein Vorgesetzter, Ministerialdirektor Dr. Petz, war Vorsitzender des Ausschusses für soziale Fragen im Arbeitskreis Produktionssteigerung im Kohlenbergbau, der "sozialpartnerschaftlich" besetzt war. Schließlich ist Oberregierungsrat Dr. Theodor Scharmann zu nennen, der als Sozialpsychologe und wissenschaftlicher Experte seit Beginn der fünfziger Jahre im Bundesministerium für Arbeit tätig war. Er war es, der nach den ersten Ideen von Ministerialrat Dr. Bues die sozialwissenschaftliche Erforschung des Themas vorantrieb. Scharmann war ein ausgewiesener Experte auf dem Gebiet der Sozialpsychologie und hatte als Leiter des Prüfungsbüros des bizonalen Wirtschaftsamts auf einer Studienreise in die USA, die die mit amerikanischer Unterstützung gegründete Deutsche Gesellschaft für Personalwesen veranstaltete, sozialpsychologische Methoden vertieft studiert. Scharmanns und Dr. Bues' Vorstellung zufolge sollte das Problem den Sozialpartnern, vertreten durch den Unternehmensverband Ruhrbergbau und die Industriegewerkschaft Bergbau, bewusst gemacht werden, indem es im Rahmen des Ausschusses für sozialpolitische Fragen im Kohlenbergbau beim BMA beraten werden sollte. Ein Ziel war die Erarbeitung gemeinsamer "Empfehlungen", die sich an die Mitgliedsbetriebe des Unternehmensverbandes im Steinkohlenbergbau richten sollten. Dafür bedurfte es einer sicheren Datengrundlage.

Schnell zeigte sich, dass die entwickelte Sozialstatistik der Unternehmen und des Unternehmensverbands wie auch der *Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung* (BAVAV) keine Daten zur Beurteilung der Fluktuationsmotive und -ursachen liefern konnten, die man in der Arbeitsverwaltung im Bereich innerbetrieblicher Arbeitsbedingungen und -verhältnisse vermutete. Im Ministerium waren die Interessen an einer Erforschung subjektiver Motive und Abkehrgründe aufgrund der sozialpsychologischen Expertise Scharmanns weiter gereift. Daher fanden auch die ersten Projektexposés der Sozialforschungsstelle Dortmund nicht das Gefallen des Ministeriums. Bezeichnenderweise legte die *Sozialforschungsstelle Dortmund* ein Exposé vor, das eine technokratisch orientierte Totalerfassung aller abgekehrten Bergleute vorsah. Das Exposé versprach der Arbeitsverwaltung und den Unternehmen sozialtechnische Eingriffe zu ermöglichen, für die es zweckmäßige Kategorisierungen und Stigmatisierungen all derjenigen "Arbeitertypen" liefern wollte, die nicht mehr vermittelt werden sollten. So wie die Sozialforschungsstelle das Forschungsprojekt konzipierte, sprach es im gewissen Sinne noch die Sprache nationalsozialistischer

Menschenökonomie. Diesen sozialutopischen Entwurf verwarf man im Ministerium jedoch ebenso schnell wie das Datenmaterial aus der internen Statistik der BAVAV. Letztlich entschied sich das Bundesarbeitsministerium, ermuntert vom Unternehmensverband Ruhrbergbau, unter dem Einfluss des einschlägigen Erfolgs der "Betriebsklimastudie", die das IfS in Frankfurt im Auftrag des Mannesmann-Vorstands 1954/55 zu dieser Zeit anfertigte, dafür das Frankfurter Institut mit der Untersuchung der "subjektiven und objektiven Abkehrgründe aus den Zechen des Steinkohlenbergbaus" zu betrauen.

Das Ministerium wollte aber nicht in Oberhoheit alleine ein Forschungsprojekt auf den Steinkohlezechen durchführen. Vielmehr legte es Wert auf die direkte Partizipation der "Sozialpartner". Dadurch dass Konstruktion, Erhebung und die Schritte zur Auswertung in enger Kooperation mit den Sozialpartnern und in Konsultation des Ausschusses geschahen, konnte ein intensiver Kommunikationsprozess über dieses Sachthema angestoßen werden, in dessen Verlauf sowohl die Studie, insbesondere die Ergebnisse zum Verhältnis von Arbeitern und Vorgesetzten, also letztlich die Arbeits- und Autoritätsverhältnisse, die Arbeits- und Sozialbedingungen, die von den Auftraggebern als kausal für die hohe Fluktuationsrate angesehen wurden, breit diskutiert wurden. Indem die Ergebnisse sowohl mit dem Unternehmensverband Ruhrbergbau, als auch den Gewerkschaften im Ausschuss des Bundesarbeitsministeriums beraten wurden, bevor sie im Bundesarbeitsblatt publiziert worden waren, wie auch die "nichtöffentlichen" Empfehlungen des Ausschusses unter den gewerkschaftsnahen Arbeitsdirektoren im Steinkohlenbergbau in hoher Auflage in Umlauf gebracht wurde. Interessanterweise rief diese "sozialpartnerschaftliche" Initiative des Ministeriums den Widerstand des UVR hervor. Der Unternehmensverband konnte sich mit der Beratung interner Sachverhalte mit den Gewerkschaften unter der Leitung des Bundesarbeitsministeriums nicht anfreunden und verzögerte und hintertrieb das Forschungsprojekt, wo es nur ging. Die Unternehmensseite war allerdings nicht einig in diesem ablehnenden Stil. Mit der Mannesmann AG und den Essener Steinkohlenbergwerken mit den Zechen 3/4, Unser Fritz und Königin Elisabeth war eine Akteursgruppe vertreten, die eine andere Öffentlichkeitsarbeit anstrebte und die dem verwissenschaftlichten Argument mehr Glauben schenkte als der Unternehmensverband. Auch auf Seiten der Arbeitsdirektoren gab es mehr Offenheit wie die Beispiele des Arbeitsdirektors Bernhard Jung von der Hibernia AG und des Arbeitsdirektors der Eschweiler Bergwerke, Triem, zeigen. Gerade am letzten Beispiel lässt sich zeigen, dass dieser die Studie aufgriff, um modernisierende personalpolitische Entscheidungen und Maßnahmen zu untermauern.

Insgesamt lässt sich festhalten:

1. Für die Wirkung des in der sozialwissenschaftlichen Studie entfalteten Deutungsangebots waren verschiedene Rahmenbedingungen förderlich. Erstens hatte die Montanmitbestim-

mung das institutionelle Gewicht und die Macht der Gewerkschaft durch die Institution des Arbeitsdirektors in den Vorständen der Montanunternehmen entscheidend gestärkt. Zweitens nahmen gewerkschaftliche Experten sozialwissenschaftliche Arbeit wahr und auch ernst. Es sei hier nur auf die Studien des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB in Köln der Gruppe Pirker, Lutz, Braun, Hammelrath verwiesen.

2. Das sozialpartnerschaftliche Leitbild, das der Einrichtung des *Ausschusses für sozialpolitische Fragen im Kohlenbergbau* beim Bundesarbeitsministerium zugrunde lag, machte diesen zu einem Instrument der Befassung und Kommunikation der Untersuchungsergebnisse und verlieh so der Expertise ein zusätzliches institutionelles Gewicht, welches auch von den Sozialpartnern so aufgefasst wurde. Was die Sozialpartner verhandelten, war nicht bloßes Papier. Einmal befasst und behandelt, konnten sich die Gewerkschaften zu stark auf die Studie berufen, so befürchtete die Unternehmerseite. Nur so lässt sich die Sperre des UVR gegen die Publikation der Forschungsergebnisse richtig verstehen. Aus Sicht des UVR war es gerade das institutionelle Gewicht, dass die Studie besaß, das ihre Behandlung so schwierig machte.

3. Für die konkrete Wirkung war schließlich eine Diskurskoalition, die sich aus Sozialpsychologen und aufgeschlossenen Beamten im BMA, aus Sozialwissenschaftlern und Arbeitsdirektoren und Gewerkschaftern zusammensetzte, von entscheidender Bedeutung, insofern sie es erlaubte, den Sachverhalt mit einer durch die sozialwissenschaftliche Erhebung objektivierten Deutung auf die Tagesordnung zu bringen.

4. Fest steht aber auch, dass das IfS in diesem Fall wie in anderen Fällen auch den guten Beziehungen zum Ministerium zum Trotz schnell an die Grenzen seiner Wirksamkeit geriet. Über allgemeine anerkennende Worte hinaus hatte der UVR nicht viel für die Studie übrig. Hier wie in anderen Fällen scheiterte das Institut in dessen Bestreben, den umfangreichen Forschungsbericht angemessen in der eigenen Reihe zu publizieren. Die institutionelle Macht des UVR stand dem entgegen und auch das Interesse der beteiligten Ministerialbürokratie reichte nicht weit genug, um den ambitionierten Publikationsplänen zum Durchbruch zu verhelfen. So musste sich das Institut mit der Publikation innerhalb des in wissenschaftlichen Fachkreisen nicht besonders renommierten Bundesarbeitsblatts in einer stark gekürzten Fassung zufrieden geben.

Es stellt sich zum Abschluss die Frage, wieso das Bundesarbeitsministerium den eingeschlagenen Pfad nicht weiterverfolgte. Immerhin hatte es eine Menge Arbeit in dieses Forschungsprojekt gesteckt und war seinen Zielen, die Führungsstile im Bergbau zu diskutieren, um einiges näher gekommen. Viele Jahre später findet sich eine Aktennotiz in der Akte, die erklärt, warum Dr. Petz die Sache der Fluktuation und ihrer Ursachen nach den Empfehlungen nicht so kontinuierlich weiter verfolgt hat, wie in der Mitte der 1950er Jahre.

“Herr Ministerialdirektor Dr. Petz hatte anläßlich einer Rücksprache entschieden, daß während der Kohlekrise die Angelegenheit nicht weiter verfolgt werden solle. Da ein Ende der Schwierigkeiten im Steinkohlenbergbau nicht abzusehen ist, empfiehlt es sich, den Vorgang als erledigt zu betrachten.”[1727] Doch nicht nur das Arbeitsministerium hatte begonnen sich mit dem Problem der Fluktuation zu beschäftigen. In den frühen 1960ern arbeitete das SPD- und gewerkschaftsnahe Institut INFAS, das durch Klaus Liepelt geleitet wurde, an einer Fluktuationsstudie im Auftrag des Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft (RKW). Auch das RKW war “sozialpartnerschaftlich” organisiert. Vielleicht war es der geeignetere Rahmen, die Forschung zum Thema weiter zu treiben. Kontinuität bewies das RKW in der Beauftragung von INFAS, insofern an der demoskopischen Methode festgehalten wurde. Interessanterweise war Klaus Liepelt übrigens ein Mitglied der Forschergruppe gewesen, die am IfS das Fluktuationsproblem unter der Leitung von Ludwig von Friedeburg untersuchte, gewesen.

[1727] BAK B 149/5745.

6. Ausblick

Ende der fünfziger Jahre dokumentieren zwei Umfragen den mittlerweile gestiegenen Standard der Umfrageforschung im Frankfurter Institut für Sozialforschung. Diese Umfragen reihen sich in eine Reihe von sogenannten „Quickies", schnell absolvierten Meinungsumfragen, die die Frankfurter Forscherinnen und Forscher durch speziell geschulte Studierende statt durch die geschulten Umfrager des Deutschen Instituts für Volksumfragen (DIVO) durchführen ließ, hinterher aber zum Teil mit Umfrageergebnissen aus diesem Umfrageinstitut und anderen Meinungsforschungsinstituten abglich.

Zu betonen ist bei diesen Umfragen, dass das Frankfurter Institut hierbei auf die aufwendigen Gruppendiskussionen verzichtete, jedoch nicht auf die qualitative Interpretation des Umfragematerials. Die InterviewerInnen waren angewiesen, auch freie Antworten sowie spontane Äußerungen der Interviewees exakt zu protokollieren. Diese wurden hinterher inhaltsanalytisch gekodet und interpretativ und quantitativ analysiert und zur Typen- und Gruppenbildung innerhalb der Interviewees auf der Grundlage der qualitativen Beobachtungen der Interviewerinnen und Interviewer kategorisiert.

Nachdem an Weihnachten 1959 die Kölner Synagoge geschändet worden war und eine Welle antisemitischer Propagandadelikte, die in erster Linie gegen die jüdischen Gemeinden in der jungen Bundesrepublik gerichtet waren, die Republik überzogen hatte, wovon auch die Frankfurter Jüdische Gemeinde betroffen war, entschied sich das Institut, einen dieser „Quickies" zur antisemitischen Schmierwelle durchzuführen. Das Frankfurter Institut reagierte damit unmittelbar auf die Schändung der Kölner Synagoge in der Nacht vom 24. auf den 25. Dezember 1959 und die danach um sich greifende antisemitische Welle in Deutschland, bei der auch in der Nacht zum Sonntag, den 10. Januar 1960 erste Ausschreitungen in Frankfurt zu verzeichnen waren. Von Interesse sind die Ergebnisse, weil in dieser Studie auch eine an die deutschen Verhältnisse angepasste Version der f-scale erprobt wurde. Peter Schönbach, der zu diesem Thema auch Seminare am Institut durchführte, leitete die Studie über *Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/60*.[1728]

[1728] Peter Schönbach: Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960. Frankfurt/Main 1961 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; Sonderheft 3).

Die Frankfurter Sozialforscher klassifizierten die Interviewees in vier Gruppen: Eine erste Gruppe umfasste die „entschiedene, eindeutige und lebhafte Ablehnung antisemitischer Einstellungen oder Handlungen“, eine zweite die „Distanzierung von antisemitischen Einstellungen oder Handlungen ohne besonderen Nachdruck“, eine dritte umfasste diejenigen, die „keine erkennbare Reaktion für oder gegen antisemitische Einstellungen“ zeigten und schließlich die vierte Gruppe diejenigen, die „Sympathie für antisemitische Einstellungen“ zeigten.[1729] Diese vierte Gruppe differenzierten die Frankfurter Forscherinnen und Forscher in diejenigen, welche eine „ausgesprochen ambivalente Einstellung“ zeigten, in diejenigen, welche eine „zögernde, partielle, verschleierte Zustimmung“ zeigten, in diejenigen, welche „offene, radikale, rabiate Zustimmung“ äußerten. Letztlich erwies sich diese differenzierte Einteilung wegen zu geringer Fallzahlen als wenig stichhaltig, weswegen sie aufgegeben wurde. Klassifiziert wurden nach diesem Schema eindeutige Aussagen, wie „[d]a sind die Juden selbst dran schuld. […] Man sollte die Juden in ein einziges Land stecken und sie nicht in der Welt herumstreifen lassen. Damit allein könnte man solche Vorfälle vermeiden“ klassifiziert.[1730] Im Anhang der Studie sind mehrere Seiten von qualitativen Interviewaussagen dokumentiert, die die Varianz der Aussagen, aber auch die Virulenz antisemitischer Deutungsmuster belegen und im Unterschied zu anderen Umfragestudien auch offenlegen.[1731]

Im Einzelnen nimmt die Studie Einstellungen der Interviewees zur Todesstrafe und zur Forderung nach harten Strafen für die antisemitischen Schmierereien unter die Lupe. In der Studie werden zwei Hypothesen hinsichtlich der Einstellungen der antisemitischen Untergruppe getestet. Die erste Hypothese lautete, dass die Antisemiten sich mit den Taten identifzierten und sich von ihnen in ihrer Weltsicht bestätigt sähen. Die zweite These lautet, dass die Antisemiten die Taten verharmlosen und herunterspielen. Im Ergebnis zeigte sich, dass der antisemitische Typus eher zur Verharmlosung neigte, indem er die Taten Halbstarken, Rowdies und schuldlosen „Jugendlichen“ zuschrieb, ihnen jedoch keine politische Agenda zumaß.[1732]

[1729] Vgl. ebd., S. 10.
[1730] Vgl. ebd., S. 10.
[1731] Vgl. ebd., S. 93-103.
[1732] Vgl. ebd. 17ff., S. 37ff.,

Ein weiteres politisches Ereignis, auf dass das Frankfurter Institut reagierte, stellt die Verhaftung des nationalsozialistischen Massenmörders und Schreibtischtäters Adolf Eichmann durch den Staat Israel und der anschließende Prozess gegen ihn in Jerusalem dar.[1733]

Über die Verhaftung Eichmanns waren Theodor W. Adorno und Max Horkheimer nicht in jeder Hinsicht einer Meinung, wenn sie auch ihre Differenzen verhalten zum Ausdruck brachten. Während sich Adorno in seinen Kommentaren zurückhielt, verfasste Max Horkheimer eine kurze Notiz, die er Adorno zusandte. Horkheimer betonte in seiner Notiz, dass sich das Gericht in Israel für unzuständig erklären müsse, da ein Verfahren aus formellen Gründen als unhaltbar zu betrachten sei. Horkheimer hielt das psychologische Bedürfnis nach Rache für die Motivation für diesen Prozess, welches er zurückwies.[1734] Adorno formulierte bei grundsätzlicher Zustimmung kritische Einwände gegen die Publikation des Textes. Adorno plädierte für einen offenen Umgang mit der Wahrheit, kritisierte aber den Ton von Horkheimers Text, der ihm zu weltweise und abgeklärt erschien. „So wenig wir richten dürfen, wer sind wir, daß wir vergeben können?“ Adorno hatte auch Einwände in der Sache, er widersprach Horkheimer, dass Eichmann nach herrschendem Gesetz im Recht war, stimmte aber im Hinblick auf die Ablehnung des Sühnegedankens zu.[1735]

Doch dieser Disput zeigt nur eine Seite der institutsinternen Reaktion.

In einem anderen „Quickie“ versuchte sich das Institut über die Haltung zum Eichmann-Prozess in Deutschland zu vergewissern. Durchgeführt wurde er in zwei Phasen, einmal 1961 im Verlaufe des Prozesses, eine zweite Umfrage erfolgte 1962 nach Abschluss des Prozesses.[1736] Auch in dieser Studie wurde eine deutsche Variante der f-scale getestet. Vor dem Hintergrund der umfangreichen Berichterstattung über den Eichmann-Prozess in Deutschland befragten Studierende des Instituts als Interviewer die Bevölkerung. Der hohe Grad an Informiertheit schlug sich auch in den Umfragen des Instituts für Sozialforschung und des Instituts für Angewandte

[1733] Zum Prozess gegen Adolf Eichmann vgl. Hannah Yablonka: The State Israel vs. Adolf Eichmann. New York 2004; zur deutschen Reaktion auf den Prozess und den diesbezüglichen Pressediskurs, vgl. Peter Krause: Der Eichmann-Prozeß in der deutschen Presse. Frankfurt/Main 2002.

[1734] Vgl. Max Horkheimer: Zur Ergreifung Eichmanns, in: ders.: Gesammelte Schriften, Band 6: ‚Zur Kritik der Instrumentellen Vernunft’ und ‚Notizen 1949-1969’. Frankfurt/Main [2]2008, S. 347-350.

[1735] Max Horkheimer an Theodor W. Adorno, Montagnola 25.12.1960; Theodor Adorno an Max Morkheimer, Frankfurt/Main 30.12.1960, beide in: Theodor Adorno, Max Horkheimer: Briefwechsel. Band IV: 1950-1969. Hg. Von Christoph Gödde und Henri Lonitz. Frankfurt/Main 2006, S. 639-643.

[1736] Regina Schmidt, Egon Becker: Eichmann-Prozeß, in: dies.: Reaktionen auf politischer Vorgänge. Drei Meinungsstudien aus der Bundesrepublik. Frankfurt/Main 1967 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; 19).

Sozialforschung INFAS in Bonn-Bad Godesberg nieder.[1737]

Während bei der Umfrage zu den antisemitischen Welle in Deutschland lediglich 232 repräsentative Frankfurter befragt wurden, war diese Umfrage umfangreicher und befragte ein repräsentativ ausgewähltes Sample von 1800 Personen. Diese Umfrage zeigte, dass durch den Prozess keine antisemitischen Einstellungen aktualisiert worden waren. Hingegen stimmte die Mehrheit der Befragten für die Verurteilung Adolf Eichmanns. Die juristische Verfolgung dieses exzeptionellen Falles führte jedoch nicht zu einem höheren Grad der Zustimmung zu der Forderung nach einer generellen Verfolgung nationalsozialistischer Täter, etwa durch deutsche Gerichte. Stattdessen befürworteten die Befragten die Forderung, einen Schlussstrich zu ziehen und die Vergangenheit ruhen zu lassen. Dies ging einher mit der Relativierung der deutschen Schuld durch den Vergleich mit der Schuld anderer, es zeigte sich also wieder der Zusammenhang von *Schuld und Abwehr*, der bereits im *Gruppenexperiment* beobachtet worden war.[1738]

Die Frankfurter Forscherinnen und Forscher beobachteten, dass auch in Bezug auf Adolf Eichmann die Schuldabwehr durch Projektion griff: „Der ehemalige SS-Führer [Eichmann] zog die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich, weil auf ihn eigene verdrängte Schuldgefühle sich projizieren ließen." Deshalb sei das Bedürfnis der deutschen Bevölkerung gewesen, emotionale Spannungen, die sie aufgrund der eigenen Verstrickung in den Nationalsozialismus empfand, an der Verurteilung Eichmanns abzureagieren. Die Deutschen hätten darum stärker zu projektiver Personalisierung tendiert und einen einzigen Schuldigen an der Ermordung der europäischen Juden identifizieren wollen.[1739]

Im Ergebnis hielt die Studie fest, dass „bei der Mehrzahl der deutschen Bevölkerung […] die gerichtlichen Nachforschungen nach Mitschuldigen an nationalsozialistischen Verbrechen zwar nicht auf offene Abwehr stoßen", das Interesse an einer Auseinandersetzung stumpfe aber insgesamt eher ab. Es ließ sich kein Einfluss der Prozesse auf ein „Aufflackern antisemitischer Affekte" noch auf ihren Abbau feststellen.[1740] Die Forschergruppe beobachtete, dass das Potential, das für Vorurteile anfällig sei, durch die Ereignisse der Prozesse insgesamt kaum berührt werde. Auch

[1737] Vgl. hierzu Krause: Eichmann-Prozeß, passim.
[1738] Vgl. Schmidt, Becker: Eichmann-Prozeß.
[1739] Vgl. ebd., S. 109.
[1740] Vgl. ebd., S. 136.

sei die Mehrheit nicht offen antidemokratisch eingestellt. Die Autoren ziehen daraus jedoch nicht den Schluss, „dass eine Abkehr von autoritätsgebundenen Verhaltensweisen“, bzw. eine „Hinwendung zu demokratischen Prinzipien zu sehen“ sei.[1741]

Die genannten Arbeiten standen im wissenschaftsgeschichtlichen Zusammenhang der Arbeit an einer Weiterentwicklung der f-Scale (Faschismus-Skala) aus der *Authoritarian Personality*, die durch ein deutsches Umfrageinstrument ergänzt werden sollte. Eine erste A-Skala als Autoritarismusskala entwarf Adorno selbst. In der weiteren Arbeit des Instituts sollte versucht werden, den Einwänden gegen die f-scale zu begegnen, die äußerst umfangreich rezipiert und diskutiert worden war. Ziel der Arbeit im Institut war es, der ausgesprochenen Bildungsbezogenheit des Instruments zu begegnen, die dazu führte, dass mit zunehmendem Bildungsgrad die Trennschärfe der Skala abnahm, weil gebildetere Probanden die Skala durchschauten und es besser verstanden, erwartungsbezogen zu antworten, so dass die Werte wenig über die autoritäre Fixierung gebildeterer Probanden aussagten, sondern mehr darüber, wie diese gegenüber gesellschaftlichen Erwartungen reagierten. Deshalb wurde bereits in den Pretests die am stärksten bildungsbezogenen Statements ausgeschlossen.[1742]

Die A-Skala wurde in verschiedene weitere Untersuchungen einbezogen, so in eine von Gabriel A. Almond durchgeführten Studie, wie erwähnt auch in der Eichmann-Umfrage, einer Studie über politische Vorurteile gegen Gastarbeiter und anderen Umfragen mehr.

Nach Adornos Tod veröffentlichte Michaela von Freyhold eine zusammenfassende Auswertung. Eines der Ergebnisse war, dass nur wenige der mittels der Skala identifizierbaren Autoritären sich offen und aktiv antidemokratisch engagierten, sondern dass politisches Desinteresse überwog. Allerdings zeigte die Auswertung, dass die autoritären Interviewees der Politik mit Abwehr und Ressentiment gegenüberstanden. [1743] Doch das ist eine andere Geschichte und soll ein andermal erzählt werden.

[1741] Vgl. ebd.
[1742] Vgl. Institut für Sozialforschung: Forschungsarbeiten.
[1743] Michaela von Freyhold: Autoritarismus und politische Apathie. Frankfurt/Main 1971 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; 22).

Schluss

Die Untersuchung hat gezeigt, dass die Verwissenschaftlichung des Sozialen ein vielstufiger Prozess ist, der von konkreten Akteurskonstellationen abhängig ist. Vor allem ist er aber zumindest unter den Bedingungen von Pluralismus und der Konkurrenz um Deutungshoheiten ein Prozess, der regelmäßig auch mit Konflikten verbunden war. Keinesfalls kann davon gesprochen werden, dass die Sozialwissenschaften die Wirklichkeit durchherrschten, einseitig das Bild ihrer Objekte zu bestimmen in der Lage waren und herrschaftlich vorgezeichnet durchsetzen konnten, wie dies die Diskursanalyse häufig behauptet. Ganz zu schweigen davon, dass sie die Wirklichkeit der Untersuchungsobjekte nennenswert zu beeinflussen im Stande war oder sie gar konstituierten.

Die Verwissenschaftlichung des Sozialen bleibt von Konflikten durchdrungen, in denen sich deutungsmächtige Gruppen gegen den wissenschaftlichen Deutungsanspruch zur Wehr setzen. Deswegen ist es so, dass die Objekte der Wissenschaften ihr zum Teil mit eigener Deutungsmacht, mit eigenen Diskurskoalitionen und einem eigenen Sitz in der Wirklichkeit entgegen treten. Im Fall der Militärs in der jungen Bundeswehr waren es die militärischen Experten, die mit ihren Vorstellungen von militärischen Laufbahnen und Lebenswegen der Wissenschaft den Stempel aufdrückten, nicht die Wissenschaften, die mittels ihres selektiven Blicks die Wirklichkeit konstruierten und die Auswahlmöglichkeiten zukünftiger Militärs vorprägten. Unter solchen Bedingungen ließen sich radikaldemokratisch geprägte Selektionsvorstellungen nicht durchsetzen, sondern kamen andere Selektionskriterien zum Tragen, wie etwa militärische und zivile “Bewährung”, die den autoritäreren Kandidaten den Vorrang einräumten. Auch im anderen “militärischen” Fall, als es um die demokratische Zuverlässigkeit langjähriger Kriegsgefangener in der Sowjetunion ging und die Fachwissenschaft ein Gutachten ablieferte, das den kritischen Intentionen der Auftraggeber voll entsprach, konnte die Diskurskoalition bestehend aus Jacobsen und dem *Institut für Sozialforschung* die kritische Perspektive des Gutachtens nicht voll zum Tragen bringen, weil die Gegenwehr des Verbandes der Heimkehrer ihn vom Untersuchungsobjekt, das gleichzeitig auch Verhandlungspartner agierte und in die Auftragsvergabe einbezogen war, in eine machtvolle Subjektposition brachte, die alle kritischen Avancen abzuwehren vermochte. Im Fall der Führungsstiluntersuchungen im Bergbau gelang es dem Unternehmensverband Ruhrbergbau in gleicher Art, die kritische Perspektive von Verhandlung zu Verhandlung mehr und mehr einzuhegen, bis von der Kritik am Führungsstil im Bergbau nicht mehr viel übrig war, selbst der Übersetzung in den engagierten sozialkonservativen Empfehlungen des Ministeriums nahm der Unternehmensverband noch die Spitze, indem er zwar Empfehlungen bestellte, sie aber nicht zur Verteilung brachte.

Es hat sich gezeigt, dass eine Diskursanalyse, die ausgehend von Dispositiven anhand von Texten fehl geht in der Zuschreibung von Wirkungsmöglichkeiten der Texte und was die Durchsetzungsfähigkeit von Texten im Feld der Macht betrifft. Hier kommt es zentral auf die Einflussmöglichkeiten von Akteuren an. Diskurskoalitionen haben sich daher für die Analyse als hilfreiches Mittel erwiesen, gerade auch, um zu erklären, warum sich die Deutungsansätze der kritischen Theorie und der Frankfurter Schule in der jungen Bundesrepublik eben nicht durchsetzten. Natürlich könnte man behaupten, die konkurrierenden Stränge des Diskurses seien stärker gewesen. In der mikrohistorischen Fallanalyse hat sich aber gezeigt, dass die konkurrierenden Diskurskoalitionen wie zum Beispiel im Falle des Militärs die Diskurskoalition aus militärischen Traditionalisten und Reformern mit psychologischen Experten erfolgreicher war, weil sie die eingespieltere Diskurskoalition war im Vergleich zu der aus dem Studien-Bureau, einigen Remigranten und dem Institut für Sozialforschung bestehenden Diskurskoalition, obwohl diese die Karten mit der Beherrschung komplexer Methoden in der empirischen Sozialforschung in der Hand hielt, die sie im Diskurs stärker machten als ihre Konkurrenten, die auf ein überkommenes, geradezu altbackenes Methodenarsenal zurückgriffen, das in der wissenschaftlichen Diskussion wenige Jahre später abgelöst wurde.

Bei den Partnern des Instituts für Sozialforschung in den verschiedenen Diskurskoalitionen sind solche institutioneller Art wie etwa HICOG von natürlichen Personen zu unterscheiden. In den weitaus meisten Fällen basierte das Vertrauen auf persönlichen Beziehungen zwischen engen Handlungsbeteiligten. Dabei fällt auf, dass mit Joseph Pfister und Stefanie Krenn zwei ehemalige Angestellte von OMGUS und HICOG vertreten waren. Die “amerikanische Erfahrung” in der Nachkriegszeit war bei diesen beiden Akteuren genauso bedeutend wie bei Theodor Scharmann als ehemaligem Teilnehmer eines US-Austauschs für Personalexperten, dem tragenden Akteur der Zusammenarbeit mit dem Bundesarbeitsminister in der Fluktuationsstudie. Dagegen stehen die Erfahrungen mit den Koalitionspartnern bei Mannesmann auf einer anderen Grundlage. Richard von Weizsäcker, der als Mitarbeiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Mannesmann Konzernvorstandes den Kontakt mit Rechtsanwalt Helmuth Becker, dem juristischen Berater des Instituts, aufbaute, kannte diesen aus der Zeit bei den amerikanischen Nürnberger Nachfolgeprozessen. Walter Jacobsen schließlich war einer der Teilnehmer der Tagung für Experten aus Verwaltung und Behörden über das Gruppenexperiment im Mai 1953. Er hatte, wie auch Scharmann, zunächst und zuallererst fachwissenschaftliche Anknüpfungspunkte zum Institut und war den Methoden und Ansätzen einer demokratisch orientierten Sozialpsychologie und politischen Psychologie gegenüber aufgeschlossen.

Es hat sich in nahezu allen Fällen gezeigt, dass eine These wie die von der “intellektuellen

Gründung der Bundesrepublik" von Albrecht et al. ausgerechnet durch die Frankfurter Schule fehl geht, solange sie die Netzwerke und konkurrierenden Diskurskoalitionen nicht genau analysiert. Die Netzwerke des Instituts zu rekonstruieren ist aber nur die halbe Miete: Es genügt nicht ein Lagerdenken zu konstatieren und dann nur das intellektuelle Lager des Instituts für Sozialforschung zu identifizieren, wenn man nicht die konkurrierenden Lager in die Analyse einbezieht. Das zeigt der Umgang mit dem Gruppenexperiment nur zu deutlich. Die Gegner der Frankfurter Schule waren in der Lage, ebenso mächtige oder noch mächtigere Diskurskoalitionen zu schmieden und dem Einzug der Frankfurter Schule in den Betrieb, in die Kaserne oder ins wissenschaftliche Feld der akademischen oder angewandten Psychologie erhebliche Steine in den Weg zu legen. Die Gegenlager müssen daher genauso gewissenhaft identifiziert werden, sonst bleibt die Analyse oberflächlich und erklärt nicht das, was sie zu erklären beansprucht.

Betrachtet man die Nachfrage nach der Expertise der Frankfurter Wissenschaftler von den Konkurrenzen um Deutungsansprüche losgelöst, ist es zweifelsfrei eine kaum zu überbietende Erfolgsgeschichte, für wen das Frankfurter Institut für Sozialforschung in den 1950er Jahren alles Drittmittel- und Auftragsforschung übernahm und abwickelte. Horkheimer und Adorno sowie ihre Schüler waren gefragte Partner bei der Suche nach Verbündeten im Kampf um Deutungshoheit und bei der Adaption demokratietauglicher Expertise. Legt man allerdings nicht Anzahl der eingeworbenen und abgeschlossenen Projekte zugrunde, sondern die Veröffentlichungen, dann sieht die Bilanz freilich anders aus. Beim Frankfurter Institut handelte es sich, gerade weil es wirklich *kritische* Forschung ablieferte, in den untersuchten Anwendungsfeldern mindestens um befehdete Deutungskonkurrenten etablierter Wissenschaften, Experten, Eliten oder einfach Verbänden. Weder die akademischen Psychologen, noch die praktisch tätigen Psychologen, weder der Verband der Heimkehrer, noch der Unternehmensverband Ruhrbergbau nahmen die *kritische* Expertise des Frankfurter Instituts hin, geschweige denn dass sie die kritischen Interventionen zu einer Änderung ihres Profils nutzten. Dabei hätten alle, mehr oder weniger Anlass gehabt, sich die *kritischen* Studien zu Herzen zu nehmen, denn sie boten aufschlussreiche Deutungsangebote, die zu einer Befassung mit der Realität in den untersuchten Personengruppen, Institutionen und Verbänden geradezu einluden. Es ist dieser bisweilen schonungslos und was die Erhebungsmethoden betrifft „positivistische" „Tatsachenblick", dessen Entdeckung Wolfgang Bonss auf die Zeit des Exils der Frankfurter datiert, der ihre Expertise so kritisch macht.

Die heutige zeithistorische Forschung hat, ob nun für den Fall der Arbeitsbeziehungen im Ruhrbergbau oder für die Bewertung des politischen Bewusstseins der Spätheimkehrer den wegweisenden Charakter der Studien längst erkannt und sie in dieser Hinsicht zum Teil als Geheimtipp rezipiert. Zum Nachteil des Instituts konnten die wegweisenden Forschungsbe-

richte allerdings zum Teil nicht, wie bei der Heimkehrerstudie, zum Teil nur in extrem gekürzter Fassung und wiederum zum Teil ihrer qualitativen Gruppendiskussionsergebnisse beraubt erscheinen, wie im Fall der Betriebsklimastudie oder der Fluktuationsstudie. Auf der Grundlage der Tatsache, dass die empirischen Forschungsstudien des Frankfurter Instituts zu ihrem größten Teil nur als hektographierte Forschungsberichte in kleiner Zahl zirkulierten, erklärt sich zweierlei. Erstens, dass zeitgenössisch der führende Charakter der Arbeit, was empirische Sozialforschung betrifft, in Fachkreisen der Soziologie unbestritten war. Gleichzeitig, dass sich nachfolgende Generationen ihr Bild von der kritischen Theorie vorrangig anhand von Texten Adornos, die im Suhrkampverlag erschienen sind, machte. Und darunter bildeten die empirischen Arbeiten in der Tat nur einen geringfügigen Anteil. Obwohl empirisch mindestens so bedeutend wie die Sozialforschungsstelle Dortmund hat sich heute ein Bild des Theorie-Unternehmens Kritische Theorie eingestellt, das der Praxis der Kritischen Theorie, die in dieser Arbeit anhand einer Auswahl der empirischen Studien rekonstruiert wurde, nicht gerecht wird. Auch durch Adornos spätere Stellungnahme im Positivismusstreit hat er das Bild, das die akademische Öffentlichkeit – und nicht diejenigen, die am Frankfurter Institut studiert und die Methoden der empirischen Sozialforschung gelernt haben – nachhaltig geprägt und gehörig verzeichnet, denn die Wissenschaft die am Institut für Sozialforschung getrieben wurde war beides zugleich: empirische Normalwissenschaft (und in diesem Sinne positivistisch) als auch kritisch in ihrem Geist, ihren Interpretationen und den gesellschaftstheoretischen Prämissen, die Ideologiekritik eingeschlossen.

Im Bezug auf die Kritische Theorie und ihre tragenden Vordenker in der jungen Bundesrepublik, Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, hat die vorherrschende Forschungstendenz sich darauf zurückgezogen, ihren Beitrag als den von Intellektuellen zu verorten. Die Intellektuellengeschichte wird mit der Ausweitung der Untersuchung in dieser Studie auf das Feld der Expertengeschichte um einen wesentlichen Punkt bereichert. Denn Adornos und Horkheimers Expertise in praktischen Anwendungsfeldern war nicht alleine als die des deutungsmächtigen Intellektuellen gefragt, sondern als die des Experten für Fragen der Demokratie und des demokratischen Bewusstseins. Adorno mag ein brillanter Essayist gewesen sein, doch das, was Bundeswehr, kapitalistischer Großkonzern oder die Bundeszentrale für Heimatdienst einkauften, war nicht einen Essay zur Lage der Nation, sondern Verfahren, Methoden und Expertise in empirischer Sozialforschung, die im Institut praktisch durch Ludwig von Friedeburg und eine Schar später einflussreicher junger Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen vertreten war und die durch Adorno mehr oder weniger geschickt gemanagt wurde. Die Auftraggeber erwarteten nicht die Formulierung von Gemeinplätzen zur Vergangenheitspolitik und -bewältigung oder zu spätindustriellen Gesellschaft. Man schenkte Adorno Glauben in seiner Rolle als wissenschaftlicher Experte,

ausgewiesen durch das Management einer großen Anzahl empirischer Studien, allen voran der *Authoritarian Personality*. Die Bedeutung des *Instituts für Sozialforschung* schöpft ihr symbolisches und kulturelles Kapital zunächst und zuallererst aus der Fähigkeit, *empirische* wissenschaftliche Projekte durchzuführen.

Für die Fortentwicklung der Kritischen Theorie hatten die Ausflüge in die gesellschaftliche Praxis vordergründig keine Auswirkungen. Auf die Praxis kritischer Interventionen in ausgewählten gesellschaftlichen Bereichen gingen weder Adorno noch Horkheimer in ihren theoretischen Schriften und Essays ein. Gleichwohl haben die Arbeiten am *Gruppenexperiment* und an der *Heimkehrerstudie* untergründig weitergewirkt, so wäre eine noch zu verifizierende These. In Stellungnahmen wie "Erziehung nach Auschwitz" und "Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit" jedenfalls wirkten diese Erkenntnisse fort. Viel expliziter wirkten die empirischen Bestrebungen auf dem Gebiet der Autoritarismus-Theorie nach. Adornos Ziel seit 1950 war es, ein deutsches Äquivalent der f-scale zu bilden. Leider sind die verschiedenen Experimente damit nicht in allen Fällen geglückt und die auf Seminarebene und in Doktorarbeiten verfolgten Forschungsbestrebungen haben in Deutschland in den 1950er und 1960er Jahren nur wenig fruchten können, wenn man als Vergleichspunkt die exorbitante Rezeption und kreative Weiterentwicklung in den USA heranzieht. Auch hier war von Nachteil, dass keine deutsche Übersetzung vorlag und der deutsche Buchmarkt und die wissenschaftliche Diskussion trotz aller Anzeichen von Amerikanisierung und Westernisierung noch nicht zu einer angemessenen Rezeption der *Authoritarian Personality* geführt hatten. Zwar hatte schon Anfang der 1950er Jahre ein Auszug aus den Bänden der *Studies in Prejudice* vorgelegen, aber Horkheimer und Adorno hatten, wohl auch wegen der Angriffe in den USA durch Edward Shils, die der *Authoritarian Personality* Einseitigkeit und einen linken Bias vorwarfen, auf eine Veröffentlichung verzichtet. Erst auf dem Umweg über den Amsterdamer Raubdruck zu Zeiten der Studentenbewegung haben die Gedanken aus den *Studies in Prejudice* breitere Rezeption in Deutschland erfahren, was dazu führte, dass der Suhrkamp Verlag 1973 Auszüge aus der *Authoritarian Personality* veröffentlichte.

Ein wichtiges Ergebnis der Studie besteht in den Beobachtungen zum Verhältnis von Soziologen und Psychologen in der frühen Bundesrepublik. Beeinflusst durch die Tatsache, dass das Frankfurter *Institut für Sozialforschung* eine starke Affinität zur Psychoanalyse und zur analytisch beeinflussten Sozialpsychologie hatte und zu den ersten Promotoren einer politischen Psychologie in Deutschland zählte, waren die Berührungspunkte zur akademischen und durch die Praxisausflüge des Frankfurter Instituts auch zu angewandten Psychologie gegeben. Es gab beides: fruchtbare Kooperationsverhältnisse als auch erbitterte Konkurrenz. Die Psychologen waren im Nationalsozialismus durch den Beschluss der Diplomprüfungsordnung zu einer eigenständigen Disziplin mit klarem Professionsfeld

geworden und hatten sich im staatlichen Sektor, besonders bei der Wehrmacht, ein erstes Professionsfeld erobert. Die Soziologen hatten Anfang der 50er ihre geisteswissenschaftliche Vergangenheit noch nicht gänzlich überwunden und hatten die entscheidenden Professionalisierungsschritte noch vor sich. In den Feldern, in denen das Frankfurter Institut auftrat, war es bereit, sein Wissen an wissenschaftliche Laien zu vermitteln. Dies war ein erster Reizpunkt für die Psychologen, die an Planstellen für professionalisierte Experten interessiert waren, die ihr Wissen gerade nicht mit Laien teilten, sondern es stattdessen als exklusives Spezialistenwissen behandelten. Doch auch inhaltlich bestanden Konkurrenzen: eine starke Konkurrenz bestand zum Beispiel über die Deutungshoheit über Psychologisches. Insbesondere die Psychoanalyse war für die deutsche akademische und angewandte Psychologie ein Reizthema. Das belegt die aufgeregte Stellungnahme Peter R. Hofstätters zum *Gruppenexperiment*. Der Angriff auf das *Gruppenexperiment* erfolgte annähernd zeitgleich mit den Attacken auf das Institut im Bereich des Militärischen durch die ehemaligen Wehrpsychologen *und* die militärischen Reformer sowie zeitgleich mit der Attacke im Feld der Industriesoziologie durch den Betriebspsychologen der Mannesmann AG Fischer. Ursachen waren die Konkurrenzen um Drittmittel und noch viel stärker die Konkurrenz um Einrichtungen von Planstellen, die verloren zu gehen drohten, wenn das *Institut für Sozialforschung* für die Diffusion von Deutungswissen sorgte, auf das die Psychologen ein Deutungs- und Verwendungsmonopol beanspruchten. Insbesondere die Weitergabe des Wissens an Laien war den berufsständisch gut organisierten Psychologen ein Dorn im Auge. Diese verfolgten berufspolitisch gänzlich unterschiedliche Perspektiven, daher die dreimalige Intervention 1955/56. Was die Art und Weise der Argumentation betrifft, traten die Psychologen zum Teil extrem positivistisch auf, sie könnten als die eigentlichen Gegner im Positivismusstreit betrachtet werden, wohingegen das Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz zur “positivistischen” Soziologie viel ausgewogener war, wie zum Beispiel Kooperationsverhältnisse in der Sektion Industriesoziologie und spätere militärsoziologische Kommissionstätigkeiten zwischen Frankfurt und Dortmund belegen.

Ein wichtiger Punkt ist das Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität im Feld der Soziologie. Es bestanden auch für die Soziologie gewisse Schwierigkeiten, in der BRD anzukommen, wie das Beispiel des Vorschlags einer Totalerfassung aller Abkehrer des Ruhrbergbaus durch die Sozialforschungsstelle Dortmund belegt. Zu sehr dachten Teile der deutschen Soziologie noch in den Kategorien der nationalsozialistischen Menschenökonomie und im radikalen Ordnungsdenken des Dritten Reichs, wenn sie auch vordergründig in der sozialpartnerschaftlich organisierten Demokratie angekommen schienen. Allerdings waren zu diesem Zeitpunkt schon andere Wissenschaftsmanager wie Theodor Scharmann in den Verwaltungen tätig, die solche Vorstellungen zurückwiesen und andere Umfragemethoden,

die das Subjektive in den Mittelpunkt rückten, favorisierten. Das Frankfurter *Institut für Sozialforschung* steht wie kein anderes Institut für einen Neuanfang der empirischen Sozialforschung unter amerikanischen Vorzeichen. Der amerikanische Einfluss ist insgesamt für den Neuanfang der empirischen Sozialforschung in Deutschland nicht von der Hand zu weisen und wird durch eine Reihe bedeutender Studien markiert (übrigens auch an der Sozialforschungsstelle Dortmund), besonders aber auch in der sogenannten Darmstadt-Studie.

Man muss die vorliegenden Studien als Einspruch, bzw. weniger scharf als Differenzierung zu den Forschungen über die Modernisierung im Wiederaufbau lesen. Man kann die Verwissenschaftlichung des Sozialen als einen Faktor von Modernisierung begreifen. Wichtig bleibt anzumerken, dass nicht die Verwissenschaftlichung selbst modernisierend ist, sondern dass sie dazu gewisse inhaltliche Ansprüche befriedigen muss. Für die vorliegenden Fälle ist festzustellen, dass die Anwendung sozialwissenschaftlicher Methoden in den meisten Fällen modernisierende Implikationen hatte. Im Militär sollten demokratieunterstützende Auswahlinstrumente zur Anwendung kommen, und die Rekrutierung der bisher vorherrschenden „erwünschten Kreise“ aufgemischt werden; im Ruhrbergbau sollte der harsche Führungsstil, der als „Grubenmilitarismus“ bekannt und berüchtigt war, modifiziert werden, womit die gestaltenden Eingriffe der Besatzungsmächte auf den Bergbau auch inhaltlich noch einmal modifiziert und modernisiert werden sollte; und in der politischen Bildung sollte die Wahrung des normativen Horizonts der BRD überprüft werden, der seinen Maßstab auch rein forschungspraktisch am Grundgesetz fand, wie Ludwig von Friedeburg postulierte. Materialiter war die Forschung, die das Institut für Sozialforschung zur Anwendung brachte, modernisierend, insofern sie ein Mehr an Partizipation versprach und ein weniger an autoritären Einstellungsweisen und Führungsstilen. Doch bilden auch in diesem Fall die mangelnden Erfolgsbedingungen, die Widerstände, die einer modernisierenden Forschung entgegengebracht wurden, einen erheblichen Einwand gegen die modernisierende Wirkung der Forschung. Sicher – der Beauftragung des Frankfurter Instituts mit Forschungen, die statt objektivierender Sozialstatistik subjektive Einstellungen abfragte und sie in die Politikberatung einspeiste, ist ein modernisierender subjektivierender Faktor nicht abzusprechen. Auch der Tatsache, dass die Frankfurter einzelne Äußerungen subjektiver Einstellungen in Gruppendiskussionen so einen breiten Raum einräumten, diese ernst nahmen und qualitativ untersuchten und somit das Medium der Diskussion in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen rückten, ist ein modernisierender Zug nicht abzusprechen, wie anknüpfend an Verheyens Untersuchung zur „Diskussionslust“ in der jungen Bundesrepublik formuliert werden kann, als auch diese Verfahren ein Mehr an Partizipation im Forschungsprozess versprachen, weil das Subjekt im wortwörtlichen Sinne zu Wort kam und nicht lediglich vorgefertigte Fragebo-

genitems abhakte. Jedoch waren die Widerstände gegen solcherart Modernisierung größer als die Kräfte, die sie unterstützten. Am Beispiel des Konflikts um sozialpsychologische Auswahlinstrumente in der Bundeswehr lässt sich dies verdeutlichen. Die Konzepte, die Joseph Pfister für einen schlanken militärpsychologischen Apparat mit einer Garantie für methodische Erneuerungsfähigkeit aus der Selbstregulierung und der Reproduktion der Wissenschaft heraus, hätte zusammengenommen mit der Adaption avanciertester Methoden und Verfahren der empirischen Sozialforschung einen Modernisierungsschub ohnegleichen für die Militärpsychologie der Bundeswehr bedeutet. Jedoch wollten die konkurrierenden Akteure, verbandlich gebunden und an berufständischen Interessen orientiert, etwas anderes, nämlich die klassische deutsche Wehrpsychologie. Sie stimmten darin mit militärischen Traditionalisten und Reformern gleichermaßen überein und wehrten so gemeinsam die Modernisierung ab, weil die Beharrungstendenzen und die Eigenlogik des militärischen Feldes in den 1950ern noch stärker war, als die Seite der Modernisierer. Im militärischen Feld sollte sich dies erst mit der Bildungsreform unter Helmut Schmidt Anfang der 1970er ändern, und auch da waren die Widerstände noch gewaltig. Auch für das Feld der industriellen Beziehungen ist zumindest Vorsicht anzumelden, was die Durchsetzungsfähigkeit modernisierender Anschauungen betrifft. Im einen Fall, der *Betriebsklimastudie* war das Interesse des Führungszirkels der Mannesmann AG, Aufschluss über Führungsstile und Autoritätsbeziehungen in den Werken zu bekommen, verhältnismäßig groß. Hier existiert allerdings mit der Fluktuationsuntersuchung im Ruhrbergbau ein Gegenfall. Zwar gab es in diesem Fall auch einzelne Arbeitsdirektoren, die sich die Ergebnisse zu Herzen nahmen und im Mannesmann-Bereich war man für die Untersuchungen selbst wie auch für ihre Ergebnisse offen, jedoch auf verbandlicher Ebene war der Unternehmensverband Ruhrbergbau, anders als die Gewerkschaften, nicht bereit, die Ergebnisse ernsthaft zu diskutieren.

Zu einem ähnlichen Befund kommt die Untersuchung, was die Prozessbegriffe Westernisierung und Amerikanisierung betrifft. Obwohl die Adaption von Methoden der empirischen Sozialforschung anschließt an den Prozess der Amerikanisierung des Faches Soziologie, kann die Adaption der Methoden jedoch nicht als Indikator für die Westernisierung der untersuchten Felder gelesen werden. Auch hier wiegen die Widerstände in den Feldern in den 1950er Jahren zu schwer, als dass man von einer unumwundenen Aneignung moderner westernisierter Methoden durch Verwaltungen und Behörden sprechen könnte. Am offensten war noch das Top Management des Mannesmann-Konzerns. Hier waren allerdings mit der bereits erfolgten Verwissenschaftlichung der Arbeit des Gewerkschaftsapparates und den aktuellen, wenn auch später an der Opposition der unternehmensnäheren Teile des Managements der Großkonzerne gescheiterten Organisationsbestrebungen der Apparate der Arbeitsdirektoren in der *Gesellschaft für soziale Betriebspraxis* die Vorzeichen anders und

auch die Gegenseite arbeitete bereits mit den Methoden der empirischen Sozialforschung. Dennoch ist nicht von der Hand zu Weisen, dass in diesem Feld gerade von amerikanischer Seite in der Wiederaufbauzeit viel Aufwand und Mühe auf die Propagierung von Methoden der empirischen Sozialforschung, der Gruppendynamik, der Sozialpsychologie und der Industriesoziologie verwandt worden war. Dennoch ist in anderen Feldern, wie dem Militär oder den Adressaten und Organisatoren der politischen Bildung festzustellen, dass die Offenheit gegenüber amerikanisierten Methoden der empirischen Sozialforschung und dem damit verbundenen westernisierten Wertehorizont in vielen Fällen zu wünschen übrig ließ. Hier überwogen die Widerstände der organisierten Wehrpsychologen, die an Ganzheitspsychologie und Psychotechnik noch festhielten und sich erst in den 1960ern im Zuge der Amerikanisierung der deutschen Psychologie anderen Methoden öffneten. Auf der Seite der militärischen Experten war man vertraut mit dem Arsenal der Wehrmachtspsychologie und wollte an sie anknüpfen. Allgemein war deshalb die Bereitschaft im Bereich der Human Relations "vom Ami" zu lernen, geringer ausgeprägt. In diesen Fällen überwog die Eigenlogik der Felder noch gegenüber der Grundströmung der Westernisierung der deutschen Gesellschaft und Fortschritte begannen erst in den 1960ern Raum zu greifen. Insofern wären andere Periodisierungen vorzuschlagen, was die Übertragung dieser Prozessbegriffe Amerikanisierung und Westernisierung etwa in das Feld militärischer Beziehungen oder in das Feld industrieller Beziehungen beträfe. Mindestens müsste man für die Periodisierung der Prozessabläufe andere Zeiträume wie die 1960er und 1970er Jahre einbeziehen, um zu tragfähigen Ergebnissen zu kommen.

Als abschließender Punkt ist noch das Feld der Vergangenheitspolitik zu nennen. Die vergangenheitspolitische Dimension der untersuchten Fälle liegt auf der Hand. Beim *Gruppenexperiment* ging es um das Fortleben nationalsozialistischer Deutungsmuster in der Demokratie. Im Militär war das Frankfurter Institut direkt aufgerufen, antidemokratische Kräfte negativ auszulesen, bei den Spätheimkehrern handelte es sich um Akteure mit einem nationalsozialistischen Residualsyndrom. Doch auch bei den Studien zur Industriesoziologie ging es immer auch zentral um Führungsstile und Autoritätsverhältnisse in den Betrieben. Diese waren durch die Gruppendynamik und die Industriesoziologie ins Gerede gekommen. Auch wenn das *Institut für Sozialforschung* nicht immer explizit machte, warum es sich dafür interessierte, sind mit den empirischen Studien der dreißiger und vierziger Jahre die entscheidenden Referenzpunkte für das Institut, die autoritären und zum Teil antisemitischen Dispositionen der Arbeiterschaft betreffend, genannt. In allen untersuchten Fällen ging es um das Fortleben des Nationalsozialismus und des Autoritären in der Demokratie. Insofern wäre die These, die Frankfurter hätten sich erst unter dem Eindruck der antisemitischen Schmierwelle des Winters 1959/60 dem Nationalsozialismus wieder zugewandt, erheblich zu

differenzieren. Die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus hatte am Institut tatsächlich zu keinem Zeitpunkt aufgehört, wurde aber unter moderne Vorzeichen gestellt, die sie adaptionsfähig, wenn auch nicht erfolgreich in den Feldern des Militärs, der industriellen Beziehungen und der politischen Bildung machten. Bemerkenswert ist die Intensität der Gegenwehr gegen empirische Befunde, was das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie betrifft. Hier wäre auf die beiden Rezensionen Leopold von Wieses zur *Authoritarian Personality* und Peter Hofstätters zum *Gruppenexperiment* zu verweisen. Auch auf die wissenschaftlichen Akteure passen die Kriterien, die Adorno in der Monographie über *Schuld und Abwehr* entwickelte. Doch auch in harmloser gelagerten Fällen wie zum Beispiel bei den Befunden zu Führungsstilen im Bergbau gelang es den Frankfurtern nur mit ausgesprochenen Einschränkungen, eine erfolgversprechende Expertise gegen den “Grubenmilitarismus” zu lancieren. Weil die Kräfte der Beharrung in allen untersuchten Feldern überwogen, ist es darum falsch von einer intellektuellen Gründung der Bundesrepublik durch die Frankfurter Schule in den 1950ern zu sprechen.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

1. Archiv des Instituts für Sozialforschung

A 1	Gruppenexperiment
A 10	Betriebsuntersuchung Mannesmann
A 12	Studie über Abkehrgründe
A 13	Heimkehrer-Studie
A 14	Kammerich-Studie
A 15	Aufnahme von Belegschaftsaktien
A 20	Projekt P 14 [Amt Blank, BMVg]
A III	Studies in Antisemitism
A IV	Labor Project
A V	The Authoritarian Personality
A VI	Autorität und Vorurteil
div.	unverzeichnete Einzelakten

2. Bundesarchiv Koblenz

B	Bundeszentrale für Heimatdienst
B 149	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

3. Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg

BW 1	Bundesministerium der Verteidigung
BW 9	Dienststellen zur Vorbereitung des westdeutschen Verteidigungsbeitrags
BW 27	Personalgutachterausschuss für die Streitkräfte
BW 21	Freiwilligenannahmestellen

4. Mannesmann Archiv

Vorstandsakten Ressort Zangen
Vorstandsakten Ressort Winkhaus

5. Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt/Main, Max Horkheimer Archiv

diverse	Sachakten und Briefwechsel

Literatur

a) unveröffentlichte Forschungsberichte

Antidemocratic Beliefs Among American Workers. A Qualitative Survey Analysis. A Study by the Institute of Social Research. With a Methodological Introduction by Paul F. Lazarsfeld and Allen H. Barton. IfS Bibliothek

Höfer, Gert: Meinungsforschung und Presse in Deutschland, dargestellt am Problem einer Umfrage über die Einstellung der westdeutschen Bevölkerung zum Nationalsozialismus. Diplomarbeit der Universität zu Köln 1954/55, Typoskript, Bibliothek des Seminars für Soziologie, Universität zu Köln

Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität: Die subjektiven und objektiven Abkehrgründe bei sieben Zechen des westdeutschen Steinkohlebergbaus in ihrer Auswirkung auf die Sicherung des Belegschaftsstandes unter Tage. Ein Forschungsbericht des Institutes für Sozialforschung. Frankfurt/Main, 1955, Mannesmann Archiv, M 30.083.

Institut für Sozialforschung an der Johann Wolgang Goethe-Universität: Zum politischen Bewusstsein ehemaliger Kriegsgefangener. Eine soziolgische Untersuchung im Verband der Heimkehrer. Forschungsbericht. Frankfurt/Main 1957

Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität: Betriebsuntersuchung in ausgewählten Werken der Mannesmann AG Sommer 1954, Rohbericht, Frankfurt am Main 1954. Mannesmann Archiv, M 30.082a,

Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main: Betriebsklima – Eine industriesoziologische Untersuchung im Mannesmann-Bereich. Frankfurt/Main 1955, Mannesmann Archiv, M 30.082

Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main: Betriebsklima – Eine industriesoziologische Untersuchung im Mannesmann-Bereich. Werk Huckingen. Frankfurt/Main 1955

Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main: Betriebsklima – Eine industriesoziologische Untersuchung im Mannesmann-Bereich. Werk Kronprinz-Ohligs. Frankfurt/Main 1955

Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main: Betriebsklima – Eine industriesoziologische Untersuchung im Mannesmann-Bereich. Werk Rath. Frankfurt/Main 1955

Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main: Betriebsklima – Eine industriesoziologische Untersuchung im Mannesmann-Bereich. Werk Zeche Consolidation. Frankfurt/Main Sommer 1955

Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main: Betriebsklima – Eine industriesoziologische Untersuchung im Mannesmann-Bereich.Tabellen. Frankfurt/ Main 1955, Mannesmann Archiv, M 30.082a

Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main: Betriebsklima – Eine industriesoziologische Untersuchung im Mannesmann-Bereich. Diskussionsauszüge II, Frankfurt/Main, 1955.

Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität: Die subjektiven und objektiven Abkehrgründe bei sieben Zechen des westdeutschen Steinkohlebergbaus in ihrer Auswirkung auf die Sicherung des Belegschaftsstandes unter Tage. Ein Forschungsbericht des Institutes für Sozialforschung. Frankfurt/Main, 1955, Mannesmann Archiv, M 30.083

Institute for Social Research: Antisemitism Among American Labor 1944-1945. Report on a research project conducted by the Institute for Social Research. 4 Bde. [1946], IfS Bibliothek, Signatur 122 858, 1-4;

Institute for Social Research: Antisemitism among american labor 1944-1945. Report on a research project conducted by the Institute for Social Research. 4 Bde. [1946], IfS Bibliothek, Signatur 122 858, 1-4.

Lutz, Burkart, Alfred Willener: Mechanisierungsgrad und Entlohnungsformung. Luxemburg 1960

Petz, [Rudolf]: Fluktuation im Steinkohlenbergbau! Was kann noch dagegen geschehen. Empfehlungen zu den Ergebnissen einer industriesoziologischen Untersuchung des Instituts für Sozialforschung über die Gründe der Fluktuationsdifferenzen bei sechs Zechen im Ruhrbezirk. Bonn [1957]

Nationalsozialismus und Antisemitismus, in: Theodor Adorno, Max Horkheimer: Briefwechsel. Band II: 1938-1944. Frankfurt/Main, S. 539-601

Teschner, Manfred: Entwicklung eines Interessenverbandes. Ein empirischer Beitrag zum Problem der Verselbständigung von Massenorganisationen. Typoskript. Frankfurt/Main 1961, zugleich Dissertation IfS 1960, IfS-Bibliothek.

Weltz, Friedrich: Vorgesetzte zwischen Management und Arbeitern. Eine industriesoziologische Untersuchung der Situation und Vorstellungen von Meistern und Steigern, im Auftrag der Mannesmann AG unter Mitarbeit von Rudolf Billerbeck, Peter Märthesheimer, Michael Schumann und Werner Sörgel, Rohbericht Düsseldorf 1959, Mannesmann Archiv, M 30.101

Weltz, Friedrich: Ausbildung und Aufstieg. Ergebnisse einer Befragung von Teilnehmern des Huckinger Erwachsenenbildungswerkes, im Auftrag des Mannesmann AG unter Mitarbeit von Michael Schumann. Düsseldorf 1959, Mannesmann Archiv, M 30.101B,

Weltz, Friedrich, Aufnahme der ersten Belegschaftsaktien bei der Mannesmann AG. Ergebnisse einer Befragung bezugsberechtigter Arbeiter und Angestellter zweier Werke durch das Frankfurter Institut für Sozialforschung. Frankfurt 1957, Mannesmann Archiv, M 30.081

b) Literatur

Abelshauser, Werner: Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung. München 1984 (Bergbau und Bergarbeit)

Abenheim, Donald: Bundeswehr und Tradition. Die Suche nach dem gültigen Erbe des deutschen Soldaten. München 1989 (Beiträge zur Militärgeschichte; 27)

Absolon, Rudolf: Wehrgesetz und Wehrdienst 1935-1945. Das Personalwesen in der Wehrmacht, Boppard/Rhein 1960 (Schriften des Bundesarchivs; 5)

Absolon, Rudolf: Das Offizierskorps des deutschen Heeres 1935-1945, in: Hans Hubert Hofmann (Hg.): Das deutsche Offizierskorps 1860-1960. Boppard 1980, (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, 11) S. 247-268

Ackerman, Nathan W.; Jahoda, Marie: Antisemitism and Emotional Disorder. A Psychoanalytical Interpretation. New York 1950 (Studies in Prejudice)

Adamski, Jens: Ärzte des sozialen Lebens. Die Sozialforschungsstelle Dortmund 1946-1969. Essen 2009

Adorno, Theodor W. und Max Horkheimer: Vorurteil, in: Institut für Sozialforschung (Hg.): Soziologische Exkurse. Nach Vorträgen und Diskussionen. Hamburg [1956] 1991, S. 151-161

Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt/Main ³1999

Adorno, Theodor W.: Replik [zu Hofstätter: Zum "Gruppenexperiment" von F. Pollock], in KZfSS 9 (1957) 97-105], in: KZfSS 9 (1957) S. 105-117

Adorno, Theodor W.: Zur gegenwärtigen Stellung der Sozialforschung in Deutschland, in: Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten: Empirische Sozialforschung. Meinungs- und Marktforschung, Probleme und Methode. Frankfurt/Main 1952 (Wissenschaftliche Schriftenreihe des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten; 13), S. 27-39

Adorno, Theodor W.; Frenkel-Brunswick, Else; Levinson, Daniel J., Sanford, R. Nevitt: The Authoritarian Personality New York 1950 (Studies in Prejudice; [1])

Adorno, Theodor W.: Schuld und Abwehr, in: Pollock: Gruppenexperiment, S. 275-428, auch in Theodor W. Adorno: Gesammelte Schriften. Band 9.2: Soziologische Schriften II. Band 2. Frankfurt/Main 1975, 2003, S.121-324

Adorno, Theodor W.; Horkheimer, Max: Vorurteil und Charakter, in: Frankfurter Hefte 1952, H. 4, S. 284-291

Adorno, Theodor W.: Wissenschaftliche Erfahrungen in Amerika, in: Wolf Lepenies (Hg.): Geschichte der Soziologie. Studien zur kognitiven und historischen Identität einer Disziplin, Bd. 1. Frankfurt/Main 1981, S. 299-336

Albrecht, Clemens, Günter C. Behrmannn, Michael Bock, Harald Homann, Friedrich H. Tenbruck: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule. Frankfurt/Main, New York 1999

Angster, Julia: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB. München 2003 (Ordnungssysteme – Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit; 13)

Ansbacher, Heinz Ludwig: Murray's and Simoneit's (German Military) Methods of Personality Study, in: Journla of Abnormal and Social Psychology 36, 1941, S. 589-592

Ansbacher, Heinz Ludwig: The History of the Leaderless Group Discussion Technique, in: Psychological Bulletin 48, 1951, S. 383-391

Ansbacher, Heinz Ludwig: Testing, Management and Reactions of Foreign Workers in Germany during World War II, in: The American Psychologist 5, 1950, S. 38-50

Ansbacher, Heinz Ludwig: A note concerning Baumgarten-Tramer's "German Psychologists and recent events", in: Journal of Abnormal and Social Psychology 46, 1951 S. 604

Ansbacher, H[einz] L[udwig].: German military Psychology, in: Psychological Bulletin 38, 1941, S. 370-392

Ansbacher, Heinz Ludwig: Bleibendes und Vergängliches aus der deutschen Wehrmachts-psychologie. In: Mitteilungen des Berufsverbandes Deutscher Psychologen 3, 1949, [H. 3] Nr. 12, S. 3-9 (=Beiträge zur Geschichte der Psychologie; 15 [Nachdruck], 216-223)

Ansbacher, H[einz] L[udwig] und K. R. Nichols: Selecting the Nazi Officer, in: Infantry Journal 49, 1941, S. 44-48

Ash, Mitchell G.: Wissenschaft und Wissenschaftsaustausch, in: Detlef Junker, Philipp Gassert, Wilfried Mausbach, David B. Morris (Hg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Krieges 1945-1990. Band 1: 1945-1968. Stuttgart, München 2001, S. 634-645.

Ash, Mitchell G. und Ulfried Geuter (Hg.): Geschichte der deutschen Psychologie im 20. Jahrhundert. Opladen 1985

Ash, Mitchell G. (Hg.): Psychology in Twentieth Century Thought and Society. New York 1987

Ash, Mitchell G.: Learning from Persecution. Emigre Jewish Social Scientists' Studies of Authoritarism and Antisemitism after 1933, in: Caplan, Marion; Meyer, Beate (Hg.): Jüdische Welten. Juden in Deutschland vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Göttingen 2005, S. 271-294

Ash, Mitchell G.: Gestaltpsychology in German Culture, 1890-1967. Holism and the quest for objectivity. Cambridge u.a. 1995

Ash, Mitchell G.: Wissenschaftswandel und Zwangsauswanderung – Kurt Lewin und Else Frenkel Brunswik nach 1933, in: TAJB 27,1998, S. 251-272

Atteslander, Peter: Soziologische Orientierung – Verantwortung und Ohnmacht drer Sozialwissenschaf, in: Bolte, Karl Martin; Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Soziologie als Beruf. Erinnerungen westdeutscher Hochschulprofessoren der Nachkriegsgeneration. Baden-Baden 1998 (Soziale Welt, Sonderband; 11), S. 131-149

Back, Kurt W.: Die Anfänge der Gruppendynamik am Massachusetts Institute of Technology, in: Schönpflug, Wolfgang (Hg.): Kurt Lewin – Person, Werk, Umfeld. Historische Rekonstruktionen und aktuelle Wertungen aus Anlass seines hundersten Geburtstags. Frankfurt/Main u.a. 1992, S. 211-222

Bajohr, Frank; Pohl, Dieter: Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten. München 2006

Bajohr, Frank, Michael Wildt: Einleitung, in: dies. (Hg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus. Frankfurt/Main 2009, S. 7-23 und 188-194

Bajohr, Frank, Michael Wildt (Hg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus. Frankfurt/Main 2009

Bald, Detlef: Militär und Gesellschaft 1945-1990. Die Bundeswehr der Bonner Republik. Baden Baden 1994 (Militär und Sozialwissenschaften; 13)

Bald, Detlef: Vom Kaiserheer zur Bundeswehr. Sozialstruktur des Militärs: Politik der Rekrutierung von Offizieren und Unteroffizieren. Frankfurt/Main, Bern 1981

Bald, Detlef: Kämpfe um die Macht des Militärischen, in: ders., Johannes Klotz und Wolfram Wette: Mythos Wehrmacht. Nachkriegsdebatten und Traditionspflege. Berlin 2001, S. 17-65

Bald, Detlef: Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955-2005. München 2005

Bald, Detlef: “Bürger in Uniform”. Tradition und Neuanfang des Militärs in Westdeutschland, in: Schildt, Axel und Arnold Sywottek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn ²1998, S. 392-402

Bald, Detlef: Militär und Gesellschaft 1945-1990. Die Bundeswehr der Bonner Republik. Baden Baden 1994 (Militär und Sozialwissenschaften; 13)

Bald, Detlef: Vom Kaiserheer zur Bundeswehr. Sozialstruktur des Militärs: Politik der Rekrutierung von Offizieren und Unteroffizieren. Frankfurt/Main, Bern 1981

Bartov, Omer: Wem gehört die Geschichte? Wehrmacht und Geschichtswissenschaft, in: Heer, Hannes und Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944. Hamburg 1995, S. 601-619

Bartov, Omer: Hitlers Soldaten. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges. Reinbek bei Hamburg 1995

Baudissin, Wolf Graf: Soldat für den Frieden. Entwürfe für eine zeitgemäße Bundeswehr. München 1970

Bauerkämper, Arnd: Demokratie als Verheißung oder Gefahr? Deutsche Politikwissenschaftler und amerikanische Modelle 1945 bis Mitte der sechziger Jahre, in: ders., Konrad Jarausch und Payk, Marcus (Hg.): Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970. Göttingen 2005, S. 253-280.

Bauerkämper, Arnd; Jarausch, Konrad; Payk, Marcus: Transatlantische Mittler und die kulturelle Demokratisierung Westdeutschlands 1945-1970, in: dies. (Hg.): Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970. Göttingen 2005, 11-37

Bauerkämper, Arnd; Jarausch, Konrad; Payk, Marcus (Hg.): Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970. Göttingen 2005

Baumgarten, Franziska: Die deutschen Psychologen und die Zeitereignisse. Zürich 1949

Baumgarten, Franziska: Die deutschen Psychologen und die Zeitereignisse, in: Der Aufbau (Zürich), Nr. 48, S. 381-383; Nr. 49, S. 387-390; Nr. 50, 396-400

Baumgarten, Franziska: Die deutschen Psychologen und die Zeitereignisse [Erwiderung auf von Allesch], in: Der Aufbau, 1950, Nr. 37, S. 292-293

Baumgarten, Franziska: Progrès du psychotechnique 1939-1945. Bern 1949

Baumgarten-Tramer, Franziska: German Psychologists and Recent Events, in: Journal for Abnormal and Social Psychology 43 (1948) 452-465

Beck, Ulrich, Wolfgang Bonß (Hg.): Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung. Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens. Frankfurt/Main1989
Becker, Frank: Amerikabild und “Amerikanisierung” im Deutschland des 20. Jahrhunderts – ein Überblick, in: ders. und Elke Reinhardt-Becker (Hg): Mythos USA. “Amerikanisierung” in Deutschland seit 1900. Frankfurt 2006, S. 19-47

Behrends, Jan C., Árpád von Klimó, Patrice C. Poutrus: Antiamerinakismus und die euopäische Moderne. Zur Einleitung, in: dies. (Hg.): Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa. Bonn 2005 (Politik- und Gesellschaftsgeschichte; 68), S. 10-33

Benicke, Jens: Von Adorno zu Mao, Über die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung. Freiburg 2010

Berger, Peter: Die Beratenden Psychiater des deutschen Heeres 1939-1945. Frankfurt/Main u. a. 1998

Berghahn, Volker: Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik. Frankfurt/Main 1985

Bergmann, Werner: Antisemitismus vor Gericht. Die Hakenkreuzschmierereien an der Kölner Synagoge und andere Übergriffe, in: Jürgen Wilhelm, Anne Klein (Hg.): NS-Unrecht vor Kölner Gerichten nach 1945. Köln 2003, S. 131-149

Bergmann, Werner: Antisemitismus als politisches Ereignis. Die antisemitische Schmierwelle im Winter 1959/60, in: ders., Rainer Erb (Hg.): Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945, Opladen 1990, S. 253-276

Bergmann, Werner; Rainer Erb: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Sozialforschung. Opladen 1991

Bergmann, Werner: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949-1989. Frankfurt/Main 1997 (Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung; 4)

Bernett, Hanno: Von der Entflechtung bis zur Wiederherstellung alter Konzernstrukturen – Die Unternehmensorganisation deutscher Montanunternehmen am Beispiel Mannesmann (1945-1958/59), [Bonn] 1991

Besio, Cristina: Forschungsprojekte. Zum Organisationswandel in der Wissenschaft. Bielefeld 2009

Betriebsklima. Eine industriesoziologische Untersuchung aus dem Ruhrgebiet. Frankfurt/Main 1955 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; 3)

Bettelheim, Bruno; Janowitz, Morris: Dynamics of Prejudice. A Psychological and Sociological Study of Veterans. New York 1950 (Studies in Prejudice)

Beutler, Kurt: Die militärpädagogische Publikations- und Beratertätigkeit Erich Wenigers nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Dietrich Hoffmann und Karl Neumann (Hg.): Bildung und Soldatentum. Die Militärpädagogik Erich Wenigers und die Tradition der Erziehung zum Kriege. Weinheim 1992, S. 153-161.

Beutler, Kurt: Geisteswissenschaftliche Pädagogik zwischen Politisierung und Militariserung – Erich Weniger. Frankfurt/Main u.a. 1995

Biess, Frank: Vom Opfer zum Überlebenden des Totalitarismus. Westdeutsche Reaktionen auf die Rückkehr der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion, 1945-1955, in: Günter Bischof und Rüdiger Overmans (Hg.): Kriegsgefangenschaft im Zweiten Weltkrieg. Eine vergleichende Perspektive. Ternitz-Pottschach 1999, S. 365-389

Biess, Frank: Survivors of Totalitarianism. Returning POWs and the Reconstruction of Masculine Citizenship in West Germany, 1945-1955. in: Hanna Schissler (Hg.): The Miracle Years. A Cultural History of Western Germany, 1949-1989. Princeton, Oxford 2001, S. 56-82;

Biess, Frank: Homecomings. Returning POWs and the Legacies of Defeat in Postwar Germany. Princeton, Oxford 2006

Bleek, Wilhelm: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland. München 2001, besonders S. 265-307

Böhler, Jochen: Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939. Frankfurt/Main 2006

Boll, Monika: Nachtprogramm. Intellektuelle Gründungsdebatten in der frühen Bundesrepublik. Münster 2004 (Kommunikationsgeschichte; 19)

Boll, Monika: Kalte Krieger oder Militärreformer? Das Institut und die Bundeswehr, in: dies., Raphael Gross (Hg.): Die Frankfurter Schule und Frankfurt. Eine Rückkehr nach Deutschland. Göttingen 2009, S. 54-63

Boltanski, Luc: Die Führungskräfte. Die Entstehung einer sozialen Gruppe. Frankfurt/Main 1990

Bonß, Wolfgang: Die Einübung des Tatsachenblicks. Zur Struktur und Veränderung empirischer Sozialforschung. Frankfurt/Main 1982.

Bonß, Wolfgang: Kritische Theorie und empirische Sozialforschung: Anmerkungen zu einem Fallbeispiel, in: Fromm, Erich: Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Stuttgart 1980, S- 7-46

Bonß, Wolfgang; Schindler, Norbert: Kritische Theorie als interdisziplinärer Marxismus, in: Bonß, Wolfgang; Honneth, Axel (Hg.): Sozialforschung als Kritik. Zum sozialwissenschaftlichen Potential der Kritischen Theorie. Frankfurt/Main 1982, S. 31-66

Bonß, Wolfgang: Empirie und Dechiffrierung von Wirklichkeit. Zur Methodologie bei Adorno, in: von Friedeburg, Ludwig (Hg.): Adorno-Konferenz 1983.Frankfurt/Main 1983, S. 201-225

Bonß, Wolfgang: Psychoanalyse als Wissenschaft und Kritik, in: ders. und Axel Honneth (Hg.): Sozialforschung als Kritik. Zum sozialwissenschaftlichen Potential der Kritischen Theorie. Frankfurt/Main 1982, S. 367-415

Bourdieu, Pierre; Jean-Claude Chamboredon; Jean Claude Passeron: Soziologie als Beruf. Wissenschaftstheoretische Voraussetzungen soziologischer Erkenntnis. Berlin 1991

Bourdieu, Pierre: Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes. Konstanz 1998

Pierre Bourdieu: Das ökonomische Feld, in: Der Einzige und sein Eigenheim. Schriften zu Politik und Kultur 3. Hamburg 1998, S. 162-20;

Bourdieu, Pierre: Neue Perspektiven für eine Soziologie der Wirtschaft. Wiesbaden 2006

Bowman, Le Roy: Wie leitet man Diskussionen. Ein Ratgeber für Leiter von Diskussionen. München 1948

Brandt, Gerhard: Zentrale Themen und gesellschaftliche Bedingungen der Industriesoziologie seit Mitte der 60er Jahre, in: Brandt, Gerhard: Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung. Transformationsprozesse des modernen Kapitalismus. Aufsätze 1971-1987. Hg. v. Bieber, Daniel; Schumm, Wilhelm. Frankfurt/Main 1990, S. 52-65

Brandt, Gerhard: Marx und die neuere deutsche Industriesoziologie, in: Brandt, Gerhard: Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung. Transformationsprozesse des modernen Kapitalismus. Aufsätze 1971-1987. Hg. v. Bieber, Daniel; Schumm, Wilhelm. Frankfurt/Main

1990, S. 254-280

Braun, Hans; Articus, Stephan: Sozialwissenschaftliche Forschung im Rahmen der amerikanischen Besatzungspolitik 1945-1949, in: KZfSS 36, 1984, S. 703-737

Braun, Hans; Articus, Stephan; Hardin, Bert; Zörkler, Maria: Die sozialwissenschaftliche Forschung im Rahmen der amerikanischen Besatzungspolitik in Westdeutschland zwischen 1945 und 1949. Eine Pilotstudie. Trier 1983

Braun, Hans: Sozialwissenschaftliche Forschung als Selbstvergegenwärtigung und Evaluation der amerikanischen Besatzungsherrschaft, in: ders., Uta Gerhardt, Everhard Holtmann (Hg.): Die lange Stunde Null. Gelenkter Sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945. Baden Baden 2007, S. 204-225

Braun, Hans: Helmut Schelskys Konzept der 'nivellierten Mittelstandsgesellschaft', in: AfS 29, 1989, S. 198-223

Braun, Siegfried: Thesen zum Verhältnis von Gewerkschaft und Wissenschaft nach 1945, in: Hülsdünker, Josef; Schellhase, Rudolf (Hg.): Soziologiegeschichte. Identität und Krisen einer 'engagierten' Disziplin. Berlin 1986, S. 105-122

Braunstein, Dirk: Adornos Kritik der politischen Ökonomie. Bielefeld 2011

Brickner, Richard M.: Is Germany Incurable?, Philadelphia, New York 1943

Brieler, Paul: Militärische Forschung an den Hochschulen – die zivilen Standbeine der Wehrpsychologie, in: Psychologie und Gesellschaftskritik 9 (1985), H. 36, S. 31-36

Brieler, Paul: ‚Sorgenkinder' in der Wehrmachtspsychologie, in: Psychologie und Gesselschaftskritik 12 (1988), H 47, S. 51-75

Brink, Cornelia: Ikonen der Vernichtung. Öffentlicher Gebrauch von Fotografien aus nationalsozialistischen Konzentrationslagern nach 1945. Berlin 1998.

Brochhagen, Ulrich: Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer. Hamburg 1994 (Schriftenreihe des Hamburger Instituts für Sozialforschung)

Bröckling, Ulrich: Disziplin. Zur Soziologie und Geschichte militärischer Gehorsamsproduktion. München 1997

Bröckling, Ulrich: SchlachtFeldForschung. Die Soziologie im Krieg, in: Mittelweg 36, H. 5/2000, S. 74-92

Brünneck, Alexander von: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968. Frankfurt am Main 1978;

Burdick, C.B.: Vom Schwert zur Feder. Deutsche Kriegsgefangene im Dienst der Vorbereitung der amerikanischen Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrig. Die organisatorische Enticklung der Operational History (German) Section, in: MGM 8 (1971) H. 2, S. 69-80

Buss, Allan R. (Hg.): Psychology in Social Context. New York u. a 1979

Carson, John: Army Alpha, Army Brass, and the Search for Military Intelligence, in: Isis 84 (1993) S. 278-309

Chamberlin, Brewster S.: Todesmühlen. Ein früher Versuch zur Massen-„Umerziehung" im

besetzten Deutschland 1945-46, in: VfZG 29, 1981, S.420-436

Christie, Richard, Peggy Cook: A guide to pubished literature relating to the Authorarian Personality through 1956, in: The Journal of Psychology 23, 1958, S. 171-199

Christie, Richard (Hg.): Studies in the Scope and Method of the “Authoritarian Personality”. Glencoe/Illinois 1954, Reprint Westport 1981

Claussen, Detlev: Die amerikanische Erfahrung der Kritischen Theoretiker, in: Keine Kritische Theorie ohne Amerika, Hannoversche Schriften 1, 1999, S. 27-45

Claussen, Detlev: Einleitung. Kopf der Leidenschaft. Herbert Marcuses Deutschlandanalysen, in: Herbert Marcuse: Feindanalysen. Schriften über die Deutschen. Lüneburg 2007 (Schriften aus dem Nachlass; 5), S. 11-21

Claussen, Detlef: Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus. Frankfurt/Main 1994

Cocks, Geoffrey C.: Psyche and Swastika. Neue deutsche Seelenkunde 1933-45. Los Angeles. 1975

Cocks, Geoffrey C.: The Professionalization of Psychotherapy in Germany, 1928-1929, in: ders. (Hg.): German Professions 1850-1950. New York 1990, S. 308-328

Creveld, Martin van: Kampfkraft. Militärische Organisation und militärische Leistung. Freiburg 1989, ²1992 (Einzelschriften zur Militärgeschichte; 31)

Cüppers, Martin: Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer-SS und die Judenvernichtung 1939-1945. Darmstadt 2005 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart; 4)

Dahms, Hans-Joachim: Positivismusstreit. Die Auseinandersetzungen der Frankfurter Schule mit dem logischen Positivismus, dem amerikanischen Pragmatismus und dem kritischen Rationalismus. Frankfurt/Main ²1998

Dahrendorf, Ralf: Das Mitbestimmungsproblem in der deutschen Sozialforschung. Eine Kritik. Tübingen 1963 (Studien und Berichte aus dem Soziologischen Seminar der Universität Tübingen; [1])

Danziger, Kurt: Die Rolle der psychologischen Forschungspraxis in der Geschichte, in: Schorr, Angela und Ernst Wehner (Hg.): Psychologiegeschichte heute. Göttingen 1990, S. 12-25

Danziger, Kurt: The Social Origins of Modern Psychology, in: Buss, Allan R. (Hg.): Psychology in Social Context. New York u. a. 1979, S. 27-45

Danziger, Kurt: Social context and investigation practice in early twentieth century psychology, in: Ash, Mitchell G.: Psychology in twentieth century psychology. New York 1987, S. 13-33

Daub, Edelgard: Franziska Baumgarten: Eine Frau zwischen akademischer und praktischer Psychologie. Frankfurt/Main 1996 (Beiträge zur Geschichte der Psychologie; 12)

Davis, D. R.: German Applied psychology. Washington DC 1947

Davis, D. R.: Post-mortem on German applied Psychology. Occupational Psychology,

London. 21 (1945), 105-110

Demirovic, Alex: Der nonkormistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule. Frankfurt/Main 1999

Deutsche Gesellschaft für Personalwesen (Hg.): Der öffentliche Dienst in den Vereinigten Staaten von Amerika. Ein Reisebericht. Frankfurt/Main 1950

Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (Hg.): Psychologische Mobilmachung. Tübingen 1983 (Forum für Verhaltenstherapie und soziale Praxis, 4)

Deutsches Industrieinstitut (Hg.): Bibliographie zur Mitbestimmung und Betriebsverfassung. Köln 1963

Diefenbacher, Hans: Empirische Mitbestimmungsforschung. Eine kritische Auseinandersetzung mit Methoden und Resultaten. Frankfurt am Main 1983 [zugleich: Kassel, Gesamthochschule, Fachber. Angewandte Sozialwiss., Diss.]

Dietz, Bernhard; Christopher Neumaier: Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Geschichte, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 50, 2012, S. 293-304

Dietze, Carola: Nachgeholtes Leben. Hellmuth Plessner 1892-1985. Eine Biographie. Göttingen 2006

Diner, Dan: Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments. München 2002.
Dipper, Christof: Der deutsche Widerstand und die Juden, in GuG 9, 1983, S. 349-380

Dipper, Christof: Modernisierung des Nationalsozialismus, in: NPL 36 ,1991, S. 450-456

Doering-Manteuffel, Anselm: Dimensionen von Amerikanisierung in der deutschen Gesellschaft, in: AfS 35, 1995, S. 1-34

Doering-Manteuffel, Anselm: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert. Göttingen 1999

Domsch, Michael und Irmgard Jochum: Zur Geschichte des Assessment Centers - Ursprünge und Werdegänge, in: Lattmann, Charles (Hg.): Das Assessment Center Verfahren der Eignungsbeurteilung. Sein Aufbau, seine Anwendung, und seine Aussagekraft. Heidelberg 1989, S. 1-18

Dörner, Bernward: Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder konnte. Berlin 2007

Dorsch, Friedrich: Geschichte und Probleme der angewandten Psychologie. Bern 1963

Dougherty, William E., Morris Janowitz: A Psychological Warfare Casebook. Baltimore 1958

Dubiel, Helmut: Wissenschaftsorganisation und politische Erfahrung. Studien zur frühen Kritischen Theorie. Frankfurt/Main 1978

Düll, Klaus: Industriesoziologie in Frankreich. Frankfurt/Main 1975

Dyk, Irene J.: Wissenschaftstransfer: Die Beziehungen zwischen Theorie, Forschung und Praxis am Beispiel der Human Relations. Linz 1975

Echternkamp, Jörg: Mit dem Krieg seinen Frieden schließen. Wehrmacht und

Veteranenkultur 1945-1960, in: Kühne, Thomas (Hg.): Von der Kriegskultur zur Friedenskultur? Zum Mentalitätswandel in Deutschland seit 1945. Münster 2000, S. 94-109

Eckel, Jan: Intellektuelle Transformationen im Spiegel der Widerstandsdeutungen, in: Ulrich Herbert (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980. Göttingen 2002 (Moderne Zeit; 1), S. 140-176

Empirische Sozialforschung. Meinungs- und Markforschung. Methoden und Probleme. Frankfurt Main 1952 (Wissenschaftliche Schriftenreihe des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e. V.; 13)

Ermarth, Michael: Amerikanisierung und deutsche Kulturkritik 1945-1965. Metastasen der Moderne und hermeneutische Hybris, in: Konrad Jarausch und Hannes Siegrist (Hg.): Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deútschland 1945-1970. Frankfurt/Main; New York 1997, S. 315-335

Etzemüller, Thomas: Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945. München 2001 (Ordnungssysteme; 9)

Etzemüller, Thomas (Hg.): Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert. Bielefeld 2009 (Histoire; 9),

Etzemüller, Thomas: Social Engineering als Verhaltenslehre des Kühlen Kopfes. Eine einleitende Skizze, in: Etzemüller, Thomas (Hg.): Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert. Bielefeld 2009 (Histoire; 9), S. 11-39

Fahrenberg, Jochen; Steiner, John M.: Adorno und die autoritäre Persönlichkeit, in: KZfSS 56, 2004, S. 127-152

Fallend, Karl; Handlbauer, Bernhard; Kienreich, Werner: Der Einmarsch in die Psyche. Psychoanalyse, Psychologie und Psychiatrie im Nationalsozialismus und die Folgen. Wien 1989

Fitts, Paul M.: German applied Psychology during World War II, in: American Psychologist 1, 1946, S. 151-161

Fleck, Ludwik: Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache: Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv. [1935] Frankfurt/Main ²1994 [Genesis and development of a scientific fact [1935]. Chicago 1981]

Fleck, Christian: Transatlantische Bereicherungen. Zur Erfindung der empirischen Sozialforschung. Frankfurt/Main 2007

Flemming, Thomas: “Willenspotentiale”. Offizierstugenden als Gegenstand der Wehrmachtspsychologie, in: Breymayer, Ursula, Bernd Ulrich und Karin Weyland (Hg): Willensmenschen. Über deutsche Offiziere. Frankfurt/Main 1999, S. 111-122

Flick, Uwe: Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften. 4. Auflage. Reinbek bei Hamburg 1999

Flik, Gotthilf: Zur Geschichte der Wehrmachtspsychologie 1934-1943 – Aufbau der Bundeswehrpsychologie 1951-1966. Bonn 1988 (Untersuchungen des psychologischen Dienstes der Bundeswehr; Sonderreihe: Zur Geschichte der Wehrpsychologie; 1)

Foschepoth, Josef: Im Schatten der Vergangenheit. Die Anfänge der Gesellschaft für

Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Göttingen 1993

Frei, Norbert: Erinnerungskampf. Zur Legitimationsproblematik des 20. Juli 1944 im Nachkriegsdeutschland, in: Christian Jansen, Lutz Niethammer, Bernd Weisbrod (Hg.): Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen. Berlin 1995, S. 493-504

Frei, Norbert: Von deutscher Erfindungskraft oder: Die Kollektivschuldthese in der Nachkriegszeit, in: Gary Smith (Hg.): Hannah Arendt Revisited: "Eichmann in Jerusalem" und die Folgen. Frankfurt/Main 2000, S. 163-176

Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996

Frei, Norbert; Brunner, José; Goschler, Constantin (Hg.): Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel. Göttingen 2009

Frenkel-Brunswick, Else und Nevitt R. Sanford: Die antisemitische Persönlichkeit. Ein Forschungsbericht, in: Simmel, Ernst (Hg.): Antisemitismus. Mit Beiträgen von Theodor W. Adorno, Bernhard Berliner, Otto Fenichel, Else Frenkel-Brunswick, R. Nevitt Sanford, Max Horkheimer, Douglas W. Orr, Ernst Simmel. Frankfurt/Main 1993, S. 119-147

Freud, Sigmund: Massenpsychologie und Ich-Analyse, in: ders.: Gesammelte Schriften. Bd. 9. Frankfurt/Main 2000, S. 61-134

Freyhold, Michaela von: Autoritarismus und politische Apathie. Frankfurt/Main 1971 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; 22)

Fritscher, Werner (Hg.): Deutsche Wehrmachtpsychologie 1914-1945. München: Verlag für Wehrwissenschaften 1985

Fritscher, Werner: Die psychologische Auswahl des Offiziersnachwuchses während des zweiten Weltkrieges in der deutschen Wehrmacht, in: ders. 1985, S. 423- 475

Fritscher, Werner: Ein Beitrag zum Validierungsproblem der wehrmachtspsychologischen Offiziersauslese, in: Wehrpsychol. Mitt. 6 (1972), H. 2, S.111-127

Fromm, Erich: Über Methode und Aufgabe einer analytischen Sozialpsychologie, in: ZfS 1, 1932, S. 28-54

Friedeburg, Ludwig von: Soziologie des Betriebsklimas. Studien zur Deutung empirischer Untersuchungen in industriellen Großbetrieben. Frankfurt/Main 1963 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; 13)

Friedeburg, Ludwig von: Kooperation und Konkurrenz. Industriesoziologische Forschung in der westdeutschen Nachkriegszeit, in: SOFI-Mitteilungen 1997, Nr. 25, S. 25-31

Friedeburg, Ludwig von: Soziologie als angewandte Aufklärung. Zum Wiederbeginn in den fünfziger Jahren, in:
Heinz Sahner (Hg.): Soziologie als angewandte Aufklärung. Weniger erwartet, aber mehr als zu befürchten war. Die Entwicklung der Nachkriegssoziologie aus der Sicht der frühen Fachvertreter. Baden-Baden 2000, S. 23-33;

Friedeburg, Ludwig von: Empirische Sozialforschung am Anfang der Bundesrepublik und die Verkennung ihres demokratischen Potentials, in: Dieter Jaufmann u.a. (Hg.): Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland. Frankfurt/Main, New York 1992, S. 37-45.

Friedeburg, Ludwig von: Zur Fluktuation im Steinkohlebergbau, in: Bundesarbeitsblatt 8, 1957, 705-721;

Friedrichs, Jürgen: Methoden empirischer Sozialforschung. 14. Auflage. Opladen 1990

Fromm, Erich: Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Bearbeitet und herausgegeben von Wolfgang Bonß. Stuttgart 1980

Fromm, Erich: Sozialpsychologischer Teil, in: Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung. [Paris 1936] Reprint. Lüneburg 1987, S. 77-135

Füssl, Karl Heinz: Deutsch-Amerikanischer Kulturaustausch im 20. Jahrhundert. Bildung – Wissenschaft – Politik. Frankfurt/Main 2004

Garbe, Detlef: Äußerliche Abkehr, Erinnerungsverweigerung und "Vergangenheitsbewältigung": Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in der frühen Bundesrepublik, in: Axel Schildt und Arnold Sywottek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn ²1998, S. 693-716

Gassert, Philipp: Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung, in: AfS 39, 1999, S. 531-561

Gerlach, Christian: Die Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion, in Hannes Heer und Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Die Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944. Hamburg 1995, S. 620-633

Genschel, Dietrich: Wehrreform und Reaktion. Die Vorbereitung der Inneren Führung 1951-1956. Hamburg 1972

Geratewohl, Siegfried: Zur Geschichte der deutschen Flieger und Flugpsychologie, in: Fritscher, Werner (Hg.): Deutsche Wehrmachtpsychologie 1914-1945. München 1985, S. 287-420

Gerhardt, Uta: Re-Demokratisierung nach 1945 im Spiegel der zeitgenössischen Sozialforschung und sozialwissenschaftlichen Literatur, in: dies., Ekkehard Mochmann (Hg.): Gesellschaftlicher Umbruch 1945-1990, Re-Demokratisierung der Lebensverhältnisse. München 1992, S. 27-57

Gerhardt, Uta: A Hidden Agenda of Recovery: The Psychiatric Conceptualization of Re-Education for Germany in the United States during World War II, in: German History 14, 1996, S. 297-324

Gerhardt, Uta: Die Wiederanfänge der Soziologie nach 1945 und die Besatzungsherrschaft in Westdeutschland, in: Denken der Demokratie. Die Soziologie im transatlantischen Transfer des Besatzungs-Regimes. Vier Abhandlungen. Stuttgart 2007 (Transatlantische Historische Studien; 31), S. 99-165

Gerhardt, Gerhardt: Medizin, Soziologie und Re-Education, in: dies.: Gesellschaft und Gesundheit. Essays zur Begründung der Medizinsoziologie. Frankfurt/Main 1991, S. 261-300

Gerhardt, Uta: Talcott Parsons als Deutschlandexperte während des Zweiten Weltkriegsm, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43, 1991, S. 211-234

Gerhardt, Uta: Der Einfluss der USA, in: Heinz Sahner (Hg.): Fünfzig Jahre nach Weilheim. Empirische Markt- und Sozialforschung, gestern, heute, morgen. Baden-Baden 2002, S. 29-49

Gerhardt, Uta: Soziologie der Stunde Null. Zur Gesellschaftskonzeption des amerikanischen Besatzungsregimes in Deutschland 1944-1945/1946. Frankfurt/Main 2005

Gerhardt, Uta: Denken der Demokratie. Die Soziologie im transatlantischen Transfer des Besatzungs-Regimes. Vier Abhandlungen. Stuttgart 2007 (Transatlantische Historische Studien; 31)

Gerhardt, Uta: "... a democratic and peace-loving German society". Die Probleme der gesellschaftlichen Demokratisierung in der Vorgeschichte der Bundesrepublik als Thema der amerikanischen Sozialogie, in: dies.: Denken der Demokratie. Die Soziologie im transatlantischen Transfer des Besatzungs-Regimes. Vier Abhandlungen. Stuttgart 2007 (Transatlantische Historische Studien; 31), S. 241-310

Gerhardt, Uta: "...applying psychiatric therapy to Germany". Die Denkfigur Reeducation in den amerikanischen Sozialwissenschaften und der Besatzungskonzeption, in: dies.: Denken der Demokratie. Die Soziologie im transatlantischen Transfer des Besatzungs-Regimes. Vier Abhandlungen. Stuttgart 2007 (Transatlantische Historische Studien; 31), S. 33-97

Gerhardt, Uta in Zusammenarbeit mit Arnold, Alexia: Zweimal Surveyforschung. Der Neuanfang der empirischen Sozialforschung nach dem Nationalsozialismus, in: Uta Gerhardt: Denken der Demokratie. Die Soziologie im transatlantischen Transfer des Besatzungs-Regimes. Vier Abhandlungen. Stuttgart 2007 (Transatlantische Historische Studien; 31), S. 167-239

Gerhardt, Uta: Soziologie im zwanzigsten Jahrhundert. Studien zu ihrer Geschichte in Deutschland. Stuttgart 2009

Gerlach, Christian: Die Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion, in Hannes Heer und Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Die Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944. Hamburg 1995, S. 620-633

Gerstenberger, Friedrich: Strategische Erinnerungen. Die Memoiren deutscher Offiziere, in: Hannes Heer und Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Die Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944. Hamburg 1995, S. 620-63

Geuter, Ulfried: Daten zur Geschichte der deutschen Psychologie. Bd. 1: Psychologische Institute, Fachgesellschaften, Fachzeitschriften und Serien, Biographie, Emigranten 1879-1945. Göttingen 1987

Geuter, Ulfried: Das Institut für Arbeitspsychologie und Arbeitspädagogik der Deutschen Arbeitsfront. Eine Forschungsnotiz, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 1, 1987, H. 2, S. 87-95

Geuter, Ulfried: Institutionelle und professionelle Schranken der Nachkriegsauseinandersetzung über Psychologie im Nationalsozialismus, in: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie 1983, S. 22-50

Geuter, Ulfried: Militärpsychologie, in: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (Hg.): Psychologische Mobilmachung. Tübingen 1983 (Forum für Verhaltenstherapie und soziale Praxis, 4), S. 9-22

Geuter, Ulfried: Polemos panton Pater. Militär und Psychologie im Dritten Reich 1933-1945,

in: Ash, Mitchell G., Geuter, Ulfried (Hg.): Geschichte der deutschen Psychologie im 20. Jahrhundert. Opladen 1985, S. 146-171

Geuter, Ulfried: Das Institut für Arbeitspsychologie und Arbeitspädagogik der Deutschen Arbeitsfront. Eine Forschungsnotiz, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 1, 1987, H. 2, S. 87-95

Geuter, Ulfried: Die Professionalisierung der deutschen Psychologie. Frankfurt 1985

Gilcher-Holtey, Ingrid: Plädoyer für eine dynamische Mentalitätsgeschichte, in: GuG 24, 1998, S. 276-297

Gillespie, Richard: Manufacturing Knowledge. A history of the Hawthorne Experiments. Cambridge 1991

Gillespie, Richard: The Hawthorne Experiments and the Politics of Experimentation, in: Morawski, Jill G. (Hg.): The Rise of Experimentation in American Psychology. New Haven, London 1988, S. 114-137

Goldhagen, Daniel Jonah: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Berlin 1996

Goltermann, Svenja: Im Wahn der Gewalt. Massentod, Opferdiskurs und Psychiatrie 1945-1956, in: Klaus Naumann (Hg.): Nachkrieg in Deutschland. Hamburg 2001, S. 343-363

Goltermann, Svenja: Verletzte Körper oder “Building National Bodies”. Kriegsheimkehrer, “Krankheit” und Psychiatrie in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft 1945-1955, in: WerkstattGeschichte 24, 1999, S. 83-98;

Goltermann, Svenja: Die Beherrschung der Männlichkeit. Zur Deutung psychischer leiden bei den Heimkehrern des Zweiten Weltkriegs 1945-1956, in: Feministische Studien 18, 2000, 7-19

Goltermann, Svenja: Die Gesellschaft der Überlebenden. Deutsche Kriegsheimkehrer und ihre Gewalterfahrungen im Zweiten Weltkrieg. Stuttgart ^{2}2009

Gould, Stephen Jay: Der falsch vermessene Mensch. Frankfurt/Main ²1994 [The Mismeasure of Men. New York 1981]

Graf, Rüdiger; Kim Christian Priemel: Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 59, 2011, S. 479-508

Graumann, Carl Friedrich (Hg.): Psychologie im Nationalsozialismus. Berlin 1985

Greiner, Christian: Die Dienststelle Blank. Regierungspraxis bei der Vorbereitung des westdeutschen Verteidigungsbeitrags von 1950-1955, in: MGM 17 (1975) S. 99-124

Greiner, Bernd: Die Morgenthau Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans. Hamburg 1995.

Greiner Bernd: “Test the West”. Über die “Amerikanisierung” der Bundesrepublik Deutschland, in Mittelweg 36, 1997, S. 4-40

Grigat, Stephan: Fetisch und Freiheit. Über die Rezeption der Marxschen Fetischkritik, die Emanzipation von Staat und Kapital und die Kritik des Antisemitismus. Freiburg 2007

Grigat, Stephan: Befreite Gesellschaft und Israel. Zum Verhältnis von kritischer Theorie und Zionismus, in: Feindaufklärung und Reeducation. Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus. Freiburg 2006

Grossheim, Michael: Die westdeutsche Psychologie nach 1945 – amerikanistische Mode oder exakte Wissenschaft? in: Zitelmann, Rainer (Hg.): Westbindung. Chancen und Risiken. Frankfurt Main u.a. 1993, S. 391-419

Grünberg, Harald: Psychologiegeschichte und die Anfänge der Psychologie, in: Helmut E. Lück u.a.: Sozialgeschichte der Psychologie. Opladen 1987, S. 11-60

Hahn, Brigitte J.: Umerziehung durch Dokumentarfilm. Ein Instrument amerikanischer Kulturpolitik im Nachkriegsdeutschland. Münster 1997 (Kommunikationsgeschichte; 4)

Hahn, Thomas: Industriesoziologie als Wirklichkeitswissenschaft? Zwischen Empirie und Kult, in: Jaeggi, Urs [u. a.]: Geist und Katastrophe. Studien zur Soziologie im Nationalsozialismus. Berlin 1983, S. 174-311

Hahn, Thomas: Wissenschaft und Macht. Überlegungen zur Geschichte der Arbeitssoziologie 1935-1945, in: Soziale Welt 34, 1984, S. 60-93

Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.): Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944. Hamburg ²2002

Hartmann, Heinz: Wechselhaft mit Aufheiterungen. Erfahrungen mit soziologischen Wetterlagen, in: Karl Martin Bolte, Friedhelm Neidhardt (Hg.): Soziologie als Beruf. Erinnerungen westdeutscher Hochschulprofessoren der Nachkriegsgeneration. Baden-Baden 1998 (Soziale Welt, Sonderband; 11), S. 353-372

Hartmann, Christian; Hürter, Johannes; Jureit, Ulrike (Hg.): Verbrechen der Wehrmacht Bilanz einer Debatte. München 2005

Hartmann, Heinz: Auf der Suche nach Soziologie, in: Christian Fleck (Hg.): Wege zur Soziologie nach 1945. Autobiographische Notizen. Opladen 1996, S. 291-309

Heer, Hannes und Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg, Verbrechend der Wehrmacht 1941-1944. Hamburg 1995

Heintz, Peter: Soziale Vorurteile. Ein Problem der Persönlichkeit, der Kultur und der Gesellschaft. Köln 1957

Heintz, Peter: Zur Problematik der “Autoritären Persönlichkeit”, in: KzfSS 9, 1957, S. 28-49

Herbert, Ulrich: Liberalisierung als Lernprozess, Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, eine Skizze, in: ders. (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland, Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980. Göttingen 2002 (Moderne Zeit; 1)

Herff, Jeffrey: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland. Berlin 1998

Herzog, Dagmar: Die Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Berlin 2005.

Hilger, Andreas: Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion 1941-1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung. Essen 2000 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte – Neue Folge; 11)

Hochgeschwender, Michael: Freiheit in der Offensive. Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen. München 1998 (Ordnungssysteme – Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit; 1)

Hofstätter, Peter R.: Die Psychologie der öffentlichen Meinung. Wien [1949] (Erkenntnis und Besinnung; 13)

Hofstätter, Peter R.: Zum ”Gruppenexperiment” von F. Pollock. Eine Kritische Würdigung, in KZfSS 9, 1957, S. 97-105

Holzner, Burkart: Amerikanische und deutsche Psychologie. Eine vergleichende Darstellung. Würzburg 1958

Horkheimer, Max: Die Juden und Europa, in: Studies in Philosophy and Social Sciences, 8, 1939, S. S. 115-137, wiederabgedruckt in: Dubiel, Helmut; Söllner, Alfons (Hg.): Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939-1942. Frankfurt/Main 1984, S. 33-53

Horkheimer, Max: Die gegenwärtige Lage der Sozialphilosophie und die Aufgaben eines Instituts für Sozialforschung. Frankfurter Universitätsreden. Frankfurt 1931, S. 3-16, wiederabgedruckt in: ders: Sozialphilosophische Studien. Aufsätze, Reden und Vorträge 1930-1972, hg. von W. Brede. Frankfurt/Main 1972, S. 33-46

Horkheimer, Max: Geschichte und Psychologie, ZfS 1, 1932, S. 124-144

Horkheimer, Max: Research Project on Anti-Semitism. Idea of the Project, in: SPSS 9, 1941, S. 141-143

Horkheimer, Max: Menschen im Großbetrieb. Meinungsforschung in der Industrie, in: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, Nr. 14, 19.2.1955, S. 4, auch publiziert in ders.: Gesammelte Schriften. Band 8: Vorträge und Aufzeichnungen 1949-1975. Frankfurt/Main 1985, S. 95-105

Hovland, Carl I.; Lumsdaine, Arthur A.; Sheffield, Fred E.: Experiments on Mass Communication. New York [Reprint der Ausgabe Princeton, NJ: Princeton UP 1949] (Studies in Social Psychology in World War II; 3)

Hülsdünker, Josef; Möbius, Thomas; Florian, Michael: Praxisprobleme industriesoziologischer Forschung. Ein Beitrag zur Identitätsproblematik praktisch orientierter Industriesoziologie in Handlungsfeldern der Gewerkschaften, in: Hülsdünker, Josef; Schellhase, Rolf: Soziologiegeschichte. Identität und Krisen einer ‚engagierten' Disziplin. Berlin 1988, S. 123-173

Hülsdünker, Josef: Praxisorientierte Sozialforschung und gewerkschaftliche Autonomie. Industrie- und betriebssoziologische Studien des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Verwissenschaftlichung der Gewerkschaftspolitik des DGB von 1946-1956. Münster 1983 (Die Entstehung der westdeutschen Industriesoziologie; 2)

Institut für Sozialforschung: Soziologische Exkurse. Nach Vorträgen und Diskussionen. Frankfurt/Main: Europäische Verlagsanstalt 1956 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; 4).

Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang von Goethe-Universität Frankfurt am Main [Hg.] Forschungsarbeiten 1950-1990, bearbeitet von Alex Demirovic. Frankfurt/Main 1990

Institut für Sozialforschung (Hg.): Forschungsarbeiten, Frankfurt/Main 1999 (Mitteilungen des Instituts für Sozialforschung Heft 10)

Institut für Sozialforschung: „Ideologie“ in: Institut für Sozialforschung: Soziologische Exkurse. Nach Vorträgen und Diskussionen. Frankfurt/Main 1956, neue Auflage: Hamburg 1991, S. 162-181

Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am/Main, Forschungsinstitut für Sozial- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Köln (Soziologische Abteilung): Glossar zur Verdeutschung englischer Fachausdrücke aus der Methodik der empirischen Sozialforschung, in: René König (Hg.): Das Interview. Formen, Technik, Auswertung. Praktische Sozialforschung I. Köln: Verlag für Politik und Wirtschaft ²1957, S. 347-385

Institut für Sozialforschung: Betriebsklima. Eine industriesoziologische Untersuchung aus dem Ruhrgebiet. Frankfurt/Main 1955

Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am/Main: Forschungsinstitut für Sozial- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Köln (Soziologische Abteilung): Glossar zur Verdeutschung englischer Fachausdrücke aus der Methodik der empirischen Sozialforschung, in: René König (Hg.): Das Interview. Formen, Technik, Auswertung. Praktische Sozialforschung I. Köln: Verlag für Politik und Wirtschaft ²1957, S. 347-385

Institut für Sozialforschung, Frankfurt/Main: Der autoritäre Charakter. 2 Bde. Amsterdam: De Munter 1968 (Schwarze Reihe; 6-7)

Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e. V.: Empirische Sozialforschung. Meinungs- und Marktforschung. Methoden und Probleme. Frankfurt/Main 1952 (Wissenschaftliche Schriftenreihe des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e. V.; 13)

Jacobsen, Walter: Bibliographie Politische Psychologie. Politische Psychologie in der Bundesrepublik Deutschland. Vorgeschichte und Bibliographie. Frankfurt/Main 1985

Jäger, Lorenz: Adorno. Eine politische Biographie. Stuttgart 2003.

Jarausch, Konrad H.: Missverständnis Amerika: Antiamerikanismus als Projektion, in: Behrends, Jan C.; von Klimó, Árpád; Poutrus, Patrice C. (Hg.): Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert, S. 34-49

Jarausch, Konrad: Amerikanische Einflüsse und deutsche Einsichten. Kulturelle Aspekte der Demokratisierung Westdeutschlands, in: Bauerkämper, Arnd; Jarausch, Konrad; Payk, Marcus M. (Hg.): Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970. Göttingen 2005, S. 57-81

Jay, Martin: Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung. Frankfurt/Main 1976, S. 143-208, S. 261-296

Jay, Martin: Adorno in Amerika, in: Keine Kritische Theorie ohne Amerika, Hannoversche Schriften 1, 1999, S. 46-76

Jay, Martin: Frankfurter Schule und Judentum. Die Antisemitismusanalyse der Kritischen Theorie, in: Geschichte und Gesellschaft 5, 1979, S. ###-###

Jureit, Ulrike: Generationenforschung. Göttingen 2006

Jureit, Ulrike, Michael Wildt: Generationen, in: dies.: Generationen. Zur Relevanz eines geschichtswissenschaftlichen Grundbegriffs. Hamburg 2005, S. 7-26
Kaiser, Wolf (Hg.): Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden. Berlin, München 2002

Kämper, Heidrun: Der Schulddiskurs in der frühen Nachkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des sprachlichen Umbruchs nach 1945. Berlin, New York 2005

Kämper, Heidrun: Opfer – Täter – Nichttäter. Ein Wörterbuch zum Schulddiskurs 1945–1955. Berlin, New York 2007

Karst, Heinz: Das Bild des Soldaten. Versuch eines Umrisses. Boppard am Rhein ³1969

Karst, Heinz, Friedrich Beermann und Franz Grosse: Menschenführung, Personalauslese, Technik in Wirtschaft und Armee. Darmstadt [1954] (Lebendige Wirtschaft. Veröffentlichungen der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft e. V.; 4)

Kaste, Hermann: Arbeitgeber und Humanisierung der Arbeit. Eine exemplarische Analyse. Opladen 1981

Kaufmann, Erich: Warum konnte der Krieg zum Verbrechen erklärt werden? In: BMVg, Innere Führung: Schicksalsfragen der deutschen Nation. Bd. 1. Tübingen 1957, S. 271-294

Kaufmann, Erich: Warum konnte der Krieg zum Verbrechen erklärt werden? In: BMVg, Innere Führung: Schicksalsfragen der deutschen Nation. Bd. 1. Tübingen 1957, S. 271-294

Keller, Reiner: Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden 2005

Kern, Horst: Empirische Sozialforschung. Ursprünge, Ansätze, Entwicklungslinien. München 1982

Kern, Horst: Proletarisierung, Polarisierung, Aufwertung der Lohnarbeit? Der Blick der deutschen Industriesoziologie auf den Wandel der Arbeitsstrukturen, in: Friedrichs, Jürgen; Lepsius, M. Rainer; Mayer, Karl Ulrich (Hg.): Die Diagnosefähigkeit der Soziologie. Köln. Opladen: 1998 (KZfSS, Sonderhefte; 38), S . 113-163

Kershaw, Ian: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick. Reinbek bei Hamburg 1995

Kirchheimer, Otto: Changes in the Structure of Political Compromise, in: Studies in Philosophy and Social Science 9, 1941, Nr. 2, S. 264-289

Klein, Paul; Kozielski, Peter Michael: Das Militär und die Sozialwissenschaften in Deutschland, in: Klein, Paul; Prüfert, Andreas (Hg.): Militär und Wissenschaft in Europa – Kritische Distanz oder hilfreiche Ergänzung? 25 Jahre Arbeitskreis Militär und Sozialwissenschaften. Baden Baden 1998 (Militär und Sozialwissenschaften; 23)

Kleinschmidt, Christian: Das ”1968" der Manager: Fremdwahrnehmung und Selbstreflexion einer sozialen Elite in den 1960er Jahren, in: Kleinschmidt, Christian; Hesse, Jan-Otmar; Lauschke, Karl (Hg.): Kulturalismus, Neue Institutionenökonomik oder Theorienvielfalt. Eine Zwischenbilanz der Unternehmensgeschichte. Essen: Klartext 2002 (Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte; 9), S. 19-31

Kleinschmidt, Christian: Der produktive Blick. Wahrnehmung amerikanischer und japanischer

Management- und Produktionsmethoden durch deutsche Unternehmer 1950-1985. Berlin 2002 (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte; Beihefte, 1)

Klingemann, Carsten: Vergangenheitsbewältigung oder Geschichtsschreibung. Unerwünschte Traditionsbestände deutscher Soziologie zwischen 1933 und 1945in: Packe, Sven u. A. (Hg.): Ordnung und Theorie. Darmstadt 1986, S. 223-279

Klingemann, Carsten: Empirische Soziologie im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit. Eine Stellungnahme zu Erwin K. Scheuch, in: ZUMA [Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim]-Nachrichten, 24, 2000, Nr. 46, S. 171-180

Klingemann, Carsten: Soziologie im Dritten Reich. Baden-Baden 1996

Klingemann, Carsten. Reichssoziologie und Nachkriegssoziologie: Zur Kontinuität einer Wissenschaft in zwei politischen Systemen, in: Renate Knigge-Tesche (Hg.): Berater der braunen Macht. Wissenschaft und Wissenschaftler im NS-Staat. Frankfurt/Main 1999, S. 70-93

Klingemann, Carsten: Wissenschaftliches Engagement vor und nach 1945, in: Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas (Hg.): Wissenschaft und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2002, S. 393-431

Kocka, Jürgen; Prinz, Michael: Vom ”neuen Mittelstand” zum angestellten Arbeitnehmer. Kontinuität und Wandel der deutschen Angestellten seit der Weimarer Republik, in: Conze, Werner; Lepsius, M. Rainer (Hg.): Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem. Stuttgart 1983, ²1985 (Industrielle Welt; 34), S. 210-255

König, René: Praktische Sozialforschung, in: Das Interview. Formen, Technik, Auswertung. Praktische Sozialforschung I. Köln: Verlag für Politik und Wirtschaft ²1957, S. 13-33

Königseder, Angelika, Juliane Wetzel: Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland. Frankfurt/Main 1994

Kraft; Andreas; Weißhaupt, Mark: Erfahrung – Erzählung – Identität und die Grenzen des Verstehens, in: dies. (Hg.): Generationen – Erfahrung – Erzählung – Identität. Konstanz 2009, (Historische Kulturwissenschaft; 14), S. 17-47

Krause, Peter: Der Eichmann-Prozeß in der deutschen Presse. Frankfurt/Main 2002 (Wissenschaftliche Reihe des Fritz-Bauer-Instituts; 8)

Kraushaar, Wolfgang (Hg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 3 Bände. Hamburg 1998

Kroener, Bernhard: Auf dem Weg zu einer “nationalsozialistischen Volksarmee”. Die soziale Öffnung des Heeresoffizierkorps im Zweiten Weltkrieg, in: Martin Broszat, Klaus Dietmar Henke und Hans Woller (Hg.): Von Stalingrad zur Währungsreform, München 1988 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 26), S. 651-682

Kroener, Bernhard: Strukturelle Veränderungen in der militärischen Gesellschaft des Dritten Reiches, in: Rainer Zitelmann (Hg): Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 267-296

Kroener, Bernhard: Die personellen Ressourcen des Dritten Reiches im Spannungsfeld zwischen Bürokratie und Kriegswirtschaft 1939-1942, in: MGFA (Hg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd . 5,1: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbe-

reichs, Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen, Stuttgart 1988, S. 693-1001

Krüger, Dieter und Dorothe Ganser: Quellen zur Planung des Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1955 in westdeutschen Archiven, in: MGM (1991) S. 121-145

Krüger, Dieter: Das Amt Blank. Die schwierige Gründung des Bundesministeriums für Verteidigung. Freiburg 1993 (Einzelschriften zur Militärgeschichte; 38)

Kruke, Anja: Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949-1990. Düsseldorf 2007 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; 149)

Kruke, Anja: Der Kampf um die politische Deutungshoheit. Meinungsforschung als Instrument von Parteien und Medien in den Siebzigerjahren, in: AfS 44, 2004, S. 293-326.

Kruke, Anja; Ziemann, Benjamin: Meinungsumfragen in der Konkurrenzdemokratie. Auswirkungen der Demoskopie auf die Volksparteien und den politischen Massenmarkt 1945/1949-1990, in: HSR 2000, S. 171-179

Kuhn, Thomas S.: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Frankfurt/Main 1993;

Kühne, Thomas: Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges im 20. Jahrhundert. Göttingen 2006 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 173)

Kühne, Thomas: Der nationalsozialistische Vernichtungskrieg und die “ganz normalen” Deutschen. Forschungsprobleme und Forschungstendenzen der Gesellschaftsgeschichte des Zweiten Weltkriegs, Erster Teil, in: AfS 39, 1999, S. 580-662

Kühne, Thomas: Der nationalsozialistische Vernichtungskrieg im kulturellen Kontinuum des 20. Jahrhunderts. Forschungsprobleme und Forschungstendenzen der Gesellschaftsgeschichte des Zweiten Weltkriegs, Zweiter Teil, in: AfS 40, 2000, S. 440-486,

Kühne, Thomas: Zwischen Vernichtungskrieg und Freizeitgesellschaft. Die Veteranenkultur in der Bundesrepublik 1945-1991, in: Klaus Naumann (Hg.): Nachkrieg in Deutschland. Hamburg 2001, S. 90-113

Kühne, Thomas: Kameradschaft – “das beste im Leben eines Mannes. Die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs in erfahrungs- und geschlechtergeschichtlicher Perspektive, in: GG, 22, 1999, S. 504-529

Kühne, Thomas: Die Viktimisierungsfalle. Wehrmachtsverbrechen, Geschichtswissenschaft und symbolische Ordnung des Militärs, in: Greven, Michael Th.; Wrochem, Oliver von (Hg.): Der Krieg in der Nachkriegszeit. Der zweite Weltkrieg in Politik und Geschichte der Bundesrepublik. Opladen 2000, S. 183-196

Kühneck, Anneliese: Der Test in der Eignungsuntersuchung. Hg. Deutsche Gesellschaft für Personalwesen. Frankfurt/Main

Kumpf, Martin : Geschichte der Sozialpsychologie, in: Ernst G. Wehner (Hg.): Geschichte der Psychologie. Darmstadt 1990, S. 103-130

Kutz, Martin: Militär und Gesellschaft in der Nachkriegszeit (1946-1995), in: Ute Frevert (Hg.): Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1997 (Industrielle Welt; 58), S. 277-313

Kutz, Martin: Deutsche Soldaten. Eine Kultur- und Mentalitätsgeschichte. Darmstadt 2006

Laak, Dirk van: Technokratie im Europa des 20. Jahrhunderts – eine einflussreiche Hintergrundideologie, in: Raphael, Lutz (Hg.): Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert. Köln u.a. 2012 (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte; 82) S. 101-128.

Lammersdorf, Raimund: "Das Volk ist streng demokratisch". Amerikanische Sorgen über das autoritäre Bewusstsein in der Besatzungszeit und frühen Bundesrepublik, in: Arnd Bauerkämper, Konrad Jarusch, Marcus M. Payk (Hg.): Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970. Göttingen 2005, S. 85-103

Lauschke, Karl: Die Praxis der Montanmitbestimmung im Ruhrgebiet, in: Barbian, Jan Pieter (Hg.): Das Ruhrgebiet in Nordrhein-Westfalen 1946-1966. Essen 1997, S. 173-190

Lauschke, Karl: Schwarze Fahnen an der Ruhr. Die Politik der IG Bergbau und Energie während der Kohlenkrise 1958-1968. Marburg 1984

Lauschke, Karl: "Wir sind heute mehr Mensch als früher". Unternehmenskultur in einem montanmitbestimmten Großbetrieb der fünfziger Jahre, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1993/2, 1994, S.137-157

Lauschke, Karl; Thomas Welskopp (Hg.): Mikropolitik im Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Großbetrieben des 20. Jahrhunderts. Essen 1994 (Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte; 3)

Lauschke, Karl: Die Hoesch-Arbeiter und ihr Werk. Sozialgeschichte der Dortmunder Westfalenhütte während der Jahre des Wiederaufbaus 1945-1966. Essen 2000

Lazarsfeld, Paul: Eine Episode in der Geschichte der empirischen Sozialforschung, In: Talcott Parsons, Edward Shils, Paul F. Lazarsfeld: Soziologie – autobiographisch. München, Stuttgart 1975, S. 147-225

Le Bon, Gustave: Psychologie der Massen. Stuttgart 1968

Lehmann, Albrecht: Gefangenschaft und Heimkehr. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion. München 1986, besonders S. 128-179

Lengwiler, Martin: Zwischen Klinik und Kaserne. Die Geschichte der Militärpsychiatrie in Deutschland und der Schweiz 1870-1914. Zürich 2000

Lepsius, M. Rainer: Erwartungen an die Soziologie, in: Heinz Sahner (Hg.): Soziologie als angewandte Aufklärung. Weniger erwartet, aber mehr als zu befürchten war. Die Entwicklung der Nachkriegssoziologie aus der Sicht der frühen Fachvertreter. Baden-Baden 2000, S. 13-21

Lillteicher, Jürgen: Raub, Recht und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik. Göttingen 2007 (Moderne Zeit; XV).

Lippert, Ekkehard; Wachtler, Günter: Militärsoziologie – eine Soziologie "nur für den Dienstgebrauch"? in: Beck, Ulrich (Hg.): Soziologie und Praxis. Erfahrungen, Konflikte, Perspektiven. Göttingen 1982 (Soziale Welt, Sonderband; 1), S. 335-355

Lippert, Ekkehard: Verzögerte Aufklärung. Zur jämmerlichen Lage der deutschen Militärsoziologie, in: Mittelweg 36, 4 Jg., 1994, H. 3

Lochner, Stephan: Die „Gruppenstudie“ des Instituts für Sozialforschung. Einsignifikantes Zeugnis zur Mentalitätsgeschichte der frühen Bundesrepublik, in: Boll, Monika, Raphael Gross (Hg.): Die Frankfurter Schule und Frankfurt. Eine Rückkehr nach Deutschland. Göttingen 2009, S. 48-53

Lockot, Regine: Erinnern und Durcharbeiten. Zur Geschichte von Psychoanalyse und Psychotherapie im Nationalsozialismus. Frankfurt/Main 1985

Longerich, Peter: Davon haben wir nichts gewusst. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945. München 2006

Loth, Wilfried A. und Bernd A. Rusinek (Hg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der west-deutschen Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt/Main, New York 1998, S. 259-284

Löwenthal, Leo; Gutermann, Norbert: Propheits of Deceit. A Study of the Techniques of the American Agitator. New York 1949 (Studies in Prejudice)

Lück, Helmut E. Lück; Miller, Rudolf (Hg.): Illustrierte Geschichte der Psychologie. München 1993

Lübbe, Hermann: Politische Philosophie in Deutschland. Basel, Stuttgart 1963

Lück, Helmut E.: Geschichte der Psychologie. Strömungen, Schulen, Entwicklungen. Stuttgart 1991 (Grundriß der Psychologie; 1)

Lück, Helmut; Rudolf Miller, Wolfgang Rechtien (Hg.): Geschichte der Psychologie. Ein Handbuch in Schlüsselbegriffen. München 1984

Lück, Helmut E.: Kurt Lewin. Eine Einführung in sein Werk. Weinheim und Basel 2001

Lück, Helmut E.; Grünwald, Harald; Geuter, Ulfried; Miller, Rudolf; Rechtien, Wolfgang: Sozialgeschichte der Psychologie. Eine Einführung. Opladen 1987

Lück, Helmut E. und Rudolf Miller (Hg.): Theorien und Methoden psychologiegeschichtlicher Forschung. Göttingen, Toronto, Zürich 1991

Luks, Timo: Der Betrieb als Ort der Moderne. Zur Geschichte von Industriearbeit, Ordnungs-denken und Social Engineering im 20. Jahrhundert. Bielefeld 2010 (Histoire; 14)

Lutz, Burkart: Krise des Lohnanreizes. Ein empirisch-historischer Beitrag zum Wandel betrieblicher Herrschaft am Beispiel der deutschen Stahlindustrie. Frankfurt, Köln 1975

Lutz, Burkart: Was wurde aus dem Kritikpotential der “jungen Generation” der fünfziger Jahre? Erste Überlegungen zur historischen Interpretation früherer industriesoziologischer Befunde, in: Rainer Erd u.a. (Hg.): Kritische Theorie und Kultur. Frankfurt/Main 1989, S. 336-353

Lutz, Burkart: Soziologie als Entdeckung, in: Sahner, Heinz(Hg.): Soziologie als angewandte Aufklärung. Weniger erwartet, aber mehr als zu befürchten war. Die Entwicklung der Nachkriegssoziologie aus der Sicht der frühen Fachvertreter. Baden-Baden 2000, S. 35-43

Kogon, Eugen: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. Frankfurt 1946

Lutz, Burkhart: Die Einheit von Biographie und Beruf als Risiko und Chance, in: Karl Martin Bolte, Friedhelm Neidhardt (Hg.): Soziologie als Beruf. Erinnerungen westdeutscher Hoch-

schulprofessoren der Nachkriegsgeneration. Baden-Baden 1998 (Soziale Welt, Sonderband; 11), S.65-84

Lutz, Burkart: Konfliktpotential und sozialer Konsens. Die Geschichte des industriellen Systems der BRD im Spiegel des Schicksals einer Generation, in: Rammstedt, Otthein und Gert Schmidt (Hg.): BRD ade!. Vierzig Jahre in Rücksichten. Frankfurt/Main 1992, S. 101-122

Lutz, Burkart: Was wurde aus dem Kritikpotential der "jungen Generation" der fünfziger Jahre? Erste Überlegungen zur historischen Interpretation früherer Industriesoziologischer Befunde, in: Rainer Erd u.a. (Hg.): Kritische Theorie und Kultur. Frankfurt/Main 1989, S. 336-353

Lutz, Burkart, Gert Schmidt: Industriesoziologie, in: König, René (Hg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung. Band 8: Beruf, Industrie, Sozialer Wandel in unterentwickelten Ländern. Stuttgart 1977, S. 101-262

Maikowski, Rainer; Mattes, Peter; Rott, Gerhard: Psychologie und ihre Praxis. Materialien zur Geschichte und Funktion einer Einzelwissenschaft in der Bundesrepublik. Frankfurt/Main 1976 (Texte zur politischen Theorie und Praxis)

Mangold, Werner: Gegenstand und Methode des Gruppendiskussionsverfahrens. Aus der Arbeit des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Frankfurt/Main 1960 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; 9)

Mangold, Werner: Angestelltengeschichte und Angestelltensoziologie in Deutschland, England und Frankreich, in: Kocka, Jürgen (Hg.): Angestellte im europäischen Vergleich, S. 11- 38 (Geschichte und Gesellschaft; Sonderheft 7), S. 11-38

Marcuse, Herbert: Feindanalysen. Schriften über die Deutschen. Lüneburg 2007 (Schriften aus dem Nachlass; 5)

Marquardt-Bigman, Petra: Amerikanische Geheimdienstanalysen über Deutschland 1942-1949. München 1995 (Studien zur Zeitgeschichte; 45)

Marquardt-Bigman, Petra: Nachdenken über ein demokratisches Deutschland. Der Beitrag der Research and Analysis Branch zur Planung der amerikanischen Deutschlandpolitik, in: Jürgen Heideking, Christoph Mauch (Hg.): Geheimdienstkrieg gegen Deutschland. Göttingen 1993, S. 122-141

Marrow, Alfred J.: Kurt Lewin – Leben und Werk. Stuttgart 1977

Marschner, G.: Auswahl des Steigernachwuchses. Organisation, Methoden und Bewährungskontrollen der innerbetrieblichen Auswahl von Führungskräften der unteren Stufe in eiem Unternehmen des Steinkohlenbergbaus, in: Psychologie und Praxis 8, 1964, S. 48-65

Marschner, G.: Betriebspsychologische Erfahrungen mit dem IST-Amthauer bei Auswahluntersuchungen, in: Psychologie und Praxis 10, 1966, S. 145-153

Marschner, G.: Betriebspsychologische Erfahrungen mit den Zusammenhangs-Koeffzienten nach Kendall, in: Psychologie und Praxis 13, 1969, S. 32-40

Marschner, G.: Auswahluntersuchungen bei Führungsnachwuchskräften, in: Psychologie und Praxis 16, 1972, S. 116-127

Manig, Bert-Oliver: Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der Berufssoldaten in der frühen Bundesrepublik. Göttingen 2006 (Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises

Massing, Paul W.: Rehearsal for Destruction. A Study of Political Anti-Semitism in Imperial Germany. New York 1949 (Studies in Prejudice)

Mattes, Peter: Psychologie im westlichen Nachkriegsdeutschland und in der Bundesrepublik, in: Lück, Helmut; Miller, Rudolf; Rechtien, Wolfgang: Geschichte der Psychologie. Ein Handbuch in Schlüsselbegriffen. München 1984, S. 29-34

Mattes, Peter: Profession bei Fuß – Wehrmachtspsychologie nach 1945, in: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (Hg.): Psychologische Mobilmachung. Tübingen 1983 (Forum für Verhaltenstherapie und soziale Praxis, 4), S. 51-55

Mattes, Peter: Psychologie im westlichen Nachkriegsdeustchland – Fachliche Kontinuität und gesellschaftliche Restauration, in: Ash, Mitchell G. und Ulfried Geuter (Hg.): Geschichte der deutschen Psychologie im 20. Jahrhundert. Opladen 1985, S. 201-224

Mauch, Christoph: Schattenkrieg gegen Hitler. Das Dritte Reich im Visier der amerikanischen Geheimdienste 1941-1945. Stuttgart 1999

Merritt, Richard L.: Public Opinion in Semi-Sovereign Germany. The HICOG Surveys, 1949-1955. Urbana, Chicago, London: University of Illinois Press 1980

Meskill, David: Arbeitersteuerung und Klientenberatung: Angewandte Psychologie in der deutschen Arbeitsverwaltung, 1914-1973, in: Zeitschrift für Psychologie, 212, 2004, S. 212-226

Meskill, David: Characterological Psychology and the German Political Economy in the Weimar Period (1919-1933), in: History of Psychology 7, 2004, S. 3-19

Meskill, David: Human Economies: Labor Adfministration, Vocational Training and Psychological Testing in Germany, 1914-1964, Ph.D. Diss, Harvard University 2003

Messerschmidt, Manfred: Die Wehrmacht als tragende Säule des NS-Staates, in: Manoschek, Walter (Hg.): Die Wehrmacht im Rassenkrieg. Der Vernichtungskrieg hinter der Front. Wien 1996, S. 39-54

Messerschmidt, Manfred: Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination. Hamburg 1969

Métraux, Alexandre: Der Methodenstreit und die Amerikanisierung der Psychologie in der Bundesrepublik 1950-1970, in: Ash, Mitchell G.; Geuter, Ulfried (Hg.): Geschichte der deutschen Psychologie im 20. Jahrhundert. Opladen 1985, S. 225-251

Metzler, Gabriele: Am Ende aller Krisen? Politisches Denken und Handeln in der Bundesrepublik der sechziger Jahre, in: Historische Zeitschrift 275, 2002, S. 57-103

Metzler, Gabriele: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft. Paderborn 2005

Meyer, Georg: Soldaten wie andere auch? Zur Einstellung ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS in die Bundeswehr, in: Dickerhoff, Harald (Hg.): Festgabe Heinz Hürten zum 60. Geburtstag. Frankfurt/Main 1988, S. 545-594

Meyer, Georg: Soldaten ohne Armee. Berufsoldaten im Kampf um Standesehre und

Versorgung, in: Broszat, Martin; Henke, Klaus Dietmar; Woller, Hans (Hg.): Von Stalingrad zur Währungsreform, München 1988 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 26), S. 683-750

Meyer, Georg: Die Situation der deutschen Militärischen Führungsschicht im Vorfeld des westdeutschen Verteidigungsbeitrages 1945-1950/51, in: MGFA (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Bd. 1: Von der Kapitulation zum Pleven-Plan. München, Wien 1982, S. 577-735

Meyer, Georg: Auswirkungen des 20. Juli 1944 auf das innere Gefüge der Wehrmacht bis Kriegsende und auf das soldatische Selbstverständnis im Vorfeld des westdeutschen Verteidigungsbeitrages bis 1950/51, in: MGFA (Hg.): Aufstand des Gewissens. Der militärische Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945. Herford, Bonn ²1985

Meyer, Georg: Zur inneren Entwicklung der Bundeswehr bis 1960/61, in: MGFA (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Bd. 3: Die NATO-Option. München Wien 1993, S. 851-1162

Militärgeschichtliches Forschungsamt [MGFA] (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Bd. 1: Von der Kapitulation zum Pleven-Plan. München, Wien 1982, 1: Von der Kapitulation zum Pleven-Plan. München, Wien 1982

MGFA (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Bd. 2: Die EVG Phase. München, Wien 1990

MGFA (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Bd. 3: Die NATO-Option. München, Wien 1993

MGFA (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Bd. 4: Wirtschaft und Rüstung, Souveränität und Sicherheit. München Wien 1997

Mitze, Wilhelm: Der psychologische Dienst der Bundeswehr 1966-1974. Bonn: BMV P II 4 1989 (Untersuchungen des Psychologischen Dienstes der Bundeswehr, Sonderreihe: Zur Geschichte der Wehrpsychologie; 2)

Mitze, Wilhelm: Psychologen in der Bundeswehr, in: Helmuth Benesch, Friedrich Dorsch (Hg.): Berufsaufgaben und Praxis des Psychologen. Darstellung der psychologischen Berufe. Problematik, Geschichte, gegenwärtiger Stand und Ausblick. München, Basel 1971

Mitze, Wilhelm: Der psychologische Dienst der Bundeswehr 1966-1974. Bonn: BMV P II 4 1989 (Untersuchungen des Psychologischen Dienstes der Bundeswehr, Sonderreihe: Zur Geschichte der Wehrpsychologie; 2)

Mitze, Wilhelm: Zur Geschichte der deutschen Marinepsychologie, in: Fritscher, Werner (Hg.): Deutsche Wehrmachtpsychologie 1914-1945. München Verlag für Wehrwissenschaften 1985, S. 185-283

Moeller, Robert G.: Deutsche Opfer, Opfer der Deutschen. Kriegsgefangene, Vertriebene, NS-Verfolgte: Opferausgleich als Identitätspolitik, in: Klaus Naumann (Hg.): Nachkrieg in Deutschland. Hamburg 2001, S. 29-58

Moeller, Robert G.: War Stories. The Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany. Berkeley, Los Angeles, London 2001

Moeller, Robert G.: Geschichten aus der Stacheldrahtuniversität. Kriegsgefangene im Opferdiskurs der Bundesrepublik, in: WerkstattGeschichte 26, 2000, S. 23-46

Moeller, Robert G.: Remembering the War in a Nation of Victims. West German Pasts in the 1950s, in: in: Hanna Schissler (Hg.): The Miracle Years. A Cultural History of Western Germany, 1949-1989. Princeton, Oxford 2001, S. 83-109

Mommsen, Hans: Von Weimar nach Bonn. Zum Demokratieverständnis der Deutschen, in: Schildt, Axel und Arnold Sywottek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn ²1998, S. 745-758

Müller, Gloria: Strukturwandel und Arbeitnehmerrechte. Die wirtschaftliche Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945-1975. Essen 1991 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrheinwestfalens; 31)

Müller, Tim B.: Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg. Hamburg 2010.

Müller, Tim B.: Herbert Marcuse, die Frankfurter Schule und der Holocaust. Ein Beitrag zur zeitgenössischen Wahrnehmung der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Magisterarbeit, Heidelberg 2004, http://www.marcuse.org/herbert/booksabout/00s/04TBMuellerMagister.htm

Müller-Doohm, Stephan: Adorno. Eine Biographie. Frankfurt/Main 2003

Müller-Doohm, Stefan: Die Soziologie Theodor W. Adornos. Eine Einführung. Frankfurt/Main 1996

Müller-List, Gabriele: Montanmitbestimmung. Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Verbänden der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951. Düsseldorf 1984 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe; 1)

Müller, H[einz] A[lfred]: Der Grenzgänger. Theodor Scharmann zum 70. Geburtstag, in: Psychologie und Praxis 21, 1977, S. 137-141

Nägler, Frank: Der gewollte Soldat und sein Wandel. Personelle Rüstung und Innere Führung in den Aufbaujahren der Bundeswehr 1956 bis 1964/65, München 2010 (= Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland 9).

Naumann, Klaus: “Brave Nazis” für die Bundeswehr? Rußlandheimkehrer als Generäle und Offiziere der bundesedeutschen Streitkräfte, in: Zeitgeschichte 30, 2003 S. 211-223

Naumann, Klaus: Generale der Demokratie. Generationsgeschichtliche Studien zur Bundeswehrelite. Hamburg 2007

Neuloh, Otto: Der neue Betriebsstil. Untersuchungen über Wirklichkeit und Wirkungen der Mitbestimmung. Tübingen 1960

Neuloh, Otto: Sozialforschung aus gesellschaftlicher Verantwortung. Entstehungs- und Leistungsgeschichte der Sozialforschungsstelle Dortmund. Opladen 1983

Neumann, Michael: Leopold von Wiese über Theodor W. Adornos “Authoritarian Personality”, in: Christian Cobet (Hg.): Einführung in Fragen an die Soziologie in Deutschland nach Hitler 1945-1950. Frankfurt/Main 1988, (HDG; Reihe Soziologie Beihefte, 1), S. 115-122

Neumann, Michael: Lektionen ohne Widerhall. Bemerkungen zum Einfluß von Remigranten auf die Entwicklung der deutschen Nachkriegssoziologie, in: Jahrbuch für Exilforschung 2,

1984, S. 339-357

Neumann Franz L.: Behemoth. New York 1943

Neumann, Franz L.: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus. Frankfurt Main 1984, 1993, zuerst [englisch] Behemoth. New York 1942, zweite erweiterte Auflage 1944

Nolte, Paul: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert. München 2000

Nonn, Christoph: Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1058-1969. Göttingen 2001 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 149)

Nützнadel, Alexander: Die Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949-1974. Göttingen 2006 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 166)

Oesterreich, Detlef: Die Flucht in die Sicherheit. Zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion. Opladen 1996

Osmer, Diedrich: Ein neuer Weg zur Meinungsforschung. Das Gruppenexperiment des Instituts für Sozialforschung, in: Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main: Ein Bericht über die Feier seiner Wiedereröffnung, seine Geschichte und seine Arbeiten. Frankfurt/Main 1952, S. 33-42

Osmer, Diedrich: Das Gruppenexperiment des Instituts für Sozialforschung, in: Institut zur Förderung öffentlicher Anagelegenheiten (Hg.): Empirische Sozialforschung, Meinungs- und Marktforschung, Methoden und Probleme. Frankfurt/Main 1952 (Wissenschaftliche Reihe des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten; 13), S. 162-171

Parisius, Bernd: Arbeiter zwischen Resignation und Integration. Auf den Spuren der Soziologie der 50er Jahre, in: Niethammer, Lutz (Hg.): ”Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist”. Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960. Bonn 1983, S. 107-147

Paul, Gerhard (Hg.): Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche. Göttingen ²2003

Pauli, Frank: Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr. Das kriegsgediente Offizierskorps der Bundeswehr und die Innere Führung. Paderborn 2010;

Paul, Gerhard: Von Psychopathen, Technokraten des Terrors und “ganz gewöhnlichen” Deutschen, in: ders. (Hg.): Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche. Göttingen ²2003

Petri, Stefan J.: Eignungsprüfung, Charakteranalyse, Soldatentum. Veränderung der Wissenschafts- und Methodenauffassung in der Militärpsychologie des Deutschen Reiches, Großbritanniens und der USA von 1914 bis 1945. Dortmund 2004 (Diss Riksuniversiteit Groningen)

Petz, [Rudolf]: Die subjektiven und objektiven Abkehrgründe im Kohlenbergbau. Bermerkungen zu der industriesoziologischen Untersuchung des Instituts für Sozialforschung, in: Bundesarbeitsblatt 8, 1957, S. 721-734

Pfister, Joseph H.: Diskussion – Turnier des Geistes, in: Bowerman, Le Roy: Wie leitet man Diskussionen. München 1948, S. 48-58

Pirker, Theo; Braun, Siegfried; Lutz, Burkart: Pirker, Theo, Burkart Lutz, Siegfried Braun: Arbeiter – Management – Mitbestimmung. Köln 1955 (Veröffentlichungen der Gesellschaft für soziale Betriebspraxis)

Pirker, Theo: Deutsche Soziologie in Westdeutschland nach 1945, in: Hülsdünker, Josef; Schellhase, Rolf (Hg.): Soziologiegeschichte. Identitäten und Krisen einer ‚engagierten' Disziplin. Berlin 1986, S. 223-228

Platz, Johannes; Rosenberger, Ruth; Raphael, Lutz: Psychologische Eignungsdiagnostik in westdeutschen Großunternehmen: Wirkung von Ideen als Neufiguration wissenschaftlicher Konzepte in professionellen Verwendungsfeldern, in: Lutz Raphael, Elmar Tenorth (Hg.): Ideen als gesellschaftliche Gestalltungskraft im Europa der Neuzeit. München 2006 (Ordnungssysteme; 20), S. 479-496

Platz, Johannes: "Authoritarian Personality", Charakterologie oder Psychotechnik? Die Konflikte in der Frühgeschichte der Bundeswehr um Einrichtung und Ausrichtung des Psychologischen Dienstes [Diskussionspaper auf dem Workshop der Arbeitsgruppe Psychologisches Denken der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften in Berlin, 10. Mai 2001]

Platz, Johannes: "Überlegt Euch das mal ganz gut: wir bestimmen mit. Schon das Wort allein." Entstehungsbedingungen und Wirkungen der Betriebsklimastudie des Frankfurter Instituts für Sozialforschung in Werken der Mannesmann AG 1954/1955, in: Kleinschmidt, Christian; Hesse, Jan-Otmar; Lauschke, Karl (Hg.): Kulturalismus, Neue Institutionenökonomik oder Theorienvielfalt. Eine Zwischenbilanz der Unternehmensgeschichte. Essen: Klartext 2002 (Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte; 9), S. 199-224

Platz, Johannes; Raphael, Lutz; Rosenberger, Ruth: Anwendundungsorientierte Betriebspsychologie und Eignungsdiagnostik: Kontinutäten und Neuorientierungen /1930-1960), in: Bruch, Rüdiger vom; Kaderas, Brigitte (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formation, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts in Berlin. Stuttgart 2002, S. 281-309

Platz, Johannes: Recruiting politics in the early Bundeswehr. The role of former civil servants of OMGUS and of remigré social scientists in the founding of the Bundeswehr and why they failed, Vortrag und Paper auf der Konferenz "German American Encounters after World War II and the Holocaust", Conference at the German Historical Institute, 26.-28 September 2002

Platz, Johannes: "Revolution der Roboter" oder "Keine Angst vor Robotern"? Die Verwissenschaftlichung des Automationsdiskurses und die industriellen Beziehungen von den 50ern bis 1968, in: Laurent Commaille (Hg.): „Entreprises et crises économiques". Metz 2009, S. 37-59

Platz, Johannes: Die Entwicklung der Wehrpsychologie in Deutschland von 1914-45 und die Nachkriegsauseinandersetzungen über die Zeitgeschichte der Disziplin im Nationalsozialismus, in: Axel C. Hüntelmann, Michael Schneider (Hg.): Jenseits von Humboldt. Wissenschaften und Staat 1850-1990. Frankfurt/Main (Berliner Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte), S. 165-188

Platz, Johannes: „Die White Collars in den Griff bekommen. Industrieangestellte im Spannungsfeld sozialwissenschaftlicher Expertise und gewerkschaftlicher Politik, in: Archiv für Sozialgeschichte 50, 2010, S. 271-288

Plé, Bernhard: Wissenschaft und säkulare Mission. "Amerikanische Sozialwissenschaft" im politischen Sendungsbewußtsein der USA und im geistigen Aufbau der Bundesrepublik

Deutschland. Stuttgart 1990

Pollock, Friedrich: Gruppenexperiment. Ein Studienbericht bearbeitet von F. Pollock. Frankfurt/Main ²1955 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; 2)

Pollock, Friedrich: Staatskapitalismus, in: Helmut Dubiel, Alfons Söllner (Hg.): Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939-1942. Frankfurt/Main 1984, S. 81-109; ursprünglich unter dem Titel: State Capitalism: Its Possibilities and Limitations, in: SPSS 9,1941, S. 200-225

Pollock, Friedrich: Ist der Nationalsozialismus eine neue Ordnung?, in: Dubiel, Helmut; Söllner, Alfons (Hg.): Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939-1942. Frankfurt/Main 1984, S. 111-128, ursprünglich unter dem Titel: Is National Socialism a New Order?, in: SPSS 9, 1941, S. 440-455

Popitz, Heinrich; Bahrdt, Hans Paul; Jüres, Ernst August; Kesting, Hanno: Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie. Tübingen 1957

Popitz, Heinrich: Zum Wiederbeginn der Soziologie nach dem Kriege, in: Sahner, Heinz (Hg.): Soziologie als angewandte Aufklärung. Weniger erwartet, aber mehr als zu befürchten war. Die Entwicklung der Nachkriegssoziologie aus der Sicht der frühen Fachvertreter. Baden-Baden 2000, S. 45-49

Potthoff, Erich: Der Kampf um die Montanmitbestimmung. Köln 1957

Prinz, Michael: Vom ”neuen Mittelstand” zum angestellten Arbeitnehmer. Kontinuität und Wandel der deutschen Angestellten seit der Weimarer Republik, in: Conze, Werner; Lepsius, M. Rainer (Hg.): Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem. Stuttgart 1983, ²1985 (Industrielle Welt; 34), S. 210-255

Rabinbach, Anson: Motor Mensch. Energie, Ermüdung und der Ursprung der Moderne. Wien 2001

Rammstedt, Otthein: Formierung und Reformierung der Soziologie im Nachkriegsdeutschland, in: Acham, Karl; Nörr, Knut Wolfgang; Schefold, Bertram Schefold (Hg.): Erkenntnisgewinne, Erkenntnisverluste. Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften zwischen den 20er und den 50er Jahren. Stuttgart 1998, S. 251-289

Rammstedt, Otthein: Deutsche Soziologie 1933-1945. Die Normalität einer Anpassung. Frankfurt/Main 1986

Ranft, Norbert: Vom Objekt zum Subjekt. Mitbestimmung, Sozialklima und Strukturwandel im Bergbau seit 1945. Köln 1988

Raphael, Lutz: Diskurse, Lebenswelten und Felder. Implizite Vorannahmen über das soziale Handeln von Kulturproduzenten im 19. und 20 Jahrhundert, in: Hardtwig, Wolfgang; Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Kulturgeschichte heute. Göttingen 1996 (Geschichte und Gesellschaft: Sonderheft; 16), S. 165-181

Raphael, Lutz; Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: GG 22 (1996), S. 165-193

Raphael, Lutz: Experten im Sozialstaat, in: Hans-Günther Hockerts (Hg.): Drei Wege deut-

scher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich. München 1998, S. 231-258

Raphael, Lutz, Elmar Tenorth (Hg.): Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit. München 2006 (Ordnungssysteme; 20), S. 479-496

Raphael, Lutz (Hg.): Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert. Köln u.a. 2012 (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte; 82)

Rausch, Helke: Blickwechsel und Wechselbeziehungen. Zum transatlantischen Kuturtransfer im westlichen Nachkriegseuropa, Comparativ 16, 2006, S. 7-33

Rausch, Helke: Konjunkturen des Austauschs. Der transatlantische Kulturkontakt Frankreichs und der Bundesrepublik in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten, in: Comparativ 16, 2006, S. 89-130

Rautenberg, Hans-Jürgen: Zur Standortbestimmung für zukünftige deutsche Streitkräfte, in: MGFA (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Bd. 1: Von der Kapitulation zum Pleven-Plan. München, Wien 1982, 737-879

Rautenberg, Hans-Jürgen und Norbert Wiggershaus: Die Himmeroder Denkschrift vom Oktober 1950. Politische und militärische Überlegungen für einen Beitrag zur westeuropäischen Verteidigung, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 21/1977, S. 135-206

Rehberg, Karl-Siegbert: Auch keine Stunde Null. Westdeutsche Soziologie nach 1945, in: Pehle, Walter H.; Sillem, Peter (Hg.): Wissenschaft im geteilten Deutschland. Restauration oder Neubeginn nach 1945? Frankfurt/Main 1992, S. 26-44

Rehberg, Karl Siegbert: Verdrängung oder Neuanfang: Die Soziologie nach 1945 als Normalfall, in: Loth, Wilfried; Rusinek, Bernd A. (Hg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt/Main, New York 1998, S. 259-284

Reichel, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute. München 2001

Reichel, Peter: Zwischen Dämonisierung und Verharmlosung. Das NS-Bild und seine politische Funktion in den 50er Jahren. Eine Skizze, in: Schildt, Axel; Sywottek, Arnold (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn ²1998, S. 679-692

Reitmayer, Morten: Elite. Sozialgeschichte einer politisch-gesellschaftlichen Idee in der frühen Bundesrepublik. München 2009 (Ordnungssysteme; 28)

Rensmann, Lars: Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität. Hamburg 1998

Riedesser, Peter und Axel Verderber: Aufrüstung der Seelen. Militärpsychologie und Miltärpsychiatrie in Deutschland und Amerika. Freiburg 1985

Riedesser, Peter und Axel Verderber: “Maschinengewehre hinter der Front”. Zur Geschichte der deutschen Militärpsychiatrie. Frankfurt/Main 1996

Ritsert, Jürgen: Indizienparadigma und Totalitäsempirie, in: von Friedeburg, Ludwig von (Hg.): Adorno-Konferenz 1983. Frankfurt/Main 1983, S. 226-233

Ritter, Gerhard: Der 20. Juli und der politische Widerstand gegen Hitler, Bundesministerium der Verteidigung, Innere Führung (Hg.): Schicksalsfragen an die deutsche Nation, Tübingen 1957, S. 349-381

Roghmann, Klaus: Dogmatismus und Autoritarismus. Kritik der theoretischen Ansätze und Ergebnisse dreier westdeutscher Untersuchungen. Meisenheim am Glan 1966 (Kölner Beiträge zur Sozialforschung und zur angewandten Soziologie; 1)

Roseman, Mark: Recasting the Ruhr, 1945-1958. Manpower, Economic Recovery and Labour Relations. NewYork, Oxford 1992

Rosenberger, Ruth: Demokratisierung durch Verwissenschaftlichung? Betriebliche Humanexperten als Akteure des Wandels der betrieblichen Sozialordnung in westdeutschen Unternehmen, in: Archiv für Sozialgeschichte 44, 2004, S. 327-355

Rosenberger, Ruth: Der schwierige Dialog. Betriebspsychologen und Unternehmenskommunikation in Westdeutschland, in: Moritz Föllmer: Sehnsucht nach Nähe. Interpersonale Kommunikation in Deutschland seit dem 19 Jahrhundert. Stuttgart 2004, S. 175-195

Rosenberger, Ruth: Experten für Humankapital. Die Genese eines Tätigkeitsfeldes zwischen Wissenschaft und Praxis. Betriebliche Personalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Diss. Trier 2006

Rosenberger, Ruth: Experten für Humankapital. Die Entdeckung des Personalmanagements in der Bundesrepublik Deutschland. München 2008 (Ordnungssysteme – Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit; 26)

Roth, Karl Heinz: Revisionistische Tendenzen in der historischen Forschung über den deutschen Faschismus, in: Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild. Geschichtslegenden der neuen Rechten – Faschismus/Holocaust/Wehrmacht, Köln 1997, S. 31-64

Roth, Karl Heinz: Die Modernisierung der Folter in den beiden Weltkriegen. Der Konflikt der Psychotherapeuten und Schulpsychiater um die deutschen “Kriegsneurotiker” 1915-1945, in: 1999. Zeitschrift für die Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts 1 (1987) H. 3, S. 8-75

Roth, Karl Heinz: Historisierung des Nationalsozialismus? Tendenzen der gegenwärtigen Faschismusforschung, in: Sabine Blum-Geenen u.a. (Hg.): Bruch und Kontinuität. Beiträge zur Modernisierungsdebatte in der NS-Forschung. Essen 1995, S. 31-52

Rudloff, Wilfried: Politikberatung als Gegenstand historischer Forschung. Forschungsstand, neue Befunde, übergreifende Fragestellungen, in: Stefan Fisch und ders. (Hg.): Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive. Berlin 2004, (Schriftenreihe der Hochschule Speyer; 168), S. 13-57

Rupieper, Hermann: Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag. Opladen 1993

Sahner, Heinz (Hg.): Fünfzig Jahre nach Weinheim. Empirische Markt- und Sozialforschung gestern, heute, morgen. Baden-Baden 2002

Sanford, R. Nevitt; Adorno, Theodor W.; Frenkel-Brunswik, Else; Levinson, Daniel J.: Die Messung antidemokratischer Züge in der Charakterstruktur, in: Theodor W. Adorno: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt/Main ³1999, S. 37-103

Sauer, Thomas: Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeiten des Kronberger Kreises. München 1999 (Ordnungssysteme – Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit; 2)

Schäfer, Gerhard: Die nivellierte Mittelstandsgesellschaft – Strategien der Soziologie in den 50er Jahren, in: Bollenbach, Georg; Kaiser, Gerhard (Hg.): Die janusköpfigen 50er Jahre. Kulturelle Moderne und bildungsbürgerliche Semantik III. Opladen 2000, S. 115-142

Schaffner, Bertram: Father Land. A Study of Authoritarianism in the German Family. New York: Columbia University Press 1948

Schanetzky, Tim: Sachverständiger Rat und Konzertierte Aktion: Staat, Gesellschaft und wissenschaftliche Expertise in der bundesrepublikanischen Wirtschaftspolitik, in: VSWG 91, 2004, S. 310-331

Schanetzky, Tim: Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966-1982, Berlin 2007

Scharmann, Theodor: Persönlichkeit und Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze. hg. von Heinz Alfred Müller und Erwin Roth. Göttingen: Hogrefe 1966, darin Bibliographie S. 255-260

Scharmann, Theodor: Persönlichkeit und Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze. hg. von Heinz Alfred Müller und Erwin roth. Göttingen: Hogrefe 1966

Scharmann, Theodor: Das nordameriklanische Beamtentum, in: KZfSS 3, 1950/51, S. 21-34

Schellhase, Rolf: Die industrie- und betriebssoziologischen Untersuchungen der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, Sitz Dortmund, in den fünfziger Jahren. Ein Beitrag zur Geschichte der institutionalisierten Sozialforschung. Münster 1982 (Die Entstehung der westdeutschen Industriesoziologie; 1)

Schelsky, Helmut: Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft, in: ders.: Auf der Suche nach der Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze. Düsseldorf, Köln 1965, S. 331-336

Schenk zu Schweinsberg, Krafft Freiherr: Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, in: Georg Picht: Studien zur gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr. Erste Folge. Witten und Berlin 1965, S. 96-177

Schildt, Axel und Arnold Sywottek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn ²1998

Schildt, Axel: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien, “Zeitgeist” in der Bundesrepublik der 50er Jahre. Hamburg 1995 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte; 31)

Schildt, Axel: Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrpublik. Frankfurt/Main 1999

Schildt, Axel: Reise zurück in die Zukunft. Beiträge von Intellektuellen USA-Remigranten zum westdeutschen Amerikabild und zur Amerikanisierung in den 50er Jahren, in: Exilforschung 9 (1991) S. 25-45

Schmiechen-Ackermann, Detlef: ‚Volksgemeinschaft’: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im Nationalsozialismus. Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte. Paderborn 2012

Schmidt, Gert: Technik und kapitalistischer Betrieb. Max Webers Konzept der industriellen Entwicklung und das Rationalisierungsproblem in der neueren Industriesoziologie, in: Sprondel, Walter M.; Seyfarth, Constans (Hg.): Max Weber und die Rationalisierung sozialen Handelns. Stuttgart 1981, S. 168-188.

Schmidt, Gert: Gesellschaftliche Entwicklung und Industriesoziologie in den USA. Eine historische Analyse. Frankfurt/Main 1974

Schmidt, Regina; Becker, Egon: Eichmann-Prozeß, in: dies.: Reaktionen auf politische Vorgänge. Drei Meinungsstudien aus der Bundesrepublik. Frankfurt/Main 1967 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; 19), S. 107-142, S. 154-160

Schneider, Michael: Demokratisierungskonsens zwischen Unternehmern und Gewerkschaften? Zur Debatte um Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung, in: Schildt, Axel und Arnold Sywottek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn ²1998, S. 207-222

Schneider, Manfred: Hysterische Soldaten und ihre Feinde, in: Beiträge des Symposiums Medien und Krieg, Bd. 1. 1988 (Fragmente. Schriftenreihe zur Psychoanalyse; 27/28) S. 37-55

Schneider, Wolfgang: Soziologie eines modernen Industriebetriebes. Frankfurt/Main, Bad Harzburg 1961

Schönbach, Peter Schönbach: Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960. Frankfurt/Main 1961 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; Sonderheft 3)

Schönpflug, Wolfgang (Hg.): Kurt Lewin – Person, Werk, Umfeld. Historische Rekonstruktionen und aktuelle Wertungen aus Anlass seines hundersten Geburtstags. Frankfurt/Main u.a. 1992

Schornstheimer, Michael: Die leuchtenden Augen der Frontsoldaten. Nationalsozialismus und Krieg im Illustriertenroman der fünfziger Jahre. Berlin 1995

Schornstheimer, Michael: “Harmlose Idealisten und draufgängerische Soldaten. Militär und Krieg im Illustriertenroman der fünfziger Jahre, in: Hannes Heer und Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Die Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944. Hamburg 1995, S. 634-650

Schorr, Angela und Ernst Wehner (Hg.): Psychologiegeschichte heute. Göttingen 1990

Schröder, Christina: Die berufspolitischen Auseinandersetzung von Psychiatern, Psychotherapeuten und Psychologen zwischen 1938 und 1945, in: Zeitschrift für medizinische Psychologie 2, 1993, S. 132-142

Schuster, Helmuth: Industrie und Sozialwissenschaften. Eine Praxisgeschichte der Arbeits- und Industrieforschung in Deutschland. Opladen 1987

Schuster, Helmuth: Die deutsche Betriebssoziologie zwischen den Weltkriegen. Überlegungen zur Soziologie ihrer Praxis, in: Hülsdünker, Josef; Schellhase, Rolf (Hg.): Soziologiegeschichte. Identitäten und Krisen einer ‚engagierten‘ Disziplin. Berlin 1986 (Soziologische Schriften; 44), S. 35-57

Schuster, Margrit; Schuster, Helmuth: Industriesoziologie im Nationalsozialismus, in: Soziale Welt 34, 1984, S. 94-123

Schwelling, Birgit: Heimkehr – Erinnerung – Integration. Der Verband der Heimkehrer, die

ehemaligen Kriegsgefangenen und die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft. Paderborn 2010

Seidel, Eberhard: Betriebliche Führungsformen. Geschichte, Konzept, Hypothesen, Forschung. Stuttgart 1978 (Betriebswirtschaftliche Abhandlungen; N.F. 30).

Simmel, Ernst (Hg.): Antisemitismus. Mit Beiträgen von Theodor W. Adorno, Bernhard Berliner, Otto Fenichel, Else Frenkel-Brunswick, R. Nevitt Sanford, Max Horkheimer, Douglas W. Orr, Ernst Simmel. Frankfurt/Main1993 [amerik.: Antisemitism. A social Disease. New York/Boston: International Universities Press 1946]

Smith, Arthur L.: Heimkehr aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen. München 1985 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte; 51)

Sodeur, Wolfgang: Führungsprobleme in der allgemeinen Grundausbildung. [Bonn] 1969 (Schriftenreihe Innere Führung, Hg. vom Bundesminister der Verteidigung; Reihe: Wehrsoziologische Studien; 6)

Sodeur, Wolfgang: Wirkung des Führungsverhaltens in kleinen Formalgruppen. Meisenheim am Glan 1972 (Kölner Beiträge zur Sozialforschung und angewandten Soziologie; 15)

Söllner, Alfons: Geschichte und Herrschaft. Studien zur materialistischen Sozialwissenschaft 1929-1942. Frankfurt/Main 1979

Söllner, Alfons: Zwischen totalitärer Vergangenheit und demokratischer Zukunft. Emigranten beurteilen die deutsche Entwicklung nach 1945, in: Exilforschung 9 (1994) S. 146-170

Söllner, Alfons: Geschichte und Herrschaft. Studien zur materialistischen Sozialwissenschaft 1929-1942. Frankfurt/Main 1979

Söllner, Alfons (Hg.): Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Band 1: Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Geheimdienst 1943-1945. Frankfurt/Main 1986

Söllner, Alfons (Hg.) Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Band 2: Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium, 1946-1949. Frankfurt/Main 1986

Söllner, Alfons und Helmut Dubiel (Hg.): Wirtschaft, Staat und Gesellschaft im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung von Max Horkheimer, Friedrich Pollock, Franz L. Neumann, A. R. L. Gurland, Otto Kirchheimer und Herbert Marcuse. Frankfurt/Main ²1984

Steinbach, Peter : Widerstand im Dritten Reich – die Keimzelle der Nachkriegsdemokratie? Die Auseinandersetzung mit dem Widerstand in der historischen politischen Bildungsarbeit, in den Medien und in der öffentlichen Meinung, in: Gerd R. Überschär (Hg.): Der 20. Juli. Das “andere Deutschland” in der Vergangenheitspolitik nach 1945. Berlin 1998, S. 98-124

Stern, Frank: Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg. Gerlingen 1991 (Schriftenreihe des Instituts für deutsche Geschichte, Tel Aviv; 14)

Stouffer Samuel A.: The American Soldier. Bd. 1: Adjustment During Army Life. . New York 1974 [Reproduktion der Ausgabe Princeton 1949] (Studies in Social Psychology During World War II; 1)

Stouffer, Samuel A.: The American Soldier. Bd. 2: Combat and ist Aftermath. New York 1974 [Reproduktion der Ausgabe Princeton 1949] (Studies in Social Psychology During World War II; 2)

Stouffer, Samuel A.; Guttmann, Louis; Suchmann, Edward; Lazarsfeld, Paul F.; Star, Shirley A.; Clausen, John A.: Measurement and Prediction. Gloucester, Mass. 1973, [1961] (Studies in Social Psychology During World War II; 4)

Szöllösi-Janze, Margit: Wissensgesellschaft in Deutschland: Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse, in: GuG 30, 2004, S. 277-313

Süß, Dietmar: Mikropolitik und Spiele: zu einem neuen Konzept für die Arbeiter- und Unternehmensgeschichte, in: Jan-Otmar Hesse; Christian Kleinschmidt; Karl Lauschke (Hg.): Kulturalismus, Neue Institutionenökonomik oder Theorienvielfalt. Essen 2002 (Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegschichte; 9), S. 117-136.

Süß, Dietmar: Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945-1976. München 2003 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 55)

Süß, Dietmar (Hg.): Deutschland im Luftkrieg. Geschichte und Erinnerung. München 2007

Süß, Dietmar; Arnold, Jörg; Malte Thießen (Hg.): Luftkrieg. Erinnerungen in Deutschland und Europa (hrsg. mit Jörg Arnold und Malte Thießen), Göttingen 2009

Süß, Dietmar: Tod aus der Luft. Kriegsgesellschaft und Luftkrieg in Deutschland und England. (Siedler) München 2011.

Tenfelde, Klaus; Karl-Otto Czikowski; Jürgen Mittag; Stefan Moitra; Rolf Nietzard (Hg.): Stimmt die Chemie? Mitbestimmung und Sozialpolitik in der Geschichte des Bayer-Konzerns. Essen 2007.

Teschner, Manfred: Zum Verhältnis von Betriebsklima und Arbeitsorganisation. Frankfurt/Main 1961 (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; Sonderheft 2)

Thum, Horst: Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften. Stuttgart 1983 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte; 45)

Trahair, Richard C. S.: The Humanist Temper. The life and work of Elton Mayo. New Brunswick, NJ 1984

Traxel, Werner: Bemerkungen zu Ulfried Geuters Vorurteilsforschungen, in: Schorr, Angela und Ernst Wehner (Hg.): Psychologiegeschichte heute. Göttingen 1990, 234-238

Traxel, Werner: Aufschwung und/oder Abschwung in deutschen Psychologie im Dritten Reich? in: Schorr, Angela und Ernst Wehner (Hg.): Psychologiegeschichte heute. Göttingen 1990, S. 217-228

Trischler, Helmuth: Partielle Modernisierung. Die betrieblichen Sozialbeziehungen im Ruhrbergbau zwischen Grubenmilitarismus und Human Relations, in: Matthias Frese und Michael Prinz (Hg.): Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven. Paderborn 1996, S. 145-171

Trischler, Helmuth: Führerideal und die Formierung faschistischer Bewegungen. Industrielle Vorgesetztenschulung in den USA, Großbritannien, der Schweiz, Deutschland und Österreich im Vergleich, in: HZ 251, 1991, S. 45-88

Türk, Fritz; Dörrhofer, Walter: Neuzeitliche Methoden der Personalauslese. Frankfurt/Main1950 (Schriftenreihe des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten; 4)

Ulrich, Bernd: Nerven und Krieg. Skizzierung einer Beziehung, in: Bedrich Loewenstein (Hg.): Geschichte und Psychologie. Annäherungsversuche. Pfaffenweiler 1992 (Geschichte und Psychologie; 4)

Verheyen, Nina: Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des „besseren Arguments“ in Westdeutschland. Göttingen 2010 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 193)

Vester, Michael: Was wurde aus dem Proletariat? Das mehrfache Ende des Klassenkonflikts: Prognosen des sozialstrukturellen Wandels, in: Friedrichs, Jürgen; Lepsius, M. Rainer; Mayer, Karl Ulrich (Hg.): Die Diagnosefähigkeit der Soziologie. Köln. Opladen: 1998 (KZfSS, Sonderhefte; 38), S. 164-206

von Friedeburg, Ludwig: Enmpirische Sozialforschung am Anfang der Bundesrepublik und die Verkehrung ihres demokratischen Potentials, in: Dieter Jaufmann u.a. (Hg.): Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland. Frankfurt/Main, New York 1992, S. 37-45.

von Friedeburg, Ludwig: Soziologie als angewandte Aufklärung. Zum Wiederbeginn in den fünfziger Jahren, in: Sahner, Heinz (Hg.): Soziologie als angewandte Aufklärung. Weniger erwartet, aber mehr als zu befürchten war. Die Entwicklung der Nachkriegssoziologie aus der Sicht der frühen Fachvertreter. Baden-Baden 2000, S. 23-33

von Friedeburg, Ludwig: Zur Fluktuation im Steinkohlenbergbau. Ergbnisse einer industriesoziologischen Untersuchung des Instituts für Sozialforschung über die Gründe der Fluktuationsdifferenzen bei sechs Zechen im Ruhrbezirk, in: Bundesarbeitsblatt 8, 1957, 705-721

Voss, Günter: Bewußtsein ohne Subjekt? Eine Kritik des industriesoziologischen Bewußtseinsbegriffs. Grosshesselohe 1984.

Wagner, Peter: Sozialwissenschaften und Staat. Frankreich, Italien, Deutschland 1870-1980. Frankfurt/Main 1980.

Waldman, Eric: Soldat im Staat. Boppard ³1964

Walter-Busch, Emil: Faktor Mensch. Formen angewandter Sozialforschung der Wirtschaft in Europa und den USA, 1890-1950. Konstanz 2006

Walter-Busch, Emil: Das Auge der Firma. Mayos Hawthorne Experimente und die Harvard Business School 1900-1960. Stuttgart 1989

Walter-Busch, Emil: Geschichte der Frankfurter Schule. Kritische Theorie und Politik. München 2010

Weckel, Ulrike: Beschämende Bilder. Deutsche Reaktionen auf alliierte Dokumentarfilme über befreite Konzen- trationslager (=Transatlantische Historische Studien, Bd. 45) Stuttgart 2012

Weisbrod, Bernd: Arbeitgeberpolitik und Arbeitsbeziehungen im Ruhrbergbau. Vom “Herr im Haus” zur Mitbestimmung, in: Gerald D. Feldberg und Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich. München 1989 (Bergbau und Bergarbeit), S. 107-162

Weischer, Christoph: Sozialforschung. Konstanz 2007

Weischer, Christoph: Das Unternehmen empirische Sozialforschung. Strukturen, Praktiken und Leitbilder der Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland. München 2004 (Ordnungssysteme; 14)

Welskopp, Thomas: Der Betrieb als soziales Handlungsfeld. Neuere Forschungen zur Industrie- und Arbeitergeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft 22,1996, S. 118-142

Weltz, Friedrich: Ausbildung und Aufstieg. Bericht über eine Befragung von Teilnehmern eines Ausbildungsprogramms in einem Hüttenwerk, in: Schneider, Wolfgang: Soziologie eines modernen Industriebetriebes. Frankfurt/Main, Bad Harzburg 1961, S. 26-31

Weltz, Friedrich: Vorgesetzte zwischen Management und Arbeitern. Eine industriesoziologische Untersuchung der Situation von Meistern und Steigern. Stuttgart 1964 (Soziologische Gegenwartsfragen, N. F.; H. 21)

Weniger, Erich: Führerauslese und Führereinsatz im Kriege, in: Militärwissenschaftliche Rundschau, 5 ,1940, S. 345-354, 6 (1941), S. 198-206.

Weniger, Erich: Wehrmachtserziehung und Kriegserfahrung. Berlin 1938

Werz, Michael: Kritische Theorie im Exil, in: Keine Kritische Theorie ohne Amerika, Hannoversche Schriften 1, 1999, S. 102-121.

Werz, Michael: Untrennbarkeit von Material und Methode. Zur wechselvollen Rezeption der Authoritarian Personality, in: Hannoversche Schriften, Bd. 4: Philosophie und Empirie, 2001, S. 40-68

Wessel, Horst A.: Kontinuität im Wandel. Jahre Mannesmann 1890-1990. [Düsseldorf] 1990

Wessel, Horst A.: Soziologische Forschung und Alltagserfahrung in einem Industrieunternehmen. Ein Forschungsprojekt des Frankfurter Instituts für Sozialforschung in den 1950er Jahren, in: Geschichte im Westen 17, 2002, 76-94

Wessel, Horst A.: Social science studies and every day experience in an industrial firm. A research project of the Frankfurt Institute of Social Research for the Mannesmann AG in the 1950‘s [unveröffentl. Vortragsskript].

Wette, Wolfram: Die Bundeswehr im Banne des Vorbildes Wehrmacht, in: ders.; Klotz, Johannes; Bald, Detlef: Mythos Wehrmacht. Nachkriegsdebatten und Traditionspflege. Berlin 2001, S. 66-115

Wette, Wolfram: Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden. Frankfurt/Main 2002

Weyer, Johannes: Westdeutsche Soziologie 1945-1960. Deutsche Kontinuitäten und nord-amerikanischer Einfluß. Berlin 1984

Weyer, Johannes: Der ‘Bürgerkrieg in der Soziologie’. Die westdeutsche Soziologie zwischen Amerikanisierung und Restauration, in: Sven Papcke (Hg.): Ordnung und Theorie. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland. Darmstadt 1986, S. 280-304

Weyer, Johannes: Westdeutsche Soziologie 1945-1960. Deutsche Kontinuitäten und nord-amerikanischer Einfluß. Berlin 1984 (Soziologische Schriften; 41)

Wheatland, Thomas: The Frankfurt School's Invitation from Columbia University: How the Horkheimer Circle Settled on Morningside Heights, in German Politics and Society, in: German Politics and Society 22, 2004, Issue 72, S. 1-32

Wheatland, Thomas: In den Armen der Alma Mater. Die Frankfurter Schule an der Columbia University, in: Hannoversche Schriften 6, 2005, S. 167-196

Wheatland, Thomas: Critical Theory on Morningside Heights: From Frankfurt Mandarins to Columbia Sociologists, in German Politics and Society, in: German Politics and Society, 22, 2004, Issue 73, S. 1, 58-87 [!]

Wheatland, Thomas: The Frankfurt School in Exile. Minneapolis, London 2009

Widmann, Benedikt: Die Bundeszentrale für politische Bildung. Ein Beitrag zur Geschichte staatlicher politischer Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/Main u.a. 1987 (Beiträge zur Politikwissenschaft; 35)

Wiese, Leopold von: Studien über das Vorurteil, in: KzfSS 3, 1950/51, S. 214-221

Wiese, Leopold von: [Rezension] Studies in Prejudice, New York 1950, Bd. II-V, in: KZfSS 3, 1950/51, S. 470-478

Wiggershaus, Rolf: Die Frankfurter Schule. Geschichte, Theoretische Entwicklung, Politische Bedeutung. 5. Auflage. München 1997

Wiggershaus, Norbert: Zur Bedeutung und Nachwirkung des militärischen Widerstands in der Bundesrepublik Deutschland und in der Bundeswehr, in: MGFA (Hg.): Aufstand des Gewissens. Der militärische Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945. Herford, Bonn ²1985, S. 501-527

Winkhaus, Hermann: Betriebsklima und Mitbestimmung, in: Arbeit und Sozialpolitik 9 (1955), H. 4, S. 101-109;

Wippermann, Wolfgang: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heut. Darmstadt 1997.

Wippermann, Wolfgang: Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute. Darmstadt 1997

Wittemann, Klaus Peter: Industriesoziologie und Politik am Beispiel von ”Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein”. Nachwort (1985), in: Kern, Horst; Schumann, Michael: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein. Frankfurt/Main 1985, S. 323-350

Wittemann, Klaus Peter: Industriesoziologie und IG Metall. Zum Verhältnis von ‘interner’ und ‘externer’ Sozialwissenschaft am Beispiel des Versuches einer betriebsnahen Gewerkschaftspolitik, in: Hülsdünker, Josef; Schellhase, Rolf (Hg.): Soziologiegeschichte. Identität und Krisen einer ‘engagierten’ Disziplin. Berlin 1986 (Soziologische Schriften; 44), S. 175-193

Wittemann, Klaus Peter: Ford-Aktion. Zum Verhältnis von Industriesoziologie und IG Metall in den sechziger Jahren. Marburg, Berlin 1994

Wuntsch, Michael: Determinanten und Spielräume der Industriearbeit. Die

industriesoziologische Diskussion des Verhältnisses von Technik, Ökonomie und Arbeitsorganisation seit 1945. Frankfurt/Main 1988 (Campus Forschung; 566)

Yablonka, Hannah: The State Israel vs. Adolf Eichmann. New York 2004

Ziemann, Benjamin: Katholische Kirche und Sozialwissenschaften 1945-1975. Göttingen 2007 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 175)

Ziemann, Benjamin: The Gospel of Psychology. Therapeutic Concepts and the Scientification in the West German Catholic Church, 1950-1980, in: Central European History 39, 2006, S. 79-106

Ziemann, Benjamin: Auf der Suche nach der Wirklichkeit. Soziographie und soziale Schichtung im Deutschen Katholizismus 1945-1970, in: GG 29, 2003, S. 409-440

Ziemann, Benjamin: Die Soziologie der Gesellschaft. Selbstverständnis, Traditionen und Wirkungen einer Disziplin, in: NPL, 50, 2005, S. 43-67

Ziemann, Benjamin: Die Metaphorik des Sozialen. Soziologische Selbsbeschreibungen westeuropäischer Gesellschaften im 20. Jahrhundert, in: Lutz Raphael (Hg.): Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert. Köln u.a. 2012 (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte; 82), S. 193-227

Danksagung

Als Wissenschaftshistoriker ist mir der Gedanke geläufig, dass die Produktion von Wissenschaft ein komplexer sozialer Prozess ist. Doch erst in der Reflexion sieht man klar, sieht man das volle Ausmaß der sozialen Kooperation, die die eigene Dissertation mitgeprägt haben.

Institutionell ist die Dissertation dem Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität verbunden und dessen DFG-Projekten zur Geschichte der Betriebspsychologie und zur Geschichte von Sozialwissenschaften in militärischen und administrativen Großorganisationen im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms „Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit".

Meinem geduldigen Doktorvater Prof. Dr. Lutz Raphael, der die Dissertation mit besonderer Liberalität und einem unerschütterlichen Vertrauen in ihren Abschluss begleitete und betreute und mich auch bei Schwierigkeiten wieder und wieder ermuntert hat, sie nicht aufzugeben, danke ich ganz besonders, auch für die vielen Anregungen, die er mir zur Verbesserung des ursprünglichen Manuskripts gegeben hat. Ihm verdankt die praxisgeschichtliche Wendung meiner Forschungstätigkeit sehr viel. Ebenso danke ich Prof. Dr. Andreas Gestrich, der als Zweitgutachter meine Forschungen im gemeinsamen Kolloquium mit Prof. Dr. Lutz Raphael stets kritisch begleitete. Schließlich danke ich Prof. Dr. Erich Kettenhofen, der mich mit der Erforschung des (antiken) Judenfeindschaft vertraut gemacht hat und als erster für begriffliche Schärfungen gesorgt hat, die dem zeithistorisch orientierten Studenten noch nicht vertraut waren. Für die Abwicklung der Projektgeschäfte danke ich Brigitte Hättig + und Waltraud Collet.

Meinen Blick für die Praxis und die Verwendung von Wissenschaft hat die laufende Auseinandersetzung mit meiner Projektkollegin Dr. Ruth Rosenberger im Projektalltag geschärft. Sie hat mich in der intellektuellen Diskussion von einseitigen diskursanalytischen Engführungen weggeführt und gemeinsam mit mir und unserem Doktorvater an einer praxisorientierren Ideengeschichte gearbeitet; im besten Wortsinne habe ich aus der Auseinandersetzung und der Konfrontation mit den Forschungsergebnissen und Ideen von Ruth Rosenberger und PD Dr. Morten Reitmayer mit am meisten gelernt. Ich danke ihr auch für die kritische Lektüre des Kapitels über die „Authoritarian Personality in der Bundeswehr".

Für unermüdliche Hilfeleistungen in den Archiven und Bibliotheken PD Dr. Horst A. Wessel, Mannesmann Archiv und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Günter Pabst von der Verwaltung des Instituts für Sozialforschung, den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

des Bundesarchivs besonders der Abteilungen Koblenz und Freiburg, Herrn Stärcke im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn, der Universitätsbibliothek Trier, sowie Frau Dipl. Bibl. Martina Peters, Universität zu Köln, Seminar für Soziologie, Seminarbibliothek.

Ich konnte Teile der Arbeit mit den verschiedensten Kolleginnen und Kollegen diskutieren. Ich danke besonders Prof. Dr. Benjamin Ziemann und Dr. Anja Kruke, Dr. Wilfried Rudloff, Prof. Dr. Alex Demirovic, Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg +, Prof. Dr. Helga Schnabel Schüle, den Kolleginnen und Kollegen im Promotionsstudiengang des Faches Geschichte, (PromT), darunter PD Dr. Olaf Blaschke, Dr. Thomas Grotum, den Mitgliedern und LeiterInnen der Trier Schreibwerkstatt Dr. Harriet Rudolph, Dr. Johannes Dillinger; deren TeilnehmerInnen Inga Brandes, Dr. Katrin Marx, Dr. Alexander Pyrges, Dr. Clelia Caruso sowie Dr. Jens Gruendler und Michael Weins, die einzelne Kapitel, die ich im Graduiertenstudium des Fachbereichs III Geschichte, PromT genannt, vorgestellt habe, kommentiert haben.

Für die Einladung in verschiedene Forschungskolloquien danke ich Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel, Prof. Dr. Günter Hockerts, Prof. Dr. Ulrich Herbert und den Mitgliedern des Doktorandenworkshops Zeitgeschichte der Südwestdeutschen zeitgeschichtlichen Lehrstühle; Prof. Dr. Werner Plumpe, Dr. Jan-Otmar Hesse, Dr. Tim Schanetzky und den Mitgliedern des Kolloquiums für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Franfurt/Main für die intensive Diskussion; Prof. Dr. Christian Kleinschmidt, Prof. Dr. Karl Lauschke und dem Arbeitskreis kritische Unternehmens- und Industriegeschichte für die Diskussion meiner Arbeit; Prof. Dr. Klaus Fischer und seinem wissenschaftstheoretischen und –historischen Kolloquium an der Universität Trier; Prof. Dr. Norbert Frei, und ganz besonders Dr. Anja Kruke, für die Einladung zum Workshop über „Medien und Geschichte“ an der Universität Bochum; Prof. Dr. Bernhard Kroener und seinem militärgeschichtlichem Kolloquium an der Universität Potsdam; dem Altstipendiatennetzwerk Geschichte der Hans-Böckler-Stiftung für die Einladung zur Tagung über die Mitbestimmungsgeschichte; Prof. Dr. Mitchell G. Ash und Prof. Dr. Horst Gundlach für die Einladung zum Workshop „Psychologisches Denken und psychologische Praxis“ des Arbeitskreis „Psychologisches Denken“ der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften sowie den Teilnehmerinnen des Workshops und hierunter besonders Dr. Stefan Petri für die vielfältigen Aufschlüsse über die Entwicklung der Militärpsychologie im Nationalsozialismus; Michael Kasprzak Ph. D., Prof. Doris Bergen und Prof. Michael Marrus von der University of Toronto und dem Centre for Jewish Studies für die Einladung zur Tagung „The Trial of Adolf Eichmann“; Prof. Laurent Commaille Université de Metz für die Einladung zur Tagung über Unternehmen und Krisen; Dr. Annette Puckhaber und Dr. Raimund Lammersdorf für die Einladung zur Tagung „German American Encounters after World War II and the Holocaust“ im GHI Washington

DC; Dr. Johannes Angermüller und Dr. Malika Temmar für die Einladung zum Workshop „Analyse de Discours“ an der Université Paris XII, sowie PD Dr. Rainer Keller für Anregungen auf dem Workshop; Prof. Dr. Josef Ehmer und Dr. Therese Garstenauer für die Einladung zur Tagung über kulturellen Transfer an der Universität Wien; für die Durchführung eines gemeinsamen Panels auf dem Kulturgeschichtetag Linz Dr. Alexander Geppert, Werner Lausecker und Sebastian Markt; Dr. Axel Hüntelmann und Dr. Michael C. Schneider, Berlin; Dr. Klaus Naumann, Dr. Tim B. Müller vom Hamburger Institut für Sozialforschung; Dr. Jörg Calließ an der Evangelischen Akademie Loccum; Prof. Dr. Ingrid Gilcher-Holtey und ihrem Kolloquium zur Zeitgeschichte.

Meinen ehemaligen Mitbewohnern Daniel Koenen und Tim Lubecki M.A., die in wissenschaftshistorischen und -theoretischen Fragen immer aufgeschlossen waren und mir viele Diskussionen ermöglichten danke ich ebenso wie meinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen in den Vorständen und unter den Mitgliedern in der Deutsch-Israelischen Gesellschaft AG Trier und in der Aktion 3. Welt Saar verpflichtet. Der Auseinandersetzung über den praktisch wirksamen Antisemitismus der Gegenwart, insbesondere mit Werner Rüffer, Daniel Botmann, Dr. Mark Indig, Dr. Rainer Barzen und Dr. Angelika Günzel, Dr. Hans-Peter Kuhnen, Dipl. Ing. Oliver Lauer, Roland Röder, Gertrud Selzer, Klaus Blees und Daniel Fisher dankt die Entwicklung der theoretischen Linie dieser Arbeit sehr viel.

Ich möchte mich besonders bei Dr. Jochen Böhler M. A., Simone Schabbach, Cornelia Rohe M. A., meinem Bruder Matthias Platz, Dr. Iris Deffke, Anja Hilgert, Birte Schrein, Dr. Julia Herchenbach, der Wohngemeinschaft in der Bonner Königstraße 26, Thomas von der Osten-Sacken M.A., Dr. Oliver Mennicken sowie Richard Hess bedanken. Ohne ihrer aller regelmäßige Gastfreundschaft wäre es mir nicht möglich gewesen, die zahlreichen Archiv- und Forschungsaufenthalte an fremden Orten zu absolvieren.

Für die mühevolle und geduldige Arbeit des Korrekturlesens wie auch für vieles andere danke ich Dr. Detlev Humann, Dr. Lothar Kittstein und Katharina Phillips M. A. Ganz besonders möchte ich meiner guten Freundin Inga Robling und meinem Patenkind Leah Robling danken. Besonders das Interesse letzterer und die Entwicklung von kindlich-neugierigen zu jugendlich-interessierten Nachfragen und zu beobachten, wie sich Interesse an Zeitgeschichte entwickelt, haben mich motiviert. Für Rat und Tat und vielfältige Unterstützung danke ich Dipl. Psych. Mirko Bartholomäus.

Die intensivsten Diskussionen über den Zusammenhang von Ideen- und Militärgeschichte führte ich mit Dr. Anuschka Albertz, von deren universalgeschichtlichem Blick ich ausgesprochen viel gelernt habe, mehr als der mikrogeschichtliche Blick verarbeiten kann, ebenso wie

ich viel von den kunst- und diskursgeschichtlichen Studien von Dr. Melanie Ulz gelernt habe.

Seit den Schultagen verbindet mich die Freundschaft mit Thomas Uwer und Dr. Lothar Kittstein, denen ich die frühe Lektüreanregungen zur kritischen Theorie genauso zu verdanken habe wie meinem früheren Philosophielehrer Herrn Wilhelm Schmidt, der uns kritisches Diskutieren lehrte, die Auseinandersetzung förderte und Liberalität vermittelte. Kritische Theorie war es, die mich auf verschlungenen Wegen zum Studium der Schriften der Militärreformer der frühen Bundesrepublik geführt hat; zu Schulzeiten als Gesinnungspazifist wäre mir diese Entwicklung kaum vorstellbar gewesen.

Ich danke meinen Eltern Günter und Lis Platz, die mir den sorgenfreien Abschluss meiner Dissertation ermöglicht haben und mich durch alle Höhen und Tiefen der Arbeit an diesem Werk begleitet haben.

Antje Dudenbostel, die den größten Teil der Arbeit an meiner Dissertation an meiner Seite lebte und meine Aufmerksamkeit viel zu oft mit dieser teilte, die mich ermuntert hat, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren und den Glauben an den Abschluss dieser Arbeit nie verloren hat, danke ich von ganzem Herzen und in Liebe für die aufmerksame und liebende Begleitung, wie auch für den sanften Druck, der mir mehr geholfen hat, als sie wahrnehmen mochte.

Meiner Tante Mathilde Kaurisch + und meiner Großmutter Martha Hess +, die die Vollendung der Arbeit leider nicht mehr erleben konnten, widme ich diese Arbeit.